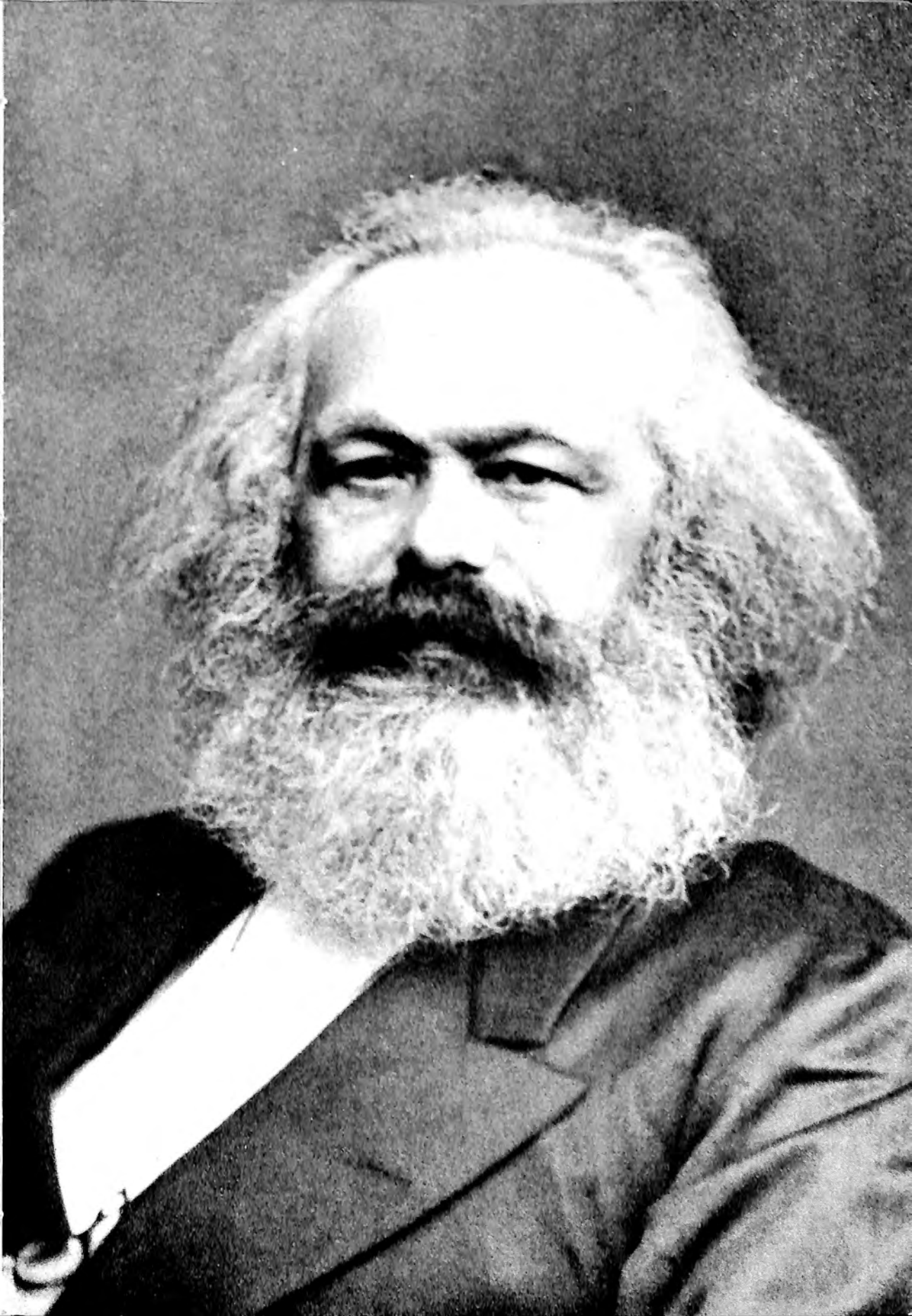










Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITER BEWEGUNG

IN ACHT BÄNDEN

Dietz Verlag Berlin

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITER BEWEGUNG

BAND 1

Von den Anfängen
der deutschen Arbeiterbewegung
bis zum Ausgang
des 19. Jahrhunderts

Dietz Verlag Berlin 1966

Autorenkollektiv: Walter Ulbricht (Vorsitzender), Horst Bartel, Lothar Berthold (Sekretär), Ernst Diehl, Friedrich Ebert, Ernst Engelberg, Dieter Fricke, Fritz Globig, Kurt Hager, Werner Horn, Bernard Koenen †, Wilhelm Koenen †, Albert Schreiner, Hanna Wolf

An der Ausarbeitung des Gesamtwerkes waren als Autoren beteiligt: Horst Bartel, Günter Benser, Lothar Berthold, Ernst Diehl, Stefan Doernberg, Rolf Dlubek, Gerhard Engel, Wilhelm Ersil, Herwig Förder, Dieter Fricke, Heinrich Gemkow, Heinz Heitzer, Werner Horn, Günter Hortzschansky, Annelies Laschitza, Bruno Löwel, Walter Nimtz, Walter Schmidt, Wolfgang Schumann, Walter Wimmer

Vorwort

Karl Marx und Friedrich Engels leiteten das erste Kapitel im „Manifest der Kommunistischen Partei", der Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Kommunismus, mit der Feststellung ein: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen."[1] Das Kommunistische Manifest legte zum ersten Mal in zusammenfassender Weise die Grundlagen der revolutionären Weltanschauung der Arbeiterklasse dar. Marx und Engels wiesen die historische Rolle der Arbeiterklasse nach, die auf den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung beruht, und die darin besteht, im Bündnis mit den Bauern und anderen werktätigen Schichten den Kapitalismus

[1] Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 4, Berlin 1964, S. 462.

zu stürzen und die sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen. Sie begründeten, daß die Arbeiterklasse dafür einer revolutionären Partei bedarf, die mit der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus ausgerüstet ist.

Seit dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes sind nahezu 120 Jahre vergangen. So wechselvoll das Schicksal der Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels auch war, nie aber erlebten Ideen einen solchen gewaltigen Aufstieg und eine solche Bestätigung durch die Geschichte wie die Ideen des Marxismus. Das gilt voll und ganz auch für die revolutionäre Partei des Proletariats. Aus einem Bund von wenigen Hundert wuchs sie zur Millionenpartei der Kommunisten. Aus Verfolgten und Verfemten entstand in vielen Ländern die von den Volksmassen geachtete und verehrte führende Kraft der Nation. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist dafür ein beredter Beweis.

Die Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts ausgearbeitet wurde, siegte in dessen zweiter Hälfte über alle utopischen und kleinbürgerlichen sozialistischen Theorien. Sie wurde zur vorherrschenden Auffassung in der deutschen und in der internationalen Arbeiterbewegung. Die Revolution von 1848/1849, die I. Internationale und die Pariser Kommune, die erste proletarische Revolution der Weltgeschichte, hatten daran entscheidenden Anteil. In Deutschland entstand mit der Bildung der Partei der Eisenacher 1869 unter Führung August Bebels und Wilhelm Liebknechts die erste Arbeiterpartei im nationalen Rahmen, die den Marxismus als ihre Lehre annahm. Vom Marxismus geleitet, entwickelte sich die revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zur angesehensten und einflußreichsten Partei in der internationalen Arbeiterbewegung. Sie errang im Kampf gegen das Sozialistengesetz einen bedeutenden Erfolg und bestätigte die Feststellung W. I. Lenins, der über diesen Zeitabschnitt schrieb: „Die Marxsche Lehre trägt den vollen Sieg davon und – *wächst in die Breite.* Langsam, aber beharrlich geht der Prozeß der Sammlung und Zusammenfassung der Kräfte des Proletariats, seiner Vorbereitung auf die künftigen Schlachten vor sich."[2]

Unter den Bedingungen des Imperialismus, der um die Jahrhundertwende zu dem die Welt beherrschenden System wurde, verschärften

[2] W. I. Lenin: Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx. In: Werke, Bd. 18, Berlin 1965, S. 578.

sich alle Widersprüche des Kapitalismus, vor allem der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, derart, daß die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse, die sozialistische Revolution zur historischen Notwendigkeit wurde. In dieser Epoche erlebten die Ideen des Marxismus im Kampf gegen den Imperialismus neue Triumphe. W. I. Lenin entwickelte in Auseinandersetzung mit dem Opportunismus die Lehre Marx' und Engels' schöpferisch weiter. Er schuf die Partei neuen Typus und arbeitete den konkreten Weg zur Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse aus. Mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurden die Ideen des Marxismus-Leninismus zum ersten Mal gesellschaftliche Wirklichkeit. Der Rote Oktober leitete eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte ein, den Übergang aller Völker vom Kapitalismus zum Sozialismus.

In der deutschen Arbeiterbewegung aber trugen nach der Jahrhundertwende zunächst die Opportunisten den Sieg davon. Sie verhinderten die Bildung einer Partei neuen Typus und die Beantwortung der Frage nach dem Weg zur Eroberung der politischen Macht in Deutschland. Die deutsche Sozialdemokratie verwandelte sich in der Vorkriegsperiode in eine reformistische Partei, deren opportunistische Führer während des ersten Weltkrieges offen auf die Positionen des Imperialismus und Sozialchauvinismus übergingen. Nur die revolutionären Linken, geleitet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, verteidigten in Deutschland den Marxismus.

Unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entstand in der Novemberrevolution 1918/1919 die Kommunistische Partei Deutschlands. Damit wurde der Grundstein für die marxistisch-leninistische Kampfpartei der deutschen Arbeiterklasse gelegt. Der Marxismus-Leninismus hatte nun auch eine feste Heimstatt in Deutschland. Von Anfang an kämpfte die Kommunistische Partei Deutschlands gegen Imperialismus und Militarismus, Ausbeutung und Krieg, für Frieden, Demokratie und Sozialismus, für die Freundschaft des deutschen Volkes mit der Sowjetunion. Sie erstarkte in ständiger Auseinandersetzung mit Opportunismus und Sektierertum zur großen antiimperialistischen, demokratischen und sozialistischen Kraft der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Nation.

In den dreißiger Jahren versuchte der faschistische deutsche Imperialismus, den Marxismus-Leninismus und die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse mit blutigem Terror und geistiger Reaktion auszurotten. Der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion verurteilte das

Vorhaben des Imperialismus, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, von vornherein zum Scheitern. In den schweren Jahren des Hitlerfaschismus beantwortete die KPD die Frage, um die sie seit ihrer Gründung gerungen hatte. Sie arbeitete umfassend die Strategie und Taktik aus, wie durch die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Volksfront aller friedliebenden Kräfte Faschismus und Militarismus mit der Wurzel beseitigt werden können und ein neues, demokratisches Deutschland erbaut werden kann.

Der Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in der Antihitlerkoalition über den faschistischen deutschen Imperialismus bedeutete einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands. Dieser Sieg eröffnete der deutschen Arbeiterklasse und dem ganzen deutschen Volk eine große historische Chance. Die Einigung der Arbeiterbewegung durch die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern, der Intelligenz und anderen Werktätigen in einem Teil Deutschlands die antifaschistisch-demokratische Ordnung errichten konnte. Unter der Führung der SED verwirklichte die Arbeiterklasse ihre historische Mission. Sie errichtete einen neuen, friedliebenden, demokratischen und sozialistischen Staat, die Deutsche Demokratische Republik. Die Bildung des Arbeiter-und-Bauern-Staates und der Aufbau des Sozialismus krönten den über hundertjährigen Kampf der deutschen Arbeiterbewegung. In Übereinstimmung mit den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung erlebten die Ideen des Kommunistischen Manifestes nun auch in Deutschland ihren vollen Triumph. Mit Recht wird das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, das der VI. Parteitag der SED im Januar 1963 beschloß, mit den Worten eingeleitet: „Ein neues Zeitalter in der Geschichte des deutschen Volkes hat begonnen: das Zeitalter des Sozialismus. Es ist das Zeitalter des Friedens und der sozialen Sicherheit, der Menschenwürde und Brüderlichkeit, der Freiheit und Gerechtigkeit, der Menschlichkeit und Lebensfreude."[3]

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung umfaßt den Weg der Arbeiterklasse in dieses neue Zeitalter. Sie ist Quelle der Kraft und der Zuversicht, der historischen Erfahrungen und Lehren. Wer die Ge-

[3] Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus. Herausgegeben und eingeleitet von Lothar Berthold und Ernst Diehl, Berlin 1965, S. 208.

schichte seines Volkes nicht kennt, sagt eine alte Volksweisheit, lebt wie ein Mensch, der sein Gedächtnis verloren hat. W. I. Lenin schrieb: „Die klassenbewußten Arbeiter blicken, während sie ihre Bewegung voranführen, ständig auf den von der Arbeiterbewegung zurückgelegten Weg und denken stets von neuem darüber nach, ob dieser Weg der richtige ist und ob man etwas besser machen kann."[4] Diesen Weg sichtbar zu machen, das ist die Aufgabe der wissenschaftlichen Erforschung und Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist die Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Imperialismus, Militarismus, Faschismus und Krieg, gegen die bürgerliche Ideologie und deren Einflüsse in der Arbeiterbewegung. Sie ist die Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit, für den Sozialismus. Sie ist vor allem die Geschichte der Entstehung und Entwicklung einer selbständigen revolutionären marxistischen Partei der Arbeiterklasse mit einer eigenen wissenschaftlichen Weltanschauung, die Geschichte der Entwicklung einer wissenschaftlichen Strategie und Taktik entsprechend den besonderen Bedingungen in Deutschland zur Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse und zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft.

Im Mittelpunkt der Geschichte der Arbeiterbewegung steht der arbeitende Mensch. Er produziert allen Reichtum der modernen Gesellschaft, den sich unter kapitalistischen Bedingungen jedoch Bourgeoisie und Großgrundbesitzer aneignen. Er kämpft mit seiner Klasse unter Führung der revolutionären Partei um seine eigene Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung und damit um die Befreiung seines Volkes. Er schafft nach dem Sturz von Imperialismus und Militarismus und nach der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht als freier Mensch für den Wohlstand der neuen Gesellschaft und für sein eigenes Glück. Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt die schöpferische Kraft der Arbeiterklasse, die als der entscheidende Teil der Volksmassen in unserem Jahrhundert das vorwärtstreibende Element der gesellschaftlichen Entwicklung ist.

Die Arbeiterbewegung ist die größte revolutionäre Bewegung der Geschichte. Nie zuvor wurden so viele Menschen in eine einheitliche Bewegung gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für soziale Gerech-

[4] W. I. Lenin: Die Einheit der Arbeiter und die „Strömungen" der Intellektuellen. In: Werke, Bd. 20, Berlin 1965, S. 293.

tigkeit, Freiheit, Demokratie und Fortschritt, für den Sozialismus einbezogen. Die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, die der Arbeiterbewegung Richtung und Ziel weist, war und ist die Vorhut dieser Bewegung. Auch die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung bestätigt die allgemeingültige Erfahrung, daß die Arbeiterklasse ihre historische Mission nur erfüllen kann, wenn sie sich von der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus leiten läßt, ihre Kraft in einer einigen revolutionären Partei zusammenschließt und das ganze Volk um sich sammelt.

Die revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse ist die älteste Partei in Deutschland. Ihre Geschichte reicht vom Vorabend der Revolution von 1848/1849 bis in die Gegenwart, vom Bund der Kommunisten bis zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und zur Kommunistischen Partei Deutschlands in Westdeutschland. Die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei sind die berufenen Erben, die Bewahrer und Fortsetzer alles Fortschrittlichen, das unser deutsches Volk in seiner jahrhundertelangen, wechselvollen Geschichte hervorgebracht hat.

Es gehörte seit jeher zu den wichtigsten Aufgaben der Arbeiterbewegung, die eigene Geschichte und die revolutionären Kämpfe des internationalen Proletariats zu untersuchen. Die wissenschaftliche Strategie und Taktik der revolutionären Partei der Arbeiterklasse ist ohne ein wahres Geschichtsbild und ohne die Fähigkeit, aus den geschichtlichen Erfahrungen richtige Lehren für den zukünftigen Kampf zu ziehen, undenkbar. Wahres Geschichtsbild und wissenschaftliche Politik bedingen einander.

Eine fortschrittliche, den nationalen Interessen dienende Politik bedarf zu ihrer Ausarbeitung und zu ihrer Verwirklichung gebildeter Menschen, die vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung Partei ergreifen. Ein solcher Standpunkt wird nicht zuletzt durch ein richtiges Geschichtsbild geformt. Geschichtskenntnisse sind notwendig, damit „das Volk seine Geschicke selbst in die Hand"[5] nehmen kann, wie August Bebel schrieb. Die Vermittlung eines wissenschaftlichen Geschichtsbildes trägt zur Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins bei und fördert den Stolz auf die Arbeiterklasse und die Nation. Dieses Geschichtsbild erleichtert das Verständnis für die Strategie und Taktik der Sozialistischen Ein-

[5] August Bebel: Der deutsche Bauernkrieg mit Berücksichtigung der hauptsächlichsten sozialen Bewegungen des Mittelalters, Braunschweig 1876, S. 3.

heitspartei Deutschlands, für ihren Kampf um die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und den Zusammenschluß aller patriotischen Kräfte in ganz Deutschland im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus, für den Sieg des Sozialismus in der DDR und für die friedliche demokratische Wiedervereinigung Deutschlands. Es stärkt die Siegeszuversicht und gibt den Menschen Kraft für die Lösung der nationalen Lebensfragen. Die Ausarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung und die Verbreitung eines wahren Geschichtsbildes sind selbst Bestandteil des Klassenkampfes, der Auseinandersetzung zwischen Reaktion und Fortschritt. Politik und Geschichtsschreibung sind untrennbar miteinander verbunden. Wie die reaktionäre imperialistische Geschichtsschreibung mit der Verfälschung und dem Verschweigen der historischen Wahrheit dazu dient, das Volk, insbesondere die Arbeiterklasse, in geistige Fesseln zu schlagen, um die alten Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten, so ist die Aufdeckung der wahren historischen Zusammenhänge durch die marxistische Geschichtswissenschaft ein wichtiges Mittel zur geistigen Befreiung des Menschen. Mit Notwendigkeit steht das wahre Geschichtsbild im Dienste der Arbeiterklasse, hat es doch letzten Endes die historische Begründung ihrer Befreiungsmission zum Inhalt. Eine der historischen Wahrheit entsprechende Geschichtsschreibung ergreift Partei für die Arbeiterklasse und für ihre wissenschaftliche Politik.

Die Erforschung und Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beruht auf dem historischen Materialismus, der von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin ausgearbeitet und in ihren Werken meisterhaft angewandt wurde. Als Theorie und Methode zur Erkenntnis der geschichtlichen Entwicklung und ihrer Gesetzmäßigkeiten erklärt er die objektiven Grundlagen, die Triebkräfte und das Verhältnis der verschiedenen Seiten des gesellschaftlichen Lebens, ihre gegenseitigen Beziehungen und Wechselwirkungen. Der historische Materialismus weist den Weg zur Erforschung und Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung als eines einheitlichen, vielseitigen, gesetzmäßigen und widerspruchsvollen Prozesses. Er verbindet Parteilichkeit mit strengster Wissenschaftlichkeit und Objektivität. Ihm ist das Prinzip des Historismus eigen.

In der achtbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" werden deshalb nicht einfach Tatsachen und Ereignisse chronologisch aneinandergereiht. Ihr innerer gesetzmäßiger Zusammenhang wird aufgedeckt, die geschichtliche Entwicklung als Fortschreiten vom Nie-

deren zum Höheren gezeigt. Die historische Wahrheit besteht nicht nur darin, im einzelnen zu sagen, was sich ereignet hat, sie besteht zugleich darin, die Ereignisse zu erklären, ihren Zusammenhang mit anderen gesellschaftlichen Erscheinungen aufzudecken, die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung, ihre Triebkräfte, ihre Dialektik sichtbar zu machen und historische Lehren zu vermitteln.

Das vorliegende mehrbändige Werk stützt sich auf die Werke von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin, die selbst eine bedeutsame Quelle für die Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung darstellen. Richtschnur für die Ausarbeitung waren das vom VI. Parteitag der SED beschlossene Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der nach umfassender Diskussion überarbeitete und durch die 2. Tagung des ZK der SED im April 1963 beschlossene „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", die Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse und die Reden und Aufsätze führender Funktionäre der deutschen Arbeiterbewegung. Für dieses Werk wurden die bisherigen Ergebnisse der Geschichtsschreibung zur Geschichte der Arbeiterbewegung ausgewertet. Ihm liegt ein umfangreiches und gründliches Quellenstudium zugrunde. Dazu wurden viele Archivalien des Zentralen Parteiarchivs am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED und aus staatlichen Archiven der DDR neu erschlossen. Auch zahlreiche Materialien aus den Archiven unserer Bruderparteien, insbesondere aus dem Zentralen Parteiarchiv am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der KPdSU in Moskau, wurden ausgewertet.

Die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" beantwortet die Hauptfrage der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die Frage, wie es der Arbeiterklasse gelang, in Deutschland die politische Macht zu erobern und den Sozialismus aufzubauen. Sie macht deutlich, daß die besten Kräfte der deutschen Arbeiterklasse immer gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für Frieden, Demokratie und Sozialismus kämpften. Sie zeigt, wie die revolutionäre Partei des deutschen Proletariats entstand, wie sie sich auf den Kampf um die politische Macht vorbereitete, eine den Bedingungen in Deutschland entsprechende Strategie und Taktik ausarbeitete, die Mehrheit der Arbeiterklasse gewann, das Bündnis mit den Bauern und den übrigen werktätigen Schichten herstellte und wie die Arbeiterklasse unter Führung ihrer revolutionären Partei und im Bunde mit den übrigen Werktätigen schließlich in einem Teil Deutschlands die politische

Macht eroberte und den Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik errichtet. Die nationale Bedeutung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR wie auch die Grundzüge des Kampfes der KPD und der anderen Strömungen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland in der Nachkriegsperiode werden behandelt.

Die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" behandelt die Entwicklung der Strategie und Taktik der revolutionären Partei des Proletariats von den Anfängen bis zur Gegenwart als dialektischen Prozeß. Dabei sind die bedeutendsten Arbeiten der Führer der deutschen Arbeiterbewegung ausgewertet worden. Ihr Beitrag zur schöpferischen Bereicherung des Marxismus-Leninismus und zur Herausbildung einer wissenschaftlichen Strategie und Taktik findet damit seine Würdigung. Im Mittelpunkt steht das Ringen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Die einzelnen, vorwärtsweisenden Schritte auf dem Wege zur ständigen Vervollkommnung der wissenschaftlichen Strategie und Taktik der Arbeiterklasse und zu ihrer Verwirklichung werden dargestellt. Auf Rückschläge und Fehler und deren Ursachen wird eingegangen.

Es wird gezeigt, wie sich die Strategie und Taktik der revolutionären Partei der Arbeiterklasse in ständiger Auseinandersetzung mit der Strategie und Taktik des Klassengegners entwickelte. Der Kampf der herrschenden Klasse gegen die Arbeiterbewegung und die Methoden ihrer Einflußnahme auf sie werden behandelt.

Die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" enthält Lebensbilder bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung. Ihre Biographien zeigen, wie sich die Arbeiterklasse ihre Führer erzog, unter welchen Umständen sie lebten und kämpften. Vor allem dem Leben und Kampf Karl Marx' und Friedrich Engels' wird entsprechender Raum gegeben.

Auch das Wirken der anderen Organisationen und Strömungen in der Arbeiterbewegung, die neben der revolutionären Partei des Proletariats existierten und existieren, wird behandelt. Die Auseinandersetzung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung mit den Einflüssen der bürgerlichen Ideologie, das Ringen um die schöpferische Anwendung der marxistisch-leninistischen Lehre gegen Opportunismus und gegen Sektierertum und Dogmatismus werden untersucht.

In den einzelnen Bänden wird die große historische Leistung der deutschen Arbeiterklasse sichtbar. Damit werden die Auffassungen all derer widerlegt, die die deutsche Geschichte als Misere und die Ge-

schichte der deutschen Arbeiterbewegung als eine Kette von Fehlern und Irrtümern sehen. Es wird nachgewiesen, daß nur die Arbeiterklasse mit ihrer revolutionären Partei die ganze deutsche Nation zu neuer Blüte führen kann.

Im vorliegenden Geschichtswerk wird der Kampf der deutschen Arbeiterklasse in die Gesamtgeschichte des deutschen Volkes hineingestellt. Die historische Mission der Arbeiterklasse, dem gesellschaftlichen Fortschritt zum Durchbruch zu verhelfen und die ganze Nation zum Sozialismus zu führen, und ihr Charakter als revolutionärste, konsequenteste und stärkste Klasse bewirken, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung der wichtigste Bestandteil der Geschichte des deutschen Volkes ist.

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist zugleich ein untrennbarer Bestandteil der internationalen Arbeiterbewegung. Daher werden an den Brennpunkten der Klassenauseinandersetzung die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung und der Zusammenhang der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung mit ihr, ihre gegenseitigen Beziehungen, die Geschichte der internationalen Organisationen der Arbeiterbewegung und die Rolle der deutschen Arbeiterbewegung in diesen Organisationen behandelt. Der Gedanke des proletarischen Internationalismus durchzieht das gesamte Geschichtswerk.

Gestützt auf neue Forschungsergebnisse beleuchtet die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" viele Ereignisse des Klassenkampfes auf neue Art; einige komplizierte Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung werden erstmalig behandelt. Das mehrbändige Geschichtswerk faßt die bisherigen Ergebnisse der geschichtswissenschaftlichen Arbeiten zusammen und schafft einen neuen Ausgangspunkt für die weitere Forschung auf dem Gebiet der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Im Geschichtswerk werden die entscheidenden Probleme der Geschichte der Arbeiterbewegung, die zugleich die entscheidenden Probleme der Geschichte des deutschen Volkes seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts sind, geklärt: die historische Rolle der Arbeiterklasse, die Aufgaben der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, ihre Verantwortung für die Zukunft der ganzen deutschen Nation. Die Arbeiterklasse kann ihre geschichtliche Aufgabe nur erfüllen im Bündnis mit den werktätigen Bauern, der fortschrittlichen Intelligenz und demokratisch gesinnten Bürgern.

Diese Probleme und ihre Lösung sind für das Schicksal der deut-

schen Nation von großer Bedeutung. Viele Historiker in beiden deutschen Staaten wenden sich mehr und mehr diesen Fragen zu. In der Deutschen Demokratischen Republik gehören sie zum wichtigsten Forschungsgegenstand der Geschichtswissenschaft. Auch in Westdeutschland rücken sie immer stärker in das Blickfeld der Öffentlichkeit.

Das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt, die Existenz zweier deutscher Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, der alten imperialistischen Ordnung in Westdeutschland und der sozialistischen Ordnung in der DDR, und die diametral entgegengesetzte Politik in beiden deutschen Staaten, die Entwicklung des Klassenkampfes in Westdeutschland und die zur Lösung drängenden Grundfragen der Nation rufen verstärkt das Interesse an der Geschichte der Arbeiterbewegung und an ihren Lehren hervor und fordern zur Stellungnahme auf. Nicht zuletzt ist das Interesse für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in Westdeutschland eine Folge der Ausstrahlung der Geschichtswissenschaft und der Geschichtspropaganda der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Wahrheit über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung macht nicht an der Staatsgrenze der DDR halt. Sie ruft nicht nur Aufmerksamkeit unter der Arbeiterklasse und anderen werktätigen Schichten in Westdeutschland hervor, sondern veranlaßt auch Historiker und Publizisten verschiedenster Anschauungen zur Antwort. Unterschiedlichste Auffassungen über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wirken in Westdeutschland. Sie reichen von der Einsicht in die historische Wahrheit über die Anerkennung von Teilwahrheiten bis zum Verschweigen oder zur offenen Verfälschung von Grundproblemen und Tatsachen der Geschichte. All das beweist, daß die Auseinandersetzungen um die Rolle der Arbeiterklasse und der Kampf um die historische Wahrheit ein Bestandteil des Ringens zwischen den Kräften des Friedens und der Demokratie und denjenigen der Reaktion sind.

Es ist ein Zeichen für den wachsenden Einfluß der Arbeiterklasse in der Gegenwart, daß sich selbst viele bürgerlich-reaktionäre Historiker zunehmend genötigt sehen, zu Problemen der Geschichte der Arbeiterbewegung Stellung zu nehmen. Diese Historiker sind, bis auf wenige Ausnahmen, seit jeher der Politik der herrschenden Ausbeuterklassen nicht nur gefolgt, sondern haben sie maßgeblich mitgestaltet. Heute ist es ihr Hauptanliegen, die antinationale und verhängnisvolle Politik des Bonner Staates mit den Mitteln der Geschichtsschreibung

und -propaganda zu unterstützen. Dabei steht das Bestreben im Vordergrund, die Auswirkungen der historischen Gesetzmäßigkeiten und der Haupttendenzen unserer Epoche zu ignorieren oder zu entstellen und ihnen entgegenzuwirken. Gewisse bürgerliche Geschichtsschreiber bemühen sich aber vergebens, für die Rechtfertigung der imperialistischen Politik der gegenwärtig in Westdeutschland herrschenden Kreise die Geschichte der Arbeiterbewegung auszunutzen.

Schon der „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" und die Vorarbeiten zum vorliegenden achtbändigen Werk haben imperialistische Historiker und Publizisten auf den Plan gerufen und zu wütenden Angriffen veranlaßt. Indem sie die Geschlossenheit des Geschichtsbildes der SED und seine Überzeugungskraft eingestehen mußten, wandten sie sich vor allem gegen den Nachweis der Kontinuität der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und gegen die auf Tatsachen gestützte Feststellung, daß der Sozialismus auch in Deutschland das gesetzmäßige Ergebnis des mehr als hundertjährigen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse ist. Sie versuchen dabei, Karl Marx, Friedrich Engels und alle revolutionären Traditionen aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auszuschließen und die Arbeiterbewegung in eine klassenlose Reform- und Freiheitsbewegung zu verfälschen, deren Ziel angeblich die Integration der Arbeiterklasse in den imperialistischen Staat sei. Ihre ideologische Ausgangsposition ist der militante Antikommunismus; ihr Hauptstoß richtet sich entsprechend ihrer antinationalen und fortschrittsfeindlichen Linie gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die Kommunistische Partei Deutschlands und gegen die Deutsche Demokratische Republik. Aber imperialistische Interessen und die Wahrheit über die geschichtliche Entwicklung und über die Rolle der deutschen Arbeiterklasse lassen sich nicht in Übereinstimmung bringen. Jeder Versuch, die imperialistische und militaristische Politik des Bonner Staates mit den Mitteln der Geschichtsschreibung zu rechtfertigen, muß zur Vergewaltigung der historischen Wahrheit führen.

In den historischen Publikationen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften sind unterschiedliche Tendenzen erkennbar. Einige sozialdemokratische Historiker bemühen sich, die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung zu ignorieren und die Lehren der Geschichte zu verschweigen. Sie suchen den Ausgangspunkt der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nicht bei Karl Marx

und Friedrich Engels und dem Bund der Kommunisten, sondern bei Lassalle, und konstruieren von dort aus eine direkte Linie zur Politik der Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU. Klassenherrschaft und Klassenkampf, kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, der über ein Jahrhundert währende Kampf um die politische Macht der Arbeiterklasse werden aus der Geschichte eliminiert.

Nachdem führende Kreise der Sozialdemokratie jahrelang vermieden hatten, zur Geschichte der Arbeiterbewegung und Geschichte ihrer eigenen Partei Stellung zu nehmen, nachdem sie versucht hatten, jegliche Erinnerung an die revolutionäre Vergangenheit auszulöschen und aus der Sozialdemokratie eine traditionslose Volks- und Reformpartei zu machen, sah sich die Führung der Sozialdemokratie in den letzten Jahren gezwungen, die Geschichte im Sinne des Godesberger Programms umzuschreiben. Das mußte zwangsläufig zur Entstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung führen.

Andere sozialdemokratische Historiker gehen dagegen von der Erkenntnis der Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterpolitik aus. Sie ziehen aus der Geschichte Lehren für den Kampf um die Verteidigung und Erweiterung der politischen und sozialen Errungenschaften im heutigen Westdeutschland. Diese Historiker bemühen sich, den Einfluß von Karl Marx und Friedrich Engels herauszuarbeiten und die Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen als Opposition gegenüber dem imperialistischen Staat zu behandeln. Bei einigen Historikern und Publizisten, vor allem in den westdeutschen Gewerkschaften, aber auch in der Sozialdemokratie, die sich auf antiimperialistische und antimilitaristische Traditionen der Arbeiterbewegung berufen, sind echte Ansätze und Versuche vorhanden, zu einem wahren Geschichtsbild zu kommen. Solche Auffassungen widerspiegeln in vielen Fällen das Geschichtsdenken von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten, die aus den geschichtlichen Erfahrungen und Traditionen Lehren für den Klassenkampf in Westdeutschland, für den Kampf um gesellschaftliche Rechte, um die Anwendung von Streiks und andere Aktionen zur Verteidigung der demokratischen Rechte und der sozialen Interessen der Werktätigen ziehen.

Der marxistischen Geschichtsauffassung, die in Westdeutschland vor allem durch die KPD und andere fortschrittliche Kräfte vertreten wird, sind in der Bundesrepublik die Grundlagen für eine freie Forschung und Verbreitung genommen. Nur in wenigen Publikationen und Organen findet sie ihren Niederschlag.

Die marxistischen Historiker der Deutschen Demokratischen Republik knüpfen an alle positiven, fortschrittlichen Traditionen deutscher Geschichtswissenschaft an. Das vorliegende Werk baut auf den Ergebnissen der marxistischen Historiographie der deutschen Arbeiterbewegung auf. Den Grundstein für die marxistische Historiographie legten Karl Marx und Friedrich Engels, die sich ausführlich mit Fragen der Geschichte, besonders mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, beschäftigten. Marx und Engels schrieben selbst über entscheidende Abschnitte der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und gaben damit die großen, richtungweisenden Beispiele für eine wirklich wissenschaftliche, dem Kampf der Arbeiterklasse dienende Geschichtsschreibung. Sie analysierten die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung nicht isoliert vom internationalen Geschehen. In ihren Schlußfolgerungen berücksichtigten sie stets die Erfahrungen des Kampfes der Arbeiterklasse anderer Länder, so vor allem die Entwicklung der Klassenkämpfe während der großen revolutionären Bewegungen in Europa 1848/1849 und die Lehren der Pariser Kommune 1871.

Zu jeder Zeit verbanden Karl Marx und Friedrich Engels historische Rückblicke und Einschätzungen mit tiefschürfenden zeithistorischen Analysen. Für beide gilt, was Engels in der Vorrede zur dritten Auflage des Werkes von Karl Marx „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte" im Jahre 1885 schrieb: „Dies eminente Verständnis der lebendigen Tagesgeschichte, dies klare Durchschauen der Begebenheiten, im Moment, wo sie sich ereignen, ist in der Tat beispiellos."[6]

Marx' und Engels' historische Arbeiten waren stets kämpferische Beiträge zur Auseinandersetzung mit verleumderischen Angriffen der Bourgeoisie auf die Arbeiterbewegung und mit unwissenschaftlichen, für die Arbeiterbewegung schädlichen Auffassungen in den eigenen Reihen: mit der abenteuerlichen Verschwörertaktik während der Revolution 1848/1849 und nach der Niederlage der Revolution; mit dem Lassalleanismus, als es galt, eine marxistische deutsche Arbeiterpartei im nationalen Rahmen zu schaffen; mit den opportunistischen Angriffen gegen die revolutionäre Theorie und Politik der Partei in den Jahren vor und während des Sozialistengesetzes und nach dessen Fall.

Immer wieder beschäftigten sich Marx und Engels mit den Erfah-

[6] Friedrich Engels: Vorrede [zur dritten Auflage (1885) „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte" von Karl Marx]. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 8, Berlin 1960, S. 561.

rungen der deutschen Arbeiterklasse in der Revolution von 1848/1849. Diese Revolution warf für Deutschland alle Grundfragen des 19. Jahrhunderts auf: die Herstellung der Einheit Deutschlands und die Konstituierung des bürgerlichen deutschen Nationalstaates. Die Geschichte stellte diese Fragen zu einer Zeit, da der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie in seinen Grundzügen schon ausgeprägt war, und die Arbeiterklasse in der Revolution als selbständige Kraft mit einem eigenen Programm in Erscheinung trat. In ihren historischen Untersuchungen beantworteten Karl Marx und Friedrich Engels diese Grundfragen und entwickelten dabei die Strategie und Taktik der deutschen Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei zur Lösung der Aufgaben, die das Jahrhundert stellte.

Die Revolution von 1848/1849 und das mit ihr aufs engste verknüpfte Wirken des Bundes der Kommunisten blieb zeit ihres Lebens das Thema, zu dem sie immer wieder zurückkehrten. „In der Tätigkeit von Marx und Engels selbst tritt die Periode ihrer Beteiligung am revolutionären Massenkampf 1848/1849 als zentraler Punkt hervor. Von diesem Punkte gehen sie aus bei der Beurteilung der Geschicke der Arbeiterbewegung und der Demokratie der verschiedenen Länder. Zu diesem Punkt kehren sie stets zurück, um das innere Wesen der verschiedenen Klassen und ihrer Tendenzen in klarster und reinster Form zu bestimmen. Vom Standpunkt der damaligen, revolutionären Epoche beurteilen sie stets die späteren, weniger bedeutenden politischen Gebilde, Organisationen, politischen Aufgaben und politischen Konflikte."[7]

Zu den ersten Arbeiten, in denen Karl Marx und Friedrich Engels auf die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eingingen, gehören die Artikelserie „Revolution und Konterrevolution in Deutschland" vom August 1851 bis September 1852 und der Artikel „Der Kommunisten-Prozeß zu Köln" vom Dezember 1852 von Engels sowie die „Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln" vom Januar 1853 von Marx. Diese Arbeiten enthalten zusammenfassende Einschätzungen der Rolle der deutschen Arbeiterklasse und der Taktik des Bundes der Kommunisten in der Revolution, als „die Arbeiterklasse die richtig verstandenen, wahren Interessen der gesamten Nation" vertrat, „indem sie den Verlauf der Revolution möglichst beschleunigte".[8]

7 W. I. Lenin: Gegen den Boykott. In: Werke, Bd. 13, Berlin 1963, S. 24.

8 Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 8, S. 99.

Die erste, geschlossene Skizze der Geschichte des Bundes der Kommunisten, einschließlich seiner Vorgeschichte, gab Karl Marx in seiner im Dezember 1860 veröffentlichen Kampfschrift „Herr Vogt". Hier zeichnete er in knappen Zügen die Entstehung des Bundes aus der Vereinigung der Mitte der vierziger Jahre praktisch tätigen Arbeiterbewegung mit dem wissenschaftlichen Kommunismus, den Marx und Engels zu dieser Zeit im wesentlichen erarbeitet und unter den Mitgliedern des Bundes verbreitet hatten. Unter Hinweis auf seine Enthüllungen über den Kölner Kommunistenprozeß skizzierte Karl Marx auch die Geschichte des Bundes in der Periode des Sieges der Reaktion in Deutschland.

Gestützt auf das „Manifest der Kommunistischen Partei" legten Friedrich Engels' Artikel „Der Kommunisten-Prozeß zu Köln", Karl Marx' Broschüre „Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln" und seine Schrift „Herr Vogt" den Grundstein für die marxistische Geschichtsschreibung über die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland.

Von Anfang an stand in den Geschichtsarbeiten von Marx und Engels über die deutsche Arbeiterbewegung im Mittelpunkt die Antwort darauf, wie es der Partei gelang, sich „für den letzten, entscheidenden Kampf vorzubereiten, in dem eines Tages in Europa die Herrschaft nicht bloß von ‚Tyrannen', ‚Despoten' und ‚Usurpatoren', sondern einer weit gewaltigeren, weit furchtbareren Macht für immer zertrümmert werden soll: die des Kapitals über die Arbeit"[9]. Diese Hauptaufgabe der Partei des Proletariats hatten Karl Marx und Friedrich Engels aus einer gründlichen wissenschaftlichen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung abgeleitet, aus dem großen „Bewegungsgesetz der Geschichte ..., wonach alle geschichtlichen Kämpfe, ob sie auf politischem, religiösem, philosophischem oder sonst ideologischem Gebiet vor sich gehn, in der Tat nur der mehr oder weniger deutliche Ausdruck von Kämpfen gesellschaftlicher Klassen sind, und daß die Existenz und damit auch die Kollisionen dieser Klassen wieder bedingt sind durch den Entwicklungsgrad ihrer ökonomischen Lage, durch die Art und Weise ihrer Produktion und ihres dadurch bedingten Austausches"[10].

Auf der Grundlage dieser Erkenntnis bewiesen Marx und Engels die historische Notwendigkeit, die revolutionäre Partei des Proletariats

9 Friedrich Engels: Der Kommunisten-Prozeß zu Köln. In: Ebenda, S. 399.

10 Friedrich Engels: Vorrede [zur dritten Auflage (1885) „Der achtzehnte Brumaire ..."]. In: Ebenda, S. 562.

zu schaffen, schilderten deren Entstehung und zeigten, wie die Partei die wissenschaftliche Strategie und Taktik auszuarbeiten begann.

In der Auseinandersetzung mit den Nachfolgern Lassalles, die diese entscheidenden Probleme der Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung negierten oder sie entstellten, schrieb Friedrich Engels 1868 unter anderem eine Kurzbiographie über Karl Marx, die in der Berliner „Zukunft" und auch in Wilhelm Liebknechts „Demokratischem Wochenblatt" 1869 veröffentlicht wurde. Engels trat gegen die schon damals verbreitete Legende auf, Lassalle sei der Gründer der deutschen Arbeiterbewegung gewesen. Er erinnerte an die revolutionären Traditionen der Jahre 1848/1849, an das Wirken des Bundes der Kommunisten und stellte fest, daß Lassalle „einen Vorgänger (hatte) und einen intellektuellen Vorgesetzten, dessen Dasein er freilich verschwieg, während er seine Schriften vulgarisierte, und dieser intellektuelle Vorgesetzte heißt Karl Marx"[11].

Andere wichtige Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung entstanden im Zusammenhang mit der Neuausgabe grundlegender Werke von Marx und Engels aus ihrer Schaffensperiode vor und nach der Revolution von 1848/1849. So wurden die fortgeschrittenen deutschen Arbeiter mit der Entwicklung ihrer Bewegung und deren marxistischen Grundsätzen vertraut gemacht. Karl Marx und Friedrich Engels nahmen auf diese Weise entscheidenden Einfluß auf den in diesen Jahren vor sich gehenden Prozeß der Vereinigung der Eisenacher und der Lassalleaner, um den Zusammenschluß auf marxistischer Grundlage zu fördern. Diesem Ziel dienten auch die Vor- beziehungsweise Nachworte, mit denen Marx und Engels die Neuauflagen ihrer Werke versahen.

Friedrich Engels' Vorbemerkungen aus den Jahren 1870 und 1874 zur zweiten und dritten Auflage seines 1850 geschriebenen Werkes „Der deutsche Bauernkrieg" sind glänzende Beiträge zur marxistischen Geschichtsschreibung über die deutsche Arbeiterbewegung. Er analysierte in diesen Arbeiten die in Deutschland seit 1850 vor sich gegangenen Veränderungen, entlarvte die Feigheit der deutschen Bourgeoisie, wies erneut – anhand solcher Ereignisse wie der Auseinandersetzung zwischen Preußen und Österreich 1866 – nach, daß nur das Proletariat in der Lage ist, die Interessen der Nation zu vertreten, und unterstrich die grundsätzliche Bedeutung des Bündnisses des Pro-

11 Friedrich Engels: Karl Marx. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 16, Berlin 1964, S. 362.

letariats mit der Bauernschaft. In der Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu „Der deutsche Bauernkrieg" schrieb Friedrich Engels 1874 die für die Historiographie der Arbeiterbewegung so bedeutsamen Worte: „Für den zukünftigen Geschichtsschreiber wird in der Geschichte Deutschlands von 1869 bis 1874 der Schlachtendonner von Spichern, Mars-la-Tour und Sedan und was daranhängt, weit weniger Bedeutung haben als die anspruchslose, ruhig, aber stetig fortschreitende Entwicklung des deutschen Proletariats."[12]

In den achtziger Jahren wandte sich Friedrich Engels erneut der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung während der Revolution 1848/1849 und der Geschichte des Bundes der Kommunisten zu. Von besonderer Bedeutung war seine Arbeit „Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten", die er als Einführung zur dritten deutschen Ausgabe von Marx' „Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln" verfaßt hatte und die erstmalig im November 1885 im „Sozialdemokrat" erschien.

In dieser Arbeit entwickelte Friedrich Engels Grundprinzipien der marxistischen Historiographie der Arbeiterbewegung. Er schilderte „die erste Periode der deutschen selbständigen Arbeiterbewegung"[13] von 1836 bis 1852. Die Rolle der revolutionären Partei für die Befreiungsbewegung der Arbeiterklasse und die Notwendigkeit, die Strategie und Taktik der Partei entsprechend den jeweiligen Bedingungen des Klassenkampfes zu entwickeln, rückte er in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Engels legte die erste umfassende Darstellung über den genannten Abschnitt der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vor. Er entwickelte die Gedanken weiter, die Karl Marx 25 Jahre zuvor in seiner Streitschrift „Herr Vogt" über den Bund der Kommunisten dargelegt hatte. Engels ging ausführlich auf die Vorgeschichte des Bundes ein, würdigte das Wirken der ersten revolutionären Proletarier und unterstrich die revolutionäre Rolle der von Marx und ihm in der ersten Hälfte der vierziger Jahre ausgearbeiteten Geschichtstheorie. In der Broschüre, zu der die Arbeit Engels' als Einleitung geschrieben worden war, wurden wichtige Dokumente des Bundes der Kommunisten, so die 17 „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland" und die Ansprachen der Zentralbehörde an den Bund

[12] Friedrich Engels: (Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu „Der deutsche Bauernkrieg"). In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 18, Berlin 1964, S. 515.

[13] Friedrich Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 206.

vom März und Juni 1850, abgedruckt. Sie wurden damit erstmalig einer neuen Generation revolutionärer Kämpfer zugänglich gemacht.

Als die Opportunisten nach dem Fall des Sozialistengesetzes die auf der Grundlage der marxistischen Lehre vom Staat, vom Klassenkampf und von der Errichtung der politischen Macht des Proletariats aufbauende Politik der deutschen Sozialdemokratie zu revidieren versuchten, knüpfte Friedrich Engels in der Auseinandersetzung mit den Opportunisten wieder an die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung an. Im Abschiedsbrief an die Leser des „Sozialdemokrat" vom September 1890 ebenso wie in der Arbeit „Der Sozialismus in Deutschland" aus dem Jahre 1891 hob Engels die Kontinuität der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung vom Kommunistischen Manifest und der „Neuen Rheinischen Zeitung" bis zur Politik der Sozialdemokratischen Partei am Ende des Jahrhunderts hervor. Die Erfolge der Partei waren, wie er betonte, letztlich darauf zurückzuführen, daß die Partei sich von der Marxschen Lehre leiten ließ. Auf die Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871, insbesondere auf Marx' Schlußfolgerungen über Inhalt und Charakter der politischen Herrschaft des Proletariats, ging Engels ausführlich in seiner 1891 geschriebenen Einleitung zur dritten deutschen Auflage von Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich" ein.

Friedrich Engels' letzte theoretische und zugleich historiographische Arbeit war seine Einleitung zu der Einzelausgabe der „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850" von Karl Marx, die 1895 in Berlin erschien. Auch hier wies Engels wieder auf die Lehren der Revolution von 1848/1849 hin und verallgemeinerte die Erfahrungen, die das Proletariat seit dieser Zeit bis zur Mitte der neunziger Jahre vor allem in Deutschland gesammelt hatte. Anhand dieser Erfahrungen zeigte Engels, wie die Arbeiterpartei den Kampf um Demokratie mit dem Kampf um das sozialistische Endziel verbinden muß.

Die wichtigste Bedingung für den Erfolg der proletarischen Partei sah Engels in der Gewinnung breiter Volksmassen für den Sozialismus: „Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt."[14]

[14] Friedrich Engels: Einleitung [zu Karl Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850 (1895)]. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 523.

Karl Marx und Friedrich Engels schrieben nicht nur selbst entscheidende Abschnitte der Geschichte der Arbeiterbewegung. Sie regten dazu auch andere an. Darin sahen beide ein wichtiges Mittel, das Klassen- und Geschichtsbewußtsein des Proletariats zu wecken. Die Entstehung der Arbeit „Die Internationale Arbeiterassoziation. Ihre Gründung, Organisation, politisch-soziale Tätigkeit und Ausbreitung" von Wilhelm Eichhoff im Jahre 1868 ist dafür ebenso ein anschauliches Beispiel wie die Arbeit von Prosper Lissagaray aus dem Jahre 1876 „Histoire de la Commune de 1871" („Geschichte der Kommune von 1871").

Die Tradition der marxistischen Geschichtsschreibung wurde von August Bebel und Wilhelm Liebknecht fortgesetzt. Beide legten großen Wert darauf, „weiteren Kreisen das Material zugänglich zu machen, das zur Beurteilung der Geschichte unserer Partei, ihrer theoretischen wie historischen Entwicklung notwendig ist"[15]. Besonders seit den neunziger Jahren, als Opportunisten wie Vollmar und Bernstein ihre Angriffe auf den marxistischen Charakter der Partei begannen, veröffentlichten sie wichtige Materialien zur Geschichte der Partei. Seitdem ist die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus und dessen Konzeption über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ein Bestandteil der marxistischen Historiographie der deutschen Arbeiterbewegung.

1894 gab Wilhelm Liebknecht den Bericht über den Hochverratsprozeß gegen Liebknecht, Bebel und Hepner von 1872 neu heraus und versah ihn mit einer ausführlichen Einleitung. 1896 folgten seine Erinnerungen an Karl Marx. 1909 begann August Bebel seine Lebenserinnerungen niederzuschreiben. Sie wurden auf ihre Art zu einer Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von den sechziger Jahren bis zum Sozialistengesetz. Wirkungsvoll ergänzten sie die „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" Franz Mehrings und korrigierten zugleich die in ihr enthaltene falsche Einschätzung der Rolle Lassalles. In seinen Arbeiten zur Geschichte der Partei ließ sich August Bebel von folgendem Gedanken leiten: „Die Parteigeschichte baut sich von unten auf. Die leitenden Personen in der allgemeinen Bewegung haben den Ruhm und die Ehre, und doch wären sie nichts, wenn nicht die Arbeit der Massen, deren Opferwilligkeit und Unermüdlichkeit in

[15] Wilhelm Liebknecht: Vorbemerkung (zum Dokumentenanhang). In: Der Hochverratsprozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872, Berlin 1894, S. 741.

der Arbeit, zuvor erst den Boden bereiteten, auf dem sie mit Erfolg zu wirken vermögen."[16] In ihren Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verallgemeinerten Bebel und Liebknecht die Erfahrungen der deutschen Arbeiterpartei von ihrer Gründung bis zur Mitte der neunziger Jahre.

Der bedeutendste marxistische Historiker der deutschen Arbeiterbewegung nach Karl Marx und Friedrich Engels war Franz Mehring. In der Auseinandersetzung, die besonders nach der Jahrhundertwende zwischen den revolutionären und opportunistischen Kräften in der Partei entbrannte, stand Mehring fest auf den Positionen der Linken. Der Marxismus war für Mehring niemals nur Lippenbekenntnis, er hatte ihn erkämpft, und er blieb bis zum Ende seines Lebens die Fackel, die ihm als Politiker und Gelehrten den Weg erleuchtete. Das befähigte ihn zu bleibenden wissenschaftlichen Leistungen auch in der marxistischen Geschichtswissenschaft.

Schon mit dem ersten größeren Werk, der „Lessing-Legende", trat Mehring 1892 als bedeutender marxistischer Historiker auf. Sein Hauptwerk ist die „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie", die er 1897 und 1898 in zwei Bänden vorlegte – an der Schwelle eines neuen Zeitalters, zu einer Zeit, als die Auseinandersetzung mit Bernsteins Revisionismus begonnen hatte und die Erziehung der sozialdemokratischen Mitglieder im Sinne der revolutionären, marxistischen Traditionen besonders dringend war. Dieses Werk war die erste marxistische Gesamtdarstellung der Geschichte der politischen Partei der deutschen Arbeiterklasse von ihren Anfängen bis zum Erfurter Parteitag 1891. Mehring ergänzte die Darstellung in der zweiten, überarbeiteten Auflage 1903/1904 um einen Überblick über die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie in den 13 Jahren vom Fall des Sozialistengesetzes bis zum Wahlsieg der Sozialdemokratie 1903.

Mit diesem Werk begründete Franz Mehring, gestützt auf die Arbeiten Karl Marx' und Friedrich Engels' über den Bund der Kommunisten, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung als wissenschaftliche Spezialdisziplin. Er ging dabei richtig davon aus, daß die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Teil der nationalen deutschen Geschichte ist. Mehring wies nach, daß die revolutionäre Arbeiterpartei die einzige wirkliche nationale Partei in Deutschland war

16 August Bebel: Rezension zu Eduard Bernstein: Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Erster Teil. Illustriert. In: Die Neue Zeit (Berlin), Jg. 1906/07, Zweiter Band, S. 374/375.

und ist und daß vom Schicksal der Arbeiterklasse auch das Schicksal der Nation abhängt.

Mehring schrieb Parteigeschichte im besten Sinne des Wortes. Er schrieb sie vom Standpunkt des historischen Materialismus, parteilich, wahr; er sah die Parteigeschichte in ihrer Verbindung mit der gesamten Entwicklung und den Kämpfen des deutschen Proletariats, der Massen, von denen er sagte, daß sie der Held des proletarischen Heldenzeitalters wären, wobei er zugleich die grundlegenden Züge der ökonomischen und politischen Entwicklung Deutschlands umriß.

Mehring betrieb ein umfangreiches Quellenstudium. Mehrere Entwicklungsetappen der Arbeiterbewegung wurden von ihm erstmalig wissenschaftlich erschlossen. So leistete er Pionierarbeit mit der Erforschung der frühesten Periode der deutschen Arbeiterbewegung. Die Darstellung der Geschichte des proletarischen Kampfes verband er mit der Popularisierung der Grundgedanken des Marxismus.

Wenn auch Mehrings Werk Fehleinschätzungen enthält – insbesondere wird darin die Person und die historische Rolle Lassalles stark überbewertet –, bleibt es bis heute eine der größten Leistungen der marxistischen Geschichtsschreibung über die deutsche Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert.

Das zweite Hauptwerk Mehrings zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist seine Marx-Biographie „Karl Marx – Geschichte seines Lebens", die 1918, kurz vor seinem Tode, erschien. Sie entstand in den Jahren des ersten Weltkrieges. Mit ihr griff Mehring in die große ideologische Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus ein und kämpfte gegen die Burgfriedenspolitiker in der Arbeiterbewegung.

Wie schon in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie machte Mehring in diesem Werk den großen gesellschaftlichen Hintergrund sichtbar, ohne den Marx' Entwicklung und Wirken nicht zu verstehen gewesen wären. Er zeichnete ein echtes, lebendiges Bild des Menschen, Gelehrten und Politikers Marx, in dem immer „der Mann des Gedankens und der Mann der Tat unzertrennlich verbunden waren"[17]. In diesem Werk – wie in allen seinen Arbeiten – verwirklichte Mehring auf glänzende Weise die Forderung, die er an den Historiker stellte: „Alle Geschichtsschreibung ist zugleich Kunst und Wissenschaft..."[18]

[17] Franz Mehring: Vorwort (zu „Karl Marx – Geschichte seines Lebens"). In: Gesammelte Schriften, Bd. 3, Berlin 1964, S. 5.

[18] Ebenda.

Wie alle großen Marxisten vor und nach ihm war Franz Mehring als Historiker politischer Kämpfer zugleich. Mehring griff in das Tagesgeschehen auch als Publizist ein. In einer Vielzahl von Artikeln befaßte er sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, aber auch mit der Tagespolitik. Hier erwies er sich als ausgezeichneter Zeithistoriker. Friedrich Engels schrieb am 8. März 1892 an August Bebel über Franz Mehrings Beiträge: „... seine Leitartikel in der ‚N[euen] Z[eit]' sind in der Tat ganz famos, und wir lauern jedesmal mit Begierde darauf."[19]

Zu den guten Traditionen der marxistischen Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung gehört es, das revolutionäre Erbe von Marx und Engels durch die Herausgabe ihrer Werke zu pflegen und damit die deutsche Arbeiterklasse mit geistigen Waffen auszurüsten. Nach Friedrich Engels war es in der deutschen Sozialdemokratie besonders Franz Mehring, der der Herausgabe der Werke von Marx und Engels große Aufmerksamkeit schenkte. Im Jahre 1902 brachte er die ersten Bände des literarischen Nachlasses von Marx und Engels heraus, 1906/1907 veröffentlichte er die Briefe von Marx und Engels an F. A. Sorge und Joseph Weydemeyer. August Bebel gebührt das Verdienst, noch kurz vor seinem Tode die Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Marx und Engels gegen die Einwände seitens der Revisionisten und auch Kautskys durchgesetzt zu haben.

Mit dem Eintritt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in die Epoche des Imperialismus bildeten sich um die Jahrhundertwende neue historische Bedingungen heraus, die die Beantwortung des Weges zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse unmittelbar erforderlich machten. Die Arbeiterklasse rückte in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Weiterentwicklung des Marxismus wurde zur historischen Notwendigkeit. In seinen Werken beantwortete W. I. Lenin in konsequenter Auseinandersetzung mit dem Opportunismus die Grundfragen der Partei neuen Typus und arbeitete die Strategie und Taktik der Arbeiterklasse in der bürgerlich-demokratischen Revolution und für deren Hinüberleitung in die sozialistische Revolution aus. Das internationale Vorbild der neuen Partei schuf W. I. Lenin mit der Bildung der bolschewistischen Partei in Rußland. Durch den theoretischen und praktischen Kampf W. I. Lenins und der Bolschewiki wurden die Arbeiterklasse Rußlands zum

19 Friedrich Engels an August Bebel, 8. März 1892. In: Friedrich Engels: Briefe an August Bebel, Berlin 1958, S. 220.

Stoßtrupp des internationalen Proletariats und Rußland zum Geburtsland des Leninismus. W. I. Lenin wies in Theorie und Praxis für die internationale Arbeiterbewegung nach, daß die Lebensfragen der Nation nur unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei gelöst werden können.

Die revisionistischen Führer der deutschen Sozialdemokratie gaben die revolutionären Traditionen aus dem 19. Jahrhundert preis und mißachteten die theoretischen und praktischen Leistungen W. I. Lenins und der Bolschewiki. Sie unternahmen alles, um die Erfahrungen der Arbeiterbewegung in Rußland und die Lehren der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution von der deutschen Arbeiterklasse fernzuhalten.

Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin und mit ihnen Julian Marchlewski und andere Linke waren diejenigen, die in der deutschen Arbeiterbewegung am besten die Zeichen des neuen, imperialistischen Zeitalters verstanden, und dies gerade deshalb, weil sie als echte Schüler von Marx und Engels die materialistische Geschichtsauffassung auch beim Studium der Gegenwart, der Entwicklung der allgemeinen Situation und der Klassenkampfbedingungen, als Leitfaden benutzten. Ihre Reden und Schriften sind bis heute glänzende Zeugnisse marxistischer Forschung geblieben. Die Krönung ihres Lebens, die Schlußfolgerung aus der historischen Analyse war ihr glühendes Bekenntnis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, ihr Kampf während der Novemberrevolution in Deutschland und die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die Novemberrevolution und die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands bedeuteten auch für die Geschichtsschreibung über die deutsche Arbeiterbewegung einen entscheidenden Einschnitt.

Die Tatsache, daß zum ersten Mal in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung eine revolutionäre Arbeiterpartei ihren jahrzehntelangen Kampf bis zur Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse geführt hatte, setzte neue Maßstäbe für die Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung. Der Marxismus-Leninismus wurde zur Grundlage der marxistischen Forschung auf dem Gebiet der Geschichte der Arbeiterbewegung. Die Rolle der Partei im Kampf um den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus unter den besonderen Bedingungen Deutschlands und die Frage, wie man die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen für den Kampf um Sozialismus gewinnen kann – diese zentralen Probleme mußten von der

marxistischen deutschen Historiographie anhand des Studiums des Kampfes der Kommunisten in Rußland und der eigenen Erfahrungen analysiert werden. Die deutschen Marxisten konnten sich dabei auf die grundsätzlichen theoretischen Arbeiten W. I. Lenins und auch auf viele seiner Bemerkungen zur Geschichte und zu den aktuellen Problemen der deutschen Arbeiterbewegung stützen.

Die Tradition der marxistischen Geschichtsschreibung wurde in den Jahren nach 1918 vor allem von der Kommunistischen Partei Deutschlands fortgesetzt.

So wie seinerzeit für Karl Marx und Friedrich Engels die Revolution von 1848/1849 immer wieder der Ausgangspunkt für die Beurteilung der Entwicklung der politischen Kräfte in Deutschland und ihrer Stellung in den nachfolgenden Klassenauseinandersetzungen war, kehrte die Kommunistische Partei Deutschlands bei der Ausarbeitung ihrer Strategie und Taktik immer wieder zurück zur siegreichen Revolution in Rußland 1917 und zur deutschen Novemberrevolution 1918, der ersten großen Erhebung der deutschen Arbeiterklasse gegen das imperialistische System.

Schon im März 1920 hatte die Zentrale der KPD in einem Rundschreiben an die Bezirksleitungen die Zusammenstellung einer Chronik zur Parteigeschichte angeregt, „um für eine spätere Niederschrift der Geschichte unserer Partei Material zu sammeln"[20].

Besondere Aufmerksamkeit widmete die KPD der Auswertung der welthistorischen Lehren der beiden ersten proletarischen Revolutionen – der Pariser Kommune und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution – und vor allem dem Studium der Erfahrungen der KPdSU. Im März 1921 führte sie viele Veranstaltungen anläßlich des 50. Jahrestages der Pariser Kommune durch, auf denen als wichtigste Lehre die Notwendigkeit der revolutionären Partei der Arbeiterklasse hervorgehoben wurde. Mit den Erfahrungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion befaßte sich die Partei unter anderem 1923 im Zusammenhang mit dem 25. Jahrestag der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Das Studium des Kampfes der KPdSU war ein wichtiger Bestandteil des Kampfes um die Durchsetzung des Leninismus in der Kommunistischen Partei.

Die KPD befaßte sich in den Jahren 1924 und 1925 intensiv mit den Lehren der Novemberrevolution und der eigenen Geschichte. In den „Thesen zur Lage und zu den Aufgaben der KPD", die der

20 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Zentrales Parteiarchiv.

10. Parteitag der KPD beschloß, wurde erstmalig auf einem Parteitag umfassend zur Geschichte der KPD und der SPD Stellung genommen. Die Partei ging von der Feststellung aus: „Zu einer klaren einheitlichen Auffassung der Aufgaben der Partei gehört als notwendige Voraussetzung eine *klare einheitliche Auffassung der Geschichte der Partei.*"[21] Der Parteitag stellte fest, daß die KPD, indem sie um die Aneignung des Leninismus ringt, „damit alle revolutionären und sozialistischen Traditionen wieder aufnimmt, die die Größe der deutschen Arbeiterbewegung in der Zeit von *Marx* und *Engels*, von *Bebel* und *Liebknecht* ausmachten".[22]

1928 jährte sich zum zehnten Male der Jahrestag der Novemberrevolution und der Gründung der KPD sowie der 50. Jahrestag des Sozialistengesetzes. Diese Jubiläen nahm die Führung der KPD zum Anlaß, um die Geschichte der Partei in den Mittelpunkt der ideologischen Arbeit zu rücken. Sie ließ sich dabei von dem Gedanken Ernst Thälmanns leiten, den er in seinem Artikel „Die Lehren des Hamburger Aufstandes" im Oktober 1925 geäußert hatte: „Jubiläen sind für die Kommunisten und den klassenbewußten Teil des Proletariats nicht leere Gedenktage, sondern Richtlinien für den Klassenkampf, Leitfäden für die Aktion."[23]

Als erstes bedeutendes Ergebnis der Bemühungen der KPD, sich die Lehren der sozialistischen Oktoberrevolution und der deutschen Novemberrevolution anzueignen, und als Frucht der schöpferischen Diskussion über die Parteigeschichte erschien 1929 die „Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution". Zum ersten Mal wurde mit diesem Werk ein geschlossenes Bild der Vorgeschichte und des Verlaufs der deutschen Novemberrevolution gegeben. Die „Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution" erbrachte den Nachweis, daß die Arbeiter und Soldaten, die 1918 mit revolutionären Mitteln den Krieg beendet und die Monarchie gestürzt hatten, im Sinne des Fortschritts und der Nation gehandelt hatten. Ausführlich schilderte die „Illustrierte Geschichte" die Etappen des revolutionären Widerstandes gegen den imperialistischen Krieg, die Ereignisse während der Novemberrevolution, die Frühjahrskämpfe 1919, die Auseinander-

21 Beschlüsse des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1925, S. 30.

22 Ebenda, S. 34.

23 Ernst Thälmann: Die Lehren des Hamburger Aufstandes. In: Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, Berlin 1958, S. 254.

setzungen um die Betriebsräte 1919/1920 und den Kampf gegen den Kapp-Putsch. Das Werk widerspiegelte den Stand der damaligen Erkenntnisse über die Entwicklung der Strategie und Taktik der revolutionären Arbeiterpartei. Die Novemberrevolution wurde als „sozialistische Revolution", die eine Niederlage erlitt, charakterisiert, und die Rolle der Partei wurde unterschätzt. Diese der historischen Wahrheit nicht entsprechenden Einschätzungen wurden später – nach einem tieferen Studium der Geschichte der Novemberrevolution – korrigiert. Trotz der genannten Mängel war die „Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution" ein bedeutender Beitrag zur marxistischen Historiographie der deutschen Arbeiterbewegung in der Epoche des Imperialismus.

Die „Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution" war die erste zusammenfassende Darstellung der Geschichte der Novemberrevolution und der jungen KPD, die ein Kollektiv ausgearbeitet hatte. Die gesamte Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus zu studieren und zu schreiben – das war nach wie vor Aufgabe der revolutionären Arbeiterpartei.

Von großer Bedeutung für die Lösung der nationalen und sozialen Frage war die Analyse des nach dem ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution unter den veränderten Bedingungen einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in der Weimarer Republik wiedererstarkten deutschen Imperialismus und Militarismus. In Dokumenten der KPD sowie in Reden und Aufsätzen führender Funktionäre der Arbeiterbewegung wurde der deutsche Imperialismus der Nachkriegszeit untersucht. Wichtige Lehren aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Entwicklung der Partei seit ihrer Gründung zog die KPD in dem auf Initiative Ernst Thälmanns im August 1930 verkündeten „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes". In dieser programmatischen Erklärung wertete die KPD die bisherigen Erfahrungen des Klassenkampfes in Deutschland aus und gab Antwort auf solche Fragen wie: der Charakter des Imperialismus und seiner politischen Gruppierungen, die Stellung der Arbeiterklasse zur Nation und die Herstellung einer breiten antiimperialistischen und antifaschistischen Kampffront.

Am 19. Februar 1932 erklärte Ernst Thälmann in einer Sitzung des ZK der KPD in Berlin: „Einige Worte zu den Fragen unseres

Programms und der Parteigeschichte ... Wir haben gleichfalls beschlossen, daß wenigstens der erste Abschnitt der Parteigeschichte bis zum Spaltungsparteitag der USPD in Halle in Angriff genommen wird. Das heißt also, daß wir schon heute Materialien zusammenstellen müssen, um *gemeinsam* an diese schwierige und verantwortungsvolle Arbeit heranzugehen."[24]

Die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland erforderte mit aller Eindringlichkeit, eine genaue wissenschaftliche Untersuchung der Vorgänge in Deutschland vor 1933 vorzunehmen. Die Frage mußte beantwortet werden, wie es in dem Lande mit der im Westen bis dahin stärksten revolutionären Arbeiterbewegung zum Sieg des Faschismus kommen konnte und welche Schlußfolgerungen sich daraus für die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse im Kampf um den Sturz der faschistischen Diktatur ergaben. Vor allen Dingen ging es um eine Analyse der Entwicklung des deutschen Imperialismus und seiner Besonderheiten sowie um eine Analyse der Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung.

Die gründliche Beschäftigung mit Fragen der Geschichte war gleichzeitig deshalb dringend notwendig, um den Geschichtslügen der Nazis, insbesondere den Lügen über die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei und über die Sowjetunion, die historischen Tatsachen entgegenstellen zu können.

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur fanden auch in der Sozialdemokratie die bisher gründlichsten Diskussionen über die Lehren des Klassenkampfes in Deutschland seit der Novemberrevolution statt, die zur kritischen Einschätzung der Politik der SPD in der Zeit der Weimarer Republik führten. Diese Auseinandersetzungen fanden im Prager Manifest des Exilparteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie von 1934 ihren Niederschlag, in dem unter anderem die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse und des revolutionären Kampfes um die politische Macht ausgesprochen wurde. Doch ließen die führenden Vertreter der Sozialdemokratie in der Folgezeit diese Lehren der Geschichte in Vergessenheit geraten. Die Aufgabe, aus dem Studium der Lehren der Geschichte ein wissenschaftlich begründetes Programm für den Kampf der Arbeiterklasse und aller demokratisch gesinnten Kräfte zu erarbeiten, wurde von der Führung der KPD gelöst.

[24] Ernst Thälmann: Der revolutionäre Ausweg und die KPD. Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands, o. O. o. J., S. 95.

Wie die gesamte Kommunistische Internationale so beschäftigte sich auch die KPD gründlich mit den geschichtlichen Lehren, aus denen sie Schlußfolgerungen für die Strategie und Taktik zum Sturz des Hitlerregimes und die Entwicklung des Programms für ein neues Deutschland zog. Die Partei arbeitete die demokratischen Traditionen des deutschen Volkes, den Kampf der Arbeiterklasse zur Verteidigung der Demokratie und den Zusammenhang des Kampfes um Demokratie mit dem Ringen um den Sozialismus heraus. Immer stärker wandte sich die KPD auch in der Geschichtsforschung den Problemen der nationalen Frage zu. Von Anfang an kämpfte die Kommunistische Partei Deutschlands gegen Auffassungen, die besonders nach der Errichtung der faschistischen Diktatur in der Arbeiterbewegung verbreitet wurden, als sei die deutsche Geschichte durch eine Folge von Siegen der Reaktion und Niederlagen der fortschrittlichen Kräfte geprägt. Sie kämpfte gegen jede Auffassung von der deutschen Geschichte als einer Misere.

Anläßlich des 20. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands erschien in der Nr. 1/2 der illegalen „Internationale" Anfang 1939 die Arbeit Wilhelm Piecks „20 Jahre Kampf der KPD für die Einheit der deutschen Arbeiterklasse, für Brot, Frieden, Demokratie und Sozialismus!". In ihr gab Wilhelm Pieck einen ersten gedrängten Überblick über die Geschichte der KPD und orientierte auf solche Schwerpunkte der Geschichtsschreibung wie: Kampf um die Einheit der deutschen Arbeiterklasse; Kampf für Frieden und Freiheit der Nation; Kampf für Demokratie und Sozialismus; Kampf um Lohn und Brot, gegen das Trustkapital; Kampf für die internationale Solidarität und Einheit; Kampf für den Marxismus-Leninismus, für revolutionäre Organisation und Disziplin.

Eine besonders große Rolle spielten in den Jahren 1938/1939 Fragen der Geschichte im Kampf für die Einheits- und Volksfront und gegen den drohenden Krieg, vor allem im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Programms für das neue demokratische Deutschland durch die Berner Konferenz der KPD. Diese Probleme wurden in mehreren Sitzungen von Mitgliedern des ZK der KPD beraten. Die Führung der KPD klärte damals prinzipiell die Grundfragen der Novemberrevolution, die Frage nach ihrem Charakter und nach der Rolle der revolutionären Partei der Arbeiterklasse in der Revolution. Nach einem Referat Walter Ulbrichts über „Der Zusammenbruch Deutschlands im ersten Weltkrieg und die Novemberrevolution"

wurde die Novemberrevolution ihrem Charakter nach richtig als bürgerlich-demokratische Revolution gekennzeichnet. Die vom Politbüro gezogenen Lehren für den Aufbau eines neuen Deutschlands fanden ihren Niederschlag in der Resolution der Berner Konferenz der KPD „Der Weg zum Sturz Hitlers und der Kampf um die neue demokratische Republik".

Wilhelm Pieck erweiterte Ende 1943 seinen Artikel zum 20. Jahrestag der Gründung der KPD zu einer umfangreichen Studie „Zur Geschichte der KPD". Zum ersten Mal gab es einen geschlossenen, in einzelne Perioden eingeteilten Überblick über die Geschichte der KPD vom Kampf der Linken gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg bis in die Zeit des zweiten Weltkrieges. Diese Studie war nicht nur für die Schulung der Mitglieder der KPD von großer Bedeutung, sondern auch für die Arbeit mit den Kriegsgefangenen in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern. Viele Deutsche erfuhren zum ersten Mal vom Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands für Frieden, Demokratie und Sozialismus.

Das von der Führung der KPD vor und während des zweiten Weltkrieges betriebene intensive Studium der historischen Erfahrungen des deutschen Volkes und besonders der deutschen Arbeiterklasse seit 1918 schuf die Voraussetzung für die Formulierung eines wissenschaftlich fundierten Programms der Nachkriegsgestaltung Deutschlands. Dazu gehörten die von Walter Ulbricht in seinen Arbeiten „Thesen über das Wesen des Hitlerfaschismus" und „Die Legende vom ‚deutschen Sozialismus'" vorgenommenen Analysen der Entwicklung des deutschen Imperialismus, insbesondere des faschistischen deutschen Imperialismus. Im Aktionsprogramm der KPD vom 11. Juni 1945 wurden die Lehren aus der Geschichte gezogen.

Der Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten im zweiten Weltkrieg über den Hitlerfaschismus und die Befreiung Deutschlands von der faschistischen Diktatur bedeutete auch für die Entwicklung der Geschichtsschreibung einen Wendepunkt. Er bildete die Voraussetzungen für die Befreiung des historischen Denkens aus den Fesseln der Reaktion und des Chauvinismus. Für die weitere Entwicklung des historischen Materialismus und der Geschichtsschreibung ergaben sich in Deutschland solche Bedingungen, über die Franz Mehring geschrieben hatte: „Erst mit der Emanzipation des Proletariats wird er seine volle Blüte erreichen, wird die Geschichte eine Wissenschaft im strengen Sinne des Worts, wird sie das werden, was sie von

jeher sein sollte, aber noch niemals gewesen ist: eine Führerin und Lehrerin der Menschheit."[25] Indem die Arbeiterklasse im Kampf gegen den Nazismus, für ein demokratisches Deutschland zur führenden Kraft der Nation wurde, bildeten ihre wissenschaftliche Weltanschauung, die von ihr vertretenen Ideen des wahren Humanismus und der Völkerfreundschaft die Grundlage für die Entwicklung der Geschichtsschreibung, wenn auch dieser Einfluß zunächst nur in einem Teil Deutschlands allmählich voll zur Wirkung kam.

Die durch die Zerschlagung des Hitlerregimes dem ganzen deutschen Volk gegebene Chance, sich von den imperialistischen und militaristischen Verderbern zu befreien und den Weg der friedlichen demokratischen Entwicklung einzuschlagen, verlangte gebieterisch nach der Überwindung der faschistischen Ideologie, nach der humanistischen und demokratischen Erneuerung der deutschen Kultur, des deutschen Geistesschaffens. Die Herausbildung eines fortschrittlichen nationalen Geschichtsbewußtseins war dafür unerläßlich. Bestandteil dieses Geschichtsbewußtseins ist die Erkenntnis über die historische Mission der Arbeiterklasse und über die Bedeutung ihres Kampfes für die Lösung der nationalen Probleme. Diese Aufgabenstellung war eine wichtige Triebkraft für die weitere Entwicklung der marxistischen Geschichtsschreibung. Die Aufgabe wurde in ständiger Auseinandersetzung mit den Lügen und Entstellungen der imperialistischen Historiographie gelöst, die nach 1945 wieder bemüht war, die Entwicklung eines echten Nationalbewußtseins im deutschen Volk zu verhindern.

Zugleich war es Aufgabe der marxistischen Geschichtsschreibung, in der Arbeiterklasse selbst, vor allem in den Reihen der KPD und der SPD und nach ihrer Vereinigung in der SED, anhand der historischen Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung in der Epoche des Imperialismus Klarheit über die Aufgaben der Arbeiterklasse als der führenden nationalen und sozialen Kraft zu schaffen. Es galt, die Ursachen für die verhängnisvolle Spaltung ihrer Reihen und für die opportunistische Politik der rechten sozialdemokratischen Führer darzulegen und gleichzeitig die Ursachen bestimmter sektiererischer Erscheinungen in der Politik der KPD aufzudecken, um sie überwinden zu können. Die Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der eigenen Bewegung half, den Weg für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien freizumachen und die SED ideologisch rasch zu festigen.

[25] Franz Mehring: Über den historischen Materialismus. In: Gesammelte Schriften, Bd. 13, Berlin 1961, S. 356.

Eine wichtige Maßnahme der revolutionären Arbeiterpartei, die die Herausbildung eines wissenschaftlichen Geschichtsbildes in der Arbeiterbewegung und außerhalb ihrer Reihen förderte, war die Veröffentlichung der Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus. In den Jahren 1945/1946 erschienen nach langer Zeit der Unterdrückung in Deutschland wieder solche grundlegenden theoretischen Arbeiten wie das „Manifest der Kommunistischen Partei" von Karl Marx und Friedrich Engels, die Kritik des Gothaer Programms von Marx, „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" und „Der deutsche Bauernkrieg" von Engels, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" und „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" von W. I. Lenin.

1946 wurde die „Geschichte der KPdSU (B). Kurzer Lehrgang" veröffentlicht. Große Teile der Bevölkerung und der Arbeiterklasse wurden zum ersten Mal mit dem Kampf der internationalen Vorhut der revolutionären Arbeiterbewegung um Demokratie und Sozialismus bekannt gemacht, ungeachtet der Mängel, die diese Ausgabe des Werkes enthielt.

Neue Aufgaben erwuchsen der geschichtswissenschaftlichen Tätigkeit der SED aus dem Ringen um die Erhaltung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage. Am 15. Januar 1948 beschloß der Parteivorstand der SED das Dokument „Von der Paulskirche bis zum Volkskongreß. Politische Richtlinien zur Durchführung der Veranstaltungen ‚1848 bis 1948'". In diesem Dokument war eine Zusammenfassung der nationalen Geschichtskonzeption der deutschen Arbeiterklasse enthalten. In knappen Zügen wurden die zwei Linien der deutschen Geschichte von 1848 bis 1948 gezeichnet. Es wurde nachgewiesen, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung stets der konsequenteste Verfechter der Interessen der deutschen Nation gewesen ist. Es wurde dargelegt, daß es der Reaktion in Deutschland auf Grund der Schwäche der demokratischen Kräfte bisher immer wieder gelungen war, die revolutionären Erhebungen des Volkes niederzuschlagen und ihre den Bestand der Nation bedrohende Herrschaft zu bewahren. Daraus wurde die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte in Deutschland für die „antifaschistische Demokratie in der einheitlichen deutschen Republik"[26]

[26] Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I, Berlin 1952, S. 269.

als nächstes Ziel abgeleitet. Der nationale Kampf des deutschen Volkes wurde in dem Dokument vom Standpunkt der Entwicklung des gesellschaftlichen Fortschrittes in der Welt dargestellt.

Anläßlich des 30. Jahrestages der Novemberrevolution nahm der Parteivorstand der SED auf seiner 13. Tagung am 16. September 1948 ein weiteres Dokument – „Die Novemberrevoultion und ihre Lehren für die deutsche Arbeiterbewegung" – an, in dem speziell die Erfahrungen der deutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus nach der Jahrhundertwende verallgemeinert wurden. In diesem Dokument wurden Fragen behandelt, deren richtige Beantwortung für die politisch-ideologische Festigung der Partei in der komplizierten Situation des verschärften Klassenkampfes in der Welt und in Deutschland in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre besonders wichtig war: die Lehre von der Diktatur des Proletariats und von der Partei neuen Typus, die Rolle des Leninismus und der Erfahrungen der KPdSU, die Auswirkungen der opportunistischen Politik der rechten Führer der Sozialdemokratie auf den Befreiungskampf der Arbeiterklasse.

Otto Grotewohl untersuchte in der 1948 verfaßten Schrift „Dreißig Jahre später" die Erfahrungen der deutschen Novemberrevolution, „um eine Grundlage zu schaffen, die es möglich macht, aus jenen Tagen die Lehren für unseren Kampf in Gegenwart und Zukunft zu ziehen"[27]. Eine der aktuellen Schlußfolgerungen seiner Analyse war die Feststellung, daß „die Einheit der Organisation für die neue Arbeiterbewegung Deutschlands nur festgegründet ist, wenn sie auf einem einheitlichen und unerschütterlichen ideologischen Fundament ruht, und das ist nach den geschichtlichen Erfahrungen und Tatsachen der Marxismus-Leninismus"[28].

Die Bemühungen der Parteiführung um die Durchsetzung eines wissenschaftlichen Geschichtsbildes in den Reihen der Partei trugen ihre Früchte. Die 1. Parteikonferenz der SED im Januar 1949 konnte in ihrem Beschluß feststellen, daß die von der 13. Tagung ausgelöste Parteidiskussion – ihr lag das Dokument „Die Novemberrevolution und ihre Lehren für die deutsche Arbeiterbewegung" zugrunde – eine Reihe grundsätzlicher Fragen geklärt und gezeigt hatte, „daß die Par-

27 Otto Grotewohl: Dreißig Jahre später. Die Novemberrevolution und die Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1953, S. 11.

28 Ebenda, S. 135.

tei bereits ein beachtliches theoretisches Niveau und eine weitgehende ideologische Einheit erreicht hat"[29].

Mit dem Übergang zum sozialistischen Aufbau wurde in der Geschichte der marxistischen Historiographie über die deutsche Arbeiterbewegung ein neues Stadium eingeleitet. Die Entwicklung der Arbeiterklasse zur herrschenden Klasse, zur führenden Kraft, die alle gesellschaftlichen Prozesse – die Entwicklung der Produktion, der sozialistischen Staatsmacht, der sozialistischen Kulturrevolution – lenkt und leitet, und die Herausbildung des neuen Inhalts der Arbeiterbewegung führten zu einer Erweiterung der geschichtswissenschaftlichen Arbeit der Partei der Arbeiterklasse und der Aufgaben der Geschichtswissenschaft überhaupt. Es kam für die marxistischen Historiker darauf an, die große Klassenauseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus auf deutschem Boden im Sinne des nationalen und gesellschaftlichen Fortschritts zu fördern. Die weitere Arbeit an der Erforschung der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung mußte zur Herausbildung eines echten Nationalbewußtseins und des sozialistischen Patriotismus beitragen. Es wurde in diesen Jahren damit begonnen, auf der Grundlage neuer Quellenstudien ein umfassendes nationales Geschichtsbild auszuarbeiten. Der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wurde dabei besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Zugleich galt es, die Erfahrungen der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht auf deutschem Boden zu untersuchen und zu verallgemeinern.

Schließlich ergaben sich aus der Tatsache, daß die Arbeiterklasse zur politisch herrschenden Klasse wurde, auf staatlicher Ebene große Aufgaben bei der Lenkung und Leitung der geschichtswissenschaftlichen Arbeit. Neue qualifizierte Kader mußten an den Universitäten und Hochschulen für Forschung und Lehre ausgebildet werden.

Das ZK der SED beschäftigte sich auf seiner 7. Tagung im Oktober 1951 mit Fragen der deutschen Geschichte und faßte wichtige Beschlüsse zur Entwicklung der Forschungsarbeit auf diesem Gebiet. Es wurde unter anderem beschlossen, ein Lehrbuch zur Geschichte des deutschen Volkes auszuarbeiten, die Werke der Klassiker des Marxis-

[29] Die nächsten Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Entschließung der 1. Parteikonferenz vom 25.–28. Januar 1949. In: Dokumente der SED, Bd. II, Berlin 1952, S. 194.

mus-Leninismus beschleunigt herauszugeben und neue geschichtswissenschaftliche Institute einzurichten. Schöpferische Impulse empfing die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von der 2. Parteikonferenz der SED, die den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR beschloß und damit die ideologische Arbeit vor höhere Aufgaben stellte.

In den folgenden Jahren wurden in verstärktem Maße Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus, Reden und Aufsätze hervorragender Führer der deutschen Arbeiterbewegung sowie Dokumente der SED herausgegeben. Gleichzeitig wurde damit der Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine breitere Quellenbasis erschlossen.

Ein Ergebnis der geschichtswissenschaftlichen Studien der SED waren die Thesen „35 Jahre Kommunistische Partei Deutschlands (1918–1953)", in denen besonders die Rolle der KPD in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der deutschen Nation als einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse hervorgehoben wurde, die am konsequentesten gegen Imperialismus, Militarismus, Faschismus und Krieg und für die Rettung der deutschen Nation gekämpft hatte.

Im Juli 1955 befaßte sich das Politbüro des ZK der SED erneut mit den Aufgaben der Geschichtswissenschaft. Zu dieser Zeit trat die Entwicklung in Deutschland in eine neue Periode ein, in der die Sicherung des Friedens zum Hauptinhalt der Deutschlandfrage wurde und in der DDR der Kampf um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in den Vordergrund rückte. Durch den Staatsvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom September 1955 erhielt die DDR ihre volle Souveränität und internationale Anerkennung. Der Beschluß des Politbüros vom Juli 1955 orientierte die Historiker darauf, das theoretische Niveau der Geschichtsschreibung weiter zu heben. Die Gesetzmäßigkeiten der ökonomischen und politischen Entwicklung mußten anhand des historischen Tatsachenmaterials aufgedeckt und dargestellt werden. Als besonders wichtig wurde die Erforschung der jüngsten Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung seit der Befreiung vom Faschismus genannt. Das Politbüro legte Maßnahmen zur Verbesserung der Forschung, der Planung und Koordinierung der wissenschaftlichen Tätigkeit sowie der Ausbildung geschichtswissenschaftlicher Kader fest.

Das Ergebnis der erhöhten Aufmerksamkeit, die die Führung der Partei der Geschichtsforschung schenkte, waren zahlreiche Veröffentlichungen, in denen einzelne Probleme oder Abschnitte der Geschichte des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterbewegung auf Grund wissenschaftlicher Quellenstudien behandelt wurden. Die Freiheitskämpfe von 1813, Karl Marx und die deutsche Arbeiterbewegung, die deutsche Außenpolitik zwischen den zwei Weltkriegen, der nationale Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands, der antifaschistische Widerstandskampf, Leben und Wirken der deutschen Arbeiterführer, vor allem Ernst Thälmanns, und viele andere Probleme wurden aufgegriffen und behandelt. Großen Anteil daran hatten führende Funktionäre der Partei, wie Otto Buchwitz, Friedrich Ebert, Otto Grotewohl, Kurt Hager, Hermann Matern, Albert Norden, Walter Ulbricht, Paul Wandel, Otto Winzer. In stärkerem Ausmaß als früher wandten sich Historiker in wissenschaftlichen Arbeiten Themen aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu, darunter in zunehmender Zahl aus der Zeit nach 1917.

Im Jahre 1955 erschien die erste wissenschaftliche Darstellung des von der deutschen Arbeiterklasse nach 1945 zurückgelegten Weges, Walter Ulbrichts Werk „Zur Geschichte der neuesten Zeit". Darin wurde, ausgehend von einer Analyse des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse gegen den Krieg 1939 bis 1945, die Entwicklung in Deutschland vom 8. Mai 1945 bis zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien im April 1946 untersucht. Anhand historischer Tatsachen und Dokumente deckte Walter Ulbricht das Wirken des Grundwiderspruchs in Deutschland auf, zeigte den Zusammenhang zwischen dem nationalen und sozialen Kampf und analysierte die Konzeptionen und die Politik der verschiedenen Klassen in der nationalen Frage.

Eine Bilanz der Forschungen auf dem Gebiet der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung enthielt der Beschluß des ZK der SED vom 19. September 1958 „Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Thesen anläßlich des 40. Jahrestages". In den Thesen wurden die Forschungsergebnisse und Diskussionen unter den Historikern ausgewertet. Die Einschätzung des Charakters der Revolution als einer bürgerlich-demokratischen Revolution, die teilweise mit proletarischen Mitteln durchgeführt worden war, wurde präzisiert. Die Rolle der revolutionären Partei der Arbeiterklasse und die Frage, wie die Massen für die Durchführung der sozialistischen Revolution ge-

wonnen werden können, stand im Mittelpunkt der Thesen. Es wurde besonders herausgearbeitet, daß in einem hochindustrialisierten Land wie Deutschland die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse nicht in einem Sprung erreicht werden kann.

Walter Ulbricht begründete im Referat zu den Thesen die wiederholte Beschäftigung der Partei mit der Novemberrevolution: „Wir beschäftigen uns damit, weil der Zusammenbruch Deutschlands im ersten Weltkrieg und die Novemberrevolution zum ersten Mal das Grundproblem der deutschen Nation aufgerollt haben, nämlich die Beseitigung des Imperialismus und die Schaffung eines friedliebenden, demokratischen und sozialistischen Deutschlands."[30] Dieses nationale Grundproblem wurde von der Partei nach dem V. Parteitag mit aller Deutlichkeit in den Mittelpunkt der Geschichtsforschung gerückt. Es war Aufgabe der marxistischen Historiker, dieses Problem auf der Grundlage exakter geschichtlicher Untersuchungen wissenschaftlich darzustellen. Die Tagung des ZK beschloß, eine vom Politbüro eingesetzte Kommission zu beauftragen, Thesen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auszuarbeiten.

Die Veröffentlichung der Thesen zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution und die damit verbundenen wissenschaftlichen Diskussionen führten zu einem Aufschwung der Historiographie auf dem Gebiet der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Historiker der DDR legten in den folgenden Jahren umfangreiche wissenschaftliche Arbeiten vor, in denen Grundprobleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung behandelt wurden. Die Arbeiterbewegung in der Revolution von 1848/1849, das Wirken von Marx und Engels, die Auswirkungen der Pariser Kommune auf Deutschland und der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in den Jahren des Sozialistengesetzes, die Massenkämpfe der deutschen Arbeiterbewegung nach der Jahrhundertwende, die Geschichte der deutschen Linken, die Novemberrevolution – diese Probleme wurden in vielen Publikationen eingehend untersucht. Es wurden erste Forschungsergebnisse über die Entwicklung der Strategie und Taktik der KPD und weitere Arbeiten zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandes veröffentlicht. Monographien über Probleme der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, erste Arbeiten über den sozialistischen Aufbau in der DDR und

30 Walter Ulbricht: Begründung der Thesen über die Novemberrevolution 1918. Referat auf der 2. Tagung des ZK der SED. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Sonderheft 1958, S. 28.

die führende Rolle der SED dabei entstanden. Der Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nahmen sich nicht nur Berufshistoriker an. Viele Veteranen der Arbeiterbewegung und interessierte Bürger leisteten in den Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung eine für die Historiographie der deutschen Arbeiterbewegung wertvolle Arbeit.

Diese Forschungstätigkeit wurde von der Führung der Partei durch die Veröffentlichung weiterer wichtiger Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung unterstützt. Dazu gehörten die Thesen zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR, der Brief des ZK der SED zum 15. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus und das Dokument „Die Gründung der SED – ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus, Thesen zum 15. Jahrestag der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien".

In schöpferischer Forschungsarbeit wurden Erscheinungen des Revisionismus und des Dogmatismus im Herangehen an die Untersuchung und Darstellung geschichtlicher Ereignisse überwunden. Die Beschlüsse der Partei, die Arbeiten ihrer führenden Funktionäre und viele Einzeluntersuchungen der Historiker schufen die Grundlage, um eine umfassende Gesamtdarstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung unmittelbar in Angriff nehmen zu können.

1962 trat die Arbeit der Historiker der DDR in eine neue Phase ein, zusammen mit dem Eintritt der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR in die Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus. In der ersten Jahreshälfte 1962 fand auf Initiative des ZK der SED eine umfassende öffentliche Diskussion über das Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands" statt, das, vom Nationalkongreß am 16./17. Juni 1962 beschlossen, als Nationales Dokument bekannt wurde. Es enthielt den wissenschaftlichen Nachweis, daß in Deutschland allein die Arbeiterklasse im Bunde mit allen fortschrittlichen Kräften der Nation berufen und fähig ist, die nationalen Belange des deutschen Volkes zu vertreten.

Die 16. Tagung des ZK der SED vom 26. bis 28. Juni 1962 beriet den Entwurf des „Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung". Er war in über dreijähriger Tätigkeit von einer Kommission des Zentralkomitees der SED unter unmittelbarer Leitung Walter Ulbrichts erarbeitet worden. Der Entwurf wurde den Mitgliedern der Partei und allen Werktätigen zur Diskussion unterbrei-

tet. Im Verlauf der Diskussion gingen zahlreiche Ergänzungen und Änderungsvorschläge ein.

Zusammen mit dem Entwurf des Programms und eines neuen Statuts der SED lag der „Grundriß" dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 als Dokument mit zur Beratung vor. Walter Ulbricht sagte auf der 2. Tagung des ZK der SED im April 1963: „Zwischen dem Parteiprogramm und dem Grundriß besteht ein enger, gesetzmäßiger Zusammenhang. Im Programm konnte der Weg zum Sozialismus in Deutschland präzise ausgearbeitet werden, nachdem die Partei vorher die Lehren aus dem über 120jährigen Kampf der deutschen Arbeiterklasse für Frieden, Demokratie und Sozialismus ausgearbeitet und daraus die entsprechenden Schlußfolgerungen für die Deutsche Demokratische Republik und für ganz Deutschland gezogen hatte."[31]

Auf der 2. Tagung des ZK der SED wurde der überarbeitete Entwurf des „Grundrisses" beraten und bestätigt. Mit dem „Grundriß" war die entscheidende Grundlage für die Lehre und die Forschung, vor allem aber für eine umfassende Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gegeben. Das Zentralkomitee beauftragte auf seiner Tagung im Juni 1962 ein Autorenkollektiv unter dem Vorsitz Walter Ulbrichts, die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" in mehreren Bänden auszuarbeiten.

Die Lösung dieser umfangreichen und vielgestaltigen Aufgabe wurde zur Angelegenheit nicht nur der Historiker der DDR, sondern darüber hinaus auch zahlreicher Mitglieder der SED und anderer interessierter Werktätiger. Neben dem Autorenkollektiv und dem Kreis der Autoren wurden viele Historiker und Spezialisten anderer gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen, darunter Philosophen, Ökonomen und Literaturwissenschaftler, aber auch Parteiveteranen und andere Werktätige in die Ausarbeitung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einbezogen. Nach gründlicher Beratung im Autorenkollektiv wurde der Entwurf der mehrbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der 10. Tagung des ZK der SED im Juni 1965 unterbreitet. Nunmehr liegt eine achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" der Öffentlichkeit vor.

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist ein Heldenbuch. Die Revolutionäre von 1848/1849 gehören zu diesen Helden

31 Walter Ulbricht: Vergangenheit und Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung. Referat auf der 2. Tagung des ZK der SED, 10. bis 12. April 1963, Berlin 1963, S. 3.

wie die Streiter der Novemberrevolution 1918, die Kämpfer des antifaschistischen Widerstandes und die Aktivisten des Aufbaus eines demokratischen und sozialistischen deutschen Staates.

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beweist: Allein die Marxisten in Deutschland haben zu jeder Zeit die nationalen und sozialen Interessen des deutschen Volkes konsequent und ohne Scheu vor Schwierigkeiten und Entbehrungen vertreten. Die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse hat als einzige Partei in Deutschland die Prüfungen der Geschichte bestanden. Die deutsche Arbeiterklasse hat ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, ihre historische Mission zu erfüllen.

In der Deutschen Demokratischen Republik hat die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und allen anderen demokratischen, friedliebenden Kräften Imperialismus und Militarismus ein für allemal beseitigt und die Staatsmacht erobert, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft und das Geschick der Nation in ihre eigenen Hände genommen. Der mehr als hundertjährige Kampf der deutschen Arbeiterbewegung für Frieden, Demokratie und Sozialismus fand hier seine lebendige Verwirklichung.

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und ihre Gegenwart in der DDR geben den Arbeitern und allen anderen Werktätigen in Westdeutschland die Gewißheit und das Siegesbewußtsein, daß die Arbeiterklasse in ganz Deutschland ihre nationale und soziale Mission erfüllen wird, daß – gestützt auf die DDR – in ganz Deutschland Frieden, Demokratie und Sozialismus triumphieren werden.

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Vorbemerkung

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist entsprechend der Periodisierung im „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" in 15 Kapitel eingeteilt und in acht Bänden zusammengefaßt:

Band 1 Kapitel I bis III: Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts;
Band 2 Kapitel IV und V: Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1917;
Band 3 Kapitel VI und VII: Von 1917 bis 1923;
Band 4 Kapitel VIII und IX: Von 1924 bis Januar 1933;
Band 5 Kapitel X und XI: Von Januar 1933 bis Mai 1945;
Band 6 Kapitel XII: Von Mai 1945 bis 1949;
Band 7 Kapitel XIII: Von 1949 bis 1955;
Band 8 Kapitel XIV und XV: Von 1956 bis Anfang 1963.

Jeder Band enthält Illustrationen, Dokumente, ein Personenverzeichnis und ein Verzeichnis geographischer Namen.

Bei der Ausarbeitung wurden das Autorenkollektiv und die Autoren außer vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED von folgenden Institutionen unterstützt: dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, der Parteihochschule „Karl Marx" beim Zentralkomitee der SED, dem Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und Instituten anderer Universitäten und Hochschulen, von verschiedenen Archiven sowie dem Institut für Stilistik und literarische Publizistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Diesen Instituten sowie allen, die durch Einzeluntersuchungen, Berichte, Erschließung von Materialien und Dokumenten, durch Erinnerungen und Bemerkungen geholfen haben, sei an dieser Stelle gedankt.

Die Dokumente und Materialien im Anhang ergänzen die historische Darstellung. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und werden meistens nur auszugsweise wiedergegeben. Auf Auslassungen wird in den Überschriften hingewiesen und im laufenden Text durch drei Punkte aufmerksam gemacht. Auf Hervorhebungen wird verzichtet, ausgenommen die Arbeiten Karl Marx', Friedrich Engels' und W. I. Lenins. In der Regel wird als Quellenbeleg sowohl auf das Archiv oder die Erstveröffentlichung als auch auf eine heute allgemein zugängliche Publikation verwiesen. Programme und Statuten der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung wurden nicht abgedruckt, da sie in den Publikationen „Revolutionäre deutsche Parteiprogramme" und „Revolutionäre deutsche Parteistatuten" veröffentlicht werden.

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Begründung des wissenschaftlichen Kommunismus und die Schaffung der ersten revolutionären Partei des Proletariats durch Karl Marx und Friedrich Engels. Die Revolution von 1848/1849 (Periode von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis 1849)

Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung

1. Die Entfaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und die Entstehung der Arbeiterklasse. Die drei Quellen des Marxismus

Die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung beginnt in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts. In dieser Zeit trat die Arbeiterklasse der fortgeschrittensten Länder Europas zum erstenmal in großen Klassenschlachten gegen die Bourgeoisie und den reaktionären Ausbeuterstaat als selbständige geschichtliche Kraft auf. Damit betrat erstmals eine neue Klasse die Arena des politischen Kampfes, die sich von allen anderen Klassen grundsätzlich unterschied: Es war eine Klasse, die mit ihrem eigenen Befreiungskampf gleichzeitig das Ringen um die Befreiung der ganzen Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung einleitete.

In den ersten Klassenauseinandersetzungen sammelten die Arbeiter wertvolle Erfahrungen. Die fortgeschrittensten Teile der internatio-

nalen Arbeiterklasse unternahmen erste Schritte, um sich von der Beeinflussung durch die Bourgeoisie frei zu machen. Seit Mitte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts entstanden in England, Frankreich und Deutschland die ersten selbständigen Klassenorganisationen des Proletariats. Die Bestrebungen nach organisatorischer Selbständigkeit waren begleitet von gleichzeitigen Bemühungen fortgeschrittener Arbeiter, sich auch politisch und ideologisch von bürgerlichen Einflüssen zu lösen. Ende der dreißiger Jahre bildeten sich in Frankreich und Deutschland verschiedene Systeme des utopischen Arbeiterkommunismus heraus.

Die politischen Kampfaktionen und elementaren Selbständigkeitsbestrebungen der Arbeiter in den dreißiger und vierziger Jahren leiteten die Lostrennung der Arbeiterklasse von der Bourgeoisie ein. Um zu einer wirklich selbständigen politischen Kraft zu werden, die fähig war, ihre welthistorische Mission zu erfüllen, bedurfte das Proletariat jedoch einer eigenen wissenschaftlichen Weltanschauung. Diese Theorie, der wissenschaftliche Kommunismus, entstand in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Sie wurde von Karl Marx und Friedrich Engels ausgearbeitet. Mit dem wissenschaftlichen Kommunismus war die wichtigste Voraussetzung geschaffen, um die Arbeiterklasse auf den Weg des zielbewußten, selbständigen Kampfes um ihre und der ganzen Menschheit Befreiung zu führen.

Die Lösung der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse von der Bourgeoisie und ihr Zusammenschluß in einer revolutionären Partei auf marxistischer Grundlage bilden den Inhalt der ersten Hauptperiode der Geschichte der internationalen und der deutschen Arbeiterbewegung. Ihr Beginn ist gekennzeichnet durch das erste selbständige Auftreten des Proletariats gegen die Bourgeoisie und die ersten proletarischen Vereinigungsbestrebungen, durch die Entstehung des Marxismus und die Bildung des Bundes der Kommunisten, der ersten internationalen und zugleich ersten deutschen revolutionären Arbeiterpartei. Die erste Hauptperiode reicht bis zur Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Deutschland 1869 und zur Pariser Kommune 1871.

Die Voraussetzungen der modernen Arbeiterbewegung und ihrer Wissenschaft, des Marxismus, entstanden mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Die volle Ausbildung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung vollzog sich im 19. Jahrhundert. Sie war das Ergebnis zweier grundlegender geschicht-

licher Prozesse: auf politischem Gebiet das Ergebnis der Beseitigung des Feudalismus; auf ökonomischem Gebiet das Ergebnis des Übergangs von der Manufaktur zur maschinellen Großproduktion. Die Epoche des endgültigen Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus wurde eingeleitet durch die politische Revolution von 1789 bis 1794 in Frankreich und die etwa zur gleichen Zeit einsetzende industrielle Revolution in England.

Die französische bürgerliche Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts zerstörte in Frankreich die feudalen Verhältnisse. Die Revolution besaß jedoch nicht nur für Frankreich Bedeutung. Sie wirkte auf ganz Europa. Ihr Sieg läutete den Untergang des Feudalismus auf dem europäischen Kontinent ein. Unter ihrem Einfluß begann um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert die bürgerliche Umgestaltung in ganz West- und Mitteleuropa. Die schrittweise Beseitigung der feudalen Fesseln in verschiedenen Ländern Europas begünstigte die Entfaltung der neuen kapitalistischen Produktionsweise. Handel, Manufaktur und besonders die maschinelle Fabrikproduktion dehnten sich machtvoll aus und stärkten die wirtschaftliche Basis der aufstrebenden bürgerlichen Gesellschaft.

Die wichtigste Grundlage für den raschen Aufschwung des Kapitalismus bildete die industrielle Revolution. Sie bewirkte den Übergang vom Manufaktur- zum Industriekapitalismus. Die materiell-technische Seite dieser tiefgreifenden Umwälzung des gesamten Wirtschaftslebens bestand vor allem in der Ersetzung des handgeführten Werkzeugs durch die Werkzeugmaschine. Die Einführung der Werkzeugmaschine und einer neuen Antriebskraft, der Dampfmaschine, führte zu einer enormen Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die industrielle Produktion erhöhte sich sprunghaft. Damit verschoben sich die Proportionen zwischen Industrie und Landwirtschaft. Die Industrie wurde in wachsendem Maße zum führenden Sektor im Wirtschaftsleben.

Diese wirtschaftliche Umwälzung vollzog sich in den einzelnen Ländern ungleichmäßig und zu verschiedenen Zeiten. Sie begann im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts in England und war dort um 1830 im wesentlichen bereits abgeschlossen. Um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert erfaßte diese Entwicklung Frankreich, wo sie bis 1848 andauerte. In Deutschland setzte die industrielle Revolution erst in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts voll ein und erreichte hier ihren Höhepunkt in den fünfziger und sechziger Jahren.

Mit der industriellen Revolution brachen die antagonistischen

Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft hervor. Jetzt bildete sich der Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise, der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung der Produkte, voll aus. Dieser Widerspruch äußerte sich besonders in der periodischen Wiederkehr von Überproduktionskrisen. Im Gefolge der industriellen Revolution kam es zu grundlegenden sozialen Veränderungen. Mit der kapitalistischen Industrie entstanden die beiden neuen, für den Kapitalismus typischen Grundklassen: die industrielle Bourgeoisie und das moderne Industrieproletariat. An die Spitze des Bürgertums traten jetzt statt der Handelskapitalisten und Manufakturisten die industriellen Unternehmer. Die Bourgeoisie wurde immer mehr zur entscheidenden ökonomischen und gesellschaftlichen Macht.

In gleichem Maße entwickelte sich und erstarkte aber auch die Klasse der Proletarier. Sprunghaft wuchs mit der kapitalistischen Industrialisierung vor allem die Zahl der Arbeiter in der maschinellen Industrie, in den Fabriken, Hütten, Bergwerken und sonstigen Industriebetrieben. Der Kern der Arbeiterklasse, das Fabrikproletariat, bildete sich heraus. Die Masse der Arbeiter in der kapitalistischen Großproduktion rekrutierte sich aus den von Zunftfesseln befreiten proletarischen Handwerksgesellen und verarmten Handwerksmeistern, vor allem aber aus den Bauern, die von den feudalen Bindungen befreit und von ihrem Grund und Boden vertrieben wurden. Erst die massenhafte Enteignung der Bauernschaft, die gleichzeitig mit der Beseitigung des Feudalismus betrieben wurde, schuf die Grundlage für die moderne Klasse der Lohnarbeiter.

Die industrielle Revolution war es, die, wie Friedrich Engels feststellte, „überall erst Klarheit geschaffen hat in den Klassenverhältnissen, die eine Menge von aus der Manufakturperiode und im östlichen Europa selbst aus dem Zunfthandwerk her überkommenen Zwischenexistenzen beseitigt, eine wirkliche Bourgeoisie und ein wirkliches großindustrielles Proletariat erzeugt und in den Vordergrund der gesellschaftlichen Entwicklung gedrängt hat“[1]. Die industrielle Revolution schuf erst die ökonomische und soziale Grundlage für die Entwicklung einer revolutionären Massenbewegung des Proletariats.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus kamen neue, historisch pro-

[1] Friedrich Engels: Einleitung zu Karl Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 515.

gressive Lehren von der Gesellschaft auf. Es entstand die bürgerliche politische Ökonomie. Ihre klassische Ausprägung erhielt sie in England, dem damals am weitesten entwickelten kapitalistischen Land. Ihren Höhepunkt erreichte sie zu Ende des 18. Jahrhunderts und zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Gestalt der klassischen bürgerlichen Ökonomie von Adam Smith und David Ricardo. Beide wiesen nach, daß die Arbeit den Reichtum der bürgerlichen Gesellschaft hervorbringt und das Einkommen der besitzenden Klassen schafft; damit trugen sie wesentlich zum Verständnis des Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise bei. Die klassischen bürgerlichen Ökonomen waren Verteidiger des Kapitalismus. Sie sahen in ihm die ewige, gerechte und der Natur des Menschen entsprechende Ordnung. Als sich die inneren Widersprüche des Kapitalismus verschärften, richtete die bürgerliche Ökonomie ihre Anstrengungen nur noch darauf, die kapitalistische Ordnung gegen das Proletariat zu verteidigen. Die progressiven Erkenntnisse der klassischen englischen bürgerlichen Ökonomie jedoch nutzten Karl Marx und Friedrich Engels für die Ausarbeitung des wissenschaftlichen Kommunismus. Diese Erkenntnisse waren eine theoretische Quelle des Marxismus.

In England und Frankreich, wo sich der Kapitalismus zuerst durchsetzte, entstanden zu Anfang des 19. Jahrhunderts die bedeutendsten Systeme des utopischen Sozialismus. Sie stammten von den Franzosen Claude-Henri de Saint-Simon und Charles Fourier und dem Engländer Robert Owen. Der utopische Sozialismus widerspiegelte das Sehnen der werktätigen Massen nach einer von Unterdrückung und Ausbeutung freien Gesellschaftsordnung. Die großen utopischen Sozialisten erkannten, daß das entstehende kapitalistische System ebenso unvernünftig, ungerecht und widersprüchlich war wie die Feudalordnung. Schonungslos deckten sie die Mängel und Mißstände der kapitalistischen Gesellschaft, die Unterdrückung und Knechtung, das Elend und die Not der arbeitenden Massen auf. Das war ihr Hauptverdienst. Gleichzeitig entwickelten die utopischen Sozialisten geniale Ideen von einer zukünftigen harmonischen Gesellschaftsordnung ohne Klassen und ohne Ausbeutung. Diesen Gedanken fehlte jedoch die objektive wissenschaftliche Grundlage, sie berücksichtigten nicht die realen ökonomischen und politischen Kräfte, die zu ihrer Verwirklichung nötig waren. Sie blieben deshalb Utopien, phantastische Wunschträume von einem idealen Gesellschaftszustand, unreife Theorien, die dem unreifen Stand der kapitalistischen Produktionsweise und dem noch unentwik-

kelten Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat entsprachen. Die utopischen Sozialisten vermochten noch nicht, die revolutionäre Mission des Proletariats zu erkennen. Für sie waren die Arbeiter eine leidende Masse, die von Philanthropen, von Menschenfreunden, aus ihrem Elend erlöst werden sollte. Als das Proletariat selbst den Kampf um seine Befreiung aufnahm, verlor der utopische Sozialismus seine theoretische und historische Berechtigung. Doch hatte er ein großes und wertvolles Gedankenmaterial geliefert, an das Karl Marx und Friedrich Engels anknüpfen konnten. Der utopische Sozialismus wurde zu einer weiteren wichtigen theoretischen Quelle des Marxismus.

Auch in Deutschland bildete sich unter dem Einfluß des französischen und englischen utopischen Sozialismus eine utopisch-sozialistische Strömung. Einer der ersten Vertreter des deutschen utopischen Sozialismus war Ludwig Gall, dessen Hauptwerk „Was könnte helfen?" 1825 erschien. Größeren Einfluß auf das geistige Leben in Deutschland erlangte jene utopisch-sozialistische Richtung, die Anfang der vierziger Jahre entstand und in erster Linie von Intellektuellen getragen war. Ihr namhaftester Vertreter war Moses Heß. Im Unterschied zum französischen kam jedoch der deutsche utopische Sozialismus über abstrakte theoretische Vorstellungen nicht hinaus und hatte daher nicht die gleiche Bedeutung wie der in Frankreich und England.

Das Aufkommen der modernen kapitalistischen Produktion war begleitet von einem bislang ungekannten Aufschwung der Naturwissenschaften. Auf dem Gebiet der Technik wurden zahlreiche wichtige Erfindungen gemacht, wie Telegraf, Schnelldruckpresse, Gasbeleuchtung, Schiffsschraube und Rohöldestillation. In der Astronomie wurde die Erforschung des Weltalls durch kühne und vorwärtsweisende Hypothesen und Theorien, wie die Kant-Laplacesche Hypothese über die Entstehung und Entwicklung unseres Sonnensystems oder den Ausbau der mathematischen Astronomie durch Carl Friedrich Gauß, gekrönt. Große wissenschaftliche Entdeckungen waren Jean-Baptiste de Lamarcks Entwicklungslehre in der Biologie und die Entdeckung des Benzols, John Daltons Atomlehre und Friedrich Wöhlers Harnstoffsynthese in der Chemie. In der Physik nahm die moderne Elektrizitätslehre durch Hans Christian Oersted, André Marie Ampère, Michael Faraday und Humphry Davy einen raschen Aufschwung. Gleichzeitig entstanden und entwickelten sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts neue Zweige der Naturwissenschaft, wie die Embryo-

logie, die Paläontologie, die Physiologie der Pflanzen und Tiere und die organische Chemie.

Diese enormen Fortschritte in der naturwissenschaftlichen Forschung entzogen der bisher vorherrschenden metaphysischen Betrachtungsweise immer mehr den Boden und führten zu einem revolutionären Umschwung in der Entwicklung der Naturwissenschaften. Diese Revolution setzte in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts ein. Sie war dadurch gekennzeichnet, daß sich die Idee vom allgemeinen Zusammenhang der Naturerscheinungen und vor allem von der Entwicklung der Natur durchsetzte. Die Naturwissenschaft wurde jetzt aus einer vorwiegend sammelnden zu einer wesentlich ordnenden Wissenschaft, zu einer „Wissenschaft von den Vorgängen, vom Ursprung und der Entwicklung dieser Dinge und vom Zusammenhang, der diese Naturvorgänge zu einem großen Ganzen verknüpft"[2]. Es waren vor allem drei große Entdeckungen, wie Friedrich Engels schrieb, die die Kenntnis „vom Zusammenhang der Naturprozesse mit Riesenschritten vorangetrieben haben"[3]: die Ende der dreißiger Jahre erfolgte Entdeckung der Zellenstruktur der Pflanzen und Tiere, die Erkenntnis von der Erhaltung und Umwandlung der Energie, die in den vierziger Jahren gewonnen wurde, und schließlich die in den fünfziger Jahren ausgearbeitete Darwinsche Entwicklungslehre. Der objektive Entwicklungsgang der Naturwissenschaften in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, insbesondere die seit den dreißiger Jahren sich vollziehende Revolution in den Naturwissenschaften, drängte mit Macht zur Ausarbeitung der materialistischen Dialektik. Die großen naturwissenschaftlichen Erkenntnisse dieser Zeit gehören zu den theoretischen Voraussetzungen des Marxismus.

Die Ausbreitung der modernen Fabrikindustrie bewirkte, daß sich seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts das Proletariat in den ökonomisch fortgeschrittensten Ländern Europas als Klasse formierte und die historische Arena betrat. Dieser Prozeß wurde wesentlich gefördert durch revolutionäre Ereignisse zu Beginn der dreißiger Jahre. In Frankreich brach 1830 eine bürgerliche Revolution aus, an der sich die Arbeiter unter Leitung der Bourgeoisie aktiv beteiligten. Auch in anderen europäischen Ländern kam es zu revolutionären Bewegungen. Dieser revolutionäre Aufschwung nutzte jedoch vor allem der Bour-

[2] Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 294.
[3] Ebenda.

geoisie. In Frankreich und England trug er Vertreter der Bourgeoisie an die Macht: in England die Industriekapitalisten und in Frankreich die Besitzer der Banken und Börsen. Die Arbeiter, die gekämpft hatten, gingen leer aus.

Die Ergebnisse der Kämpfe zeigten, daß die Interessen der Bourgeoisie denen der Arbeiter grundsätzlich entgegenstehen. Die fortgeschrittensten Arbeiter begannen zu erkennen, daß sie ihre Sache nicht der Bourgeoisie anvertrauen durften, sondern sie selbst vertreten mußten. Sie fingen an, sich von der bürgerlichen Beeinflussung zu lösen. Eine neue Etappe des Klassenkampfes setzte ein. Die Arbeiterklasse trat erstmals in großen politischen Massenkämpfen gegen die Bourgeoisie auf. Die Arbeiteraufstände der dreißiger und vierziger Jahre in England, Frankreich und Deutschland kennzeichneten die neue Entwicklungsstufe.

In England waren die Bedingungen für das Entstehen einer selbständigen Arbeiterbewegung am günstigsten. Hier hatte die industrielle Revolution in den Städten bereits große Massen von Fabrikarbeitern konzentriert. Seit der Mitte der zwanziger Jahre entwickelte sich eine breite gewerkschaftliche Bewegung: die Trade Unions. In den dreißiger Jahren entstand die selbständige politische Bewegung des englischen Proletariats: der Chartismus. Die Chartisten forderten in der People's-Charter, der Volks-Charta, die 1838 angenommen wurde, eine tiefgreifende Wahlreform. Sie verlangten allgemeines Wahlrecht für Männer, gleiche Wahlbezirke, geheime Abstimmung, Abschaffung jedes Zensus für die Wählbarkeit, Diäten für Parlamentsmitglieder und jährliche Neuwahlen. Die Verwirklichung dieser Forderungen sollte den arbeitenden Klassen weitgehende demokratische Rechte verschaffen und die politische Herrschaft der Werktätigen herbeiführen, die erst grundlegende soziale Umwälzungen im Interesse der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes ermöglichen würde. Der Chartismus stützte sich auf die Industriearbeiter Nord- und Mittelenglands. 1838 bis 1842 erreichte die Bewegung ihren Höhepunkt. W. I. Lenin nannte die Chartistenbewegung „die erste breite, wirklich Massen erfassende, politisch klar ausgeprägte proletarisch-revolutionäre Bewegung"[4]. Die englischen Chartisten vermittelten dem internationalen Proletariat zahlreiche Erfahrungen in der Führung des politischen Massenkampfes.

Auch in Frankreich brach nach der Revolution von 1830 der Klas-

[4] W. I. Lenin: Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte. In: Werke, Bd. 29, Berlin 1963, S. 298.

sengegensatz zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat offen hervor. Mit Streiks, Koalitionen und bewaffneten Aufständen betrat die französische Arbeiterklasse, in der im Unterschied zur englischen noch die Manufakturarbeiter und Handwerksproletarier überwogen, zu Beginn der dreißiger Jahre die politische Bühne. Die herausragenden Ereignisse waren die beiden Lyoner Weberaufstände. 1831 und 1834 erhoben sich hier die kleinen Weber, Handwerksgesellen und Arbeiter der Seidenmanufakturen. Sie wurden mit militärischer Gewalt niedergeschlagen. Ihr heroischer Kampf gegen die bürgerliche Staatsgewalt weckte jedoch das Selbstbewußtsein des französischen und auch des internationalen Proletariats.

Nach den Aufständen bildeten sich in Frankreich geheime Arbeiterorganisationen, deren bedeutendste die Gesellschaft der Jahreszeiten war. Gleichzeitig entstand der französische utopische Arbeiterkommunismus. Sein Hauptvertreter war der Leiter der Gesellschaft der Jahreszeiten, Auguste Blanqui. Der utopische Arbeiterkommunismus stellte eine neue, höhere Stufe in der Entwicklung des sozialistischen Denkens dar. In ihm widerspiegelte sich bereits der Ausbruch des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat seit Beginn der dreißiger Jahre. Es war der Versuch politisch bewußter Arbeiter, die Frage nach dem Weg der Arbeiterklasse zu ihrer Befreiung selbständig theoretisch zu beantworten. Im Unterschied zum utopischen Sozialismus appellierte der utopische Arbeiterkommunismus an die Kraft des Proletariats und verfocht die Idee des revolutionären Kampfes. Unter seinem Einfluß stellten sich die fortgeschrittensten französischen Arbeiterorganisationen auf den Boden des politischen Kampfes der Arbeiter für ihre eigenen Interessen. Doch besaßen diese Organisationen noch keine Massenbasis und glaubten, durch putschartige Aktionen ihre sozialistischen Ziele erreichen zu können.

Auch in Deutschland hatte um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus begonnen. Unter dem Einfluß der französischen Revolution und dem Eindruck revolutionärer Volksbewegungen im eigenen Lande wurden bürgerlich-liberale Reformen durchgeführt, die die Beseitigung der verrotteten feudalen Verhältnisse einleiteten. Am bedeutendsten war die Abschaffung der Erbuntertänigkeit und Hörigkeit der Bauern und die schrittweise Ablösung der feudalen Verpflichtungen. Damit erhielt der Kapitalismus auch in Deutschland günstigere Entwicklungsmöglichkeiten.

Doch vollzog sich die bürgerliche Umgestaltung in Deutschland unter komplizierteren Bedingungen als in England und Frankreich. Während dort seit langem ein einheitlicher und zentralisierter Staat existierte, litt Deutschland unter einer starken politischen Zersplitterung. In den Befreiungskriegen von 1813/1814, die einen Höhepunkt im Kampf des deutschen Volkes um einen unabhängigen Nationalstaat bildeten, war es zwar gelungen, das Joch der napoleonischen Fremdherrschaft abzuschütteln und damit die Bahn für eine eigenständige nationale Entwicklung Deutschlands wieder freizulegen, doch blieb die politische Macht der feudal-absolutistischen Kräfte unangetastet und damit auch die Zersplitterung des Landes weiterbestehen. Immer noch existierten in Deutschland 34 souveräne Einzelstaaten, durchweg Fürstentümer und Königreiche, und vier Freie Städte. Der 1815 von Fürsten und Königen gegründete Deutsche Bund sanktionierte diesen Zustand und garantierte allen feudal-absolutistischen Herrschern ihre souveränen Rechte. Vor allem diese politische Zersplitterung war es, die die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise hemmte. Die Herstellung eines einheitlichen bürgerlichen Nationalstaates war daher seit Beginn des 19. Jahrhunderts die zentrale Forderung jeder antifeudalen Oppositionsbewegung in Deutschland.

Im Unterschied zu England und Frankreich war die reaktionäre Feudalklasse in Deutschland nicht durch eine bürgerliche Revolution gestürzt worden. Hier herrschte das reaktionäre System des Feudalabsolutismus. Die reaktionären Junker und Fürsten, die in den deutschen Einzelstaaten die politische Macht ausübten, waren die Hauptinteressenten an der Zersplitterung. Sie taten alles, um die bestehenden feudalen Verhältnisse, die Grundlage ihrer Herrschaft und der Zersplitterung des Landes, so lange als möglich aufrechtzuerhalten. Alle oppositionellen Regungen gegen ihr politisches System erstickten die reaktionären Regierungen mit brutaler Gewalt. Dabei waren die beiden mächtigsten Staaten des Deutschen Bundes, Preußen und die Habsburgermonarchie, zugleich die stärksten Bollwerke der Reaktion in Deutschland. So bot Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, wie Friedrich Engels schrieb, „das Bild einer schamlosen Reaktion“[5].

Dennoch vermochte die herrschende Feudalklasse die gesetzmäßige kapitalistische Entwicklung nicht aufzuhalten. In der Periode schärfster

[5] Friedrich Engels: Deutsche Zustände. Brief II. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 2, Berlin 1962, S. 575.

politischer Reaktion nach 1815 vollzogen sich auch in Deutschland wichtige sozialökonomische Veränderungen, die die Kraft der antifeudalen Klassen und Schichten stärkten und den Boden für eine bürgerliche Revolution bereiteten. Am wichtigsten war die Beseitigung der feudalen Abhängigkeitsverhältnisse auf dem Lande. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann sich schrittweise der Kapitalismus in der Landwirtschaft durchzusetzen. Unter den Bedingungen der Junker- und Adelsherrschaft ging diese Entwicklung allerdings auf Kosten der Bauern vor sich. W. I. Lenin nannte diesen Weg der Überwindung der Feudalverhältnisse den preußischen Weg der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft. Dieser Weg war dadurch gekennzeichnet, daß die feudale Gutsbesitzerwirtschaft langsam und unter Beibehaltung zahlreicher feudaler Privilegien in eine kapitalistische Junkerwirtschaft hinüberwuchs, „wobei die Bauern unter Herausbildung einer kleinen Minderheit von Großbauern zu Jahrzehnten qualvollster Expropriation und Knechtschaft verurteilt"[6] wurden. Um ihrer feudalen Verpflichtungen ledig zu werden, mußten sich die Bauern durch Landabgabe oder Geldzahlungen vom Junker loskaufen. Rund eine Million Hektar Land und Geldkapital in Höhe von mindestens 18,5 Millionen Taler war der Preis, den die sich ablösenden Bauern in den folgenden Jahrzehnten an die Junker zahlen mußten. Nur die größeren Bauern konnten sich von den feudalen Fesseln befreien und eine selbständige Wirtschaft erlangen.

Wie in der Landwirtschaft, so machte die kapitalistische Entwicklung auch auf industriellem Gebiet wichtige Fortschritte. Von 1800 bis 1840 stieg die Manufaktur- und Fabrikproduktion in Deutschland um das Zweieinhalbfache. Vorherrschend und typisch blieb zunächst immer noch das Handwerk. Doch wurde es in zunehmendem Maße der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen. Die größte Entwicklung nahm in den zwei Jahrzehnten von 1815 bis 1835 die kapitalistische Manufaktur. Fabriken existierten bis zur Mitte der dreißiger Jahre nur vereinzelt.

Die kapitalistische Entwicklung wurde durch einen Aufschwung der revolutionären Volksbewegung von 1830 bis 1834 wesentlich gefördert. 1830/1831 kam es in mehreren deutschen Staaten zu lokalen Erhebungen, die eine „neue Ära der Volksagitation und der bürgerlichen

[6] W. I. Lenin: Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907. In: Werke, Bd. 13, Berlin 1963, S. 236.

Agitation“[7] einleiteten. Den Höhepunkt bildete Ende Mai 1832 das Hambacher Fest, auf dem neben Vertretern des Bürgertums zahlreiche Handwerker, Arbeiter und Bauern aus verschiedenen Teilen Deutschlands für die Einheit und Freiheit Deutschlands demonstrierten. Am kühnsten und entschiedensten verfocht damals jene politische Richtung die Interessen der Massen, die von dem revolutionären Demokraten Georg Büchner vertreten wurde. Mit seiner 1834 herausgegebenen revolutionären Flugschrift, dem „Hessischen Landboten“, suchte Georg Büchner das Volk, insbesondere die Bauern, für den revolutionären Kampf zu mobilisieren.

Es gelang den reaktionären Regierungen jedoch, die revolutionären Aktionen zu unterdrücken. Dennoch nötigte die revolutionäre Volksbewegung die herrschenden Klassen zu weiteren Zugeständnissen, die eine neue Etappe in der kapitalistischen Entwicklung einleiteten. Die wichtigste ökonomische Konzession an das Bürgertum war die Gründung des deutschen Zollvereins im Jahre 1834. Politisch stand der Zollverein ganz unter Führung des junkerlich-preußischen Staates und wurde so zu einer wichtigen ökonomischen Ausgangsbasis für die Vorherrschaft Preußens in Deutschland. Seine Gründung war gleichzeitig aber ein wesentlicher Schritt zur Schaffung eines nationalen Marktes. Durch den Zollverein wurde ein Gebiet von rund 425 000 Quadratkilometern mit 23 Millionen Einwohnern von Binnenzöllen befreit und durch mäßige Schutzzölle vor der ausländischen Konkurrenz gesichert.

Unter diesen günstigeren Bedingungen entfaltete sich Mitte der dreißiger Jahre in Deutschland die industrielle Revolution. In den dreißiger Jahren, vor allem aber nach 1840, erhöhte sich die Fabrikproduktion gegenüber den vorangegangenen Jahrzehnten bedeutend. Ein anschauliches Bild von der Mechanisierung der Textilindustrie, der Metallurgie und des Bergbaus vermittelt der Siegeszug der Dampfmaschine. Während von 1822 bis 1835 in Sachsen insgesamt 21 Dampfmaschinen mit 260 PS in Betrieb genommen wurden, waren es allein in den vier Jahren von 1836 bis 1840 32 mit zusammen 536 PS. In Preußen stieg die Zahl der Dampfmaschinen zwischen 1837 und 1849 von 423 mit 7513 PS auf 1264 mit 67 149 PS. Die Leistungskraft sämtlicher Dampfmaschinen, die in Deutschland vorhanden waren, erhöhte sich von 1840 bis 1850, innerhalb von zehn Jahren, von 40 000 auf 260 000 PS, also um das Sechseinhalbfache.

[7] Friedrich Engels: Deutsche Zustände. Brief III. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 2, S. 582.

Eine besondere Bedeutung für die industrielle Umwälzung hatte in Deutschland der Eisenbahnbau. 1835 fuhr auf der Strecke Nürnberg–Fürth die erste Eisenbahn. Fünf Jahre später verfügte Deutschland über rund 7 Prozent des damaligen Welteisenbahnnetzes, und 1850 sogar über 16 Prozent, das bedeutete etwa 6000 km. Zu dieser Zeit stand Deutschland in bezug auf den Umfang des Eisenbahnnetzes nach England an zweiter Stelle. Das Wachstumstempo war auf diesem Gebiet in den vierziger Jahren in Deutschland größer als in jedem anderen Land des europäischen Kontinents. Der Eisenbahnbau bot damals die günstigsten Bedingungen für die Anlage von Kapital. Im Unterschied zu anderen Industriezweigen hatte er kaum mit Konkurrenz zu rechnen. Der Eisenbahnbau benötigte außerdem ein gewaltiges Heer vor allem ungelernter Arbeiter. Er konzentrierte Massen von Tagelöhnern und enteigneten Bauern und bereitete ihren Übergang zu modernen Fabrikarbeitern vor. Die Eisenbahnbauarbeiter bildeten in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts einen großen Teil des entstehenden Proletariats in Deutschland.

Der Eisenbahnbau begünstigte die Entwicklung anderer Industriezweige. Das betraf vor allem den Bergbau, die Eisenproduktion und den Maschinenbau. Aber auch die Textilindustrie dehnte sich in den vierziger Jahren beträchtlich aus. Im Jahrzehnt von 1840 bis 1850 erhöhte sich die Kohlenproduktion von 3 400 000 auf 6 700 000 Tonnen. Von der Gründung des Zollvereins 1834 bis zum Jahre 1848 stieg die Roheisenerzeugung von 110 105 auf 229 161 Tonnen. Die Produktion von Baumwollgarn verdreifachte sich im gleichen Zeitraum, so daß 1851 die inländische Garnproduktion zum ersten Mal die Einfuhr von ausländischem Garn überflügelte. Stammten im Jahre 1842 von 245 Lokomotiven nur 38 aus Deutschland, also noch nicht einmal der sechste Teil, so waren 1851 von 1084 Lokomotiven immerhin bereits 679, also über die Hälfte, im Lande selbst hergestellt worden.

In den dreißiger und vierziger Jahren begann Deutschland auf dem Gebiete der Industrieproduktion international aufzuholen. Die in dieser Zeit in der deutschen Industrie erreichten Zuwachsquoten waren denen der westeuropäischen Länder bereits ebenbürtig und auf einigen Gebieten sogar beträchtlich höher. Hinsichtlich des absoluten Produktionsvolumens lag Deutschland um diese Zeit freilich noch weit hinter England und Frankreich zurück. Der deutschen Manufaktur- und Fabrikproduktion von 150 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1840 standen die englische und die französische mit 387 beziehungsweise

264 Millionen gegenüber. Während 1850 in England bereits 1 290 000 PS Dampfmaschinenkraft in Industrie und Verkehr angewandt wurden, verfügte Deutschland mit 260 000 PS erst über ein Fünftel davon. Trotz der anwachsenden Fabrikindustrie gaben in Deutschland Handwerk und kapitalistische Manufaktur auch in den vierziger Jahren noch immer den Ausschlag. Am Vorabend der Revolution von 1848 war Deutschland, wie Friedrich Engels später schrieb, noch „ein Land des Handwerks und der auf Handarbeit beruhenden Hausindustrie"[8].

Zentren der kapitalistischen Produktionsweise waren das Königreich Sachsen, Berlin, die Provinz Schlesien und Rheinpreußen. Doch lediglich die preußische Rheinprovinz besaß schon Wesenszüge einer modernen bürgerlichen Gesellschaft. Rheinpreußen hatte ebenso wie die übrigen linksrheinischen Teile Deutschlands – Rheinhessen und die Pfalz –, wie Friedrich Engels schrieb, „seit 1795 die Französische Revolution und die gesellschaftliche, administrative und legislative Konsolidierung ihrer Resultate unter Napoleon mitgemacht"[9]. Nur im linksrheinischen Gebiet waren der Feudalismus auf dem Lande und die patriarchalischen Zunftverhältnisse in der Stadt mit Stumpf und Stiel ausgerottet worden und herrschten bereits ausgebildete bürgerlich-kapitalistische Verhältnisse. Diese günstigen Bedingungen ermöglichten eine wesentlich raschere industrielle Entwicklung als in anderen Teilen Deutschlands und ließen die preußische Rheinprovinz zum wichtigsten Industriezentrum Deutschlands werden. Die rheinischen Industriebetriebe waren denen der übrigen deutschen Industriegebiete nicht nur an Zahl, sondern auch in ihrer Größe überlegen. Im Rheinland waren etwa 25 Prozent der deutschen Industriearbeiter beschäftigt. Im übrigen Deutschland dagegen existierten eine industrielle Bourgeoisie und ein modernes Proletariat „nur sehr stellenweise und embryonisch"[10].

Mit der kapitalistischen Entwicklung entstand auch in Deutschland eine neue Klasse, die Arbeiterklasse. Anfang der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts gab es in Deutschland etwa 450 000 sogenannte freie, nichtlandwirtschaftliche Arbeiter, von denen 250 000 in der Industrie, 75 000 in Bergwerken und 125 000 im zunftfreien Handwerk arbeite-

8 Friedrich Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 223.

9 Friedrich Engels: Die deutsche Reichsverfassungskampagne. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 7, Berlin 1960, S. 115.

10 Ebenda, S. 116.

ten. Die Zahl dieser Lohnarbeiter stieg bis 1848 auf etwa eine Million. Allerdings betrug damit der Anteil der Arbeiterklasse an der Gesamtbevölkerung erst knapp zehn Prozent.

Das entstehende deutsche Proletariat war seiner sozialen Zusammensetzung nach noch sehr zurückgeblieben. Obwohl die Zahl der modernen Industrieproletarier in Deutschland während der vierziger Jahre anwuchs, machten sie, verglichen mit dem Massenproletariat der Industriemetropole England, immer noch eine verschwindende Minderheit aus. Sie waren an wenigen Punkten des Landes konzentriert. In der Bewegung des Proletariats traten sie bis auf die Eisenbahnbauarbeiter noch kaum in Erscheinung.

Eine größere Rolle spielten dagegen die Handwerksgesellen, die mit der Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaft immer mehr in ein kapitalistisches Lohn- und Abhängigkeitsverhältnis gerieten und sich in ihrer sozialen Stellung den Industriearbeitern annäherten. In den vierziger Jahren, als Deutschland noch verhältnismäßig wenig Fabrikindustrie besaß, bildeten die Handwerksgesellen einen wesentlichen Bestandteil des entstehenden deutschen Proletariats. Aus ihren Reihen kamen die Begründer der ersten selbständigen deutschen Arbeiterorganisation.

Die zahlenmäßig stärkste Gruppe stellten die von Händlern und Verlegern kapitalistisch ausgebeuteten Handwerksmeister und ländlichen Hausgewerbetreibenden. Die hausindustriellen Manufakturarbeiter, die Weber, Spinner, Färber und die Arbeiter des Kleineisengewerbes, unterlagen einer ungeheuren kapitalistischen Ausbeutung. Meist waren sie noch im Besitz eines Stück Landes und teilweise auch handwerklicher Produktionsmittel wie des Webstuhls. Das gestattete den kapitalistischen Verlegern, die Löhne auf ein Minimum herabzudrücken. Gleichzeitig mußten viele dieser Arbeiter noch dem Gutsherrn feudalen Tribut zollen. Diese doppelt ausgebeutete Schicht der entstehenden Arbeiterklasse schritt dann im schlesischen Weberaufstand von 1844 als erste zur offenen Rebellion.

Schließlich war mit der kapitalistischen Entwicklung auf dem Lande in den vierziger Jahren bereits eine starke Schicht von Landarbeitern entstanden. Zu ihnen gehörten sowohl das zahlreiche Gesinde auf den großen Gütern als auch die landlosen Tagelöhner. Trotz der Beseitigung der Leibeigenschaft standen die Landproletarier noch weitgehend unter feudaler Botmäßigkeit. Barbarische Gesindeordnungen lieferten vor allem die Mägde und Knechte schutzlos der brutalen Willkür ihrer junkerlichen Herren aus.

Die industrielle Entwicklung in Deutschland brachte den arbeitenden Klassen tiefstes Elend und größte Not; 16 bis 17 Stunden währte oft der Arbeitstag. Das Trucksystem – das betrügerische Zahlen eines Teils des Lohnes in Waren –, willkürliche Geldstrafen und andere Schikanen der Unternehmer, katastrophale Wohn- und Lebensverhältnisse verschlechterten zusehends das Los des Arbeiters und führten zu Krankheiten und erhöhter Sterblichkeit. Um die technisch rückständige deutsche Industrie gegenüber England, Frankreich und den USA konkurrenzfähig zu machen, suchte der deutsche Unternehmer alle ausländischen Konkurrenten in den Methoden rücksichtsloser Ausbeutung zu schlagen. Eine gräßliche Folge der kapitalistischen Entwicklung war die Ausbeutung von Kindern. Sie arbeiteten in den Fabriken bei erheblich niedrigeren Löhnen unter den gleichen Bedingungen wie die Männer. Vor allem in den Spinnfabriken wurden Kinder von vier Jahren an zehn bis zwölf Stunden am Tag beschäftigt. Friedrich Engels berichtet, daß in Elberfeld von 2500 Kindern 1200 in Fabriken statt in Schulen gingen. Die erste deutsche „Arbeitsschutzmaßnahme" für Kinder, aus „Sorge" der Militärs um den Rekrutennachwuchs 1839 in Preußen erlassen, besagte: Kinder sind in Fabriken und Bergwerken nur dann regelmäßig zu beschäftigen, wenn sie das reife Alter von neun Jahren erreicht haben.

In den dreißiger und vierziger Jahren begannen sich die deutschen Arbeiter gerade erst zu einer selbständigen Klasse zu formieren. Sie waren verstreut über das ganze Land und ohne festen Zusammenhalt; ihre Interessen waren zersplittert, ihr Denken wurzelte teilweise noch tief in dem kleinbürgerlich-handwerklichen oder bäuerlichen Milieu, dem sie entstammten; geistig wurden sie von der herrschenden Klasse bewußt niedergehalten; sie führten ein Leben in bitterstem Elend. So schienen die Arbeiter zu keiner geschichtlichen Aktion fähig. Das entstehende Proletariat galt reaktionären Regierungen wie profitjagenden Bourgeois, Pfaffen wie bürgerlichen Philanthropen lediglich als ein gesellschaftliches Übel.

Doch wuchs mit dieser maßlos ausgeplünderten, von der Gesellschaft ausgestoßenen und bestenfalls bemitleideten Klasse, die oft noch selbst dumpf in ihr grausames Schicksal ergeben war, eine Kraft heran, die in der Lage war, sich selbst und damit die ganze deutsche Nation von den Fesseln der Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien. Die Formierung der deutschen Proletarier zur Klasse war daher von größter historischer und nationaler Bedeutung.

Die beschleunigte kapitalistische Entwicklung seit Beginn der industriellen Revolution schuf die Voraussetzungen für eine grundlegende Wende im Kräfteverhältnis zwischen den antifeudalen Kräften und der herrschenden Junkerklasse. Der Siegeszug des Kapitalismus verringerte mehr und mehr das ökonomische Gewicht der Junker. Er stärkte hingegen die wirtschaftliche Macht der Bourgeoisie und machte sie zur ökonomisch führenden Klasse. Ihre unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen ließen sich nicht länger mit der politischen Alleinherrschaft des Adels vereinbaren. Das größte Hemmnis für die rasche Ausdehnung der kapitalistischen Produktion, die feudalstaatliche Zersplitterung Deutschlands, mußte überwunden werden. Die aufstrebende deutsche Bourgeoisie brauchte einen einheitlichen deutschen Staat als geschlossenes Wirtschaftsgebiet ohne Zölle, mit einheitlichem Maß und Gewicht und einheitlicher Münze, mit voller Gewerbefreiheit und absoluter Freizügigkeit. Dieser Staat sollte ihr auch Schutz gegen die ausländische Konkurrenz bieten. Sie mußte den Kampf um die politische Macht, oder zumindest um einen Anteil an ihr, aufnehmen.

Die Wende in der Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Feudalklasse trat 1840 ein, als der stärkste und fortgeschrittenste Teil der deutschen Bourgeoisie, die preußische, voran die rheinpreußischen Industriellen, Bankiers und Kaufleute, ins Lager der liberalen Opposition übergingen und sich an die Spitze der bürgerlichen Bewegung stellten. Den Anlaß gab die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. in Preußen im Juni 1840. Die Bourgeoisie nützte den Augenblick, um ihre Forderungen nach Beteiligung an der politischen Macht nachdrücklich anzumelden. Sie wollte die Staatsverwaltung und die Gesetzgebung unter ihre Kontrolle bringen, um damit ihre Interessen zu sichern. Als die preußische Regierung ihre Forderungen ablehnte, zog sich die Bourgeoisie nicht mehr wie bisher auf ihre ökonomischen Belange zurück, sondern blieb in politischer Opposition.

Mit dem Eintritt der preußischen Bourgeoisie in die politische Bewegung verschob sich das Kräfteverhältnis zugunsten der antifeudalen Klassen und Schichten. Die Feudalklasse, deren ökonomische Stellung mit der industriellen Entwicklung untergraben wurde, verlor ihr bisheriges Übergewicht. In dem Maße, wie in den folgenden Jahren die Massen des Volkes nach und nach in Bewegung kamen und der bürgerlichen Opposition Nachdruck verliehen, geriet das feudalabsolutistische System in Deutschland in eine tiefe Krise. 1840 setzte eine neue Welle

der antifeudalen Opposition ein. Sie konnte nicht mehr wie die früheren revolutionären Vorstöße eingedämmt werden, sondern breitete sich aus, erfaßte weitere Klassen und Schichten und mündete schließlich in die bürgerliche Revolution von 1848/1849.

Die tiefen Gegensätze zwischen der aufstrebenden kapitalistischen Gesellschaft und der verfaulten Feudalordnung widerspiegelte die klassische deutsche Philosophie des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts. „Wie in Frankreich im achtzehnten", schrieb Friedrich Engels, „so leitete auch in Deutschland im neunzehnten Jahrhundert die philosophische Revolution den politischen Zusammenbruch ein."[11] Als bürgerliche Philosophie richtete die klassische deutsche Philosophie die Waffe der Kritik gegen denselben Gegner, die bornierte Feudalklasse, den auch die Bourgeoisie bekämpfte, und leistete damit einen wichtigen Beitrag zur geistigen Vorbereitung der bürgerlichen Revolution in Deutschland. Ihre Hauptvertreter waren Immanuel Kant, Johann Gottlieb Fichte, Georg Wilhelm Friedrich Hegel und Ludwig Feuerbach.

Immanuel Kant, mit dem die klassische deutsche Philosophie begann, führte, ausgehend von gründlichen naturwissenschaftlichen Untersuchungen, die entwicklungsgeschichtliche Betrachtungsweise ins theoretische Denken ein. Damit schlug er eine Bresche in die alte metaphysische und mechanizistische Weltauffassung. Mit der Untersuchung der Gegensätzlichkeiten in der objektiven Realität leitete er eine neue Etappe in der Geschichte der Dialektik ein. Durch eine Reihe neuer Fragestellungen, wie der nach dem Verhältnis von empirischer und rationaler Erkenntnis und nach der Rolle des Subjekts im Erkenntnisprozeß, befruchtete er die Entwicklung der Erkenntnistheorie. Seine Philosophie enthielt bedeutsame dialektische Fragestellungen und materialistische Gedankengänge. Positive Erkenntnisse gewann Kant auch in seinen durch die humanistischen Ideale des aufsteigenden Bürgertums geprägten sozialpolitischen Auffassungen vom ewigen Frieden und von der Pflicht des Menschen, die gesellschaftlichen Gesamtinteressen über alle egoistischen Neigungen zu stellen. Allerdings basierte Kants Philosophie auf idealistischen Grundpositionen und war, wie W. I. Lenin feststellte, „die Aussöhnung des Materialismus mit dem Idealismus, ein Kompromiß zwischen beiden, eine

11 Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 265.

Verknüpfung verschiedenartiger, einander widersprechender philosophischer Richtungen zu einem System"[12].

Johann Gottlieb Fichte verwarf die materialistischen Elemente der Philosophie Kants. Doch entwickelte er von den Positionen einer extrem subjektiv-idealistischen Philosophie die bedeutsame Auffassung über die gegenseitige Bedingtheit von Erkenntnis und Handeln und damit über die notwendige Aktivität des Menschen gegenüber seiner Umwelt. Fichte begriff die Entwicklung bereits als den Prozeß der Entfaltung und Lösung von Widersprüchen und trug so zur Ausarbeitung der Dialektik bei. Unbeirrt und prinzipienfest trat er der theologischen Orthodoxie entgegen. Vor den übrigen Vertretern der klassischen deutschen Philosophie zeichnete sich Johann Gottlieb Fichte dadurch aus, daß er, insbesondere im Kampf gegen die napoleonische Fremdherrschaft, aktiv ins politische Leben eingriff.

Der bedeutendste Vertreter der klassischen deutschen Philosophie war Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Sein größtes Verdienst bestand in der bewußten und systematischen Ausarbeitung der Dialektik als allgemeiner Entwicklungslehre. Nach dieser Lehre waren die Erscheinungen nichts Festes, Unbewegliches, sondern sie befanden sich in ständiger Entwicklung und Wandlung; solche Entwicklungen vollzogen sich nach Hegel auf Grund innerer Widersprüche und nicht in gleichförmigem Aufstieg, sondern unter qualitativen, sprunghaften Veränderungen. Hegel war allerdings Idealist. Er sah die Grundlage allen Geschehens in der Entwicklung von Ideen, wogegen für ihn die materielle Welt nur eine Art Reflex dieser Ideen war. Ihrem System nach war die Hegelsche Philosophie nicht nur idealistisch, sondern – im Widerspruch zur Dialektik – auch konservativ. Sie verfocht keinen offen revolutionären Standpunkt, sondern brachte die Interessen des schwachen und in seiner Entwicklung gehemmten deutschen Bürgertums zum Ausdruck, das die bürgerliche Umgestaltung durch gemäßigte, schrittweise Reformen anstrebte. In einer ständischen Monarchie, „in einer den deutschen kleinbürgerlichen Verhältnissen von damals angemessenen, beschränkten und gemäßigten, indirekten Herrschaft der besitzenden Klassen"[13] sah Hegel das höchste politische Ziel.

Hegels Lehre fand zahlreiche Anhänger. Ende der dreißiger Jahre

[12] W. I. Lenin: Materialismus und Empiriokritizismus. In: Werke, Bd. 14. Berlin 1964, S. 195.

[13] Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 269.

zerfiel Hegels philosophische Schule. Eine Gruppe radikaler fortschrittlicher Denker, die Junghegelianer, ging von der dialektischen Methode Hegels aus und verwarf alles, was die bestehenden Zustände verteidigte. Sie begannen eine kritische Abrechnung mit der Religion, der politischen und moralischen Hauptstütze des feudalen Staates, und gingen Anfang der vierziger Jahre dazu über, mit philosophischen Waffen den reaktionären Feudalstaat direkt anzugreifen. Aber die Junghegelianer, wie Bruno und Edgar Bauer, Max Stirner oder David Friedrich Strauß, sahen in der rein theoretischen Kritik die bewegende Kraft der Geschichte.

Den Bann des Idealismus brach erst Ludwig Feuerbach. Mit seinen grundlegenden Werken, die zu Beginn der vierziger Jahre erschienen, hob er, wie Engels schrieb, „den Materialismus ohne Umschweife wieder auf den Thron"[14]. Im Kampf gegen den Idealismus und die Theologie ging Feuerbach davon aus, daß die Welt materiell ist und unabhängig vom Bewußtsein existiert. Zwar verstand Feuerbach nicht den Materialismus auf die Gesellschaft anzuwenden, doch trug seine materialistische Philosophie wesentlich zur Vorbereitung der Revolution bei. Entscheidende Bedeutung erlangte Ludwig Feuerbach vor allem durch seine Religionskritik, die vor Marx und Engels das höchste theoretische Niveau in der Geschichte des Atheismus erreichte.

Mit Hegels Dialektik und dem Materialismus Feuerbachs erreichte die bürgerliche Philosophie der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihren Höhepunkt. In der Philosophie Kants, Fichtes, Hegels und Feuerbachs fand das Bürgertum geistige Waffen im Kampf gegen die Feudalklasse. Die klassische deutsche Philosophie wurde aber vor allem eine entscheidende theoretische Quelle des Marxismus.

2. Die Anfänge der selbständigen deutschen Arbeiterbewegung. Der Bund der Gerechten. Der schlesische Weberaufstand

Nicht nur in England und Frankreich, sondern auch in Deutschland begannen die Arbeiter während der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts politisch aktiv zu werden. In der Zeit des revolutionären Auf-

[14] Ebenda, S. 272.

schwungs in Deutschland von 1830 bis 1834 beteiligten sich zahlreiche Arbeiter an demokratischen Kundgebungen, Aufständen und geheimen Verbindungen. Als um 1833/1834 in Deutschland eine Verfolgungswelle einsetzte, wurde die Bildung politischer Organisationen im Lande schwierig. Die Bestrebungen der deutschen Arbeiterklasse nach einer politisch selbständigen Organisation nahmen daher außerhalb Deutschlands ihren Anfang. Initiatoren waren proletarische Handwerksgesellen, die auf der Wanderschaft nach Frankreich, England und in die Schweiz kamen. Erstes Zentrum dieser Bestrebungen war Paris.

Die selbständige deutsche Arbeiterbewegung ging aus der antifeudalen demokratischen Bewegung hervor. 1834 hatten sich in Paris kleinbürgerliche Demokraten und proletarische Handwerksgesellen in einem geheimen Bund der Geächteten zusammengeschlossen, der sich als Ziel die Vernichtung der Fürstenherrschaft und die Einigung Deutschlands stellte. Die Führung des Bundes lag in den Händen kleinbürgerlicher Intellektueller. Zwischen ihnen und den proletarischen Mitgliedern kam es sofort zu scharfen politischen Differenzen. Sie wurden hervorgerufen durch die neuen Erfahrungen, die der schon weiterentwickelte Klassenkampf in England und Frankreich den deutschen Handwerksgesellen vermittelte. Immer stärker drangen seit 1835 auch sozialistische und kommunistische Ideen in den Bund der Geächteten ein.

So reifte in den deutschen Handwerksgesellen die Erkenntnis, daß die organisatorische Einheit mit dem Kleinbürgertum sie daran hinderte, die Interessen als Proletarier wahrzunehmen. Sie begriffen, daß sie dazu einer eigenen Klassenorganisation bedurften, und setzten diese Erkenntnis in die Tat um. In den Jahren 1836 bis 1838 trennten sich die proletarischen Handwerksgesellen vom kleinbürgerlich-demokratischen Bund der Geächteten und bildeten die erste politische Organisation der deutschen Arbeiter: den Bund der Gerechten.

Die Gründer des Bundes der Gerechten und seine Mitglieder rekrutierten sich aus proletarisierten Handwerksgesellen, die zu dieser Zeit, als Deutschland noch verhältnismäßig wenig Fabrikindustrie besaß, die Masse der deutschen Arbeiter ausmachten. Durch ihr Wanderleben hatten zahlreiche Handwerksgesellen ständig Kontakt mit den fortgeschrittenen Verhältnissen und Ideen in den entwickelten kapitalistischen Ländern Westeuropas, und so kam es, daß eine kleine Minderheit dieser an sich rückständigen Abteilung der jungen deutschen

Arbeiterklasse zur politischen Vorhut der ganzen Klasse wurde. Friedrich Engels schrieb über die historische Leistung der proletarischen Handwerksgesellen bei der Bildung des Bundes der Gerechten: „Es gereicht ihnen zur höchsten Ehre, daß sie, die selbst noch nicht einmal vollgültige Proletarier waren, sondern nur ein im Übergang ins moderne Proletariat begriffener Anhang des Kleinbürgertums, der noch nicht in direktem Gegensatz gegen die Bourgeoisie, d. h. das große Kapital, stand – daß diese Handwerker imstande waren, ihre künftige Entwicklung instinktiv zu antizipieren und, wenn auch noch nicht mit vollem Bewußtsein, sich als Partei des Proletariats zu konstituieren."[15]

Der Bund der Gerechten war, wie die französischen proletarischen Geheimbünde, halb Propagandaverein, halb Verschwörerorganisation. Doch traten die Wesenszüge einer selbständigen Arbeiterorganisation schon klar zutage. Der Bund der Gerechten gab sich ein eigenes Statut, das auf demokratischen Grundsätzen beruhte und eine zentrale Führung gewährleistete. Das Statut bestimmte, alle Bundesbehörden jährlich neu zu wählen; es legte einen zentralistischen Aufbau des Bundes fest und umriß genau die Aufgaben der gewählten Leitungen und die Rechte und Pflichten der Mitglieder.

Von größter Bedeutung für die Bildung einer unabhängigen Arbeiterorganisation war die Ausarbeitung eines selbständigen politischen Programms des Bundes der Gerechten. Es erschien 1838 in Paris unter dem Titel „Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte". Der Verfasser dieser Schrift war Wilhelm Weitling. Weitling, 1808 in Magdeburg geboren, war selbst in bitterem Elend aufgewachsen, nach der Lehrzeit im Schneiderhandwerk als Geselle auf Wanderschaft gegangen und 1835 nach Paris gekommen. Hier wurde er einer der Führer des Bundes der Gerechten und entwickelte sich zum bedeutendsten Vertreter des utopischen Kommunismus in der frühen deutschen Arbeiterbewegung. Weitling schrieb das Programm im Auftrage der Leitung des Bundes der Gerechten. Mehrere Monate wurde der Entwurf in den Bundesgemeinden diskutiert und schließlich von einer speziellen Bundeskommission überprüft. Unter großen Opfern und Entbehrungen ermöglichten deutsche Arbeiter die Drucklegung. Weitlings Schrift brachte die politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen jener Handwerksgesellen zum Ausdruck, die der politisch reifste Teil der sich formierenden deutschen Arbeiterklasse waren. Sein Hauptwirkungsfeld sah der Bund in Deutschland. Im ersten Abschnitt des

[15] Friedrich Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. In: Ebenda, S. 211.

Statuts hieß es: „Der Zweck des Bundes ist die Befreiung Deutschlands von dem Joche schimpflicher Unterdrückung . . ."[16]

Mit der Annahme des Programms wurde der Arbeiterkommunismus Wilhelm Weitlings zur ideologischen und politischen Grundlage des Bundes der Gerechten. Er war in Begründung und Inhalt zwar noch utopisch, besaß aber eine revolutionäre Zielsetzung. Das Programm des Bundes begnügte sich nicht mit einer scharfen Kritik an den kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen. Es forderte nicht nur, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen, sondern proklamierte als Bedingung dafür die Abschaffung des Privateigentums und die Einführung einer kommunistischen Gütergemeinschaft. Es lehrte die Arbeiter auch, daß dieses Ziel nur durch eine große soziale Revolution erreicht werden kann, die weit über die Grenzen der bürgerlichen politischen Revolution hinausgeht und in der die arbeitenden Massen selbst Hand anlegen müssen. Die Forderung, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen, wurde jedoch nicht abgeleitet aus den Gesetzmäßigkeiten der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung, sondern aus moralischen Grundsätzen. Schon mit dem ersten, noch utopischen Programm richtete die junge deutsche Arbeiterbewegung ihren Blick auf die kommunistische Zukunft.

Im Mai 1839 beteiligten sich die Sektionen des Bundes der Gerechten in Paris an einem Aufstand der blanquistischen Gesellschaft der Jahreszeiten und wurden in deren Niederlage verstrickt. Die daraufhin einsetzenden Verhaftungen und Ausweisungen von Bundesmitgliedern brachten die Entwicklung des Bundes vorübergehend zum Stocken. Doch der Bund überwand die Niederlage schnell; die Handwerksgesellen bauten die Organisation wieder auf. Der Bund faßte nun auch in anderen Ländern Fuß. Ein Teil seiner Mitglieder begab sich nach London und bildete dort ein neues Zentrum. Wilhelm Weitling sammelte in Paris die zersprengten Kräfte des Bundes. Im Mai 1841 ging er im Auftrage der Bundesleitung endgültig in die Schweiz.

Nach der Niederlage des blanquistischen Aufstandes von 1839 wandte sich der Bund der Gerechten stärker der Propaganda zu. Wilhelm Weitling gründete in der Schweiz zahlreiche öffentliche Arbeiterbildungsvereine, in denen die Bundesmitglieder ihre Ideen verbreiteten. Gleichzeitig wurde er mit der Herausgabe eines theoretischen

[16] Statuten des deutschen Bundes der Gerechtigkeit. In: Dokumente zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. Eingeleitet von Gerhard Winkler, Berlin 1957, S. 58.

Organs des Bundes der Gerechten betraut. Von 1841 bis 1843 erschien – zunächst unter dem Titel „Der Hilferuf der deutschen Jugend", später als „Die junge Generation" – in der Schweiz die erste gedruckte Zeitschrift des deutschen Proletariats. Sie besaß 1000 Abonnenten, davon 400 in Frankreich und 100 in England. Ende 1842 erschien schließlich Weitlings Hauptwerk „Garantien der Harmonie und Freiheit"[17]. Karl Marx nannte dieses Buch das „brillante literarische Debut der deutschen Arbeiter", das die politische Literatur der deutschen Bourgeoisie weit überragte: „Vergleicht man diese riesenhaften *Kinderschuhe* des Proletariats mit der Zwerghaftigkeit der ausgetretenen politischen Schuhe der deutschen Bourgeoisie, so muß man dem *deutschen Aschenbrödel* eine *Athletengestalt* prophezeien."[18]

In den „Garantien der Harmonie und Freiheit" geißelte Wilhelm Weitling die Mißstände der kapitalistischen Gesellschaft, entlarvte die Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Rechts- und Moralbegriffe, brandmarkte die feudale und kapitalistische Ausbeutungspraxis und entwarf schließlich den Plan einer kommunistischen Gesellschaft. Es war dies noch die phantastische Schilderung einer Zukunftsgesellschaft „in einer Zeit, wo das Proletariat noch höchst unentwickelt ist, also selbst noch phantastisch seine eigene Stellung auffaßt"[19]. Die Unreife der theoretischen Auffassungen Weitlings resultierte aus der Unreife des Proletariats und der proletarischen Bewegung in Deutschland. Weitling war der Dolmetsch der proletarischen Handwerksgesellen und brachte deren Hoffen und Denken zum Ausdruck.

Gegenüber dem utopischen Sozialismus aber bedeutete der Arbeiterkommunismus Weitlings einen Fortschritt. Weitling erkannte bereits die Notwendigkeit einer Revolution und sah auch, daß diese Revolution von den „Massen der dürftig von ihrer Hände Arbeit Lebenden"[20] selbst vollbracht werden muß. Er riß die Schranken nieder, die zwischen dem utopischen Sozialismus und den Arbeitern standen, und versuchte, den Kommunismus, wenn auch in der unzu-

17 Dokument Nr. 1.

18 Karl Marx: Kritische Randglossen zu dem Artikel „Der König von Preußen und die Sozialreform. Von einem Preußen". In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 1, Berlin 1964, S. 405.

19 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 4, Berlin 1964, S. 490.

20 Wilhelm Weitling: Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte. In: Werner Kowalski: Vorgeschichte und Entstehung des Bundes der Gerechten, Berlin 1962, S. 221.

reichenden utopischen Form, in der gerade entstehenden Arbeiterbewegung zu verbreiten. Weitlings unermüdliche Propaganda für die Befreiung der Arbeiterklasse trug dazu bei, das Klassenbewußtsein in den deutschen Arbeitern zu wecken. Die ersten Schritte der deutschen Arbeiterbewegung sind mit dem Namen Wilhelm Weitlings aufs engste verknüpft.

Mit der weiteren Entwicklung der Arbeiterbewegung geriet jedoch seit 1843 1844 Wilhelm Weitlings Lehre in offenen Widerspruch zu den Bedürfnissen der Arbeiterklasse. Sie verlor damit ihre progressive Bedeutung und wurde zu einem Hemmnis. Die Bundesteile in der Schweiz, die weiterhin auf Weitlings Lehre schworen, erstarrten im Sektenwesen. Die Entwicklung im Bund der Gerechten, die über den utopischen Arbeiterkommunismus hinausführte, vollzog sich in London, wo die deutschen Arbeiter mit den am weitesten fortgeschrittenen kapitalistischen Verhältnissen in Berührung kamen.

In London hatten die Mitglieder des Bundes der Gerechten bereits im Februar 1840 einen öffentlichen Arbeiterbildungsverein gegründet, in dem sie die aktivsten und führenden Kräfte waren. Dieser Arbeiterbildungsverein wurde zur Plattform fruchtbarer theoretischer Auseinandersetzungen. In den Londoner Bundesgemeinden wuchs eine Reihe hervorragender Arbeiterrevolutionäre heran, die sehr bald Einfluß auf den gesamten Bund erlangten. An der Spitze des Bundes und des Arbeiterbildungsvereins in London standen der ehemalige Forststudent Karl Schapper, der schon in den dreißiger Jahren den Weg zum Proletariat gefunden hatte und seit der Gründung aktiv im Bund der Gerechten wirkte, der Schuhmacher Heinrich Bauer und der Uhrmacher Joseph Moll, zwei theoretisch außerordentlich befähigte revolutionäre Proletarier.

Der Mißerfolg des blanquistischen Aufstandes von 1839 hatte auch den Londoner Bundesmitgliedern die Unzulänglichkeit der alten Verschwörertaktik vor Augen geführt. Sie verwarfen den Putschismus, gingen aber dabei anfangs soweit, den revolutionären Kampf überhaupt abzulehnen. Ihre eigenen Erfahrungen und der Kampf der revolutionären englischen Chartisten, den sie aus unmittelbarer Anschauung kennenlernten, belehrten sie jedoch sehr bald eines Besseren. Mitte der vierziger Jahre löste sich der Bund immer mehr von der schädlichen Illusion, daß die Befreiung des Proletariats nur durch friedliche Propaganda erreicht werden könne. Die fortgeschrittensten Bundesmitglieder begriffen zugleich, daß der utopische Kommunis-

mus Weitlings nicht ausreichte, um einen erfolgreichen Kampf zu führen.

Der Bund der Gerechten empfing aus der Entwicklung, die sich zuerst in London anbahnte, neue Impulse. Es gelang ihm, fester in Deutschland Fuß zu fassen. Bundesmitglieder wirkten in Altona, Berlin, Bremen, Gera, Gotha, Hamburg, Kiel, Königsberg, Leipzig, Magdeburg, Minden, München und Stuttgart. In einigen dieser Orte bestanden wie in Berlin und Hamburg ganze Gemeinden.

Der Bund arbeitete in strenger Illegalität. Er wirkte in öffentlichen Arbeitervereinen und in den wenigen, schon vorhandenen Arbeitergesangs-, Turn-, Lese- und Bildungsvereinen. Er nahm Kontakte zu den französischen, polnischen und englischen Revolutionären auf. In London vereinte er Deutsche, Schweizer, Skandinavier, Ungarn und Polen. Dadurch verwandelte er sich allmählich in eine internationale Organisation.

Mit der fortschreitenden kapitalistischen Entwicklung waren in der Mitte der vierziger Jahre auch in Deutschland die Voraussetzungen für das selbständige Auftreten des Proletariats herangereift. Mit dem Aufkommen der modernen Industrie begann sich auch in Deutschland das Proletariat in den Städten zu konzentrieren. Der tiefe Gegensatz zwischen den beiden Hauptklassen der neuen, kapitalistischen Gesellschaft trat immer deutlicher zutage. Die Not der arbeitenden Klasse wuchs zusehends. Bei kärglichen Löhnen und unter unvorstellbar schlechten Arbeitsbedingungen mußten die Proletarier in den Fabriken und Manufakturen hart arbeiten. Noch elender als die Lebensbedingungen der Fabrikproletarier aber waren die der Heimarbeiter in der Textilindustrie. Die hausindustriellen Arbeiter in Schlesien drückte das doppelte Joch der kapitalistischen und feudalen Ausbeutung. „Sie steckten", wie Franz Mehring schrieb, „noch mit beiden Füßen im feudalen Schlamme, während ihr Leib von dem heftigsten Wirbelwinde des kapitalistischen Konkurrenzkampfes gepackt wurde."[21] Rund 30 Taler betrug damals das Jahreseinkommen einer Spinnerfamilie; höchstens 60 Taler konnte eine Weberfamilie verdienen. Bei etwa 100 Talern aber lag das Existenzminimum für eine Familie mit drei Kindern. Von ihren Hungerlöhnen mußten die Weber überdies ein Viertel bis ein Drittel an den Staat und die Gutsherren zahlen.

[21] Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Erster Teil. In: Gesammelte Schriften, Bd. 1, Berlin 1960, S. 224.

1843 1844 verschärften eine Absatzkrise für Textilien und Mißernten die Notlage der schlesischen Weber. Sie war grauenhaft.[22] „Die Lebensweise ... jedes Militärsträflings erscheint ungleich beneidenswerter um ihrer Sorgenfreiheit, Ordnung und Menschlichkeit willen als diejenige eines solchen Webers", heißt es in einem Bericht aus jener Zeit.[23] Die Empörung und der Haß der Weber schlugen sich in einem Lied nieder, das seit Mai 1844 in den Weberdörfern gesungen wurde. Eine der Strophen lautete:

Ihr Schurken all, ihr Satansbrut,
Ihr höllischen Kujone,
Ihr freßt der Armen Hab und Gut
Und Fluch wird euch zum Lohne.

Dieses Weberlied, „Das Blutgericht", nannte Karl Marx eine „kühne *Parole* des Kampfes, worin Herd, Fabrik, Distrikt nicht einmal erwähnt werden, sondern das Proletariat sogleich seinen Gegensatz gegen die Gesellschaft des Privateigentums in schlagender, scharfer, rücksichtsloser, gewaltsamer Weise herausschreit"[24].

Am 4. Juni 1844 erhoben sich die schlesischen Weber zum Kampf gegen die Ausbeutung. Zentrum des Aufstandes waren die großen Weberdörfer Peterswaldau und Langenbielau. Die Weber und, mit ihnen solidarisch, Arbeiter anderer Berufe zogen vor die Häuser der verhaßten Ausbeuter, zerschlugen die Einrichtungen in den Villen der Fabrikanten, zerstörten Maschinen – ihre scheinbaren Rivalen – und vernichteten Kaufmannsbücher, Wechsel und Rechnungen. Am 5. Juni 1844 rückte preußisches Militär in Langenbielau ein. Durch Gewehrsalven wurden 11 aufständische Arbeiter getötet und 24 schwer verletzt. Mit Steinen, Knüppeln und Äxten schlugen die erbitterten Arbeiter die Soldaten in die Flucht. Erst größere militärische Einheiten, darunter Artillerie und Kavallerie, vermochten am 6. Juni 1844 den Aufstand zu ersticken.

Mehr als hundert aufständische Weber wurden verhaftet; der jüngste von ihnen war 15 Jahre, der älteste 53 Jahre alt. Im nach-

[22] Dokument Nr. 2.

[23] Wilhelm Wolff: Das Elend und der Aufruhr in Schlesien. In: Wilhelm Wolff: Der Aufruhr der Weber in Schlesien (Juni 1844) und andere Schriften, hrsg. vom Verband der deutschen Presse, Berlin o. J., S. 22.

[24] Karl Marx: Kritische Randglossen zu dem Artikel „Der König von Preußen und die Sozialreform. Von einem Preußen". In: Marx/Engels: Werke, Bd. 1, S. 404.

folgenden Prozeß gegen die Teilnehmer der schlesischen Weberunruhen verurteilte der Kriminalsenat des königlich-preußischen Oberlandesgerichts zu Breslau am 31. August 1844 80 revolutionäre Arbeiter zu 203 Jahren Zuchthaus, 90 Jahren Festungshaft und 330 Peitschenhieben. Die Höchststrafe betrug 9 Jahre Festung. Die von Marx und Engels beeinflußte Pariser Zeitung „Vorwärts!" schrieb in einem Artikel „Vierundzwanzig Peitschenhiebe und zehn Jahre Schanzarbeit" zu diesem Schandurteil der preußischen Klassenjustiz: „Dafür, daß sie endlich selber Hand an's Werk legten und niederschmetterten, was ihnen als verworfen schien. Dafür vierundzwanzig Peitschenhiebe und zehn Jahre Schanzarbeit! – Die Proletarier Deutschlands haben hier eine Niederlage, aber nur zum Scheine, erlitten; jene schlesischen Weber sind die verlornen Posten einer siegreichen Zukunft."[25] Die Mitglieder des vom Bund der Gerechten geleiteten deutschen Arbeiterbildungsvereins in London sammelten in proletarischer Klassensolidarität sechs Pfund Sterling für die Opfer des Weberaufstands und deren Familien und bekannten sich offen zu ihren aufständischen Klassengenossen aus dem schlesischen Gebirge.[26]

Der Weberaufstand war blutig unterdrückt worden. Dennoch kündete diese machtvolle proletarische Aktion davon, daß mit revolutionärer Energie eine neue Klassenkraft ins politische Leben Deutschlands eingetreten war. Mit diesem Aufstand eröffnete die deutsche Arbeiterklasse ihren selbständigen Kampf sowohl gegen die Bourgeoisie, ihren unmittelbaren Ausbeuter, als auch gegen den feudalmilitaristischen preußischen Staat, der sich schützend vor das kapitalistische Eigentum gestellt und den Aufstand mit brutaler Waffengewalt niedergeworfen hatte. Mit dem Weberaufstand begann die aktive Bewegung des deutschen Proletariats.

Die erste Klassenschlacht des deutschen Proletariats löste eine Kette von Streiks und Demonstrationen aus. Anfang Juni kam es zu Unruhen der verarmten Handwerker und proletarisierten Handwerksgesellen in Breslau; in Berlin streikten die Textilarbeiter, in Ingolstadt die Erdarbeiter, in Magdeburg die Arbeiter der Zuckerfabriken, in Rendsburg die Zimmerer. In Preußen und in Sachsen legten an vielen Orten die Eisenbahnbauarbeiter die Arbeit nieder und verlangten

[25] Vorwärts! Pariser Deutsche Zeitschrift, 29. November 1844. In: Aus der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1964, S. 62.

[26] Dokument Nr. 3.

Lohnerhöhungen. Im Jahr des Weberaufstands lag die Zahl der Streiks höher als im gesamten vorangegangenen Jahrzehnt.

Viele dieser spontanen Kampfaktionen der deutschen Arbeiter trugen ebenso wie der Weberaufstand Züge der Maschinenstürmerei, wie sie in der Anfangsperiode der proletarischen Bewegung überall auftauchten. Die Arbeiter, meist Handwerksgesellen und Manufakturarbeiter, glaubten, die Einführung der Maschinen verursache ihre soziale Verelendung. Sie richteten daher ihren Haß gegen diese und zerstörten sie als ihre vermeintlichen Konkurrenten. Erst die Erfahrungen weiterer Klassenkämpfe lehrten die Arbeiterklasse, zwischen der Maschine als materieller Produktivkraft und ihrer privatkapitalistischen Anwendung zu unterscheiden und nicht die Maschinen zu vernichten, sondern deren Eigentümer, die Kapitalisten, zu bekämpfen.

Der Weberaufstand und die nachfolgenden proletarischen Kampfaktionen förderten die Entwicklung des Klassenbewußtseins der deutschen Arbeiter. Sie leiteten aber auch eine neue Etappe des Kampfes gegen den Feudalismus ein. Mit dem Proletariat gerieten ab 1844 nach und nach andere Bevölkerungsschichten, die Bauern auf dem Lande und vor allem die kleinbürgerlichen Schichten in den Städten, in Bewegung.

Die elementare Erhebung der schlesischen Weber enthüllte mit einem Schlag die neuen, fortgeschrittenen Bedingungen, unter denen in Deutschland die bürgerliche Revolution heranreifte. Neben dem zunächst zu lösenden gesellschaftlichen Hauptwiderspruch zwischen der kapitalistischen Entwicklung und der Feudalordnung trat hier schon ein neuer gesellschaftlicher Konflikt, der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, hervor. Zum ersten Mal in der Geschichte verflocht sich bereits am Vorabend einer bürgerlichen Revolution der Kampf für die bürgerlich-demokratische Umgestaltung unmittelbar mit dem Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie.

Die Aktionen des deutschen Proletariats zwangen alle Klassen und Schichten in Deutschland, sich mit den neuen gesellschaftlichen Problemen auseinanderzusetzen. Ein starkes Echo fand der Weberaufstand vor allem bei der revolutionären deutschen Intelligenz. Wilhelm Wolff, ein schlesischer Revolutionär und späterer Kampfgefährte Karl Marx' und Friedrich Engels', gab noch im Juni 1844 mit seiner Schrift „Das Elend und der Aufruhr in Schlesien" die erste gründliche Darstellung des Weberaufstands und seiner Ursachen.

Der beginnende Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoi-

sie beeinflußte auch die Entwicklung der deutschen Literatur. Nach dem Weberaufstand griff die politische Dichtung, die in Deutschland nach 1840 einen großen Aufschwung genommen hatte, stärker soziale Probleme auf. Die Arbeiterklasse wurde Gegenstand der literarischen Darstellung. Es entstand eine soziale Lyrik, die voller Empörung zwar die himmelschreienden Lebensbedingungen der Proletarier schilderte, das Proletariat allerdings in bürgerlich-philanthropischer Weise nur als unterdrückte und leidende, aber nicht als kämpfende Klasse darstellte. Karl Marx und Friedrich Engels kritisierten diese Literatur, weil sie das Proletariat als hilflos und unmündig auffaßte.

Doch die deutsche Arbeiterklasse begann mit ihrem politischen Hervortreten auch selbst literarisch wirksam zu werden. 1843 1844 schrieb Wilhelm Weitling die „Kerkerpoesien" und einige andere Gedichte, in denen die politischen und sozialen Erfahrungen der Handwerksgesellen ausgesprochen wurden. Das bedeutendste literarische Dokument der entstehenden deutschen Arbeiterklasse war das schlesische Weberlied „Das Blutgericht". Es schilderte anschaulich sowohl das furchtbare Hungerdasein und die ständigen Demütigungen der armen Weber als auch den protzenden Reichtum und die Brutalität der verhaßten Ausbeuter.

Mitte der vierziger Jahre begann der selbständige Kampf des Proletariats auch im Schaffen einiger bedeutender deutscher Dichter wie Heinrich Heines, Georg Herweghs, Ferdinand Freiligraths und Georg Weerths eine größere, ja teilweise ausschlaggebende Rolle zu spielen. Bei ihnen stand nicht der leidende, sondern der kämpfende Arbeiter, der sich seiner Rolle bewußt wird, im Mittelpunkt.

Heinrich Heine, die überragende Gestalt der revolutionären politischen Dichtung in dieser Zeit, hatte bereits in den dreißiger Jahren in Anlehnung an die Auffassungen der utopischen Sozialisten jede auf Ausbeutung beruhende Gesellschaftsordnung kritisiert und eine soziale Befreiung des Volkes gefordert. Seit 1840 betrachtete er den Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat in England und Frankreich als wichtigste Erscheinung seiner Zeit, erkannte er die Notwendigkeit einer proletarischen Revolution und sah in den Arbeitern ihre berufenen Vollstrecker. Diese Auffassungen vertiefte Heinrich Heine während seiner engen freundschaftlichen Beziehungen zu Karl Marx seit Dezember 1843. Diese Zeit wurde zu einem Höhepunkt in Heines gesamtem literarischen Schaffen. 1844 entstand „Deutschland. Ein Wintermärchen", seine größte poetische Schöpfung, in der er die

reaktionären deutschen Zustände vernichtend kritisierte und ihnen gleichzeitig optimistisch ein neues, besseres Deutschland der bisher Armen und Unterdrückten gegenüberstellte:

Ein neues Lied, ein besseres Lied,
O Freunde, will ich euch dichten:
Wir wollen hier auf Erden schon
Das Himmelreich errichten.

Wir wollen auf Erden glücklich sein
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben.

Wenige Wochen nach dem Weberaufstand in Schlesien feierte Heinrich Heine in einem seiner Gedichte die schlesischen Weber. Im Bilde der am Webstuhl sitzenden drohenden Proletarier, die „Altdeutschlands" Leichentuch weben, gestaltete er die Rolle der Arbeiterklasse als Todfeind der alten Ausbeutergesellschaft:

Das Schiffchen fliegt, der Webstuhl kracht,
Wir weben emsig Tag und Nacht –
Altdeutschland, wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch,
Wir weben, wir weben!

Ferdinand Freiligrath, dessen Dichtung sich zunächst im Fahrwasser einer zahmen liberalen Opposition bewegt hatte, stellte sich 1844 demonstrativ an die Seite der revolutionären Kräfte. Seine politischen Gedichte appellierten nun leidenschaftlich an die revolutionäre Macht des Volkes und insbesondere der Arbeiter. In seinem Gedicht „Von unten auf!" (1845) gestaltete er erstmalig einen revolutionären Proletarier:

Es liegt an mir: – Ein Ruck von mir, ein Schlag von mir
zu dieser Frist,
Und siehe das Gebäude stürzt, von welchem Du die Spitze bist!
Der Boden birst, auf schlägt die Flut und sprengt Dich krachend
in die Luft!
Wir aber steigen feuerfest aufwärts ans Licht aus unsrer Gruft!
Wir sind die Kraft! Wir hämmern jung das alte morsche Ding,
den Staat,
die wir von Gottes Zorne sind bis jetzt das Proletariat!

1845 wurde Ferdinand Freiligrath mit Karl Marx und Friedrich Engels bekannt und drei Jahre später schloß er sich dem Bund der Kommunisten, der ersten revolutionären proletarischen Partei, an.

Mit Georg Weerth begann die Entwicklung einer selbständigen proletarischen Literatur. Er stellte sich als einziger Dichter in jener Zeit konsequent auf den Standpunkt des Proletariats. Friedrich Engels nannte ihn „den ersten und *bedeutendsten* Dichter des deutschen Proletariats"[27]. Sein literarisches Schaffen war ganz mit dem Kampf der deutschen und internationalen Arbeiterklasse vor und während der Revolution von 1848/1849 verbunden. Bereits 1845 bekannte er sich zum Kommunismus. 1847 wurde er Mitglied des Bundes der Kommunisten und blieb ein treuer Anhänger und Verkünder der Lehre von Marx und Engels. In Prosaschriften und Gedichten und in seiner publizistischen Tätigkeit trat er für die Interessen des Proletariats ein. In den „Skizzen aus dem sozialen und politischen Leben der Briten" stellte er die Entwicklung des Kapitalismus und der Arbeiterbewegung in England in literarisch-publizistischer Form dar. Die „Humoristischen Skizzen aus dem deutschen Handelsleben" geißelten die rücksichtslose Ausbeutung und feige Heuchelei der deutschen Bourgeoisklasse. Seine künstlerisch bedeutendsten Leistungen erreichte Georg Weerth in der Lyrik. Hier verlieh er dem Denken und Fühlen der Arbeiterklasse unmittelbaren Ausdruck. Die Schilderung des Arbeiters und seiner Notlage zeigte stets die Würde und Kraft der unterdrückten Klasse. Georg Weerths Gedichte gestalteten vor allem das Bild des kämpfenden, sich seiner Kraft bewußt werdenden Proletariers, so etwa „Das Hungerlied", „Der Kanonengießer", „Sie saßen auf ihren Bänken". Im Gedicht „Der Kanonengießer" begreift der Arbeiter, daß seine Arbeit nicht mehr der Unterdrückung fremder Völker, sondern der eigenen Befreiung dienen muß.

Doch ruhig sprach er: „Nicht fern ist das,
Vermaledeite Sünder!
Da gießen wir uns zu *eignem* Spaß
Die Vierundzwanzigpfünder."

In der anschaulichen Darstellung der Arbeiter und ihres Kampfes ging Georg Weerth über Heinrich Heine hinaus, bei dem das Proletariat eine zwar geschichtlich bedeutsame, aber anonyme Kraft blieb.

27 Friedrich Engels: Georg Weerth, der erste und bedeutendste Dichter des deutschen Proletariats. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 7.

Der Höhepunkt des Schaffens von Georg Weerth fällt in die Zeit der Revolution, als er Mitredakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung" war. Georg Weerth starb, erst 34 Jahre alt, 1856 in Havanna auf Kuba. Sein früher Tod erschütterte Karl Marx und Friedrich Engels tief.

In der Mitte der vierziger Jahre hatte der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat die kapitalistisch fortgeschrittensten Länder Europas erfaßt, und die Arbeiterklasse hatte bereits die ersten Schritte zu einer organisatorischen und ideologischen Trennung von der bürgerlich-liberalen und kleinbürgerlich-demokratischen Bewegung getan. Die Arbeiter hatten sich schon eigene proletarische Organisationen geschaffen und strebten nach einer von der Bourgeoisie unabhängigen Politik und Ideologie. Die elementare Arbeiterbewegung bereitete den Boden für die Ausarbeitung des wissenschaftlichen Kommunismus und für die Schaffung revolutionärer Arbeiterparteien. Den politisch fortgeschrittensten Vertretern des Proletariats, insbesondere den Mitgliedern des Bundes der Gerechten in London, wurde selbst mehr und mehr die Unzulänglichkeit der bisherigen theoretischen Auffassungen des utopischen Arbeiterkommunismus bewußt.

Die Begründung des wissenschaftlichen Kommunismus durch Karl Marx und Friedrich Engels. Die Schaffung der ersten revolutionären Partei der Arbeiterklasse. Das „Manifest der Kommunistischen Partei" (1844 bis 1848)

1. Die Begründung der revolutionären Weltanschauung der Arbeiterklasse durch Karl Marx und Friedrich Engels

Karl Marx und Friedrich Engels schufen den wissenschaftlichen Kommunismus. Das war eine revolutionäre Tat von weltgeschichtlicher Bedeutung. Der wissenschaftliche Kommunismus, der Marxismus, begründete die historische Rolle der Arbeiterklasse und zeigte der ganzen Menschheit den Weg zur Befreiung von Ausbeutung, Unterdrükkung und Krieg, den Weg zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Er entstand als Weltanschauung des Proletariats. Mit dem wissenschaftlichen Kommunismus erhielt die Arbeiterklasse die theoretische Waffe, deren sie bedarf, um zu siegen.

Der wissenschaftliche Kommunismus ist eine internationale Lehre. Er gibt Antwort auf die Fragen und Aufgaben, die die Ge-

schichte mit der Entwicklung des Kapitalismus und der Entstehung des Proletariats in der ganzen Welt auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Die Entstehung des Marxismus wurzelte in den materiellen und geistigen Entwicklungsbedingungen vor allem der fortgeschrittensten Länder Europas. In diesen Ländern war der unversöhnliche Widerspruch zwischen den beiden Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, zwischen Proletariat und Bourgeoisie, offen ausgebrochen. Indem die inneren Widersprüche der kapitalistischen Ordnung klarer hervorzutreten begannen, wurde es auch möglich, die Gesetzmäßigkeiten dieser Ordnung zu untersuchen und aufzudecken.

Mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft hatte die Wissenschaft einen Stand erreicht, der die theoretische Voraussetzung für die Entstehung des wissenschaftlichen Kommunismus bot. Vor allem die englische klassische politische Ökonomie, der französische utopische Sozialismus zusammen mit den französischen revolutionären Lehren und die deutsche klassische Philosophie bildeten die Quellen, aus denen die Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus schöpfen konnten. W. I. Lenin schrieb: „Die Geschichte der Philosophie und die Geschichte der Sozialwissenschaft zeigen mit aller Deutlichkeit, daß der Marxismus nichts enthält, was einem ‚Sektierertum' im Sinne irgendeiner abgekapselten, verknöcherten Lehre ähnlich wäre, die *abseits* von der Heerstraße der Entwicklung der Weltzivilisation entstanden ist. Im Gegenteil: Die ganze Genialität Marx' besteht gerade darin, daß er auf die Fragen Antwort gegeben hat, die das fortgeschrittene Denken der Menschheit bereits gestellt hatte. Seine Lehre entstand als direkte und unmittelbare *Fortsetzung* der Lehren der größten Vertreter der Philosophie, der politischen Ökonomie und des Sozialismus."[28]

Der wissenschaftliche Kommunismus ist eine alle Gebiete des menschlichen Denkens umfassende Weltanschauung. Seine Hauptbestandteile sind die dialektisch-materialistische Philosophie, die marxistische politische Ökonomie und die Lehre vom Sozialismus und Kommunismus. Die Begründung des wissenschaftlichen Kommunismus bedeutet eine tiefgreifende Revolution in der Geschichte des menschlichen Denkens. Selbst die größten und fortschrittlichsten Denker der Vergangenheit waren außerstande, eine in sich geschlossene, die Welt richtig erklärende und sie zugleich verändernde Lehre zu

[28] W. I. Lenin: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus. In: Werke, Bd. 19, Berlin 1965, S. 3.

schaffen. Das war erst den Theoretikern der Arbeiterklasse möglich. Diese ist dazu berufen, mit der revolutionären Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung jedwede Ausbeutung und Unterdrückung zu beseitigen und die klassenlose Gesellschaft zu errichten. Erst mit dem wissenschaftlichen Kommunismus war der Menschheit eine wissenschaftlich fest begründete revolutionäre Theorie gegeben, die die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung in Natur und Gesellschaft aufdeckte. Der wissenschaftliche Kommunismus ist nicht die Lehre einer kleinen Sekte oder Gruppe von Spezialisten, sondern die Theorie des Befreiungskampfes des Proletariats und der übrigen Werktätigen. Er entspricht genau ihren Interessen und gibt ihnen Anleitung für ihren Kampf.

Der wissenschaftliche Kommunismus wurde von Deutschen begründet. In Deutschland waren die inneren Widersprüche der gesamten europäischen Gesellschaft zu einem Knoten geschürzt, hier waren die Voraussetzungen für eine Revolution am weitesten herangereift. Die inneren Widersprüche Deutschlands verlangten besonders gebieterisch auch nach einer theoretischen Antwort auf die Fragen, die die Geschichte auf die Tagesordnung gesetzt hatte.

Auch in Deutschland hatte bereits die industrielle Revolution begonnen, war der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat in offenen Klassenkämpfen zutage getreten. Aber noch herrschte hier nicht die Bourgeoisie, sondern die Feudalklasse. Es ging um deren Sturz, um eine bürgerliche Revolution. So verflochten sich hier zwei grundlegende Widersprüche ineinander. Dazu kam eine Vielzahl nationaler Probleme. Deutschland litt schwer unter der feudalen Zersplitterung und strebte nach nationaler Einheit. Zugleich hielten Preußen und Österreich andere Nationen in Knechtschaft. Der endgültige Sieg der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung in ganz Europa hing in hohem Maße von ihrer Durchsetzung gerade in Deutschland ab. In Deutschland bildete sich ein revolutionäres Zentrum von europäischer Bedeutung heraus.

Der internationale proletarische Klassenkampf, der in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts einen starken Aufschwung nahm, machte die Entstehung des wissenschaftlichen Kommunismus zu einer geschichtlichen Notwendigkeit. Von diesem Aufschwung zeugten die ersten großen Klassenschlachten, die Herausbildung erster proletarischer Organisationen und die Aufnahme der Ideen des utopischen Sozialismus und Kommunismus durch die entstehende Arbeiter-

bewegung. Die Arbeiterklasse bedurfte jedoch, um ihrer historischen Aufgabe gerecht zu werden, einer revolutionären Klassenpartei, die auf eine wissenschaftliche Weltanschauung gegründet war. Die fortgeschrittensten Arbeiter spürten sehr wohl, daß ihr bisheriges theoretisches Rüstzeug nicht ausreichte, aber sie waren nicht imstande, selbst die Lösung zu finden.

Da den Arbeitern, die in Not und Elend lebten, der Zugang zur Wissenschaft verschlossen war, konnte die für ihren Befreiungskampf unerläßliche Weltanschauung nur von Angehörigen der bürgerlichen Intelligenz ausgearbeitet werden. Allerdings mußten dies nicht nur Männer von überragender wissenschaftlicher Befähigung sein. Sie mußten auch jene Charakterfestigkeit, Selbstlosigkeit, Unerschütterlichkeit und revolutionäre Kühnheit besitzen, die notwendig war, um an der Spitze der Arbeiterbewegung im Klassenkampf voranzuschreiten und einer Welt von Feinden die Stirn zu bieten. Solche Männer waren Karl Marx und Friedrich Engels. Sie gehören zu den größten Genies, die die Menschheit hervorgebracht hat.

Karl Marx und Friedrich Engels wurden beide im Rheinland, dem ökonomisch und politisch fortgeschrittensten Gebiet des damaligen Deutschlands, geboren, Marx am 5. Mai 1818 in Trier, Engels am 28. November 1820 in Barmen. Marx' Vater war Rechtsanwalt und gehörte zur humanistisch gesinnten Intelligenz. Das Studium führte Karl Marx zunächst nach Bonn. Vom Herbst 1836 an studierte er an der Universität in Berlin. Philosophie und Staatswissenschaft standen im Mittelpunkt seines leidenschaftlichen Wissensdranges, der ihn oft die Nächte, über Büchern sitzend, durchwachen ließ. Im „Doktorenklub", einem Kreis oppositioneller, dem Junghegelianismus anhängender junger Wissenschaftler, nahm er an Streitgesprächen über philosophische und politische Zeitprobleme teil. Schon in diesen Jahren ragte Marx über seine Altersgenossen weit hinaus. Im Jahre 1841 verlieh ihm die philosophische Fakultät der Universität Jena den Doktorgrad. Marx hatte ursprünglich beabsichtigt, die Laufbahn eines Universitätslehrers einzuschlagen. Die im preußischen Universitätsleben eingetretene Verschärfung des reaktionären Kurses zwang ihn jedoch, darauf zu verzichten.

Einen anderen Weg nahm zunächst die Entwicklung des jungen Friedrich Engels, der aus einer Fabrikantenfamilie stammte. Er ging vor Abschluß des Gymnasiums in die kaufmännische Lehre, beschäftigte sich jedoch intensiv mit den Fragen seiner Zeit, studierte Litera-

tur, Geschichte und Philosophie und trat bald mit ersten Veröffentlichungen hervor. Als Engels zur Ableistung seiner einjährigen Militärdienstpflicht im Herbst 1841 nach Berlin kam, verkehrte er wie Marx, der aber Berlin bereits wieder verlassen hatte, im Kreise der Junghegelianer.

In Karl Marx wie in Friedrich Engels wurde bereits in jener Zeit der Keim für ihre spätere Entwicklung gelegt. Beide nahmen lebhaften Anteil an den philosophischen Auseinandersetzungen, die ein großes Aufsehen erregten und sich sehr schnell auch auf politische Fragen erstreckten. Beide standen anfangs der oppositionellen junghegelianischen Bewegung nahe und suchten aus der dialektischen Entwicklungslehre Hegels revolutionäre Schlußfolgerungen zu ziehen. Karl Marx und Friedrich Engels entwickelten sich zu revolutionären Demokraten und zu erbitterten Gegnern des herrschenden feudalreaktionären Systems. Noch waren sie philosophische Idealisten, aber sie waren bereits Atheisten geworden und beschäftigten sich mit der Philosophie Feuerbachs. Sie begannen, sich dem Materialismus zu nähern.

Marx trat politisch zuerst durch seine Tätigkeit an der „Rheinischen Zeitung" hervor. Schon bei der Gründung dieses bedeutendsten Oppositionsblattes jener Zeit, das seit Januar 1842 in Köln herausgegeben wurde, hatte er mitgewirkt. In einer Reihe von Beiträgen unterzog er die reaktionären politischen Zustände in Preußen einer scharfen Kritik. Ein neuer Abschnitt in der Entwicklung der Zeitung begann, als Karl Marx im Oktober 1842, vierundzwanzigjährig, selbst die Redaktion übernahm und der Zeitung eine entschieden demokratische Haltung gab. Die Redaktionstätigkeit führte Marx mitten in die politische Praxis des Kampfes gegen die preußische Reaktion. Immer entschiedener widmete er sich der Verteidigung der Interessen der besitzlosen Volksschichten. Im März 1843 mußte er jedoch seine Tätigkeit als Redakteur aufgeben: Die „Rheinische Zeitung" wurde wegen ihrer kühnen Sprache von der preußischen Regierung unterdrückt.

Im Kampf für die Interessen des werktätigen Volkes hatte Karl Marx erkennen müssen, daß Idealismus und bürgerlicher Demokratismus als philosophisches und politisches Rüstzeug nicht ausreichten. Dies veranlaßte ihn, sich eingehender mit sozialen Problemen zu beschäftigen.

Nach dem Verbot der „Rheinischen Zeitung" verbrachte Karl Marx

den Sommer in Kreuznach. Hier verheiratete er sich mit Jenny von Westphalen, die ihm ihr ganzes Leben lang eine treue Gefährtin war. Sie stand ihm unter oft sehr schweren Lebensbedingungen im Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse fest zur Seite. Im November 1843 mußte Marx Deutschland verlassen, da ihm die drückenden reaktionären Verhältnisse jede politische Wirkungsmöglichkeit verschlossen. Er begab sich nach Paris, um dort eine Zeitschrift herauszugeben.

In Paris vollendete sich eine Entwicklung, die nach der Unterdrückung der „Rheinischen Zeitung" begonnen hatte, die Entwicklung Karl Marx' vom philosophischen Idealisten zum Materialisten und vom revolutionären Demokraten zum Kommunisten. Marx stellte sich auf die Seite des Proletariats und begann, ihm die theoretischen Waffen für seinen Klassenkampf zu schmieden. Er nahm in Paris Verbindung zur Leitung des Bundes der Gerechten und zu den Führern der französischen revolutionären Gesellschaften auf. Er vertiefte sich in die klassische bürgerliche Ökonomie, studierte den utopischen Sozialismus und Kommunismus und die revolutionären Lehren, die mit der großen französischen Revolution entstanden waren.

„Alles, was von der menschlichen Gesellschaft geschaffen worden war", sagte W. I. Lenin, „hat Marx kritisch verarbeitet und nicht einen Punkt unbeachtet gelassen. Alles, was das menschliche Denken hervorgebracht hatte, hat er umgearbeitet, der Kritik unterworfen, an der Arbeiterbewegung überprüft und dann jene Schlußfolgerungen gezogen, die die in den bürgerlichen Rahmen eingezwängten oder an bürgerliche Vorurteile gefesselten Menschen nicht zu ziehen vermochten."[29]

Auch Friedrich Engels tat um diese Zeit die ersten Schritte auf dem Wege zum wissenschaftlichen Kommunismus. Er war Ende 1842 zur beruflichen Weiterbildung nach England gegangen. Dort hatte er das furchtbare Elend der Arbeiter, aber auch ihre erste große Klassenorganisation, die Chartistenbewegung, kennengelernt. Er machte die Bekanntschaft des Chartistenführers Julian Harney und traf mit den Londoner Führern des Bundes der Gerechten, mit Heinrich Bauer, Joseph Moll und Karl Schapper, zusammen. Bald hatte Friedrich Engels die Sache der Arbeiterklasse zu seiner eigenen gemacht.

Im Frühjahr 1844 erschienen in Paris die „Deutsch-Französischen

[29] W. I. Lenin: Die Aufgaben der Jugendverbände. (Rede auf dem III. Gesamtrussischen Kongreß des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands.) In: Werke, Bd. 31, Berlin 1964, S. 276.

Jahrbücher", in denen Karl Marx wie auch Friedrich Engels als Kommunisten auftraten und erste Grundgedanken des wissenschaftlichen Kommunismus darlegten. Karl Marx veröffentlichte die Ergebnisse einer kritischen Untersuchung der Hegelschen Philosophie. Er setzte sich entschieden mit den Junghegelianern auseinander, die ihren Idealismus immer schroffer hervorkehrten. Vor allem gegen ihre Verachtung der Massen richtete er seine vernichtende Kritik. Karl Marx erkannte die große revolutionäre Kraft des Proletariats, dessen Sache er in der Auseinandersetzung mit den Junghegelianern verfocht.

Im Mittelpunkt des Hauptbeitrages, den Friedrich Engels für die „Deutsch-Französischen Jahrbücher" lieferte, standen sozialökonomische Fragen. Scharf kritisierte er die kapitalistischen Produktionsverhältnisse mit ihren unmenschlichen Ausbeutungsmethoden. Engels entwickelte in seinem Aufsatz bereits wichtige Gedanken zu einer marxistischen politischen Ökonomie. Die umfangreichen und tiefen Studien von Karl Marx fanden ihren ersten Niederschlag in den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten", die damals jedoch nicht veröffentlicht wurden.

Die Ergebnisse der ökonomischen Untersuchungen erwiesen sich für Karl Marx und Friedrich Engels bei der endgültigen Überwindung des Hegelschen Idealismus und der metaphysischen Schranken des Feuerbachschen Materialismus als äußerst bedeutsam. Karl Marx überwand in den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten" die idealistische Hegelsche Entfremdungskonzeption. Er erkannte, daß die Entfremdung in erster Linie in der kapitalistischen Ausbeutung und der politischen Knechtung des Proletariats besteht. Ausgehend vom grundlegenden Entfremdungsverhältnis, dem kapitalistischen Eigentumsverhältnis, zeigte Marx, wie die Entfremdung auch alle anderen Gebiete der kapitalistischen Gesellschaft durchdringt. Er entdeckte, daß die Entfremdung primär ein materielles gesellschaftliches Verhältnis ist und eine historische Erscheinung darstellt, die durch die sozialistische Revolution mit der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, mit der Aufhebung der Ausbeutung beseitigt wird. Diesen grundlegenden materialistischen Charakter der Marxschen Entfremdungskonzeption suchen die gegenwärtigen „Marx-Kritiker" der verschiedensten Richtungen zu verschweigen, um dadurch den Marxismus zu verfälschen. Sie stellen die von ihnen entstellten, auf Hegelsche und Feuerbachsche Positionen reduzierten Auffassungen des „jungen Marx" als „eigentlichen" Marxismus dem

wirklichen Marxismus gegenüber. Es finden sich zwar in den frühen Werken von Karl Marx und Friedrich Engels, insbesondere in den Schriften aus den Jahren 1843 bis 1846, in mancher Hinsicht – so vor allem in der Terminologie – noch Anklänge an die bisherige Anschauungsweise, die aber nicht den revolutionären Gedankeninhalt dieser Werke berühren. Die ganze Tragweite der in ihnen dargelegten Gedanken kann erst dann richtig ermessen werden, wenn man sie im Lichte der reiferen Arbeiten betrachtet. Dort ist bestimmter und klarer entwickelt, was in den ersten Werken oft nur angedeutet ist.

Den Weberaufstand vom Sommer 1844 begrüßte Karl Marx als erste bedeutende Erhebung der deutschen Arbeiter. In einer Auseinandersetzung mit einem Vertreter des Kleinbürgertums, der die Erhebung der Weber geringschätzig abtun wollte, hob Marx die große historische und politische Bedeutung dieses Ereignisses für die deutsche Geschichte hervor und würdigte gegenüber dem schwächlichen Auftreten der liberalen Bourgeoisie die große revolutionäre Tatkraft der Weber.

Ende August/Anfang September 1844 trafen Karl Marx und Friedrich Engels in Paris zusammen. Diese Begegnung war von wahrhaft historischer Tragweite. Beide Männer stellten nicht nur eine völlige Übereinstimmung ihrer Anschauungen fest, sondern lernten einander auch persönlich schätzen und schlossen sofort Freundschaft. Dieser Freundschaftsbund war in guten und schlechten Tagen, im politischen Kampf und in den persönlichen Beziehungen durch nichts zu erschüttern. Das Wirken dieser beiden Männer verschmolz von nun an zu einer untrennbaren Einheit. Das Proletariat kann sagen, so betonte W. I. Lenin, „daß seine Wissenschaft von zwei Gelehrten und Kämpfern geschaffen worden ist, deren Verhältnis die rührendsten Sagen der Alten über menschliche Freundschaft in den Schatten stellt“[30].

Als erste gemeinsame Arbeit veröffentlichten Karl Marx und Friedrich Engels Anfang 1845 die „Heilige Familie“, eine gegen den philosophischen Idealismus der Junghegelianer gerichtete Streitschrift. In diesem bedeutenden Werk entwickelten sie Prinzipien des historischen Materialismus und hoben vor allem die große historische Mission des Proletariats hervor. Im Mai 1845 erschien auch „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ von Friedrich Engels. Er legte mit diesem Werk, dem Ergebnis seiner Erfahrungen und Studien in England,

30 W. I. Lenin: Friedrich Engels. In: Werke, Bd. 2, Berlin 1963, S. 12.

einen Grundstein zur wissenschaftlichen Analyse des Kapitalismus. Ausführlich behandelte er die Geschichte der industriellen Revolution und zeigte ihre Bedeutung für die Entwicklung des Kapitalismus und für die Herausbildung eines modernen Industrieproletariats. Engels schilderte nicht nur die furchtbare Ausbeutung der Arbeiter, sondern betonte auch die Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes für das Proletariat.

Im September 1844 war Friedrich Engels nach Deutschland zurückgekehrt. Er wirkte im Rheinland tatkräftig in der utopisch-sozialistischen Bewegung, die sich aus Kreisen der Intelligenz gebildet hatte, und hielt in Elberfeld Vorträge über den Kommunismus. Aber wie er in einem Brief an Marx feststellte, machte sich „der Mangel an einem gehörigen Rückhalt ... doch sehr fühlbar"[31]. Und er formulierte die nächste entscheidende Aufgabe: „Solange nicht die Prinzipien logisch und historisch aus der bisherigen Anschauungsweise und der bisherigen Geschichte und als die notwendige Fortsetzung derselben in ein paar Schriften entwickelt sind, solange ist es doch alles noch halbes Dösen und bei den meisten blindes Umhertappen."[32]

Zu Beginn des Jahres 1845 wurde Karl Marx auf Betreiben der preußischen Regierung aus Frankreich ausgewiesen. Er mußte in Brüssel Zuflucht suchen. Dorthin kam auch Engels, dem die Atmosphäre der Profitsucht und Frömmelei in seinem Elternhaus unerträglich geworden war. Die beiden Freunde machten sich nun an die Ausarbeitung eines grundlegenden Werkes. Es blieb damals Manuskript und wurde vollständig erst 1932 vom Marx-Engels-Lenin-Institut in Moskau unter dem Titel „Die deutsche Ideologie" herausgegeben. In diesem Werk entwickelten Marx und Engels in Auseinandersetzung mit dem junghegelianischen Idealismus, aber auch mit den Schwächen des Feuerbachschen Materialismus die Grundzüge ihrer neuen Weltanschauung.

Karl Marx und Friedrich Engels schufen als proletarische Revolutionäre eine völlig neue Philosophie, den dialektischen Materialismus. Diese neue Philosophie entstand in der Auseinandersetzung mit der idealistischen bürgerlichen Philosophie, mit den Schwächen des bisherigen Materialismus und mit der metaphysischen Denkweise der klassischen englischen Ökonomie. Die materialistische Wissenschaft

31 Engels an Marx, Anfang Oktober 1844. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 27, Berlin 1963, S. 5.

32 Ebenda.

von den allgemeinen Entwicklungsgesetzen der Natur, der Gesellschaft und des Denkens erklärt die Welt und ihre gesetzmäßige Bewegung aus sich selbst. Marx und Engels erkannten, „daß nicht die Entwicklung des Geistes die Entwicklung der Natur erklärt, sondern umgekehrt, daß der Geist aus der Natur, aus der Materie, zu erklären ist... Sie betrachteten die Welt und die Menschheit vom materialistischen Standpunkt aus und erkannten, daß ebenso wie allen Naturerscheinungen materielle Ursachen zugrunde liegen, auch die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft durch die Entwicklung materieller Kräfte, der Produktivkräfte, bedingt ist."[33]

Die von Karl Marx und Friedrich Engels begründete materialistische Dialektik lehrt, daß die Dinge und Erscheinungen nichts Festes, Unbewegliches sind, sondern sich in ständiger Entwicklung und Wandlung befinden. Die Entwicklung vollzieht sich nicht stetig, sondern die quantitativen, gleichförmigen Veränderungen führen zu qualitativen, sprunghaften Veränderungen und umgekehrt. Die Triebkraft der Entwicklung sind innere Widersprüche und der durch sie bedingte Kampf der Gegensätze.

Die marxistische Philosophie ist in ihrem inneren Wesen schöpferisch, revolutionär und jeder dogmatischen Betrachtungsweise feind. Sie rückt die praktische, die Verhältnisse verändernde Tätigkeit, das heißt die revolutionäre Praxis, in den Mittelpunkt. Karl Marx schrieb bereits 1845 in den „Thesen über Feuerbach": „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*; es kommt aber darauf an, sie zu *verändern*."[34] In diesen Thesen war, wie Friedrich Engels später feststellte, „der geniale Keim der neuen Weltanschauung niedergelegt"[35].

Zum ersten Male wurde die materialistische Betrachtungsweise der Untersuchung der Gesellschaft und ihrer Geschichte zugrunde gelegt. Damit wurde der historische Materialismus geschaffen. W. I. Lenin erklärte: „Das Chaos und die Willkür, die bis dahin in den Anschauungen über Geschichte und Politik geherrscht hatten, wurden von einer erstaunlich einheitlichen und harmonischen wissenschaftlichen Theorie abgelöst, die zeigt, wie sich aus einer Form des gesellschaftlichen Le-

33 W. I. Lenin: Friedrich Engels. In: Werke, Bd. 2, S. 8.

34 Karl Marx: Thesen über Feuerbach. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 3, Berlin 1962, S. 535.

35 Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 264.

bens, als Folge des Wachsens der Produktivkräfte, eine andere, höhere Form entwickelt – wie zum Beispiel aus dem Feudalismus der Kapitalismus hervorgeht."[36]

Karl Marx und Friedrich Engels erkannten in der Art und Weise der Produktion die materielle Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung, wobei sie von der Entwicklung der Produktivkräfte ausgingen. Im Widerspruch zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften entdeckten Marx und Engels die materielle Grundlage aller übrigen Widersprüche der Klassengesellschaft, die „als Totalität von Kollisionen, als Kollisionen verschiedener Klassen, als Widerspruch des Bewußtseins, Gedankenkampf etc., politischer Kampf etc."[37] zutage treten.

Die Erkenntnisse, zu denen die Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus bei der Ausarbeitung der „Deutschen Ideologie" kamen, faßte Karl Marx später mit den Worten zusammen: „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein."[38]

[36] W. I. Lenin: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus. In: Werke, Bd. 19, S. 5.

[37] Karl Marx/Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie. In: Marx/Engels: Werke, Bd.3, S. 74.

[38] Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 13, Berlin 1964, S. 8/9.

In der Entwicklung des Widerspruches zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen ist auch begründet, daß das kapitalistische Gesellschaftssystem von der sozialistischen Ordnung abgelöst wird. Karl Marx und Friedrich Engels entdeckten in der Arbeiterklasse die weltbewegende Kraft, die fähig ist, diese Umwälzung zu vollbringen. Sie gingen dabei von der objektiven Klassensituation des Proletariats aus und ließen sich auch dadurch nicht irremachen, daß den Arbeitern das Bewußtsein über die historische Mission ihrer Klasse damals noch fehlte. „Es handelt sich nicht darum", betonten sie, „was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen *vorstellt*. Es handelt sich darum, *was* es *ist* und was es diesem *Sein* gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird. Sein Ziel und seine geschichtliche Aktion ist in seiner eignen Lebenssituation wie in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sinnfällig, unwiderruflich vorgezeichnet."[39]

Mit der Ausarbeitung der Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus in den Jahren 1843 bis 1846 hatten Karl Marx und Friedrich Engels ein festes Fundament für die weitere Entwicklung gelegt. Als erste hatten sie nachgewiesen, „daß der Sozialismus kein Hirngespinst von Träumern ist, sondern Endziel und notwendiges Resultat der Entwicklung der Produktivkräfte in der modernen Gesellschaft"[40]. Es galt nun, die fortgeschrittensten Kräfte der Arbeiterklasse mit den neuen, grundlegenden Erkenntnissen vertraut zu machen, das heißt den wissenschaftlichen Kommunismus in die Arbeiterbewegung hineinzutragen.

2. Die Gründung des Bundes der Kommunisten

Nachdem Karl Marx und Friedrich Engels die theoretische Grundlage für eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse geschaffen hatten, sahen sie ihre Aufgabe darin, „das europäische und zunächst das deutsche Proletariat"[41] für ihre Überzeugung zu gewinnen. Im Frühjahr

39 Karl Marx/Friedrich Engels: Die heilige Familie. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 2, S. 38.

40 W. I. Lenin: Friedrich Engels. In: Werke, Bd. 2, S. 5.

41 Friedrich Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 212.

1846 gründeten sie im Exil in Brüssel das Kommunistische Korrespondenz-Komitee. Damit wurde die Verschmelzung des wissenschaftlichen Kommunismus mit dem Bund der Gerechten, die Gründung der ersten revolutionären und mit wissenschaftlichen Erkenntnissen ausgerüsteten Partei der Arbeiterklasse eingeleitet. Es begann ein tiefgreifender Klärungsprozeß, der sich unter heftigen Auseinandersetzungen mit der bürgerlichen Ideologie, mit kleinbürgerlichen, vor allem utopischen Auffassungen vollzog, wie sie selbst bei den fortgeschrittensten Arbeitern vorherrschten.

Das Kommunistische Korrespondenz-Komitee, das sich Karl Marx und Friedrich Engels als Instrument schufen, bestand aus einer Gruppe von Kommunisten, zumeist deutschen Flüchtlingen, die sich in Brüssel zusammengefunden hatten. Neben Marx und Engels traten besonders Wilhelm Wolff und der Belgier Philippe Gigot in dem Komitee hervor. Vom Brüsseler Komitee aus suchten Marx und Engels an allen Orten, an denen Gruppen der sozialistischen Bewegung wirkten, Zweigstellen ins Leben zu rufen, um auf dem Wege der Korrespondenz einen Austausch der Erfahrungen und Meinungen zustande zu bringen. Mit der Herstellung von Verbindungen, der Organisierung und Anleitung der Propagandaarbeit und der Versendung von lithographierten Rundschreiben leistete das Brüsseler Komitee eine bedeutende politische Arbeit. Besondere Anstrengungen unternahm es, um die Einberufung eines kommunistischen Kongresses vorzubereiten. Das Brüsseler Kommunistische Korrespondenz-Komitee entwickelte sich so zu einem ideologischen und organisatorischen Zentrum der sozialistischen Bewegung jener Zeit.

Die Verbindungen des Kommunistischen Korrespondenz-Komitees trugen internationalen Charakter. Sie wurden mit revolutionären Vertretern des Chartismus, mit französischen und belgischen Sozialisten angeknüpft.[42] Auch einige Männer aus der sozialistischen Strömung, die sich in Deutschland unter der Intelligenz herausgebildet hatte, konnten für die Mitarbeit gewonnen werden.[43] Unter ihnen befanden sich hervorragende Vorkämpfer der frühen Arbeiterbewegung und des Kommunismus wie Dr. Roland Daniels, Joseph Weydemeyer und Wilhelm Wolff.

Eine große historische Bedeutung gewann die Verbindung, die das Kommunistische Korrespondenz-Komitee mit den Zentren des Bundes

42 Dokument Nr. 4 und 5.

43 Dokument Nr. 8.

der Gerechten in Paris und vor allem in London herstellte. Diese kleine Vorhut der Arbeiterklasse war in ihrer theoretischen Entwicklung bereits so weit fortgeschritten, daß hier die Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus unmittelbar in der Arbeiterbewegung Fuß fassen konnten. Im Sommer 1846 wurde in London ein Kommunistisches Korrespondenz-Komitee gegründet. Die Londoner Kommunisten wiederum richteten an die Mitglieder des Bundes der Gerechten in Berlin, Göteborg, Hamburg, Königsberg, Kopenhagen, Le Havre, Leipzig, Magdeburg und anderen Orten die Aufforderung, auch dort Korrespondenz-Komitees zu gründen.[44]

Karl Marx und Friedrich Engels leisteten dem Bund der Gerechten, obwohl sie selbst noch nicht Mitglieder waren, bei der Herstellung und Erweiterung seiner internationalen Verbindungen große Hilfe. Bereits ein Jahr zuvor hatte Engels die Londoner Kommunisten mit dem Chartistenführer Julian Harney bekanntgemacht; dieser wurde nun bald Mitglied des Bundes. Auch wirkten Marx und Engels bei den Beratungen mit, die der Gründung der Fraternal Democrats, in Deutschland Bruder-Demokraten genannt, vorangingen. Diese internationale Organisation wurde in London im Herbst 1845 unter maßgeblicher Beteiligung von Bundesmitgliedern, Chartisten und politischen Flüchtlingen aus anderen Ländern gegründet. Die Fraternal Democrats zählten viele Arbeiter in ihren Reihen, verfolgten revolutionär-demokratische Ziele und traten insbesondere für internationale Solidarität ein.

Die erste große ideologische Auseinandersetzung, die den Bund der Gerechten an die Anschauungen von Karl Marx und Friedrich Engels heranführte, galt den scheinrevolutionären und sektiererischen Auffassungen Wilhelm Weitlings. Dieser war im Herbst 1844 in der Hoffnung nach London gekommen, hier allgemeine Anerkennung zu finden. Aber er war in seiner Entwicklung stehengeblieben und hatte sogar Rückschritte gemacht. Es stellte sich bald heraus, daß die Londoner Kommunisten den bisherigen Theoretiker des Bundes erheblich überflügelt hatten. Sie verwarfen entschieden seine Auffassungen. Aber zu einer richtigen, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhenden Entgegnung waren sie nicht imstande.

Eine gründliche Widerlegung erfolgte erst auf einer Sitzung des Brüsseler Korrespondenz-Komitees, die Ende März 1846 stattfand. Hier trat Karl Marx der Auffassung Wilhelm Weitlings entgegen, daß die kommunistische Revolution unmittelbar bevorstehe und daß die

[44] Dokument Nr. 7 und 9.

Arbeiter, überhaupt die ausgebeuteten Volksmassen, bereits für die „kommunistische" Revolution „reif" seien, wobei es nur noch einer an das Gefühl appellierenden Propaganda bedürfe. Gegenüber dieser Mißachtung der Theorie verlangte Karl Marx, daß man sich an die Arbeiter mit streng wissenschaftlichen Ideen und konkreten Lehren wenden müsse. Voller Empörung hielt er Weitling entgegen, daß noch niemals die Unwissenheit jemandem genützt habe. Marx, der als Materialist von den objektiven Bedingungen und nicht von scheinradikalen Wunschvorstellungen ausging, betonte, daß in Deutschland durch die nächste Revolution nicht das Proletariat, sondern die Bourgeoisie zur Macht kommen werde. Weitling blieb mit seinen Anschauungen im Kommunistischen Korrespondenz-Komitee völlig allein. Auch sonst fand er nur noch wenig Anklang im Bund und isolierte sich immer mehr von der wirklichen Arbeiterbewegung.

In vielfältiger Weise setzten sich Karl Marx und Friedrich Engels vor allem mit der kleinbürgerlichen Ideologie des „wahren" Sozialismus auseinander. Die Anschauungen der „wahren" Sozialisten unterzogen Marx und Engels im zweiten Teil der „Deutschen Ideologie" einer vernichtenden Kritik. Sie zeigten, daß aus dem „wahren" Sozialismus die Angst jener Schichten des Kleinbürgertums sprach, welche die aus der kapitalistischen Entwicklung hervorgehenden Klassenkonflikte fürchteten. Die „wahren" Sozialisten waren philosophische Idealisten und sahen nicht in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, sondern im Egoismus der Menschen die Ursache allen Übels. Mit ihrem phrasenreichen Gerede von der „Liebe", die alle Menschen, Ausbeuter wie Ausgebeutete, verbinden sollte, suchten die „wahren" Sozialisten die Klassenkonflikte zu vertuschen. Sie lehnten den revolutionären Klassenkampf ab. Im Mai 1846 verurteilte das Kommunistische Korrespondenz-Komitee in Brüssel in einem von Karl Marx und Friedrich Engels verfaßten Zirkular das Auftreten der „wahren" Sozialisten als „im höchsten Grade kompromittierend für die kommunistische Partei", da ihre „phantastische Gemütsschwärmerei ... im höchsten Grade demoralisierend auf die Arbeiter wirken" müsse.[45]

Das Kommunistische Korrespondenz-Komitee entsandte im August 1846 Friedrich Engels nach Paris, um den dortigen Bundesmitgliedern in der Auseinandersetzung mit den „wahren" Sozialisten zu helfen. In einer Reihe von langen Diskussionsabenden vermittelte er einer füh-

[45] Karl Marx/Friedrich Engels: Zirkular gegen Kriege. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 4, S. 3. – Dokument Nr. 6.

renden Gruppe von Bundesmitgliedern die Erkenntnisse des wissenschaftlichen Kommunismus. Ein kleinbürgerlich-utopisches Projekt, wonach die Arbeiter kleine Aktien sparen und sich damit Werkstätten einrichten sollten, wurde von Friedrich Engels „mit schonungslosem Hohn und bewunderungswürdiger Tiefe"[46] kritisiert. In den zum Teil heftigen Diskussionen entlarvte Friedrich Engels den „wahren" Sozialismus als antiproletarisch und kleinbürgerlich. Es gelang ihm, die Mehrheit von der Richtigkeit seines revolutionären Standpunktes zu überzeugen. Eine knappe, aber klare Definition der Hauptziele der Kommunisten, die er zur Debatte stellte, wurde mit 13 gegen 2 Stimmen angenommen. Die Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus hatten in dieser Pariser Gruppe des Bundes der Gerechten den Sieg davongetragen.[47]

Durch die Auseinandersetzung mit dem „wahren" Sozialismus halfen Karl Marx und Friedrich Engels auch den Londoner Gemeinden des Bundes der Gerechten, den verderblichen Einfluß dieser kleinbürgerlichen Ideologie zu überwinden. Der „wahre" Sozialismus mußte „schon seiner speichelfließenden Kraftlosigkeit wegen den alten Revolutionären des Bundes zum Ekel werden"[48].

Die Leitung des Bundes der Gerechten, die faktisch schon seit geraumer Zeit in London lag, ging im Herbst 1846 nun auch formell an die Londoner Kommunisten über. An ihrer Spitze standen die erfahrenen Bundesmitglieder Heinrich Bauer, Joseph Moll, Karl Schapper, ferner Karl Pfänder und bald auch Johann Georg Eccarius. Die neue Führung zeigte sich außerordentlich tatkräftig. In Adressen an den Bund unterrichtete sie die Mitglieder von der neuen Lage. Sie bezeichnete die Einberufung eines Kongresses und die Abfassung eines Programms als die wichtigste Aufgabe.[49] Schnell hatte sich die Leitung des Bundes der Gerechten überzeugt, daß sie diese großen Vorhaben nicht ohne die unmittelbare Mitwirkung von Karl Marx und Friedrich Engels bewältigen konnte. Damit trat eine entscheidende Wende in der Entwicklung des Bundes ein.

Ende Januar 1847 wurde Joseph Moll mit besonderer Vollmacht

[46] W. I. Lenin: Der Briefwechsel zwischen Marx und Engels. In: Werke, Bd. 19, S. 553.

[47] Dokument Nr. 10.

[48] Friedrich Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 214.

[49] Dokument Nr. 11 und 13.

zum Kommunistischen Korrespondenz-Komitee nach Brüssel entsandt.[50] Er erklärte, die Führung des Bundes der Gerechten sei nun von der Richtigkeit des Standpunktes von Karl Marx und Friedrich Engels überzeugt, so vor allem auch von der Notwendigkeit, sich von sektiererisch-konspirativen Traditionen zu befreien. Karl Marx und Friedrich Engels, die eingeladen wurden, die Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus einem Bundeskongreß vorzutragen, erklärten sich unter diesen Umständen bereit, in den Bund einzutreten.

Das von Karl Marx und Friedrich Engels begründete und geleitete Kommunistische Korrespondenz-Komitee hatte so nach knapp einem Jahr aktivster Arbeit und heftiger Auseinandersetzungen die führenden Kader des Bundes der Gerechten mit Grundgedanken des wissenschaftlichen Kommunismus bekanntgemacht und damit das Fundament für eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse gelegt.

Der Eintritt von Karl Marx und Friedrich Engels in den Bund der Gerechten fiel in eine Zeit, in der die herannahende Revolution nun schon deutlich ihre Schatten vorauszuwerfen begann. Das ohnehin aller Beschreibung spottende Elend der werktätigen Massen wuchs sich zu einer furchtbaren Hungersnot aus, als 1845 und 1846 zwei schwere Mißernten aufeinanderfolgten. Profitgierige Wucherer trieben die Kartoffelpreise auf über das Doppelte, zeitweise sogar auf das Drei- und Vierfache und darüber. Der Hunger war bei Hunderttausenden zum täglichen Gast geworden und forderte Zehntausende von Todesopfern. In vielen Wirtschaftszweigen, so vor allem in der Textilindustrie, herrschten Stagnation und Produktionsrückgang. Der Beginn einer kapitalistischen Krise zeichnete sich bereits deutlich ab, als im Sommer 1847 eine internationale zyklische Krise ausbrach und von England aus auf das Festland übergriff. Zahlungseinstellungen, Bankrotte, Betriebsstillegungen waren die Folge. Die Unternehmer nutzten die Gelegenheit zu rücksichtslosen Lohnsenkungen aus. Nur selten vermochten die noch unorganisierten Arbeiter die Waffe des Streiks mit Erfolg zu benutzen.

Nicht nur unter den Arbeitern, auch in den anderen werktätigen Volksschichten, unter den Handwerkern und Bauern, wuchs von Tag zu Tag der Haß gegen die fluchwürdigen politischen und gesellschaftlichen Zustände, die die Ursache ihres Elends bildeten. Die Volksmassen hatten ihrer Empörung im Jahre 1845 in Leipzig und im folgenden Jahr in Köln in Demonstrationen Ausdruck gegeben, die im

[50] Dokument Nr. 12.

Blute erstickt worden waren. Selbst in breiten Schichten des Bürgertums bis hinauf zur Großbourgeoisie stieg der Unwille über die feudalbürokratische Mißwirtschaft.

So begann in Deutschland eine revolutionäre Situation heranzureifen. Bereits im Februar 1847 sah sich die preußische Regierung zu einem Teilzugeständnis gezwungen. Sie berief für Mitte April eine ständische Vertretungskörperschaft, den sogenannten Vereinigten Landtag, ein, um von der Bourgeoisie die Zustimmung zu Anleihen und Steuern zu erhalten. Die liberale Opposition, die im Landtag über die Mehrheit verfügte, sich aber vor einer wirklichen Volksbewegung fürchtete, forderte zwar nur sehr bescheidene konstitutionelle Rechte, vor allem die regelmäßige Einberufung des Landtags. Doch die Regierung verhielt sich schroff ablehnend. Daraufhin verweigerte die liberale Opposition jede Geldbewilligung. Die Regierung vertagte im Juni 1847 den Landtag, ohne daß ein Kompromiß zustande gekommen wäre. Das wichtigste Ergebnis bestand darin, daß entscheidende politische Fragen zum Gegenstand erregter Diskussionen geworden waren, die alle Volksschichten erfaßten.

Die breiteste Volksbewegung des Jahres 1847 waren die sogenannten Hungerunruhen im April und Mai. Der Vereinigte Landtag war gerade zusammengetreten, als in vielen deutschen Städten und ganz besonders in Berlin die hungernden und durch den Preiswucher aufs höchste erbitterten Werktätigen die Lebensmittelläden und Marktstände stürmten und gegen die herrschenden Zustände demonstrierten. Die Regierungen konnten die Volksbewegung nur mit Mühe und erst durch den Einsatz von Militär unterdrücken. In Berlin wurde die ganze Garnison mobilisiert. Unter den aus den Vorstädten in das Zentrum drängenden Massen, die den Verkehr völlig zum Erliegen brachten, war der Ruf „Revolution" zu hören. Dem Prinzen von Preußen, bei dem ein förmlicher Kriegsrat abgehalten wurde, warf die erbitterte Menge die Scheiben des Palais ein. Die Bourgeoisie jedoch war erschreckt und dachte nicht daran, sich an die Spitze der Massenbewegung zu setzen und so dem herrschenden System eine vernichtende Niederlage zu bereiten. Nach der Niederwerfung der Unruhen wurden drakonische Strafen verhängt.[51]

Die große politische Bedeutung der Hungerunruhen bestand darin, daß hier die Kraft, die die werktätigen Massen zu entfalten vermochten, sichtbar geworden war. In Berlin hatten die Werktätigen und vor

[51] Dokument Nr. 14.

allem die Arbeiter, wie Wilhelm Wolff schrieb, „die ganze Hauptstadt erzittern gemacht, sämtliche höchste und allerhöchste Behörden einen halben Tag lang um alle Besinnung gebracht“[52].

Die sich nun schon so deutlich abzeichnende wirtschaftliche und politische Krise veranlaßte Karl Marx und Friedrich Engels, ihre Aufmerksamkeit auf die Fragen des politischen Kampfes zu konzentrieren. Es galt, auf wissenschaftlicher Grundlage die Prinzipien einer revolutionären Politik, einer Strategie und Taktik auszuarbeiten. Dabei mußte vor allem das Verhältnis der jungen Arbeiterbewegung und der Arbeiterklasse zur bevorstehenden bürgerlichen Revolution geklärt werden.

„Mit der Zusammenkunft des preußischen Vereinigten Landtags“, so schrieb Friedrich Engels, „tritt in dem Kampf gegen den deutschen Status quo ein Wendepunkt ein ... Die ... Parteien in Deutschland sind hiermit in die Notwendigkeit versetzt, sich über die Interessen, die sie repräsentieren, über die Taktik, die sie befolgen müssen, aufzuklären, sich zu sondern und praktisch zu werden. Die jüngste dieser Parteien, die kommunistische, kann sich dieser Notwendigkeit nicht entziehen. Sie ebenfalls muß sich über ihre Stellung, über ihren Feldzugsplan, über ihre Mittel klarwerden.“[53]

Zunächst hatten Karl Marx und Friedrich Engels kein Publikationsorgan zur Verfügung, in dem sie ihre Anschauungen öffentlich darlegen konnten. Im September 1847 bekamen sie jedoch die Leitung der „Deutschen Brüsseler Zeitung“, eines zweimal wöchentlich erscheinenden Blattes, in die Hand. Hier veröffentlichten Marx und Engels eine ganze Reihe von Aufsätzen, in denen sie ihre politische Konzeption entwickelten.

Der Klärung der Frage, welche Stellung die Arbeiterklasse in der bevorstehenden Revolution in Deutschland einnehmen mußte, widmeten sich Karl Marx und Friedrich Engels mit besonderem Nachdruck. Sie gingen von der Notwendigkeit aus, die überlebte Feudalordnung auf revolutionärem Wege zu stürzen und eine bürgerlich-demokratische Ordnung zu schaffen. Da durch diese Revolution die Bourgeoisie, der eigentliche Feind der Arbeiterklasse, zur Macht

52 Wilhelm Wolff (anonym): Der preußische Landtag und das Proletariat in Preußen, wie überhaupt in Deutschland. In: Dokumente zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, S. 105. – Dokument Nr. 15.

53 Friedrich Engels: Der Status quo in Deutschland. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 4, S. 43.

kommen mußte, war die falsche und gefährliche Auffassung aufgetaucht, die Arbeiter seien an einer bürgerlichen Revolution nicht interessiert. Diese Ablehnung der bürgerlichen Revolution wurde vor allem von den „wahren" Sozialisten propagiert, die in ihrer verschwommenen Phraseologie von einer sofortigen „sozialistischen" Revolution redeten.

Wie notwendig es war, einer solchen scheinradikalen Konzeption entgegenzutreten, die nur der feudalen Reaktion dienen konnte, erwies sich bald sehr deutlich. Ein von der preußischen Regierung ausgehaltenes Blatt wollte unter Benutzung von Argumenten der „wahren" Sozialisten den Arbeitern einreden, sie müßten sich von der antifeudalen Oppositionsbewegung fernhalten. Demagogisch behauptete es, daß gerade die preußische Regierung die Interessen des Proletariats vertrete. Für Karl Marx war dies eine willkommene Gelegenheit, mit dem Hauptfeind, der feudalen Reaktion, abzurechnen. Marx ging bei der Einschätzung der Bourgeoisie nicht von den Motiven und Absichten dieser Klasse aus, sondern von den objektiv wirkenden Kräften und Gesetzmäßigkeiten. Man sei sich klar, so erklärte er, daß die Bourgeoisie das Proletariat im Kampf gegen den Feudalismus als Kanonenfutter benutzen wolle. Doch sei leicht zu erkennen, „daß die Herrschaft der Bourgeoisie dem Proletariat nicht nur ganz neue Waffen zum Kampf *gegen* die Bourgeoisie in die Hand gibt, sondern ihm auch eine ganz andere Stellung ... verschafft"[54]. Den junkerlichen Anbiederungsversuchen erteilte Karl Marx eine unmißverständliche Abfuhr: „Das Volk ist von allen politischen Elementen für einen König das allergefährlichste."[55]

Bei der Begründung der Notwendigkeit, sich am demokratischen Kampf zu beteiligen, betonten Karl Marx und Friedrich Engels stets die über die bürgerliche Revolution hinausgehenden Ziele der Arbeiterklasse. Sie arbeiteten dabei den Zusammenhang heraus, der zwischen dem Kampf um Demokratie und dem Kampf um den Sozialismus besteht, und betonten: „Die Arbeiter ... können und müssen die *bürgerliche Revolution* als eine Bedingung der *Arbeiterrevolution* mitnehmen. Sie können sie aber keinen Augenblick als ihren *Endzweck* betrachten."[56]

[54] Karl Marx: Der Kommunismus des „Rheinischen Beobachters". In: Ebenda, S. 193.

[55] Ebenda, S. 202.

[56] Karl Marx: Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral. In: Ebenda, S. 352.

Das Heranreifen der Revolution machte die Schaffung einer Partei der Arbeiterklasse zur brennenden Aufgabe. Durch den Eintritt von Karl Marx und Friedrich Engels in den Bund der Gerechten war die Gründung einer solchen Partei schon in greifbare Nähe gerückt. Es bedurfte aber noch einer angestrengten Arbeit. Die Gründung des Bundes der Kommunisten erfolgte auf zwei Kongressen, die beide im Jahre 1847 in London stattfanden. Es waren die ersten Parteitage in der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung.

Auf dem ersten Kongreß, der Anfang Juni zusammentrat, wurde mit der grundlegenden Umgestaltung des Bundes der Gerechten begonnen. Friedrich Engels und Wilhelm Wolff – Karl Marx hatte aus Geldmangel nicht kommen können – vertraten auf dem Kongreß die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus. Der Entwurf eines neuen Statuts wurde beraten. An die Stelle der verschwommenen alten Bundeslosung „Alle Menschen sind Brüder" trat der von Karl Marx geprägte revolutionäre Schlachtruf „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Der Bund wurde umbenannt in Bund der Kommunisten. Eine tiefgreifende Umwälzung hatte damit begonnen: Grundlage und Gerüst der ersten revolutionären Partei des Proletariats waren geschaffen.

Es galt nun, das Programm der Partei auszuarbeiten. Der Kongreß beschloß, einen Programmentwurf an alle Gemeinden zu versenden und so den Mitgliedern die Möglichkeit zur gründlichen Diskussion zu geben.

Nach dem ersten Kongreß entwickelte der Bund der Kommunisten eine rege politische und organisatorische Tätigkeit. Die Leitung und die Hauptstützpunkte des Bundes lagen wegen der Verfolgung durch die deutschen Regierungen nach wie vor im Ausland. Aber auch unter den schwierigsten Bedingungen verstanden es die Bundesmitglieder, in Deutschland eine recht weitverzweigte Organisation aufzubauen. So bestanden in Berlin, Hamburg, Köln, Leipzig, Magdeburg, Mainz und anderen Orten Bundesgemeinden, die im geheimen unermüdlich für die Ziele des Bundes wirkten.

Anfang September 1847 erschien in London eine Probenummer der „Kommunistischen Zeitschrift", die die Bundesmitglieder mit den wichtigsten Aufgaben vertraut machte. In Brüssel wurde Anfang August eine Kreisbehörde des Bundes der Kommunisten gebildet. An ihrer Spitze stand Karl Marx. Schon am Ende desselben Monats konnte ein Arbeiterverein gegründet werden, der bald etwa 100 Mit-

glieder zählte.[57] Vor diesem Verein hielt Karl Marx eine Reihe von Vorträgen, darunter auch seinen berühmten Vortrag über Lohnarbeit und Kapital, in dem er die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten enthüllte.

Im Sommer 1847 veröffentlichte Karl Marx seine in französischer Sprache verfaßte Streitschrift „Das Elend der Philosophie". In diesem Werk unterzog Marx die Reformpläne des französischen kleinbürgerlichen Sozialisten Pierre-Joseph Proudhon einer vernichtenden Kritik. Er legte wichtige Ergebnisse seiner ökonomischen Forschungen vor und entwickelte dabei auch wichtige Grundgedanken des dialektischen Materialismus. Eingehend befaßte sich Karl Marx mit der Entstehung und Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes, wobei er dem ökonomischen Kampf und der gewerkschaftlichen Bewegung eine große Aufmerksamkeit schenkte.

Die Bemühungen von Karl Marx und Friedrich Engels beschränkten sich keineswegs auf die Verselbständigung der Arbeiterbewegung. Sie richteten sich gleichzeitig darauf, daß die Arbeiter in der demokratischen Bewegung einen möglichst großen Einfluß gewannen. So wurde Ende September 1847 in Brüssel auf einem demokratischen Bankett, an dem sich neben belgischen Demokraten und politischen Flüchtlingen aus anderen Ländern vor allem Mitglieder des Brüsseler Arbeitervereins beteiligten, die Gründung einer Demokratischen Gesellschaft beschlossen. Einer ihrer Vizepräsidenten wurde Karl Marx. Als Marx zum zweiten Bundeskongreß nach London kam, führte er gleichzeitig im Auftrage dieser Gesellschaft Unterhandlungen mit den Fraternal Democrats über eine engere Zusammenarbeit und die Einberufung eines internationalen demokratischen Kongresses für das Jahr 1848.

Der Entwurf eines Parteiprogramms, den die Londoner Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten inzwischen versandt hatte, genügte nicht den Ansprüchen, die an ein solches Dokument gestellt werden mußten. Erst durch die Diskussionen in den Brüsseler und Pariser Organisationen des Bundes wurde die wirkliche Grundlage für das Programm geschaffen. In Brüssel standen die Diskussionen unter der Leitung von Karl Marx und seiner nächsten Kampfgefährten. Im Oktober fuhr Friedrich Engels noch einmal nach Paris, um dort helfend einzugreifen. Nach längerer Diskussion wurde ein von Engels vorgelegter Programmentwurf angenommen, der später unter

[57] Dokument Nr. 17.

dem Namen „Grundsätze des Kommunismus" bekannt wurde. Dieses bedeutende Dokument des wissenschaftlichen Kommunismus war eine wesentliche Vorarbeit zum „Manifest der Kommunistischen Partei".

Die Gründung des Bundes der Kommunisten wurde auf dem welthistorischen zweiten Bundeskongreß vollendet. Dieser erste internationale Kongreß des revolutionären Proletariats trat am 29. November 1847 zusammen und tagte fast zwei Wochen. An ihm nahmen als Delegierte Bundesmitglieder aus Deutschland, Frankreich, der Schweiz, Belgien, England und anderen Ländern teil. Die Zahl der Delegierten und zum Teil auch die Namen sind nicht genau bekannt.

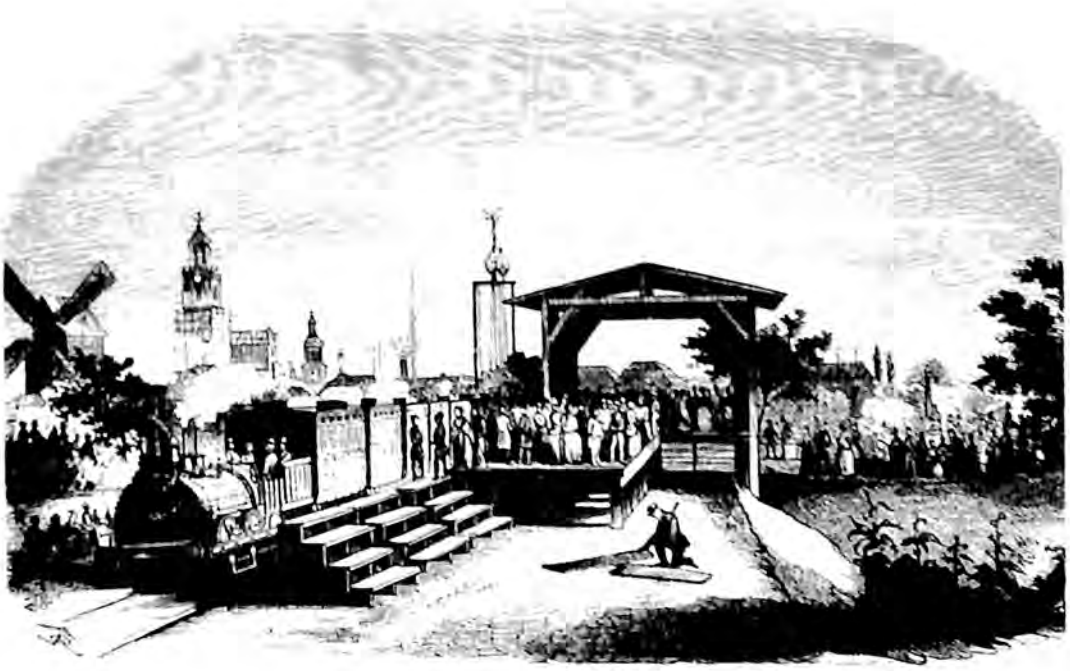
Karl Marx war vom Brüsseler Kreis gemeinsam mit dem belgischen Bundesmitglied Victor Tedesco als Delegierter entsandt worden.[58] Der Pariser Kreis delegierte Friedrich Engels. Die deutschen Bundesmitglieder in London wurden vor allem durch die Mitglieder der Zentralbehörde – Heinrich Bauer, Joseph Moll, Karl Schapper u. a. – vertreten. Als Repräsentanten des revolutionären Flügels der Chartisten nahmen wahrscheinlich die Bundesmitglieder Julian Harney und Ernest Jones teil.

Im Mittelpunkt der Kongreßberatungen stand das Parteiprogramm. Offen vor aller Welt sollten die Ziele des Proletariats verkündet werden. Karl Marx und Friedrich Engels legten ausführlich ihre revolutionäre Weltanschauung dar und unterbreiteten den Entwurf eines auf den Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus beruhenden programmatischen Manifests. In langen und gründlichen Diskussionen überzeugten sie die Delegierten von der Richtigkeit ihrer Anschauungen. „Aller Widerspruch und Zweifel", so schrieb Friedrich Engels später, „wurde endlich erledigt, die neuen Grundsätze einstimmig angenommen und Marx und ich beauftragt, das Manifest auszuarbeiten."[59]

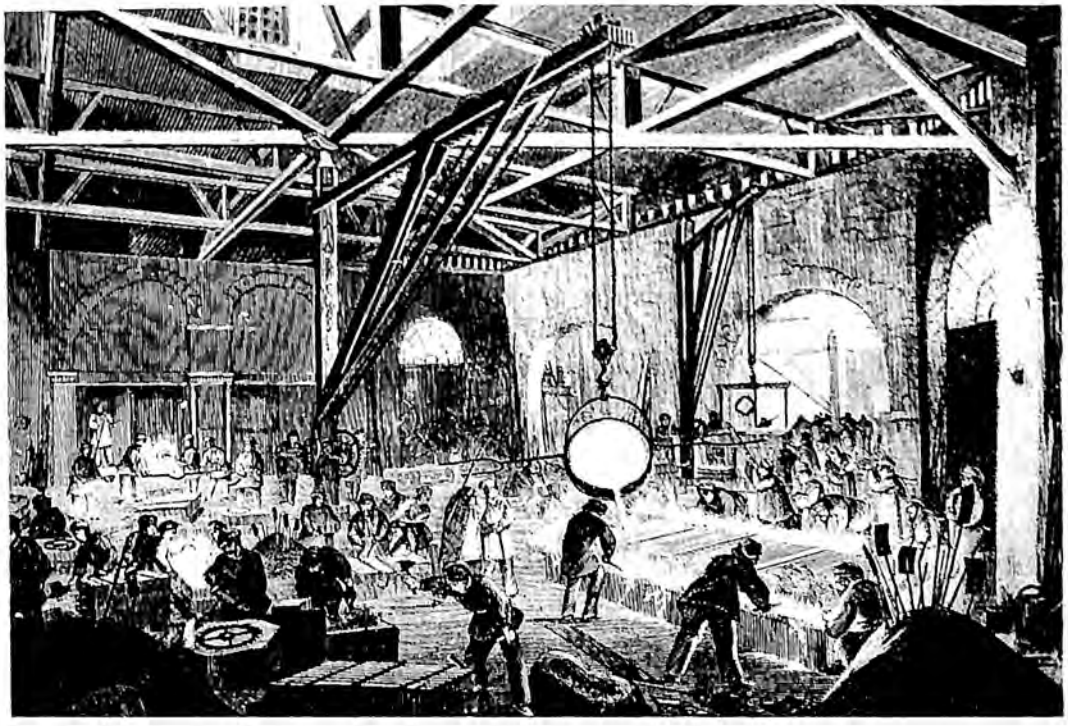
Das „Manifest der Kommunistischen Partei", das im Februar 1848 in London erschien, gab als revolutionäres Kampfprogramm dem Bund der Kommunisten das für eine Arbeiterpartei unerläßliche ideologische und politische Rüstzeug. Es legte Zeugnis davon ab, daß sich in einer kleinen Vorhut die erste Verschmelzung von

58 Dokument Nr. 16.

59 Friedrich Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 215/216.



Eröffnung der Eisenbahnstrecke Potsdam–Magdeburg, 1846



Borsigs Eisengießerei und Maschinenbauanstalt in Berlin, Gießhaus,
Mitte des 19. Jahrhunderts



Berliner Proletarierwohnung,
Mitte des 19. Jahrhunderts



Kinderarbeit



Georg Wilhelm Friedrich Hegel



Ludwig Feuerbach



Wilhelm Weitling



Heinrich Heine



„Sturm". Aus dem Zyklus „Ein Weberaufstand" von Käthe Kollwitz



Karl Marx



Friedrich Engels



Manifest

der

Kommunistischen Partei.

Veröffentlicht im Februar 1848.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

London.

Gedruckt in der Office der „Bildungs-Gesellschaft für Arbeiter"
von J. E. Burghard.

46, Liverpool Street, Bishopsgate.

„Manifest der Kommunistischen Partei", Erstausgabe von 1848

wissenschaftlichem Kommunismus und Arbeiterbewegung vollzogen hatte.

Auf dem zweiten Kongreß des Bundes der Kommunisten wurde auch das Statut, das bereits auf dem ersten Kongreß beraten worden war, angenommen. Zum ersten Male in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung waren in einem Statut die Grundprinzipien des demokratischen Zentralismus, die Organisationsprinzipien der revolutionären Partei des Proletariats, ausgearbeitet. Dabei wurde berücksichtigt, daß unter den damaligen Bedingungen die Organisation eine geheime sein mußte. Ein straffer Organisationsaufbau, der ein einheitliches Handeln und die Durchführung der von der Leitung gefaßten Beschlüsse gewährleistete, ging einher mit der durchgängigen Wahl der Parteiorgane von unten nach oben, von der „Gemeinde" über den „Kreis" bis zur „Zentralbehörde", die wiederum dem „Kongreß" Rechenschaft ablegte. Alle der bisherigen Organisationsform noch anhaftenden sektiererisch-verschwörerischen Züge wurden beseitigt. Entsprechend einer Bedingung, die Karl Marx und Friedrich Engels schon bei ihrem Eintritt in den Bund gestellt hatten, war „alles aus den Statuten entfernt..., was dem Autoritätsaberglauben förderlich" sein konnte.[60]

Mit der Gründung des Bundes der Kommunisten auf den beiden Kongressen des Jahres 1847 und mit dem von Karl Marx und Friedrich Engels verfaßten „Manifest der Kommunistischen Partei" war die erste revolutionäre Partei der Arbeiterklasse entstanden. Ein auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhendes Programm bildete die Grundlage für die politische Tätigkeit der Partei, ihre Organisation beruhte auf einem marxistischen Statut.

Der Bund der Kommunisten war sowohl seinem Programm als auch seiner Zusammensetzung nach eine internationale Organisation der Arbeiterklasse und damit der Vorläufer der Ersten Internationale. Zugleich war er auch die erste deutsche Arbeiterpartei. Deutsche Arbeiter stellten die Mehrzahl seiner Mitglieder. Es waren fast alle Handwerksgesellen, die damals an der Spitze der jungen proletarischen Bewegung in Deutschland standen. Die bevorstehende Revolution rückte Deutschland in den Mittelpunkt der Tätigkeit des Bundes.

60 Marx an W. Blos, 10. November 1877. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Briefe an A. Bebel, W. Liebknecht, K. Kautsky und andere. Teil I, 1870–1886, Moskau–Leningrad 1933, S. 170.

Karl Marx und Friedrich Engels haben mit der Gründung des Bundes der Kommunisten die Grundlage für alle späteren revolutionären Parteien der Arbeiterklasse geschaffen. Dennoch wäre es unhistorisch, den Bund mit diesen späteren Parteien direkt gleichzusetzen. Im ganzen zählte die Organisation bei ihrer Gründung nur einige hundert, höchstens fünfhundert Mitglieder. In Deutschland wurde der Bund der Kommunisten von den Regierungen wütend verfolgt, mußte daher ganz im geheimen wirken und hatte so nur geringe Möglichkeiten, das Ohr breiterer Massen zu erreichen.

Wie klein der Bund der Kommunisten und sein Wirkungskreis sich auch ausnehmen mögen, wenn man sie mit den Maßstäben der heutigen Arbeiterbewegung mißt, das Entscheidende war: Mit dieser Partei und ihrem weltberühmten Programm war der Grundstein gelegt für die ganze weitere Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung. Mit dem Bund der Kommunisten begann der Siegeszug der kommunistischen Bewegung über den ganzen Erdball.

Die Gründung des Bundes der Kommunisten war auch von großer nationaler Bedeutung. Von Anfang an trat diese Kampforganisation der Arbeiterklasse für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit ein. Sie tat alles, was nur irgend in ihren Kräften stand, um im Kampf gegen die Reaktion dem gesellschaftlichen Fortschritt auch in Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen.

Der Bund der Kommunisten war die erste Verwirklichung eines Grundgedankens, der Karl Marx und Friedrich Engels ihr ganzes Leben lang beseelte und dem Engels mit den Worten Ausdruck gab: „Damit am Tag der Entscheidung das Proletariat stark genug ist, zu siegen, ist es nötig – und das haben Marx und ich seit 1847 vertreten –, daß es eine besondre Partei bilde, getrennt von allen andern und ihnen entgegengesetzt, eine selbstbewußte Klassenpartei."[61]

3. Das „Manifest der Kommunistischen Partei"

Das „Manifest der Kommunistischen Partei" war mit seiner weltgeschichtlichen Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" das erste Programm der internationalen Arbeiterbewegung und des wis-

61 Engels an G. Trier, 18. Dezember 1889. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 496.

senschaftlichen Kommunismus. Zum ersten Male wurde vor aller Welt die Wahrheit über die welthistorische Mission der Arbeiterklasse, über ihren Weg und ihr Ziel verkündet. Dieses Ziel ist der Kommunismus, der die Menschen von jeglicher Unterdrückung und Ausbeutung befreit, sie von den Schrecken des Krieges erlöst und ihnen eine Ordnung bringt, in der Frieden, Arbeit, Freiheit, Gleichheit und das Glück aller Völker herrschen.

Als das Kommunistische Manifest die Druckerei verließ, begann gerade der Sturmwind der europäischen Revolution von 1848 loszubrechen. In dieser Revolution rückte, wie Karl Marx und Friedrich Engels erkannten, Deutschland in den Mittelpunkt des Geschehens. Die junge deutsche Arbeiterbewegung mußte ihre erste große Prüfung durch die Geschichte bestehen. Auf Deutschland richteten die Kommunisten daher ihr besonderes Augenmerk.

Im „Manifest der Kommunistischen Partei" hat die von Karl Marx und Friedrich Engels geschaffene Lehre eine klare und fest umrissene Gestalt angenommen. Alle mit der Begründung des wissenschaftlichen Kommunismus gewonnenen Erkenntnisse, alle Schlußfolgerungen, die aus den ersten Kampferfahrungen der Arbeiterklasse gezogen werden konnten, sind im Manifest zu einem geschlossenen System zusammengefaßt und weiterentwickelt. Das Kommunistische Manifest ist die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Kommunismus. Den Gedankenreichtum des Manifests faßte W. I. Lenin mit den Worten zusammen: „Mit genialer Klarheit und Ausdruckskraft ist in diesem Werk die neue Weltanschauung umrissen: der konsequente, auch das Gebiet des gesellschaftlichen Lebens umfassende Materialismus, die Dialektik als die umfassendste und tiefste Lehre von der Entwicklung, die Theorie des Klassenkampfes und der welthistorischen revolutionären Rolle des Proletariats, des Schöpfers einer neuen, der kommunistischen Gesellschaft."[62]

Das Kommunistische Manifest ist von der ersten bis zur letzten Zeile von offener Parteilichkeit und revolutionärem Kampfgeist erfüllt. Karl Marx und Friedrich Engels entwickelten ihre großen theoretischen Erkenntnisse in kämpferischer Auseinandersetzung mit den verschiedensten bürgerlichen und kleinbürgerlichen Anschauungen. Mitreißend, mit tiefer Leidenschaft und in wissenschaftlicher Klarheit, konkret und in kühnen Bildern, in packenden Worten für die Unterdrückten Partei ergreifend – historisch begründete Darstellung, Pro-

[62] W. I. Lenin: Karl Marx. In: Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 36.

gramm und Appell zugleich: so ist das „Manifest der Kommunistischen Partei" das Muster einer revolutionären Kampfschrift. „Dieses kleine Büchlein", sagte W. I. Lenin, „wiegt ganze Bände auf."[63]

Die geschichtliche Notwendigkeit des Untergangs der kapitalistischen Gesellschaft und des Sieges des Sozialismus wurde im Kommunistischen Manifest wissenschaftlich begründet. Niemand vor Karl Marx und Friedrich Engels hat die Frage, warum der Sozialismus gesetzmäßig siegen muß, beantworten können. Erst ihre großen wissenschaftlichen Entdeckungen gaben der Arbeiterklasse und allen Menschen, die nach einer von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaftsordnung strebten, eine wirkliche Antwort. Während die utopischen Sozialisten von abstrakten Prinzipien oder willkürlichen Wünschen ausgingen, um sich die zukünftige Gesellschaftsordnung phantastisch auszumalen, untersuchten Karl Marx und Friedrich Engels die tatsächlichen Verhältnisse und ergründeten die ihnen innewohnenden Gesetzmäßigkeiten. So konnten sie den Beweis erbringen, daß ebenso, wie der Kapitalismus den Feudalismus abgelöst hatte, auch der Sozialismus den Kapitalismus mit geschichtlicher Notwendigkeit ablösen muß. Die Lehre des Sozialismus war aus einer Utopie zur Wissenschaft geworden.

Bei dem Nachweis, daß der Sieg des Sozialismus unvermeidlich ist, gingen Karl Marx und Friedrich Engels von den inneren Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise und der darauf beruhenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung aus. Mit außerordentlicher Anschaulichkeit enthüllten sie im Kommunistischen Manifest die Entwicklungsgeschichte dieser Ordnung und die Rolle ihrer beiden Grundklassen, der Bourgeoisie und des Proletariats. Sie zeigten, daß selbst in seiner aufsteigenden Entwicklungsphase der Kapitalismus und der von ihm hervorgebrachte Fortschritt mit furchtbarer Ausbeutung und grausamer Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie verbunden war.

Nicht nur die Arbeiter werden von der Bourgeoisie ausgebeutet. Diese ruiniert, wie Karl Marx und Friedrich Engels hervorhoben, in rücksichtslosem Konkurrenzkampf die „bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern".[64] Die Bourgeoisie greift mit ihren ausbeuterischen

[63] W. I. Lenin: Friedrich Engels. In: Werke, Bd. 2, S. 10.

[64] Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 4, S. 469.

Methoden auch tief in das geistige und kulturelle Leben ein, und sie läßt, wie es im Manifest heißt, kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig „als das nackte Interesse, als die gefühllose ‚bare Zahlung'" und verwandelt „den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter".[65]

Die Enthüllung des ausbeuterischen, volksfeindlichen Charakters der Bourgeoisie und ihres Systems reichte allein nicht aus, um den Ausweg zu finden. Entscheidend war die im Manifest formulierte Erkenntnis, daß im Schoße der kapitalistischen Ordnung selbst die objektiven Bedingungen für ihren Sturz und für die Errichtung der neuen, der sozialistischen Ordnung heranreiften. Die materielle Grundlage bildete die gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte, die in mächtigen Betrieben konzentriert wurden: „Die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor."[66]

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sind, wie Marx und Engels betonen, immer mehr zu einer Fessel für die freie Entfaltung der Produktivkräfte geworden, zu einer Fessel, die notwendigerweise gesprengt werden muß. Am sinnfälligsten zeigt sich dies in den Wirtschaftskrisen mit ihrem schreienden Widerspruch von Überproduktion, Vernichtung von Produktionsmitteln und Produkten auf der einen Seite und furchtbarer Not der Werktätigen auf der anderen Seite. Die Geschichte des Kapitalismus hat seit dem Erscheinen des Kommunistischen Manifests immer schlagendere Beweise geliefert für den Grundwiderspruch, der zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung ihrer Ergebnisse besteht und der sich ständig weiter verschärft. Trotz der mächtigen Entwicklung der modernen Produktivkräfte durch Wissenschaft und Technik hat der Kapitalismus es nicht vermocht, dem Elend von Hunderten Millionen von Menschen ein Ende zu setzen; er hat diesem Elend vielmehr noch die barbarischen Verwüstungen der modernen Kriege hinzugefügt.

Die kapitalistische Ordnung ist, so verkündete das Kommunisti-

[65] Ebenda, S. 464 und 465.

[66] Ebenda, S. 467.

sche Manifest, eine von der Geschichte zum Untergang verurteilte Welt.

Die neue Welt des Sozialismus wird von der Arbeiterklasse geschaffen. „Das Wichtigste in der Marxschen Lehre ist", wie W. I. Lenin hervorhob, „die Klarstellung der weltgeschichtlichen Rolle des Proletariats als des Schöpfers der sozialistischen Gesellschaft."[67] Karl Marx und Friedrich Engels erkannten, daß die ökonomischen Widersprüche nicht auf spontane Weise die Beseitigung des Kapitalismus herbeiführen würden. Sie waren himmelweit entfernt von der Theorie des sogenannten „automatischen" Zusammenbruchs, die ihnen die Feinde der Arbeiterklasse so häufig zuschreiben. Die objektiven historischen Gesetzmäßigkeiten können, wie Marx und Engels nachwiesen, nur durch die Aktion der Massen zum Durchbruch kommen.

Am Anfang des „Manifests der Kommunistischen Partei" steht das Leitmotiv: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen."[68] Einzig der Klassenkampf und nicht die Hoffnung auf Wunder, auf Hilfe von außen oder auf das Wirken einzelner „großer" Männer ist der Hebel, mit dem das Proletariat die kapitalistische Gesellschaftsordnung aus den Angeln zu heben vermag. Der Klassenkampf, die historische Triebkraft in jeder Klassengesellschaft, tritt im Kapitalismus mit besonderer Klarheit und Schärfe hervor, denn die „aus dem Untergange der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft ... spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat"[69].

Die Bourgeoisie hat mit der Entwicklung der Produktivkräfte „nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden – die modernen Arbeiter, die *Proletarier*"[70]. Dies ist einer der Grundgedanken des Kommunistischen Manifestes. Von allen Klassen, die der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist das Proletariat das „eigenste Produkt" der großen Industrie.[71] Es wird von der kapitalistischen Pro-

67 W. I. Lenin: Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx. In: Werke, Bd. 18, Berlin 1965, S. 576.

68 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 4, S. 462.

69 Ebenda, S. 463.

70 Ebenda, S. 468.

71 Ebenda, S. 472.

duktionsweise hervorgebracht und wächst mit der Entfaltung der industriellen Großproduktion. Die Arbeiterklasse, die zugleich die größte Produktivkraft darstellt, ist mit der fortgeschrittensten Form der Produktion, der industriellen Großproduktion, die die materielle Grundlage für den Sozialismus bildet, unmittelbar verbunden.

Die gesellschaftliche Stellung der Arbeiter im Kapitalismus wird vor allem dadurch bestimmt, daß sie keine Produktionsmittel besitzen und vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen. Sie bilden, wie das „Manifest der Kommunistischen Partei" darlegt, die am meisten ausgebeutete Klasse, „die Klasse der modernen Arbeiter, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt"[72]. Schon dadurch stehen sie in einem unversöhnlichen Gegensatz zur Bourgeoisie und ihrem Ausbeutungssystem.

Der entschieden revolutionäre Charakter der Arbeiterklasse entspringt keineswegs allein aus den schlechten Lebensbedingungen. Kleinbürgerliche Schichten leben oft noch elender; sie sind jedoch nicht gänzlich der Produktionsmittel beraubt. Das Proletariat dagegen ist als Klasse durch nichts an die kapitalistische Ordnung gebunden. Mehr noch: Es ist unmittelbar interessiert an der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die dadurch zum Eigentum aller werden. Das Proletariat kann seine gesellschaftliche Stellung als ausgebeutete Klasse nur aufheben, indem es die kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufhebt, es ist daher, wie Karl Marx und Friedrich Engels betonen, die konsequent revolutionäre Klasse: „Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse."[73]

Die Verteidiger der kapitalistischen Ausbeuterordnung sind natürlich bemüht, durch die verschiedensten Behauptungen die Arbeiter von der revolutionären Bewegung fernzuhalten. Das Kommunistische Manifest widerlegte bereits die von sogenannten Bourgeois-Sozialisten vertretene Meinung, die Arbeiter müßten sich auf eine bloße Veränderung ihrer materiellen Lebensverhältnisse beschränken. Darunter verstanden sie aber „keineswegs die Abschaffung der bürgerlichen Produktionsverhältnisse, die nur auf revolutionärem Wege möglich ist, sondern administrative Verbesserungen, die auf dem Boden dieser Produktionsverhältnisse vor sich gehen, also an dem Verhältnis von

72 Ebenda, S. 468.

73 Ebenda, S. 472.

Kapital und Lohnarbeit nichts ändern"[74]. In der Gegenwart hat man sich sogar zu der Behauptung verstiegen, daß im Monopolkapitalismus die Klassen „verschwinden". Die monopolkapitalistischen Ideologen versuchen den Arbeitern einzureden, daß das Kommunistische Manifest veraltet sei und ihnen heute nichts mehr zu sagen habe. In Wirklichkeit aber war der Gegensatz zwischen dem maßlosen Reichtum einer verschwindend kleinen Minderheit von Monopolherren, die unübersehbare Mengen von Produktionsmitteln in den Händen hält, und den Massen der Arbeiter und anderen werktätigen Schichten noch nie so kraß wie heute. Das Klassen- und Ausbeutungsverhältnis, das die Stellung des Arbeiters in der kapitalistischen Gesellschaft bestimmt, wird von Schwankungen im Lohn oder sonstigen Veränderungen in den Lebensverhältnissen nicht im geringsten berührt, denn der Arbeiter bleibt so oder so vom Besitz der Produktionsmittel ausgeschlossen.

Die revolutionäre Rolle des Proletariats beinhaltet aber noch weit mehr als die Tatsache, daß diese Klasse am entschlossensten ist, mit der alten Welt des Kapitalismus zu brechen. Um fähig zu sein, dieses große historische Werk zu vollbringen, bedarf es besonderer Eigenschaften. Über sie verfügt eben die Arbeiterklasse, denn, wie es im Manifest heißt, „mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat; es wird in größeren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst, und es fühlt sie mehr"[75]. Durch die moderne Industrie werden die Arbeiter zugleich in das fest geregelte System der auf großer Stufenleiter betriebenen industriellen Produktion eingegliedert. Nur das Proletariat ist daher im Vergleich zu allen anderen werktätigen Schichten und Klassen wirklich fähig, sich zusammenzuschließen, sich zu organisieren und sich jene Disziplin anzueignen, die für einen erfolgreichen Kampf gegen die Bourgeoisie notwendig ist.

Die weltgeschichtliche Mission der Arbeiterklasse ergibt sich aus den objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung. Das Ergebnis dieser Entwicklung faßten Karl Marx und Friedrich Engels mit den Worten zusammen: „Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst weggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihre eigenen Totengräber. Ihr

[74] Ebenda, S. 489.
[75] Ebenda, S. 470.

Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich."[76]

Diesen Sieg kann die Arbeiterklasse nicht erringen, wenn sie allein auf sich gestellt ist. Sie bedarf der Bundesgenossen, die sie in den anderen werktätigen Schichten findet. Während alle früheren Klassen mit der Eroberung der Herrschaft nur ein neues Ausbeutungssystem errichteten, macht die Arbeiterklasse nicht nur ihrer eigenen, sondern überhaupt jeglicher Ausbeutung ein Ende. Die gemeinsamen Interessen aller werktätigen Menschen an der Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung bilden also die Grundlage für das Bündnis, das die Arbeiterklasse mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten schließt. „Das große weltgeschichtliche Verdienst von Marx und Engels", so betonte W. I. Lenin, „besteht darin, daß sie den Proletariern aller Länder ihre Rolle, ihre Aufgabe, ihre Berufung aufgezeigt haben: sich als erste zum revolutionären Kampf gegen das Kapital zu erheben und in diesem Kampf *alle* Werktätigen und Ausgebeuteten um sich zu vereinigen."[77]

Als Schöpfer der sozialistischen Gesellschaft, als Vorkämpfer für die Interessen aller Werktätigen hat die Arbeiterklasse auch eine große nationale Aufgabe. Jeder Schritt, den die Arbeiterklasse zur Herausbildung einer eigenen Ideologie, zur Schaffung einer selbständigen revolutionären Organisation getan, jeder Erfolg, den sie im Klassenkampf erstritten hat, trug dazu bei, daß sie zur führenden Kraft der Nation heranwuchs. So wurde die deutsche Arbeiterklasse fähig, sich der geschichtlichen Aufgabe zu widmen, „im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und den anderen werktätigen Schichten in Deutschland die kapitalistische Ausbeuterherrschaft für immer zu beseitigen und den Sozialismus zum Siege zu führen"[78].

Karl Marx und Friedrich Engels erkannten, daß die Arbeiterklasse einer festorganisierten und ideologisch klaren Führung durch eine Partei bedarf, wenn sie ihrer großen Verantwortung vor der Geschichte und der Nation gerecht werden will. Sie gründeten den Bund der Kommunisten und legten zugleich im Programm den Charakter und die Aufgaben der Partei theoretisch dar. „Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den andern Arbeiterparteien",

[76] Ebenda, S. 474.

[77] W. I. Lenin: Rede bei der Enthüllung eines Denkmals für Marx und Engels. In: Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 160.

[78] Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin 1963, S. 30.

schrieben Karl Marx und Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest. Sie „haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen" und vertreten „in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung". Sie sind „praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus"[79].

Diese Gedanken des Kommunistischen Manifests sind von großer prinzipieller Bedeutung. Nur eine revolutionäre politische Partei kann die Interessen und Ziele der Arbeiterklasse richtig vertreten. Eine solche Partei ist selbst Teil der Arbeiterklasse und vereint in sich deren beste Kräfte und Eigenschaften. Sie ist die organisierte und bewußte, das heißt mit einer revolutionären Theorie ausgerüstete Vorhut, die im Kampf voranschreitet, ihn organisiert und leitet. Die Partei verbindet den notwendigen Kampf für die Befriedigung der Tagesbedürfnisse der Arbeiter mit der entscheidenden Aufgabe: die Arbeiterklasse zur Macht zu führen.

Für die revolutionäre Arbeiterpartei ist es eine Lebensnotwendigkeit, daß sie sich nicht sektiererisch abkapselt, sondern sich eng mit den Massen verbindet, sich auf sie stützt und aus ihren Erfahrungen lernt. Die Formen, unter denen die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse für die Erreichung ihrer Ziele kämpft, können unter den verschiedenen historischen Verhältnissen recht unterschiedlich sein. Jedoch sind in allen Fällen die prinzipiellen Wesenszüge, wie sie im „Manifest der Kommunistischen Partei" entwickelt sind, die gleichen.

Die im Kommunistischen Manifest und in den Statuten des Bundes der Kommunisten von Karl Marx und Friedrich Engels dargelegten Prinzipien bilden die Grundlage der marxistischen Lehre von der Partei.

Den Feinden der Arbeiterbewegung ist es unbegreiflich, daß die Kommunisten auch unter den schwersten Bedingungen und nach ernsten Niederlagen ihren Kampf stets mit neuer Kraft fortsetzten. Diese Kraft schöpfen die Kommunisten daraus, daß ihre Partei fest in der Klassenbewegung der Arbeiter verwurzelt ist. Diese Kraft erwächst ferner daraus, daß die Kommunisten ein grandioses Ziel, den Sozialis-

79 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 4, S. 474.

mus, vor Augen haben und wissen, daß der Kampf für dieses Ziel überall auf der Welt von Erfolg gekrönt sein wird. Schließlich beruht die Kraft der Kommunisten darauf, daß sie sich in ihrer Partei fest und unverbrüchlich zusammengeschlossen haben.

Im Kampf um die sozialen und nationalen Lebensinteressen benötigen die Arbeiterklasse und ihre Partei eine eigene, selbständige Politik, eine revolutionäre Strategie und Taktik. Es ist, so betonte Walter Ulbricht, „die Hauptidee der Lehre von Marx, Engels und Lenin, daß sich die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung ideologisch und politisch von der Bourgeoisie trennen und ihre eigene, den Interessen der Klasse und des Volkes entsprechende Politik entwickeln und durchführen müssen"[80].

Der revolutionäre Kampf um die politische Macht bildet den Höhepunkt eines ganzen Entwicklungsprozesses, in dem die Arbeiterklasse von Stufe zu Stufe weiterschreitet und in dem sie sich selbst weiterentwickelt. Er muß, wie im Kommunistischen Manifest dargelegt wird, schließlich einen Punkt erreichen, wo er „in eine offene Revolution ausbricht und durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie das Proletariat seine Herrschaft begründet"[81].

Die Kommunisten waren stets der Ansicht, daß es für die gesellschaftliche Entwicklung am besten wäre, wenn sich die sozialistische Revolution friedlich, das heißt ohne bewaffnete Auseinandersetzung, vollziehen könnte. Auf die Frage, ob die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln auf friedlichem Wege möglich sei, erklärte Friedrich Engels ausdrücklich: „Es wäre zu wünschen, daß dies geschehen könnte, und die Kommunisten wären gewiß die letzten, die sich dagegen auflehnen würden."[82] Marx und Engels erkannten aber, daß die Bourgeoisie, einmal zur Macht gekommen, nicht daran dachte, freiwillig auf Ausbeutung und Unterdrückung zu verzichten, sondern daß sie sich mit allen Mitteln, vor allem auch mit nackter Gewalt, der Durchsetzung der historischen Gesetzmäßigkeit entgegenstellte. Die Aussichten für die Beschreitung des friedlichen Weges waren daher anfangs und noch auf lange Zeit hinaus sehr gering.

80 Walter Ulbricht: Vergangenheit und Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung. Referat auf der 2. Tagung des ZK der SED, 10. bis 12. April 1963. Berlin 1963, S. 4.

81 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 4, S. 473.

82 Friedrich Engels: Grundsätze des Kommunismus. In: Ebenda, S. 372.

Im „Manifest der Kommunistischen Partei" wurden bereits die Grundlagen der Lehre von der sozialistischen Staatsmacht und ihren Aufgaben geschaffen. Ausgangspunkt war die Erkenntnis, daß „der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse"[83] sein muß. Im Kommunistischen Manifest findet sich noch nicht der Ausdruck „Diktatur des Proletariats". Aber inhaltlich sind hier die Grundzüge dieser Staatsmacht bereits klar dargelegt. Ihre Aufgabe besteht zunächst darin, die bisher herrschende Ausbeuterklasse niederzuhalten und die Errungenschaften des Volkes vor den Anschlägen der Konterrevolution zu sichern. Karl Marx und Friedrich Engels sahen zugleich voraus, daß der sozialistische Staat vor allem auf ökonomischem Gebiet, bei der Entwicklung der Produktivkräfte gewaltige Aufgaben zu vollbringen hat, und betonten: „Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren."[84]

Für die proletarische Staatsmacht ist ihr demokratischer Charakter kennzeichnend. Die Arbeiterbewegung ist die „selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl"[85], das heißt die wahrhaft demokratische Bewegung. Infolgedessen bedeutet, wie im Kommunistischen Manifest dargelegt wird, die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse zugleich die „Erkämpfung der Demokratie"[86]. Die Klassenherrschaft der Bourgeoisie ist dagegen eine Diktatur einer winzigen Minderheit über die Masse des werktätigen Volkes. Eine grundlegende Erkenntnis über das Wesen des Staates besteht darin, daß in jeder Klassengesellschaft die „politische Gewalt im eigentlichen Sinne... die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern"[87] ist. Kein Staat, auch nicht die bürgerliche Republik, steht also neutral über den Klassen, wie die Verteidiger des monopolkapitalistischen Staates dem werktätigen Volk einzureden suchen.

83 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Ebenda, S. 481.

84 Ebenda.

85 Ebenda, S. 473.

86 Ebenda, S. 481.

87 Ebenda, S. 482.

Das Proletariat ist im Gegensatz zu allen Klassen, die bisher zur Herrschaft gelangten, die einzige Klasse, die nicht danach strebt, ihre Herrschaft zu verewigen. Im Gegenteil: Wenn das Proletariat, so erklärten Karl Marx und Friedrich Engels, „durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt, und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf."[88]

Mit dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung hören jene unmenschlichen Verhältnisse auf, in denen „der Arbeiter nur lebt, um das Kapital zu vermehren, nur so weit lebt, wie es das Interesse der herrschenden Klasse erheischt"[89]. In Übereinstimmung mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion tritt in der sozialistischen Gesellschaft an die Stelle des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln das gesellschaftliche, das sozialistische Eigentum. Während im Kapitalismus die Arbeit nur dazu dient, das Kapital des Ausbeuters zu vermehren, ist „in der kommunistischen Gesellschaft", wie Karl Marx und Friedrich Engels voraussahen, „die aufgehäufte Arbeit nur ein Mittel, um den Lebensprozeß der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördern"[90].

Die sozialistische Gesellschaftsordnung zeichnet sich nicht nur dadurch aus, daß sie die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhebt. Auch die Feindschaft der Nationen und der Krieg schwinden mit der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung: „Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander."[91]

Die Rolle der Arbeiterklasse als Vorkämpfer für den Frieden ist im proletarischen Internationalismus begründet. Dieser hat die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Vorhut von Anfang an im Kampf gegen Reaktion und kapitalistische Ausbeutung beseelt. Die Bedeutung des proletarischen Internationalismus ist heute größer als je, bildet er doch die Grundlage für das Verhältnis der sozialistischen Staaten zueinander.

Die gleiche Lage der Arbeiter aller Länder, die daraus entspringen-

88 Ebenda.
89 Ebenda, S. 476.
90 Ebenda.
91 Ebenda, S. 479.

den gemeinsamen Interessen und Ziele mußten auch im gemeinsamen Handeln, im gemeinsamen Kampf, in der internationalen Solidarität ihre Entsprechung finden und in der Partei der Arbeiterklasse zum bewußten Prinzip werden. Marx und Engels betonen daher, daß die Kommunisten „in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen"[92] müssen.

Die große Idee des proletarischen Internationalismus findet ihren lebendigsten Ausdruck in dem flammenden Appell, mit dem das „Manifest der Kommunistischen Partei" schließt: *„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"*

Der proletarische Internationalismus bildet die Grundlage für die richtige Stellung der Arbeiterklasse zur Nation. Karl Marx und Friedrich Engels hoben stets die große Verantwortung der Arbeiterklasse für das Schicksal der Nation hervor. Der Patriotismus der Arbeiterklasse ist jedoch grundverschieden vom „Patriotismus" der Bourgeoisie, die ihre egoistischen Klasseninteressen höher stellt als die Interessen der Nation. Der Nationalismus dient der Bourgeoisie nur dazu, echte Gefühle der Volksmassen für räuberische, antinationale Zwecke zu mißbrauchen. Daher heißt es im Kommunistischen Manifest, daß die Arbeiterklasse keineswegs im Sinn der Bourgeoisie national ist, aber sie wird sich mit der Eroberung der politischen Macht „zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren"[93].

Die nationale Rolle der Arbeiterklasse ist darin begründet, daß ihre Interessen mit den Grundinteressen aller werktätigen Schichten übereinstimmen. Allein die Arbeiterklasse kann diesen Schichten eine reale Perspektive für die Zukunft geben. Die Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse in ihrem Kampf zugleich die Interessen der ganzen Gesellschaft und damit der Nation vertritt, ist seit dem „Manifest der Kommunistischen Partei" in der Geschichte Deutschlands tausendfach bestätigt worden.

Die Politik der Arbeiterpartei wird nicht von willkürlichen Wünschen und Einfällen bestimmt, sondern beruht auf der wissenschaftlichen Erkenntnis der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze. Ihre Grundzüge sind im „Manifest der Kommunistischen Partei" dargelegt. Karl Marx und Friedrich Engels gingen von den objektiven Bedingun-

92 Ebenda, S. 474.

93 Ebenda, S. 479.

gen und Aufgaben des 19. Jahrhunderts aus und entwickelten dabei allgemeine Prinzipien, die bis in die Gegenwart als Richtschnur dienen.

Im Kommunistischen Manifest wurde die grundlegende These des politischen Kampfes formuliert: Die Kommunisten „kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung"[94]. Dieser revolutionäre Grundsatz aller Strategie und Taktik ist nicht zufällig von jeher den Opportunisten ein Dorn im Auge gewesen. Das Versinken in den Tagesaufgaben, das prinzipienlose Zurückweichen vor dem Gegner wird als Realpolitik bemäntelt, um die Arbeiterklasse zur Preisgabe ihrer Zukunft zu bewegen. Es wird behauptet, daß die Bewegung alles und das Ziel nichts sei. In Wirklichkeit aber ist die Arbeiterklasse revolutionär, oder sie ist nichts.

Die Hervorhebung des dialektischen Zusammenhanges zwischen Teilaufgaben und Endziel grenzt die Tätigkeit der Partei zugleich entschieden von einer sektiererischen Unterschätzung der Tagesinteressen der Arbeiterklasse ab, durch die die Partei von der Massenbewegung isoliert würde. Gerade Karl Marx und Friedrich Engels haben dem Tageskampf von Anfang an eine große Bedeutung beigemessen. Sie zeigten, wie der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, dieser „mehr oder minder versteckte Bürgerkrieg"[95], mit spontanen, elementaren Auflehnungsversuchen beginnt, verschiedene Entwicklungsstufen durchläuft und sich dabei zu immer größerer Bewußtheit und Organisiertheit entfaltet. Im Gegensatz zu den Utopisten und kleinbürgerlichen Sozialisten jener Zeit, die der gewerkschaftlichen Bewegung ablehnend gegenüberstanden, hoben Marx und Engels als erste die große Bedeutung dieser Klassenorganisation hervor. Das wichtigste Resultat der ökonomischen Kämpfe und elementaren Erhebungen war die „immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter"[96].

Für den politischen Kampf der Arbeiterklasse ist der Grundgedanke des Manifests von größter Bedeutung, daß zwischen dem Kampf um Demokratie und dem Kampf um Sozialismus ein enger Zusammenhang besteht, daß die Kommunisten verpflichtet sind, an den jeweils

94 Ebenda, S. 492.
95 Ebenda, S. 473.
96 Ebenda, S. 471.

auf der Tagesordnung stehenden Kämpfen für Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt teilzunehmen. Die Kommunisten, so hieß es im Kommunistischen Manifest, „unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände“[97]. Dieser auch heute noch grundlegenden These kam schon zur Zeit der Entstehung der Arbeiterbewegung im Hinblick auf Deutschland eine erstrangige Bedeutung zu.

Die revolutionären Aufgaben, die es zu lösen galt, werden im Manifest nicht nur in den wenigen Absätzen des Schlußabschnittes behandelt, in denen speziell von Deutschland die Rede ist. Die ganze Darstellung der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft hatte für Deutschland programmatischen Charakter. Das, was die Bourgeoisie in den bürgerlichen Revolutionen der fortgeschrittensten Länder bereits erreicht hatte, das war für Deutschland noch Programm: „Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in *eine* Nation, *eine* Regierung, *ein* Gesetz, *ein* nationales Klasseninteresse, *eine* Douanenlinie.“[98]

Die Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse bestimmten Karl Marx und Friedrich Engels entsprechend dem objektiven Kräfteverhältnis und den grundlegenden nationalen Zielen. Der Hauptfeind, das war die Junkerklasse, die mit ihrem bürokratisch-militaristischen Staat die alte verfaulte Feudalordnung aufrechterhielt. Die Bourgeoisie war damals eine gesellschaftlich fortschrittliche Klasse. Sie war jedoch keineswegs konsequent revolutionär und sogar zum Kompromiß mit den herrschenden Gewalten geneigt. Noch fehlten aber die Voraussetzungen für eine führende Rolle der Arbeiterklasse.

Die Kommunisten mußten unter diesen Umständen die Bourgeoisie, sobald sie revolutionär auftrat, unterstützen und gemeinsam mit ihr gegen die absolute Monarchie und das feudale Grundeigentum kämpfen. Gleichzeitig galt es, allen Illusionen über die Bourgeoisie entgegenzutreten. Infolgedessen war es damals wie immer Aufgabe der Kommunisten, „bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten“[99].

An der Notwendigkeit, die Bourgeoisie zu unterstützen, konnte die

97 Ebenda, S. 493.

98 Ebenda, S. 467.

99 Ebenda, S. 492/493.

Tatsache nichts ändern, daß die Bourgeoisie sich von ihren engen Klasseninteressen leiten ließ und daß diese Klasse, der unmittelbare Feind des Proletariats, durch die Revolution zur Macht kommen mußte. Entscheidend war, daß die Arbeiterklasse mit der Herrschaft der Bourgeoisie, mit der Schaffung der demokratischen Einheit Deutschlands den Boden für den Kampf um die eigene Befreiung gewann. Eine entgegengesetzte Auffassung wurde von den „wahren" Sozialisten vertreten, die den Volksmassen einzureden suchten, daß sie bei der bürgerlichen Bewegung nichts zu gewinnen hätten, daß man sich nur um die „sozialistische" Umgestaltung kümmern dürfe. Eine solche politische Linie war nur in der Phrase „revolutionär", in Wirklichkeit aber reaktionär, denn sie diente, wie Karl Marx und Friedrich Engels darlegten, den Regierungen „als erwünschte Vogelscheuche gegen die drohend aufstrebende Bourgeoisie"[100].

Von der Bourgeoisie konnte nach dem Sturz des Absolutismus keine konsequente Weiterführung der Revolution erwartet werden. Die Erfüllung dieser Aufgabe hing vielmehr von der Entfaltung einer demokratischen Volksbewegung und von der Bewußtheit und Organisiertheit der Arbeiter ab. Die Arbeiter mußten nun, wie im „Manifest der Kommunistischen Partei" hervorgehoben wurde, die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, die die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführte, „als ebenso viele Waffen gegen die Bourgeoisie kehren"[101].

Ein echtes Bündnis im Kampf für die Interessen der Nation war mit der kleinbürgerlich-demokratischen Bewegung, in der die Stimmungen und Interessen breiter Volksschichten zum Ausdruck kamen, möglich. Die theoretischen Differenzen konnten ruhig diskutiert werden, „ohne daß dadurch die gemeinschaftliche Aktion irgendwie gestört"[102] wurde. Karl Marx und Friedrich Engels erkannten bereits zu dieser Zeit, daß im Kampf um die konsequente Vollendung der demokratischen Revolution nicht den kleinbürgerlichen Schichten und Bauern die führende Rolle zufällt. „Das industrielle Proletariat der Städte", so erklärte Friedrich Engels, „ist die Krone aller modernen Demokratie geworden; die kleinen Bürger und noch mehr die Bauern hängen von seiner Initiative vollständig ab."[103]

100 Ebenda, S. 487.
101 Ebenda, S. 493.
102 Friedrich Engels: Die Kommunisten und Karl Heinzen. In: Ebenda, S. 317.
103 Ebenda, S. 313.

Die weitere Perspektive der Revolution war für Karl Marx und Friedrich Engels nicht bloß eine Frage der inneren Entwicklung Deutschlands. Sie waren damals der Meinung, daß die Revolution in England bereits einen proletarischen Charakter tragen werde, während in Frankreich eine demokratische Revolution und die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse und kleinbürgerlichen Schichten zu erwarten sei. Unter solchen Bedingungen rechneten sie damit, daß in Deutschland die bürgerliche Revolution das Vorspiel einer proletarischen Revolution sein könne.[104] Friedrich Engels selbst hat zu den Erwartungen einer baldigen proletarischen Revolution später festgestellt: „Die Geschichte hat uns und allen, die ähnlich dachten, unrecht gegeben. Sie hat klargemacht, daß der Stand der ökonomischen Entwicklung auf dem Kontinent damals noch bei weitem nicht reif war für die Beseitigung der kapitalistischen Produktion."[105]

Die Erwägungen des Kommunistischen Manifests über den Fortgang der deutschen Revolution sind dennoch von bleibender theoretischer Bedeutung, denn hier zeichnet sich in ersten Umrissen die Konzeption vom Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen in die proletarische Revolution ab. Unter den Bedingungen des Imperialismus, als die proletarische Revolution von der Geschichte auf die Tagesordnung gesetzt wurde, knüpfte W. I. Lenin bei der Ausarbeitung der umfassenden Lehre der sozialistischen Revolution auch an diese Erkenntnisse von Karl Marx und Friedrich Engels an.

Vor 120 Jahren veranstalteten die reaktionären Mächte Europas eine „heilige Hetzjagd" gegen das Gespenst des Kommunismus. Nur wenige hundert Kämpfer waren es, die sich um das von Karl Marx und Friedrich Engels aufgepflanzte Banner scharten. Aber weder Verfolgung noch Verleumdung vermochten die Stimme der Wahrheit zum Schweigen zu bringen, denn sie war zur Stimme der Arbeiterklasse geworden.

Das Schicksal des Kommunistischen Manifests ist untrennbar mit der Geschichte der Arbeiterklasse selbst verknüpft. Oft konnte das Manifest nur im geheimen von Hand zu Hand gehen. Wo die großen Erkenntnisse dieses ersten Parteiprogramms der revolutionären Arbeiterbewegung von den Opportunisten entstellt und verfälscht werden

[104] Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Ebenda, S. 493.

[105] Friedrich Engels: Einleitung zu Karl Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850". In: Marx/Engels: Werke, Bd. 22, S. 515.

konnten, da ging die Arbeiterbewegung in die Irre und wurde von den schon erreichten Positionen zurückgeworfen. Wo die Arbeiter entsprechend diesen Erkenntnissen handelten, da entwickelte sich die revolutionäre Arbeiterbewegung trotz Niederlagen und Rückschlägen unaufhaltsam vorwärts. Umgekehrt verbreiteten sich mit dem Aufschwung der Arbeiterbewegung die Ideen des Kommunistischen Manifests immer mehr. Sie erfaßten die Massen und führten sie zum Sieg. „Ein gigantischer, mit dem Blut der Kämpfer für das Glück des Volkes getränkter Weg, ein Weg glorreicher Siege und zeitweiliger Niederlagen, wurde zurückgelegt, bis der *Kommunismus, der einst nur ein Traum war, zur größten Macht der Gegenwart und zu einer Gesellschaft geworden ist, die in riesigen Gebieten der Erde aufgebaut wird.*“[106]

Die Ideen des Kommunistischen Manifests sind heute lebendiger denn je. Da im „Manifest der Kommunistischen Partei“ die welthistorischen Aufgaben der Arbeiterklasse wissenschaftlich begründet sind, geht seine Bedeutung und seine Wirkung weit über die Zeit seiner Entstehung hinaus. Die große Wahrheit, die aus dem Kommunistischen Manifest spricht, behauptete sich und triumphierte über all jene Konzeptionen, die seit seinem Erscheinen entstanden sind und wieder zu Grabe getragen werden mußten. Während diese Konzeptionen durch die geschichtliche Entwicklung Lügen gestraft wurden, zeichnet sich das Manifest durch eine weite Voraussicht aus. Diese wissenschaftliche Voraussicht des Kommunistischen Manifests ist durch die geschichtliche Entwicklung selbst bestätigt worden und hat die wichtigste Probe, die Probe durch die Praxis, bestanden.

Karl Marx und Friedrich Engels vollbrachten mit der Begründung des wissenschaftlichen Kommunismus, mit der Schaffung der ersten Partei der Arbeiterklasse und ihres Programms das größte Werk des menschlichen Geistes. „Es kann und muß jeden Deutschen mit Stolz erfüllen, daß die deutsche Nation der Menschheit den genialen Denker und glühenden Revolutionär Karl Marx und seinen Kampfgenossen Friedrich Engels gab.“[107] Das große Werk von Karl Marx und Friedrich Engels ist nicht nur für die deutsche Arbeiterklasse, sondern für

106 Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. In: Programm und Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Berlin 1961, S. 3.

107 Im Jahre 1953 gedenkt die deutsche Nation ihres größten Sohnes Karl Marx. Aufruf des Zentralkomitees zum Karl-Marx-Jahr 1953. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. IV, Berlin 1954, S. 226.

die ganze Nation, für ihre Geschichte und für ihre Zukunft von Gültigkeit.

Vom „Manifest der Kommunistischen Partei" führt eine direkte Linie zu den heutigen Programmen der revolutionären Arbeiterparteien aller Länder. Sie führt zum Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, dem Kommunistischen Manifest des 20. Jahrhunderts. In diesem Programm, dem die großen revolutionären Erkenntnisse von Marx, Engels und Lenin zugrunde liegen, wird der entfaltete Aufbau der kommunistischen Gesellschaft bereits als unmittelbare Aufgabe gestellt.

In Deutschland war das Kommunistische Manifest Wegweiser an allen entscheidenden Wendepunkten der Arbeiterbewegung. Seine Ideen wirkten bei der Schaffung der ersten revolutionären Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse durch August Bebel und Wilhelm Liebknecht, bei der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands durch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Das „Manifest der Kommunistischen Partei" bildete nach 1945 eine entscheidende Grundlage für den Zusammenschluß von KPD und SPD. „Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse seit dem ‚Manifest der Kommunistischen Partei', der Entstehung der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland und der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands im Jahre 1918."[108]

Seine erste historische Bewährungsprobe bestand das „Manifest der Kommunistischen Partei" von Karl Marx und Friedrich Engels in der Revolution von 1848/1849.

108 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1963, S. 32/33.

Die Revolution von 1848/1849

1. Der Charakter und die Aufgaben der Revolution von 1848/1849 in Deutschland. Die Klassenkräfte am Vorabend der Revolution

Die Revolution in Deutschland, die in den vierziger Jahren heranreifte, war das gesetzmäßige Ergebnis der gesamten ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung. Sie ergab sich aus dem Widerspruch zwischen den im Schoße der Feudalordnung entstandenen neuen Produktivkräften und kapitalistischen Produktionsverhältnissen einerseits und dem feudalabsolutistischen System andererseits.

Die fortschreitende kapitalistische Entwicklung hatte die Zersetzung der feudalen Produktionsverhältnisse wesentlich beschleunigt. Waren auf dem linken Rheinufer bereits um die Jahrhundertwende die feudalen Verhältnisse gänzlich beseitigt worden, so hatte der Feudalismus seitdem auch in den anderen Teilen Deutschlands stark an Boden verloren. In Baden, Bayern, Hessen, in Westfalen und in anderen

west- und mitteldeutschen Staaten waren bereits zu Beginn des Jahrhunderts die Privilegien des Adels ganz oder teilweise abgeschafft. Verwaltungen und Gerichtswesen reformiert, die Leibeigenschaft aufgehoben und die Beseitigung der feudalen Verpflichtungen eingeleitet worden. Die revolutionären Ereignisse von 1830 1831 hatten den herrschenden Adel in diesen Staaten zu weiteren, die bürgerliche Entwicklung fördernden Maßnahmen gezwungen. Auch im ostelbischen Preußen war durch die nach 1806 eingeleiteten Reformen, vor allem durch die Aufhebung der Hörigkeit und die Ablösung eines Teils der Bauern von ihren feudalen Verpflichtungen, der Auflösungsprozeß des Feudalismus wesentlich vorangetrieben worden. In ganz Deutschland war, wenngleich auf reaktionärem, preußischen Wege, zum Nachteil der Bauern und zugunsten der Junker, in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Beseitigung der feudalen Verhältnisse in vollem Gange. Die Lösung der Agrarfrage, eine der wichtigsten Fragen im Prozeß der bürgerlichen Umgestaltung, war überall in Angriff genommen. Charakteristisch für die Entwicklung auf dem Land war schon ein gewisses Nebeneinander von feudalen und kapitalistischen Elementen. Es herrschten halbfeudale Zustände.

Dennoch besaß die aus dem Feudalismus überkommene reaktionäre Klasse der Großgrundbesitzer noch starke ökonomische Machtpositionen. Sie wurzelten zum Teil in den noch bestehenden feudalen Verhältnissen, die trotz aller Fortschritte in weiten Gebieten Deutschlands, vor allem im ostelbischen Preußen und in Mecklenburg, immer noch den Ausschlag gaben. Zum anderen Teil aber basierte die ökonomische Macht der Reaktion bereits auf den Ergebnissen der spezifisch preußischen Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft. Dieser preußische Weg nämlich führte nicht zu einer Schwächung oder gar Beseitigung der alten herrschenden Kräfte, sondern gestattete deren Erhaltung und Festigung als einer auf neuen, kapitalistischen Grundlagen produzierenden Junkerklasse.

Die eigentliche Stärke der alten feudalreaktionären Kräfte bestand jedoch darin, daß sie die gesamte politische Macht, den Staats- und Verwaltungsapparat wie die Armee, in der Hand hatten. Auf zentraler wie auf lokaler Ebene war die Junkerherrschaft nach wie vor unangetastet geblieben. Die Macht des Königs und der absolutistischen Bürokratie wurde in Preußen durch keinerlei konstitutionelle Körperschaften begrenzt. Gutsherrliche Polizei und Gerichtsbarkeit gaben dem Junker in seinem Bezirk wie eh und je die Stellung eines nahezu unein-

geschränkten Vertreters staatlicher Macht. Dieses reaktionäre politisch-staatliche System des Feudalabsolutismus war trotz aller Modifikationen, die es unter dem Druck der kapitalistischen Entwicklung annehmen mußte, der Hauptfeind, der von den fortschrittlichen Klassen der aufstrebenden bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland niedergerungen werden mußte, sollte der Feudalismus mit der Wurzel ausgerottet und eine Fortsetzung des verhängnisvollen preußischen Weges der kapitalistischen Entwicklung verhindert werden.

Die feudalen Fesseln in Stadt und Land, die politische Herrschaft des Adels und der Fürsten, welche mit Hilfe ihrer bürokratischen Staatsmaschinerie die Wirtschaft gängelten, und vor allem die staatliche Zersplitterung Deutschlands behinderten die volle Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise. Eine Revolution in Deutschland konnte daher nur bürgerlichen Charakter haben. Ihr Ziel mußte die Errichtung einer neuen, der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sein. Dem entsprach auf politischem Gebiet die konsequente Verwirklichung der bürgerlichen Demokratie.

Die zentrale Frage der bürgerlichen Revolution in Deutschland war die radikale Beseitigung der feudalstaatlichen Zersplitterung und die Schaffung eines einheitlichen bürgerlich-demokratischen Nationalstaates. Gerade die Aufsplitterung des Landes in viele souveräne Einzelstaaten, das Fehlen eines einheitlichen inneren Marktes, einer einheitlichen Gesetzgebung, der bürgerlichen Freizügigkeit, der Einheit von Maß, Münze und Gewicht sowie des staatlichen Schutzes gegen die ausländische Konkurrenz erwiesen sich als die schwersten Hemmnisse für eine ungehinderte kapitalistische Entwicklung in Deutschland. Die gefährlichsten Gegner einer demokratischen Einigung waren das feudal-absolutistische Preußen und Österreich, die beiden mächtigsten deutschen Staaten, in denen die feudalen Kräfte ihre Hauptstütze besaßen. Die politische Zersplitterung Deutschlands wurzelte in den reaktionären politischen und sozialen Verhältnissen des Feudalismus.

Die Einheit Deutschlands war deshalb nur dann konsequent zu verwirklichen, wenn das in Deutschland herrschende feudal-absolutistische System restlos zerschlagen und bürgerlich-demokratische Verhältnisse geschaffen wurden. Darin bestand damals, in der Epoche des Aufstiegs und des Sieges des Kapitalismus im Weltmaßstab, das Wesen der nationalen Frage in Deutschland. Der reaktionäre Feudalabsolutismus lastete wie ein Alp auf der Nation, hemmte die freie Entfaltung der Produktivkräfte und damit auch das rasche Wachstum

der Arbeiterklasse und behinderte wesentlich die Entwicklung einer politisch selbständigen Arbeiterbewegung. Die Schaffung einer konsequenten bürgerlich-demokratischen Ordnung lag im Interesse sowohl des deutschen Volkes als auch seiner Nachbarvölker. Sie war notwendig, um Deutschland auf den Weg einer fortschrittlichen Entwicklung zu führen und den Aufstieg der ganzen Nation zu gewährleisten. Entschieden bürgerlich-demokratische Verhältnisse boten nicht nur den neuen Produktivkräften der bürgerlichen Gesellschaft den breitesten Spielraum für eine rasche und freie Entfaltung, sondern schufen auch die im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung besten Bedingungen dafür, daß die Volksmassen auf die Geschicke der Nation Einfluß nehmen konnten. Vor allem aber bereiteten sie dem Proletariat den günstigsten Boden für die Organisierung und Führung seines eigenen Kampfes.

Die Revolution mußte das feudal-bürokratische und junkerlich-militaristische Herrschaftssystem vernichten und konsequent bürgerlich-demokratische Verhältnisse herstellen. Eine Grundbedingung dafür war die Eroberung weitgehender bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten (Assoziationsrecht, allgemeines, direktes und geheimes Wahlrecht, Presse- und Redefreiheit, Volksbewaffnung). Um den verhängnisvollen Einfluß der reaktionären Feudalklasse auf die Geschicke der Nation vollends auszuschalten, war es vor allem notwendig, die ökonomischen Machtpositionen der Reaktion auf dem Lande zu beseitigen. Das konnte nur durch die restlose Zerschlagung des feudal-junkerlichen Großgrundbesitzes und die radikale Beseitigung aller noch bestehenden Feudallasten geschehen. Wie in allen bürgerlichen Revolutionen, so spielte auch in der deutschen Revolution von 1848/1849 die Agrarfrage eine entscheidende Rolle, weil nur durch deren revolutionäre Lösung die feudalen Verhältnisse auf dem Lande mit der Wurzel ausgerottet werden konnten und die Bauernschaft als die zahlenmäßig stärkste Kraft voll in die Revolution einbezogen werden konnte. Doch wies die Agrarfrage in Deutschland eine Besonderheit auf. Mit der Durchführung von Agrarreformen in den meisten deutschen Staaten hatte die Umwandlung des feudalen in bürgerliches Grundeigentum bereits vor der bürgerlichen Revolution begonnen und teilweise auch zu beachtlichen Ergebnissen geführt, die sich allerdings vorwiegend Junker und Adel zunutze machten. Der Kampf der deutschen Bauern in der Revolution richtete sich daher nicht mehr nur schlechthin gegen das feudale Eigentum, sondern auch

gegen den bauernfeindlichen „preußischen Weg" der Überwindung des Feudalismus.

Im Kampf um bürgerlich-demokratische Verhältnisse im Innern Deutschlands mußten auch demokratische Beziehungen zu den Nachbarvölkern Deutschlands hergestellt werden. In erster Linie galt es, die von Preußen und Österreich unterdrückten Nationen – Polen, Tschechen, Ungarn, Italiener sowie die südslawischen Nationalitäten – zu befreien.

Selbst Teil der bürgerlich-demokratischen Revolutionen in den Ländern Europas, kam der deutschen Revolution eine besondere Bedeutung für die Durchsetzung der bürgerlichen Demokratie in ganz Europa zu. Das größte Hemmnis für einen Sieg der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung in den Ländern Mittel- und Osteuropas bildete die Heilige Allianz, ein Bündnis der reaktionären Mächte jener Zeit. An deren Spitze stand das zaristische Rußland, das, von der kapitalistischen Entwicklung im wesentlichen noch nicht erfaßt, die stärkste und stabilste feudalabsolutistische Macht und damit den eigentlichen Hort der Reaktion in Europa darstellte. Seine wichtigsten Verbündeten und die Hauptmächte der Heiligen Allianz in Mitteleuropa waren Österreich und Preußen.

Wurden diese beiden widernatürlichen Staatsgebilde zerstört, so hatte das weitreichende Folgen für den Gang der Revolution in Deutschland und in ganz Europa. In Deutschland war dies die wichtigste Voraussetzung für eine demokratische Einigung, das heißt für die Lösung der zentralen Frage der deutschen Revolution. Da Preußen und vor allem Österreich andere europäische Nationen brutal unterdrückten und an einer selbständigen Staatsbildung hinderten, bedeutete der Sturz der Hohenzollern- und der Habsburger Monarchie gleichzeitig die Befreiung dieser national unterdrückten Völker. Schließlich verlor durch die Zerschlagung Preußens und des Habsburger Reichs auch der Zarismus seine Vormachtstellung in Mitteleuropa.

Doch war ein Sieg der bürgerlichen Demokratie in Deutschland wie in ganz Europa nicht gesichert, solange der Zarismus selbst unangetastet blieb. Der starke Rückhalt, den das zaristische Rußland den reaktionären Kräften in Mitteleuropa verlieh, zwang zu einer unmittelbaren revolutionären Auseinandersetzung mit der Kernmacht der Heiligen Allianz. Im Grunde konnten Preußen und Österreich selbst erst in einem direkten Angriff der vereinigten revolutionären

Kräfte Europas auf den Zarismus vollends niedergerungen und dadurch das Übergewicht der demokratischen Kräfte in Europa erlangt werden. „Gelang es aber, Deutschland zum Krieg gegen Rußland zu bringen", schrieb Engels später, „so war es aus mit Habsburg und Hohenzollern, und die Revolution siegte auf der ganzen Linie."[109] Die demokratische Einigung Deutschlands wie die freie Entwicklung der übrigen europäischen Nationen setzte also 1848/1849 einen Volkskrieg aller revolutionierten Völker Europas voraus; eine solche revolutionäre militärische Auseinandersetzung trug fortschrittlichen Charakter.

Die Kräfte, die den gesellschaftlichen Hauptwiderspruch zwischen der kapitalistischen Entwicklung und den bestehenden feudal-absolutistischen Machtverhältnissen in Deutschland überwinden konnten, waren die Klassen und Schichten der sich formierenden bürgerlichen Gesellschaft: Bourgeoisie, Bauernschaft, Kleinbürgertum und Proletariat. Nur durch deren gemeinsamen revolutionären Kampf konnte die deutsche Feudalreaktion, an deren Spitze die preußischen Junker und Militaristen standen, vernichtet und damit das Haupthindernis für eine fortschrittliche und demokratische Entwicklung der deutschen Nation beseitigt werden.

Die Führung in der bevorstehenden Revolution mußte die Bourgeoisie übernehmen. Sie war Träger der aufsteigenden kapitalistischen Produktionsweise, erstarkte ökonomisch immer mehr und bedurfte zur Durchsetzung ihrer unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen politischer Machtpositionen. „Die Bourgeoisie ist die einzige Klasse in Deutschland", schrieb Friedrich Engels 1847, „die wenigstens einen großen Teil der industriellen Grundeigentümer, der Kleinbürger, der Bauern, der Arbeiter und selbst eine Minorität des Adels an ihren Interessen beteiligt und unter ihren Fahnen vereinigt hat."[110] Doch wollte die deutsche Bourgeoisie die unumgänglichen bürgerlichen Umgestaltungen nicht auf revolutionäre Weise durchsetzen, sondern auf dem Wege von Reformen, durch friedliche Vereinbarungen mit den Fürsten. Gegenüber der englischen und französischen Bourgeoisie in der Entwicklung zurückgeblieben, zahlenmäßig bedeutend schwächer und auch weniger konzentriert als diese, gleichzeitig aber schon be-

109 Friedrich Engels: Marx und die „Neue Rheinische Zeitung" 1848–1849. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 22.

110 Friedrich Engels: Der Status quo in Deutschland. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 4, S. 51.

ängstigt von den ersten selbständigen Aktionen des deutschen und mehr noch des englischen und französischen Proletariats, neigte die deutsche Bourgeoisie bereits am Vorabend ihrer eigenen Revolution stark zu Kompromissen mit ihrem Hauptgegner, der Feudalklasse, die es gerade niederzuringen galt.

Auch war sich die deutsche Bourgeoisie nicht einig über den Rahmen, in dem die Einigung Deutschlands vollzogen werden sollte. Ein Teil der liberalen Großbourgeoisie, vor allem aus den süddeutschen Ländern und aus Österreich, strebte einen deutschen Einheitsstaat unter Führung eines konstitutionell-monarchischen Österreichs und mit Einschluß der deutschsprachigen Teile der österreichisch-ungarischen Monarchie sowie Böhmens und Mährens an. Entgegen dieser „großdeutschen" Lösung strebte die Masse der bürgerlichen deutschen Liberalen eine „kleindeutsche" Monarchie an. Sie verfolgte bereits seit längerem das Ziel, Deutschland bei Ausschluß Österreichs unter der Hegemonie des preußischen Staates zu einigen. Diese Richtung gab sich auf einer Zusammenkunft in Heppenheim im Herbst 1847 ein Programm.

Die entscheidenden Triebkräfte der Revolution waren die Volksmassen: das Kleinbürgertum, die Bauern und das Proletariat. Ein besonders großes Gewicht besaß in Deutschland das städtische Kleinbürgertum, das zusammen mit den Bauern „die große Masse der Nation" bildete.[111] Die kleinbürgerlichen Schichten in den Städten, die Handwerker, kleinen Händler und Gewerbetreibenden, stellten eine bedeutende revolutionäre Kraft dar, die in den Volksbewegungen am Vorabend der Revolution bereits sichtbar geworden war. Die städtischen Mittelschichten bildeten die Massenbasis des linken, demokratischen Flügels der antifeudalen Opposition. Im Gegensatz zur Bourgeoisie war das Kleinbürgertum als eine werktätige Klasse interessiert am völligen Sturz des Feudalabsolutismus und an der Schaffung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse. Die revolutionären Potenzen des Kleinbürgertums waren in Deutschland 1848 allerdings begrenzt. Das ergab sich aus seiner besonderen Lage. Einerseits steckte das Kleinbürgertum zu einem großen Teil noch in der rückständigen patriarchalisch-zünftlerischen Produktionsweise, war abhängig von den feudalen Residenzen, den Garnisonen und bürokratischen Verwaltungen und vermochte sich daher nur schwer von reaktionären Zunft-

111 Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 8, S. 9.

illusionen, von lokaler und provinzieller Beschränktheit frei zu machen. Andererseits aber bedrohte zu diesem Zeitpunkt bereits die moderne kapitalistische Industrie mit ihrer unbarmherzigen Konkurrenz die Existenzgrundlagen des Kleinbürgertums.

Die lokale und provinzielle Beschränktheit des deutschen Kleinbürgertums, die durch die Zersplitterung des Landes noch wesentlich begünstigt wurde, prägte besonders die Vorstellungen der kleinbürgerlichen Demokratie über die Form der Einigung Deutschlands. Deutschland sollte den Auffassungen der kleinbürgerlichen Demokratie zufolge seine Einheit in Gestalt einer föderativen Republik nach Schweizer Muster erhalten, was faktisch eine Verewigung der Kleinstaaterei bedeutet hätte.

Wichtig für die revolutionäre Durchsetzung des bürgerlichen Fortschritts waren die Bauern. Zwar war die Leibeigenschaft bereits abgeschafft. Auch hatte sich im Zusammenhang mit den bürgerlichen Umgestaltungen auf dem Lande seit der Jahrhundertwende die Bauernschaft schon stärker, als dies in England und Frankreich vor der bürgerlichen Revolution geschehen war, differenziert. Im Rheinland war eine starke Schicht freier Parzellenbauern entstanden; in Preußen und in anderen Staaten hatte sich ein kleiner Teil, meist Großbauern, von den feudalen Lasten befreit. Doch stand die Masse der deutschen Bauern immer noch in feudaler Abhängigkeit. Zum Haß der feudalunterdrückten Bauern gegen Junker, Adel und absolutistischen Staat kam die tiefe Unzufriedenheit der schon abgelösten Bauern mit dem bisherigen „preußischen Weg" der Bauernbefreiung, die sie mit Boden und Geld an die Junker teuer bezahlen mußten. Die Bauernschaft mußte deshalb in ihrer Gesamtheit auf seiten der Revolution stehen. Ihre Interessen erheischten die revolutionäre Beseitigung des Feudalismus.

Mit dem selbständigen Auftreten des Proletariats am Vorabend der Revolution hatte die antifeudale Opposition eine bedeutende Verstärkung erfahren. Die deutschen Arbeiter waren jedoch erst dabei, sich zu einer Klasse zu formieren. Ihre überwiegende Mehrheit befand sich überdies politisch und ideologisch im Schlepptau der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums. Teilweise beherrschten sie starke zünftlerische Illusionen. Die Masse der Arbeiter stand vor der Revolution noch abseits von der politischen Bewegung. Eine kleine fortgeschrittene Minderheit des deutschen Proletariats hatte sich im Bund der Kommunisten auf der Grundlage des Marxismus zu einer revolutio-

nären Arbeiterpartei zusammengeschlossen. Damit verfügte die Arbeiterklasse als einzige Klasse in Deutschland über eine politische Partei, die ein wissenschaftliches Programm und damit auch Klarheit über die Ziele der Revolution besaß.

Das Klassenkräfteverhältnis war am Vorabend der Revolution von 1848/1849 sehr kompliziert. Die Revolution entsprach objektiv den Interessen des städtischen Kleinbürgertums, der Bauernschaft und auch der Arbeiterklasse. Aber keine dieser Klassen war damals imstande, die Führung in der Revolution zu übernehmen. Diese Aufgabe fiel der Bourgeoisie zu. Die Entfaltung der revolutionären Potenzen des Kleinbürgertums, der Bauernschaft und der Arbeiterklasse hing davon ab, wie die Bourgeoisie im Verlaufe der Revolution ihre historische Pflicht erfüllte.

2. Der Beginn der Revolution

Zu Beginn des Jahres 1848 standen die Sturmzeichen der Revolution über ganz Europa. Der zündende Funke, der die revolutionäre Flamme auf dem europäischen Kontinent entfachte, kam aus Paris. In bewaffneten Barrikadenkämpfen vom 22. bis 24. Februar 1848 hatten die französischen Arbeiter die korrupte bürgerlich-konstitutionelle Monarchie gestürzt und die Proklamierung der Republik am 25. Februar erzwungen. Von Paris aus griff das Feuer der Revolution auf andere Staaten über. Seit Ende Februar kam es in Italien, wo schon Mitte Januar in Palermo ein Volksaufstand ausgebrochen war, in Deutschland, Polen, Böhmen und Ungarn zu revolutionären Erhebungen gegen die feudalen Unterdrücker. Binnen weniger Wochen nahm die revolutionäre Bewegung europäischen Charakter an.

Auf Deutschland hatte die Pariser Februarrevolution die unmittelbarste und nachhaltigste Wirkung. Sie steigerte die revolutionäre Aktivität des Volkes und beschleunigte dadurch den Ausbruch der Revolution. Sie beeinflußte aber auch die Haltung der deutschen Bourgeoisie. Die deutsche Bourgeoisie, die historisch zur Führung der bürgerlichen Revolution berufen war, wurde durch das Auftreten des französischen Proletariats in Angst und Schrecken versetzt. Sie begann die eigene Arbeiterklasse und die übrigen Volksschichten mehr zu

fürchten als die feudale Reaktion.[112] So stellte sie sich nicht an die Spitze der revolutionären Bewegung des Volkes, sondern setzte alles daran, die Revolution zu hemmen.

Ihren Anfang nahm die Revolution in Baden. Sie begann in den letzten Februartagen 1848 unmittelbar nach Eintreffen der Nachricht vom Sieg der Pariser Februarrevolution. Bereits am 27. Februar kam es in Mannheim zu einer großen Volksversammlung, auf der Volksbewaffnung, Pressefreiheit, Schwurgerichte und ein deutsches Parlament gefordert wurden. Diese vier, später als Märzforderungen bezeichneten, politischen Grundforderungen der antifeudalen Oppositionsbewegung wurden zum Panier der deutschen Revolutionserhebung im März 1848. In den folgenden Tagen erfaßte die Bewegung der Kleinbürger, der Vertreter des liberalen Bürgertums und der Arbeiter in rascher Folge Stuttgart, Mainz, Hanau und andere süd- und südwestdeutsche Städte. Am 29. Februar fanden in Stuttgart größere Straßendemonstrationen statt. Seit dem 2. März war München in Aufruhr. Den Versuch der bayrischen Regierung, die Volksbewegung durch Militär niederwerfen zu lassen, beantworteten die Arbeiter, Gesellen und Handwerker mit dem Sturm auf das Münchner Zeughaus. Mehr als 3000 Mann bewaffneten sich und zwangen das Militär zum Rückzug. In Baden, Württemberg, Bayern, vor allem aber in Hessen und Kurhessen, Nassau und in den thüringischen Staaten, griff die revolutionäre Bewegung Anfang März von der Stadt auf das Land über. In ganz Süd- und Südwestdeutschland brachen Bauernaufstände aus. Die Bauern erhoben sich gegen ihre feudalen Standes-, Grund- und Gutsherren, stürmten Schlösser, verbrannten die Akten und erzwangen an vielen Stellen die Aufhebung der noch bestehenden Feudallasten. „Der Bauernkrieg ist förmlich wieder entbrannt. Das schreckliche Losungswort: Krieg den Schlössern! ist bereits durch Einäscherung einer Zahl derselben durch bewaffnete Banden von Bauern zur greuelhaften Wirklichkeit geworden", schrieb am 14. März 1848 die bürgerlich-liberale „Deutsche Zeitung".

Unter dem Druck der machtvollen Aktionen der Handwerker, Arbeiter, Gesellen und Bauern mußte die Reaktion überall zurückweichen. Die alten Regierungen wurden gestürzt und liberale, die sogenannten „Märzministerien", gebildet. Gleichzeitig mußte die Reaktion eine Reihe weiterer politischer Konzessionen machen. Die Zensur wurde abgeschafft, Versammlungs- und Redefreiheit gewährt,

[112] Dokument Nr. 18.

das Wahlrecht proklamiert. Mitte März hatte die Revolution in den deutschen Klein- und Mittelstaaten – in Baden, Bayern, Hannover, Hessen, Sachsen und Württemberg – gesiegt. Die Arbeiter, Tagelöhner und Handwerksgesellen hatten in die ersten revolutionären Kämpfe allerorts aktiv eingegriffen.

Noch aber stand die entscheidende Schlacht bevor. Sie konnte nur in Österreich und Preußen geschlagen werden, wo die deutsche Reaktion ihre eigentlichen Machtzentren hatte. Hier wurde der hervorragende Anteil der Arbeiterklasse an der Revolution auch am deutlichsten sichtbar.

Es war das fortgeschrittene Proletariat der preußischen Rheinprovinz, das mit einer politischen Massendemonstration in Köln wenige Tage nach der Februarrevolution den Entscheidungskampf gegen den stärksten und gefährlichsten reaktionären Staat eröffnete. Die Kölner Gemeinde des Bundes der Kommunisten hatte diese Aktion vorbereitet und leitete sie. Kommunisten standen an der Spitze, als sich am 3. März 1848 fast 5000 Arbeiter und proletarisierte Handwerker vor dem Kölner Rathaus versammelten und in einer Petition demokratische Rechte und Freiheiten verlangten: Gesetzgebung und Verwaltung durch das Volk und allgemeines Wahlrecht, unbedingte Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit, Volksbewaffnung, Schutz der Arbeit und Erziehung aller Kinder auf Staatskosten.[113] Mitglieder des Bundes hatten diese „Forderungen des Volkes" ausgearbeitet und vertraten sie vor dem Kölner Stadtrat. Nur durch brutalen Einsatz von Militär gelang es den reaktionären Gewalten in Köln, die Arbeiterkundgebung zu unterdrücken. Dennoch erlangte sie eine weit über den lokalen Rahmen hinausreichende Bedeutung. Es war die erste große Massenkundgebung der deutschen Arbeiter in der Revolution. Zum erstenmal waren Arbeiter selbständig mit revolutionär-demokratischen Forderungen hervorgetreten und hatten damit bekundet, daß sie nicht gewillt waren, sich von der gemäßigten und kompromißbereiten Bourgeoisie abwiegeln zu lassen.

Die entscheidende Auseinandersetzung bereitete sich jedoch in Berlin vor. Sie wurde wesentlich beschleunigt durch die siegreiche Revolution des Volkes in Wien. Dort wurde am 13. März in bewaffneten Barrikadenkämpfen die österreichische Reaktion, an deren Spitze der Kanzler Fürst Metternich stand, geschlagen. Die Wiener Arbeiter hatten gemeinsam mit den Studenten die Hauptlast des Kampfes ge-

113 Dokument Nr. 19.

tragen. Nicht anders war es in Berlin. Hier war es seit dem 6. März immer öfter zu politischen Demonstrationen und bewaffneten Zusammenstößen mit dem Militär gekommen. An ihnen beteiligten sich die Arbeiter aktiv und meldeten gleichzeitig ihre sozialen Forderungen an.

In Berlin hatte der preußische König versucht, zunächst durch Einsatz von Militär und dann durch einige politische Zugeständnisse – Einberufung des Vereinigten Landtags und Einführung der Pressefreiheit – die revolutionäre Bewegung abzufangen. Während das Bürgertum sich mit den Konzessionen zufriedengab, stellten die Volksmassen Berlins weitergehende Forderungen. Die wichtigste war die nach Abzug des verhaßten Militärs, das von Anfang an rücksichtslos gegen die Demonstrationen vorgegangen war und bis zum 16. März bereits 20 Bürger ermordet hatte. Als allen Forderungen zum Trotz am 18. März erneut Militär eingesetzt wurde, um eine große Volksdemonstration am Berliner Schloß auseinanderzutreiben, und dabei wiederum geschossen wurde, war der bewaffnete Kampf in Berlin unvermeidlich. Es begann die große Berliner Barrikadenschlacht vom 18. März 1848, die zum Höhepunkt der deutschen bürgerlichen Revolution wurde. In allen Straßen der Innenstadt entstanden binnen weniger Stunden zahlreiche Barrikaden. Allein in der Königstraße (der jetzigen Rathausstraße) waren es zwölf. 16 Stunden dauerte der Straßenkampf zwischen Volk und Militär.

In diesem Kampf um Deutschlands Zukunft bewies die deutsche Arbeiterklasse ihre geschichtliche Rolle als Vorkämpfer für Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt. Sie stellte die Hauptmasse der Barrikadenkämpfer. Während die Bourgeoisie sich teilweise feige in ihre Häuser verkroch und bestenfalls ihre Sympathie mit den Revolutionären ausdrückte, warfen die Arbeiter Leib und Leben in die Schanze. Symbol für die Kampfentschlossenheit und den Opfermut der Berliner Arbeiter wurde der Heldentod des jungen Schlosserlehrlings Ernst Zinna, der gemeinsam mit dem jungen Schlosser Heinrich Glasewaldt mit blanker Waffe eine Barrikade gegen preußische Truppen verteidigte. Hervorragend schlugen sich die Maschinenbauarbeiter der Borsigschen Fabrik. Als die ersten modernen Fabrikarbeiter Berlins kämpften sie am organisiertesten und diszipliniertesten. Mehr als zwei Drittel der gefallenen Revolutionäre waren Arbeiter. Die Arbeiterklasse brachte in Berlin wie vorher und nachher an anderen Orten im Kampf gegen die Reaktion die größten Opfer. Sie erwies sich als

konsequentester Verfechter der nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes.

Ohne einheitliche Führung und schlecht organisiert, lieferten die Berliner revolutionären Arbeiter, Seite an Seite mit revolutionären Studenten, Handwerkern und Gewerbetreibenden den zahlenmäßig überlegenen und militärisch gut ausgerüsteten preußischen Truppen eine siegreiche Schlacht. Am Morgen des 19. März mußte der König die geschlagenen und demoralisierten Truppen aus Berlin abziehen. Zum erstenmal in der deutschen Geschichte war der preußische Militarismus vom revolutionären Volk aufs Haupt geschlagen und gedemütigt worden. Es war eine symbolhafte Manifestation dieser tiefen Niederlage des reaktionären Preußentums, daß der preußische König Friedrich Wilhelm IV. unmittelbar nach dem Kampf am 19. März 1848 von den siegreichen Barrikadenkämpfern gezwungen wurde, vor den aufgebahrten gefallenen Revolutionären sein Haupt zu entblößen. Ferdinand Freiligrath hat diese Szene in seinem Gedicht „Die Toten an die Lebenden" einprägsam dargestellt:

So war's! Die Kugel in der Brust, die Stirne breit gespalten,
so habt ihr uns auf schwankem Brett auf zum Altan gehalten!
„Herunter!" – und er kam gewankt – gewankt an unser Bette;
„Hut ab!" – er zog – er neigte sich! (so sank zur Marionette,
der erst ein Komödiante war!) – bleich stand er und beklommen!
Das Heer indes verließ die Stadt, die sterbend wir genommen!
Dann „Jesus meine Zuversicht!" wie ihr's im Buch könnt lesen:
Ein „Eisen meine Zuversicht" wär paßlicher gewesen!

Die Berliner Barrikadenkämpfe vom 18. März 1848 bildeten Höhepunkt und zugleich Abschluß der ersten Etappe der Revolution. Ganz Deutschland war nun von der Revolution erfaßt. Die Allmacht der Feudalklasse war überall gebrochen, die Kraft der Reaktion gelähmt, ihre Aktionsfähigkeit stark eingeschränkt. Aber noch war die Konterrevolution nicht zerschlagen; sie verfügte nach wie vor über entscheidende politische und ökonomische Machtpositionen. Die Armee blieb voll und ganz in ihrer Hand, die reaktionäre Beamtenschaft beherrschte weiter den Staatsapparat, und auf dem Lande besaßen die Junker immer noch ihre riesigen Güter und zwangen die Bauern zu Feudalleistungen. Der Kampf der Volksmassen hatte jedoch der Bourgeoisie den Weg zur Macht geebnet. Wie in den anderen deutschen Staaten, so ging auch in Preußen nach dem 18. März die Regie-

rungsgewalt in die Hände der liberalen Bourgeoisie über. Am 29. März wurde ein neues Ministerium gebildet. An seiner Spitze standen als Ministerpräsident und Finanzminister die Vertreter der rheinischen Großbourgeoisie Ludolf Camphausen und David Hansemann. Gleichzeitig aber hatte sich wie in den anderen deutschen Staaten das Volk bedeutende demokratische Rechte und Freiheiten erkämpft.

Friedrich Engels schrieb über die Ergebnisse der ersten Phase der Revolution: „Die Resultate der Revolution waren: auf der einen Seite die Volksbewaffnung, das Assoziationsrecht, die faktisch errungene Volkssouveränetät; auf der andern die Beibehaltung der Monarchie und das Ministerium Camphausen-Hansemann, d. h. die Regierung der Vertreter der hohen Bourgeoisie. Die Revolution hatte also zwei Reihen von Resultaten, die notwendig auseinandergehen mußten. Das Volk hatte gesiegt, es hatte sich Freiheiten entschieden demokratischer Natur erobert; aber die unmittelbare Herrschaft ging über, nicht in seine Hände, sondern in die der großen Bourgeoisie. Mit einem Wort, die Revolution war nicht vollendet."[114] Die Siege der ersten Etappe waren nur der „Anfang einer langen revolutionären Bewegung"[115], in der, ausgehend von den bereits errungenen Positionen, weitere demokratische Maßnahmen durchgesetzt werden mußten, um die feudalen Verhältnisse vollständig zu beseitigen und jede Möglichkeit einer Restauration der alten Gewalten auszuschalten. Die Revolution mußte weitergeführt werden, bis die freie bürgerlich-demokratische Entwicklung der Nation gesichert war.

Die Bourgeoisie, die in diesem Kampf zur Führung berufen war, verriet jedoch die Revolution. Sie übernahm zwar die Regierungsgewalt, nutzte sie aber nicht im Interesse der Weiterführung der Revolution. Das liberale preußische Ministerium erklärte als Ziel seiner Politik, sich mit der Krone zu verständigen und mit ihr eine Verfassung zu „vereinbaren". Das sollte auch die eigentliche Aufgabe der preußischen verfassunggebenden Versammlung sein, die Anfang Mai gewählt wurde und am 22. Mai 1848 in Berlin zusammentrat. Entsprechend dieser politischen Konzeption tat die Regierung Camphausen-Hansemann auch nichts, um den Verwaltungsapparat und die Armee von reaktionären Elementen zu säubern und die Stützen der preußischen Monarchie zu vernichten. Im Gegenteil, sie leitete Maß-

114 Friedrich Engels: Die Berliner Debatte über die Revolution. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 5, Berlin 1964, S. 64/65.

115 Ebenda, S. 65.

nahmen ein, um mit Hilfe des reaktionären Staatsapparates die vorwärtstreibenden demokratischen Kräfte zu unterdrücken. Die Bourgeoisie wurde so zum „Schild der Dynastie"[116]. Sie hatte mit den Anhängern des gestürzten Systems noch auf den Barrikaden des 18. März ein Bündnis geschlossen.

Infolge des Verrats der Bourgeoisie und ihres Auftretens gegen das Volk ergaben sich trotz der erkämpften demokratischen Rechte und Freiheiten ungünstige Bedingungen für eine siegreiche Vollendung der bürgerlichen Revolution. Das revolutionäre Volk hatte nun in seinem elementaren Streben, die Revolution voranzutreiben, nicht nur gegen die feudale Konterrevolution, sondern auch gegen die mit ihr verbündete und sie stützende Großbourgeoisie anzukämpfen, die die Revolution mit allen Mitteln abzuwürgen suchte und dadurch den Sieg der bürgerlichen Demokratie gefährdete. Die kleinbürgerliche Demokratie, die nach dem Verrat der Großbourgeoisie in die Bresche springen und die Weiterführung der Revolution übernehmen mußte, unternahm zwar in verschiedenen lokalen Zentren und auf regionaler Ebene beachtliche Versuche, diese politische Funktion zu erfüllen, war im ganzen jedoch der ihr nun zufallenden schwierigen Aufgabe nicht gewachsen. Sie versagte vor allem als Führerin im gesamtdeutschen Rahmen. So blieben alle heroischen Anstrengungen des Volkes, die Reaktion in den folgenden Monaten weiter zurückzudrängen und ganz zu zerschlagen, letzten Endes ohne Erfolg. Infolge des Verrats der Bourgeoisie und des Fehlens einer fähigen Führungskraft bewegte sich die bürgerliche Revolution in Deutschland im Unterschied zur französischen Revolution von 1789 bis 1794 auf einer absteigenden Linie. Der 18. März blieb der eigentliche Höhepunkt der ganzen Revolution. Danach setzte eine rückläufige Entwicklung ein.

Für die Arbeiterklasse hatten der Verlauf und das Ergebnis der Märzkämpfe dennoch grundlegende Bedeutung. Die Arbeiter hatten gekämpft und zusammen mit anderen revolutionären Kräften den Sieg über die feudale Reaktion erfochten. Sie waren durch die Ereignisse in den Vordergrund gerückt und begannen sich dank der Erfahrungen in den revolutionären Kämpfen ihrer Kraft und ihrer Rolle bewußt zu werden. Die errungenen demokratischen Rechte und Freiheiten gaben dem deutschen Proletariat erstmalig die Möglichkeit, sich freier zu entfalten und selbständige Arbeiterorganisationen zu bilden.

116 Friedrich Engels: Das Schild der Dynastie. In: Ebenda, S. 57.

3. Die „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland"

Der Bund der Kommunisten hatte sich vom ersten Tage der Revolution an aktiv an der revolutionären Bewegung in den verschiedenen europäischen Ländern beteiligt. Sofort bei Ausbruch der Revolution orientierte die Zentralbehörde des Bundes in London sämtliche Bundesmitglieder darauf, in die auf dem Kontinent beginnende Revolution einzugreifen; sie übertrug gleichzeitig ihre Funktionen an den Brüsseler Kreis, an dessen Spitze Karl Marx und Friedrich Engels standen. Damit übernahmen Marx und Engels zu Beginn der Revolution unmittelbar die Führung des Bundes der Kommunisten.

Allerdings konnte die Zentralbehörde ihre Tätigkeit in Brüssel nicht mehr aufnehmen. Wegen ihres revolutionären Wirkens von den belgischen Behörden schon seit Ende Februar Verfolgungen ausgesetzt, wurden Karl Marx und andere deutsche Kommunisten am 4. März aus Brüssel ausgewiesen. Doch schon einen Tag zuvor hatte die Zentralbehörde beschlossen, ihren Sitz nach Paris zu verlegen. In der soeben gegründeten französischen Republik bestanden zu diesem Zeitpunkt die günstigsten politischen Bedingungen für die Tätigkeit des Bundes. Die zu Tausenden in Paris arbeitenden deutschen Handwerksgesellen boten dem Bund überdies ein breites Wirkungsfeld. Sofort nach Ankunft der führenden Bundesfunktionäre in Paris reorganisierte sich die Zentralbehörde und wählte Karl Marx zu ihrem Vorsitzenden.

Die neue Zentralbehörde begann bereits in den ersten Märztagen ihre politische Arbeit. Es galt vor allem, die deutschen Arbeiter in Paris auf ihre revolutionäre Tätigkeit in Deutschland vorzubereiten. Karl Marx und Friedrich Engels reorganisierten zunächst die Pariser Bundesgemeinden und gründeten gleichzeitig einen politischen Klub der deutschen Arbeiter. Entschieden bekämpften die Kommunisten die Pläne kleinbürgerlich-putschistischer Abenteurer, die den deutschen Arbeitern weiszumachen suchten, daß die Revolution durch eine bewaffnete Invasion von außen nach Deutschland hineingetragen werden müßte, und die sie deshalb für eine „deutsche Legion" zu gewinnen trachteten. Karl Marx und Friedrich Engels überzeugten viele Arbeiter von der Notwendigkeit, einzeln nach Deutschland

zurückzukehren und sich an den Brennpunkten in die revolutionäre Bewegung einzuschalten.

Das wichtigste Ereignis in der Tätigkeit von Karl Marx und Friedrich Engels in Paris war die Herausgabe der „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland". Sie erschienen Ende März 1848 als Flugblatt und waren von den Mitgliedern der Zentralbehörde unterzeichnet. Nachdem durch den Sieg der Märzrevolution neue Bedingungen für den Kampf der fortschrittlichen Kräfte entstanden waren, mußten die weiteren Aufgaben der Revolution bestimmt werden. Den Kommunisten gebührt das historische Verdienst, mit ihren 17 Forderungen Klarheit über die Perspektive und die Ziele der revolutionären Bewegung in Deutschland geschaffen zu haben. In den „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland" konkretisierten Karl Marx und Friedrich Engels die allgemeinen politischen Grundsätze des Kommunistischen Manifests entsprechend der neuen Lage nach den ersten Erfolgen der Revolution. Sie legten dar, was getan werden mußte, um die Revolution zum Siege zu führen.

Weder Bourgeoisie noch Kleinbürgertum, denen eigentlich die Aufgabe zufiel, der Revolution Ziel und Richtung zu geben, erwiesen sich dazu in der Lage. Das bestätigten die programmatischen Erklärungen und Forderungen, mit denen die bürgerlichen Liberalen und die kleinbürgerlichen Demokraten vor und während der Revolution an die Öffentlichkeit traten.

Das Heppenheimer Programm vom Oktober 1847, dem sich die Mehrheit der liberalen Bourgeoisie anschloß, hatte als Weg zur Einigung Deutschlands nicht die radikale Vernichtung der Feudalherrschaft und die Beseitigung der reaktionären Einzelstaaten vorgeschlagen, sondern die allmähliche Ausbildung des von Preußen beherrschten Zollvereins zu einem „deutschen Verein". Ziel der liberalen Politik war eine deutsche konstitutionelle Monarchie unter preußischer Führung und unter Ausschluß Österreichs. Diese „kleindeutsche" Monarchie sollte unter Ausschaltung jeder echten Volksbewegung allein durch friedliche Übereinkunft der Bourgeoisie mit den herrschenden feudalen Machthabern erreicht werden. Daher umging die liberale Bourgeoisie jegliche Forderungen nach vollständiger Entmachtung der reaktionären Junkerklasse und beschränkte sich darauf, einige Zugeständnisse, wie Pressefreiheit, Geschworenengerichte und Verminderung des stehenden Heeres, zu verlangen.

Gegenüber dieser antidemokratischen Grundlinie der liberalen

Politik war das Programm der fortgeschrittenen kleinbürgerlichen Kräfte, das im September 1847 in Offenburg beschlossen wurde, ein demokratisches Programm. Es richtete sich gegen Preußen und Österreich, forderte demokratische Rechte und Freiheiten für das Volk: vollständige Pressefreiheit, unbeschränkte Assoziationsfreiheit, Volksbewaffnung sowie Abschaffung aller Vorrechte, und verlangte die Beseitigung der feudalen Verhältnisse. Doch wurde auch das Programm der kleinbürgerlichen Demokratie den geschichtlichen Aufgaben des Kampfes um einen bürgerlich-demokratischen deutschen Nationalstaat nicht voll gerecht. Zwar traten die kleinbürgerlich-demokratischen Kräfte in ihren programmatischen Erklärungen während der Revolution für die Errichtung einer deutschen Republik ein, doch sollte Deutschland kein Einheits-, sondern ein föderativer Bundesstaat nach schweizerischem Muster werden, in dem die überkommene feudale Kleinstaaterei erhalten blieb.

Die Vertreter des revolutionären deutschen Proletariats waren damals die einzigen, die eine richtige Antwort auf die Lebensfragen der Nation gaben. Mit den „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland" entwickelten die Kommunisten das selbständige proletarische Programm für die demokratische Revolution in Deutschland. Es schloß alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens, Staat und Wirtschaft, Innen- wie Außenpolitik, soziale wie kulturelle Aufgaben ein und war darauf gerichtet, alle fortschrittlichen Kräfte zum Kampf um ein demokratisches Deutschland zu vereinen. Die 17 Forderungen bildeten die Grundlage für das gesamte politische Wirken der proletarischen Vorhut während der Revolution von 1848/1849. Sie gaben darüber hinaus den progressiven Klassen und Schichten in Deutschland für den weiteren Kampf zum Sturz des Feudalismus und zur Durchsetzung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse im 19. Jahrhundert eine klare Konzeption.

An der Spitze seines Revolutionsprogramms forderte der Bund der Kommunisten: „Ganz Deutschland wird zu einer einigen, unteilbaren Republik erklärt."[117] Dies war damals die entschiedenste und weitestgehende Forderung. Die Kommunisten waren die einzigen, die 1848 die vollständige Beseitigung aller Überreste des Partikularismus verlangten. Ihre Forderung richtete sich in erster Linie gegen die Hauptmächte der feudalen Reaktion in Deutschland, gegen Preußen und das

117 Karl Marx/Friedrich Engels: Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland. In: Ebenda, S. 3.

Habsburger Reich. „Auflösung des preußischen, Zerfall des österreichischen Staates, wirkliche Einigung Deutschlands als Republik –", schrieb Engels später, „ein anderes revolutionäres, nächstes Programm konnten wir nicht haben."[118] Karl Marx und Friedrich Engels waren überzeugt, daß die einige demokratische deutsche Republik nur durch das Volk selbst in einem langen und erbitterten revolutionären Ringen mit den inneren und den äußeren Feinden der demokratischen Einigung Deutschlands geschaffen werden kann. In diesem Sinne schrieben sie Anfang Juni 1848 in der „Neuen Rheinischen Zeitung": „Die deutsche Einheit, wie die deutsche Verfassung können nur als Resultat aus einer Bewegung hervorgehen, worin ebensosehr die inneren Konflikte als der Krieg mit dem Osten zur Entscheidung treiben werden. Die definitive Konstituierung kann nicht *dekretiert* werden; sie fällt zusammen mit der Bewegung, die wir zu durchlaufen haben."[119]

Was den Rahmen der Einigung Deutschlands betraf, so verfochten die Kommunisten 1848/1849 einen „großdeutschen" Standpunkt. Doch unterschied sich dieser grundlegend von den Auffassungen jenes Teils der deutschen Bourgeoisie, der die Einheit Deutschlands unter der Führung der Habsburger Monarchie verwirklichen wollte. Marx und Engels erstrebten im Gegenteil die Beseitigung der Habsburger wie der Hohenzollern-Monarchie und den freien demokratischen Zusammenschluß sämtlicher deutschen Gebiete, einschließlich der deutschsprachigen Teile Österreichs, zu einer einheitlichen demokratischen Republik. Die Verwirklichung der großdeutschen Forderung im Sinne von Marx und Engels war 1848/1849 fortschrittlich und revolutionär. Das hätte zur Bildung eines großen fortschrittlichen und demokratischen Nationalstaates im Herzen Europas geführt. Nach der Niederlage der Revolution und vor allem nach dem Krieg zwischen Preußen und Österreich im Jahre 1866, als die Entscheidung über die Hegemonie bei der Einigung Deutschlands zugunsten Preußens gefallen war und Österreich endgültig den Weg einer selbständigen nationalen Entwicklung einschlug, wurde die großdeutsche Lösung reaktionär.

Karl Marx und Friedrich Engels gingen in ihrem Programm vom Wesen der nationalen Frage in der Epoche des aufsteigenden Kapitalismus aus. Ihre Lösung verlangte damals die vollständige Vernichtung

118 Friedrich Engels: Marx und die „Neue Rheinische Zeitung" 1848–1849. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 20.

119 Karl Marx/Friedrich Engels: Programme der radikal-demokratischen Partei und der Linken zu Frankfurt. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 5, S. 42.

der politischen und ökonomischen Macht des Feudalabsolutismus, der einer demokratischen Einigung des Landes im Wege stand. In den folgenden Punkten erläuterten deshalb Marx und Engels, welche Maßnahmen das Volk im einzelnen durchsetzen mußte, um das angegebene Ziel, die einheitliche demokratische Republik, zu erreichen. Die erste Notwendigkeit war eine grundlegende Veränderung der politischen Machtverhältnisse zugunsten der revolutionären Kräfte. Deshalb verlangten die Kommunisten: uneingeschränktes Wahlrecht und Wählbarkeit für alle vom 21. Lebensjahr an, Entschädigung der Volksvertreter, damit auch die Arbeiter im Parlament wirken können, vor allem aber wirkliche Volksbewaffnung, um der militaristischen Konterrevolution wirksam entgegenzutreten. Gleichzeitig sollte das gesamte Rechtswesen umgestaltet und die Gerichtspflege unentgeltlich gehandhabt werden. Eine Umwälzung im Bildungswesen, die Brechung des bisherigen Bildungsmonopols der herrschenden Klassen, verfolgten Marx und Engels mit der Forderung nach Einführung einer allgemeinen, unentgeltlichen Volkserziehung.

Alle diese Forderungen zielten darauf ab, die politische Macht der reaktionären Feudalklasse zu brechen und eine Staatsmacht zu errichten, die sich auf die entschieden demokratischen Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft, die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, das Kleinbürgertum und Teile des demokratischen Bürgertums, stützte. Ihrem Wesen nach sollte dies noch eine bürgerliche Staatsmacht sein; aber es wäre die höchste Stufe der bürgerlichen Demokratie gewesen. Als historische Aufgabe dieser revolutionär-demokratischen Diktatur betrachteten Karl Marx und Friedrich Engels die vollständige Vernichtung des Feudalismus. Die Aufgaben, die Marx 1848 der revolutionären Regierung oder der Diktatur stellte, schrieb W. I. Lenin, liefen „ihrem Inhalt nach vor allem auf eine *demokratische* Umwälzung hinaus: Schutz vor der Konterrevolution und faktische Beseitigung alles dessen, was der Volkssouveränität widerspricht. Und das ist nichts anderes als die revolutionär-demokratische Diktatur."[120]

Ausrottung des Feudalismus bedeutete aber in erster Linie Zerschlagung des feudalen Großgrundbesitzes auf dem Lande. Darum widmeten die Kommunisten der Agrarfrage besondere Aufmerksamkeit. Während die Bourgeoisie ihren natürlichsten Bundesgenossen auf dem Lande bereits in den ersten Wochen der Revolution verriet, forderten

120 W. I. Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution. In: Werke, Bd. 9, Berlin 1964, S. 123/124.

die Vertreter der deutschen Arbeiterklasse in ihrem Programm die unentgeltliche Abschaffung sämtlicher Feudallasten und die entschädigungslose Enteignung des gesamten Großgrundbesitzes. Mit diesen Forderungen entwickelten die Kommunisten als einzige eine revolutionär-demokratische Konzeption zur Lösung der Bauernfrage. Sie richtete sich gegen die reaktionären Adligen und Junker, die soziale Basis des preußischen Militarismus, und hatte die Vernichtung ihrer ökonomischen Machtgrundlagen zum Ziel. Dadurch wären den militaristischen Kräften, die zwei Jahrzehnte später Deutschlands Einigung auf konterrevolutionärem Wege vollzogen, die Machtmittel für ihre reaktionäre Politik entzogen worden. Mit diesem ersten Bauern- und Landarbeiterprogramm der proletarischen Partei wiesen Karl Marx und Friedrich Engels der gesamten Bauernschaft den Weg zu ihrer Befreiung von feudaler Ausbeutung und suchten die Interessen der Bauern mit denen der Revolution zu verbinden. Sie verfolgten gleichzeitig das Ziel, die Bauernschaft von der Bourgeoisie zu lösen und als Bündnispartner des Proletariats zu gewinnen. Damit leiteten sie die Politik des Klassenbündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft ein.

Schließlich forderten Marx und Engels eine tiefgreifende Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse im Bergbau sowie im Transport-, Bank- und Steuerwesen. Die Kommunisten schlugen vor, die Privatbanken, sämtliche Transportmittel sowie alle Gruben und Bergwerke ebenso wie die fürstlichen und anderen feudalen Landgüter in Staatseigentum, das heißt in die Hände der revolutionär-demokratischen Staatsmacht, zu überführen. Diese Nationalisierungsmaßregeln waren konsequent bürgerlich-demokratisch. Sie richteten sich gegen die „Herrschaft der großen Geldmänner“[121], also gegen jene konterrevolutionären Großbourgeois, die mit der feudalen Reaktion paktierten und dadurch den Sieg der bürgerlichen Demokratie in Deutschland bereits gefährdeten. In die gleiche Richtung lief auch die Forderung, Progressivsteuern einzuführen. Die Verwirklichung dieser Maßnahmen hätte die im Rahmen der bürgerlichen Ordnung günstigsten Bedingungen für eine möglichst rasche Vermehrung der gesellschaftlichen Produktivkräfte geschaffen und ermöglicht, sie „im Interesse des *ganzen* Volkes“[122] zu nutzen. Besonderen Nachdruck legten Karl Marx und Friedrich Engels darauf, die soziale Lage der werktätigen Massen, ins-

121 Karl Marx/Friedrich Engels: Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland. In: Marx/Engels, Werke, Bd. 5, S. 4.

122 Ebenda.

besondere der Arbeiterklasse, zu verbessern. Zu diesem Zwecke sollte der demokratische Staat Nationalwerkstätten einrichten, den Arbeitern ein Existenzminimum sichern und die Arbeitsunfähigen versorgen.

Diese weitgehenden revolutionär-demokratischen Forderungen zielten darauf ab, die bürgerliche Revolution konsequent zu Ende zu führen und die errungenen Rechte und Freiheiten für das Volk zu sichern. Sie brachten gleichzeitig das besondere Interesse des Proletariats an einer möglichst entschiedenen bürgerlichen Demokratie zum Ausdruck. Die Verwirklichung dieser Ziele hätte außerordentlich günstige Voraussetzungen für den eigenen Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung geschaffen.

Als Repräsentanten des revolutionären deutschen Proletariats vertraten die Kommunisten mit ihren Forderungen gleichzeitig am besten die Interessen aller fortschrittlichen Klassen der aufstrebenden bürgerlichen Gesellschaft. Die „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland" waren 1848 das Programm aller wirklich revolutionären Kräfte und riefen sie zu gemeinsamem Handeln auf. Dementsprechend hieß es am Schluß der Forderungen: „Es liegt im Interesse des deutschen Proletariats, des kleinen Bürger- und Bauernstandes, mit aller Energie an der Durchsetzung obiger Maßregeln zu arbeiten. Denn nur durch Verwirklichung derselben können die Millionen, die bisher in Deutschland von einer kleinen Zahl ausgebeutet wurden und die man weiter in der Unterdrückung zu erhalten suchen wird, zu ihrem Recht und zu derjenigen Macht gelangen, die ihnen, als den Hervorbringern alles Reichtums, gebührt."[123]

Die Verwirklichung dieser Ziele der Kommunisten hätte Deutschland auf den Weg einer freien demokratischen Entwicklung geführt und dem deutschen Volk wie seinen Nachbarvölkern unermeßliches Unheil erspart. Mit den 17 Forderungen entwickelten die Kommunisten konkret die selbständige nationale Politik der deutschen Arbeiterklasse.

Ausgerüstet mit einem solchen klaren politischen Programm für die demokratische Revolution, kehrten Anfang April 1848 mehrere hundert revolutionäre deutsche Arbeiter, unter ihnen zahlreiche deutsche Kommunisten, nach Deutschland zurück. Auch Karl Marx und Friedrich Engels und die anderen führenden Kräfte des Bundes der Kommunisten verließen Paris. Der Bund verlegte den Schwerpunkt seiner

[123] Ebenda, S. 4/5.

Tätigkeit nach Deutschland. Mit der Rückkehr deutscher Kommunisten und anderer geschulter revolutionärer Arbeiter erhielten die revolutionären Kräfte in Deutschland eine bedeutende Verstärkung.

4. Die Arbeiter im Kampf um die Weiterführung der Revolution von März bis Juni 1848. Die elementaren Organisationsbestrebungen der Arbeiterklasse und das Wirken der Kommunisten in den ersten Monaten der Revolution

Nach dem Sieg der Märzerhebungen in ganz Deutschland begann die zweite Etappe der Revolution. Sie reichte von der zweiten Märzhälfte bis Ende Juni 1848. In dieser Zeit bestand im Ringen zwischen Revolution und Konterrevolution ein relativ labiles Gleichgewicht. Das revolutionäre Volk, die städtischen Kleinbürger, die Bauern und die Arbeiter, unternahm große Anstrengungen, um die im März eingeleitete Revolution weiterzutreiben und eine Entscheidung im Interesse des demokratischen Fortschritts der Nation zu erreichen. Die in der Märzrevolution angeschlagene feudale Konterrevolution, deren völlige Vernichtung nun auf der Tagesordnung stand, setzte demgegenüber alles daran, die ihr verbliebenen Machtpositionen zu erhalten und ihre Kräfte wieder zu sammeln, um sich für den Entscheidungskampf vorzubereiten. Sie agierte mehr oder weniger im Hintergrund und konnte sich dabei auf die die Regierungsgewalt ausübende Großbourgeoisie stützen.[124] Diese wollte zwar durch Übereinkunft mit der feudalabsolutistischen Reaktion ein bürgerlich-konstitutionelles System einführen, trat aber rücksichtslos allen energischen Versuchen der revolutionären Massen entgegen, konsequent demokratische Umwälzungen zu erzwingen, durch die erst die bürgerliche Demokratie feste und sichere Grundlagen erhielt.

Auf dem Boden der erkämpften demokratischen Rechte und Freiheiten nahm die demokratische Volksbewegung in dieser Etappe zunächst einen weiteren Aufschwung. In sie wurden auch die deutschen Arbeiter hineingerissen. Die Revolution hatte Massen von Arbeitern zum politischen Leben erweckt; sie bezog sie zum ersten Male in politische Kämpfe ein und förderte die Entwicklung ihres Klassenbewußt-

[124] Dokument Nr. 24.

seins. Mutig und selbstlos beteiligten sich viele Arbeiter an den erneut einsetzenden politischen Kämpfen zur Weiterführung der Revolution. In den ersten großen Kundgebungen, die Ende März 1848 in Berlin und anderen Städten Deutschlands stattfanden, stellten die Arbeiter die Masse der Teilnehmer; sie erhoben die weitestgehenden politischen und sozialen Forderungen. Die demokratischen Vereine, die seit Ende März in ganz Deutschland entstanden, stützten sich vor allem auf sie. So rekrutierte sich in den kleinbürgerlich-demokratischen Organisationen Sachsens, den Vaterlandsvereinen, in vielen Städten die Hälfte der Mitglieder aus Arbeitern. Die Arbeiter in den Städten bildeten die Hauptkraft der demokratischen Bewegung.

Viele politisch aktive Arbeiter beteiligten sich im April 1848 an den Vorbereitungen zu den Wahlen für die deutsche Nationalversammlung und die preußische verfassunggebende Versammlung. Dabei hatten sie gegen die undemokratischen Wahlrechtsbeschränkungen zu kämpfen: vor allem gegen das indirekte Wahlrecht, den Wahlzensus und den Ausschluß vieler Proletarier von der Wahl. In den zahlreichen Protestaktionen, die von den kleinbürgerlichen Demokraten in Berlin, Frankfurt (Main), Hanau, Offenbach und anderen Orten organisiert wurden, standen die fortgeschrittenen Teile der Arbeiterklasse an erster Stelle. In Berlin versammelten sich am 10. April 12 000 Arbeiter, Handwerker und Studenten zu einer gewaltigen Volksdemonstration für direkte Wahlen. Den entscheidenden Schlag gegen die Wahlrechtsbeschränkungen sollte eine Protestdemonstration in Berlin am 20. April führen. Sie scheiterte jedoch an der Wankelmütigkeit des Kleinbürgertums. Wie in Preußen, so blieben auch in anderen Staaten die Aktionen zur Beseitigung der undemokratischen Wahlrechtsbestimmungen erfolglos. Dennoch ließen sich viele wahlberechtigte Arbeiter nicht davon abhalten, bei den indirekten Wahlen Anfang Mai 1848 den demokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Sie bewiesen in dieser Situation ein hohes politisches Verantwortungsbewußtsein.

Die Mitglieder des Bundes der Kommunisten hatten sich sofort nach ihrer Ankunft in Deutschland an der demokratischen Wahlbewegung beteiligt und entsprechend den 17 Forderungen für eine Teilnahme der Arbeiter an den Wahlen und die Unterstützung der Demokraten gewirkt. In Köln bekämpften Karl Marx und Friedrich Engels aufs schärfste die sektiererischen Auffassungen des Leiters des Arbeitervereins, Andreas Gottschalk, der die Arbeiter vom politischen Kampf abzuhalten suchte und eine Beteiligung an den indirekten Wahlen ab-

lehnte. In gleicher Weise wirkten auch die anderen Kommunisten in Berlin, Frankfurt (Main), Hanau, Koblenz, Leipzig, Mainz, Regensburg und anderen Orten. Besonders erfolgreich war Wilhelm Wolff in Schlesien. Durch unermüdliche Agitation unter den Breslauer Arbeitern gelang es ihm, einigen entschiedenen Demokraten zum Wahlsieg zu verhelfen. Er selbst wurde in seinem schlesischen Heimatwahlkreis Neumarkt-Striegau zum stellvertretenden Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung gewählt.

Die aus den Wahlen hervorgegangenen Parlamente traten im Mai 1848 zusammen, die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt (Main) am 18. Mai, die preußische verfassunggebende Versammlung in Berlin vier Tage darauf, am 22. Mai. Beide Parlamente waren revolutionären Ursprungs und eine große demokratische Errungenschaft. Doch herrschten in beiden Versammlungen nicht die Vertreter der revolutionären Kräfte des Volkes. Die Mehrheit der Abgeordneten stellten die gemäßigten bürgerlichen Liberalen, denen eine Übereinkunft mit der Reaktion höher stand als die Verwirklichung der demokratischen Ziele der Revolution. Die Demokraten waren in der Minderheit. In beiden Parlamenten saß kein einziger Arbeiter.

Von der Frankfurter Nationalversammlung erwartete das deutsche Volk entscheidende Maßnahmen. Über die Aufgaben dieses Parlaments schrieb Friedrich Engels im ersten Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung" am 1. Juni 1848: „Das deutsche Volk hatte sich in den Straßen fast aller großen und kleinen Städte des Landes und speziell auf den Barrikaden von Wien und Berlin seine Souveränetät erobert. Es hatte diese Souveränetät in den Wahlen zur Nationalversammlung ausgeübt. Der erste Akt der Nationalversammlung mußte sein, diese Souveränetät des deutschen Volkes laut und öffentlich zu proklamieren. Ihr zweiter Akt mußte sein, die deutsche Verfassung auf Grundlage der Volkssouveränetät auszuarbeiten und aus dem faktisch bestehenden Zustande Deutschlands alles zu entfernen, was dem Prinzip der Volkssouveränetät widersprach. Während ihrer ganzen Session mußte sie die nötigen Maßregeln ergreifen, um alle Reaktionsversuche zu vereiteln, um den revolutionären Boden, auf dem sie steht, zu behaupten, um die Errungenschaft der Revolution, die Volkssouveränetät, vor allen Angriffen sicherzustellen."[125] Doch das Frankfurter Parlament tat nichts von alledem. Statt als „revolutionär-aktive Versammlung"

[125] Friedrich Engels: Die Frankfurter Versammlung. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 5, S. 14.

die notwendigen Schritte zu tun und sich zum „Zentralorgan der revolutionären Bewegung“[126] zu erklären, machte die Frankfurter Versammlung parlamentarische Schulübungen und ließ die Regierungen handeln.

Ebensowenig erfüllte das Berliner Parlament seine historischen Aufgaben. Nach dem Willen seiner liberalen Mehrheit sollte es lediglich eine preußische Verfassung ausarbeiten und mit der Krone „vereinbaren“. Die Massen machten ihrer Enttäuschung über das Versagen der Berliner „Vereinbarerversammlung“ Luft, als sich die Mehrheit der Abgeordneten gegen die Anerkennung der Revolution vom 18. März aussprach und damit offiziell die Revolution verleugnete. Am 14. Juni 1848 stürmten die Berliner Arbeiter das Zeughaus, um die bisher von der Bourgeoisie verhinderte allgemeine Volksbewaffnung zu erzwingen und sich selbst Waffen zu verschaffen. Die spontane Aktion wurde von preußischen Truppen rasch niedergeworfen. Sie war jedoch in dieser Phase der Revolution der bedeutendste Versuch, die revolutionäre Entwicklung voranzutreiben. Karl Marx und Friedrich Engels nannten den Zeughaussturm das erste Wetterleuchten der zweiten Revolution.[127]

Wie in den ersten Schlachten gegen die Reaktion, so erwies sich die Arbeiterklasse auch in den vielfältigen Aktionen zur Weiterführung der Revolution als die entschiedenste und tatkräftigste Vorkämpferin für die Demokratie. Doch traten die deutschen Arbeiter in diesen Kämpfen noch nicht als selbständige politische Kraft auf. Die spontane Bewegung des Proletariats, soweit sie politischen Charakter trug, ging in der allgemein-demokratischen Bewegung der Volksmassen auf, die unter Führung der kleinbürgerlichen Demokratie stand. Die deutschen Arbeiter, politisch noch gänzlich unerfahren und ohne gehörigen organisatorischen Rückhalt, gerieten bei Ausbruch der revolutionären Kämpfe unausweichlich zunächst unter den politischen und ideologischen Einfluß der kleinbürgerlichen Demokratie.

Gleichzeitig brach in der Revolution in bisher nicht gekanntem Ausmaß der tiefe Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat hervor. Von Beginn der Revolution an traten die Arbeiter selbständig mit Forderungen hervor, die auf eine Verbesserung ihrer sozialen Lage

126 Karl Marx/Friedrich Engels: Programme der radikal-demokratischen Partei und der Linken zu Frankfurt. In: Ebenda, S. 40/41.

127 Karl Marx/Friedrich Engels: Die Vereinbarungsversammlung vom 15. Juni. In: Ebenda, S. 79.

abzielten, und führten zur Durchsetzung dieser Forderungen zum ersten Male umfangreiche wirtschaftliche Kämpfe.

Bereits Mitte März erhoben sich Tausende Solinger Arbeiter aus der dortigen Kleineisenindustrie und fegten in einem Aufstand das im bergischen Land weit verbreitete Trucksystem beiseite. Größere Arbeiterunruhen, die teilweise noch Züge der Maschinenstürmerei aufwiesen, brachen zur selben Zeit auch in Elberfeld, in Kassel, in der Umgebung von Mainz, in Mülheim (Ruhr) und im niederrheinischen Wesel aus. In Berlin kam es seit Ende März wiederholt zu spontanen Demonstrationen hungernder Arbeiter, bei denen vor allem die Erdarbeiter von den Rehbergen hervortraten.[128] Diese spontanen Arbeitererhebungen in den Städten richteten sich gegen die kapitalistische Ausbeutung.

Auf dem Lande erhoben sich im April und Mai 1848 in Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und von Mai bis August vor allem in Mecklenburg erstmals große Teile des Landproletariats gegen das junkerlich-kapitalistische Ausplünderungssystem. Zur Verbesserung ihres unvorstellbar elenden Tagelöhnerdaseins forderten die aufständischen Landarbeiter neben Lohnerhöhung, Steuerminderung und Arbeitszeitregulierung vor allem die Übergabe von Land in ihre Hände.

Den Höhepunkt erreichten die ökonomischen Kämpfe mit der organisierten Streikbewegung der städtischen Arbeiter. In der Revolution von 1848/1849 wandten deutsche Arbeiter zum ersten Male in größerem Umfang den Streik erfolgreich als Waffe zur Durchsetzung ihrer sozialen Ziele an und sammelten dabei wichtige Erfahrungen. An der Spitze dieser Streikkämpfe standen allerdings noch nicht die Fabrikarbeiter, sondern die Handwerksgesellen. Die Streikbewegung begann Ende März 1848 und dauerte bis Ende Mai. Zentren dieser Streiks waren vor allem die größeren Städte. Neben Berlin, dessen Arbeiter und Handwerksgesellen mit rund 15 organisierten Streikaktionen an erster Stelle standen, wurden insbesondere Breslau, Frankfurt (Main), Hamburg, Köln und München erfaßt. Im Mittelpunkt standen Forderungen nach Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden. Diese erste größere Streikwelle in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung endete Anfang Juni 1848. In den folgenden Monaten kam es nur noch vereinzelt zu wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter.

Das wichtigste Ergebnis der wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter war die Bildung zahlreicher lokaler Gewerkvereine. Die Gründung

[128] Dokument Nr. 20 und 23.

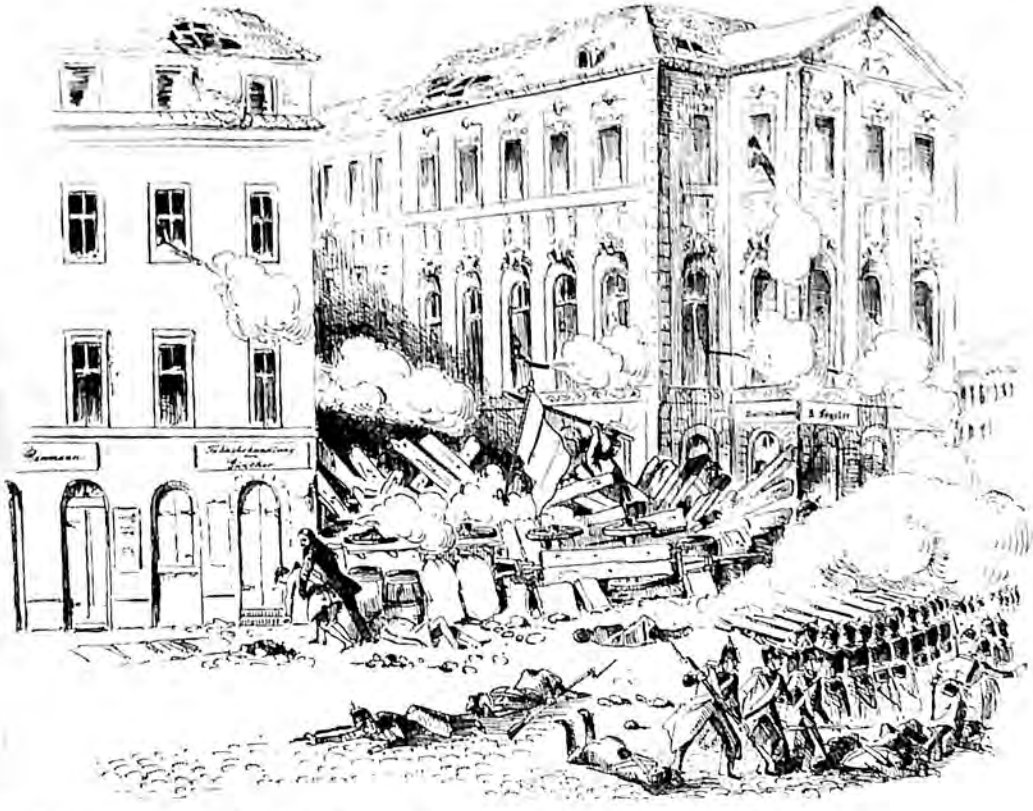
solcher Organisationen bedeutete einen gewaltigen Fortschritt in der Entwicklung des deutschen Proletariats zur selbständigen Klasse. Darin kam der elementare Drang der Arbeiter, den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung selbst organisiert zu führen, zum Ausdruck. Die Bemühungen der neugebildeten Gewerkvereine galten in erster Linie der Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter; doch verbanden sie damit sehr oft politische Forderungen nach gleichberechtigter Stellung der Arbeiter im bürgerlichen Staat. In den gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen der deutschen Arbeiter während der Revolution verquickten sich soziale und wirtschaftliche Forderungen mit politischen Zielen, die in den ersten Monaten jedoch selten über kleinbürgerlich-demokratische Vorstellungen hinausgingen. Die Zentren, in denen proletarische Organisationen gewerkschaftlichen Charakters entstanden, waren die ostelbischen Gebiete Preußens sowie Sachsen und die mitteldeutschen Staaten.

Auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse auf lokaler Ebene kam es im Verlauf der Revolution in zwei Berufszweigen erstmalig zur Bildung gesamtnationaler Gewerkschaftsverbände. Mitte Juni 1848 wurde auf einem Kongreß der Buchdruckergehilfen in Mainz, auf dem 44 Delegierte rund 10 000 Druckereiarbeiter aus 90 deutschen Städten vertraten, ein National-Buchdruckerverein gegründet. Der wichtigste Beschluß des Kongresses war die Festlegung eines Arbeitstarifes, der für ganz Deutschland gelten und mit den Druckereibesitzern vereinbart oder bei deren Ablehnung durch Streik erzwungen werden sollte. Der Versuch der Buchdruckergehilfen, der Weigerung der Druckereibesitzer im August 1848 durch einen gleichzeitigen Streik in allen Städten Deutschlands zu begegnen, scheiterte; es blieb bei einigen erfolglosen lokalen Streiks. Diese Niederlage führte zum Zerfall des National-Buchdruckervereins. Der andere Verband, die Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands, entstand Ende August/Anfang September 1848 auf einer Berliner Zusammenkunft der deutschen Zigarrenarbeiter. Seine Hauptforderungen waren die Einführung fester Tarife und eines Schiedsgerichts. Der Assoziation gehörten binnen kurzem Mitglieder aus 60 Orten an. Sie hatte wesentlich längeren Bestand und spielte noch nach der Revolution eine bedeutende Rolle.

Die Mehrheit der gewerkschaftlich orientierten Arbeitervereine beschränkte sich auf rein ökonomische Ziele und vernachlässigte den politischen Kampf oder ignorierte ihn gar. Das war ein schwerwiegender



Angriff der Dragoner
auf die vor dem Schloß
versammelte Berliner Bevölkerung,
18. März 1848



Kampf um die Barrikade an der Neuen Königsstraße in Berlin, 18. 19. März 1848



Ernst Zinna und Wilhelm Glasewaldt verteidigen die Barrikade
an der Ecke Jäger-/Friedrichstraße, 18. März 1848

Forderungen
der
Kommunistischen Partei
in
Deutschland.

„Proletarier aller Länder vereinigt Euch!"

1. Ganz Deutschland wird zu einer einzigen, unheilbaren Republik erklärt.

2. Jeder Deutsche, der 21 Jahre alt, ist Wähler und wählbar, vorausgesetzt daß er keine Kriminalstrafe erlitten hat.

3. Die Volksvertreter werden besoldet, damit auch der Arbeiter im Parlament des deutschen Volkes sitzen könne.

4. Allgemeine Volksbewaffnung. Die Armeen sind in Zukunft zugleich Arbeiter-Armeen, so daß das Heer nicht bloß verzehrt, was Früchte, verzehrt, sondern noch mehr produziert, als zum Unterhaltungsaufwand nötig.

Dies ist außerdem ein Mittel zur Organisation der Arbeit.

5. Die Gerechtigkeitspflege ist unentgeltlich.

6. Alle Feudallasten, alle Abgaben, Frohnden, Zehnten, ꝛc., die bisher auf dem Landvolke lasteten, werden ohne irgend eine Entschädigung abgeschafft.

7. Die fürstlichen und andern feudalen Landgüter, alle Bergwerke, Gruben, u. s. w., werden in Staatseigenthum umgewandelt. Auf diesen Landgütern wird der Ackerbau im Großen und mit den modernsten Hülfsmitteln der Wissenschaft zum Vortheil der Gesammtheit betrieben.

8. Die Hypotheken auf den Bauerngütern werden für Staatseigenthum erklärt. Die Interessen für jene Hypotheken werden von den Bauern an den Staat gezahlt.

9. In den Gegenden, wo das Pachtwesen entwickelt ist, wird die Grundrente oder der Pachtschilling als Steuer an den Staat gezahlt.

Alle diese unter 6, 7, 8 und 9 angegebenen Maaßregeln werden gefaßt, um öffentliche und andere Lasten der Bauern und kleinen Pächter zu vermindern, ohne die zur Bestreitung der Staatskosten nöthigen Mittel zu schmälern und ohne die Produktion selbst zu gefährden.

Der eigentliche Grundeigenthümer, der weder Bauer noch Pächter ist, hat an der Produktion gar keinen Antheil. Seine Konsumtion ist daher ein bloßer Mißbrauch.

10. An die Stelle aller Privatbanken tritt eine Staatsbank, deren Papier gesetzlichen Kurs hat.

Diese Maßregel macht es möglich, das Kreditwesen im Interesse des ganzen Volks zu regeln und untergräbt damit die Herrschaft der großen Geldmänner. Indem sie nach und nach Papiergeld an die Stelle von Gold und Silber setzt, verwohlfeilert sie das unentbehrliche Instrument des bürgerlichen Verkehrs, das allgemeine Tauschmittel, und erlaubt, das Gold und Silber nach außen hin wirken zu lassen. Diese Maaßregel ist schließlich nothwendig, um die Interessen der konservativen Bourgeois an die Revolution zu knüpfen.

11. Alle Transportmittel: Eisenbahnen, Kanäle, Dampfschiffe, Wege, Posten, ꝛc., nimmt der Staat in seine Hand. Sie werden in Staatseigenthum umgewandelt und der unbemittelten Klasse zur unentgeltlichen Verfügung gestellt.

12. In der Besoldung sämmtlicher Staatsbeamten findet kein anderer Unterschied statt, als der, daß diejenigen mit Familie, also mit mehr Bedürfnissen, auch ein höheres Gehalt beziehen als die Uebrigen.

13. Völlige Trennung der Kirche vom Staate. Die Geistlichen aller Konfessionen werden lediglich von ihrer freiwilligen Gemeinde besoldet.

14. Beschränkung des Erbrechts.

15. Einführung von starken Progressivsteuern und Abschaffung der Konsumtionssteuern.

16. Errichtung von Nationalwerkstätten. Der Staat garantirt allen Arbeitern ihre Existenz und versorgt die zur Arbeit Unfähigen.

17. Allgemeine, unentgeltliche Volkserziehung.

Es liegt im Interesse des deutschen Proletariats, des kleinen Bürger- und Bauernstandes, mit aller Energie an der Durchsetzung obiger Maaßregeln zu arbeiten. Denn nur durch Verwirklichung derselben können die Millionen, die bisher in Deutschland von einer kleinen Zahl ausgebeutet wurden und die man weiter in der Unterdrückung zu erhalten suchen wird, zu ihrem Recht und zu derjenigen Macht gelangen, die ihnen, als den Hervorbringern alles Reichthums, gebührt.

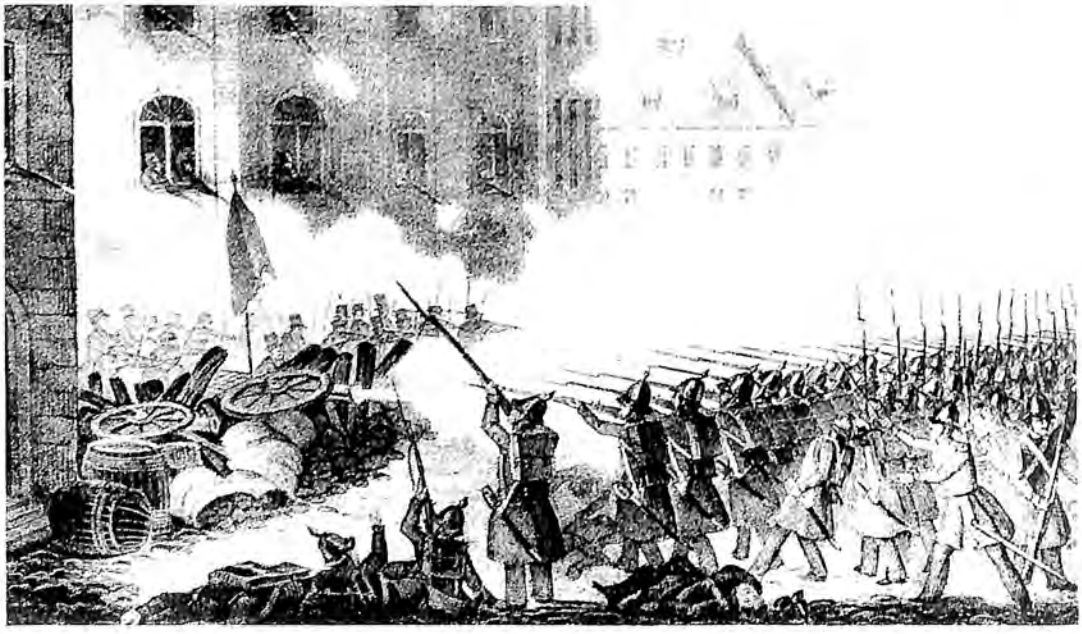
Das Comité:

Karl Marx. Karl Schapper. H. Bauer. F. Engels.
J. Moll. W. Wolff.

Forderungen
der Kommunistischen Partei
in Deutschland. März 1848



Kinder gießen für Barrikadenkämpfer in Berlin Kugeln, März 1848



Konterrevolutionäre Truppen greifen die Barrikade
am Berliner Alexanderplatz an, März 1848



Der König von Preußen wird gezwungen, die auf dem Schloßhof zu Berlin aufgebahrten Märzgefallenen zu ehren

Neue Rheinische Zeitung.

Organ der Demokratie

No 1. Köln, Donnerstag, 1. Juni 1848.

Die „Neue Rheinische Zeitung" erscheint vom 1. Juni an täglich.

Der Abonnementspreis beträgt: Für das Vierteljahr in Köln 1 Thlr. 15 Sgr., für alle übrigen Orte Preußens 2 Thlr. [illegible]

Das Abonnement für den Monat Juni kann nur unter gleichzeitiger Bestellung des nächsten Quartals (Juli, August, September) geschehen. [illegible] Für Köln 2 Thlr.; auswärts 2 Thlr. 25 Sgr.

Man abonnirt bei allen Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes; — für Köln in der Expedition der Zeitung bei Hrn. W. Clouth, St. Agatha 12, Köln.

[illegible]

Insertionsgebühren.

Für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum . . . . . 1 Sgr. 6 Pf.

Die Expedition der „Neuen Rheinischen Zeitung."

Das Erscheinen der Neuen Rheinischen Zeitung war ursprünglich auf den ersten Juli festgesetzt. Die Arrangements mit den Correspondenten ꝛc. waren auf diesen Termin getroffen.

Da jedoch bei dem erneuten frechen Auftreten der Reaktion deutsche Septembergesetze in naher Aussicht stehen, so haben wir jeden freien Tag benutzen wollen, und erscheinen schon mit dem ersten Juni. Unsre Leser werden es uns also nachsehen müssen, wenn wir in den ersten Tagen an Nachrichten und mannigfaltigen Correspondenzen noch nicht das reichhaltige Material liefern, wozu unsere ausgedehnten Verbindungen uns befähigen. In wenig Tagen werden wir auch hierin allen Anforderungen genügen können.

Redaktions-Comité.

Karl Marx, Redakteur en Chef.
Heinrich Bürgers,
Ernst Dronke,
Friedrich Engels,
Georg Weerth,
Ferdinand Wolff,
Wilhelm Wolff, } Redakteure.

Uebersicht.

[illegible]

Amtliche Nachrichten.

[illegible]

Bekanntmachung.

[illegible]

Deutschland.

[illegible]

Humoristische Skizzen aus dem deutschen Handelsleben.

Von Georg Weerth.

Der Herr Preiß in Nöthen.

[illegible]

Die erste Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung"

Redaktionskomitee
der
„Neuen Rheinischen
Zeitung"



Karl Marx, Chefredakteur



Heinrich Burgers



Ernst Dronke



Friedrich Engels

Georg Weerth



Ferdinand Freiligrath

Wilhelm Wolff





Zeitung

des Arbeiter-Vereines zu Köln.

Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit.

Herausgegeben unter Verantwortlichkeit des Vorsitzenden.

Verleger und Drucker: J. A. Mermet, Gürzenichstraße Nr. 40—42.

Die Zeitung des Arbeiter-Vereines erscheint in zwanglosen Nummern, doch nicht öfter als einmal in der Woche. Preis jeder Nummer 6 Pfennige. Partheienweise billiger.

№ 1. **Köln**, Sonntag den 23. April **1848.**

Arbeiter!

Eure Brüder in den Hauptstädten Deutschlands und Frankreichs haben den Opfertod für die Freiheit nicht gescheut, haben heldenmüthig für Euch Alle gekämpft, gesiegt. — An Euch ist es jetzt, diesen Sieg zu benutzen und Euch würdig zu zeigen Eurer tapfern Brüder und der Freiheit, für die sie in den Tod gegangen!

Arbeiter aller Gewerbe, die Ihr kummerlich von dem Werke Eurer Hände lebt, halter fest zusammen! Vereinigt Euch zur Berathung Eurer Interessen! Keine despotische Gewalt hindert Euch mehr, Eure Angelegenheiten gemeinsam zu besprechen, Eure Beschwerden öffentlich vorzubringen und Männer aus Eurer Mitte zu wählen, welche das Recht haben, Gesetze im Interesse der Arbeiter zu geben, damit auch Eure Klasse endlich ihren gerechten Antheil erlange an den Früchten des Lebens, die sie selbst hervorbringt!

In vielen Städten Deutschlands haben sich bereits zu diesem Zwecke Arbeiter-Vereine gebildet, welche mit einander in Verbindung treten, und auch hier, es wird Euch gewiß nicht unbekannt geblieben sein, auch hier in Köln haben sich schon zu gleichem Zwecke viele Arbeiter aus allen Gewerben brüderlich die Hand gereicht und einen Verein gegründet, dessen Losung ist: **Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit.** Ihm schließt Euch alle an in Eurem, in des Vaterlandes Interesse!

Im Namen des Arbeitervereins zu Köln:
Vorsitzender und Stellvertreter.

Sämmtliche Gewerke Kölns werden hiermit aufgefordert, dem Arbeiter-Vereine beizutreten und sich noch im Laufe der Woche aufnehmen zu lassen, damit sie sich an der definitiven Comitéwahl und an mehrern andern wichtigen Berathungen betheiligen konnen, welche der Arbeiterverein zu Koln in seiner zweiten Generalversammlung am Ostermontag um zwei Uhr Nachmittags im Saale Gürzenich vornehmen wird.

Köln. — Am 13. April 1848 fand in dem Lokale des Herrn Simon in der Mühlengasse die erste Versammlung des von Herrn Dr. Gottschalk gegründeten demokratisch-socialistischen Clubs Statt, wozu sich ungefähr dreihundert Theilnehmer, meist aus dem Arbeiter- und Handwerkerstande eingefunden hatten. Herr Dr. Gottschalk eröffnete die Versammlung, indem er in einer längeren Rede darlegte, daß die arbeitende Klasse, die sich am zahlreichsten bei der Begründung eines socialistischen Clubs eingefunden, dadurch wiederum bekundet habe, daß die Beseitigung der gesellschaftlichen Mißstände die Sicherstellung der Arbeit und dadurch des Lebens f sie und also auch die ganze menschliche Gesellschaft höchsten, die wichtigsten Interessen seien. Er könne d nur billigen im Interesse des Ganzen selbst; denn gesellschaftlichen Verhältnisse von Reich und Arm, A und Lohn u. s. w. bedingen ebenso sehr die politische staltung eines Landes, als die politische Freiheit die lösung vom Elende möglich mache. Der Club soll zunächst mit den Interessen der arbeitenden Klasse

Die erste Nummer der Zeitung des Kölner Arbeitervereins

Mangel. Denn gerade in der Revolution war es im Interesse der Nation und der Entwicklung des eigenen proletarischen Befreiungskampfes entscheidend, daß sich die Arbeiter an den politischen Kämpfen zur Vollendung der bürgerlich-demokratischen Umwälzung beteiligten. „Die deutschen Arbeiter hatten vor allen Dingen diejenigen Rechte zu erkämpfen, die ihnen zu ihrer selbständigen Organisation als Klassenpartei unumgänglich waren: Freiheit der Presse, der Vereinigung und Versammlung – Rechte, die die Bourgeoisie im Interesse ihrer eigenen Herrschaft hätte erkämpfen müssen, die sie selbst aber in ihrer Angst den Arbeitern jetzt streitig machte."[129]

Eine wesentlich höhere Stufe erreichte das elementare Streben der Arbeiterklasse nach Selbständigkeit in der Bildung politischer Arbeitervereine. Seit Ende März schufen sich die fortgeschrittensten deutschen Arbeiter in den meisten größeren und in vielen kleineren Städten Deutschlands wie in Berlin, Breslau, Chemnitz, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt (Main), Hamburg, Hamm, Hanau, Hannover, Köln, Königsberg, Leipzig, Mainz, Offenbach und Wiesbaden neben den demokratischen Vereinen gesonderte Arbeiterorganisationen. Diese gingen oft direkt aus den politischen Kämpfen hervor und bildeten sich im Rahmen der Organisationsbestrebungen der allgemein-demokratischen Bewegung. Im Unterschied zu den Gewerkvereinen standen in diesen Vereinen von Beginn an die politischen Ziele im gemeinsamen Kampf der demokratischen Kräfte zur Vollendung der Revolution im Vordergrund. Freilich war der Grad der politischen Selbständigkeit auch dieser Arbeiterorganisation gering. Ihre überwiegende Mehrheit segelte zunächst noch ganz im Fahrwasser der kleinbürgerlichen Demokratie. An die Spitze der lokalen Arbeitervereine traten in den meisten Orten kleinbürgerliche Demokraten, denen es gelang, das Streben der Arbeiter nach selbständigem organisatorischen Zusammenschluß in kleinbürgerliche Bahnen zu lenken und den begrenzten politischen Zielen des Kleinbürgertums unterzuordnen.

In den Prozeß der Entstehung einer politischen Massenbewegung des deutschen Proletariats griffen die heimkehrenden Mitglieder des Bundes der Kommunisten mit all ihrer Kraft ein. Überall beteiligten sie sich in vorderster Reihe am revolutionären Kampf aller Demokraten um eine Weiterführung der Revolution. Sie organisierten Volksversammlungen, traten darin als Redner auf, erläuterten in de-

[129] Friedrich Engels: Marx und die „Neue Rheinische Zeitung" 1848–1849. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 18.

mokratischen Vereinen die revolutionären Aufgaben und leisteten vor allem bei der Vorbereitung der Wahlen eine umfangreiche Aufklärungsarbeit unter den Arbeitern und den anderen revolutionären Kräften. Tag und Nacht waren sie unterwegs und wußten oft nicht, wo ihnen vor der Fülle der Aufgaben der Kopf stand. „Wäre ich nicht auf allen Seiten wie ein Hund gehetzt", schrieb Wilhelm Wolff, der engste Kampfgefährte von Marx und Engels, am 18. April 1848 aus Breslau an die Zentralbehörde, „das heißt, wären wir nicht in Verhältnissen, wo man sich zwanzigfach zerteilen möchte, um an mehreren Orten zugleich zu wirken, so würde ich Euch die hiesigen Verhältnisse, die Stellung der Parteien und so weiter näher schildern. Allein ich muß zum Schluß eilen, um in mehreren Wahlbezirken Vorversammlungen der Arbeiter behufs der Wahlen der Wahlmänner zustande zu bringen und Tag und Stunde zu regulieren."[130]

Da eine konsequente Fortführung der Revolution in hohem Maße vom Auftreten der Arbeiterklasse abhing, richteten die Kommunisten ihr Augenmerk darauf, die proletarischen Kräfte zu organisieren. Ihre Tätigkeit wurde dadurch begünstigt, daß sie mit der Einführung bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten in Deutschland erstmals die Möglichkeit hatten, ihre Politik öffentlich zu vertreten. Die bisherige illegale Wirkungsweise des Bundes der Kommunisten mußte nun geändert werden. Die Zentralbehörde hatte deshalb die nach Deutschland heimkehrenden Bundesmitglieder beauftragt, nicht nur die Bundesorganisation zu festigen oder neu zu beleben, sondern gleichzeitig an allen Orten für die Gründung von öffentlichen Arbeitervereinen zu sorgen und in diesen zu wirken. Die Kommunisten sollten ferner versuchen, die auf lokaler Ebene organisierten Arbeiter in einer gesamtdeutschen politischen Arbeiterorganisation zu vereinigen.

Karl Marx und Friedrich Engels und ihre Mitkämpfer setzten zunächst alles daran, bestehende Bundesgemeinden zu reorganisieren oder neue zu bilden. Die Erfolge jedoch waren gering. Die Kraft der wenigen zielklaren Kommunisten reichte nicht aus, um den festen Zusammenhalt des Bundes über ganz Deutschland herzustellen. „Von Organisation nichts vorhanden!"[131] so lautete nicht nur aus Breslau, sondern auch aus vielen anderen Orten die Antwort auf die Frage der

130 Zit. in: Franz Mehring: Märzrevolution und Kommunistenbund. In: Die Neue Zeit (Stuttgart), 20. Jg. 1901/02, Erster Band, S. 738/739.

131 Ebenda, S. 738.

Zentralbehörde nach dem Zustand des Bundes. „Die paar hundert vereinzelten Bundesmitglieder verschwanden in der ungeheuren, plötzlich in die Bewegung geschleuderten Masse."[132] Nirgends aber konnten und durften sich die Kommunisten angesichts der sich überstürzenden revolutionären Ereignisse und der großen Breite der demokratischen und Arbeiterbewegung darauf beschränken, geheime Bundesorganisationen aufzubauen. Die neuen objektiven Bedingungen, die mit der Revolution entstanden waren, forderten zwangsläufig, die geheime Organisationsform der ersten proletarischen Partei in Deutschland aufzugeben. „Kurz, mit dem Augenblick, wo die Ursachen aufhörten, die den geheimen Bund notwendig gemacht hatten, hörte auch der geheime Bund auf, als solcher etwas zu bedeuten."[133]

Das Hauptziel der Kommunisten bestand darin, direkt in der elementaren Bewegung der deutschen Arbeiter zu wirken, um nicht nur einige wenige, sondern die Masse der von der politischen Bewegung erfaßten Proletarier politisch zu organisieren und ihnen ihre eigenen Aufgaben bewußt zu machen. Entsprechend den Anweisungen der Zentralbehörde, begannen die Kommunisten sofort, politische Arbeitervereine zu bilden. In vielen Städten ging die Initiative zur Schaffung politischer Arbeitervereine von Mitgliedern des Bundes der Kommunisten aus. In Mainz gründeten die Bundesmitglieder Adolph Cluß und Paul Stumpf zusammen mit dem Mitglied der Zentralbehörde Karl Wallau bereits Ende März einen Arbeiterbildungsverein. In Köln, wo eine starke Bundesgemeinde existierte, wirkten neben Karl Marx und Friedrich Engels vor allem Joseph Moll und Karl Schapper in dem am 13. April 1848 gebildeten Arbeiterverein. Karl Schapper rief in Wiesbaden als Bundesemissär Ende April einen Arbeiterverein ins Leben. In Berlin gab das Bundesmitglied Karl Hätzel Ende März 1848 den Anstoß für den Zusammenschluß der verschiedenen Gewerkvereine zu einer politischen Arbeiterorganisation, die dann der Bundesemissär Stephan Born unter dem Namen Zentralkomitee für Arbeiter Mitte April organisierte. Direkt oder indirekt wirkten Kommunisten auch auf die Bildung von Arbeitervereinen in Breslau, Düsseldorf, Frankfurt (Main), Hamm, Hanau, Hannover, Kassel, Koblenz, Marburg und Nürnberg. Überall, wo die Kommunisten, wie in Köln, Mainz oder

132 Friedrich Engels: Marx und die „Neue Rheinische Zeitung" 1848–1849. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 18.

133 Friedrich Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. In: Ebenda, S. 218.

Wiesbaden, in den Arbeitervereinen Fuß faßten, wirkten sie im Sinne des Kommunistischen Manifests und der 17 Forderungen und suchten die Arbeiter dem Einfluß des Kleinbürgertums zu entziehen und ihr Klassenbewußtsein zu fördern. Von Beginn der Revolution an war es das Hauptanliegen der Kommunisten, im Interesse des Kampfes für einen demokratischen Nationalstaat die Arbeiterklasse so rasch als möglich zu einer politisch selbständig organisierten Kraft zu entwickeln.

Diesem Ziel diente auch der von Marx und Engels inspirierte Versuch, die lokale Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung zu überwinden und eine nationale politische Massenorganisation der Arbeiter zu schaffen. Diese Bemühungen wurden eingeleitet durch einen Aufruf des Mainzer Arbeiterbildungsvereins, der, von zwei Bundesmitgliedern unterzeichnet, am 5. April 1848 erschien. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Arbeiter, um vorwärtstreibend in die Revolution eingreifen zu können, vereinigt und organisiert sein müssen, riefen die Kommunisten die Arbeiter Deutschlands auf, sie sollten „so schnell als möglich miteinander in Verbindung treten und darin bleiben“[134]. Zu diesem Zweck sollten alle Vereine mit Mainz als dem vorläufigen Zentrum Kontakt aufnehmen, damit sie sich „über einen gemeinsamen Plan verständigen und sobald als möglich auf einer Zusammenkunft von Abgeordneten aller Vereine den Sitz des Zentralkomitees etc. definitiv bestimmen können“[135].

Diesem Versuch der Kommunisten, die lokalen Arbeitervereine zusammenzufassen, blieb jedoch ein Erfolg noch versagt. Das Echo auf ihren Ruf nach Vereinigung war außerordentlich schwach.[136] Nur wenige Arbeitervereine aus den südwestdeutschen Gebieten antworteten. Dies zeigte deutlich, daß die Arbeiterbewegung in Deutschland noch zurückgeblieben war und es ihr an politischer Reife fehlte. Noch hatte die Bewegung nicht jene Entwicklungsstufe erreicht, die die Konstituierung einer politischen Arbeiterorganisation im nationalen Rahmen ermöglicht hätte. Die meisten Arbeitervereine blieben daher in den folgenden Monaten politisch und ideologisch weiter unter dem Einfluß der kleinbürgerlichen Demokratie.

134 Aufruf des Mainzer Arbeiterbildungsvereins an alle Arbeiter Deutschlands zur Gründung von Arbeitervereinen und zur Vorbereitung eines Arbeiterkongresses. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 5, S. 483. – Dokument Nr. 21.

135 Ebenda, S. 483.

136 Dokument Nr. 22.

Da eine selbständige politische Massenpartei des Proletariats, auf die sich die Kommunisten hätten stützen können, vorerst nicht zustande kam, entschlossen sich Karl Marx und Friedrich Engels zu einem direkten organisatorischen Anschluß an die demokratische Partei. In ihr hatten zwar die kleinbürgerlichen Kräfte die Oberhand, in ihr war aber auch die proletarische Bewegung, soweit sie politischen Charakter trug, aufgegangen. „Als wir im Frühjahr 1848 nach Deutschland zurückkehrten", schrieb Engels später, „haben wir uns der demokratischen Partei angeschlossen, als dem einzig möglichen Mittel, das Ohr der Arbeiterklasse zu gewinnen."[137] Dieser Anschluß bot gleichzeitig günstige Möglichkeiten für die Kommunisten, innerhalb der allgemein-demokratischen Bewegung als vorwärtstreibende und mobilisierende Kraft zu wirken. Jedoch bedurften sie dazu einer festen Position innerhalb der demokratischen Bewegung. Diese feste selbständige Position, die jederzeit die „eigne unterschiedene Stellung und sogar Organisation"[138] der Kommunisten gewährleistete, schufen Karl Marx und Friedrich Engels in Gestalt eines eigenen Organs, der berühmten „Neuen Rheinischen Zeitung".

5. Die „Neue Rheinische Zeitung"

Unter den neuen Klassenkampfbedingungen, die mit der Eroberung bürgerlich-demokratischer Rechte entstanden waren, bot ein eigenes politisches Blatt die besten Möglichkeiten, die politischen Ziele der marxistischen Vorhut in aller Öffentlichkeit zu vertreten und ihre Ideen in der Arbeiterklasse zu verbreiten. Mit einer großen revolutionären Zeitung konnten die Kommunisten eine umfassende Erziehungsarbeit unter der Arbeiterklasse leisten und gleichzeitig richtungweisend in den Kampf aller demokratischen Kräfte um die Vollendung der Revolution eingreifen. Ein politisches Presseorgan war auch das Mittel, um die Bundesmitglieder in den verschiedensten Teilen Deutschlands, die weitgehend selbständig handeln mußten, tagtäglich anzuleiten. Nur eine Zeitung vermochte in dieser Situation die Aufgaben eines leitenden Zentrums der proletarischen Partei zu übernehmen. Der Redak-

137 Engels an F. Kelley-Wischnewetzky, 27. Januar 1887. In: Marx/Engels: Ausgewählte Briefe, S. 478.

138 Ebenda, S. 479.

tion der Zeitung fielen jetzt faktisch die Aufgaben der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten zu.

Daher ergriffen Marx und Engels sofort nach ihrer Ankunft in Köln am 11. April 1848 Maßnahmen zur Herausgabe eines eigenen Blattes. Sie entschlossen sich, ihr Hauptquartier in der Metropole der Rheinprovinz aufzuschlagen. Im Rheinland existierte bereits ein fortgeschrittenes Proletariat, auf das sie sich stützen konnten. Im Kölner Arbeiterverein, der sich im Verlaufe der Revolution zu einer politisch selbständigen proletarischen Organisation entwickelte, erhielten die Kommunisten einen festen organisatorischen und politischen Rückhalt für ihre Zeitung. Überdies bestand in der Rheinprovinz im Unterschied zu den anderen Teilen Deutschlands unbedingte Pressefreiheit.

Nach Überwindung der größten Schwierigkeiten bei der Beschaffung des notwendigen Aktienkapitals, bei der Karl Marx und Friedrich Engels, ebenso wie bei der Werbung von Abonnenten, durch die Mitglieder des Bundes der Kommunisten tatkräftig unterstützt wurden, erschien die erste selbständige Tageszeitung des deutschen Proletariats unter dem Namen „Neue Rheinische Zeitung" am 1. Juni 1848. Mit dem Untertitel „Organ der Demokratie" brachte die Redaktion zum Ausdruck, daß die marxistische Vorhut als äußerster linker Flügel der demokratischen Bewegung auftrat. Doch verfocht die „Neue Rheinische Zeitung" den Standpunkt einer Demokratie, die – wie Engels später betonte – „überall den spezifisch proletarischen Charakter im einzelnen hervorhob, den sie noch nicht ein für allemal aufs Banner schreiben konnte"[139]. Die politische Grundlage des neugegründeten Blattes war das selbständige proletarische Programm für die demokratische Revolution in Deutschland, das Karl Marx und Friedrich Engels in den 17 Forderungen entwickelt hatten. Die Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung" waren nichts anderes als die vielseitige, der wechselnden Situation entsprechende Anwendung der Leitsätze dieses Programms.

Die „Neue Rheinische Zeitung" erschien vom 1. Juni 1848 bis 19. Mai 1849. Ihr „Redacteur en Chef" war Karl Marx. „Es war in erster Linie sein klarer Blick und seine sichere Haltung, die das Blatt zur berühmtesten deutschen Zeitung der Revolutionsjahre gemacht haben."[140] Karl Marx war die Seele der Redaktion. Wie kein zweiter

139 Friedrich Engels: Marx und die „Neue Rheinische Zeitung" 1848–1849. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 18.

140 Ebenda, S. 19.

vermochte er sich jederzeit in den kompliziertesten politischen Situationen zurechtzufinden und sofort die richtige Entscheidung zu treffen. Er entwickelte die strategische und taktische Konzeption in allen innen- und außenpolitischen Fragen, die dem Blatt seine einzigartige innere Geschlossenheit, politische Klarheit und revolutionäre Wirksamkeit verlieh. Unübertroffen bleiben Marx' eigene Artikel. In glänzendem Stil und mit der heißen Leidenschaft eines Revolutionärs jederzeit für die Unterdrückten Partei nehmend, analysierte er die Grundfragen der europäischen und deutschen Revolution und zog Schlußfolgerungen für die revolutionäre Partei. Diese Artikel sind Musterbeispiele revolutionärer proletarischer Publizistik.

Karl Marx zur Seite stand sein engster Freund und Kampfgefährte Friedrich Engels. Er vertrat Marx in dessen Abwesenheit auch als Chefredakteur. Ihm oblag insbesondere die Bearbeitung des Auslandsteils der Zeitung. Friedrich Engels war der Militärfachmann der Redaktion. Von ihm stammen neben zahlreichen Artikeln über deutsche Probleme wichtige Beiträge zu Fragen der internationalen Politik und zu den entscheidenden militärischen Vorgängen während der Revolution.

In ihrem aufopferungsvollen Wirken für die Revolution konnten sich Karl Marx und Friedrich Engels auf ein einsatzbereites und selbstloses Redaktionskollektiv stützen. Es bestand aus bewährten Mitgliedern und Funktionären des Bundes der Kommunisten. Eine wesentliche Hilfe, vornehmlich bei der Erledigung der umfangreichen tagtäglichen Kleinarbeit in der Redaktion, fanden Marx und Engels in dem stets unermüdlichen und bescheidenen Wilhelm Wolff. Er übte faktisch die Funktion des Redaktionssekretärs aus. In seinen Beiträgen befaßte sich Wilhelm Wolff vor allem mit den Agrarproblemen. Eine große Arbeit bei der Gestaltung der Zeitung leisteten Ernst Dronke und Ferdinand Wolff. Ernst Dronke war bereits durch verschiedene sozialistische Schriften, insbesondere durch sein Buch über die Lage des Proletariats in Berlin, bekannt und hatte sich kurz vor der Revolution dem Bund der Kommunisten angeschlossen. Er wirkte eine Zeitlang als Korrespondent der „Neuen Rheinischen Zeitung" in der Frankfurter Nationalversammlung und schrieb vor allem zu den Problemen der polnischen und italienischen Revolution. Ferdinand Wolff, der erfahrene Mitkämpfer von Marx und Engels seit den Tagen des Brüsseler Kommunistischen Korrespondenzkomitees, bewährte sich vor allem mit seinen lebendigen und inhaltsreichen Pariser Korre-

spondenzen als glänzender revolutionär-proletarischer Journalist. Mitglied des Redaktionskollegiums war auch das Kölner Bundesmitglied Heinrich Bürgers.

Zu ihren Redakteuren zählte die „Neue Rheinische Zeitung" nicht zuletzt zwei der bedeutendsten revolutionären deutschen Dichter, die dem Blatt noch einen besonderen literarischen Glanz verliehen. Ferdinand Freiligrath, der ab Oktober 1848 der Redaktion angehörte, schrieb als Redakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung" die wirkungsvollsten und besten Gedichte seiner revolutionären Lyrik. Das politische Feuilleton wurde beherrscht von Georg Weerth. Seit langem bekannt mit Marx und Engels und ein treuer Anhänger ihrer revolutionären Theorie, erreichte Georg Weerth als Redakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung" den Höhepunkt in seinem gesamten schriftstellerischen Schaffen. Mit seinen glänzenden satirischen Beiträgen gestaltete er auch als erster das Feuilleton zu einer scharfen politischen Waffe für den Befreiungskampf des Proletariats.

Als „Organ der Demokratie" konzentrierte sich die „Neue Rheinische Zeitung" vom ersten Tage an auf die entscheidenden politischen Ziele, für deren Durchsetzung alle antifeudalen Kräfte gewonnen werden mußten. In den Mittelpunkt rückte sie den Kampf um die Erhaltung und den Ausbau der bereits errungenen demokratischen Rechte und die Forderung nach einer einigen demokratischen Republik.

Entsprechend den politischen Erfordernissen richtete die „Neue Rheinische Zeitung" den Hauptstoß ihrer Angriffe gegen die wiedererstarkende feudale Konterrevolution, die eine weitere revolutionäre Entwicklung verhinderte und das Errungene wieder ernsthaft in Frage stellte. In ihren Artikeln entlarvten Marx und Engels unablässig die Machenschaften der Reaktion und ihrer Stützen, der Armee und der reaktionären Beamtenschaft: das Verbieten demokratischer Vereine, die Unterdrückung politischer Demonstrationen, die Verhängung des Belagerungszustandes in einzelnen Städten, die Entwaffnung der Arbeiter und das Verhaften von Demokraten. Ebenso geißelten sie die brutalen Verbrechen und Grausamkeiten, die von der preußischen und österreichischen Soldateska bei der Niederschlagung der polnischen und tschechischen nationalen Bewegung im Mai und Juni 1848 begangen wurden. An den Schandtaten und Vergehen der preußischen Truppen enthüllten sie schonungslos das Wesen und die ganze Gefährlichkeit des altpreußisch-militaristischen Systems der „Soldaten-

und Bürokratenherrschaft“[141], jenes reaktionären Preußentums, in dem die deutsche Konterrevolution ihren stärksten Rückhalt besaß. Sie lenkten damit die Massen auf den Kampf gegen den preußischen Staat. Preußen war damals, wie Engels schrieb, der „einzige ernsthafte innere Gegner, den die Revolution in Deutschland niederzuwerfen hatte“[142].

Nicht minder scharf und kompromißlos zog die „Neue Rheinische Zeitung“ gegen die in den Regierungen und in den Parlamenten sitzenden Vertreter der liberalen Großbourgeoisie zu Felde. Die bürgerliche Geschichtsschreibung versucht immer wieder, diese Politik von Marx und Engels gegenüber der liberalen Bourgeoisie grob zu verfälschen. Sie unterschiebt den Kommunisten, damals unmittelbar sozialistische Ziele, die Beseitigung der bürgerlichen Ordnung, verfolgt und dadurch den Sieg der bürgerlichen Revolution verhindert zu haben. In Wirklichkeit aber erfolgte die scharfe Kritik der „Neuen Rheinischen Zeitung“ an der liberalen Bourgeoisie vom Standpunkt der demokratischen Aufgaben, die diese Klasse als Führer der Revolution objektiv zu lösen hatte. Die Kommunisten bekämpften die deutsche Bourgeoisie, weil diese nicht ihre historische Pflicht und Schuldigkeit tat, sondern gegen ihre eigene Revolution Front machte.

Unerbittlich prangerte die „Neue Rheinische Zeitung“ vor allem den Verrat der Bourgeoisie in der Machtfrage an. „Nach einer Revolution“, schrieb Friedrich Engels Anfang Juli 1848, „ist eine Erneuerung sämtlicher Zivil- und Militärbeamten sowie eines Teils der gerichtlichen, und besonders der *Parquets* [Staatsanwaltschaft], die erste Notwendigkeit. Sonst scheitern die besten Maßregeln der Zentralgewalt an der Widerhaarigkeit der Subalternen... In Preußen aber, wo eine seit vierzig Jahren vollständig organisierte bürokratische Hierarchie in der Verwaltung und im Militär mit absoluter Gewalt geherrscht hat, in Preußen, wo gerade diese Bürokratie der Hauptfeind war, den man am 19. März besiegt hatte, hier war die vollständige Erneuerung der Zivil- und Militärbeamten noch unendlich dringender.“[143] Statt der Konterrevolution das wichtigste Instrument,

[141] Karl Marx/Friedrich Engels: Der Bürgerwehrgesetzentwurf. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 5, S. 249.

[142] Friedrich Engels: Marx und die „Neue Rheinische Zeitung“ 1848–1849. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 20.

[143] Friedrich Engels: Vereinbarungssitzung vom 4. Juli. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 5, S. 191/192.

die Armee, zu entreißen und den Staatsapparat von konterrevolutionären Elementen zu säubern, ließ die liberale Bourgeoisregierung „die alte preußische Gesetzgebung über politische Verbrechen und die alten Gerichte in Kraft. Die alte Bürokratie und die alte Armee gewannen ... wieder Zeit, sich von ihrem Schrecken zu erholen und sich vollständig zu rekonstituieren."[144] Angesichts dieses schamlosen Verrats der deutschen Bourgeoisie in der entscheidenden Frage der Revolution rief die „Neue Rheinische Zeitung" die revolutionären Kräfte auf, für eine „wirkliche Volksregierung"[145] zu kämpfen, und erklärte ihnen, daß hierzu sowohl der Widerstand der feudalen Reaktion als auch der mit ihr verbündeten Großbourgeoisie gebrochen werden muß. Im Interesse einer konsequenten Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in Deutschland forderten Marx und Engels „die Herstellung der Demokratie auf den Trümmern der Feudalität und des kurzen Herrschaftstraums der Bourgeoisie"[146].

Ebenso kompromißlos deckte die „Neue Rheinische Zeitung" den schändlichen Verrat auf, den die deutsche Bourgeoisie an ihrem natürlichsten Bündnispartner, den Bauern, übte. Anstatt die entschädigungslose Beseitigung aller Feudallasten, die die Bauern in den ersten Wochen der Revolution schon in der Praxis abgeschafft hatten, zu beschließen, legte die preußische Regierung im Juli 1848 Gesetzentwürfe vor, nach denen die Mehrzahl der adligen Privilegien geschützt und die Bauern gezwungen wurden, sich ihre Freiheit wie eh und je mit hohen Ablösungssummen zu erkaufen. Die Bourgeoisie stieß damit die Bauern von der Revolution ab. „Die deutsche Bourgeoisie von 1848", schrieb Karl Marx Ende Juli 1848, „verrät ohne allen Anstand diese Bauern, die ihre *natürlichsten Bundesgenossen,* die Fleisch von ihrem Fleisch sind und ohne die sie machtlos ist gegenüber dem Adel."[147]

Dieser bauernfeindlichen Verratspolitik der deutschen Bourgeoisie stellte die „Neue Rheinische Zeitung" ihre eigene demokratische Bauernpolitik entgegen. Sie nahm selbständig den Kampf gegen den

144 Karl Marx: Die Bourgeoisie und die Konterrevolution. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 6, Berlin 1961, S. 103.

145 Friedrich Engels: Auswärtige deutsche Politik. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 5, S. 155.

146 Friedrich Engels: Die Polendebatte in Frankfurt. In: Ebenda, S. 334.

147 Karl Marx: Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Feudallasten. In: Ebenda, S. 283.

Feudalismus da auf, „wo die Bourgeoisie vom Schlachtfeld ausgerissen war"[148]. Nicht Entschädigung der Junker, sondern vollständige Rückzahlung aller von den Adligen und Junkern seit Jahrhunderten als Steuern, Feudalleistungen und Ablösungsgelder eingeheimsten Geldsummen an die geprellten Bauern – das war die Forderung der Kommunisten. Unter dieser zündenden Losung stand die berühmte Artikelserie Wilhelm Wolffs über die „Schlesische Milliarde", mit der die „Neue Rheinische Zeitung" im Frühjahr 1849 eine ihrer bedeutendsten und wirkungsvollsten Kampagnen gegen den Feudalismus durchführte, um die gesamte Bauernschaft für den revolutionären Kampf zu gewinnen.

Wie ihre innenpolitischen Bundesgenossen, die Bauern, so ließ die deutsche Bourgeoisie auch ihre wichtigsten außenpolitischen Verbündeten, die national-revolutionären Bewegungen der Nachbarvölker Deutschlands, schmählich im Stich. Sie unterstützte deren Befreiungskampf nicht, sondern gab der preußischen und österreichischen Konterrevolution freie Hand, durch direktes militärisches Eingreifen die Revolutionen in Polen (April/Mai 1848), in Böhmen und Italien (Juni und Juli 1848) niederzuwerfen. Im schärfsten Gegensatz zu dieser unheilvollen nationalistischen Unterdrückungspolitik der deutschen herrschenden Klassen entwickelten Karl Marx und Friedrich Engels in den außenpolitischen Artikeln der „Neuen Rheinischen Zeitung" die klare Konzeption einer wahrhaft nationalen und demokratischen Außenpolitik. Sie gingen von dem Grundsatz aus, daß eine Nation, die andere unterdrückt, selbst nicht frei sein kann, und ergriffen sofort Partei für den nationalen Befreiungskampf der unterdrückten Völker: „Das revolutionierte Deutschland mußte sich, namentlich in Beziehung auf die Nachbarvölker, von seiner ganzen Vergangenheit lossagen. Es mußte zugleich mit seiner eigenen Freiheit die Freiheit der Völker proklamieren, die es bisher unterdrückt hatte."[149] Karl Marx und Friedrich Engels verfochten die nationalen Interessen der Völker, die in den revolutionären Kampf um die bürgerliche Demokratie in Europa eingriffen.

Voller Sympathie unterstützte die „Neue Rheinische Zeitung" vom ersten Tage an den nationalen Unabhängigkeitskampf des italienischen Volkes gegen die Habsburger Reaktion und setzte sich für ein

148 Friedrich Engels: Wilhelm Wolff. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 63.

149 Friedrich Engels: Der Prager Aufstand. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 5, S. 81.

Bündnis zwischen dem revolutionären Italien und dem revolutionierten Deutschland ein. „Wir werden die Sache der italienischen Unabhängigkeit verteidigen und den österreichischen Despotismus in Italien genau wie in Deutschland und Polen auf Tod und Leben bekämpfen", schrieb Karl Marx Ende Mai 1848 an den Redakteur der Florenzer demokratischen Zeitung „L'Alba". „Wir wollen alles tun, um die Einigkeit und das Einvernehmen der beiden großen und freien Nationen herbeizuführen, die ein schändliches Regierungssystem bisher glauben ließ, sie seien Feinde."[150] Mit gleicher Energie und rückhaltloser Leidenschaft trat das Blatt der deutschen Kommunisten an die Seite der ungarischen Revolution, die besonders nach der Niederwerfung der italienischen Erhebung im Sommer 1848 für die revolutionäre Entwicklung innerhalb der Habsburger Monarchie größte Bedeutung erlangte und 1849 deren Bestand direkt in Frage stellte. Marx und Engels schätzten den revolutionären Krieg der Ungarn gegen die österreichische Reaktion vor allem wegen des Massencharakters der Bewegung und der entschlossenen Anwendung revolutionärer Kampfmethoden. Gegen die nationalistischen Anfeindungen der deutschen Reaktions- und Bourgeoispresse verteidigte die „Neue Rheinische Zeitung" die nationale Bewegung der Tschechen, deren revolutionär-demokratische Etappe im heldenhaften Prager Aufstand vom 12. bis 17. Juni 1848 kulminierte. Als diese jedoch danach mehr und mehr in die Hände der liberal-gemäßigten Bourgeoisie geriet, die zur offenen Zusammenarbeit mit der österreichischen Konterrevolution überging, sahen sich Karl Marx und Friedrich Engels gezwungen, gegen sie ebenso aufzutreten wie gegen die nationalen Bewegungen der Südslawen, die sich von Anfang an als Stützen der europäischen Reaktion im Kampf gegen die demokratische Revolution erwiesen hatten.

Einen besonderen Platz nahm in der „Neuen Rheinischen Zeitung" die polnische Befreiungsbewegung ein. Ihr kam 1848/1849 im Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution in Europa eine erstrangige Bedeutung zu. Auf der Zerreißung und nationalen Unterdrückung Polens beruhte das internationale Bündnis der reaktionären Staaten Europas, die Heilige Allianz. Friedrich Engels schrieb: „Worauf stützt sich zunächst die Macht der Reaktion in Europa seit 1815, ja, teilweise seit der ersten französischen Revolution? Auf die russisch-

[150] Karl Marx an den Redakteur der Zeitung „L'Alba" von Ende Mai 1848. In: Ebenda, S. 8.

preußisch-östreichische *Heilige Allianz*. Und was hält diese Heilige Allianz zusammen? Die *Teilung Polens*, von der alle drei Alliierten Nutzen zogen. Der Riß, den die drei Mächte durch Polen zogen, ist das Band, das sie aneinanderkettet; der gemeinsame Raub hat sie einer für den andern solidarisch gemacht."[151] Jede nationalrevolutionäre Bewegung in Polen richtete sich stets unmittelbar gegen die Hauptkräfte der Reaktion in Europa, gegen Österreich, Preußen und insbesondere das zaristische Rußland. Eine Wiederherstellung Polens schloß unvermeidlich den Sturz der Heiligen Allianz ein. Die Vernichtung der Heiligen Allianz aber hatte grundlegende Bedeutung für die bürgerliche Revolution in Deutschland und in ganz Europa.

Das Bündnis Preußens und Österreichs mit dem russischen Zarismus war der stärkste internationale Rückhalt für die feudal-reaktionären Kräfte in Deutschland. Es erschwerte dem deutschen Volk außerordentlich, mit dem „patriarchalisch-feudalen Absolutismus"[152] im eigenen Land fertig zu werden. Daher war die Befreiung Polens und seine selbständige nationale Existenz, wie Friedrich Engels in seiner berühmten Artikelfolge über die „Polendebatte in Frankfurt" schrieb, „für niemand notwendiger als gerade für uns Deutsche"[153]. Von dieser Erkenntnis geleitet, formulierte er als unverrückbaren Grundsatz revolutionärer deutscher Außenpolitik: „Die Herstellung eines demokratischen Polens ist die erste Bedingung der Herstellung eines demokratischen Deutschlands."[154]

Auch für die bürgerlichen Revolutionen in den anderen europäischen Ländern bedeutete die Heilige Allianz die größte Gefahr. Sie wurden vor allem bedroht durch den russischen Zarismus, der von der Revolution unberührt geblieben war, seine Truppen an der Westgrenze konzentrierte und eine Intervention gegen die europäische Revolutionsbewegung vorbereitete. Das zaristische Rußland bildete 1848/1849 den Hort der Reaktion in Europa. Wenn es nicht gelang, die reaktionäre Vormachtstellung des Zarismus zu brechen oder seinen Einfluß mindestens zurückzudrängen, blieb ein Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolutionen in Europa ausgeschlossen. Diese internationale Kräftekonstellation bestimmte die politische Konzeption von Marx und Engels, die von vornherein nicht nur für Deutschland

151 Friedrich Engels: Die Polendebatte in Frankfurt. In: Ebenda, S. 332.
152 Ebenda, S. 333.
153 Ebenda, S. 332.
154 Ebenda, S. 333.

galt, sondern den Sieg der bürgerlichen Revolution in ganz Europa verfolgte. Im Interesse einer konsequenten Durchsetzung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse in allen europäischen Ländern forderten die Kommunisten einen entschiedenen Kampf aller revolutionierten europäischen Völker gegen den russischen Zarismus. Unter den damaligen Bedingungen konnte diese für den Fortgang der europäischen Revolution unvermeidliche Auseinandersetzung nur die Form eines revolutionären Volkskrieges annehmen.

Karl Marx und Friedrich Engels berücksichtigten bei dieser Losung die Erfahrungen der großen französischen Revolution von 1789 bis 1794. Die militärische Verteidigung des revolutionären Frankreichs gegen die Invasion der feudalreaktionären Mächte hatte den Lauf der französischen Revolution seit 1792 wesentlich beschleunigt. Eine revolutionäre militärische Auseinandersetzung mit der Kernmacht der Heiligen Allianz hätte 1848/1849 für die deutsche und europäische Revolutionsbewegung die gleiche Wirkung gehabt. War das Vaterland in Gefahr, so erhielt die in Deutschland besonders zersplitterte Bewegung ein einheitliches Ziel, wurden die Massen voll in den Kampf einbezogen und die radikalsten und entschiedensten revolutionären Elemente an die Spitze gedrängt. Im Kampf gegen die äußere konterrevolutionäre Macht aber würden die revolutionären Kräfte auch das Übergewicht über die innere Konterrevolution erringen und diese überwinden. In diesem Sinne schrieben Marx und Engels anläßlich des Konflikts um den preußisch-dänischen Waffenstillstand im September 1848: „Der Krieg, der möglicherweise jetzt aus den Beschlüssen in Frankfurt entstehen kann, würde ein Krieg Deutschlands gegen Preußen, England und Rußland sein. Und gerade solch ein Krieg tut der einschlummernden deutschen Bewegung not – ein Krieg gegen die drei Großmächte der Kontrerevolution, ein Krieg, der Preußen in Deutschland *wirklich* aufgehn, der die Allianz mit Polen zum unumgänglichsten Bedürfnis macht, der die Freilassung Italiens sofort herbeiführt, der gerade gegen die alten kontrerevolutionären Alliierten Deutschlands von 1792 bis 1815 gerichtet ist, ein Krieg, der ‚das Vaterland in Gefahr' bringt und gerade dadurch rettet, indem er den Sieg *Deutschlands* vom Siege der Demokratie abhängig macht."[155]

Die Losung eines Volkskrieges gegen den Zarismus war 1848/1849 fortschrittlich und revolutionär. Das änderte sich grundlegend, als eine

[155] Friedrich Engels: Der dänisch-preußische Waffenstillstand. In: Ebenda, S. 397.

starke revolutionäre Bewegung in Rußland selbst die Macht des Zarismus unterhöhlte und das russische Proletariat schließlich den Zarismus und das ganze Ausbeutungssystem stürzte. Das ehemals rückständige Rußland setzte sich nun an die Spitze des Kampfes um den gesellschaftlichen Fortschritt. Aber gerade seitdem entdeckten die imperialistischen Geschichtsapologeten ihre Sympathie für die angeblich „rußlandfeindliche Einstellung" von Marx und Engels. Immer wieder versuchen sie, die klare *antizaristische* Stoßrichtung der Marxschen Politik während der Revolution von 1848/1849 für ihre schmutzige antisowjetische Hetze zu mißbrauchen. Bewußt verschweigen sie, daß Karl Marx und Friedrich Engels von Anfang an sehr genau zwischen dem reaktionären Zarismus und dem russischen Volk unterschieden. Aufmerksam verfolgten und begrüßten Marx und Engels bereits 1848 alle Anzeichen einer sich anbahnenden revolutionären Entwicklung in Rußland.

Während die „Neue Rheinische Zeitung" die liberale Großbourgeoisie wegen ihrer konterrevolutionären Politik bekämpfte, nahm sie gegenüber der kleinbürgerlichen Demokratie eine andere Stellung ein. Die objektiven Aufgaben und Ziele der Revolution machten einen festen Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte – der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und des städtischen Kleinbürgertums – notwendig. In den Demokraten, die eine dieser Hauptkräfte – die kleinbürgerlichen Schichten – politisch vertraten, sah die Zeitung der deutschen Kommunisten echte Bundesgenossen. Mit ihnen kämpften die Kommunisten gemeinsam in der demokratischen Bewegung.

Um aber den gemeinsamen Kampf aller demokratischen Kräfte wirkungsvoll führen zu können, mußten Marx und Engels gleichzeitig die Schwächen der kleinbürgerlichen Demokratie kritisieren. „Wir haben nie nach der Ehre gegeizt", schrieb Friedrich Engels Ende August 1848, „ein Organ irgendeiner parlamentarischen Linken zu sein. Wir haben es bei den vielfachen verschiedenen Elementen, aus denen sich die demokratische Partei in Deutschland gebildet hat, im Gegenteil für dringend nötig gehalten, niemanden schärfer zu überwachen als gerade die Demokraten."[156] Unerbittlich geißelten Marx und Engels die Hauptschwäche der demokratischen Linken, sich ausschließlich auf parlamentarische Debatten zu beschränken, anstatt den revolutionären Massenkampf zu organisieren und zu führen. „Die Berliner Linke benimmt sich überhaupt immer feiger, immer zwei-

[156] Friedrich Engels: Die Polendebatte in Frankfurt. In: Ebenda, S. 347.

deutiger", schrieb Friedrich Engels in Anbetracht des gänzlichen Versagens der kleinbürgerlichen Führer beim Berliner Zeughaussturm im Juni 1848. „Diese Herren, die bei den Wahlen das Volk exploitiert haben, wo waren sie in der Nacht vom 14. Juni, als das Volk aus bloßer Ratlosigkeit die gewonnenen Vorteile bald wieder fahren ließ, als nur ein Führer fehlte, um den Sieg vollständig zu machen?"[157] Entschieden bekämpfte die „Neue Rheinische Zeitung" die Vorstellungen der kleinbürgerlichen Demokratie über die Herstellung der Einheit Deutschlands, ihre Pläne einer Verpreußung oder Föderalisierung Deutschlands. Unmißverständlich trat sie der kleinbürgerlichen Demokratie überall da entgegen, wo diese versuchte, die Klassengegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu vertuschen.

Die „Neue Rheinische Zeitung" erwies sich damit als ein führendes Zentrum aller revolutionären Kräfte des Volkes. Mit ihrer Hilfe verwirklichten die Kommunisten vorbildlich ihre selbständige organisierende und politisch vorwärtsdrängende Rolle in der gesamtdemokratischen Bewegung, gaben sie, wie W. I. Lenin schrieb, „der *gesamten Demokratie* ein Aktionsprogramm"[158].

Zugleich unternahm die „Neue Rheinische Zeitung" von Anfang an große Anstrengungen, um die Entwicklung des Klassenbewußtseins und die selbständige Organisierung der jungen deutschen Arbeiterklasse zu fördern. Sie war während der Revolution das einzige Organ, in dem das Proletariat, wie Friedrich Engels bemerkte, „nicht nur der Phrase oder dem guten Willen, sondern seinen wirklichen Interessen nach vertreten war"[159]. Die „Neue Rheinische Zeitung" betrieb wirkliche Arbeiterpolitik, indem sie das deutsche Proletariat tagtäglich darauf hinwies, am politischen Kampf der revolutionären Kräfte teilzunehmen. Das war der einzige Weg, um einen freien Kampfboden zur Organisation einer eigenen proletarischen Bewegung zu gewinnen, wobei die Erfahrungen, die die Arbeiter in diesen politischen Kämpfen mit der Reaktion sammelten, zugleich wesentlich zur Entwicklung ihres Klassenbewußtseins beitrugen.

Diesen politischen Reifeprozeß der Arbeiterklasse tatkräftig zu fördern, betrachtete die „Neue Rheinische Zeitung" als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Das geschah in den vielfältigsten Formen und

157 Friedrich Engels: Die Vereinbarungssitzung vom 17. Juni. In: Ebenda, S. 89.

158 W. I. Lenin: Was tun? In: Werke, Bd. 5, Berlin 1959, S. 438.

159 Friedrich Engels: Die deutsche Reichsverfassungskampagne. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 7, S. 117.

auf die unterschiedlichste Weise. Da waren zunächst einmal die Artikel, in denen die Redaktion tagtäglich die politischen Ereignisse und das Verhalten der einzelnen Klassenkräfte in der Revolution einschätzte. Darin enthüllten Marx und Engels den Arbeitern die klassenmäßigen Hintergründe der politischen Auseinandersetzungen. Anknüpfend an die eigenen Erfahrungen der Arbeiter in diesen Kämpfen, entlarvten sie den Verrat der Großbourgeoisie, deckten die Schwankungen der kleinbürgerlichen Demokratie auf, propagierten dabei ihre eigene proletarische Linie im Kampf gegen die feudale Konterrevolution und erläuterten so die selbständigen Aufgaben der Arbeiterklasse.

Eine bedeutende erzieherische Arbeit leistete die „Neue Rheinische Zeitung" mit ihren Artikeln und ihrer Berichterstattung über England und Frankreich. Darin vermittelte sie dem deutschen Proletariat die großen politischen Kampferfahrungen der weiter fortgeschrittenen englischen und französischen Arbeiterbewegung. Ständig informierte die „Neue Rheinische Zeitung" über die Aktionen der englischen Chartisten. Kein Tag verging, an dem das Blatt nicht ausführlich zum Kampf der französischen Arbeiterklasse Stellung bezog.

Den Höhepunkt bildete die Stellungnahme zur Erhebung des Pariser Proletariats von Ende Juni 1848. Offen ergriff die „Neue Rheinische Zeitung" als einziges großes Blatt auf dem Kontinent sofort Partei für die Kämpfer der „ersten entscheidenden Feldschlacht des Proletariats"[160]. Mit revolutionärer Leidenschaft verteidigte sie die geschlagenen Pariser Proletarier gegen alle Verleumdungen, die Bourgeoisie wie Kleinbürgertum über sie ausschütteten. „Die Insurrektion der Pariser Arbeiter im Juni 1848", schrieb Friedrich Engels später, „fand uns auf dem Platze. Vom ersten Schuß an traten wir unbedingt ein für die Insurgenten. Nach ihrer Niederlage feierte Marx die Besiegten in einem seiner gewaltigsten Artikel."[161] Unmißverständlich erläuterten Marx und Engels in ihren Artikeln den deutschen Arbeitern am Beispiel dieser proletarischen Erhebung, daß Proletariat und Bourgeoisie unversöhnliche Klassengegner sind und daß die Verwirklichung der proletarischen Ziele den Sturz der bürgerlichen Ordnung und die Eroberung der Macht durch das Proletariat erfordern. Bis zum letzten Tage hielt die „Neue Rheinische Zeitung" die Er-

160 Friedrich Engels: Der 25. Juni. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 5, S. 132.

161 Friedrich Engels: Marx und die „Neue Rheinische Zeitung" 1848–1849. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 22.

innerung an diese für die ganze europäische Revolution entscheidende Klassenschlacht wach. Ständig berichtete sie über das Schicksal der von der Reaktion verfolgten, gefangengesetzten oder deportierten Aufständischen, setzte sich für deren Befreiung ein und rief die deutschen Arbeiter zur proletarischen Solidarität mit ihren französischen Klassenbrüdern auf. Die „Seele der Junirevolution", schrieb Karl Marx in der letzten, der berühmten rotgedruckten Abschiedsnummer der „Neuen Rheinischen Zeitung", war „die Seele unserer Zeitung"[162].

Die „Neue Rheinische Zeitung" war die erste gesamtnationale Tageszeitung der proletarischen Partei in Deutschland. Sie verfocht die Interessen des Proletariats und aller anderen demokratischen Kräfte in ganz Deutschland. Auf ihrem Banner stand der Kampf um einen einigen demokratischen deutschen Nationalstaat. Wie Inhalt und Ziele der „Neuen Rheinischen Zeitung", so waren auch ihre Wirkung und Verbreitung gesamtnational. In Köln herausgegeben, fand sie ihren Weg zu den Lesern in allen Teilen Deutschlands. Oft waren es ganze Vereine, demokratische wie Arbeitervereine, die das Organ der deutschen Kommunisten abonniert hatten und den Inhalt der Zeitung unter ihren Mitgliedern verbreiteten. Auf die für die damaligen Verhältnisse stattliche Zahl von 6000 Abonnenten brachte es die Redaktion im Verlaufe des knappen Jahres, in dem die Zeitung erscheinen konnte. Überdies vervielfachte sich die Wirkung zahlreicher Artikel, Berichte und Informationen noch durch ihren Nachdruck in demokratischen und Arbeiterblättern in allen Gegenden Deutschlands. Manch ein Leitartikel, vor allem die berühmten Revolutionsgedichte des Redakteurs Ferdinand Freiligrath, machte buchstäblich durch die gesamte demokratische Presse die Runde. Seine besondere mobilisierende Kraft bewies das Blatt von Marx und Engels bei wichtigen revolutionären Aktionen, wie der Steuerverweigerungskampagne im November/Dezember 1848, als in mehreren preußischen Provinzen demokratische Blätter der „Neuen Rheinischen Zeitung" direkt folgten und ihre Losungen übernahmen. Nicht minder wirkungsvoll war Wilhelm Wolffs Artikelserie über die „Schlesische Milliarde", die besonders von schlesischen Demokratenblättern wiedergegeben und überdies als Flugblatt in Schlesien tausendfach nachgedruckt und unter die Bauern verteilt wurde.

Die „Neue Rheinische Zeitung" leitete ein neues Kapitel im inter-

162 Karl Marx: Die standrechtliche Beseitigung der „Neuen Rheinischen Zeitung". In: Marx/Engels : Werke, Bd. 6, S. 505.

nationalen Pressewesen ein. Sie war die erste politische Tageszeitung, die den wissenschaftlichen Kommunismus zur Grundlage ihrer gesamten Arbeit machte. Die materialistische Auffassungsweise, schrieb Engels später, war „in Marx' und meinen Artikeln der ‚Neuen Rheinischen Zeitung' ... fortwährend benutzt worden zur Deutung gleichzeitiger politischer Ereignisse"[163]. Erstmalig entwickelten Karl Marx und Friedrich Engels in ihrer Arbeit an der „Neuen Rheinischen Zeitung" die grundlegenden politisch-ideologischen und journalistischen Prinzipien und Methoden der revolutionären proletarischen Presse. Diese wurden zum Ausgangspunkt und Maßstab für die gesamte spätere Entwicklung der internationalen Arbeiterpresse. Die hohe ideologische Prinzipienfestigkeit und Parteilichkeit, die sich mit strenger Wissenschaftlichkeit verband und eine außerordentliche Elastizität im politischen Tageskampf verlieh; die Art und Weise, in der das Blatt jederzeit verstand, die Theorie mit der revolutionären Praxis zu verbinden und als Organisator des revolutionären Klassenkampfes hervorzutreten; nicht zuletzt die Volkstümlichkeit und die hervorragende kämpferische Polemik, mit der die Massen immer wieder gepackt und begeistert wurden – all das machte die „Neue Rheinische Zeitung" zum „beste(n), unübertroffene(n) Organ des revolutionären Proletariats"[164].

6. Arbeiterklasse und Kommunisten in den revolutionären Abwehrkämpfen gegen die vorrückende Konterrevolution von Juli bis Dezember 1848

Mitte 1848 begann sich in der gesamten europäischen Revolutionsbewegung eine Wende zuungunsten der revolutionären Kräfte abzuzeichnen. Infolge des Bündnisses, das die Bourgeoisklassen in allen Ländern mit den reaktionären Gewalten eingegangen waren, vermochte die europäische Konterrevolution sehr bald die revolutionäre Flut einzudämmen und erste Siege zu erringen. Bereits Anfang April 1848 zerschlug sich die Hoffnung, England in die revolutionäre Ent-

163 Friedrich Engels: Einleitung zu Karl Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850". In: Marx/Engels: Werke, Bd. 22, S. 509.

164 W. I. Lenin: Karl Marx. In: Werke, Bd. 21, S. 70.

wicklung einzubeziehen. Eine von der Chartistenpartei für den 10. April vorbereitete Massendemonstration der englischen Arbeiterklasse in London erlitt eine vollständige Niederlage. Damit war die Macht der Chartisten, der stärksten organisierten Arbeiterbewegung in Europa, gebrochen. Der Sieg der englischen konterrevolutionären Bourgeoisie über den Ansturm der Chartisten, schrieb Karl Marx, war „der erste Gegenstoß gegen die Stöße des Februar und März"[165]. Mitte April und Mitte Mai mißlangen zwei Versuche der Pariser Arbeiter, durch revolutionäre Massenaktionen die französische Revolution fortzuführen. Anfang Mai schlug die preußische Soldateska die polnische national-revolutionäre Bewegung in Posen nieder. Mitte Juni erstickten reaktionäre österreichische Truppen unter Fürst Windischgrätz den Prager Aufstand in einem Blutbad und unterdrückten damit die revolutionäre Erhebung der Tschechen. Zur gleichen Zeit begann die österreichische Armee unter Graf Radetzky einen Feldzug gegen die nationale Befreiungsbewegung in Italien. Binnen weniger Wochen standen Venetien und die Lombardei wieder unter der Botmäßigkeit der Habsburger Monarchie.

Entscheidend für den weiteren Verlauf der europäischen Revolution aber wurde erst der gewaltige Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, der Ende Juni 1848 in Paris entbrannte. Die Pariser Juni-Insurrektion war die erste „Revolution des Proletariats gegen die Bourgeoisie"[166]. Von der Bourgeoisie provoziert, erhoben sich die Pariser Arbeiter spontan zum Kampf gegen die bürgerliche Regierung, die ihre Forderungen nach einem menschenwürdigen Dasein mit Gewalt zurückgewiesen und die geringen Zugeständnisse, zu denen sie durch die Februarrevolution gezwungen war – Kommission für Arbeiterfragen und Nationalwerkstätten –, wieder rückgängig gemacht hatte. Allein auf sich gestellt, schlugen sich rund 40 000 Pariser Proletarier in einer erbitterten Schlacht vom 23. bis 26. Juni 1848 gegen die Bourgeoisie, der eine bewaffnete Macht von mehr als 150 000 Mann zur Verfügung stand, die der im kolonialen Eroberungskrieg in Nordafrika emporgekommene General Louis Eugène Cavaignac kommandierte. Sie erlitten eine Niederlage. Etwa 500 Arbeiter fielen in den Kämpfen, mehr als 10 000 wurden von der Konterrevolution nach dem Kampf hingemordet. 25 000 Aufständische wurden ver-

165 Karl Marx: Die revolutionäre Bewegung in Italien. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 6, S. 78.

166 Nachrichten aus Paris. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 5, S. 116.

haftet, über 3000 deportiert. Aber diese Niederlage zeigte, daß im Rahmen der bürgerlichen Staatsordnung die Interessen des Proletariats nicht verwirklicht werden können. „Der augenblickliche Triumph der brutalen Gewalt", schrieb Karl Marx in seinem berühmten Artikel über die Pariser Junirevolution, „ist erkauft mit der Vernichtung aller Täuschungen und Einbildungen der Februarrevolution ..., mit der Zerklüftung der französischen Nation in zwei Nationen, die Nation der Besitzer und die Nation der Arbeiter."[167]

Der blutige Sieg der konterrevolutionären französischen Bourgeoisie über das Proletariat leitete eine Wende in den bürgerlich-demokratischen Revolutionen in Europa ein. Das galt auch für Deutschland. Hier begann die dritte Etappe der Revolution, die die Zeit von Ende Juni bis Anfang Dezember 1848 umfaßte. Von der wiedererstarkten feudalen Reaktion zielbewußt angestrebt, erfolgte in diesen Monaten die entscheidende Auseinandersetzung zwischen den Kräften der Revolution und der Konterrevolution in den beiden wichtigsten deutschen Staaten, Österreich und Preußen, die die Vorentscheidung für den Ausgang der Revolution in Deutschland brachte. Über die neuen Tendenzen, die sich in der Revolution in Deutschland nach der unterdrückten Pariser Juni-Insurrektion abzeichneten, schrieb Friedrich Engels: „Von dieser Niederlage der ouvriers von Paris an kann man die ersten entschiedenen Schritte und bestimmten Pläne der alten feudal-bürokratischen Partei in Deutschland datieren, sich sogar ihres augenblicklichen Verbündeten, der Bourgeoisie, zu entledigen und in Deutschland wieder den Zustand herzustellen, in dem es sich vor den Märzereignissen befand."[168] Hatte die feudale Konterrevolution vom März bis zum Juni 1848 dank dem Verrat der Bourgeoisie ihre Kräfte erneut sammeln und ihr wichtigstes Machtinstrument, die Armee, wieder festigen können, so ging sie seit Ende Juni allmählich zum Angriff über. Sie begann die revolutionären Errungenschaften der Märztage einzuschränken und die demokratischen Kräfte zu provozieren. Bereits Anfang Juli setzte eine Welle der Verfolgung politischer Gegner der Reaktion ein. In stärkerem Maße wandte die Konterrevolution jetzt die Methode an, den Belagerungszustand über eine Stadt oder ein Gebiet zu verhängen, um damit das gesamte politische Leben mit einem Schlage lahmzulegen. Im Juli und August unternahm

167 Karl Marx: Die Junirevolution. In: Ebenda, S. 133.

168 Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 8, S. 58.

auch die preußische Armee größere Provokationen. Sie fanden in der brutalen Niederschießung demonstrierender Bürgerwehr im schlesischen Schweidnitz Ende Juli 1848 einen Höhepunkt.

Obgleich auch die Großbourgeoisie durch das Vorrücken der reaktionären Feudalpartei um ihre Machtpositionen fürchten mußte, blieb sie bei ihrer konterrevolutionären Verratspolitik. Durch die Erhebung der Proletarier in Paris noch bestärkt in ihrer Furcht vor der Arbeiterklasse und den anderen revolutionären Kräften des Volkes, kettete sie sich noch fester an die Feudalreaktion und unterstützte mit ihrer antidemokratischen Regierungspolitik den systematischen Abbau der revolutionären Errungenschaften vom März 1848.

Die Abwehr der konterrevolutionären Angriffe und die Sicherung der demokratischen Errungenschaften wurde nach der Pariser Juni-Insurrektion mehr denn je zur Hauptaufgabe aller revolutionären Kräfte. Für die Arbeiterklasse galt das in besonderem Maße. Die Verteidigungskämpfe gegen die Konterrevolution konnten leicht eine neue revolutionäre Welle, die „zweite Revolution", auslösen, die für eine gesicherte demokratische Entwicklung der Nation notwendig war.

Von dieser realen Perspektive ließen sich Marx und Engels und die von ihnen geführten deutschen Kommunisten leiten. Neben der täglichen Arbeit für die „Neue Rheinische Zeitung" entfalteten sie seit Anfang Juni eine große Aktivität bei der Organisierung und Leitung der demokratischen Bewegung in ihrem unmittelbaren Wirkungsbereich, in Köln und der gesamten Rheinprovinz. Entsprechend der Taktik, die die Führung des Bundes der Kommunisten festgelegt hatte, traten Karl Marx und Friedrich Engels der Demokratischen Gesellschaft in Köln bei. Zusammen mit Ernst Dronke, Wilhelm Wolff und anderen Kommunisten wirkten sie hier im Sinne ihres konsequenten demokratischen Programms und organisierten den Widerstand gegen die Anschläge der Konterrevolution.

Mitte Juni beteiligten sich führende Mitglieder des Bundes der Kommunisten als Delegierte von Arbeiter- und demokratischen Vereinen am ersten Demokratenkongreß in Frankfurt (Main) und nahmen Einfluß auf die Organisierung der demokratischen Bewegung im gesamtdeutschen Rahmen. Entsprechend der Festlegung des Demokratenkongresses gingen Marx und Engels daran, in Köln ein Aktionskomitee zur Führung der demokratischen Bewegung des Rheinlandes zu schaffen. Aus Vertretern des Kölner Arbeitervereins, der Demokratischen Gesellschaft und des Vereins für Arbeiter und Arbeitgeber

konstituierte sich Mitte Juli 1848 der Kreisausschuß der rheinischen demokratischen Vereine. An seiner Spitze stand Karl Marx. Mit der Bildung des demokratischen Kreisausschusses gewannen die Kommunisten eine weitere wichtige Position zur Leitung des revolutionären Kampfes aller demokratischen Kräfte. Eine der ersten Maßnahmen des Kreisausschusses war die Einberufung eines rheinischen Demokratenkongresses. Dieser fand am 13. und 14. August 1848 in Köln statt und führte zu einem engeren Zusammenschluß der demokratischen und Arbeitervereine der Rheinprovinz. Der Kongreß beschloß als wichtigste Aufgabe der demokratischen Vereine „die Wirksamkeit nach außen"[169], das heißt die Arbeit unter den Massen. In der Kölner Demokratischen Gesellschaft und im rheinischen demokratischen Kreisausschuß arbeiteten erstmals in der deutschen Geschichte konsequente bürgerliche Demokraten mit Kommunisten zusammen, um den gemeinsamen Feind zu schlagen.

Das Rückgrat der demokratischen Bewegung des Rheinlandes waren die Arbeitervereine, insbesondere der Kölner Arbeiterverein. Dieser proletarischen Massenorganisation widmeten die Kommunisten die größte Aufmerksamkeit. Entschieden bekämpften Karl Marx und Friedrich Engels die schädliche linkssektiererische Konzeption des ersten Leiters des Kölner Arbeitervereins, Andreas Gottschalk, der die sofortige Errichtung einer sogenannten Arbeiterrepublik forderte und den gemeinsamen Kampf aller demokratischen Kräfte um die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution ablehnte. Im Kölner Arbeiterverein entfalteten die Kommunisten eine umfangreiche politische Tätigkeit. Als Mitte Juli 1848 zwei der befähigsten und bewährtesten Bundesfunktionäre, Joseph Moll und Karl Schapper, Präsident und Vizepräsident des Vereins wurden, unternahmen die Kommunisten große Anstrengungen, um den Verein zu einer selbständigen politischen Massenorganisation umzugestalten. In regelmäßigen „sozialen Diskussionen" erörterten sie systematisch die Grundfragen proletarischer Klassenpolitik.[170] Sie stützten sich dabei vor allem auf die 17 Forderungen, die sie neu als Flugblatt herausbrachten. Anfang November begannen sie, dieses Revolutionsprogramm Punkt für Punkt im Verein zu besprechen. Damit schufen die Kommunisten bei den Arbeitern Klarheit über die Notwendigkeit des Kampfes um demokratische Ver-

169 Der Rheinische Demokratenkongreß. In: Neue Rheinische Zeitung (Köln), 13. September 1848.

170 Dokument Nr. 25.

hältnisse. Sie enthüllten die Grenzen der bürgerlichen Demokratie und zeigten das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung und die Bedingungen für ihre Beseitigung.

Der Kölner Arbeiterverein leistete auch eine umfangreiche praktisch-politische Arbeit, vor allem für die Gewinnung der Landbevölkerung. Zur Begründung der Notwendigkeit des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern schrieb die Zeitung des Arbeitervereins: „In dem Bauern- und Arbeiterstande liegt die revolutionäre Kraft Deutschlands; dies hat sich seit dem März im größten Teile unseres Vaterlandes gezeigt... Wenn die Bauern und Arbeiter sich vereinigen, wenn sie kräftig zusammenhalten, so werden sie bald von den Feudallasten, vom Wucher und dem Druck des Kapitals befreit sein."[171] Ausgerüstet mit den „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland", gingen die Mitglieder des Arbeitervereins seit Ende August 1848 vor allem an Sonntagen in die umliegenden Dörfer, hielten dort mit den Bauern und Landarbeitern Versammlungen ab und gründeten neue Vereine.

Karl Marx und Friedrich Engels unterstützten den Verein auf vielfältige Weise. Sie nahmen regen Anteil an den Diskussionen, griffen in entscheidenden Situationen aber auch selbst ein. Als Anfang Oktober 1848 infolge der Verhaftung Karl Schappers und der Flucht Joseph Molls die Fortführung der proletarischen Politik ernstlich gefährdet war, übernahm Marx trotz der ungeheuren Redaktionsarbeit die Funktion des Vereinspräsidenten. Er sicherte damit den Einfluß der kommunistischen Kräfte und die weitere Umgestaltung des Vereins zum Kern einer gesamtdeutschen Arbeiterpartei.

Auch in anderen Teilen Deutschlands machte die elementare Bewegung der Arbeiter seit Mitte 1848 bedeutende Fortschritte. Die politischen Arbeitervereine, obwohl im Unterschied zum Kölner Arbeiterverein fast durchweg noch unter kleinbürgerlicher Führung, rückten als politischer Machtfaktor innerhalb der demokratischen Bewegung mehr und mehr in den Vordergrund. Vor allem aber sammelten die Arbeiter in den politischen Kämpfen der folgenden Monate wichtige Erfahrungen, die sie in zunehmendem Maße ihre eigenen Interessen erkennen ließen. Damit setzten auch erste Bestrebungen ein, sich von der kleinbürgerlichen Bevormundung frei zu machen.

In der Mehrzahl der lokalen Arbeiterorganisationen spielten jedoch

171 Zeitung des Arbeitervereins (Köln), 7. September 1848. Zit. in: Gerhard Becker: Karl Marx und Friedrich Engels in Köln 1848–1849, Berlin 1963, S. 130.

die politischen Probleme nach wie vor nicht die bestimmende Rolle. Noch immer standen in diesen Vereinen die wirtschaftliche und soziale Lage und die damit zusammenhängenden Fragen im Mittelpunkt des Interesses. Das hing zum Teil damit zusammen, daß viele Arbeiter sowohl den kleinbürgerlich-demokratischen Organisationen als auch den Arbeitervereinen angehörten. Da in den demokratischen Vereinen die politischen Probleme ständig beraten wurden, schien es den Arbeitern, die die Notwendigkeit einer selbständigen proletarischen Politik noch nicht begriffen hatten, geraten, sich innerhalb ihrer Organisationen auf die Erörterung ihrer unmittelbarsten Anliegen, der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, zu konzentrieren. Die meisten Arbeiter hatten freilich noch recht verworrene Vorstellungen davon, wie ihre Elendslage zu überwinden war. Man wollte durch verschiedenartige Maßnahmen, die wie Allheilmittel betrachtet wurden, innerhalb der bestehenden Ordnung die Ausbeutung abschaffen. Die Veränderung der politischen Machtverhältnisse wurde hierfür nicht als notwendig erachtet. So war das Leben und Wirken der Masse der Arbeitervereine, vor allem im ostelbischen Deutschland, durch eine ökonomistische Denkweise bestimmt. Diese Stufe des Bewußtseinsstandes unter den Arbeitern entsprach der Unreife der aufkommenden proletarischen Massenbewegung in Deutschland und der besonderen Struktur der entstehenden deutschen Arbeiterklasse. Sozialökonomisch rückständige Arbeiterschichten, wie proletarisierte Handwerksgesellen, Heimarbeiter von Manufakturen und Tagelöhner, die gerade erst vom Lande kamen, bildeten die Masse des deutschen Proletariats während der Revolution.

Dennoch waren die Diskussionen über wirtschaftliche und soziale Probleme in den Arbeitervereinen gegenüber der Situation vor der Revolution, als die Arbeiter sich über ihre Interessen überhaupt nicht verständigen konnten, ein großer Fortschritt. Zum erstenmal befaßten sich jetzt Massen von Arbeitern mit ihren unmittelbaren Bedürfnissen. Die Arbeiter lernten dadurch begreifen, daß sie sich in einer von den anderen Klassen unterschiedenen Lage befinden, eigene Anliegen haben und selbst etwas zur Veränderung ihrer Verhältnisse tun müssen. Diese elementaren Einsichten mündeten in die Erkenntnis, daß die Arbeiter sich zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen, die zunächst nur im wirtschaftlichen und sozialen Bereich gesehen wurden, vereinigen müssen.

All das war der Boden für den ersten größeren Zusammenschluß

lokaler Arbeiterorganisationen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Auf einem Arbeiterkongreß, der vom 23. August bis zum 3. September 1848 in Berlin tagte, vereinigten sich rund 40 Arbeitervereine, vornehmlich aus dem ostelbischen Preußen, aus Mecklenburg und aus Sachsen, zu einer gesamtnationalen Arbeiterorganisation, die sich den Namen Arbeiterverbrüderung gab. Das vom Kongreß gewählte Zentralkomitee appellierte am 18. September an alle deutschen Arbeitervereine, der neugebildeten Vereinigung beizutreten. Bald gehörten der Arbeiterverbrüderung mehr als hundert Arbeitervereine an.

Der politische und ideologische Entwicklungsstand dieser Vereine war sehr unterschiedlich. Die Tätigkeit der meisten bewegte sich ganz im Rahmen der oben skizzierten ökonomistischen Politik. Einige Vereine hatten selbst dieses Niveau noch nicht erreicht, sondern waren noch in Handwerkerillusionen befangen. Doch gab es innerhalb der Arbeiterverbrüderung auch eine Reihe politischer Arbeitervereine, die bereits wesentlich weiter fortgeschritten war als die Masse der anderen Organisationen.

Die Bildung einer einheitlichen Organisation deutscher Arbeiter war ein bedeutendes Ereignis. Das spontane, zwar noch unreife, aber doch machtvolle Drängen der jungen deutschen Arbeiterklasse nach überlokaler Vereinigung hatte zu einem ersten Erfolg geführt. Erstmalig war zwischen den zahlreichen lokalen Arbeitervereinen eine, wenn auch noch recht lockere, so doch beständige Verbindung hergestellt. Das war angesichts der Rückständigkeit der deutschen Arbeiterbewegung ein wichtiger Fortschritt. Gegenüber den teilweise starken zünftlerischen Bestrebungen unter den Arbeitern vertrat die Arbeiterverbrüderung bereits eine höhere Organisationsstufe der Arbeiterbewegung. Obwohl anfänglich selbst mit einigen Zugeständnissen an zünftlerische Tendenzen behaftet, trug die Arbeiterverbrüderung wesentlich dazu bei, solche rückständigen Vorstellungen in der Arbeiterbewegung zurückzudrängen, sie förderte die Entwicklung des fortgeschritteneren tradeunionistischen Bewußtseins und verbreitete den Genossenschaftsgedanken in der deutschen Arbeiterklasse. Die Arbeiterverbrüderung hat schließlich die Organisierung der deutschen Arbeiter wesentlich gefördert. Von Oktober 1848 an entstanden, gerade im Zusammenhang mit dem Aufbau der Orts- und Bezirksorganisationen der Arbeiterverbrüderung, viele neue Arbeitervereine.

Die Arbeiterverbrüderung entsprang dem elementaren Streben der deutschen Arbeiter nach einer selbständigen, von der Bourgeoisie un-

abhängigen Organisation. Mit ihrer Gründung hatte die deutsche Arbeiterklasse einen Schritt auf dem Wege ihrer Lostrennung vom bürgerlichen und kleinbürgerlichen Einfluß getan. Erstmals hatten sich Massen von Arbeitern in Deutschland in einer überlokalen Organisation zusammengeschlossen. Damit war ein wichtiger Ausgangspunkt für die Entwicklung zu einer selbständigen politischen Kampforganisation der deutschen Arbeiterklasse während der Revolution gewonnen.

Doch wurde eine solche progressive Entwicklung dadurch entscheidend gehemmt, daß die unter den rückständigen Arbeiterschichten vorherrschenden ökonomistischen Tendenzen zur ausschließlich programmatischen Grundlage der Organisation wurden. Anstatt von den ökonomischen und sozialen Forderungen der Arbeiter auszugehen und hieran anknüpfend auf den politischen Kampf zu orientieren, ließ der Berliner Arbeiterkongreß die politische Kernfrage, die Auseinandersetzung mit der vorrückenden Konterrevolution und den Kampf um die demokratische Republik, weitgehend außer acht. Der Kongreß formulierte kein politisches Programm, sondern beschränkte sich darauf, wirtschaftliche und soziale Forderungen an den bestehenden Staat zu richten und kleinbürgerliche Reformvorschläge zur Lösung der sogenannten sozialen Frage zu unterbreiten.[172]

Die Hauptverantwortung für diese falsche Linie des Berliner Arbeiterkongresses trug Stephan Born. Born war Mitglied des Bundes der Kommunisten. 1846 hatte er sich Karl Marx und Friedrich Engels angeschlossen und vor der Revolution mitgeholfen, den Marxismus in der neugegründeten Partei zu verbreiten. Nach Ausbruch der Revolution wurde er von der Zentralbehörde nach Berlin geschickt und trug hier durch die Bildung des Zentralkomitees für Arbeiter wesentlich zum Zusammenschluß der in Gewerkvereinen organisierten Berliner Arbeiter bei. Darauf gestützt, arbeitete er schließlich auf eine überlokale Vereinigung sämtlicher Arbeitervereine hin und beteiligte sich führend an der Vorbereitung und Gründung der Arbeiterverbrüderung. Indem Stephan Born das elementare Streben der deutschen Arbeiter nach einer eigenen Klassenorganisation förderte, leistete er einen positiven Beitrag zur Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung.

Doch erwies sich Born dabei seinen Aufgaben als Kommunist nicht mehr gewachsen. Bereits bei der Gründung des Berliner Zentralkomitees für Arbeiter begann er eine prinzipienlose Politik zu betreiben. Er

[172] Dokument Nr. 26.

tat nichts, um die bei rückständigen Arbeiterschichten unvermeidlich auftretende Beschränkung auf ökonomische Interessen zu überwinden und die Arbeiter für die Lösung politischer Aufgaben zu mobilisieren. Statt dessen paßte er sich in opportunistischer Weise den ökonomistischen Tendenzen an und verankerte sie schließlich gar im Programm der Arbeiterverbrüderung. Über Borns Rolle in dieser Zeit schrieb Friedrich Engels später: „Born, ein sehr talentvoller junger Mann, der es aber mit seiner Verwandlung in eine politische Größe etwas zu eilig hatte, ‚verbrüderte' sich mit den verschiedenartigsten Krethi und Plethi, um nur einen Haufen zusammenzubekommen, und war keineswegs der Mann, der Einheit in die widerstrebenden Tendenzen, Licht in das Chaos bringen konnte. In den amtlichen Veröffentlichungen des Vereins laufen daher auch die im ‚Kommunistischen Manifest' vertretenen Ansichten kunterbunt durcheinander mit Zunfterinnerungen und Zunftwünschen, Abfällen von Louis Blanc und Proudhon, Schutzzöllnerei usw., kurz, man wollte allen alles sein."[173]

Stephan Born stellte der Arbeiterverbrüderung das Ziel, Produktionsassoziationen der Arbeiter zu gründen, mit deren Hilfe man die kapitalistischen Privatbetriebe niederkonkurrieren und den Kapitalismus friedlich überwinden wollte. Das alles sollte unter den bestehenden Zuständen, bei Vorherrschaft der Ausbeuterklassen, ins Werk gesetzt werden. Statt die Arbeiter auf den Weg des politischen Kampfes zu führen, wies sie Born auf nutzlose kleinbürgerlich-soziale Experimente.[174] Während Marx und Engels bei der Organisierung der Arbeiterklasse stets davon ausgingen, daß der Klassengegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie unversöhnlich ist, und dies den Arbeitern bewußt machten, propagierte Born den friedlichen Ausgleich von Kapital und Arbeit. Damit trübte er das bei den Arbeitern bereits erwachende Klassenbewußtsein. Seine ökonomistische und klassenversöhnlerische Konzeption lenkte die Kräfte der Arbeiter in eine falsche Richtung. Dies führte zu einer Schwächung der demokratischen Bewegung und wirkte sich für die Arbeiterklasse und die ganze Nation zum Schaden aus. Sowohl das zur Leitung der Arbeiterverbrüderung gewählte Zentralkomitee, das seinen Sitz in Leipzig nahm, als auch die seit Oktober 1848 erscheinende Zeitung „Die Verbrüderung" verfolgten diese falsche Grundlinie.

173 Friedrich Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 219.

174 Dokument Nr. 27.

Karl Marx und Friedrich Engels wandten sich während der Revolution zu keiner Zeit gegen die Arbeiterverbrüderung als Ganzes, aber sie bekämpften mit ihrer eigenen konsequenten Arbeiterpolitik die opportunistische Linie Stephan Borns. Über die „Neue Rheinische Zeitung" nahmen sie Einfluß auf die der Arbeiterverbrüderung angeschlossenen Arbeitervereine und förderten deren politischen Reifeprozeß. Eine Reihe von Artikeln, in denen sich die „Neue Rheinische Zeitung" mit dem kleinbürgerlichen Sozialismus Proudhons auseinandersetzte, diente auch der Widerlegung des Ökonomismus Borns.

Viele zur Arbeiterverbrüderung gehörende lokale Arbeitervereine wuchsen in der Folgezeit über die ökonomistische Enge, die das Programm gesetzt hatte, hinaus. Das zwang auch die Arbeiterverbrüderung als Ganzes zu Fortschritten, die immerhin ein so beachtliches Ausmaß annahmen, daß Marx und Engels im Frühjahr 1849 an die vorhandene Organisation der Arbeiterverbrüderung anknüpften und sie in eine politische Organisation umzugestalten suchten, als sie darangingen, eine proletarische Massenpartei in Deutschland zu formieren. Dieser politische Reifeprozeß der Arbeitervereine vollzog sich durch bittere Erfahrungen, die die Arbeiter vor allem in den seit Frühherbst 1848 tobenden Abwehrschlachten gegen die Konterrevolution sammelten.

Im September 1848 strebte die Auseinandersetzung zwischen Revolution und Konterrevolution in Deutschland ihrem ersten Höhepunkt entgegen. Durch Vorgänge in den beiden bedeutendsten deutschen Parlamenten in Frankfurt (Main) und Berlin wurde die sogenannte Septemberkrise ausgelöst. Anfang September kam es in Berlin zum ersten offenen Bruch zwischen der Vereinbarerversammlung und der Krone, als die Regierung einen Beschluß des Parlaments, reaktionäre Offiziere aus der Armee zu entlassen, nicht ausführte. Zwar behielt die Konterrevolution die Oberhand; aber diese Machtprobe setzte größere Teile des Volkes in Preußen in Bewegung. Zur gleichen Zeit entbrannte in der Frankfurter Nationalversammlung ein scharfer Konflikt um die Haltung zum dänischen Krieg. Dieser Krieg, der um die Befreiung Schleswig-Holsteins geführt wurde, war damals der einzige wirklich revolutionäre Krieg Deutschlands und fand im ganzen Volk echte Sympathie und Unterstützung. Als die preußische Regierung und nach einigem Hin und Her auch die Frankfurter Nationalversammlung die national-revolutionäre Bewegung gegen Dänemark im Stich ließen

und einen Waffenstillstand schlossen, entstand zum erstenmal nach der Märzrevolution wieder eine breite Volksbewegung.

In allen Teilen des Landes kam es zu machtvollen Protestaktionen. An ihnen beteiligten sich die deutschen Arbeiter überall in vorderster Front. In der Rheinprovinz, wo sich die Kommunisten sofort an die Spitze stellten, nahm die Bewegung besonders entschiedene Formen an. Karl Marx und Friedrich Engels erwarteten von dieser Bewegung einen neuen Aufschwung der Revolution und verstärkten darum ihre praktisch-politische Tätigkeit. Mit Hilfe der „Neuen Rheinischen Zeitung" organisierten sie die großen Kundgebungen der rheinischen Demokraten am 13. September 1848 auf dem Kölner Frankenplatz und am 17. September in Worringen bei Köln. An der ersten Versammlung nahmen 6000, an der zweiten 10 000 Menschen teil. Marx und Engels ergriffen die Initiative zur Bildung eines revolutionären Gremiums, das den Kampf leiten sollte. Auf Vorschlag Wilhelm Wolffs wählten die 6000 Teilnehmer der Kundgebung vom 13. September einen „Sicherheitsausschuß", dem neben bürgerlichen und kleinbürgerlichen Demokraten die Mitglieder des Bundes der Kommunisten Karl Marx, Friedrich Engels, Ernst Dronke, Joseph Moll, Karl Schapper und Wilhelm Wolff angehörten. Dieser Ausschuß sollte dazu dienen, den Kampf um eine demokratische Republik zu organisieren und zu lenken. Nach dem Sieg der Revolution sollten derartige Revolutionskomitees als neue Machtorgane des Volkes an die Stelle der reaktionären Behörden treten.

Den Höhepunkt der Septemberkrise bildeten mehrere spontane Volkserhebungen in verschiedenen Teilen Deutschlands. Die bedeutendste war der Aufstand, der am 18. September 1848 in Frankfurt (Main) ausbrach. Der Frankfurter Arbeiterverein hatte am 17. September eine große Kundgebung aller demokratischen Vereine und Arbeitervereine der Umgebung organisiert. Rund 20 000 Teilnehmer sprachen der Frankfurter Nationalversammlung wegen ihres Verrats an der schleswig-holsteinischen Sache das Mißtrauen aus und forderten ein wirkliches Volksparlament. Zum erstenmal stand das Frankfurter Parlament unter dem massiven Druck des revolutionären Volkes. Bedrängt von den Massen des Volkes, suchte die liberale Mehrheit der Nationalversammlung ihre Zuflucht bei der Konterrevolution. Sie rief preußische, österreichische, hessische und württembergische Truppen herbei. Am Morgen des 18. September entbrannte der bewaffnete Kampf. Mehrere Tausend revolutionäre Frankfurter

Arbeiter und Handwerker errichteten Barrikaden und lieferten dem eingerückten Militär ein heftiges Gefecht. Arbeiter aus Hanau und Offenbach eilten ihnen zu Hilfe. Ebenso erhielten sie Zuzug von den Bauern der umliegenden Dörfer. Sechs Stunden wogten die Kämpfe hin und her. Erst durch Einsatz von Artillerie gelang es den an Zahl und Waffen weit überlegenen konterrevolutionären Truppen, die Barrikaden zu erobern und den Kampf für sich zu entscheiden. Die Frankfurter Aufständischen wurden geschlagen. Sie erlitten eine Niederlage, weil die Bourgeoisie sich offen gegen alle revolutionären Aktionen wandte.

Auch an anderen Orten waren Unruhen ausgebrochen. In Baden kam es zu einem erneuten Aufstandsversuch; er konnte von der Reaktion rasch erstickt werden. Auch in mehreren sächsischen Städten brachen revolutionäre Bewegungen aus. Größere Bedeutung erlangte hier der Aufstand der Chemnitzer Arbeiter vom 11. und 12. September 1848.

Ausschlaggebend für entscheidende revolutionäre Kämpfe und ihren Erfolg war die Entwicklung in den beiden Zentren Wien und Berlin. Hier wie dort blieb es im September jedoch ruhig. So konnte die Reaktion rasch wieder Oberwasser gewinnen und sich auf Gegenaktionen vorbereiten. Eine ihrer ersten Maßnahmen richtete sich gegen die demokratische Bewegung im Rheinland. Um deren zielklare Führung zu schwächen, erließen die reaktionären Behörden Ende September gegen Friedrich Engels, Ernst Dronke, Joseph Moll, Karl Schapper und Wilhelm Wolff Haftbefehle. Bis auf Schapper gelang es jedoch allen zu entkommen. Vom 26. September bis 3. Oktober wurde über Köln der Belagerungszustand verhängt. Alle demokratischen Organisationen und Zeitungen wurden verboten. Die „Neue Rheinische Zeitung" konnte vom 28. September bis 11. Oktober nicht erscheinen.

Nachdem die Konterrevolution die Septemberaufstände niedergeschlagen und ihre Positionen weiter gefestigt hatte, holte sie wenige Wochen später zu den entscheidenden Schlägen gegen die Revolution aus. Die Entscheidung fiel Ende Oktober und im November in Wien und in Berlin.

In Wien entwickelte sich der Abwehrkampf gegen die Konterrevolution zu einer der erbittertsten Schlachten der Revolution. Über eine Woche, vom 23. bis 31. Oktober 1848, verteidigten die revolutionären Kräfte die Stadt gegen die Übermacht einer konterrevolutio-

nären Armee von mehr als 100 000 Mann. Allen voran standen die 10 000 bewaffneten Wiener Arbeiter der Mobilgarde. Unterstützt wurden sie vor allem von den bewaffneten Studenten, die sich in der Akademischen Legion zusammengeschlossen hatten. An der Seite der Arbeiter und Studenten stritt auch der kleinbürgerliche Demokrat Robert Blum, der als Abgesandter der Frankfurter Nationalversammlung nach Wien gekommen war und hier ein Kommando in der revolutionären Armee übernommen hatte. Er fiel nach der Niederlage der Wiener Revolution am 9. November 1848 unter den Kugeln eines Hinrichtungspelotons der österreichischen Konterrevolution. Robert Blums Name blieb unter den deutschen Arbeitern als der eines Helden aus dem Volke immer lebendig.

Der Fall Wiens gab der Entwicklung in ganz Deutschland eine Wendung. Er war das Signal für den Angriff der preußischen Konterrevolution. Sie führte ihren Schlag in erster Linie gegen die Berliner Konstituierende Versammlung, die in den letzten Wochen in immer schärferen Gegensatz zur Krone geraten war. Die reaktionäre Kamarilla inszenierte einen Staatsstreich. Der König beauftragte am 2. November 1848 Friedrich Wilhelm Graf von Brandenburg mit der Bildung eines offen reaktionären Ministeriums, das er am 8. November bestätigte.[175] Am gleichen Tage vertagte er die preußische Vereinbarerversammlung und verlegte ihren Sitz von Berlin nach Brandenburg. Wenige Tage später wurde über Berlin der Belagerungszustand verhängt.[176] In dieser Situation mußte die Verteidigung der Rechte und der Existenz der preußischen verfassunggebenden Versammlung zur Angelegenheit aller revolutionären Kräfte werden.

Die Bourgeoisie allerdings tat am wenigsten gegen den Anschlag der Konterrevolution. Aus Furcht vor einer Volksrevolution verließ sie auch dann noch nicht den „Boden der Gesetzlichkeit", als sie von der Reaktion bereits mit Fußtritten traktiert wurde. Das Berliner Parlament, in dem in den letzten Tagen seiner Existenz die kleinbürgerlichen Demokraten das Feld beherrschten, beschloß zwar einen Aufruf zur Steuerverweigerung; aber selbst vor der Anwendung dieses bürgerlichen Kampfmittels wich die Bourgeoisie ängstlich zurück. Ebensowenig versuchten die kleinbürgerlich-demokratischen Abgeordneten auf der Grundlage des Steuerverweigerungsbeschlusses revolutionäre außerparlamentarische Aktionen auszulösen.

175 Dokument Nr. 29.

176 Dokument Nr. 30.

Inzwischen entstand im ganzen Land spontan eine Volksbewegung zum Schutz der preußischen Versammlung. Sie übertraf an Breite die der Septembertage. In den meisten größeren deutschen Städten fanden Volksversammlungen statt, die sich offen auf die Seite des Berliner Parlaments stellten. An zahlreichen Orten weigerte sich die einberufene Landwehr, gegen die Bewegung vorzugehen. In Erfurt kam es dabei am 23. und 24. November zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen Militär und Volk.

Am energischsten war der Widerstand gegen die Konterrevolution überall dort, wo starke Arbeitervereine existierten und der Bewegung ihren Stempel aufdrückten. In Ostpreußen gehörte der Königsberger Arbeiterverein zu den ersten, die gemeinsam mit Demokraten Volksversammlungen organisierten und die Protestbewegung aufs platte Land hinaustrugen. In der Provinz Sachsen bildeten die Halleschen Proletarier, die sich im Arbeiterverein politisch und in einem Lanciercorps auch militärisch selbständig organisiert hatten, den Kern der demokratischen Widerstandsbewegung. In Berlin waren die einzigen, die der von der Konterrevolution verfolgten preußischen Versammlung gleich am ersten Tage ihre volle Unterstützung zusicherten, die im Berliner Bezirkskomitee der Arbeiterverbrüderung zusammengeschlossenen Arbeiter. „Die Arbeiter Berlins", schrieben die 29 Gewerkvereine am 9. November 1848, „sind bereit und gerüstet, Eurem Rufe Folge zu leisten, wenn man es wagen sollte, die Rechte des Volkes in seinen Vertretern zu verletzen; sie bieten Euch ihren Arm und ihr Herzblut gegen jeden Feind, der Hochverrat üben wollte an Euch und an den Freiheiten des Volkes!"[177] Selbst die Leitung der Arbeiterverbrüderung sah sich unter dem Druck der Ereignisse gezwungen, die Arbeiter zum politischen Kampf aufzurufen. Sie empfahl ihren Komitees, alle Kräfte und Mittel zur Bewaffnung der Arbeiter aufzubieten.[178]

An erster Stelle standen wiederum das rheinische Proletariat und die hier wirkenden Kommunisten. Wie Friedrich Engels später schrieb, traten sie in die Lücke, die durch den Verrat der Bourgeoisie entstanden war, und taten das, was „eigentlich die Pflicht und Schuldigkeit ...

177 Einheit und Freiheit. Die deutsche Geschichte von 1815 bis 1849 in zeitgenössischen Dokumenten dargestellt und eingeleitet von Karl Obermann, Berlin 1950, S. 629.

178 Dokument Nr. 31.

der Bourgeoisie war“[179]. Entschlossen stellten sich die „Neue Rheinische Zeitung“, die Demokratische Gesellschaft und der Kölner Arbeiterverein hinter die Berliner Versammlung.[180] Als erste propagierte die „Neue Rheinische Zeitung“ die Idee der Steuerverweigerung. Bereits am 14. November 1848 rief der demokratische Kreisausschuß auf Karl Marx' Initiative die gesamte Bevölkerung des Rheinlandes auf, die Steuern zu verweigern. Einen Monat lang erschien die „Neue Rheinische Zeitung“ mit der Losung: „Keine Steuern mehr!!!“. Am 18. November folgte die Aufforderung, jeder behördlichen Steuereintreibung aktiven Widerstand entgegenzusetzen, zum Schutze der Revolution den Landsturm zu organisieren und die Behörden entweder zur Anerkennung des preußischen Parlaments zu zwingen oder sie durch „Sicherheitsausschüsse“ zu ersetzen. Der am 23. November abgehaltene zweite Kongreß der rheinischen Demokraten bestätigte die vom Kreisausschuß gefaßten Beschlüsse. Die Kommunisten waren bestrebt, die bloß passive Steuerverweigerung, wie sie von der preußischen Versammlung beschlossen worden war, in den aktiven Widerstand des Volkes gegen die Konterrevolution umzuwandeln. Des letzten revolutionären Aufrufs wegen wurden Marx und die anderen Unterzeichner, Karl Schapper und der kleinbürgerliche Demokrat Karl Schneider, im Februar 1849 vor Gericht gestellt, mußten aber nach einer glänzenden Verteidigungsrede Marx' freigesprochen werden.

Nicht nur im Rheinland, sondern auch in anderen Teilen Deutschlands fand die Aufforderung, die Steuern zu verweigern, Widerhall. Volksversammlungen wie in Düsseldorf verlangten von den Behörden, die Steuerabgabe an die Regierung einzustellen. In Schlesien rief die Leitung des demokratischen Rustikalvereins alle Bauern zur Steuerverweigerung auf; in der Grafschaft Glatz und im Kreis Neumarkt begannen die Bauern, den Widerstand zu organisieren. Unter dem Druck der Massen beschlossen die Stadtverwaltungen und Kreistage in verschiedenen Städten des Rheinlands, Westfalens, Thüringens sowie der Provinzen Sachsen, Brandenburg und Schlesien, der Aufforderung der preußischen Nationalversammlung nachzukommen. An einigen Orten wie in Düsseldorf, Frankfurt (Oder), Guben, Halberstadt und Trier kam es zu Widerstandsbewegungen gegen die

179 Friedrich Engels: Vorwort zu „Karl Marx vor den Kölner Geschworenen“. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 200.

180 Dokument Nr. 32.

Steuereintreibung durch die Behörden. Eine einheitliche revolutionäre Aktion in ganz Deutschland kam jedoch nicht zustande. So vermochte die Konterrevolution die einzelnen Widerstandsversuche, da sie zersplittert waren und von der kleinbürgerlichen Demokratie auch nur zaghaft unterstützt wurden, nach und nach zu unterdrücken. Den Abschluß der entscheidenden Auseinandersetzung in Preußen bildete die Verjagung der konstituierenden Versammlung und die Oktroyierung einer Verfassung durch den preußischen König am 5. Dezember 1848.

7. Die neue Lage nach dem Sieg der Konterrevolution in Österreich und Preußen. Der Versuch der Kommunisten zur Schaffung einer nationalen Arbeiterpartei

Mit den konterrevolutionären Siegen in Wien und Berlin trat die Revolution in Deutschland in ihre vierte und letzte Etappe. Sie umfaßte die Zeit von Anfang Dezember 1848 bis Mitte Juli 1849; ihren Höhepunkt bildeten die bewaffneten Reichsverfassungskämpfe von Anfang Mai bis Mitte Juli 1849. Die Wiedererrichtung der Macht der Reaktion in Preußen und in der Habsburger Monarchie hatte das Kräfteverhältnis in Deutschland vollends zugunsten der feudalen Konterrevolution verändert. Die mannigfachen Versuche der revolutionären Kräfte, aus der Verteidigung der Errungenschaften des März 1848 gegen die vorrückende Konterrevolution zum Angriff überzugehen und die Reaktion ganz zu zerschlagen, waren ohne Erfolg geblieben. Vielmehr war es der Konterrevolution in den beiden wichtigsten deutschen Staaten gelungen, sich durchzusetzen und ihre im März verlorengegangenen politischen Positionen zurückzuerobern. In Preußen und Österreich herrschten im Dezember 1848 wieder die Kreaturen derer „von Gottes Gnaden", und sie gingen nun daran, die Verhältnisse der Vormärzzeit wiederherzustellen.

Die liberale Bourgeoisie war aus den Regierungspositionen, in die sie der Sieg des Volkes im März gesetzt hatte, wieder vertrieben. Und ebensowenig, wie sie bisher etwas getan hatte, ihrer Klasse wenigstens einen Anteil an der politischen Macht zu erhalten, dachte sie auch jetzt daran, um die schon einmal eingenommenen Machtstellungen

zu kämpfen. Die Ereignisse während der Novemberkrise in Preußen, als die Bourgeoisie aus ihren Positionen verjagt wurde, hatten vollends klargestellt, daß von der Bourgeoisie keinerlei revolutionäre Initiative, ja nicht einmal ein oppositionelles Aufbegehren gegen die wiedererrichtete Herrschaft der Reaktion zu erwarten war.

Doch war die Revolution noch nicht abgeschlossen. Noch war die Herrschaft der Feudalreaktion in Preußen und Österreich sehr labil. Der preußische König mußte immerhin eine wenn auch scheinliberale Verfassung zugestehen und zur Beruhigung der Bauern einen Ablösungserlaß herausgeben. Auch vermochte die preußische Regierung noch nicht, Versammlungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit vollständig zu beseitigen. Wichtige Positionen besaßen die revolutionären Kräfte außerhalb Preußens. In den Klein- und Mittelstaaten bestanden noch die im März erkämpften bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten. In Frankfurt (Main) existierte noch die deutsche Nationalversammlung. Und noch waren schließlich nicht alle Hoffnungen auf einen erneuten revolutionären Aufschwung außerhalb Deutschlands, vor allem in Frankreich, geschwunden.

In der Artikelserie „Die Bourgeoisie und die Konterrevolution" analysierte Karl Marx im Dezember 1848 in der „Neuen Rheinischen Zeitung" die neuen Bedingungen für den weiteren Kampf der revolutionären Kräfte. Schonungslos rechnete er mit den Verrätereien der Bourgeoisie von März bis Dezember 1848 ab und bestimmte die Kampffronten, die sich aus der weitgehenden Polarisierung der Klassenkräfte im Ringen zwischen Revolution und Konterrevolution ergeben hatten. Durch den endgültigen Verrat der Bourgeoisie spitzte sich der weitere Kampf um den bürgerlichen Fortschritt in Deutschland auf eine unmittelbare Auseinandersetzung zwischen dem revolutionären Volk, das heißt den Arbeitern, Bauern und dem revolutionären Kleinbürgertum, einerseits und der feudalen Konterrevolution andererseits zu. Karl Marx schrieb, daß unter den neuen Bedingungen in Deutschland „nur die feudale absolutistische Kontrerevolution möglich ist oder die *sozial-republikanische Revolution*"[181], entweder ein vollständiger Sieg der Konterrevolution in ganz Deutschland oder die Errichtung einer revolutionär-demokratischen Staatsmacht in Gestalt einer bürgerlich-demokratischen deutschen Republik.

Daraus ergaben sich Schlußfolgerungen für die Taktik der Kom-

181 Karl Marx: Die Bourgeoisie und die Konterrevolution. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 6, S. 124.

munisten. Mehr denn je kam es jetzt darauf an, das Volk zum selbständigen Kampf gegen die Konterrevolution zu befähigen, um die noch vorhandenen Chancen zu nutzen und eine Wendung zugunsten der Revolution herbeizuführen. Die Kommunisten verstärkten deshalb ihre Bemühungen, die revolutionären Kräfte des Volkes, das Proletariat, die Bauern und das Kleinbürgertum, für den gemeinsamen Kampf um die demokratische Republik fester zusammenzuschließen. Um den Einfluß der Bourgeoisie weiter zurückzudrängen, intensivierten Karl Marx und Friedrich Engels in diesen Monaten die revolutionäre Erziehung der Volksmassen, die in den vorangegangenen Kämpfen selbst zahlreiche Illusionen verloren und wichtige Erfahrungen gesammelt hatten.

In den Kämpfen zwischen März und Dezember 1848 war aber auch deutlich geworden, daß die kleinbürgerliche Demokratie ihrer Aufgabe nicht gerecht wurde, nach dem Verrat der Bourgeoisie die Revolution weiterzuführen. Insbesondere hatte sich dies in den revolutionären Auseinandersetzungen im Herbst 1848 gezeigt. Im Berliner wie im Frankfurter Parlament hatten die Linken versagt. Sie hatten nur geredet, statt zu handeln und das Volk zu mobilisieren. Nicht anders stand es mit der gesamtdeutschen Organisation der Demokraten, die im Juni auf dem ersten Demokratenkongreß in Frankfurt (Main) gegründet worden war. Der hier gewählte demokratische Zentralausschuß hatte sich darauf beschränkt, einige Aufrufe herauszugeben. Zur Führung revolutionärer Aktionen aber erwies sich die Organisation außerstande. Das hatte nicht zuletzt der zweite Demokratenkongreß offenbart. Er tagte gerade während der entscheidenden Kämpfe Ende Oktober 1848 in Berlin, ergriff jedoch keinerlei Initiative, um den Widerstand gegen die Konterrevolution zu organisieren. Auch die Bemühungen der Kommunisten bei den Wahlen zur zweiten preußischen Kammer im Januar und Februar 1849, die kleinbürgerlichen Demokraten zu entschlossenerem Handeln zu bewegen, hatten nur in seltenen Fällen Erfolg.

In dieser komplizierten Situation wuchs die Verantwortung der jungen deutschen Arbeiterklasse. Nach dem Verrat der Bourgeoisie und dem Versagen des Kleinbürgertums hing mehr denn je von ihrer Kraft der erfolgreiche Fortgang der Revolution ab. Die Gründung einer selbständigen revolutionären Arbeiterorganisation für ganz Deutschland wurde zu einem dringenden nationalen Bedürfnis. Zwar waren die Arbeitervereine im Verlaufe der Revolution immer mehr

zum bestimmenden Element in der demokratischen Bewegung geworden, doch genügte ihr organisatorisches Zusammengehen mit den Demokraten nun nicht mehr, um den an die Arbeiterklasse gestellten Forderungen gerecht zu werden. Gerade um eine einheitliche Front aller wirklich demokratischen Kräfte gegen die Konterrevolution zustande zu bringen, wurde in der Ende 1848 eingetretenen Situation ein engerer Zusammenschluß der Arbeiter in einer selbständigen Partei von nationalem Charakter unumgänglich.

Dem standen freilich auch nach fast einem Jahr Revolution noch große Schwierigkeiten im Wege. Zwar hatten die Arbeiter in dieser Zeit mehr denn je reiche politische Erfahrungen gesammelt, doch der allgemeine Zustand der Arbeiterklasse, ihre zahlenmäßige Schwäche und ihre ungünstige soziale Struktur, hatte sich nur wenig geändert. Zu Anfang des Jahres 1849 dominierte in den meisten Arbeitervereinen nach wie vor der proletarische Handwerksgeselle oder der Manufakturarbeiter. Moderne Fabrikproletarier, der Kern der Arbeiterklasse, waren in der Organisationsbewegung der deutschen Arbeiter immer noch selten vertreten. In vielen Arbeiterorganisationen blieben ökonomische und soziale Forderungen auch in dieser Zeit noch das Hauptthema der Versammlungen. Dort, wo schon politische Interessen geltend gemacht wurden, wurden die Diskussionen oft noch von kleinbürgerlichen Vorstellungen bestimmt. Dazu kam schließlich, daß der Entwicklungsstand der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Teilen Deutschlands recht unterschiedlich war.

Dennoch bahnten sich seit Herbst 1848 in der Arbeiterbewegung bedeutende Veränderungen an. In allen Teilen Deutschlands entstanden im Herbst und Winter zahlreiche neue Arbeitervereine. Allein zur Arbeiterverbrüderung gehörten im Februar 1849 mehr als hundert lokale Arbeiterorganisationen. Viele dieser Vereine hatten in den Abwehrkämpfen gegen die Konterrevolution einen politischen Reifeprozeß durchgemacht. Allmählich begannen die Arbeiter auch in den gewerkschaftlich-genossenschaftlich orientierten Vereinen die enge ökonomistische Zielstellung zu überwinden und sich politischen Fragen zuzuwenden. „Einmischungen in politische Angelegenheiten" wurden für manchen bisher rückständigen Arbeiterverein – wie es in einem Schreiben der Pirnaer Arbeiter aus dieser Zeit heißt – immer selbstverständlicher.[182] Insbesondere in der breiten Protestbewegung gegen den undemokratischen und die Arbeiter benachteiligenden Wahl-

[182] Dokument Nr. 28.

gesetzentwurf der Frankfurter Nationalversammlung im Februar und März 1849 zeigte sich das gewachsene politische Selbstbewußtsein zahlreicher Arbeitervereine.[183] Mit der zunehmenden Politisierung der Arbeitervereine verband sich vielfach ein gleichzeitiges Streben der Arbeiter, sich von der kleinbürgerlichen Bevormundung zu befreien. Insbesondere in den fortgeschrittenen politischen Arbeitervereinen wuchs der Drang nach politischer Selbständigkeit. Auch begannen sich jetzt die Industriearbeiter in der organisierten Arbeiterbewegung zu regen und mit ihren speziellen Forderungen hervorzutreten. So verlangte der Industrielle Zentralverein des Wuppertals aus Elberfeld in einem Programmvorschlag an das Zentralkomitee der Arbeiterverbrüderung vom 10. Januar 1849 die „Verbrüderung aller industriellen Arbeiter Deutschlands ohne Ausnahme"; er begründete seine Forderung damit, daß „der Fabrikindustriearbeiter ganz andere Mittel und Wege einzuschlagen hat, um seine drückende Lage zu bessern als alle übrigen Handwerker, da er weniger Eigentümer seiner Arbeit ist"[184].

Die bitteren Erfahrungen, die die Arbeiter in den gemeinsamen politischen Kämpfen mit der Bourgeoisie und den kleinbürgerlichen Demokraten gemacht hatten, ließen die Erkenntnis reifen, daß die Arbeiter eine eigene politische Organisation brauchten. Diesen Bestrebungen und Forderungen in vielen lokalen Arbeitervereinen konnten sich auch die Leiter der Arbeiterverbrüderung nicht verschließen. Da sich die politischen Auseinandersetzungen immer mehr zuspitzten, sahen sie sich gezwungen, ihre sozial-utopischen Reformpläne teilweise zu korrigieren und die Notwendigkeit des politischen Kampfes stärker hervorzuheben.

Diese hoffnungsvollen Entwicklungstendenzen innerhalb der Arbeiterbewegung erschlossen neue Möglichkeiten, eine selbständige proletarische Partei im nationalen Rahmen zu schaffen, die alle politisch bewußten Arbeiter erfaßte und in aller Öffentlichkeit wirkte. Das wurde nicht von allen Kommunisten verstanden. Joseph Moll, der alte Leiter des Kölner Arbeitervereins, der im September 1848 vor der preußischen Polizei nach London geflüchtet war, bildete hier ohne Wissen von Marx und Engels gemeinsam mit Heinrich Bauer und Georg Eccarius eine neue Zentralbehörde und kam in deren Auftrag im Winter 1848/1849 nach Deutschland, um den Bund der Kommu-

183 Dokument Nr. 36.

184 Dokument Nr. 34.

nisten als Geheimorganisation neu zu beleben. Mit seiner Absicht, eine selbständige, von den kleinbürgerlichen Demokraten getrennte proletarische Bewegung zu schaffen, entsprach Joseph Moll den Bestrebungen des fortgeschrittensten Teils der deutschen Arbeiter. Aber der Versuch, die Arbeiterbewegung in die Form einer engen Geheimorganisation zu zwängen, war angesichts der noch bestehenden demokratischen Freiheiten in Deutschland unzeitgemäß und lenkte von den Bemühungen um eine revolutionäre Massenpartei der Arbeiter ab. Molls Mission fand wenig Unterstützung und endete mit einem Mißerfolg.

Im Gegensatz dazu griffen Karl Marx und Friedrich Engels ihren alten Plan vom Frühjahr 1848 wieder auf und gingen daran, die verschiedenartigsten lokalen Arbeitervereine in einer einheitlichen nationalen Organisation zusammenzufassen, um aus ihr eine politische Arbeiterpartei zu entwickeln. Der Kampf der Kommunisten um die Bildung einer proletarischen Partei, den sie seit April 1848, auch während ihrer zeitweisen organisatorischen Verbindung mit den Demokraten, beharrlich geführt hatten, trat nun in ein neues Stadium. Die direkte Organisierung dieser Partei rückte in den Vordergrund. Marx und Engels knüpften dabei an die Bestrebungen zur Zusammenfassung der Arbeitervereine an.

Besondere Bedeutung besaß in diesem Zusammenhang ein Kongreß südwestdeutscher Arbeitervereine am 28. und 29. Januar 1849 in Heidelberg, an dem auch Kommunisten teilnahmen. Dieser Kongreß faßte Beschlüsse, die auf die Bildung einer gesamtnationalen Arbeiterorganisation abzielten.[185] Er erteilte den Versuchen, die Arbeiter unter reaktionär-zünftlerischen Losungen zu organisieren, eine entschiedene Abfuhr, legte den Anschluß der südwestdeutschen Arbeitervereine an das Leipziger Zentralkomitee der Arbeiterverbrüderung fest und beschloß die Gründung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterbundes. Sie sollte auf einem allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß im Juni 1849 in Leipzig erfolgen. Es wurde bestimmt, auf diesem Kongreß sowohl ein Programm als auch Organisationsstatuten für den allgemeinen Arbeiterbund auszuarbeiten und zu beschließen. Die vom Heidelberger Kongreß angenommenen provisorischen Organisationsbestimmungen für die hier vertretenen Arbeitervereine zeigten deutlich, daß die angestrebte gesamtnationale Vereinigung keine Neuauflage der ökonomistischen Arbeiterverbrüde-

185 Dokument Nr. 35.

rung, sondern eine politische Organisation der Arbeiterklasse werden sollte. Die „Neue Rheinische Zeitung" begrüßte in einem Korrespondenzartikel nachdrücklich die Verhandlungen und Festlegungen des Heidelberger Kongresses.

Von Mitte Februar bis Anfang April 1849 fanden weitere regionale Kongresse von Arbeitervereinen statt, so ein Kongreß norddeutscher Arbeiter in Hamburg mit Vertretern von Vereinen aus Bremen, Hamburg, Hannover, Holstein, Lüneburg, Mecklenburg und Oldenburg; ein Arbeiterkongreß mit Vertretern aus den thüringischen Staaten in Altenburg; ein Kongreß von Abgeordneten württembergischer Arbeitervereine in Göppingen sowie ein bayrischer Arbeiterkongreß in Nürnberg. Auf und nach diesen Kongressen verbanden sich die Arbeitervereine des größten Teils Deutschlands mit dem Leipziger Zentralkomitee. Dabei handelte es sich jedoch nicht um einen einfachen und bedingungslosen Anschluß an die Arbeiterverbrüderung. Die Aufnahme der Verbindung zum Leipziger Zentralkomitee war vielmehr ein wichtiger vorbereitender Schritt zur Neubildung einer nationalen politischen Arbeiterpartei.

Gestützt auf den Kölner Arbeiterverein, griffen die Kommunisten vom Rheinland aus in diese Entwicklung ein. Die „Neue Rheinische Zeitung" und der Kölner Arbeiterverein übernahmen die Sammlung der Arbeitervereine der Rheinprovinz und Westfalens. Die Kommunisten reorganisierten im Februar und März 1849 den Kölner Arbeiterverein nach einem neuen Statut, das dem Verein endgültig den Charakter einer politischen Massenorganisation des Proletariats verlieh. Ab Mitte März begannen sie mit Hilfe der „Neuen Rheinischen Zeitung" unter den demokratischen Vereinen des Rheinlandes zu sondieren. Am 11. April 1849 forderte der Kölner Arbeiterverein alle rheinischen Arbeitervereine zum regionalen Zusammenschluß auf. Drei Tage später erklärten Friedrich Anneke, Karl Marx, Karl Schapper und Wilhelm Wolff ihren Austritt aus dem demokratischen Kreisausschuß der Rheinprovinz. Der Kölner Arbeiterverein sagte sich nun auch vom demokratischen Zentralausschuß in Berlin los und erklärte, sich „dem Verband der deutschen Arbeitervereine, deren Zentralausschuß sich in Leipzig befindet, anzuschließen"[186]. Friedrich Anneke, Christian Esser, Karl Marx, Karl Otto, Karl Schapper und Wilhelm Wolff wurden in den provisorischen Provinzialausschuß der rheinisch-westfälischen Arbeitervereine berufen und beauftragt, zur Vorberei-

[186] Dokument Nr. 38.

tung des allgemeinen Arbeiterkongresses in Leipzig einen rheinisch-westfälischen Arbeiterkongreß zu organisieren.[187] Auf diesem Kongreß, den der Provinzialausschuß einberief, sollten die Delegierten für Leipzig gewählt und die entsprechenden Aufträge für die Deputierten festgelegt werden.

Gleichzeitig bereiteten die Kommunisten mit Hilfe der „Neuen Rheinischen Zeitung" den gesamtdeutschen Arbeiterkongreß intensiv ideologisch vor. Bereits seit Januar 1849 hatte sich das Blatt der Kommunisten immer häufiger unmittelbar an das Proletariat gewandt und wurde auch in zunehmendem Maße unter den Arbeitern verbreitet. Am 5. April begann die „Neue Rheinische Zeitung" mit der Veröffentlichung der Marxschen Artikelserie über „Lohnarbeit und Kapital". Das Komitee des Kölner Arbeitervereins setzte die Diskussion über diese Artikel auf die Tagesordnung der Sitzungen sämtlicher neun Filialklubs des Vereins. Zugleich forderte der Kölner Arbeiterverein die Arbeitervereine Deutschlands auf, die Artikel ebenfalls zu diskutieren. Die Vereine erhielten die betreffenden Nummern der „Neuen Rheinischen Zeitung" zugesandt und wurden gebeten, ihre Ansichten dem Kölner Arbeiterverein mitzuteilen.

In „Lohnarbeit und Kapital" legte Karl Marx die ökonomischen Verhältnisse dar, „worauf die Existenz der Bourgeoisie und ihre Klassenherrschaft sich gründet wie die Sklaverei der Arbeiter"[188], und erläuterte den Arbeitern systematisch die „materielle Grundlage der jetzigen Klassenkämpfe und Nationalkämpfe"[189]. Erst die wissenschaftliche Erklärung der Struktur der bürgerlichen Gesellschaft und der Gesetze ihrer Entwicklung ermöglichte den Arbeitern, ihre wirkliche Stellung in der Gesellschaft zu begreifen, lehrte sie, im Geiste des Kommunistischen Manifests den selbständigen Kampf um ihre Befreiung zu führen. Die Empfehlung, „Lohnarbeit und Kapital" zu diskutieren, verfolgte das Ziel, die deutschen Arbeitervereine mit ihren wirklichen Klasseninteressen und -zielen bekanntzumachen und so die Festlegung einer proletarischen Klassenpolitik auf dem gesamtdeutschen Arbeiterkongreß vorzubereiten. Dem gleichen Zweck diente auch die Verbreitung des Statuts des Arbeitervereins von Köln, das auf Veranlassung der Kommunisten in der Zeitung der Arbeiterver-

187 Dokument Nr. 39.

188 Karl Marx: Lohnarbeit und Kapital. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 6, S. 398.

189 Ebenda, S. 397.

brüderung „Die Verbrüderung" abgedruckt und allen zur Nachahmung empfohlen wurde.

Die Früchte des Kampfes um die gesamtdeutsche Arbeiterorganisation reiften jedoch nicht mehr. Die Siege der Konterrevolution machten die erfolgversprechenden Bemühungen der Kommunisten zunichte, während der Revolution von 1848 1849 in Deutschland eine selbständige proletarische Partei zu schaffen. Der für Juni 1849 einberufene Kongreß sämtlicher deutscher Arbeitervereine konnte infolge des Sieges der Konterrevolution nicht mehr stattfinden.

Auch der rheinisch-westfälische Arbeiterkongreß, der am 6. Mai in Köln noch zusammentrat, wurde schon überschattet von dem begonnenen Endkampf zwischen Revolution und Konterrevolution. Die sich überstürzenden politischen Ereignisse zwangen dazu, den Kongreß in wenigen Stunden abzuhalten. Im Vordergrund stand mit Recht die Beratung darüber, wie man der Konterrevolution in den Anfang Mai bereits auflodernden bewaffneten Kämpfen um die Reichsverfassung entgegentreten mußte.

8. Arbeiter und Kommunisten in den Kämpfen der Reichsverfassungskampagne. Die Niederlage der Revolution

Im Frühjahr 1849 näherte sich das Schicksal der deutschen Revolution seiner Entscheidung. Noch einmal loderte die Flamme der Revolution empor. Von Anfang Mai bis Mitte Juli 1849 tobten in verschiedenen Teilen Deutschlands die letzten großen Kämpfe zwischen dem Volk und der Konterrevolution. Sie wurden ausgelöst und erhielten ihren Namen durch die Reichsverfassung, die die Frankfurter Nationalversammlung nach monatelangen Diskussionen am 28. März 1849 endlich angenommen hatte. Diese Reichsverfassung war die erste bürgerliche Verfassung Deutschlands.[190] Sie hatte insofern fortschrittlichen Charakter, als sie eine stärkere nationale Zentralisation verlangte und die Einführung eines bürgerlich-konstitutionellen Systems für ganz Deutschland bestimmte. Aber sie sah nicht die Gründung einer einigen demokratischen Republik vor. Nach ihren Bestimmungen sollte Deutschland unter Ausschluß Österreichs zu einem kleindeutschen

[190] Dokument Nr. 37.

erblichen Kaiserreich unter preußischer Führung werden. Die Einzelstaaten sollten, in ihren Rechten wesentlich eingeschränkt, im Rahmen eines Bundesstaates weiter bestehenbleiben. Die Reichsverfassung der Frankfurter Nationalversammlung trat nie in Kraft.

Die Bourgeoisie hatte gehofft, mit Hilfe der Reichsverfassung die Revolution endlich in ihrem Sinne zum Abschluß zu bringen. Doch stieß selbst diese liberal gemäßigte Verfassung auf den schärfsten Widerstand der bereits erstarkten konterrevolutionären Mächte. Der preußische König Friedrich Wilhelm IV., dem auf Beschluß der deutschen Nationalversammlung die Kaiserkrone angetragen wurde, lehnte sie brüsk ab.[191] Die Regierungen der großen deutschen Staaten, Preußen, die Habsburger Monarchie, Bayern, Sachsen und Hannover, lehnten die Reichsverfassung ab. Als daraufhin die Volksmassen auf den Plan traten, um die Anerkennung der Frankfurter Verfassung zu erzwingen, ließ die deutsche Bourgeoisie selbst ihr eigenes Werk schmählich im Stich.

Die Führung in der Kampagne für die Reichsverfassung fiel dem Kleinbürgertum zu. Es brachte eine Reihe hervorragender Streiter für die Sache der Demokratie hervor, die in den bewaffneten Kämpfen der Revolution und besonders während der Reichsverfassungskampagne ihren Mann standen. Aber seiner Aufgabe als führende Kraft vermochte es ebensowenig gerecht zu werden wie in den revolutionären Auseinandersetzungen des Jahres 1848.

Bei der Arbeiterklasse stieß die ganz auf die liberale Bourgeoisie zugeschnittene Verfassung auf wenig Sympathie. Dennoch griff sie ohne Zaudern sofort zu den Waffen. Die politisch bewußten deutschen Arbeiter erkannten, daß die revolutionäre Erhebung, mit Entschiedenheit geführt, über das unmittelbar gesteckte Ziel, die Reichsverfassung, hinaus sehr bald zu einem Kampf um die demokratische Republik werden konnte.[192] Als Anfang Mai 1849 in einem großen Teil Deutschlands der offene Aufstand ausbrach, da bestand, wie Friedrich Engels schrieb, „der *wirklich kämpfende* Kern der Aufständischen, jener Kern, der zuerst zu den Waffen griff und sich mit den Truppen schlug, aus den *Arbeitern der Städte*“[193]. Mit der Waffe in der Hand kämpften Mitglieder des Bundes der Kommunisten überall, auf den

191 Dokument Nr. 33 und 40.

192 Dokument Nr. 41.

193 Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 8, S. 98.

Barrikaden von Dresden und Elberfeld, während des Feldzuges in der Pfalz und in Baden, an vorderster Front und leiteten zum ersten Male in der Geschichte unseres Volkes einzelne bewaffnete Formationen. „Die entschiedensten Kommunisten waren die couragiertesten Soldaten."[194]

Die Reichsverfassungskämpfe begannen mit der Erhebung in Dresden. Auf die Nachricht, daß die sächsische Regierung preußische Truppen gegen die Volksbewegung herbeigerufen habe, erstürmten die Arbeiter am 3. Mai 1849 das Zeughaus und errichteten in der Dresdener Altstadt Barrikaden. Die Führung des Aufstands übernahm ein kleinbürgerlicher Sicherheitsausschuß, der sich jedoch auf einen Waffenstillstand mit den konterrevolutionären Truppen einließ. Damit erhielt die Reaktion die Möglichkeit, Verstärkungen heranzuziehen und das Eintreffen der herbeigerufenen preußischen Truppenteile abzuwarten. Den Dresdner Arbeitern, die die Last des ungleichen Kampfes trugen, waren nur einige hundert Bergleute aus Freiberg und Arbeiter aus Chemnitz und Leipzig zu Hilfe geeilt. Mehrere Tage lang leisteten mehr als 10 000 tapfer kämpfende Arbeiter, Handwerker und Intellektuelle, unter ihnen der berühmte Baumeister Gottfried Semper und der große deutsche Komponist Richard Wagner, den zahlenmäßig und militärisch überlegenen preußischen und sächsischen Truppen verbissenen Widerstand. Am 9. Mai mußten die Dresdner Revolutionäre der Übermacht weichen und der Konterrevolution die Stadt überlassen.

Auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet bildeten die Arbeiter das Gros der bewaffneten Kämpfer. Hier war der Aufstand ausgelöst worden, als die Landwehr, von der preußischen Regierung zur Unterdrückung der Volksbewegungen einberufen, an vielen Orten den Gehorsam verweigerte. Die Regierung setzte Truppen gegen die rebellische Landwehr ein. Daraufhin kam es in Elberfeld, Iserlohn, Solingen und anderen Städten zu heftigen Straßen- und Barrikadenkämpfen. In Elberfeld wurde das Militär nach stundenlangen blutigen Gefechten zum Rückzug gezwungen. Friedrich Engels war sofort nach Ausbruch der Kämpfe hierher geeilt, um „die ‚Neue Rheinische Zeitung' ... auch auf den Elberfelder Barrikaden"[195] zu vertreten. Er hatte die verantwortungsvolle Aufgabe übernommen, die Stadt für

[194] Friedrich Engels: Die deutsche Reichsverfassungskampagne. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 7, S. 185.

[195] Friedrich Engels: Elberfeld. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 6, S. 500.

den zu erwartenden zweiten Angriff der Preußen militärisch zu wappnen. Die Elberfelder Bourgeois fürchteten jedoch, Engels könnte, gestützt auf die bewaffneten Arbeiter, deren festes Vertrauen er besaß, die „rote Republik" ausrufen. Der Sicherheitsausschuß forderte ihn auf, die Stadt zu verlassen. Um die Bewegung nicht zu spalten und damit zu schwächen, kehrte Engels nach fünftägigem erfolgreichen Wirken am 15. Mai 1849 nach Köln zurück. Bald nach seinem Weggang erlahmte die revolutionäre Bewegung in Elberfeld ebenso wie in den übrigen rheinischen Städten an der Konfusion und Unfähigkeit der kleinbürgerlichen Führer. Nur in Iserlohn lieferte das Proletariat der erdrückenden Übermacht der Preußen noch ein hartnäckiges und für beide Seiten verlustreiches Gefecht.

„Mit der Niederlage der rheinischen Arbeiter ging auch das Blatt zugrunde, in dem allein sie ihre Interessen offen und entschieden vertreten sahen – die ‚Neue Rheinische Zeitung'."[196] Jetzt führte die preußische Reaktion, die schon seit Monaten immer wieder versucht hatte, die Zeitung der deutschen Kommunisten zu unterdrücken, den entscheidenden Schlag. Gegen Karl Marx wurde ein Ausweisungsbefehl erlassen, andere Redakteure wurden mit Verhaftung bedroht. Das machte ein weiteres Erscheinen der Zeitung unmöglich. Am 19. Mai 1849 erschien die „Neue Rheinische Zeitung" zum letzten Mal, ganz in rotem Druck, an der Spitze das berühmte „Abschiedswort" von Ferdinand Freiligrath, das von der Siegesgewißheit der proletarischen Bewegung kündete:

Nun ade, nun ade, du kämpfende Welt,
nun ade, ihr ringenden Heere!
Nun ade, du pulvergeschwärztes Feld,
Nun ade – ihr Schwerter und Speere!
Nun ade, doch nicht für immer ade!
Denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!
Bald richt ich mich rasselnd in die Höh,
bald kehr ich reisiger wieder!

Wenn die letzte Krone wie Glas zerbricht,
in des Kampfes Wettern und Flammen,
wenn das Volk sein letztes „Schuldig" spricht,
dann stehn wir wieder zusammen!

196 Friedrich Engels: Die deutsche Reichsverfassungskampagne. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 7, S. 131.

Mit dem Wort, mit dem Schwert, an der Donau, am Rhein –
Eine allzeit treue Gesellin
wird dem thronezerschmetternden Volke sein
die Geächtete, die Rebellin!

An die Arbeiter Kölns gewandt, bekräftigten Marx und Engels noch einmal das unverrückbare Ziel ihres Kampfes: „Die Redakteure der ‚Neuen Rheinischen Zeitung' danken Euch beim Abschiede für die ihnen bewiesene Teilnahme. Ihr letztes Wort wird überall und immer sein: *Emanzipation der arbeitenden Klasse!*"[197]

Karl Marx und Friedrich Engels verließen Köln und begaben sich gemeinsam mit Wilhelm Wolff nach Süddeutschland, wo die revolutionäre Bewegung noch im Aufschwung begriffen war. In Frankfurt (Main) versuchten sie die Linken der Nationalversammlung zu bewegen, sich an die Spitze der Revolution in Süddeutschland zu stellen. Noch bot sich trotz der Niederlage in Sachsen und im Rheinland die Möglichkeit, vom revolutionierten Süddeutschland aus unter dem Panier der Reichsverfassung die Flamme der Revolution in anderen deutschen Staaten neu zu entfachen. Doch die kleinbürgerlichen Demokraten schreckten vor dem von Marx und Engels unterbreiteten Vorschlag zurück, aus Baden und der Pfalz revolutionäre Truppen zum Schutz der Nationalversammlung nach Frankfurt zu beordern. Mit Wilhelm Wolff, der nun sein Mandat als stellvertretender Abgeordneter in der Nationalversammlung wahrnahm, trat jetzt auch zum ersten Male ein wirklicher Revolutionär in diesem Parlament auf. Nachdem die Bemühungen von Marx und Engels, die kleinbürgerlichen Führer zu entschiedenem Vorgehen gegen die Konterrevolution zu veranlassen, auch in Baden ergebnislos verlaufen waren, ging Karl Marx Anfang Juni 1849 im Auftrage des Zentralausschusses der deutschen Demokraten nach Paris, um die revolutionäre deutsche Demokratie bei der französischen sozialistisch-demokratischen Partei zu vertreten. In Paris erwarteten die Revolutionäre zu dieser Zeit den Ausbruch neuer Kämpfe. Friedrich Engels blieb in der Pfalz und beteiligte sich am badisch-pfälzischen Feldzug.

Dieser Feldzug war von vornherein ein Abwehrkampf gegen die in die Pfalz und in Baden einfallenden konterrevolutionären preußischen und sogenannten Reichstruppen. In der Pfalz und in Baden hatte das revolutionäre Volk Anfang und Mitte Mai die alten re-

[197] An die Arbeiter Kölns. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 6, S. 519.

aktionären Mächte verjagt. Hier war den Aufständischen ein ganzer Staat mit allen seinen Ressourcen in die Hände gefallen. Die gesamte badische Armee war auf die Seite der Revolution übergegangen. Aber die kleinbürgerlichen Führer, denen die Regierungsgewalt zugefallen war, taten nichts, um diese günstige Situation zu nutzen. Sie widersetzten sich allen Bestrebungen, die Revolution über die Grenzen Badens und der Pfalz hinauszutragen. Statt dessen wiegelten sie die Volksbewegung im Lande ab. Ungenutzt ließen sie die Zeit verstreichen, die ihnen verblieb, um die unvermeidliche militärische Auseinandersetzung mit der preußisch-deutschen Konterrevolution vorzubereiten. So war die badisch-pfälzische Revolutionsarmee schlecht gerüstet, als ein überlegenes preußisches Heer unter der Führung des Kronprinzen Wilhelm, des späteren deutschen Kaisers, am 12. Juni 1849 über Süddeutschland herfiel, um die Revolution vollends zu ersticken.

Dennoch gehört der badisch-pfälzische Feldzug vom Sommer 1849 zu den besten revolutionären und militärischen Traditionen unseres Volkes. Zum erstenmal in der deutschen Geschichte standen Zehntausende Soldaten einer auf die Seite der Revolution übergegangenen regulären Armee in offener Feldschlacht gegen die preußische Militärmacht. An ihrer Seite stritten Tausende von Freiwilligen aus ganz Deutschland, unterstützt von Freischärlern aus Polen, der Schweiz, Ungarn und Frankreich. Tapfer schlugen sich die einfachen Soldaten und Freiwilligen in einer für sie nahezu hoffnungslosen Lage. In dem entscheidenden Gefecht an der Murg am 28. und 29. Juni 1849 verteidigten knapp 13 000 Revolutionssoldaten ihre Stellungen gegen eine konterrevolutionäre Heeresmacht von 60 000 Mann und gingen zeitweise sogar zu Gegenangriffen über. „Besonders die badenschen Kanoniere haben sich heldenmäßig gehalten", schrieb Gottfried Keller, „sie arbeiteten, da es sehr heiß war, im bloßen Hemd, wie die Bäcker vor dem Backofen, bei ihren Kanonen, und waren noch forsch und wohlgemut dabei."[198] Hervorragendes leistete eine Reihe militärischer Führer. Der bekannte Führer des polnischen Aufstandes von 1848 Ludwik Mieroslawski war nach Baden geeilt und übernahm den Oberbefehl der gesamten Revolutionsarmee. Verdienste im Kampf gegen die bewaffnete Konterrevolution erwarb sich Johann Philipp Becker. Er war der bedeutendste Organisator der Volkswehren und Arbeiterfreischaren und ihr talentiertester militärischer Führer. Mit Kühnheit

198 Gottfried Keller: Briefe, Leipzig 1952, S. 24.



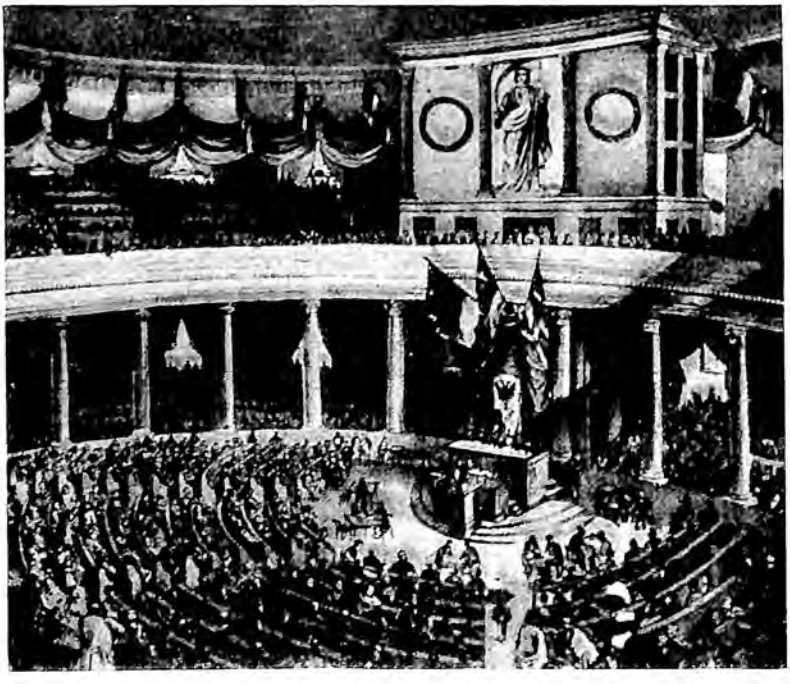
Kampf in der Pariser Vorstadt
Saint-Antoine, Juni 1848



Sturm auf das Berliner Zeughaus,
Juni 1848



Barrikaden in der Burggasse zu Altenburg, Juni 1848



Sitzung der deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche zu Frankfurt (Main)

Neue Rheinische Zeitung.
Organ der Demokratie.

№ 66. Köln, Samstag 5. August 1848.



Deutschland.

• **Köln**, 4. August. Nach Beschluß des Demokratischen Congresses zu Frankfurt, welcher Köln zum Vorort für die preußische Rheinprovinz bestimmte, und die dortigen Demokratischen Vereine beauftragt hat, einen Kreiscongreß zur Organisation der demokratischen Partei in der Provinz zusammen zu berufen, ladet der Centralausschuß der hiesigen Vereine alle in der Rheinprovinz bestehenden Vereine mit demokratischer Tendenz ein, Abgeordnete zu diesem Congresse zu ernennen, welcher Sonntag den 13. August hier stattfinden wird. Die Deputirten haben sich zu melden im obern Saale des Stollwerk'schen Lokals.

Der Centralausschuß der 3 demokratischen Vereine in Köln.

Schneider II. Marx (Für die demokratische Gesellschaft). Moll. Schapper. (Für den Arbeiterverein). Becker. Schützendorf. (Für den Verein für Arbeiter und Arbeitgeber).

In einem Augenblick, wo unter der Firma von wandelnden „konstitutionellen" Congressen die Reaktion ihre Kräfte im ganzen Staate mustert und zusammenzieht, braucht den Demokraten die Nothwendigkeit eines energischen Entgegenwirkens nicht ausführlicher entwickelt zu werden. Sie haben blos von denselben Freiheiten Gebrauch zu machen, deren sich der Verein „Mit Gott für König und Vaterland" und seine Zweigvereine erfreuen.

Aufruf des Zentralausschusses der demokratischen Vereine vom 4. August 1848, veröffentlicht in der „Neuen Rheinischen Zeitung"



Barrikadenkampf in Frankfurt (Main), September 1848



Stephan Born



Die Verbrüderung.

herausgegeben vom Centralcomité für die deutschen Arbeiter

Verlegt von Hallberger Born

Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter.

№ 1. 2. Leipzig, den 3 October 1848.

Rundschreiben des Centralcomites für die deutschen Arbeiter an sämmtliche Arbeiter und Arbeitervereine Deutschlands

Arbeiter! Die französische Februar-Revolution hatte allen unterdrückten Classen, den allen entbehrungsreichen Leben, daß sie dem vierten Stande, dem der Arbeiter, angehörte, daß sie die Lasten der Gesellschaften und Gleichberechtigung aller Menschen auf die Gnade des Lebens verneinte. Sie war eine Revolution des Proletariats. Mag auch der jetzt reactionirende französische Nationalversammlung deren ihren eigentlichen Charakter ungeschminkt unverdeckt haben, sehr bald wird es um so schärfer in einer folgenden, allgemeineren Bewegung hervortreten. — Auch in Deutschland ist aus dem Kampfe politischer Umgestaltungen die Bewegung der arbeitenden Klasse als bitterlich berechtigt mit jedem Tage mehr hervorgetreten, und wer mochte verkennen, daß diese Bewegung täglich an Geltung gewann! Denn auch in Deutschland ist die Macht des Kapitals zu einer solchen Höhe gelangt, daß es der schaffenden Hand nicht mehr gelingen kann, ihre Entwickelung zu ertragen, daß vielmehr der Arbeiter in allen Gewerbszweigen schon der gedrückte Theil, der Sklave des Kapitals geworden.

Brüder! So kann es nicht länger mehr bleiben! Ein Staat, in dem es dem Arbeiter unmöglich geworden bei allem Fleiße menschlich zu existiren, muß nothwendig einer neuen Umgestaltung entgegengehen, wenn seinen mächtigsten Gliedern, den Arbeitern erst das Bewußtsein ihrer Stellung klar geworden, wenn sie ihrer Schaffens trotzlose Qual ergriffen, wenn sie zur letzten traurigen Erkenntniß gekommen, daß sie das Leben einsetzen müssen, um das Leben zu gewinnen. Diese Erkenntniß unserer Zustände, ihre Gründe in unserer Verhältnisse, nur zu offen tritt sie jetzt hervor unter den Arbeitern, und wer Gedanken und Muth sagt wachsen.

Diese Erkenntniß hat auch den allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß in Berlin hervorgerufen, er sollte rathen und bestimmen, was in dieser großen Zeit zur Hebung und Verbesserung unserer Zustände gethan werden müsse.

Wir Arbeiter müssen uns selbst helfen. Das ist das Prinzip, von dem der Kongreß zu Berlin ausging. Auf den Grundsatz der nothwendigen Selbsthülfe baute er seine Beschlüsse, an der Durchführung sich zu betheiligen jetzt vorliegen

Die erste Ausgabe der Zeitung der Arbeiterverbrüderung



Barrikade
an der Großen Frauengasse
in Dresden, Mai 1849



Erschießung Robert Blums in Wien, 9. November 1848



Gefecht bei Durlach (Baden).
Juni/Juli 1849



Einzug der pfälzischen Freischaren in Karlsruhe. Juni 1849



Artillerieschanze der badischen Volksarmee bei Kuppenheim (Baden). Juni 1849



Konterrevolutionäre Soldateska erschießt Dresdner Barrikadenkämpfer, 1849



Gefangene Kämpfer der badischen Volksarmee
in den Kasematten der Festung Rastatt, 1849

und Umsicht leitete er, stets an verantwortungsvollen Stellen eingesetzt, die Abwehrkämpfe gegen die konterrevolutionären Truppen. So verstand er es, mit einigen Hundert noch wenig erfahrenen Revolutionssoldaten am 25. Juni 1849 bei Durlach zwei preußische Divisionen und weitere Reichstruppen aufzuhalten und dadurch den Rückzug der badisch-pfälzischen Armee zu decken. Friedrich Engels nannte Johann Philipp Becker wegen seines urwüchsigen militärischen Talents und seiner großen Leistungen den „einzigen deutschen Revolutionsgeneral"[199].

„Die Partei des Proletariats", schrieb Friedrich Engels, „war ziemlich stark in der badisch-pfälzischen Armee vertreten ..."[200] Aus allen Teilen Deutschlands und aus der Emigration herbeieilend, bildeten die Arbeiter ganze selbständige Truppenformationen wie die Besançoner Arbeiterkompanie des Willichschen Freikorps und das Mannheimer Arbeiterbataillon.[201] „Der Hilferuf unserer Brüder", hieß es rückblickend in einem Brief des Zentralausschusses der Württembergischen Arbeitervereine, „entvölkerte die Vereine in einem Grade, daß es nicht zu den Seltenheiten gehörte, ganze Vereine bewaffnet nach Baden ziehen zu sehen."[202]

Für die ehrenvolle Rolle der Arbeiterklasse steht neben vielen anderen das Beispiel des alten und bewährten Funktionärs des Bundes der Kommunisten, Joseph Moll. Von der Pfalz aus ging er in preußisches Gebiet, betrieb inmitten der preußischen Armee in der Rheinprovinz revolutionäre Agitation und warb Fahrkanoniere für die Artillerie der Pfälzer Aufständischen. Durch die feindlichen Linien Ende Juni 1849 glücklich nach Rastatt zurückgelangt, trat er der Besançoner Arbeiterkompanie bei. In vorderster Reihe kämpfend, fiel er wenige Tage später im Gefecht an der Murg. Karl Marx und Friedrich Engels verloren „in ihm einen alten Freund, die Partei einen ihrer unermüdlichsten, unerschrockensten und zuverlässigsten Vorkämpfer"[203]. Einer der fähigsten Offiziere der Aufstandsarmee war

199 Friedrich Engels: Johann Philipp Becker. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 324.

200 Friedrich Engels: Die deutsche Reichsverfassungskampagne. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 7, S. 185.

201 Dokument Nr. 42.

202 Leipziger Zeitung, 11. Juli 1850, S. 3549.

203 Friedrich Engels: Die deutsche Reichsverfassungskampagne. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 7, S. 184.

das Bundesmitglied August Willich. Friedrich Engels nahm als Adjutant im Willichschen Freikorps an vier bedeutenden Gefechten teil und bewies im Kampf beispielhafte Einsatzbereitschaft und persönlichen Mut. Die Freischärler des Willichschen Korps deckten nach dem letzten größeren Gefecht bei Rastatt als Nachhut den Rückzug der Reste der revolutionären Armee nach dem Süden. Zusammen mit ihnen ging Friedrich Engels am 12. Juli 1849 über die Schweizer Grenze.

Kurze Zeit darauf, am 23. Juli 1849, fiel auch die letzte Bastion der deutschen Revolution, die Festung Rastatt. Mit ihrem Fall war die Reichsverfassungskampagne zu Ende. Damit endete auch die Revolution in Deutschland. In Sachsen, in Baden und in der Pfalz wütete nun der Terror der Konterrevolution mit preußischer Brutalität und Gründlichkeit. Zahlreiche Revolutionäre wurden standrechtlich erschossen oder heimlich zu Tode gequält[204], unter ihnen viele Arbeiter und manche Kommunisten wie der ehemalige Sekretär des Kölner Arbeitervereins Johann Jansen – „sie sind in den Gräben von Rastatt gestorben wie die Helden. Kein einziger hat gebettelt, kein einziger hat gezittert. Das deutsche Volk wird die Füsilladen und die Kasematten von Rastatt nicht vergessen; es wird die großen Herren nicht vergessen, die diese Infamien befohlen haben, aber auch nicht die Verräter, die sie durch ihre Feigheit verschuldeten . . .“[205]

Die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848/1849 endete mit einer Niederlage. Die Gründe für diesen Ausgang waren verschiedenartig.

Eine wichtige Ursache ergab sich aus dem Zustand Deutschlands, den die Revolution gerade überwinden sollte: aus der politischen Zerrissenheit des Landes. Im Unterschied zu Frankreich, wo revolutionäre Klassenkämpfe in der Hauptstadt Paris jeweils für das ganze Land die Entscheidung brachten, fehlte in Deutschland ein solch einigendes politisches Zentrum. Die deutsche Revolution von 1848/1849 war deshalb charakterisiert durch eine Vielzahl neben- und nacheinander stattfindender Lokalrevolutionen. Örtlich und zeitlich zersplittert, mangelte es der revolutionären Bewegung des Volkes an der notwendigen Durchschlagskraft, um die einig handelnde Konterrevolution zu besiegen. In der Revolution wurden so, wie Friedrich

[204] Dokument Nr. 43.

[205] Friedrich Engels: Die deutsche Reichsverfassungskampagne. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 7, S. 197.

Engels schrieb, „die unheilvollen Folgen des Fortbestehens der alten Zerrissenheit und Dezentralisation Deutschlands aufs schwerste fühlbar“[206].

Die Hauptschuld am Scheitern der Revolution trug jedoch die Bourgeoisie. Aus Furcht vor dem Proletariat, dem sie keine bürgerlich-demokratischen Freiheiten gewähren wollte, fiel sie vom ersten Tage an den revolutionären Kräften in den Rücken. Auch das deutsche Kleinbürgertum vermochte im Gegensatz zum französischen Kleinbürgertum von 1793/1794 nicht mehr, die Revolution nach dem Verrat der Bourgeoisie selbständig weiterzuführen. Die Arbeiterklasse aber war 1848/1849 infolge ihrer zahlenmäßigen Schwäche und ungenügenden politischen Organisiertheit und ideologischen Reife objektiv noch nicht in der Lage, die Führung der Volksmassen zu übernehmen. Dennoch verkündete sie in der Revolution von 1848/1849 erstmalig ihren historischen Anspruch auf die Führung der Nation und bewies durch ihren selbstlosen Kampf, daß sie dazu berufen ist. Indem die deutschen Arbeiter den Lauf der Revolution möglichst beschleunigten, vertraten sie als einzige „die richtig verstandenen, wahren Interessen der gesamten Nation“[207].

Die deutsche Revolution von 1848/1849 löste keine der Aufgaben, die vor ihr standen. Das Hauptziel der Revolution, die Bildung eines einheitlichen bürgerlich-demokratischen deutschen Nationalstaates, wurde nicht erreicht. Der reaktionäre Feudalabsolutismus war nicht gestürzt; die fortschrittliche bürgerliche Gesellschaftsordnung nicht zur herrschenden Ordnung in Deutschland aufgestiegen. Eine Neugestaltung des gesamten gesellschaftlichen und politischen Lebens im Sinne der bürgerlichen Demokratie blieb aus. Die reaktionären Fürsten, Junker und anderen Adligen behielten die politische Macht. Die ökonomischen Grundlagen dieser Macht, der junkerliche Großgrundbesitz auf dem Lande, wurden nicht angetastet. Die Umwandlung der feudalen in kapitalistisch wirtschaftende Junkergüter konnte zum Schaden der Bauern beschleunigt fortgeführt werden. In ganz Deutschland herrschten wieder die alten Verhältnisse. Die bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten, die das Volk im ersten Ansturm der Revolution erobert hatte, wurden nahezu restlos beseitigt. Mit der Macht der reaktionären Kräfte blieb auch die Zersplitterung Deutsch-

206 Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 8, S. 72.

207 Ebenda, S. 99.

lands, das größte Hemmnis für die kapitalistische Entwicklung, erhalten.

Die Niederlage der Revolution war ein Verhängnis für die deutsche Arbeiterklasse und das ganze deutsche Volk. Alle antidemokratischen, aggressiven und darum antinationalen Kräfte wurden dadurch gestärkt und konnten in der Folgezeit die geschichtliche Entwicklung in Deutschland bestimmen. Der Aufstieg des Kapitalismus und die Durchsetzung der bürgerlichen Ordnung waren zwar nicht zu verhindern, aber die alten Feudalkräfte, die nicht entmachtet waren und sich nun der kapitalistischen Entwicklung vollends anpaßten, kamen in die Lage, die Gestaltung der neuen bürgerlichen Ordnung in ihrem reaktionären Sinne zu beeinflussen. Feudalreaktionäre Elemente wurden auf diese Weise konserviert und belasteten fortan in starkem Maße das gesamte Leben der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland. Die schließliche Konstituierung des bürgerlichen deutschen Nationalstaates als Ergebnis einer „Revolution von oben" unter der Hegemonie preußischer Junker verdeutlicht die negativen Auswirkungen der verlorenen Revolution von 1848/1849 am klarsten.

Dennoch bestimmt diese Seite nicht allein die historische Stellung der Revolution von 1848/1849. Trotz der Niederlage hat die Revolution eine große positive Bedeutung. Sie gehört zu den größten fortschrittlichen Ereignissen in der deutschen Geschichte und ist die einzige wirklich gesamtnationale Erhebung der Volksmassen im Kampf um eine revolutionär-demokratische Lösung der nationalen Frage im 19. Jahrhundert.

Ungeachtet ihres Scheiterns erwies sich die Revolution als eine mächtige Triebkraft der geschichtlichen Entwicklung. Ihren starken Wirkungen konnte sich in der Folgezeit keine Klasse, auch nicht die erneut zur Herrschaft gelangte Junkerkaste und die absolutistische Monarchie, entziehen. Die Revolution hatte, wie Engels später schrieb, „das Bürgertum auch der zerstückelten Länder, und namentlich Deutschlands, mächtig aus dem alten ererbten Schlendrian aufgerüttelt"[208]. Der Kampf der Volksmassen zwang die Reaktion zu einigen, wenn auch geringfügigen, Zugeständnissen.

Preußen behielt die am 5. Dezember 1848 oktroyierte Verfassung, die jedoch in reaktionärem Sinne erheblich revidiert wurde.[209] Sie

208 Friedrich Engels: Die Rolle der Gewalt in der Geschichte. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 408.

209 Dokument Nr. 44.

legte neben einigen formalen Bürgerrechten ein Zweikammernsystem fest. Die Abgeordnetenkammer, die gewählt wurde, besaß als wichtigstes Recht ein beschränktes Steuerbewilligungsrecht. Daneben bestand eine erste Kammer, die sich anfangs noch, wenigstens zum Teil, aus gewählten Vertretern zusammensetzte, 1854 aber in ein Herrenhaus umgewandelt wurde, dessen Mitglieder ausschließlich vom König ernannt wurden. Hier besaß das Junkertum jederzeit das Übergewicht. Während die gesetzgebende Gewalt sowohl den beiden Kammern als auch dem König zustand, lag die vollziehende Gewalt, einschließlich der Befugnis über das Heer, allein beim König. Diese Verfassung sicherte den reaktionären Adligen und Junkern in Preußen die politische Vorherrschaft; sie blieb bis zur Novemberrevolution 1918 in Kraft.

Die preußische Verfassung wurde ergänzt durch ein ebenso reaktionär zurechtgestutztes Wahlrecht, das berüchtigte Dreiklassenwahlrecht, das der preußische Monarch am 30. Mai 1849 einführte. Ganz abgesehen davon, daß die Frauen ohnehin vom Wahlrecht ausgeschlossen waren, begnügte sich die Reaktion hier nicht mit solchen Wahlbeschränkungen wie Ausschluß der Empfänger von Armenunterstützung, also eines Teiles der Arbeiter, der Forderung eines hohen Wahlalters und längerer Ansässigkeit. Beim Dreiklassenwahlrecht wurden alle Wahlberechtigten in drei Klassen eingeteilt, von denen jede die gleiche Anzahl von Wahlmännern wählen konnte, die ihrerseits die Abgeordneten wählten. Diese Klassen entstanden dadurch, daß das Steueraufkommen eines Wahlbezirks in drei gleiche Teile geteilt wurde. Während zum Beispiel die erste Klasse jene kleine Zahl der reichsten Wähler umfaßte, die allein ein Drittel der Steuersumme aufbrachte, setzte sich die dritte Klasse aus der Mehrheit der Wahlberechtigten zusammen, die über das niedrigste Einkommen verfügte und insgesamt ebenfalls ein Drittel der Steuersumme aufbrachte. 1849 gehörten in den Berliner Wahlbezirken zur ersten Klasse schätzungsweise 2000, zur zweiten Klasse 9000, zur dritten Klasse aber 70 000 Wähler. So mußten Zehntausende von werktätigen Menschen ihre Stimmen in die Waagschale werfen, um diejenigen einer kleinen Minderheit von Junkern und Bourgeois aufzuwiegen. Das Dreiklassenwahlrecht richtete sich gegen das Volk. Erst im Sturm der Novemberrevolution wurde das Dreiklassenwahlrecht hinweggefegt.

Größeres Gewicht als die Konzessionen politischer Natur hatten

die auf wirtschaftlichem Gebiet. Eine Reihe feudaler Fesseln mußte gelockert werden. Am bedeutendsten war das Ablösungsgesetz vom 2. März 1850, das allen Bauern in Preußen die Möglichkeit gab, sich gegen Ablösungsgelder von den feudalen Verpflichtungen loszukaufen. Alle diese Maßnahmen erleichterten die weitere Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise und damit die Herausbildung eines modernen Industrieproletariats. Der endgültige Sieg der kapitalistischen Produktionsweise war nicht mehr zu verhindern.

Der Stellung und Rolle der verschiedenen Klassen in Deutschland während der Revolution entsprach in der Folgezeit auch ihre Haltung zum Erbe der Revolution. Die Reaktionäre verschiedenster Schattierung waren nach 1848 derart von Angst vor der Revolution erfüllt, daß sie alles unternahmen, die Erinnerung an das Revolutionsjahr aus dem Volksbewußtsein auszulöschen. Soweit sich junkerlich-reaktionäre Historiker überhaupt mit der Revolution befaßten, bedachten sie sie mit Haß und Verleumdung, um Abscheu vor jedweder revolutionären Aktion zu erwecken. Ihr Hauptanliegen war jedoch, den Mantel des Schweigens über die Revolution zu breiten. Aber auch die Bourgeoisie, die bereits in der Revolution ihre antirevolutionäre Gesinnung in entsprechenden Taten offen zur Schau gestellt hatte, zeigte später keinerlei Interesse, die revolutionären Traditionen des Jahres 1848 im Volke lebendig zu erhalten. Der bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung, ob groß- oder kleindeutscher Schule, erschien die Revolution nur als „das tolle Jahr", das sich lediglich infolge eines „Mißverständnisses" zwischen Bürgertum und Krone in die deutsche Geschichte eingeschlichen habe. Und soweit bürgerliche Kräfte selbst an der Revolution beteiligt waren, betrachtete man dies als eine unbedachte „Jugendsünde", die die reife Bourgeoisie durch ihre Zustimmung zur Bismarckschen Einigungspolitik wieder abgewaschen habe. An die Stelle der Revolution von 1848/1849 trat im herrschenden preußisch-deutschen Geschichtsbild die mit preußischen Bajonetten erzwungene reaktionäre Reichseinigung „von oben" als die angebliche Erfüllung aller nationalen Wünsche.

Allein die deutsche Arbeiterklasse trat in Ehren die große historische Pflicht an, das progressive Erbe der Revolution von 1848 zu bewahren und die Erinnerungen an die heroischen Taten des Volkes in diesem Jahr wachzuhalten und zu verbreiten. Ihre besten Vertreter betrachteten dies als untrennbaren Bestandteil einer echten revolutionären und nationalen Politik. Marx und Engels selbst widmeten zahl-

reiche ihrer Arbeiten der Geschichte der Revolution und erschlossen damit der Arbeiterklasse und dem werktätigen Volk den riesigen Schatz an revolutionären Erfahrungen, den dieses eine Jahr hervorgebracht hatte. Von den Führern der revolutionären deutschen Sozialdemokratie, August Bebel und Wilhelm Liebknecht, und von Franz Mehring wurde diese Tradition aufgegriffen und weitergeführt. Nach 1871 wurde es in der revolutionären deutschen Sozialdemokratie fester Brauch, den 18. März alljährlich als gleichzeitigen Erinnerungstag an die Revolution von 1848 und an die Pariser Kommune von 1871 zu feiern. Die Wahrung der revolutionären Traditionen von 1848 ist bis heute eines der vornehmsten Anliegen der revolutionären proletarischen Partei in Deutschland geblieben. Im revolutionären Denken und Handeln der deutschen Arbeiter fand die Revolution ihre bleibende Heimstatt.

Diese Haltung der Arbeiterklasse zu den Traditionen von 1848 ergab sich aus der objektiven Stellung der Revolution in der geschichtlichen Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung. Es war die erste Revolution, in die die deutsche Arbeiterklasse handelnd eingriff. Und sie erwies sich sogleich als die entschiedenste nationale Kraft im Ringen um den historischen Fortschritt in Deutschland. Diese Revolution vermittelte den deutschen Arbeitern aber auch ihre bislang größten Erfahrungen im politischen Klassenkampf. Noch zu schwach und unentwickelt, um bereits politisch selbständig hervorzutreten, stellten sie doch in allen Schlachten der Revolution die konsequentesten Kämpfer und waren das Rückgrat der gesamten demokratischen Bewegung. Erstmals entstand während der Revolution eine elementare Massenbewegung der deutschen Arbeiter mit gewerkschaftlicher und politischer Zielsetzung. In den politischen Kämpfen der Revolution wuchs das Klassenbewußtsein der Arbeiter. Die Arbeiterklasse begann sich vom Einfluß der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums, deren politisches Anhängsel sie zunächst war, zu lösen. Das Streben nach politischer Selbständigkeit gipfelte im Frühjahr 1849 in dem von Karl Marx und Friedrich Engels unternommenen Versuch, eine politische Arbeiterpartei im nationalen Maßstab zu schaffen. Dieses Ziel konnte 1849 infolge der Niederlage der Revolution und der damit verbundenen Beseitigung aller demokratischen Rechte und Freiheiten nicht erreicht werden. Dennoch begannen die Ideen von der historischen Mission und den Aufgaben der Arbeiterklasse im Kampf um Demokratie und Sozialismus, die die Kommunisten während der Re-

volution öffentlich propagiert hatten, in der Arbeiterbewegung Eingang zu finden.

In der Revolution von 1848/1849 bestanden der Marxismus und die erste revolutionäre proletarische Partei – der Bund der Kommunisten, sein Programm und seine Taktik – die erste große historische Bewährungsprobe. Während die Revolution „allen ... lärmenden, buntscheckigen, marktschreierischen Formen des *vor*marxschen Sozialismus den Todesstoß"[210] versetzte, bestätigte sie die Richtigkeit des wissenschaftlichen Kommunismus von Marx und Engels. „In den beiden Revolutionsjahren 1848/49 hat sich der Bund in doppelter Weise bewährt", schrieben Karl Marx und Friedrich Engels im März 1850, „einmal dadurch, daß seine Mitglieder an allen Orten energisch in die Bewegung eingriffen, daß sie in der Presse, auf den Barrikaden und Schlachtfeldern voranstanden in den Reihen der allein entschieden revolutionären Klasse des Proletariats. Der Bund hat sich ferner dadurch bewährt, daß seine Auffassung der Bewegung, wie sie in den Rundschreiben der Kongresse und der Zentralbehörde von 1847 und im ‚Kommunistischen Manifeste' niedergelegt war, als die einzig richtige sich erwiesen hat ..."[211] Auf der Grundlage der neuen Erfahrungen aus den europäischen Revolutionskämpfen gingen Marx und Engels daran, den wissenschaftlichen Kommunismus in einer Reihe von Grundfragen weiterzuentwickeln.

210 W. I. Lenin: Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx. In: Werke, Bd. 18, Berlin 1965, S. 577.

211 Karl Marx/Friedrich Engels: Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 7, S. 244.

Die Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Kommunismus durch Karl Marx und Friedrich Engels. Der Kampf um eine revolutionäre Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse und für die revolutionär-demokratische Einigung Deutschlands. Die Bildung der I. Internationale. Die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Periode von 1849 bis 1871)

Entwicklung und Kampf der deutschen Arbeiterklasse in der Reaktionsperiode

1. Die Ausarbeitung der Lehren der Revolution von 1848/1849 durch Karl Marx und Friedrich Engels. Die Tätigkeit des Bundes der Kommunisten

Nach der Niederlage der Revolution begann eine Periode düsterer politischer Reaktion. Zehn Jahre lang ging eine immer stärkere Welle des Terrors über die demokratische Bewegung hinweg. Die Unterdrückung von Vereinen, die Verbote von Zeitungen, die Verhaftungen von aufrechten Patrioten erreichten schließlich ein solches Ausmaß, daß fast jedes politische Leben erstarb. Wirtschaftliche Not und die drückende Atmosphäre der reaktionären politischen Zustände trieben Hunderttausende in die Fremde, vor allem nach Nordamerika.

Die Arbeiter hatten in der Revolution in der vordersten Reihe gekämpft und die größten Opfer gebracht. Jetzt wurden sie am härtesten verfolgt. Zu vielen Hunderten mußten sie als politische Flüchtlinge im Ausland – in der Schweiz, in England und in Amerika –

Zuflucht suchen. Meist fristeten sie hier unter den schwersten Bedingungen ihr Leben. Auch Karl Marx und Friedrich Engels wurden wieder aus ihrem Vaterland vertrieben. Sie gingen bald nach England, wo sie bis an ihr Lebensende blieben.

Die Zeit von 1849 bis 1851/1852 war dadurch gekennzeichnet, daß Fürsten und Adel ihre Herrschaft wieder festigten und ausbauten. Die Stellung der Reaktion war zunächst noch nicht in jeder Hinsicht gesichert. Von der Bourgeoisie hatte sie zwar wenig zu befürchten, denn diese Klasse erstrebte auch jetzt noch ein Bündnis mit den Junkern, obwohl diese mit ihren Unterdrückungsmaßnahmen auch vor der liberalen Bewegung nicht haltmachten. Die demokratische Bewegung jedoch war trotz der Niederlage noch nicht völlig zum Erliegen gebracht. Sie lebte in der Hoffnung, daß man den revolutionären Kampf bald wieder aufnehmen könne, und suchte sich darauf vorzubereiten. Auch die junkerliche Reaktion selbst fürchtete ein Wiederaufleben der Revolution. Unter den reaktionären Regierungen herrschte keineswegs Einhelligkeit: Preußen und Österreich standen sich mißtrauisch, ja feindselig gegenüber, da beide Mächte nach der Vorherrschaft in Deutschland strebten.

Unter diesen Bedingungen setzte der Bund der Kommunisten seinen Kampf fort. Es galt, die vom Feind gerissenen Lücken zu schließen und die Reihen zu festigen. Vor allem aber mußten die Lehren aus der Revolution gezogen werden.

Bereits Ende 1849 wurde unter der Leitung von Karl Marx und Friedrich Engels in London eine neue Zentralbehörde des Bundes gebildet. Ihr gehörten außerdem Heinrich Bauer, Johann Georg Eccarius, Karl Pfänder, Karl Schapper – dieser traf allerdings erst später aus Deutschland ein –, August Willich und andere an. Die neue Zentralbehörde begann sofort mit der Reorganisierung des Bundes. Die Mitglieder mußten nun wieder im geheimen wirken, denn jede revolutionäre Organisation wurde rücksichtslos unterdrückt. Im Frühjahr 1850 wurde Heinrich Bauer nach Deutschland entsandt, wo er mit großem Erfolg arbeitete und – wie Friedrich Engels betonte – „die teils lässig gewordnen, teils auf eigne Rechnung operierenden ehemaligen Bundesglieder wieder in die aktive Organisation“[1] brachte.

Im März und im Juni 1850 richtete die Zentralbehörde zwei Ansprachen an die Mitglieder des Bundes. In diesen Rundschreiben leg-

[1] Friedrich Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 220.

ten Karl Marx und Friedrich Engels wichtige Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen der Revolution dar und entwickelten die politische Linie, die den Kommunisten unter den neuen Bedingungen die Richtung gab.

Die Lehren, die Karl Marx und Friedrich Engels aus der Revolution von 1848 1849 und ihren Ergebnissen zogen, hatten für die Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Kommunismus grundlegende Bedeutung. Alle Parteien waren mit ihren Theorien und Programmen durch die Revolution einer geschichtlichen Prüfung unterzogen worden. Einzig die Partei der Kommunisten unter Führung von Karl Marx und Friedrich Engels hatte diese Prüfung mit Ehren bestanden. Nur sie erwies sich als fähig, die richtigen Lehren zu ziehen. Mit Genugtuung konnten Karl Marx und Friedrich Engels feststellen, daß sich ihre Theorie in der Praxis der Revolution vollauf bewährt hatte. Gleichzeitig bot die Revolution einen reichen Schatz an Erfahrungen, die theoretisch verallgemeinert werden mußten.

Anschaulich schildert W. I. Lenin, wie sehr die Revolution von 1848/1849 und ihre Erfahrungen das Handeln und Denken von Karl Marx und Friedrich Engels bestimmten: „In der Tätigkeit von Marx und Engels selbst tritt die Periode ihrer Beteiligung am revolutionären Massenkampf 1848/1849 als zentraler Punkt hervor. Von diesem Punkte gehen sie aus bei der Beurteilung der Geschicke der Arbeiterbewegung und der Demokratie der verschiedenen Länder. Zu diesem Punkt kehren sie stets zurück, um das innere Wesen der verschiedenen Klassen und ihrer Tendenzen in klarster und reinster Form zu bestimmen. Vom Standpunkt der damaligen, revolutionären Epoche beurteilen sie stets die späteren, weniger bedeutenden politischen Gebilde, Organisationen, politischen Aufgaben und politischen Konflikte."[2]

Die Lehren aus der Revolution zogen Karl Marx und Friedrich Engels in den Ansprachen der Zentralbehörde an den Bund und in einer Reihe anderer grundlegender Arbeiten. Einen Teil dieser Arbeiten veröffentlichten sie in der Monatsschrift „Neue Rheinische Zeitung. Politisch-ökonomische Revue", die sie im Jahre 1850 als Parteiorgan herausgaben. In Werken wie „Die Klassenkämpfe in Frankreich", „Die deutsche Reichsverfassungskampagne", „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte" und „Revolution und Konter-

2 W. I. Lenin: Gegen den Boykott. (Aus den Notizen eines sozialdemokratischen Publizisten.) In: Werke, Bd. 13, Berlin 1963, S. 24.

revolution" legten Karl Marx und Friedrich Engels die Lehren dar, die sich aus den neuen Erfahrungen ergaben. Besonders in der Staatsfrage und bei der Herausarbeitung der Rolle der Partei und ihrer Verbündeten entwickelten sie den wissenschaftlichen Kommunismus weiter.

Am Beispiel der französischen Republik, die so viele vergebliche Hoffnungen erweckt hatte, deckte Karl Marx das Wesen des bürgerlichen Staates auf. In der Junischlacht zerriß, wie Marx hervorhob, der „Schleier, der die Republik verhüllte"[3]. Die bürgerliche Republik entlarvte sich „als der Staat, dessen eingestandener Zweck ist, die Herrschaft des Kapitals, die Sklaverei der Arbeit zu verewigen"[4]. Karl Marx und Friedrich Engels zeigten, daß man im Rahmen der bürgerlichen Republik unmöglich die Ausbeutung der Arbeiterklasse beseitigen kann. Die Erreichung dieses Ziels setzte voraus: *„Sturz der Bourgeoisie! Diktatur der Arbeiterklasse!"*[5]

Der Begriff „Diktatur des Proletariats", dessen Inhalt bereits im „Manifest der Kommunistischen Partei" umrissen ist, wurde nun zu einem festen Bestandteil der Staatstheorie des wissenschaftlichen Kommunismus. Karl Marx und Friedrich Engels charakterisierten die Klassendiktatur des Proletariats als notwendige Durchgangsperiode „zur *Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt,* zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlichen Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen"[6].

Die große Bedeutung der hier ausgesprochenen Erkenntnis wird von Karl Marx selbst in einem Brief unterstrichen, den er 1852 an seinen Kampfgefährten Joseph Weydemeyer richtete: „Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben ... Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die *Existenz der Klassen* bloß an *bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion* gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur *Diktatur des Proletariats* führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur

[3] Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 7, Berlin 1964, S. 31.

[4] Ebenda, S. 33.

[5] Ebenda.

[6] Ebenda, S. 89/90.

den Übergang zur *Aufhebung aller Klassen* und zu einer *klassenlosen Gesellschaft* bildet."[7]

Karl Marx bereicherte die Staatslehre in seinem Werk „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte" noch durch eine weitere grundlegende Erkenntnis: Die bürgerlichen Revolutionen hatten den alten Staatsapparat nur übernommen und ausgebaut. Die Arbeiterklasse dagegen hat, wie Marx es später in einem Brief zusammenfassend formulierte, die Aufgabe, „nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andre zu übertragen, sondern sie *zu zerbrechen*"[8]. Sie muß sich ihren eigenen Staatsapparat schaffen, um ihre Macht zu errichten und den Sozialismus aufbauen zu können.

Die Erfahrungen der Revolution veranlaßten Karl Marx und Friedrich Engels, sich eingehend mit der Bündnisfrage zu beschäftigen und die Rolle der bäuerlichen und kleinbürgerlichen Schichten, die von der Bourgeoisie schmählich im Stich gelassen worden waren, zu untersuchen. Sie zeigten, daß die Arbeiterklasse dazu berufen war, die Führung dieser Schichten zu übernehmen. Karl Marx hob hervor, daß die Interessen der Bauern sich nicht mehr „im Einklange, sondern im Gegensatze mit den Interessen der Bourgeoisie, mit dem Kapital"[9] befanden. In seiner Arbeit über den deutschen Bauernkrieg legte Friedrich Engels dar, welche gewaltigen revolutionären Potenzen in der Bauernschaft vorhanden waren, daß dem Kampf dieser Klasse jedoch kein Erfolg beschieden war, wenn die führende Kraft fehlte.

Andererseits gehörte es auch zu den Lehren der Revolution, insbesondere der Junischlacht, daß die Arbeiterklasse nicht den Sieg erringen kann, wenn sie auf sich allein gestellt ist. Erst mit dem Übergang der Bauern auf die Seite der revolutionären Bewegung, so erklärte Karl Marx, „erhält *die proletarische Revolution das Chor, ohne das ihr Sologesang in allen Bauernnationen zum Sterbelied wird*"[10]. Gerade im Hinblick auf Deutschland hat Marx betont, daß die Aussichten einer revolutionären Erhebung entscheidend von der Mög-

7 Marx an Joseph Weydemeyer, 5. März 1852. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 28, Berlin 1963, S. 507/508.

8 Marx an Ludwig Kugelmann, 12. April 1871. In: Karl Marx: Briefe an Kugelmann, Berlin 1952, S. 124.

9 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 8, Berlin 1960, S. 202.

10 Ebenda, S. 204.

lichkeit abhingen, „die proletarische Revolution durch eine Art zweite Auflage des Bauernkrieges zu unterstützen“[11].

Einen wichtigen Platz nahm bei der Auswertung der Erfahrungen der Revolution die weitere Ausarbeitung der Lehre von der Partei ein. Es ging vor allem darum, sich von der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Bewegung klar abzugrenzen und die Selbständigkeit der Arbeiterklasse unter Führung ihrer revolutionären Partei zu sichern. Die „Selbständigkeit der Arbeiter“, so stellte im März 1850 die Zentralbehörde in ihrer Ansprache an den Bund fest, „muß hergestellt werden“[12]. Die Arbeiterbewegung, hieß es weiter, muß „möglichst organisiert, möglichst einstimmig und möglichst selbständig auftreten ..., wenn sie nicht wieder wie 1848 von der Bourgeoisie exploitiert und ins Schlepptau genommen werden soll“[13]. Daher kam es darauf an, „neben den offiziellen Demokraten eine selbständige geheime und öffentliche Organisation der Arbeiterpartei herzustellen“[14]. Eine solche klare Scheidung war auch unerläßlich für eine fruchtbare Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, gegen die in Deutschland herrschende Reaktion.

Die Aufgabe der Arbeiterpartei bestand, wie Karl Marx und Friedrich Engels in der März-Ansprache hervorhoben, darin, für den vollständigen Sieg der bürgerlich-demokratischen Umwälzung zu kämpfen. Vor allem mußten die Kommunisten allen Versuchen entgegentreten, sogleich nach den ersten Erfolgen die Revolution zu beenden. Dabei entwickelten Marx und Engels die ersten, im Kommunistischen Manifest formulierten Gedanken vom Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution weiter. Die Leninsche Lehre von der sozialistischen Revolution knüpfte an diese Gedanken an.

Die Lehren und Schlußfolgerungen, die Marx und Engels aus den Erfahrungen der Revolution zogen, bildeten die Grundlage für die Tätigkeit des Bundes der Kommunisten. In der Entwicklung des Bundes war mit seiner Reorganisation eine neue Stufe erreicht. Obwohl seine Mitgliederzahl gegenüber der Zeit vor der Revolution nicht all-

11 Marx an Engels, 16. April 1856. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 29, Berlin 1963, S. 47.

12 Karl Marx/Friedrich Engels: Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 7, S. 244.

13 Ebenda, S. 245.

14 Ebenda, S. 248/249.

zusehr gewachsen war, beeinflußte er nun schon breitere Schichten der Arbeiterklasse. In dieser Entwicklung wurde vor allem deutlich, daß die Arbeiter an den revolutionären Bewegungen einen so starken Anteil genommen hatten. Sie hatten in dieser Zeit reiche Erfahrungen sammeln und erkennen können, daß die Kommunisten die richtige Auffassung vertraten. Dadurch war während der Revolution die Autorität der Kommunisten gestiegen.

Die Arbeiter, die während der Revolution die entschlossensten Kämpfer für die Interessen der Nation gestellt hatten, leisteten nun auch den hartnäckigsten Widerstand gegen die Unterdrückungspolitik der reaktionären Regierungen. Die ausgesprochen politischen Vereine der Arbeiter waren sofort nach dem Siege der Konterrevolution unterdrückt worden. Aber jene Arbeitervereine, die sich vorwiegend mit den unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen beschäftigten, und ebenso die gewerkschaftlichen Organisationen konnten vielerorts zunächst noch fortbestehen. Auch die Arbeiterverbrüderung suchte von Leipzig aus den organisatorischen Zusammenhang aufrechtzuerhalten. Aber alle noch bestehenden Organisationen der Arbeiter wurden scharf überwacht. Die Regierungen wiegten sich anfangs in der Hoffnung, daß die Arbeiter bei einer Orientierung auf ökonomische Fragen sich vom politischen Kampf zurückziehen würden. Tatsächlich gab es die Tendenz, sich unter dem politischen Druck der Reaktion auf die Organisierung von Unterstützungskassen und dergleichen zu beschränken. Jedoch war der politische Sinn, der in der Revolution so stark geweckt worden war, in den Arbeitervereinen und ähnlichen Organisationen immer noch lebendig und wurde durch die rücksichtslosen Verfolgungen oft noch weiter geschärft. So hatte der Bund der Kommunisten ein viel breiteres Wirkungsfeld als vor der Revolution. Seine Mitglieder verstanden es sehr gut, die illegale mit der legalen oder zumindest halblegalen Arbeit zu verbinden.

Dem Einfluß der Kommunisten auf die noch bestehenden Arbeiterorganisationen schenkte die Zentralbehörde große Aufmerksamkeit. In ihrer Ansprache an den Bund vom März 1850 stellte sie allen Mitgliedern die Aufgabe, jede „Bundesgemeinde", das heißt Gruppe, „zum Mittelpunkt und Kern von Arbeitervereinen zu machen, in denen die Stellung und Interessen des Proletariats unabhängig von bürgerlichen Einflüssen diskutiert werden"[15]. Entsprechend dieser Richtlinie gelang es den Bundesmitgliedern in vielen Arbeitervereinen, die na-

[15] Ebenda, S. 249.

türlich ihre politischen Bestrebungen tarnen mußten, mit Erfolg zu wirken. In einigen Städten wie zum Beispiel in Hamburg, Mainz, Nürnberg und Schwerin lag die Leitung des Arbeitervereins in den Händen von Bundesmitgliedern. Auch auf Tagelöhner- und Bauernvereine konnten sie Einfluß gewinnen. Ebenso konnten sie in gewerkschaftlichen Organisationen fester Fuß fassen. So spielten sie in einem der ersten und bedeutendsten Fachverbände, im Zigarrenarbeiterverband, eine beachtliche Rolle. Ferner wurden einflußreiche Mitglieder der Arbeiterverbrüderung für den Bund gewonnen. Auch wenn es sich hier oft nicht um politisch-ideologisch klare Köpfe handelte, so wurde doch der Einflußbereich des Bundes der Kommunisten nicht unerheblich vergrößert, denn in den Arbeitervereinen, die sich der Arbeiterverbrüderung angeschlossen hatten, gab es viele revolutionär gesinnte Arbeiter. Als im Februar 1850 in Leipzig ein von der Leitung der Arbeiterverbrüderung einberufener Kongreß zusammentrat, befand sich unter den Delegierten eine Reihe von Mitgliedern des Bundes der Kommunisten.

Die Arbeiter waren aber nicht nur in den Arbeitervereinen organisiert, sondern stellten mitunter einen großen Teil der Mitgliedschaft in anderen demokratischen Organisationen, vor allem in Turnvereinen. Auch hier gelang es Bundesmitgliedern, in einigen Fällen Einfluß zu gewinnen. So lag zum Beispiel in Bonn, Göttingen und Leipzig sogar die Leitung des Turnvereins faktisch in ihren Händen.

Im Sommer 1850 kamen Karl Marx und Friedrich Engels bei einer gründlichen Analyse der ökonomischen und politischen Verhältnisse zu der Erkenntnis, daß angesichts des inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen Aufschwungs in der nächsten Zeit „von einer wirklichen Revolution keine Rede sein" konnte und daß eine neue Revolution erst „im Gefolge einer neuen Krisis" möglich war.[16] Eine solche nüchterne, auf die Methoden des historischen Materialismus gegründete Einschätzung objektiver Tatsachen stieß bei einigen Mitgliedern der Zentralbehörde auf Unverständnis. Es bildete sich eine gegen Karl Marx und Friedrich Engels gerichtete Fraktion, die auf kleinbürgerliche Positionen abglitt. An ihrer Spitze standen August Willich, der ohnehin in starkem Maße kleinbürgerlichen Einflüssen zugänglich war, aber auch ein so alter Kommunist wie Karl Schapper, der später wieder auf den rechten Weg zurückfand. Diese Fraktion war der Meinung, daß eine

[16] Karl Marx/Friedrich Engels: Revue. Mai bis Oktober [1850]. In: Ebenda, S. 440.

Revolution unmittelbar bevorstehe und daß die Kommunisten in dieser Revolution sofort zur Macht gelangen würden.

In den Auseinandersetzungen machte Karl Marx klar, daß man sich bei der Festlegung der politischen Linie nicht von subjektiven Wünschen leiten lassen darf, sondern von den objektiven Bedingungen ausgehen muß. Auf einer Sitzung der Zentralbehörde am 15. September 1850 erklärte er: „An die Stelle der kritischen Anschauung setzt die Minorität eine dogmatische, an die Stelle der materialistischen eine idealistische. Statt der wirklichen Verhältnisse wird ihr der *bloße Wille* zum Triebrad der Revolution."[17] Die Fraktion verharrte jedoch bei ihrer scheinradikalen und putschistischen Auffassung und meinte, die Arbeiterklasse müsse sofort zur Herrschaft kommen. Karl Marx hielt ihr entgegen, daß das deutsche Proletariat noch viel zuwenig entwickelt sei. Es bedürfe, so betonte er, noch vieler Jahrzehnte des revolutionären Kampfes, um nicht nur die Verhältnisse zu ändern, sondern auch um die Arbeiter „selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen"[18].

Die Zentralbehörde beschloß angesichts des starken Einflusses, den die Fraktion in London ausübte, die Leitung des Bundes der Kommunisten nach Deutschland, und zwar nach Köln, zu verlegen.[19] Mit ihren scheinrevolutionären Phrasen fand die Fraktion bei den Bundesmitgliedern im Ausland, die ungeduldig auf eine baldige Erhebung in Deutschland warteten, größeren Anhang. In Deutschland jedoch stand der Bund der Kommunisten fest zu Marx und Engels.

Entsprechend den in London gefaßten Beschlüssen, wurde in Köln eine neue Zentralbehörde gebildet.[20] Zu den Kölner Bundesmitgliedern, die der neuen Zentralbehörde angehörten oder sonst eine führende Rolle spielten, gehörten Dr. Hermann Becker, Heinrich Bürgers, Dr. Roland Daniels, Ferdinand Freiligrath, Karl Otto und Peter Gerhard Röser. Die Zentralbehörde schloß die Willich-Schapper-Gruppe aus dem Bund aus und teilte dies in einer Ansprache im Dezember 1850 allen Gemeinden des Bundes mit. Sie entfaltete unter der Anleitung von Karl Marx und Friedrich Engels eine rege Tätigkeit. Die Zentralbehörde entsandte Emissäre, darunter Friedrich Leßner, Peter

17 Karl Marx: Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 8, S. 412.

18 Ebenda.

19 Dokument Nr. 45.

20 Dokument Nr. 46.

Nothjung und Joseph Weydemeyer zu den Kreisen und Gemeinden, um die abgerissenen Verbindungen wiederherzustellen und die Organisation politisch und ideologisch zu festigen. Es wurden neue Statuten angenommen. Man bereitete die Herausgabe einer Zeitschrift vor und organisierte die Verbreitung des „Manifestes der Kommunistischen Partei" und anderer revolutionärer Schriften und ebenso die Verteilung von Flugblättern. Es gelang sogar, im Frühjahr 1851 das erste Heft einer Sammlung von Marx' Arbeiten herauszubringen. Zu Anfang des Jahres 1851 war bereits ein merkbarer Aufschwung in der politischen Aktivität des Bundes festzustellen.

Der Kampf, den die Arbeiter und vor allem die Mitglieder des Bundes der Kommunisten gegen die herrschende Reaktion führten, ließ die Regierungen erkennen, daß sie es hier mit dem festen Kern der demokratischen Bewegung zu tun hatten. Sie begannen einen förmlichen Verfolgungsfeldzug gegen die Arbeiterbewegung, der schließlich, 1852, seinen Höhepunkt im Kölner Kommunistenprozeß fand.

Im Laufe des Jahres 1850 wurden die meisten der noch bestehenden Arbeitervereine durch Verordnungen und durch rücksichtslose Polizeimaßnahmen unterdrückt. Vor allem die Bestrebungen der Arbeiter, sich über die lokalen Vereine hinaus in größerem Maßstab zusammenzuschließen, erweckten die Furcht der Machthaber. Die preußische Regierung erließ eine Verordnung, durch die es den Vereinen verboten wurde, „mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung"[21] zu treten. In Sachsen wurde die Arbeiterverbrüderung verboten. Schließlich unterdrückten die Regierungen auch fast alle Unterstützungsvereine, die von Arbeitern aufgebaut worden waren. In Berlin wurde zum Beispiel 1853 der sogenannte Gesundheitspflegeverein verboten, eine von den Arbeitern selbst getragene Organisation zur Versorgung der Kranken, die mehrere tausend Mitglieder zählte.

Die reaktionären Regierungen begnügten sich bei ihren Unterdrükkungsmaßnahmen nicht mit Verordnungen und Erlassen. Besonders in Preußen wurde die Geheimpolizei stark ausgebaut. Überall wurden Spitzel und Agenten angeworben, die sich durchweg aus den übelsten, oft sogar offenkundig kriminellen Elementen rekrutierten.

Als im Auftrage der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten

[21] Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes vom 11. März 1850. In: Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten. 1850, Berlin o. J., S. 279.

der Schneider Peter Nothjung Norddeutschland bereiste und im Mai 1851 von Berlin aus Leipzig aufsuchte, wurde er bei einer Ausweiskontrolle verhaftet. Dabei fielen der Polizei einige wichtige Dokumente in die Hände. Eine Haussuchungs- und Verhaftungswelle von bislang unbekanntem Ausmaß ging durch ganz Deutschland. Jeder, auf den nur entfernt der Verdacht fiel, mit den Kommunisten in Verbindung zu stehen, wurde verhaftet oder mußte Haussuchungen oder endlose Verhöre über sich ergehen lassen. Am folgenreichsten war jedoch, daß sich unter den Verhafteten fast die ganze Kölner Zentralbehörde befand. Die Staatsanwaltschaft mußte allerdings bald feststellen, daß sich auf dem beschlagnahmten Material keine begründete Anklage aufbauen ließ. Daraufhin setzte die preußische Regierung ihre Geheimpolizei in Bewegung. Lockspitzelei, Diebstahl von Dokumenten im Ausland, Fälschungen, Meineide – nichts gab es, was nicht aufgeboten wurde, um belastendes Material gegen die Angeklagten zu fabrizieren, die weiter in Haft bleiben mußten. Zu den Kölner Angeklagten, zumeist leitende Bundesmitglieder, gehörten unter anderen der Herausgeber Dr. Hermann Becker, der Journalist Heinrich Bürgers, der Arzt Dr. Roland Daniels, der Arzt Dr. Abraham Jacobi, der Schneider Friedrich Leßner, der Schneider Peter Nothjung, der Chemiker Karl Otto und der Zigarrenmacher Peter Gerhard Röser.

Als schließlich im Herbst 1852 der Prozeß stattfand, wurde ein von der Geheimpolizei gefälschtes „Protokollbuch" über interne Beratungen der „Partei Marx" vorgelegt. Karl Marx, der in London rastlos tätig war, um alle Polizeiintrigen zu entlarven, wies sofort nach, daß in dem ganzen „Beweisstück" nicht ein wahres Wort stand. Trotzdem erreichte die Regierung, daß sich in dem Gerichtshof eine knappe Mehrheit bereit fand, sieben der elf Angeklagten zu Festungsstrafen bis zu sechs Jahren zu verurteilen.[22]

Sofort nach dem Prozeß schrieb Karl Marx seine „Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln". In diesem Werk deckte er die politischen Hintergründe des Prozesses auf und stellte die preußische Polizeiwirtschaft in ihrer ganzen Niedertracht bloß. Es war eine Anklageschrift gegen das herrschende System in Preußen und seine Handlanger.

Der Kölner Kommunistenprozeß von 1852 war der erste großangelegte Versuch der Reaktion, die Klassenbewegung der Arbeiter dadurch aufzuhalten, daß man sie ihrer revolutionären Partei beraubte.

[22] Dokument Nr. 47.

Schon für diesen ersten Versuch war kennzeichnend, daß die herrschenden Klassen vor keinem Mittel der Unterdrückung zurückschreckten. Auch zeigte sich hier bereits, daß die Reaktion mit ihrem antikommunistischen Feldzug nicht bloß die Kommunisten treffen wollte, sondern überhaupt jede Bewegung für den gesellschaftlichen Fortschritt. Es dauerte nicht mehr lange, bis jede fortschrittliche Stimme in Deutschland erstickt war.

Eine weltbewegende, von der modernen Gesellschaft hervorgebrachte Kraft wie die Arbeiterbewegung konnte durch Verfolgung und Unterdrückung gehemmt und sogar vorübergehend zurückgeworfen werden, sie war jedoch in ihrer gesetzmäßigen Entwicklung durch nichts aufzuhalten. Zwar war die Arbeiterklasse noch nicht genügend entwickelt, ihre Bewegung nicht breit genug, um der Partei den notwendigen Rückhalt zu bieten, die von den Regierungen veranstaltete Hetzjagd zu überstehen. Aber es vergingen keine zehn Jahre, da begann die Arbeiterklasse von neuem, und nun schon mit größerer Macht, ihre Glieder zu regen.

Unmittelbar nach dem Prozeß zog Karl Marx die Schlußfolgerung aus einer faktisch schon eingetretenen Sachlage. Auf seinen Antrag löste sich die Bundesorganisation in London auf und erklärte – wie Marx an Engels berichtete – „die Fortdauer des Bundes auch auf dem Kontinent für *nicht mehr zeitgemäß*“[23]. Beim Wiederaufleben der Arbeiterbewegung und der Herausbildung einer Massenpartei zeigte es sich dann auch, daß eine solche Partei nun neuer organisatorischer Formen bedurfte.

Das letzte Kapitel der ruhmreichen Geschichte des Bundes der Kommunisten, der ersten Partei der deutschen und internationalen Arbeiterklasse, war abgeschlossen. Im Bund der Kommunisten hatte sich zum ersten Male der wissenschaftliche Kommunismus mit einer kleinen, aber fortgeschrittenen Organisation der Arbeiterklasse verschmolzen. Diese revolutionäre Vorhut hatte unter der Führung von Karl Marx und Friedrich Engels ihre große Prüfung im Feuer der Revolution mit Ehren bestanden. Sie hatte im offenen revolutionären Kampf und ebenso bei der illegalen Arbeit keine Schwierigkeiten und Opfer gescheut. Im Bund der Kommunisten wurden zum erstenmal wichtige Prinzipien der von Karl Marx und Friedrich Engels begründeten Lehre von der Partei des Proletariats verwirklicht und erprobt. Er befolgte eine wissenschaftlich begründete Strategie und Taktik und

[23] Marx an Engels, 19. November 1852. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 28, S. 195.

beruhte auf revolutionären Organisationsprinzipien. Der Bund der Kommunisten war das erste historische Beispiel einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse. Seine Grundsätze und Erfahrungen waren für die ganze weitere Geschichte der Arbeiterbewegung von großer Bedeutung.

Die Fälscher der Geschichte der Arbeiterbewegung suchen die historische Bedeutung des von Karl Marx und Friedrich Engels gegründeten Bundes der Kommunisten zu leugnen. Sie geben vor, der Bund habe keine Spuren hinterlassen. In Deutschland sei erst durch Ferdinand Lassalle die eigentliche Arbeiterpartei geschaffen worden. In Wirklichkeit war es der vom Bund der Kommunisten gelegte Samen, der dann zu Anfang der sechziger Jahre aufging. Deutlich lassen sich die Verbindungslinien verfolgen, die durch die Nacht der schwärzesten Reaktion vom Bund der Kommunisten zur späteren Arbeiterbewegung hinüberführen. Auch nachdem der Bund seine Tätigkeit eingestellt hatte, wirkten viele seiner Mitglieder in Deutschland und im Ausland nach besten Kräften für die Sache fort, der sie sich verschworen hatten. Als der neue Aufschwung einsetzte, da waren auch sie wieder auf dem Plan. Der Bund der Kommunisten erwies sich als ausgezeichnete Schmiede revolutionärer Kader. Neben Karl Marx und Friedrich Engels standen Mitglieder des Bundes der Kommunisten wie Johann Georg Eccarius, Friedrich Leßner, Wilhelm Liebknecht, Georg Lochner, Karl Pfänder, Joseph Weydemeyer noch lange Zeit an hervorragender Stelle in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, vor allem auch in der I. Internationale.

2. Die schnelle Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und das Wachstum des Proletariats. Die Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren

Das reaktionäre politische System, das Fürsten und Adel nach der Niederlage der Revolution in Deutschland errichtet hatten, wurde zu Beginn der fünfziger Jahre weiter ausgebildet. Unter Führung Österreichs war der Deutsche Bund restauriert worden. Der im Mai 1851 wieder zusammengetretene Bundestag war weder willens noch fähig, nationale Interessen zu vertreten. Er fungierte vor allem als gemeinsames Kampfinstrument der Reaktion gegen die wenigen noch nicht

beseitigten politischen Errungenschaften der Revolution. Zugleich diente er als Arena, in der Österreich und Preußen ihren Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland austrugen.

Preußen war nach der Revolution eine scheinkonstitutionelle Monarchie geworden. Der König hatte zwar auf die am 5. Dezember 1848 erlassene Verfassung geschworen; diese konzentrierte jedoch alle entscheidenden Machtbefugnisse in den Händen der Krone, so den Oberbefehl über die Armee, die Ernennung der Minister, die Exekutivgewalt und die Leitung der Außenpolitik. Das Abgeordnetenhaus, nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt, besaß nur das Recht der Mitwirkung an der Gesetzgebung. Unter der Regierung Otto von Manteuffel, die im Dezember 1850 eingesetzt worden war, übten die extremsten Vertreter der junkerlichen Reaktion, die Hofkamarilla, den entscheidenden Einfluß auf die Politik Preußens aus. In Österreich stellten die feudal-bürokratischen Kräfte im Dezember 1851 den offenen Absolutismus wieder her. In ganz Deutschland herrschte ein Regime des Terrors gegen alle fortschrittlichen Kräfte.

Auch im internationalen Maßstab konsolidierte sich die Reaktion. Die Hoffnungen, die man in ganz Europa noch immer auf eine erneute Erhebung in Frankreich gesetzt hatte, mußten begraben werden, als dort am 2. Dezember 1851 durch einen Staatsstreich Louis Bonaparte an die Macht kam. Die bonapartistische Diktatur war eine besondere Form der Bourgeoisieherrschaft. Sie stützte sich vor allem auf das Militär und stand scheinbar über den Klassen. Eine hemmungslose nationale und vor allem soziale Demagogie, die die Enttäuschung der Massen über die bürgerliche Republik ausnutzte, vereinte sich hier mit politischem Terror, Spitzelunwesen und einem bis dahin ungekannten Maß an Korruption; so gelang es der bonapartistischen Diktatur auch, das allgemeine Wahlrecht als Deckmantel zu mißbrauchen. Die Vormachtstellung in Europa hatte nach der Niederschlagung der Revolution vorübergehend der russische Zarismus zurückgewonnen. Er unterstützte die reaktionärsten feudal-bürokratischen Kräfte in Deutschland.

Die tiefgreifenden gesellschaftlichen Widersprüche, die in Deutschland zur Revolution geführt hatten, bestanden aber weiter und drängten nach wie vor zur Lösung. Die Volksmassen hatten 1848/1849 ihre Kraft gespürt und Erfahrungen gesammelt. Demokratisches Bewußtsein und Haß gegen die Junkerherrschaft konnten auch während der Reaktionsperiode keineswegs ausgelöscht werden. Zudem hatten die

reaktionären Kräfte die Massen fürchten gelernt und vermochten nicht, alle in der Revolution erkämpften Errungenschaften wieder ganz und gar zu beseitigen, wenn diese auch nur in verkümmerter Form bestehen blieben. So wurde beispielsweise in Preußen die Verfassung zwar immer weiter in konterrevolutionärem Sinne eingeschränkt, aber sie konnte nicht, wie die reaktionärsten feudalen Kräfte forderten, aufgehoben werden.

Wenn Fürsten und Adel schon die politischen Ergebnisse der Revolution nicht völlig zu beseitigen vermochten, so lag es erst recht außerhalb ihrer Macht, die schnelle Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in Industrie und Landwirtschaft zu verhindern. Mit dieser Entwicklung änderten sich die Klassenbeziehungen und reiften – während der Herrschaft der schlimmsten politischen Reaktion – die Voraussetzungen für neue große Klassenkämpfe, namentlich für einen Aufschwung der Arbeiterbewegung auf breiterer Grundlage, heran.

Die Kämpfe der Landarbeiter und Bauern 1848/1849 hatten die Junker und adligen Grundbesitzer gelehrt, daß sie die halbfeudalen Produktionsverhältnisse auf dem Lande nicht aufrechterhalten konnten, ohne eine neue Revolution zu riskieren. Auch vermochten sie mit den bisherigen Produktions- und Ausbeutungsmethoden immer weniger rentabel zu wirtschaften. Da sie im Besitz ihrer Machtpositionen geblieben waren, wurde die Umwandlung der feudalen in die kapitalistische Landwirtschaft in der für sie günstigsten Art und Weise, auf preußischem Wege, vollendet. Die Junker konnten dabei ihre für das ganze deutsche Volk unheilvolle soziale und politische Machtstellung für lange Zeit festigen.

In Preußen wurden auf Grund des Ablösungsgesetzes vom 2. März 1850 bis zur Mitte der sechziger Jahre die restlichen größeren und über eine Million kleinere bäuerliche Eigentümer gegen Bezahlung des 18- bis 20fachen Jahreswertes, der in Geld oder in Grund und Boden zu entrichten war, ihrer bisherigen feudalen Verpflichtungen entbunden. Die Junker behielten und vergrößerten ihre Güter, und die Millionenbeträge, die sie den Bauern raubten, erleichterten es ihnen, Maschinen, Geräte und Kunstdünger zu verwenden, ihre Erträge zu steigern und industrielle Nebenbetriebe einzurichten. Zahlreiche mittlere und kleinere Bauern aber gerieten aus feudaler Fronherrschaft in kapitalistische Schuldknechtschaft oder sanken in das ländliche Halbproletariat herab. Nach Abschluß der sogenannten Regulierungen, um die Mitte der sech-

ziger Jahre, besaßen in Preußen 18 000 Großgrundbesitzer 60 Prozent, 400 000 größere Bauern 35 Prozent und 1,6 Millionen Kleinbauern nur 5 Prozent des Bodens.

Besonders bedeutsam war für die sozialökonomische Entwicklung Deutschlands in den fünfziger und sechziger Jahren, daß die industrielle Revolution nun in die entscheidende Etappe eintrat. Schon vor 1848 waren ökonomische und technische Voraussetzungen dafür entstanden. Da sich der innere Markt mit der endgültigen Auflösung der feudalen Produktionsverhältnisse auf dem Lande und der Entwicklung des Verkehrsnetzes weiter herausbildete, konnte die Industrie ihren Absatz erhöhen. Zugleich erhielt sie von dem schnellen Aufschwung des Welthandels, des Weltverkehrs und der Produktion aller kapitalistischen Länder, der durch die Entdeckung riesiger Goldfelder in Kalifornien 1848 und in Australien 1851 gefördert wurde, starke Impulse. Auch waren Adel und Junker gezwungen, der Bourgeoisie wenigstens einige wirtschaftspolitische Konzessionen zu machen. Ihr verdankten sie den Sieg über die Revolution, und ihr zunehmendes ökonomisches Gewicht ließ nicht zu, daß man ihre wirtschaftlichen Interessen völlig ignorierte.

Politisch geschlagen und gedemütigt, warf sich die Bourgeoisie um so eifriger auf die Profitmacherei. Zur Finanzierung der Industrie- und Handelsexpansion wurden Kreditbanken gegründet, wie der A. Schaaffhausener Bankverein, die Berliner Disconto-Gesellschaft und die Darmstädter Bank für Handel und Industrie. Die Aktiengesellschaften vermehrten sich rascher als bisher und wurden jetzt auch häufiger in Bergbau, Hüttenwesen und in anderen Industriezweigen gebildet.

Neue Fabriken und Werke wuchsen aus dem Boden. Die bestehenden wurden vergrößert und besser ausgerüstet – oder von der Konkurrenz erdrückt. Auch Manufaktur und Hausindustrie breiteten sich zunächst weiter aus, doch nicht im gleichen Tempo. Gerade für neue Produktionsinstrumente wurden Kapitalien profitbringend angelegt. So stieg die Leistung der Dampfmaschinen Deutschlands in den fünfziger Jahren von 260 000 auf 850 000 PS, und in den sechziger Jahren wuchs sie auf 2,48 Millionen PS an. Während von den Hochöfen in Preußen 1851 erst ein Viertel mit Koks betrieben wurde, waren es 1860 schon fast drei Viertel. In der Stahlindustrie fand seit den sechziger Jahren die Bessemer-Birne und dann der Siemens-Martin-Ofen Eingang. Auch Arbeitsmaschinen wurden in schneller Folge eingeführt;

so in der Metallindustrie Drehbänke, Bohrer und Dampfhämmer, in der Textilindustrie Spinnmaschinen und mechanische Webstühle.

Die fünfziger Jahre, die Periode der schlimmsten politischen Reaktion, wurden zum Jahrzehnt der schnellsten Zunahme der Industrieproduktion im 19. Jahrhundert. Die industrielle Erzeugung Deutschlands stieg auf mehr als das Doppelte. Sie blieb zwar immer noch weit hinter der Englands zurück, übertraf jedoch Ende der fünfziger Jahre bereits die Frankreichs.

Zum erstenmal nahm die Produktion von Produktionsmitteln sichtbar schneller zu als die von Konsumgütern. Die jährliche Kohleerzeugung Deutschlands erhöhte sich in den fünfziger Jahren von 7 auf 17 Millionen Tonnen, die jährliche Roheisenproduktion von 210 000 auf 550 000 Tonnen; in den sechziger Jahren stieg dann die Erzeugung von Kohle auf 34 Millionen und die von Roheisen auf 1,39 Millionen Tonnen. Die Borsigsche Maschinenfabrik in Berlin hatte 1858 schon die tausendste Lokomotive fertiggestellt, und der Maschinenexport des Zollvereins übertraf 1863 zum erstenmal den Import. So entstanden wichtige Grundlagen der deutschen Schwerindustrie, und die Umwandlung Deutschlands in ein Industrieland begann.

Durch ihren Kohlereichtum verwandelten sich die Gebiete nördlich der Ruhr, an der Saar und in Oberschlesien in ausgedehnte Industrielandschaften. Viele Städte veränderten durch die rasche Industrialisierung ihr Gesicht. „Wer Berlin vor zehn Jahren gesehen hat", schrieb Karl Marx 1859, „würde es heute nicht wiedererkennen. Aus einem steifen Paradeplatz hat es sich in das geschäftige Zentrum des deutschen Maschinenbaus verwandelt. Wenn man durch Rheinpreußen und das Herzogtum Westphalen reist, wird man an Lancashire und Yorkshire erinnert."[24]

Mit dem schnellen Vormarsch der kapitalistischen Produktionsweise entwickelte sich die Bourgeoisie zur ökonomisch stärksten Klasse in Deutschland. Ihre Spitzen bildeten die Industriebankiers von Köln und Berlin, die Industriellen vom Ruhrgebiet, von der Saar, von Berlin und Sachsen, die Magnaten von Oberschlesien und die Reeder und Kaufherren von Hamburg. Da die Entwicklung des Kapitalismus immer dringender die Beseitigung der feudal-bürokratischen Hemmnisse und der nationalen Zersplitterung erforderte, mußten die Gegensätze zwischen der Bourgeoisie auf der einen Seite und dem Adel, den Junkern

[24] Karl Marx: Die Lage in Preußen. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 12, Berlin 1963, S. 686.

und Fürsten auf der anderen Seite früher oder später wieder zutage treten. Doch verloren diese Gegensätze in dem Maße ihren antagonistischen Charakter, wie die Existenzgrundlagen des Adels und der Junker endgültig kapitalistisch wurden.

Gleichzeitig verschärfte sich der antagonistische Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse.

Das Proletariat erhielt ständig Zustrom durch die vielen kleinen Handwerker, die von der kapitalistischen Konkurrenz erdrückt, und durch Bauern, die von der Ablösung ruiniert wurden. Unter Qualen und zerstörten Lebenshoffnungen wuchs die neue, fortschrittlichste Klasse in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft. Nach wie vor war allerdings das Kleinbürgertum, wenngleich durch die kapitalistische Entwicklung immer mehr in seiner Existenz bedroht, in Deutschland sehr zahlreich. Von den Arbeitern waren in Preußen noch in den sechziger Jahren doppelt soviel in der Landwirtschaft beschäftigt wie in der nichtagrarischen Produktion, wo außerdem die in der Hausindustrie Tätigen und die Gesellen die Mehrheit bildeten; doch während die Bevölkerung zwischen 1849 und 1861 um 13 Prozent zunahm, stieg die Zahl der Beschäftigten in Industrie und Handwerk zur selben Zeit um 21 Prozent.

Gerade die Zahl der Industriearbeiter wuchs besonders schnell, beispielsweise in der Eisenmetallurgie auf mehr als das Doppelte, im Maschinen- und Waggonbau sowie im Kohlenbergbau etwa auf das Dreifache. Auch die durchschnittliche Arbeiterzahl je Betrieb nahm zu. Zwar gab es erst sehr wenige Betriebe mit über 1000 Arbeitern, wie die von Krupp in Essen und von Stumm an der Saar, doch stieg beispielsweise die durchschnittliche Arbeiterzahl in den Maschinenfabriken während der fünfziger Jahre von 33 auf 66 und in den Kohlenbergwerken von 60 auf 148. Das moderne Industrieproletariat, das im Vormärz nur stellenweise und in Anfängen existiert hatte, formierte sich.

Während der Reichtum der Bourgeoisie wuchs, lebte das Proletariat weiterhin in größtem Elend. Bis zum Ende der fünfziger Jahre sanken in Deutschland die Reallöhne der Industriearbeiter und Handwerksgesellen. Die Frau und häufig auch die Kinder des Proletariers waren gezwungen mitzuarbeiten. Dennoch erreichte der Lohn vielfach kaum das Existenzminimum. Die Arbeitszeit betrug noch oft 12 bis 14 Stunden und nicht selten sogar mehr. In den Fabriken standen die Arbeiter an Maschinen ohne Schutzvorrichtungen; sie mußten die staubige,

stickige Luft einatmen. Ihre Gesundheit, die durch Unterernährung und fehlende Arbeitshygiene ohnehin angegriffen war, wurde durch die schlechten Wohnverhältnisse weiter untergraben. In engen Mietskasernen, in Kellern und auf Dachböden waren ganze Familien in einem Raum zusammengepfercht. Von der körperlichen Verkümmerung des Proletariats zeugt die Tatsache, daß im Königreich Sachsen in den fünfziger Jahren kaum ein Drittel der Arbeiter militärdiensttauglich war. Von drei Webern starben zwei an Tuberkulose.

Gegen Ende der fünfziger Jahre hatten die Unternehmer die Möglichkeiten erschöpft, vorwiegend durch extensive Ausbeutungsmethoden wie die Verlängerung der Arbeitszeit und die Einbeziehung von Frauen und Kindern in die kapitalistische Ausbeutung ihre Profite zu steigern. Die Arbeiterklasse kämpfte auch immer entschiedener gegen Hungerlöhne und überlange Arbeitszeit. Darauf erhöhten die Kapitalisten seit dem Beginn der sechziger Jahre mehr und mehr die Arbeitsintensität. Mit ihr stiegen gleichzeitig die Unfallzahlen, da es die Unternehmer am elementarsten Arbeitsschutz fehlen ließen. Noch schwerer als die Lage der Fabrikarbeiter und Handwerksgesellen war im allgemeinen die Lage der Arbeiter in der Hausindustrie, die verzweifelt den Untergang ihrer gewerblichen Existenz aufzuhalten suchten. Am schlimmsten aber war das Los der Landarbeiter, die von den Junkern geknechtet wurden.

Auch der Druck der politischen Reaktion lastete auf dem Proletariat am schwersten. Alle Arbeiterorganisationen in Deutschland, denen sozialistische oder überhaupt politische Bestrebungen nachgesagt werden konnten, wurden weiterhin unterdrückt.[25] Nur örtliche Organisationen ohne jede politische Zielsetzung, meist Fachvereinigungen, seltener Arbeiterbildungs- und andere allgemeine Arbeitervereine, konnten existieren. Selbst die Organisierung von Streiks wurde in den meisten Teilen Deutschlands mit Gefängnis oder Arbeitshaus bestraft.

Das Klassenbewußtsein des Proletariats, das während der Revolution erwacht war, mußte durch das politische Terrorregime einen starken Rückschlag erleiden. Auch die Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse wirkten zunächst in dieser Richtung: Die Landarbeiter und proletarisierten Bauern, die zu Hunderttausenden in die Städte und Industriegebiete strömten, bildeten anfangs eine ständig wechselnde Masse, die zum Widerstand gegen die kapitalistische Ausbeu-

[25] Dokument Nr. 49.

tung und feudal-bürokratische Reaktion noch nicht in der Lage war. Viele ruinierte Kleinbürger betrachteten ihre Verwandlung in Proletarier als vorübergehenden sozialen Abstieg und träumten davon, eine kleinbürgerliche Existenz zurückzuerlangen.

Doch entspricht es nicht den Tatsachen, wenn bürgerliche und rechtssozialdemokratische Historiker behaupten, während der Reaktionsperiode sei die Kontinuität der deutschen Arbeiterbewegung völlig unterbrochen worden. Obwohl der Bund der Kommunisten im Jahre 1852 hatte aufgelöst werden müssen, blieb die Kontinuität der Arbeiterbewegung während der Reaktionsperiode in dreifacher Form erhalten: in der spontanen gewerkschaftlichen Betätigung der Arbeiter, in der geheimen politischen Propaganda ehemaliger Mitglieder des Bundes der Kommunisten und vor allem in der Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Kommunismus durch Karl Marx und Friedrich Engels.

Da sich die Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat verschärften, stieg trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen der Reaktion die spontane gewerkschaftliche Aktivität ständig. Von 1852 bis 1859 führten die deutschen Arbeiter über 100 Streikkämpfe. In diesen Jahren wurde fast die Hälfte aller Streiks durch das Eingreifen der Polizei unterdrückt. Dennoch nahmen vor allem die proletarischen Handwerksgesellen, die zunächst über die größten Kampferfahrungen verfügten, immer wieder den Kampf für unmittelbare Lebensinteressen, besonders um höhere Löhne, auf. Der Polizei gelang es nicht, die Tätigkeit der örtlichen Arbeiterorganisationen darauf zu beschränken, das gesellige Leben zu pflegen und ihren Mitgliedern bei der Wanderschaft, bei Krankheit und in anderen Notfällen finanzielle Hilfe zu leisten. Mehr als die Hälfte der Streiks wurde jetzt vorbereitet und unterstützt von Gesellen- und Arbeitervereinigungen und deren Hilfskassen. In diesen entfaltete sich also der Keim gewerkschaftlicher Organisation.

Daher war es auch sehr wichtig, daß neben den Arbeiterorganisationen aus dem Vormärz und der Revolutionszeit und anstelle der aufgelösten zahlreiche neue gebildet wurden. Insgesamt sind aus den fünfziger Jahren über 800 örtliche Arbeitervereine bekannt geworden, die längere oder kürzere Zeit bestanden. Einer Reihe von Fachvereinigungen gelang es, von Ort zu Ort Verbindungen zu halten. Dazu gehörten die Organisationen der Zigarrenmacher und der Buchdruckergehilfen, die sich schon während der Revolution von 1848/1849 im

nationalen Maßstab zusammengeschlossen hatten. Aus ihnen gingen in den sechziger Jahren die ersten beiden neuen gesamtnationalen Gewerkschaftsverbände hervor.

Wie die Widerstandskraft der Arbeiter mit deren Zahl und Konzentration wuchs, zeigte sich besonders am Vorabend der Wirtschaftskrise von 1857, als die seit Jahren steigenden Preise den Höhepunkt erreichten. Von Frankfurt am Main beginnend, griffen im Frühjahr 1857 Arbeitseinstellungen in kurzer Zeit von einem Ort zum anderen und von einem Gewerbe auf das andere über. In diesem Jahr führten Handwerksgesellen und Arbeiter über 60 Streiks, vor allem für höhere Löhne. Das waren mehr als in irgendeinem anderen Jahr zuvor. Als Ende 1857 die Wirtschaftskrise die Produktion erfaßte, erhielten die Unternehmer zwar in der zunehmenden Arbeitslosigkeit ein Druckmittel, um die Lasten der Krise auf die noch schlecht organisierten Arbeiter abzuwälzen. Dennoch führten die deutschen Arbeiter auch 1859 mehr Streiks als in den meisten Jahren vor 1857. Dabei begannen die Industriearbeiter stärker hervorzutreten als bisher. In Berlin, Elberfeld und anderen Orten demonstrierten Arbeitslose für Lohn und Brot. Die spontanen ökonomischen Kämpfe Ende der fünfziger Jahre kündigten bereits einen neuen Aufschwung der deutschen Arbeiterbewegung an.

Bedeutsam für die Kontinuität der Arbeiterbewegung und für die Vorbereitung eines neuen Aufschwungs war es, daß auch in den Jahren der schwärzesten Reaktion fortgeschrittene Arbeiter an verschiedenen Orten – namentlich im Rheinland und in Hamburg – durch Aufklärungsarbeit im kleinen Kreis vertrauter Freunde oder innerhalb legaler Arbeitervereine im Proletariat politische Bewußtheit wachhielten. In Barmen, Düsseldorf, Elberfeld, Göttingen, Köln und Solingen wirkten in strengster Illegalität kleine Gruppen von ehemaligen Mitgliedern des Bundes der Kommunisten weiter. Im Sommer 1853 hatten sie sich wieder mit Karl Marx in Verbindung gesetzt.[26] Von Zeit zu Zeit informierten sie ihn über die Stimmung der Arbeiter im Rheinland und holten bei ihm politische Ratschläge ein.[27] Wichtige Hinweise erhielten die kommunistischen Gruppen in Deutschland von Marx unter anderem für ihre Diskussion im Jahre 1856 über die Politik, die bei einem neuen revolutionären Aufschwung einzuschlagen sei. Marx betonte namentlich, das Proletariat müsse selbständig werden,

26 Dokument Nr. 48.

27 Dokument Nr. 50.

völlig unabhängig von der liberalen Bourgeoisie auftreten und die Bauernschaft zum Verbündeten gewinnen.

Vor allem im Rheinland, dem früheren Tätigkeitszentrum des Bundes der Kommunisten, bereiteten Mitglieder dieser ersten proletarischen Partei den Boden für eine neue politische Organisation des Proletariats. Dieses Bodens konnte sich später Ferdinand Lassalle bemächtigen. Der von ihm gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, die erste selbständige Arbeiterorganisation nach der Reaktionsperiode, sollte zunächst in den genannten rheinischen Orten die stärksten Stützpunkte gewinnen.

Größte Bedeutung für das deutsche und internationale Proletariat besaß auch während der Reaktionsperiode die theoretische und praktisch-politische Tätigkeit von Karl Marx und Friedrich Engels.

Nachdem sie in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre die Grundsätze des dialektischen und historischen Materialismus ausgearbeitet, ihre politischen Hauptideen entwickelt und Grundthesen der proletarischen politischen Ökonomie formuliert hatten, verlagerten sie das Schwergewicht bei der Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Kommunismus nun auf die Ausarbeitung der ökonomischen Theorie.

Wie Karl Marx und Friedrich Engels erkannt hatten, bedingt die Produktionsweise des materiellen Lebens den ganzen sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß der Gesellschaft. Dem wissenschaftlichen Kommunismus mußte also dadurch die tiefste theoretische Begründung gegeben werden, daß jene ökonomischen Gesetze vollständig aufgedeckt wurden, die zur Entstehung, Entwicklung und zum Untergang des Kapitalismus führen und seine Ablösung durch den Kommunismus notwendig machen. Die Lösung dieser Aufgabe erforderte die gründliche Kenntnis der gesamten vorausgegangenen ökonomischen Theorie und ihre kritische Überwindung, wozu ein umfangreiches historisches und ökonomisches Tatsachenmaterial zu studieren war. Seit 1850 widmete sich Marx voll dieser Aufgabe. Als Frucht langjähriger ökonomischer Studien entstand sein Hauptwerk, „Das Kapital".

Die Ausarbeitung der proletarischen politischen Ökonomie wurde Karl Marx erleichtert durch den großen Reichtum der Bibliothek des Britischen Museums in London, durch den Aufenthalt in dem bei weitem entwickeltsten kapitalistischen Land und durch das neue Stadium, in das die bürgerliche Gesellschaftsordnung nach der Revolution von 1848/1849 trat. Doch ohne seine unerhörte Energie und

ohne die aufopferungsvolle Unterstützung durch seine Frau und seinen engsten Freund hätte Karl Marx die umfangreiche Arbeit für sein Hauptwerk nicht bewältigen können.

Friedrich Engels war im November 1850 nach Manchester übergesiedelt und arbeitete wieder in der Firma Ermen & Engels; er nahm selbstlos das Joch des „hündischen Commerce [Handels]"[28] auf sich, um Marx materiell unterstützen zu können und ihm die Fortsetzung seiner theoretischen und politischen Arbeit zu ermöglichen. Obwohl Engels als Kommis zunächst ein bescheidenes Einkommen hatte, stand er dem Freund finanziell nach Kräften bei. Dennoch mußte Marx einen großen Teil seiner Zeit journalistischen Arbeiten widmen, die dem Broterwerb dienten; diese wurden jedoch in der Regel so unzureichend honoriert, daß er mit seiner Familie viele Jahre lang in bitterster Not leben mußte.

Alle Opfer und Entbehrungen trug Jenny Marx standhaft. Sie hat, wie Friedrich Engels sagte, „die Schicksale, die Arbeiten, die Kämpfe ihres Mannes nicht bloß geteilt, sie hat daran mit dem höchsten Verständnis und mit der glühendsten Leidenschaft größten Anteil genommen"[29]. Mit ihrem scharfen, kritischen Verstand, ihrem politischen Takt und ihrer Energie war sie Marx' unentbehrliche Sekretärin, seine engste Kampfgefährtin.

Karl Marx leistete unter schwierigen Bedingungen eine gewaltige wissenschaftliche Arbeit. Er hatte die bürgerliche politische Ökonomie durch seine historisch-materialistische Auffassungsweise der ökonomischen Kategorien und Gesetze längst grundsätzlich überwunden. Als er 1850 seine ökonomischen Studien wieder aufnahm, überwand er Schritt für Schritt die klassische bürgerliche Ökonomie auch in allen theoretischen Einzelfragen. Innerhalb weniger Jahre gelangte Marx zu vielen grundlegenden ökonomischen Erkenntnissen, deren Krönung die Entdeckung des Mehrwertgesetzes bildete.

Als sich Ende 1856 wieder eine Wirtschaftskrise ankündigte, die einen neuen revolutionären Aufschwung auslösen mußte, hatten Karl Marx' ökonomische Forschungen einen Stand erreicht, der es ihm gestattete, zur systematischen Verarbeitung und Darstellung des gesamten Stoffes zu schreiten. Er arbeitete Tag und Nacht, um mit

28 Engels an Marx, 27. April 1867. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 31, Berlin 1965, S. 293.

29 Friedrich Engels: Rede am Grabe von Jenny Marx. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 293.

seinem Buch der erhofften revolutionären Entwicklung möglichst unmittelbar nutzen zu können. Von August 1857 bis Juni 1858 entstand ein umfangreiches Manuskript, das den ersten Rohentwurf seines ökonomischen Werkes darstellte, die erstmalig 1939 bis 1941 in der Sowjetunion veröffentlichten „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie".

Im Jahre 1859 ließ Karl Marx in Berlin die Arbeit „Zur Kritik der politischen Ökonomie" erscheinen, die als erstes Heft seines ökonomischen Hauptwerkes gedacht war. Darin analysierte er die Ware als Elementarform des Reichtums in der kapitalistischen Gesellschaft und als einfachste ökonomische Kategorie, in der die Widersprüche des Kapitalismus bereits im Keim enthalten sind. Marx legte hier erstmalig seine Wert- und Geldtheorie dar. Sie bildet den Ausgangspunkt und die Grundlage seines Systems der politischen Ökonomie, das im „Kapital" die umfassende und klassische Darstellung fand und wissenschaftlich bewies, daß der Kapitalismus unvermeidlich untergehen und durch den Kommunismus abgelöst werden wird.

Da sich Karl Marx in den fünfziger Jahren vornehmlich auf die Ausarbeitung der politischen Ökonomie konzentrierte, trat zwischen ihm und Friedrich Engels eine stärkere Arbeitsteilung ein. Engels ging daran, systematisch seine militärtheoretischen und kriegsgeschichtlichen Kenntnisse zu vertiefen; denn bei einem neuen politischen Aufschwung mußten bewaffnete Erhebungen und militärische Konflikte eine große Rolle spielen. Marx und Engels erkannten, daß die Arbeiterklasse in allen Fragen des Krieges und der Streitkräfte den herrschenden Klassen eine eigene Konzeption entgegensetzen mußte und erst recht zur Eroberung und Behauptung ihrer politischen Macht einer eigenen Militärtheorie bedurfte. Es gab daher seit dem Beginn der fünfziger Jahre kaum ein wichtiges militärisches Ereignis in der Welt, das Engels nicht in irgendeiner Weise vom Standpunkt der Arbeiterklasse analysiert hätte. Friedrich Engels – von seinen Freunden oft humor- und respektvoll „General" genannt – wurde zum Begründer der Militärtheorie der Arbeiterklasse. Ende der fünfziger Jahre begann Engels mit dem gründlichen Studium der Naturwissenschaften, die in schneller Entwicklung begriffen waren. Die philosophische Verallgemeinerung ihrer Ergebnisse fiel im Rahmen der Arbeitsteilung zwischen den Begründern des wissenschaftlichen Kommunismus ebenfalls vorwiegend ihm zu.

So durchdrangen Karl Marx und Friedrich Engels von ihrem dialek-

tisch-materialistischen Standpunkt aus die verschiedensten Wissensgebiete. In ihren Werken, die schon ihrer sprachlichen Meisterschaft wegen Bestandteile der deutschen Literatur sind, arbeiteten sie auch die weltanschaulichen Grundlagen für das Schaffen sozialistischer Künstler weiter aus und äußerten sich unmittelbar zu künstlerischen Problemen. In einer brieflichen Debatte, die sie 1859 mit Ferdinand Lassalle über dessen Drama „Franz von Sickingen" führten, wiesen Marx und Engels den dialektischen Zusammenhang von ideologischer Position und ästhetischer Gestaltung nach.

Die Ausarbeitung der politischen Ökonomie und die theoretische Durchdringung einer Reihe von wissenschaftlichen Disziplinen ermöglichten Karl Marx und Friedrich Engels wiederum, den dialektischen und historischen Materialismus weiter zu vervollkommnen. Im Vorwort der Arbeit „Zur Kritik der politischen Ökonomie" gab Karl Marx eine geniale Charakteristik des Wesens der materialistischen, der einzig wissenschaftlichen Geschichtsauffassung. Sie gipfelte in der Feststellung: „Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses..., aber die im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus. Mit dieser Gesellschaftsformation schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab."[30]

Wie Karl Marx und Friedrich Engels während der Reaktionsperiode sich selbst darauf vorbereiteten, bei einem neuen politischen Aufschwung gut gewappnet an die Spitze der Arbeiterbewegung zu treten, so sorgten sie sich auch um die Entwicklung der in alle Welt zerstreuten Kommunisten. Sie gaben nicht nur ihren Anhängern im Rheinland politische Ratschläge. Auch Joseph Weydemeyer, der Pionier des Marxismus in den USA, und Johann Georg Eccarius, Georg Lochner und Karl Pfänder, die später im Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation eine führende Rolle übernahmen, schöpften aus der Korrespondenz und dem Verkehr mit ihnen Standhaftigkeit und politische Erkenntnis. Ihr vertrautester Freund blieb bis zu seinem Tode im Jahre 1864 Wilhelm Wolff, der damals in Manchester lebte. In enge Verbindung zur Familie Marx trat in London auch Wilhelm Liebknecht.

30 Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 13, Berlin 1964, S. 9.

Wilhelm Liebknecht, als Sohn eines Beamten 1826 in Gießen geboren, war schon während seiner Gymnasialzeit und seines Studiums erfüllt von den Ideen eines radikalen Republikanertums und des utopischen Sozialismus. Er hatte aktiv an den Kämpfen des Jahres 1848 und an der Reichsverfassungskampagne in Baden 1849 teilgenommen. Durch die Erfahrungen der Revolution war er zum Anschluß an die Arbeiterbewegung veranlaßt worden. Nach der Niederlage der Revolution in die Schweiz emigriert, hatte er dort seine politische Tätigkeit bereits ganz den deutschen Arbeitervereinen gewidmet. Im Frühjahr 1850 ausgewiesen und nach London übergesiedelt, war er dem Bund der Kommunisten beigetreten. Im jahrelangen Umgang mit Karl Marx in London machte der Mann seine politischen Lehrjahre als Kommunist durch, der zum Mitbegründer der revolutionären deutschen Sozialdemokratie werden sollte.

Der neue Aufschwung der demokratischen und proletarischen Bewegung. Die Bildung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und des Verbandes Deutscher Arbeitervereine

1. Die beiden Wege zur nationalen Einigung Deutschlands. Die Notwendigkeit einer proletarischen Massenpartei

Die europäische Reaktion hatte geglaubt, das revolutionäre Feuer für alle Zeiten ausgetreten zu haben, nachdem sie die Revolution von 1848/1849 niedergeschlagen hatte. Doch mit der unaufhaltsamen Entwicklung des Kapitalismus waren die Voraussetzungen für neue Klassenschlachten gereift. Die internationale Wirtschaftskrise Ende der fünfziger Jahre löste daher einen neuen politischen Aufschwung aus.

In Deutschland und in Italien lebte die nationale Bewegung wieder auf. In Frankreich wurden die Volksmassen mit der Diktatur Napoleons III. immer unzufriedener. Im zaristischen Rußland häuften sich die Bauernaufstände, und die revolutionär-demokratische Bewegung erstarkte. In den USA brach 1861 der Krieg zwischen den bürgerlich-

fortschrittlichen Nordstaaten und den von reaktionären Plantagenbesitzern beherrschten Südstaaten aus, die die Negersklaverei verteidigten. Das polnische Volk erhob sich im Jahre 1863 gegen die zaristische Fremdherrschaft.

Die Epoche der Stürme und Revolutionen, eingeleitet von der französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts, trat nun in ihre letzte Phase, in der sich in den fortgeschrittenen Ländern die bürgerliche Gesellschaftsordnung voll ausbildete. Dabei betrat das Proletariat, das mit dem schnellen Fortschritt von Industrie und Handel in allen kapitalistischen Ländern erstarkt war, wieder die politische Bühne. Viele Arbeiter erkannten bereits in neuen großen Kämpfen um Lohn und Brot, die Ende der fünfziger Jahre entbrannten, daß sie sich mit ihrer politischen Ohnmacht nicht abfinden durften. Als sich die politischen Auseinandersetzungen in vielen europäischen Ländern und in den USA zuspitzten, wurden die Arbeiter politisch immer aktiver.

In England hatte die Arbeiterklasse nach der Niederlage des Chartismus ihre Kräfte in den Trade-Unions, den Gewerkschaften, gesammelt. Die Trade-Unions nahmen die Agitation für das allgemeine Wahlrecht wieder auf. Sie demonstrierten ihre Solidarität mit der republikanischen Einigungs- und Unabhängigkeitsbewegung Italiens und mit dem polnischen Aufstand. Während des Bürgerkrieges in den USA ergriffen sie mutig für die Nordstaaten Partei; dadurch vereitelten sie die Pläne der englischen und französischen Regierung, zugunsten der Sklavenhalter der Südstaaten zu intervenieren. Sie gaben damit das erste geschichtliche Beispiel, wie die Werktätigen durch entschlossene Aktionen den aggressiven Gelüsten kapitalistischer Regierungen Einhalt gebieten können. In Frankreich erholte sich das Proletariat von dem Aderlaß der Kämpfe von 1848 bis 1851. Die französischen Arbeiter nutzten Zugeständnisse Napoleons III. aus, um sich zu organisieren, ohne sich von ihm gegen die unzufriedene Bourgeoisie ausspielen zu lassen. In Italien beteiligten sich die Arbeiter immer aktiver am Kampf um die Unabhängigkeit und demokratische Einigung ihres Landes und schlossen sich in Bildungs- und Hilfsvereinen zusammen.

Die Arbeiterorganisationen lösten sich erst allmählich vom Einfluß der liberalen Bourgeoisie und des demokratischen Kleinbürgertums. Noch immer gaben in den Arbeitervereinen oft Vertreter kleinbürgerlich-utopischer Schulen und Sekten den Ton an. Doch unaufhaltsam

vollzog sich hier ein Reifeprozeß, der schließlich im Herbst 1864 die Gründung der ersten internationalen Massenorganisation des Proletariats möglich machte: der Internationalen Arbeiterassoziation, die unter Leitung von Karl Marx und Friedrich Engels das Erbe des Bundes der Kommunisten fortführen und das Fundament für die Bildung proletarischer Parteien im nationalen Rahmen legen sollte.

Auch in Deutschland setzte Ende der fünfziger Jahre, bedingt durch den schnellen Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise, ein neuer Aufschwung der demokratischen und der Arbeiterbewegung ein. Hier entwickelte sich eine politische Krise: Auf der einen Seite konnte sich die Bourgeoisie mit der Kleinstaaterei und mit den feudalbürokratischen Beschränkungen nicht mehr abfinden und verlangten vor allem die Volksmassen immer energischer nationale Einheit und demokratische Freiheiten; auf der anderen Seite konnten die feudalbürokratischen Kräfte mit den alten Herrschaftsmethoden nicht weiterregieren, da diese immer heftiger auf die harten Tatsachen der ökonomischen Entwicklung stießen.

In Preußen mußte die Hohenzollern-Monarchie schon Ende 1858 einen Kurswechsel vornehmen: Prinz Wilhelm, der im Oktober die Regentschaft übernommen hatte, verabschiedete das erzreaktionäre Kabinett Otto von Manteuffel und berief ein Ministerium aus gemäßigten Konservativen und rechten Liberalen. Er suchte ein Kompromiß mit der Bourgeoisie, ohne dieser aber wesentlichen politischen Einfluß einzuräumen. Immerhin erhielten die Liberalen eine größere Bewegungsfreiheit; bei der folgenden Wahl zum preußischen Abgeordnetenhaus, im November 1858, errangen sie eine große Mehrheit.

Starken Auftrieb erhielt die neue politische Bewegung in Deutschland auch durch außenpolitische Ereignisse. Im April 1859 mischte sich Napoleon III., der aus seinen innerpolitischen Schwierigkeiten herauszukommen suchte, in den Krieg zwischen Italien und Österreich ein. Angeblich wollte er der italienischen Einigungsbewegung helfen, in Wirklichkeit strebte er nach Eroberungen. Mit der Forderung nach den „natürlichen Grenzen" Frankreichs griff der französische Kaiser nicht nur nach italienischen Provinzen, sondern meldete auch Ansprüche auf die linksrheinischen Gebiete Deutschlands an. Angesichts dieser Bedrohung erstarkte in Deutschland das Nationalgefühl.

Von der wachsenden politischen Aktivität aller Klassen wurden auch die deutschen Arbeiter erfaßt. Überall, wo das deutsche Volk sein

Streben nach Freiheit und Einheit zum Ausdruck brachte, waren in wachsender Zahl Handwerksgesellen und Arbeiter dabei; sie beteiligten sich an der volkstümlichen und patriotischen Bewegung der Turn- und Wehrvereine, die während des Italienischen Krieges einsetzte, und an den Feiern zum 100. Geburtstag Friedrich Schillers im November 1859. Zugleich streikten die Arbeiter häufiger und strömten den Bildungsvereinen zu.

Nachdem das Proletariat in den fünfziger Jahren durch die industriellen Fortschritte erheblich gewachsen war und die Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie immer mehr zutage traten, wurde die politische, ideologische und organisatorische Trennung der Arbeiterklasse von der Bourgeoisie und die Bildung einer proletarischen Massenpartei unumgänglich. Wie Karl Marx und Friedrich Engels schon 1847 bewiesen hatten, konnte das Proletariat nur erfolgreich für seine Lebensinteressen kämpfen und seine welthistorische Mission erfüllen, wenn es eine selbständige politische Partei besaß. Eine revolutionäre proletarische Massenpartei war besonders wichtig für den Kampf um die demokratische Einigung Deutschlands.

Die Schaffung eines einheitlichen demokratischen Nationalstaates war die Hauptaufgabe bei der Vollendung der bürgerlichen Umgestaltung Deutschlands geblieben. Noch immer bestand die aus dem Feudalismus überkommene Kleinstaaterei mit ihren verschiedenen Handels-, Gewerbe- und Heimatgesetzgebungen, Zunftschranken sowie anderen feudalen, halbfeudalen und bürokratischen Beschränkungen. Dem deutschen Kaufmann fehlte im Ausland die politisch-moralische Unterstützung durch einen einheitlichen deutschen Staat. Fremde Mächte mischten sich in deutsche Angelegenheiten ein. Mit alledem mußte Schluß gemacht werden, wenn die politische, gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung in Deutschland nicht gehemmt werden sollte.

Aus dem Kräfteverhältnis und den Beziehungen der Klassen ergaben sich zwei grundsätzlich verschiedene Wege zur nationalen Einigung, die den Charakter des zukünftigen deutschen Nationalstaates, den weiteren Entwicklungsweg der deutschen Nation und damit die Bedingungen für den Klassenkampf des Proletariats bestimmen mußten: Deutschland konnte geeint werden entweder auf dem Wege der Revolution von unten, durch eine revolutionäre Volksbewegung gegen die Dynastien und ihre Stützen innerhalb und außerhalb Deutsch-

lands, oder auf dem Wege der „Revolution von oben", unter Hegemonie des preußischen Staates bei Erhaltung der meisten Dynastien.

Die Interessen der Bourgeoisie, die zur ökonomisch mächtigsten Klasse in Deutschland geworden war, erforderten die endgültige Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise und vor allem einen starken Nationalstaat. Die Bourgeoisie wünschte auch liberale Reformen, die ihr einen maßgeblichen Anteil an der Macht verschafften. Seit 1848 hatte sie aber darauf verzichtet, um ihre politische Alleinherrschaft zu kämpfen. Diese Herrschaft konnte sie nur erlangen, wenn sie sich auf die Volksmassen stützte und vor allem ein Bündnis mit der Arbeiterklasse einging; dabei hätte sie dem Proletariat weitgehende bürgerlich-demokratische Freiheiten zugestehen müssen. Davor schreckte die Bourgeoisie in ihrer Mehrheit immer wieder feige zurück. Die maßgeblichen Bourgeois zogen ein Bündnis mit dem Adel vor; den Kurswechsel der preußischen Monarchie im Jahre 1858 bejubelten sie voller Illusionen als „Neue Ära". Für das Klassenkompromiß mit dem Junkertum waren sie sogar bereit, in den Fragen des Verfassungslebens und der politischen Gestaltung des Nationalstaates von vielen ihrer ureigenen liberalen Forderungen abzugehen.

Daraus ergab sich ihre Konzeption für die nationale Einigung. Die Bourgeoisie wollte diese nicht auf revolutionärem Wege, im Kampf gegen Dynastien und Adel, sondern mit deren Hilfe, auf dem Wege von oben, herbeiführen; dabei setzte sie ihre Hoffnung vor allem auf Preußen, das an der Spitze des Zollvereins stand.[31] Sowohl der Deutsche Nationalverein, der unter Führung von Liberalen der deutschen Mittelstaaten im September 1859 gebildet wurde, als auch die Deutsche Fortschrittspartei, dessen im Juni 1861 gegründete preußische Schwesterorganisation, erstrebten die nationale Einigung unter Führung Preußens, und zwar – wie Friedrich Engels treffend bemerkte – „eines liberalen Preußens womöglich, eines wie immer beschaffnen Preußens im Notfall"[32].

Junker und Adel in Preußen waren nicht gewillt, dem Liberalismus in bezug auf die innere staatliche Verfassung wesentliche Konzessionen zu machen, da das ihre politischen Machtpositionen und ihre ökonomische Lage gefährdet hätte. Die Hauptforderung des Bürgertums,

31 Dokument Nr. 51.

32 Friedrich Engels: Die Rolle der Gewalt in der Geschichte. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 426.

die nationale Einigung Deutschlands durch Preußen, war für sie aber keineswegs unannehmbar, wenn sie auch lange Zeit in ihrer Angst vor der aufsteigenden Bourgeoisie den Partikularismus und die Rechte aller Monarchen und Fürsten verteidigten. Zudem liefen die Junker Gefahr, von einer Volksrevolution hinweggefegt zu werden, wenn sie sich weiter gegen die nationale Einigung sträubten.

Da die Hohenzollern-Monarchie und die Junker nicht daran dachten, der Bourgeoisie wesentlichen politischen Einfluß einzuräumen, gerieten die beiden Ausbeuterklassen noch einmal in einen heftigen Zwist. An der Gesetzvorlage für die Reorganisation des preußischen Heeres, die im Februar 1860 dem Abgeordnetenhaus vorgelegt wurde, entzündete sich ein Konflikt zwischen der liberalen Opposition und der Regierung. Das Heeresgesetz bezweckte eine Stärkung des preußischen Militarismus: Die Armee sollte bedeutend vergrößert und modernisiert werden. Die vorgesehene Verlängerung der aktiven Wehrpflicht auf drei Jahre sollte zugleich den junkerlichen Offizieren die Möglichkeit geben, die Soldaten noch mehr im Sinne des Preußentums und Militarismus zu beeinflussen. Außerdem wurde die Landwehr, die ein überwiegend bürgerliches Offizierskorps hatte, aus der mobilen Feldarmee herausgenommen. Die liberalen Abgeordneten lehnten das Heeresgesetz ab, bewilligten aber „provisorisch" neun Millionen Taler für militärische Zwecke. Diese wurden von den preußischen Generalen benutzt, um die Reorganisation der Armee weitgehend durchzuführen.

Der Heereskonflikt begünstigte den weiteren Aufschwung der Volksbewegung. Zusammenstöße der Bevölkerung mit der Polizei und dem Militär häuften sich. Diese spontane Bewegung der Volksmassen erreichte einen Höhepunkt, als der Prinzregent Wilhelm, seit 1848 als Kartätschenprinz berüchtigt, im Oktober 1861 zum preußischen König gekrönt wurde. Als er, nun als Wilhelm I., von den Krönungsfeierlichkeiten aus Königsberg nach Berlin zurückkehrte, besetzten Demonstranten die Ehrenpforte am Alexanderplatz, verbarrikadierten sich hinter den Tribünen und griffen die Polizei mit Steinen an. Im Herbst 1862 raffte sich auch die liberale Opposition im preußischen Abgeordnetenhaus dazu auf, die Mittel für die Heeresreorganisation zu verweigern. Die Hohenzollern-Monarchie geriet in eine tiefe Krise. Wilhelm I. fürchtete, vom Volk über kurz oder lang aufs Schafott geschickt zu werden, und wollte zurücktreten.

In dieser Situation wurde am 23. September 1862 auf Initiative der

reaktionären preußischen Militärclique Otto von Bismarck zum Ministerpräsidenten ernannt. Er war als konterrevolutionärer Draufgänger bekannt. In der Tat führte er einen heftigen Kampf gegen die demokratische Volksbewegung und auch gegen das Bestreben der liberalen Bourgeoisie, maßgeblichen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte zu bekommen. Im Kern seines Wesens Landjunker, erhob er sich aber insofern über die Masse seiner Klassengenossen, als er deren grundlegende Interessen rascher und besser erkannte und sie den historischen Gegebenheiten geschickter anzupassen verstand.

Obwohl Otto von Bismarck verfassungswidrig mit einem vom Abgeordnetenhaus nicht bewilligten Budget regierte und damit den Heereskonflikt zu einem Verfassungskonflikt zuspitzte, beschränkte sich die Bourgeoisie auf Deklamationen im Parlament und in der Presse. Gegen jede selbständige Volksbewegung stemmte sie sich weiterhin. Damit ermöglichte sie Bismarck, den Ausweg aus der Krise in der Einigung Deutschlands durch „Blut und Eisen" zu suchen, wie er sie bereits kurz nach seinem Machtantritt ankündigte.[33]

Dieser Weg der nationalen Einigung widersprach den Interessen der Mehrheit des deutschen Volkes. Er mußte zur Konservierung vieler feudaler Überreste, zur Verpreußung und Militarisierung ganz Deutschlands führen und den reaktionärsten Kräften zur Herrschaft im zukünftigen deutschen Nationalstaat verhelfen. Bei einer Einigung Deutschlands von oben wurde es auch unmöglich, ein freundschaftliches Verhältnis zu den Nachbarvölkern herzustellen, von denen Italiener, Polen, Tschechen und Ungarn noch immer durch Österreich und Preußen unterdrückt wurden. Nur eine Einigung, die durch eine revolutionäre Volksbewegung gegen die Dynastien und ihre Stützen innerhalb und außerhalb Deutschlands zustande kam und zu einer gesamtdeutschen demokratischen Republik führte, entsprach den Interessen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und des Kleinbürgertums.

Das Kleinbürgertum, das 1848/1849 den entscheidenden Einfluß auf die demokratische Bewegung ausgeübt hatte, war zahlenmäßig in Deutschland noch sehr stark. Infolge seiner Stellung zwischen den antagonistischen Klassen, der Bourgeoisie und dem Proletariat, und infolge seiner Differenzierung und Existenzunsicherheit, die durch die kapitalistische Entwicklung zunahmen, war es aber immer weniger zu einer selbständigen Politik fähig. Zwar gingen, vor allem in Süd-

[33] Dokument Nr. 52.

deutschland und Sachsen, Teile des Kleinbürgertums über die Forderungen der liberalen Bourgeoisie hinaus; ohne sich zunächst selbständig zu organisieren, verlangten sie unbeschränkte Presse-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht, Volksbewaffnung statt Stärkung des Militarismus und näherten sich schließlich der Konzeption einer bürgerlich-demokratischen Revolution. Doch erstrebten die meisten kleinbürgerlichen Demokraten nach wie vor nur ein föderalistisches Deutschland. Ihre Aktionen waren noch unentschlossener und zerfahrener als 1848/1849.

So hing die demokratische Einigung Deutschlands davon ab, daß die Arbeiterklasse selbständig auftrat. Karl Marx, Friedrich Engels und der Bund der Kommunisten hatten schon 1848 für eine einige und unteilbare demokratische deutsche Republik gekämpft, weil diese die besten Bedingungen für die Weiterentwicklung der deutschen Nation und für die Organisation und den Kampf der Arbeiterklasse um die politische Macht bot. Von dieser einzig konsequenten Zielstellung in der nationalen Frage mußte sich die Arbeiterklasse auch weiterhin leiten lassen.

Bereits 1859/1860 nahmen die Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus, ausgehend vom Krieg in Oberitalien und der Bedrohung Deutschlands durch das bonapartistische Frankreich, in einer Reihe von Arbeiten erneut zu den Lebensfragen der deutschen Nation Stellung. Friedrich Engels veröffentlichte im April 1859 die Broschüre „Po und Rhein" und im April 1860 die Arbeit „Savoyen, Nizza und der Rhein"; Karl Marx gab im Dezember 1860 die gegen einen bonapartistischen Agenten gerichtete Streitschrift „Herr Vogt" heraus. In diesen Arbeiten legten Marx und Engels die nationale Konzeption des Proletariats in ihren damals wichtigsten Aspekten dar: gegen jedwede ausländische Einmischung in Deutschland; für die völlige Beseitigung des feudal-bürokratischen Regimes und der nationalen Zersplitterung im Innern; gegen jegliche Unterdrückung anderer Völker durch einen deutschen Staat.

Karl Marx wies in seiner Streitschrift gegen Karl Vogt zugleich die antikommunistischen Verleumdungen zurück, mit denen dieser Soldschreiber Napoleons III., unterstützt durch viele bürgerliche Zeitungen, die Kommunisten von der Volksbewegung isolieren wollte. Die Auseinandersetzung mit Vogt, so betonte Marx, hatte große Bedeutung „für die *historische Vindikation* [Rechtfertigung] der Partei und für

ihre spätere Stellung in Deutschland"[34]. Wieder eine revolutionäre proletarische Partei zu schaffen war aber im Kampf für die demokratische Einigung Deutschlands und für die weitergehenden Klassenziele des Proletariats vordringlich. Und diese Aufgabe konnten die fortgeschrittenen Kräfte der Arbeiterklasse nur lösen, wenn sie an die Traditionen des Bundes der Kommunisten anknüpften und den Marxismus mit der Arbeiterbewegung vereinigten.

So wiesen Karl Marx und Friedrich Engels schon am Beginn des neuen politischen Aufschwungs die deutsche Arbeiterklasse auf die grundlegenden Aufgaben hin, die in der neuen Periode vor ihr standen.

2. Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der Lassalleanismus. Die Bildung des Verbandes Deutscher Arbeitervereine

Die regeren deutschen Arbeiter waren mit dem neuen politischen Aufschwung vor allem den Bildungsvereinen zugeströmt; während 1860 in Deutschland etwa 50 Arbeiterbildungsvereine bestanden, gab es 1865 schon weit über 100. Hier erwarben viele junge Proletarier jenes Allgemeinwissen, das ihnen die Volksschule unter den Bedingungen einer reaktionären, von religiösem Muckertum durchdrungenen Ausbeutergesellschaft vorenthalten hatte. Die Vereine leisteten eine umfangreiche bildende und kulturelle Arbeit. Darüber hinaus boten sie den Arbeitern von allen bestehenden Organisationen die relativ größten Möglichkeiten, sich über die allgemeinen politischen und sozialen Interessen des Proletariats zu verständigen. Zwar wurden sie zunächst meist von liberalen oder demokratischen Intellektuellen geleitet, doch anders als in den Turn-, Wehr- und anderen demokratischen Vereinen stellten hier Arbeiter und Handwerksgesellen die große Mehrzahl der Mitglieder, und zum Unterschied von den gewerkschaftlichen Fachvereinigungen umfaßten die Bildungsvereine Arbeiter der verschiedensten Berufszweige.

Die Liberalen wollten die Arbeiterbildungsvereine zu Instrumenten

[34] Marx an Ferdinand Freiligrath, 23. Februar 1860. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 30, Berlin 1964, S. 459.

der Bourgeoisie machen. Die Vereine hatten einerseits den Proletariern jene Kenntnisse zu vermitteln, die für die moderne kapitalistische Fabrikindustrie erforderlich waren. Andererseits sollten sie die Arbeiter als beifallklatschenden Chor für die Politik der Bourgeoisie gewinnen und vom selbständigen politischen und gewerkschaftlichen Kampf abhalten. Um dem erwachenden Klassenbewußtsein des Proletariats entgegenzuwirken, entwickelte die liberale Bourgeoisie auch eine soziale Demagogie. Ihr eifrigster Apostel war dabei Hermann Schulze-Delitzsch. Er versicherte, alle sozialen Mißstände seien auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu lösen; die Arbeiter sollten vor allem fleißig lernen und eifrig sparen, um kleine Meister und Kapitalisten werden zu können.[35] Daneben propagierte er die Gründung von Konsum-, Kredit-, Rohstoff- und Produktivgenossenschaften.

Die jüngere Generation des Proletariats war während der Reaktionsperiode aufgewachsen, wo sie kaum Möglichkeiten gehabt hatte, sich über die Interessen ihrer Klasse Klarheit zu verschaffen. Die Mehrheit der städtischen Arbeiter war noch in Handwerks- und Kleinbetrieben beschäftigt und daher für die Lehren von Schulze-Delitzsch empfänglich. Die Bourgeoisie schien den Arbeitern auch anfangs zur demokratischen Lösung der nationalen Frage gewillt, da sie während des preußischen Heeres- und Verfassungskonflikts gegen Otto von Bismarck in parlamentarischer Opposition stand. Aus diesen Gründen vermochten die Liberalen zunächst in fast allen Bildungsvereinen den bestimmenden Einfluß zu gewinnen.

Doch der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie war schon zu scharf, als daß die Bourgeoisie die Arbeiterbildungsvereine auf die Dauer darauf hätte beschränken können, einen vom bürgerlichen Geist erfüllten Facharbeiterstamm heranzuziehen. Von Anfang an traten die Arbeiter für ihre nächstliegenden sozialen Interessen, wie für volle Freizügigkeit, für die Freiheit der gewerkschaftlichen Organisation und für die Beseitigung der Zunftschranken, viel entschiedener ein als die Liberalen. Schon das mußte sie zu der Erkenntnis führen, daß sie sich nicht von der Bourgeoisie bevormunden lassen durften. Die fortgeschrittenen Arbeiter drängten auch politisch weiter als die Liberalen. Oft bestärkt von radikalen kleinbürgerlichen Demokraten, stellten sie Forderungen wie unbeschränkte Vereins-, Koalitions-, Versammlungs-

35 Dokument Nr. 56.

und Pressefreiheit, allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht und Volksbewaffnung statt stehender Heere.

Die politisch reifsten Arbeiter gingen in ihrem Streben und Sehnen auch über solche konsequent bürgerlich-demokratische Ziele hinaus. Das war namentlich in Orten der Fall, die während der ersten Periode der deutschen Arbeiterbewegung Zentren der politischen Betätigung des Proletariats gewesen waren, so in Städten des Rheinlandes, in Hamburg und in Leipzig. Hier waren in diesem oder jenem Maße drei Grundvorstellungen lebendig geblieben, die Karl Marx und Friedrich Engels und der Bund der Kommunisten vermittelt hatten: erstens, daß das Proletariat eine große historische Mission zu erfüllen hatte, nämlich den Kapitalismus zu überwinden und den Sozialismus zu errichten; zweitens, daß die bürgerliche Revolution nicht übersprungen werden konnte und deshalb die Arbeiter entschieden für demokratische Freiheiten, gegen den junkerlichen Militarismus und für eine demokratische Einigung Deutschlands einzutreten hatten; drittens, daß die Arbeiterklasse sich politisch selbständig organisieren mußte, um ihre Gegenwarts- und Zukunftsziele erkämpfen zu können.

Diese Auffassungen, zunächst nur von einer kleinen Minderheit und oft nur unklar vertreten, wurden von den praktischen Erfahrungen, die die Arbeiter sammelten, bestätigt. Auch der Aufschwung der internationalen Arbeiterbewegung begann sich auf das deutsche Proletariat auszuwirken. Dazu trug unbeabsichtigt der bürgerliche Nationalverein bei, als er sich als Gönner des Proletariats aufspielte und im Sommer 1862 einer Delegation von Arbeitern den Besuch der Londoner Weltausstellung ermöglichte. Einige Delegierte benutzten die Gelegenheit, um sich über die englische Arbeiterbewegung zu informieren. Sie besuchten auch den traditionsreichen Kommunistischen Arbeiterbildungsverein in London, der unter dem Einfluß von Karl Marx und seiner Anhänger stand.

Die Berichte der zurückgekehrten Arbeiter gaben in Berlin im August 1862 den Anstoß zur Wahl eines Zentralkomitees, das einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß einberief. Der Nürnberger Arbeiterverein lud ebenfalls zu einem Arbeitertag ein. In Leipzig wurde ein Komitee ähnlich dem in Berlin gebildet. In dem Bestreben, eine Verständigung der Arbeiter ganz Deutschlands, sei es auch nur über elementarste politische und soziale Ziele, herbeizuführen, lag die Tendenz zur organisatorischen Verselbständigung und nationalen Vereinigung des Proletariats.

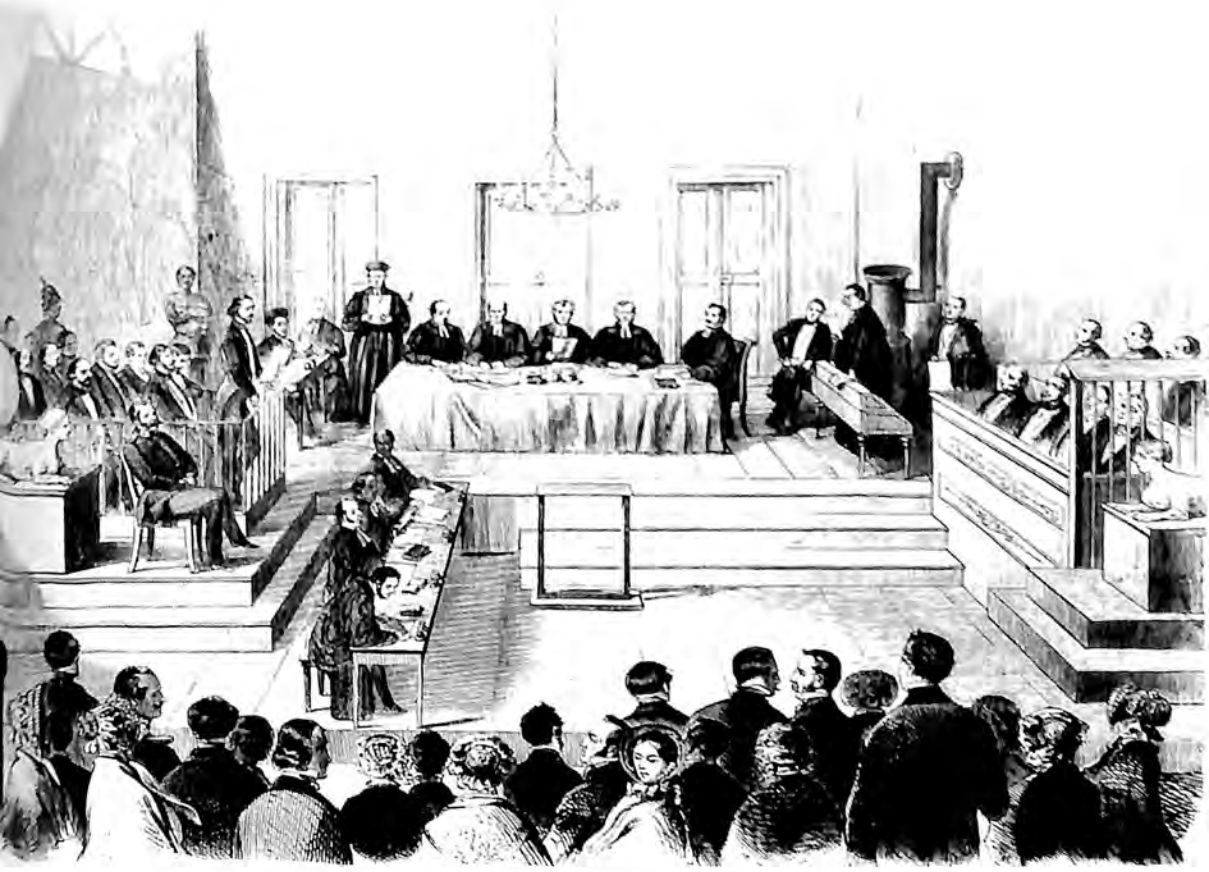
Daher wandten sich die Führer der Liberalen auch sofort gegen diese Bemühungen. Unter dem Vorwand, eine selbständige Organisation der Arbeiter schwäche die nationale und demokratische Bewegung, suchte die Bourgeoisie die politische Verselbständigung des Proletariats aufzuhalten. Gleichzeitig trachtete Bismarck angesichts des Heeres- und Verfassungskonflikts in Preußen danach, die erwachende Arbeiterbewegung gegen die Liberalen auszuspielen und vor den Karren der Reaktion zu spannen. Dabei enthielt er den Arbeitern aber alle demokratischen Rechte vor. Er war entschlossen, die Arbeiterbewegung mit brutaler Gewalt zu unterdrücken, sobald sie dem Junkerstaat gefährlich werden konnte.

Die Leipziger Arbeiter, unter denen der Zigarrenmacher Friedrich Wilhelm Fritzsche und der Schuhmachergeselle Julius Vahlteich eine führende Rolle spielten, ließen sich weder von Agenten der preußischen Reaktion mißbrauchen, noch durch die Liberalen beirren. Auch die Ratschläge radikaler kleinbürgerlicher Demokraten genügten ihnen bald nicht mehr. Sie erkannten, daß die Arbeiter ihre Sache in die eigenen Hände nehmen mußten. So erlangten sie die Leitung bei der Vorbereitung des geplanten Arbeiterkongresses.[36] In dem Glauben, einen Mann gefunden zu haben, der ein wissenschaftlich begründetes Programm für die Arbeiterbewegung formulieren konnte, wandten sie sich Anfang Dezember 1862 an den in Berlin lebenden Schriftsteller Ferdinand Lassalle, der in Vorträgen die Feigheit der Bourgeoisie scharf kritisiert und die Rolle der Arbeiterklasse für den geschichtlichen Fortschritt betont hatte.

Ferdinand Lassalle, 1825 in Breslau geboren, war der Sohn eines Kaufmanns und hatte klassische Philologie, Philosophie und Geschichte studiert. Unter dem Einfluß der Schriften Ludwig Börnes, Heinrich Heines, der Junghegelianer und des utopischen Sozialismus und Kommunismus hatte er sich demokratischen und sozialistischen Ideen zugewandt. 1848 hatte er an der revolutionären Bewegung im Rheinland teilgenommen. Dabei war er mit Karl Marx und Friedrich Engels näher bekannt geworden, und in der Folgezeit bezeichnete er sich wiederholt als ihr Schüler und Anhänger. Doch erkannte Lassalle niemals die welthistorische Mission des Proletariats an, im revolutionären Klassenkampf und mittels der Errichtung seiner politischen Macht eine neue, sozialistische Gesellschaftsordnung zu schaffen.

Er hatte sich nicht zur materialistischen Weltanschauung erhoben,

[36] Dokument Nr. 53.



Kommunistenprozeß vor dem Schwurgericht in Köln, Oktober/November 1852



Eingang zu einer
Berliner Suppenküche



Fabrikhof der Maschinenbauanstalt von Maffei in Hirschau bei München,
Mitte des 19. Jahrhunderts



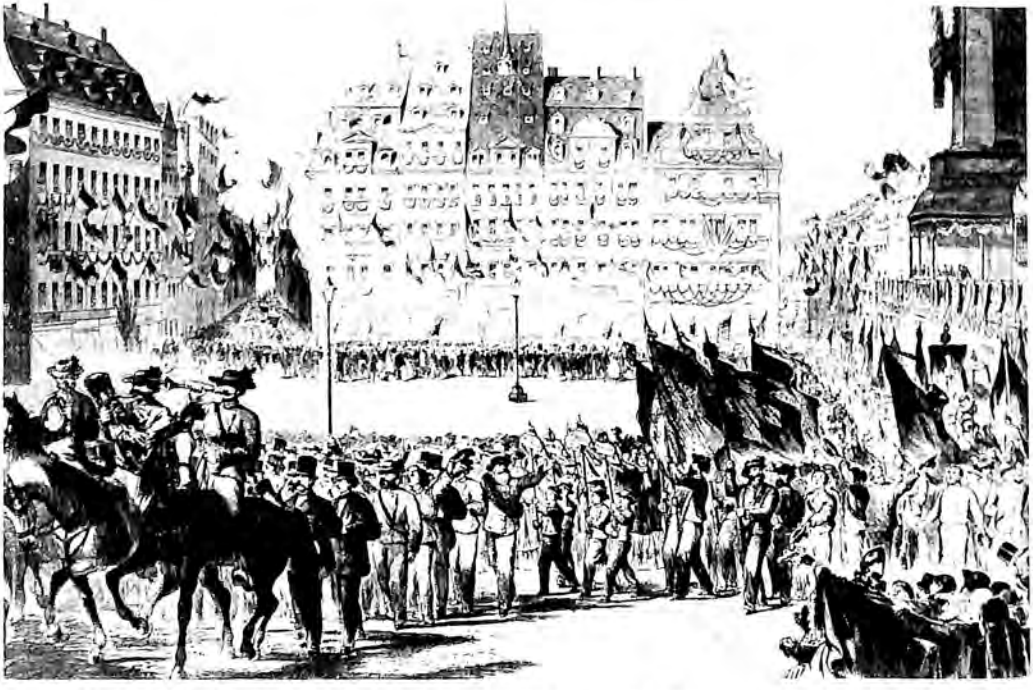
Versammlung von Druckereiarbeitern



Am Eingang des Schachtes „Neue Fundgrube"
im Lugauer Kohlenrevier nach einem Grubenunglück



Schillerfeier auf dem Gendarmenmarkt in Berlin, 10. November 1859



Festzug beim III. Deutschen Turnfest in Leipzig, 3. August 1863



Friedrich Wilhelm Fritzsche



Julius Vahlteich



Ferdinand Lassalle



Das „Pantheon" in Leipzig, Gründungslokal des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins



Versammlung eines Arbeiterbildungsvereins



August Bebel



Wilhelm Liebknecht



Wilhelm Bracke



Johann Philipp Becker

sondern war Anhänger der idealistischen Philosophie Georg Wilhelm Friedrich Hegels geblieben. Das zeigte sich besonders in seiner Geschichts- und Staatsauffassung. Die einzelnen Geschichtsperioden betrachtete Lassalle als verschiedene Entwicklungsstufen der Idee der menschlichen Freiheit, die Klassen vor allem als Träger unterschiedlicher Prinzipien, in denen sich die verschiedenen Selbstbestimmungen der Idee verkörperten. In der geschichtlichen Entwicklung spielten nach seiner Meinung die zur Erkenntnis der Ideen gekommenen Führer allein die schöpferische Rolle, während die Massen nur Objekt ihrer Politik seien. Ferdinand Lassalle verkannte den Klassencharakter des Staates und betrachtete diesen wie Hegel als die Verkörperung der allgemein menschlichen Sittlichkeit; sein ewiger Zweck sei es, die Menschheit zu einem sittlichen Ganzen zu erziehen und zu vereinigen. So wurde Ferdinand Lassalle infolge seines Idealismus zu einem kleinbürgerlichen Staatssozialisten: Er schrieb dem bestehenden Staat, den er als klassenindifferent und allmächtig betrachtete, die Aufgabe zu, die Menschheit zum Sozialismus zu führen. Als Ziel der Arbeiterbewegung sah er nicht die Zerschlagung, sondern die Reformierung des Ausbeuterstaates an.

Mit seinen idealistischen Illusionen verband Ferdinand Lassalle zudem ein ehrgeiziges Streben nach Ruhm, persönlicher Macht und nach Anerkennung durch aristokratische und bürgerliche Kreise. Ihm fehlte die moralische Kraft, sich bedingungslos dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse hinzugeben. Seine reiche Begabung und Energie hatte Lassalle mehr als acht Jahre vorwiegend darauf verwandt, eine Scheidungs- und Vermögensklage der Gräfin Sophie von Hatzfeldt zu führen. Dabei hatte er ein ansehnliches Vermögen erworben und Gefallen an Lebensgewohnheiten der besitzenden Klassen gefunden. Politik wurde ihm mehr und mehr bloß ein spannendes Spiel geistiger Kräfte.

Die Verbindung mit dem Leipziger Zentralkomitee erleichterte es Ferdinand Lassalle, Einfluß auf die deutsche Arbeiterbewegung zu gewinnen. Er veranlaßte das Komitee, das von ihm ein revolutionäres Programm erwartete[37], den geplanten Arbeiterkongreß aufzuschieben, bis er seine politischen Auffassungen in einer Broschüre dargelegt habe. Diese erschien im März 1863 als „Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig".[38] Darin entwickelte Lassalle ein kleinbürger-

37 Dokument Nr. 54.

38 Dokument Nr. 55.

lich-staatssozialistisches Programm; während aber die Liberalen das Aufleben der Arbeiterbewegung wütend bekämpften, setzte er sich mit Energie und großem agitatorischen Talent an die Spitze der selbständigen proletarischen Organisationsbestrebungen. Er hob diese auch über das bisherige Niveau empor, indem er die noch weitgehend in trade-unionistischen Vorstellungen befangenen Arbeiter nachdrücklich darauf hinwies, daß sie sich zum politischen Kampf für eigene Klasseninteressen organisieren mußten. Daher konnte er gerade auf den fortgeschrittenen Teil des Proletariats Einfluß erlangen.

Während sich die kleinbürgerlichen Mitglieder des Leipziger Zentralkomitees gegen Ferdinand Lassalle erklärten, stimmte die Mehrheit für die Bildung eines gesamtdeutschen politischen Arbeitervereins, wie Lassalle ihn vorgeschlagen hatte. Auf einer Leipziger Arbeiterversammlung am 24. März 1863 wurde anstelle des bisherigen Zentralkomitees zur Durchführung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses ein Komitee zur Gründung eines deutschen Arbeitervereins gewählt, dessen programmatische Grundlage das „Offene Antwortschreiben" bilden sollte. Damit fiel eine wichtige Vorentscheidung für die Schaffung einer von der Bourgeoisie unabhängigen Arbeiterorganisation, zugleich wurde diese aber auch auf das opportunistische Programm Lassalles festgelegt.

Über das „Offene Antwortschreiben" und die Entscheidung der Leipziger Versammlung kam es in den folgenden Wochen in vielen deutschen Arbeitervereinen zu heftigen Diskussionen. Vor allem dort, wo schon bisher die Arbeiter nach selbständiger Organisation gestrebt hatten, stimmten die Vereine für den Vorschlag Ferdinand Lassalles. Die meisten Arbeitervereine sprachen sich jedoch dagegen aus. Das war vor allem dem Einfluß der liberalen Bourgeoisie zuzuschreiben, die keine selbständige Arbeiterorganisation zulassen wollte. Zum Teil aber fühlten die Arbeiter auch schon, daß Lassalles Programm sie in das politische Fahrwasser Otto von Bismarcks führte.

Am 23. Mai 1863 wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet und Ferdinand Lassalle zu seinem Präsidenten gewählt. Zu der Gründungsversammlung im „Pantheon" waren elf Delegierte und einige Ehrengäste erschienen, die die bisher isoliert voneinander wirkenden Gruppen fortgeschrittener Arbeiter in Barmen, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Frankfurt (Main), Hamburg, Harburg, Köln, Leipzig, Mainz und Solingen vertraten; außerdem waren einige hundert Leipziger Arbeiter anwesend. Als Delegierte gehörten

zu den Mitbegründern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Jakob Audorf, Otto Dammer, Friedrich Wilhelm Fritzsche, Wilhelm Heymann, Hugo Hillmann, Friedrich Robert Lässig, Gustav Levy, August Perl, Franz Jakob Schöppler, Julius Vahlteich und Theodor Yorck. Mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein entstand zum erstenmal nach der Reaktionsperiode wieder eine von der Bourgeoisie unabhängige Arbeiterorganisation. Ungeachtet der Mängel des Lassalleschen Programms, war der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein ein wichtiges Glied in der Kette von Vereinigungen, die zur Entstehung der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland führten.

Ferdinand Lassalle erwarb sich ein wichtiges historisches Verdienst, insoweit er den fortgeschrittenen deutschen Arbeitern half, sich erneut organisatorisch und politisch von der Bourgeoisie zu trennen und, wie W. I. Lenin schrieb, „die Arbeiterklasse aus einem Anhängsel der liberalen Bourgeoisie zu einer selbständigen politischen Partei machte“[39]. Gleichzeitig verbreitete Lassalle aber in der deutschen Arbeiterbewegung ein System schädlicher opportunistischer Ideen.

In seinem „Offenen Antwortschreiben“ hatte Lassalle wohl einzelne Gedanken von Karl Marx und Friedrich Engels übernommen und teilweise an die Grundvorstellungen der fortgeschrittenen deutschen Arbeiter angeknüpft, die ihnen der Bund der Kommunisten vermittelt hatte, doch entstellte er diese. Da er die historische Mission des Proletariats nicht begriff und von einer idealistischen Geschichts- und Staatsauffassung ausging, konnte er keine richtige Zielstellung und Taktik für den Klassenkampf des Proletariats entwickeln.

Gegen den Apologeten der liberalen Bourgeoisie, Hermann Schulze-Delitzsch, führte Lassalle zwar eine heftige Polemik. Er zeigte, daß die Proletarier ihre soziale Lage nicht grundlegend ändern konnten, wenn sie Lohnarbeiter der kapitalistischen Ausbeuter blieben. Aber zugleich weckte er die verderbliche Illusion, es sei möglich, ohne revolutionären Klassenkampf und ohne Diktatur des Proletariats, mit Hilfe des bestehenden Staates in den Sozialismus „friedlich hineinzuwachsen“.

Ferdinand Lassalle stellte in seinem „Offenen Antwortschreiben“ und in seinen folgenden Reden und Schriften zwei politische Hauptforderungen: Erstens sollten die Arbeiter durch eine legale Agitation das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht erringen und ihre Vertreter ins Parlament entsenden; Lassalle rief den Eindruck hervor, dies

39 W. I. Lenin: Protest russischer Sozialdemokraten. In: Werke, Bd. 4, Berlin 1963, S. 168.

könne die politische Machtergreifung der Arbeiterklasse ersetzen. Zweitens sollten die Arbeiter vom Staat, und zwar vom preußischen Junkerstaat, Kredite verlangen, um Produktivgenossenschaften bilden zu können, die nach seiner Auffassung die Kapitalisten niederkonkurrieren würden. Mit diesem Programm negierte Lassalle nicht nur die proletarische, sondern auch die auf der Tagesordnung stehende bürgerlich-demokratische Revolution, deren Hauptaufgabe die Einigung Deutschlands in einer Republik war.

Die Kehrseite seines staatssozialistischen Opportunismus bildete ein enges Sektierertum. Da Ferdinand Lassalle jeder revolutionären Perspektive entbehrte, wirkte er der Verbindung der verschiedenen Formen des proletarischen Klassenkampfes entgegen und stellte auch nicht die Frage nach den Bundesgenossen des Proletariats. Mit der scheinradikalen These vom „ehernen Lohngesetz", die im Mittelpunkt seiner ökonomischen Auffassungen stand, ließ Lassalle das Streben nach Lohnerhöhung und die anwachsende Streikbewegung als nutzlos erscheinen. In Wirklichkeit war und ist aber im Kapitalismus der Kampf der Arbeiterklasse der entscheidende Faktor, um den Lohn annähernd auf der Höhe des Wertes der Arbeitskraft zu halten. Erst recht übersah Lassalle die Bedeutung der Gewerkschaften für die Formierung des Proletariats zur Klasse, die gerade zu dieser Zeit in England deutlich hervortrat.

Lassalle mißachtete die Bundesgenossen des Proletariats, die Bauernschaft und das Kleinbürgertum; das führte zu der schädlichen Auffassung, der Arbeiterklasse stehe eine „einheitliche reaktionäre Masse" gegenüber. Ferdinand Lassalle negierte auch völlig den internationalen Charakter des proletarischen Befreiungskampfes. Er übersah, daß die Arbeiterklasse in den demokratischen und nationalen Bewegungen der anderen Länder wichtige Verbündete besaß. In jeder Beziehung nahm er einen beschränkt preußisch-deutschen Standpunkt ein.

Wie Ferdinand Lassalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein auf eine politische Linie lenkte, die den Klasseninteressen des Proletariats widersprach, so gab er ihm eine Organisationsstruktur, die es weitgehend verhinderte, daß die Mitglieder über die Politik des Vereins berieten und beschlossen. Er zwang dem Verein ein Statut auf, das dem Präsidenten diktatorische Vollmachten einräumte, und setzte durch, daß er gleich für fünf Jahre in diese Funktion gewählt wurde. Der Vorstand war über ganz Deutschland verstreut und schon deshalb

unter den damaligen Verhältnissen wenig aktionsfähig. Zudem rief Lassalle weder den Vorstand noch die Generalversammlung je zusammen. An der Spitze der örtlichen Organisationen – wie im Bund der Kommunisten bald Gemeinden genannt – standen Bevollmächtigte, die nicht von den Mitgliedern gewählt, sondern vom Präsidenten ernannt wurden. Durch ein eitles theatralisches Gebaren rückte sich Ferdinand Lassalle immer mehr in den Vordergrund. Dieser Kult der eigenen Person wurzelte in einem kleinbürgerlich-intellektualistischen Verhältnis zur Arbeiterklasse und in einer idealistischen Geschichtsauffassung; seine politische Funktion bestand darin, die Arbeiterbewegung zum willenlosen Werkzeug für eine opportunistische Politik zu machen.

Die schädlichste Konsequenz der Ideologie Ferdinand Lassalles war in den sechziger Jahren seine falsche, preußenfreundliche Orientierung in der Frage der nationalen Einigung Deutschlands. Schon indem er die politischen Ziele der Arbeiterklasse darauf reduzierte, das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zu erkämpfen, arbeitete er objektiv von Anfang an Otto von Bismarck in die Hände. Dieser liebäugelte mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts; denn in die obere Wählerkategorie des Dreiklassenwahlrechts waren immer mehr reiche Bürger aufgestiegen. Bismarck glaubte das allgemeine Wahlrecht nach dem Vorbild Napoleons III. als Mittel bonapartistischer Demagogie mißbrauchen zu können, wenn er den werktätigen Massen alle anderen demokratischen Freiheiten vorenthielt.

Schon etwa zehn Tage vor der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins war Lassalle insgeheim in Verhandlungen mit Bismarck getreten. Als der Verein viel langsamer wuchs, als er gehofft hatte, suchte er den preußischen Ministerpräsidenten immer eifriger zu überreden, das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zu gewähren.[40] In seinen Reden und Schriften wandte sich Lassalle gleichzeitig immer einseitiger gegen die liberale Bourgeoisie und erweckte den Anschein, die Hohenzollern-Monarchie könne sich in ein „Volkskönigtum" verwandeln.

Begünstigte Lassalle durch seine gesamte Politik die Vereinigung Deutschlands durch das junkerlich-militaristische Preußen, so beabsichtigte er schließlich, dafür auch offen zu wirken. Nur sein Tod verhinderte es, daß er im September 1864 für die Annexion Schleswig-Holsteins durch Preußen auftrat. Er glaubte, Bismarck werde dafür

[40] Dokument Nr. 57.

das allgemeine Wahlrecht einführen, was Lassalle als gewaltigen Erfolg seiner Agitation ausposaunt hätte. Diese antirevolutionäre und antinationale Politik charakterisierte Friedrich Engels als einen „Verrat der ganzen Arbeiterbewegung an die Preußen"[41].

Wenn Ferdinand Lassalle auch entscheidend dazu beigetragen hatte, daß sich ein Teil des Proletariats organisatorisch und politisch von der Bourgeoisie trennte, so hatte er doch mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein keine revolutionäre proletarische Partei gegründet. Der Verein war aus einer Bewegung hervorgegangen, die einer revolutionären Klassenpolitik zustrebte; Lassalle prägte ihm aber den Charakter einer auf seine Person zugeschnittenen Arbeitersekte auf und gab ihm eine staatssozialistische preußische Richtung. Der Lassalleanismus wurde zum Haupthindernis für das Eindringen des Marxismus in die deutsche Arbeiterbewegung. Lassalle trug den Keim der Spaltung in die sich formierende Arbeiterbewegung und hinderte sie, die entscheidende Kraft im Kampf um die demokratische Einigung Deutschlands zu werden.

Viele bürgerliche und rechtssozialdemokratische Geschichtsschreiber behaupten, Ferdinand Lassalle sei der Begründer der politisch organisierten deutschen Arbeiterbewegung gewesen. Sie verfälschen damit die historische Wirklichkeit schon insofern, als das Kommunistische Manifest und der Bund der Kommunisten am Beginn der deutschen Arbeiterbewegung stehen. Ihre Behauptung entspricht aber auch deshalb nicht den Tatsachen, weil die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie keineswegs durch Lassalle, sondern im Kampf gegen den Lassalleanismus, unter dem Einfluß von Karl Marx und Friedrich Engels und der Internationalen Arbeiterassoziation geschaffen wurde.

Es ist kein Zufall, daß sich Ferdinand Lassalle in der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Geschichtsschreibung einer so außerordentlichen Beliebtheit erfreut. Der Revisionismus, der später auf dem Boden des Imperialismus entstand, konnte den Auffassungen Lassalles vieles entnehmen, so die parlamentarischen Illusionen, die dieser geweckt hatte. Die bürgerlichen Politiker und Ideologen hatten Lassalle zwar zu seinen Lebzeiten heftig bekämpft, da er die Arbeiter dazu aufrief, sich selbständig zu organisieren. Als sich jedoch in der deutschen Arbeiterbewegung der Marxismus durchsetzte, gingen sie dazu über, dem Proletariat den Lassalleanismus anzupreisen, um die Ausbreitung des Revisionismus in der Arbeiterbewegung zu fördern.

[41] Engels an Marx, 27. Januar 1865. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 31, S. 46.

Bürgerliche und rechtssozialdemokratische Historiker loben Ferdinand Lassalle gegenüber Karl Marx und Friedrich Engels als „staatsbejahend", weil er die Arbeiterklasse an den junkerlich-großbourgeoisen Ausbeuterstaat heranführte, als „Realisten", weil er die Zukunftsinteressen des Proletariats für scheinbare Augenblicksvorteile aufopferte, als „nationalen Politiker", weil er sich auf einen preußischen, teilweise nationalistischen Standpunkt stellte.

Rechte sozialdemokratische Führer in Westdeutschland suchen insbesondere mit Hilfe der idealistisch-opportunistischen Staatsauffassung Lassalles ihre Zusammenarbeit mit dem westdeutschen staatsmonopolistischen Kapitalismus zu rechtfertigen. Doch können sie sich auf Ferdinand Lassalles Ideen nur teilweise berufen. Sie haben sich von allen sozialistischen Zielen losgesagt und daher selbst die reformistische Theorie vom „friedlichen Hineinwachsen" in den Sozialismus aufgegeben. Ihr Kurs läuft auf die Ausschaltung der Arbeiterklasse Westdeutschlands als eigenständige politische Kraft hinaus; damit haben sie sich weit von den Bestrebungen Ferdinand Lassalles entfernt, der eine selbständige deutsche Arbeiterorganisation begründete.

Am 31. August 1864 verstarb Ferdinand Lassalle an den Verletzungen in einem Duell, das er wegen einer Liebesaffäre geführt hatte. Zu diesem Zeitpunkt zählte der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein etwas mehr als 3000 Mitglieder. Davon entfiel über die Hälfte auf das Rheinland; die zweite Hauptstütze des Vereins waren Hamburg und das benachbarte Harburg; von dem Rest der Mitglieder kam der größte Teil auf Sachsen. Im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein hatten sich zunächst vorwiegend die fortgeschrittensten Arbeiter organisiert, die bereits erkannt hatten, daß sie sich von der Bourgeoisie trennen mußten. Sie legten oft der Agitation Lassalles einen revolutionären Sinn unter; viele von ihnen wurden aber mehr und mehr mit dem Lassalleschen Opportunismus infiziert.

Doch schon seit der Gründung hatte sich im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gegen Ferdinand Lassalle eine Opposition geregt, die die proletarisch-revolutionäre Grundlinie fortsetzte, aus der der Verein hervorgegangen war. Das geschah zwar zunächst nur in einigen Zentren und unter den erfahrensten Mitgliedern des Vereins; infolge des Widerspruchs, der zwischen den Erfordernissen des proletarischen Klassenkampfes und den Lassalleschen Heilslehren bestand, konnte der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein aber nie eine innere Stabilität und Geschlossenheit erlangen. Je mehr sich der Klassenkampf des

Proletariats entfaltete und die Ideen des Marxismus bekannt wurden, um so stärker wurde der Verein von inneren Krisen und Auseinandersetzungen erfaßt.

Die proletarische Opposition, die sich im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein entwickelte, richtete sich gegen die Diktatur Ferdinand Lassalles, gegen die Abkapselung des Vereins von der elementaren proletarischen Klassenbewegung und vor allem gegen das Kokettieren Lassalles mit Bismarck. Aus solchen Erwägungen trat beispielsweise Julius Vahlteich, der auf der Gründungsversammlung zum Sekretär des Vereins gewählt worden war, schon im Januar 1864 von seiner Funktion zurück. Großen Anteil an der Entwicklung der Opposition sollte Wilhelm Liebknecht erlangen. Er war im Sommer 1862 nach Deutschland zurückgekehrt und hier der engste Vertrauensmann von Karl Marx und Friedrich Engels. In der Berliner Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins scharte er einen Kreis klassenbewußter Proletarier um sich, die er mit dem Wirken und den Ideen der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus vertraut machte.[42] Im Sommer 1864 traf Wilhelm Liebknecht Vorbereitungen, die oppositionellen Arbeiter der verschiedenen Gemeinden zusammenzufassen.

Zugleich begannen sich auch in den Arbeiterbildungsvereinen, die größtenteils dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ferngeblieben waren, revolutionäre proletarische Kräfte zu regen. Die Bildungsvereine waren inzwischen zu einer losen Dachorganisation vereinigt worden. Dabei hatten sich bürgerliche Liberale und kleinbürgerliche Demokraten die Führung gesichert. Beunruhigt über das Entstehen einer selbständigen Arbeiterorganisation, hatten sie den Gedanken eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses, der unter Lassalles Einfluß vom Leipziger Zentralkomitee fallengelassen worden war, für ihre Interessen genutzt. Zwei Wochen nach der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, am 7. und 8. Juni 1863, war in Frankfurt (Main) unter Teilnahme von 110 Delegierten aus 48 Städten der Vereinstag (später: Verband) Deutscher Arbeitervereine gegründet worden.

Die Verhandlungen dieses ersten und auch des zweiten Vereinstages, der am 23. und 24. Oktober 1864 in Leipzig stattfand, waren noch vorwiegend von den Ideen eines Hermann Schulze-Delitzsch beeinflußt. Im Ständigen Ausschuß des Verbandes erlangten kleinbürgerliche Demokraten die Mehrheit. Indirekt war aber die Entstehung des

[42] Dokument Nr. 58.

Verbandes Deutscher Arbeitervereine ebenfalls ein Resultat der selbständigen Organisationsbestrebungen der Arbeiter. Und obgleich von den Liberalen ganz und gar nicht beabsichtigt, mußte der Zusammenschluß der Arbeitervereine im nationalen Maßstab deren Politisierung fördern.

Auch die Arbeiter der Bildungsvereine wurden durch die Erfahrungen, die sie in den politischen und ökonomischen Tageskämpfen sammelten, allmählich politisch reifer. In Versammlungen der örtlichen Vereine und auf regionalen Arbeitertagen verlangten sie schon 1864 immer nachdrücklicher mehr staatsbürgerliche Rechte für sich, als ihnen auch die Liberalen einräumen wollten; besonders forderten sie Versammlungs-, Vereins- und Koalitionsfreiheit. Auf die Dauer vermochten die Liberalen nicht zu verhindern, daß die Arbeiter auch auf den Vereinstagen ihre Ansprüche geltend machten und daß ihre Forderungen schließlich über bürgerlich-demokratische Ziele hinausgingen.

Die Wiederbelebung der deutschen Arbeiterbewegung zu Beginn der sechziger Jahre führte auch zu einem neuen Aufschwung der proletarisch-sozialistischen Literatur. Im Vordergrund stand dabei die Lyrik; denn Lied und Gedicht, in den Versammlungen gesungen oder vorgetragen, waren massenwirksam und fanden schnelle Verbreitung. Im November 1863 erschien in Berlin das „Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" mit den berühmten Versen:

Mann der Arbeit, aufgewacht!
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will.[43]

Sein Verfasser war Georg Herwegh, der sich vom radikalen Demokraten zum Mitstreiter der Arbeiterbewegung entwickelt hatte. Auch andere sozialistische Dichter kamen aus der bürgerlich-demokratischen Bewegung, so Robert Schweichel, ein Freund Wilhelm Liebknechts. Vor allem aber gingen aus den Reihen der Arbeiter selbst politische Lyriker hervor, wie Jakob Audorf und Friedrich Wilhelm Fritzsche, die in ihren Liedern und Gedichten Protest gegen die Ausbeutung und Unterdrückung des arbeitenden Menschen erhoben und zum Kampf gegen die Bourgeoisie aufriefen. Zum meist gesungenen Lied in der

[43] Georg Herwegh: Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. In: Georg Herwegh: Der Freiheit eine Gasse. Aus dem Leben und Werk Georg Herweghs. Hrsg. von Bruno Kaiser, Berlin 1948, S. 275.

deutschen Arbeiterbewegung wurde für einige Jahrzehnte die 1864 von Jakob Audorf verfaßte „Arbeiter-Marseillaise", die mit dem Appell beginnt:

Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet,
Zu unsrer Fahne steht zu Hauf![44]

Der neue Aufschwung der sozialistischen Dichtung war zunächst noch stark von lassalleanischen Ideen geprägt. So nannte Audorf in der „Arbeiter-Marseillaise" das „freie Wahlrecht" das einzige Mittel zum Sieg des Proletariats und den „Unverstand der Massen" den Hauptfeind. Doch in dem Maße, wie die fortgeschrittenen Kräfte der Arbeiterbewegung die falsche Zielstellung und Taktik Lassalles bekämpften und zurückdrängten, gewann die sozialistische Literatur klareres politisch-ideologisches Profil. Georg Herwegh brach als erster ihrer Vertreter offen mit dem Lassalleanismus. Auch andere sozialistische Dichter wandten sich allmählich dem Marxismus zu, so August Geib und Robert Schweichel, der seit Mitte der sechziger Jahre Erzählungen aus dem Leben des werktätigen Volkes, vor allem der Bauern, und historische Romane veröffentlichte.

[44] Jakob Audorf: Lied der deutschen Arbeiter. In: Im Klassenkampf. Deutsche revolutionäre Lieder und Gedichte aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Hrsg. von Wolfgang Friedrich, Halle 1962, S. 30.

Die Herausbildung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter dem Einfluß von Karl Marx und Friedrich Engels und der I. Internationale

1. Gründung und Aufgaben der Internationalen Arbeiterassoziation. Ihre ersten Einflüsse in Deutschland

Mit der schnellen Ausbreitung des Kapitalismus in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts war deutlicher sichtbar geworden, daß die Arbeiter der verschiedenen Länder von ein und derselben Klasse – der Bourgeoisie – ausgebeutet und unterdrückt werden und gemeinsame Grundinteressen haben. Der internationalen Macht des Kapitals und den Versuchen der herrschenden Klassen der verschiedenen Länder, gemeinsam alle revolutionären Bewegungen niederzuschlagen, mußte die Arbeiterklasse ihre internationale Einheit entgegensetzen. Schon im Kommunistischen Manifest hatten Karl Marx und Friedrich Engels begründet, daß die Arbeiterbewegung international ist; jetzt begannen das breitere Massen des Proletariats zu fühlen.

Insbesondere wurden die Verbindungen, die französische Arbeiter

im Jahre 1862 während eines Besuchs der Londoner Weltausstellung zu englischen Gewerkschaften hergestellt hatten, immer enger geknüpft. Französische Arbeiter nahmen im Juli 1863 in London an einer Kundgebung der Trade-Unions für den Freiheitskampf des polnischen Volkes teil. Eine Versammlung englischer Gewerkschaftsführer und Arbeiter billigte darauf im November 1863 eine Botschaft an ihre französischen Klassengenossen. Darin betonten sie, die Arbeiter müßten sich im Interesse der Freiheit der Völker und der Rechte der Massen vereinigen. Auch könnten die englischen Kapitalisten nur deshalb durch die Anwerbung ausländischer Arbeiter die Löhne drücken, weil keine organisierte Verbindung zwischen dem Proletariat verschiedener Länder bestehe. Die französischen und englischen Arbeiter kamen überein, eine internationale Vereinigung zu bilden, um die sozialen und politischen Interessen der Arbeiter wirksamer vertreten zu können. Zu der hierfür einberufenen Versammlung lud das Vorbereitungskomitee auch deutsche, italienische, polnische und schweizerische Arbeiter sowie Vertreter der kleinbürgerlichen und revolutionär-demokratischen Emigration ein.

Die Kundgebung fand am 28. September 1864 in der Londoner St. Martin's Hall statt. Hier wurde die Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation beschlossen, jenes Verbandes, der – später I. Internationale genannt – als erste internationale revolutionäre Massenorganisation des Proletariats in die Geschichte eingehen sollte.

Der Gedanke, eine neue internationale Arbeiterorganisation zu schaffen, war in der proletarischen Massenbewegung selbst gereift. Doch befand sich unter den Teilnehmern des historischen Meetings von St. Martin's Hall, wie Friedrich Engels später sagte, nur einer, „der sich klar war über das, was zu geschehen hatte und was zu gründen war, das war der Mann, der schon 1848 den Ruf in die Welt geschleudert: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"[45] Karl Marx hatte die Tätigkeit des Vorbereitungskomitees unterstützt und war als bekannter sozialistischer Theoretiker und Vertreter der deutschen Arbeiter auch eingeladen worden, im Präsidium an der Versammlung teilzunehmen. Diese wählte ihn in das Provisorische Komitee der Assoziation, das sich nach Annahme der Statuten als leitendes Organ der Internationale konstituierte.

Wie Karl Marx durch zwei Jahrzehnte rastlosen Wirkens für die

[45] Friedrich Engels: Marx, Heinrich Karl. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 341.

internationale Vereinigung und Emanzipation des Proletariats der bedeutendste Wegbereiter der Internationalen Arbeiterassoziation war, so wurde er auch ihr eigentlicher Organisator und Führer, ihre Seele.

Mit der gewaltigen wissenschaftlichen Forschungsarbeit, die zur Vollendung seines Hauptwerks, des „Kapitals", nötig war, verband Karl Marx eine unermüdliche praktisch-politische Tätigkeit in der I. Internationale. Er verfaßte das programmatische Gründungsmanifest und die Statuten sowie die wichtigsten Beschlüsse, Erklärungen, Aufrufe und Berichte der Internationalen Arbeiterassoziation, deren Ideen zum unveräußerlichen Besitz der revolutionären Arbeiterbewegung geworden sind. Offiziell bekleidete Karl Marx im Generalrat nur die Funktion eines Korrespondierenden Sekretärs, zunächst für Deutschland, später auch für Rußland und zeitweilig für andere Länder, doch war er von Anfang an faktisch das Haupt des leitenden Organs der I. Internationale. Auch bei deren Führung stand ihm stets sein engster Kampfgenosse, Friedrich Engels, zur Seite. Nachdem Engels im September 1870 von Manchester nach London übergesiedelt war, wurde er in den Generalrat gewählt, und 1871 übernahm er die Funktion eines Korrespondierenden Sekretärs, zunächst für Spanien, dann auch für Italien und Belgien.

Das Wirken in der Internationalen Arbeiterassoziation bildet nach der Gründung und Leitung des Bundes der Kommunisten den zweiten Höhepunkt in der politischen Tätigkeit von Marx und Engels. Ihnen vor allem ist es zu verdanken, wenn sich die Assoziation zur ersten revolutionären Massenorganisation des internationalen Proletariats entwickelte und weltgeschichtliche Bedeutung erlangte.

Als die Internationale Arbeiterassoziation gegründet wurde, besaß die Arbeiterbewegung zwar infolge der Fortschritte der kapitalistischen Entwicklung eine breitere Basis als zur Zeit des Bundes der Kommunisten. Doch die Arbeiter begannen erst, sich organisatorisch, politisch und ideologisch von der Bourgeoisie zu trennen. Dem kleinbürgerlichen Sozialismus hatte zwar die Revolution von 1848/1849 einen schweren Schlag versetzt; aber die verschiedensten sozialistischen und halbsozialistischen Sekten waren wieder aufgelebt, weil jahrelang die Reaktion geherrscht hatte, weil neue, unerfahrene Massen zur Arbeiterbewegung gestoßen waren und weil ständig der Einfluß des bürgerlichen und kleinbürgerlichen Milieus auf die Arbeiter wirkte. Im Entwicklungsniveau der Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder gab es zudem große Unterschiede.

Was Organisiertheit und Erfahrungen in ökonomischen und politischen Tageskämpfen betraf, standen die Gewerkschaften in England, der industriellen Werkstatt der damaligen Welt, mit weitem Abstand an der Spitze des internationalen Proletariats. Doch es blieb für die englische Arbeiterbewegung nicht ohne Folgen, daß die englische Bourgeoisie auf Grund ihres Weltmarkt- und Kolonialmonopols den qualifizierten Arbeitern eine privilegierte Stellung einräumen konnte. Die Führer der englischen Gewerkschaften, denen vorwiegend solche Arbeiter angehörten, betrachteten es nur als ihr Ziel, innerhalb der kapitalistischen Ordnung die soziale Lage der Arbeiter zu verbessern und deren politische Rechte zu erweitern, nicht aber den Kapitalismus zu stürzen.

In Frankreich überwog noch die Kleinindustrie, und die Arbeiterklasse war noch weitgehend mit der handwerksmäßigen Produktion verbunden. Der Bonapartismus suchte hier jede politische Betätigung der Arbeiter zu unterdrücken. Schon aus diesen Gründen organisierte sich die wiederauflebende französische Arbeiterbewegung vor allem in Hilfsvereinen, Gesellschaften für gegenseitigen Kredit, Konsum- und Produktivgenossenschaften. Während ein Teil der französischen Arbeiter unter dem Einfluß der geheim wirkenden Blanquisten stand, dominierten in diesen legalen Organisationen die Proudhonisten. Pierre-Joseph Proudhon, dessen Ideen auch nach seinem Tod 1865 großen Einfluß behielten, propagierte das utopische und reaktionäre Ziel, ohne revolutionären Klassenkampf eine Gesellschaft gerecht verteilten Kleineigentums zu bilden. Er gehörte zu den Stammvätern des Anarchismus, einer kleinbürgerlichen Ideologie, die jegliche Staatsgewalt ablehnt und damit auch leugnet, daß die Arbeiterklasse die politische Macht erobern muß. Wie gegen den politischen Kampf, so sprach sich Proudhon gegen den Streikkampf der Arbeiterklasse aus. Der Proudhonismus drang bald auch in die Arbeiterbewegung Belgiens und der Schweiz ein. Er wurde zum Hauptgegner des Marxismus innerhalb der Internationalen Arbeiterassoziation während der ersten Periode ihrer Tätigkeit.

In Deutschland war die einzige politisch selbständige Arbeiterorganisation der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein. Er wurde vom Lassalleanismus beherrscht, der – trotz vieler Unterschiede im einzelnen – gleich dem Proudhonismus eine dem Wesen nach kleinbürgerlich-sozialistische Sektenideologie darstellte. Die Bildungsvereine steuerten noch im Schlepptau der liberalen Bourgeoisie oder des

demokratischen Kleinbürgertums. In Italien befanden sich die Arbeiterhilfs- und Bildungsvereine unter dem Einfluß des Republikaners Guiseppe Mazzini, also ebenfalls noch unter bürgerlicher Vormundschaft.

Bewußt auf dem Boden des wissenschaftlichen Kommunismus stand erst eine kleine Schar von proletarischen Revolutionären, die durch die Schule des Bundes der Kommunisten gegangen war. Eine Reihe von ihnen wirkte im Kommunistischen Arbeiterbildungsverein zu London, der als eine der ersten Organisationen der Internationale beitrat. Von ihnen gehörten Johann Georg Eccarius, Friedrich Leßner, Georg Lochner und Karl Pfänder zu Karl Marx' ersten Kampfgenossen in der Leitung der Internationale.

Unter diesen Bedingungen sahen Karl Marx und Friedrich Engels die vorrangige Aufgabe der Internationalen Arbeiterassoziation darin, die verschiedenen Ströme der internationalen Arbeiterbewegung zu einem einzigen großen Strom zu vereinigen, um die Loslösung des Proletariats von der liberalen Bourgeoisie und der kleinbürgerlichen Demokratie sowie die Bildung wirklich selbständiger Arbeiterorganisationen voranzutreiben. Diese galt es auf die Bahn des politischen Kampfes zu lenken und Schritt für Schritt zu einem einheitlichen Programm und einer einheitlichen Taktik zu führen.

Die Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus hatten erkannt, daß die Arbeiterklasse der Einheit bedarf, damit sie die übrigen Werktätigen um sich scharen und ihre welthistorische Mission erfüllen kann. Wie W. I. Lenin betont, wirkten Karl Marx und Friedrich Engels daher stets „als Einiger der Arbeiterklasse"[46]; ganz besonders galt das für ihre Tätigkeit in der Internationalen Arbeiterassoziation. Sie sahen, daß die Kommunisten die Einheit der Arbeiterklasse nur herbeiführen können, wenn sie sich von Sektierertum ebenso frei halten wie von Opportunismus. In gemeinsamen Aktionen und Diskussionen mit allen Abteilungen der Arbeiterbewegung die feste Einheit des Proletariats zu schmieden, betrachteten Karl Marx und Friedrich Engels als Aufgabe der Internationalen Arbeiterassoziation. Dieses neue Prinzip, das sie hier verwirklichten und erprobten, ist zum Allgemeingut der Marxisten-Leninisten geworden; sie befolgen es im Kampf gegen die von Imperialismus und Opportunismus hervorgerufene Spaltung der Arbeiterbewegung.

[46] W. I. Lenin: Friedrich Engels. In: Werke, Bd. 2, Berlin 1963, S. 12.

Karl Marx und Friedrich Engels gingen von Tages- und Teilforderungen aus, um die Arbeiter zur Erkenntnis des unversöhnlichen Gegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu führen. Davon zeugen schon die Inauguraladresse – das Gründungsmanifest – und die Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation, die Karl Marx verfaßte. Allein diese programmatischen Dokumente der internationalen Arbeiterbewegung zeigen, wie haltlos die Versuche bürgerlicher und rechtssozialdemokratischer Historiker sind, den Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus zu einem lebensfremden Ideologen und Büchergelehrten zu stempeln.

Karl Marx verstand es, mit den beiden Dokumenten eine Plattform zu schaffen, die für alle im internationalen Kampfbund zu vereinigenden Abteilungen der Arbeiterbewegung annehmbar war und zugleich auf jenen Gedanken fußte, welche schon das Kommunistische Manifest enthalten hatte. Anknüpfend an die Erfahrungen der Arbeiter in den beiden letzten Jahrzehnten, umriß Karl Marx die weltgeschichtliche Mission des Proletariats und führte die Arbeiterklasse zu der Erkenntnis hin, daß sie die politische Macht erobern und sich dazu eine selbständige Partei schaffen muß.

In einer Analyse der sozialökonomischen Entwicklung zwischen 1848 und 1864 deckte Karl Marx in der Inauguraladresse zunächst den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie auf. Schlagend widerlegte er die von der bürgerlichen Apologetik stets erneut wiederholte Legende, infolge des technisch-ökonomischen Fortschritts verbessere sich die Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus und verschwänden die Klassengegensätze. Er zeigte, daß „auf der gegenwärtigen falschen Grundlage jede frische Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit dahin streben muß, die sozialen Kontraste zu vertiefen und den sozialen Gegensatz zuzuspitzen“[47].

Die programmatische Präambel zu den Statuten zog daraus gewissermaßen die Schlußfolgerungen, wenn sie erklärte, „daß die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, der Knechtschaft in allen ihren Formen zugrunde liegt – allem gesellschaftlichen Elend, aller geistigen Verkümmerung und politischen Abhängigkeit“ – und „daß die ökono-

47 Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 16, Berlin 1964, S. 9.

mische Emanzipation der Arbeiterklasse daher der große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung, als Mittel, unterzuordnen ist."[48]

Während besonders die Führer der Trade-Unions den Klassenkampf auf Verbesserungen der sozialen Lage beschränken wollten, lenkte Karl Marx den Blick auf das sozialistische Endziel, welches das Proletariat in allen Kämpfen um Teilziele im Auge behalten muß. So zeigte er in der Inauguraladresse, wie durch die von Anhängern Robert Owens gebildeten Produktivgenossenschaften auch in der Praxis bewiesen war, daß die Arbeiter ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln und ohne Ausbeuter produzieren können. Anhand dieser Erfahrung führte Karl Marx zu der Erkenntnis, „daß wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenenarbeit, so *Lohnarbeit* nur eine vorübergehende und untergeordnete gesellschaftliche Form ist, bestimmt zu verschwinden vor der *assoziierten Arbeit*, die ihr Werk mit williger Hand, rüstigem Geist und fröhlichen Herzens verrichtet"[49]. Dabei wandte sich Marx aber entschieden gegen die Illusion, die Arbeiter könnten durch die Bildung einzelner Produktivgenossenschaften die Ausbeutung aufheben oder auch nur ihr Elend merklich lindern; um die arbeitenden Massen zu befreien, bedürfe vielmehr „das Kooperativsystem der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und der Förderung durch nationale Mittel"[50].

„Aber die Herren von Grund und Boden und die Herren vom Kapital", so betonte Karl Marx, „werden ihre politischen Privilegien stets gebrauchen zur Verteidigung und zur Verewigung ihrer ökonomischen Monopole."[51] Diese Feststellung traf mitten ins Herz des kleinbürgerlichen Sozialismus, des Lassalleanismus, der in der Arbeiterklasse die schädliche Hoffnung auf Hilfe von seiten des preußischen Staates weckte, und des Proudhonismus, der jeden politischen Kampf ablehnte. Karl Marx lenkte dagegen auf die Grundfrage des Klassenkampfes: „Politische Macht zu erobern ist daher jetzt die große Pflicht der Arbeiterklassen."[52]

Das Wiederaufleben der Arbeiterbewegung in Deutschland, Eng-

48 Karl Marx: Provisorische Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation. In: Ebenda, S. 14.

49 Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation. In: Ebenda, S. 11/12.

50 Ebenda, S. 12.

51 Ebenda.

52 Ebenda.

land, Frankreich und Italien wertete Karl Marx als Anzeichen, daß die Arbeiter diese Notwendigkeit zu erkennen begannen. Er führte sie zugleich zu der Einsicht, daß die Arbeiterklasse den Kampf um die politische Macht nicht ohne disziplinierte und von einer wissenschaftlichen Theorie ausgehende Partei führen kann: „Ein Element des Erfolges besitzt sie, die *Zahl*. Aber Zahlen fallen nur in die Waagschale, wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet."[53]

Die Arbeiterklasse mußte sich nicht nur im nationalen, sondern darüber hinaus im internationalen Maßstab zusammenschließen, um sich befreien zu können, so bewies Karl Marx weiter, anknüpfend an das internationale Solidaritätsgefühl, das unter den Arbeitern in Kämpfen für ökonomische und politische Teilziele erwacht war. Während Ferdinand Lassalle einen bornierten Nationalismus in der deutschen Arbeiterbewegung verbreitet hatte, legte Marx in den Statuten der Internationale die Grundprinzipien des proletarischen Internationalismus nieder. Die Statuten stellten fest, „daß die Emanzipation der Arbeiterklasse weder eine lokale noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht, und deren Lösung vom praktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittensten Länder abhängt"[54].

Unter dem führenden Einfluß von Karl Marx und Friedrich Engels verband die Internationale Arbeiterassoziation zum erstenmal in umfassender Weise die organisierte Kraft des Proletariats mit dessen Internationalismus zu einer Einheit. Seitdem ist der proletarische Internationalismus zu einem untrennbaren Bestandteil der Massenbewegung der Arbeiterklasse geworden.

Ausgehend von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, betonte Karl Marx in der Inauguraladresse ausdrücklich, daß das Proletariat einer eigenen Außenpolitik bedarf, und arbeitete deren Grundprinzipien weiter aus. Bereits im Kommunistischen Manifest hatten Marx und Engels gezeigt, daß mit dem Gegensatz der Klassen innerhalb einer Nation auch die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander fallen muß, die Arbeiterklasse mit dem Sturz der letzten Ausbeuterordnung also auch die sozialen Wurzeln der Kriege beseitigen wird. Jetzt, da die Arbeiterbewegung genügend erstarkt war,

53 Ebenda.

54 Karl Marx: Provisorische Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation. In: Ebenda, S. 14.

um ihren Einfluß auf die Außenpolitik geltend zu machen, betonte Karl Marx: Die Arbeiterklasse dürfe es schon im Kapitalismus nicht hinnehmen, daß die herrschenden Ausbeuterklassen den Nationalismus schürten, räuberische Kriege entfesselten und revolutionäre Bewegungen in anderen Ländern zu unterdrücken suchten. Vielmehr sei es Pflicht der Arbeiter aller kapitalistischen Länder, „in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer respektiven Regierungen zu überwachen, ihnen wenn nötig entgegenzuwirken; wenn unfähig zuvorzukommen, sich zu vereinen in gleichzeitigen Denunziationen und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen"[55].

Karl Marx formulierte in der Inauguraladresse zum erstenmal einen der wichtigsten Grundsätze der Strategie und Taktik der revolutionären Arbeiterbewegung mit den Worten: „Der Kampf für solch eine auswärtige Politik ist eingeschlossen im allgemeinen Kampf für die *Emanzipation der Arbeiterklasse*."[56]

Die Inauguraladresse klang aus in dem Ruf des Kommunistischen Manifests „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Darin kam zum Ausdruck, daß die Internationale Arbeiterassoziation das Erbe des Bundes der Kommunisten fortführte. Zugleich wurde der große Fortschritt in der Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung deutlich, wenn dieser Weckruf zwölf Jahre nach der Auflösung des Bundes zur Kampflosung der Massenbewegung der Arbeiter wurde.

In der Internationalen Arbeiterassoziation durchliefen in den folgenden Jahren Zehntausende fortgeschrittener Arbeiter Europas und der USA die Schule des proletarischen Internationalismus. Der revolutionär-proletarische Kern der Assoziation schloß sich immer enger um Karl Marx und Friedrich Engels zusammen und führte mit ihnen einen erfolgreichen Kampf gegen alle kleinbürgerlichen Sekten und Schulen. Die I. Internationale begann, den Marxismus mit der Massenbewegung des Proletariats im internationalen Maßstab zu vereinigen. Sie wies den Weg zur Schaffung proletarischer Parteien in den einzelnen Ländern und arbeitete deren gemeinsame programmatische, taktische und organisatorische Prinzipien aus. Die Internatio-

55 Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation. In: Ebenda, S. 13.

56 Ebenda.

nale Arbeiterassoziation vermittelte theoretische Erkenntnisse und politische Kampftraditionen, die einen bleibenden Platz im Erfahrungsschatz der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung haben. Sie legte, wie W. I. Lenin sagte, „den Grundstein der internationalen Organisation der Arbeiter zur Vorbereitung ihres revolutionären Ansturms gegen das Kapital“[57].

Für die deutsche Arbeiterbewegung gewann das Wirken der Internationalen Arbeiterassoziation außerordentliche Bedeutung. Unter ihrem Einfluß entwickelte sich allmählich eine wirklich revolutionäre Partei des deutschen Proletariats.

Schon unmittelbar nach der Gründung der Internationale gingen Karl Marx und Friedrich Engels daran, den Arbeitern in Deutschland das revolutionäre Programm der internationalen Klassenbewegung zu vermitteln. Im Zusammenhang damit wiesen sie ihnen die Aufgaben im nationalen Kampf, der sich zu dieser Zeit verschärfte. In dem Krieg um Schleswig-Holstein, der von Preußen gemeinsam mit Österreich 1864 gegen Dänemark geführt worden war, hatte Bismarck sich günstige Ausgangspositionen für die Einigung Deutschlands von oben geschaffen. Nun bereitete er die militärische Auseinandersetzung mit Österreich vor. Angesichts der Gefahr eines Bruderkrieges und der Verpreußung Deutschlands wuchs 1865 die Aktivität der demokratischen Volksbewegung. Die Arbeiter erhoben immer nachdrücklicher demokratische Forderungen und führten zugleich so viele Streiks wie nie zuvor. Ihr Hauptaugenmerk wandten Karl Marx und Friedrich Engels zunächst dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu, da sich dieser zum Unterschied vom Verband Deutscher Arbeitervereine bereits organisatorisch und politisch von der Bourgeoisie getrennt hatte. Sie hofften, die von Ferdinand Lassalle auf einen preußischen Weg geleiteten Arbeiter zu einer revolutionären Politik führen, für die Internationale gewinnen und den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu einer proletarischen Partei umgestalten zu können. Mit diesem Ziel arbeiteten sie an dem Vereinsorgan „Der Social-Demokrat“ mit, das seit Dezember 1864 in Berlin unter der Leitung von Johann Baptist von Schweitzer erschien; Wilhelm Liebknecht, der inoffizielles Redaktionsmitglied war, unterstützte sie dabei.

In der Zeitung wurden, zum erstenmal in deutscher Sprache, die Inauguraladresse und die Statuten der Internationalen Arbeiterasso-

57 W. I. Lenin: Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte. In: Werke, Bd. 29, Berlin 1963, S. 295.

ziation veröffentlicht. Viele deutsche Arbeiter lernten sie als erste Schriften von Karl Marx kennen, und in den folgenden Jahren fanden sie weite Verbreitung. Schon die beiden programmatischen Dokumente der Internationale mußten der schädlichen Lassalleschen Illusion entgegenwirken, daß durch staatlich subventionierte Produktivgenossenschaften innerhalb der bestehenden Ausbeutergesellschaft allmählich der Sozialismus verwirklicht werden könne.

Auch in allen Originalbeiträgen, die Karl Marx und Friedrich Engels für den „Social-Demokrat" schrieben, bekämpften sie den Lassalleanismus, besonders dessen preußenfreundliche Politik. So kritisierte Karl Marx in einem Artikel über Pierre-Joseph Proudhon vor allem jene Züge der Ideologie und Politik des französischen kleinbürgerlichen Sozialisten, die dieser mit Ferdinand Lassalle gemeinsam hatte. Karl Marx betonte in dem Artikel, daß selbst durch jeden „Scheinkompromiß mit den bestehenden Gewalten" notwendigerweise „der einfache sittliche Takt" verletzt werde.[58] Friedrich Engels veröffentlichte die Übersetzung eines altdänischen antifeudalen Bauernliedes und wies in seinem Kommentar darauf hin, daß die Arbeiterklasse das preußische Junkertum ganz entschieden bekämpfen müsse.

Doch der Redakteur des „Social-Demokrat", Johann Baptist von Schweitzer, und der neue Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Bernhard Becker, setzten trotz der ständigen Kritik von Marx und Engels die schädliche Politik Lassalles fort. Als Schweitzer im „Social-Demokrat" offen die preußisch-militaristische Art der Einigung Deutschlands zu unterstützen begann, kündigten Karl Marx und Friedrich Engels im Februar 1865 ihre Mitarbeit an der Zeitung, und Wilhelm Liebknecht trat aus der Redaktion aus. Schonungslos prangerten Marx und Engels die Ideologie und Politik der lassalleanischen Führer als „königlich preußischen Regierungssozialismus"[59] an.

In seiner Schrift „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei", die Ende Februar 1865 in Hamburg erschien, entwickelte Friedrich Engels in indirekter Polemik gegen den Lassalleanismus die Strategie und Taktik des Proletariats zur Lösung der nationalen Frage in Deutschland. Dabei konkretisierte er die Richtlinien, die im Kommunistischen Manifest und in der Märzansprache

[58] Karl Marx: Über P.-J. Proudhon [Brief an J. B. v. Schweitzer]. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 16, S. 32.

[59] Karl Marx/Friedrich Engels: Erklärung. In: Ebenda, S. 79. – Dokument Nr. 59.

der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten niedergelegt waren, entsprechend den neuen Bedingungen in Deutschland in den sechziger Jahren. Er wies nach, daß das Proletariat in seinem eigenen Klasseninteresse der entschiedenste Vorkämpfer der Demokratie sein müsse, von deren Durchsetzung die glückliche Zukunft der deutschen Nation abhing.

Friedrich Engels betonte, die Arbeiterklasse brauche „zur vollen Entfaltung ihrer politischen Tätigkeit ein weit größeres Feld, als es die Einzelstaaten des heutigen zersplitterten Deutschlands darbieten"; mit „preußischen Spitzen" und anderen reaktionären Einigungsplänen dürfe sie sich aber nur befassen, „um damit aufzuräumen".[60]

Im Gegensatz zu den Lassalleanern bewies Friedrich Engels, daß die Arbeiter auf keinen Fall die reaktionären preußischen Junker und ihre Regierung unterstützen durften, denn jeder Sieg der Reaktion rückte den Zeitpunkt, wo die Arbeiterklasse ihre politische Herrschaft errichten kann, weiter hinaus.

Eingehend behandelte Friedrich Engels auch das Verhältnis des Proletariats zur Bourgeoisie. Diese spiele in ihrem Bestreben zur Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise eine fortschrittliche Rolle. Ihre politische Herrschaft könne sie nicht erkämpfen, ohne gleichzeitig der Arbeiterklasse bürgerlich-demokratische Freiheiten zu gewähren. Daher liege es im Interesse des Proletariats, die Bourgeoisie zu unterstützen und sie selbst „gegen ihren Willen voranzutreiben"[61]. Nun beweise jedoch die deutsche Bourgeoisie „einen Mangel an Mut, der in der Geschichte, selbst dieser wenig couragierten Klasse, seinesgleichen nicht findet"[62]. So müsse das Proletariat auch mit der Möglichkeit rechnen, daß sich die Bourgeoisie geradezu unter die Schürze der Reaktion verkriechc und an deren Macht gegen die Arbeiter appelliere. In diesem Fall, so betonte Friedrich Engels, wäre es die Aufgabe der Arbeiterklasse, den Kampf für bürgerlich-demokratische Freiheiten trotz der Bourgeoisie und über sie hinweg fortzuführen; „sie kämpft in diesem Kampf für ihr eigenes Lebenselement, für die Luft, die sie zum Atmen nötig hat."[63]

Ob nun aber die Arbeiterklasse die Bourgeoisie voranzutreiben ver-

60 Friedrich Engels: Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 16, S. 66.

61 Ebenda, S. 76.

62 Ebenda, S. 56.

63 Ebenda, S. 77.

mag oder selbst an die Spitze des Kampfes um bürgerlich-demokratische Freiheiten tritt, niemals dürfe sie bloßer Anhang der Bourgeoisie sein. Immer müsse sie „als eine durchaus von ihr unterschiedene, selbständige Partei auftreten"[64]. Nur so könne die Arbeiterklasse erfolgreich für demokratische Ziele kämpfen. Nur eine selbständige Partei sei auch imstande, schon während des gemeinsamen Kampfes aller demokratischen Kräfte gegen den Hauptfeind der Nation die Arbeiter über ihre eigenen, weitergehenden, der Bourgeoisie entgegengesetzten Klasseninteressen aufzuklären, von denen sich das Proletariat auch im Kampf um allgemein-demokratische Etappenziele stets leiten lassen müsse.

Die Schrift von Friedrich Engels nimmt in der gesamten Entwicklung der marxistischen Strategie und Taktik eine wichtige Stellung ein. Sie zeigt die enge Verbindung, die zwischen dem Kampf um Demokratie und dem Kampf um den Sozialismus besteht. Dabei deutet der Mitbegründer des wissenschaftlichen Kommunismus bereits die Möglichkeit und Notwendigkeit an, daß die Arbeiterklasse schon in der bürgerlich-demokratischen Revolution die Führung übernimmt. Als W. I. Lenin unter den Bedingungen des Imperialismus die Lehre von der Hegemonie des Proletariats in der bürgerlich-demokratischen Revolution ausarbeitete, stützte er sich auch auf die Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts.

In Friedrich Engels' Schrift und in den von Karl Marx verfaßten ersten programmatischen Dokumenten der Internationalen Arbeiterassoziation waren wichtige ideologisch-politische Grundlagen für eine revolutionäre Partei des deutschen Proletariats formuliert.

Das Auftreten von Karl Marx und Friedrich Engels entfachte die im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein schwelende Opposition; diese griff auch deshalb um sich, weil der spontane ökonomische und politische Kampf der Arbeiterklasse einen Aufschwung nahm und in Widerspruch zu den lassalleanischen Dogmen geriet. Seit März 1865 wandten sich viele Mitglieder gegen die preußenfreundliche Politik des Vereinsorgans und des Vereinspräsidenten. Großen Anteil an der Ausbreitung dieser Bewegung hatten Wilhelm Liebknecht und der von ihm geführte Teil der Berliner Gemeinde des Vereins. Bis zum Sommer 1865 entstanden Oppositionsgemeinden in Altona, Berlin, Duisburg, Hamburg, Köln, Mainz, Solingen und anderen Orten.

[64] Ebenda.

Johann Baptist von Schweitzer und Bernhard Becker begegneten der Opposition, indem sie einerseits den Lassalle-Kult verstärkten und andererseits demagogisch lavierend zeitweise auch mit demokratischen Forderungen auftraten. So gelang es ihnen, die Mehrheit der Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins unter ihrem Einfluß zu halten. In den Oppositionsgemeinden selbst betrachteten zudem viele Arbeiter die jetzigen Führer des Vereins nicht als Fortsetzer, sondern als Verräter der Politik Ferdinand Lassalles. Daher konnte dessen Freundin, die Gräfin Sophie von Hatzfeldt, auf die Opposition immer mehr Einfluß gewinnen. Sie bekämpfte die neue Vereinsführung nicht vom proletarisch-revolutionären Standpunkt, sondern von der Position eines orthodoxen Lassalleanismus aus. Die politisch bewußtesten Mitglieder des Vereins wurden aber in diesen Auseinandersetzungen durch die Anhänger von Marx und Engels für die Internationale Arbeiterassoziation gewonnen.[65]

Karl Marx hatte seit dem Bruch mit dem „Social-Demokrat" seine Freunde aufgefordert, der Internationale unter den deutschen Arbeitern zunächst festere Stützpunkte in Form örtlicher Gruppen von Einzelmitgliedern zu schaffen. Ende 1865/Anfang 1866 wurden die ersten dieser deutschen Sektionen der Internationale von ehemaligen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und anderen fortgeschrittenen Arbeitern in Berlin, Köln, Magdeburg, Solingen, Stuttgart und weiteren Orten gegründet.

Bei der Bildung von Sektionen in Deutschland wurde Karl Marx außer von Wilhelm Liebknecht vor allem durch die deutsche Abteilung des Zentralkomitees der Internationale für die Schweiz in Genf unterstützt, an deren Spitze Johann Philipp Becker stand. Im Jahre 1809 als Sohn eines Drechslers in Frankenthal in der Pfalz geboren, hatte Becker schon am Hambacher Fest 1832 teilgenommen. Als Oberbefehlshaber der badischen Volkswehr hatte er sich 1849 im Kampf gegen den preußischen Militarismus ausgezeichnet, und nach den Erfahrungen der Revolution war er zum proletarischen Revolutionär geworden. Seit 1860 gehörte Becker zu den Anhängern von Karl Marx und Friedrich Engels; in der Internationalen Arbeiterassoziation wurde er einer ihrer engsten Mitstreiter und Freunde.

Der von diesem hervorragenden Revolutionär geleiteten deutschen Abteilung des Genfer Zentralkomitees übertrug Karl Marx im Januar

[65] Dokument Nr. 60.

1866 zeitweilig auch die Anleitung der Mitglieder und Sektionen der Internationale in Deutschland. Sie begannen mit Hilfe des „Vorboten", den Becker in Genf als deutschsprachiges Organ der Internationale herausgab, in den verschiedensten Arbeiterorganisationen für die Internationale zu wirken.

Dabei hielten eine Reihe von Sektionen mit Karl Marx und dem Generalrat auch direkt Kontakt, so die Berliner Sektion. Ihr Mitglied Sigfrid Meyer gab im Februar 1866 eine Neuauflage des Kommunistischen Manifests heraus; das war vermutlich die erste vollständige Ausgabe des Manifests, die in Deutschland selbst gedruckt wurde. Sie zeugte davon, wie durch das Wirken der Internationalen Arbeiterassoziation der Marxismus in die deutsche Arbeiterbewegung einzudringen begann.

Noch waren es erst wenige kleine Gruppen, die sich der Internationale anschlossen; doch in den politischen Bewegungen und Streiks des Jahres 1865 taten auch größere Teile des deutschen Proletariats in ihrer Bewußtseinsentwicklung einen Schritt vorwärts.

Als Otto von Bismarck ein Fest verbieten ließ, das die liberale Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses Ende Juli 1865 in Köln veranstalten wollte, befolgten viele Arbeiterorganisationen instinktiv eine Politik, wie sie Friedrich Engels dargelegt hatte. In Berlin, Dresden, Duisburg, Leipzig, Magdeburg und anderen Orten traten Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und des Verbandes Deutscher Arbeitervereine – oft gemeinsam – in Versammlungen und Kundgebungen mit einer Entschiedenheit gegen diese Unterdrückungsmaßnahmen auf, die sich drastisch von den schwächlichen Protesten der Liberalen unterschied.

Die Arbeiter nahmen sich jetzt auch immer öfter das Streik- und Koalitionsrecht, das ihnen die Reaktion noch immer vorenthielt, und durchbrachen damit deren Willkürregime. Im Jahre 1865 kam es zu 150 Streiks; das war gegenüber 1857, dem Jahr der bisher größten Streikwelle, weit mehr als das Doppelte. Die Streiks von 1865 wiesen auch neue Merkmale auf: An mehreren Arbeitseinstellungen beteiligten sich jeweils über 1000 Arbeiter; die Burger Tuchmacher trotzten den Unternehmern länger als zwei Monate; den Leipziger Buchdruckern gingen aus über 100 Orten Deutschlands schwer entbehrte Arbeitergroschen zur Unterstützung ihres Kampfes zu; in Städten, in denen sich die Streikbewegung konzentrierte, wie in Altona und Hamburg, wurde die Trennung zwischen den Gesellen der verschiedenen

Handwerke überwunden und auch ein enges Verhältnis zwischen ihnen und den Fabrikarbeitern hergestellt.

Obwohl es spontane ökonomische Kämpfe waren, bildeten diese Arbeitseinstellungen ein wichtiges Element der politischen Krise. Auch entwickelte sich in dieser Bewegung das Klassenbewußtsein, die Erfahrung und die Organisiertheit der Arbeiter. Einige Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins setzten sich über die Lassallesche Sektendoktrin hinweg und begannen Gewerkschaften zu organisieren. Im Gefolge der Streikbewegung gründeten im Dezember 1865 die Zigarrenmacher unter Führung von Friedrich Wilhelm Fritzsche den ersten neuen gesamtnationalen Gewerkschaftsverband seit der Revolution von 1848/1849. Im Mai 1866 folgten ihrem Beispiel die Buchdrucker.

Auf Grund der Erfahrungen, die die Arbeiter in den politischen und ökonomischen Kämpfen des Jahres 1865 sammelten, löste sich die Mehrheit der Arbeiterbildungsvereine aus dem Schlepptau des Liberalismus. Das zeigte der dritte Vereinstag des Verbandes Deutscher Arbeitervereine, der vom 3. bis 5. September 1865 in Stuttgart abgehalten wurde. Er forderte, jegliche Schranken der Koalitions- und Vereinsfreiheit zu beseitigen, und appellierte an die Arbeiter, mit aller Kraft für das allgemeine Wahlrecht einzutreten. Redner, die zum Kampf für ein freies, demokratisches Deutschland aufriefen, fanden donnernden Beifall; dagegen warben Liberale vergeblich für ein Deutschland mit preußischer Spitze. Bei diesem Ruck nach links bezogen aber auch die fortgeschritteneren Arbeiterbildungsvereine erst die Position der kleinbürgerlichen Demokratie.

Um so bedeutsamer war es, daß zu jener Zeit zwei Männer Freundschaft schlossen, die unter Anleitung von Karl Marx und Friedrich Engels die Begründer der revolutionären deutschen Sozialdemokratie werden sollten: Wilhelm Liebknecht und August Bebel. Liebknecht war nach seiner Ausweisung aus Berlin nach Leipzig übergesiedelt und schuf sich in den Arbeiterbildungsvereinen ein neues Wirkungsfeld. Hier lernte er im August 1865 den jungen Drechslermeister Bebel kennen, der Vorsitzender des Leipziger Arbeiterbildungsvereins und Leiter des sächsischen Gauverbandes der Arbeitervereine war.

August Bebel war 1840 als Sohn eines preußischen Unteroffiziers in einer Kasemattenwohnung zu Köln-Deutz geboren worden und in den ärmlichsten Verhältnissen aufgewachsen. Nach Beendigung seiner Lehrzeit hatte er in Süddeutschland und Österreich die Beschwernisse

eines wandernden Gesellen kennengelernt. Voller Wissensdurst war er 1861 in Leipzig dem Gewerblichen Bildungsverein beigetreten. In den Auseinandersetzungen Anfang der sechziger Jahre hatte er noch nicht auf der Seite derjenigen Arbeiter gestanden, die eine selbständige Organisation anstrebten; doch sein Kontakt mit dem Proletariat war so eng und darum sein Klasseninstinkt so wach, daß er sich, aus den Erfahrungen der Arbeiterklasse lernend, bereits zum Vorkämpfer einer radikal-demokratischen Betätigung der Arbeitervereine entwikkelt hatte, als er Liebknecht kennenlernte.

August Bebel und Wilhelm Liebknecht waren bald unzertrennliche Freunde und Kampfgenossen. Liebknecht förderte Bebels Entwicklung zum Sozialisten und konnte in Verbindung mit ihm schneller Einfluß auf die Arbeitervereine erlangen. In Leipzig hatte Wilhelm Liebknecht, wie er Karl Marx berichtete, schon Anfang Februar 1866 den von August Bebel geleiteten Vorstand des Bildungsvereins für die Internationale gewonnen.[66]

Die Linksentwicklung im Verband Deutscher Arbeitervereine wurde nun entscheidend für die Herausbildung einer revolutionären Partei des deutschen Proletariats, die mit der Internationalen Arbeiterassoziation verbunden war und auf dem Boden des Marxismus stand.

2. Die wachsende Bedeutung der Arbeiterklasse in der demokratischen Volksbewegung gegen die Verpreußung Deutschlands. Die Linksentwicklung des Verbandes Deutscher Arbeitervereine

Im Frühjahr 1866 traf Otto von Bismarck die letzten diplomatischen, politischen und militärischen Vorbereitungen zu einem Krieg gegen Österreich, durch den er die Vorherrschaft Preußens über Deutschland errichten und der demokratischen Einigungsbewegung zuvorkommen wollte.

Die Bourgeoisie ließ größtenteils ihre Bedenken gegen das Willkürregime Bismarcks fallen, als dieser sich anschickte, ihre Forderung nach der nationalen Einigung Deutschlands zu erfüllen; sie unter-

[66] Dokument Nr. 61.

stützte ihn immer aktiver. Dagegen wurde angesichts der drohenden Verpreußung Deutschlands die demokratische Volksbewegung, vor allem in Mittel- und Südwestdeutschland, stärker. Ihre Führung erlangten verschiedene Gruppen kleinbürgerlicher Demokraten, die sich seit 1864 vom Bourgeois-Liberalismus getrennt hatten.

Die entschiedeneren von ihnen forderten, eine demokratisch gewählte und souveräne Nationalversammlung einzuberufen. Darüber hinaus bildeten sie Volksvereine und suchten die allgemeine Volksbewaffnung zu organisieren, um einem solchen Parlament den nötigen Rückhalt zu geben und den drohenden Krieg zwischen Preußen und Österreich verhindern oder gegebenenfalls in einen Volkskrieg gegen die Fürsten, für einen demokratischen Nationalstaat umwandeln zu können. Doch in ihrer Gesamtheit zeigte sich die kleinbürgerliche Demokratie nicht imstande, die Volksmassen zielklar und energisch zu führen. Die meisten kleinbürgerlichen Demokraten verharrten insbesondere in föderalistischen und teilweise sogar in partikularistischen Auffassungen. Sie vermochten keine starke demokratische Parteiorganisation im gesamtdeutschen Rahmen zu schaffen.

Die Massenbasis der demokratischen Bewegung des Jahres 1866 bildete bereits der fortgeschrittene Teil des Proletariats, und er stellte auch die entschiedensten Vorkämpfer der Bewegung. In Großstädten wie Berlin und Hamburg, aber auch im Rhein-Main-Gebiet und in Sachsen, beteiligten sich die Arbeiter an den Volksversammlungen besonders zahlreich. Als infolge der Kriegsgefahr und der im Sommer 1866 beginnenden neuen zyklischen Krise das Wirtschaftsleben stockte und die Unternehmer schonungslos Massenentlassungen vornahmen, kam es in Barmen, Berlin und anderen Orten, vor allem auch in Schlesien, zu spontanen Demonstrationen der brotlos gewordenen Arbeiter. Die Reaktion konnte ihrer teilweise nur durch den Einsatz von Militär Herr werden.

Als hervorragendste Vertreter des Proletariats in der demokratischen Bewegung erwiesen sich August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Unermüdlich suchten sie in jenen Monaten, in denen es um die Entscheidung über den Weg der Einigung Deutschlands ging, die Massen wachzurütteln und für die revolutionäre Bewegung zu gewinnen. In Leipzig und vielen Orten Sachsens hielten sie Versammlungen ab und organisierten Arbeitervereine und demokratische Volksvereine. Liebknecht bemühte sich, dabei zugleich den Boden für eine spätere sozialistische Agitation vorzubereiten. Er machte jetzt

zum erstenmal größere Teile der sächsischen Arbeiter mit den Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziation bekannt.[67]

August Bebel und Wilhelm Liebknecht ließen auch nichts unversucht, um mit den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eine Aktionseinheit in der Volksbewegung gegen Bismarck zustande zu bringen. Mehrmals beriefen in sächsischen Städten Vertreter beider Richtungen der Arbeiterbewegung gemeinsam Versammlungen ein, die einheitliche demokratische Forderungen aufstellten. Diese Versammlungen wurden zu Höhepunkten der Volksbewegung.

Als die liberale Bourgeoisie in Sachsen den Anschluß des Landes an Preußen verlangte, veranstaltete beispielsweise der Arbeiterbildungsverein in Leipzig gemeinsam mit der Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und kleinbürgerlichen Demokraten am 8. Mai 1866 eine Protestversammlung, an der 5000 Menschen teilnahmen. Hier geißelte Wilhelm Liebknecht leidenschaftlich das reaktionäre Preußentum und prangerte die liberale Bourgeoisie an, die den preußischen Militarismus unterstützte. August Bebel brachte im Namen des Arbeiterbildungsvereins eine Resolution ein, die weit über die von einigen kleinbürgerlichen Demokraten vorgeschlagene hinausging. Bebels Entschließung forderte unter anderem ein „aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgegangenes konstituierendes Parlament, unterstützt durch allgemeine Volkswehr". In dieses Parlament sollte die Bevölkerung nur Männer wählen, „die jede erbliche Zentralgewalt verwerfen". Die Entschließung drückte die Erwartung aus, daß „das deutsche Volk sich wie ein Mann erhebe", wenn Bismarck den Bruderkrieg entfesseln sollte.[68]

Die große Leipziger Versammlung fand in vielen Teilen Deutschlands Widerhall. Eine ähnliche Resolution wie hier wurde am 13. Mai auf einem Arbeitertag des Maingaus unter dem Vorsitz des radikalen Demokraten Ludwig Büchner angenommen. August Bebel und Wilhelm Liebknecht errangen jetzt mehr und mehr eine gesamtdeutsche Position. Bebel rief beispielsweise am 20. Mai in einer von 3000 Per-

67 Dokument Nr. 63.

68 Resolution einer Volksversammlung in Leipzig zum Konflikt zwischen Preußen und Österreich, eingebracht von August Bebel im Namen des Arbeiterbildungsvereins. In: Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872). Dokumente und Materialien. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Berlin 1964, S. 119. – Dokument Nr. 62.

sonen besuchten Versammlung in Frankfurt (Main), die als Gegendemonstration zu einer Zusammenkunft preußenfreundlicher liberaler Abgeordneter veranstaltet wurde, zum Kampf gegen die Politik Bismarcks auf. Als Mitglied im Ständigen Ausschuß des Verbandes Deutscher Arbeitervereine sprach er auch auf der Tagung des Ausschusses, die am 10. Juni 1866 in Mannheim stattfand, und suchte die Arbeiter für die politische Bewegung zu gewinnen.

Die politische Linie August Bebels und Wilhelm Liebknechts kam der Konzeption von Karl Marx und Friedrich Engels nahe. Diese ersehnten eine revolutionäre Erhebung sowie die Verhinderung des Kriegsausbruches. Falls dies mißlang, hofften sie auf eine Niederlage Preußens und – als deren Folge – auf eine Revolution. Daß diese Erwartung nicht unbegründet war, bezeugen die Befürchtungen der preußischen Liberalen, sobald Preußen auch nur die erste Schlacht verloren hätte, werde ein Volksaufstand ausbrechen.

Eine ganz andere Politik als August Bebel und Wilhelm Liebknecht befolgten dagegen die Führer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Während viele Mitglieder des Vereins gemeinsame demokratische Aktionen mit den Arbeiterbildungsvereinen und kleinbürgerlichen Demokraten unternahmen, leisteten maßgebliche lassalleanische Führer der preußischen Regierung Handlangerdienste. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein war 1865/1866 in eine tiefe Krise geraten; seine Mitgliederzahl war gesunken, und um die Führung kam es zu langen Streitigkeiten. Den entscheidenden Einfluß auf die Politik des Vereins erlangte mit Hilfe der Zeitung „Social-Demokrat" Johann Baptist von Schweitzer, der später, im Mai 1867, auch seine Wahl zum Vereinspräsidenten erreichte.

Bismarck wußte, warum er den „Social-Demokrat" Anfang April 1866 mit einem unverzinslichen „Darlehen" von 2500 Talern am Leben erhielt. Schweitzer, wegen Pressevergehens zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, wurde im Mai 1866 auch keineswegs „aus Gesundheitsrücksichten" aus der Haft beurlaubt. Er setzte Ferdinand Lassalles opportunistische und verderbliche Taktik in dieser entscheidenden Situation noch skrupelloser fort. Die lassalleanischen Führer nahmen die Feigheit der Bourgeoisie und die Schwächen der kleinbürgerlichen Demokratie zum Vorwand, um ihre verräterische Anpassung an die Politik Preußens zu rechtfertigen.

So stand der preußischen Militärmacht keine starke Volksbewegung gegenüber: Die Bourgeoisie verabscheute trotz ihrer zeitweiligen

Linksschwenkung, die sie während des Heeres- und Verfassungskonfliktes gemacht hatte, bereits jede revolutionäre Bewegung. Das Kleinbürgertum war ungeachtet der Bemühungen vieler aufrechter kleinbürgerlicher Demokraten nicht mehr fähig, die revolutionären Potenzen der Volksmassen wirksam zu machen. Die Arbeiterklasse, die entschiedenste Kraft der demokratischen Bewegung, war gespalten, teilweise von den lassalleanischen Führern verwirrt und besaß noch keine revolutionäre Partei.

Die Reaktion konnte jedoch nur durch eine kraftvolle, einheitliche und energisch geführte Volksbewegung geschlagen werden. Diese wichtige Lehre faßte August Bebel später, am Ende seines erfahrungsreichen Lebens, in dem Satz zusammen: „Aber da keine klare und zielbewußte Führung vorhanden war, zu der man Vertrauen hatte, auch keine mächtige Organisation bestand, die die Kräfte zusammenfaßte, verpuffte die Stimmung."[69]

Zudem bot auch die Auseinandersetzung zwischen Preußen und Österreich, bei der sich nun die Ereignisse überstürzten, der Volksbewegung keine Möglichkeiten zur Entfaltung. Am 11. Juni 1866 beantragte Österreich im Bundestag, das Bundesheer gegen Preußen zu mobilisieren, was einer Kriegserklärung gleichkam. Am 16. Juni begann Preußen die Kampfhandlungen. Die Mittelstaaten, die wie eine Reihe von Kleinstaaten mit Österreich verbündet waren, vermochten ihm nur geringen Widerstand zu leisten. Auch die österreichischen Truppen wurden schon am 3. Juli 1866 in der Schlacht bei Königgrätz in Böhmen von der reorganisierten und modernisierten preußischen Armee entscheidend geschlagen. Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland endete mit dem endgültigen Sieg Preußens über Österreich. Von nun an schied Österreich auch endgültig aus dem deutschen Nationalverband aus und nahm eine selbständige Entwicklung.

Otto von Bismarck konnte einen entscheidenden Schritt zur Vereinigung Deutschlands von oben tun. Er verleibte Frankfurt (Main), Hannover, Kurhessen, Nassau und Schleswig-Holstein der preußischen Monarchie ein. Den altersschwachen und nur noch partikularistischen Kräften dienenden Bundestag schob er beiseite. Er gründete den Norddeutschen Bund, dem sich 23 Kleinstaaten und freie Städte, teils freiwillig, teils unter Druck, anschlossen. Im Norddeutschen Bund besaß Preußen das Übergewicht über die anderen Staaten, und die Re-

[69] August Bebel: Aus meinem Leben, Berlin 1964, S. 132.

gierung, besonders Bismarck, hatte gegenüber dem Parlament eine beherrschende Stellung inne.

Mit der Bildung des Norddeutschen Bundes ging Bismarck daran, die Forderungen der Bourgeoisie nach einer Einigung Deutschlands von oben entsprechend den Interessen und den Mitteln der preußischen Monarchie zu erfüllen. Die wirtschaftspolitische Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes räumte in der Folgezeit auch die meisten feudal-bürokratischen Hemmnisse für die kapitalistische Produktionsweise aus dem Wege. Der Staat diente also immer mehr bürgerlichen Interessen, doch die Ausübung der Macht blieb der Bourgeoisie weiter vorenthalten. Die bürgerliche Umgestaltung Deutschlands, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts begonnen hatte und dann vor allem durch die Revolution von 1848/1849 vorangetrieben worden war, wurde unter dem Zwang der ökonomischen Entwicklung und unter dem Druck der demokratischen Volksbewegung weitergeführt – aber in der für das deutsche Volk ungünstigsten Form.

Da der reaktionäre und aggressive preußische Militarismus Bismarck als Instrument zur undemokratischen Einigung Deutschlands diente, erstarkte er durch diesen Weg der Einigung. Zugleich entwickelte sich der alte junkerliche Militarismus zum junkerlich-großbürgerlichen Militarismus. Er wurde nun getragen von der in stürmischer Entwicklung begriffenen kapitalistischen Ökonomie und Technik und diente auch immer mehr den Interessen der Bourgeoisie; zunächst erfüllte er ihre Forderung nach nationaler Einigung Deutschlands auf undemokratischem Wege, später verwirklichte er ihre Annexionsgelüste. Nicht zuletzt sah die Bourgeoisie in den Bajonetten die sicherste Gewähr dafür, daß die kapitalistische Ausbeuterordnung gegenüber dem Proletariat verteidigt werden konnte.

Bei dieser Entwicklung wurden aber die reaktionärsten junkerlich-monarchistischen Traditionen und verfassungsmäßigen Prinzipien des preußischen Militarismus konserviert. So war das Heer im Norddeutschen Bund allein dem preußischen König verantwortlich und nicht einmal auf die Verfassung vereidigt. Die höheren Offiziere wurden nach wie vor meist von Angehörigen des gutsherrlichen Landadels gestellt, und dessen Denken und Handlungsweise wurde auf die Armee übertragen. Der sprichwörtliche preußische Gamaschendrill und Kadavergehorsam wurde weiter gepflegt, um die Soldaten zu gefügigen Werkzeugen für Eroberungskriege nach außen und zur Unterdrückung des Volkes im Innern zu machen.

Junkertum und Bourgeoisie schlossen 1866 ein Klassenkompromiß. Auf der einen Seite traten nun die preußischen Junker stärker für die von Bismarck verfolgte Machterweiterung Preußens in Deutschland ein, wobei sie aber mißtrauisch darüber wachten, daß nicht durch diese Politik ihre politischen und ökonomischen Positionen geschmälert wurden. Von der Konservativen Partei, deren Kern die ostelbischen Landjunker bildeten, trennte sich die Freikonservative Partei ab, in der Adlige aus der hohen Verwaltung und Diplomatie, schlesische Magnaten, aber auch rheinische Schwerindustrielle tonangebend waren; sie unterstützte bedingungslos Bismarcks Großmachtpolitik. Auf der anderen Seite unterwarfen sich die ökonomisch und politisch führenden Bourgeois Bismarcks Diktatur. Dabei spaltete sich die liberale Fortschrittspartei. Die Industrie- und Handelsbourgeoisie wurde durch die neu entstehende Nationalliberale Partei vertreten; der Rest der Fortschrittspartei repräsentierte nun vornehmlich die Oberschichten des Kleinbürgertums, vor allem die mittlere Kaufmannschaft und Teile der Intelligenz.

Breite Kreise der Bourgeoisie verwarfen jetzt offen ihre liberalen Ideen als Jugendtorheiten. Ihren Verrat an den eigenen Fortschrittsidealen gaben sie als Einsicht in die Realitäten aus. Zugleich wurde es ein Wesenszug der bürgerlichen deutschen Ideologie, brutale Machtpolitik als Kennzeichen nationaler Größe zu preisen.

Demokratisch gesinnte Kreise des Kleinbürgertums und der Bauernschaft, vornehmlich Süddeutschlands, leisteten der Verpreußung und Militarisierung Deutschlands weiterhin Widerstand. In der Deutschen Volkspartei, zu der sich die kleinbürgerlich-demokratischen Parteien und Gruppierungen im Süden zusammengeschlossen hatten, erhielten aber reaktionäre, partikularistische und österreich-freundliche Kräfte Auftrieb. In Norddeutschland kämpfte ein Häuflein aufrechter Demokraten um Johann Jacoby vergeblich für eine demokratische Orientierung der Fortschrittspartei. So stieg die nationale Verantwortung des jungen Proletariats, das mehr und mehr zur Hauptkraft der demokratischen Volksbewegung wurde.

Die Schlußfolgerungen, die sich für das Proletariat aus den Ereignissen des Jahres 1866 ergaben, wurden von Karl Marx und Friedrich Engels ausgearbeitet. Wie sie zeigten, mußte die Arbeiterklasse die veränderte Lage berücksichtigen, die durch die Siege Preußens entstanden war, sich aber zugleich bewußt sein, „daß es in Deutschland nur noch *einen* ernsthaften Gegner der Revolution gibt – die preu-

ßische Regierung"[70]. Die Überflutung Deutschlands durch das reaktionäre Preußentum erschwerte den Kampf des Proletariats und war für das ganze deutsche Volk verhängnisvoll. Doch hatte die 1866 gefallene Entscheidung „die Situation vereinfacht", die „schlimmsten lokalisierenden Einflüsse" ausgeschaltet und die „ganze Kleinstaaterei ... in die Bewegung hineingerissen"; das mußte „zur *nationalen* Organisation und Vereinigung des deutschen Proletariats" ausgenutzt werden.[71]

Den größten Anteil an der politisch-ideologischen Entwicklung der deutschen Arbeiter in den nächsten Jahren hatten August Bebel und Wilhelm Liebknecht, die den Kampf gegen den preußisch-deutschen Militarismus konsequent fortsetzten. Allerdings unternahmen sie zunächst nicht den Versuch, eine selbständige proletarische Partei zu gründen. Damit hätten sie 1866 einerseits noch keinen Erfolg gehabt und sich von den Massen isoliert; denn die große Mehrheit der Arbeiterbildungsvereine stand noch unter kleinbürgerlich-demokratischem oder sogar bürgerlich-liberalem Einfluß. Andererseits zog aber Liebknecht und mit ihm Bebel aus der richtigen Erkenntnis, daß es alle demokratischen Kräfte gegen das reaktionäre Preußentum zu sammeln galt, den falschen Schluß, auf die Bildung einer selbständigen proletarischen Partei müsse vorläufig verzichtet werden.

Um den Kampf gegen die Politik Otto von Bismarcks zu verstärken, beriefen Bebel und Liebknecht für den 19. August 1866 eine Versammlung von Vertretern der Arbeiterorganisationen und kleinbürgerlicher Demokraten Sachsens nach Chemnitz ein, auf der die Sächsische Volkspartei gegründet wurde. Sie schloß sich der kleinbürgerlich-demokratischen Deutschen Volkspartei in Süddeutschland an; zum Unterschied von dieser erfaßte die Sächsische Volkspartei aber vorwiegend Arbeiter, und mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht übten Vertreter der Arbeiterinteressen entscheidenden Einfluß auf ihre Politik aus.

Das in Chemnitz angenommene Programm der Sächsischen Volkspartei zeichnete sich dadurch aus, daß es scharf gegen den preußisch-obrigkeitlichen Weg zur nationalen Einigung Stellung bezog und auch alle partikularistischen Tendenzen ablehnte. Es forderte: *„Einigung Deutschlands in einer demokratischen Staatsform.* Keine erbliche Zen-

70 Friedrich Engels: Vorbemerkung [zum Zweiten Abdruck (1870) „Der deutsche Bauernkrieg"]. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 16, S. 395.

71 Engels an Marx, 25. Juli 1866. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 31, S. 241.

tralgewalt – kein Kleindeutschland unter preußischer Führung. . . . kein Großdeutschland unter österreichischer Führung . . . Diese und ähnliche dynastisch-partikularistische Bestrebungen, welche nur zur Unfreiheit, Zersplitterung und Fremdherrschaft führen können, sind von der demokratischen Partei auf das entschiedenste zu bekämpfen."[72] Unzulässige Zugeständnisse machte Wilhelm Liebknecht und mit ihm August Bebel jedoch den kleinbürgerlichen Demokraten, indem zwar einerseits *„Befreiung der Arbeit und der Arbeiter von jeglichem Druck und jeglicher Fessel"* als Ziel proklamiert, aber andererseits die kleinbürgerliche Auffassung in das Programm aufgenommen wurde, daß „der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen" werden sollte.[73]

Wilhelm Liebknecht verfiel auch in einigen anderen Fragen zeitweise in kleinbürgerlich-illusionäre Auffassungen. Er wollte nicht die 1866 geschaffenen Tatsachen akzeptieren, sondern glaubte, der Norddeutsche Bund könne rückgängig gemacht werden. Dadurch kam er in der Folgezeit einige Male in bedenkliche Nähe zu föderalistischen und österreich-freundlichen reaktionären Elementen, die in der süddeutschen Volkspartei erstarkten. Solche Schwächen wurden von Karl Marx und Friedrich Engels, die Liebknecht ständig Rat gaben, oft mit großer Schärfe kritisiert. War Wilhelm Liebknecht auch nicht Dialektiker genug, um stets alle Seiten des Kampfes für die demokratische Einigung Deutschlands zu berücksichtigen, so verlor er doch als Revolutionär nie den Hauptfeind aus den Augen, stets blieb er ein unversöhnlicher, aufopferungsvoller Streiter gegen den preußischen Militarismus.

Der Kampf August Bebels und Wilhelm Liebknechts gegen die Einigung Deutschlands von oben und das reaktionäre Preußentum war für die Vorbereitung einer revolutionären proletarischen Partei äußerst wichtig. Er half den Arbeitern wesentlich, sich vom Einfluß der liberalen Bourgeoisie zu lösen, die die Politik Bismarcks jetzt offen unterstützte. Er richtete sich auch gegen den Lassalleanismus. Die lassalleanischen Führer erwiesen sich immer wieder als Verbündete des preußischen Militarismus, aber damit nun zugleich auch der Bourgeoisie, die mit dem Junkertum ein Klassenkompromiß geschlossen hatte. Auf der Erfurter Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen

72 Chemnitzer Programm. In: Der Hochverraths-Prozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872, Berlin 1911, S. 911.

73 Ebenda.

Arbeitervereins im Dezember 1866 übernahmen die Führer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins beispielsweise offiziell die Losung „Durch Einheit zur Freiheit", mit der die liberale Bourgeoisie von jeher ihren Kurs auf die Einigung Deutschlands von oben bemäntelt hatte. So kam in der Auseinandersetzung um den revolutionären oder den preußisch-obrigkeitlichen Weg zur nationalen Einheit Deutschlands, die sich seit 1863 in der deutschen Arbeiterbewegung entsponnen hatte, immer klarer der Kampf zwischen proletarischer und bürgerlicher Arbeiterpolitik zum Ausdruck.

Die gegensätzliche Haltung der Lassalleaner und der von August Bebel und Wilhelm Liebknecht geführten Richtung der deutschen Arbeiterbewegung zur nationalen Frage war nicht eine taktische Differenz von untergeordneter Bedeutung, wie rechtssozialdemokratische Historiker behaupten; sie war Ausdruck zweier Klassenlinien. „Nur die konsequent demokratische und revolutionäre Taktik Bebels und Liebknechts", so betonte W. I. Lenin, „nur ihre ‚Unnachgiebigkeit' gegenüber dem Nationalismus, nur ihre Unversöhnlichkeit in bezug auf die Einigung Deutschlands und seine Erneuerung ‚von oben' haben dazu beigetragen, ein festes Fundament für eine wahrhaft sozialdemokratische Arbeiterpartei zu legen. Und es ging damals eben um das *Fundament* der Partei."[74]

August Bebel und Wilhelm Liebknecht nutzten auch ganz anders als die Lassalleaner das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht, das – allerdings nur für Männer über 25 Jahre – für den Reichstag des Norddeutschen Bundes eingeführt wurde. Otto von Bismarck hatte es erlassen, weil er dem Streben der demokratischen Kräfte nach politischen Freiheiten Rechnung tragen mußte und dieses Wahlrecht zur volkstümlichen Tarnung seiner Diktatur mißbrauchen zu können glaubte, wenn er die übrigen demokratischen Rechte weiterhin vorenthielt. Die Wahlkreiseinteilung und das Mehrheitswahlsystem erlaubten es zudem, die Zusammensetzung des Reichstags im Widerspruch zu den abgegebenen Stimmen zugunsten der Reaktion zu beeinflussen. Dennoch erlangte die Arbeiterklasse durch das allgemeine, geheime und gleiche Wahlrecht die Möglichkeit, Vertreter in den Reichstag zu bringen. Es war jetzt eine der wichtigsten Aufgaben der jungen deutschen Arbeiterbewegung, eine richtige Taktik des parlamentarischen Kampfes zu entwickeln.

Ferdinand Lassalle hatte seine Agitation für das allgemeine und

[74] W. I. Lenin: August Bebel. In: Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 288.

gleiche Wahlrecht unter dem Blickpunkt eines Kompromisses mit Bismarck betrieben. August Bebel und Wilhelm Liebknecht und auch radikale kleinbürgerliche Demokraten hatten diese Forderung dagegen im Zusammenhang mit dem Ringen um die übrigen demokratischen Rechte und mit dem Ziel des konsequenten Kampfes gegen Bismarck gestellt und handelten nun entsprechend.

Bei den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag vergrößerten Bebel und Liebknecht das Netz der Volksvereine und Arbeitervereine. Für den konstituierenden Reichstag, zu dem im Frühjahr 1867 gewählt wurde, erhielt August Bebel als einziger Arbeiterpolitiker genügend Stimmen. Bei den Wahlen zum ersten gesetzgebenden Reichstag im August 1867 errang Wilhelm Liebknecht ebenfalls Sitz und Stimme. Auch die Lassalleaner gewannen nun drei Mandate. Ihr parlamentarischer Hauptsprecher wurde der neue Vereinspräsident Johann Baptist von Schweitzer. Während er durch sein Auftreten im Norddeutschen Reichstag Illusionen über die preußische Regierung förderte, benutzten Bebel und Liebknecht diese Tribüne, um die Volksmassen gegen die Politik Bismarcks zu mobilisieren.

August Bebel, der in seinem jahrzehntelangen Wirken die Grundlagen für die Parlamentstaktik der revolutionären Sozialdemokratie schuf, erkannte von Anfang an die politischen Wirkungsmöglichkeiten, die auch der in seinen Befugnissen äußerst beschränkte Norddeutsche Reichstag bot, wogegen diese von Wilhelm Liebknecht unterschätzt wurden. Bebel eröffnete seine parlamentarische Tätigkeit als 27jähriger bei der Diskussion über die Verfassung des Norddeutschen Bundes. In einer Rede am 10. April 1867 zeigte er, daß dieser Bund „Deutschland zu einer großen Kaserne" machte[75]. Wilhelm Liebknecht trat zum erstenmal bei der Debatte über das Militärgesetz am 17. Oktober 1867 hervor. Er geißelte schonungslos den preußischen Militarismus und kennzeichnete den Norddeutschen Reichstag als „Feigenblatt des Absolutismus"[76]. Als ihm Johann Baptist von Schweitzer entgegentrat und Preußen als „Machtkern" Deutschlands rühmte[77], brandmarkte er Schweitzer als Agenten Bismarcks. Das mutige Auftreten

[75] Stenographische Berichte über die Verhandlungen des [konstituierenden] Reichstages des Norddeutschen Bundes im Jahre 1867. Erster Bd., Berlin 1867, S. 679.

[76] Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes. I. Legislatur-Periode. – Session 1867. Erster Bd., Berlin 1867, S. 452. – Dokument Nr. 66.

[77] Stenographische Berichte ... des Norddeutschen Bundes. I. Legislatur-Periode. – Session 1867. Erster Bd., S. 470. – Dokument Nr. 67.

Bebels und Liebknechts in dieser Debatte fand nicht nur die Anerkennung von Karl Marx und Friedrich Engels. Welchen Widerhall es in ganz Deutschland hervorrief, bezeugten über 30 Zustimmungserklärungen, von denen viele aus preußischen Städten kamen.

Wenn August Bebel und Wilhelm Liebknecht auch für den Kampf um eine demokratische deutsche Republik alle demokratischen Kräfte zu gewinnen und zu organisieren suchten, so galt doch den Arbeitervereinen ihre besondere Aufmerksamkeit. In den sächsischen Vereinen entwickelten sich in Zusammenarbeit mit ihnen tüchtige Arbeiterfunktionäre wie Christian Hadlich in Leipzig, Julius Motteler und Wilhelm Stolle in Crimmitschau und Julius Vahlteich in Dresden, auf die sich August Bebel und Wilhelm Liebknecht jederzeit verlassen konnten. Die sächsischen Arbeitervereine wurden politisch aktiver und vertraten auch immer energischer die sozialen Interessen des Proletariats.

Auf die Notwendigkeit, den politischen mit dem ökonomischen Kampf zu verbinden, wiesen Karl Marx und Friedrich Engels ständig hin. Diese Verbindung wurde für die Vorbereitung einer revolutionären proletarischen Partei jetzt besonders wichtig; denn durch die hemmungslose Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise nach 1866 und durch die Wirtschaftskrise von 1866/67 stieg die Erbitterung der Arbeiter über die kapitalistische Unmenschlichkeit und reifte das Bewußtsein ihrer besonderen, der Bourgeoisie entgegengesetzten Interessen.

Ein Ausdruck des wachsenden Klassenbewußtseins war der Fortschritt der Genossenschaftsbewegung. In einigen Orten suchten die Arbeiter 1867 durch die Gründung von Produktivgenossenschaften der Unternehmerwillkür Einhalt zu gebieten. Vor allem aber erstarkten die Konsumgenossenschaften. Gefördert von August Bebel und Wilhelm Liebknecht entstanden mehr Konsumvereine, die – im Gegensatz zu den von Schulze-Delitzsch beeinflußten – den Kampf gegen die Bourgeoisie unterstützen wollten und von den Arbeitern selbst demokratisch verwaltet wurden. Der sächsische Arbeitertag in Frankenberg im Mai 1867 faßte Beschlüsse zur Vorbereitung eines Landesverbandes dieser Arbeiterkonsumgenossenschaften, der sich dann zwei Jahre später endgültig konstituierte.

Auch außerhalb Sachsens festigten August Bebel und Wilhelm Liebknecht ihren Einfluß. Im Ständigen Ausschuß des Verbandes Deutscher Arbeitervereine, dessen Mehrheit noch aus kleinbürgerlichen

Demokraten bestand, wurde August Bebel die treibende Kraft. Das Verbandsorgan, die seit Juni 1867 in Mannheim erscheinende „Deutsche Arbeiterhalle", hatte in ihm den eifrigsten Mitarbeiter. Bebel wandte sich entschieden gegen die Versuche der Liberalen, die Arbeiter von der Politik fernzuhalten, und gegen die Energielosigkeit vieler kleinbürgerlicher Demokraten. Schon im Frühjahr 1867 schlug er dem Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses vor, der Verband solle mit der Internationalen Arbeiterassoziation in Verbindung treten.

Auf dem vierten Vereinstag des Verbandes Deutscher Arbeitervereine am 6. und 7. Oktober 1867 in Gera zeigte sich, wie das Klassenbewußtsein der Arbeiter in vielen Bildungsvereinen gereift war. Hier konnten die Anhänger August Bebels und Wilhelm Liebknechts eine gewisse Straffung der Organisation durchsetzen, um den Verband politisch aktionsfähiger zu machen. Um so bedeutsamer war es, daß August Bebel bei der Wahl des Verbandspräsidenten über das Mitglied der Fortschrittspartei Max Hirsch siegte. Damit wurde zugleich Leipzig zum Vorort, das heißt zum Sitz des Vorstandes, der an die Stelle des über ganz Deutschland verstreuten Ständigen Ausschusses trat.[78]

Mit August Bebel stellten die Arbeitervereine den energischsten Kämpfer gegen das reaktionäre Preußentum an die Spitze des Verbandes. Die fortgeschrittensten Delegierten entschieden sich auch deswegen für Bebel, weil er immer nachdrücklicher die selbständigen Klasseninteressen der Arbeiter verfocht. Auf diesem Vereinstag stand – neben der Organisationsfrage – angesichts der Wirtschaftskrise der ökonomische Kampf der Arbeiterklasse im Mittelpunkt. August Bebel hielt ein Referat über die Lage der Bergarbeiter, in dem er unter anderem forderte, ein Haftpflichtgesetz einzuführen und die von den Grubenherren beherrschten Knappschaftskassen durch die Bergarbeiter selbst verwalten zu lassen.

Der Geraer Vereinstag bewies, daß die Bourgeoisie, obwohl sie noch eine ganze Anzahl von Arbeitervereinen beherrschte, die Führung des Verbandes verloren hatte. Die Arbeitervereine strebten unter der Leitung August Bebels und Wilhelm Liebknechts einer selbständigen Politik und Organisation zu.

Die politisch-ideologische Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung wurde nun durch ein Ereignis beschleunigt, das für das ganze internationale Proletariat von gewaltiger Bedeutung war.

78 Dokument Nr. 65.

3. Der erste Band des „Kapitals". Seine Bedeutung für den Klassenkampf des Proletariats und für die Schaffung einer revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse

Mitte September 1867 erschien in Hamburg der erste Band von Karl Marx' Hauptwerk „Das Kapital". Im „Kapital" enthüllte Marx mit einer unbestechlichen, mit strenger Parteilichkeit und revolutionärer Leidenschaft verbundenen Objektivität das Geheimnis der kapitalistischen Ausbeutung. Er deckte mit zwingender Logik die Gesetze auf, die die Entstehung und Entwicklung der kapitalistischen Ausbeuterordnung bestimmen und schließlich zu ihrem Untergang führen, und gab damit die tiefste und umfassendste theoretische Begründung des wissenschaftlichen Kommunismus.

Fast fünfundzwanzig Jahre hatte Karl Marx intensiv theoretisch gearbeitet, um das Wesen, den Mechanismus und das Bewegungs- und Entwicklungsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise zu enthüllen. Seit seiner Ankunft im Londoner Exil hatte er den größten Teil der Zeit, die er dem Broterwerb abringen konnte, seinem Hauptwerk gewidmet, und seitdem die praktisch-politische Tätigkeit in der Internationalen Arbeiterassoziation ihn mehr und mehr in Anspruch nahm, hatte er trotz angegriffener Gesundheit die kräftezehrende Nachtarbeit immer weiter ausgedehnt. Für „Das Kapital" studierte und exzerpierte Marx eine enorme Menge ökonomischer, historischer, philosophischer, technischer und naturwissenschaftlicher Literatur; allein im ersten Band zitiert und erwähnt er fast 800 Bücher, Broschüren, Zeitschriften und andere Veröffentlichungen. Immer wieder verfaßte Marx neue Entwürfe, um ein nach Inhalt und Form vollendetes Werk zu schaffen. Erst nachdem er zwischen August 1863 und Ende 1865 eine weitgehend ausgearbeitete Fassung aller drei theoretischen Bücher des „Kapitals" niedergeschrieben hatte, begann er im Januar 1866 mit der Endbearbeitung des ersten Bandes. Diese wissenschaftliche Gründlichkeit erklärte sich daraus, daß Marx, wie Engels sagte, „in der Wissenschaft einen großen Hebel der Geschichte, eine revolutionäre Kraft im wahrsten Sinne des Wortes"[79] sah.

Die gewaltige Arbeit, die für „Das Kapital" nötig war, hätte Karl

79 Friedrich Engels: [Entwurf zur Grabrede für Karl Marx]. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 19, S. 333.

Marx nicht vollbringen können ohne den Beistand seiner Gattin und seines engsten Freundes. Jenny Marx nahm selbstlos die großen Opfer und Entbehrungen hin, die Marx der Familie für seine theoretische und praktische Tätigkeit auferlegen mußte. Friedrich Engels erwies Marx nicht nur materielle Hilfe: er diskutierte auch alle wichtigen Probleme des „Kapitals" mit ihm. Viele seiner Anregungen und Hinweise flossen in das Buch ein. Als Marx in der Nacht vom 15. zum 16. August 1867 den letzten Bogen korrigiert hatte, schrieb er dem Freund: „Also dieser Band ist fertig. Bloß Dir verdanke ich es, daß dies möglich war! Ohne Deine Aufopferung für mich konnte ich unmöglich die ungeheuren Arbeiten zu den 3 Bänden machen. I embrace you, full of thanks! [Ich umarme Dich dankerfüllt!]"[80]

Wie mit der Leitung der Internationalen Arbeiterassoziation sein praktisch-politisches Wirken, so krönte Karl Marx mit dem „Kapital" sein theoretisches Schaffen. In diesem Werk wurden alle Bestandteile des wissenschaftlichen Kommunismus weiterentwickelt – die politische Ökonomie, die Philosophie und die Lehre von der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats. Marx zeigte, daß das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Bourgeoisie und Proletariat von unversöhnlichen Gegensätzen geprägt ist und wies anhand ökonomischer Gesetzmäßigkeiten nach, daß der Klassenkampf im Kapitalismus zum Sieg der Arbeiterklasse über die Klasse der Kapitalisten führen wird. Damit vermittelte er den Arbeitern das Bewußtsein ihrer historischen Mission als Totengräber des Kapitalismus und Schöpfer der neuen, sozialistischen Gesellschaft und schmiedete dem Proletariat eine mächtige theoretische Waffe für seinen Befreiungskampf. „Solange es Kapitalisten und Arbeiter in der Welt gibt, ist kein Buch erschienen, welches für die Arbeiter von solcher Wichtigkeit wäre"[81], sagte daher Friedrich Engels in einer Rezension des „Kapitals".

Die ökonomische Lehre von Karl Marx, deren Grundlagen in Werken wie „Das Elend der Philosophie", „Lohnarbeit und Kapital", „Manifest der Kommunistischen Partei", „Zur Kritik der Politischen Ökonomie" und „Lohn, Preis und Profit" gelegt wurden, erhielt im „Kapital" ihren reifsten und geschlossensten, ihren klassischen Aus-

80 Marx an Engels, 16. August 1867. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 31, S. 323.

81 Friedrich Engels: [Rezension des Ersten Bandes „Das Kapital" für das „Demokratische Wochenblatt"]. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 16, S. 235.

druck. Marx untersuchte im „Kapital" sowohl die kapitalistische Gesellschaftsordnung als auch die theoretischen Auffassungen der bürgerlichen Ökonomen. Die marxistische politische Ökonomie trat daher als „Kritik der politischen Ökonomie" auf, wie es der Untertitel des „Kapitals" bekundet. Die von Marx geschaffene ökonomische Lehre bewirkte eine Revolution in der politischen Ökonomie. Nur ein Theoretiker des Proletariats, einer Klasse, die frei ist von der Beschränktheit und den eigennützigen Vorurteilen der Ausbeuterklassen, konnte die Gesetze des Kapitalismus enthüllen und wissenschaftlich nachweisen, daß sein Untergang und der Triumph einer höheren Gesellschaftsordnung, des Kommunismus, unvermeidlich sind.

Karl Marx analysiert in seinem ökonomischen Hauptwerk die kapitalistische Produktionsweise in allen ihren Seiten. Im ersten Band untersucht er den Produktionsprozeß des Kapitals. Der zweite Band ist dem Zirkulations- und Reproduktionsprozeß des Kapitals gewidmet, und der dritte Band zeigt den Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion; der zweite und der dritte Band wurden von Marx im Entwurf fertiggestellt und 1885 und 1894 von Friedrich Engels herausgegeben. Der vierte Band des „Kapitals" enthält eine kritische Geschichte der ökonomischen Theorie, insbesondere ihres Kernpunkts, der Mehrwerttheorie; Marx hinterließ ihn nur im Rohentwurf. Die „Theorien über den Mehrwert" wurden von 1905 bis 1910 von Karl Kautsky in wissenschaftlich unzulänglicher Weise veröffentlicht; die ersten wissenschaftlich einwandfreien Veröffentlichungen besorgten das Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion 1956 bis 1962 in russischer Sprache und – in Anlage und Gliederung dieser Ausgabe folgend – das Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1956 bis 1962 in deutscher Sprache.

Der Grundpfeiler des „Kapitals" ist das Mehrwertgesetz. Mit der Entdeckung dieses ökonomischen Gesetzes und der Darlegung seiner Wirkungsweise gelang es Marx, das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung und den aus ihr folgenden unüberbrückbaren Klassengegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie wissenschaftlich nachzuweisen.

Marx geißelt nicht nur die kapitalistische Ausbeutung mit all ihren Folgen für die Arbeiterklasse, sondern stellt vor allem auch die Frage nach den gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sie entsteht. Die

bürgerlichen Ideologen verbreiteten schon damals die Auffassung, der Kapitalismus sei die natürliche, ewige Ordnung, an der die Arbeiterklasse nicht rütteln könne. Marx wies demgegenüber nach, daß die kapitalistische Ausbeutung in bestimmten Eigentumsverhältnissen begründet ist: Im Kapitalismus sind die Hauptproduktionsmittel in den Händen einer kleinen Zahl von Kapitalisten konzentriert. Auf der anderen Seite besitzt ein großer Teil der Gesellschaft keinerlei Produktionsmittel. Das zwingt die Menschen, die nichts haben als ihre Arbeitskraft, Lohnarbeiter in den Betrieben der Kapitalisten zu werden. Diese beschäftigen die Arbeiter jedoch nicht, um deren Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um Profit zu machen. So führen die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse dazu, daß der Proletarier nur arbeiten und leben kann, wenn er sich der kapitalistischen Ausbeutung unterwirft.

Es scheint so, als würde mit dem Lohn die Arbeit bezahlt. Dagegen zeigt Marx, daß der Arbeiter dem Kapitalisten nicht seine Arbeit verkauft, sondern seine Arbeitskraft. Die Arbeitskraft wird unter den Bedingungen des Kapitalismus zur Ware. Ihr Wert wird bestimmt – ganz wie der jeder anderen Ware – durch die zu ihrer Reproduktion benötigte Arbeitszeit, das heißt durch die Zeit, die erforderlich ist, um die notwendigen Existenzmittel für den Arbeiter zu produzieren. Dabei muß nicht nur die Existenz des Arbeiters selbst gewährleistet sein, sondern auch die Erhaltung seiner Familie, da das Kapital ständig Ersatz für die aus dem Produktionsprozeß ausscheidenden Kräfte braucht. Allerdings ist der Wert der Arbeitskraft und dementsprechend der Lohn, den der Arbeiter erhält, keine konstante Größe. Solange der Kapitalismus existiert, sind die Unternehmer bestrebt, den Lohn mit Gewalt oder Raffinesse, mit den unterschiedlichsten Methoden und Tricks, möglichst niedrig zu halten, während die Arbeiter im Interesse ihres Lebensunterhalts gezwungen sind, um einen möglichst hohen Lohn, ja sogar häufig um die Bezahlung des Wertes ihrer Arbeitskraft, zu kämpfen. In diesem Kampf ist die Organisiertheit und Bewußtheit des Proletariats, sind historische, klimatische und andere Faktoren von großer Bedeutung.

Die Arbeitskraft ist eine Ware besonderer Art. Sie hat die Fähigkeit, mehr Wert zu erzeugen, als sie selbst besitzt; denn die zur Reproduktion des Wertes der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit ist kürzer als der Gesamtarbeitstag. „Der Wert der Arbeitskraft", schreibt Karl Marx, „und ihre Verwertung im Arbeitsprozeß sind also zwei verschiedene Größen. Diese Wertdifferenz hatte der Kapitalist im Auge,

als er die Arbeitskraft kaufte."[82] Der Arbeiter erhält vom Kapitalisten nur einen Teil des Wertes, den er produziert. Tag für Tag, Stunde für Stunde schaffen daher die Arbeiter Mehrwert für den Kapitalisten. Marx geht in zahlreichen Beispielen im „Kapital" davon aus, daß notwendige Arbeitszeit und Mehrarbeitszeit jeweils etwa einem halben Arbeitstag entsprechen. Seit jener Zeit hat sich jedoch dies Verhältnis stetig zugunsten des Kapitalisten verschoben.

Die Differenz zwischen dem Wert der Arbeitskraft und dem neugeschaffenen Wert bezeichnete Marx als den Mehrwert. Er ist das eigentliche Ziel der kapitalistischen Produktion. „Produktion von Mehrwert oder Plusmacherei", heißt es bei Marx, „ist das absolute Gesetz dieser Produktionsweise."[83] Das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung besteht folglich darin, daß die Arbeiter für die Kapitalisten einen höheren Wert erzeugen, als sie für den Verkauf ihrer Arbeitskraft in Form von Lohn erhalten.

Marx zeigt, daß es im Prinzip zwei Möglichkeiten gibt, die Ausbeutung zu erhöhen. Erstens kann die Arbeitszeit verlängert und die Arbeitshetze verstärkt werden, um dadurch möglichst viel Mehrarbeit aus den Arbeitern herauszupressen; Marx schildert im „Kapital" ausführlich, wie ein jahrzehntelanger Kampf zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse um die Festsetzung und Verkürzung des Arbeitstages geführt wurde. Zweitens kann die Ausbeutung erhöht werden, indem die notwendige Arbeitszeit dadurch verkürzt wird, daß die Arbeitsproduktivität steigt. Die Darstellung von Marx macht deutlich, daß im Kapitalismus jeder wissenschaftlich-technische Fortschritt, jede Steigerung der Arbeitsproduktivität zur Erhöhung des Ausbeutungsgrades führt. Daraus ergibt sich, wie notwendig es ist, daß die Arbeiterklasse um Lohnerhöhungen und um andere Verbesserungen ihrer Lebenslage kämpft. Zugleich wird klar, daß auf diesem Wege niemals die Ausbeutung beseitigt werden kann. Auch wenn es der Arbeiterklasse gelingt, höhere Löhne zu erkämpfen, ändert das höchstens den Grad, aber nichts an der Existenz und am Wesen der Ausbeutung. Sie kann nur abgeschafft werden, wenn die Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft, das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln, beseitigt wird.

[82] Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Bd., Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 208.

[83] Ebenda, S. 647.

Die im „Kapital" dargelegte Mehrwerttheorie ist von großer revolutionärer Bedeutung. Sie zeigt, daß allein die Arbeit neuen Wert, den gesellschaftlichen Reichtum, schaffen kann, daß jedoch im Kapitalismus der größte Teil dieses Reichtums in den Händen der Kapitalisten bleibt. Die Mehrwertlehre bringt den Arbeitern zum Bewußtsein, daß sie zwar sehr gut ohne Kapitalisten auskommen können – wie das inzwischen auf einem Drittel des Erdballs praktisch bewiesen wird –, die Kapitalisten aber keineswegs ohne die Arbeiter.

Bei der Analyse des Akkumulationsprozesses des Kapitals klärt Marx im ersten Band des „Kapitals" auch, auf welchem Wege sich die Arbeiter von der Ausbeutung befreien können. Er zeigt zunächst, wie im Verlaufe der kapitalistischen Produktion die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse stets erneut reproduziert werden. Dieses Gesetz „schmiedet den Arbeiter", nach einem Ausspruch von Marx, „fester an das Kapital als den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen"[84]. Der Kapitalismus kann daher niemals sein Wesen verändern und von selbst in den Sozialismus hineinwachsen, wie rechtssozialistische Theoretiker und andere bürgerliche Ideologen behaupten.

Marx führt demgegenüber den Nachweis, daß eine revolutionäre Beseitigung des Kapitalismus nötig und möglich ist, weil im Verlaufe des kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses, durch die Entwicklung der Produktivkräfte und durch den Konkurrenzkampf gesetzmäßig eine Reihe Veränderungen herbeigeführt werden: Die Produktion und das Kapital konzentrieren sich in den Händen einer ständig sinkenden Zahl von Kapitalisten, immer mehr Kapitalisten und kleine Warenproduzenten werden ruiniert und in Proletarier verwandelt. Während sich alle anderen Klassen und Schichten in der kapitalistischen Gesellschaft zersetzen, wächst allein die Klasse des Proletariats, die mit der modernsten Produktion verbunden und in großen Betrieben konzentriert ist. Das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß die Arbeiterklasse ihre historische Aufgabe erfüllen kann, daß sie zur führenden Kraft der Gesellschaft werden und die Bourgeoisie besiegen wird.

In einer großartigen Darstellung der historischen Tendenz des kapitalistischen Akkumulationsprozesses faßt Marx die Ergebnisse der vorhergehenden Untersuchungen zusammen und gelangt zu dem Schluß: „Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und

[84] Ebenda, S. 675.

monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriiert."[85]

Das ist die tiefe Begründung für die Ablösung der kapitalistischen durch die kommunistische Gesellschaft und für die welthistorische Mission des Proletariats. Sie fußt nicht auf Wunschträumen, wie das bei den utopischen Sozialisten der Fall war, sondern auf der wissenschaftlichen Analyse der kapitalistischen Produktionsweise und der Aufdeckung des ökonomischen Bewegungsgesetzes dieser Gesellschaft.

Im Schoße der kapitalistischen Ordnung, so zeigt Marx, reifen sowohl die materiellen Grundlagen für die Ablösung des Kapitalismus als auch die subjektiven Voraussetzungen für diese Umwälzung heran. Die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus selbst drängen mit der Gewalt von Naturgesetzen zu seiner Ablösung durch die sozialistische Gesellschaftsordnung. Der Kapitalismus wird jedoch nicht automatisch zusammenbrechen, sondern seine Beseitigung kann nur das Ergebnis des Handelns von Menschen, des bewußten und zielgerichteten politischen Kampfes des Proletariats und seiner Verbündeten um die Macht sein.

„Das Kapital" gibt der Vorhut der Arbeiterklasse, der proletarischen Partei, eine feste theoretische Grundlage für ihr Wirken, ermöglicht ihr, eine von der Analyse der objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung ausgehende Politik zu entwickeln, den ökonomischen mit dem politischen Kampf und den Kampf um Teilaufgaben mit dem Kampf um das Endziel richtig zu verbinden.

Entsprechend dieser von Karl Marx und Friedrich Engels geschaffenen und besonders von W. I. Lenin weiterentwickelten revolutionären Theorie hat bereits in zahlreichen Ländern die Arbeiterklasse die Staatsmacht erobert und baut nun im Bündnis mit den anderen Werktätigen die sozialistische und kommunistische Gesellschaft auf. In vielen Ländern muß die Arbeiterklasse diese Aufgabe noch lösen. Der

[85] Ebenda, S. 790/791.

Kapitalismus hat sich seit Marx' Zeiten entwickelt, er ist in sein imperialistisches Stadium eingetreten und zum staatsmonopolistischen Kapitalismus geworden. An seinem Wesen hat sich dadurch jedoch nichts geändert, er blieb Kapitalismus; daher haben für ihn die grundlegenden Lehren von Marx weiterhin Gültigkeit. In der kapitalistischen Welt ist die Arbeiterklasse nach wie vor ausgebeutet und die Klasse der Kapitalisten – wie zu Marx' Zeiten – Eigentümer der Produktionsmittel. „Sie benutzt dieses Eigentum an den Produktionsmitteln", so stellt das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands fest, „zur Ausbeutung der Arbeiterklasse, die der Produktionsmittel beraubt und daher genötigt ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse besteht infolgedessen ein unversöhnlicher Gegensatz. Zwischen ihnen kann es keine Klassenharmonie, keine ‚Sozialpartnerschaft' geben."[86]

Auch für den Aufbau der neuen, klassenlosen Gesellschaft vermittelt „Das Kapital" wichtige Lehren. Zwar hat Marx darin unmittelbar die kapitalistische Produktionsweise untersucht, er gelangte dabei aber zu Erkenntnissen, die allgemeine Gültigkeit haben. Wir finden im „Kapital" viele Grundsätze und Hinweise, die von unmittelbarer Bedeutung für den Sozialismus und den Kommunismus sind. Zum Beispiel wird hier die Lehre von den Produktivkräften der Gesellschaft entwickelt und eine Analyse ihrer Faktoren gegeben, die grundlegende Rolle der Entwicklung der Produktivkräfte für den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft gezeigt, im Keim das Gesetz der ständigen Steigerung der Arbeitsproduktivität dargelegt und die Bedeutung der Arbeit und der Erziehung im Kommunismus behandelt. Die ökonomische Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Kampf für den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik basiert auch auf den im „Kapital" formulierten grundsätzlichen Erkenntnissen.

Das Hauptwerk von Karl Marx ist so bis auf den heutigen Tag von größter Bedeutung für die Theorie und Praxis der gesamten internationalen revolutionären Arbeiterbewegung.

Die Aneignung der Ideen des „Kapitals" durch die fortgeschrittenen Kräfte des deutschen Proletariats war für die Durchsetzung des Mar-

86 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus. Hrsg. und eingel. von Lothar Berthold und Ernst Diehl, Berlin 1964, S. 214/215.

xismus in der deutschen Arbeiterbewegung äußerst wichtig. Davon zeugt die Tatsache, daß das reifste Programm der revolutionären deutschen Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts, das Erfurter Programm von 1891, in seinem theoretischen Teil auf dem ökonomischen Hauptwerk von Karl Marx basiert.

Bis die Ideen des „Kapitals" zum festen Besitz der revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse wurden, waren allerdings Jahrzehnte erforderlich; doch schon unmittelbar nach dem Erscheinen übte der erste Band auf die deutsche Arbeiterbewegung großen Einfluß aus. Das ist vor allem den intensiven Bemühungen zuzuschreiben, die Karl Marx und Friedrich Engels 1867/1868 zur Popularisierung des Werkes unternahmen. Sie halfen, die ideologischen Voraussetzungen für eine revolutionäre proletarische Partei in Deutschland zu schaffen; denn schlagend widerlegte „Das Kapital" sowohl die verderbliche lassalleanische Auffassung, man könne mit Hilfe von Produktivgenossenschaften, die der kapitalistische Staat finanziert, friedlich in den Sozialismus hineinwachsen, als auch die sozialen Heilslehren von Liberalen wie Hermann Schulze-Delitzsch.

Bei der Verbreitung der Ideen des „Kapitals" wurden Karl Marx und Friedrich Engels von ihren Freunden und Kampfgefährten kräftig unterstützt. Diese hielten über Marx' Buch Vorträge in Arbeitervereinen und propagierten es in der Presse. So wies Johann Philipp Becker im „Vorboten" schon 1867 immer wieder darauf hin, daß das „Kapital" für das Proletariat eine „Rüstkammer von Befreiungswaffen"[87] ist. Wilhelm Liebknecht druckte gleich in den ersten Nummern des „Demokratischen Wochenblattes", das er seit Januar 1868 in Leipzig herausgab, auszugsweise das Vorwort zum ersten Band ab und brachte später Auszüge und Rezensionen des epochemachenden Werkes, darunter die bedeutendste Besprechung aus der Feder von Friedrich Engels.

Um einer Verschwörung des Schweigens seitens der bürgerlichen Wissenschaft und Journalistik in Deutschland zuvorzukommen, wie sie sie gegen einige andere ihrer Werke erlebt hatten, lancierten Karl Marx und Friedrich Engels auch in bürgerliche Blätter Besprechungen des „Kapitals". Wertvolle Hilfe erwies ihnen dabei Dr. Ludwig Kugelmann in Hannover. Er hatte schon mit dem Bund der Kommunisten in Verbindung gestanden und war seit Ende 1862 einer der engsten Vertrauten von Marx und Engels in Deutschland. Mit Hilfe des

[87] Der Vorbote (Genf), 1867, Nr. 11, S. 175.



Karl Marx



Friedrich Engels

Das Kapital.

Kritik der politischen Oekonomie.

Von

Karl Marx.

Erster Band.

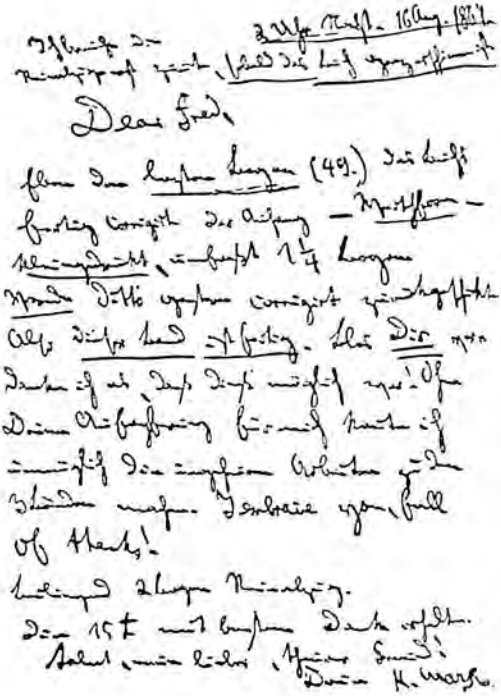
Buch I: Der Produktionsprocess des Kapitals.

Das Recht der Uebersetzung wird vorbehalten.

Hamburg
Verlag von Otto Meissner.
1867.

New-York: L. W. Schmidt. 24 Barclay-Street.

Titelblatt der Erstausgabe



Karl Marx' Dankbrief
an Friedrich Engels
vom 16. August 1867



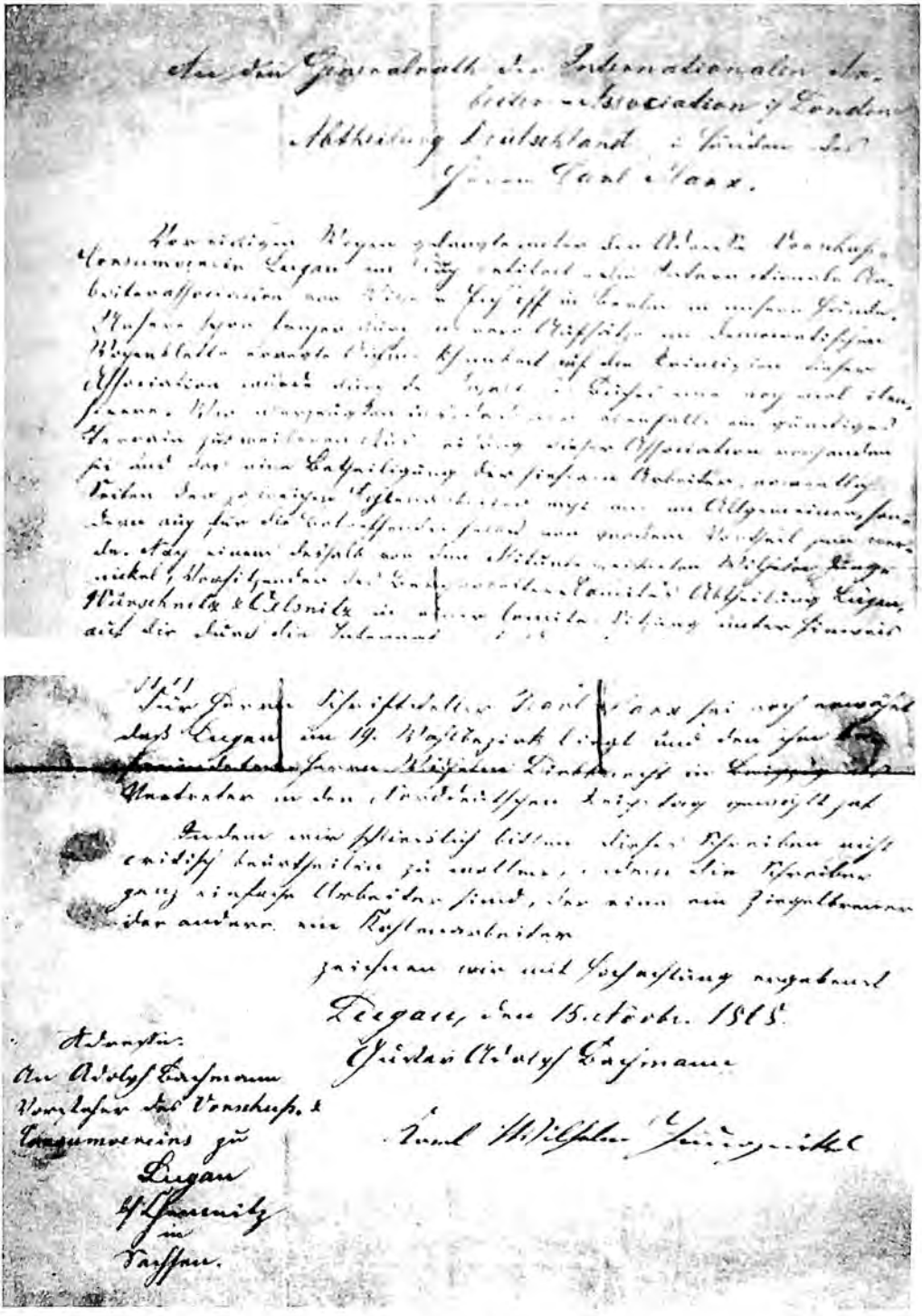
Der Lesesaal im Britischen Museum



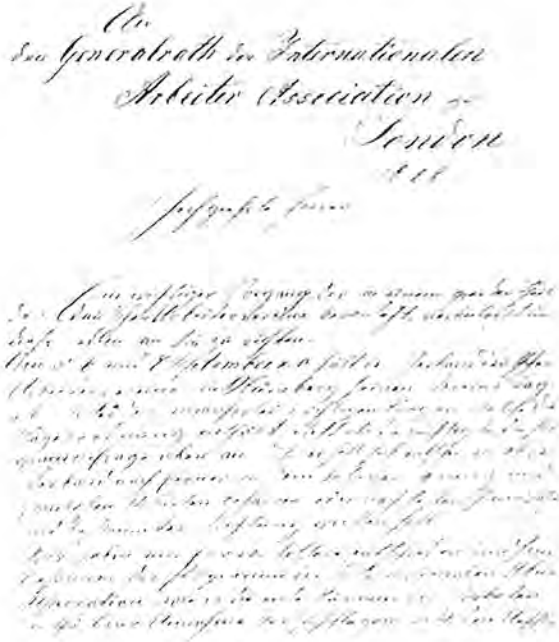
Jenny Marx



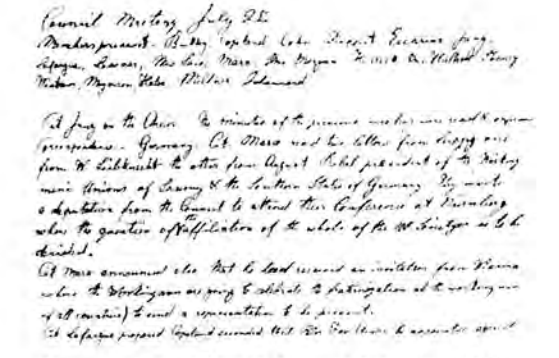
Friedrich Engels' Mitgliedskarte der Internationalen Arbeiterassoziation



Teilweise Wiedergabe des Schreibens Lugauer Bergarbeiter an Karl Marx
vom 15. November 1868



Teilweise Wiedergabe
des Einladungsschreibens
des Verbandes Deutscher
Arbeitervereine vom 23. Juli 1868
an den Generalrat der Internationalen
Arbeiterassoziation zum
Vereinstag in Nürnberg



Teilweise Wiedergabe des Protokolls
der Sitzung des Generalrates der
Internationalen Arbeiterassoziation
vom 28. Juli 1868,
in der Karl Marx vorschlägt,
einen Delegierten zum Vereinstag des
Verbandes Deutscher Arbeitervereine
in Nürnberg zu entsenden

angesehenen Arztes und anderer Anhänger konnten zwischen Oktober 1867 und Juli 1868 meist von Engels geschriebene Rezensionen in mehr als zehn bürgerlichen Zeitungen und Zeitschriften untergebracht werden. Scheinbar „Das Kapital" attackierend, verstand es Friedrich Engels, auch hier die strenge Wissenschaftlichkeit dieses Werkes nachzuweisen, die revolutionären Schlußfolgerungen der proletarischen politischen Ökonomie anzudeuten, den unwissenschaftlichen und apologetischen Charakter der bürgerlichen Vulgärökonomie bloßzustellen und die Irrlehren Lassalles zu bekämpfen.

Einer der ersten deutschen Sozialisten, die sich die marxistische politische Ökonomie aneigneten, sie der Arbeiterklasse vermittelten und kämpferisch gegen die bürgerliche Apologetik verteidigten, war der Arbeiterphilosoph Joseph Dietzgen. Er war in seiner Schrift „Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit" im wesentlichen selbständig zur dialektisch-materialistischen Weltanschauung vorgedrungen. Mit einer Besprechung des „Kapitals" für das „Demokratische Wochenblatt", die in jeder Zeile den Geist dieses Werkes atmete, begann er im Sommer 1868 eine vielseitige propagandistische Tätigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung.

Auch auf den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein übten die Ideen von Karl Marx jetzt eine stärkere Wirkung aus. Zu den namhaften Mitgliedern des Vereins, die durch „Das Kapital" tief beeindruckt wurden, gehörte Wilhelm Bracke in Braunschweig. Er war über die demokratische Turnbewegung 1865 zur Arbeiterbewegung gestoßen und dank seiner aufopferungsvollen politischen Arbeit bereits über die Grenzen seiner Heimatstadt hinaus bekannt geworden. Mit Artikeln über „Lohnarbeit und Kapital", die er unter dem Einfluß von Marx' Buch Ende 1867 veröffentlichte, begann sich der spätere Mitbegründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei dem Marxismus zuzuwenden. Selbst Johann Baptist von Schweitzer referierte im „Social-Demokrat" ausführlich den Inhalt des „Kapitals". Er nannte es ein „Riesenwerk menschlichen Wissens und Denkens"[88]. Schweitzer gab sich nur den Anschein, als stelle er sich auf den Boden der Marxschen ökonomischen Theorie, weil er glaubte, auf diese Weise seine verderbliche Politik leichter fortsetzen zu können. Doch ungewollt halfen seine Artikel, bei den lassalleanischen Arbeitern das Interesse für den Marxismus zu wecken und den blinden Glauben an die Lassalleschen Dogmen zu untergraben.

88 Social-Demokrat (Berlin), 22. Januar 1868.

Karl Marx konnte im Nachwort zur zweiten Auflage seines Werkes erklären: „Das Verständnis, welches ‚Das Kapital' rasch in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterklasse fand, ist der beste Lohn meiner Arbeit."[89]

Die fortgeschrittenen deutschen Arbeiter waren die ersten, die sich mit Marx' Werk vertraut machten. Auf dem Kongreß der Internationale in Brüssel im September 1868 brachten die deutschen Delegierten eine Resolution ein, die den Arbeitern aller Länder empfahl, „Das Kapital" zu studieren, da Marx darin als erster eine wissenschaftliche Analyse des Kapitalismus gegeben hatte.[90] Die Resolution trug dazu bei, die Positionen des Marxismus in der Internationale zu festigen.

Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung wurde durch die Herausgabe des ersten Bandes von Marx' Hauptwerk entscheidend gefördert; „vom Tag seines Erscheinens", so stellte Friedrich Engels später fest, „datiert der Verfall des spezifischen Lassalleanismus"[91]. Auch dem bürgerlichen Einfluß auf die Arbeiterbildungsvereine versetzte „Das Kapital" einen schweren Schlag. Der Masse der organisierten deutschen Arbeiter wurde Karl Marx jetzt als der Mann bekannt, der dem proletarischen Befreiungskampf die wissenschaftliche Begründung gegeben hatte. Die besten Arbeiterfunktionäre begannen, tiefer in die Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus einzudringen. Die Herausbildung einer revolutionären proletarischen Partei in Deutschland wurde damit beschleunigt.

4. Die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter Führung August Bebels und Wilhelm Liebknechts

Wie das Erscheinen des ersten Bandes des „Kapitals", so förderte auch die Tätigkeit der Internationalen Arbeiterassoziation den Aufschwung der deutschen Arbeiterbewegung. „Das Jahr 1867/1868", so konnte Karl Marx feststellen, „macht Epoche in der Internationalen Arbeiterassoziation. Nach einer Periode ruhigen Fortschritts schwoll ihr Wir-

89 Karl Marx: Nachwort zur zweiten Auflage von „Das Kapital", Erster Bd. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 23, S. 19.

90 Dokument Nr. 70.

91 Friedrich Engels: Der Sozialismus in Deutschland. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 22, S. 249.

kungskreis ... Sie trat in das Stadium des Kampfes."[92] Die Internationale vermochte in Belgien, England, Frankreich und der Schweiz immer öfter die Führung großer Streikkämpfe zu übernehmen und diesen die moralische und finanzielle Unterstützung des internationalen Proletariats zu sichern. Das wurde von den Arbeitern in Deutschland um so mehr beachtet, als auch hier nach der Wirtschaftskrise von 1866/1867 die gewerkschaftliche Aktivität wuchs. Auch faßte die Internationale in weiteren Ländern Fuß, so in Italien, Österreich, Spanien und den USA.

Die Ausbreitung und die Erfolge der Internationalen Arbeiterassoziation in ökonomischen und politischen Kämpfen stärkten unter den deutschen Arbeitern das Vertrauen in ihre eigene Kraft, halfen ihnen zu erkennen, daß die Proletarier aller Länder gleiche Grundinteressen haben, und riefen den Wunsch hervor, sich einzureihen in die große Armee des internationalen Proletariats; sie verschafften auch den programmatischen Ideen der Internationale steigenden Einfluß.

Schon auf dem ersten Kongreß der Internationale, der vom 3. bis 9. September 1866 in Genf stattfand, hatte der Marxismus seine Positionen gefestigt. Die von Karl Marx als Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats ausgearbeiteten Resolutionsentwürfe waren in allen wesentlichen Punkten angenommen worden. Marx hatte sie bewußt auf solche Aufgaben beschränkt, „die unmittelbare Verständigung und Zusammenwirken der Arbeiter erlauben und den Bedürfnissen des Klassenkampfes und der Organisation der Arbeiter zur Klasse unmittelbar Nahrung und Anstoß geben"[93]. Die von Marx entworfenen Resolutionen behandelten vor allem die Rolle der Gewerkschaften und der Genossenschaften, den Schutz der arbeitenden Frau und den Kampf für den Achtstundentag, den die Internationale Arbeiterassoziation zu einer programmatischen Forderung der Arbeiterbewegung erhob. Marx zeigte dabei, daß die Arbeiterklasse den ökonomischen Kampf mit dem politischen Kampf und den Kampf um Teilziele mit dem Kampf um das Endziel verbinden muß. Diese Prinzipien sind von bleibender Bedeutung für die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung, wappnen sie ebenso gegen Sektierertum wie gegen Opportunismus.

92 Karl Marx: Vierter jährlicher Bericht des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 16, S. 318.

93 Marx an Ludwig Kugelmann, 9. Oktober 1866. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 31, S. 529.

Die Resolution des Genfer Kongresses über die Gewerkschaften gehört zu den bedeutendsten Dokumenten aus der Feder von Karl Marx über die Rolle und die Aufgaben der wichtigsten Massenorganisationen des Proletariats. Sie bewies, daß der ökonomische Kampf gegen die ständigen Übergriffe des Kapitals, für einen höheren Lohn und eine kürzere Arbeitszeit unumgänglich ist, solange der Kapitalismus besteht. Schon deshalb forderte sie, die aus der spontanen Arbeiterbewegung entstehenden Gewerkschaften zu stärken. Vor allem zeigte die Resolution aber, daß die Gewerkschaften „noch weit wichtiger als organisierte Kraft zur Beseitigung des Systems der Lohnarbeit selbst" sind und daß es ihre Aufgabe ist, „bewußt als organisierende Zentren der Arbeiterklasse zu handeln, im großen Interesse ihrer vollständigen Emanzipation. Sie müssen jede soziale und politische Bewegung unterstützen, die diese Richtung einschlägt."[94] Diese Richtlinien der Internationalen Arbeiterassoziation halfen den fortgeschrittenen deutschen Arbeitern, einerseits die lassalleanische Mißachtung gegenüber dem gewerkschaftlichen Kampf zu überwinden und sich andererseits von eng ökonomistischen Vorstellungen freizuhalten.

Auch für die Herausbildung der proletarischen Frauenbewegung enthielten die Resolutionen des Genfer Kongresses wesentliche ideologische Grundlagen. Während Proudhonisten und andere Vertreter kleinbürgerlicher Auffassungen gegen die Frauenarbeit auftraten, war Marx' Grundsatz nicht Verbot der Frauenarbeit, sondern Schutz der Arbeiterin. Damit wies er den Weg, die Frau als gleichberechtigte und gleichverpflichtete Mitstreiterin in den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung einzubeziehen.

Auf dem Kongreß der Internationale in Brüssel, der vom 6. bis 13. September 1868 tagte, setzte sich die revolutionäre Strategie und Taktik des Proletariats weiter durch. Insbesondere wurde – gegen den Widerstand orthodoxer Proudhonisten – ein Beschluß angenommen, der es als notwendig bezeichnete, Grund und Boden, Bodenschätze, Gruben, Bergwerke und Verkehrsmittel aus Privateigentum in gesellschaftliches Eigentum zu überführen.[95] Das war ein entscheidender Schlag gegen den kleinbürgerlichen Reformismus und ebnete den Weg für die weitere Verbreitung des Marxismus. Im jahrelangen gemeinsamen Kampf und dank der Tätigkeit von Karl Marx und

[94] Beschluß des Genfer Kongresses über die Gewerkschaften. In: Die I. Internationale in Deutschland, S. 143. – Dokument Nr. 64.

[95] Dokument Nr. 71.

Friedrich Engels hatte die Mehrheit der Mitglieder der Internationale erkannt, daß die Produktionsmittel vergesellschaftet werden müssen, um den Sozialismus zu errichten.

Dieses von der Internationalen Arbeiterassoziation proklamierte Prinzip ist bis in unsere Tage ein wichtiger Prüfstein für den sozialistischen Charakter jedes Arbeiterprogramms und jeder Arbeiterorganisation. An diesem Prüfstein erweist sich: Die sogenannte Sozialistische Arbeiter-Internationale beruft sich zu Unrecht auf die I. Internationale als ihren Vorläufer; dagegen ist die kommunistische Weltbewegung deren legitimer Erbe.

Auch in Deutschland wuchsen Zahl und Einfluß der Sektionen und Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation. Vor allem dank der Tätigkeit des Genfer Zentralkomitees und seines Präsidenten Johann Philipp Becker entstanden bis 1869 aktive Sektionen der Internationale in Barmen, Berlin, Braunschweig, Dresden, Fürth, Göppingen, Köln, Leipzig, Lörrach, Lugau, Magdeburg, Mainz, Nürnberg, Siegburg und Solingen; in mindestens 15 anderen Städten wurden entweder Sektionen gebildet, die nur kurze Zeit arbeiteten, oder Versuche zur Gründung von Sektionen unternommen. Vielerorts traten auch Arbeiter als individuelle Mitglieder der Internationale bei. Die Sektionen und Mitglieder machten sich vor allem durch den „Vorboten" mit den Bestrebungen der Internationale vertraut und suchten sie in den verschiedenen Arbeiterorganisationen zur Geltung zu bringen. Sie wirkten im Verband Deutscher Arbeitervereine, im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und auch in gewerkschaftlichen Organisationen.

In dem Bewußtsein, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, traten die Sektionen und Mitglieder der Internationale gegen die bismarckfreundliche Politik der lassalleanischen Führer einerseits und gegen die Bevormundung der Arbeitervereine durch die liberale Bourgeoisie andererseits auf. Immer erfolgreicher verbreiteten sie auch die Ideen des proletarischen Internationalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. So organisierten sie für den Streik der Genfer Bauarbeiter im März und April 1868 Geldsammlungen; das war die erste größere internationale Solidaritätsaktion der deutschen Arbeiter während der sechziger Jahre.

August Bebel und Wilhelm Liebknecht hatten das Vertrauen breiter Kreise der Arbeiter gewonnen und besaßen die Führung im Ver-

band Deutscher Arbeitervereine. Die Hinweise von Karl Marx und Friedrich Engels und ihre eigenen Erfahrungen zeigten ihnen immer deutlicher, daß die Arbeiterklasse nur dann als entschiedenste Kraft der demokratischen Bewegung auftreten konnte, wenn sie sich von allen bürgerlichen Einflüssen befreite. Wurden doch noch immer Bildungsvereine durch liberale Führer von der politischen Betätigung abgehalten, und die kleinbürgerlichen Demokraten, die noch viele Vereine beherrschten, ließen es an politischer Energie und Konsequenz fehlen. Auch vermochten Bebel und Liebknecht die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nur dann für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen und die lassalleanischen Führer zu isolieren, wenn sie in ihrer gesamten Tätigkeit von den Klasseninteressen des Proletariats ausgingen.

August Bebel und Wilhelm Liebknecht entschlossen sich, der politischen Zwiespältigkeit des Verbandes Deutscher Arbeitervereine ein Ende zu machen. Im April 1868 veranlaßten sie die Leitung des Verbandes, die Annahme eines neuen Programms auf die Tagesordnung des nächsten Vereinstages zu setzen. Die Liberalen, längst in der Minderheit, suchten bei der nun beginnenden Diskussion verzweifelt, weiterhin jede politische Festlegung der Arbeitervereine zu verhindern. Die kleinbürgerlichen Demokraten unterstützten Bebel und Liebknecht teilweise gegen diese Absicht der Liberalen, strebten jedoch nur einen festen Anschluß der Arbeitervereine an die Volkspartei an. Bebel und Liebknecht agitierten dagegen lebhaft für ein Programm, das auf den Prinzipien der Internationalen Arbeiterassoziation beruhte. Dabei wurden sie besonders von den Mitgliedern und Sektionen der Internationale unterstützt.

Große Bedeutung erlangte die erste vom marxistischen Standpunkt geschriebene Darstellung über „Die Internationale Arbeiterassoziation. Ihre Gründung, Organisation, politisch-soziale Tätigkeit und Ausbreitung", die während der Programmdiskussion, Anfang August 1868, in Berlin erschien. Ihr Verfasser, der Schriftsteller Wilhelm Eichhoff, war von Karl Marx beraten und unterstützt worden. Diese Schrift ist ein Beispiel dafür, wie vielfältig Marx der deutschen Arbeiterklasse im Kampf um eine revolutionäre Partei half. Sie enthielt wörtlich die Inauguraladresse und die Allgemeinen Statuten der Internationale, die nun weithin bekannt wurden, und gab auch die wichtigsten Beschlüsse der internationalen Kongresse in Genf 1866 und Lausanne 1867 wieder. Aus der Schrift schöpften die proleta-

rischen Kräfte während der Auseinandersetzungen mit den Liberalen und kleinbürgerlichen Demokraten in den Bildungsvereinen vielfach ihre Argumente. Bald zeigte sich, daß der Sieg der Anhänger der Internationale auf dem bevorstehenden Vereinstag als gesichert gelten konnte.

Auch auf den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein blieb es nicht ohne Wirkung, daß die spontane Arbeiterbewegung einen Aufschwung nahm, die Ideen von Marx' „Kapital" bekannt wurden und die Internationale Arbeiterassoziation wachsende Autorität gewann. Jetzt wurde vielen Mitgliedern und Funktionären des Vereins der Widerspruch zwischen den Erfordernissen des proletarischen Klassenkampfes und den Lassalleschen Dogmen bewußt; sie begannen nach neuen Wegen zu suchen. Lassalles Nachfolger, Johann Baptist von Schweitzer, hatte sich im Verein Befugnisse gesichert, die noch weiter gingen als früher die Lassalles: Er besaß nicht nur als Vereinspräsident diktatorische Vollmachten, er war auch Privatbesitzer des Vereinsorgans „Social-Demokrat" und zudem der Hauptsprecher des Vereins im Norddeutschen Reichstag. Fanatische Lassalleaner unter den Vereinsfunktionären unterstützten ihn bedingungslos, so Wilhelm Hasselmann, der Mitredakteur des „Social-Demokrat", und Carl Wilhelm Tölcke, den Schweitzer zum Vizepräsidenten des Vereins wählen ließ. Seine Positionen nutzte Schweitzer skrupellos aus. Doch war er auch klug genug, zu erkennen, daß er unter den neuen Bedingungen lavieren mußte, um nicht seinen Einfluß im Verein zu gefährden und durch August Bebel und Wilhelm Liebknecht isoliert zu werden. Er rückte daher seit Anfang 1868 zeitweise von einzelnen Lassalleschen Lehren ab. So ist es auch zu erklären, daß die Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sich innerhalb eines Jahres fast verdoppelte, im Sommer 1868 auf etwa 7500 Mitglieder anstieg und auch im nächsten Jahr weiter wuchs.

Die neuen Tendenzen im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, das Erstarken der revolutionär-proletarischen Kräfte und das Lavieren Schweitzers, zeigten sich auf der Generalversammlung, die vom 23. bis 26. August 1868 in Hamburg stattfand. Hier wurden Tagesordnungspunkte behandelt, die den objektiven Bedürfnissen der Arbeiterbewegung entgegenkamen, dem Lassalleanismus jedoch widersprachen: die politische Freiheit als Voraussetzung für den Erfolg des sozialen Kampfes, die Bedeutung der Streiks und der internationale Charakter der Arbeiterbewegung. Auch über „Das Kapital" war ein

Referat angesetzt. Schweitzer hatte sogar eine Ehreneinladung des Vorstandes an Karl Marx gesandt, um dessen Autorität für sich auszunutzen. Marx nahm diese Gelegenheit wahr, um in einer kurzen schriftlichen Erklärung zu den Arbeitern des Vereins zu sprechen und sie zur Abwendung von den Dogmen Lassalles zu ermutigen.

Verschiedene Referenten der Hamburger Generalversammlung waren von den Ideen der Internationalen Arbeiterassoziation beeinflußt und schlossen sich ein Jahr später August Bebel und Wilhelm Liebknecht an. Auf Vorschlag Wilhelm Brackes erklärte die Versammlung einstimmig: „Karl Marx hat sich durch sein Werk ‚Der Produktionsprozeß des Kapitals' ein unvergängliches Verdienst um die Arbeiterklasse erworben."[96] Doch die Mehrheit der Delegierten und der Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins überhaupt war noch tief im Lassalleanismus befangen.

Entscheidend für die weitere Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung wurde der fünfte Vereinstag des Verbandes Deutscher Arbeitervereine, der unter Leitung August Bebels vom 5. bis 7. September 1868 in Nürnberg stattfand. Er wurde von 115 Delegierten besucht, hinter denen etwa 13 000 Mitglieder standen. Unter den Gästen befand sich als Vertreter des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation Johann Georg Eccarius, ein ehemaliges Mitglied des Bundes der Kommunisten. Erschienen waren auch Abgesandte der Wiener Arbeiter und der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz, die sich kurz zuvor der Internationale angeschlossen hatten.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt des Nürnberger Vereinstages war die Programmfrage. Das Referat dazu hatten Bebel und Liebknecht dem Schriftsteller Robert Schweichel übertragen, der als Redakteur des „Demokratischen Wochenblatts" tätig war. Er erklärte: „Es muß endlich eine Fahne aufgepflanzt werden in dem Klassenkampfe der Gegenwart, um die sich die ganze Arbeiterpartei scharen kann... Der Vorort schlägt... das Programm der Internationalen Arbeiterassoziation vor, weil es die Forderungen der Arbeiter mit Schärfe und Klarheit hinstellt und weil es einer Standarte bedarf für die gesamte Arbeiterklasse der ganzen zivilisierten Welt."[97] Nach heftigen Auseinandersetzungen, in denen Wilhelm Liebknecht als Schlußredner den Liberalen eine Abfuhr erteilte und Marx' „Kapital" als

[96] Social-Demokrat (Berlin), 30. August 1868.

[97] Rede Robert Schweichels zur Programmfrage auf dem Nürnberger Vereinstag. In: Die I. Internationale in Deutschland, S. 238.

wissenschaftliche Grundlage der Arbeiterbewegung würdigte, erklärte sich die Mehrheit der Delegierten für das von der Leitung des Verbandes vorgeschlagene Programm.[98] Dieses lehnte sich in den meisten Punkten an die programmatische Präambel der von Karl Marx verfaßten Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation an.

Im Nürnberger Programm bekannte sich die von August Bebel und Wilhelm Liebknecht geführte Richtung der deutschen Arbeiterbewegung zur Leitidee der Internationale, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Das Programm kennzeichnete das Endziel des proletarischen Klassenkampfes, indem es die Forderung nach Abschaffung aller Klassenherrschaft erhob. Es enthielt die marxistische Erkenntnis, daß die Grundlage aller Knechtschaft das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist. Das Programm brachte die Unversöhnlichkeit der von Bebel und Liebknecht geführten Richtung der deutschen Arbeiterbewegung gegenüber dem preußisch-deutschen Militärstaat zum Ausdruck. Es erklärte die politische Freiheit als unentbehrlich für die ökonomische Befreiung des Proletariats; die soziale Frage könne nur in einem demokratischen Staat gelöst werden. Klar wurde auch gezeigt, daß die internationale Solidarität des Proletariats für den Sieg seines Befreiungskampfes notwendig ist.

Der im Programm erklärte „Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziation"[99] war das wichtigste Ergebnis der Nürnberger Beratungen. Eine Minderheit, die vor allem aus Liberalen bestand, hatte sich vergeblich gegen das neue Programm gewandt und verließ nach seiner Annahme den Vereinstag.

Am letzten Tag faßten die Delegierten noch zwei wichtige Beschlüsse zu Hauptfragen des proletarischen Klassenkampfes in Deutschland. Zunächst verpflichteten sie die Mitglieder und speziell die Leitung des Verbandes, für die Schaffung selbständiger gesamtnationaler Gewerkschaftsorganisationen zu sorgen. Dieser Beschluß wurde zum Ausgangspunkt für die Bildung einer revolutionären Richtung der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Weiter nahmen die Delegierten eine Entschließung an, die auf den entschiedenen Kampf gegen den erstarkenden Militarismus orien-

98 Programm des Verbandes Deutscher Arbeitervereine, angenommen auf dem Nürnberger Vereinstag. In: Ebenda, S. 250. – Dokument Nr. 68.

99 Ebenda.

tierte[100], was die Liberalen noch 1867 auf dem Vereinstag in Gera hatten verhindern können. So zeigte sich, daß die Arbeiterklasse um so energischer für Demokratie und nationale Interessen kämpft, je klarer sie ihre eigenen Klasseninteressen erkennt.

Die von Wilhelm Liebknecht begründete Resolution kennzeichnete die stehenden Heere als Quelle ständiger Kriegsgefahr und Mittel dynastischer Eroberungskriege nach außen sowie als Instrument zur Unterdrückung von Recht und Freiheit und als Ursache sozialer Not der werktätigen Massen im Innern. Der Vereinstag empfahl allen seinen Mitgliedern, bei Landtags- und Reichstagswahlen nur für Kandidaten zu stimmen, die sich verpflichteten, für die Militäretats der Regierungen „nimmermehr einen Groschen zu bewilligen"[101]. Er forderte weiterhin, die Arbeiter, besonders die Landarbeiter, über den Militarismus aufzuklären. Wenn in der Resolution auch noch kleinbürgerlich-demokratische Einflüsse sichtbar waren – so in der Forderung, ein Milizsystem nach Schweizer Vorbild einzuführen –, legte sie doch bereits wichtige Prinzipien des antimilitaristischen Kampfes fest, den die revolutionären Kräfte der deutschen Sozialdemokratie in den folgenden Jahrzehnten führten.

Zum Verbandspräsidenten wählten die Delegierten erneut mit überwältigender Mehrheit August Bebel. Das von Wilhelm Liebknecht redigierte „Demokratische Wochenblatt" wurde Ende 1868 Organ des Verbandes, nachdem die von einem kleinbürgerlichen Demokraten herausgegebene „Deutsche Arbeiterhalle" eingegangen war.

Der Nürnberger Vereinstag bewies, daß sich der Verband Deutscher Arbeitervereine unaufhaltsam von den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräften löste. Noch versuchte die liberale Bourgeoisie, Bildungsvereine vom Verband abzuspalten, und die süddeutsche Volkspartei glaubte ihren Einfluß auf viele Bildungsvereine bewahren zu können, indem sie erklärte, sie schließe sich den Nürnberger Beschlüssen an. Doch diese Bestrebungen waren zum Scheitern verurteilt. Die von August Bebel und Wilhelm Liebknecht geführte revolutionäre Richtung der deutschen Arbeiterbewegung nahm mehr und mehr den Marxismus auf. In Nürnberg hatte sie das Banner gehißt, unter dem sich alle fortgeschrittenen Kräfte der deutschen Arbeiterklasse zu einer revolutionären proletarischen Partei vereinigen konnten.

100 Beschluß des Nürnberger Vereinstages über die Wehrfrage. In: Ebenda, S. 256. – Dokument Nr. 69.

101 Ebenda.

Jetzt konnten die Ideen des Marxismus auch stärker in der Gewerkschaftsbewegung geltend gemacht werden, die einen schnellen Aufschwung nahm. Während der letzten Wirtschaftskrise hatten die Arbeiter nur zu oft erlebt, daß sie hilflos den Erpressungen der Unternehmer ausgeliefert waren, solange sie zersplittert blieben. Das deutsche Proletariat lernte auch von den Arbeitern jener Länder, die größere Erfahrungen in gewerkschaftlichen Kämpfen gesammelt hatten, vor allem von den englischen Arbeitern, die bis dahin die organisatorisch stärksten Gewerkschaften besaßen. Nachdem bereits nach der Streikwelle von 1865 die ersten gesamtdeutschen Gewerkschaftsverbände seit der Revolution entstanden waren, strebten nun, 1868/1869, die deutschen Arbeiter in fast allen wichtigen Berufszweigen zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß im nationalen Rahmen.

Diese Bewegung entsprechend den Beschlüssen des Nürnberger Vereinstages in die Bahn des proletarischen Klassenkampfes zu lenken, wurde zur wichtigsten Aufgabe, die die fortgeschrittenen Kräfte der Arbeiterklasse in Zusammenhang mit der Vorbereitung einer revolutionären proletarischen Partei lösen mußten. Sie erforderte um so mehr Aufmerksamkeit, da sowohl die lassalleanischen Führer als auch Vertreter der liberalen Bourgeoisie sich der Gewerkschaftsbewegung zu bemächtigen suchten.

Johann Baptist von Schweitzer, der früher als einer der entschiedensten Gegner der gewerkschaftlichen Betätigung aufgetreten war, hatte seine Haltung angesichts des Aufschwungs der elementaren Arbeiterbewegung und des wachsenden Einflusses der Internationalen Arbeiterassoziation ändern müssen. Statt aber mit dem Verband Deutscher Arbeitervereine zusammenzuwirken, wie er es Wilhelm Liebknecht in einer Unterredung im Juli 1868 zugesagt hatte, suchte er Bebel und Liebknecht in der Gewerkschaftsbewegung zuvorzukommen. In großer Eile berief er nach der Hamburger Generalversammlung gemeinsam mit Friedrich Wilhelm Fritzsche einen Kongreß zur Gründung von Gewerkschaften nach Berlin ein. Mitgliedern des Verbandes Deutscher Arbeitervereine machte er eine Teilnahme an dem Kongreß unmöglich. Damit trug Schweitzer die vom Lassalleanismus verursachte Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung auch in die Gewerkschaften.

Darauf begannen zwei Mitglieder der Fortschrittspartei, Franz Gustav Duncker und Max Hirsch, die Bildung von Gewerkschaften zu propagieren, die friedliche Vereinbarungen mit den Unternehmern

zum Grundsatz erhoben. Diese Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sollten die Schaffung proletarischer Gewerkschaftsorganisationen hintertreiben und der Bourgeoisie anstelle der Bildungsvereine, die ihrer Führung entglitten waren, eine neue Stütze in der Arbeiterklasse geben.

Gegen diese Bestrebungen spielte sich Johann Baptist von Schweitzer geschickt als Vorkämpfer für die Interessen des Proletariats auf. Der Berliner Kongreß, der vom 26. bis 29. September 1868 tagte, war daher stark besucht. Hier wurde beschlossen, einen Verband von sogenannten Deutschen Arbeiterschaften zu bilden, und Schweitzer als dessen Präsident gewählt. Dem Verband traten von den bestehenden Gewerkschaften zunächst der Allgemeine Deutsche Zimmererverein, der Allgemeine Deutsche Schneiderverein und für kurze Zeit der Allgemeine Deutsche Zigarrenarbeiterverein bei. Neun weitere Arbeiterschaften wurden gegründet. Viele Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins leisteten in der Folgezeit Hervorragendes bei der Schaffung nationaler Gewerkschaftsverbände, die einen großen Fortschritt in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung bedeuteten. Schweitzer ging es aber nur darum, die Gewerkschaftsbewegung als Pflanzschule des Lassalleanismus und als Instrument für seine bismarckfreundliche Politik zu mißbrauchen. Deshalb zwang er auch den Arbeiterschaften ein undemokratisches Statut auf, das sie seiner Diktatur unterwerfen sollte.

Für einige Zeit vermochte Schweitzer seine Ziele zu erreichen, auf die Dauer mußte das aber mißlingen. Seine Politik stieß bei jenen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die die Erfordernisse des proletarischen Klassenkampfes erkannten, auf immer stärkeren Widerstand. Die Gewerkschaftsfrage war in den folgenden Jahren ein Brennpunkt der Auseinandersetzung zwischen der proletarischen Opposition und den lassalleanischen Führern im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Der Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung trug wesentlich dazu bei, daß sich der Lassalleanismus zersetzte.

August Bebel, Wilhelm Liebknecht und ihre Genossen hatten unmittelbar nach dem Nürnberger Vereinstag begonnen, von unten nach oben Gewerkschaften aufzubauen, die den Erfordernissen des Klassenkampfes entsprachen. Im Gegensatz zu Schweitzer kämpften sie für Gewerkschaften, die auf dem Boden der Internationalen Arbeiterassoziation standen. Das „Demokratische Wochenblatt" veröffentlichte

deshalb im Herbst 1868 die von Karl Marx entworfene Gewerkschaftsresolution des Genfer Kongresses und andere Materialien der Internationale. In Übereinstimmung mit dieser Entschließung betonten Bebel und Liebknecht stets, daß die Gewerkschaften nicht nur den ökonomischen Kampf führen, sondern zugleich die Arbeiter zum Ringen um die politische und soziale Emanzipation des Proletariats organisieren und schulen mußten. Im Gegensatz zu Schweitzer empfahlen Bebel und Liebknecht den Gewerkschaften einen demokratischen Aufbau; August Bebel arbeitete dazu ein Musterstatut aus. Auch waren Bebel und Liebknecht nach wie vor bestrebt, einheitliche Gewerkschaften zu schaffen. Doch Schweitzer wies alle Vorschläge, die sie dazu unterbreiteten, zurück; damit besiegelte er die Spaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Die unter dem Einfluß von August Bebel und Wilhelm Liebknecht entstehenden Gewerkschaftsorganisationen bezeichneten sich zum Unterschied von den lassalleanischen Deutschen Arbeiterschaften seit Anfang 1869 allgemein als Internationale Gewerksgenossenschaften. Sie brachten damit ihr Streben nach internationaler Solidarität und ihre Verbundenheit mit der Internationalen Arbeiterassoziation zum Ausdruck.

Bei der Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftspolitik wurden Bebel und Liebknecht von Karl Marx und Friedrich Engels beraten und unterstützt. Diese halfen darüber hinaus aber auch Gewerkschaftsfunktionären in den verschiedensten Teilen Deutschlands, die sich vertrauensvoll direkt mit Marx, als dem Korrespondierenden Sekretär des Generalrats für Deutschland und dem Verfasser des „Kapitals", in Verbindung setzten. Das taten unter anderem Mitglieder des Bergarbeiterkomitees von Lugau, Niederwürschnitz und Oelsnitz, der Präsident des Internationalen Buchbindervereins in Leipzig, aber auch Mitglieder des zentralen Komitees der Metallarbeiterschaft in Hannover. Sie ersuchten Karl Marx insbesondere darum, sie bei der Bildung gewerkschaftlicher Organisationen zu beraten, ihnen Statuten von Trade-Unions zu übersenden, internationale Beziehungen zu vermitteln und sich bei Streiks für eine Unterstützung durch die Internationale einzusetzen.

Ein wichtiges Beispiel für die Hilfe, die Marx und Engels der deutschen Gewerkschaftsbewegung erwiesen, ist der „Bericht über die Knappschaftsvereine der Bergarbeiter in den Kohlenwerken Sachsens". Er wurde von Engels nach Informationen der Lugauer Berg-

arbeiter ausgearbeitet, auf Marx' Vorschlag vom Generalrat Ende Februar 1869 bestätigt und dann im „Demokratischen Wochenblatt" und in anderen Zeitungen veröffentlicht. Marx und Engels wandten sich darin entschieden gegen die Beherrschung der Knappschaftskassen durch die Grubenherren und sprachen sich gegen diejenige Bergarbeitergruppe aus, welche nur „reformieren möchte mit Erlaubnis des Kapitals"[102].

Nachdem im örtlichen Rahmen die Voraussetzungen dazu geschaffen waren, konstituierten sich die Internationalen Gewerksgenossenschaften seit Frühjahr 1869 als gesamtdeutsche Verbände.[103] Es entstanden Internationale Gewerksgenossenschaften der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, Berg- und Hüttenarbeiter, Metallarbeiter, Holzarbeiter, Buchbinder, Maurer und Zimmerer, Schneider, Kürschner und Kappenmacher sowie Schuhmacher. Die Lassalleaner, die zunächst einen gewissen Vorsprung in der Gewerkschaftsbewegung gewonnen hatten, wurden im eigentlichen Industrieproletariat, besonders unter den Textil-, Metall- und Bergarbeitern, bald durch die Anhänger Bebels und Liebknechts überflügelt.

So erreichte die deutsche Gewerkschaftsbewegung 1868/1869 eine neue Entwicklungsstufe: Fast in allen wichtigen Berufszweigen entstanden jetzt gesamtnationale Gewerkschaftsverbände, und zum erstenmal formierte sich eine Gewerkschaftsrichtung, die unter marxistischer Führung stand.

Durch die Internationalen Gewerksgenossenschaften und Arbeiterschaften wurden Zehntausende von Arbeitern in den organisierten proletarischen Klassenkampf einbezogen. In der Internationalen Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts, die vor allem Textilarbeiter erfaßte, fanden, wie Clara Zetkin betonte, auch „die Anfänge der klassenbewußten proletarischen Frauenbewegung erste organisatorische Zusammenfassung und ideologische Klärung"[104]. Präsident dieser größten Internationalen Gewerksgenossenschaft, die sich auf einem Kongreß in Leipzig vom 14. bis 17. Mai 1869 konstituierte, war ein

102 Friedrich Engels: Bericht über die Knappschaftsvereine der Bergarbeiter in den Kohlenwerken Sachsens. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 16, S. 347.

103 Dokument Nr. 73.

104 Clara Zetkin: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958, S. 89.

vielseitiger Organisator, glänzender Agitator und leidenschaftlicher Vorkämpfer für die Prinzipien der Internationalen Arbeiterassoziation, Julius Motteler in Crimmitschau. Die Gewerkschaft zählte ein Jahr nach ihrer Gründung unter ihren 5000 bis 6000 Mitgliedern fast 1000 Frauen. Arbeiterinnen gehörten auch zu ihren tüchtigsten Funktionären.

Unter dem Druck der erstarkenden Arbeiterbewegung mußte bei der Ausarbeitung der Gewerbegesetzgebung des Norddeutschen Bundes im Mai 1869 – wenngleich mit starken Einschränkungen – das Koalitions- und Streikrecht zugestanden werden. Dieser Erfolg und der Fortschritt der gewerkschaftlichen Organisation förderten wiederum den neuen Aufschwung der Streikbewegung. Bereits 1869 führten die deutschen Arbeiter 130 Streiks, mehr als je zuvor in einem Jahr beginnender Konjunktur. Während in den fünfziger Jahren Berg-, Hütten-, Metall- und Textilarbeiter nur etwa ein Fünftel der Arbeitseinstellungen getragen hatten, machte ihr Anteil an den Streiks in diesem Jahr bereits ein Drittel aus. Das zeigte, wie der moderne Industriearbeiter in der Arbeiterbewegung mehr in den Vordergrund trat.

Die wachsenden Erfahrungen, die die Arbeiter in diesen Klassenauseinandersetzungen sammelten, erleichterten es August Bebel und Wilhelm Liebknecht, die Ideen der Internationale im Verband Deutscher Arbeitervereine durchzusetzen. Dazu leisteten die beiden Arbeiterführer im „Demokratischen Wochenblatt", auf zahlreichen Versammlungen in Sachsen und in anderen Teilen Deutschlands, nicht zuletzt auch in ihrer Korrespondenz mit den örtlichen Vereinen, die 1868/1869 stark zunahm, eine umfangreiche politische Arbeit. Immer entschiedener verfochten sie die selbständigen Klasseninteressen des Proletariats. Im Norddeutschen Reichstag, wo Bebel und Liebknecht zunächst vorwiegend einen revolutionär-demokratischen Standpunkt vertreten hatten, legte August Bebel am 18. März 1869 – während der Beratung über die Gewerbegesetzgebung – ein glühendes Bekenntnis zu den Ideen der Internationalen Arbeiterassoziation ab.

Die Aufklärungsarbeit August Bebels und Wilhelm Liebknechts zeitigte sichtbare Erfolge. Den 67 örtlichen Organisationen des Verbandes Deutscher Arbeitervereine, die sich auf dem Nürnberger Vereinstag zum Programm der Internationale bekannt hatten, schlossen sich Ende 1868 und in der ersten Jahreshälfte 1869 fast 40 neue an; dagegen zerfiel ein sogenannter Deutscher Arbeiterbund, den die

Liberalen aus einem Teil der 26 abgespaltenen Vereine gebildet hatten. Die Abonnentenzahl des „Demokratischen Wochenblatts" stieg von 500 Anfang 1868 auf 1300 im Frühjahr 1869.

Jetzt waren endgültig die subjektiven Voraussetzungen für die Schaffung einer revolutionären Partei gereift, wie sie das Proletariat brauchte, um sich für die Eroberung der politischen Macht vorzubereiten und den Kampf um eine einheitliche demokratische deutsche Republik erfolgreich zu führen. Immer nachdrücklicher forderten daher Karl Marx und Friedrich Engels von Bebel und Liebknecht, sich endgültig von der kleinbürgerlichen Volkspartei Süddeutschlands zu trennen und eine selbständige proletarische Parteiorganisation zu gründen, die ebensowenig lassalleanisch wie kleinbürgerlich-demokratisch sein durfte. Ein wichtiger Schritt in dieser Richtung war es, als August Bebel im März 1869 dem Verband Deutscher Arbeitervereine in einem Zirkular den Vorschlag unterbreitete, auf dem nächsten Vereinstag eine straffe Organisation anzunehmen.

Während Bebel und Liebknecht die Trennung des Verbandes Deutscher Arbeitervereine von der kleinbürgerlichen Demokratie vorantrieben, bemühten sie sich zugleich verstärkt, die Mitglieder und Funktionäre des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins an sich zu ziehen und Schweitzer zu isolieren. Der verstärkte Kampf gegen den Lassalleanismus trug wesentlich dazu bei, die programmatischen und organisatorischen Prinzipien einer revolutionären proletarischen Partei zu klären.

In der Auseinandersetzung mit der Politik der lassalleanischen Führer zeigten Bebel und Liebknecht vor allem, daß die Arbeiterklasse den junkerlich-preußischen Militärstaat unversöhnlich bekämpfen muß; *„die sozialistische Idee kann nicht innerhalb des heutigen Staats verwirklicht werden"*, erklärte Wilhelm Liebknecht in einer Versammlung in Berlin im Frühjahr 1869, *„sie muß ihn stürzen, um ins Leben treten zu können. Kein Friede mit dem heutigen Staat!"*[105]

In den Mittelpunkt des Kampfes gegen den Lassalleanismus rückte auch immer mehr die Kritik an den diktatorischen Organisationsprinzipien und dem Lassallekult des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins; denn zwischen diesen und der preußenfreundlichen Politik der lassalleanischen Führer bestand ein untrennbarer Zusammenhang. Mit Recht schrieb August Bebel später rückblickend über Johann Baptist von Schweitzer: „Der eigentliche Zweck seiner Tätigkeit, und in

[105] Demokratisches Wochenblatt (Leipzig), 7. August 1869.

Bismarcks Augen ihr Hauptzweck, war, *eine der Regierung politisch gefügige Arbeiterbewegung zu schaffen* ... Für die Rolle, die Schweitzer spielte, war aber auch unumgänglich notwendig, daß er frei und unabhängig nach eigenem Gutdünken mit dem Verein schalten und walten konnte, an dessen Spitze er stand. *Dazu gehörte die Diktatur* ... Dazu mußte weiter der beständige Kultus mit Lassalle und der von ihm geschaffenen Organisation dienen, ein Kultus, über den der Zyniker heimlich lachte und [der] seine Verachtung gegen diejenigen steigerte, die sich von ihm führen ließen."[106]

Karl Marx und Friedrich Engels hatten von jeher schonungslos jedweden Personenkult und alles Diktatorentum in der Arbeiterbewegung bekämpft, weil diese der Arbeiterklasse unwürdig sind und ihr schaden. Der Personenkult und die diktatorischen Organisationsprinzipien des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins waren von den Begründern des wissenschaftlichen Kommunismus wiederholt als Ausdruck des kleinbürgerlichen Sektencharakters des Lassalleanismus charakterisiert worden. In der Internationalen Arbeiterassoziation hatte Karl Marx Organisationsprinzipien durchgesetzt, die Zentralismus und Demokratismus organisch miteinander verbanden. Indem die fortgeschrittenen Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung im Sinne von Karl Marx und Friedrich Engels entschieden für demokratische Organisationsprinzipien eintraten, gewährleisteten sie, daß eine revolutionäre und fest mit den Massen verbundene Partei geschaffen werden konnte.

Von der kleinbürgerlichen Volkspartei grenzten sich August Bebel und Wilhelm Liebknecht allerdings trotz des Drängens von Marx und Engels noch nicht klar ab; das machten sich die lassalleanischen Führer zunutze, um sie als Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung zu verleumden. Bei den politisch reifsten Funktionären und Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wuchs aber dennoch die Autorität Bebels und Liebknechts. Daher mußte ihnen Johann Baptist von Schweitzer die Möglichkeit geben, auf der Generalversammlung des Vereins, die vom 28. bis 31. März 1869 in Elberfeld abgehalten wurde, ihre Anklagen gegen sein Paktieren mit Bismarck und seine Spaltertätigkeit in der Arbeiterbewegung vorzubringen. Diese verfehlten nicht ihre Wirkung. Als Schweitzer – ohne sich gerechtfertigt zu haben – ein Vertrauensvotum verlangte, enthielt sich eine starke Minderheit der Delegierten der Stimme. Vor allem

[106] August Bebel: Aus meinem Leben, S. 339/340 u. 341.

schränkte die Generalversammlung die diktatorischen Befugnisse des Vereinspräsidenten beträchtlich ein.[107]

Die revolutionären Kräfte des Vereins, von deren Erstarken diese Beschlüsse zeugten, waren immer mehr von der Internationalen Arbeiterassoziation angezogen worden. Das hatte deutlich eine große Solidaritätsaktion für den Streik der Basler Bandwirker und Seidenfärber Ende 1868/Anfang 1869 gezeigt; von den annähernd 100 Geldsendungen, die Arbeiter aus Deutschland ihren Klassengenossen in der Schweiz zugesandt hatten, waren viele von Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gekommen. Johann Baptist von Schweitzer ließ nun durch die Elberfelder Generalversammlung eine Resolution annehmen, in der es hieß, der Verein schließe sich „dem Programm und den Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziation an"[108]. Wie August Bebel an Marx schrieb, suchte Schweitzer durch dieses demagogische Manöver „einen Hauptcoup gegen uns zu führen und ein gut Teil oppositioneller Elemente niederzuschlagen respektive zu sich herüberzuziehen"[109]. Doch das gelang nur teilweise.

In dem Maße, wie die fortgeschrittenen Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins von den Ideen der Internationale beeinflußt wurden, näherten sie sich der von Bebel und Liebknecht geführten revolutionären Richtung der deutschen Arbeiterbewegung.[110] Wie das Bekenntnis zur Internationale die Losung für die Befreiung der Bildungsvereine von bürgerlicher Bevormundung gewesen war, so förderte es auch das Einheitsstreben der fortgeschrittenen deutschen Arbeiter.

August Bebel und Wilhelm Liebknecht trafen nun weitere Maßnahmen, um eine revolutionäre proletarische Partei vorzubereiten. Im Mai 1869 unterbreitete Bebel im Namen der Leitung in einem neuen Zirkular die Tagesordnung für den nächsten Vereinstag des Verbandes Deutscher Arbeitervereine. Hier sollte vor allem das in Nürnberg angenommene Programm durch die nationalen Aufgaben der Arbeiterklasse ergänzt, das lose Gefüge des Verbandes durch eine kampfkräftige Organisation ersetzt und so eine sozialdemokratische

107 Dokument Nr. 72.

108 Social-Demokrat (Berlin), 3. Februar 1869.

109 August Bebel an Marx, 27. März 1869. In: Die I. Internationale in Deutschland, S. 320.

110 Dokument Nr. 74.

Partei geschaffen werden. Bebel forderte dabei nicht nur die Mitglieder des Verbandes Deutscher Arbeitervereine, sondern alle Gleichgesinnten auf, an diesem großen Werk teilzunehmen. Dieses Rundschreiben verbreiteten Bebel und Liebknecht auch im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, wo es vor allem durch Anhänger und Mitglieder der Internationale unterstützt wurde.

Als das Streben zunahm, alle sozialistischen deutschen Arbeiter unter dem Banner der Internationale zusammenzuschließen, spielte Johann Baptist von Schweitzer dagegen demagogisch die Losung „Einheit aller Lassalleaner" aus. Mitte Juni 1869 vollzog er die Vereinigung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mit einer von der Gräfin Sophie von Hatzfeldt inspirierten Splittergruppe, und zwar im Zeichen des orthodoxen Lassalleanismus. Dabei führte er zugleich das Lassallesche Vereinsstatut wieder ein; auf diese Weise stellte er seine Diktatur wieder her, die von der Elberfelder Generalversammlung beschränkt worden war.

Die meisten Vereinsmitglieder, von Schweitzer und anderen Führern jahrelang im Lassallekult erzogen, durchschauten diese Machenschaften noch nicht, doch unter dem oppositionellen Flügel löste Schweitzers „Staatsstreich" einen Sturm der Empörung aus. Die angesehenen Vereinsfunktionäre Wilhelm Bracke aus Braunschweig, Samuel Spier aus Wolfenbüttel und Theodor Yorck aus Harburg setzten sich über Julius Bremer, den Leiter der Magdeburger Sektion der Internationale, mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht in Verbindung. Auf einer Zusammenkunft in Magdeburg am 22. Juni 1869 vereinbarten sie, nun gemeinsam einen Kongreß einzuberufen, auf dem, wie es in einem zunächst von Bracke und Genossen gezeichneten Aufruf hieß, „die Einigung der sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands" herbeigeführt und „der Grund einer wirklich demokratischen Organisation der Partei, im Anschluß an die internationale Bewegung, gelegt werden" sollte.[111]

Für dieses große Ziel vereinigten in den folgenden Monaten alle von der Internationalen Arbeiterassoziation beeinflußten Abteilungen der deutschen Arbeiterbewegung ihre Anstrengungen:

Der Verband Deutscher Arbeitervereine und die sächsischen Volksvereine folgten nahezu geschlossen August Bebel und Wilhelm Lieb-

[111] Aufruf führender Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zur Durchführung eines Kongresses für die Vereinigung aller sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands. In: Die I. Internationale in Deutschland, S. 359.

knecht. Sie stellten den Kern der neuen revolutionären Arbeiterpartei.

Im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein konnten Schweitzer und die anderen lassalleanischen Führer die Mehrheit noch unter ihrem Einfluß halten, so daß die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung bestehenblieb. Doch während vier Jahre vorher, 1865, erst einzelne Gruppen mit dem Lassalleanismus gebrochen und Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation gebildet hatten, stießen jetzt etwa 1000 Mitglieder des Vereins zu der von Bebel und Liebknecht geführten revolutionären Richtung der deutschen Arbeiterbewegung. Unter ihnen befanden sich, wie Franz Mehring feststellte, „verhältnismäßig viele, im organisierten Klassenkampfe trefflich erprobte und geschulte Kräfte“[112].

Auch die politisch bewußten Gewerkschafter erkannten, wie notwendig eine revolutionäre proletarische Partei war. Namentlich die Internationalen Gewerksgenossenschaften, aber auch eine Reihe von Arbeiterschaften wählten Delegierte für den bevorstehenden Kongreß. Mehr als ein Drittel der Kongreßteilnehmer waren dann auch Delegierte von Gewerkschaftsorganisationen oder Berufsgruppen.

In allen diesen Arbeiterorganisationen gehörten die Mitglieder und die Sektionen der Internationale zu den aktivsten Vorkämpfern für die Schaffung einer revolutionären proletarischen Partei.

Auch Arbeiter Österreichs und die deutschen Arbeiterbildungsvereine der Schweiz, die sich der Internationale angeschlossen hatten, beteiligten sich an den Vorbereitungen für den Kongreß. Dieser wurde im Juli 1869 endgültig nach Eisenach einberufen, mit dem Ziel, die deutsche Arbeiterbewegung *„in die richtige, einzig zum Siege führende Bahn der auf internationaler Grundlage beruhenden, großen Arbeiterbewegung hinüberzuleiten“*[113].

Der Eisenacher Kongreß trat am 7. August 1869 zusammen. 262 Delegierte aus 193 Orten waren am Tagungsort, dem Gasthof „Zum Goldenen Löwen“, erschienen. Neben August Bebel, Wilhelm Bracke und Wilhelm Liebknecht befanden sich viele andere hervorragende Arbeiterfunktionäre unter den Teilnehmern, so Leonhard von Bon-

112 Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Zweiter Teil. In: Franz Mehring: Gesammelte Schriften, Bd. 2, Berlin 1960, S. 346.

113 Einberufung eines allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongresses nach Eisenach. In: Die I. Internationale in Deutschland, S. 385. – Dokument Nr. 75.

horst, Julius Bremer, Friedrich Wilhelm Fritzsche, August Geib, Christian Hadlich, Adolf Hepner, Hugo Hillmann, Carl Hirsch, Gabriel Löwenstein, Theodor Metzner, Julius Motteler, August Otto-Walster, Wilhelm Stolle, Julius Vahlteich und Theodor Yorck. Auch Johann Philipp Becker, der Präsident der Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiterassoziation, war aus Genf gekommen.

Schweitzer, der mit allen Mitteln die Schaffung einer revolutionären Arbeiterpartei zu verhindern suchte, hatte über hundert fanatische Lassalleaner unter Leitung von Carl Wilhelm Tölcke nach Eisenach geschickt, die den Kongreß in die Hand bekommen oder sprengen sollten. Ihnen wurde jedoch am zweiten Tage, als die Delegierten im Gasthof „Zum Mohren" zusammenkamen, kein Zutritt gewährt und damit die Möglichkeit genommen, sich in die Verhandlungen einzumischen und zu randalieren.

Der Eisenacher Kongreß, der bis zum 9. August tagte, behandelte vor allem das Programm und die Statuten der Partei, weiter ihr Verhältnis zur Internationalen Arbeiterassoziation sowie ihre Stellung zu den Gewerkschaften und wählte schließlich die leitenden Parteiorgane. Der Hauptreferent war August Bebel, geleitet wurde der Kongreß von August Geib. Täglich gingen Telegramme aus vielen Orten Deutschlands ein; das zeugte davon, wie breite Kreise der deutschen Arbeiter an den Verhandlungen Anteil nahmen.

Auf diesem bis dahin größten deutschen Arbeiterkongreß gründeten die revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterklasse die Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Die Eisenacher Partei entstand unter dem Einfluß von Karl Marx und Friedrich Engels und der Internationalen Arbeiterassoziation als Ergebnis des jahrelangen Kampfes, den sie und ihre Anhänger, voran August Bebel und Wilhelm Liebknecht, gegen Lassalleanismus und bürgerlichen Liberalismus geführt hatten. Im Ringen um die demokratische Einigung Deutschlands und in Klassenkämpfen gegen die Bourgeoisie hatten sich Tausende Arbeiter von der Richtigkeit der Politik, die Marx, Engels und ihre Anhänger verfolgten, überzeugt. So bildete sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei auf marxistischer Grundlage. Zwar war sie noch behaftet mit lassalleanischen und vulgär-demokratischen Überresten, die erst in einem längeren Entwicklungsprozeß überwunden werden konnten; in entscheidenden theoretischen, taktischen und organisatorischen Prinzipien stand die Partei aber von Anfang an in bewußtem Gegensatz zur lassalleani-

schen Theorie und Praxis. Das zeigte bereits der Gründungskongreß in Eisenach.

Die verantwortungsvolle Aufgabe, Programm und Statut der Partei auszuarbeiten, hatte August Bebel übernommen, wobei er andere bewährte Arbeiterfunktionäre konsultierte. Der Entwurf wurde nach dem Referat Bebels und nach eingehender Diskussion vom Kongreß mit wenigen Änderungen angenommen.

Der Hauptteil des Eisenacher Programms entsprach im wesentlichen der in Nürnberg beschlossenen Grundsatzerklärung, die sich an die Präambel zu den von Karl Marx verfaßten Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation anlehnte. Er forderte die Abschaffung aller Klassenherrschaft, kennzeichnete das Privateigentum an den Produktionsmitteln als Grundlage jedweder Knechtschaft und verlangte die Beseitigung der auf dieser Eigentumsform beruhenden kapitalistischen Produktionsweise. Die Partei erkannte damit als ihre Aufgabe, die Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer historischen Mission zu sammeln und vorzubereiten.

Das Eisenacher Programm unterstrich in seinem prinzipiellen Teil den untrennbaren Zusammenhang zwischen dem politischen und sozialen Kampf des Proletariats. Es betonte, daß die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse ihre politische Befreiung voraussetzt. Einen wichtigen Fortschritt bedeutete die hier niedergelegte Erkenntnis von der Notwendigkeit einer eigenen Partei: „In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, gibt sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation."[114] Eindeutig bekannte sich die Partei auch zum proletarischen Internationalismus im Sinne von Karl Marx und Friedrich Engels.

Das gesamte Eisenacher Programm drückte die Feindschaft der Partei gegen den junkerlich-großbourgeoisen Militärstaat aus. An der Spitze des Programms stand die Forderung nach *„Errichtung des freien Volksstaats"*[115]. Damit war eine demokratische Republik umschrieben, die zunächst auf der Tagesordnung stand. Diese Umschreibung war allerdings wissenschaftlich unzulänglich und ließ opportunistische Schlußfolgerungen zu. Insbesondere wurde die demokratische Republik

[114] Programm und Statuten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. In: Demokratisches Wochenblatt (Leipzig), 14. August 1869. – Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S. 45.

[115] Ebenda.

nicht als Etappenziel, als günstigster Kampfboden für die Errichtung der Diktatur des Proletariats, sondern als Staat der sozialistischen Gesellschaft selbst betrachtet. Karl Marx und Friedrich Engels konnten daher dieser „Volksstaat"-Losung nur vorübergehend eine gewisse agitatorische Berechtigung zugestehen. Sie haben sie insbesondere 1875, als von der Partei ein höheres ideologisches Niveau verlangt werden mußte, scharf kritisiert.

Der Schlußteil des Eisenacher Programms legte die nächsten Forderungen fest, die in der Agitation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei geltend gemacht werden sollten. Das waren vor allem demokratische Ziele wie allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für Männer schon vom 20. Lebensjahr an und bei allen Wahlen, Presse-, Vereins- und Koalitionsfreiheit, Volkswehr anstelle der militaristischen stehenden Heere, Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession sowie Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche. Weiter wurde eine Reihe von sozialen Maßnahmen im Interesse der Arbeiter verlangt, so die Einführung des Normalarbeitstages, das Verbot der Kinderarbeit sowie die Abschaffung aller indirekten Steuern und ihre Ersetzung durch eine einzige, direkte und progressive Einkommens- und Erbschaftssteuer. In diesen Teil des Programms wurde auf dem Eisenacher Kongreß auch die Forderung nach „Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien"[116] aufgenommen. Dieser Passus und eine Reihe anderer Formulierungen zeugten von lassalleanischen Einflüssen, und auch von kleinbürgerlich-demokratischen Tendenzen war das Programm nicht frei. Bestimmend für den Gesamtcharakter des Eisenacher Programms waren aber die in ihm enthaltenen marxistischen Grundsätze der Internationalen Arbeiterassoziation.

Wie das Programm, so spiegelte auch das von August Bebel ausgearbeitete Statut den revolutionären Charakter der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei wider. Die hier festgelegte Organisation war etwas Neues gegenüber dem Verband Deutscher Arbeitervereine, der – aus einer losen Dachorganisation von Bildungsvereinen hervorgegangen – nicht die für eine revolutionäre proletarische Partei notwendige Einheitlichkeit und Aktionsfähigkeit besaß. Zugleich stand das in Eisenach angenommene Statut aber im strikten Gegensatz zu den diktatorischen Organisationsprinzipien des Allgemeinen Deutschen

[116] Ebenda, S. 46.

Arbeitervereins, die mit dem lassalleanischen Personenkult verbunden waren. Das Statut der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei beruhte auf demokratischen Grundsätzen, die es den Mitgliedern ermöglichten, an der Lösung aller Fragen der Theorie und Politik aktiv teilzunehmen, und gewährleistete gleichzeitig eine zentrale Führung.

Das höchste Organ der Eisenacher war der jährlich stattfindende Kongreß. Hier wurde „über alle die Partei berührenden Fragen beraten und beschlossen"[117]. Während an der Spitze des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ein Präsident mit diktatorischen Vollmachten stand, wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zwischen den Kongressen von einem fünfköpfigen Parteiausschuß geleitet, der dem Kongreß verantwortlich war. Der Parteiausschuß wurde von und aus den Mitgliedern der Stadt gewählt, die der Kongreß zum Vorort bestimmte. Das konnte die Kollektivität der Leitung unter den damaligen Bedingungen am besten sichern. Zur regelmäßigen Prüfung der Geschäftsführung des Ausschusses und zur Behandlung eventueller Beschwerden gegen seine politische Tätigkeit wurde eine Kontrollkommission gebildet. Wie durch das Programm, so erwies sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei auch durch diesen demokratischen Zentralismus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein überlegen, in dem eine Präsidialdiktatur und ein bürokratischer Zentralismus herrschten.

Auch zur Gewerkschaftspolitik der Partei wurde auf dem Eisenacher Kongreß ein wichtiger Beschluß gefaßt. Er stellte die Aufgabe, weiter Internationale Gewerksgenossenschaften zu bilden und für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen.[118]

Wie sich die Partei nach einem Bericht ihres Ausschusses an den Generalrat „auf Grund der Plattform der Internationalen Arbeiterassoziation ... konstituierte"[119], so erklärte sie sich in ihrem Programm auch zum deutschen „Zweig *der Internationalen Arbeiterassoziation*"; allerdings mußte der Zusatz gemacht werden, „soweit es die Vereinsgesetze gestatten"[120]. Da diese reaktionären Bestimmungen nicht zu-

117 Programm und Statuten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. In: Demokratisches Wochenblatt (Leipzig), 14. August 1869.

118 Dokument Nr. 76.

119 Bericht des Ausschusses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei an den Generalrat über die Entwicklung und Tätigkeit der Partei seit dem Eisenacher Kongreß. In: Die I. Internationale in Deutschland, S. 488.

120 Programm und Statuten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. In: Demokrati-

ließen, daß sich die Partei als Ganzes direkt der Internationale anschloß, empfahl der Kongreß entsprechend einem Vorschlag von Karl Marx und auf Antrag Wilhelm Liebknechts den Mitgliedern, individuell der Internationale beizutreten. Gegenüber dem Generalrat wurden die deutschen Mitglieder und Sektionen der Internationale in Zukunft durch die leitenden Instanzen und Persönlichkeiten der Eisenacher Partei vertreten, während die Befugnisse des Genfer Zentralkomitees vom Generalrat nun wieder auf die Schweiz beschränkt wurden.

Zum Vorort, dem Sitz des Parteiausschusses, wählte der Eisenacher Kongreß auf Antrag Wilhelm Liebknechts Braunschweig, wo hervorragende ehemalige Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins tätig waren. Der bedeutendste Kopf des Braunschweiger Ausschusses wurde Wilhelm Bracke, Sekretär Leonhard von Bonhorst. Zum offiziellen Organ der Partei und der Internationalen Gewerksgenossenschaften bestimmten die Delegierten das „Demokratische Wochenblatt", das in Parteieigentum übergeführt und in „Der Volksstaat" umbenannt wurde. Durch das zentrale Parteiorgan übten August Bebel und Wilhelm Liebknecht maßgebenden politisch-ideologischen Einfluß auf die Parteimitglieder aus.

Der Eisenacher Kongreß endete mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung. Noch von Eisenach aus benachrichtigte Wilhelm Liebknecht in einem Telegramm Karl Marx von der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Die Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels hatten in der deutschen Arbeiterbewegung einen großen Sieg errungen. Vergeblich hatte die Konterrevolution im Jahre 1852 mit dem Kölner Kommunistenprozeß den Marxismus zu vernichten gesucht. Als kurzsichtig und hochnäsig erwies sich auch, daß noch 1865 lassalleanische Führer gehöhnt hatten, die Partei Marx bestehe aus ganzen drei Mann – Marx als Chef, Engels als Sekretär und Liebknecht als ihrem „Agenten" in Deutschland. Das Vordringen des Marxismus konnte trotz zeitweiliger Rückschläge und Niederlagen weder durch Terrormaßnahmen der herrschenden Klassen noch durch opportunistische Kräfte in der Arbeiterbewegung aufgehalten werden; denn er ist der wissenschaftliche Ausdruck der Interessen des Proletariats. Auf dem Eisenacher Kongreß schuf sich die Vorhut der deutschen Arbeiterklasse auf marxisti-

sches Wochenblatt (Leipzig), 14. August 1869. – Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S. 46.

scher Grundlage erneut eine Partei, die dem Junkertum, der Bourgeoisie und ihrer Staatsmacht unversöhnlich gegenüberstand. Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bekannten sich zum wissenschaftlichen Kommunismus und zum proletarischen Internationalismus. Ihre Führer hielten engen persönlichen Kontakt mit Karl Marx und Friedrich Engels, deren Ratschläge und Kritiken für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung große Bedeutung hatten, und Marx und Engels nannten die Eisenacher „unsre Partei"[121].

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei führte in der deutschen Arbeiterbewegung das Erbe des Bundes der Kommunisten fort. Diese erste revolutionäre Partei des deutschen und internationalen Proletariats hatte bei ihrer Gründung am Vorabend der Revolution von 1848 erst einige hundert Revolutionäre vereinigen können, meist Handwerksgesellen, von denen die Mehrheit im Ausland lebte. Infolge der weiterentwickelten ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse, besonders der mit der industriellen Revolution vor sich gehenden Formierung des modernen Industrieproletariats, umfaßte die Eisenacher Partei bei ihrer Gründung bereits etwa 10 000 Mitglieder aus allen Schichten der Arbeiterklasse und aus den verschiedensten Gebieten Deutschlands. In dieser Beziehung verkörperte sie gegenüber dem Bund der Kommunisten eine höhere Entwicklungsstufe der proletarischen Partei: Mit ihr entstand das Fundament für eine nationale revolutionäre Partei des Proletariats.

Das Schwergewicht der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei lag in Sachsen, Braunschweig, Württemberg und Thüringen, und erste Stützpunkte besaß sie in Baden, Bayern, Hessen, Rheinpreußen und Schlesien. Dagegen hatte der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein seine traditionellen Zentren in Hamburg und im Rheinland, seit Ende 1869 wurde auch Berlin eine seiner Hochburgen, und in den meisten Gebieten Preußens war er einflußreicher als die Eisenacher. Doch durch den konsequenten Kampf der Partei August Bebels und Wilhelm Liebknechts gegen den preußisch-deutschen Militärstaat wurde die Lösung der Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins von den Doktrinen des Lassalleanismus wesentlich gefördert. Die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bildete die wichtigste Voraussetzung für die Einigung der deutschen Arbeiterbewegung auf der Basis der Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels.

[121] Engels an August Bebel, 18.(–28.) März 1875. In: Friedrich Engels: Briefe an Bebel, Berlin 1958, S. 14.

Der Eisenacher Kongreß war einer der großen Marksteine in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Mit dem hier angenommenen Programm begannen die politischen Grundideen des Kommunistischen Manifests von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem Jahre 1848 breitere Massen der deutschen Arbeiter zu erfassen. Das Eisenacher Programm steht historisch in einer Reihe mit dem Erfurter Programm von 1891, dem Gründungsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1918, den Grundsätzen und Zielen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands von 1946 und ihrem Programm des Sozialismus von 1963.

Die Entstehung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei hatte für die ganze deutsche Nation große Bedeutung. Schon die proletarische Klassenbewegung, aus der die Eisenacher Partei hervorging, hatte den Kampf gegen die verhängnisvolle junkerlich-großbourgeoise Politik der Einigung Deutschlands durch „Blut und Eisen", für eine demokratische Einheit der Nation, als eines der wichtigsten Anliegen betrachtet. Indem die Vorhut der Arbeiterklasse sich eine revolutionäre Partei schuf, erwarb sie die Fähigkeit, im Kampf gegen den preußisch-deutschen Militärstaat und um eine demokratische Entwicklung Deutschlands die Führung zu übernehmen.

Auch für die internationale Arbeiterbewegung war die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ein wichtiges Ereignis. Mit ihr erhielt die Internationale Arbeiterassoziation einen mächtigen Zuwachs im Zentrum Europas. Vor allem stärkte die Partei August Bebels und Wilhelm Liebknechts in der ersten internationalen Massenorganisation des Proletariats die Positionen des Marxismus. Das tat sie allein schon durch ihre Existenz und erfolgreiche Tätigkeit; denn sie war die erste im Rahmen eines Landes organisierte sozialistische Arbeiterpartei.

Der Marxismus konnte sich im Programm der Internationale nur durchsetzen, weil seine Begründer die praktischen Erfahrungen aller Abteilungen der Arbeiterbewegung verallgemeinerten, so die Leistung, die die englischen Arbeiter mit der Schaffung organisatorisch starker Gewerkschaften vollbracht hatten, und später die bedeutsamen Lehren aus dem ersten historischen Versuch zur Errichtung der Diktatur des Proletariats, den die französischen Arbeiter unternahmen. Im Kampf für selbständige proletarische Parteien konnten sich Marx und Engels nun auf das praktische Beispiel der deutschen Arbeiterbewegung stützen. Da diese als erste den Grundstein zu einer nationalen revolutio-

nären Partei geschaffen hatte, sammelte sie auch Erfahrungen in bezug auf die Verbindung des ökonomischen, politischen und theoretischen Kampfes, auf die Ausnutzung des Parlaments und auf die Entwicklung einer breiten Aufklärungsarbeit unter den Massen, Erfahrungen, die für die Arbeiter aller Länder Bedeutung hatten. Darüber hinaus begann die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, aktiv am Kampf gegen kleinbürgerliche Richtungen in der internationalen Arbeiterbewegung teilzunehmen.

Das war um so wichtiger, als Ende der sechziger Jahre die Internationale Arbeiterassoziation in eine neue Entwicklungsphase trat. Zu dieser Zeit war der orthodoxe Proudhonismus innerhalb der Internationale schon weit zurückgedrängt. Die französische Arbeiterbewegung befreite sich zunehmend von seinem Einfluß und erstarkte. Zugleich tauchte jedoch ein neuer gefährlicher Gegner des Marxismus auf, der Bakunismus. Diese von dem russischen Emigranten Michail Bakunin entwickelte Spielart des Anarchismus vertrat eine sektiererische und abenteuerliche Politik, die das Proletariat von der Schaffung politischer Parteien ablenkte und der Reaktion in die Hände arbeitete. Darüber hinaus eröffneten die Bakunisten einen Fraktionskampf, der die Internationale zu desorganisieren drohte. Eine Basis fand der Bakunismus vor allem unter entwurzelten kleinbürgerlichen und halbproletarischen Schichten in Ländern wie der Schweiz, Italien und Spanien, wo die Arbeiterbewegung noch in den Kinderschuhen steckte. Mit den Bakunisten verbanden sich gegen den Marxismus zeitweise die rechten Führer der Trade-Unions in England und die Führer der Lassalleaner in Deutschland. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei wurde dagegen zur Hauptstütze des Marxismus in der internationalen Arbeiterbewegung.

Die ideologische Festigung der jungen Partei des deutschen Proletariats wurde besonders gefördert durch den Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation, der vom 6. bis 11. September 1869 in Basel tagte. Wie schon ein Jahr vorher auf dem Kongreß von Brüssel, war auch hier ein Hauptpunkt der Auseinandersetzungen die Stellung der Sozialisten zur Grund-und-Boden-Frage. Die Mehrheit der Delegierten, darunter auch die Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Wilhelm Liebknecht und Samuel Spier, stimmte einem wichtigen Beschluß zu. Er erklärte, „daß die Gesellschaft das Recht besitzt, das Privateigentum an Grund und Boden abzuschaffen und in gemeinsames Eigentum umzuwandeln" und „daß diese Umwandlung eine

Notwendigkeit ist".[122] Die Annahme der Resolution besiegelte den Triumph des Marxismus über den Proudhonismus in der Internationale. Sie offenbarte erneut den proletarischen Charakter der Assoziation und förderte entscheidend das Klassenbewußtsein des internationalen Proletariats.

Für die Arbeiterbewegung in Deutschland hatte die Entschließung des Basler Kongresses zur Grund-und-Boden-Frage schon deshalb besondere Bedeutung, weil hier das preußische Junkertum das Hauptbollwerk der Reaktion war. Doch noch in anderer Beziehung förderte der Beschluß die Entwicklung der Vorhut des deutschen Proletariats. Durch den Basler Kongreß wurde die kleinbürgerliche Volkspartei, mit der die Eisenacher noch in Verbindung standen, in große Aufregung versetzt. Als Verteidiger des Privateigentums an den Produktionsmitteln übersah sie, wie wichtig der hier gefaßte Beschluß zur Grund-und-Boden-Frage gerade für den allgemein-demokratischen Kampf gegen das Junkertum war, und erblickte in ihm nur eine Gefahr für ihre bäuerlichen Anhänger. Sie stellte an die Eisenacher das Ansinnen, sich von dem Beschluß zu distanzieren. Dabei drohte sie, die württembergischen Arbeitervereine, die sich noch nicht völlig der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei angeschlossen hatten, abzusprengen. Das stellte die Arbeiterpartei mit aller Schärfe vor die Notwendigkeit, sich vollständig von der kleinbürgerlichen Demokratie zu trennen.

Wilhelm Liebknecht schreckte anfangs davor zurück und versuchte, eine Auseinandersetzung über den Basler Beschluß zu umgehen. Aber die Partei machte dieses Zurückweichen nicht mit. August Bebel gelang es, während einer Agitationsreise durch Süddeutschland im November 1869 den Einfluß der Volkspartei auf die württembergischen Arbeitervereine auszuschalten. Aus einer Polemik, die sich im Anschluß an diese Reise mit einer kleinbürgerlich-demokratischen Zeitung entspann, entstand August Bebels erste selbständige Schrift, „Unsere Ziele". In der 1870 veröffentlichten Arbeit verteidigte er die sozialistischen Ziele der Partei des Proletariats energisch gegen die kleinbürgerlichen Angriffe. Und während das Eisenacher Programm die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln erst in indirekter Form verlangt hatte, erhob Bebel nun diese Forderung direkt, wobei er sich auf die Beschlüsse der internationalen Kongresse in Brüssel und Basel und auf Marx' „Kapital" berief. Zugleich betonte Bebel die Entschlossenheit

[122] Beschluß des Basler Kongresses über das Eigentum an Grund und Boden. In: Die I. Internationale in Deutschland, S. 427.

der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, ihre großen Ziele mit revolutionären Mitteln durchzusetzen. Auch Wilhelm Liebknecht nahm bald eine prinzipienfeste Haltung zu den Basler Beschlüssen ein. Im Frühjahr 1870 hielt er Vorträge „Zur Grund- und Bodenfrage", die später als Broschüre veröffentlicht und eine der wichtigsten Agitationsschriften der Partei wurden.

Wirksame Hilfe erwies der deutschen Arbeiterbewegung in dieser Auseinandersetzung Friedrich Engels. In der Vorbemerkung zum zweiten Abdruck seines Werkes „Der deutsche Bauernkrieg", die Anfang April 1870 im „Volksstaat" erschien, betonte er, der Basler Beschluß sei *„grade für Deutschland höchst zeitgemäß"*[123]. Engels wies nach, daß die „dringendste Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung" darin bestand, die Landarbeiter als die *„zahlreichsten und natürlichsten Bundesgenossen"*[124] der Industriearbeiter in die sozialdemokratische Bewegung einzubeziehen. Er zeigte weiter, daß die kleinen Bauern und Pächter „nur noch von der Arbeiterklasse Erlösung zu erwarten"[125] hatten und deshalb deren potentielle Verbündete waren.

Die Eisenacher stellten sich auf ihrem ersten Kongreß, den sie vom 4. bis 7. Juni 1870 in Stuttgart, einer Hochburg der Volkspartei, abhielten, in ihrer Gesamtheit hinter den Beschluß von Basel. Nach einem Referat und auf Antrag August Bebels wurde eine wichtige Resolution angenommen. Sie erklärte, daß es die Entwicklung des Kapitalismus zu einer gesellschaftlichen Notwendigkeit machen werde, „das Ackerland in gemeinschaftliches Eigentum zu verwandeln und den Boden von Staats wegen an Ackerbaugenossenschaften zu verpachten, welche verpflichtet sind, das Land in wissenschaftlicher Weise auszubeuten und den Ertrag der Arbeit nach kontraktlich geregelter Übereinkunft unter die Genossenschafter zu verteilen"[126].

Damit schuf sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei ideologische Ausgangspositionen für die Gewinnung der Landarbeiter und für ein Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft. Die Auseinandersetzung über den Basler Beschluß war überhaupt von prinzipieller Bedeutung. Die junge Arbeiterpartei erkannte, daß sie sich von allen

123 Friedrich Engels: Vorbemerkung [zum Zweiten Abdruck (1870) „Der deutsche Bauernkrieg"]. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 16, S. 400.

124 Ebenda, S. 399.

125 Ebenda.

126 Beschluß des Stuttgarter Kongresses zur Grund-und-Boden-Frage. In: Die I. Internationale in Deutschland, S. 481. – Dokument Nr. 78.

nichtproletarischen Gruppierungen und Ideologien grundsätzlich abgrenzen und ihre Endziele unumwunden aussprechen mußte, wenn sie ihre Aufgabe als Vorhut der Arbeiterklasse erfüllen wollte. Sie trennte sich endgültig von der kleinbürgerlichen Volkspartei.

Das alles erschwerte es auch den lassalleanischen Führern, weiterhin die Sozialdemokratische Arbeiterpartei als Ableger der kleinbürgerlichen Demokratie hinzustellen. Wie wichtig das war, zeigte sich schon auf dem Stuttgarter Kongreß. Hier schloß sich die gesamte ehemalige Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Bayern, die sich bereits vorher von Schweitzer losgesagt hatte, den Eisenachern an.

Ihren Masseneinfluß konnte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei vor allem dank ihrer Gewerkschaftspolitik erweitern. Seit dem Eisenacher Kongreß stand die Frage nach dem Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften als praktisches Problem. Wesentliche Hinweise zur Klärung dieser Frage gab Karl Marx in einer Unterredung mit Funktionären der Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterschaft, die ihn Ende September 1869, während er sich in Hannover aufhielt, aufgesucht hatten.

Dieses Gespräch, das durch einen Pressebericht des Metallarbeiterfunktionärs J. Hamann weithin bekannt wurde, suchten rechtssozialdemokratische Ideologen später fälschlicherweise im Sinne einer Befürwortung der Neutralität der Gewerkschaften im Klassenkampf auszulegen. Marx wandte sich jedoch darin entschieden gegen eine Gängelung der Gewerkschaftsbewegung, wie sie Johann Baptist von Schweitzer betrieb. Marx hob hervor, daß die Gewerkschaften organisatorisch selbständig sein mußten, um die große Masse der Arbeiter – unabhängig von ihrer politischen Bindung – erfassen und so der Kapitalmacht ein Bollwerk entgegenstellen zu können. Zugleich zeigte er, daß die Gewerkschaften ihre Mitglieder im Kampf um die Klasseninteressen des Proletariats politisch zu erziehen hatten; er prägte in dieser Unterredung das Wort, die Gewerkschaften seien „die Schulen für den Sozialismus“[127].

Diesen Gesichtspunkten wurden die Eisenacher weitgehend gerecht. Sie achteten die Selbständigkeit der Gewerkschaften als proletarische Massenorganisationen und suchten zugleich durch ihr entschiedenes Auftreten für die Klasseninteressen das Vertrauen der Gewerkschafts-

[127] Marx über Gewerksgenossenschaften. In: Der Volksstaat (Leipzig), 27. November 1869.

mitglieder zu erringen, diese politisch zu erziehen und so die führende Rolle in der Arbeiterbewegung zu verwirklichen.

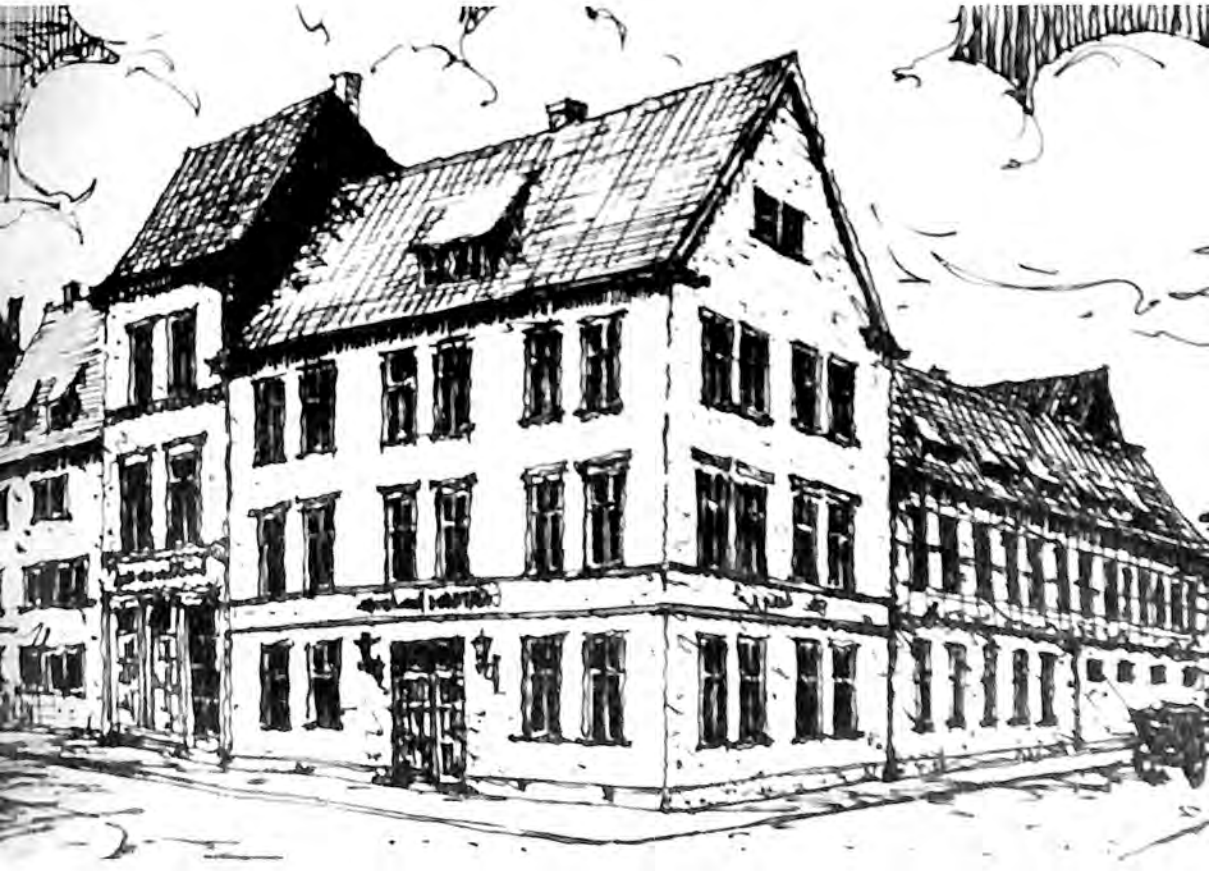
Dagegen arbeitete Johann Baptist von Schweitzer nun auf eine völlige Gleichschaltung der Arbeiterschaften mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein hin. Dazu setzte er den Beschluß durch, bis Juli 1870 die nach Berufen organisierten Arbeiterschaften aufzulösen und zu einem Allgemeinen Deutschen Arbeiterunterstützungsverband zusammenzulegen. Aus Protest dagegen verließen viele Mitglieder und Funktionäre die Arbeiterschaften, während die Internationalen Gewerksgenossenschaften ihre Reihen stärkten.

Besonders dem bürgerlichen Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung arbeiteten die Eisenacher wirksam entgegen. Das wurde dadurch begünstigt, daß der Aufschwung des Streikkampfes Ende 1869 und im ersten Halbjahr 1870 andauerte. Dabei kam es im Waldenburger Bergbaugebiet zum bisher größten Streik in der deutschen Geschichte. Zwar hatten hier die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine Fuß gefaßt, aber den Grubenbesitzern erschien eine Zusammenfassung von Arbeitern selbst in solchen Organisationen als gefährlich. Sie weigerten sich nicht nur, die Löhne zu erhöhen und die Arbeitszeit zu verkürzen, sondern forderten von den Arbeitern auch, aus den Gewerkvereinen auszutreten. Darauf antworteten die Bergarbeiter am 1. Dezember 1869 mit einem Ausstand, an dem bald 8000 Kumpel teilnahmen.

Die Eisenacher erkannten, daß Solidarität höchstes Gebot im Klassenkampf ist, und traten sofort für die Streikenden ein, die nicht ihrer Partei angehörten.[128] Sie bildeten Hilfskomitees für die Waldenburger, an denen sich auch Mitglieder und örtliche Organisationen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins beteiligten. Dagegen verweigerten die lassalleanischen Führer den schlesischen Bergarbeitern jegliche Unterstützung, weil der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein durch einen Streik in Lüneburg in Anspruch genommen sei, der jedoch nur lokale Bedeutung hatte. Infolge der Zersplitterung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und der schwachen Organisation der schlesischen Bergarbeiter selbst konnte der Waldenburger Streik, der bis Ende Januar 1870 dauerte, nicht gewonnen werden, doch hob er das Klassenbewußtsein, besonders der Bergarbeiter.

Viele Arbeiter erkannten, was von den Klassenversöhnungsparolen der Liberalen zu halten war. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine erlitten einen Rückschlag; die Zahl ihrer Mitglieder sank bis zum Juli

[128] Dokument Nr. 77.



Gasthaus „Zum Mohren“ in Eisenach, das Tagungslokal
des Gründungskongresses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei



August Bebel



Wilhelm Bracke



Leonhard von Bonhorst



Friedrich Wilhelm Fritzsche



August Geib

Teilnehmer des Gründungskongresses
der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach



Christian Hadlich



Adolf Hepner



Carl Hirsch



Wilhelm Liebknecht



Gabriel Löwenstein

Teilnehmer des Gründungskongresses
der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach



Theodor Metzner



Julius Motteler



August Otto-Walster



Wilhelm Stolle



Julius Vahlteich



Theodor Yorck

Teilnehmer des Gründungskongresses
der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach

Cit. Marx announced that in consequence of splits in the Basle Eisenach
& Congress of Working men had been convened to meet on the 7th at Eisenach where
a regeneration was to be effected without any sectarian differences & the position
towards the International Association defined. Cit. Becker of Geneva had also
published a Programme proposing to Geneva Committee as the Central one for the
German Language, upon which the men of Leipzig had appealed from it &c. He has
replied that the Council did not deal with Languages but with nationalities for
that reason there were secretaries for Germany, Switzerland, France, &c.
Cit. Marx then read the statement consisting of 5 points to be given as reasons against
the abolition of the right to inheritance.
Cit. Milner thought it was rather necessary than a resolution.
Cit Marx thought it were better to give the reasons & a resolution.
Upon the proposition of Eccarius seconded by Weston it was agreed that the 1st be
accepted & the discussion closed.
Cit. Marx remarked that the Basle committee had adopted a new proposition viz that
the capital in Switzerland direct legislation.
Upon the proposition of Cit. Marx seconded by Eccarius it was agreed that the Education
question take precedence of the Credit question & that the Education question be
discussed in the next meeting.
It was further agreed that three extra meetings be held Saturdays commencing
Saturday August 21st when the discussion of the Credit question should commence & that
the Saturdays meetings be entirely devoted to the discussion of the Congress question &
Chairs to be taken at eight o'clock precisely.
Eight shillings was received from the Westend Bookkeepers for Congress Council.

B Lucraft Chairman
J. George Eccarius Secretary

Teilweise Wiedergabe des Protokolls
der Sitzung des Generalrates der Internationalen Arbeiterassoziation vom 3. August 1869
mit Karl Marx' Mitteilung über den Eisenacher Kongreß

Manifest

des Ausschusses der

social-demokratischen Arbeiterpartei

An alle deutschen Arbeiter!

Eine neue unerwartete Wendung der Dinge ist eingetreten. Napoleon ist in deutscher Gefangenschaft, in Paris ist die Republik erklärt und eine republikanische Regierung eingesetzt worden. Nach zwanzigjährigem schmachvollen Bestehen des zweiten Kaiserreichs hat sich das französische Volk in der Stunde der größten Bedrängniß ermannt und seine Geschicke in seine Hände genommen. Es hat sich losgesagt von dem Manne, von dem es sich 20 Jahre hatte knechten lassen und der endlich diese Erdrängniß auf Frankreich heraufbeschworen. Ein „Hurrah" der französischen Republik!

Mit dieser Wendung der Dinge ist, so hoffen wir, das Ende des Krieges gewiß. So lange die napoleonischen Söldnerschaaren Deutschland bedrohten, war es unsere Pflicht, als Deutsche den „Vertheidigungskrieg, den Krieg um die Unabhängigkeit Deutschlands" zu führen. Ein solcher Vertheidigungskrieg schließt nicht aus, daß man den Feind angreife; er schließt, wie jeder Krieg, ein, daß Letzterer zum Frieden gezwungen wird. Daher mußten wir selbst dann noch den deutschen Herren den Sieg wünschen, als die unmittelbare Bedrohung der deutschen Grenzen beseitigt und unser braves Heer mitten in Frankreich hineingedrungen war; freudig bewegten uns die in unerhörter Tapferkeit, in großartigster Todesverachtung von unseren deutschen Brüdern errungenen glorreichen Siege. Und gewiß können wir stolz darauf sein, einem solchen Heldenvolke anzugehören. Aber mehr als je ist es jetzt, in dem Bewußtsein des ruhmvollsten Sieges, unsere Pflicht, uns nicht zu berauschen in dem wilden Siegestaumel, aber so leicht der Menschen Geister berückt-, sondern kühl und besonnen uns zu fragen nach dem, was wir jetzt zu thun. Doppelt ist dies unsere Pflicht der neuen Wendung der Dinge gegenüber.

Die neue Volksregierung muß und wird den Frieden mit Deutschland zu erreichen suchen, sie muß und wird die Kriegserklärung des Napoleoniden zurückziehen.

War es das französische Volk, das uns den Krieg erklärte? Nein! Der Napoleonide war es; von ihm hat das deutsche Schwert nunmehr Frankreich befreit und Frankreich hat mit ihm endgültig gebrochen. Lassen wir uns nicht beirren durch den Umstand, daß das siegreiche Vorschreiten der deutschen Heere dem Kriege mehr und mehr die Herzen der Franzosen gewann. Eine große Nation kann den Feind auf ihrem Boden unmöglich lange erdulden. So berechtigt die Begeisterung war, die das deutsche Volk in dem Gedanken erntete, daß die Unantastbarkeit des deutschen Bodens und die Unabhängigkeit des deutschen Vaterlandes zu wahren seien, so erklärlich ist es, daß Frankreich, zeitweilig den Mann vergessend, der sein Unglück verschuldet, nur daran dachte, **das Land von dem Feinde zu befreien. Dieser Gedanke wird auch heute, wo Frankreich wieder Herr seiner Geschicke geworden, die französischen Herzen beherrschen.** Aber die heutige Volksregierung wird sich dessen bewußt sein, daß das französische und das deutsche Volk zwei Brudervölker sind, die beide dieselben Interessen, die beide die heilige Pflicht haben, im Geiste der Neuzeit zusammenzugehen und in den Künsten des Friedens zu wetteifern. Die heutige Volksregierung wird Frankreich von dem „Feinde" zu befreien suchen durch den **Frieden.**

Aber dieser Frieden muß für diese Regierung möglich sein, d. h. es muß ihr ein **ehrenvoller** Frieden gestattet werden. Wahrlich, Frankreich ist dafür, daß es die Schmach des zweiten Kaiserreichs so lange geduldet, genugsam gestraft, und eine Pflicht des deutschen Volkes ist es, ja in seinem eigenen Interesse liegt es, einen ehrenvollen Frieden der französischen Republik zu gewähren. Es ist die **Pflicht** des deutschen Volkes, denn auch das deutsche Volk wird sich dessen bewußt sein, daß es nicht seine Aufgabe sein kann, einem großen Brudervolke den Fuß auf den Nacken zu setzen, noch in gegenseitigen Kämpfen sich aufzureiben, sondern daß es dieselbe Pflicht hat, wie Frankreich gegen Deutschland, die Pflicht, gemeinsam mit Frankreich im Geiste der Neuzeit zu wirken. Im **Interesse** Deutschlands liegt ein ehrenvoller Frieden mit Frankreich, denn ein schimpflicher Frieden würde Nichts sein, als ein Waffenstillstand, geschlossen bis dahin, wo Frankreich sich wieder stark genug fühlt, den Schimpf von sich abzuwälzen. Vor Allem aber ist es die Pflicht der deutschen **Arbeiter**, denen die Einheit der Interessen zwischen dem deutschen und dem französischen Volke zur heiligen Ueberzeugung geworden ist, die in den französischen Arbeitern nur ihre Brüder sehen, mit denen gleiches Loos und gleiches Streben sie einen, solchen Frieden für die französische Republik zu verlangen. An den deutschen Arbeitern ist es, auszusprechen, daß sie, im Interesse Frankreichs und Deutschlands, nicht gesonnen sind, eine Beschimpfung des französischen Volkes zu dulden, nachdem dasselbe sich endgültig von dem infamen Friedensbrecher*) losgesagt.

Die deutschen Arbeiter haben daher sofort in Masse ihre Stimme zu erheben für einen ehrenvollen Frieden mit dem französischen Volke.

Kommt der Frieden jetzt nicht zu Stande, so wird entweder die französische Republik im Blute der Republikaner, im Blute des französischen Volkes erstickt werden — und vor Scham müßte in solchem Falle Deutschland vergehen; — oder aber das freie Frankreich wird wieder, wie zur Zeit der großen Revolution, „die Fremden" glorreich besiegen. Darum nochmals: **„Einen ehrenvollen Frieden für Frankreich!"**

Aber man sagt uns, es sei zum mindesten nöthig, daß Frankreich Elsaß und Lothringen genommen wird.

„Die Militairkamarilla, Professorschaft, Bürgerschaft und Börsenhauspolitik — so schreibt uns einer unserer ältesten und verdientesten Genossen in London — giebt vor, dies sei das Mittel, Deutschland auf ewig vor Krieg mit Frankreich zu schützen. Es ist umgekehrt das probateste Mittel, diesen Krieg in eine **europäische Institution** zu verwandeln. Es ist in der That das sicherste Mittel, den Militairdespotismus in dem verjüngten Deutschland zu verewigen als eine Nothwendigkeit zur Behauptung des **westlichen Polens** — des Elsaß und Lothringens. Es ist das unfehlbarste Mittel, den kommenden Frieden in einen bloßen Waffenstillstand zu verwandeln, bis Frankreich so weit erholt ist, um das ver-

*) Dieser infame Friedensbrecher ist in deutschen Händen, wenn es eine Gerechtigkeit giebt, so muß dieser Claque der französischen Republik ausgeliefert und von dieser als gemeiner Verbrecher abgeurtheilt werden. Jene Handlung im Interesse Napoleons ist für Deutschland eine Schmach.

Manifest des Braunschweiger Ausschusses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vom 5. September 1870



Der Volksstaat

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerksgenossenschaft.

Ein billiger Friede mit der französischen Republik!
Keine Annexionen!
Bestrafung Bonaparte's und seiner Mitschuldigen!

Politische Uebersicht.

Den Parteigenossen, die geneigt sind, die französische Republik zu verurtheilen, weil die provisorische Regierung fast ausschließlich aus Gegnern unsrer Prinzipien, ja zum Theil aus Gegnern der Republik zusammengesetzt ist, geben wir nachstehendes Rundschreiben zu bedenken, das Herr Prince Smith im Namen der „Vereinigung der deutschen Freihandler" an die deutschen Handelskammern erlassen hat:

„— — Mit dem Ausbruche des Krieges mußte die Vereinigung ihre friedliche Thätigkeit einstweilen ruhen lassen. Doch nimmt schon der eine Theil ihrer Aufgabe einen Charakter gesteigerter Dringlichkeit an. Die Führer der auch in Deutschland weitverzweigten sogenannten Sozialdemokratie schöpfen aus der in Paris ausgerufenen Republik neue Hoffnung, welche ihre Rührigkeit belebt und ihren Anhang vermehrt. Sie sehen in der Republik, wenn auch diese sich vorläufig nur mit der Nationalvertheidigung beschäftigen kann, ein Werkzeug nicht so sehr der politischen, als vielmehr der wirthschaftlichen Umwälzung, an der ihnen am meisten liegt. Die Kunde, daß Lyon gänzlich in der Gewalt der Internationalen Arbeiter Assoziation sei, ist ein Erfolg, der sie zu kühnen Unternehmungen ermuntert. Beruhigen darf es uns hierbei nicht, daß die Anschläge der Sozialisten wirthschaftlich undurchführbar sind, denn Versuche, welche auf Unmögliches zielen, sind eben deshalb um so viel verderblicher. Und wenn sich auch eine neue Wirthschaftsordnung nicht gründen läßt, so läßt sich doch verheerende Unordnung bringen in die bestehenden wirthschaftlichen Einrichtungen. Am meisten aber giebt zu bedenken die Art und Weise, auf welche in Paris die Republik ausgerufen wurde. Die besitzenden Klassen, welche an der Erhaltung wirthschaftlicher Sicherheit das stärkste Interesse haben, saßen still und stumm zu, während eine Straßenrotte durch wüstes Geschrei über die Staatsform entschied und einzelne Volksredner sich in die höchsten Staatsämter theilten. Die Bürgerschaft, welche früher aus blinder Angst sich einer „gesellschaftsretten den" Alleinherrschaft in die Arme geworfen hatte, unterwarf sich aus stummer Angst einer Massenherrschaft, welche offenkundig strebt nach einer „Umgestaltung der gesellschaftlichen Grundlagen". Diese Hülflosigkeit der Bürgerschaft, wo für sie doch Alles auf dem Spiele stand, lag da-

Seit dem 21. September 1870 enthielt jede Nummer des „Volksstaates" diese Forderungen



Im norddeutſchen Parlament.

„Entſchieden iſt er, und ein gewaltiger Redner, das muß man ihm laſſen."

Bismarck dressiert den Reichstag des Norddeutschen Bundes
(Karikatur aus dem „Figaro", 5. März 1870)

1870 auf weniger als 10 000. Dagegen wuchsen die Internationalen Gewerksgenossenschaften bis zu dieser Zeit auf etwa 15 000 Mann an; sie überflügelten nun auch die Arbeiterschaften, die Anfang des Jahres noch etwa 20 000 Mitglieder gezählt hatten, aber bis zur Zusammenlegung zu Schweitzers Allgemeinem Deutschen Arbeiterunterstützungsverband stark zusammengeschmolzen waren.

So war die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung in eine neue Etappe eingetreten. Sie verfügte jetzt über eine revolutionäre proletarische Partei, die sich mehr und mehr den Marxismus aneignete und es lernte, den theoretischen, politischen und ökonomischen Kampf des Proletariats zu vereinigen und zielstrebig zu führen.

Die internationalistische und patriotische Haltung der Vorhut der deutschen Arbeiterklasse während des Deutsch-Französischen Krieges

Kaum ein Jahr nach ihrer Gründung wurde die revolutionäre Partei des deutschen Proletariats vor eine schwere Bewährungsprobe gestellt. Otto von Bismarck hatte nach dem wichtigen Erfolg seiner Politik der Einigung durch Preußen, den er 1866 erreichen konnte, seine antidemokratische Politik mit Unterstützung der Bourgeoisie fortgesetzt. Wie er die Einigung von oben durch zwei Kriege, durch den Krieg gegen Dänemark 1864 und durch den Bruderkrieg gegen Österreich 1866, angebahnt hatte, so ging er 1870 daran, sie durch einen dritten Krieg, einen Krieg gegen Frankreich, zu vollenden.

Der französische Bonapartismus, der sich einer wachsenden innenpolitischen Opposition gegenübersah und auch eine Reihe außenpolitischer Niederlagen erlitten hatte, glaubte sich noch behaupten zu kön-

nen, wenn er die endgültige Schaffung eines gesamtdeutschen Staates verhinderte und darüber hinaus die französische Grenze allmählich nach Osten ausdehnte. Napoleon III. wollte es nicht zulassen, daß der Norddeutsche Bund in Deutschland seine Macht erweiterte und in Europa seinen Einfluß verstärkte. Daher rief die Kandidatur eines Hohenzollern für den spanischen Thron, die Bismarck veranlaßt hatte, den erbitterten Protest der Bonapartisten hervor. Bismarck benutzte die darüber geführten diplomatischen Verhandlungen, um Napoleon III. zur Kriegserklärung zu provozieren.

Die französische Kriegserklärung, die faktisch am 15., offiziell am 19. Juli 1870 erfolgte, war in erster Linie gegen die sich abzeichnende nationale Einigung Deutschlands gerichtet und wurde so auch vom deutschen Volk verstanden. Von deutscher Seite war der Krieg, solange er der bonapartistischen Gefahr galt, ein gerechter, ein nationaler Verteidigungskrieg, obwohl ihn Bismarck bewußt herbeigeführt hatte. Doch hegten die junkerlich-großbourgeoisen und militaristischen Kräfte in Deutschland von Anfang an Annexionsabsichten.

War auch die Arbeiterklasse noch längst nicht stark genug, um diese Pläne zu durchkreuzen, so war es doch für ihren ganzen weiteren Kampf, für die Hebung des Klassenbewußtseins der Arbeiter und die Entlarvung der nationalen Demagogie der Reaktion äußerst wichtig, daß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei der Forderung der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation gerecht wurde, den herrschenden Klassen eine eigene, proletarische Außenpolitik entgegenzusetzen. Dabei stellte der Deutsch-Französische Krieg hohe Anforderungen an die politische Reife der jungen Eisenacher Partei. Sie mußte dem proletarischen Internationalismus die Treue halten und die gemeinsamen Interessen der französischen und deutschen Arbeiter hervorheben, aber gleichzeitig den nationalen Verteidigungskrieg gegen Napoleon unterstützen, ohne dabei die dynastischen Ziele in der Politik Bismarcks zu verkennen oder gar auf nationalistische Positionen abzugleiten.

Die Eisenacher hielten das Banner des proletarischen Internationalismus hoch. Das zeigte sich schon in den Tagen unmittelbar vor und nach Kriegsausbruch, als weite Kreise der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums in einen nationalistischen Taumel verfielen, von dem auch Teile der Arbeiterschaft angesteckt wurden. Der Parteiausschuß berief bereits am 16. Juli 1870 in Braunschweig eine große Volksversammlung ein, die zum Krieg Stellung nahm. Auf Initiative August Bebels

und Wilhelm Liebknechts protestierten gleichzeitig eine Volksversammlung in Chemnitz und die hier am nächsten Tag zusammentretende sächsische Landesversammlung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gegen den Krieg. Ähnliche Versammlungen organisierte die Partei in diesen Tagen in Augsburg, Breslau, Dresden, Leipzig, Nürnberg und anderen Orten.[129]

Die Pariser Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation hatten an die Arbeiter aller Nationen ein internationalistisches Manifest gerichtet, das am 16. Juli 1870 im „Volksstaat" veröffentlicht wurde. Auf diesen Appell antworteten die Eisenacher, indem sie die Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiter beider Länder betonten und die Kriegspolitik der Dynastien verurteilten. Dagegen unterstützten die Lassalleaner – entsprechend ihrer preußischen Konzeption in der nationalen Frage – vorbehaltlos den Krieg. Viele lassalleanische Führer stimmten sogar in die Verleumdungen der bürgerlichen und junkerlichen Presse gegen die Sozialdemokratische Arbeiterpartei ein.

Die Eisenacher vermochten allerdings noch nicht, die komplizierte Verschlingung dynastischer und nationaler Interessen in dieser ersten Phase des Krieges richtig zu entwirren. Der Parteiausschuß in Braunschweig erkannte in einem Aufruf vom 17. Juli 1870 den Krieg als einen nationalen Verteidigungskrieg Deutschlands an, ließ aber dabei die klare Abgrenzung von den dynastischen Interessen Preußens in den Hintergrund treten. Bebel und Liebknecht betonten dagegen – beispielsweise auf den Chemnitzer Versammlungen –, daß sowohl Napoleon als auch Bismarck auf eine militärische Auseinandersetzung zugesteuert waren. Dabei verkannte vor allem Liebknecht, daß der Krieg für das deutsche Volk zunächst ein gerechter Kampf gegen die bonapartistische Bedrohung war.

Als im Norddeutschen Reichstag am 21. Juli 1870 über die Kriegsanleihe abgestimmt wurde, enthielten sich August Bebel und Wilhelm Liebknecht der Stimme, während die lassalleanischen Abgeordneten vorbehaltlos die Kriegskredite bewilligten. In einer schriftlich abgegebenen Erklärung begründeten die beiden Führer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ihre Haltung, die von größter politischer Tragweite war:

„Die zur Führung des Krieges dem Reichstag abverlangten Geldmittel können wir *nicht bewilligen*, weil dies ein Vertrauensvotum für

129 Dokument Nr. 79.

die preußische Regierung wäre, die durch ihr Vorgehen im Jahre 1866 den gegenwärtigen Krieg vorbereitet hat.

Ebensowenig können wir die geforderten Geldmittel *verweigern*, denn es könnte dies als Billigung der frevelhaften und verbrecherischen Politik Bonapartes aufgefaßt werden.

Als prinzipielle Gegner jedes dynastischen Krieges, als Sozial-Republikaner und Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation, die ohne Unterschied der Nationalität *alle* Unterdrücker bekämpft, alle Unterdrückten zu einem großen Bruderbunde zu vereinigen sucht, können wir uns weder direkt noch indirekt für den gegenwärtigen Krieg erklären und enthalten uns daher der Abstimmung, indem wir die zuversichtliche Hoffnung aussprechen, daß die Völker Europas, durch die jetzigen unheilvollen Ereignisse belehrt, alles aufbieten werden, um sich ihr Selbstbestimmungsrecht zu erobern und die heutige Säbel- und Klassenherrschaft, als die Ursache aller staatlichen und gesellschaftlichen Übel, zu beseitigen."[130]

Mit dieser klaren Abgrenzung von den dynastischen Interessen wahrten August Bebel und Wilhelm Liebknecht den proletarischen Standpunkt der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Sie brachten das tiefe Mißtrauen, das die demokratischen Kräfte gegen Bismarcks Politik hegten, nachdrücklich zum Ausdruck. Ihre Stimmenthaltung wirkte besonders dem Chauvinismus entgegen, den die herrschenden Klassen schon zu Beginn des Krieges entfacht hatten. Deshalb begrüßte auch der Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation die Erklärung von Bebel und Liebknecht, und Karl Marx würdigte sie als eine mutige Tat.

Die Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus arbeiteten in dieser Zeit die Taktik des Proletariats unter den Bedingungen des Deutsch-Französischen Krieges aus. Die von Karl Marx verfaßte „Erste Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg" vom 23. Juli 1870 gab eine klare Einschätzung des Krieges, seiner Ursachen, seines Charakters und der Aufgaben des Proletariats. Marx klagte die Regierungen und herrschenden Klassen Europas als die Verantwortlichen für die entstandene Situation an und enthüllte, daß die Profitinteressen der Ausbeuterklassen die entscheidende Ursache der Eroberungskriege sind. Er charakterisierte den Deutsch-

[130] Begründung Wilhelm Liebknechts und August Bebels für ihre Stimmenthaltung im Norddeutschen Reichstag bei der Abstimmung über die Kriegskredite. In: Die I. Internationale in Deutschland, S. 515/516.

Französischen Krieg als nationalen Verteidigungskrieg gegenüber den Einmischungsversuchen Napoleons III., betonte aber dabei die Verantwortung Bismarcks und Preußens für den ausgebrochenen Konflikt. Den deutschen Arbeitern rief Marx zu, dagegen aufzutreten, daß der Krieg seinen defensiven Charakter verliere und zu einem Krieg gegen das französische Volk werde.

Karl Marx würdigte die Solidaritätsbotschaften, die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs wechselten, während beide Länder sich offiziell im Krieg befanden. In ihnen sah er ein sicheres Zeichen dafür, daß der proletarische Internationalismus bereits tiefe Wurzeln in der Arbeiterbewegung geschlagen hatte und neue Beziehungen zwischen den Völkern vorwegnahm. „Diese einzige große Tatsache, ohnegleichen in der Geschichte der Vergangenheit", schrieb Marx, „eröffnet die Aussicht auf eine hellere Zukunft. Sie beweist, daß, im Gegensatz zur alten Gesellschaft mit ihrem ökonomischen Elend und ihrem politischen Wahnwitz, eine neue Gesellschaft entsteht, deren internationales Prinzip der *Friede* sein wird, weil bei jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht – die *Arbeit*!"[131]

Für das Verhalten des deutschen Proletariats arbeiteten Karl Marx und Friedrich Engels auf Ersuchen des Braunschweiger Ausschusses noch spezielle Hinweise aus. Sie maßen diesen so große Bedeutung bei, daß sie in ihrem Briefwechsel die Probleme ausführlich erörterten und die Antwort an den Parteiausschuß der Eisenacher gemeinsam abfaßten. Sie rieten den deutschen Arbeitern, sich der nationalen Bewegung zwar anzuschließen, soweit und solange sie sich auf die Verteidigung Deutschlands beschränkte, gleichzeitig aber ständig den Unterschied zwischen den nationalen und den dynastisch-preußischen Interessen hervorzuheben und entschieden einer Annexion Elsaß-Lothringens entgegenzutreten, die den Keim eines neuen Krieges zwischen Deutschland und einem mit Rußland verbündeten Frankreich in sich tragen würde. Die deutschen Arbeiter müßten für den Abschluß eines ehrenvollen Friedens mit einer republikanischen, nicht chauvinistischen französischen Regierung eintreten und stets ihre gemeinsamen Interessen mit den französischen Arbeitern betonen.

Der von Karl Marx unterzeichnete Antwortbrief an den Braunschweiger Ausschuß traf in Deutschland ein, als der Krieg in eine neue Phase trat und die Hinweise von Marx und Engels brennend aktuell

131 Karl Marx: Erste Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 17, Berlin 1964, S. 7.

wurden. In der Schlacht von Sedan am 1. und 2. September erlitten die französischen Truppen eine entscheidende Niederlage, und Napoleon III. geriet in Gefangenschaft. Das französische Kaiserreich hatte ausgespielt. Am 4. September 1870 wurde in Paris die Republik ausgerufen. Frankreich stand der Vereinigung Deutschlands nicht mehr im Wege. Es gab keinerlei deutsches Nationalinteresse, den Krieg weiterzuführen, aber die reaktionären Kräfte wollten ihn fortsetzen, um Frankreich auszurauben. In der nationalistischen Presse aller Schattierungen wurde schon immer vernehmlicher die Abtretung von Elsaß-Lothringen verlangt.[132]

Die deutsche Bourgeoisie, die „in ihren Kämpfen für die bürgerliche Freiheit von 1846–1870 ein nie dagewesenes Schauspiel von Unschlüssigkeit, Unfähigkeit und Feigheit gegeben hat", so bemerkte Marx treffend, „war natürlich höchlichst entzückt, die europäische Bühne als brüllender Löwe des deutschen Patriotismus zu beschreiten"[133]. Gleichzeitig verlangten die preußischen Generale aus militärischen Gründen Annexionen. Die Raub- und Eroberungspolitik der preußischen Militärs und der deutschen Großbourgeoisie bestimmte von nun an den Charakter des Krieges. Der Krieg, bisher ein nationaler Verteidigungskampf, wurde nach der Gefangennahme Napoleons III. bei Sedan und dem Sturz des französischen Kaiserreichs zu einem ungerechten Raubkrieg gegen das französische Volk.

Jetzt zeigte sich besonders deutlich die politische Reife der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Sie war sich einig: Es galt nunmehr, der Annexionswut und dem nationalen Größenwahn entgegenzutreten und für einen gerechten Frieden mit der französischen Republik zu kämpfen. Mitten im größten chauvinistischen Siegestaumel erließ der Parteiausschuß am 5. September 1870 ein von Wilhelm Bracke verfaßtes Manifest „An alle deutschen Arbeiter", das große Passagen des Marxschen Antwortbriefes enthielt.[134] In diesem Dokument stellte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei der antinationalen Kriegspolitik der herrschenden Klasse die nationale Friedenspolitik der Arbeiterklasse gegenüber. Der Parteiausschuß forderte einen sofortigen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik und verurteilte entschieden die geplante Annexion Elsaß-Lothringens. Damit verband er

132 Dokument Nr. 80.

133 Karl Marx: Zweite Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 17, S. 272.

134 Dokument Nr. 81.

den Aufruf, um die Demokratisierung der deutschen Verhältnisse zu kämpfen. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei bewies durch ihre entschieden internationale und zugleich wahrhaft nationale Haltung, daß sie ihre große Verantwortung gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung und gegenüber der deutschen Nation begriffen hatte.

Das Braunschweiger Manifest, das als Flugblatt in 10000 Exemplaren veröffentlicht und auch im „Volksstaat" abgedruckt wurde, fand in der Partei große Zustimmung. In vielen Orten folgten die Mitglieder der Aufforderung des Ausschusses, eindrucksvolle Kundgebungen gegen die Annexion Elsaß-Lothringens und für einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik zu veranstalten.

Den Appell der revolutionären Arbeiterpartei an das Gewissen der Nation beantwortete die Reaktion auf ihre Weise. Auf Befehl des Generalgouverneurs von Norddeutschland, General Eduard Vogel von Falckenstein, wurden am 9. September 1870 die Mitglieder des Parteiausschusses, darunter Leonhard von Bonhorst, Wilhelm Bracke und Samuel Spier, weitere Braunschweiger Parteimitglieder sowie der Drucker des Braunschweiger Manifests festgenommen und in Ketten nach der Festung Boyen bei Lötzen in Ostpreußen geschleppt. Als die Geschäfte des Parteiausschusses von der Kontrollkommission in Hamburg übernommen wurden, wurde deren Vorsitzender August Geib ebenfalls auf Boyen eingekerkert. Verhaftungen anderer Funktionäre folgten. In Sachsen untersagten die Militärbehörden Ende September alle Volksversammlungen, und für ganz Norddeutschland ließ Vogel von Falckenstein den „Volksstaat" verbieten. Die örtlichen Parteiorganisationen, durch die Einberufungen zum Kriegsdienst ohnehin geschwächt, wurden durch die Verfolgungen teilweise hart getroffen. Auch die noch im Aufbau befindlichen Gewerkschaftsverbände erlitten Rückschläge. Doch die von August Bebel und Wilhelm Liebknecht geführte Partei ließ sich durch keine Terrormaßnahmen beugen. In ihrem schweren Kampf konnte sie sich auf die internationale Solidarität des Proletariats und die tatkräftige Hilfe der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus stützen.

Besonders wichtig für die Orientierung der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung in der neuen Phase des Krieges war die „Zweite Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg" vom 9. September 1870, die Karl Marx unter Verwendung ihm von Friedrich Engels zugesandter Materialien verfaßte. Sie richtete sich vor allem gegen die Eroberungsbestrebungen der preußischen

Militaristen, des Junkertums und der deutschen Bourgeoisie und entlarvte deren verlogene Rechtfertigungsversuche für die gewaltsame Aneignung Elsaß-Lothringens. Dabei wies Marx erneut nach, daß die Annexion den Keim eines neuen europäischen Krieges legen mußte; diese Voraussicht sollte sich in den folgenden Jahrzehnten vollauf bestätigen. Von der deutschen Arbeiterklasse forderte die Adresse des Generalrats, jetzt alles zu tun, um einen ehrenvollen Frieden für Frankreich und die Anerkennung der französischen Republik zu erzwingen. Sie wies auf den Zusammenhang zwischen reaktionärer Außen- und Innenpolitik hin und warnte das deutsche Proletariat eindringlich, daß der Eroberungsdrang nach außen von einer Reaktion gegen alle demokratischen Kräfte im Innern begleitet sein würde.

Diese Adresse des Generalrats machte die Eisenacher Partei zur Grundlage ihres Kampfes gegen die reaktionäre Eroberungspolitik Bismarcks. Der „Volksstaat" veröffentlichte sie am 21. September 1870, und von nun an erschien jede Nummer des zentralen Parteiorgans mit der Forderung: „Ein billiger [gerechter] Friede mit der französischen Republik! Keine Annexionen! Bestrafung Bonapartes und seiner Mitschuldigen!"

Die aufrechte Haltung der Eisenacher und ihrer Führer brachten der Partei immer größere Sympathien in der deutschen Arbeiterklasse und bei den übrigen demokratischen Kräften des Landes ein. Konsequente Vertreter des demokratischen Bürgertums wie Johann Jacoby, Guido Weiß und der junge Franz Mehring traten im September und Oktober 1870 öffentlich gegen den Raub Elsaß-Lothringens und gegen die preußische Gewaltpolitik auf[135]; auch Johann Jacoby wurde daraufhin nach der Festung Boyen gebracht. Viele Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins drängten ebenfalls auf einen baldigen Friedensschluß ohne Annexion, wenn auch ihre Führung sie nur zögernd unterstützte und auf zweitrangige Fragen abzulenken suchte. Der gemeinsame Kampf, den die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gegen die aggressiven Ziele der herrschenden Klassen Deutschlands in der zweiten Phase des Deutsch-Französischen Krieges führten, trug dazu bei, den Boden für die spätere Einigung beider Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung vorzubereiten.

Der Kampf der Eisenacher gegen den preußisch-deutschen Militarismus erreichte einen neuen Höhepunkt, als der Norddeutsche Reichs-

135 Dokument Nr. 82.

tag vom 26. bis 28. November 1870 über die von Bismarck zur Weiterführung des Krieges verlangten Kredite in Höhe von 100 Millionen Talern beriet. Während Nationalliberale und Fortschrittler bedingungslos zustimmten, retteten August Bebel und Wilhelm Liebknecht die Ehre des deutschen Volkes. Sie wandten sich von der Tribüne des Parlaments gegen den Eroberungskrieg und gegen die Annexionsbestrebungen und bekundeten offen ihre Solidarität mit dem französischen Volk.[136] Die tobende Meute der bürgerlichen Abgeordneten, die sie als Landesverräter beschimpfte und aus dem Parlament zu werfen drohte, konnte sie nicht einschüchtern. Entsprechend ihrem Beispiel lehnten bei der Abstimmung diesmal auch die lassalleanischen Abgeordneten die Kriegskredite ab, um nicht ihren Einfluß auf die Mitglieder und Anhänger des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu verlieren.

Das mutige und konsequente Auftreten August Bebels und Wilhelm Liebknechts spornte die ganze Partei an. In Versammlungen in Augsburg, Bielefeld, Chemnitz, Geyer, München, Weimar und anderen Orten wurden in Resolutionen die Ausführungen der beiden Parteiführer bekräftigt. Geschickt umgingen die Parteimitglieder die vielerorts verhängten Verbote, in Versammlungen über die Kriegsereignisse zu sprechen. So wurden teilweise die Reden Bebels und Liebknechts aus dem offiziellen Verhandlungsprotokoll des Norddeutschen Reichstages verlesen. Wo Versammlungen überhaupt untersagt waren, verbreiteten die Mitglieder die Auffassungen der Partei, indem sie die Reichstagserklärungen ihrer Vertreter als Inserate in Lokalzeitungen abdrucken ließen. So verband die Partei erstmals in einer großen Bewegung direkt die parlamentarische Tätigkeit ihrer Führer mit außerparlamentarischen Aktionen.

Die preußische Reaktion setzte nun bei der sächsischen Regierung durch, daß am 17. Dezember 1870 auch August Bebel und Wilhelm Liebknecht sowie Adolf Hepner – der Mitredakteur des „Volksstaat" – verhaftet wurden. Aber auch damit gelang es Bismarck nicht, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei mundtot zu machen und ihren Einfluß auszuschalten. Carl Hirsch übernahm die Redaktion des „Volksstaat" und führte ihn auf der bisherigen Linie weiter. Die Kraft der Partei sollte sich wenig später auch bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag am 3. März 1871 zeigen; obwohl diese in einem nationalistischen Taumel, unter Kanonendonner und Glockengeläut

136 Dokument Nr. 83.

stattfanden, errang die Partei 41 461 Stimmen. Zwar bedeutete es einen empfindlichen Verlust, daß Wilhelm Liebknechts Mandat nicht behauptet werden konnte, doch war es ein großer Erfolg, daß August Bebel wiedergewählt wurde, obwohl er wegen seiner Haft auf keiner einzigen Versammlung hatte sprechen können. Die Lassalleaner erhielten zwar 60 466 Stimmen, aber keinen Abgeordnetensitz.

Als Karl Marx und Friedrich Engels von der Verhaftung der Führer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei erfuhren, organisierten sie sofort Hilfsmaßnahmen für die Angehörigen der Eingekerkerten. Der Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation veranlaßte Geldsammlungen zu ihren Gunsten. In der englischen Presse verurteilte Marx vor aller Welt die Terrorpolitik Bismarcks gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und alle demokratischen Kräfte. Arbeiter vieler Länder erklärten sich mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht, ebenso mit dem vorher verhafteten Braunschweiger Ausschuß, solidarisch. In den Eisenachern sahen sie „die internationale Avantgarde der deutschen Arbeiterklasse“[137] und zugleich deutsche „Patrioten in dem wahren Sinn des Worts“[138], wie Karl Marx sie in Würdigung ihres Kampfes gegen die antinationale Eroberungspolitik der preußischen Junker und der deutschen Großbourgeoisie nannte. Friedrich Engels schrieb am 19. Dezember 1870 an Natalie Liebknecht: „Die deutschen Arbeiter haben während dieses Kriegs eine Einsicht und Energie bewiesen, die sie mit einem einzigen Ruck an die Spitze der europäischen Arbeiterbewegung stellt, und Sie werden begreifen, mit welchem Stolz wir dies erleben.“[139]

Während die revolutionäre Partei des deutschen Proletariats zusammen mit den besten Vertretern des demokratischen Bürgertums mutig gegen die Annexionspolitik und die Unterdrückungsmaßnahmen des preußisch-deutschen Militarismus kämpfte und für die wahren Interessen der deutschen Nation eintrat, vollendete Bismarck nach langwierigen Verhandlungen mit den süddeutschen Regierungen die Einigung Deutschlands von oben. Die deutschen Truppen hatten inzwischen

137 Karl Marx: Offizieller Bericht des Londoner Generalrats, verlesen in öffentlicher Sitzung des Internationalen Kongresses zu Haag. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 18, Berlin 1964, S. 132.

138 Marx an Natalie Liebknecht, 13. Januar 1871. In: Die I. Internationale in Deutschland, S. 558.

139 Engels an Natalie Liebknecht, 19. Dezember 1870. In: Ebenda, S. 556. – Dokument Nr. 84.

große Teile Frankreichs besetzt und Paris erreicht, auf das sie ein Artilleriebombardement eröffneten.

Am 18. Januar 1871 wurde mitten im besetzten Frankreich, im Spiegelsaal des Versailler Schlosses, das neue deutsche Kaiserreich proklamiert. Wie der Ort der Zeremonie, so war auch deren ganzer Verlauf charakteristisch für den aggressiven und antidemokratischen Charakter dieses Reiches. Anwesend waren Fürsten, Prinzen, Generale und Offiziere, Abordnungen der Regimenter mit ihren Fahnen; das deutsche Volk war nicht vertreten. Der preußische König Wilhelm I., ein Militarist vom Scheitel bis zur Sohle, wurde deutscher Kaiser.

Die Gründung des deutschen Kaiserreiches 1871 bedeutete zwar insofern einen historischen Fortschritt, als die aus dem Feudalismus überkommene territoriale Zersplitterung Deutschlands unter dem Zwang der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze und unter dem Druck des Strebens der Volksmassen nach nationaler Einheit endlich überwunden wurde. Gefördert durch einen einheitlichen Nationalstaat, konnte sich die kapitalistische Gesellschaft nun rascher entwickeln. Im geeinten Deutschland und begünstigt durch den schnellen industriellen Aufschwung, vermochte auch die Arbeiterklasse besser ihre Kräfte zu sammeln und im nationalen Maßstab zu entfalten. Doch war es ein Verhängnis für das deutsche Volk, daß Deutschland nicht durch eine demokratische Volksbewegung, sondern auf undemokratischem Wege geeint wurde.

Die Einigung von oben stärkte die nach innen und außen aggressivsten Kräfte Deutschlands. Nicht die Demokratie bestimmte das Wesen des deutschen Nationalstaates, sondern der preußisch-deutsche Militarismus. Das deutsche Kaiserreich wurde schon in seiner Entstehungszeit durch innenpolitische Reaktion – durch die Unterdrückung aller demokratischen Kräfte und insbesondere der sozialistischen Arbeiterbewegung – und durch eine aggressive Außenpolitik charakterisiert. Es hat nie aufgehört, eine antidemokratische, volksfeindliche Macht zu sein und andere Nationen zu unterdrücken.

Die historische Schuld daran, daß die nationale Einigung auf undemokratischem Wege erfolgte, trug die deutsche Bourgeoisie. Sie hatte aus Furcht vor dem Volke bereits angesichts der Barrikaden von 1848 ein Bündnis mit den militaristischen preußischen Junkern gegen die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte gesucht. Auf ein Kompromiß mit dem preußischen Junkertum war sie auch während

der sechziger Jahre zugesteuert. Sie hatte sich jeder selbständigen Volksbewegung mit allen Mittel widersetzt und damit Bismarck ermöglicht, den Weg der Revolution von oben zu beschreiten. Bismarcks Diktatur hatte sie sich völlig unterworfen, als er sich anschickte, die stärksten Hemmnisse für die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise aus dem Wege zu räumen.

Das junge deutsche Proletariat aber hatte sich auch in den Kämpfen um die demokratische Einigung Deutschlands in den sechziger Jahren als entschiedenster Vorkämpfer der nationalen Interessen erwiesen und sich immer mehr zur Hauptkraft der demokratischen Bewegung entwickelt. Im Ringen um die demokratische Einigung Deutschlands und in Klassenkämpfen gegen die Bourgeoisie hatten die besten Kräfte der deutschen Arbeiterklasse, geführt von August Bebel und Wilhelm Liebknecht, unter dem entscheidenden Einfluß von Karl Marx, Friedrich Engels und der Internationalen Arbeiterassoziation eine revolutionäre Partei geschaffen. Während des Deutsch-Französischen Krieges hatte diese Partei ihre erste große Bewährungsprobe glänzend bestanden.

Die Lehren der Pariser Kommune. Die Verlagerung des Schwerpunktes der internationalen Arbeiterbewegung nach Deutschland. Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen den preußisch-deutschen Militarismus und die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zur revolutionären Massenpartei. Die Bildung der II. Internationale (Periode von 1871 bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts)

Die Bedeutung der Pariser Kommune. Die Stellung der deutschen Arbeiterbewegung zum preußisch-deutschen Militärstaat und der Kampf um die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung auf marxistischer Grundlage (1871 bis 1878)

1. Charakter, Bedeutung und Lehren der Pariser Kommune. Die Verlagerung des Schwerpunktes der internationalen Arbeiterbewegung nach Deutschland

Ende Februar 1871 diktierte Otto von Bismarck im Auftrage der preußisch-deutschen Junker, Großbourgeois und Militaristen der französischen Regierung seine Friedensbedingungen. Sie sahen den Raub Elsaß-Lothringens sowie eine Kriegskontribution von fünf Milliarden Francs vor. Um diesen Raub zu erpressen, hielten deutsche Truppen noch weiterhin große Teile Frankreichs besetzt. Auch Paris, die Hauptstadt, blieb von deutschen Truppen umstellt. In der Stadt jedoch hatte die Nationalgarde, die vorwiegend von Arbeitern und Handwerksgesellen gebildet wurde, ihre Waffen behalten. Die Mitglieder der Nationalgarde, insgesamt über 150 000 Mann, widersetzten sich jedem Versuch einer Entwaffnung und brandmarkten den nationalen Verrat der herrschenden Klasse Frankreichs. Sie waren entschlossen, die Be-

setzung der Stadt durch preußische Truppen mit allen Mitteln zu verhindern und dem Volke die bürgerlichen Freiheiten in vollem Umfang zu sichern. Der Ministerpräsident Adolphe Thiers aber, der die Interessen der französischen Großbourgeoisie vertrat, fürchtete die bewaffnete Pariser Bevölkerung und war bestrebt, die Nationalgarde zu entwaffnen.

Im Morgengrauen des 18. März ließ er deshalb sein Militär in Paris einrücken, alle wichtigen Plätze besetzen und den Versuch unternehmen, 250 Kanonen der Nationalgarde zu beschlagnahmen. Doch im letzten Augenblick wurde der Anschlag entdeckt. Die Nationalgardisten, Arbeiter und Arbeiterinnen eilten auf die Straße und stellten sich den Soldaten entgegen. Viele Soldaten ließen sich entwaffnen, andere verbrüderten sich mit den Pariser Arbeitern, wieder andere flohen. Der Plan der Reaktion war am Widerstand der patriotischen Volksmassen gescheitert.

In panischem Schrecken befahl Adolphe Thiers seinen Truppen, Paris zu räumen. Er brauchte das Militär zum Kampf gegen das Volk von Paris. Der Abzug der Truppen glich einer Flucht vor den Pariser Arbeitern. Die Nationalgarde besetzte wichtige Regierungsgebäude und übernahm die Verwaltung der Stadt. Auf dem Stadthaus, dem Rathaus von Paris, wurde die rote Fahne der Arbeiterklasse gehißt. Allgemeine Wahlen wurden ausgeschrieben, und am 26. März wurde der Rat der Kommune gewählt. Zwei Tage später wurde in einer feierlichen Kundgebung vor dem Stadthaus die Kommune proklamiert. 30 Arbeiter und 34 Handwerker, Angestellte und Intellektuelle gehörten dem Rat der Kommune an sowie etwa 20 Vertreter bourgeoiser Interessen, die sich bald als Feinde des Volkes entpuppten und aus dem Rat ausschieden.

Zum ersten Mal in der Geschichte ergriff die Arbeiterklasse – noch dazu in einer der größten Städte der Welt, im Herzen Frankreichs – die Macht. Damit begann eine neue Hauptperiode in der Geschichte der internationalen wie der deutschen Arbeiterbewegung. Diese zweite Hauptperiode dauerte bis zum Ausgang des Jahrhunderts. Sie war politisch gekennzeichnet durch den ersten Versuch der Arbeiterklasse, ihre eigene Klassenherrschaft zu errichten, durch ein schnelles Anwachsen der Arbeiterbewegung und durch die „friedliche" Vorbereitung des Proletariats auf die entscheidenden Klassenschlachten gegen die Ausbeutergesellschaft. Sozialökonomisch geprägt war die neue Hauptperiode vom Aufschwung des Kapitalismus der freien Konkurrenz und durch den Übergang zum Monopolkapitalismus.

Mit der Kommune schuf sich das Volk von Paris sein eigenes Machtorgan. Ziel der Kommune war, die demokratischen Rechte der werktätigen Massen zu sichern und zu erweitern, die Not der arbeitenden Klassen zu überwinden und die französische Republik gegen den nationalen Verrat der Großbourgeoisie zu verteidigen. Der Rat der Kommune war gleichzeitig beschließendes und ausführendes Organ des Volkes von Paris. In der Hauptsache setzte er sich aus Blanquisten und Proudhonisten zusammen, nur wenige Marxisten waren in ihm vertreten. Auch in den Pariser Sektionen der Internationale waren die Marxisten in der Minderheit, aber alle Mitglieder der Sektionen setzten Gut und Blut für die Kommune ein. Nicht wenige von ihnen übten führende Funktionen aus.

Die Kommune gab ein glänzendes Beispiel dafür, wie mächtig die Kraft des Volkes ist, wenn die Werktätigen die Leitung des Staates in ihre eigenen Hände nehmen. Der Rat der Kommune leitete sofort nach seiner Wahl umfangreiche demokratische und soziale Maßnahmen ein. Er löste das reaktionäre stehende Heer auf und führte die allgemeine Volksbewaffnung ein. Er verfügte, daß alle Abgeordneten und Staatsfunktionäre gewählt wurden und folglich auch abgesetzt werden konnten, und übertrug diesen Volksvertretern – es waren meist Arbeiter oder anerkannte Vertreter der Arbeiterklasse – gleichzeitig die volle Ausübung der Macht. Dadurch beseitigte die Kommune die Teilung in eine legislative und eine exekutive Gewalt, wie sie für den bürgerlichen Mechanismus der Machtausübung charakteristisch ist. Die Verwandlung der Volksvertreter in die tatsächlich höchsten Machtträger gehörte zu den hervorragendsten Merkmalen der von den Kommunarden geschaffenen neuen Staatsform. Die Kommune begann auch, die politische und soziale Gleichberechtigung der Frau zu verwirklichen.

Die Pariser Arbeiter hatten 1871 weder Zeit noch Kraft, die Eigentumsverhältnisse grundlegend zu ändern. Vor allem war der französische Kapitalismus noch zu wenig entwickelt, waren die ökonomischen Bedingungen noch zu unreif, um die Herrschaft des Kapitals stürzen zu können. Jedoch leitete die Kommune verschiedene sozialökonomische Maßnahmen ein, um die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung unmittelbar zu verbessern. Sie erließ Dekrete über den Arbeitsschutz, über die Aufhebung der Mieten und über das Verbot der Nachtarbeit der Bäckergesellen. Erste Schritte zu einer neuen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit wurden mit dem Dekret

über Arbeitsangebot und -nachfrage getan. Am deutlichsten sichtbar wurde das Bemühen der Kommunarden um neue Produktionsverhältnisse in dem am 16. April erlassenen Dekret, das die Übernahme der von ihren Besitzern verlassenen oder geschlossenen Fabriken durch Arbeitergenossenschaften anordnete. So entstanden erste Formen gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln.

Alle diese Maßnahmen der Kommune lagen im Klasseninteresse des Proletariats und seiner Verbündeten. Sie waren Ausdruck der neuen, proletarischen Staatsmacht, die begann, sich zum Organisator neuer gesellschaftlicher Beziehungen zu entwickeln.

Die Pariser Arbeiter mußten ihre Staatsmacht unter unerhört schweren Bedingungen errichten. Paris war von den Truppen der französischen Konterrevolution und von der preußisch-deutschen Okkupationsarmee eingeschlossen. In der Stadt wütete der Hunger. Die Versailler Regierung – hemmungslos in ihrem Verrat am eigenen Volk – erbettelte vom preußischen Eroberer Hilfe gegen das revolutionäre Paris. Otto von Bismarck unterstützte mit der vorzeitigen Entlassung Zehntausender französischer Kriegsgefangener willig die Regierung Adolphe Thiers'.

Der Rat der Kommune schuf binnen weniger Wochen eine Zehntausende umfassende revolutionäre Armee. Mit ihrer Hilfe organisierte er die Verteidigung der Stadt, den Ausbau der Befestigungsanlagen, die Herstellung von Waffen und Munition. Doch ging er bei all seinen militärischen Maßnahmen nicht konsequent genug vor. Statt sofort auf Versailles zu marschieren, statt anzugreifen, täglich Erfolge zu erringen, dadurch die eigenen Kräfte zu stärken und den Gegner zu verwirren, beschränkten sich die Kommunarden auf militärischem Gebiet allein auf die Verteidigung. Die riesigen Reichtümer der Bank von Frankreich ließen sie fast unberührt. Dem Terror der Konterrevolution setzten sie lange Zeit nur Großmut und Appelle an die Humanität entgegen. Dieses Zaudern, diese Halbheiten und Fehler waren die Folge der unklaren blanquistischen und proudhonistischen Vorstellungen, die im Rat der Kommune vorherrschten. Sie waren Ausdruck dessen, daß den Kommunarden eine einheitlich handelnde, zielklare Führung und Erfahrung im bewaffneten revolutionären Kampf fehlten.

Um so bewundernswerter ist der Heroismus, mit dem die Arbeiter von Paris dem militärischen Ansturm der französischen Konterrevolution standhielten. Doch die Übermacht des Feindes war zu groß. Als

am 28. Mai die letzten Kommunekämpfer den Versailler Truppen erlagen, rechnete die Bourgeoisie schonungslos mit dem besiegten Proletariat ab. Fast 30 000 Kommunarden wurden erschossen, Zehntausende in die Gefängnisse geworfen oder in entfernte Kolonien zur Zwangsarbeit deportiert.

Aber der Kampf war nicht vergeblich geführt, die Opfer waren nicht umsonst gebracht worden. Karl Marx erkannte das als erster. Noch während der Kommune schrieb er: „Der Kampf der Arbeiterklasse mit der Kapitalistenklasse und ihrem Staat ist durch den Pariser Kampf in eine neue Phase getreten. Wie die Sache auch unmittelbar verlaufe, ein neuer Ausgangspunkt von welthistorischer Wichtigkeit ist gewonnen."[1]

Der heldenmütige Kampf der Kommunarden, der praktische Beweis, daß die Arbeiterklasse die Macht zu erobern und auszuüben vermag – das alles hob den Mut unzähliger Arbeiter, erweckte und festigte ihr Klassenbewußtsein, ließ sie die nationale Demagogie der Bourgeoisie durchschauen und belebte die sozialistische Bewegung. Die Kommune – spontan entstanden, aber intellektuell ein Ergebnis des Wirkens der Internationale – bewies im Feuer des Klassenkampfes die Unhaltbarkeit aller vormarxistischen Theorien, besonders des Blanquismus und des Proudhonismus. Der wissenschaftliche Kommunismus, der stets die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats als entscheidend hervorhob, erwies sich als überlegen.

Obwohl Karl Marx und Friedrich Engels die Pariser Arbeiter vor einem verfrühten Aufstand gewarnt hatten, stellten sie sich sofort nach der Errichtung der ersten Arbeiterregierung an die Seite der Kommunarden. Sie begrüßten die Kommune und halfen den – wie Marx schrieb – „Himmelsstürmern von Paris"[2]. Karl Marx stand durch einen deutschen Kaufmann mit den Pariser Sektionen der Internationale in direkter Verbindung. Er empfing von ihnen Informationen und gab ihnen wichtige Ratschläge für das politische und militärische Vorgehen der Kommune. Marx wie Engels berichteten ständig im Generalrat der Internationale über die militärischen Kämpfe und politischen Auseinandersetzungen in Paris, verfaßten Erklärungen und schrieben Presseartikel. Vor allem aber organisierten sie für die

1 Marx an Ludwig Kugelmann, 17. April 1871. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 309. – Dokument Nr. 85.

2 Marx an Ludwig Kugelmann, 12. April 1871. In: Ebenda, S. 308.

Kommunarden eine breite Solidaritätskampagne der Arbeiterorganisationen in Europa und Amerika. Nach der Niederlage der Kommune half Karl Marx, in London ein Hilfskomitee für die Flüchtlinge zu schaffen. Er ermöglichte Kommunarden die Flucht und verschaffte ihnen Geld und Arbeit.

Das größte Verdienst Karl Marx' und Friedrich Engels' besteht aber darin, daß sie der internationalen Arbeiterbewegung die Lehren der Pariser Kommune erschlossen. Von besonderer Bedeutung war die von Marx verfaßte Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation, die Marx schon am 30. Mai, also zwei Tage nach der Niedermetzelung der letzten Kommunekämpfer, dem Generalrat vorlegte. Kurz darauf erschien diese berühmte Kampfschrift unter dem Titel „Der Bürgerkrieg in Frankreich" in englischer, deutscher und französischer Sprache.

Bereits in seiner Schrift „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte" war Karl Marx zu der Schlußfolgerung gelangt, daß das Proletariat bei der Eroberung der politischen Macht den alten bürgerlichen Staatsapparat nicht einfach übernehmen kann, sondern ihn zerschlagen und durch seinen eigenen ersetzen muß. Nur dann sei es möglich, die Demokratie für alle arbeitenden Menschen zu sichern und den Sozialismus aufzubauen. Diese Erkenntnis wurde durch die Pariser Kommune zum ersten Mal in der Praxis bestätigt. Aus den Erfahrungen der Kommune und der sorgfältigen Analyse ihrer politischen und sozialen Maßnahmen schlußfolgerte Karl Marx, daß das charakteristische Merkmal des neuen proletarischen Staates in der unmittelbaren Machtausübung durch das Volk bestehen werde. Dieser Grundzug hatte sich in der Verbindung von gesetzgebender und ausführender Gewalt in der Kommune und in der Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Volksvertreter gezeigt. Marx erkannte, daß die spezifische Form der Diktatur des Proletariats eine politische Organisation vom Typ der Pariser Kommune sein müsse. Er schrieb deshalb über das „wahre Geheimnis" der Kommune in der Generalratsadresse: „Sie war wesentlich eine *Regierung der Arbeiterklasse,* das Resultat des Kampfs der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte."[3] Diese Erkenntnisse und Lehren waren notwendig,

[3] Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 342.

um den Weg der Arbeiterklasse zur politischen Macht theoretisch klären und die Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung und ihrer nationalen Parteien weiter ausarbeiten zu können.

Die Erfahrungen der Kommunarden bestätigten, daß sich die Arbeiterklasse, um siegen und ihren Sieg gegenüber der gestürzten Bourgeoisie auch sichern zu können, aufs engste mit den übrigen arbeitenden Klassen und Schichten, besonders mit der werktätigen Bauernschaft, verbünden muß. Das Vorgehen gegen die Großbourgeoisie und das Eintreten der Kommune für die nationalen Interessen sicherten den Kommunarden das Vertrauen und die Unterstützung großer Teile der Pariser Mittelschichten. Mit den werktätigen Bauern Frankreichs jedoch konnten die Kommunarden die für sie lebenswichtige feste politische Verbindung nicht herstellen, weil die Hauptstadt von den konterrevolutionären und den preußisch-deutschen Truppen belagert war. Auch mangelte es den Kommunarden an genügender theoretischer Einsicht.

Vor allem aber zeigten die Erfahrungen der Pariser Kommune, daß die Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung und Unterdrückung bestimmter objektiver und subjektiver Voraussetzungen bedarf. „Zur siegreichen sozialen Revolution", schrieb W. I. Lenin 1911, „bedarf es mindestens zweier Vorbedingungen: Die Entwicklung der Produktivkräfte muß eine hohe Stufe erreicht haben, und das Proletariat muß vorbereitet sein. 1871 fehlten jedoch diese beiden Vorbedingungen."[4] Im 19. Jahrhundert waren sowohl die objektiven als auch die subjektiven Bedingungen für eine siegreiche proletarische Revolution noch nicht herangereift. Die Entwicklung der Produktivkräfte hatte trotz ihrer relativ bedeutenden Fortschritte noch keineswegs jene Stufe erreicht, auf der die Übernahme der Produktivkräfte in gesellschaftliches Eigentum möglich und notwendig wurde. Deshalb mußte die Absicht der Kommunarden, die proletarische Klassenherrschaft zu errichten, ein heroischer Versuch bleiben. Die Pariser Arbeiter konnten die neue Qualität der Staatsmacht nur im Keim entstehen lassen. Voll entfalten kann sie sich erst dann, wenn die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten von einer revolutionären, einer marxistischen Partei geführt werden. Diese Partei fehlte den Pariser Arbeitern 1871. So bestätigte die Kommune, daß der gesellschaftliche Fortschritt untrennbar verbunden ist mit der Entwicklung der marxistischen Partei als Führerin der gesellschaftlichen Bewegung.

[4] W. I. Lenin: Dem Andenken der Kommune. In: Werke, Bd. 17, Berlin 1963, S. 124.

Diese bereits in der Inauguraladresse der Internationale formulierte und nun durch die Kommune erprobte Erkenntnis und die Erfahrungen, die die Eisenacher Partei als erste nationale revolutionäre Partei des Proletariats gesammelt hatte, hielten Karl Marx und Friedrich Engels für so bedeutungsvoll, daß sie sie im September 1871 auf die Tagesordnung der Londoner Konferenz der Internationalen Arbeiterassoziation setzten. Nach gründlicher Aussprache stimmten die Teilnehmer der Konferenz dem Beschluß über die „Politische Wirksamkeit der Arbeiterklasse" zu. Sie erklärten in diesem Beschluß, daß die Vereinigung des Proletariats zu einer revolutionären Partei unerläßlich ist, um den Triumph der sozialen Revolution zu sichern. Das Kernstück dieses Beschlusses wurde 1872 vom Haager Kongreß in die Allgemeinen Statuten der Internationale aufgenommen, und die Geschichte hat diese Erkenntnis bis zum heutigen Tage immer wieder bekräftigt.

Der Kampf der Pariser Kommunarden bestätigte auch die in der Revolution von 1848/1849 erstmals gesammelte Erfahrung, daß das Proletariat der konsequenteste Vertreter der nationalen Interessen des Volkes, der entschiedenste Kämpfer für demokratische Rechte und Freiheiten ist. Die Pariser Arbeiter setzten ihr Leben ein, um die Freiheit der Hauptstadt und die Souveränität und Einheit der Nation zu schützen. Die französische Großbourgeoisie dagegen opferte das Land ohne ernsthaften Widerstand, ja, sie reichte dem preußischen Eroberer angesichts des revolutionären Paris sogar die Hand zum Bündnis gegen die proletarische Revolution. Damit entlarvte sie selbst ihren bürgerlichen „Patriotismus" als hohles Geschwätz. Doch die Pariser Kommunarden handelten, wie Karl Marx im „Bürgerkrieg in Frankreich" nachwies, in einem noch viel tieferen Sinne national: Indem sie begannen, die produktiven Kräfte der Gesellschaft von den Fesseln des Kapitals zu befreien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beseitigen, suchten sie die wahre Einheit der Nation herzustellen, die nur auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln möglich ist.

Die Kommunarden waren entschiedene Gegner jeglichen Nationalismus. In Wort und Tat bewährten sie sich als proletarische Internationalisten. Dem Terror der international vereinigten Konterrevolution setzten sie die Klassensolidarität des internationalen Proletariats entgegen. Polnische Revolutionäre wie Jaroslaw Dąbrowski und Walery Wróblewski, russische revolutionäre Frauen wie J. D.

Dmitrijewa und der ungarische Revolutionär Leo Frankel kämpften in Paris, oft an führender Stelle, Schulter an Schulter mit ihren französischen Klassenbrüdern für die Befreiung aller Ausgebeuteten und Entrechteten.

Die Lehren der Pariser Kommune waren für die Entwicklung der internationalen und der deutschen Arbeiterbewegung von unschätzbarem Wert. Die Stellung zur Kommune blieb jahrzehntelang ein Kriterium für den revolutionären Klassencharakter jeder Arbeiterpartei und -organisation. Während die Opportunisten die Bedeutung der Kommune verkleinerten und ihre Lehren verschwiegen oder verfälschten, wahrten die Marxisten in der internationalen Arbeiterbewegung das revolutionäre Erbe der Kommunarden, verteidigten deren welthistorische Erfahrungen über den Weg der Arbeiterklasse zur Macht, entwickelten unter Führung W. I. Lenins diese Lehren weiter und verwirklichten sie in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und im revolutionären Entstehungsprozeß des sozialistischen Weltsystems. Bis heute gilt W. I. Lenins Wort: „In der heutigen Bewegung stehen wir alle auf den Schultern der Kommune."[5]

Der heldenhafte Kampf der Pariser Kommunarden wurde zum Fanal für die internationale Arbeiterbewegung. Auch in Deutschland ergriffen die klassenbewußten Arbeiter leidenschaftlich Partei für die Pariser Kommune, in der sie ihre ureigenste Sache erkannten. Dank der Hinweise von Karl Marx und Friedrich Engels an Wilhelm Liebknecht konnte das Zentralorgan der Eisenacher Partei, der „Volksstaat", den deutschen Arbeitern den Klassencharakter der Kommune als „eine *Arbeiterregierung* in dem eigentlichsten Sinne des Worts"[6] erklären. Unbeirrt vom Gegeifer der herrschenden Klassen, erzog die Sozialdemokratische Arbeiterpartei am Beispiel der Pariser Kommune die deutschen Arbeiter zur internationalen Solidarität. „Man hat uns die ‚internationale Aktionspartei' genannt", schrieb Wilhelm Liebknecht im „Volksstaat" vom 26. April 1871, „gut, wir akzeptieren den Namen, und unsre Parole sei fortan: *internationale Aktion des Proletariats gegen die internationale Reaktion der Bourgeoisie und des Junkertums!*" Die revolutionären deutschen Arbeiter verstanden diesen Appell. In fast allen größeren und in vielen kleineren Städten – so

5 W. I. Lenin: Plan einer Vorlesung über die Kommune. In: Werke, Bd. 8, Berlin 1958, S. 198.

6 Der Volksstaat (Leipzig), 15. April 1871.

beispielsweise in Barmen, Berlin, Bremen, Chemnitz, Dresden, Essen, Glauchau, Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, Mainz und Meerane – bekannten sich die Arbeiter auf Massenversammlungen und Kundgebungen vorbehaltlos zur Pariser Kommune.[7]

Die Solidaritätsaktion der deutschen Arbeiter gipfelte in dem leidenschaftlichen Bekenntnis, das August Bebel von der Tribüne des Reichstages aus am 25. Mai 1871 zur Pariser Kommune ablegte: „Meine Herren, ... seien Sie fest überzeugt, das ganze europäische Proletariat und alles, was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt, sieht auf Paris ... und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtenruf des Pariser Proletariats ‚Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggange!' der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird."[8] Wenige Monate später, im August 1871, stimmten die Delegierten des Dresdner Kongresses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei diesem Bekenntnis August Bebels zur Pariser Kommune einhellig zu.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei verband ihre Solidaritätserklärungen für die Pariser Kommune stets mit dem Kampf des deutschen Proletariats um seine demokratischen Rechte und sozialen Forderungen. Zugleich erläuterten die deutschen Sozialisten den Arbeitern am Beispiel der Pariser Kommune den Klassencharakter des Staates. Sie versetzten damit dem lassalleanischen Wunderglauben an den Staat einen schweren Schlag. Die vielen Grußadressen und Solidaritätserklärungen, die den Kommunarden auch von Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zugesandt wurden, machten deutlich, daß die Praxis des Klassenkampfes viele lassalleanische Arbeiter zum internationalistischen Standpunkt der Eisenacher Partei führte. Die mit Otto von Bismarck paktierenden Führer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wurden dadurch zunehmend isoliert; Johann Baptist von Schweitzer wurde sogar gezwungen, von seiner Funktion zurückzutreten. In dem unerschrockenen Eintreten

7 Dokument Nr. 86.

8 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, I. Legislaturperiode, I. Session 1871, Zweiter Bd., Berlin 1871, S. 921. – Dokument Nr. 88.

August Bebels, Wilhelm Brackes, Wilhelm Liebknechts und Tausender sozialistischer deutscher Arbeiter für die Pariser Kommune zeigte sich, wie zuversichtlich die besten Vertreter der deutschen Arbeiterklasse an den Sieg der Demokratie und des Sozialismus glaubten.

Obwohl sich die fortgeschrittenen deutschen Arbeiter im politischen Kampf vorbehaltlos an die Seite der Kommunarden stellten, verstand es die deutsche Sozialdemokratie nicht, alle wichtigen Lehren aus den Erfahrungen der Pariser Kommune zu ziehen. Das zeigte sich besonders deutlich wenige Jahre später bei der Ausarbeitung des Gothaer Programms.

Nach der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Niederwerfung der Pariser Kommune standen die deutschen Arbeiter in der Vorhut des proletarischen Kampfes. Mit der Gründung der Eisenacher Partei hatte der Marxismus in der deutschen Arbeiterklasse Fuß gefaßt. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei diente dem Proletariat anderer Länder als Vorbild für die Herausbildung und Festigung nationaler Parteien des Proletariats. Die deutsche Sozialdemokratie konnte auch die Kampferfahrungen der englischen und französischen Arbeiter ausnutzen. Hinzu kam, daß der deutschen Arbeiterklasse im preußisch-deutschen Militärstaat ein besonders reaktionärer und starker Gegner gegenüberstand. All diese Gründe und die Niederschlagung der französischen Arbeiterbewegung in der blutigen Maiwoche des Jahres 1871 bewirkten, daß sich der Schwerpunkt der internationalen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlagerte. Die deutsche Sozialdemokratie entwickelte sich in den drei Jahrzehnten bis zum Ausgang des Jahrhunderts zur angesehensten und einflußreichsten Partei in der internationalen Arbeiterbewegung.

2. Der Klassencharakter des deutschen Nationalstaates. Die neuen Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse

Es wirkte sich für das deutsche Volk tragisch aus, daß die Entstehung des deutschen Nationalstaates mit dem Eroberungskrieg gegen das französische Volk und mit der Niederschlagung der Pariser Kommune verknüpft war. Doch hatte die nationale Einigung Deutschlands auch

zur Folge, daß sich die Produktivkräfte der kapitalistischen Gesellschaft jetzt freier entwickelten. Die Arbeiterklasse konnte im geeinten Deutschland viel besser als zuvor ihre Kräfte entfalten.

Nach 1870/1871 entwickelte sich Deutschland außerordentlich schnell zu einer kapitalistischen Großmacht. Es wandelte sich von einem Agrar- zu einem Industriestaat, der am Ausgang des Jahrhunderts Frankreich weit überholt und England fast eingeholt hatte. Diese stürmische ökonomische Entwicklung Deutschlands war sowohl durch innere als auch durch äußere Faktoren bedingt. Zu den inneren Faktoren zählten vor allem die Herstellung des einheitlichen nationalen Marktes, aber auch die Steigerung der intensiven Ausbeutung der Arbeiterklasse. Die Vereinheitlichung der Münzen, Maße und Gewichte, die formelle Rechtsgleichheit im gesamten deutschen Reichsgebiet und die seit 1870 uneingeschränkte Zulassung von Aktiengesellschaften förderten die kapitalistische Industrialisierung. Als äußere Faktoren wirkten in erster Linie die durch die Annexion Elsaß-Lothringens erbeuteten riesigen Kohle- und Erzvorkommen und die von Frankreich erpreßte Kontribution von fünf Milliarden Francs. Außerdem konnte die deutsche Bourgeoisie beim Ausbau ihrer modernen Schwerindustrie die neuesten Erkenntnisse aus Wissenschaft und Technik der „alten" kapitalistischen Staaten England und Frankreich nutzen. Moderne Herstellungsverfahren wie die von Henry Bessemer, Percy Gilchrist und Sidney Gilchrist Thomas sowie Pierre Émile und Émile Martin wurden in der Stahlproduktion angewandt; der Gasmotor, später der Dieselmotor und die Turbine wurden sofort in die deutsche Industrie eingeführt.

Von 1868 bis 1902 wuchs die Herstellung von Produktionsmitteln um mehr als das Dreifache, die von Konsumgütern um das Zweifache. Wurden 1870 34 Millionen Tonnen Kohle gefördert, so waren es 1880 59 Millionen und 1890 89 Millionen Tonnen. Bei Stahl stieg die Produktion in den gleichen Zeiträumen von 0,2 auf 0,6 und schließlich auf 2,2 Millionen Tonnen. Neben der Grundstoff- und Schwerindustrie wuchs besonders schnell die Rüstungsindustrie – eine für den militaristischen Charakter des Deutschen Reiches typische Erscheinung. Verbunden mit dem raschen Wachstum der Produktion waren ihre beschleunigte Konzentration, eine sprunghafte Entwicklung des Bankkapitals und eine Zusammenballung des Reichtums in den Händen weniger tausend Großunternehmer und Bankiers. Das ökonomische Übergewicht der Bourgeoisie nahm immer mehr zu; jedoch vollzog sich

gleichzeitig im Lager der Bourgeoisie ein Differenzierungsprozeß, der schließlich zur Herausbildung der Großbourgeoisie führte.

Besonders rapide war der industrielle Aufschwung in den ersten Jahren des neuen Deutschen Reiches. Von 1870 bis 1873 stieg die Industrieproduktion um rund ein Drittel, die Produktion von Roheisen um mehr als 40 Prozent und die von Stahl um mehr als 80 Prozent. Allein im Jahre 1872 wurden fast doppelt soviel Aktiengesellschaften in Preußen gegründet wie im Zeitraum von 1801 bis 1870 zusammengenommen. Wie Pilze schossen die Eisenbahngesellschaften, die Banken und Kreditinstitute, die Bau- und Immobiliengesellschaften nach dem französischen „Milliardenregen" aus dem Boden. Die kapitalistische Spekulationswut und der Gründungsschwindel nahmen überhand. „Gründerjahre" nannte man diese Zeit. Ihr folgte, von Karl Marx im Nachwort zur 2. Auflage des „Kapitals" klar vorausgesehen, im Herbst 1873 der „Gründerkrach", die ökonomische Krise, die bis 1877 fast unvermindert andauerte. Deutschland war auf dem Wege zu einem modernen Industrieland – mit all dem Auf und Ab der kapitalistischen Konjunkturentwicklung und der massenhaften Vernichtung von Produktionsmitteln.

Seit Beginn der siebziger Jahre traten erste monopolistische Tendenzen auf. Es entstanden Kartelle und Syndikate, die jedoch noch wenig beständig waren und Ausnahmen in der deutschen Wirtschaft darstellten. Das änderte sich aber in den achtziger Jahren, als die Einfuhr von Produkten der eisenverarbeitenden Industrie mit hohen Zöllen belegt wurde. Diese Zollpolitik beschleunigte die monopolistischen Tendenzen, besonders in der Schwerindustrie und in den jungen, schnell an Bedeutung gewinnenden Industriezweigen der Chemie und der Elektrotechnik.

Die meisten dieser Gründungen in der Industrie vollzogen sich mit Hilfe einiger weniger Großbanken, die sich nach 1871 außerordentlich rasch entwickelten. Das waren vor allem die 1870 mit einem Grundkapital von 15 Millionen Mark gegründete Deutsche Bank, die 1872 mit 9,6 Millionen Mark Aktienkapital gegründete Dresdner Bank und die beiden bereits in den fünfziger Jahren entstandenen Geldinstitute Disconto-Gesellschaft und Darmstädter Bank. Industrie- und Bankkapital fingen an, sich allmählich zu verflechten. Gleichzeitig begannen Bank- und Industriekapitalisten sich mit Junkern zu liieren, indem vor allem Junker und Großgrundbesitzer sich an Industriebetrieben beteiligten, Bank- und Industrieherren ihrerseits Großgrundbesitz erwarben

und Kapital in Form von Hypotheken investierten. Dadurch festigte sich in kurzer Zeit die ökonomische Grundlage für die enge Interessengemeinschaft von Großbourgeoisie und Junkertum. Diese Interessengemeinschaft trug später dazu bei, dem deutschen Imperialismus ein besonders aggressives Gepräge zu verleihen.

Auch in der Landwirtschaft setzte sich die kapitalistische Entwicklung rasch fort. Während Junker und Großgrundbesitzer, inzwischen zu Agrarkapitalisten geworden, in großem Umfang moderne Maschinen und Kunstdünger anwenden konnten, war das der Masse der Bauernschaft nicht möglich. Das beschleunigte den Differenzierungsprozeß und ruinierte Hunderttausende Bauern, die dann größtenteils in die Städte abwanderten und Industrieproletarier wurden.

Das Landproletariat lebte, namentlich in Ostelbien, noch immer unter halbfeudaler Unterdrückung. Gesetzliche Ausnahmebestimmungen wie die entwürdigende Gesindeordnung und das Koalitionsverbot für Landarbeiter verstärkten die soziale und politische Unfreiheit des Landproletariats. Die Großgrundbesitzer suchten den ökonomischen Druck auf das Landproletariat noch zu erhöhen, indem sie Zehntausende polnische Saisonarbeiter beschäftigten.

Das wichtigste soziale und politische Ergebnis der ökonomischen Entwicklung dieser Jahre war das Erstarken des Industrieproletariats, und zwar sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht. Der Anteil der Arbeiterklasse an der Gesamtbevölkerung vergrößerte sich infolge des beschleunigten Industrialisierungsprozesses sprunghaft. Gleichzeitig vollzogen sich in der Zusammensetzung des Proletariats Umschichtungen, die die Kampfbereitschaft der Arbeiter verstärkten. Von 1875 bis 1895 stieg die Zahl der im Bergbau und in der Hüttenindustrie Beschäftigten von 0,4 auf etwa 0,6 Millionen, in der Metallindustrie und im Maschinenbau von etwa 0,3 auf 1,3 Millionen und in der chemischen Industrie von etwa 40 000 auf über 100 000 Beschäftigte. Der moderne Industriearbeiter prägte mehr und mehr das Gesicht des Proletariats.

Dieser Prozeß wurde noch gefördert durch das schnelle Wachsen der Großbetriebe, der natürlichen Organisationszentren der Arbeiterklasse. Das zeigt die nachstehende Statistik[9]:

9 Jürgen Kuczynski: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1871 bis 1900. In: Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Teil I: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart, Bd. 3, Berlin 1962, S. 253.

Jahr	Betriebe mit 1 bis 5 Arbeitern	6 bis 50 Arbeitern	51 bis 1000 Arbeitern	mehr als 1000 Arbeitern
1882				
Betriebe	2 882 768	112 715	9 847	127
Arbeiter	4 335 822	1 391 720	1 400 087	213 160
1895				
Betriebe	2 934 723	191 301	18 701	252
Arbeiter	4 770 669	2 454 333	2 595 536	448 731

Die Zusammenballung der Arbeiter in den Industriezentren und Großbetrieben ließ das Bewußtsein der eigenen Kraft des Proletariats erstarken. Die objektiven Bedingungen für den Kampf der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut, der Partei, waren günstiger als je zuvor.

Obwohl der Kampf der Arbeiterklasse bewirkte, daß die Reallöhne etwa bis zur Jahrhundertwende langsam anstiegen und die Arbeitszeit geringfügig verkürzt wurde, entsprachen diese Erfolge in keiner Weise der steigenden Arbeitsproduktivität und der damit unter kapitalistischen Bedingungen wachsenden Ausbeutung. Größere Erschöpfung im Arbeitsprozeß, zunehmende Berufskrankheiten und vorzeitige Arbeitsunfähigkeit kennzeichneten die Lage der Arbeiterklasse. Der Arbeitstag betrug in den siebziger Jahren – zumindest für die männlichen Arbeiter – durchschnittlich zwölf Stunden; es gab bis weit in die achtziger Jahre hinein keinen Versicherungsschutz und trotz der verstärkten Ausbeutung keinen Unfallschutz. Kinderarbeit war sehr verbreitet. Hunderttausende von Arbeitern, ruinierten Bauern und Handwerkern sahen in ihrer Heimat keine Existenzmöglichkeiten mehr; fast zwei Millionen wanderten in den beiden Jahrzehnten nach 1871 nach Übersee aus. In den Großstädten Deutschlands, die in jenen Jahren ungemein anwuchsen, nahm die Wohnungsnot der arbeitenden Bevölkerung überhand. Unter dem Zwang dieser unmenschlichen Verhältnisse wuchs die Entschlossenheit der Arbeiter, ihre Lage mit revolutionären Mitteln zu verändern.

Der neue Nationalstaat wurde vom Junkertum und von der Großbourgeoisie, den reaktionärsten und aggressivsten Klassen, beherrscht. Auf Grund der gemeinsamen ökonomischen Interessen und der zunehmenden ökonomischen Verflechtung der Großbourgeoisie mit den Junkern wuchsen Junkertum und Großbourgeoisie auch politisch immer enger zusammen. Die Junker blieben zwar nach 1871 im Besitz der

wichtigsten politischen Machtpositionen und konnten sie sogar noch weiter ausbauen, jedoch diente der Staat unter dem Druck der kapitalistischen Entwicklung immer stärker den Interessen der Bourgeoisie, der ökonomisch mächtigsten Klasse. So offenbarte sich der preußisch-deutsche Staat – nach einem treffenden Wort von Karl Marx – „als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflußter, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus“[10]. Immer unverhüllter trat der für Deutschland jetzt charakteristische hauptsächliche Klassengegensatz zwischen dem junkerlich-großbourgeoisen Ausbeuterblock und der Arbeiterklasse zutage.

Mit allen Mitteln der Demagogie und des politischen und ökonomischen Druckes trugen die herrschenden Klassen die antinationale Ideologie des reaktionären Preußentums in die Volksmassen. Von der Schulbank an wurde der Bürger zum sogenannten getreuen Untertan, zum willenlosen Diener von „Thron und Altar“ erzogen. Durch Kriegervereine und Sedanfeste, durch die offizielle Presse, durch eine Unzahl sogenannter Volksschriften, Kriegserinnerungen und Hauspostillen und nicht zuletzt von vielen Kirchenkanzeln herab wurde die verabscheuungswürdige Ideologie der nackten Gewalt, des hemmungslosen Chauvinismus, des Herrenmenschentums und Antisemitismus propagiert. Eine wichtige Rolle spielte dabei die militaristische Geschichtsideologie, zu deren eifrigstem Verfechter sich der preußische Hofhistoriker Heinrich von Treitschke aufschwang – gleichermaßen ein skrupelloser Großmachtchauvinist wie ein fanatischer „Sozialistenfresser“. Ihre philosophische Verbrämung erhielt diese Ideologie schließlich in den Schriften Friedrich Nietzsches, der am Ausgang des Jahrhunderts zum Modephilosophen der herrschenden Klassen Deutschlands wurde. Polizeisäbel und Korporalstock blieben die charakteristischen Symbole des preußisch-deutschen Militärstaates.

„Stramm, stramm, stramm;
Alles über einen Kamm“[11],

spottete der bürgerlich-humanistische Dichter Wilhelm Raabe voller Bitterkeit.

Zwischen Bourgeoisie und Proletariat stand das Kleinbürgertum.

10 Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 29.

11 Wilhelm Raabe: Horacker, Berlin 1952, S. 130.

Während der kapitalistische Industrialisierungsprozeß einerseits die kleinbürgerlichen Mittelschichten in Stadt und Land in zunehmendem Maße ruinierte, erzeugte der Kapitalismus andererseits auch fortwährend neue kleinbürgerliche Elemente. Teils rekrutierten sie sich aus heruntergekommenen Bourgeois, teils aus bessergestellten Arbeitern. Insgesamt gesehen setzte sich jedoch zunehmend eine ökonomische Differenzierung und Zersplitterung des Kleinbürgertums durch. Das hatte unter anderem zur Folge, daß sich große Teile der Mittelschichten von der sozialen und nationalen Demagogie der herrschenden Klassen, vom Chauvinismus oder Antisemitismus beeinflussen ließen und ihre demokratisch-fortschrittlichen Traditionen aufgaben. Demgegenüber näherten sich die besten Kräfte des Kleinbürgertums, die ihrer demokratischen, antimilitaristischen Haltung treu blieben, der Sozialdemokratie oder schlossen sich ihr sogar an.

Das Kräfteverhältnis der Klassen spiegelte sich in der Gliederung der politischen Parteien des Hohenzollern-Reiches und in deren Beziehungen zueinander wider. Die Interessen der Junker vertrat die Konservative Partei, die 1876, vorwiegend unter dem Druck der kapitalistischen Entwicklung, zur Deutschkonservativen Partei wurde. Maßgebliche Teile der Bourgeoisie wurden vorwiegend durch die Nationalliberale Partei repräsentiert. Sie war bis Ende der siebziger Jahre die parlamentarische Hauptstütze Otto von Bismarcks, während sich die bereits eng mit dem Industriekapital liierten Junker und Magnaten, die mächtigsten Schwerindustriellen und führende Beamte des Staatsapparates in der Reichs- und Freikonservativen Partei organisierten.

In der Deutschen Fortschrittspartei sammelten sich sowohl Vertreter des Kleinbürgertums als auch liberale Bourgeois, wobei in allen entscheidenden Fragen der kleinbürgerliche Flügel unterlag. Als sich 1884 die Deutsche Fortschrittspartei mit dem linken Flügel der Nationalliberalen zur Deutschfreisinnigen Partei verband, triumphierten endgültig die bourgeoisen Interessen. Die wenigen noch übriggebliebenen kleinbürgerlichen Demokraten und süddeutschen Föderalisten hatten sich in der fast bedeutungslosen Deutschen Volkspartei zusammengefunden. Eine etwas gesonderte Stellung nahm die Zentrumspartei ein. Sie stützte sich auf das katholische Kleinbürgertum und auf die Mehrheit der katholischen Bauern und Arbeiter in Süd- und Westdeutschland sowie in Oberschlesien. Zunächst vertrat sie partikularistische, antipreußische Tendenzen und verfocht in erster Linie die Interessen

des katholischen Großgrundbesitzes und Industriekapitals. Später näherte sie sich immer mehr Otto von Bismarcks Politik an. Eine bürgerliche demokratische Partei von Bedeutung, wie es sie in westeuropäischen Staaten gab, fehlte also im neugeschaffenen Hohenzollern-Reich.

Die einzige Partei, die nicht Ausbeuterinteressen vertrat, sondern für das Proletariat und alle arbeitenden Menschen, für die nationalen und demokratischen Interessen des ganzen Volkes eintrat, war die Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Die auf undemokratischem Wege vollzogene Reichseinigung, der schnelle Vormarsch des Kapitalismus nach 1871 und das sich daraus ergebende Kräfteverhältnis der Klassen bestimmten den reaktionären Charakter des preußisch-deutschen Militärstaates. Diesen Charakter widerspiegelte eindeutig die Reichsverfassung, die Preußen und damit den preußischen Junkern die entscheidenden politischen Machtpositionen sicherte.[12] An der Spitze des Deutschen Reiches, eines Bundesstaates, stand der Kaiser, zugleich König von Preußen und Oberbefehlshaber des Heeres und der Flotte. Er entschied über Krieg und Frieden und in allen anderen außenpolitischen Fragen. Ihm zur Seite stand der Bundesrat, eine Institution, die davon zeugte, daß der Föderalismus noch nicht überwunden war. Der Bundesrat war zusammengesetzt aus 58 Vertretern der 26 deutschen Einzelstaaten. 17 Vertreter stellte Preußen, das sich dadurch auch im Bundesrat den entscheidenden Einfluß sicherte. Der Reichskanzler war der einzige Reichsminister und nur dem Kaiser Rechenschaft schuldig. Er war zugleich Bundesratsvorsitzender und meist auch preußischer Ministerpräsident. Der Reichskanzler aber hieß Otto von Bismarck. Die Verfassung war nach seinen Hinweisen ausgearbeitet worden. Sie war ihm auf den Leib zugeschnitten.

Im Vergleich zum Kaiser, zum Reichskanzler und zum Bundesrat hatte der Reichstag nur geringe Machtbefugnisse, vorwiegend auf dem Gebiet der Finanzen, der Wirtschaftspolitik und der Rechtsprechung. Er konnte Gesetzentwürfe einbringen und beraten; Gesetzeskraft erlangten sie jedoch erst nach der Zustimmung durch den Bundesrat. Der Reichstag wurde auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung nach dem Prinzip gewählt, daß aus jedem Wahlkreis der Kandidat mit der absolut höchsten Stimmenzahl als Abgeordneter für in der Regel drei Jahre in den Reichstag ein-

[12] Dokument Nr. 87.

zog. Erreichte im ersten Wahlgang kein Kandidat die absolute Stimmenmehrheit, erfolgte eine Stichwahl, bei der die relative Mehrheit entschied. Das allgemeine Wahlrecht veränderte zwar keineswegs den reaktionären Charakter des preußisch-deutschen Militärstaates, aber es half dem Proletariat und den übrigen ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Schichten, sich zu sammeln, ihre Organisationen auszubauen, die Agitation zu verstärken und die Reichstagstribüne zur Propagierung demokratischer und sozialistischer Ideen auszunutzen. Doch selbst die wenigen bürgerlich-demokratischen Freiheiten, die die Volksmassen in den sechziger Jahren erringen konnten, wurden für die herrschenden Klassen bald gefährlich. Deshalb versuchten sie ständig, diese Freiheiten durch Polizeidiktatur oder Ausnahmegesetze wieder zu beseitigen.

Die brutale Gewaltpolitik nach innen, die sich gegen alle arbeitenden Menschen, vor allem aber gegen die Arbeiterklasse richtete, wurde durch eine zunehmend aggressive Politik nach außen ergänzt. Otto von Bismarck, der das neugeschaffene Reich mit der widerrechtlichen Annexion Elsaß-Lothringens belastet und dadurch die Allianz Frankreichs mit Rußland heraufbeschworen hatte, suchte mit allen Mitteln seinen Raub zu sichern. Auf der einen Seite strebte er ein gutnachbarliches Verhältnis zu Rußland an und handelte damit – innerhalb seiner Klassenschranken – realistisch. Auf der anderen Seite drohte er jedoch Frankreich wiederholt mit Krieg. Auch die 1879 durch Bündnisse mit Österreich-Ungarn und Italien eingeleitete militärische Blockbildung, der sogenannte Dreibund, kennzeichnete deutlich die aggressiven Pläne der deutschen Großbourgeoisie, der Junker und Militaristen.

Vor allem aber offenbarte sich das Expansionsstreben der deutschen Großbourgeoisie in der in den achtziger Jahren einsetzenden Kolonialpolitik. Otto von Bismarck förderte die koloniale Expansion nach Kräften und annektierte zwischen 1884 und 1888 große Gebiete in West-, Südwest- und Ostafrika sowie in der Südsee, indem er sie „unter den Schutz des Reiches" stellte. Die brutale Kolonialpolitik Deutschlands, die von der „Deutschen Kolonialgesellschaft" und ihren Vorläufern ideologisch vorbereitet wurde, führte bald zu außenpolitischen Spannungen mit den „alten" Kolonialmächten, vor allem mit England.

Durch die Annexion Elsaß-Lothringens, durch seine Provokationen gegenüber Frankreich und durch sein wachsendes Expansionsstreben beschleunigte das preußisch-deutsche Reich das Wettrüsten und wurde,

wie Friedrich Engels schrieb, „Repräsentant des Militarismus“[13] in Europa. Nur allzu recht hatte Georg Herwegh, als er schon 1871, von tiefer Sorge um sein Volk erfüllt, in seinem „Epilog zum Kriege“ warnte:

„Schwarz, weiß und rot! um *ein* Panier
Vereinigt stehen Süd und Norden;
Du bist im ruhmgekrönten Morden
Das erste Land der Welt geworden:
Germania, mir graut vor dir!“[14]

Auf der Tagesordnung der Geschichte stand in Deutschland nach 1871 die revolutionäre demokratische Umgestaltung des Nationalstaates mit dem Ziel, den preußisch-deutschen Militärstaat zu stürzen und eine einige demokratische Republik zu schaffen. Nachdem sich die Großbourgeoisie mit den junkerlich-militaristischen Kräften verbündet hatte, mußte es die historische Aufgabe der Arbeiterklasse sein, die Volksmassen im Kampf für die demokratische Republik zu führen. Die demokratische Republik würde nur einen bürgerlichen Klasseninhalt haben können. Doch brauchte die Arbeiterklasse die bürgerlich-demokratische Republik, weil sie die besten Voraussetzungen dafür bot, daß sich das Proletariat organisieren, seine Kräfte zusammenfassen und sich auf den Entscheidungskampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat in der imperialistischen Epoche vorbereiten konnte. Diese für die Strategie und Taktik der deutschen Arbeiterbewegung so wichtige Lehre aus den Erfahrungen der Pariser Kommune wurde selbst von den besten Kräften in der deutschen Sozialdemokratie nicht voll erfaßt. Das beeinträchtigte die Erfolge der Partei und ihrer Politik. Denn wenn auch im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts der Sturz des preußisch-deutschen Militärstaates und die Errichtung einer einigen demokratischen Republik noch nicht zur Tagesaufgabe heranreiften, so hemmten die nicht völlig überwundenen Unklarheiten über das strategische Ziel der Arbeiterklasse die deutsche Sozialdemokratie doch in ihrer Bündnispolitik.

In Deutschland waren in den Jahrzehnten zwischen 1871 und dem Beginn des 20. Jahrhunderts, wie W. I. Lenin rückblickend schrieb, „die

[13] Friedrich Engels: Offiziöses Kriegsgeheul. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 583.

[14] Georg Herwegh: Epilog zum Kriege. In: Der Freiheit eine Gasse. Aus dem Leben und Werk Georg Herweghs. Hrsg. von Bruno Kaiser, Berlin 1948, S. 340.

Bedingungen für eine unmittelbar revolutionäre Bewegung ... ganz und gar verschwunden"[15]. Angesichts dessen wurden die politisch-ideologische Schulung, organisatorische Sammlung und theoretische Ausbildung des Proletariats zu vordringlichen Aufgaben. Es galt, um mit W. I. Lenin zu sprechen, „den bürgerlichen Parlamentarismus auszunutzen, eine eigene Tagespresse, eigene Bildungsinstitutionen, eigene Gewerkschaften, eigene Genossenschaften zu schaffen"[16]. Alle diese Aufgaben, die dem Kampf um die demokratische Republik dienten, waren zugleich vorbereitende Schritte auf dem Wege zur proletarischen Revolution und mußten unter diesem Blickpunkt verstanden und verwirklicht werden. Der relativ „friedliche" Charakter dieser Periode bewirkte, daß sich die deutsche Sozialdemokratie in jenen Jahrzehnten vor allem darum bemühte, ihre Legalität zu sichern und sie im proletarischen Klasseninteresse auszunutzen. Besonders kam es darauf an, den Marxismus in der Arbeiterbewegung durchzusetzen und ihn schöpferisch auf die Verhältnisse in Deutschland anzuwenden.

Der Kampf um die demokratische Republik entsprach nicht nur den Interessen der Arbeiterklasse. Der preußisch-deutsche Militärstaat unterdrückte nicht allein die revolutionäre Arbeiterbewegung, sondern überhaupt jede demokratische Bewegung. Mit besonderer Brutalität knechtete er die in Deutschland lebenden nationalen Minderheiten: die Polen, Franzosen, Dänen und Sorben. Auch führte das von ihm entfesselte Wettrüsten in Europa zu einer Verschlechterung der Lebenslage aller arbeitenden Menschen und verstärkte die Gefahr eines europäischen Krieges. Die Interessen der Nation waren daher mit den Interessen der Militaristen nicht zu vereinbaren. Der Kampf gegen den preußisch-deutschen Militärstaat lag im Interesse aller friedliebenden, demokratischen Kräfte in Deutschland; er trug nationalen Charakter. Das schuf für die Bündnispolitik der Arbeiterklasse objektiv günstigere Voraussetzungen als in der vorangegangenen Periode.

15 W. I. Lenin: Gespräch eines Legalisten mit einem Gegner des Liquidatorentums. In: Werke, Bd. 17, S. 172.

16 W. I. Lenin: Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx. In: Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 577/578.

3. Die Entwicklung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur führenden Kraft der deutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen den preußisch-deutschen Militärstaat

Angesichts der beschleunigten Entwicklung der Produktivkräfte und noch unter dem Eindruck der heldenhaften Pariser Kommune begann 1871, ausgelöst durch eine plötzliche Teuerung, eine Welle mächtiger Streikkämpfe und zahlreicher politischer Demonstrationen der Arbeiterklasse. Im Juli und August 1871 erzwangen 4000 Berliner Maurer in einem machtvollen Streik die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages bei gleichem Lohn. Im Oktober und November streikten in Chemnitz etwa 8000 Maschinenbauer für den 10-Stunden-Arbeitstag und eine 25prozentige Lohnerhöhung für Überstunden. Allein im ersten Halbjahr 1872 berichtete die Arbeiterpresse von weit über hundert Streikkämpfen und Aussperrungen in Deutschland. Im Juni und Juli 1872 kam es im Ruhrgebiet zu einem Massenstreik von etwa 20 000 Bergarbeitern. Über fünf Wochen kämpften die Ruhrkumpel entschlossen gegen die Unternehmer, die mit allen Mitteln versuchten, den Streik so schnell wie möglich niederzuschlagen. Der Mut und die Kampfentschlossenheit der Bergarbeiter sowie die zahlreichen Solidaritätsaktionen in anderen Revieren und sogar im Ausland vermochten aber nicht, die im Ruhrgebiet fast völlig fehlende gewerkschaftliche Organisation zu ersetzen.

Zur gleichen Zeit stieg infolge der Konzentration der Arbeitskräfte in einigen Großstädten die Wohnungsnot des Proletariats ins unermeßliche. Während die bürgerliche Presse gegen die angeblich prassenden und Sekt trinkenden Berliner Bauarbeiter Stimmung machte, kampierten Tausende Arbeiter vor den Toren der Hauptstadt in erbärmlichen Hütten und Baracken, waren alle Obdachlosenasyle überfüllt. Mitte 1872 entflammte in Berlin und einigen anderen Städten der Zorn der Arbeiter. Es kam zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Im Berliner Osten wurden sogar Barrikaden gebaut, und mehrtägige Straßenschlachten fanden statt. Hier wie auch an anderen Orten antworteten die herrschenden Klassen mit brutaler Gewalt, verhängten Zuchthausstrafen und setzten sogar Militär ein.

Die ökonomischen Kämpfe zu Beginn der siebziger Jahre zeigten,

daß die Gewerkschaften noch zu schwach waren, die große Bewegung der Arbeiter für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen genügend wirkungsvoll zu organisieren und zu leiten. Während die Streikkämpfe im Handwerk unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Prosperität in den „Gründerjahren" größtenteils erfolgreich waren, gingen die Streiks in größeren Industriebetrieben meist verloren. So scheiterten sowohl der Streik der Chemnitzer Maschinenbauer als auch der Streik der Ruhrkumpel.

Die Führer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, neben August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Julius Motteler vor allem die Hamburger Arbeiterführer August Geib und Theodor Yorck, erkannten, daß sich die Gewerkschaften für die bevorstehenden Kämpfe rüsten mußten. Das erforderte in erster Linie, die verhängnisvolle Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in marxistische oder lassalleanische Organisationen zu überwinden. August Bebel und seine Kampfgefährten traten im Gegensatz zu den lassalleanischen Führern stets für die selbständige Organisation der Gewerkschaften ein. Zugleich wandten sie sich aber gegen jede politische Neutralität der Gewerkschaften, obwohl diese auf Grund der reaktionären Gesetzgebung in Deutschland gezwungen waren, sich in ihren Statuten als politisch neutral zu tarnen. Einheitliche, revolutionäre Gewerkschaften, die immer größere Teile der Arbeiterklasse erfassen sollten, waren das Ziel der Eisenacher Partei.

Unter dem Eindruck ihrer eigenen Erfahrungen verstärkte sich auch bei lassalleanischen Gewerkschaftern das Streben nach Einheit. Immer häufiger kam es trotz des Widerstandes lassalleanischer Führer zu gemeinsamen Kampfaktionen der beiden Gewerkschaftsrichtungen. Schon 1871/1872 entstanden die ersten einheitlichen Gewerkschaftsverbände, so beispielsweise der Allgemeine Deutsche Weber- und Manufakturarbeiterbund.

Ein Schritt auf dem Wege zur Gewerkschaftseinheit war der zum 15. Juni 1872 nach Erfurt einberufene Gewerkschaftskongreß. Die 52 Delegierten, Vertreter von 11 358 Gewerkschaftern, bekannten sich einmütig zur Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Zwar scheiterte der Plan, alle Organisationen in einer Gewerkschaftsunion zu vereinigen, damals noch am Widerstand der lassalleanischen Führer und an den Schwierigkeiten, die die herrschenden Klassen der Bewegung bereiteten. Doch der Drang der Arbeiter nach einheitlichen Klassenorganisationen konnte nicht unterdrückt werden; im Gegenteil, er wuchs mit den sich verschärfenden Klassenkämpfen.

Auch auf anderen Gebieten, so dem der Genossenschaftsbewegung, strebten die Arbeiter nach organisatorischem Zusammenschluß und solidarischem Handeln. Die Anzahl der meist lokalen Konsumgenossenschaften erhöhte sich von 1870 bis 1875 von 354 auf über 600, wobei sich ihre Mitgliederzahl auf fast 100 000 verdoppelte.

Obwohl die Führer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ihre Spaltungspolitik fortsetzten, konnten sie nicht verhindern, daß die Eisenacher Partei eine immer stärkere Anziehungskraft auf die klassenbewußten Proletarier Deutschlands ausübte. Das bewirkte vor allem der mutige antimilitaristische Kampf der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Um den Einfluß der Eisenacher Partei auf die Arbeiterklasse zu unterbinden und die junge Partei mundtot zu machen, ließ Bismarck ihre Führer verhaften und Hochverratsprozesse gegen sie inszenieren. Doch die Anklage gegen Wilhelm Bracke und andere Mitglieder des leitenden Parteiausschusses brach im November 1871 kläglich zusammen, und der Braunschweiger Hochverratsprozeß erwies sich als Fehlschlag. Auch der Leipziger Hochverratsprozeß im März 1872 gegen August Bebel, Wilhelm Liebknecht und ihren Mitarbeiter, den Redakteur Adolf Hepner, endete – trotz der Verurteilung Bebels und Liebknechts zu zwei Jahren Festungshaft – mit einer politischen Niederlage des Bismarck-Staates. August Bebel und Wilhelm Liebknecht, vor allem wegen ihres mutigen Eintretens gegen die Annexion Elsaß-Lothringens des Hochverrats bezichtigt, machten den Gerichtssaal zur Tribüne revolutionär-proletarischer Agitation. Sie nutzten die zweiwöchigen Verhandlungen, um die Prinzipien ihrer sozialistischen Weltanschauung und ihrer revolutionären Politik darzulegen. Sie wurden von Arbeitern in ganz Deutschland gehört. So wurde auch dieser Tendenzprozeß zu einem großen politisch-moralischen Erfolg für die Eisenacher Partei.[17]

Die Rechnung der herrschenden Klassen, die revolutionäre Arbeiterbewegung durch Terrormaßnahmen aus der Welt zu schaffen oder zum Schweigen zu verurteilen, ging nicht auf. Sogar während ihrer Haft unterstützten August Bebel und Wilhelm Liebknecht erfolgreich den Kampf der Partei. Liebknecht, obwohl von den Genossen getrennt, leitete die Redaktion des „Volksstaat" an und gab das Prozeßprotokoll heraus, um es für die Massenpropaganda nutzbar zu machen. Bebel betrieb während der Haft gründliche theoretische Studien.

[17] Dokument Nr. 89.

Außerdem schrieb er mehrere wertvolle Abhandlungen für die Schulung der Parteimitglieder, so die Agitationsschrift über „Die parlamentarische Tätigkeit des Deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozialdemokratie von 1871 bis 1874", in der er schonungslos mit dem preußischen Militarismus abrechnete, und die Studie „Der deutsche Bauernkrieg", seine erste größere historische Arbeit. In seiner Darstellung der revolutionären Bauernbewegung wandte August Bebel bereits mit Erfolg den historischen Materialismus selbständig an und lenkte die Aufmerksamkeit der deutschen Sozialisten auf die Bauern als Bündnispartner der Arbeiterklasse.

Das Reifen der Eisenacher Partei in theoretischer Hinsicht zeigte sich auch im Schaffen des Arbeiterphilosophen Joseph Dietzgen, der in den siebziger Jahren besonders durch seine Aufsätze im „Volksstaat" und später im „Vorwärts" den Arbeitern Grundzüge des philosophischen Materialismus erläuterte. Zu gleicher Zeit, 1873, trug Wilhelm Bracke mit seiner Schrift „Der Lassallesche Vorschlag" dazu bei, die Dogmen Lassalles wissenschaftlich zu widerlegen.

Eine der Ursachen für die Erfolge der Eisenacher Partei lag darin, daß Karl Marx und Friedrich Engels den Führern der Partei mit Rat und Tat zur Seite standen. Diese Hilfe wurde besonders dringend, als Anfang der siebziger Jahre die sogenannten Kathedersozialisten auftraten: eine Gruppe von bürgerlichen Professoren, an ihrer Spitze die Nationalökonomen Lujo Brentano, Gustav Schmoller und Adolph Wagner. Sie forderten das Eingreifen des Staates in das soziale Leben, um so dem Einfluß der Sozialdemokratie entgegenzuwirken. Fanden sie selbst mit ihrem Vulgärsozialismus auch kein Echo in der Partei, so traten doch sofort wieder Anhänger des längst widerlegten Proudhonschen kleinbürgerlichen Sozialismus in den Reihen der Eisenacher Partei auf. Einer von ihnen, Dr. Artur Mülberger, theoretisierte sogar im „Volksstaat" darüber, wie der so akuten Wohnungsnot des Proletariats abzuhelfen sei. Da die junge Partei selbst nicht die Kraft fand, diese sozialen Quacksalbereien wissenschaftlich zu widerlegen, griff Friedrich Engels ein und veröffentlichte 1872/1873 im „Volksstaat" seine Artikelserie „Zur Wohnungsfrage", die bald darauf auch als Broschüre erschien.

Friedrich Engels enthüllte in der „Wohnungsfrage" das Wesen jedes kleinbürgerlichen Reformismus, der die Übel des Kapitalismus beseitigen, aber deren Grundlage, die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse, nicht antasten will. Doch beschränkte sich Engels in seinen Auf-

sätzen keineswegs darauf, die Irrtümer Pierre-Joseph Proudhons und dessen Nachbeter bloßzulegen. Er erläuterte zugleich die ökonomischen Lehren, die Karl Marx im „Kapital" entwickelt hatte, und machte sie auf diese Weise den deutschen Arbeitern vertraut. Vor allem aber erklärte er seinen Lesern den reaktionären Klassencharakter des preußisch-deutschen Staates. Erneut machte er die deutschen Sozialdemokraten auf die wichtige Lehre aus dem Kampf der Kommunarden aufmerksam, daß die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise und der Aufbau des Sozialismus erst dann möglich sind, wenn die Arbeiterklasse im Staat die Macht in Form der Diktatur des Proletariats ausübt.

In welchem Maße sich die Eisenacher Partei die Grundsätze des wissenschaftlichen Kommunismus aneignete, zeigte ihr Auftreten in der Internationalen Arbeiterassoziation. Als erste auf nationalem Boden organisierte selbständige revolutionäre Arbeiterpartei spielte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in den Auseinandersetzungen, die um wichtige Erfahrungen der Pariser Kommune in der I. Internationale geführt wurden, eine entscheidende Rolle. Während die Anhänger M. A. Bakunins in der Internationale den Heldenkampf der Pariser Arbeiter für ihre anarchistischen Bestrebungen auszuschlachten versuchten, den politischen Kampf der Arbeiterklasse ablehnten und sich der notwendigen Organisierung des Proletariats zu selbständigen politischen Parteien mit allen Mitteln widersetzten, demonstrierte die Eisenacher Partei mit ihren politischen Fortschritten, wie richtig die von Karl Marx und Friedrich Engels entwickelte Strategie und Taktik war. Während die lassalleanischen Führer in dieser Situation, in der es um Leben oder Tod der Internationale ging, mit den Bakunisten und deren Spalterpolitik paktierten, stand die Sozialdemokratische Arbeiterpartei im Kampf um die revolutionäre Einheit der internationalen Arbeiterbewegung unerschütterlich an der Seite von Marx und Engels. Sie verteidigte und propagierte anhand ihrer eigenen Erfahrungen Marx' Politik, die darauf gerichtet war, nationale Parteien zu schaffen und die Massen zu gewinnen. Sie lehnte das Abenteurertum und Sektenwesen M. A. Bakunins entschieden ab.

Die Eisenacher Partei verhinderte nicht nur, daß der Anarchismus in Deutschland Fuß fassen konnte, sie trug darüber hinaus wesentlich dazu bei, daß auf dem Haager Kongreß der Internationale im September 1872 die Bakunisten geschlagen und ihre wichtigsten Anführer aus der Internationale ausgeschlossen wurden. Die deutschen Vertreter,

die nach den Franzosen die stärkste Delegation bildeten, bekämpften die von M. A. Bakunin aufgestellte Behauptung, daß sich das Proletariat von der Politik fernhalten müsse. Sie verfochten leidenschaftlich die von Karl Marx und Friedrich Engels erläuterten Prinzipien der revolutionären Partei des Proletariats, wobei sie sich ausdrücklich auf ihre eigenen und auf die Erfahrungen der Kommune beriefen. Ihr Sprecher, Adolf Hepner, erklärte, daß die Arbeiterpartei weder eine „spießbürgerliche Partei in Schlafrock und Pantoffeln" noch von „Barrikadologie" befallen sein dürfe.[18] So trugen die Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei maßgeblich dazu bei, daß der Kongreß grundlegenden Prinzipien des Marxismus zustimmte und sie in den Statuten der Internationale niederlegte: Die politische Herrschaft der Arbeiterklasse ist notwendig, um den Sozialismus aufzubauen. Diese Herrschaft kann nur mittels revolutionärer politischer Parteien erobert werden.

Der Haager Kongreß war nicht nur der Höhepunkt in der Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation, sondern zugleich auch ihr letzter großer Kongreß. 1872 wurde der Sitz des Generalrats der Internationale nach den USA verlegt, und 1876 löste sich die I. Internationale offiziell auf. Nach dem Haager Kongreß zeigte sich immer deutlicher, daß die in vielen Ländern mächtig anwachsende Arbeiterbewegung neue Formen der internationalen Zusammenarbeit benötigte. Jetzt wurde die Bildung und Festigung nationaler proletarischer Parteien zur zentralen Aufgabe. Hierzu hatte die Internationale Arbeiterassoziation den Grundstein gelegt, indem sie in der internationalen Arbeiterbewegung den Marxismus verbreitete und entscheidend dazu beitrug, utopisch-sozialistische, kleinbürgerliche Strömungen zu überwinden. Darin besteht das große historische Verdienst der I. Internationale und ihrer Führer Karl Marx und Friedrich Engels. In den Reihen der Internationalen Arbeiterassoziation eignete sich die Vorhut des internationalen Proletariats, zu der nicht zuletzt die klassenbewußten deutschen Arbeiter gehörten, die Idee des proletarischen Internationalismus an und sammelte reiche Erfahrungen in allen entscheidenden Fragen des Klassenkampfes.

[18] Diskussionsbeitrag Adolf Hepners auf dem Haager Kongreß über die politische Wirksamkeit der Arbeiterpartei, 6. September 1872. In: Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872). Dokumente und Materialien. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Berlin 1964, S. 675.

Die konsequente internationalistische Haltung der Eisenacher Partei zeigte sich auch in ihrer Solidarität mit den von Preußen-Deutschland unterdrückten Nationalitäten: den Polen und den Franzosen. Die Partei nutzte jede Gelegenheit, um die brutale Germanisierungspolitik anzuprangern, die Bismarck in Posen, Westpreußen, Oberschlesien und nicht minder in Elsaß-Lothringen betrieb. Viel Wert legte die Partei darauf, den deutschen, polnischen und französischen Arbeitern den Zusammenhang der Annexionspolitik der deutschen Militaristen mit der beschleunigten Aufrüstung Deutschlands und der Unterdrückung der Arbeiterklasse in Deutschland bewußtzumachen. Während die Sozialdemokratische Arbeiterpartei die französische Bevölkerung in Elsaß-Lothringen im Ringen um nationale Selbstbestimmung unterstützte, konzentrierte sie sich in den polnischen Gebieten darauf, polnische und deutsche Arbeiter in den ökonomischen und politischen Kämpfen zu solidarischem Handeln zu vereinen.

Gleicherweise nutzte die Partei jede Gelegenheit, die ohnehin sehr beschnittenen demokratischen Rechte – wie die Presse- und Koalitionsfreiheit – zu verteidigen. Als Otto von Bismarck 1872 den „Kulturkampf" vom Zaun brach, um den Widerstand der Zentrumspartei zu brechen und Teile der Arbeiterklasse und andere demokratische Kräfte vom Kampf gegen den preußisch-deutschen Militarismus abzulenken, wandte sich die Eisenacher Partei im Interesse der Demokratie gegen diese Unterdrückung der katholischen Kirche. Zugleich ließ sie aber keinen Zweifel daran, daß die Vertreter des Zentrums ebenso wie Bismarck Gegner einer revolutionären Umgestaltung Deutschlands waren und daß die revolutionäre Arbeiterbewegung den Klerikalismus in all seinen Schattierungen bekämpfen müsse.

Zu einem Höhepunkt des antimilitaristischen Kampfes der deutschen Arbeiter kam es im Frühjahr 1874. Bismarck bereitete ein neues Militärgesetz vor, das eine abermalige Verstärkung des Heeres vorsah. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei organisierte eine Protestkampagne, der sich auch kleinbürgerliche Demokraten anschlossen. Da die Auswirkungen der militaristischen Politik die gesamte Arbeiterklasse trafen, sah sich die Führung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gezwungen, auch ihrerseits zu Versammlungen gegen das Militärgesetz aufzurufen. Neben zahlreichen Versammlungen in allen Teilen Deutschlands fanden im April 1874 in Hamburg, Köln, Solingen und Stuttgart auch gemeinsame Massenversammlungen der Eisenacher Partei und der Lassalleaner statt, auf denen die militaristische Politik

einmütig verurteilt wurde. Die Arbeiter im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein erkannten, daß die Warnungen August Bebels und Wilhelm Liebknechts vor der militaristischen Entwicklung eines verpreußten Deutschlands richtig waren, und gerieten immer mehr in Widerspruch zur sektiererischen Politik ihrer Führer.

Infolge ihres mutigen politischen und ideologischen Kampfes gegen den preußisch-deutschen Militarismus fand die Sozialdemokratische Arbeiterpartei nicht nur in der Arbeiterklasse neue Anhänger. Auch jene um Johann Jacoby und Guido Weiß gruppierten demokratischen Kreise, die mit Sorge und Abscheu die Ausbreitung des preußischen Militarismus auf ganz Deutschland verfolgten, wandten ihre Sympathien der revolutionären Arbeiterpartei zu, arbeiteten mit ihr zusammen oder schlossen sich ihr sogar an.

Von dem wachsenden Einfluß der Eisenacher Partei zeugte beredt die Reichstagswahl am 10. Januar 1874: 171 351 Wähler – gegenüber 41 461 im März 1871 – schenkten der revolutionären Arbeiterpartei ihr Vertrauen. Sechs ihrer Vertreter zogen in den Reichstag ein. „Zum erstenmal, seit eine Arbeiterbewegung besteht", schrieb Friedrich Engels rühmend 1874, „wird der Kampf nach seinen drei Seiten hin – nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten) – im Einklang und Zusammenhang und planmäßig geführt. In diesem sozusagen konzentrischen Angriffe liegt gerade die Stärke und Unbesiegbarkeit der deutschen Bewegung."[19]

Während die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zahlreiche Erfolge verzeichnen konnte, gerieten die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins immer stärker in Widerspruch zu den Dogmen Ferdinand Lassalles und deren Verfechtern. Sie erkannten immer mehr, daß ihre eigenen Erfahrungen im politischen Kampf mit der lassalleanischen Lehre nicht übereinstimmten. Das isolierte die lassalleanischen Führer, führte zu Macht- und Cliquenkämpfen zwischen ihnen und zur Zersetzung der Organisation. Der Einfluß des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins auf Teile der deutschen Arbeiterklasse wurde schwächer. Der Druck einer schnell erstarkenden Opposition innerhalb des Vereins zwang die lassalleanischen Führer – so Wilhelm Hasenclever und Carl Wilhelm Tölcke – in die Defensive

[19] Friedrich Engels: [Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu „Der deutsche Bauernkrieg"]. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 18, S. 516/517.

und machte es ihnen immer schwerer, ihre Spaltungspolitik fortzusetzen.

Die Einigung der deutschen Arbeiterbewegung trat unmittelbar auf die Tagesordnung.

4. Die Vereinigung der Eisenacher Partei mit den Lassalleanern zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und die Kritik von Karl Marx und Friedrich Engels am Entwurf des Gothaer Programms

Im Verlauf des Jahres 1874 entwickelten sich günstige Voraussetzungen, um die Einheit der deutschen Arbeiterklasse herstellen zu können. Der mutige Kampf der Eisenacher Partei gegen den preußisch-deutschen Militärstaat überzeugte die fortgeschrittenen Teile des Proletariats und auch die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mehr und mehr davon, daß die Interessen der Arbeiterklasse nur im einheitlichen Kampf gegen die Unternehmer und gegen den Bismarck-Staat durchgesetzt werden konnten. Diese mancherorts schon in gemeinsamen Aktionen gesammelte Erfahrung und die Hilfe, die Karl Marx und Friedrich Engels der Eisenacher Partei erwiesen, drängten den Einfluß der Dogmen Ferdinand Lassalles in der deutschen Arbeiterbewegung zurück. Unter den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wuchsen der Widerwille und der Widerstand gegen die Paktiererpolitik mancher ihrer Führer. Dadurch wurde Bismarcks Plan, Teile der Arbeiterbewegung für die Ziele der herrschenden Klassen einzuspannen, endgültig zunichte gemacht. Der „Eiserne Kanzler" reagierte darauf auf echt junkerliche Weise: Er ließ in zunehmendem Umfang nicht nur die Eisenacher Partei, sondern jetzt auch die Lassalleaner von den Staatsorganen verfolgen. Das führte Eisenacher und Lassalleaner im politischen Kampf nur noch enger zusammen. Doch wurde angesichts der Unterdrückungsmaßnahmen immer deutlicher sichtbar, daß der Sektencharakter der lassalleanischen Organisation den Interessen der Arbeiterbewegung widersprach. Vor allem aber war infolge der historischen Ereignisse von 1870/1871 der jahrelange Streit über den Weg der nationalen Einigung gegenstandslos geworden.

Zum ersten Mal in der Geschichte der internationalen Arbeiter-

bewegung war die komplizierte Aufgabe zu lösen, die Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden und eine Taktik zur Herstellung der ideologischen, politischen und organisatorischen Einheit auszuarbeiten. Auch in dieser Situation erhielt die Eisenacher Partei wertvolle Hilfe von Karl Marx und Friedrich Engels.

Marx und Engels traten für die Vereinigung der beiden Arbeiterorganisationen zu einer einheitlichen Partei ein. Da jedoch nur die Sozialdemokratische Arbeiterpartei die proletarisch-revolutionäre Klassenlinie vertrat, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hingegen eine bürgerlich-reformistische Konzeption hatte, konnte die notwendige Vereinigung nur dann von Dauer sein, wenn sie auf der Grundlage des wissenschaftlichen Kommunismus erfolgte. Diese Forderung war, am damaligen Kräfteverhältnis in der deutschen Arbeiterklasse gemessen, durchaus real. Zumindest aber mußte man sich – sollte die Vereinigung trotzdem nicht sofort zu verwirklichen sein – auf ein Programm gemeinsamer Aktionen einigen. Ein derartiges Programm konnte den lassalleanischen Arbeitern auch in den Fragen der Theorie den Übergang zu einem revolutionären Standpunkt erleichtern. Das von Karl Marx und Friedrich Engels auf Grund ihrer Erfahrungen in der Internationalen Arbeiterassoziation entwickelte Prinzip, daß die Aktionseinheit die notwendige Voraussetzung für die Einheit der Arbeiterklasse ist, hat sich in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung immer wieder bestätigt.

Die Führer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei – August Bebel befand sich bis zum 1. April 1875 im Gefängnis – handelten zunächst nach den Ratschlägen von Karl Marx und Friedrich Engels. Auf dem Parteikongreß zu Coburg im Juli 1874 gaben sie die Losung „Einigung, nicht Vereinigung" aus. Durch eine Zeit der „Einigung", das heißt gemeinsamer Aktionen, sollte die „Vereinigung", die organisatorische Verschmelzung mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, vorbereitet werden. Allein auf diesem Wege war es möglich, ideologische Zugeständnisse an den Lassalleanismus zu verhindern und die künftige einheitliche Partei auf wissenschaftlicher, marxistischer Grundlage aufzubauen.

Als jedoch wenige Monate darauf „die Lassalleaner kamen, weil sie mußten, weil", wie Friedrich Engels schrieb, „ihre ganze Partei in Stücke ging"[20], da wurden diese günstigen Bedingungen für die Schaf-

20 Engels an August Bebel, 1. [–2.] Mai 1891. In: Friedrich Engels: Briefe an Bebel, Berlin 1958, S. 175.

fung der revolutionären Arbeitereinheit nicht genutzt[21]. Wilhelm Liebknecht und andere Führer der Eisenacher Partei nahmen überstürzt Vereinigungsverhandlungen auf und erweckten dadurch in der Arbeiterbewegung den Eindruck, als stünde die Vereinigung unmittelbar bevor. Dadurch wurden zentrale Probleme der revolutionären Politik wie der Charakter des Staates, der Weg zur politischen Macht der Arbeiterklasse oder die Bündnispolitik der Partei nicht – im Prozeß einer schrittweisen Vereinigung – gründlich diskutiert und geklärt. Eine prinzipielle Auseinandersetzung mit dem Lassalleanismus unterblieb. Dieser Fehler, der durch die bei den meisten Führern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei noch vorhandenen theoretischen Schwächen begünstigt wurde, ermöglichte es den Lassalleanern, die Krise in ihrer Organisation zu überwinden. Auf der in Gotha im Februar 1875 zwischen den Vertretern beider Organisationen durchgeführten Vorkonferenz erreichten die lassalleanischen Führer sogar, daß in den Entwurf des neuen Parteiprogramms die unwissenschaftlichen und auch von der politischen Praxis längst widerlegten Dogmen Ferdinand Lassalles oder seiner Nachfolger aufgenommen wurden. Das betraf sowohl die Losung von der „gerechten Verteilung des Arbeitsertrages" als auch das gewerkschaftsfeindliche Dogma vom „ehernen Lohngesetz", das betraf die Forderungen nach dem „freien Staat" und nach „Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe" wie die gegen jedes Bündnis gerichtete Parole von der „einen reaktionären Masse".

Anfang März 1875 wurde der Programmentwurf veröffentlicht. Er stieß sofort auf den heftigen Widerspruch von August Bebel und Wilhelm Bracke, die ihn als Kapitulation vor dem Lassalleanismus verurteilten und sich ratsuchend an Karl Marx und Friedrich Engels wandten.[22] Marx und Engels waren von Wilhelm Liebknecht nicht über die Vorverhandlungen mit den Lassalleanern informiert worden. Sobald sie Mitte März 1875 den Programmentwurf zu Gesicht bekamen, lehnten sie ihn ab. Engels schrieb ausführlich an August Bebel, und Marx verfaßte seine berühmten „Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei", die er am 5. Mai 1875 an Wilhelm Bracke und einige weitere Führer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei sandte.

Die Kritik Karl Marx' am Entwurf des Gothaer Programms war nach dem „Manifest der Kommunistischen Partei" und dem „Kapital"

[21] Dokument Nr. 90.
[22] Dokument Nr. 91.

das wichtigste theoretische Dokument des Marxismus. In seiner programmatischen Abhandlung beantwortete Marx alle Grundfragen der neuen Periode in der Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung. Vor allem wandte er die Lehren der Pariser Kommune auf die Bedingungen des proletarischen Klassenkampfes im preußisch-deutschen Militärstaat an und unterstützte damit die deutsche Arbeiterklasse bei der Ausarbeitung einer wissenschaftlich begründeten Strategie und Taktik. Darüber hinaus bereicherte Marx, besonders in den Fragen des Staates und der Revolution, die Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus um neue Erkenntnisse und formulierte erstmals den Gedanken der beiden Phasen der kommunistischen Gesellschaft.

Karl Marx' „Randglossen" halfen den revolutionären deutschen Arbeiterführern in der folgenden Zeit, eine der zentralen Aufgaben jener Jahre zu bewältigen: den Lassalleanismus zu überwinden und die revolutionäre Theorie in der deutschen Arbeiterbewegung weiterzuverbreiten und anzuwenden. Vor allem ging es Karl Marx darum, zu verhindern, daß die durch Ferdinand Lassalle in der deutschen Arbeiterklasse verbreiteten Illusionen über den Charakter des Ausbeuterstaates auch in der vereinigten Partei Wurzel faßten. Den Hauptstoß seiner Kritik richtete er daher gegen all jene unwissenschaftlichen Auffassungen im Programmentwurf, die der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den preußisch-deutschen Militärstaat eine falsche, eine opportunistische Orientierung gaben. Das betraf vor allem die im Programmentwurf niedergelegte Auffassung, die Arbeiterklasse werde allein durch das allgemeine Wahlrecht und durch die Bildung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe ihre Ziele erreichen. Marx wies nach, daß die deutsche Arbeiterpartei mit einer solchen theoretischen Auffassung Gefahr laufe, sich dem Bismarck-Staat unterzuordnen; dies um so mehr, als sie im Programmentwurf mit der vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein übernommenen unwissenschaftlichen These von der „einen reaktionären Masse" auf das dringend notwendige Bündnis mit den werktätigen Bauern und anderen demokratischen Kräften verzichte.

Die Konzessionen in theoretischen Fragen, die Wilhelm Liebknecht und andere Führer der Eisenacher Partei an die Lassalleaner machten, hingen auch mit den von ihnen selbst noch nicht überwundenen vulgär-demokratischen Auffassungen in der Staatsfrage zusammen. Karl Marx und Friedrich Engels halfen ihnen, das zu erkennen.

Bereits im Eisenacher Programm stand die Forderung nach dem

„freien Volksstaat". Darunter verstanden die deutschen Sozialdemokraten die Errichtung einer demokratischen Republik anstelle des preußisch-deutschen Militärstaates. Die Einsicht, daß sich der Übergang zum Sozialismus in Deutschland auf dem Boden einer demokratischen Republik vollziehen müsse, war richtig, doch erkannten die deutschen Sozialdemokraten nicht, daß die Staats*form* einer demokratischen Republik sowohl einen kapitalistischen als auch einen sozialistischen Klassen*inhalt* haben konnte. Nur wenn der Klasseninhalt der demokratischen Republik in der Diktatur des Proletariats bestand, konnte die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchgeführt werden.

Karl Marx hatte erkannt, daß für die Errichtung und Sicherung der Herrschaft des Proletariats und für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft die Diktatur des Proletariats notwendig ist. Ausgehend von der Feststellung: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre", schlußfolgerte Marx für den Staat dieser Periode der revolutionären Umgestaltung: „Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts andres sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats.*"[23] Diese Definition, in der Marx die reichen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung verallgemeinerte, hat bis in unsere Tage unschätzbaren Wert für die Weiterentwicklung der marxistischen Staatstheorie. Marx gab damit dem Proletariat ein festes Ziel für die Ausarbeitung seines Weges zur Herrschaft der Arbeiterklasse. Darin besteht die praktische Bedeutung dieser Erkenntnis für den Klassenkampf.

Doch selbst die theoretisch fortgeschrittensten Kräfte in der deutschen Sozialdemokratie wie August Bebel und Wilhelm Bracke vermochten nicht, diese Erkenntnis von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats voll zu erfassen. Zwar waren in der vorimperialistischen Epoche die Bedingungen für die proletarische Revolution noch nicht gegeben. Ja, selbst der Sturz des preußisch-deutschen Militärstaates konnte in jenen Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende erst dann zur praktischen Tagesaufgabe werden, wenn eine revolutionäre Situation heranreifte. Jedoch war theoretische Klarheit über den künftigen Weg des Proletariats zur Macht unerläßlich, um die Strategie und Taktik der deutschen Arbeiterklasse gründlich auszuarbeiten.

Die Opportunisten in den Reihen der II. Internationale, die die

[23] Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 19, S. 28.

Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats leugneten, versuchten später, die Propagierung der Marxschen Kritik am Gothaer Programmentwurf zu unterbinden, um Marx' Lehre ungehindert entstellen zu können. Diese Verfälschung der marxistischen Staatstheorie machte W. I. Lenin dadurch zunichte, daß er, wie er schrieb, gerade die „in Vergessenheit geratenen oder opportunistisch entstellten Seiten dieser Lehre"[24] hervorhob und in den Mittelpunkt seiner Auseinandersetzung mit den Opportunisten stellte. Seine Werke „Staat und Revolution" und „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky" zeigen, daß Lenin bei der Verteidigung und Weiterentwicklung der marxistischen Theorie die Kritik am Gothaer Programmentwurf stark beachtete. Jahrzehnte später, 1945/1946, gehörten die kritischen Bemerkungen von Karl Marx und Friedrich Engels zum Gothaer Programmentwurf zu jenen Dokumenten, die als programmatische Grundlage für die Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands dienten.

Die wichtigste Aufgabe der Kritik am Gothaer Programmentwurf bestand in der theoretischen Begründung der Diktatur des Proletariats, die eine zentrale Forderung jeder marxistischen Partei sein mußte. Nicht minder bedeutungsvoll waren die Darlegungen über die beiden Phasen der kommunistischen Gesellschaft. Der Programmentwurf enthielt die von Ferdinand Lassalle herrührende Forderung nach „gerechter Verteilung des Arbeitsertrages". Karl Marx wies die Nichtigkeit dieser unwissenschaftlichen Forderung exakt nach, entwickelte darüber hinaus aber in seiner Kritik erstmalig das Verteilungsprinzip der Gesellschaft unter den Bedingungen der Herrschaft der Arbeiterklasse.

An die Stelle nebelhafter Vorstellungen vom Leben der Menschen im Kommunismus setzte Karl Marx die wissenschaftliche Analyse der Verteilungsprinzipien und Lebensbedingungen im Sozialismus und Kommunismus. Er begründete die Notwendigkeit zweier Phasen der kommunistischen Gesellschaft und untersuchte sowohl das Gemeinsame als auch das Unterschiedliche beider Phasen. Weil die neue Gesellschaft noch lange Zeit nach dem Sturz der Bourgeoisie mit den „Muttermalen der alten Gesellschaft"[25] behaftet sein werde, schlußfolgerte Marx, müsse man in der ersten Phase die Verteilung entspre-

[24] W. I. Lenin: Staat und Revolution. Vorwort zur ersten Auflage. In: Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 396.

[25] Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 19, S. 20.

chend den Leistungen der einzelnen Gesellschaftsmitglieder vornehmen. Erst in der zweiten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wenn der Gegensatz von körperlicher und geistiger Arbeit überwunden und die Arbeit für alle Mitglieder der Gesellschaft zum ersten Lebensbedürfnis geworden sei, wenn die Entwicklung der Produktivkräfte einen Überfluß an materiellen Gütern gesichert habe – erst dann könne sich das Verteilungsprinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen"[26] durchsetzen. Es zeugt vom genialen Eindringen in die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft, wenn Marx in seiner Programmkritik Fragen beantworten konnte, deren praktische Lösung erst in unseren Tagen erfolgt. So geht die theoretische und historische Bedeutung der Programmkritik von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem Jahre 1875 weit über die unmittelbare Hilfe hinaus, die sie der deutschen Arbeiterbewegung zum Zeitpunkt ihrer Vereinigung bot. Die Grundgedanken der Kritik am Gothaer Programmentwurf beflügelten die internationale Arbeiterbewegung zu allen Zeiten in ihrem Ringen um die Verwirklichung ihrer hohen Menschheitsideale.

Bereits in den öffentlichen Diskussionen über den Entwurf des Gothaer Programms und auf dem Vereinigungskongreß zeigte sich, daß die Arbeiterbewegung in Deutschland sowohl praktisch als auch theoretisch weiter fortgeschritten war, als es in dem Kompromißprogramm zum Ausdruck kam. Ignaz Auer, August Geib und Wilhelm Liebknecht, die Karl Marx' Brief vom 5. Mai kannten, mißachteten die grundsätzliche Kritik von Marx und Engels am Programmentwurf. Sie bewogen auch August Bebel und Wilhelm Bracke, schließlich dem Kompromißprogramm zuzustimmen, mit der Begründung, der Vereinigungskongreß würde sonst scheitern.

Vom 22. bis zum 27. Mai 1875 trafen sich die Delegierten der Eisenacher Partei und der Lassalleaner in Gotha zum ersten gemeinsamen Kongreß. Nach mehrtägiger Debatte vereinigte sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Das war ein bedeutsames Ereignis in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Der jahrelange Bruderkampf in ihren Reihen war beendet. An der Spitze der deutschen Arbeiterklasse stand jetzt eine einheitliche Partei, die dem Kampf gegen die junkerlich-bourgeoise Ausbeuterordnung und gegen den preußischen Militarismus Richtung und Ziel

[26] Ebenda, S. 21.

weisen konnte. Ihre Organisation erstreckte sich über ganz Deutschland.

Auf dem Vereinigungskongreß wurde ein neues Parteistatut angenommen, das auf den Erfahrungen der Eisenacher Partei aufbaute. Es verband die strenge Wahrung des demokratischen Prinzips mit einer straffen Führung durch eine kollektive Leitung. Die marxistischen Auffassungen über die Organisation einer revolutionären Arbeiterpartei erwiesen erneut ihre Lebenskraft und Richtigkeit. Mit der erfolgreichen Erprobung und Weiterentwicklung marxistischer Organisationsprinzipien und der entschiedenen Ablehnung der undemokratischen Sektenorganisation Ferdinand Lassalles bereicherte die revolutionäre deutsche Arbeiterpartei wesentlich den Erfahrungsschatz der internationalen Arbeiterbewegung.

Sehr wichtig war auch, daß die Delegierten des Vereinigungskongresses vorbehaltlos einem Antrag zustimmten, der den gewerkschaftlichen Kampf für notwendig erklärte, „solange die Lohnarbeit besteht"[27]. Mit diesem Beschluß bekannte sich die vereinigte Partei zum marxistischen Standpunkt in der Gewerkschaftsfrage und machte die Phrase Ferdinand Lassalles vom „ehernen Lohngesetz", obwohl ins Programm wieder aufgenommen, in der Praxis unwirksam.

In dem neuen Programm, das sich die vereinigte Partei auf dem Gothaer Kongreß gab, wurde festgestellt, daß Elend und Knechtschaft des Proletariats ihre Ursache im kapitalistischen Privateigentum an den Produktionsmitteln haben. Die Partei proklamierte als Ziel ihres Kampfes die Befreiung der Arbeiterklasse, die „das Werk der Arbeiterklasse"[28] selbst sein müsse, und die sozialistische Gesellschaft. Zum ersten Mal wurde in einem Programm der deutschen Sozialdemokratie hervorgehoben: Die Befreiung der Arbeiterklasse erfordert die Umwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum.

Die Partei bekannte sich zum proletarischen Internationalismus und erklärte, „alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen"[29]. Sie erhob eine Reihe wichtiger politischer und sozialer Forderungen, so nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten

27 Protokoll des Vereinigungs-Congresses der Sozialdemokraten Deutschlands. Abgehalten zu Gotha vom 22. bis 27. Mai 1875, Leipzig 1875, S. 81.

28 Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. In: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus. Hrsg. und eingel. von Lothar Berthold und Ernst Diehl, Berlin 1964, S. 47.

29 Ebenda, S. 48.

Wahl- und Stimmrecht, nach der Volkswehr anstelle des stehenden Heeres, nach Abschaffung aller Ausnahmegesetze, die die demokratischen Rechte der Bürger einschränken, und nach der politischen Gleichberechtigung der Frau. Sie verlangte Arbeiterschutzgesetze, das Verbot der Kinderarbeit und den besonderen Schutz der arbeitenden Frau.

Diese Feststellungen und Forderungen im Parteiprogramm spiegelten die tatsächlichen Bedürfnisse der proletarischen Klassenbewegung wider. Ihnen standen jedoch, wie Engels an Bracke schrieb, zahlreiche „Lassallesche Phrasen und Stichwörter, ... eine Reihe vulgärdemokratischer Forderungen" und „eine Anzahl kommunistisch sein sollender Sätze, meist dem Manifest entlehnt, aber so umredigiert, daß sie, bei Lichte betrachtet, samt und sonders haarsträubenden Blödsinn enthalten"[30], gegenüber. So wichtig und treffend auch verschiedene der bürgerlich-demokratischen und sozialen Einzelforderungen des Programms waren, so fehlte ihnen doch die entscheidende Grundlage, nämlich die Erkenntnis, daß sie unter den Bedingungen in Deutschland alle erst in der demokratischen Republik voll zu verwirklichen waren.

Das auf dem Kongreß in Gotha angenommene Parteiprogramm entsprach also nicht der Bedeutung der Vereinigung. Der Entwurf wie das beschlossene Programm lagen weit unter dem Niveau des 1869 in Eisenach angenommenen Programms. Das Eisenacher Programm war trotz seiner Mängel ein revolutionäres Programm gewesen. Das Gothaer Programm dagegen war durchdrungen vom opportunistischen Gedankengut des Lassalleanismus. Dadurch wurden opportunistische Auffassungen in der Sozialdemokratie bewahrt, an die zwei Jahrzehnte später die Revisionisten in der deutschen Arbeiterbewegung anknüpfen konnten. Die Lassallesche Anbetung des Parlamentarismus, Ferdinand Lassalles Negieren der Bündnispolitik und seine nationalistischen Tendenzen wirkten sich in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung vor allem nach der Jahrhundertwende verhängnisvoll aus.

Die deutschen Arbeiter hielten im Gegensatz zu dem opportunistischen Kompromißprogramm auch nach der Vereinigung an der bewährten Arbeiterpolitik fest und interpretierten das Programm im revolutionären Sinn. Das bewog Marx und Engels, von einer öffentlichen Kritik am Programm und seinen Befürwortern abzusehen. Die täglichen Erfahrungen im Klassenkampf und ihr proletarisches Klas-

30 Engels an Wilhelm Bracke, 11. Oktober 1875. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Briefwechsel mit Wilhelm Bracke (1869–1880), Berlin 1963, S. 82.

senbewußtsein lehrten die sozialistischen deutschen Arbeiter, im preußischen Militarismus und seinem junkerlich-großbourgeoisen Obrigkeitsstaat nach wie vor ihren Hauptfeind zu sehen und sich im politischen Kampf die marxistische Theorie anzueignen. „Die Sozialistische Partei in Deutschland war", wie Friedrich Engels siebzehn Jahre später im Hinblick auf die Vereinigung von 1875 schrieb, „im Begriff, rasch zu einer Macht zu werden."[31]

5. Das Anwachsen der sozialistischen Bewegung nach der Vereinigung und die Auseinandersetzungen mit kleinbürgerlichen Auffassungen

Die Auswirkungen der Krise von 1873 prägten auch in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre noch das Gesicht der deutschen Wirtschaft. Der Fluch der Arbeitslosigkeit und die Not der Kurzarbeit lasteten auf Hunderttausenden. Allein im Dortmunder Bergbaurevier wurden Anfang 1877 annähernd 7000 Bergarbeiter entlassen. In Berliner Betrieben ging die Beschäftigtenzahl von rund 57 000 im Jahre 1876 auf etwa 29 000 im Jahre 1878 zurück. Auch die durchschnittlichen Bruttolöhne sanken von 1875 bis 1879 unablässig, in der Industrie sogar um etwa 15 Prozent. Jedoch immer mehr Arbeiter wehrten sich gegen die Versuche der Unternehmer, die Lasten der Krise auf das Proletariat abzuwälzen.

Unmittelbar nach dem Parteikongreß, am 28. und 29. Mai 1875, vereinigten sich die bisher unter dem Einfluß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei stehenden Gewerkschaften mit den von den Lassalleanern geleiteten gewerkschaftlichen Organisationen. Das führte zu einem spürbaren Aufschwung des gewerkschaftlichen Kampfes. In einigen Berufen bildeten sich zentrale Verbände heraus. So entstand beispielsweise 1877 der „Verband der deutschen Schmiede". Oft traten Arbeiter nach Streiks in die Gewerkschaften ein. In manchen Gegenden, in denen die Partei noch keinen Einfluß hatte, bereiteten die Gewerkschaften der eigentlichen sozialdemokratischen Agitation

31 Friedrich Engels: Einleitung [zur englischen Ausgabe (1892) der „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft"]. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 287.

den Boden. So leistete in Mecklenburg, Pommern, West- und Ostpreußen vornehmlich die Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer und in der Provinz Posen der Tabakarbeiterverein Pionierdienste. Verschiedene Gewerkschaften riefen eigene Presseorgane ins Leben. Zur wichtigsten Gewerkschaftszeitung wurde der „Pionier". Seit August 1877 führte er den Untertitel „Zentralorgan der Gewerkschaften Deutschlands". Ende desselben Jahres erschienen 15 Gewerkschaftszeitungen in Deutschland. Nach einer von August Geib Ende 1877 aufgestellten Statistik gab es in jenem Jahre 30 gewerkschaftliche Vereinigungen, davon 27 zentrale Verbände, mit etwa 50 000 Mitgliedern. Aber nicht mehr als höchstens zweieinhalb Prozent der Arbeiter waren damals in Deutschland Mitglied einer Gewerkschaft. Von den Industriearbeitern waren es weniger als ein Prozent. Noch waren die Angehörigen der alten Handwerksberufe am besten organisiert. Das spiegelte sich auch in der Streiktätigkeit wider, die nach wie vor im Handwerk und im Baugewerbe am stärksten war. In größeren Betrieben wurde – abgesehen vom Bergbau und von der Textilindustrie – noch selten gestreikt.

Jedoch übertrafen die sozialistischen Gewerkschaften bereits 1877 an Zahl wie an Einfluß bei weitem die von der liberalen Bourgeoisie gegründeten Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und die konfessionellen Arbeiter- und Gesellenvereine.

Die zahlreichen Streikkämpfe und vor allem das brutale Vorgehen der Polizei und Justiz gegen die Gewerkschaften lehrten die Arbeiter, ihre Organisationen zu stärken und zusammenzuschließen. Die Bereitschaft, alle gewerkschaftlichen Organisationen über die Berufsschranken hinweg in einem einheitlichen nationalen Verband zusammenzufassen, wurde stärker, wenn es auch in einigen Gewerkschaften noch starke Vorbehalte berufsständischer Art gegenüber einer Zentralisierung gab. Für Juni 1878 wurde ein allgemeiner Gewerkschaftskongreß vorbereitet, der die Zentralisierung beschließen sollte. Doch das sich ankündigende Sozialistengesetz verhinderte den Kongreß.

Entgegen den lassalleanischen Phrasen im Gothaer Programm betrieben die meisten Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei eine revolutionäre Arbeiterpolitik. Sie knüpften unmittelbar an die wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Massen an, verbanden deren Forderungen mit dem Kampf um das Endziel, die Befreiung der Arbeiterklasse, und konnten so immer mehr Arbeiter gewinnen.

Als die Regierung im Herbst 1875 im Reichstag ein Hilfskassen-

gesetz einbrachte, das die Freizügigkeit des Proletariats und die Selbstverwaltung seiner Hilfskassen bedrohte, organisierte die Partei eine breite Petitions- und Protestkampagne. Ähnlich war es, als zur gleichen Zeit Otto von Bismarck in Form einer Strafgesetznovelle ein gegen die Arbeiterklasse gerichtetes politisches Ausnahmegesetz vorlegte, das die elementarsten demokratischen Rechte aufheben sollte. Der Proteststurm der klassenbewußten Arbeiter und auch anderer demokratischer Kräfte brachte den Gesetzentwurf zu Fall. Mit derartigen Aktionen stärkte die Partei das politische Bewußtsein der Arbeiterklasse und sammelte als erste Partei des internationalen Proletariats Erfahrungen in der Verbindung von parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfformen.

Mit besonderer Schärfe wandten sich die Sozialdemokraten gegen den preußisch-deutschen Militarismus. Sie prangerten im Parlament und in der Presse die Soldatenmißhandlungen an, geißelten den Hurra-Patriotismus der Kriegervereine und widersetzten sich konsequent der ständigen Vergrößerung des stehenden Heeres. *„Die Kriege und die Kriegsgefahr sind in demselben Maße in Europa gewachsen, wie die Armeen zunahmen"*[32], schrieb August Bebel warnend 1876. Dem Vermächtnis der Internationalen Arbeiterassoziation entsprechend, setzte die Partei der Außenpolitik der herrschenden Klassen ihren sozialistischen Standpunkt entgegen. Während des russisch-türkischen Krieges von 1877/1878 organisierten die deutschen Sozialdemokraten Volksversammlungen, in denen Zehntausende ihre Stimme gegen die drohende Ausweitung des Krieges erhoben. Diese Aktionen festigten in der Arbeiterklasse das Bewußtsein ihrer nationalen Verantwortung und der internationalen Solidarität. Gleichzeitig wuchs dadurch das internationale Ansehen der deutschen Arbeiterbewegung.

Wegen ihres Kampfes gegen den preußisch-deutschen Militärstaat war die Partei bereits in diesen Jahren sehr starken Verfolgungen ausgesetzt. In großen Teilen Deutschlands, so in Preußen, Sachsen und Bayern, wurde 1876 durch Gerichtsbeschluß ihre zentrale Organisation verboten. Die Partei konnte nur noch unter halblegalen Bedingungen arbeiten. Ihre Mitglieder parierten diese Unterdrückungsmaßnahmen, indem sie jetzt vor allem die lokalen Parteiorganisationen

32 August Bebel: Die parlamentarische Tätigkeit des Deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozialdemokratie von 1874 bis 1876. In: Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag. Tätigkeitsberichte und Wahlaufrufe aus den Jahren 1871 bis 1893, Berlin 1966, Photom. Nachdruck, S. 73.

und die Parteipresse stärkten. Behörden und Unternehmer gingen mit Maßregelungen gegen sozialistisch gesinnte Arbeiter vor, allen voran der Rüstungsgewinnler Alfred Krupp, der im Frühjahr 1877 über 120 Arbeiter entließ, nur weil sie Sozialisten waren.

Trotz der zunehmenden Verfolgungen wuchs die Sozialistische Arbeiterpartei in politischer und organisatorischer Hinsicht. Die Delegierten vertraten auf dem Vereinigungskongreß 1875 etwa 25 000 Mitglieder; in den folgenden drei Jahren erhöhte sich diese Zahl auf etwa 40 000. 1877 verfügte die Sozialdemokratie bereits neben ihrem Zentralorgan „Vorwärts", das ab Oktober 1876 erschien, über 41 lokale Zeitungen mit insgesamt weit über 100 000 Abonnenten. Alle diese Zeitungen konnten nur unter großen finanziellen Opfern gegründet und erhalten werden. Von Wilhelm Brackes Schrift „Nieder mit den Sozialdemokraten!", einer der besten Agitationsbroschüren der Partei, wurden allein 1877 fast 100 000 Exemplare vertrieben, ein beredter Beweis dafür, daß die Massen den Wunsch hatten, die Ziele der Sozialdemokratie kennenzulernen. Nach wie vor widmete die Partei auch der Schulung ihrer Mitglieder und Funktionäre Aufmerksamkeit. In den Zentren der Arbeiterbewegung, so in Berlin, schuf sie sogenannte Arbeiterbildungsinstitute, an denen man sowohl allgemeines Wissen vermittelte als auch aktuelle politische und soziale Fragen diskutierte.

Wie schnell der Einfluß der Partei wuchs, zeigten vor allem die Reichstagswahlen vom Januar 1877. Die Sozialdemokratie stellte in 175 Wahlkreisen ihre Kandidaten auf, die 493 447 Stimmen erhielten. Das waren über neun Prozent aller abgegebenen Stimmen. Der Stimmenzuwachs gegenüber 1874 betrug 40 Prozent. Besonders gute Erfolge hatte die Partei in den großen Städten Sachsens, aber auch in Altona, Berlin, Braunschweig, Breslau, Hamburg und Magdeburg. Diese Entwicklung, die sich in den achtziger Jahren verstärkt fortsetzte, machte deutlich, daß die Industriearbeiter allmählich zum Kern der Partei und der Gewerkschaften wurden. Aber auch auf dem Lande wurden immer mehr Landarbeiter und werktätige Bauern gewonnen.

Mit den massenpolitischen Erfolgen der Sozialistischen Arbeiterpartei hielt jedoch die politisch-ideologische und theoretische Entwicklung der Partei nicht Schritt. Der Verzicht auf eine konsequente ideologische Auseinandersetzung mit dem Lassalleanismus und anderen unwissenschaftlichen Auffassungen, der zum Gothaer Kompromißprogramm geführt hatte, wirkte sich hemmend aus. Das zeigte sich deutlich, als der Berliner Privatdozent Eugen Dühring auftrat, ein

kleinbürgerlicher Sozialist, der den dialektischen und historischen Materialismus durch eine eklektische, mechanistische Philosophie ersetzen wollte. Selbst zahlreiche führende Sozialdemokraten stimmten Dühring zu und versuchten, seinen Ideen Eingang in die Partei zu verschaffen. Schließlich mußten Karl Marx und Friedrich Engels persönlich eingreifen, um dem Einfluß Dührings auf die Partei zu begegnen. Engels schrieb – teilweise gemeinsam mit Marx – seine berühmte Schrift „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft", kurz „Anti-Dühring" genannt, die 1877/1878 nach ihrer Veröffentlichung im „Vorwärts" schnell unter den Massen bekannt wurde. 1878 erschien der „Anti-Dühring" auch als Buch.

Friedrich Engels' Streitschrift „Anti-Dühring" gehört zu den bedeutendsten Werken des Marxismus. Engels widerlegte nicht nur die Ansichten Eugen Dührings. Er gab zugleich eine ausführliche und geschlossene Darstellung der drei Bestandteile der marxistischen Theorie: des dialektischen und historischen Materialismus, der politischen Ökonomie und der Lehre vom Sozialismus und Kommunismus. Eine solche zusammenfassende Darstellung hatte es bisher noch nicht gegeben. Engels entwickelte dabei in seiner Schrift besonders den philosophischen Materialismus anhand der neuesten Entdeckungen und Erkenntnisse der Naturwissenschaften weiter.

Im „Anti-Dühring" zeigte Friedrich Engels, daß der dialektische Materialismus als Lehre von den allgemeinsten Entwicklungsgesetzen der Natur, der Gesellschaft und des Denkens das philosophische Fundament des wissenschaftlichen Kommunismus bildet, daß er die Weltanschauung der Arbeiterklasse ist und daß allein er sie befähigt, ihre welthistorische Mission zu erfüllen. Engels formulierte bedeutsame Grundgesetze der materialistischen Dialektik: das Gesetz der Einheit und des Kampfes der Gegensätze, das Gesetz des Umschlagens von Quantität in Qualität, das Gesetz der Negation der Negation. Er kritisierte die philosophischen Auffassungen Eugen Dührings schonungslos. Gleichzeitig gab Engels auf der Grunglage der materialistischen Dialektik eine qualitativ neue Erklärung vieler komplizierter Probleme des Materialismus: des Problems der materiellen Einheit der Welt, der Untrennbarkeit von Materie und Bewegung und der Unendlichkeit der Welt. Auch untersuchte er Zeit und Raum als Existenzformen der Materie. Das alles war für die weltanschauliche Erziehung der Arbeiterklasse, für die Überwindung abergläubischer und anderer unwissenschaftlicher Anschauungen von großer Bedeutung.

Einen wichtigen Platz nahmen im „Anti-Dühring" auch Fragen der politischen Ökonomie ein. Karl Marx, der sich an der Ausarbeitung des „Anti-Dühring" durch Anregungen, kritische Hinweise und Materialsammeln rege beteiligte, konzentrierte seine Hilfe auf den Teil des Werkes, der der politischen Ökonomie gewidmet war. Er schrieb selbst das Kapitel, in dem die Ansichten Dührings über die Geschichte der politischen Ökonomie widerlegt wurden. Auch bestärkte er Engels darin, nicht nur einen Abriß ihrer ökonomischen Lehre, soweit sie im ersten Band des „Kapitals" dargelegt war, zu geben, sondern einige neu erarbeitete, aber noch nicht publizierte Erkenntnisse, so über die Grundrente, erstmalig im „Anti-Dühring" zu veröffentlichen.

Große Aufmerksamkeit schenkte Friedrich Engels im „Anti-Dühring" auch militärtheoretischen Problemen und Fragen des historischen Materialismus und des Sozialismus. Mit der systematischen Darlegung der materialistischen Geschichtsauffassung und der wichtigsten Grundzüge der kommenden sozialistischen Gesellschaft half er den fortgeschrittenen Arbeitern, sich der historischen Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei bewußt zu werden und den revolutionären Charakter der Partei zu bewahren.

In den Jahren nach dem Haager Kongreß von 1872 hatte sich zwischen Friedrich Engels und Karl Marx eine Art Arbeitsteilung herausgebildet. Engels fiel es zu, wie er später rückblickend schrieb, „unsere Ansichten in der periodischen Presse, also namentlich im Kampf mit gegnerischen Ansichten, zu vertreten, damit Marx für die Ausarbeitung seines großen Hauptwerks Zeit behielt"[33]. Der Fortsetzung des „Kapitals" widmete Marx in seinem letzten Lebensjahrzehnt all seine Kräfte. Zwar war er dank Engels' Hilfe seit 1870 von den drückenden Sorgen um den Lebensunterhalt befreit, aber sein Gesundheitszustand verschlechterte sich erschreckend. Spürbare Besserung brachten einige Kuren in Karlsbad, bis ihm der Erlaß des Ausnahmegesetzes gegen die deutschen Sozialdemokraten jede Reise durch Deutschland verbot.

Fast täglich traf und beriet sich Marx mit Friedrich Engels, der 1870 den verhaßten Kaufmannsberuf aufgegeben und sich in London, unweit von Marx' Haus, niedergelassen hatte. Engels gehörte zur Familie Marx. Er verfolgte, ebenso wie Marx, mit nie ermüdendem Interesse den Gang der internationalen Arbeiterbewegung, besorgte den immer mehr anschwellenden Briefwechsel mit Sozialisten in aller

33 Friedrich Engels: Vorwort [zur zweiten, durchgesehenen Auflage „Zur Wohnungsfrage"]. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 328.

Welt und stand den sich in zahlreichen Ländern herausbildenden revolutionären Arbeiterparteien mit Rat und Tat zur Seite. Doch war das nur eine Seite in Engels' Tätigkeit, denn zur gleichen Zeit stürzte er sich mit Feuereifer in eine Fülle wissenschaftlicher Studien auf historischem, naturwissenschaftlichem, philosophischem und militärischem Gebiet.

Um den „Anti-Dühring" zu schreiben, hatte Friedrich Engels die Arbeit an einem anderen für die Weiterentwicklung des dialektischen Materialismus bedeutsamen Werk – der „Dialektik der Natur" – unterbrochen. Ebenso wie Karl Marx beschäftigte sich Engels viele Jahrzehnte seines Lebens, seit Mitte der vierziger Jahre, mit naturwissenschaftlichen Fragen. Voller Interesse hatten Marx und Engels die drei großen naturwissenschaftlichen Entdeckungen im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts studiert und verfolgt: die Entdeckung der organischen Zelle, die Entdeckung des Gesetzes von der Erhaltung und Umwandlung der Energie und die Ausarbeitung der Entwicklungstheorie durch Charles Darwin. In der Mehrzahl ihrer Schriften berührten Marx und Engels naturwissenschaftliche Probleme. Doch erst nach 1871 fanden sie Zeit, systematisch die Ergebnisse der Naturwissenschaften zu analysieren und philosophisch zu verallgemeinern. Während sich Marx mehr mit der Mathematik und den angewandten Naturwissenschaften befaßte, beschäftigte sich Engels vornehmlich mit den theoretischen Naturwissenschaften. Das entsprach der Arbeitsteilung, die zwischen ihnen bestand.

An der „Dialektik der Natur" arbeitete Friedrich Engels vor allem in den Jahren 1873 bis 1876 und 1878 bis 1883. Die Aufgabe, die er sich mit diesem Werk gestellt hatte, bestand nach seinen eigenen Worten darin, „mich auch im einzelnen zu überzeugen – woran im allgemeinen kein Zweifel für mich war –, daß in der Natur dieselben dialektischen Bewegungsgesetze im Gewirr der zahllosen Veränderungen sich durchsetzen, die auch in der Geschichte die scheinbare Zufälligkeit der Ereignisse beherrschen"[34]. Anhand eines ungeheuer umfangreichen Tatsachenmaterials wies Engels nach, daß die Entwicklung der Naturwissenschaften in letzter Instanz durch die Bedürfnisse der Praxis, der Produktion, bedingt ist, daß aber Philosophie und Naturwissenschaften in untrennbarer Wechselbeziehung zueinander stehen. Er erläuterte

[34] Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft [„Anti-Dühring"]. Vorwort zur Auflage von 1885. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 11.

und bewies, daß „in der Naturwissenschaft durch ihre eigene Entwicklung die metaphysische Auffassung unmöglich geworden" ist, daß die Rückkehr zur Dialektik „sich unbewußt, daher widerspruchsvoll und langsam" vollzieht und die Dialektik, von dem Hegelschen Mystizismus befreit, „eine absolute Notwendigkeit für die Naturwissenschaft" wird.[35] Indem er die wichtigsten Erkenntnisse der Naturwissenschaften seiner Zeit philosophisch verallgemeinerte und die Allgemeingültigkeit der materialistischen Dialektik für alle Gebiete der Naturwissenschaften nachwies, machte er deutlich, daß der moderne Naturwissenschaftler um so erfolgreicher arbeiten wird, je bewußter er sich der dialektischen Methode bedient.

Friedrich Engels' Werk „Dialektik der Natur" blieb unvollendet und wurde erst mehrere Jahrzehnte später, 1925 in der Sowjetunion, veröffentlicht, denn nach dem Tode von Karl Marx stellte Engels diese Arbeit zurück, um den zweiten und dritten Band des „Kapitals" herauszugeben.

Wie befruchtend sich die materialistische Dialektik auf die Naturwissenschaften auswirkte, bewiesen die Arbeiten des bedeutenden deutschen Chemikers Carl Schorlemmer, eines aktiven Kommunisten, engen Freundes von Karl Marx und Friedrich Engels und Mitglieds der deutschen Sozialdemokratie, der seit Anfang der siebziger Jahre als Professor in Manchester wirkte. Er war aus der Schule des großen deutschen Naturforschers Justus von Liebig hervorgegangen und wurde zu einem der Mitbegründer der organischen Chemie, die er durch zahlreiche Entdeckungen bereicherte.

Der „Anti-Dühring" trug in den siebziger und achtziger Jahren wie kein zweites Buch dazu bei, die Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels in der deutschen Arbeiterbewegung durchzusetzen. Das um so mehr, als Engels wenige Jahre später drei wichtige Kapitel dieses Buches als Broschüre unter dem Titel „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" herausgab. Erst mit diesem Werk lernten die deutschen Sozialisten den Marxismus als geschlossene Lehre kennen. Arbeiterführer wie August Bebel und Wilhelm Bracke, aber auch junge Kräfte lernten aus dem „Anti-Dühring" den Reichtum der marxistischen Weltanschauung kennen. Damit erwies Engels – zwar gegen den hartnäckigen Widerstand der Dühringianer in der Partei, aber unterstützt von Wilhelm Bracke, Wilhelm Liebknecht und anderen Parteiführern – der deutschen Sozialdemokratie

[35] Friedrich Engels: Dialektik der Natur. In: Ebenda, S. 307 u. 476.

die ihr damals notwendigste Hilfe. Er schuf Klarheit über die theoretischen Grundlagen der Partei und befähigte sie, alle kleinbürgerlichen Auffassungen als klassenfremde Einflüsse zu erkennen und zurückzuweisen. Dank dieser Hilfe, dank der im Klassenkampf gesammelten und immer besser ausgewerteten Erfahrungen erwiesen sich, wie Friedrich Engels 1878 feststellte, das deutsche Proletariat und seine Partei als „durchaus fähig", die ihm in der europäischen Arbeiterbewegung „auferlegte zeitweilige Führerschaft zu übernehmen".[36]

[36] Friedrich Engels: Die europäischen Arbeiter im Jahre 1877. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 19, S. 121.

Der heroische Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen das Sozialistengesetz und die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zu einer revolutionären marxistischen Massenpartei (1878 bis 1890)

1. Die ersten Auswirkungen des Sozialistengesetzes und der Kampf um die taktische Neuorientierung und organisatorische Festigung der sozialdemokratischen Partei

Die Jahre 1877/1878 stellen einen Wendepunkt in der Innenpolitik Otto von Bismarcks dar. Die Ursachen dafür waren sowohl ökonomischer als auch politischer Natur.

Maßgebliche Teile der Großbourgeoisie, vor allem die Schwer- und Textilindustriellen, forderten Mitte der siebziger Jahre energisch, zahlreiche Erzeugnisse der Eisen- und Textilindustrie, die vornehmlich aus England importiert wurden, mit sogenannten Schutzzöllen zu belegen. Sie hofften, dadurch ungehindert den eigenen Markt beherrschen zu können. Gleichzeitig wandelten sich die preußischen Junker, bisher Getreideexporteure und darum fanatische Freihändler, aus Furcht vor den billigen Getreide- und Fleischimporten aus den USA und aus Rußland zu begeisterten Schutzzöllnern.



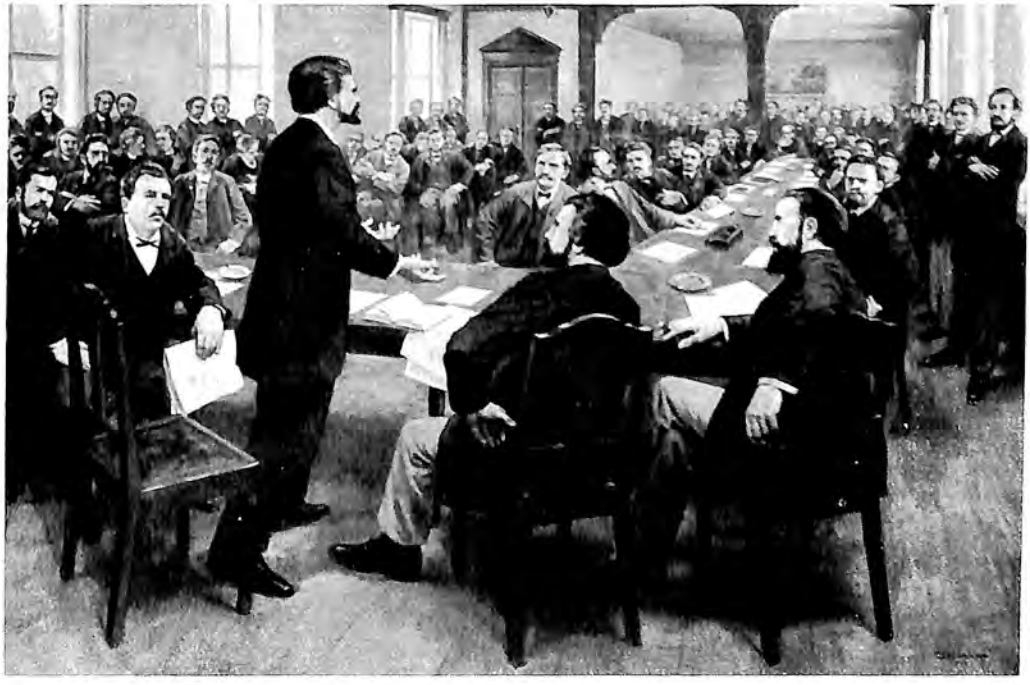
Proklamierung der Pariser Kommune, 28. März 1871



Die Delegierten des Dresdner Kongresses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 1871



Der Hochverratsprozeß gegen August Bebel (1. v. r.), Wilhelm Liebknecht (stehend) und Adolf Hepner (2. v. r.) vor dem Schwurgericht in Leipzig, 1872



Vereinigungskongreß der deutschen Sozialdemokratie in Gotha, Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, 1875 (Gemälde von H. Kohlmann, 1953)



AUSWEIS.

Die Unterzeichneten bestätigen, daß der nachbenannte Parteigenosse am

15. September 1883

auf Grund des § 28 des Sozialistengesetzes aus dem Belagerungszustandsgebiet von

Berlin und Umgegend

ausgewiesen wurde und ersuchen alle Gesinnungsgenossen, denselben in seinem Fortkommen nach Kräften behilflich zu sein.

Vor- und Zuname: Friedr. Heinrich

Beruf: Tischler

Alter: 24 Verheirathet: Ja

Kinder: —

Ort: Berlin Datum: 14. Sept. 1883

Ausweis der deutschen Sozialdemokratie für ein aus seinem Wohnort vertriebenes Mitglied mit den Unterschriften von Ignaz Auer, August Bebel, Carl Grillenberger, Wilhelm Hasenclever und Wilhelm Liebknecht



Ungeziefer-Tod!

Gebrauchs-Anweisung

zu

gänzlichen Vertilgung

von

Flöhen, Wanzen, Motten und anderem Ungeziefer.

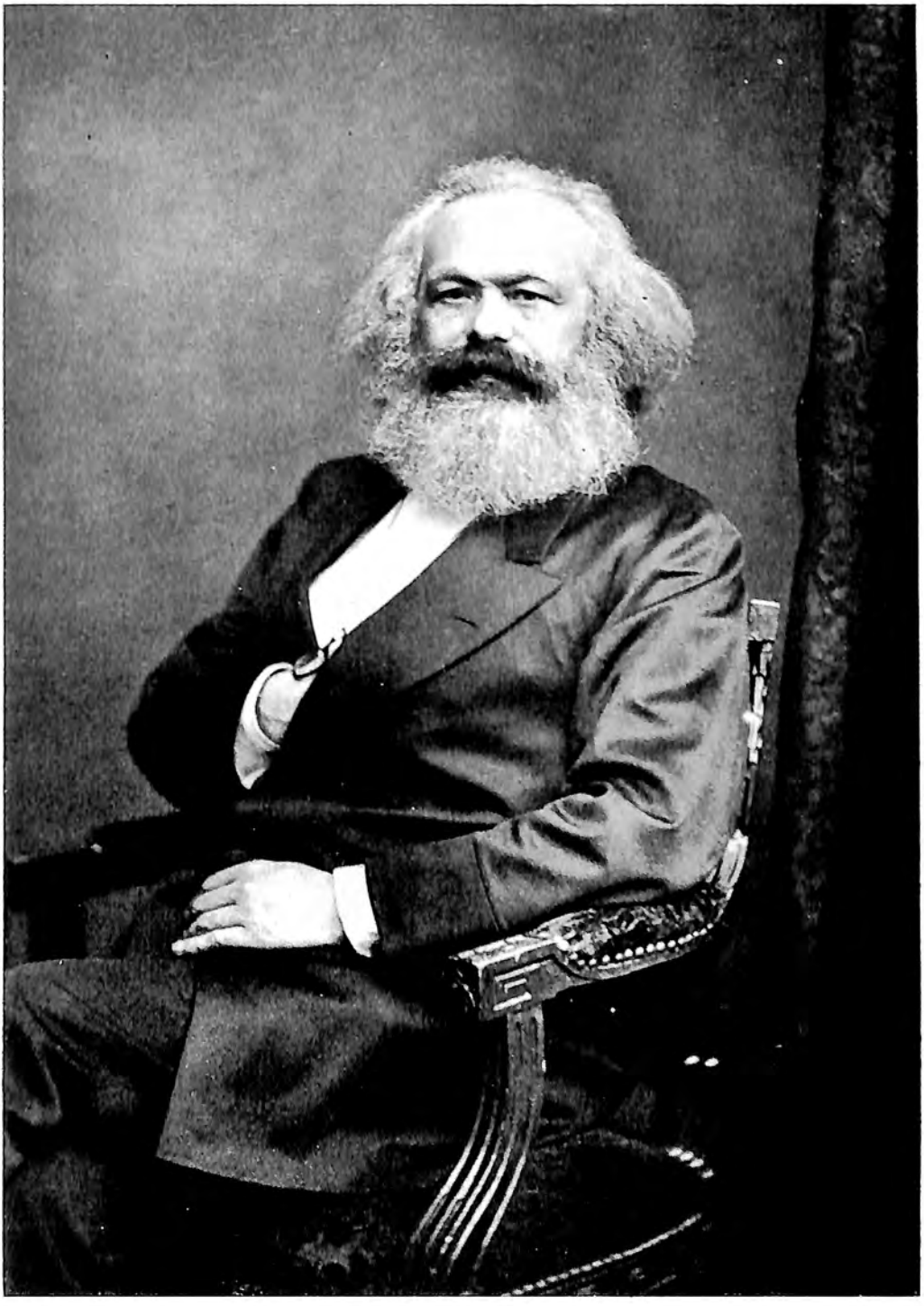


Wie lästig und schädlich das Ungeziefer für den Menschen ist, weiß wohl Jeder und viele Mittel sind daher erfunden worden, dasselbe zu vertilgen. Das bloße Aufsuchen und Umbringen allein nützt nichts, denn das Geschmeiß vermehrt sich zu schnell, als daß man es auf diese Weise bewältigen könnte. Man muß ihm die Lebensbedingungen entziehen, wenn man es gänzlich ausrotten will. Die Wanzen z. B. vermehren sich blos in hölzernen Betten, nicht aber in eisernen, man kann daher die hölzernen Betten abschaffen und eiserne einführen, will man sie vertilgen.

Wir gegen die Wanzen muß man aber auch die anderen Schmarotzer vorgehen, welche an unserem Blute zehren: man muß ihnen die Lebensbedingungen entziehen. Das ist also auch Deine Aufgabe, deutsches Volk, gegenüber dem schädlichsten aller Ungeziefer, welches Dir mehr Blut in einem Tage abzapft, als alles theerische Ungeziefer im ganzen Jahre. Das sind die Menschen, von denen Du abhängig bist! Ist der Wucherer kein Ungeziefer? Von was lebt er denn? Doch nicht von seiner Arbeit? Nein, von Bauern- und Bürgerblut, welches er anfangs unmerklich, später aber gieriger absaugt. Und der Fabrikant? Lebt der von seiner Arbeit? Wahrhaftig nicht, die könnte ihn nicht ernähren, am allerwenigsten dann, wenn er sie gar nicht selbst besorgt, sondern einem Beamten überträgt. Nein! Er lebt von Blut, von Arbeiterblut, von Frauen- und Kinderblut; davon wird er so feist und behäbig, indeß seine Arbeiter wandelnden Gerippern gleichen. Und gleich ihm ist auch der große Grundbesitzer ein Schmarotzer, weil auch er von der Arbeit Anderer lebt, von Arbeiter- und Pächterblut. Und auch die Arbeit der Staatsgewaltigen, der Fürsten, Hofschranzen, der Minister, Generäle und wie die Leute alle heißen mögen, entspricht durchaus nicht ihrem Lohne: auch sie leben von Menschenblut, nicht vom Blute einer Klasse, sondern vom Blute des gesammten Volkes!

Dieses menschliche Ungeziefer ist **das gefährlichste und bösartigste von allen**, boshafter als Taranteln und Skorpione; **das** jage aus Deinem Bett, deutsches Volk, und damit sich's nicht wieder einnistet, vertausche das hölzerne Bett mit einem eisernen. Oder hast Du Angst davor, das alte Zeit fortzuräumen, d. h. die heutige Staatsordnung umzuschmeißen und mit einer neuen, besseren zu vertauschen? Du wirst doch nicht so dumm sein und glauben, daß die Wucherer, Fabrikanten, Junker, Generäle, Minister ꝛc. ꝛc. ein größeres „göttliches" Recht daraus haben, Dir Dein Blut auszusaugen, als die Wanzen? Und

Flugblatt der Sozialdemokratie, herausgegeben in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878–1890



Karl Marx



August Bebel



Wilhelm Liebknecht



Ignaz Auer



Eduard Bernstein



Wilhelm Bracke



Julius Motteler



Paul Singer

Bismarck machte sich zum Fürsprecher der Schutzzollforderungen und ging daran, die seit Mitte der sechziger Jahre von ihm befolgte innenpolitische Taktik zu revidieren. Die Großbourgeoisie war ökonomisch so erstarkt, daß sie zumindest einen kleinen Anteil an der politischen Machtausübung forderte. Andererseits mußte Bismarck seine Hoffnung auf eine ihm gefügige Fraktion der Arbeiterbewegung nach deren Vereinigung nun endgültig aufgeben. Immer größere Teile des Proletariats erkannten – wie die Wahlen von 1877 deutlich gemacht hatten – in der Sozialdemokratie die Vertreterin ihrer Interessen. Der Kampf der Sozialdemokratie gegen den Militarismus und Antidemokratismus fand von Tag zu Tag stärkere Unterstützung unter den Arbeitern und demokratisch gesinnten Bürgern.

Um dem wachsenden Einfluß der demokratischen und antimilitaristischen Kräfte, vor allem aber der Sozialdemokratie, zu begegnen, nicht minder aber auch, um seine persönliche Diktatur zu sichern, orientierte sich Bismarck noch stärker als bisher auf die reaktionärsten Teile der Großbourgeoisie und des Junkertums. Die Einführung hoher Schutzzölle auf industrielle und landwirtschaftliche Erzeugnisse sollte das politische Bündnis zwischen Großindustriellen und Junkern ökonomisch fundieren und zugleich der Regierung erhöhte Einnahmen für die geplante Aufrüstung sichern. Doch die Klassenbasis der reaktionärsten Teile der Großbourgeoisie und des Junkertums war klein, ihr Wähleranhang gering. Zudem mußte der mittels der Schutzzollpolitik geplante Raubzug auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung den Widerstand des Proletariats und des Kleinbürgertums, ja selbst der kleinen und mittleren Bourgeoisie hervorrufen. Aus diesen Gründen ging Bismarck daran, alle demokratischen Kräfte zu unterdrücken, alle liberalen Kräfte politisch mundtot zu machen. Um alle Fraktionen der herrschenden Klassen auf den Kampf gegen die Arbeiterbewegung konzentrieren zu können, brach Bismarck Ende der siebziger Jahre auch den ohnehin für ihn aussichtslosen „Kulturkampf" ab und bahnte schrittweise eine feste Allianz mit dem reaktionären katholischen Klerus und dem Zentrum an. Nach alter Erfahrung richtete die Regierung ihre ersten und heftigsten Schläge gegen die konsequenteste Opposition, gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung.[37] Mit dem offenen Terror gegen die Arbeiterklasse und ihre Interessenvertreterin, die Sozialdemokratie, sollte gleichzeitig eine eventuelle politische Verbindung zwischen sozialistischen, demokratischen und liberalen Kräften

[37] Dokument Nr. 92.

verhindert werden. Die Schutzzollpolitik, die forcierte Ausbreitung des Militarismus und das Sozialistengesetz repräsentierten also verschiedene Seiten der reaktionärsten Phase der Diktatur Bismarcks. Diese reaktionärste Phase begann 1878 und endete mit dem Sturz Bismarcks im Jahre 1890.

Nachdem alle Versuche, durch willkürliche Handhabung der Strafgesetze die revolutionäre Arbeiterbewegung zu erdrosseln, am Widerstand des klassenbewußten Proletariats gescheitert waren, ging der junkerlich-großbourgeoise Staat Mitte 1878 daran, das seit langem geplante Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie durchzusetzen. Die erwünschte Handhabe dafür bot sich der Regierung, als am 11. Mai und am 2. Juni 1878 zwei Attentate auf den Kaiser verübt wurden – Provokationen, die sich ausgezeichnet für Bismarcks innenpolitische Konzeption ausnutzen ließen.

Obwohl der erste Attentäter, Hödel, aus der sozialdemokratischen Partei wegen Unterschlagung ausgeschlossen, der zweite, Nobiling, nie Mitglied der Partei gewesen war, benutzte Bismarck die Kaiserattentate sofort dazu, eine bis dahin ungekannte Pogromstimmung gegen die sozialistische Arbeiterbewegung zu inszenieren. Durch eine rasende Hetze suchte er die politisch rückständigen, besonders die kleinbürgerlichen Massen in Stadt und Land gegen die „Mörder" des „Heldenkaisers" aufzuputschen. Sein erster Versuch, am 23. Mai im Reichstag ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie durchzubringen, scheiterte noch an der Ablehnung der Nationalliberalen, die um ihre eigene Haut fürchteten. Selbst die nach dem zweiten Attentat ausgeschriebenen Neuwahlen zum Reichstag ließen Bismarck sein Ziel nicht völlig erreichen: Zwar gewannen die Konservativen durch die sogenannten Attentatswahlen auf Kosten der Liberalen etwa vierzig Sitze, zwar konnte Bismarck dadurch die ihm gefügige Reichstagsmehrheit zustandebringen – aber trotz des Wahlterrors, trotz aller politischen und wirtschaftlichen Repressalien gegen das klassenbewußte Proletariat erhielt die Arbeiterpartei 437 158 Stimmen. Neun Sozialisten zogen als Abgeordnete in den Reichstag ein. August Bebel konnte am 16. September von der Reichstagstribüne aus im Namen der deutschen Arbeiterbewegung stolz erklären: „Kurz, meine Herren, die Regierungen mögen machen, was sie wollen, sie können uns doch nicht ernsthaft an den Kragen . . . Die Arbeiter werden, dessen seien Sie sicher, mit der äußersten Zähigkeit für ihre Überzeugungen eintreten, sie werden in Werkstätten, in Fabriken, in der Familie und im Bierhaus, auf der

Eisenbahn, sonntags auf Spaziergängen und an vielen anderen Orten, wo sie niemand genau zu kontrollieren imstande ist, zusammenkommen ... Und diese Tätigkeit lahmzulegen, wird Ihnen ganz unmöglich sein ..."[38] So verband August Bebel seine trotzige Kampfansage gegen den geplanten Polizeiterror damit, den sozialistischen Arbeitern wichtige Hinweise für den bevorstehenden illegalen Kampf zu geben.

Nach sechswöchigen Verhandlungen wurde das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", auch „Sozialistengesetz" genannt, am 19. Oktober 1878 mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen; am 21. Oktober trat es in Kraft.[39]

Dieses Ausnahmegesetz verbot alle Organisationen der Partei und alle Gewerkschaften, sofern sie sozialistische Ziele verfolgten. Sämtliche bedeutenden sozialistischen Presseorgane wurden unterdrückt, jede Versammlung sozialistischen Charakters wurde untersagt. Die Unternehmer ergänzten die politische Unterdrückung mit Entlassungen und Aussperrungen sozialistischer Arbeiter – einer angesichts der noch fortdauernden Wirtschaftskrise besonders infamen Maßnahme. Dadurch, daß über bestimmte Städte und Bezirke der sogenannte Kleine Belagerungszustand verhängt werden konnte, war es der Polizei möglich, willkürlich sozialdemokratische Arbeiter und Funktionäre auszuweisen. Tatsächlich wurde schon am 28. November 1878 über Berlin und Umgebung der Kleine Belagerungszustand verhängt. 67 Sozialdemokraten erhielten sofort den Ausweisungsbefehl. Die Ausweisungen häuften sich, als 1880 auch über Altona und im folgenden Jahre auch über Leipzig der Kleine Belagerungszustand verhängt wurde. Der Rede- und Presse-, der Versammlungs- und Koalitionsfreiheit sowie anderer Rechte beraubt, blieben den deutschen Sozialisten von den in der Reichsverfassung vielgepriesenen bürgerlich-demokratischen Rechten nur noch das allgemeine Wahlrecht und die Möglichkeit, die Interessen der Arbeiterklasse im Parlament zu vertreten.

Die politische Entrechtung Hunderttausender, ja Millionen arbeitender Menschen offenbarte unverhüllt den antidemokratischen, volksfeindlichen Charakter der Politik des preußisch-deutschen Militärstaates. Der Schlag gegen die Sozialdemokratie, den entschiedensten Gegner des militaristischen Obrigkeitsstaates, sollte alle gegen den Mili-

38 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags, IV. Legislaturperiode, I. Session 1878, Erster Bd., Berlin 1878, S. 45/46.

39 Dokument Nr. 93.

tarismus und gegen die Verpreußung Deutschlands auftretenden Kräfte – so das demokratische Kleinbürgertum und die unterdrückten nationalen Minderheiten – treffen, sollte jegliche demokratische Bewegung in Deutschland ihrer Führung berauben und damit wirkungslos machen. Der Kampf gegen das Ausnahmegesetz wurde damit zu einer zentralen Aufgabe im Kampf gegen den preußisch-deutschen Militärstaat, im Ringen um die demokratische Republik. Er erhielt nationale Bedeutung.

Unter diesen Bedingungen mußte die Partei vor allem den illegalen Kampf der Arbeiterklasse gegen das Ausnahmegesetz organisieren, die wenigen verbliebenen legalen Möglichkeiten voll ausnutzen und sie mit den neuen illegalen Kampfformen eng verknüpfen. Das war eine äußerst komplizierte Aufgabe. Sie wurde zum ersten Mal in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung einer marxistischen Partei gestellt. Die jetzt notwendige taktische Neuorientierung erforderte in erster Linie politisch-ideologische und theoretische Klarheit. Ohne sie konnten auch die dringenden organisatorischen Aufgaben nicht gelöst werden. Der Kampf gegen das Ausnahmegesetz war also mit dem Kampf um die Durchsetzung des wissenschaftlichen Kommunismus in der deutschen Arbeiterbewegung aufs engste verbunden.

Wie häufig an Wendepunkten in der Entwicklung der Partei, wurden in dieser Situation Schwankungen und parteifremde Strömungen spürbar. Gegen den Widerstand August Bebels, Wilhelm Brackes, Wilhelm Liebknechts und anderer revolutionärer Parteiführer erklärte sich der damals in Hamburg befindliche Parteivorstand als aufgelöst, noch bevor das Ausnahmegesetz in Kraft trat. Dieser falsche Beschluß wurde unter dem Druck jener Kräfte gefaßt, die bereit waren, vor dem Regierungsterror zu kapitulieren, die revolutionären Grundsätze der Partei aufzugeben und sich in opportunistischer Manier der Politik der herrschenden Klassen anzupassen. Das Fehlen einer entschlossenen Führung und einer klaren politischen Linie gerade in der Zeit der ersten Schläge der Reaktion erschwerte es, die Parteimitglieder organisatorisch zusammenzufassen und ideologisch zu festigen. Das begünstigte in der Folgezeit ein noch massiveres Auftreten der Opportunisten, die sich vornehmlich um die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Blos und Max Kayser gruppierten.

Die sozialökonomische Grundlage dieses Opportunismus waren kleinbürgerliche Kräfte. Der kapitalistische Konzentrationsprozeß verwandelte immer mehr Kleinbürger und besitzlos gewordene Bauern

in Proletarier, von denen ein Teil Mitglieder der Sozialdemokratie wurden oder sich ihr zumindest als Sympathisierende anschlossen. Dieser Zustrom zeigte sehr deutlich die führende Rolle der Arbeiterklasse in der demokratischen Bewegung. Doch bildete das kleinbürgerliche Bewußtsein vieler dieser Menschen auch einen günstigen Nährboden für opportunistische Auffassungen. Hinzu kam, daß manche kleinbürgerliche Intellektuelle, die sich der Sozialdemokratie anschlossen, schon recht bald in den Reichstag entsandt wurden, während es den meisten Arbeitern auf Grund ihrer ökonomischen Abhängigkeit außerordentlich schwer fiel, sich als Wahlkandidaten der Sozialdemokratie aufstellen zu lassen. Der Opportunismus konzentrierte sich daher während des Ausnahmegesetzes in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Als Reaktion auf die kapitulantenhafte Haltung mehrerer sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, nicht minder aber auch als Reaktion auf den brutal einsetzenden Polizeiterror, kamen linksradikale, sektiererische Tendenzen auf, und schließlich entstand sogar eine anarchistische Gruppe. Sie schuf sich ein Sprachrohr in der in London erscheinenden Zeitung „Freiheit", die von Johann Most, einem aus Deutschland emigrierten, vormals sozialistischen Arbeiterführer redigiert wurde. Losgelöst von den Massen des deutschen Proletariats, propagierte diese Gruppe, der sich auch der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und ehemalige Lassalleaner Wilhelm Hasselmann anschloß, eine Taktik des individuellen Terrors. Sie wollte auf jede parlamentarische Tätigkeit verzichten und berauschte sich an revolutionären Phrasen. Wäre die Partei einer solchen Taktik gefolgt, hätte sie sich einer ihrer wirksamsten Möglichkeiten beraubt, zu den Massen zu sprechen. Sie hätte sich selbst isoliert.

Im Gegensatz sowohl zu den Opportunisten in der Parteiführung als auch zu der anarchistischen Gruppe nahmen die sozialdemokratischen Arbeiter, angeleitet von den revolutionären Arbeiterführern, sofort den Kampf gegen das Sozialistengesetz auf. Sie begannen, illegale Organisationen aufzubauen. Jede bürgerliche Partei wäre von einem Gesetz, wie es das Ausnahmegesetz darstellte, zerschmettert worden. Die sozialistischen deutschen Arbeiter aber parierten in hartnäckigem Kleinkrieg gegen die Willkürherrschaft des preußisch-deutschen Staates mutig die Schläge des Ausnahmegesetzes. August Bebel bewährte sich als glänzender Taktiker des illegalen Kampfes. Er leitete als Organisator des in Leipzig gebildeten zentralen Unterstützungskomitees in

den ersten Jahren des Ausnahmegesetzes den Aufbau der illegalen Parteiorganisationen. Neben erfolgreichen Kämpfen bei Nachwahlen zum Reichs- und Landtag und neben der Bildung zahlreicher Tarnorganisationen anstelle der verbotenen sozialistischen Vereine spielte die meist illegal organisierte Unterstützung der ausgewiesenen Parteimitglieder eine wichtige Rolle. Die Terrormethode der Ausweisung erwies sich als ein Bumerang. Die Ausgewiesenen wirkten als Sendboten des Sozialismus in vielen von der Partei bisher kaum beeinflußten Gebieten. Unter den kampfentschlossenen Arbeitern ging der Spottvers von Mund zu Mund:

Den Sozialismus in seinem Lauf
hält weder Ochs noch Esel auf.

Der mutige Kampf der örtlichen sozialdemokratischen Organisationen und der klassenbewußten Arbeiter konnte aber nur dann von dauerndem Erfolg sein, wenn man die zerrissenen Fäden der Organisation wieder überall knüpfen und die Mitglieder für die veränderten Kampfbedingungen schulen konnte, wenn man die Opportunisten und die anarchistische Gruppe ideologisch-politisch zu entlarven und zu isolieren vermochte und wenn die Partei ständig einheitlich angeleitet wurde. In einer Zeit, da der Partei im Lande fast jedes legale Wirken verwehrt war, konnten alle diese Aufgaben nur mit Hilfe einer im Ausland herausgegebenen und in Deutschland illegal verbreiteten offiziellen Parteizeitung gelöst werden. Diese Zeitung mußte die Rolle eines kollektiven Organisators, Propagandisten und Agitators übernehmen und in entscheidendem Maße die Politik der deutschen Sozialdemokratie mitbestimmen.

Die Vorbereitungen, eine solche Zeitung in der Schweiz herauszugeben, waren schon recht weit gediehen, als sich im Sommer 1879 zeigte, daß die Opportunisten alles daransetzten, die Leitung des künftigen Blattes an sich zu reißen. Zu ihren Wortführern machten sich die in Zürich lebenden Parteimitglieder Eduard Bernstein, Karl Höchberg und Karl August Schramm.

Im August veröffentlichten sie ihr Programm in einem von Höchberg herausgegebenen Jahrbuch unter dem Titel „Rückblicke auf die sozialistische Bewegung in Deutschland". Hier griffen sie unverhüllt den revolutionären Charakter der Partei an und forderten die Umwandlung der Sozialdemokratie in eine kleinbürgerlich-demokratische Reformpartei.

In dieser für die Partei äußerst bedrohlichen Situation griffen Karl Marx und Friedrich Engels ein. Sie machten sich zu Sprechern der revolutionär gesinnten und kämpfenden Mitgliedschaft und halfen ihren Führern, vor allem August Bebel, Wilhelm Bracke und Wilhelm Liebknecht, eine revolutionäre Strategie und Taktik durchzusetzen. In dem von Engels mit Billigung von Marx Mitte September 1879 verfaßten berühmten Zirkularbrief an die Führer der deutschen Sozialdemokratie konzentrierten sie sich auf den Kampf gegen den Opportunismus, der damals die Hauptgefahr für die Partei darstellte.

In den ersten beiden Teilen des Zirkularbriefes erläuterten Karl Marx und Friedrich Engels ihre Ansicht über die organisatorischen Vorarbeiten zur Zeitungsgründung und verlangten, daß das Zentralorgan unmißverständlich die proletarischen Klassenziele und die revolutionäre Kampfesweise der deutschen Sozialdemokratie vertreten müsse. Im dritten und wichtigsten Teil ihres Briefes übten Marx und Engels vernichtende Kritik an der Ideologie des Opportunismus. Sie forderten die Partei auf, sich von den Opportunisten zu trennen. In den Mittelpunkt ihrer Kritik rückten Marx und Engels die Stellung der Züricher zum Klassenkampf, zur Eroberung der Macht durch das Proletariat und zum Klassencharakter der Partei. Sie entlarvten die Versuche der Züricher, der Machtergreifung des Proletariats formell zwar beizupflichten, sie aber in unerreichbare Fernen zu verschieben, um noch ungehinderter „vermitteln, kompromisseln, philanthropisieren“[40] zu können. Die politische Konsequenz dieser durch und durch opportunistischen Auffassungen der Züricher sei es, die Arbeiterbewegung den Interessen der Bourgeoisie zu unterwerfen. Als ideologische Ursache solcher Auffassungen erkannten Marx und Engels die Furcht des Kleinbürgertums vor dem revolutionären Kampf des Proletariats. Sie legten damit nicht nur das Wesen des Opportunismus der Züricher, sondern den Charakter des Opportunismus überhaupt bloß. Der Zirkularbrief endete mit einem leidenschaftlichen Appell an die deutschen Arbeiterführer, sich von den Trägern der bürgerlichen Ideologie entschlossen zu trennen und unbedingt den proletarischen Charakter der Partei zu wahren. In einer Arbeiterpartei seien, so schrieben Marx und Engels, „Repräsentanten des Kleinbürgertums“ wie die Züricher „ein fälschendes Element. Sind Gründe da, sie vorderhand darin zu dulden, so besteht die Verpflichtung, sie *nur* zu dulden, ihnen keinen Einfluß

40 Karl Marx/Friedrich Engels: [Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke u. a.]. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 19, S. 163.

auf Parteileitung zu gestatten, sich bewußt zu bleiben, daß der Bruch mit ihnen nur eine Frage der Zeit ist. Diese Zeit scheint übrigens gekommen ... Gerät aber solchen Leuten gar die Parteileitung mehr oder weniger in die Hand, so wird die Partei einfach entmannt, und mit der proletarischen Schneid ist's am End."[41] Nur dann, wenn sie den Opportunismus überwinde, könne die Partei eine konsequente Arbeiterpolitik betreiben und damit ihre nationale Mission im Kampf gegen den preußisch-deutschen Militärstaat verwirklichen.

Für sich selbst aber erklärten die Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus unmißverständlich: „Wir können also nicht zusammengehn mit Leuten, die es offen aussprechen, daß die Arbeiter zu ungebildet sind, sich selbst zu befreien, und erst von oben herab befreit werden müssen durch philanthropische Groß- und Kleinbürger. Wird das neue Parteiorgan eine Haltung annehmen, die den Gesinnungen jener Herren entspricht, bürgerlich ist und nicht proletarisch, so bleibt uns nichts übrig, so leid es uns tun würde, als uns öffentlich dagegen zu erklären und die Solidarität zu lösen, mit der wir bisher die deutsche Partei dem Ausland gegenüber vertreten haben. Doch *dahin* kommt's hoffentlich nicht."[42]

Der Zirkularbrief diente nicht nur der richtigen Orientierung der Partei auf eine revolutionäre Politik gegenüber dem Sozialistengesetz, sondern er war und ist als Beitrag zur Lehre von der Partei im 19. Jahrhundert von grundsätzlichem politischen und theoretischen Wert. Die Kerngedanken dieses Briefes haben bis zur Gegenwart nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt.

Der Zirkularbrief hatte die von Karl Marx und Friedrich Engels beabsichtigte Wirkung. Der Einfluß des Opportunismus auf die Parteiführung und speziell des Züricher Trios auf die vorbereitete Zeitung wurde zurückgedrängt. August Bebel, Wilhelm Bracke und andere Parteiführer verurteilten den Jahrbuch-Artikel entschieden. Vor allem aber war die Herausgabe der Parteizeitung selbst ein wichtiger Schritt zur Überwindung der innerparteilichen Krise.

Am 28. September 1879 kam in Zürich die erste Nummer des von nun an wöchentlich erscheinenden illegalen Parteiorgans „Der Sozialdemokrat" mit dem Untertitel „Internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge" heraus.[43] Der erste Redakteur war Georg von

41 Ebenda, S. 163 u. 165.
42 Ebenda, S. 165/166.
43 Dokument Nr. 94.

Vollmar. Mit der Herausgabe eines parteioffiziellen Organs, das nach Deutschland hineingeschmuggelt wurde und sich im Lande auf ein weitverzweigtes Korrespondentennetz stützen konnte, vollbrachte die deutsche Sozialdemokratie eine bis dahin einmalige Leistung, die in den folgenden Jahrzehnten zahlreichen anderen zur illegalen Tätigkeit gezwungenen Bruderparteien zum Vorbild diente. Den sozialdemokratischen Arbeitern gab das Erscheinen eines Zentralorgans neuen Auftrieb im Kampf gegen das Schandgesetz. Der Einfluß des Mostschen Sektierertums verschwand. Der illegale Vertrieb der Zeitung, die Werbung neuer Leser und das gemeinsame Lesen in kleinen Zirkeln führten die Parteimitglieder enger zusammen, stärkten ihr Solidaritätsgefühl und ihr Klassenbewußtsein. Die Parteileitung verfügte mit dem „Sozialdemokrat" jetzt auch über ein Mittel, alle illegalen Organisationen anleiten und auf zentrale politische Aufgaben orientieren zu können. Dank der vielfachen helfenden Hinweise von Karl Marx und Friedrich Engels gelang es der Zeitung, die ihr noch anhaftenden theoretischen Mängel mehr und mehr zu überwinden und wirklich zum kollektiven Agitator, Propagandisten und Organisator zu werden.

Daß es gelang, den Opportunismus zurückzudrängen, die Vertreter anarchistischer Auffassungen aus der Partei zu entfernen und eine revolutionäre Taktik im Kampf gegen das Sozialistengesetz anzuwenden – eine Taktik, die geschickt alle nur möglichen legalen und illegalen Kampfformen miteinander verband –, war in entscheidendem Maße das Verdienst von Karl Marx und Friedrich Engels. Sie und ihre Schüler und Kampfgefährten in Deutschland befanden sich hierbei in voller Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit der Parteimitglieder. Das bewies der immer erfolgreicher werdende Widerstand der klassenbewußten deutschen Arbeiter gegen das Ausnahmegesetz.

Charakteristisch für die ersten Jahre dieses Kampfes war, daß weitere illegale örtliche Parteiorganisationen aufgebaut, neue illegale und legale Kampfmethoden entwickelt und ihre richtige Verbindung miteinander erprobt wurden. Dabei brachte die Illegalität eine Reihe spezifischer Formen, sozialistische Demonstrationen zu veranstalten, hervor, die in der späteren Entwicklung der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung teils in gleicher, teils in abgewandelter Form weiterlebten. So wurden Ausweisungen oder Begräbnisse verdienter Parteimitglieder immer häufiger zum Anlaß genommen, in Massenversammlungen oder großen Trauerzügen die Solidarität und ungebrochene Kraft der Partei zu bekunden. Man hißte an Türmen und Schorn-

steinen oder an besonders hohen Bäumen rote Fahnen oder brachte in den Städten an verkehrsreichen Punkten Transparente an. Weil jede öffentliche Agitation verboten war, spielte die massenhafte – natürlich illegale – Verbreitung von Flugblättern jetzt eine weit größere Rolle als früher. Sie erwies sich als ein sehr wirksames Mittel, den Einfluß der Partei auf die Massen zu verstärken und zu festigen. Schon am 8. August 1880 konnte „Der Sozialdemokrat" mitteilen:

„Kein Tag vergeht, ohne daß aus einer ganzen Reihe von Städten und Orten gemeldet wird, daß von unsichtbaren Händen der ‚Sozialdemokrat', ‚Tod allem Ungeziefer', ‚Der Sieg der Sozialdemokratie', ‚An das deutsche Volk' und ähnliche Schriften in Hunderten und Tausenden in den Häusern und Fabriken, auf Straßen und Plätzen, in den Omnibussen und Lohnwagen, ja sogar in Kirchen (!) verbreitet oder daß ‚aufreizende' Plakate nächtlicherweile an Straßenecken, Anzeigetafeln, Ladentüren und Plakatsäulen angeheftet worden sind. Und was für die Polizei das allerschlimmste ist: nur überaus selten gelingt es ihr, einen der Attentäter zu erwischen . . ."

Die Arbeiterklasse lieferte in diesen Jahren unter der Führung der Sozialdemokratie hervorragende Beispiele für ihre revolutionäre Findigkeit und Klugheit, für ihr Heldentum und ihre Opferbereitschaft. Ihr entschlossener Kampf gegen die Ausbeuterklassen unterstützte und ergänzte wirkungsvoll die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie innerhalb der Arbeiterbewegung. Der Einfluß der marxistischen Parteiführer nahm rasch zu. Die Partei lernte, im Kampf gegen das Schandgesetz alle Mittel anzuwenden: parlamentarische und außerparlamentarische, legale und illegale.

Das Fazit der Auseinandersetzungen um die Strategie und Taktik der Partei unter dem Sozialistengesetz zog der erste illegale Parteikongreß, der vom 20. bis 23. August 1880 auf Schloß Wyden in der Schweiz stattfand.[44] Trotz der Polizeischnüffelei, trotz der hohen Reisekosten, trotz der Gefahr, Arbeit und Brot zu verlieren, waren aus allen wichtigen Gebieten Deutschlands Delegierte, insgesamt 56, erschienen.

Bei der Analyse der Parteientwicklung kritisierten mehrere Delegierte heftig die passive Haltung der Mehrheit der Parteiführung bei und unmittelbar nach Erlaß des Ausnahmegesetzes. Einstimmig beschlossen die Delegierten, das Parteiprogramm zu ändern: der Kampf sei nunmehr „mit allen Mitteln", nicht nur mit den „gesetzlichen Mit-

[44] Dokument Nr. 95.

teln", wie es bis dahin im Programm hieß, zu führen. Diese grundlegende Korrektur des Gothaer Programms zeigte erneut, daß die kritischen Ratschläge von Karl Marx und Friedrich Engels voll und ganz den Bedürfnissen des proletarischen Klassenkampfes entsprochen hatten.

Auf dem Kongreß wurden die Führer der anarchistischen Gruppe, Wilhelm Hasselmann und Johann Most, aus der Partei ausgeschlossen. Die Opportunisten, die sich den Kongreßbeschlüssen unterwarfen, beließ man jedoch in ihren Vertrauensstellungen. Das ermöglichte es ihnen, ihr schädliches Treiben fortzusetzen. Ferner wurde „Der Sozialdemokrat" zum offiziellen Zentralorgan der Partei bestimmt. Für die Dauer des Ausnahmegesetzes legten die Delegierten die Leitung der Partei in die Hände der Reichstagsfraktion. Zentralorgan und Reichstagsfraktion waren an die Beschlüsse der mindestens alle drei Jahre abzuhaltenden Parteikongresse gebunden. Dieser Organisationsaufbau bewährte sich unter dem Sozialistengesetz vollauf. Er trug der Verbindung legaler und illegaler Kampfformen Rechnung. Von der internationalistischen Haltung der Partei zeugte auch der Beschluß, eine internationale Verkehrsstelle einzurichten, die die Verbindungen zwischen der deutschen Sozialdemokratie und ihren Bruderparteien oder sozialistischen Organisationen im Ausland pflegen sollte. Im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen forderte der Kongreß *„die allgemeinste und energischste Tätigkeit"* von allen Parteimitgliedern und die „feste Organisierung *in jeder geeigneten Weise*".[45]

Der Kongreß zu Wyden beendete die Periode des Schwankens und der Verwirrung und festigte die Stellung der marxistischen Parteiführer. Er schuf, indem er die Partei auf eine eindeutig revolutionäre Taktik im Kampf gegen den preußisch-deutschen Militärstaat orientierte, die Voraussetzungen für den späteren Sieg über das Sozialistengesetz.

Auf der Grundlage der in Wyden gefaßten Beschlüsse richtete die Parteileitung im „Sozialdemokrat" vom 26. September 1880 einen Aufruf an die deutschen Sozialdemokraten, in dem sie die neuen Aufgaben formulierte.[46] Unmißverständlich stellte sie darin fest, daß die Sozialdemokratie an der Spitze aller Kräfte marschiert, „welche dem herrschenden sozialen und politischen System den Untergang bereiten ... wollen". Darum käme es für die Partei jetzt vor allem darauf

[45] Protokoll des Kongresses der Deutschen Sozialdemokratie. Abgehalten auf Schloß Wyden in der Schweiz vom 20. bis 23. August 1880, Zürich 1880, S. 50.

[46] Dokument Nr. 96.

an, ihre Verbindungen mit den Volksmassen zu festigen, neue Anhänger zu gewinnen und die Reihen der Partei zu stärken. Der Aufruf betonte, daß die illegalen Bedingungen zwar zu viel größerer selbständiger Initiative verpflichten, daß aber gerade deshalb alle Aktionen gemeinschaftlich beraten und durchgeführt werden müssen. Das entsprach voll und ganz den Ratschlägen von Karl Marx und Friedrich Engels.

Die sozialistischen deutschen Arbeiter erkannten, daß nach dem Wydener Kongreß die Festigung der Organisation und die Verstärkung der Agitation die wichtigsten Aufgaben waren, um künftige Siege der Partei vorzubereiten. Die illegale Organisation der deutschen Sozialdemokratie unter dem Ausnahmegesetz hatte nicht die Form einer sich über ganz Deutschland erstreckenden geheimen Verbindung. Eine solche Organisation wäre schnell entdeckt worden. Vielmehr wählte die Partei eine sehr elastische Form der Organisation, ohne das Prinzip des demokratischen Zentralismus aufzugeben. Die Parteimitglieder schlossen sich in den einzelnen Orten und Kreisen den jeweiligen lokalen Bedingungen entsprechend zusammen. Für diese vor der Polizei verborgene, illegale Organisation bürgerte sich bald die Bezeichnung „innere Organisation" ein. Die Parteimitglieder wählten sogenannte Vertrauensmänner, die die Verbindung mit den illegalen Organisationen der Nachbarorte hielten. Andere bewährte Mitglieder unterhielten den Kontakt mit der Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat". Grundsätzliche Fragen der Parteiarbeit und -politik wurden auf geheimen Versammlungen, den sogenannten Corpora-Versammlungen, die oft im Freien stattfanden, beraten und geklärt. Anfang der achtziger Jahre war in den meisten Zentren der Arbeiterbewegung der Aufbau dieser geheimen Organisation abgeschlossen. Daneben nutzten die verfolgten Sozialisten auch legale Organisationen wie Hilfs- und Unterstützungskassen, Sport-, Rauch- oder Vergnügungsvereine für ihre Parteiarbeit und für die Agitation unter den Massen aus. Oft gründeten sie selbst solche Organisationen. Mit der Entwicklung und Erprobung derartiger äußerst vielfältiger legaler wie illegaler Organisationsformen bereicherte die deutsche Arbeiterklasse wesentlich den Erfahrungsschatz der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung.

Mit den Beschlüssen des Wydener Kongresses wuchs auch die Bedeutung der Zeitung „Der Sozialdemokrat" für die Festigung der Partei und für die Verbreitung marxistischer Ideen in der Arbeiterklasse. Wieder waren es Karl Marx und Friedrich Engels, die den revolutio-

nären Parteiführern mit Rat und Tat zur Seite standen und ihnen halfen, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Als im Dezember 1880 August Bebel und Eduard Bernstein nach London kamen, erläuterten ihnen Marx und Engels in mehrtägigen Beratungen, welche politische und theoretische Haltung das Parteiorgan künftig einnehmen müsse, um den in Deutschland unter so schweren Bedingungen kämpfenden Sozialisten wirkliche Hilfe zu erweisen. August Bebel stimmte mit den Ratschlägen der „Londoner Alten" völlig überein, und auch Eduard Bernstein erkannte ihre Kritik voll an. Anfang 1881 trat Bernstein – anstelle Georg von Vollmars – in die Redaktion des „Sozialdemokrat" ein. Wenn Eduard Bernstein, der einstige Berliner Bankangestellte, rührige Agitator der Eisenacher Partei und alsbaldige begeisterte Dühringianer, sich in so verblüffend kurzer Zeit von der opportunistischen Position Karl Höchbergs löste und zu marxistischen Auffassungen bekannte, so ist das in erster Linie auf den Einfluß Engels' zurückzuführen. Dieser Einfluß und die Einwirkung der in Deutschland unter den schwierigsten Bedingungen kämpfenden Arbeiter und so hervorragender Revolutionäre wie August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Julius Motteler auf ihn erklären, warum Bernstein als Redakteur des „Sozialdemokrat" dem revolutionären Flügel der Partei angehörte. Um so schändlicher ist allerdings der Verrat, den er dann gegen Ende des Jahrhunderts am Marxismus übte.

1881 begann die äußerst rege, ständige Mitarbeit von Karl Marx und Friedrich Engels am „Sozialdemokrat". Vor allem Engels' Mitarbeit erschöpfte sich keineswegs darin, daß er seit Ende 1881 viele seiner wissenschaftlichen Arbeiten zuerst im „Sozialdemokrat" veröffentlichte, um den theoretischen Kampf zu unterstützen und die Lehren aus der revolutionären Vergangenheit der Partei zu vermitteln. Vielmehr erstreckte sie sich auf alle Gebiete der Leitung einer revolutionären Zeitung: auf die ständige helfende Kritik an den erschienenen Nummern, auf die Übersendung wichtiger Materialien für die Redaktionsarbeit, auf Informationen über die internationale Arbeiterbewegung, auf die politisch-moralische Unterstützung in allen Auseinandersetzungen mit dem Opportunismus, ja selbst auf finanzielle Hilfe und Hinweise für sichere Schmuggelwege. Dank dieser Unterstützung konnte „Der Sozialdemokrat" seinen historischen Aufgaben gerecht und, wie Engels schrieb, zur „Flagge der deutschen Partei"[47] werden.

47 Friedrich Engels: [Abschiedsbrief an die Leser des „Sozialdemokrat"]. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 22, S. 78.

Auch die sozialistischen deutschen Arbeiter unterstützten den „Sozialdemokrat" immer lebhafter: Sie sorgten für seine schnelle und sichere Verbreitung, halfen ihm finanziell und übermittelten ihm Informationen über alle politisch wichtigen Vorgänge. Das sofortige Verbot der Zeitung steigerte nur ihre Popularität. Innerhalb kurzer Zeit gelang es, ein tadellos funktionierendes Verteilernetz im In- und Ausland zu schaffen. An seiner Spitze stand der „rote Feldpostmeister" Julius Motteler, ein gelernter Tuchmacher und Kaufmann, der sich bereits zur Zeit der I. Internationale als Kampfgenosse August Bebels bewährt hatte. Er war ein Mann, der revolutionäres Feuer mit hohem Organisationstalent und fast pedantischer Genauigkeit vereinte und damit für diese Aufgabe wie geschaffen war. Ihm zur Seite stand der badische Schuhmachergeselle Joseph Belli, der – erprobt im zähen Kleinkrieg mit der Polizei – bald ein virtuoser Leiter des Grenzdienstes wurde. Vom Züricher Postamt aus ging das illegale Zentralorgan Woche für Woche nach Deutschland. Es wurde als Buchpaket, Broschürenposten oder Frachtgut deklariert, man versandte es in Briefen oder brachte es von Zürich aus mit Handwagen oder in Rucksäcken auf deutsches Gebiet, man versteckte es am Körper oder beförderte es in Kähnen über den Bodensee. Von den Grenzorten aus trat die Zeitung dann den Weg zu den ständig wechselnden Empfängern an. Zahlreiche zentrale Verteilerstellen – so in Augsburg, Erfurt, Halle, Köln, Meerane, Nürnberg und Stuttgart – versandten den „Sozialdemokrat" dann in die einzelnen Orte und Kreise, wo er an die Abonnenten weitergegeben wurde.

In ähnlicher Weise wurden die in der Schweiz gedruckten Flugschriften und Broschüren der Partei in die Hände der in Deutschland kämpfenden Sozialdemokraten gebracht. So geschah es auch mit dem 1879 unter illegalen Bedingungen gedruckten berühmten Buch von August Bebel „Die Frau und der Sozialismus", das in den folgenden Jahrzehnten zu den meistgelesenen Werken der marxistischen Literatur zählte. Den historischen Materialismus auf die Geschichte anwendend, prangerte Bebel in diesem Werk die jahrhundertelange Unterdrückung der Frau an und deckte die sozialen und politischen Ursachen dieser Unterdrückung auf. Vom Sieg des Sozialismus fest überzeugt, wies er nach, daß der Kampf um die Befreiung der Frau ein Teil des proletarischen Klassenkampfes ist und daß im gemeinsamen Ringen um die sozialistische Gesellschaftsordnung auch die Frau ihre völlige Gleichberechtigung erobern wird.

Bald schon hatten sich die am illegalen Zeitungs- und Literaturvertrieb Beteiligten so hervorragend aufeinander eingespielt, daß der „Sozialdemokrat" allwöchentlich fast ohne Verzögerung in die Hände seiner Leser gelangte. Erst nach Jahren gelang es einmal den Häschern Otto von Bismarcks, den größten Teil der Auflage einer Zeitungsnummer abzufangen. Aber sofort darauf erschien die beschlagnahmte Nummer unter dem Titel „Trotz alledem, Ersatz für das Gestohlene!" im Nachdruck. Es war vor allem der glänzend organisierten „Roten Feldpost" zu danken, daß „Der Sozialdemokrat" entscheidend dazu beitragen konnte, die Reihen der illegal kämpfenden Partei zu festigen.

Eine ständig wachsende Bedeutung kam dem „Sozialdemokrat" im Kampf gegen eine besonders schändliche Unterdrückungsmaßnahme der preußisch-deutschen Polizei zu: gegen die Spitzelwirtschaft. Ohnmächtig, die revolutionäre Arbeiterbewegung von außen her zu zerschlagen, versuchte die Polizei immer häufiger, Agenten und Provokateure – von den Arbeitern „Lockspitzel" genannt – in die illegal arbeitenden Organisationen einzuschleusen. Durch sein vornehmlich von Julius Motteler großartig organisiertes Informations- und Warnsystem konnte „Der Sozialdemokrat", besonders seit Mitte der achtziger Jahre, immer wieder solche Polizeiagenten entlarven, anprangern und damit unschädlich machen. Die „Eiserne Maske" – unter diesem Titel erschienen die Warnungen im „Sozialdemokrat" – spielte bald eine wichtige Rolle im täglichen Kleinkrieg mit den infamen Unterdrückungsmethoden der herrschenden Klassen.

Ein Beweis für die Richtigkeit der in Wyden beschlossenen revolutionären Politik war der glänzende Erfolg der Partei bei der ersten Reichstagswahl unter dem Sozialistengesetz. Seit Herbst 1880 bereitete sich die Partei auf diese große Kraftprobe vor.

Hatte die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie schon unter legalen Bedingungen meisterhaft verstanden, das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht im Interesse des Proletariats auszunutzen, so gewannen unter den Bedingungen der Illegalität die Wahlkämpfe noch an Bedeutung. Für die klassenbewußten deutschen Arbeiter waren die Reichstagswahlen keineswegs nur ein Kampf um Abgeordnetensitze. Die Partei nutzte die halblegalen Möglichkeiten, die sich während der Wahlkampagne boten, ebenso erfolgreich zur Popularisierung ihrer Ideen unter den Massen aus wie die revolutionären sozialdemokratischen Abgeordneten die Reichstagstribüne zur sozialistischen Propaganda. Das entsprach der wiederholten Forderung Friedrich Engels',

daß die Arbeiterpartei trotz der notwendigen Opfer unter keinen Umständen auf die parlamentarische Arbeit verzichten dürfe, da diese ihr die Möglichkeit biete, vor der Öffentlichkeit die Verbrechen der herrschenden Klassen zu verurteilen und die Forderungen und Ziele der sozialistischen Bewegung den Massen darzulegen. Die deutsche Sozialdemokratie befolgte in ihrer revolutionären Periode diesen Rat und gab damit ein international bedeutsames Beispiel dafür, wie das Parlament von der revolutionären Arbeiterklasse ausgenutzt werden kann und muß. Für sie war der Wahlkampf stets nur *ein* Kampfmittel gegen das Ausnahmegesetz, nie aber das einzig entscheidende. Gerade der Erfolg der immer besseren Verbindung des parlamentarischen Kampfes mit außerparlamentarischen Massenaktionen widerlegt die spätere reformistische Legende, die Partei hätte nur mit ihren *Wahl*erfolgen Otto von Bismarck besiegt, und widerspricht den sich bis heute wiederholenden Versuchen rechter Führer der SPD, in den Wahlen das Allheilmittel auf dem Wege zum Sozialismus zu sehen.

Am 27. Oktober 1881 fand die Reichstagswahl statt. Vergeblich waren die Versuche Bismarcks, mit der Vertreibung August Bebels, Wilhelm Liebknechts und vieler anderer sozialistischer Funktionäre aus ihren Wohn- und Zufluchtsorten die Kraft der Partei noch kurz vor den Wahlen zu lähmen. Vergeblich waren die ungeheuerlichen Freiheitsbeschränkungen, vergeblich die Versammlungsverbote und Verhaftungen, denen die Sozialdemokratie auch während des Wahlkampfes ausgesetzt war. 311 961 Stimmen – das waren über sechs Prozent der gültigen Stimmen – wurden für die revolutionäre Arbeiterpartei abgegeben. Zwölf Abgeordnete konnte sie in den Reichstag schicken. Begeistert schrieb Friedrich Engels: „So famos hat sich noch kein Proletariat benommen ... nach drei Jahren unerhörter Verfolgung, nie nachlassenden Drucks, kompletter Unmöglichkeit öffentlicher Organisation und Selbstverständigung stehen unsere Jungens nicht nur in alter Kraft da, sondern verstärkt gerade in einem Hauptumstand: der Schwerpunkt der Bewegung ist verlegt ... in die *industriellen großen Städte* ... Die ihrer ökonomischen Lage nach revolutionäre Klasse ist Kern der Bewegung geworden."[48]

Das Bekenntnis von mehr als 300 000 Wählern zur Sozialdemokratie bewies vor aller Welt, daß die revolutionären deutschen Arbeiter

[48] Engels an Eduard Bernstein, 30. November 1881. In: Die Briefe von Friedrich Engels an Eduard Bernstein. Mit Briefen von Karl Kautsky an ebendenselben. Hrsg. von Eduard Bernstein, Berlin 1925, S. 44 u. 45.

mit den anderen demokratischen Kräften ungebrochen für die Eroberung und Sicherung bürgerlich-demokratischer Rechte und gegen den reaktionären preußisch-deutschen Militärstaat kämpften. Hinzu kam, daß auch die demokratische Volkspartei und die linksliberale Fortschrittspartei ihren Stimmenanteil beträchtlich vergrößern konnten. Das war zurückzuführen auf das Vorbild der konsequent für demokratische Freiheiten kämpfenden Sozialdemokratie und auf den Widerwillen, den die reaktionäre Wirtschafts- und Innenpolitik Otto von Bismarcks hervorrief. Die sich besonders seit 1879 spontan entwikkelnde antimilitaristische Bewegung hatte beträchtlich zugenommen; die Krise der Bismarckschen Diktatur vertiefte sich.

2. Der Kampf gegen Bismarcks „Politik mit Zuckerbrot und Peitsche" und das Ringen um die Durchsetzung des Marxismus in der sozialdemokratischen Partei

Die Erfolge der deutschen Sozialdemokratie veranlaßten die herrschenden Klassen, Ende 1881 ihre Unterdrückungsmethoden gegenüber der revolutionären Arbeiterbewegung zu ändern. So wurden dem neu eröffneten Reichstag am 17. November in einer kaiserlichen Botschaft Sozialreformen angekündigt.[49] War der Regierung die Vernichtung der Sozialdemokratie durch Terror nicht gelungen, so versuchte sie jetzt, dieses Ziel zu erreichen, indem sie den Terror – die Peitsche – durch Korruption – das Zuckerbrot – ergänzte. Sie hoffte, die noch nicht zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiter auf diese Weise vor den Karren der Reaktion spannen zu können, die Sozialdemokratie von der Arbeiterklasse zu isolieren und die Partei selbst möglichst zu spalten. Gleichzeitig wollte Otto von Bismarck mit den Sozialreformen, die er als sogenannten Staatssozialismus ausgab, die ökonomische Gegnerschaft zwischen den Demokraten, den Linksliberalen und dem Proletariat verstärken, um eine breite antimilitaristische, demokratische Volksbewegung zu verhindern. Er hoffte, damit jene „Ruhe und Sicherheit" im Innern zu schaffen, die er für die geplante Aufrüstung benötigte. Die nächsten Jahre zeigten, daß sich Bismarck in den Vertretern des Linksliberalismus nicht getäuscht hatte. Sie waren in ihrem Anti-

[49] Dokument Nr. 97.

sozialismus zu jeder Kapitulation bereit. Doch mit seinen Hoffnungen, sich das Proletariat gefügig machen zu können, erlitt er erneut eine völlige Niederlage.

Die in den achtziger Jahren durchgeführten Sozialreformen besserten die Lage der kranken, der unfallgeschädigten und der wegen Invalidität oder Alter aus der Produktion ausgeschiedenen Arbeiter. Durch das Krankenversicherungsgesetz von 1883 wurden alle Arbeiter, ausgenommen die Landarbeiter, gegen Krankheit versichert, wobei zwei Drittel der Versicherungsbeiträge von den Arbeitern selbst und ein Drittel von den Unternehmern zu leisten waren. Das Unfallversicherungsgesetz von 1884, veranlaßt durch eine ungemein schnelle Zunahme der Betriebsunfälle, sicherte dem verunglückten Arbeiter Versicherungsschutz zu Lasten des Unternehmers zu. Die 1889 eingeführte Alters- und Invalidenversicherung bestimmte die Versicherungspflicht für Arbeiter und untere Beamte, wobei die Hälfte der Beiträge von den Arbeitern zu leisten war. Altersversicherung erhielt aber nur, wer 70 Jahre alt war und dreißig Jahre lang Beiträge gezahlt hatte.

Die Resultate der Bismarckschen Sozialgesetzgebung standen in keinem Verhältnis zu dem gewaltigen Theaterdonner, mit dem die herrschenden Klassen die Reformen einleiteten und begleiteten. Die unzureichende Fürsorge für den alten, kranken oder verunglückten Arbeiter sollte über das Elend und die Not des gesunden Arbeiters, ja der gesamten Arbeiterklasse hinwegtäuschen. Dabei war all das, was positiv und zukunftweisend in der Sozialgesetzgebung war, all das, was die soziale Lage des Proletariats verbesserte und seinen Kampf erleichterte, erst von der revolutionären Arbeiterbewegung erzwungen worden. „Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchteten", erklärte Otto von Bismarck offenherzig im Reichstag, „würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren . . ."[50]

Um ihre „staatssozialistischen" Heilsbotschaften schneller verbreiten zu können, gab die Regierung den Arbeitern etwas mehr Bewegungsfreiheit in Wort und Schrift. So wurde es während der sogenannten „milden Praxis" bis 1886 möglich, Arbeiterversammlungen zu wirtschaftlichen Fragen abzuhalten, gewerkschaftliche Organisationen und proletarische Hilfskassen zu gründen und etliche legale Arbeiterzeitun-

[50] Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, VI. Legislaturperiode, I. Session 1884/85, Erster Bd., Berlin 1885, S. 25.

gen herauszugeben. Die sozialdemokratische Partei und ihre Organisationen wurden aber nach wie vor unterdrückt und ihre Mitglieder verfolgt.

Neuen Auftrieb erhielt die Arbeiterbewegung durch einen gewissen Aufschwung der Industrie Anfang der achtziger Jahre. Schon 1880 hatten die Berliner Tischler den ersten größeren Lohnkampf unter dem Ausnahmegesetz geführt. Jetzt entstanden immer mehr Fachvereine und Fachblätter, die vom neuen Erstarken der gewerkschaftlichen Bewegung zeugten. Die zunächst vorwiegend spontanen Aktionen hingen häufig mit der Forderung nach gesetzlichem Arbeiterschutz zusammen. Unter Arbeiterschutz wurden vor allem die Regelung der Arbeitszeit, das Verbot der Sonntags- und Kinderarbeit und Schutzmaßnahmen für die arbeitende Frau verstanden. Die anfangs im wesentlichen ökonomische Bewegung bekam allmählich einen politischen Inhalt. Der reaktionäre Dummenfang mit dem „Staatssozialismus" wurde dadurch wesentlich erschwert.

Die Partei stand vor einer veränderten Situation. Es galt, die im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren jetzt günstigeren Kampfbedingungen auszunutzen, wieder legale Arbeiterorganisationen zu gründen und in ihnen zu wirken. Die Partei mußte die Flugschriftenpropaganda verstärken und öffentliche Arbeiterversammlungen organisieren. Diese neuen legalen Kampfformen setzten aber voraus, daß die illegale Organisation und Tätigkeit weiter gefestigt und neue Formen der Verbindung von legalen und illegalen Kampfmethoden entwickelt wurden. Einerseits durfte sich eine marxistische Partei in keiner Weise zu einer Paktiererpolitik mit den herrschenden Klassen verleiten lassen, andererseits mußte sie aber dafür Sorge tragen, daß die geringfügigen sozialen und politischen Verbesserungen so wirkungsvoll wie möglich für die Arbeiterklasse ausgenutzt und sofort der Stärkung der sozialistischen Bewegung dienstbar gemacht wurden.

So erklärte schon am 24. November 1881 „Der Sozialdemokrat" in seinem Leitartikel „Eine Kaiserliche Botschaft und eine sozialdemokratische Antwort" mit revolutionärer Entschiedenheit: „*Niemals* werden wir um das Linsengericht einer Unfall- und Invalidenversicherung von höchst zweifelhaftem Werte das Recht des Volkes auf Arbeit und Existenz, *niemals* das Recht und die Pflicht des Volkes, seine Forderungen im *Notfalle* mit Gewalt durchzusetzen, preisgeben."[51]

Anders reagierten die Opportunisten, die den Sirenengesängen der

51 Der Sozialdemokrat (Zürich), 24. November 1881.

„Staatssozialisten" nur allzu willig ihr Ohr liehen. Ihr erster Angriff richtete sich gegen den „Sozialdemokrat", der sich immer erfolgreicher zu einem Sprecher der klassenbewußten Arbeiter und zum Verfechter einer konsequenten antimilitaristischen Arbeiterpolitik entwickelte. Um die Jahreswende 1881/1882 versuchte die opportunistische Majorität der Fraktion, den „Sozialdemokrat" als Zentralorgan der Partei zu beseitigen, um eine kleinbürgerlich-reformistische Konzeption in der Partei durchsetzen zu können. Das Zentralorgan antwortete mit einer scharfen prinzipiellen Polemik gegen die Opportunisten. Unterstützt und getragen aber wurde diese Auseinandersetzung durch die leidenschaftliche Parteinahme der Mitglieder. In Chemnitz, Gera, Halle, Hamburg, Kassel, Köln, Leipzig, Potsdam, Weimar und in vielen anderen Städten solidarisierten sich die Mitglieder mit der revolutionären, kampfentschlossenen Haltung ihres Zentralorgans und wandten sich entschieden gegen die Kompromißbereitschaft einzelner opportunistischer Abgeordneter.[52]

Die kampfentschlossene Haltung der überwiegenden Mehrheit der Partei zwang die Opportunisten, den „Sozialdemokrat" erneut als offizielles Zentralorgan der Partei zu bestätigen und in der Folgezeit einstimmig die Bismarckschen Korrumpierungsversuche abzulehnen. Wichtiger aber war noch, daß zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie – und das unter den erschwerenden Bedingungen der Illegalität – eine umfassende politisch-ideologische Auseinandersetzung über den Klassencharakter und die Taktik der Partei stattfand. Sie endete mit einem eindeutigen Sieg der Marxisten. Der Konflikt hatte deutlich gezeigt, daß die Opportunisten keinen wesentlichen Einfluß mehr auf die Mitgliedschaft ausüben konnten, sobald sie offen gegen die revolutionäre Politik und Taktik der Partei auftraten.

Für die weitere Festigung der Partei auf marxistischer Grundlage waren die Züricher Konferenz, die vom 19. bis 21. August 1882 stattfand, und der Kopenhagener Parteikongreß vom 29. März bis 2. April 1883 von großer Bedeutung. Im Mittelpunkt beider Beratungen stand die Taktik der Partei.

In Zürich kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Wortführern der Opportunisten. Vor allem war es August Bebel, der – gestützt auf das eindeutige Ergebnis der soeben abgeschlossenen Parteidiskussion – mit revolutionärer Entschlossenheit gegen jede Art poli-

[52] Dokument Nr. 98.

tischen Kuhhandels mit bürgerlichen Parteien auftrat. Er sprach sich dafür aus, die Opportunisten sofort aus der Partei auszuschließen, falls sie versuchen sollten, die Sozialdemokratie Otto von Bismarck dienstbar zu machen.

Der zweite illegale Kongreß der deutschen Sozialdemokratie hatte die Aufgabe, die Generallinie der Partei in der Phase der sogenannten „milden Praxis" festzulegen.[53] Charakteristisch für den Geist des Kongresses war eine einstimmig gebilligte Resolution, in der es hieß: „*Der Kongreß spricht sich entschieden gegen jederlei Nachgiebigkeit gegenüber den uns verfolgenden herrschenden Klassen sowie gegen jede auf die Nachsicht der Behörden spekulierende Rücksichtnahme aus und fordert ein rücksichtsloses Vorgehen der Partei . . .*"[54] Ebenso einstimmig brandmarkten die 60 Delegierten das betrügerische Manöver der Bismarckschen Sozialreformpolitik. Der Kongreß verpflichtete schließlich jeden Abgeordneten und jeden Wahlkandidaten der Partei, sich der Parteidisziplin unterzuordnen und sich an allen durch Parteibeschluß festgelegten Aktionen tatkräftig zu beteiligen.

Die Beschlüsse des Kopenhagener Kongresses bewiesen, daß die deutsche Sozialdemokratie seit dem Wydener Kongreß große Fortschritte in der organisatorischen und politisch-ideologischen Festigung ihrer Reihen gemacht hatte. Der Kampf der Partei gegen das Ausnahmegesetz nahm einen neuen Aufschwung.

Der Kopenhagener Kongreß der deutschen Sozialdemokratie wurde überschattet von der Trauerkunde, die wenige Tage zuvor die internationale Arbeiterbewegung erreicht hatte: Am 14. März 1883 war in London Karl Marx gestorben.

Marx' letzte Lebensjahre waren von schweren Krankheiten und Schicksalsschlägen erfüllt gewesen. Am meisten litt er darunter, daß seine Frau Jenny von einem unheilbaren Leiden gequält wurde. Am 2. Dezember 1881 starb Jenny Marx, die treue, kluge und tausendfach erprobte Lebens- und Kampfgefährtin von Karl Marx, eine der bedeutendsten Vorkämpferinnen der revolutionären Arbeiterbewegung. Marx war aufs tiefste getroffen, und nur ausgedehnte Reisen nach Frankreich, Algerien und in die Schweiz vermochten seinen Zustand geringfügig zu bessern. Da erreichte ihn Anfang 1883, als er an der englischen Südküste weilte, die Nachricht vom plötzlichen Tod seiner

53 Dokument Nr. 99.

54 Protokoll über den Kongreß der deutschen Sozialdemokratie in Kopenhagen. Abgehalten vom 29. März bis 2. April 1883, Hottingen-Zürich 1883, S. 27.

Lieblingstochter Jenny. Von diesem schweren Schicksalsschlag vermochte er sich nicht mehr zu erholen.

Mit Karl Marx hatte das internationale Proletariat seinen bedeutendsten Führer verloren. In aller Welt trauerten die Arbeiter, als Marx am 17. März 1883 auf dem Highgate-Friedhof an der Seite seiner Frau zur letzten Ruhe gebettet wurde. Vertreten durch Friedrich Engels, den französischen Arbeiterführer Paul Lafargue, die alten Kampfgefährten aus dem Bund der Kommunisten Friedrich Leßner und Georg Lochner, Wilhelm Liebknecht, Carl Schorlemmer und andere, nahm die internationale Arbeiterbewegung Abschied von ihrem großen Führer. Im Namen der deutschen Sozialdemokraten gelobte Wilhelm Liebknecht an Marx' Grabe: „Statt zu trauern, wollen wir im Geiste des großen Toten *handeln,* mit aller Kraft streben, daß möglichst bald *verwirklicht* werde, was er gelehrt und erstrebt hat. So feiern wir am besten sein Gedächtnis.

Toter, lebender Freund! *Wir werden den Weg, den Du uns gezeigt hast, wandeln bis zum Ziel. Das geloben wir an Deinem Grabe!*"[55]

Friedrich Engels berichtete in schlichten Worten über das Leben und das Werk seines Freundes. Er würdigte Marx als den größten Denker seiner Zeit. Marx' geniale Entdeckungen gaben dem Sozialismus und der Arbeiterbewegung eine wissenschaftliche Grundlage. Karl Marx war es, der dem Proletariat das Bewußtsein seiner historischen Rolle gab, der die Arbeiterklasse lehrte, daß sie ihre Mission nur unter der Führung einer revolutionären Partei verwirklichen und den Übergang zum Sozialismus nur mittels der Diktatur des Proletariats vollziehen kann.

Der Wissenschaftler Karl Marx war nie zu trennen von dem Revolutionär Karl Marx. „Mitzuwirken, in dieser oder jener Weise,... an der Befreiung des modernen Proletariats ... – das war sein wirklicher Lebensberuf. Der Kampf war sein Element. Und er hat gekämpft mit einer Leidenschaft, einer Zähigkeit, einem Erfolg wie wenige."[56] Marx war, wie August Bebel später auch an Friedrich Engels rühmte, stets der internationale Vertrauensmann des klassenbewußten Proletariats aller Länder gewesen. Doch besonders fühlte sich Marx zeit seines Lebens der deutschen Arbeiterbewegung verbunden. Ob während des Deutsch-Französischen Krieges, ob in den Tagen der Pariser Kom-

55 Zit. nach: Friedrich Engels: Das Begräbnis von Karl Marx. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 19, S. 339.

56 Ebenda, S. 336.

mune oder während des Sozialistengesetzes – immer half Marx mit Rat und Tat der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Partei, in entscheidenden und komplizierten Fragen des Klassenkampfes eine revolutionäre und darum auch nationale Politik zu verfechten. Von der Verantwortung der Arbeiterklasse für das Geschick ihres Vaterlandes überzeugt, entlarvte er die verhängnisvolle Rolle des preußisch-deutschen Militarismus bei der Entwicklung der deutschen Nation. Zahlreich waren die Verbindungen Marx' zu deutschen Arbeitern und Arbeiterfunktionären. Die bedeutendsten Führer der damaligen deutschen Sozialdemokratie, August Bebel, Wilhelm Bracke, Wilhelm Liebknecht und andere, waren mit Karl Marx freundschaftlich verbunden und wurden durch ihn zu bewährten Arbeiterführern erzogen. Marx' Leben und die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie widerlegen eindeutig die absurden, aber oft wiederholten Versuche imperialistischer Historiker und Politiker – zu denen sich auch rechtssozialdemokratische Publizisten gesellen –, die Bedeutung von Marx für die deutsche Arbeiterbewegung zu schmälern oder gar zu verschweigen und den beherrschenden Einfluß des Marxismus auf die deutsche Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zu leugnen.

Nach dem Tode von Karl Marx ruhte die Verantwortung für die Beratung und Anleitung der internationalen und der deutschen Arbeiterbewegung allein auf Friedrich Engels' Schultern. Mit der Energie eines Jünglings widmete sich der alternde Engels den jetzt doppelten Aufgaben. Er setzte alle seine Kräfte und Erfahrungen ein, der deutschen Sozialdemokratie zu helfen, den wissenschaftlichen Kommunismus in der Arbeiterbewegung durchzusetzen, und sie in ihrem tagtäglichen Kampf gegen die bürgerliche Ideologie zu unterstützen. Das geschah auf die vielfältigste Weise: Einmal stand Engels in regem Briefwechsel mit August Bebel, Wilhelm Liebknecht und den Redakteuren des „Sozialdemokrat" und der „Neuen Zeit", der theoretischen Parteizeitschrift; zum anderen veröffentlichte er neue hervorragende Werke, Aufsätze und Zeitungsartikel oder gab, oft durch ausführliche Vorworte ergänzt, Werke heraus, die er oder Marx schon früher veröffentlicht hatten.

Die Kongreßbeschlüsse von Wyden und Kopenhagen hatten gezeigt, daß die wichtigsten Grundsätze des Marxismus bereits in großen Teilen der Partei verwurzelt waren. Doch durfte das nicht darüber hinwegtäuschen, daß opportunistische Auffassungen in der spezifischen Form des Lassalleanismus und auch des Vulgärsozialismus noch in der

deutschen Sozialdemokratie verbreitet waren. Die lassalleanischen Auffassungen bildeten einen günstigen Nährboden für die Bismarcksche Sozialdemagogie, die Ideologie des preußischen „Staatssozialismus". Lassalleanismus und preußischer „Staatssozialismus" hatten manche Gemeinsamkeiten. Beide erwarteten oder versprachen die Befreiung der Arbeiterklasse durch Sozialreformen des preußischen Staates, beide propagierten das „soziale Königtum" der Hohenzollern, und beide leugneten selbstverständlich die Notwendigkeit des Klassenkampfes und der proletarischen Revolution. Der Kampf um die Verbreitung und Vertiefung des wissenschaftlichen Kommunismus mußte also in ständiger Auseinandersetzung mit lassalleanischen, vulgärsozialistischen und „staatssozialistischen" Auffassungen geführt werden, um die Arbeiter und anderen demokratischen Kräfte aus den Netzen der bürgerlichen oder gar der junkerlich-bürgerlichen Ideologie befreien zu können. Die deutsche Sozialdemokratie, in die Illegalität getrieben, verfolgt und geächtet, nahm diesen Kampf auf. Sie erkannte, daß es in Zeiten des verschärften Klassenkampfes für die Partei wichtiger denn je ist, das sozialistische Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen und die bürgerliche Ideologie zu überwinden.

Ihren Höhepunkt erreichte diese theoretische und ideologische Auseinandersetzung in den Jahren zwischen dem Kopenhagener Parteikongreß 1883 und dem Parteitag von St. Gallen 1887. Im März 1883 erschien Friedrich Engels' Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft". Sie erlebte, obwohl sie in Deutschland illegal verbreitet werden mußte, noch im gleichen Jahr drei Auflagen mit annähernd 10 000 Exemplaren. In den drei aus dem „Anti-Dühring" entnommenen, überarbeiteten Kapiteln erläuterte Engels den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen idealistischer und materialistischer Geschichtsauffassung. Anhand der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wies er nach, daß die politische Machtergreifung des Proletariats die Konsequenz der Geschichte darstellt und die historische Aufgabe der Arbeiterklasse ist.

Friedrich Engels' wichtigste Arbeit dieser Jahre erschien 1884 unter dem Titel „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats". Hauptanliegen dieses Werkes war, die marxistische Staatslehre ausführlich zu begründen und den deutschen Arbeitern damit die Stellung des Proletariats zum preußisch-deutschen Staat bewußt zu machen. Gleichzeitig wollte Engels alle „staatssozialistischen" Illusionen, die von den Opportunisten in der Arbeiterbewegung genährt wur-

den, von Grund auf zerstören. An einer Fülle historischen Materials wies Engels den geschichtlich bedingten, also veränderlichen Charakter aller Formen der Familie, des Eigentums, der Klassen und des Staates nach. Er widerlegte damit die damals wie heute von der Bourgeoisie angepriesene Legende von der „Ewigkeit" des Privateigentums und des bestehenden Staates. Er deckte die auf der Veränderung der Produktionsverhältnisse beruhenden Gesetzmäßigkeiten auf, nach denen sich die Menschheit aus der urkommunistischen, klassenlosen Gesellschaft zu der in Klassen gespaltenen Gesellschaft entwickelt hat, und verband damit den Nachweis von der ebenso gesetzmäßigen Ablösung der bürgerlichen Klassengesellschaft durch die kommunistische Gesellschaft.

Nicht nur Friedrich Engels' Darlegungen der marxistischen Staatstheorie, sondern auch seine Einschätzung des allgemeinen Stimmrechts, die er im Schlußteil seines Buches gab, richteten sich gegen die idealistische Auffassung vom Wesen des Staates, wie sie der Lassalleanismus vertrat. Engels verallgemeinerte hier die international bedeutsamen Erfahrungen der deutschen Arbeiterklasse, die von Wahlerfolg zu Wahlerfolg eilte, weil sie das allgemeine Stimmrecht geschickt ausnutzte. Gleichzeitig bekämpfte Engels aber die von Ferdinand Lassalle herrührenden parlamentarischen Illusionen der Opportunisten, die an das allgemeine Stimmrecht die Hoffnung knüpften, auf diesem Wege zur politischen Herrschaft zu gelangen. Engels schrieb: „Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat . . ."[57] Engels' Lehren darüber, wie sich die revolutionäre Partei des Proletariats in einem kapitalistischen Staat dem allgemeinen Wahlrecht gegenüber zu verhalten hat, blieben für die internationale Arbeiterbewegung bis heute gültig.

Große Bedeutung für die Verbreitung und Aneignung der marxistischen Staats- und Revolutionstheorie hatten auch die Neuauflage des Werkes „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft", die Anfang 1886 erschien, und – ein Jahr später – die der Schrift „Zur Wohnungsfrage".

Angesichts des Propagandafeldzuges der herrschenden Klassen, die mit scheinwissenschaftlichen Argumenten die kapitalistische Ausbeutung zu verschleiern und den „Staatssozialismus" anzupreisen suchten,

57 Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 168.

wurde es immer dringender, in den Köpfen der deutschen Arbeiter über Wesen und Formen der Ausbeutung und über die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft Klarheit zu schaffen. Auch waren noch immer die lassalleanischen Dogmen vom „ehernen Lohngesetz" und von der „gerechten Verteilung des Arbeitsertrages" in Teilen der deutschen Arbeiterklasse wirksam.

Friedrich Engels gab deshalb grundlegende ökonomische Werke von Karl Marx neu heraus. Noch Ende 1883 erschien in dritter, vermehrter Auflage der erste Band des „Kapitals". Im folgenden Jahr bereitete Engels die Aufsätze über „Lohnarbeit und Kapital", die Marx 1849 in der „Neuen Rheinischen Zeitung" publiziert hatte, zu einer neuen Auflage vor und versah sie mit einem kurzen Vorwort. Anfang 1885 erschien, von Engels eingeleitet und erläutert, eine in Deutschland bis dahin fast unbekannte Frühschrift von Marx: „Das Elend der Philosophie". Dieses Werk hatte für die Ausarbeitung des Programms und der Taktik des ökonomischen Kampfes und der gewerkschaftlichen Bewegung des Proletariats große Bedeutung.

Die umfassendste Hilfe in der Auseinandersetzung mit den lassalleanischen und anderen bürgerlichen Irrlehren auf ökonomischem Gebiet aber gab Friedrich Engels der deutschen Sozialdemokratie mit der von ihm vorgenommenen Bearbeitung und Herausgabe des zweiten Bandes von Marx' „Kapital". Mit diesem 1885 erschienenen Werk, an dem Engels selbst großen Anteil hat, öffnete er der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung eine neue Schatzkammer marxistischer Erkenntnisse auf dem Gebiet der politischen Ökonomie.

Die Ausarbeitung der Strategie und Taktik der deutschen Sozialdemokratie unterstützte Friedrich Engels auch durch seine Aufsätze „Marx und die ‚Neue Rheinische Zeitung'" und „Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten", die 1884 und 1885 erschienen, sowie durch die Neuauflage von Marx' Schriften „Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln" und „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte". Engels gab in diesen Arbeiten eine wissenschaftliche Darstellung der revolutionären, vom Marxismus geprägten Anfänge der proletarischen Klassenbewegung in Deutschland. Er polemisierte, wenn auch indirekt, gegen jene opportunistischen Auffassungen, die die politische und ideologische Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung von Ferdinand Lassalle abzuleiten suchten. Sein Nachweis, daß die Geschichte der sozialistischen Bewegung in Deutschland mit dem Bund der Kommunisten und mit dem Kommunistischen Mani-

fest beginnt, war für die Erziehung zahlloser klassenbewußter Arbeiterfunktionäre von großem Wert.

Vor allem aber erläuterte Friedrich Engels in seinen beiden Aufsätzen die Aktualität der von Karl Marx und ihm in der Revolutionszeit entwickelten taktischen Grundsätze. Natürlich müßten, so erklärte er in den achtziger Jahren auch August Bebel und Eduard Bernstein in mehreren Briefen, die taktischen Prinzipien aus der Revolutionszeit auf die spezifischen Bedingungen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts angewendet, nicht übertragen werden. Dabei seien gleichzeitig die historischen Erfahrungen des Kampfes der Arbeiterklasse um einen demokratischen Nationalstaat und die Schlußfolgerungen aus der Pariser Kommune zu berücksichtigen. Gültig bleibe aber der Grundsatz, daß die Revolution kein einmaliger Akt sei und daß das Proletariat in Deutschland nicht im ersten Ansturm die Macht erobern könne, sondern daß sich die Massen erst anhand eigener Erfahrungen von der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution überzeugen müßten. Gerade deshalb müsse aber die deutsche Sozialdemokratie die demokratische Republik erkämpfen, denn sie „dient uns zunächst *zur Eroberung der großen Massen der Arbeiter für den revolutionären Sozialismus* ... Erst dann können wir mit Erfolg drankommen."[58]

Friedrich Engels ging bei seinen Überlegungen über die Etappen einer künftigen Revolution in Deutschland davon aus, daß auch im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts das Kleinbürgertum und selbst Teile der liberalen Bourgeoisie trotz ihrer unentschlossenen und inkonsequenten Haltung noch über gewisse demokratische Potenzen verfügten. Damit wies er die marxistischen deutschen Arbeiterführer erneut auf die Notwendigkeit einer revolutionären Bündnispolitik hin.

Mit besonderem Nachdruck orientierte Friedrich Engels die deutschen Sozialisten darauf, die Landarbeiter für die Partei zu gewinnen und ein enges Bündnis mit den werktätigen Bauern herzustellen. Zur unmittelbaren Unterstützung der Partei schrieb er zwei Arbeiten: „Die Mark", die 1883 erschien, und „Zur Geschichte der preußischen Bauern", die 1886 veröffentlicht wurde. Für die Landagitation verfaßte Engels ein Flugblatt. Anhand überzeugenden historischen Materials lehrte er die Landarbeiter und werktätigen Bauern, daß die Enteignung des Großgrundbesitzes nur ein selbstverständlicher Akt historischer Gerechtigkeit sei, daß aber die Beseitigung der volksfeindlichen preu-

58 Engels an Eduard Bernstein, 27. August 1883. In: Marx/Engels: Ausgewählte Briefe, S. 435.

ßischen Junkerkaste und ihres Militärstaates nur möglich sei, wenn Arbeiter und Bauern gemeinsam kämpften. Den sozialdemokratischen Arbeitern und Parteiführern hingegen erläuterte er, daß auch die Arbeiterklasse ihre historische Mission nur erfüllen kann, wenn sie die Bauern als feste Verbündete gewinnt. So trug Engels mit diesen Schriften dazu bei, die von den Lassalleanern stammende sektiererische Theorie von der „einen reaktionären Masse" zu überwinden und alle demokratischen Kräfte im Kampf gegen den preußisch-deutschen Militärstaat um die Partei zu sammeln. Engels' Hinweise hatten um so mehr Bedeutung, als selbst so hervorragende Parteiführer wie August Bebel irrigerweise das Bündnisproblem ausschließlich unter dem Aspekt der proletarischen Revolution, nicht aber vom Gesichtspunkt des alle demokratischen Kräfte erfordernden Kampfes um die bürgerlich-demokratische Republik und gegen den preußisch-deutschen Militärstaat aus sahen.

Eine Reihe der von Friedrich Engels Mitte der achtziger Jahre geschriebenen Aufsätze und Einleitungen wurden auch im „Sozialdemokrat" veröffentlicht und auf diese Weise Zehntausenden Arbeitern zugänglich gemacht. Von anderen Werken erschienen umfangreiche Auszüge oder Besprechungen in dieser Zeitung. Das Parteiorgan, das seine Auflage Mitte der achtziger Jahre bis auf 12 000 Exemplare steigern konnte, betrieb auf diese Art zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung eine wahre Massenpropaganda für den Marxismus und half damit wirkungsvoll, ihn in der Partei durchzusetzen. „Wo Marx verstanden worden ist", so schrieb „Der Sozialdemokrat" voller Stolz am 10. Juli 1884, „ist es vorbei mit dem Schwindel der Sozialreform, da ist es zu Ende mit der sozialistischen Projektenmacherei, da tritt an deren Stelle der Klassenkampf des Proletariats ... Mag der Regierungs- und Strebersozialismus auch von marxistischen *Dogmen* faseln; seine ohnmächtige Wut beweist uns nur, daß wir auf dem richtigen Wege sind."[59]

Besonders wichtig waren jene Artikel, in denen sich die Redaktion systematisch mit den opportunistischen Thesen des Gothaer Programms – „freier Volksstaat", „Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe", „ehernes Lohngesetz" und „eine reaktionäre Masse" – auseinandersetzte.[60] Diese Artikel erschienen zwischen 1883 und 1886. Das Zentralorgan bereitete mit ihnen die notwendige Ausarbeitung eines

[59] Der Sozialdemokrat (Zürich), 10. Juli 1884.
[60] Dokument Nr. 100.

neuen marxistischen Programms vor, die dann vom St. Gallener Parteitag 1887 auch beschlossen wurde. Häufig brandmarkte „Der Sozialdemokrat" in grundsätzlichen Beiträgen das antidemokratische und volksfeindliche Wesen des preußisch-deutschen Militarismus, seine brutale Unterdrückungspolitik und seinen Chauvinismus.

Seit Mitte der achtziger Jahre wurde „Der Sozialdemokrat" in zunehmendem Maße von der „Neuen Zeit" unterstützt. Es war ein Zeichen ihrer ungebrochenen Kampfkraft, daß die verfolgte Partei Anfang 1883 beginnen konnte, in Stuttgart unter der Redaktion Karl Kautskys diese theoretische Monatszeitschrift herauszugeben.

Karl Kautsky war nach Abschluß seines Studiums in der österreichischen Sozialdemokratie tätig gewesen. In den siebziger Jahren hatte er vorwiegend unter dem Einfluß bürgerlicher Ökonomen, Ferdinand Lassalles und Karl Höchbergs gestanden, bis ihn das Studium von Engels' „Anti-Dühring" zum Marxismus geführt hatte. 1881 lernte er Karl Marx und Friedrich Engels persönlich kennen. Unter Engels' Anleitung wurde er allmählich zu einem führenden Propagandisten und Theoretiker des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung und später, nach Engels' Tod, zu einem der bekanntesten Theoretiker der II. Internationale.

Die „Neue Zeit" entwickelte sich mit Friedrich Engels' Unterstützung neben dem „Sozialdemokrat" und der Verlagsbuchhandlung der Partei in Zürich schnell zu einem wichtigen Stützpunkt der revolutionären marxistischen Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung. Die bedeutendste von Friedrich Engels in der „Neuen Zeit" veröffentlichte Arbeit war seine Untersuchung „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie". In dieser Arbeit, die im April/Mai 1886 erschien, zeichnete Friedrich Engels die Entwicklungsstadien des Materialismus im Laufe seiner Geschichte nach und bewies, daß aus der Verbindung von Materialismus und Dialektik die marxistische Philosophie als eine völlig neue Qualität hervorgegangen ist und eine neue Ära in der Entwicklung des philosophischen Denkens eingeleitet hat. In diesem Zusammenhang wies Friedrich Engels nach, daß die Grundfrage jeder Philosophie die Frage nach dem Verhältnis von Denken und Sein ist und daß sich die Philosophen – je nachdem, wie sie diese Frage beantworten – in Materialisten oder Idealisten scheiden.

Die umfassende theoretische Auseinandersetzung und Klärung in der deutschen Sozialdemokratie trug ihre Früchte. Die Partei machte große Fortschritte bei der Aneignung des wissenschaftlichen Kommu-

nismus. Das befähigte sie, immer neue Bereiche des gesellschaftlichen Lebens politisch und ideologisch zu beeinflussen und dort auch schöpferisch zu wirken. Besonders deutlich zeigte sich das auf dem Gebiet der Literatur.

Die Niederlage der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/1849 hatte die hoffnungsvollen Anfänge der sozialistischen deutschen Literatur jäh unterbrochen. Die Dichter des Proletariats waren fast ausnahmslos ins Exil getrieben worden. Manche von ihnen waren verstummt, andere, wie Ferdinand Freiligrath, hatten sich von der revolutionären Arbeiterbewegung abgewandt, der bedeutendste unter ihnen, Georg Weerth, war 1856 fern von Deutschland gestorben.

Mit dem erneuten Aufschwung der Arbeiterbewegung zu Beginn der sechziger Jahre hatte sich ein neuer Entwicklungsabschnitt der proletarisch-sozialistischen Dichtung angekündigt. Doch erst mit der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Jahre 1869, mit dem Eindringen des Marxismus in die deutsche Arbeiterbewegung und mit der Verlagerung des Schwerpunkts der internationalen Arbeiterbewegung nach Deutschland nahm die deutsche sozialistische Literatur einen sichtbaren Aufschwung, der etwa bis in die Mitte der neunziger Jahre andauerte. War diese Periode allgemeinpolitisch eine Zeit der Sammlung und der Vorbereitung des Proletariats auf die kommende entscheidende Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie, so war sie auch auf literarischem Gebiet eine Zeit der Vorbereitung. Die sozialistischen Künstler sammelten Erfahrungen im ästhetischen Erfassen gesellschaftlicher Prozesse. Nach und nach wandten sich die sozialistischen Schriftsteller von bürgerlichen Strömungen ab und überwanden kleinbürgerlich-demokratische Anschauungen, auch wenn sie die Höhe der proletarischen Literatur von 1848/1849 nicht wieder erreichen konnten. In jeder Phase des wechselvollen Kampfes, besonders in den schweren Jahren des Sozialistengesetzes, standen proletarische Dichter in den vorderen Reihen, ihre Klasse ermutigend, sie aufrufend und stärkend. Die sozialistische Literatur dieser Periode war von nationalem Verantwortungsbewußtsein getragen und richtete ihre Kritik gegen den preußisch-deutschen Militarismus und Antidemokratismus.

Der Aufschwung der sozialistischen Literatur nach 1869 war auch eine Folge der engen Verbindung zwischen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und ihren Schriftstellern. Die meisten sozialistischen Schriftsteller nahmen persönlich am tagtäglichen Klassenkampf des Proletariats teil. Zudem pflegten die führenden marxistischen Kräfte

in der Sozialdemokratie wie August Bebel, Wilhelm Bracke, Wilhelm Liebknecht und andere freundschaftliche Kontakte zu sozialistischen Lyrikern und Schriftstellern und beeinflußten oder förderten deren Schaffen. So schufen sie Ansätze zu einer sozialistischen Kulturpolitik. Stets gingen sie von der aktiven Funktion der Literatur im gesellschaftlichen Leben aus und halfen den sozialistischen Schriftstellern, auf ihre proletarischen Leser zu wirken.

Die sozialistischen Schriftsteller sahen es als ihre wichtigste Aufgabe an, den Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Partei zu unterstützen. Sie wandten sich aber auch an die werktätigen Bauern, die Mittelschichten und die Intelligenz und forderten sie zur Teilnahme am nationalen Kampf gegen den junkerlich-bourgeoisen Militärstaat auf.

Die sozialistischen Lyriker bevorzugten, indem sie an die Traditionen der revolutionären Lyrik von 1848/1849 anknüpften, literarische Genres, deren operative Wirksamkeit bereits erprobt war: das Massenlied und das Agitationsgedicht. Hier wiesen sie, meist von aktuellen Ereignissen ausgehend, nicht allein auf das Ziel, sondern auch auf die Methoden des revolutionären Kampfes hin. So entstanden in den siebziger und achtziger Jahren eine Reihe von Gedichten auf die Pariser Kommune. In den besten von ihnen, so in den Gedichten Max Kegels oder Ernst Klaars, begann man die Kämpfe der Kommunarden nicht als Kampf um eine allgemeine, abstrakte Freiheit, sondern als proletarische Revolution zu erfassen. Dadurch konnten diese Dichter ihren Lesern die Perspektive der historischen Entwicklung und das Endziel des Kampfes der Arbeiterklasse deutlich machen. Schon 1872, zum ersten Jahrestag der Kommune, schrieb Max Kegel folgende Verse, die häufig auch gesungen wurden:

„Und wenn auch alle gemordet,
Die kühn für die Freiheit gekämpft –
Man hat doch die Sehnsucht nach Freiheit
Im Herzen des Volks nicht gedämpft.

In Gefängnissen, auf den Galeeren
Sowie bei der Arbeit tönt fort
Als Losung des Volkes noch immer:
Kommune! das heilige Wort.

Die Losung wird donnernd erschallen
Aufs neue im Kampf für das Recht,

Dann werden die Ketten zerspringen,
Dann werden die Toten gerächt.

Und als Morgenröte der Freiheit
Die Fahne, die rote, wird wehn –
Hoch leb die Pariser Kommune,
Bald möge sie wieder erstehn!"[61]

Neben den Gedichten, die bestimmten Ereignissen gewidmet waren, entstanden hymnische Gedichte weltanschaulichen Charakters, in denen die Befreiung der Arbeiterklasse als entscheidende Phase der Menschheitsgeschichte dargestellt wurde.

Nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes attackierten sozialistische Lyriker in einer Fülle satirischer Sprüche und Gedichte den Klassengegner und seine Machenschaften. Sie vermittelten damit unerschütterliche Zuversicht in den endgültigen Sieg des Proletariats.

Nicht zufällig spielte in der sozialistischen Literatur jener Jahrzehnte die Lyrik eine besondere Rolle. Sie war in der Lage, schnell auf politische Ereignisse zu reagieren, aktuelle Fragen aufzugreifen und rasch zu beantworten. Aus dem gleichen Grunde hatte die Parteipresse für die Entwicklung der sozialistischen Literatur, insbesondere der Lyrik, große Bedeutung. Einerseits war die Presse zu einer Zeit, in der es noch kaum Verlage für proletarische Literatur gab, das wichtigste oder sogar einzige Mittel, die proletarischen Leser zu erreichen. Andererseits war die Entwicklung der Schriftsteller und Lyriker oft durch die Pressearbeit bestimmt und mit ihr verbunden. Fast alle waren – zumindest zeitweise – Herausgeber oder Redakteure von Zeitungen oder Zeitschriften, von Unterhaltungsblättern oder Volkskalendern. Die Presse bot die günstigsten Wirkungsmöglichkeiten für die sozialistischen Dichter; und nicht zufällig finden sich die meisten und besten Gedichte jener Zeit in den Spalten des „Volksstaats", des „Vorwärts", des „Sozialdemokrat", des satirischen Wochenblattes „Der wahre Jakob" oder des Unterhaltungsblattes der Partei „Neue Welt".

Während die sozialistischen Lyriker zumeist unmittelbar aus der Arbeiterklasse stammten, kamen die Vertreter der sozialistischen Epik – so Minna Kautsky, August Otto-Walster oder Robert Schweichel – oft aus dem Kleinbürgertum. Am besten vermochte Robert Schweichel den neuen literarischen Stoff auch künstlerisch überzeugend

61 Max Kegel: Die Pariser Kommune. In: Die Pariser Kommune im deutschen Gedicht. Hrsg. von Bruno Kaiser, Berlin 1958, S. 24.

zu gestalten. In zahlreichen kleinen Prosastücken und Genrebildern, in Erzählungen und Romanen stellte er Probleme aus dem Alltag der Arbeiter und Episoden aus dem Kampf des Proletariats und der werktätigen Bauern dar. Schweichel krönte sein literarisches Werk 1898 mit dem Roman „Um die Freiheit. Geschichtlicher Roman aus dem Deutschen Bauernkrieg". In ihm gab er eine realistische Darstellung von den Kämpfen der bäuerlichen Massen und trug so dazu bei, das Bewußtsein in der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zu wekken, Erbe dieser Kämpfe zu sein.

In den letzten Jahrzehnten des Jahrhunderts erschlossen sozialistische Dichter und Schriftsteller der literarischen Darstellung neue Seiten des Lebens. Das war eine zukunftweisende politische und künstlerische Leistung – ein wesentlicher Beitrag zur deutschen Nationalliteratur.

Die Wirkung der mächtig erstarkenden Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Bewegung auf die deutsche Literatur beschränkte sich aber keineswegs auf die Herausbildung einer proletarischen, sozialistischen Literatur. Sie spiegelte sich auch – freilich sehr unterschiedlich und in indirekten Einflüssen – im Schaffen der hervorragendsten Vertreter der demokratisch-humanistischen Strömung in der Literatur wider: in den Werken Wilhelm Raabes, Theodor Storms, Gottfried Kellers und Theodor Fontanes. Zwar vermochten diese bürgerlich-humanistischen Schriftsteller die historische und nationale Mission der Arbeiterklasse nicht zu erkennen, doch bestärkte sie der kompromißlose Kampf der deutschen Arbeiterbewegung für demokratische Rechte und Freiheiten in ihrer bisweilen bereits auf typische Erscheinungen des preußisch-deutschen Militarismus zielenden Gesellschaftskritik. Eine besondere Entwicklung nahm Theodor Fontane, dessen künstlerischer Reifeprozeß mit einer wachsenden Kritik an eben dem Junkertum verbunden war, dem einst seine Sympathien gehört hatten. Gegen Ende seines Lebens, 1896, erkannte er, daß die „neue, bessere Welt ... erst beim vierten Stande"[62] anfange, und bekannte: „*Das,* was die Arbeiter denken, sprechen, schreiben, hat das Denken, Sprechen und Schreiben der altregierenden Klassen tatsächlich überholt. Alles ist viel echter, wahrer, lebensvoller. Sie, die Arbeiter, packen alles neu an, haben nicht bloß neue Ziele, sondern auch neue *Wege.*"[63]

62 Fontane an James Morris, 22. Februar 1896. In: Theodor Fontane: Werke in Einzelausgaben. Hrsg. von Dr. Christfried Coler, Briefe. Eine Auswahl, Bd. 2, Berlin 1969, S. 480.

63 Ebenda.

In den achtziger Jahren trat eine neue Generation bürgerlicher Schriftsteller in Opposition zu den herrschenden Klassen. Ihr Wirken war – um mit Franz Mehring zu reden – der „Widerschein . . ., den die immer mächtiger auflodernde Arbeiterbewegung in die Kunst"[64] warf. Auf den Plan gerufen wurden diese jungen, meist aus dem Kleinbürgertum stammenden Schriftsteller durch den Widerspruch, den sie zwischen der bürgerlich-wirklichkeitsfremden Kunstwelt und den realen Lebensverhältnissen empfanden.

Die jungen Dichter standen unter dem Einfluß der damaligen Naturwissenschaften und bestimmter soziologischer Erkenntnisse, vor allem der „Milieutheorie". Sie propagierten eine „Revolution" der Kunst in allen ihren Formen und Genres und forderten eine fotografisch getreue, eine naturalistische Wiedergabe der Wirklichkeit. In diesem Streben wurden sie von ähnlichen Strömungen des Auslandes, vor allem von Emile Zola, beeinflußt. Im Gegensatz zum bürgerlichen „Kunstbetrieb" versuchten die Naturalisten, Probleme aus dem Alltagsleben und die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft darzustellen. Daher bezogen sie den Arbeiter und den proletarisierten Kleinbürger in ihren Gestaltungsbereich ein. Allerdings vermochten sie den Arbeiter meist nur als Ausgestoßenen und Entrechteten, als bemitleidenswertes Opfer, nicht als zielbewußt Handelnden und Kämpfenden darzustellen. Nur wenige dieser Dichter drangen zu einer kritisch-realistischen Darstellung des Kapitalismus vor. Am vollkommensten gelang das dem jungen Gerhart Hauptmann. Mit dem Drama „Die Weber" schuf Gerhart Hauptmann 1892 ein der geschichtlichen Wahrheit entsprechendes Bild von den Kämpfen des im Entstehen begriffenen deutschen Proletariats in den vierziger Jahren, und mit der 1893 aufgeführten Komödie „Der Biberpelz" gab er den preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat der Lächerlichkeit preis. Gerhart Hauptmann unterstützte damit objektiv – wie das auch die Naturalisten Richard Dehmel, Karl Henckell und Arno Holz mit einigen Gedichten taten – den Kampf der Arbeiterbewegung.

Wie Franz Mehring, der aufmerksame und helfende Kritiker dieser Literatur, in seinen Analysen schon bemerkte, hing das Schicksal des Naturalismus davon ab, „ob er den höheren Mut und die höhere Wahrheitsliebe finden wird, auch das Entstehende zu schildern, wie es wer-

[64] Franz Mehring: Der heutige Naturalismus. In: Franz Mehring: Gesammelte Schriften, Bd. 11, Berlin 1961, S. 131.

den muß und täglich schon wird"[65]. Das gelang den naturalistischen Dichtern jedoch nur in beschränktem Maße. So schlossen sich die meisten von ihnen mit dem Übergang zum Imperialismus, im Laufe der neunziger Jahre, neu entstehenden Strömungen an, die für die bürgerliche Literatur der imperialistischen Epoche charakteristisch wurden.

Die junge sozialistische Literatur der siebziger und achtziger Jahre trug viel dazu bei, der deutschen Arbeiterklasse ihre historische Mission bewußt zu machen und das Proletariat auf ideologischem Gebiet für den Kampf gegen den antidemokratischen Militärstaat auszurüsten. Das bewies – auf ihre Art – die preußisch-deutsche Polizei, die in der Zeit des Sozialistengesetzes alle Arbeiterliederbücher verbot und nach ihnen fahndete.

Der Kampf der Arbeiterklasse und das Erstarken der revolutionären Arbeiterbewegung wirkten sich auch auf die bildende Kunst aus. Schon in den Revolutionsjahren 1848/1849 hatten die Aktionen des Proletariats das Interesse fortschrittlicher, demokratischer bildender Künstler gefunden. Johann Peter Hasenclever, ein Mitglied der sogenannten Düsseldorfer Malerschule, hatte in seinem Gemälde „Ein Magistrat aus dem Jahre 1848" zum ersten Mal in der deutschen bildenden Kunst revolutionär handelnde Arbeiter gestaltet, die von dem Magistrat einer Stadt die Erfüllung ihrer Forderungen verlangen – nicht als demütige Bittsteller, sondern als bewußte Vertreter einer Klasse, die die Zukunft verkörpert.

Zwar hatte sich diese progressive Entwicklung in der Zeit der Reaktion nicht fortgesetzt, doch mit dem erneuten Aufschwung der Arbeiterbewegung in den sechziger Jahren rückten das Proletariat, sein Kampf und seine soziale Lage erneut in das Blickfeld bedeutender realistischer Künstler. Es waren vornehmlich Künstler aus dem Kleinbürgertum, die der Weltanschauung des Proletariats kaum nahestanden und nur ein begrenztes Verständnis für den Charakter und die historische Mission der Arbeiterklasse besaßen. Aber als realistische Künstler, die dem Leben eng verbunden waren, vermochten sie doch bereits wesentliche Züge des Proletariers ihrer Zeit künstlerisch zu erfassen. Adolph Menzel, der bedeutendste unter den deutschen Realisten des 19. Jahrhunderts, gestaltete in seinem berühmten Gemälde „Das Eisenwalzwerk", das er 1875 vollendete, in vollkommener Weise die schwere, auszehrende und zermürbende Arbeit in einem kapitalistischen Großbetrieb. Aber seine Proletariergestalten verkörpern nicht

[65] Ebenda, S. 133.

Verzweiflung, Pessimismus und Ausweglosigkeit, sondern lassen bereits das humanistische Wesen der Arbeiterklasse erkennen.

Auch der junge Max Liebermann schuf eindringliche Bilder von der inneren Schönheit des arbeitenden Menschen, seiner sittlichen Sauberkeit und menschlichen Größe. Doch fand Liebermann diese humanistischen Züge nicht im revolutionären Proletarier der kapitalistischen Großindustrie – dem stand er fern –, sondern im Landarbeiter oder in jenem Menschen, der im kleinen ländlichen Betrieb, noch nach alter Manufakturart, seine Arbeit verrichtete.

Erst vereinzelt findet sich in der Kunst dieser Zeit die Gestalt des politisch bewußten proletarischen Kämpfers. So malte der kleinbürgerliche Genremaler Ludwig Knaus neben anderen sozialkritischen Werken im Jahre 1877 das Bild „Sozialdemokratischer Agitator", wahrscheinlich die erste Darstellung eines sozialistischen Arbeiters in der deutschen Kunst. Ähnliche Arbeiten schuf ein anderer kleinbürgerlicher Maler – Robert Köhler. Zwar betonten diese Künstler in ihren Gestalten revolutionärer Arbeiter mehr das kleinbürgerlich Revoluzzerhafte, doch zeugen ihre Werke von dem Bestreben, sich mit der neuen gesellschaftlichen Erscheinung des revolutionären Proletariats künstlerisch auseinanderzusetzen.

Noch waren die historischen Bedingungen nicht gegeben, unter denen das Proletariat selbst Persönlichkeiten hervorbringen konnte, die sein Streben auch in der bildenden Kunst bewußt verfochten. Bei all ihren bedeutsamen Leistungen durchbrachen jene Künstler, die sich mit der Gestalt des Proletariats und seinem Wollen befaßten, noch nicht die Schranken demokratischer bürgerlicher Kunst. Zu neuer künstlerischer Qualität erhob sich die progressiv-humanistische bildende Kunst, die sich in den Dienst der Arbeiterklasse stellte, erst in den neunziger Jahren.

Die beginnende, aber bereits vielfältige Widerspiegelung der Arbeiterklasse in der Kunst der siebziger und achtziger Jahre war ein Ausdruck der sich kraftvoll entfaltenden Arbeiterbewegung. Gleichzeitig beflügelte und stärkte diese Kunst – vor allem die sozialistische Lyrik – die sozialdemokratischen Arbeiter in ihrem Kampf gegen das Ausnahmegesetz.

Für den politischen Kampf der Arbeiterklasse in der zweiten Phase des Sozialistengesetzes war besonders charakteristisch die Entwicklung neuer Formen des legalen Kampfes und ihre Verknüpfung mit dem illegalen, nun schon zu Massenaktionen übergehenden Wider-

stand der Arbeiter. Dank der engen Verbindung von Partei und Arbeiterklasse, die sich trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen weiter festigte, und der in den Grundfragen marxistischen Politik der Sozialdemokratie machte die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung alle Korrumpierungsversuche der herrschenden Klassen zunichte. Sie handelte nach der damals unter den Arbeitern weit verbreiteten Losung: „Bismarcks Zuckerbrot verachten wir, seine Peitsche zerbrechen wir."

Ein Beispiel für die Aktivität der Massen war der schnelle Aufschwung der Freien Hilfskassen, in denen die Arbeiter selbständig und unabhängig von der Bevormundung durch Unternehmer und Bürokratie ihre eigenen Angelegenheiten verwalten und die gegenseitige Unterstützung organisieren konnten. Die Entwicklung der Freien Hilfskassen von 60 000 Mitgliedern im Jahre 1880 auf über 730 000 im Jahre 1885 zeugte vom wachsenden Klassenbewußtsein der Arbeiter und von ihrem Solidaritätsgefühl. Im Zusammenhang mit den Freien Hilfskassen entstanden berufliche Fachvereine und andere gewerkschaftliche Organisationen. 1883/1884 schlossen sich in verschiedenen Berufsgruppen die Fachvereine zu zentralen Fachverbänden zusammen. In allen diesen Organisationen wirkten die Sozialdemokraten und verbanden so den illegalen mit dem legalen Kampf. 1885 hatten fast alle Berufsgruppen ihre gewerkschaftlichen Organisationen, die insgesamt über 80 000 Mitglieder umfaßten. Im Sommer des gleichen Jahres erlebte die Streikbewegung einen Höhepunkt im Berliner Maurerstreik, dem bis dahin größten Streik in der Hauptstadt. Er ergriff 12 000 Arbeiter. Auch die Arbeiterinnenbewegung trat Mitte der achtziger Jahre – insbesondere in Berlin, wo der „Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen" gegründet wurde – wieder in Erscheinung, und zwar unter eindeutig sozialistischer Führung.

Wesentliche Hilfe bei der Entstehung und Festigung legaler proletarischer Organisationen leisteten die lokalen Arbeiterzeitungen, die ab 1883/1884 wieder in größerer Zahl von Sozialdemokraten herausgegeben wurden. Infolge ihres legalen Charakters waren diese Blätter allerdings genötigt, in der „Sklavensprache" zu den Arbeitern zu reden. Hinzu kam, daß nicht selten Redakteure, die von kleinbürgerlichen Auffassungen beeinflußt waren, diese Blätter leiteten. Dadurch wurden opportunistische Auffassungen begünstigt. Die meisten dieser Zeitungen spielten jedoch, insbesondere hinsichtlich der Vertretung der sozialen Interessen der Arbeiter, eine positive Rolle.

Daneben nutzte die Partei auch weiterhin die Möglichkeiten, die

sich ihr auf parlamentarischem Gebiet boten. Sie entwickelte neue Formen der Verbindung parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktionen. Als 1885/1886 sozialdemokratische Arbeiterschutzanträge von demselben Reichstag verworfen wurden, der zur gleichen Zeit mit der Erhöhung der Getreide- und Vieh-, der Branntwein-, Holz- und zahlreicher Industriezölle die Volksmassen hemmungslos ausplündern ließ, organisierte die Sozialdemokratie eine umfassende Versammlungs- und Petitionskampagne, die eine halbe Million Arbeiter erfaßte.

In der richtigen Erkenntnis, daß jede Gelegenheit genutzt werden mußte, zu den Massen zu sprechen und sie in den revolutionären Kampf einzubeziehen, beteiligte sich die Partei auch mit Erfolg an mehreren Landtags- und an den Kommunalwahlen. Mit der Wahl von Sozialdemokraten in die parlamentarischen Körperschaften zahlreicher deutscher Städte eroberte sich die Sozialdemokratie ein völlig neues Wirkungsfeld und erschloß damit auch der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung neue Erfahrungen im Kampf um die Gewinnung der Massen.

Alle Erfolge bei der Gewinnung der proletarischen Massen waren nur möglich dank der zielklaren Führung durch die Partei, dank ihrer theoretischen Einsicht in die Gesetze des Klassenkampfes und ihrer marxistischen Politik. Nur in strengster Illegalität konnte man sich den Marxismus aneignen, die ideologischen Auseinandersetzungen um eine revolutionäre Taktik führen und die Parteiorganisation festigen. Ungeachtet aller Verhaftungen und Verurteilungen, ungeachtet der infamen Lockspitzelwirtschaft der Polizei, löste die Partei diese Aufgabe. Zehntausende namenloser Kämpfer bewiesen ihren Opfermut und ihre Überzeugungstreue. Tausende, ja Zehntausende neuer kampfentschlossener Gesinnungsgenossen stärkten ihre Reihen.[66] „Zum ersten Mal in der Geschichte", rühmte Friedrich Engels bereits 1884, „steht eine solid geschlossene Arbeiterpartei als wirkliche politische Macht da, entwickelt und großgewachsen unter den härtesten Verfolgungen, unaufhaltsam einen Posten nach dem andern erobernd..."[67]

In diesen Jahren des Kampfes gegen das Sozialistengesetz erwies

[66] Dokument Nr. 101.

[67] Engels an Karl Kautsky, 8. November 1884. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Briefe an A. Bebel, W. Liebknecht, K. Kautsky und andere, Teil I, 1870–1886, besorgt vom Marx-Engels-Lenin-Institut Moskau unter Redaktion von W. Adoratski, Moskau-Leningrad 1933, S. 371.

sich August Bebel als überragender Führer der deutschen Arbeiterbewegung. Seine unlösbare Verbundenheit mit den Massen und seine Treue zum Marxismus, sein politischer Scharfblick und seine Energie, die alle Schwierigkeiten überwand, ließen ihn – obwohl er formal nicht an der Spitze der Partei stand – zum anerkannten und geliebten Führer der deutschen Arbeiterklasse werden. Er, der als wahrer Volkstribun die proletarisch-revolutionäre Parlamentstaktik meisterhaft beherrschte und sie gegen alle Widerstände in der Reichstagsfraktion stets aufs neue durchzusetzen verstand, widmete sich gleichzeitig mit voller Kraft dem außerparlamentarischen Kampf. Er wurde zum wichtigsten Organisator des illegalen Kampfes der Partei. An seiner Seite stritt als bewährter Arbeiterführer Wilhelm Liebknecht, der „Soldat der Revolution". Unter beider Einfluß entwickelten sich neue, klassenverbundene Funktionäre. Zu ihnen zählte an erster Stelle Paul Singer, der schon Ende der sechziger Jahre konsequent den Weg von der kleinbürgerlichen Demokratie zur Sozialdemokratie gegangen war und sich dann in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes zum anerkannten Führer der Berliner Arbeiterbewegung entwickelt hatte. Seit 1884 im Reichstag und seit 1886 Mitglied der engeren Parteiführung, wurde er – unterstützt von Friedrich Engels und August Bebel – zu einem der fähigsten parlamentarischen Taktiker und Organisatoren der Partei. Bis zu seinem Tode im Jahre 1911 stand er als einer ihrer beiden Vorsitzenden an der Spitze der Partei.

Vom erfolgreichen Ringen der Partei, die Arbeiter über ihre Klasseninteressen aufzuklären und sie gegen ihren Hauptfeind, den preußisch-deutschen Militärstaat, in den Kampf zu führen, zeugte der Wahlsieg vom Herbst 1884.

Bei der Vorbereitung dieser Wahl war der sozialdemokratischen Partei ein Meisterstück illegaler Arbeit geglückt. Die Parteiführung plante die Herausgabe eines zentralen Wahlmanifests. Obwohl durch eine Unvorsichtigkeit die Polizei hiervon erfahren hatte, obwohl Tausende von Spitzeln und Zehntausende von Polizisten auf der Lauer lagen, gelang es, das Wahlmanifest in mehr als einer Million Exemplaren in allen Teilen Deutschlands zu gleicher Zeit zu verteilen. Das war nicht nur ein glänzender Triumph über Bismarcks Polizei- und Spitzelwirtschaft, sondern auch ein bedeutender Fortschritt gegenüber allen früheren Wahlen. Zum ersten Mal seit ihrem Bestehen stellte sich die sozialdemokratische Partei durch ein in allen Wahlkreisen einheitliches programmatisches Manifest der Gesamtheit der Wähler vor.

Am 28. Oktober 1884 bekannten sich 549 990 Wähler, das waren annähernd zehn Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen, zur Politik der revolutionären Arbeiterpartei und erteilten damit den demagogischen Versprechungen der konservativen und der liberalen Sozialreformer eine unmißverständliche Abfuhr. 24 sozialdemokratische Abgeordnete zogen in den neuen Reichstag ein. Besonders glänzende Siege errang die Partei bezeichnenderweise in jenen Bezirken, über die die Polizei den Kleinen Belagerungszustand verhängt hatte.

Nach den Wahlen von 1884 versuchten die Opportunisten, die zeitweilig in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Majorität hatten, erneut, die revolutionäre Politik der Partei durch eine kleinbürgerliche Reformpolitik zu ersetzen. Sie erklärten sich öffentlich bereit, die von der Regierung geforderte Einrichtung einiger regelmäßiger Dampferverbindungen nach Übersee und deren Finanzierung im Reichstag zu unterstützen. Die Dampfersubventionen zu bewilligen hieß aber nichts anderes, als die koloniale Expansion der deutschen Großbourgeoisie zu unterstützen und den bewährten Grundsatz revolutionärer Arbeiterpolitik aufzugeben: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen! „Der Sozialdemokrat" verwarf prinzipiell und ohne Kompromiß jegliche Kolonialpolitik, in welcher Form immer sie auch auftreten mochte. Die opportunistischen Wortführer jedoch forderten vom Zentralorgan, es solle sich der Fraktion unterwerfen. Die Einheit der Partei war aufs äußerste gefährdet. In dieser kritischen Situation bewährte sich erneut August Bebel als revolutionärer Arbeiterführer. Er sammelte die marxistischen Kräfte und organisierte ihren gemeinsamen Widerstand gegen die Opportunisten. Bebel und Friedrich Engels appellierten an die klassenbewußten Mitglieder, und ihr Ruf wurde gehört. Wochenlang brachte „Der Sozialdemokrat" Zuschriften und Resolutionen aus den Reihen der Parteimitglieder, die die Haltung der Rechten scharf verurteilten und dem Zentralorgan das Vertrauen aussprachen. Die einhelligen Proteste der sozialdemokratischen Arbeiter zwangen die Opportunisten zum Rückzug. Sie mußten nicht nur den „Sozialdemokrat" als „Organ der Gesamtpartei"[68] anerkennen, sondern stimmten schließlich auch im Reichstag geschlossen gegen alle Dampfersubventionen.

Wieder hatten die revolutionären Führer, die sich auf die Massen stützten und sie im Geiste des Marxismus erzogen, einen bedeutenden Sieg errungen. Nach dieser Niederlage wagten es die Opportunisten

[68] Der Sozialdemokrat (Zürich), 23. April 1885.

während der Dauer des Ausnahmegesetzes nicht mehr, so offen gegen die Strategie und Taktik der Partei aufzutreten.

Der konsequente revolutionäre Kampf der Sozialdemokratie gegen die antidemokratische Politik des preußisch-deutschen Militärstaates bewirkte, daß demokratische Kräfte aus den kleinbürgerlichen Schichten die Arbeiterpartei in noch größerem Maße unterstützten. Mit ihrem verstärkten Bemühen, die werktätigen Bauern zu gewinnen, bewies die Partei, daß sie in der Praxis das sektiererische Dogma von der „einen reaktionären Masse" Schritt für Schritt überwand. Die Wahlen von 1884 zeigten, daß die Sozialdemokratie in mehreren Agrarbezirken Brandenburgs, Mecklenburgs und Schleswig-Holsteins sichtbar an Boden gewann.

Auch bei der Einbeziehung der Landarbeiter in die proletarische Klassenbewegung machte die Partei Fortschritte. Von grundsätzlicher Bedeutung war, daß sie anläßlich der sächsischen Landtagswahlen Mitte der achtziger Jahre erstmalig die Forderung in ihr Wahlprogramm aufnahm, die Gesindeordnung aufzuheben. Die Partei machte sich damit zum Fürsprecher des entrechteten Landproletariats.

Auch bei der Festigung des Bündnisses mit den von Preußen-Deutschland unterdrückten Nationalitäten errang die deutsche Sozialdemokratie Erfolge Getreu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, verteidigte sie die nationalen Interessen der unterjochten Polen, Elsässer, Lothringer und Dänen und trat gegen den Chauvinismus und gegen die brutale Germanisierungspolitik der herrschenden Klassen auf. Gleichzeitig unterstützte die deutsche Sozialdemokratie das Streben nach organisatorischem Zusammenschluß der sozial und national unterdrückten Arbeiter in den Annexionsgebieten und half besonders den polnischen Klassengenossen bei der Verbreitung des Marxismus.

Mitte der achtziger Jahre mußte selbst der borniertesteSozialistenhasser erkennen, daß auch die Politik der „milden Praxis", des demagogischen „Staatssozialismus", kläglich gescheitert war. Schon die Ergebnisse des Kopenhagener Kongresses hatten bewiesen, daß sich die deutsche Sozialdemokratie durch Reformen von Kaisers Gnaden nicht ködern ließ, und die Reichstagswahl von 1884 zeigte unmißverständlich, daß die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten diese unbestechliche Haltung der Partei unterstützten. Der illegale Kampf und die durch ihn vorbereiteten Massenaktionen der Arbeiterbewegung gegen den

preußisch-deutschen Militärstaat bestätigten, daß die Kampfkraft des Proletariats nicht nur ungebrochen geblieben war, sondern sogar unaufhaltsam erstarkte.

3. Der Aufschwung des antimilitaristischen Kampfes der Arbeiterklasse. Die Gründung der II. Internationale. Der Sieg über das Sozialistengesetz und der Sturz Bismarcks

Am 11. April 1886 leitete die Regierung mit dem Streikerlaß[69] des preußischen Innenministers eine neue Etappe des Sozialistengesetzes ein. Der preußische Innenminister Robert von Puttkamer forderte mit dem Streikerlaß die Polizei zu ungesetzlichem Terror gegen die Arbeiterorganisationen auf: Von Sozialdemokraten geführte Streikbewegungen würden die „Kluft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu einer unüberbrückbaren" erweitern und „den Haß gegen die Gesamtheit unserer politischen und gesellschaftlichen Zustände" anfachen.[70] Der preußische Innenminister ordnete deshalb dagegen „sorgfältigste Überwachung von seiten der Organe der Staatsgewalt" und rigoroses Vorgehen der Polizei an. Streikführer seien auf Grund des Sozialistengesetzes auszuweisen; „im Falle eines durch Arbeitseinstellungen veranlaßten Aufruhrs" sei „sofort bei dem obersten Militärbefehlshaber die Erklärung des *Belagerungszustandes* ... zu beantragen".[71] Die Zeit von 1886 bis 1888 kennzeichnete Franz Mehring als „Todeskrämpfe des Ausnahmegesetzes, worin das von der kräftigen Faust des Proletariats an der Gurgel gepackte Ungetüm noch einmal wild um sich schlug"[72]. Der Streikerlaß war die unmittelbare Reaktion der Regierung auf die großen Streikkämpfe, besonders auf den Berliner Maurerstreik von 1885. Die folgenden Regierungsmaßnahmen offenbarten das völlige Fiasko der Politik der „milden Praxis".

Rücksichtslos wurden Arbeiterversammlungen verboten, gewerk-

69 Dokument Nr. 102.

70 Ignaz Auer: Nach zehn Jahren. Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes, Nürnberg 1913, S. 148.

71 Ebenda.

72 Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Zweiter Teil. In: Franz Mehring: Gesammelte Schriften, Bd. 2, Berlin 1960, S. 631.

schaftliche Fachvereine aufgelöst und namhafte Gewerkschaftsführer aus ihren Heimatorten verwiesen. Allein in Leipzig fielen von 1886 bis 1888 fünfzehn gewerkschaftliche Organisationen dem Polizeiterror zum Opfer.

Alle diese Maßnahmen prallten aber am Klassenbewußtsein und an der Kampfentschlossenheit der Arbeiterklasse ab. Die Gewerkschaften nahmen trotz der Unterdrückungsversuche einen steten Aufschwung. 1888 erfaßten sie etwa 90 000, 1889 bereits über 120 000 Mitglieder. Die Streikbewegungen nahmen an Umfang und an Wirkungskraft zu.

Zugleich verschärften sich die Repressalien gegen die Sozialdemokratie, wobei stärker als bisher die Klassenjustiz als Machtmittel gegen die sozialistische Bewegung eingesetzt wurde. Es begann die Zeit der berüchtigten Geheimbundprozesse, bei denen die Justiz der herrschenden Klassen mit erlogenen Spitzelberichten und unter Mißachtung des geltenden Rechts Anklagen gegen sogenannte Geheimgesellschaften konstruierte. Mit diesen Methoden sollten in jedem Prozeß eine große Zahl Sozialdemokraten – es standen teilweise bis zu 80 Angeklagte vor Gericht –, vor allem aber führende Parteimitglieder zu Kerkerstrafen verurteilt werden. Im ersten und wichtigsten dieser Geheimbundprozesse verurteilte das Freiberger Gericht neun führende Sozialdemokraten, darunter Ignaz Auer und August Bebel, zu je neun beziehungsweise sechs Monaten Gefängnis. Diesem Prozeß folgten 55 weitere Geheimbundprozesse, in denen insgesamt 236 Sozialisten abgeurteilt wurden. Allein in Altona, Berlin und Leipzig wurden Gefängnisstrafen in der Höhe von rund 135 Jahren ausgesprochen.

Der Kleine Belagerungszustand, verbunden mit Ausweisungen aktiver Sozialdemokraten, wurde über weitere Gebiete Deutschlands verhängt: am 20. Mai 1886 über Spremberg, am 16. Dezember 1886 über die Kreise Frankfurt (Main), Hanau, Höchst, am 11. Februar 1887 über Offenbach sowie die Obertaunuskreise und am 14. Februar 1887 über Stettin. Die Verbote der sozialistischen Presse und Literatur häuften sich erneut.

Die neuen Unterdrückungsmaßnahmen verfehlten die beabsichtigte Wirkung. Sie richteten sich nunmehr gegen eine kampfgestählte und geschlossen handelnde Partei, die fest mit der Arbeiterklasse verbunden war und es gelernt hatte, den Kampf gegen den preußisch-deutschen Staat auf die vielfältigste Weise zu organisieren. Die Partei ließ sich daher auch nicht – wie offenbar beabsichtigt war – provozieren.

Ein eindrucksvolles Beispiel für die Findigkeit und den revolutio-

nären Elan der sozialdemokratischen Arbeiter bot sich bei der Ausweisung Paul Singers aus Berlin. Am 3. Juli 1886 mußte der beliebte Berliner Arbeiterführer auf polizeilichen Befehl seine Heimatstadt verlassen. Als er auf dem von der Polizei abgesperrten Schlesischen Bahnhof erschien, durften ihn nur wenige Freunde begleiten. Da plötzlich lief auf dem gegenüberliegenden Bahnsteig ein Stadtbahnzug ein, alle Fenster dicht belagert. Kaum hielt der Zug, brach die Menge in brausende Hochrufe auf Singer, auf die Sozialdemokratie aus. Wenig später lief ein anderer Zug ein – das gleiche Bild. Und nun wiederholte sich diese Demonstration in ständiger Folge – auf dem Schlesischen Bahnhof, solange Singer dort noch wartete, dann unterwegs auf den Bahnhöfen, die sein Zug passierte; überall waren die Bahnsteige und die entgegenkommenden Stadtbahnzüge besetzt mit Arbeitern, die trotz Lohnausfall und drohender Maßregelung herbeigeeilt waren, um ihrem Vertreter Lebewohl zu sagen und den herrschenden Klassen die Ungebrochenheit der sozialistischen Bewegung zu beweisen. Noch hatte die Polizei diese Schlappe nicht verwunden, da bereiteten Berlins Sozialdemokraten ihr am 8. Juli eine neue Niederlage: Am hellichten Tage verbreiteten sie 20 000 Exemplare des Abschiedsgrußes Paul Singers an seine Genossen[73] mit einer so meisterhaften Präzision, daß auch nicht ein einziger Arbeiter von der Polizei verhaftet werden konnte.

Anfang 1888 versuchte die Regierung, ein verschärftes Sozialistengesetz im Reichstag durchzusetzen. Da sich die bisherige Ausweisungspraxis als wirkungslos erwiesen hatte, wollten die staatlichen Behörden mit einer neuen Vorlage, dem sogenannten Expatriierungsgesetz, die Möglichkeiten schaffen, Sozialisten aus dem deutschen Bundesgebiet auszuweisen und ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit abzuerkennen. Dieser Gesetzentwurf war die Bankrotterklärung der bisherigen Unterdrückungspolitik.

Unter dem Eindruck der Anklagereden August Bebels und Paul Singers[74] im Deutschen Reichstag, die mit lückenlosen Beweisen die ganze Korruptions-, Spitzel- und Agentenwirtschaft der politischen Polizei anprangerten, verweigerten selbst die bürgerlichen Parteien im Reichstag diesem schändlichen Entwurf die Zustimmung. Das Sozialistengesetz aber blieb.

Die Rückkehr zu vorwiegend terroristischen Methoden, die sich ge-

73 Dokument Nr. 103.

74 Dokument Nr. 114.

gen die gesamte Arbeiterbewegung richteten, war kennzeichnend für den allgemein reaktionäreren Kurs der herrschenden Klassen nach 1886/1887. In der Innen- und Außenpolitik erhielt der Militarismus eine immer entscheidendere Rolle zugewiesen. Damit wollte Otto Fürst von Bismarck die unaufhaltsam wachsende Krise seiner Diktatur abwenden. Diese Krise hatte innen- und außenpolitische Ursachen. Der erfolglose Kampf gegen die sozialistische Arbeiterbewegung und der mit Sicherheit bevorstehende Thronwechsel, auf den die liberale Bourgeoisie hoffte, zwangen Bismarck, seine Machtstellung zu sichern. Er erwog ernsthaft Pläne eines Staatsstreichs und wollte die wichtigsten bürgerlich-demokratischen Grundrechte der Verfassung, besonders das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht, beseitigen. Zugleich plante er, die Legislaturperioden des Reichstags von drei auf fünf Jahre zu verlängern, um so die kümmerlichen Rechte des Parlaments noch weiter einzuschränken.

Eine festere innenpolitische Stellung brauchte Otto Fürst von Bismarck schon deshalb, weil sich unliebsame Konsequenzen seiner außenpolitischen Konzeption seit Mitte der achtziger Jahre immer deutlicher offenbarten. Die Annexion Elsaß-Lothringens und die aggressiv-militaristische Politik gegenüber Frankreich nach der Reichseinigung hatten Voraussetzungen für die Entwicklung einer breiten Revanchebewegung im französischen Bürgertum geschaffen. Sie erreichte 1886/1887 unter Führung des französischen Kriegsminister Georges-Ernest-Jean-Marie Boulanger ihren vorläufigen Höhepunkt. Gleichzeitig war an den Interessengegensätzen auf dem Balkan 1886/1887 das Dreikaiserbündnis zerbrochen. Wachsende ökonomisch-politische Gegensätze zwischen Deutschland und Rußland förderten eine Annäherung Frankreichs an Rußland. Deutschland drohte ernster denn je ein Zweifrontenkrieg, den Karl Marx bereits 1870 vorausgesagt hatte.

Der Reichskanzler sah diese Gefahr und versuchte, sie mit widersprüchlichen Mitteln zu bannen. 1887 gelang es ihm, mit Rußland den sogenannten Rückversicherungsvertrag zu schließen und damit einer französisch-russischen Allianz ein bescheidenes vertragliches Hindernis entgegenzusetzen. Der Vertrag sicherte die Neutralität Rußlands bei einem Angriff Frankreichs auf Deutschland und gleiches Verhalten Deutschlands bei einem Angriff Österreichs auf Rußland. Andererseits versuchte Bismarck, Frankreich – entsprechend der preußisch-militaristischen Grundlinie seiner Politik – mit verstärkten Rüstungen einzuschüchtern. Die besonders gegenüber Rußland vor-

sichtige, auf realer Einschätzung der Kräfte beruhende Politik Bismarcks wurde aber von einer ultrareaktionären Fronde um General Alfred Graf von Waldersee bekämpft, die einen Präventivkrieg befürwortete.[75] So erwuchs dem Kanzler, der einen Präventivkrieg ablehnte, auch innerhalb der herrschenden Clique eine einflußreiche Opposition, die seine Position schwächte.

Bismarck kam es zunächst darauf an, sich einen gefügigen Reichstag als Gegengewicht zu dem liberalen Tendenzen huldigenden Thronfolger Friedrich Wilhelm zu bilden. Um dieses Ziel zu erreichen, brachte Bismarck Ende 1886 eine Militärvorlage ein, die eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres um rund 41 000 Mann für die Dauer von sieben Jahren vorsah. Die finanziellen Mittel sollten vor allem auf Kosten der Bevölkerung mit indirekten Steuern aufgebracht werden. Im Reichstag gaben die Stimmen der Deutschen Freisinnigen Partei und des Zentrums den Ausschlag; sie bewilligten „jeden Mann und jeden Groschen". Weil sie aber entgegen Bismarcks Verlangen die materiellen Forderungen der Regierung nur für drei Jahre genehmigten, ließ der Kanzler kurzerhand den Reichstag auflösen und Neuwahlen ausschreiben.

Die Deutsch-Konservative Partei, die Deutsche Reichspartei (Freikonservative) und die Nationalliberale Partei schlossen sich zu einem reaktionären Wahlkartell zusammen[76] – einem volksfeindlichen Block, der sich nicht nur gegen die sozialistische Bewegung, sondern gegen alle bürgerlich-demokratischen und liberalen Regungen richtete. Ergänzt wurde diese staatliche Unterdrückungspolitik durch eine zügellose chauvinistische Hetze gegenüber Frankreich. Die herrschenden Klassen bemühten sich, eine Kriegspanik zu entfachen. Sie nutzten die Drohung eines „Überfalls von außen", um Aufrüstung und Militarisierung als notwendig hinzustellen. Kriegspanik und Aufrüstung sollten über die innenpolitischen Schwierigkeiten hinweghelfen.

Nur die Partei der Arbeiterklasse erkannte die Hintergründe und die Gefährlichkeit der Bismarckschen Politik. Sie begriff den Zusammenhang zwischen dem Militarismus und der Unterdrückungspolitik gegenüber der Arbeiterklasse. Schon im April 1886, als im Reichstag die erneute Verlängerung des Sozialistengesetzes beraten wurde, deckte „Der Sozialdemokrat" das Wesen der militaristischen Politik auf: „Ausnahmegesetz, Polizei, Spitzelarmee – und als oberste Instanz

[75] Dokument Nr. 104, Nr. 111, Nr. 112, Nr. 113 u. Nr. 115.
[76] Dokument Nr. 107.

und ultima ratio (letztes Mittel) die heilige Dreieinigkeit: Infanterie, Kavallerie, Artillerie – die Flinte, die schießt, der Säbel, der haut, und die Bombe, die zerschmettert – *das* sind die Waffen."[77]

Im Januar 1887 veröffentlichte die Parteileitung den Aufruf zur Reichstagswahl.[78] Wilhelm Liebknecht und Paul Singer hatten den Wahlaufruf verfaßt; sie stützten sich dabei auf briefliche Hinweise, die August Bebel aus dem Zwickauer Gefängnis gegeben hatte. Im Militarismus sahen die Verfasser des Manifestes die Ursache für das Wettrüsten und damit auch für die Kriegsgefahr in Europa. Wörtlich hieß es: „Mit dem Militarismus, welcher ein notwendiger Auswuchs des herrschenden Staats- und Gesellschaftssystems ist, gibt es für die Sozialdemokratie ebensowenig eine Aussöhnung, wie mit diesem System selbst. Der Militarismus ist unverträglich mit der Freiheit und dem Wohlstand der Völker . . ."[79] Und an anderer Stelle wurde ausdrücklich betont, daß die „kolossalen Kriegsrüstungen der Gegenwart . . . einen unerträglichen Zustand geschaffen haben . . ., bei dem jeder Funke einen Weltbrand verursachen kann"[80].

Dem Programm Bismarcks wurden die Politik und die Forderungen der Sozialdemokratie entgegengesetzt: kompromißloser Kampf gegen den Militarismus unter den Losungen „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!" und „allgemeine Volksbewaffnung" anstelle der militaristischen Armee. Das Volksheer reiche zur Verteidigung des Landes aus; es sei aber „zum Angriff auf andere Nationen nicht zu verwenden und folglich eine Bürgschaft des Friedens"[81]. Demokratie und Militarismus seien unvereinbare Gegensätze, betonte die Partei. Aus ihrem Verantwortungsgefühl gegenüber der Nation forderte sie daher die äußersten Machtbefugnisse für die Volksvertretung.

Das Wahlmanifest gab der Partei eine grundsätzlich richtige Orientierung gegen das militaristische System. Mit der Alternative „Kanzler oder Volksvertretung" wurde der Kampf um die Sicherung demokratischer Rechte in den Mittelpunkt der Klassenauseinandersetzung gestellt. Der Militarismus wurde damit an seiner empfindlichsten Stelle getroffen. Das Wahlmanifest spiegelte den Einfluß der Begrün-

77 Der Sozialdemokrat (Zürich), 15. April 1886.

78 Dokument Nr. 106.

79 August Bebel: Die parlamentarische Tätigkeit des Deutschen Reichstages . . . In: Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag, S. 249.

80 Ebenda, S. 250.

81 Ebenda, S. 249.

der des wissenschaftlichen Kommunismus auf die Partei wider und zeigte die schöpferischen Fähigkeiten der marxistischen Führer und der Partei bei der Entwicklung einer nationalen Politik. Das Manifest war ein demokratisches Grundsatzprogramm der deutschen Sozialdemokratie gegen den preußisch-deutschen Militarismus im 19. Jahrhundert.

Von der im Wahlmanifest entwickelten prinzipiellen Position aus beurteilte die Parteiführung auch die Außenpolitik der herrschenden Klassen in Deutschland, die Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen Innen- und Außenpolitik und vor allem die sich daraus ergebende Frage nach Krieg oder Frieden.

Dieser Problematik widmete Friedrich Engels besondere Aufmerksamkeit. Er wies nach, daß die sozialistische Arbeiterbewegung wie die gesamte Nation für ihre weitere Entwicklung vor allem Frieden brauche. Er analysierte die Rolle des preußisch-deutschen Militarismus in Deutschland und in Europa und folgerte Ende 1886, daß „die Unverträglichkeit der Hohenzollernschen Interessen mit denen Deutschlands jetzt klar und überwältigend zutage tritt. Das deutsche Reich wird in Lebensgefahr gebracht durch seine preußische Grundlage."[82] Friedrich Engels erklärte den Arbeitern Deutschlands und Frankreichs, daß die Streitpunkte zwischen beiden Ländern aus der Politik der herrschenden Klassen geboren seien. Im Interesse der revolutionären Bewegung in Frankreich, Deutschland und auch in Rußland liege es hingegen, für den Frieden einzutreten. Der Sieg der revolutionären Bewegung werde aber die Widersprüche zwischen den Ländern, besonders zwischen Frankreich und Deutschland, beseitigen, denn die „Sozialisten beider Länder sind gleichermaßen an der Erhaltung des Friedens interessiert"[83].

Ende 1887 konkretisierte Friedrich Engels diese Gedanken. Es sei „kein andrer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich, als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit"[84]. Ein solcher Krieg bedeute, schrieb Friedrich Engels, unsägliche Not und massenhaftes Elend für die Völker,

82 Engels an August Bebel, 13. [–14.] September 1886. In: Friedrich Engels: Briefe an Bebel, S. 139.

83 Friedrich Engels: Die politische Lage Europas. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 21, S. 318.

84 Friedrich Engels: Einleitung [zu Sigismund Borkheims Broschüre „Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten. 1806–1807"]. In: Ebenda, S. 350.



Der Streik



Streik der Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, 1889.
Jugendliche greifen eine Militärpatrouille an


Der Sozialdemokrat
Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.
№ 39.
27. September 1890.
Zum Abschied.
Unser Scheidegruß.

Abschiedsnummer des „Sozialdemokrat" vom 27. September 1890

Vertheuert haben die **Lebensmittel** durch Bewilligung der indirekten Steuern: Rentier **Lohren** und seine Freunde.

Abschaffen diese Steuern u. dadurch die **Lebensmittel billiger** machen will unser Kandidat Rechtsanwalt und Stadtverordneter

Arthur Stadthagen.

Wen müßt Ihr also am 1. März wählen um billiger zu haben? den Rechtsanwalt und Stadtverordneten

Arthur Stadthagen

zu Berlin.



Illustriertes Wahlflugblatt der Sozialdemokratie zu einer Stichwahl. 1890



Carl Legien



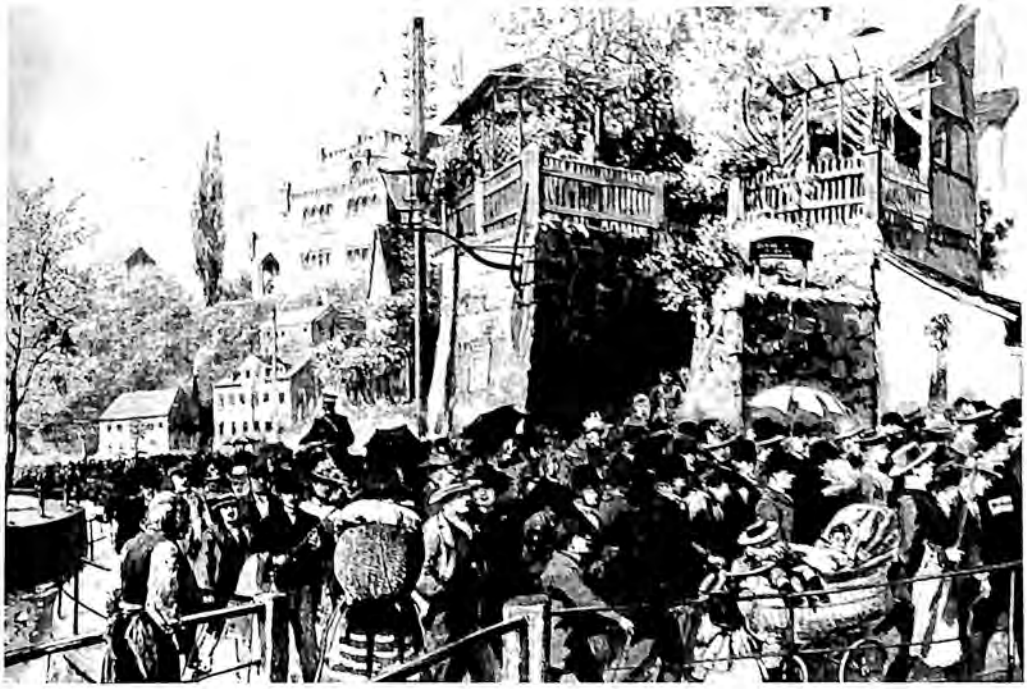
August Bebel und Paul Singer (am Tisch sitzend) im Kreise von Arbeitern



Versammlung sozialdemokratischer Frauen in Berlin, 1891



Anläßlich des Kongresses der II. Internationale in Zürich
treffen deutsche Sozialdemokraten mit Friedrich Engels zusammen, August 1893.
V. l. n. r.: Friedrich Simon, August Bebels Tochter Frieda Simon, Clara Zetkin,
Friedrich Engels, Julie und August Bebel, Ernst Schaffer, Regine und Eduard Bernstein



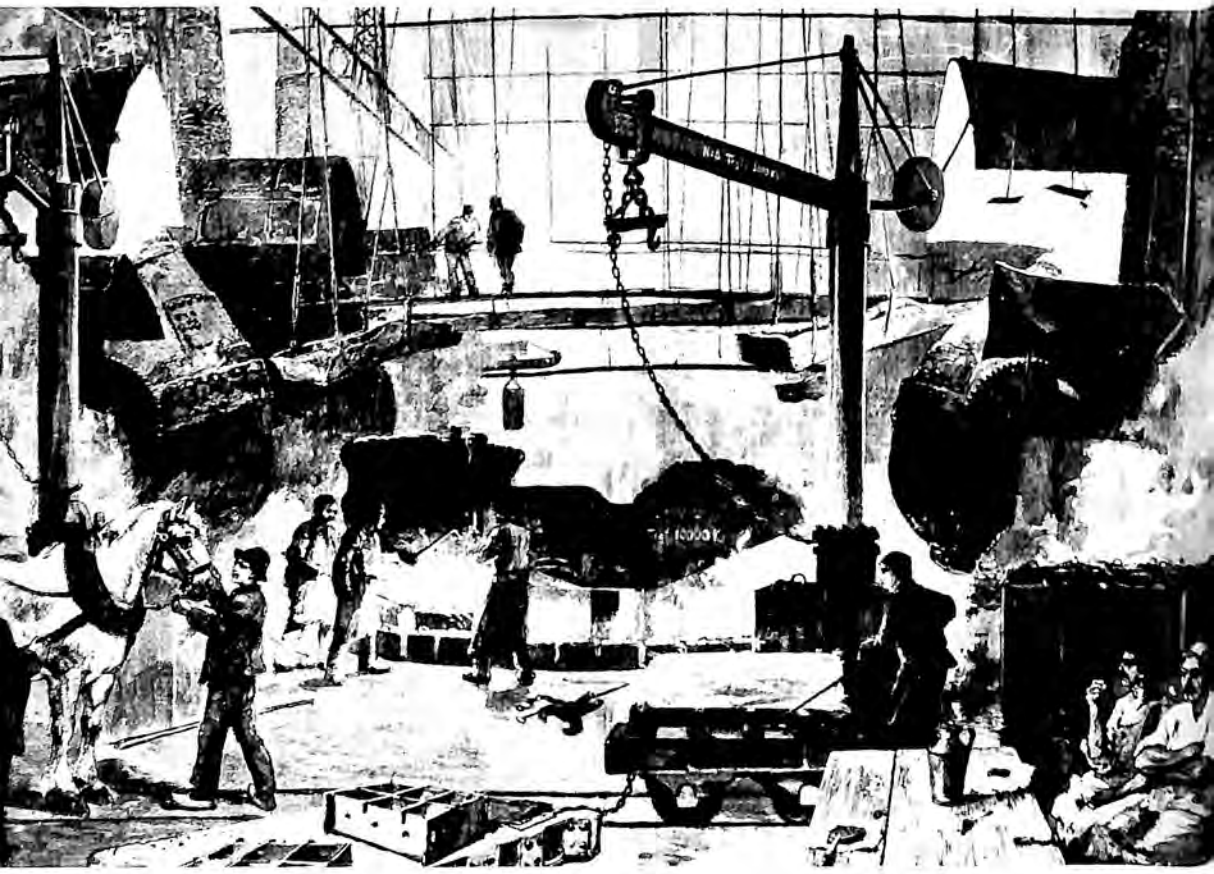
Auszug der Dresdner Arbeiter zur Maifeier nach Loschwitz, 1890



August Bebel spricht auf einer Arbeiterversammlung



Die Krupp-Werke, 1887



Gießerei der Krupp-Werke

fordere das Leben oder die Gesundheit von Millionen Menschen und bliebe nicht ohne Folgen für die Entwicklung der sozialistischen Bewegung. „Soviel ist sicher", erklärte er bereits 1886 August Bebel, „der Krieg würde unsere Bewegung zunächst in ganz Europa zurückdrängen, in vielen Ländern total sprengen, den Chauvinismus und den Nationalhaß schüren und *uns sicher* unter den vielen unsicheren Möglichkeiten nur das bieten, daß nach dem Krieg wir wieder von vorn anzufangen hätten."[85] Gerade aus diesen Gründen könne kein Sozialist, „von welcher Nationalität auch immer", den kriegerischen Triumph irgendeiner Regierung wünschen, faßte Engels diese Gedanken 1892 zusammen. „Und deshalb sind die Sozialisten in allen Ländern für den Frieden."[86] Sollte es aber den herrschenden Klassen gelingen, einen Krieg vom Zaune zu brechen, so müsse die Partei alles tun, die Revolution und den Sieg der Arbeiterklasse „mit allen Mitteln" herbeizuführen.

Diese Gedanken legte Friedrich Engels in vielen Briefen an die Führer der Sozialdemokratie dar und machte sie durch Artikel in den Parteiorganen „Der Sozialdemokrat" und „Die Neue Zeit" den Arbeitern zugänglich.

Die deutsche Sozialdemokratie teilte diese Auffassungen Friedrich Engels'. Als Antwort auf die durch Bismarck entfesselte Kriegspanik und den von ihm 1886/1887 angefachten Chauvinismus betonte die deutsche Sozialdemokratie, daß der Raub Elsaß-Lothringens und das Wettrüsten in Europa eine unvermeidliche Folge des herrschenden Militarismus in den europäischen Großstaaten sei. In voller Übereinstimmung mit Karl Marx und Friedrich Engels sah die Sozialdemokratie den Ausweg aus dieser Situation nur in der Beseitigung des Militarismus und im Zusammenschluß der Arbeiter aller Länder im Kampf um den Frieden. Ein dauerhafter Frieden könne aber nur dann gesichert werden, wenn die Wurzeln des Militarismus, das kapitalistische Gesellschaftssystem, beseitigt seien. In diesem Zusammenhang erklärte August Bebel 1889 vor dem Reichstag: „Die Klassenherrschaft, der Klassengegensatz im Innern steht im innigsten Verhältnis zum Nationalitätengegensatz nach außen, wie er künstlich durch die herrschende Klasse in allen Staaten Europas aufrechterhalten wird.

85 Engels an August Bebel, 13. [–14.] September 1886. In: Friedrich Engels: Briefe an Bebel, S. 140.

86 Friedrich Engels: Der Sozialismus in Deutschland. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 22, S. 256.

Und dieser Nationalitätengegensatz wird erst beseitigt werden, wenn die Herrschaft dieser Klasse, die Herrschaft der Bourgeoisie, in Europa vernichtet wird."[87] Damit grenzte sich die Partei von allen Illusionen des bürgerlichen Pazifismus klar ab. Die Friedenspolitik der Partei beruhte auf den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, die in den gemeinsamen Aktionen der deutschen und französischen Arbeiter 1886/1887 ihren konkreten Ausdruck fanden. So setzte die deutsche Sozialdemokratie mit Hilfe Friedrich Engels' der gegen Frankreich zielenden aggressiven Außenpolitik der herrschenden Klassen eine eigene, nationale, auf die Erhaltung des Friedens gerichtete außenpolitische Konzeption entgegen.

Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen die Ende 1886/Anfang 1887 inszenierte Kriegspanik bildete den Höhepunkt des antimilitaristischen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse in der Zeit des Sozialistengesetzes. Mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln trat die Sozialdemokratie gegen die nach innen wie nach außen aggressive und antidemokratische Politik des preußisch-deutschen Militarismus auf.

Im Januar und Februar 1887 fanden zahlreiche Versammlungen in den Städten Altona, Berlin, Erfurt, Frankfurt (Main), Halle, Leipzig und Lübeck, aber auch in kleineren Städten wie Eilenburg, Ludwigshafen, Suhl und in den ländlichen Gebieten der Umgebung Berlins, in Oberschlesien, Sachsen und im Rheinland statt, in denen die sozialdemokratischen Agitatoren nachwiesen, daß der Militarismus unvereinbar mit der Freiheit und dem Wohlstand der Völker sei. Indem die Sozialdemokratie die demokratischen Rechte in den Mittelpunkt des Kampfes rückte, traf sie das militaristische System.

Die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstag, die die Militärvorlage als antidemokratischen Anschlag gegen das deutsche Volk prinzipiell zurückwiesen, riefen gleichzeitig gegen die provokatorische Kriegspolitik auf und bekannten sich zur Solidarität zwischen den Arbeitern Deutschlands und Frankreichs: „Hüben und drüben: Das Volk will Frieden, das Volk will keine Aufrüstung, das Volk will Abrüstung, jenseits der Vogesen und diesseits der Vogesen. Darin sind die Arbeiter aller Länder einig."[88] Im Namen der Sozialdemokratie

87 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, VII. Legislaturperiode, IV. Session 1888/1889, Bd. 2, Berlin 1889, S. 935.

88 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, VI. Legislaturperiode, IV. Session 1886/1887, Bd. 1, Berlin 1887, S. 362.

hatte Karl Grillenberger bereits während der ersten Lesung der Militärvorlage am 4. Dezember 1886 im Reichstag gefordert, „den Weg der allgemeinen Abrüstung einzuschlagen"[89], und die französischen Sozialisten waren diesem Beispiel bald gefolgt.

In mehreren Aufsätzen appellierte „Der Sozialdemokrat" an die deutschen und französischen Arbeiter, gemeinsam gegen die Verhetzung der beiden Völker aufzutreten[90] und „die Regierenden durch das Gewicht ihrer Stimmen, durch ihre Masse (zu) *zwingen*, den Frieden zwischen den beiden Nationen aufrechtzuerhalten"[91]. „Der Sozialdemokrat" informierte über die Arbeiterversammlungen in Frankreich, in denen sich die französischen Arbeiter zur brüderlichen Solidarität mit den deutschen Arbeitern bekannten, und forderte die deutschen Arbeiter – die 1887 unter ungleich schwierigeren Bedingungen kämpfen mußten – auf, „den Völkern draußen" zu zeigen, „daß die intelligentesten, aktionsfähigsten Elemente des deutschen Volkes *nicht* durch Dick und Dünn mit der Regierung gehen".[92]

Trotz des Wahlterrors, der sich bis zur offenen Hetze gegen die Arbeiterpartei steigerte, errang die deutsche Sozialdemokratie einen großen Erfolg. Über 763 000 Wähler, also eine Viertelmillion mehr als 1884, bekannten sich zu den von der Partei vertretenen antimilitaristischen Grundsätzen. Damit stimmten 10,1 Prozent aller Wähler für die Sozialdemokratie. Dennoch sank – infolge der von den Kartellparteien befolgten Stichwahltaktik und der reaktionären Wahlkreiseinteilung – die Zahl der Mandate gegenüber den letzten Wahlen von 24 auf 11. Doch wurde der Verlust an Reichstagsmandaten reichlich aufgewogen durch die großen Stimmengewinne in Industriezentren Deutschlands.

Die bürgerlichen Oppositionsparteien, vor allem die Deutsche Freisinnige Partei, die Otto Fürst von Bismarck durch die Wahlen zertrümmern wollte, versagten bei diesen Wahlen erneut. Nachgiebigkeit in den Verhandlungen um die Militärvorlage und hochgespielter Antisozialismus schwächten die linksliberalen Regierungsgegner.

Die Sozialdemokratie hatte dazu aufgerufen, mit „Rücksicht auf die Interessen unserer Partei und auf die freiheitliche Entwicklung unseres

89 Ebenda, S. 96.

90 Dokument Nr. 105 u. Nr. 108.

91 Der Sozialdemokrat (Zürich), 10. Dezember 1886.

92 Ebenda, 29. Januar 1887.

Vaterlandes"[93] in den Stichwahlen für die Kandidaten der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Opposition zu stimmen, sofern diese sich für die Erhaltung des allgemeinen Wahlrechts und gegen Ausnahmegesetze erklärten.

In den Stichwahlen ließ sich die Deutsche Freisinnige Partei zwar eine Reihe ihrer Kandidaten von Arbeiterstimmen retten, so unter anderem den berühmten Mediziner Prof. Rudolf Virchow in Berlin, verriet aber die Interessen des Volkes, als sie gleichzeitig in vielen Wahlkreisen für die „Kartellbrüder" und gegen die Sozialdemokraten stimmte und damit Bismarck und dem Kartell weitere Mandate in die Hände spielte.

Auf diese Weise kam jener Kartellreichstag zustande, der bis zu den Wahlen von 1890 existierte und der einen besonders reaktionären Charakter hatte. Alle Forderungen des Militarismus wurden erfüllt. 1888 nahm der Reichstag ein Gesetz über die Verlängerung der Wehrpflicht an, das die Kriegsstärke des Heeres bedeutend vergrößerte und einen weiteren Abschnitt der Aufrüstung in Deutschland kennzeichnete. Der Kartellreichstag erhöhte die Steuern zu Lasten des Volkes und verlängerte die Legislaturperiode des Reichstags von drei auf fünf Jahre.

Nach diesen Kämpfen bereitete die Partei ihren dritten Parteitag unter dem Sozialistengesetz vor. 79 Delegierte traten vom 2. bis 6. Oktober 1887 bei St. Gallen in der Schweiz zusammen. Sie berieten die Politik und Taktik der Partei seit dem Kopenhagener Kongreß und legten die künftigen Aufgaben fest. Ausführlich nahmen die Delegierten zur Tätigkeit der Parlamentsfraktion Stellung. Besonders August Bebel mit seinem politischen Weitblick bestimmte den Inhalt der Verhandlungen. Auf der Grundlage von zwei Jahrzehnten Parlamentserfahrung faßte er in einer großen Rede die Prinzipien der revolutionären Parlamentstaktik der Sozialdemokratie zusammen.[94]

Mit dem Begriff Parlamentstaktik bezeichnete die Partei ein Teilgebiet ihrer sozialistischen Politik. Die Parlamentstaktik umfaßte wiederum zwei verschiedene, miteinander verbundene, aber doch in ihrer Bedeutung unterschiedliche Bereiche der politischen Arbeit.

Zunächst handelte es sich um die mit dem Parlamentarismus verknüpfte Vorbereitung und Durchführung der Wahlen. Der Wahlkampf

93 August Bebel: Die parlamentarische Tätigkeit des Deutschen Reichstages ... In: Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag, S. 266.

94 Dokument Nr. 109.

bot die Möglichkeit, große politische Aktionen durchzuführen, und schuf günstige Anknüpfungspunkte für Agitation und Propaganda. Die Sozialdemokraten bereiteten die Wahlen sowohl durch legale Veranstaltungen als auch durch illegale Tätigkeit wie Zusammenkünfte der Arbeiter, Flugblattaktionen usw. vor. Selbst in Wahlversammlungen bürgerlicher Parteien traten Sozialdemokraten auf und verfochten die Ziele ihrer Partei. Bei den Wahlen ging es der Partei nicht in erster Linie darum, eine große Zahl von Mandaten zu erringen. Es kam vor allem darauf an, viele Menschen über die Ziele der Partei aufzuklären. Daher wurden auch in den Wahlkreisen, in denen keine Siegesaussichten bestanden, sogenannte Zählkandidaten aufgestellt. Die erreichten Stimmen gaben der Partei dann einen Maßstab für die Wirkung ihrer Arbeit. Sie zeigten zugleich, wo die Arbeit verstärkt werden mußte. Der Wahlkampf wirkte auch erzieherisch auf die Parteimitglieder. Gerade die Verbindung von legalen und illegalen Kampfmethoden war eine gute Schule für Opferfreudigkeit, Solidarität, Mut und Einfallsreichtum. Gleichzeitig lernten die sozialdemokratischen Arbeiter, sich mit den Politikern der herrschenden Klassen in Rede und Gegenrede auseinanderzusetzen. Die besten Agitatoren, Parlamentarier und Propagandisten des Marxismus wie August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Paul Singer waren durch diese Schule gegangen.

In den Wahlkämpfen knüpfte die Partei an die unmittelbaren Fragen der Politik an. Sie ging aber darüber hinaus, entwickelte jeweils eine Alternative zur Politik der herrschenden Klassen und verband das – und hier lag der Hauptzweck der Agitation und Propaganda im Wahlkampf – mit einer wirksamen Aufklärung über das System der Ausbeutung und des Militarismus, den Charakter des Staates und schließlich über die sozialistischen Ziele der Partei.

Die revolutionäre Parlamentspolitik beinhaltete zugleich die Tätigkeit der Sozialdemokraten in den Parlamenten. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sprachen zu allen wichtigen Fragen der Politik und Gesetzgebung. Ihre Tätigkeit hatte propagandistischen Charakter, denn die Reden konnten in der Öffentlichkeit ungekürzt verbreitet werden. In der legislatorischen Arbeit galt für die Sozialdemokraten das berühmte Prinzip: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Es bezog sich auf alle Gesetze, die den reaktionären Staat, den Militarismus und die Kapitalisten und Junker stärken sollten. Die Partei entwickelte aber auch selbst Gesetzesvorschläge. Bei dieser Arbeit konzentrierte sie sich vor allem auf Maßnahmen, die innerhalb der

bürgerlichen Ordnung zu verwirklichen waren, wie Arbeiterschutzgesetze, die Verbesserung der Justiz und des Wahlrechts. In der Mehrzahl sind diese Gesetzentwürfe und Anträge vom Reichstag abgelehnt worden. Aber das bot wiederum der Partei die Möglichkeit, den reaktionären Charakter des Staates und seiner Einrichtungen in Versammlungen, in der Presse und durch Flugblätter zu entlarven.

Die Arbeit der sozialdemokratischen Abgeordneten war nicht von der allgemeinen Politik der Partei isoliert. Es wurde zu einem sozialistischen Prinzip, daß bei entscheidenden politischen Fragen die Reden und Vorschläge im Parlament mit außerparlamentarischen Aktionen verbunden wurden. Die Partei kämpfte also an verschiedenen Fronten zugleich, wobei die Massenaktion, das aktive Eingreifen der Arbeiterklasse und anderer Schichten des Volkes in die Politik, immer im Vordergrund stand.

So griff die mit den Wahlen und der parlamentarischen Tätigkeit verbundene Politik der Partei vielfältig in andere Arbeitsgebiete der Sozialdemokratie ein.

Die revolutionäre Parlamentstaktik der Sozialdemokratie entwikkelte sich entsprechend den Kampfbedingungen immer weiter. Neue Elemente kamen hinzu, so die Politik in den Ländern und Gemeinden. Die Grundsätze aber blieben bestehen. Mit diesen Prinzipien, die auf den Erfahrungen eines jahrelangen Klassenkampfes beruhten, erweiterte die deutsche Sozialdemokratie das politische Arsenal der internationalen Arbeiterbewegung. Von dieser Taktik sagte Lenin, daß sie den Gegnern keinen Fußbreit Boden abtrete, keine, auch „nicht die geringste Möglichkeit" auslasse, um selbst eine noch so „geringfügige Verbesserung für die Arbeiter durchzusetzen", und daß sie gleichzeitig prinzipiell unversöhnlich und „stets auf die Verwirklichung des Endziels gerichtet" sei.[95]

In seiner Rede auf dem St. Gallener Parteitag distanzierte sich August Bebel klar von jeder Überschätzung der Parlamentstätigkeit. Vor allem wandte er sich gegen den Opportunismus einiger sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, die meinten, der Kapitalismus könne allein mit Hilfe des Parlaments friedlich in den Sozialismus hineinwachsen. Wer freilich glaube, so führte August Bebel aus, „auf dem heutigen, parlamentarisch-konstitutionellen Wege die letzten Ziele des Sozialismus" zu erreichen, „kenne entweder dieselben nicht,

95 W. I. Lenin: August Bebel. In: Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 288.

oder aber er sei ein Betrüger".[96] Der Parteitag bestätigte in der Resolution zur Parlamentstaktik ausdrücklich den prinzipiellen Standpunkt August Bebels und verurteilte einmütig einige sozialdemokratische Abgeordnete, die eine opportunistische Politik vertraten. Den ehemaligen Abgeordneten Bruno Geiser und Louis Viereck wurde das Recht aberkannt, Vertrauensstellungen in der Partei zu bekleiden. Damit drängte der Parteitag die opportunistischen Kräfte weiter zurück. Gleichzeitig verurteilte die Partei eindringlich alle anarchistischen Bestrebungen.

Der Parteitag beschloß weiter, ein neues Programm auszuarbeiten.[97] In die Programmkommission wurden Ignaz Auer, August Bebel und Wilhelm Liebknecht – drei ehemalige Eisenacher – gewählt. Die revolutionäre Partei brauchte ein marxistisches Programm. In einem besonderen Antrag verlangte Hermann Schlüter, die alte Lassallesche Forderung nach Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe aufzugeben und statt dessen die Expropriation des Grund und Bodens und der Produktionsmittel zu fordern.

Der St. Gallener Parteitag zeigte, daß sich der Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung immer entschiedener durchsetzte. Das war das Ergebnis der tausendfachen Erfahrungen aus dem praktisch-politischen Klassenkampf und aus den ideologischen Auseinandersetzungen mit dem Opportunismus in den vorangegangenen Jahren und zugleich des jahrelangen Ringens von Karl Marx und Friedrich Engels um die theoretische und politische Weiterentwicklung der Partei.

Der Siegeslauf der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen das Ausnahmegesetz war nach dem St. Gallener Kongreß nicht mehr aufzuhalten. Der revolutionäre Kampfgeist des Parteitages übertrug sich auf die Massen der Parteimitglieder. Weder die verstärkten Ausweisungen und die zahlreichen Geheimbundprozesse noch die schmutzige Lockspitzelwirtschaft und die Vertreibung des „Sozialdemokrat" auf Bismarcks Veranlassung im Frühjahr 1888 – die Redaktion übersiedelte nach London – vermochten die Kampfentschlossenheit der Arbeiter zu brechen. Davon zeugte eine Fülle machtvoller Demonstrationen: Am 6. Juli 1887 nahmen 30 000 Einwohner Königsbergs am Begräbnis des sozialdemokratischen Reichstagskandidaten August Go-

96 Bericht über die Verhandlungen des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie. Abgehalten zu Schönenwegen bei St. Gallen vom 2. bis 6. Oktober 1887, St. Gallen 1887, S. 18.

97 Dokument Nr. 110.

dau teil. Am Silvesterabend 1887 verteilten die Berliner Sozialisten in einem gut vorbereiteten Einsatz 80 000 Flugblätter in der Stadt, ohne daß ein Mitglied der Partei von der Polizei gefaßt werden konnte.

Ein Höhepunkt des Kampfes gegen die Terrorpolitik der Regierung sollte der Tag werden, an dem sich zum zehnten Male das Inkrafttreten des Sozialistengesetzes jährte. Bereits im August 1887 schrieb „Der Sozialdemokrat": „Im Herbst des nächsten Jahres – 1888 – sind es zehn Jahre, daß das Sozialistengesetz seine ‚erzieherischen Wirkungen' ausübt. Da diese Wirkungen für die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von wahrhaft epochemachender Bedeutung sind und den geistigen und sittlichen Bankrott der Feinde des Proletariats in die glänzendste Beleuchtung stellen, so ist der Gedanke aufgetaucht, den zehnten Geburtstag des Sozialistengesetzes in zweckentsprechender und würdiger Weise zu begehen."[98] Speziell war dabei an eine Denkschrift gedacht, deren Inhalt den Kampf unter dem Sozialistengesetz verdeutlichen und „dem gegenwärtigen und zukünftigen Geschlecht die ganze Niedertracht des herrschenden Systems"[99] zeigen sollte. Der erste Teil dieser Schrift – verfaßt von Ignaz Auer – erschien dann auch unter dem Titel „Nach zehn Jahren. Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes" – allerdings erst 1889. Die sozialdemokratischen Arbeiter in Deutschland bereiteten den Jahrestag ebenfalls vor. Während im Oktober 1888 in vielen Städten, so in Düsseldorf, Leipzig oder München, sogenannte Hochverratsprozesse vorbereitet und durchgeführt wurden, die Terrorjustiz auf vollen Touren lief, sammelten sich kleine oder größere Gruppen von Sozialdemokraten und setzten Zeichen, die die Existenz und Siegeszuversicht der Sozialisten zum Ausdruck brachten. Sie verteilten Flugblätter und brachten vor allen Dingen in Städten wie Augsburg, Berlin, Brandenburg, Chemnitz, Dresden, Elberfeld, Hannover, Magdeburg und vielen anderen Orten an öffentlichen Gebäuden, Schornsteinen, Brücken rote Fahnen an. Aus Plauen im Vogtland wurde berichtet, daß die Polizei an vielen Stellen Wachen aufgestellt hatte. Aber: „Am 21. Oktober flatterte auf dem Kemler Aussichtsturm eine große rote Fahne mit der Inschrift ‚Zur Erinnerung an das Schandgesetz 21/10 1878. Hoch lebe die Sozialdemokratie!'"[100] Die Sozialisten anderer Länder bekräftigten ihre Solidarität mit den kämpfenden Arbeitern in Deutschland.

98 Der Sozialdemokrat (Zürich), 19. August 1887.

99 Ebenda.

100 Ebenda, 12. Januar 1889.

So fanden Versammlungen am 27. Oktober in Dänemark und am 11. November im schweizerischen Basel statt.

Politische Klarheit und Kampfentschlossenheit der Sozialdemokraten standen in einem engen Wechselverhältnis zur Aktivität der breiten Massen. Das Klassenbewußtsein und die Kampfbereitschaft der Arbeiter zeigten sich in diesen Jahren in einer weiteren Ausdehnung der ökonomischen Kämpfe. Im Frühjahr 1888 streikten die Schuhmacher in Berlin, einige hundert Metallarbeiter in Braunschweig, etwa 1000 Weber in Bremen, die Arbeiter auf der Howaldt-Werft bei Kiel, die Steinmetzen in Leipzig und gegen 500 Weber in Neumünster. Allein in Hamburg fanden 1888 mindestens 21 Streikkämpfe statt, unter anderen ein dreiwöchiger Streik von 2000 Schauerleuten, ein über drei Monate währender Ausstand von 1400 Tischlern und ein vierwöchiger Kampf von 2000 Schlossern. 1888 begann die bis 1890 währende Lohnbewegung der Former, 1888 streikten die Maurer in mindestens 16, 1889 in 52 Orten. Wie bei den Maurern dehnten sich auch in anderen Berufsgruppen die lokalen Kampfaktionen aus und erstreckten sich über ganz Deutschland. Seinen Höhepunkt erreichte der Massenkampf des deutschen Proletariats gegen die antinationale Politik der Junker und der Großbourgeoisie mit dem gesamtdeutschen Streik von 150 000 Steinkohlenbergarbeitern im Mai 1889.

Den Kern dieses bis dahin größten und bedeutendsten Streiks in der deutschen Geschichte bildete der große Ruhrbergarbeiterstreik. Fast 100 000 Bergarbeiter des Ruhrgebiets kämpften um Lohnerhöhung, um den Achtstundentag, um die Beseitigung der Überstundenschichten und für die Zulassung von Arbeiterausschüssen. Mit elementarer Gewalt entlud sich der Haß der Streikenden auf das mit der staatlichen Diktaturgewalt Bismarcks eng verbundene deutsche Großkapital. In einer Kette von Streikaktionen kämpften die Bergarbeiter um ihr Recht auf ein menschenwürdiges Dasein.

Im Ruhrgebiet hatte die deutsche Sozialdemokratie bis zu diesem Zeitpunkt keinen größeren Einfluß auf die Bergarbeiter erlangen können. Das änderte sich nun rasch. Wenn auch die Streikbewegung im Ruhrgebiet zunächst spontan entstand, gewannen doch schnell Sozialdemokraten Einfluß und stellten sich hier und da sogar an die Spitze der Bewegung. „Der Sozialdemokrat" berichtete regelmäßig über die gewaltige Streikbewegung[101] und faßte die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu den kämpfenden Ruhrbergarbeitern mit den Wor-

[101] Dokument Nr. 117.

ten zusammen: „Die Sozialdemokratie ist der getreue Eckardt der Arbeiterklasse ... Sie kennt keine andern Interessen als die der Arbeiter."[102]

Die herrschenden Klassen versuchten den Ruhrbergarbeiterstreik mit Demagogie und Gewalt abzuwürgen. Brutal setzten sie in größerem Umfang Militär gegen die Streikenden ein. 7 Tote und mehrere Verwundete waren die Folge dieser Gewaltpolitik. Als am 14. Mai 1889 eine dreiköpfige Delegation der Ruhrbergarbeiter – noch befangen in Illusionen über den junkerlich-bürgerlichen Klassenstaat – dem Kaiser ihre berechtigten Forderungen vortragen wollte, erklärte dieser kaltschnäuzig und brutal, er werde, falls sich ein Zusammenhang zwischen der Sozialdemokratie und den Streikenden herausstellen sollte, „alles über den Haufen schießen lassen", was sich ihm widersetze. Für ihn sei „jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind".[103]

Doch all das vermochte nicht, die Widerstandskraft der Kämpfenden zu brechen. Auch innerhalb der herrschenden Klassen verstärkten sich die Differenzen. Eine Richtung, die sich um den Kaiser gruppierte, wollte mit dem alten, nun aber modifizierten Mittel von Zuckerbrot und Peitsche die Arbeiterklasse in die Knie zwingen. Ihre Taktik bestand darin: Versprechungen und geringfügige Konzessionen gegenüber den verhandlungsbereiten Bergarbeitern, die das demagogische Spiel nicht durchschauten; Militär und Polizei aber gegen die Sozialdemokratie und die klassenbewußten Bergarbeiter. Die andere Richtung, der vor allem die Zechenherrn angehörten, war zu keinerlei Konzession bereit und wollte den Kampf gegen die Bergarbeiter bis zum Ende ausfechten. Das lag auch in der Absicht Bismarcks, der im Unterschied zum Kaiser eine möglichst große Zuspitzung des Streiks herbeiführen wollte, um den Reichstag für ein verschärftes Sozialistengesetz zu gewinnen.

Diese Pläne scheiterten aber an der Disziplin iertheit, Kampfentschlossenheit und Opferbereitschaft der Arbeiter. Zwar mußte der Streik Anfang Juni 1889 abgebrochen werden, ohne den Arbeitern größere materielle Vorteile gebracht zu haben, doch seine politischen Wirkungen waren außerordentlich tiefgreifend.

Der machtvollste Streik der deutschen Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert ließ die Bergarbeiter die Unversöhnlichkeit der Klassengegen-

102 Der Sozialdemokrat (London), 25. Mai 1889.

103 Otto Hue: Die Bergarbeiter, Bd. II, Stuttgart 1913, S. 365 u. 366.

sätze zwischen Kapital und Arbeiterklasse besser erkennen. Der Streik gab den Anstoß für die Herausbildung einer sozialdemokratisch beeinflußten Bergarbeitergewerkschaft. Am 18. August 1889 beschlossen 200 Delegierte die Gründung einer Bergarbeiterorganisation im Ruhrgebiet. Ein Jahr später wurde der erste deutsche Bergarbeiterverband gegründet. Die revolutionäre Sozialdemokratie eroberte im Herzen des deutschen Kapitalismus, im Zentrum der deutschen Rüstungs- und Montanindustrie, neue Positionen und traf damit einen Lebensnerv des Kapitalismus.

Während des Bergarbeiterstreiks überzeugten sich viele Arbeiter davon, daß die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie die Interessen der Arbeiterklasse vertrat. Das zeigten besonders deutlich die Reichstagswahlen vom Februar 1890. Im Wahlkreis Dortmund-Hörde vermehrte die Sozialdemokratie ihre Stimmen um das Achtfache, auf mehr als 17 000. 1895 konnte sie erstmalig einen Vertreter in den Reichstag schicken. In Bochum und Essen stiegen die sozialdemokratischen Stimmen um das Siebenfache. Infolge der machtvollen Streikaktionen veränderte sich das politische Kräfteverhältnis in Deutschland. In einem Teil der Großbourgeoisie verstärkten sich die Zweifel an der vom Reichskanzler und dem nationalliberal-konservativen Kartell praktizierten Politik.

Die verstärkte Aktivität der deutschen Arbeiterklasse war Bestandteil des internationalen Aufschwungs der Arbeiterbewegung, der zu dieser Zeit in allen kapitalistischen Ländern einsetzte. Das bewiesen viele Streikkämpfe. Die Streikenden forderten nicht nur Lohnerhöhungen; in wachsendem Maße rückten Forderungen wie der Achtstundentag, Arbeiterschutzgesetze und Einschränkung der Unternehmerwillkür in den Mittelpunkt. Herausragende Massenkämpfe jener Jahre waren der Eisenbahnerstreik in den USA 1877, der große Streik in der Fabrik von Morosow in der Nähe Moskaus 1885, die Streiks der Gaswerker und der Dockarbeiter in England 1889. 1886 beteiligten sich etwa 600 000 Arbeiter an Streikkämpfen um den Achtstundentag in den USA. Am 1. Mai 1886 überfiel die Polizei in Chicago Demonstranten und ermordete dabei vier Arbeiter. Am 4. Mai provozierten Polizeispitzel erneute Zusammenstöße, die zum Anlaß genommen wurden, die Führer der Chicagoer Gewerkschaften zu verhaften. Vier von ihnen, Georg Engel, Adolph Fischer, Albert Richard Parsons und August Spies, wurden vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und im November 1887 hingerichtet. Diesen Terrorakt beantworteten die

Arbeiter vieler Länder mit internationalen Protest- und Solidaritätsaktionen.

Im Zusammenhang mit den bedeutenden Streikkämpfen entstanden in zahlreichen Ländern neue Gewerkschaften. Gleichzeitig wuchs bei den fortgeschrittensten Arbeitern das Bedürfnis nach politischer Organisation. Mitte des Jahres 1889 bestanden in Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Italien, Norwegen, Österreich, Schweden, in der Schweiz, in Spanien, Ungarn und in den USA größere Arbeiterparteien. In anderen Ländern, wie in Rußland, existierten proletarische Organisationen und marxistische Gruppen. Die proletarischen Parteien und Gewerkschaften drängten nach einem internationalen Zusammenschluß, um ihre Kräfte für den Sturz des Kapitalismus vereinen zu können.

Diesen Bedürfnissen und internationalen Verpflichtungen entsprach der St. Gallener Parteitag der deutschen Sozialdemokratie von 1887. Die Delegierten beauftragten die Parteileitung, „im Verein mit den Arbeiterverbindungen anderer Länder für den Herbst 1888 einen internationalen Arbeiterkongreß einzuberufen"[104]. Allerdings unternahm die deutsche Parteiführung in der Folgezeit wenig, um die Gründung einer internationalen Organisation auf der Grundlage des Marxismus zu sichern. Das war gefährlich, da sich zur gleichen Zeit besonders die Trade-Unions in England und die französischen Possibilisten, also opportunistische Richtungen in der internationalen Arbeiterbewegung, bemühten, eine neue internationale Organisation ins Leben zu rufen und sich damit an die Spitze der internationalen Arbeiterbewegung zu stellen.

Unter diesen Umständen unterbrach Friedrich Engels seine wissenschaftlichen Arbeiten, vor allem die Herausgabe des „Kapitals", und setzte seine volle Kraft für das Zustandekommen einer revolutionären, auf dem Boden des Marxismus stehenden Internationale ein.[105] Er korrespondierte intensiv mit den marxistischen Arbeiterführern der wichtigsten Länder und führte eine Reihe von persönlichen Besprechungen. Um die Machenschaften der Opportunisten zu durchkreuzen, benutzte Engels die Zeitung „Der Sozialdemokrat", die damals große internationale Autorität besaß. Vor allem Engels' Energie und Tatkraft war es zu danken, daß die neue internationale Vereinigung zu einer revolutionären sozialistischen Organisation wurde.

[104] Bericht über die Verhandlungen des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie, S. 56.

[105] Dokument Nr. 116 u. Nr. 118.

Als sich im Juli 1889 die Vertreter der Arbeiterorganisationen in Paris einfanden, standen sie vor der Tatsache, daß zwei Kongresse zur gleichen Zeit tagen sollten: den einen hatten die französischen und englischen Opportunisten und den anderen vor allem die deutschen und französischen Marxisten einberufen. Zwei Klassenlinien standen sich in der internationalen Arbeiterbewegung gegenüber. An dem von den Marxisten einberufenen Kongreß beteiligten sich Arbeitervertreter aus 22 Nationen. Auf dem Kongreß der Opportunisten waren nur Vertreter aus neun Ländern anwesend. Begeistert schrieb Friedrich Engels an seinen alten Kampfgefährten Friedrich Albert Sorge: „Unser Kongreß sitzt und ist ein brillanter Erfolg ... Ganz Europa vertreten." Und wegwerfend bemerkte er über den Kongreß der Opportunisten, der zu einem Fiasko wurde, er könne „nicht viel mehr als Schwindel sein, die ganze wirkliche Bewegung dort ist mit uns".[106]

Am 14. Juli 1889, auf den Tag genau 100 Jahre nach dem Sturm auf die Bastille, dem Beginn der Französischen Revolution, trat in Paris unter der Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" der internationale Sozialistenkongreß zusammen, der zum Gründungskongreß der II. Internationale wurde. Mit einem großen Transparent im Saal grüßten die französischen Sozialisten die über 400 Delegierten aus 22 Ländern im Namen der Junikämpfer von 1848 und der Kommunarden von 1871. Der bekannte französische Sozialist Paul Lafargue, Schwiegersohn Karl Marx', eröffnete den Kongreß. Die Delegierten wählten den Kommunarden Edouard Vaillant und Wilhelm Liebknecht zu Vorsitzenden. Bekannte sich der Kongreß schon durch die im Saale angebrachte Losung „Politische und wirtschaftliche Enteignung der Kapitalistenklasse, Vergesellschaftung der Produktionsmittel" zu den von Karl Marx und Friedrich Engels ausgearbeiteten und formulierten Zielen des Proletariats, so bekräftigten die Delegierten ihren Willen zur revolutionären Tat an den Gräbern der hingemordeten Kommunarden von Paris mit einem Bekenntnis zur ersten proletarischen Revolution.

Die II. Internationale knüpfte unmittelbar an die Tätigkeit der von Karl Marx geführten Internationalen Arbeiterassoziation an. Aber sie entstand unter anderen Bedingungen und mußte deshalb andere Aufgaben erfüllen. Während die I. Internationale die Aufgabe hatte, die

106 Engels an Friedrich Albert Sorge, 17. Juli 1889. In: Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere, Stuttgart 1906, S. 316.

Arbeiterbewegung zum Marxismus zu führen, stellte sich die II. Internationale in allen wesentlichen Punkten von Anfang an auf den Boden des Marxismus. Sie hatte in erster Linie die Entwicklung marxistischer Massenparteien und proletarischer Massenorganisationen in den einzelnen Ländern zu fördern und das internationale Proletariat für den Kampf um die proletarische Revolution vorzubereiten.

Der Kongreß wies der internationalen Arbeiterbewegung den richtigen Weg für den Kampf gegen die soziale und nationale Unterdrükkung und Ausbeutung. Nochmals wurde die Notwendigkeit betont, in allen Ländern politische Arbeiterparteien zu schaffen, deren Aufgabe es sein müsse, für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zu kämpfen. Weiterhin forderte der Kongreß eine auf dem achtstündigen Arbeitstag beruhende Arbeiterschutzgesetzgebung, die Einbeziehung der Arbeiterinnen in die proletarische Bewegung sowie gleichen Lohn für gleiche Arbeit ohne Unterschied des Geschlechts. Im Gedenken an die Chicagoer Ereignisse von 1886 rief der Kongreß die Arbeiter aller Länder auf, am 1. Mai 1890 für den Achtstundentag und die internationale proletarische Solidarität zu demonstrieren.[107] Mit diesem Beschluß wurde der große Weltfeiertag und Kampftag der Arbeiterklasse geboren.[108] Bis zum heutigen Tage stärkt die internationale Maikundgebung Klassenbewußtsein und Kampfkraft des Proletariats und den gemeinsamen Kampf der internationalen Arbeiterklasse gegen Ausbeutung, Militarismus und Krieg.

In einer besonderen Entschließung kennzeichnete die II. Internationale ihre Stellung zu Krieg und Frieden.[109] Alle Parteien wurden aufgefordert, gegen die Militarisierung und gegen die Kriegspläne der herrschenden Klassen aufzutreten. In Übereinstimmung mit Friedrich Engels wurde die Erhaltung des Friedens „als die erste und unerläßliche Bedingung jeder Arbeiter-Emanzipation" bezeichnet. Ferner hieß es – weit vorausschauend –, „daß der Krieg, das traurige Produkt der gegenwärtigen ökonomischen Verhältnisse, erst verschwinden wird, wenn die kapitalistische Produktionsweise der Emanzipation der Arbeit und dem internationalen Triumph des Sozialismus Platz gemacht hat"[110].

107 Dokument Nr. 120.

108 Dokument Nr. 123.

109 Dokument Nr. 119.

110 Protokoll des Internationalen Arbeiter-Congresses zu Paris. Abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889, Nürnberg 1890, S. 120.

Die II. Internationale sollte, nach einem Wort von W. I. Lenin, erreichen, was „der klassenbewußte Arbeiter niemals preisgeben wird: die Schaffung von Massenorganisationen der Arbeiter, von genossenschaftlichen, gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, die Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus wie aller Einrichtungen der bürgerlichen Demokratie überhaupt“[111].

Der Gründungskongreß der II. Internationale gab den Anstoß zu einer breiten Massenbewegung des internationalen Proletariats. Die Zusammenfassung der proletarischen Kräfte in der II. Internationale gab den nationalen Abteilungen der Arbeiterbewegung neue Impulse. In Deutschland verknüpften sich die politischen Aktionen der Sozialdemokratie immer enger mit einer umfangreichen Streikbewegung, deren Höhepunkt der Bergarbeiterstreik von 1889 gewesen war. Vom Januar 1889 bis zum April 1890 streikten in Deutschland rund 400 000 Arbeiter in über 1100 Kämpfen. Im Jahre 1889 erreichte die Streikaktivität der deutschen Arbeiterklasse ihren Höhepunkt im 19. Jahrhundert: Etwa fünf Prozent aller Arbeiter beteiligten sich an der Ausstandsbewegung.

Innerhalb der herrschenden Klassen spitzten sich mehr und mehr die Differenzen zu, die ursächlich mit der Stärke der Arbeiterbewegung zusammenhingen. Sie waren so groß geworden, daß keine Einigung darüber zu erreichen war, wie man die Arbeiterbewegung weiterhin bekämpfen solle. So fiel am 25. Januar 1890 im Reichstag unter dem Druck der Massen das Sozialistengesetz.

Die vom Kaiser repräsentierte Richtung der herrschenden Klassen versuchte nunmehr, der Arbeiterbewegung in anderer Weise Herr zu werden. Im Februar 1890 kündigte der Kaiser in den Februarerlassen Arbeiterschutzgesetze und die Einberufung einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz an.[112] Bismarck und sein schnell kleiner werdender Anhang hingegen beharrten auf den alten Positionen. Der Kanzler arbeitete darauf hin, die „Arbeiterfrage“ durch Staatsstreich und Blutbad militärisch „aus der Welt“ zu schaffen. Doch die Sozialdemokratie ließ sich nicht provozieren.

Am 20. Februar 1890 gewann die Partei 1 427 298 Stimmen, das waren 19,7 Prozent aller Wähler. Ihre Stimmenzahl hatte sich gegenüber 1887 nahezu verdoppelt. Damit war die revolutionäre Sozial-

[111] W. I. Lenin: Über die Aufgaben der III. Internationale. In: Werke, Bd. 29, Berlin 1963, S. 496.

[112] Dokument Nr. 121.

demokratie zur stärksten Partei in Deutschland geworden. Das war die Antwort der Arbeiter auf die Köderversuche des Kaisers und auf die Bemühungen Bismarcks, die Unterdrückungspolitik in verschärften Formen fortzuführen. Triumphierend erklärte Friedrich Engels wenige Tage nach der Wahlschlacht: „Der 20. Februar 1890 ist der Anfang vom Ende der Ära Bismarck."[113] Engels sollte mit dieser Prognose recht behalten. Im März 1890 mußte Bismarck aus allen Ämtern, die er jahrzehntelang bekleidet hatte, ausscheiden und damit das Scheitern seiner Politik gegenüber der Arbeiterklasse eingestehen.

Mit dem Sieg über den „Eisernen Kanzler" und über das Sozialistengesetz hatten die deutsche Sozialdemokratie und die Arbeiterklasse in einem klug und kühn geführten zwölfjährigen Kampf der preußisch-deutschen Militärmacht mit ihren ungeheuren Machtmitteln eine ernsthafte Niederlage beigebracht. Damit hatte die Sozialdemokratie ihre nationalen und internationalen Verpflichtungen vorbildlich erfüllt und war zur angesehensten und einflußreichsten Partei in der internationalen Arbeiterbewegung geworden. Die Bismarcksche Diktatur zu beseitigen und gleichzeitig die Legalität für die proletarischen Organisationen zu erringen waren wichtige Voraussetzungen, um die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kampf um Demokratie und Sozialismus gewinnen zu können.

Der Partei war es gelungen, ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse gewaltig zu steigern. Die Zahl sozialdemokratischer Reichstagswähler stieg von 437 158 im Jahre 1878 auf 1 427 298 im Jahre 1890. 1877 waren etwa 50 000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, 1890 waren es bereits rund 250 000. Verfügten Partei und Gewerkschaften zu Beginn des Sozialistengesetzes über 56 Presseorgane mit etwa 160 000 Lesern, so gab es am Ende über 100 Zeitungen mit rund 600 000 Lesern. Die Partei hatte sich dank der unausgesetzten politischen und ideologisch-theoretischen Anleitung und Hilfe durch Karl Marx und Friedrich Engels unter Führung August Bebels und Wilhelm Liebknechts zu einer Massenpartei entwickelt, in der sich der Marxismus durchgesetzt hatte.

Der Sieg über das Sozialistengesetz und die Durchsetzung des Marxismus waren auch die entscheidenden Gründe dafür, daß, wie Franz Mehring schrieb, die deutsche Arbeiterklasse am Ende des Sozialistengesetzes in den Schwerpunkt der historischen Entwicklung gerückt sei, aus dem sie keine Macht der Welt mehr verdrängen könne. „Ihr

[113] Friedrich Engels: Was nun? In: Marx/Engels: Werke, Bd. 22, S. 7.

Schicksal wurde das Schicksal der Nation, das sich nie, solange es eine deutsche Geschichte gibt, in festeren und treueren Händen befunden hat."[114]

Ausschlaggebend für den Sieg der deutschen Arbeiterklasse über die Bismarcksche Diktatur und das Sozialistengesetz waren die Verbundenheit der deutschen Arbeiterbewegung mit dem Marxismus, die Herausbildung einer revolutionären Massenpartei, ihre revolutionäre Politik und Taktik inner- und außerhalb des Parlaments und der mutige und opferreiche Kampf der Massen in den Jahren des Sozialistengesetzes, dem „proletarischen Heldenzeitalter"[115]. Gerade das aber wird von der bürgerlichen Geschichtsschreibung und der rechtssozialistischen Publizistik geleugnet. Sie gehen dabei so weit, den Einfluß von Karl Marx und Friedrich Engels auf die Politik der Sozialdemokratie zu bestreiten. Nach diesen die historischen Tatsachen entstellenden Darstellungen sei die Sozialdemokratie ihrem Wesen nach eine reformistische Partei gewesen, die ihre Erfolge angeblich dem bloßen parlamentarischen Kampf zu verdanken habe. Da nun die revolutionären Auffassungen der Arbeiterpartei August Bebels und Wilhelm Liebknechts sich nicht einfach ignorieren lassen, mußte man einen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis in der Politik der Sozialdemokratie konstruieren. In der Theorie revolutionär und in der Praxis reformistisch, das sei – nach Auffassung der hauptsächlichsten Richtung in der bürgerlichen und auch der rechtssozialdemokratischen Geschichtsschreibung – der Charakter der deutschen Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert gewesen. Hinter diesen Entstellungen verbirgt sich die Furcht, die historische Wahrheit auszusprechen, die unwiderlegbar die Übereinstimmung zwischen Theorie und Praxis, zwischen den Begründern des Marxismus und der Arbeiterpartei August Bebels und Wilhelm Liebknechts zeigt. Gerade in dieser Übereinstimmung lag die Stärke der deutschen Arbeiterbewegung; nur so konnte die enge Verbindung von wissenschaftlichem Kommunismus und Arbeiterklasse hergestellt werden. Die großen Erfolge der deutschen Arbeiterklasse in der Zeit des Sozialistengesetzes waren unter der Führung der Sozialdemokratie nur möglich auf der Grundlage einer revolutionären Politik und Taktik.

114 Franz Mehring: Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters. In: Franz Mehring: Gesammelte Schriften, Bd. 5, Berlin 1964, S. 216.

115 Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Zweiter Teil. In: Franz Mehring: Gesammelte Schriften, Bd. 2, S. 675.

Das stürmische Wachsen der Arbeiterbewegung in die Breite. Die Auseinandersetzungen zwischen Marxismus und Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Der antimilitaristische Kampf der deutschen Arbeiterklasse in den Jahren nach dem Sturz des Sozialistengesetzes (1890 bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts)

1. Die Parteitage von Halle 1890 und Erfurt 1891

In den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts vollzog sich in Deutschland endgültig der Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus, dem Imperialismus. Wirtschaftlich zeigte sich die Verdichtung imperialistischer Tendenzen in der zunehmenden Konzentration der Produktion in riesigen Betrieben. Die Zahl dieser Betriebe fiel gegenüber der Masse der kleinen und mittleren Unternehmen kaum ins Gewicht. Aber sie beherrschten einen immer größer werdenden Produktionsanteil der für alle Wirtschaftszweige entscheidenden Schlüsselindustrien. Es bildeten sich stabile Monopolorganisationen. Die Monopole – Zusammenschlüsse von Großkapitalisten, die die Produktion und den Absatz eines oder mehrerer Wirtschaftszweige teilweise oder in entscheidendem Maße in ihren Händen ver-

einigen, um die Profite zu erhöhen – gelangten zu gewaltiger ökonomischer und politischer Macht.

1893 wurde das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat gegründet. Die darin vereinigten 98 Steinkohlenzechen bestritten 87 Prozent der Steinkohlenproduktion des Ruhrgebiets und 45 Prozent der deutschen Steinkohlenförderung. Die Rüstungsindustrie wurde von der Friedrich Krupp AG beherrscht, die 1893 die Magdeburger Gruson-Werke eingliederte. Die 1887 gegründete Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft (AEG) kontrollierte Betriebe mit einem Aktienkapital von 160 Millionen Mark, Siemens und Halske ein Aktienkapital von 130 Millionen Mark, die Schuckert-Gruppe ein Aktienkapital von 118 Millionen Mark und die Union-Elektrizitätsgesellschaft Berlin ein Aktienkapital von 86 Millionen Mark. Diese vier Unternehmen beherrschten die Elektroindustrie fast vollständig. Der Direktor der Deutschen Bank, Georg Siemens, war zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates der AEG. Die Großindustrie, vor allem aber die Monopolgruppen, war eng mit dem Bankkapital verbunden.

Die großen Banken, an ihrer Spitze die vier D-Banken, waren besonders eng mit der Grundstoffindustrie und dem Maschinenbau verflochten. Das Aktienkapital der Deutschen Bank stieg von 75 Millionen Mark im Jahre 1888/1889 auf 150 Millionen Mark im Jahre 1896. Von 1885 bis 1900 erhöhten die Disconto-Gesellschaft ihr Aktienkapital von 60 auf 130 Millionen Mark, die Darmstädter Bank von 60 auf 105 Millionen Mark und die Dresdner Bank von 36 auf 130 Millionen Mark.

In seinem grundlegenden Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" arbeitete W. I. Lenin die „wichtigsten Ergebnisse der Geschichte der Monopole" heraus: „1. In den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts – die höchste, äußerste Entwicklungsstufe der freien Konkurrenz; kaum merkliche Ansätze zu Monopolen. 2. Nach der Krise von 1873 weitgehende Entwicklung von Kartellen, die aber noch Ausnahmen, keine dauernden, sondern vorübergehende Erscheinungen sind. 3. Aufschwung am Ende des 19. Jahrhunderts und Krise von 1900–1903: Die Kartelle werden zu einer der Grundlagen des ganzen Wirtschaftslebens. Der Kapitalismus ist zum Imperialismus geworden."[116] Der Prozeß der Durchsetzung des Imperialismus war außerordentlich widerspruchsvoll. Die be-

[116] W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß. In: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 206.

sondere Lage im Deutschland der neunziger Jahre bestand darin, daß noch Merkmale der ökonomischen und politischen Entwicklung wirkten, die für die vormonopolistische Periode typisch waren, aber immer stärker überlagert und bestimmt wurden durch charakteristische Elemente imperialistischer Ökonomie und Politik.

Gestützt vor allem auf die Schwerindustrie, nahm das sich herausbildende Monopolkapital wachsenden Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik. Politisch vollzog sich der unmittelbare Übergang zum Imperialismus in zwei Etappen: dem Neuen Kurs von 1890 bis 1894, dem Versuch einer politischen Kursänderung zugunsten der Großbourgeoisie unter Reichskanzler Leo Graf von Caprivi, und der „Ära Stumm" von 1894 bis 1897/1898, benannt nach einem der markantesten Vertreter der Schwerindustrie Karl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg. Die außerordentlich widerspruchsvolle Entwicklung war innenpolitisch durch Fraktionskämpfe zwischen Bourgeoisie und Junkertum, innerhalb der Bourgeoisie und innerhalb der Junkerkaste gekennzeichnet. Die Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klassen, die den Übergangsprozeß zum Imperialismus verdeutlichten, zeigten sich im ständigen Vorprellen und Zurückweichen der reaktionärsten Klassengruppierungen. Die Gesamtpolitik der herrschenden Klassen verlief im Zick-Zack-Kurs, in dem sich scheinliberale Reformpolitik und Korrumpierungsversuche besonders gegenüber der Arbeiterbewegung mit brutaler Gewaltpolitik, reaktionären Ausnahmegesetzen und antidemokratischen Staatsstreichplänen überkreuzten.

Die Feststellung W. I. Lenins: „. . . politisch ist Imperialismus überhaupt Drang nach Gewalt und Reaktion"[117] trifft bereits auf die Periode des Übergangs zum Imperialismus zu. Das drückte sich vor allem in der außerordentlich verstärkten Militarisierung aus, die das gesamte gesellschaftliche Leben überwucherte. Innenpolitisch bedeutete das steigende Ausbeutung des Volkes und verstärkte Angriffe auf die demokratischen Rechte, vor allem auf die der Arbeiterklasse. Die Militarisierungspolitik war zugleich ein entscheidender Bestandteil des Klassenkompromisses zwischen Großbourgeoisie und Junkertum, der sich im Verlauf der neunziger Jahre trotz zeitweilig heftig auftretender Differenzen festigte.

Außenpolitisch zeigten sich der Übergang zum Imperialismus und die verstärkte Einflußnahme der Großbourgeoisie auf die Politik der

117 Ebenda, S. 273.

Regierung im allmählichen Übergang zur Weltmachtpolitik. Besonders die seit Mitte der neunziger Jahre forcierte Flottenrüstung war Ausdruck für die verstärkte Aggressivität des mit dem reaktionären Junkertum verbundenen Monopolkapitals. Die bestehenden Gegensätze zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Rußland andererseits verschärften sich. Hinzu trat der Gegensatz zu England.

Zur ideologischen Rechtfertigung und Durchsetzung der reaktionären Innen- und Außenpolitik gründete der aggressivste Teil der deutschen Großbourgeoisie einflußreiche Propagandaorganisationen. Die wichtigste dieser Organisationen war der Alldeutsche Verband, der 1891 zunächst als Allgemeiner Deutscher Verband gegründet wurde. Er entfaltete eine wüste chauvinistische Hetze und verbreitete reaktionäre Ideologien, zu denen die Rassentheorie und die Lüge vom „fehlenden Lebensraum" gehörten. Der Alldeutsche Verband forderte eine schrankenlose Eroberungspolitik. In seiner Devise: Der König von Preußen an die Spitze von Deutschland, und Deutschland an der Spitze der Welt, kam treffend der junkerlich-bourgeoise Charakter des sich herausbildenden deutschen Imperialismus zum Ausdruck.

Ein Charakteristikum für den Übergangsprozeß zum Imperialismus war die Bildung sogenannter Arbeitgeberverbände, die vor allem gegen die Gewerkschaftsorganisationen gerichtet waren. In den Jahren von 1883 bis 1887 wurden jährlich nur ein oder zwei solcher Verbände gebildet, 1888 waren es vier, 1889 schon vierzehn, 1890 sogar 29. Dieser Prozeß setzte sich ab 1896 verstärkt fort.

Auch der Klerikalismus griff nun stärker in den Kampf gegen die sozialistische Arbeiterbewegung ein. Unmittelbar nach dem Fall des Sozialistengesetzes wurde die damals größte klerikale Massenorganisation, der Volksverein für das katholische Deutschland, gegründet. Der Volksverein war eine streng zentralisierte Massenorganisation, geschaffen zu dem Zweck, „die ‚christliche' (in Wirklichkeit *kapitalistische*) Ordnung zu verteidigen und die ‚grundstürzenden' (d. h. sozialistischen) Bestrebungen zu bekämpfen"[118]. 1891 besaß der Volksverein bereits knapp 110 000 Mitglieder.

Mitte 1891 verkündete Papst Leo XIII. in seiner Enzyklika „Rerum novarum" die Konzeption der katholischen Kirche für eine „liberale" Politik von Staat und Unternehmertum gegen die Arbeiterbewe-

[118] W. I. Lenin: Die Organisierung der Massen durch die deutschen Katholiken. In: Werke, Bd. 36, Berlin 1962, S. 219.

gung.[119] Die Enzyklika sah ein System sozialreformerischer Maßnahmen vor – Arbeiterschutz, Gewinnbeteiligung, Schiedsgerichte –, die die Arbeiter an die kapitalistische Gesellschaftsordnung ketten sollten. Die Enzyklika erklärte das Privateigentum für „unantastbar und heilig". Sie gab die theoretische Grundlage für die Gründung christlicher Gewerkschaften, mit denen die Arbeiterbewegung gespalten, ein Teil der Arbeiterklasse unter klerikaler Vorherrschaft gehalten und der proletarischen Klassenbewegung ein Damm entgegengesetzt werden sollte. Zugleich war die Enzyklika „Rerum novarum" ein weiterer Schritt zur Anpassung der katholischen Kirche an die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Der Papst hatte – wie der „Vorwärts" schrieb – damit den herrschenden Klassen, besonders der Bourgeoisie, „offen und scharf die Grenzlinie bezeichnet, bis zu welcher sie gehen dürfen, wenn sie von den Forderungen der Arbeiter anscheinend möglichst viel erfüllen, aber von der überlegenen Position der herrschenden Gewalten und Klassen ... *nichts,* aber auch rein gar nichts preisgeben wollen"[120].

Der Sturz Bismarcks hatte das System und die Prinzipien der preußisch-deutschen Politik nicht grundsätzlich zu verändern vermocht. Der 1890 einsetzende Neue Kurs unter Reichskanzler Leo Graf von Caprivi unterschied sich aber in einigen wesentlichen Punkten von der Politik Bismarcks, da er den Interessen der Großbourgeoisie mehr Rechnung trug. Grundlage der Politik der herrschenden Klassen war die weitere Militarisierung.

In der Außenpolitik gingen Caprivi und seine Anhänger im Unterschied zu Bismarck von der Annahme aus, der Zweifrontenkrieg sei nicht zu vermeiden. Sie verlängerten daher nicht mehr den Rückversicherungsvertrag mit Rußland. Ihr Ziel bestand vielmehr darin, den Dreibund mit Österreich und Italien so zu festigen, daß er dem erwarteten Zweifrontenkrieg militärisch und politisch gewachsen war. Diese Politik verschärfte die außenpolitischen Widersprüche. Ein Zollkrieg spitzte die Gegensätze mit Rußland weiter zu. So schloß Rußland 1893 eine Militärkonvention mit Frankreich, die eine gegenseitige militärische Unterstützung im Falle eines deutschen Angriffes vorsah.

Die Politiker des Neuen Kurses sahen sich gezwungen, die von der Arbeiterklasse erkämpfte Legalität der sozialistischen Bewegung anzuerkennen. Sie versuchten aber, diese demokratische Errungenschaft

119 Dokument Nr. 125.

120 Vorwärts (Berlin), 26. Mai 1891.

durch Klassenjustiz und Polizei im Rahmen der bürgerlichen Gesetzgebung, wie Caprivi sagte, „bis aufs äußerste" einzuschränken und die Arbeiterbewegung gleichzeitig mit scheinliberalen und sozialen Zugeständnissen zu korrumpieren und zu spalten.[121]

Die Politik des Neuen Kurses und die zurückeroberte Legalität führten in der Arbeiterbewegung zu erneuten scharfen Auseinandersetzungen zwischen den marxistischen und den opportunistischen Kräften. Die Opportunisten sahen im Neuen Kurs eine grundsätzliche Änderung der Politik der herrschenden Klassen und folgerten daraus, daß nunmehr ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus möglich sei. Um ihre Ziele durchsetzen zu können, versuchten sie, die Führung in der Partei zu erlangen. In dem von der Reichstagsfraktion im August 1890 ausgearbeiteten Entwurf des neuen Organisationsstatuts der Partei wurde ein Aufsichts- und Kontrollrecht der Fraktion über den Parteivorstand verlangt. Diesem Angriff auf die innerparteiliche Demokratie traten sozialdemokratische Arbeiter entgegen. Verschiedene opportunistische Erscheinungen in der Partei und die gesunde Kritik der Parteimitgliedschaft wurden jetzt aber von einer linkssektiererischen Gruppe – vornehmlich geführt von jüngeren, eben zur Partei gestoßenen Akademikern, Schriftstellern und Redakteuren einiger lokaler Parteizeitungen, genannt die „Jungen" – zu grundsätzlichen Vorstößen und persönlichen Angriffen auf den marxistischen Führungskern um August Bebel ausgenutzt. Diese Gruppe verneinte die von der Partei ausgearbeitete revolutionäre Parlamentstaktik und versuchte, der Partei eine sektiererische Verschwörerpolitik aufzuzwingen. Ohne in allen Fragen geschlossen aufzutreten, wandten sie sich vornehmlich gegen die allseitige Nutzung der legalen Möglichkeiten für die Tätigkeit der Sozialdemokratie, wie die Arbeit im Parlament, diffamierten sie alle Ansätze zu einer breiten Bündnispolitik als Opportunismus und versuchten der Partei einen sektenhaften, vornehmlich auf illegale Arbeit zugeschnittenen Charakter zu geben. Eine solche Politik hätte die Partei von den Massen getrennt und den Ultras innerhalb der herrschenden Klassen, die nur eine Gelegenheit suchten, die sozialistische Arbeiterbewegung in einem Blutbad zu ersticken, direkt in die Hände gearbeitet.

Friedrich Engels, dessen Autorität die „Jungen" für sich in Anspruch nehmen wollten, charakterisierte ihre Phraseologie als „einen krampfhaft verzerrten ‚Marxismus', bezeichnet einerseits durch starkes Miß-

[121] Dokument Nr. 124.

verständnis der Anschauungsweise, die man zu vertreten behauptete, andrerseits durch grobe Unbekanntschaft mit den jedesmal entscheidenden historischen Tatsachen"[122]. Er erklärte die Politik der „Jungen" als „ein rücksichtsloses Hinwegsetzen über alle tatsächlichen Bedingungen des Parteikampfs, ein todesverachtendes ‚Nehmen von Hindernissen' in der Phantasie, das ... bei seiner Übersetzung aus der Vorstellung in die Wirklichkeit imstande wäre, auch die stärkste, nach Millionen zählende Partei zu begraben unter dem selbstverdienten Gelächter der ganzen feindlichen Welt"[123].

Schon im Juli und August 1890 trat die Parteiführung den „Jungen" entgegen. August Bebel legte in Massenversammlungen in Berlin, Dresden und Magdeburg die revolutionäre Politik und Taktik der Partei dar. Die überwältigende Mehrheit der Parteimitglieder bekundete volles Vertrauen zum marxistischen Führungskern der Partei.

Einen vorläufigen Abschluß fanden die Auseinandersetzungen mit den „Jungen" auf dem Hallenser Parteitag, an dem über 400 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands teilnahmen, die einmütig die halbanarchistischen Elemente in der Partei zurückwiesen. Dieser Kongreß tagte in Halle vom 12. bis 18. Oktober 1890.

Hauptpunkt der Beratungen in Halle bildete das Organisationsstatut. Gestützt auf die breite Mitgliederbewegung, lehnte der Parteitag die anmaßenden Ansprüche auf die Führung der Partei ab, die die Opportunisten in der Reichstagsfraktion erhoben hatten. In der endgültigen Fassung des Organisationsstatuts wurden die Forderungen der Parteitagsdelegierten berücksichtigt und die Kontrollfunktionen der Fraktion beseitigt. Einige Sonderrechte der Reichstagsfraktion blieben allerdings bestehen. Nach dem Organisationsstatut galten für den Aufbau der Partei im ganzen die Prinzipien des demokratischen Zentralismus, doch regelte das Statut nicht im einzelnen die Pflichten der Mitglieder der Partei gegenüber. Der Partei konnte jede Person angehören, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekannte, die Partei nach Kräften unterstützte und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig gemacht hatte. Die einzelnen Mitglieder konnten wegen der bestehenden Vereinsgesetze nicht verpflichtet werden, sich in einer der Grundeinheiten der Partei zu organisieren und dort mitzuarbeiten. Das mißbrauchten die Opportunisten, um sich der Kon-

122 Friedrich Engels: [Antwort an die Redaktion der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung"]. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 22, S. 69.

123 Ebenda.

trolle der Parteimitgliedschaft zu entziehen und ihr verderbliches Spiel in der Partei zu treiben.

Oberstes Organ der Partei war der alljährlich stattfindende Parteitag. Er wählte den Parteivorstand und entschied grundsätzliche Fragen der Parteipolitik. Zwischen den Parteitagen leitete der Parteivorstand die Partei. Er setzte sich aus zwei Vorsitzenden, zwei Schriftführern, einem Kassierer und sieben Kontrolleuren zusammen. Der Parteivorstand kontrollierte die grundsätzliche Haltung der Parteiorgane und war dem Parteitag rechenschaftspflichtig. Das Bindeglied zwischen Mitgliedschaft und Parteileitung bildeten die Vertrauensmänner, die in den einzelnen Reichstagswahlkreisen in öffentlichen Versammlungen gewählt wurden und für die lokale Arbeit verantwortlich waren. Die Grundorganisationen hatten infolge der reaktionären Vereinsgesetze verschiedene Formen. Überwiegend bezeichneten sie sich als Wahlvereine.

Die Partei gab sich auf dem Hallenser Parteitag den Namen Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Zum offiziellen Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestimmte das Hallenser Statut das „Berliner Volksblatt", das vom 1. Januar 1891 an unter dem Titel „Vorwärts" erschien. Das Parteiorgan war ein wichtiges Mittel des Parteivorstandes, die Partei zentral anzuleiten.

Das Parteistatut entsprach den spezifischen Bedingungen und Formen des Klassenkampfes. Geschickt wurden mit diesem Statut die reaktionären Vereinsgesetze umgangen und ein elastischer, entwicklungsfähiger, von den legalen Bedingungen ausgehender Parteiaufbau gesichert. Das Statut bot der Partei unter den damaligen Bedingungen die Möglichkeit, ihre Organisation zu einer Massenpartei auszubauen und den Aufgaben des Klassenkampfes nachzukommen.

Die organisatorische Festigung der Partei, die in Halle erreicht wurde, mußte auf eine feste politisch-ideologische Grundlage gestellt werden. Das bedeutete vor allem, ein neues Programm und die Strategie und Taktik für die neuen Bedingungen des Klassenkampfes auszuarbeiten. Deshalb beschäftigte sich der Parteitag zu Halle mit der Frage eines neuen Programmes. Die auf dem St. Gallener Parteitag gewählte Programmkommission konnte zwar noch keinen neuen Programmentwurf vorlegen, aber Wilhelm Liebknecht berichtete vor dem Parteitag über die Grundzüge des neu auszuarbeitenden Programms. Die Diskussion über das Programm faßte Liebknecht in der Grund-

forderung zusammen, daß das Programm einer Partei entsprechen müsse, „die sich mit Recht als die Partei des *wissenschaftlichen* Sozialismus bezeichnet"[124]. Der Parteitag beauftragte den Parteivorstand, das neue Programm zu entwerfen. Drei Monate vor dem nächsten Parteitag, der auf das Jahr 1891 festgesetzt wurde, sollte der neue Entwurf der Parteimitgliedschaft zur Diskussion unterbreitet werden.

Schon in den ersten Monaten des Jahres 1891 veröffentlichte Friedrich Engels als Beiträge zur Programmdiskussion Karl Marx' grundlegende Arbeiten „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei" und „Der Bürgerkrieg in Frankreich". In beiden Werken hatte Karl Marx die Erfahrungen der Pariser Kommune für die internationale Arbeiterbewegung verallgemeinert. Die Parteimitgliedschaft stimmte der bisher unbekannten Programmschrift von Marx zu. Die Fraktion dagegen versuchte, mit einer Erklärung im „Vorwärts" die Kritik von Karl Marx abzuschwächen.

Welche Bedeutung Friedrich Engels der Auswertung der Pariser Kommune beimaß, wurde in seiner neuen Einleitung zu Karl Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich" deutlich. Sie erschien im März 1891 als Vorabdruck in der theoretischen Zeitschrift „Die Neue Zeit". Hier griff Friedrich Engels die Opportunisten in der Reichstagsfraktion an, von denen Karl Grillenberger offen gegen die Diktatur des Proletariats aufgetreten war.

Die Auffassungen der Opportunisten hatte Georg von Vollmar in seinen berüchtigten „Eldorado-Reden"[125] – benannt nach dem Münchener Lokal „Eldorado", wo Vollmar gesprochen hatte – in dem Grundsatz zusammengefaßt: „Dem guten Willen die offene Hand, dem schlechten die Faust."[126] Nach Georg von Vollmar bekundeten die herrschenden Klassen mit der Politik des Neuen Kurses ihren guten Willen. Die Partei habe daher eine neue Taktik einzuschlagen, die nicht mehr – wie unter dem Sozialistengesetz – auf eine revolutionäre Veränderung der bestehenden Gesellschaftsordnung abzielen dürfe, sondern eine langsame, reformerische Umgestaltung der Gesellschaft herbeiführen solle.

[124] Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Halle vom 12. bis 18. Oktober 1890, Berlin 1890, S. 160.

[125] Dokument Nr. 126.

[126] Georg von Vollmar: Über die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie, München 1891, S. 7.

Diesen Ansichten lag eine opportunistische Auffassung über das Wesen des bürgerlichen, besonders des preußisch-deutschen Staates zugrunde. Sie nährte die Vorstellung, die Arbeiterklasse könne ohne die Eroberung der politischen Macht mit ausschließlich gesetzlichen Mitteln den Kapitalismus in den Sozialismus umwandeln.

Auch der erste vom Parteivorstand ausgearbeitete und einigen anderen führenden Mitgliedern der Partei zugesandte Programmentwurf war nicht frei von Zugeständnissen an den Opportunismus. Das veranlaßte Friedrich Engels, sofort alle anderen Arbeiten beiseite zu legen und den Entwurf gründlich zu analysieren. Zunächst anerkannte Friedrich Engels: „Der jetzige Entwurf unterscheidet sich sehr vorteilhaft vom bisherigen Programm. Die starken Überreste von überlebter Tradition – spezifisch lassallischer wie vulgärsozialistischer – sind im wesentlichen beseitigt, der Entwurf steht nach seiner theoretischen Seite im ganzen auf dem Boden der heutigen Wissenschaft und läßt sich von diesem Boden aus diskutieren."[127] In den Mittelpunkt seiner Kritik rückte Friedrich Engels die Frage des Kampfes um die demokratische Republik. Er ging davon aus, daß die demokratische Republik unerläßliche historische Voraussetzung dafür ist, die Mehrheit der Arbeiterklasse für den weiteren Kampf um die Diktatur des Proletariats zu gewinnen. Er forderte eine gründliche Klärung dieser Fragen. Geschehe dies nicht, so hätte das verhängnisvolle Folgen. Wörtlich schrieb Friedrich Engels: „Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich, im entscheidenden Moment, ratlos ist, daß über die einschneidensten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind."[128]

Tatsächlich wurde keine Klarheit geschaffen. Selbst so hervorragende Männer wie August Bebel und Wilhelm Liebknecht hatten diese Problematik nicht in ihrer Bedeutung erkannt. Zielte Friedrich Engels in seiner Programmkritik darauf ab, die Unklarheiten in der Staatsfrage bei August Bebel und Wilhelm Liebknecht zu beseitigen, so eröffnete er zugleich schonungslos den Kampf gegen den verstärkt auftretenden Opportunismus. Der Opportunismus, schrieb Engels, äußere sich besonders in der Leugnung des Klassenkampfes und in der Ablehnung der Diktatur des Proletariats; „dies Preisgeben der Zu-

127 Friedrich Engels: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 22, S. 227.

128 Ebenda, S. 234.

kunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen" sei und bleibe Opportunismus.[129]

Die scharfsinnige Kritik des Programmentwurfs durch Friedrich Engels verfehlte nicht ihre Wirkung. Der Parteivorstand berücksichtigte bei der nochmaligen Überarbeitung wichtige Hinweise von Friedrich Engels und veröffentlichte am 4. Juli 1891 den Entwurf im „Vorwärts" „zur Kenntnis und Kritik der Genossen". Von Juli bis Oktober 1891 fanden über 400 öffentliche Volks- und Parteiversammlungen statt, in denen der Programmentwurf beraten wurde. Diese Versammlungswelle lief parallel mit einer großen Protestkampagne gegen die Lebensmittelverteuerungen zu Beginn der neunziger Jahre. Oftmals waren damit Auseinandersetzungen mit den opportunistischen Auffassungen sowohl Georg von Vollmars als auch der „Jungen" verbunden.

Die Parteimitglieder stimmten der Grundlinie des neuen Programmentwurfs zu. Die Diskussionen über den Entwurf zeigten sehr anschaulich, daß sich die Grundvorstellungen des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung durchgesetzt hatten.

Einen wichtigen Beitrag zur Programmdiskussion leistete Karl Kautsky mit seiner in der „Neuen Zeit" veröffentlichten Artikelserie: „Der Entwurf des neuen Parteiprogramms". Karl Kautsky faßte seine Verbesserungsvorschläge zu einem eigenen Programmentwurf zusammen, der von Friedrich Engels und August Bebel unterstützt wurde. Diesen Entwurf nahm dann der Erfurter Parteitag von 1891 ohne wesentliche Änderungen als Programm der Partei an.

Am Abend des 14. Oktober 1891 versammelten sich 230 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands im Kaisersaal zu Erfurt und konstituierten unter dem Vorsitz von Paul Singer den Erfurter Parteitag. Der Saal war festlich geschmückt. In seiner Eröffnungsrede erklärte Paul Singer, die wichtigste Aufgabe des Parteitages bestehe darin, ein neues Programm anzunehmen, „welches wissenschaftlich unanfechtbar unsere Forderungen in klarer und allgemein verständlicher Form zum Ausdruck bringt"[130].

Die Delegierten setzten sich zunächst eingehend mit den opportunistischen Auffassungen Georg von Vollmars und mit den halbanarchi-

129 Ebenda, S. 235.

130 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891, Berlin 1891. S. 81.

stischen Ansichten der „Jungen" auseinander. Nach den berüchtigten „Eldorado-Reden" Vollmars hatten die „Jungen" erneut ihre Auffassungen in der Partei durchzusetzen versucht. Neben Wilhelm Liebknecht, Paul Singer und anderen Parteitagsdelegierten rückte vor allem August Bebel in zwei großen Reden die grundsätzlichen Gesichtspunkte für die Politik und Taktik der Partei in den Mittelpunkt und verteidigte mit großer Überzeugungskraft die marxistische Lehre vom Klassenkampf und vom Sozialismus.[131] Er traf den Kern der Auseinandersetzungen mit den opportunistischen Auffassungen Georg von Vollmars, als er erklärte: „Wir sind nicht in der Lage, die Herrschaft der Arbeiterklasse zu errichten auf der Gewinnung der ökonomischen Macht, wir müssen zum umgekehrten Mittel greifen. In erster Linie haben wir die politische Macht zu erobern und diese zu benutzen, um auch die ökonomische Macht durch die Expropriation der bürgerlichen Gesellschaft zu erreichen."[132] Diesen marxistischen Ansichten stellte August Bebel die Auffassungen Vollmars gegenüber, die er scharf und unnachsichtig kritisierte: „Nach seiner (Vollmars) Taktik kämen wir mit Naturnotwendigkeit dahin, daß wir über der ausschließlichen Agitation für naheliegende Aufgaben *schließlich vergessen, daß wir eine sozialdemokratische Partei sind* . . ., daß wir vergessen, daß Staat und Gesellschaft von heute Todfeinde der Sozialdemokratie sind und es ein Paktieren mit diesen nicht gibt."[133] Scharf wies August Bebel die außenpolitische Konzeption Georg von Vollmars zurück, nach der der Dreibund ein Instrument zur Erhaltung des Friedens sei. Diese Ausführungen August Bebels wurden von fast allen Rednern unterstützt.

Ebenso entschieden wandten sich die Vertreter des Parteitages gegen die halbanarchistische Abweichung der „Jungen", die ihre Auffassungen in einem Flugblatt zu einer Plattform zusammengefaßt hatten. Ihre Position wurde verurteilt, und ihre Wortführer wurden aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen, weil sie sich den Beschlüssen des Parteitages nicht unterwerfen wollten. Sie gründeten eine eigene Organisation, den Verein Unabhängiger Sozialisten, der von der Arbeiterklasse völlig isoliert war. Einige Wortführer der „Jungen" gingen später in das Lager der Bourgeoisie, andere auf die Seite der Oppor-

131 Dokument Nr. 127.

132 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, S. 81.

133 Ebenda, S. 274.

tunisten über. Nur wenige beharrten auf ihren Ansichten und gehörten zu verschiedenen anarchistischen Gruppen. Die Mehrzahl der mit den „Jungen" verbundenen Arbeiter fand nach einigen Jahren zur Partei zurück.

Das Ergebnis der Diskussion über Politik und Taktik wurde in einer von August Bebel ausgearbeiteten Resolution zusammengefaßt, die sich gegen die rechte und linke Abweichung richtete. Sie wurde einstimmig angenommen.[134] Im ersten und wichtigsten Satz der Resolution erklärte der Parteitag, „daß die Eroberung der politischen Macht das erste und Hauptziel ist, nach der jede klassenbewußte Proletarierbewegung streben muß"[135]. Um künftigen Angriffen gegen die Politik der Partei vorzubeugen, verlangte die Bebelsche Resolution von allen Parteimitgliedern, strenge Disziplin bei der Durchführung der Parteibeschlüsse zu wahren, fest und entschieden im Sinne des Parteiprogramms zu wirken und stets – ohne darauf zu verzichten, den herrschenden Klassen Zugeständnisse abzuringen – „das ganze und letzte Ziel der Partei" im Auge zu haben. Gerade in diesen Formulierungen zeigte sich der große Einfluß Friedrich Engels' auf die Partei.

Mit der Annahme der Resolution zur Taktik hatten die marxistischen Kräfte in der Partei einen Sieg über den Opportunismus errungen. Doch blieb eine opportunistische Richtung erhalten, die ihre historischen Wurzeln in den Auffassungen Ferdinand Lassalles hatte. Die Opportunisten, namentlich Georg von Vollmar, heuchelten Einverständnis mit den Parteibeschlüssen, stimmten sogar der Taktik-Resolution zu, vertraten aber in Wahrheit weiterhin ihre opportunistischen Auffassungen in der Partei. Und es währte auch gar nicht lange, da trat Vollmar erneut mit seinen in Erfurt verurteilten Ansichten in der Sozialdemokratie auf.

Den Höhepunkt des Parteitages bildete die Annahme des neuen Programms. Nach der vorangegangenen Debatte über die Strategie und Taktik der Partei, die in vielem die Diskussion über das Programm vorwegnahm, beschlossen die Delegierten nach der Begründung des Programmentwurfs durch Wilhelm Liebknecht einstimmig, den von der Kommission vorgeschlagenen, geringfügig veränderten Programmentwurf der Redaktion der Zeitschrift „Die Neue Zeit" als

134 Dokument Nr. 128.

135 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, S. 156.

definitives Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anzunehmen.

Der erste Teil des Programms enthielt die sozialistischen Grundsätze und die sozialistische Zielstellung des Kampfes der Arbeiterklasse. „Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln – Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel – in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde."[136] Die welthistorische Mission der Arbeiterklasse wurde klar erkannt: „Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein . . ."[137] Die Arbeiterklasse „kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein"[138]. Über die Aufgabe der Partei in diesem Kampf hieß es: „Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen – das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei."[139]

Der zweite Teil des Programms hatte die unmittelbaren politischen Forderungen zum Inhalt. Die Partei verlangte die wichtigsten bürgerlich-demokratischen Rechte: das allgemeine, gleiche, direkte Stimm- und Wahlrecht, die Einführung des Verhältniswahlsystems, die Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung, die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, die Gleichberechtigung der Frau und die Weltlichkeit der Schule. Auf sozialem Gebiet forderte die Partei eine allen Ansprüchen der Arbeiterklasse genügende Arbeiterschutzgesetzgebung, den Achtstundentag, das Verbot der Kinderarbeit und anderes. Damit war die Sozialdemokratie die einzige

136 Ebenda, S. 4. – Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Erfurter Programm). In: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin 1964, S. 83.

137 Ebenda.

138 Ebenda.

139 Ebenda.

Partei in Deutschland, die mit ihrem Programm Forderungen nach demokratischem und sozialem Fortschritt stellte und den Entwicklungsbedürfnissen der Nation am konsequentesten gerecht wurde. Das Erfurter Programm dokumentierte, daß sich der Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung durchgesetzt hatte. Das war nicht zuletzt ein Ergebnis der rastlosen Hilfe von Karl Marx und Friedrich Engels für die deutsche Arbeiterbewegung.

Andererseits entsprach das Programm nicht allen Notwendigkeiten des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse. Die reaktionären politischen Verhältnisse im damaligen Deutschland ließen es nicht zu, im Parteiprogramm die direkten Forderungen nach der bürgerlich-demokratischen Republik und der Diktatur des Proletariats zu erheben. Es kam deshalb darauf an, solche Forderungen bürgerlich-demokratischen Inhalts aufzustellen, die unter Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten dem Kampf gegen den preußisch-deutschen Militärstaat Richtung und Ziel wiesen und die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Massen an den Kampf um die bürgerlich-demokratische Republik und die Diktatur des Proletariats heranführten. Friedrich Engels hatte ausdrücklich gefordert, folgende Punkte in das Programm aufzunehmen: „*Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung*" und „vollständige Selbstverwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde durch nach allgemeinem Stimmrecht gewählte Beamte" sowie „Abschaffung aller von Staats wegen ernannten Lokal- und Provinzialbehörden".[140] Diese Vorschläge und weitere Hinweise zur Politik der deutschen Sozialdemokratie wurden in der vom Parteitag beschlossenen Fassung des Erfurter Programms nicht voll berücksichtigt. Die Mängel des Programms ergaben sich jedoch nicht nur aus der besonderen politischen Situation in Deutschland, sondern auch aus theoretischen Unklarheiten der sozialdemokratischen Parteiführung. Das Unvermögen, alle Hauptlehren aus der Pariser Kommune zu ziehen, hinderte die Partei daran, die Strategie und Taktik richtig auszuarbeiten. Diese Mängel erleichterten es den Revisionisten, in der Epoche des Imperialismus das Erfurter Programm für die Verbreitung ihrer opportunistischen Ideen zu mißbrauchen.

Die Beratungen auf den Parteitagen in Halle und Erfurt standen inhaltlich in untrennbarem Zusammenhang. Beide Parteitage leisteten

[140] Friedrich Engels: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 22, S. 235 u. 237.

eine große, für die weitere Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung richtungweisende Arbeit. Ihre Verhandlungen und Dokumente spiegelten den theoretischen und politisch-ideologischen Entwicklungsstand wider, den die Partei im Kampf gegen das Sozialistengesetz und gegen den Opportunismus errungen hatte.

2. Die Entwicklung der Gewerkschaften und anderer Massenorganisationen des Proletariats. Der antimilitaristische und demokratische Kampf der deutschen Arbeiterklasse

Die deutsche Sozialdemokratie nutzte mit großem Geschick die Legalität zur weiteren Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung aus. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes wuchs die deutsche Arbeiterbewegung stürmisch in die Breite.

Die soziale Grundlage für diesen Prozeß war das schnelle Wachstum des Proletariats. Nach der Gewerbestatistik waren 1882 7,3 Millionen, 1895 10,3 Millionen Arbeiter Deutschlands in Industrie und Handwerk beschäftigt. 30 Prozent der Arbeiter waren 1895 in Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern tätig. Der Kern des revolutionären Proletariats, das Proletariat der Großindustrie, trat nun in den politischen Auseinandersetzungen stärker in den Vordergrund.

Der Hunger war häufig Gast in zahlreichen Arbeiterfamilien. Die Arbeiterlöhne lagen in den Jahren von 1887 bis 1893 etwa 15 Prozent unter dem amtlich errechneten Existenzminimum. Von den kärglichen Löhnen mußten die Arbeiter durchschnittlich 17,5 Prozent für Wohnungsmiete zahlen. In den größeren Städten waren aber bis 70 Prozent aller Wohnungen Einzimmerbehausungen. Weitere 20 Prozent des Einkommens mußten für Brot und Mehl aufgewendet werden. Die Kämpfe der Arbeiterklasse erzwangen in den neunziger Jahren ein leichtes Anwachsen der Reallöhne. Dennoch lagen die Reallöhne von 1893 bis 1902 immer noch 11 Prozent unter dem Existenzminimum. Die Proletarierfrauen und teilweise auch ihre Kinder mußten den Existenzunterhalt ihrer Familien mitbestreiten. Das leichte Anheben der Löhne entsprach bei weitem nicht der ständigen Erhöhung der Arbeitsintensität. Hinzu kam der Druck der Arbeitslosigkeit. Von den organisierten Buchdruckern zum Beispiel waren 1887

5,4 Prozent, 1890 2,6 Prozent, 1892 4,9 Prozent und 1894 6,3 Prozent arbeitslos.

Infolge der Kampfaktionen der Arbeiterklasse und auf Grund der intensiveren Ausbeutung war die Arbeitszeit in den neunziger Jahren im Durchschnitt auf 11 Stunden zurückgegangen. Arbeitszeiten von 12, 13 und mehr Stunden, Überschichten und Sonntagsarbeiten waren jedoch keine Seltenheit. Die Akkordarbeiter der Königlichen Gewehrfabrik in Amberg zum Beispiel mußten von 5 bis 20 Uhr arbeiten. Urlaub war Arbeitern unbekannt. Sie bezahlten mit ihrem und der Ihren Blut und Leben die Entwicklung Deutschlands zu einem „Industrieland ersten Ranges“[141]. Nach einer Statistik der Kranken- und Sterbekasse der Buchdrucker waren 50 Prozent der Todesfälle der Versicherten auf Schwindsucht und andere Lungenkrankheiten zurückzuführen.

Die Lage der Arbeiter verschlechterte sich durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise 1891 bis 1893 und der Wirtschaftspolitik der herrschenden Klassen erheblich. Während die Arbeiter infolge Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit weniger Lohn erhielten, stiegen die Preise für die Hauptnahrungsmittel wie Brot und Mehl enorm. Die Sozialdemokratie führte unter der Losung „Gegen Getreidezölle – für billiges Brot“ machtvolle außerparlamentarische Protestaktionen durch, die mit acht großen Versammlungen des Berliner Proletariats am 5. Juni 1891 eingeleitet wurden. Insgesamt fanden über 400 Protestversammlungen statt.

Die Unternehmer waren besonders nach dem Sturz des Sozialistengesetzes bestrebt, preußisch-militaristische Verhältnisse auch in ihren Betrieben durchzusetzen. Kapitalmacht und Militärstaat vermochten jedoch nicht, die Entwicklung des Klassenbewußtseins und das Erstarken der Arbeiterbewegung aufzuhalten. Ein entscheidendes Mittel für den Kampf der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung bildeten die Gewerkschaften.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung kräftigte und festigte sich im Zusammenhang mit den Streikkämpfen der deutschen Arbeiterklasse. Zwar sank die Zahl der Streiks nach 1890 infolge der einsetzenden Wirtschaftskrise, aber die Arbeiterkämpfe rissen nicht ab.

Aus der Maifeier des Hamburger Proletariats im Jahre 1890 entwickelte sich, provoziert durch Aussperrungen und durch den konzen-

141 Friedrich Engels: [Rede auf einer sozialdemokratischen Versammlung in Berlin am 22. September 1893] [Zeitungsbericht]. In: Ebenda, S. 413.

trierten Angriff des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona auf das Koalitionsrecht[142] ein langwieriger Kampf, der zeitweilig über 20 000 Arbeiter erfaßte und sich bis in die Septembertage erstreckte. Ende November 1890 verteidigten 3000 Hamburger Tabakarbeiter in einem sechzehnwöchigen Streik ihr Koalitionsrecht gegen die Erpressungspolitik der zusammengeschlossenen Tabakfabrikanten. Die deutsche Arbeiterklasse unterstützte diesen Kampf mit einer umfangreichen Solidaritätsbewegung. Vom 8. November 1891 bis 14. Januar 1892 streikten rund 10 000 Buchdrucker um Lohnerhöhungen und für die Durchsetzung des Neunstundentages.

Im April 1891 flammte die seit 1889 nicht mehr zum Stillstand gekommene Streikbewegung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet wieder auf. Der Streik von etwa 20 000 Bergarbeitern brach jedoch schnell zusammen. Ebenfalls erfolglos endete der Streik von 22 000 Saarbergarbeitern um die Jahreswende 1892/1893. Diese Kämpfe waren, wie Friedrich Engels mit Bezug auf den Streik der Ruhrbergarbeiter hervorhob, „der gewöhnliche Weg, der neue große Arbeiterschichten zu uns führt"[143].

Mit solchen Aktionen reagierten die Arbeiter auf die Verschlechterung ihrer sozialen Lage und auf die Versuche der Unternehmer, das Koalitionsrecht zu vernichten. Diese Kampfaktionen, vor allem die Maikämpfe des Hamburger Proletariats, waren der Ausgangspunkt einer neuen Entwicklungsetappe der deutschen Gewerkschaften. Von der Berliner Gewerkschaftskonferenz im November 1890 eingesetzt, entstand die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Damit besaß die deutsche Gewerkschaftsbewegung erstmals ein zentrales Leitungsgremium. Die Generalkommission bewährte sich zu Beginn der neunziger Jahre, als sie Solidaritätsaktionen in ganz Deutschland zur Unterstützung der Kämpfe entfachte, die das Proletariat um das Koalitionsrecht führte.

Von der Generalkommission vorbereitet und einberufen, trat vom 14. bis 18. März 1892 in Halberstadt der Erste Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands zusammen. An ihm nahmen 208 Delegierte teil, die etwa 300 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertraten. Der Halberstädter Kongreß schuf die organisatorischen Grundlagen für den weiteren Aufschwung der deutschen Gewerk-

142 Dokument Nr. 122.

143 Engels an August Bebel, 1. [–2.] Mai 1891. In: Friedrich Engels: Briefe an Bebel, S. 178.

schaften. Er distanzierte sich von den bürgerlich-liberalen Arbeiterorganisationen und wies auch die überlebten Organisationsvorstellungen derjenigen zurück, die die gewerkschaftliche Zersplitterung in Lokalorganisationen beibehalten wollten. Auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongreß schlossen sich die sozialistischen Gewerkschaften endgültig zu einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung zusammen. Die freien Gewerkschaften besaßen nunmehr regelmäßige nationale Gewerkschaftskongresse und eine gemeinsame Leitung, die Generalkommission.[144]

Erstmalig wurde die Aufnahme der Arbeiterinnen als Mitglieder zum Prinzip für die Gewerkschaftsbewegung eines ganzen Landes erhoben. Die freien Gewerkschaften waren wirkliche Klassenorganisationen des Proletariats, die die gesamte Arbeiterklasse – Arbeiter und Arbeiterinnen, gelernte und ungelernte Proletarier, Fach- und Hilfsarbeiter – in ihren Organisationen erfaßten.

Die sozialistische Gewerkschaftsbewegung gliederte sich in Zentralverbände, die zum großen Teil Berufsorganisationen waren. Der Halberstädter Kongreß orientierte jedoch auf die gegenseitige Annäherung der Organisationen „verwandter" Berufe. Durch Vereinbarungen und gemeinsame Organe sollten sich die verwandten Organisationen auf der Basis von Industriezweigen zu starken Verbänden zusammenschließen. Nachdem bereits 1891 der Deutsche Metallarbeiter-Verband auf dieser Grundlage entstanden war, schlossen sich 1893 die wichtigsten Organisationen der Holzarbeiter zum Deutschen Holzarbeiter-Verband zusammen. Der gewerkschaftliche Konzentrationsprozeß setzte sich in den folgenden Jahren fort; er wurde jedoch durch opportunistische Beschränktheit, fortwirkende Berufstraditionen und andere Faktoren stark gehemmt.

Im Kampf gegen soziale Verschlechterungen, besonders gegen die indirekten Steuern, mit denen die Aufrüstungspolitik weitgehend finanziert wurde, gerieten die Arbeiter unweigerlich in Konflikt mit dem militaristischen Obrigkeitsstaat. Die Gewerkschaften entwickelten sich so zu Kampforganisationen gegen den fortschreitenden Militarisierungsprozeß und für die Durchsetzung demokratischer Verhältnisse.

Der Halberstädter Kongreß legte jedoch nicht grundsätzlich die politisch-ideologischen Positionen der deutschen Gewerkschaftsbewegung fest. Die Delegierten bekannten sich in Halberstadt demonstra-

[144] Dokument Nr. 129.

tiv zu Karl Marx, an dessen neunten Todestag der Kongreß zusammentrat, zu den Märzgefallenen des Jahres 1848 und zur revolutionären Sozialdemokratie. Aber weder die Generalkommission noch die einzelnen Zentralverbände erarbeiteten eine grundsätzliche politische Richtschnur, nach der sie ihre gesamte Tätigkeit ausrichten konnten. Die Unterschätzung der politisch-ideologischen Fragen – besonders bei den führenden Gewerkschaftsfunktionären – begünstigte opportunistische Auffassungen, förderte den gewerkschaftlichen Praktizismus und erschwerte es, das Klassenbewußtsein der Gewerkschaftsmitglieder zu festigen.

Besonders hemmend wirkte sich das ungeklärte Verhältnis von Partei und Gewerkschaften aus. Auf dem Kölner Parteitag 1893 löste diese Frage heftige Auseinandersetzungen aus. Den Kern des Streites um das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften bildete die Frage, ob die Gewerkschaften eine sozialistische, revolutionäre Klassenpolitik oder eine trade-unionistische Reformpolitik betreiben sollten.

Die führenden Gewerkschaftsvertreter – vor allem Carl Legien, Vorsitzender der Generalkommission – traten für eine im wesentlichen ökonomische Orientierung der Gewerkschaftsbewegung ein. Die Partei sollte sich der Generalkommission faktisch unterordnen.

Der Parteitag wies diese opportunistischen Forderungen Carl Legiens mit aller Schärfe zurück. Er legte „den Parteigenossen von neuem die Pflicht auf, unermüdlich für die Erkenntnis der Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken und mit aller Kraft für deren Stärkung einzutreten“[145]. Damit war aber das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften nicht eindeutig bestimmt, zumal die Resolution die „Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation“ lediglich mit der „Führung der wirtschaftlichen Kämpfe“ begründete.[146]

August Bebel, Wilhelm Liebknecht und die Mehrheit der Parteitagsdelegierten stellten mit Recht den politischen Kampf über den wirtschaftlichen Tageskampf und hoben eindringlich die Klasseninteressen des Proletariats hervor. Aber es war falsch, die Gewerkschaften lediglich auf den wirtschaftlichen Kampf zu verweisen und darauf zu

145 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Köln a. Rh. vom 22. bis 28. Oktober 1893, Berlin 1893, S. 180/181. Im Original gesperrt.

146 Ebenda, S. 180.

verzichten, feste Grundsätze aufzustellen, die der Partei den bestimmenden Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung sichern mußten. Die Bedeutung der Gewerkschaften innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung, ihre Aufgaben bei der Heranführung des Proletariats an die proletarische Revolution und im Kampf um die Macht wurden auf dem Kölner Parteitag nicht geklärt.

Diese Mängel wurden zunächst noch durch die Opferfreudigkeit, die zähe Kleinarbeit und den revolutionären Elan der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und der Gewerkschaftsfunktionäre aufgewogen. Die Gewerkschaften wuchsen so trotz dieser Mängel zu kampfstarken Organisationen der Arbeiterklasse heran und bezogen immer größere Teile des Proletariats in den Klassenkampf ein.

Neben den Gewerkschaften entwickelten sich Anfang der neunziger Jahre auch die Genossenschaften weiter. Entstanden aus den unmittelbaren Kämpfen gegen das Unternehmertum, boten sie den Arbeitern einen gewissen Schutz vor der sich mehr und mehr verstärkenden kapitalistischen Ausbeutung und Ausplünderung. Doch war die Genossenschaftsbewegung von vornherein stark opportunistisch belastet. Die Partei forderte daher auf ihrem Berliner Parteitag von 1892 dazu auf, „den Glauben zu bekämpfen, daß Genossenschaften imstande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern“[147].

Eine andere Organisationsform des Proletariats war die Arbeiterturnbewegung. Sie hatte bereits unter dem Sozialistengesetz ihre Bewährungsprobe vorzüglich bestanden. 1890 entstand in Berlin der Turnverein „Fichte“, der bald zum größten Verein des Arbeiter-Turnerbundes und zu einem Symbol für die Entwicklung des revolutionären Arbeitersports wurde. Noch wichtiger für die Entwicklung des Arbeitersports war das Jahr 1893. Während der Pfingstfeiertage, am 21. und 22. Mai, trafen sich in Gera 39 Delegierte, die 51 Turnvereine aus 49 verschiedenen Orten mit 3556 Mitgliedern vertraten. Sie gründeten den Arbeiter-Turnerbund. Mit diesem Turnerbund schuf sich das Proletariat eine erste selbständige, sich über ganz Deutsch-

147 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Berlin vom 14. bis 21. November 1892, Berlin 1892, S. 220.

land erstreckende Organisation auf dem Gebiete der Körperkultur. Sie war zugleich die erste ihrer Art in der Welt und beeinflußte die Entwicklung der internationalen Arbeitersportbewegung.

Die sozialistische Bewegung eroberte sich auch neue Bereiche für ihre Arbeit. So gewann seit Beginn der neunziger Jahre die Kommunalpolitik immer mehr an Bedeutung. 1899 arbeiteten allein in Sachsen 809 Sozialdemokraten in 305 Gemeindevertretungen. Kräftig unterstützt durch die lokale Parteipresse, widmeten sich die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker vor allem der Verbesserung der sozialen und sozialhygienischen Verhältnisse und der Bildung für das Volk.

Überall, wo Sozialdemokraten wirkten, nutzten sie die Möglichkeiten, um die Arbeiter in den vielfältigsten Formen zu organisieren und sie zum Klassenbewußtsein zu erziehen. Das war ein charakteristisches Merkmal der Tätigkeit der deutschen Sozialdemokraten in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Die deutsche Sozialdemokratie entwickelte in ihrer revolutionären Periode – beispielgebend für die internationale Arbeiterbewegung – eine große Zahl proletarischer Massenorganisationen. Dadurch erhöhte sich die Schlagkraft des Proletariats, was besonders auch im antimilitaristischen Kampf wirksam wurde.

Die neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts standen mehr denn je im Zeichen der weiteren Aufrüstungs- und Militarisierungspolitik der herrschenden Klassen, die versuchten, weite Kreise des deutschen Volkes mit Hilfe eines ungeheuren Propagandarummels für ihre Politik einzuspannen.

Sehr deutlich zeigten sich die neuen Erscheinungen des Militarismus im Beginn der Flottenrüstung und in der gewaltigen Ausdehnung des militaristischen Heeres. Die reaktionären Junker und die Rüstungsindustriellen planten seit längerer Zeit eine große Heeresvorlage. Sie wurde am 23. November 1892 dem Reichstag vorgelegt. Die Forderungen dieser Militärvorlage waren bisher ohne Beispiel. So sollte die Friedenspräsenzstärke des Heeres auf 571 343 Mann (einschließlich Unteroffiziere) erhöht werden. Die geforderten Verstärkungen des Heeres waren höher als alle Verstärkungen von 1874 bis 1890 zusammengenommen. Vor allem sollte das Heer um 12 323 Unteroffiziere und 2138 Offiziere erweitert werden. „Die Fundamente des Militarismus", so schrieb Franz Mehring, „sind ein möglichst zahlreiches, ... an die Person des Monarchen geknüpftes Offiziers- und

Unteroffizierskorps ... Diese Fundamente zu stärken ist der klare Zweck der neuen Militärvorlage ..."[148]

Die Sozialdemokratie hatte bereits auf ihrem Berliner Parteitag 1892 in einer speziellen Resolution zur Militärfrage ihre Aufgaben festgelegt.[149] Wie im Wahlaufruf von 1887 wurde jede militaristische Forderung abgelehnt: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen! Die Partei erklärte, daß das herrschende Militärsystem nicht in der Lage sei, „die Sicherheit Deutschlands gegen feindliche Überfälle zu gewährleisten", es bilde im Gegenteil „eine fortdauernde Bedrohung des Völkerfriedens" und gefährde dadurch die Existenz der Nation.[150]

Im Reichstag lehnten die sozialdemokratischen Redner nicht nur die Militärvorlage ab, sondern entlarvten auf vielfältige Weise das volksfeindliche und aggressive System. Entsprechend ihrer revolutionären Taktik, verband die Partei die parlamentarischen Auseinandersetzungen mit außerparlamentarischen Massenaktionen. Derartige Protestkundgebungen, die weite Kreise des Volkes erfaßten, wurden schon kurz nach Bekanntwerden der Regierungspläne abgehalten. Allein von Oktober 1892 bis März 1893 berichtete der „Vorwärts" von mehr als 750 Massenmeetings.

Die antimilitaristische Bewegung, die von der Sozialdemokratie geführt wurde, übte auf die in der Militärfrage wieder schwankende Deutsche Freisinnige Partei und das Zentrum einen starken Druck aus. Gleichzeitig verstärkten sich die Auseinandersetzungen innerhalb der an der Regierung beteiligten Klassenfraktionen. Ihre inneren Schwierigkeiten und die Verhandlungen hinter den Kulissen suchten die bürgerlichen Parteien durch einen antisozialistischen Vorstoß zu verdecken. Sie provozierten im Reichstag eine Debatte über den sozialistischen „Zukunftsstaat", mit der sie die Sozialdemokratie, wie Friedrich Engels schrieb, „schön auf's Glatteis führen" und Vorwände für weitere Verfolgungen provozieren wollten.[151] Die Partei nutzte die „Zukunftsstaatsdebatte" zu einer großartigen Propaganda ihrer Politik und ihrer sozialistischen Ziele. Engels wertete diese Debatte als neuen Sieg der Arbeiterpartei.

148 Die Neue Zeit (Stuttgart), 11. Jg. 1892/1893, Erster Band, S. 283/284.

149 Dokument Nr. 130.

150 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, S. 132.

151 Engels an August Bebel, 9. Februar 1893. In: Friedrich Engels: Briefe an Bebel, S. 276.

Unter dem Druck der antimilitaristischen Massenaktionen und infolge von Gegensätzen innerhalb der herrschenden Klassen lehnte am 6. Mai 1893 der Reichstag die Militärvorlage ab. Sofort wurde der Reichstag aufgelöst und die von der Regierung organisierte militaristische Propagandawelle verstärkt. Dieser Propagandawelle stemmte sich die Sozialdemokratie entgegen.

Höhepunkt der antimilitaristischen Aktionen war der Wahlkampf von 1893. Er stand ganz im Zeichen des Ringens zwischen den militaristischen Kräften der Junker und Monopolisten und den antimilitaristischen Kräften der Arbeiterbewegung. Die Wahlen zeigten deutlich eine Sammlung der Klassenkräfte auf der Rechten und auf der Linken. Die deutsche Sozialdemokratie gewann annähernd 360 000 neue Stimmen. Sie erreichte insgesamt 1,8 Millionen Stimmen – rund 22 Prozent aller abgegebenen Stimmen – und festigte ihre Stellung als stärkste Partei in Deutschland.

Der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie bei den Wahlen von 1893 bewies die zunehmende antimilitaristische Stimmung breiter Schichten des Volkes. Er war nicht allein auf das konsequente Nein der Sozialdemokratie zu den Regierungsvorlagen im Parlament und auf die außerparlamentarische Protestbewegung zurückzuführen. Die Anziehungskraft der Sozialdemokratie gewann außerordentlich durch ihr positives Militärprogramm.

Bereits im Erfurter Programm war die Volkswehr anstelle des stehenden Heeres gefordert worden. Die Sozialdemokratie entwikkelte ein besonderes Milizprogramm, an dessen Ausarbeitung besonders August Bebel großen Anteil hatte. Das Milizprogramm sah eine Wehrorganisation vor, die demokratisch aufgebaut werden und alle wehrfähigen Männer erfassen sollte. Untauglich zu einer aggressiven Politik, gestattete diese Miliz eine wirkungsvolle Verteidigung des Landes im Falle eines Angriffs.

1893 faßte Friedrich Engels seine Auffassungen in der Schrift „Kann Europa abrüsten?" zusammen. Ausgangspunkt dieser Arbeit war die Erkenntnis, „daß das System der stehenden Heere in ganz Europa auf die Spitze getrieben ist in einem Grad, wo es entweder die Völker durch die Militärlast ökonomisch ruinieren oder in einen allgemeinen Vernichtungskrieg ausarten muß, es sei denn, die stehenden Heere werden rechtzeitig umgewandelt in eine auf allgemeiner Volksbewaffnung beruhenden Miliz"[152]. Von Sorge um die Erhaltung

[152] Friedrich Engels: Kann Europa abrüsten? In: Marx/Engels: Werke, Bd. 22, S. 371.

des Friedens in Europa erfüllt, entwickelte Friedrich Engels als Alternative zur Kriegspolitik den ersten konkret formulierten Abrüstungsvorschlag der sozialistischen Bewegung.

Friedrich Engels verfolgte mit diesem Abrüstungsvorschlag keineswegs das unter den Bedingungen der Alleinherrschaft des Kapitalismus utopische Ziel, eine allgemeine und vollständige Abrüstung herbeizuführen. Er ging davon aus, daß der Frieden erst durch den Sozialismus garantiert werden kann. Aber bereits vor der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse bestehe die Möglichkeit, mit Hilfe machtvoller antimilitaristischer Aktionen die Regierungen unter Druck zu setzen, um das Wettrüsten teilweise abzubremsen. Die Regierungen würden den Abrüstungsvorschlägen und der Milizforderung ohne Zwang nie zustimmen. Das geschehe nicht aus militärischen, sondern aus politischen Gründen, schrieb Engels, denn das stehende Heer solle „nicht so sehr gegen den äußern wie gegen den innern Feind“[153] Verwendung finden.

Das Programm der deutschen Sozialdemokratie und die Engelsschen Vorschläge verkörperten die konkrete Alternative der Arbeiterklasse zur forcierten Aufrüstungs- und Militarisierungspolitik der herrschenden Klassen. Damit waren neue politische Möglichkeiten gegeben, um die antimilitaristischen Kräfte gegen die abenteuerliche Politik des deutschen Militarismus zusammenzufassen.

Die Arbeit von Friedrich Engels „Kann Europa abrüsten?“ ging weit über die Bedeutung des Tages hinaus. Dieses Werk gehört zu den wertvollsten Dokumenten der internationalen Arbeiterbewegung. Mit Friedrich Engels faßten die revolutionären Kräfte in der Partei ihr Milizprogramm nicht im Sinne einer bürgerlichen Demokratisierung der derzeitigen stehenden Heere auf, sondern setzten sich die revolutionäre Überwindung des preußisch-deutschen Militarismus, die Vernichtung des politischen Systems der Militärmonarchie, zum Ziele. Dieses revolutionär-demokratische Programm entsprach den Entwicklungsbedürfnissen der Nation und konnte infolge des historischen Versagens der Bourgeoisie nur noch vom Proletariat verfochten werden.

Jedoch verband die Sozialdemokratie das Milizprogramm nicht unmittelbar mit der Forderung nach der demokratischen Republik. Dadurch wurde die politische Schlagkraft der sozialdemokratischen Militärpolitik verringert.

153 Ebenda.

Dennoch war es eine großartige Leistung, daß die Partei die Milizforderung immer wieder vertrat und im Laufe der neunziger Jahre auch mehrere entsprechende Anträge im Reichstag einbrachte. Die dadurch erzwungene ablehnende Stellungnahme der herrschenden Klassen enthüllte das preußisch-deutsche Militärsystem als den Hauptbestandteil des im Innern antidemokratischen und nach außen hin aggressiven politischen Systems in Deutschland. Der parlamentarische und außerparlamentarische Kampf gegen die Aufrüstung wurde von der Sozialdemokratie mit der ideologisch-politischen Bekämpfung der militaristischen Ideologie verbunden. Dem Sedan- und Kriegsvereinsrummel setzte die Partei große Protestkundgebungen und Parteiversammlungen entgegen, auf denen in bewußter Gegnerschaft zur militaristischen Propaganda die demokratischen und revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse und des deutschen Volkes dargelegt wurden. Der militaristisch-chauvinistischen Propagandaflut, die besonders zum 25. Jahrestag des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/1871 und der Reichsgründung von 1871 einen Höhepunkt erreichte, setzte die Sozialdemokratie eine antimilitaristische Kampagne entgegen. Am 10. August 1895 wandte sich der „Vorwärts" gegen die „Schürer eines Weltkrieges". Während die herrschenden Klassen „als die größten nationalen Taten ... die Schlachten, als die größten Männer die Generale feiern", schrieb der „Vorwärts", seien „diesseits und jenseits der Vogesen ... die Sozialdemokraten eifrigst bemüht, den Militarismus zu bekämpfen".[154] Fast gleichzeitig hätten die sozialdemokratischen Parlamentsabgeordneten in Paris und Berlin die „Abschaffung der eine Kriegsgefahr bildenden stehenden Heere ... und ihre Ersetzung durch das eine Friedensgewähr bildende Milizsystem" gefordert.[155]

„Der Wahre Jacob" veröffentlichte am Sedantag 1895 eine Skizze über die Schlacht von Sedan aus Zolas Roman „Der Zusammenbruch". Die Sozialdemokratie organisierte Protestversammlungen gegen Bismarck-Spenden, gegen Sammlungen zu sogenannten Nationaldenkmälern usw. In Darmstadt protestierten die Arbeiter gegen den „künstlich geschürten Patriotismus"[156], indem sie während des Kriegerfestes demonstrativ einen Ausflug nach Altheiligen organisierten, nachdem die Polizei jegliche Versammlung und Ansammlung von Sozialdemokraten verboten hatte. Am 2. September telegrafierten die sozial-

154 Vorwärts (Berlin), 10. August 1895.

155 Ebenda.

156 Ebenda, 22. August 1895.

demokratischen Vertrauensmänner Berlins an französische Sozialisten: „Am 25. Jahrestag der Schlacht von Sedan senden, als Protest gegen Krieg und Chauvinismus, den französischen Genossen Gruß und Handschlag. Hoch die Völkersolidarität!“[157] Da am 2. September 1895 alle sozialdemokratischen Versammlungen in Berlin und vielen anderen Orten verboten waren, führte die Sozialdemokratie am 4. September Kundgebungen durch, in denen der reaktionäre Klasseninhalt der Sedanfeiern entlarvt wurde.

Durch ihren proletarischen Internationalismus und das Bekenntnis zu den humanistischen Traditionen der Weltkultur gelang es der Sozialdemokratie, den Einfluß des Chauvinismus auf die werktätigen Schichten des Volkes wesentlich einzuschränken. „Welcher klassenbewußte Arbeiter in deutschen Landen“, schrieb der „Vorwärts“ bereits am 4. August 1895, „reichte im Anblick des mordpatriotischen Geheuls nicht mit *doppelter Innigkeit* seinen *französischen Brüdern* und Leidensgefährten die Hand eingedenk der erzenen Losungsworte, vor denen die Bourgeoisie der ganzen Welt *erblaßt*, als vor einem Menetekel: *Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!*“[158]

Die herrschenden Klassen suchten die von ihnen hochgepeitschte chauvinistische Welle zu einem Generalangriff auf die demokratischen Rechte des Volkes unmittelbar auszunutzen. Auf Weisung Wilhelms II. legte der preußische Innenminister Ernst Matthias von Köller am 15. September 1895, knapp zwei Wochen nach dem Sedantag, dem preußischen Kabinett vier Gesetzentwürfe zur Einschnürung des Vereins- und Versammlungsrechts vor. Dabei forderte er ein „kurzes, klares Sozialistengesetz“[159]. Aber angesichts der Stärke der sozialistischen Bewegung vertieften sich die taktischen Differenzen innerhalb der Regierung, und das preußische Kabinett lehnte Köllers Vorlage ab.

Die Sozialdemokratie verteidigte in ihrem standhaften Kampf gegen Militarismus und Chauvinismus die demokratischen Freiheiten. Vielfältigen Einfluß auf den antimilitaristischen Kampf in Deutschland übte die II. Internationale aus, wie wiederum der antimilitaristische Kampf des deutschen Proletariats bedeutende Auswirkungen auf die II. Internationale hatte.

157 Ebenda, 3. September 1895.

158 Ebenda, 4. August 1895.

159 Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit. Hrsg. von Karl Alexander von Müller, Stuttgart-Berlin 1931, S. 98.

Im Vordergrund aller internationalen Kongresse in den neunziger Jahren standen die Auseinandersetzungen um eine richtige Politik und Taktik gegen den Militarismus und gegen das Wettrüsten in Europa. Hatte sich der Pariser Gründungskongreß vornehmlich mit der inneren Funktion des Militarismus beschäftigt, so nahm der Kongreß in Brüssel 1891 ausführlicher und präziser zur Frage des Krieges Stellung. Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland und die französisch-russische Annäherung erforderten eine Stellungnahme. Zum ersten Male wurde in einem Dokument der II. Internationale von einem drohenden Weltkrieg gesprochen. Diese Kriegsgefahr, so betonten die Verfasser, hat ihre Ursachen im kapitalistischen System. Die Verantwortung für einen Krieg tragen die herrschenden Klassen.

In Brüssel – wie auch 1893 in Zürich und 1896 in London – wiesen die revolutionären Arbeiterführer anarchistische Bestrebungen zurück, die einen illusionären Weltstreik der Arbeiter und Soldaten zu Beginn eines Krieges forderten. Mit ihrer Forderung nach einem Weltstreik, der im Falle eines Kriegsausbruches in allen Ländern gleichzeitig durchgeführt werden sollte, mißachteten die anarchistischen Wortführer die realen internationalen Kräfte- und Klassenverhältnisse. Ihre Politik hätte das Proletariat zur Untätigkeit verurteilt.

Der Kongreß in Zürich ergänzte die bisherigen Resolutionen über den Militarismus und beschloß: Ablehnung aller Militär- und Kriegskredite durch die Arbeitervertreter in den Parlamenten, Eintreten für die Abrüstung, Protestaktionen gegen die stehenden Heere und Unterstützung der Organisationen, die für den Weltfrieden wirkten. Der Kongreß beschloß weiterhin, in Zukunft die Mai-Kundgebungen zugleich als antimilitaristische Friedensdemonstrationen durchzuführen. Die Beschlüsse der II. Internationale bewirkten einen Aufschwung des antimilitaristischen Kampfes in vielen Ländern, besonders in Frankreich und Deutschland.

Die deutsche Sozialdemokratie errang sowohl bei der Organisation und Leitung des proletarischen Klassenkampfes als auch bei der Sammlung breiter Schichten des Volkes für den antimilitaristischen Kampf große Erfolge. Diesem Aufschwung versuchten die herrschenden Klassen mit einer noch brutaleren Unterdrückungspolitik zu begegnen.

Anfang Dezember 1894 brachte die Regierung – gedrängt durch

maßgebliche Vertreter der Monopolbourgeoisie[160] – die „Umsturzvorlage" im Reichstag ein. Die Umsturzvorlage sah eine rigorose Verschärfung der Strafgesetz-, Militärstrafgesetz- und Pressegesetzgebung vor, nach der Umsturzbestrebungen bereits ohne Tatbestand mit Zuchthaus und vorgebliche Angriffe auf Religion, Monarchie, Ehe, Familie oder Eigentum mit Gefängnis bis zu vier Jahren bestraft werden sollten.[161] Diese Pläne übertrafen sogar das Sozialistengesetz Bismarcks.

Dieser Generalangriff gegen die ohnehin geringen demokratischen Rechte richtete sich in erster Linie gegen die Sozialdemokratie, zielte aber darüber hinaus gegen alle oppositionellen Kräfte des deutschen Volkes. In vielen Orten Deutschlands protestierte die Arbeiterklasse und bezog andere Schichten des Volkes, besonders aus dem Kleinbürgertum und der Intelligenz, in die Protestbewegung ein. So beriefen zum Beispiel in Berlin und Gotha Sozialdemokraten und linksliberale Politiker gemeinsam Versammlungen ein und protestierten energisch gegen den Angriff auf die demokratischen Rechte des Volkes.

Die Mehrheit der bürgerlichen Reichstagsabgeordneten konnte es angesichts der Massenstimmung nicht wagen, dieser Vorlage zuzustimmen. Die Regierungsvorlage wurde im Mai 1895 endgültig abgelehnt. Wilhelm II. telegrafierte: „Es bleiben uns somit noch die Feuerspritzen für gewöhnlich und Kartätschen für die letzte Instanz übrig!"[162]

Was mit der Umsturzvorlage nicht erreicht werden konnte, sollten nun Polizei und Strafjustiz besorgen. Partei- und Gewerkschaftsorganisationen sowie die Arbeiterinnen-Agitations-Kommission in Berlin wurden polizeilich aufgelöst, Volksversammlungen verboten, Zeitungen beschlagnahmt und Redakteure verhaftet. „Seit dem Umsturz der Umsturzvorlage", berichtete der Parteivorstand 1895, „weht ein scharfer Wind. Die Anklagen mehren sich und die Strafen werden drakonischer."[163] Die Arbeiterklasse aber trotzte der Terrorwelle. In seiner Ratlosigkeit, wie der Arbeiterbewegung beizukommen sei, verstieg

160 Dokument Nr. 131, Nr. 132, Nr. 133, Nr. 134, Nr. 135 u. Nr. 136.

161 Dokument Nr. 138.

162 Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit, nach S. 64.

163 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Breslau vom 6. bis 12. Oktober 1895, Berlin 1895, S. 42.

sich Wilhelm II. zu der Forderung an seine Adjutanten, „Herrn Bebel und Konsorten in dem Redaktionslokale des ‚Vorwärts' über den Kopf" zu schlagen und eine Pogromstimmung zu schaffen, damit „das patriotisch erregte Volk durch Zertrümmerung der Druckerei zum ersten Mal der Sozialdemokratie einen Schrecken" beibringe.[164]

So ermuntert, versuchte der preußische Innenminister Ernst Matthias von Köller, durch vollendete Tatsachen einen entscheidenden Rechtsruck in der Regierungspolitik durchzusetzen. Am 25. November 1895 fanden Haussuchungen im Büro der sozialdemokratischen Parteileitung und den Wohnungen ihrer Mitglieder sowie bei den Berliner Vertrauensmännern der Sozialdemokratie statt. Vier Tage später verfügte der Berliner Polizeipräsident die vorläufige Auflösung von elf sozialdemokratischen Organisationen, darunter auch des Parteivorstandes. Die Sozialdemokratie griff sofort auf bereits unter dem Sozialistengesetz bewährte Organisationsformen zurück. Der Parteivorstand erklärte: „Unsere Partei wird bestehen, kämpfen und siegen mit oder ohne offizielle Organisation!"[165] Die Partei übertrug der Reichstagsfraktion wiederum, wie unter dem Sozialistengesetz, die Parteiführung. Fünf Abgeordnete, an der Spitze August Bebel, bildeten einen neuen Parteivorstand.

Die Partei mobilisierte die Arbeiterklasse gegen die Vorstöße der Reaktion. Diese Protestbewegung wurde vom internationalen Proletariat unterstützt. So führten die Sozialdemokraten Wiens am 2. Dezember 1895 zehn große Protestkundgebungen gegen den „Köller-Coup" durch. Der preußische Innenminister erlitt ein klägliches Fiasko. Er wurde zum Rücktritt gezwungen.

3. Die weitere Ausbreitung des Marxismus und der Kampf gegen den Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung

Das Anwachsen der Arbeiterbewegung erforderte, das politisch-ideologische Niveau der sozialistischen Bewegung ständig zu heben und jeder Verflachung mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Fried-

164 Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit, S. 100.

165 Vorwärts (Berlin), 1. Dezember 1895.

rich Engels und der marxistische Führungskern der deutschen Partei sorgten dafür, daß die Parteiverlage, besonders der J. H. W. Dietz-Verlag und die Buchhandlung des „Vorwärts", wichtige Arbeiten Karl Marx' und Friedrich Engels' in hohen Auflagen verlegten. Die Partei veranlaßte die Herausgabe von 19 Werken der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus. So erschienen in den neunziger Jahren das „Manifest der Kommunistischen Partei" in mindestens sieben Auflagen mit mehr als 15 000 Exemplaren und die Engelssche Arbeit „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates", die bis 1900 acht Auflagen mit insgesamt 15 000 Exemplaren erlebte. Wiederholt wurde „Das Kapital" aufgelegt, dessen III. Band erstmalig 1894 erschien. Diese Werke machten die Arbeiterklasse mit den Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus vertraut und festigten das Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiter.

„Die Neue Zeit" entwickelte sich mehr und mehr zum führenden theoretischen Organ der deutschen und auch der internationalen Arbeiterbewegung. Friedrich Engels würdigte ihre Rolle als „Machtposten, ... den bis aufs äußerste zu halten der Mühe wert ist"[166]. In dieser Zeitschrift veröffentlichte Friedrich Engels eine Reihe wichtiger Artikel, so die Arbeit Karl Marx' „Zur Kritik des Gothaer Programms", seine Einleitung zur Marxschen Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich", „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland" und zwei wichtige Studien über aktuelle Probleme der Politik: „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums" und „Der Sozialismus in Deutschland".

Das marxistische Profil der „Neuen Zeit" wurde in den neunziger Jahren weitgehend durch die Artikel Friedrich Engels', August Bebels, Karl Kautskys und Franz Mehrings bestimmt. Karl Kautsky, der Redakteur der „Neuen Zeit", propagierte mit seinen Arbeiten den Marxismus in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und half so, Klarheit über die Aufgaben des Klassenkampfes und über die welthistorische Mission des Proletariats zu verbreiten. Er behandelte in seinen Schriften wichtige Fragen der marxistischen politischen Ökonomie. Jedoch waren seine Arbeiten, besonders die über die marxistische Staats- und Revolutionstheorie, nicht frei von Mängeln, die aus

166 Engels an Karl Kautsky, 11. April 1890. In: Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky. Zweite, durch die Briefe Karl Kautskys vervollständigte Ausg. von „Aus der Frühzeit des Marxismus". Hrsg. und bearbeitet von Benedikt Kautsky, Wien 1955, S. 256.



Nr. 18. IX. Jahrgang, I. Band. 1890-91.

Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms.

Aus dem Nachlaß von **Karl Marx.**

Das hier abgedruckte Manuskript — der Begleitbrief an Bracke sowohl, wie die Kritik des Programmentwurfs — wurde 1875 kurz vor dem Gothaer Einigungskongreß an Bracke zur Mittheilung an Geib, Auer, Bebel und Liebknecht und spätern Rücksendung an Marx abgesandt. Da der Haller Parteitag die Diskussion des Gothaer Programms auf die Tagesordnung der Partei gesetzt hat, würde ich glauben, eine Unterschlagung zu begehn, wenn ich dies wichtige — vielleicht das wichtigste — in diese Diskussion einschlagende Aktenstück der Oeffentlichkeit noch länger vorenthielte.

Das Manuskript hat aber noch eine andere und weiter reichende Bedeutung. Zum ersten Mal wird hier die Stellung von Marx zu der von Lassalle seit dessen Eintritt in die Agitation eingeschlagnen Richtung klar und fest dargelegt, und zwar sowohl was die ökonomischen Prinzipien wie die Taktik Lassalle's betrifft.

Die rücksichtslose Schärfe, mit der hier der Programmentwurf zergliedert, die Unerbittlichkeit, womit die gewonnenen Resultate ausgesprochen, die Blößen des Entwurfs aufgedeckt werden, alles das kann heute, nach fünfzehn Jahren, nicht mehr verletzen. Spezifische Lassalleaner existiren nur noch im Ausland als vereinzelte Ruinen, und das Gothaer Programm ist in Halle sogar von seinen Schöpfern als durchaus unzulänglich preisgegeben worden.

Trotzdem habe ich einige persönlich scharfe Ausdrücke und Urtheile da, wo dies für die Sache gleichgiltig war, ausgelassen und durch Punkte ersetzt. Marx selbst würde dies thun, wenn er das Manuskript heute veröffentlichte. Die stellenweise heftige Sprache desselben war provozirt durch zwei Umstände. Erstens waren Marx und ich mit der deutschen Bewegung inniger verwachsen als mit irgend einer andern; der in diesem Programm-Entwurf bekundete entschiedene Rückschritt mußte uns also besonders heftig erregen. Zweitens aber lagen wir damals, kaum zwei Jahre nach dem Haager Kongreß der Internationale, im heftigsten Kampf mit Bakunin und seinen Anarchisten, die uns für Alles verantwortlich machten, was in Deutschland in der Arbeiterbewegung geschah; wir

Erstdruck von Karl Marx' „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei" in der „Neuen Zeit"

Die Neue Zeit

Revue

des

geistigen und öffentlichen Lebens

Erster Jahrgang

Stuttgart
Druck und Verlag von J. H. W. Dietz
1883

Titelblatt des ersten Jahrgangs der „Neuen Zeit“



Karl Kautsky

Probenummer. 2. Jahrgang.

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Herausgegeben von Emma Ihrer in Velten (Mark).

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 1 Mk. 20 Pf., unter Kreuzband 1 Mk. 50 Pf. Insertionspreis für gespaltene Petitzeile 30 Pf.

Stuttgart
Samstag, den 28. Dezember
1891.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit" sind zu richten an Frl. Klara Zetkin, Stuttgart, Hasenbergstraße 147, IV. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furthbachstraße 12.

An die Leser!

Mit dieser Nummer tritt „Die Gleichheit" an die Stelle der vielen liebgewordenen Zeitschrift „Die Arbeiterin." Wer „Die Arbeiterin" bisher und unter schwierigen Verhältnissen am Werk gesehen, der kennt mithin auch das Programm, das sich „Die Gleichheit" stellt, die prinzipielle Grundlage, auf der ihre Haltung fußt.

Allein in Folge veränderter äußerer Umstände hoffen wir, den Wirkungskreis des Blattes beträchtlich zu erweitern, und für die neu hinzukommenden Leser dürften einige Worte der Erklärung nicht überflüssig sein.

„Die Gleichheit" tritt für die volle gesellschaftliche Befreiung der Frau ein, wie sie einzig und allein in einer im Sinne des Sozialismus umgestalteten Gesellschaft möglich ist, wo mit der ökonomischen Abhängigkeit eines Menschen von einem anderen Menschen die Grundursache jeder sozialen Knechtung und Aechtung fällt. Sie geht von der Ueberzeugung aus, daß der letzte Grund der Jahrtausende alten niedrigen gesellschaftlichen Stellung des weiblichen Geschlechts nicht in der jeweiligen „von Männern gemachten" Gesetzgebung, sondern in den durch wirthschaftliche Zustände bedingten Eigenthumsverhältnissen zu suchen ist.

Mag man heute unsere gesammte Gesetzgebung dahin abändern, daß das weibliche Geschlecht rechtlich auf gleichen Fuß mit dem männlichen gestellt wird, so bleibt nichtsdestoweniger für die große Masse der Frauen, die nicht so vorsichtig gewesen, eine hohe Rente mit zur Welt zu bringen, die gesellschaftliche Versklavung in härtester Form weiterbestehen: ihre wirthschaftliche Abhängigkeit von ihren Ausbeutern.

Dieser Auffassung gemäß erblickt „Die Gleichheit" den Feind der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts weder in dem Egoismus, noch in den Vorurtheilen der Männerwelt, sie predigt nicht den Krieg von Geschlecht zu Geschlecht, sie glaubt nicht an die Weisheit einer zu Gunsten der Frauen veränderten Gesetzgebung.

Soll damit etwa gesagt sein, daß wir auf den Kampf für die rechtliche Gleichstellung der Frau mit dem Manne verzichten, soweit wir sie innerhalb der heutigen Gesellschaft erhalten können? Mit nichten und im Gegentheil. Wir fordern diese Gleichstellung, wir werden mit aller Energie für dieselbe eintreten, aber sie kann nicht unser letztes Endziel sein, sie ist uns nur ein höchst werthvolles, ja unerläßliches Mittel, dieses Ziel zu erreichen.

Kann die volle Befreiung der arbeitenden Frau nur erfolgen auf Grund einer völligen Umgestaltung der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse, so ist damit auch die Haltung vorgeschrieben, die sie in den heutigen gesellschaftlichen Kämpfen einzunehmen hat: **Sie muß theilnehmen am Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Gesellschaft, weil einzig und allein ein siegreiches Proletariat die Macht und den Willen besitzt, die Gesellschaft so umzugestalten, daß jede wirthschaftliche Abhängigkeit des Menschen von dem** Menschen ein Ende nimmt. In diesem Kampfe aber sind die ausgedehntesten politischen Rechte — die Arbeiterbewegung hat dies bewiesen — vorzügliche und unentbehrliche Waffen.

Die wohlhabende Frau bedarf zu ihrer Emanzipation, ihrer Befreiung blos der rechtlichen Gleichstellung mit dem Manne.

Die Frau des Proletariats dagegen bleibt, auch wenn sie ihre rechtliche Gleichstellung mit dem Manne errungen, noch unfrei, abhängig vom Kapitalisten. Sie muß deshalb alle Bestrebungen unterstützen, welche darauf abzielen, die Macht der Kapitalistenklasse zu beschränken, die Macht der Arbeiterklasse dagegen zu erweitern; **sie muß der Bourgeoisie alle die Konzessionen abzuringen suchen, welche geeignet sind, das Proletariat körperlich, geistig und sittlich zu heben.**

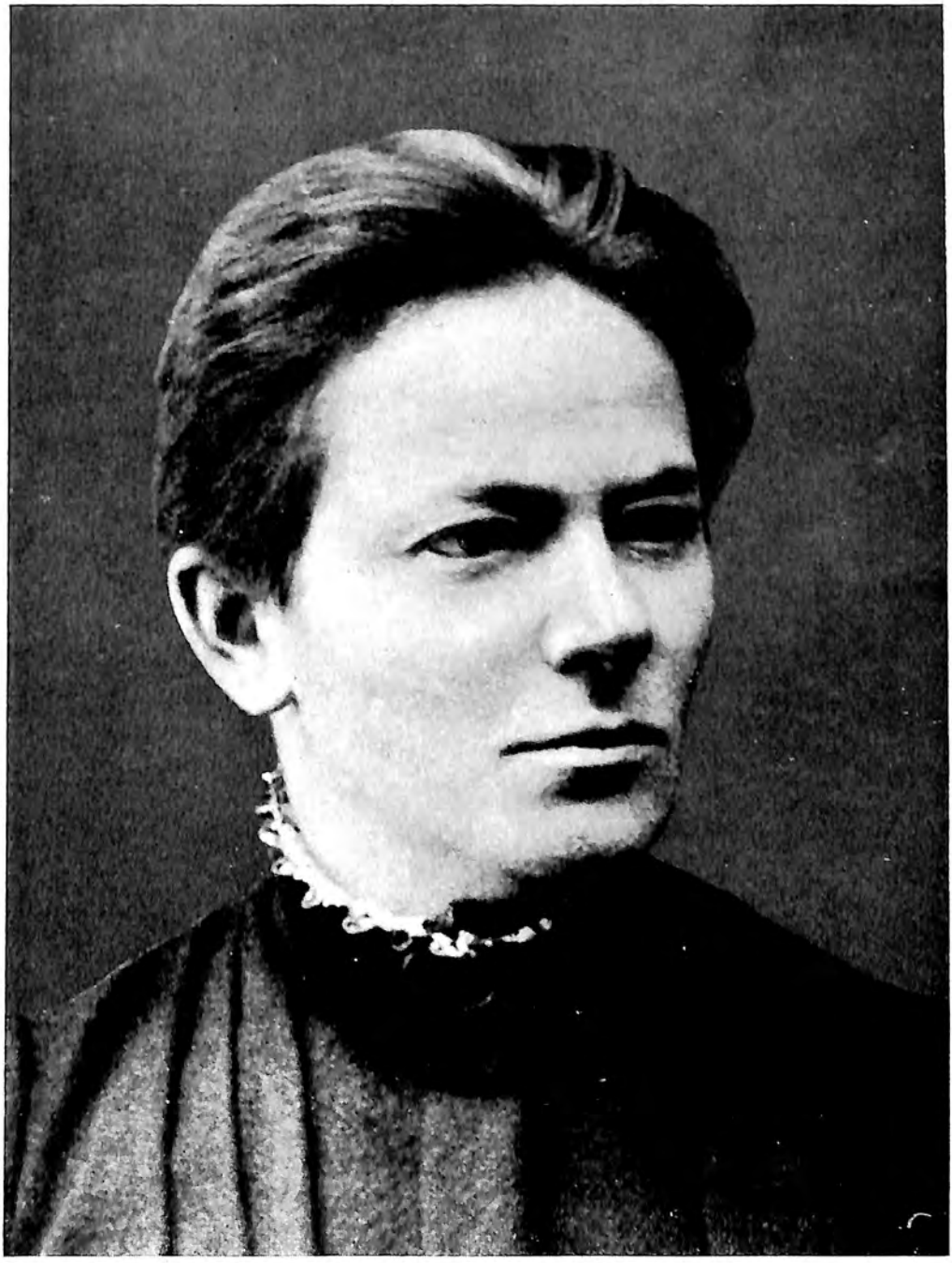
„Die Gleichheit" vertritt in erster Linie die Interessen der Proletarierinnen, ohne Unterschied, ob dieselben dem Proletariat der Kopfarbeit oder dem der Handarbeit angehören. Zwar sind sich die Ersteren ihrer oft in gefälligere Formen gehüllten, aber um so schwerer lastenden Klassenlage vielfach nicht bewußt oder wollen dieselbe nicht eingestehen. Allein wir sind davon überzeugt, daß ihnen allen, den Lehrerinnen, Buchhalterinnen, Schriftstellerinnen, Komptoiristinnen 2c. durch die Entwicklung der wirthschaftlichen Verhältnisse die Erkenntniß dieser ihrer Zugehörigkeit zum Proletariat, die Erkenntniß der Nothwendigkeit, in Reih und Glied der kämpfenden Arbeiter zu treten, aufgenommen wird.

Die große Masse der Proletarierinnen der Handarbeit ist ja auch noch nicht zum Bewußtsein ihrer Klassenlage, ihrer Pflichten und Rechte erwacht, und trotzdem — oder vielmehr gerade deswegen ist sie es, an welche sich „Die Gleichheit" in erster Linie wendet. Der Proletarierin, die nicht mehr blos für das Haus und die Familie, sondern auch für den Kapitalisten arbeitet, und die sich von der Knechtschaft des letzteren zu befreien suchen muß, liegen noch andere Pflichten als die ob, welche früher und schließlich ihr Leben und Sein beherrschten. Zu der gewissenhaften Erfüllung dieser Pflichten muß die Frau erzogen werden. Dies Ziel ist um so schwerer zu erreichen, als die Frau bis jetzt mit ihren Interessen und Gefühlen ausschließlich im Hause und nicht im öffentlichen Leben wurzelte, nur der Familie, nicht der Allgemeinheit ihr Interesse entgegenbrachte. Hier gilt es nicht blos den Geist aufzuklären, vielmehr auch das Gemüth zu bilden, im Herzen die rechte Wärme, die flammende Begeisterung für die neuen Ziele zu erwecken.

Von diesen Gesichtspunkten geleitet, tritt „Die Gleichheit" an ihre Aufgabe heran, eine Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen zu sein. Aber wie ein Blatt wird, das hängt nicht allein von der Redaktion und dem Verlag, sondern auch vom Publikum ab. Möge uns daher die Sympathie und Mitarbeit Aller zu Theil werden, die mit uns die gleichen Ziele verfolgen.

Die Redaktion und der Verlag.

Titelblatt der „Gleichheit"



Clara Zetkin



Franz Mehring

Nr. 219. Mittwoch den 21. September 1898. 5. Jahrg.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Vierteljahr 1,50 Mk. Bringerlohn 25 Pfg. Postaufschlag 75 Pfg. Einzelnummer 5 Pfg. Redaktion: Dr. Bruno Schoenlank.

Inserate werden die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. Wiederholungen 15 Pfg. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. — Der Setzer ist zu weiter zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition eingegangen sein. — Kaufgesuche Inserate können nicht weiter berücksichtigt werden.

2. Beilage zu Nr. 21 der Leipziger Volkszeitung, Mittwoch

Sozialreform oder Revolution?

Von Rosa Luxemburg.

I.

Die Methode.

Wenn Theorien Reflexe der Erscheinungen der Außenwelt in dem menschlichen Hirn sind, so muß man angesichts der neuesten Theorie von Eduard Bernstein und Konrad Schmidt hinzufügen — manchmal auf den Kopf gestellte Reflexe. Eine Theorie von der Einführung des Sozialismus durch Sozialreformen — in der Aera Stumm-Posadowsky, von der Kontrolle der Gewerkschaften über den Produktionsprozeß — nach der Niederlage der englischen Maschinenbauer, von der sozialdemokratischen Parlamentsmehrheit — nach der sächsischen Verfassungsrevision und den Attentaten auf das allgemeine Reichstagswahlrecht! Allein der Schwerpunkt der Bernsteinschen Ausführungen liegt unseres Erachtens nicht in seinen Ansichten über die praktischen Aufgaben der Sozialdemokratie, sondern in dem was er über den Gang der objektiven Entwickelung der kapitalistischen Gesellschaft sagt, womit jene Ansichten freilich im engsten Zusammenhange stehen.

Nach Bernstein wird ein allgemeiner Zusammenbruch des Kapitalismus mit dessen Entwickelung immer unwahrscheinlicher, weil das kapitalistische System einerseits immer mehr Anpassungsfähigkeit zeigt, andererseits die Produktion sich immer mehr differenziert. Die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus äußert sich nach Bernstein erstens in dem Verschwinden der allgemeinen Krisen, dank der Entwickelung des Kreditsystems, der Unternehmerorganisationen und des Verkehrs sowie des Nachrichtendienstes, zweitens in der Zähigkeit des Mittelstandes infolge der beständigen Differenzierung der Produktionszweige sowie der Hebung großer Schichten des Proletariats in den Mittelstand, drittens endlich in der ökonomischen und politischen Hebung der Lage des Proletariats infolge des Gewerkschaftskampfes.

Für den praktischen Kampf der Sozialdemokratie ergiebt sich daraus die allgemeine Weisung, daß sie ihre Thätigkeit nicht auf die Besitzergreifung der politischen Staatsmacht, sondern auf die Hebung der Lage der Arbeiterklasse und auf die Einführung des Sozialismus nicht durch eine soziale und politische Krise, sondern durch eine schrittweise Erweiterung der gesellschaftlichen Kontrolle und eine stufenweise Durchführung des Genossenschaftlichkeitsprincips zu richten habe.

Bernstein selbst sieht in seinen Ausführungen nichts Neues, er meint vielmehr, daß sie ebenso mit einzelnen Aeußerungen von Marx und Engels, wie mit der allgemeinen bisherigen Richtung der Sozialdemokratie übereinstimmen. Es läßt sich indes unseres Erachtens, wenn man einen tieferen Blick in das Wesen seiner Ansichten thut, schwerlich leugnen, daß sie thatsächlich mit dem Gedankengang des wissenschaftlichen Sozialismus in grundsätzlichem Widerspruche stehen.

Würde sich die ganze Bernsteinsche Revision dahin zusammenfassen, daß der Gang der kapitalistischen Entwickelung ein viel langsamerer ist, als man anzunehmen sich gewöhnt hat, so bedeutete dies in der That bloß eine Aufschiebung der bisher angenommenen politischen Machtergreifung seitens des Proletariats, woraus praktisch höchstens etwa ein ruhigeres Tempo des Kampfes gefolgert werden könnte.

Dies ist aber nicht der Fall. Was Bernstein in Frage gestellt hat, ist nicht die Rapidität der Entwickelung, sondern der Entwickelungsgang selbst der kapitalistischen Gesellschaft und im Zusammenhang damit der Uebergang zur sozialistischen Ordnung.

Wenn die bisherige sozialistische Theorie annahm, der Ausgangspunkt der sozialistischen Umwälzung würde eine allgemeine und vernichtende Krise sein, so muß man, unseres Erachtens, dabei zweierlei unterscheiden: den darin verborgenen Grundgedanken und dessen äußere Form. Der Gedanke besteht in der Annahme, die kapitalistische Ordnung würde von sich der Ausgangspunkt für die sozialistische Umwälzung. Er verwirft aber damit nicht bloß die bestimmte Form des kapitalistischen Untergangs, sondern diesen Untergang selbst. Er sagt ausdrücklich: „Es könnte nun erwidert werden, daß, wenn man von dem Zusammenbruch der gegenwärtigen Gesellschaft spricht, man dabei mehr im Auge hat, als eine verallgemeinerte und gegen früher verstärkte Geschäftskrisis, nämlich einen totalen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems an seinen eigenen Widersprüchen." Und darauf antwortet er: „Ein annähernd gleichzeitiger völliger Zusammenbruch des gegenwärtigen Produktionssystems wird mit der fortschreitenden Entwickelung der Gesellschaft nicht wahrscheinlicher, sondern unwahrscheinlicher, weil dieselbe auf der einen Seite die Anpassungsfähigkeit, auf der anderen — bezw. zugleich damit — die Differenzierung der Industrie steigert."*

Dann entsteht aber die große Frage: Warum und wie gelangen wir überhaupt noch zum Endziel unserer Bestrebungen? Vom Standpunkte des wissenschaftlichen Sozialismus äußert sich die historische Notwendigkeit der sozialistischen Umwälzung vor allem in der äußersten Anarchie des kapitalistischen Systems, die ihn auch in eine ausweglose Sackgasse drängt. Nimmt man jedoch mit Bernstein an, die kapitalistische Entwickelung gehe nicht in der Richtung zum eigenen Untergang, dann hört der Sozialismus auf, objektiv notwendig zu sein. Von den Grundsteinen seiner wissenschaftlichen Begründung bleiben dann nur noch die beiden anderen Ergebnisse des kapitalistischen Systems: der vergesellschaftete Produktionsprozeß und das Klassenbewußtsein des Proletariats. Dies hat auch Bernstein im Auge, als er sagt: „Die sozialistische Gedankenwelt verliert (mit der Beseitigung der Zusammenbruchstheorie) durchaus nichts an überzeugender Kraft. Denn genauer zugesehen, was sind denn alle die von uns aufgezählten Faktoren der Beseitigung oder Modifizierung der alten Krisen? Alles Dinge, die gleichzeitig Voraussetzungen und zum Teil sogar Ansätze der Vergesellschaftung von Produktion und Austausch darstellen."**

Indes genügt eine kurze Betrachtung, um auch dies als einen Trugschluß zu erweisen. Worin besteht die Bedeutung des von Bernstein als kapitalistische Anpassungsmittel bezeichneten Erscheinungen: der Kartelle, des Kredits, der vervollkommneten Verkehrsmittel, der Hebung der Arbeiterklasse ꝛc. Offenbar darin, daß sie die inneren Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft beseitigen oder wenigstens abstumpfen, ihre Entfaltung und

* Neue Zeit 1897/98, Nr. 18, S. 555.
** Neue Zeit 1897/98, Nr. 18, S. 554.

Rosa Luxemburgs Artikel „Sozialreform oder Revolution?" in der „Leipziger Volkszeitung"



W. I. Lenin mit Mitgliedern des St. Petersburger Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse

einem gewissen Unverständnis der marxistischen Dialektik resultierten.

Im Juni 1891 gewann die Redaktion der „Neuen Zeit" Franz Mehring als Mitarbeiter. Franz Mehring, am 27. Februar 1846 in Schlawe in Pommern als Sohn eines ehemaligen Offiziers und Beamten geboren worden, hatte in den Jahren 1866 bis 1870 an den Universitäten Leipzig und Berlin klassische Philologie studiert. Seine politische Entwicklung verlief recht widerspruchsvoll. Nach enger Zusammenarbeit mit radikalen bürgerlichen Demokraten in den siebziger Jahren und einer Annäherung an die Sozialdemokratie hatte er sich Ende der siebziger Jahre wieder von der Arbeiterpartei entfernt.

Unter dem Eindruck der brutalen Handhabung des Sozialistengesetzes war Franz Mehring dann zu einem Kritiker der Bismarckschen Politik geworden und hatte als Mitarbeiter demokratischer Zeitungen und als Chefredakteur der radikal-demokratischen Berliner „Volkszeitung" die Sozialdemokratie in ihrem schweren Kampf unterstützt. Nach dem Studium wichtiger Werke Karl Marx' und Friedrich Engels' und der Aufnahme persönlicher Beziehungen zu August Bebel und Wilhelm Liebknecht näherte sich Franz Mehring immer mehr der Sozialdemokratie und bekannte sich schließlich 1891 zur Partei der Arbeiterklasse und zum Marxismus. Franz Mehring war ein hochgebildeter, mit allseitigem Wissen ausgerüsteter Journalist und Schriftsteller. Seine Werke formten wesentlich das nationale Geschichtsbild der deutschen Arbeiterklasse. In der „Neuen Zeit" veröffentlichte Franz Mehring ab Juni 1891 seine berühmten „Berliner Briefe", die aktuelle Probleme der Politik behandelten. Die „Berliner Briefe" waren in einer mitreißenden Sprache geschrieben und gehörten bald zu den beliebtesten und meistgelesenen Artikeln.

Eine große praktisch-politische und theoretische Leistung vollbrachte Franz Mehring mit seiner „Lessing-Legende", die zuerst in der „Neuen Zeit" erschien. Franz Mehring zerstörte die Legende von der „Sendung der Hohenzollern" und gab damit den Arbeitern eine großartige Waffe in die Hand. Friedrich Engels würdigte diese Schrift als einen bedeutenden Schritt in der Anwendung des historischen Materialismus.

Im Auftrage der Partei veröffentlichte Franz Mehring 1897 die „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie". Anhand eines mustergültig verarbeiteten Tatsachenmaterials verfolgte er die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zum Erfurter Programm und deckte die gesellschaftlichen Triebkräfte der histo-

rischen Entwicklung auf. Mit seiner Darstellung der Kämpfe der Arbeiterklasse machte er den Arbeitern die von Karl Marx entdeckte historische Mission des Proletariats verständlich. Für ihn bestand die Größe und Hoheit des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse vor allem darin, daß die Massen der Held der Geschichte waren. Obwohl die Arbeit Franz Mehrings einige Fehler und Irrtümer enthielt, die sich vor allem auf die Einschätzung Ferdinand Lassalles und seines opportunistischen Systems bezogen, vermittelte sie Generationen von Arbeitern geschichtliche Kenntnisse, theoretische Einsichten, revolutionären Elan und Siegeszuversicht.

In Franz Mehring besaß die deutsche Arbeiterklasse einen ihrer größten Historiker. Die theoretischen Leistungen der Arbeiterklasse beeinflußten ebenso wie ihr unaufhaltsamer Aufstieg zur wichtigsten gesellschaftlichen Kraft auch bürgerliche Historiker. So stand in den neunziger Jahren der Leipziger Historiker Karl Lamprecht unter dem Eindruck des großen Triumphes der deutschen Sozialdemokratie über Bismarck. Er begründete damals auch theoretisch eine von der üblichen Hof- und Staatshistorie abgewandte, nur auf das Kulturgeschichtliche gerichtete Geschichtsschreibung. In den ersten Bänden seiner „Deutschen Geschichte" stellte er, wie nie zuvor in der bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung, die Wechselwirkung von Sein und gesellschaftlichem Bewußtsein und insbesondere die Bedeutung der Ökonomie in der Geschichte dar.

Eine wichtige Rolle im politischen und geistigen Leben der Sozialdemokratie spielte „Die Gleichheit", die seit Dezember 1891 unter der Redaktion Clara Zetkins erschien. Clara Zetkin war am 5. Juli 1857 in Wiederau bei Chemnitz geboren worden. Ihr Vater war Dorfschullehrer. Auch sie hatte zunächst den Beruf einer Lehrerin gewählt. Sie war am Seminar der Führerin der bürgerlichen Frauenbewegung Auguste Schmidt als Lehrerin ausgebildet worden und hatte 1878 die Lehrerinnenprüfung mit Auszeichnung abgelegt. Kurz vor Beginn des Sozialistengesetzes hatte sie sich, beeinflußt durch den russischen Sozialisten Ossip Zetkin, der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Leipzig angeschlossen. Clara Zetkin gehörte zu den bereits unter dem Sozialistengesetz geschulten Marxisten der deutschen Sozialdemokratie. Sie hatte an der illegalen Verbreitung der Zeitung „Der Sozialdemokrat" Anteil. Als Teilnehmerin am Gründungskongreß der II. Internationale hatte sie die Grundsätze für die sozialistische Arbeiterinnenbewegung dargelegt. Clara Zetkin, die Mitkämpferin Friedrich

Engels', die Weggenossin August Bebels und Wilhelm Liebknechts, entwickelte sich zu einer führenden Vertreterin der deutschen Linken. „Die Gleichheit" wurde zum Kampforgan und Organisationszentrum aller Arbeiterinnen. Vorbildlich verband sie die soziale Interessenvertretung der Frauen mit einer prinzipiellen Propaganda gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung. „Die Gleichheit", zu deren Mitarbeitern August Bebel, Rosa Luxemburg und Franz Mehring gehörten, wurde nicht nur zur führenden Zeitschrift der internationalen sozialistischen Frauenbewegung der neunziger Jahre, sondern entwickelte sich darüber hinaus bis 1917 zu einem Sammelpunkt der revolutionären Marxisten in Deutschland.

Die Organisiertheit und die ideologische Reife der Arbeiter wurden maßgeblich von der Arbeiterpresse beeinflußt. Sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftszeitungen erschienen 1890 bereits mit einer Gesamtauflage von mehr als 455 000 Exemplaren. Das Zentralorgan der Partei, der von Wilhelm Liebknecht geleitete „Vorwärts", erhöhte seine Auflage von 25 000 Exemplaren im Jahre 1891 auf 52 000 Exemplare im Jahre 1897. Trotz vorhandener und ständig kritisierter Mängel hatte der „Vorwärts" großen Anteil an der antimilitaristischen Erziehung der Arbeiter und förderte ihr Klassenbewußtsein. Die 1894 aus dem „Wähler" hervorgegangene „Leipziger Volkszeitung" setzte unter der Redaktion Bruno Schönlanks und später Franz Mehrings in Inhalt und Form Maßstäbe für die sozialistische Pressearbeit. Wenn man auch nicht übersehen darf, daß ein Teil sozialdemokratischer Redakteure mehr und mehr in opportunistisches Fahrwasser geriet, so haben doch eine Reihe Partei- und Gewerkschaftszeitungen große Verdienste bei der Erweckung und Festigung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse.

Die vielseitige und weitverzweigte Tätigkeit und die mit großer Begeisterung durchgeführte Organisations- und Aufklärungsarbeit, die in den neunziger Jahren einen Höhepunkt erreichte, würdigte W. I. Lenin 1910 mit den Worten: „Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die bürgerliche Gesetzlichkeit ungefähr ein halbes Jahrhundert lang vorbildlich ausgenutzt, indem sie die besten proletarischen Organisationen, eine ausgezeichnete Presse schuf und das Klassenbewußtsein und die Geschlossenheit der sozialistischen proletarischen Avantgarde auf die höchste Stufe hob (die unter dem Kapitalismus überhaupt möglich ist)."[167]

167 W. I. Lenin: Zwei Welten. In: Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 315.

Die organisatorische und ideologisch-politische Erziehungsarbeit der deutschen Sozialdemokratie, besonders die Verbreitung des Marxismus, war verbunden mit der Erschließung neuer Wissensbereiche durch marxistische Theoretiker und Praktiker. Fragen der politischen Ökonomie, der Geschichte der Klassenbewegungen, der Literaturtheorie und der Philosophie wurden aufgeworfen und in der Partei diskutiert.

Der Sieg über das Sozialistengesetz schuf auch günstigere Voraussetzungen für das Schaffen sozialistischer Schriftsteller. Viele Dichter, die sich schon früher der Arbeiterbewegung angeschlossen hatten, erreichten einen neuen Höhepunkt ihres Wirkens. Max Kegel schrieb 1891 sein bekanntestes Lied, den „Sozialistenmarsch":

Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!
Die Trommel ruft, die Banner wehn.
Es gilt, die Arbeit zu befreien,
Es gilt der Freiheit Auferstehn!
Der Erde Glück, der Sonne Pracht,
Des Geistes Licht, des Wissens Macht,
Dem ganzen Volke sei's gegeben!
Das ist das Ziel, das wir erstreben.
Das ist der Arbeit heil'ger Krieg!
Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Dieses Lied wurde anstelle von Jakob Audorfs „Arbeitermarseillaise", die ihrerseits einst Georg Herweghs „Bundeslied" abgelöst hatte, zum eigentlichen Kampflied der deutschen Arbeiterklasse, bis dann im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts Eugène Pottiers „Internationale" Verbreitung fand. Zu den älteren sozialistischen Schriftstellern gesellten sich zahlreiche junge, teils dem Proletariat, teils bürgerlichen Kreisen entstammende Dichter, darunter die Lyriker Heinrich Kämpchen und Otto Krille und der Dramatiker Emil Rosenow.

Auch zu Beginn der neunziger Jahre blieb die sozialistische Literatur eine Literatur des proletarischen Klassenkampfes. In vielfältigen Formen versuchte die Partei, eine sozialistische Kulturpolitik zu entwickeln. Unter der Leitung Franz Mehrings wurde das Feuilleton der „Neuen Zeit" zu einem wichtigen Mittel sozialistischer Kultur- und Literaturpolitik. Der Hauptteil der Aufsätze zur Literatur, zum Theater und zur Geschichte der Literaturwissenschaft, mit denen Franz Mehring seinen hervorragenden Beitrag zur marxistischen Theorie der

Literatur und Kunst leistete, erschien in der „Neuen Zeit". Meisterhaft verstand es Franz Mehring, politisch aktuelle Fragen mit gezielten Angriffen auf den bürgerlichen Kunstbetrieb und dessen gesellschaftliche Grundlagen zu verbinden.

In vielen Beiträgen und Rezensionen machte „Die Neue Zeit" die Arbeiter mit der deutschen Literatur aus Vergangenheit und Gegenwart, aber auch mit der modernen Weltliteratur bekannt. Mit der Gründung der „Freien Volksbühne" in Berlin, an der Franz Mehring führend mitwirkte, half die Partei, Zehntausenden klassenbewußter Arbeiter die Schätze der deutschen Nationalkultur zu erschließen. In kulturellen Massenorganisationen, vor allem in den Arbeitergesangvereinen, in Theater- und Lesezirkeln, beschäftigten sich fortgeschrittene Arbeiter mit den Aufgaben ihrer Klasse auf kulturpolitischem Gebiet. Sie ergriffen Besitz von den kulturellen Leistungen des deutschen Volkes und begannen, selbst künstlerisch zu wirken. Die Partei beschäftigte sich daher im Jahre 1896 auf ihrem Parteitag in Gotha mit der Stellung der Sozialdemokratie zu Kunst und Literatur. Das vertiefte das Bewußtsein von der historischen und nationalen Mission der Arbeiterklasse, stärkte das Selbstbewußtsein des Arbeiters als berufenen Erben der besten kulturellen Traditionen unseres Volkes und rüstete ihn noch besser, besonders auf ideologischem Gebiet, für den Kampf gegen den preußisch-deutschen Militarismus aus.

Die Stärke der Arbeiterbewegung bewirkte in den neunziger Jahren auch die Herausbildung einer grundlegend neuen Qualität in der progressiv-humanistischen deutschen Kunst. Der berühmte, in den Jahren 1897/1898 entstandene Zyklus „Ein Weberaufstand" der damals noch ganz unbekannten Graphikerin Käthe Kollwitz wurde Ausgangspunkt ihres revolutionären Kunstschaffens. Dieses Werk machte Käthe Kollwitz mit einem Schlage weithin berühmt und stellte sie in die erste Reihe der fortschrittlichen Künstler. In diesem Zyklus prägte die junge Künstlerin erstmals in leidenschaftlicher Parteinahme und eindringlicher, packender künstlerischer Sprache einige bestimmende historische Züge der um ihr Recht auf Existenz kämpfenden Klasse. Aus jedem Blatt, aus jeder der Webergestalten, sprechen Zorn und Haß gegen die soziale Ungerechtigkeit und Erniedrigung. Käthe Kollwitz schuf diesen Zyklus nach intensiver Beschäftigung mit der sozialen und geschichtlichen Problematik, angeregt durch das aufwühlende Erlebnis einer Aufführung der „Weber" von Gerhart Hauptmann. Mit ihm überwand Käthe Kollwitz die ideologische Position der

„Arme-Leute-Malerei". Ein ganz neues realistisches Menschenbild entstand in ihrer Kunst: die Gestalt des für seine Befreiung kämpfenden Unterdrückten. Die Kunst selbst erhielt dadurch eine ganz neue Funktion: Sie appellierte an das soziale Bewußtsein des Betrachters, forderte sein Urteil und zwang ihn, selbst mitzudenken und mitzufühlen. Mit diesem bedeutenden Werk schuf Käthe Kollwitz Voraussetzungen für das Entstehen einer qualitativ neuen realistischen Kunst der Arbeiterklasse. So brachte die Jahrhundertwende auch einen Wendepunkt im kunstgeschichtlichen Entwicklungsprozeß in Deutschland.

Zu einem Höhepunkt der vielfältigen politischen und wissenschaftlichen Arbeit der sozialistischen Bewegung wurde das Erscheinen des zweiten und dritten Bandes des „Kapitals". Ende 1865 hatte Karl Marx die Arbeit am Manuskript zum ersten Band des „Kapitals" abgeschlossen und die Rohfassung des zweiten und dritten Bandes fertiggestellt. Nachdem der erste Band im September 1867 erschienen war, hatte Karl Marx die Absicht, in rascher Folge auch die anderen beiden Bände zu veröffentlichen. Dazu kam er jedoch nicht mehr. Viel Zeit und Kraft opferte er in den folgenden Jahren seiner revolutionären Tätigkeit in der internationalen Arbeiterbewegung. Außerdem entstand eine große Zahl neuer wissenschaftlicher Arbeiten. Seine Gesundheit und Arbeitskraft wurden von schwerer Krankheit unaufhaltsam untergraben. Vor allem aber hielten ihn seine strenge Selbstkritik und seine außergewöhnliche wissenschaftliche Sorgfalt, die ihn stets wieder zu neuen Studien trieben, von der Veröffentlichung ab.

Nach Karl Marx' Tod widmete Friedrich Engels den Hauptteil seiner wissenschaftlichen Arbeit der Herausgabe des zweiten und dritten Bandes des „Kapitals". Engels begann sofort, die aufgefundenen Manuskripte zu bearbeiten, ungeachtet dessen, daß er dadurch eigene wissenschaftliche Aufgaben zurückstellen mußte. Gleichzeitig lastete jetzt auf ihm allein die ganze Vielfalt der Arbeit im Rahmen der internationalen Arbeiterbewegung. Auch machten sich zunehmende Beschwerden des Alters bemerkbar, insbesondere die ständig abnehmende Sehkraft seiner Augen. In den Manuskripten aber, geschrieben in der winzigen und gedrängten, schwer lesbaren Marxschen Handschrift, gab es nicht bis zum Ende ausgeführte Teile und oft mehrere Textvarianten zum gleichen Problem. Auch waren zum Verständnis des Ganzen unentbehrliche Zusätze zu machen, dies aber unbedingt,

wie Friedrich Engels hervorhob, „ausschließlich im Geist des Verfassers“[168].

Anfang Juli 1885 erschien der zweite Band des „Kapitals“. Friedrich Engels betonte, daß gerade dieser Band sehr hohe Anforderungen an den Leser stellt, und fügte hinzu, er werde der deutschen Vulgärökonomie immer ein Buch mit sieben Siegeln bleiben. Karl Marx behandelte in diesem Band neben dem Kreislauf und dem Umschlag des Kapitals die Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Das geschah konsequent auf der Grundlage der im ersten Band entwickelten Wert- und Mehrwerttheorie. Karl Marx zeigte, welche wichtige Rolle die Zirkulation bei der Verwertung des Kapitals spielt. Hier in der Zirkulation ist der in der Produktion erzeugte Mehrwert zu realisieren. Im Zusammenhang damit wurde im zweiten Band eine gründliche Analyse des Produktions- und Reproduktionsprozesses im Rahmen der gesamten Gesellschaft gegeben. Marx wies nach, welche materiellen und gesellschaftlichen Bedingungen vorhanden sein müssen und welche Kapitalzirkulation stattfinden muß, damit im Rahmen einer Wirtschaft die Produktion und Reproduktion auf einfacher oder erweiterter Stufenleiter vor sich gehen kann. Ausführlich untersuchte er vor allem die Beziehungen zwischen den beiden großen Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion, der Produktion selbst und dem Austausch von Produktions- und Konsumtionsmitteln. Hier wurde eine Reihe von ökonomischen Grundsätzen entdeckt, deren Kenntnis die Voraussetzung für jede Analyse der ökonomischen Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern ist, die aber zugleich entscheidende Grundlagen für die sozialistische Planung darstellen.

Die Herausgabe des dritten Bandes erforderte von Friedrich Engels die Lösung außerordentlich komplizierter wissenschaftlicher Probleme. Es handelte sich bei dem nachgelassenen Manuskript um einen sehr lückenhaften und kaum bearbeiteten Rohentwurf, so daß Engels sich genötigt sah, viele nur angedeutete Punkte auszuführen, begonnene Passagen zu vollenden und ganze Kapitel neu zu schreiben. Durch umfangreiche Anmerkungen und Zusätze trug Friedrich Engels auch neuen Momenten im internationalen Wirtschaftsleben Rechnung, die durch den beginnenden Übergang zum Imperialismus zutage traten. Er zeigte dort vor allem, daß die am Ende des 19. Jahrhunderts er-

168 Friedrich Engels: Vorwort [zu Karl Marx: Das Kapital, Zweiter Band]. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 24, Berlin 1963, S. 12.

reichte Stufe der Konzentration des Kapitals zur Herausbildung von Monopolorganisationen führte. Unter anderem am Beispiel der Aktiengesellschaft wurde nachgewiesen, daß die Zeit gekommen ist, in der der Kapitalismus überreif sei und abgelöst werden müsse. Das waren für die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung außerordentlich wichtige Hinweise, an die später W. I. Lenin anknüpfte.

Der dritte Band des „Kapitals" erschien im Herbst 1894. In diesem Band behandelte Karl Marx den Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion. Hatte er im ersten Band mit der Mehrwerttheorie das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung und damit die Beziehungen zwischen Arbeitern und Kapitalisten untersucht, so zeigte er jetzt, wie diese Wesensmerkmale der kapitalistischen Gesellschaft für alle sichtbar in Erscheinung treten. Er untersuchte die Verwandlung des Mehrwerts in seine Formen: Profit, Zins und Rente. Dabei ist besonders die Lehre vom Durchschnittsprofit von besonderer Bedeutung für den Kampf der Arbeiterklasse. Hier führte Karl Marx den Nachweis, daß die Höhe des Durchschnittsprofits in der gesamten Gesellschaft abhängig ist vom Ausbeutungsgrad in allen Betrieben. Ständige Erhöhung der Ausbeutung der ganzen Arbeiterklasse ist daher das Ziel der gesamten Kapitalistenklasse. Nicht mehr nur Arbeiter und Kapitalist, sondern Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse stehen einander im Kampf gegenüber. Das erfordert den organisierten Zusammenschluß der Arbeiterklasse und ihre internationale Solidarität.

Karl Marx wies nach, wie durch den tendenziellen Fall der Profitrate, der objektiv bedingt ist durch die sich verschlechternden Verwertungsbedingungen des Kapitals, die Widersprüche des Kapitalismus sich zwangsläufig verschärfen. Ausführlich wurden die Bewegungsformen der kapitalistischen Widersprüche – die periodische Verschärfung und die zeitweilige Lösung von Widersprüchen durch Krisen – behandelt. Im dritten Band seines „Kapitals" gab Karl Marx den wichtigsten Beitrag zur marxistischen Krisentheorie. Gerade hierbei zeigte er die historische Begrenztheit des Kapitalismus, die mit der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte immer offensichtlicher werden muß. Die bürgerliche Ökonomie versuchte, einen Widerspruch zwischen dem dritten und dem ersten Band zu konstruieren hinsichtlich des Verhältnisses von Wertgesetz und Durchschnittsprofitrate. Doch hatte Karl Marx das Problem im dritten Band des „Kapitals" exakt gelöst, „wie nicht nur ohne Verletzung des Wertgesetzes, sondern vielmehr

auf Grundlage desselben eine gleiche Durchschnittsprofitrate sich bilden kann und muß"[169].

Dadurch, daß Karl Marx im dritten Band ausführlich nachwies, wie das Wesen der kapitalistischen Klassenbeziehungen praktisch in Erscheinung tritt, wurde es der Arbeiterklasse erleichtert, ihre Stellung in der kapitalistischen Gesellschaft und ihre historische Aufgabe zu erkennen. Karl Marx begründete nicht nur die Notwendigkeit des einheitlichen Handelns der Arbeiterklasse, sondern seine Arbeiten über die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft stellen zugleich wichtige Grundlagen für die Bündnispolitik dar. Bis auf den heutigen Tag sind die von Marx und Engels in diesem Band geführten Auseinandersetzungen mit bürgerlichen Ökonomen von aktueller Bedeutung im Kampf gegen die bürgerliche und kleinbürgerliche Ideologie.

W. I. Lenin charakterisierte die Leistung Friedrich Engels' und sagte, er habe „seinem genialen Freunde mit der Herausgabe von Band II und III des ‚Kapitals' ein großartiges Denkmal gesetzt, auf dem er, ohne es beabsichtigt zu haben, seinen eigenen Namenszug mit unauslöschlichen Lettern eingetragen hat. In der Tat, diese beiden Bände des ‚Kapitals' sind das Werk von zweien: von Marx und von Engels."[170]

Diese beiden Bände des „Kapitals" trugen wesentlich dazu bei, die theoretischen Grundlagen der deutschen Arbeiterpartei in ökonomischen Fragen zu festigen und sie gegen das Eindringen von vulgärökonomischen Lehren der „Katheder- und Staatssozialisten" zu schützen. W. I. Lenin maß den drei Bänden des „Kapitals" außerordentliche Bedeutung bei. Er verteidigte die Marxsche ökonomische Theorie gegen alle Angriffe, wandte ihre Erkenntnisse in der revolutionären Praxis an und erkannte als erster den großen Wert des „Kapitals" für den sozialistischen Aufbau.

In den Jahren 1890 bis 1894 beschäftigte sich Friedrich Engels auch eingehend mit Fragen der Philosophie. Als Karl Marx und Friedrich Engels den historischen Materialismus schufen, führten sie einen erbitterten Kampf gegen die Vertreter des Idealismus. Dabei richteten sie ihre Hauptaufmerksamkeit auf die Begründung der historisch-materialistischen These, daß die Produktion und Reproduktion der materiellen Lebensbedingungen bestimmend ist für die Entwicklung der gesamten Gesellschaft.

169 Ebenda, S. 26.

170 W. I. Lenin: Friedrich Engels. In: Werke, Bd. 2, Berlin 1961, S. 12.

In seinen letzten Lebensjahren entwickelte Friedrich Engels den historischen Materialismus – erstmals auch diesen Begriff benutzend – weiter, indem er besonders die dialektischen Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens ausarbeitete. Er konkretisierte die Erkenntnisse über das Verhältnis von gesellschaftlichem Sein und gesellschaftlichem Bewußtsein sowie das von Basis und Überbau und trat vereinfachenden Auffassungen von einem mechanischen Abhängigkeitsverhältnis der Erscheinungen des Überbaus von den Produktionsverhältnissen entgegen.

Friedrich Engels bekämpfte unnachsichtig jeden Versuch, den revolutionären Inhalt der wissenschaftlichen Ideologie des Proletariats durch einen vulgären „ökonomischen" Materialismus zu ersetzen. Er bewies in einer Reihe von Briefen aus den Jahren 1890 bis 1894, daß man aus der bestimmenden Rolle der Ökonomik für die Entwicklung der Gesellschaft nicht folgern kann, daß keine anderen Faktoren auf den Gang der Geschichte einwirken. Damit widerlegte er die opportunistische Spontaneitätstheorie, die die Rolle des Bewußtseins und der revolutionären Idee herabsetzte.

Friedrich Engels zeigte, daß die Ideologie in der Geschichte eine relative Selbständigkeit aufweist, daß sie und die anderen Erscheinungen des gesellschaftlichen Überbaus nur in letzter Instanz von der ökonomischen Entwicklung bestimmt werden und keine passive Widerspiegelung dieser Entwicklung darstellen, sondern mit ihr in einem dialektischen Verhältnis stehen und aktiv auf die ökonomische Basis zurückwirken.

Friedrich Engels konkretisierte die Thesen des historischen Materialismus über die Wechselbeziehung der ökonomischen Entwicklung und der ideologischen Formen. Seine Briefe gaben den Schlüssel für das vollständige Erfassen der gesetzmäßigen Entwicklung der Ideologien und deren Bedeutung für die Entwicklung der Gesellschaft. Später wurden diese Thesen des historischen Materialismus von W. I. Lenin und anderen Marxisten, die in umfassender Weise die Bedeutung des subjektiven Faktors in der modernen Geschichte darlegten, weiter ausgearbeitet und systematisiert.

Die Weiterentwicklung des Marxismus stand in engem Zusammenhang mit dem Kampf gegen opportunistische Auffassungen. In dem Maße, wie sich die Entwicklungstendenzen zum Imperialismus verstärkten, traten die opportunistischen Kräfte immer deutlicher und aktiver hervor. In den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts ballte

sich das Industrieproletariat in den neu entstandenen modernen Industriezentren Deutschlands zusammen. Damit erweiterte sich die soziale Grundlage für die Durchsetzung des Marxismus. Andererseits verbreiterte aber der beschleunigte Prozeß der Proletarisierung kleinbürgerlicher Existenzen auch die soziale Grundlage für das Einströmen kleinbürgerlicher Kräfte in die Arbeiterbewegung. Außerdem existierte in Deutschland keine bürgerlich-demokratische Partei: viele kleinbürgerlich-demokratisch orientierte Kräfte, insbesondere Intellektuelle, wandten sich daher der Sozialdemokratie zu. Die Wahlerfolge der Partei und die von der Arbeiterklasse erkämpften Verbesserungen der Lage der Arbeiter begünstigten gerade in diesen Schichten Illusionen von einer friedlich-parlamentarischen Entwicklung zum Sozialismus.

Den opportunistischen Bestrebungen traten August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Paul Singer entgegen. Sie stützten sich dabei auf die reichen Klassenkampferfahrungen aus der Zeit des Sozialistengesetzes und auf einen kampferprobten Mitgliederstamm. Besonderen Anteil an der Auseinandersetzung mit dem Opportunismus hatte Friedrich Engels. Nicht zuletzt bestätigten die täglichen Erfahrungen der Arbeiter in dem sich ständig verschärfenden Klassenkampf immer wieder die Richtigkeit des Marxismus in der Praxis. Doch konnte sich die Sozialdemokratie nicht allein auf die Verteidigung des Marxismus gegen den Opportunismus beschränken. Gleichzeitig mußten ihre Führer auf die neuen Fragen Antwort geben, die der Kampf der Arbeiterklasse stellte. So galt es, die neuen Tendenzen in der Wirtschaft, wie die Herausbildung der Monopole, sorgfältig zu analysieren und daraus die entsprechenden Schlußfolgerungen für die Politik und Taktik der Partei zu ziehen. Ebenso wurde die Lösung der Bündnisfrage, vor allem mit der werktätigen Bauernschaft, immer dringender.

Beide Probleme lösten in der sozialdemokratischen Presse, in Arbeiterversammlungen und auf den Parteitagen der Sozialdemokratie heftige Konflikte aus. Wortführer des Opportunismus waren in dieser Zeit vor allem Eduard David, Adolf von Elm, Max Schippel und Georg von Vollmar. Schon kurze Zeit nach dem Erfurter Parteitag trat Georg von Vollmar erneut mit einem modifizierten kleinbürgerlich-reformistischen Programm in der Partei auf, dem sich 1893/1894 Max Schippel im wesentlichen anschloß. Ausgangspunkt ihrer opportunistischen Auffassungen waren die neuen, monopolistischen Erscheinungen, besonders die Herausbildung von Kartellen und Syndikaten.

Die opportunistischen Auffassungen Georg von Vollmars wurden mit Hilfe Friedrich Engels' auf dem Berliner Parteitag von 1892 zurückgewiesen; doch zeigte sich bereits zwei Jahre später auf dem Parteitag in Frankfurt (Main) von 1894, daß die Opportunisten immer stärkeren Einfluß auf die Partei gewannen.

Trotz wichtiger Hinweise auf das sich entwickelnde Monopolkapital, die Friedrich Engels in seiner Kritik am Erfurter Programmentwurf und in anderen Arbeiten gab, nahm der Frankfurter Parteitag eine von Max Schippel formulierte Entschließung an, in der einige richtige Einsichten über die Rolle der Monopole mit opportunistischen Schlußfolgerungen vermischt waren. Die Resolution orientierte nicht auf den allseitigen Klassenkampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gegen die Monopole, sondern empfahl als Kampfmittel Arbeiterschutzgesetze und die „Demokratisierung" des Ausbeuterstaates. Die Resolution leugnete faktisch den Klassencharakter des Staates und die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse um die politische Macht. Auch die Versuche Georg von Vollmars in Frankfurt, die Zustimmung der bayerischen Sozialdemokratie zum Budget der bayerischen Landesregierung zu rechtfertigen, lagen in der gleichen Richtung. Mit der Budgetbewilligung wurde der Grundsatz jeder echten Arbeiterpolitik: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!" mit Füßen getreten. Der Parteitag trat diesem arbeiterfeindlichen Vorstoß nicht konsequent entgegen und ließ die Entscheidung offen.

Bei der Behandlung der Agrarfrage stand der Frankfurter Parteitag ebenfalls nicht auf der Höhe seiner Aufgaben. Der Kapitalismus hatte sich in der deutschen Landwirtschaft so weit entwickelt, daß die Kleinbauern und ein Teil der Mittelbauern bereits in einen unaufholbaren technischen Rückstand zum kapitalistischen Großbetrieb geraten waren. Um der kapitalistischen Konkurrenz standzuhalten, mußten diese Bauern den eigenen Verbrauch einschränken, länger und härter arbeiten und Schulden machen. Sie gerieten in die Hände von Wucherern, kapitalistischen Aufkäufern und junkerlichen Zuckerfabrikanten. Die chronische Agrarkrise verschlimmerte ihre Lage noch. Besonders aber bürdete der Militarismus ihnen immer neue Steuern auf.

Das Dorf war eine sichere politische Bastion der reaktionären Kräfte gewesen. Auf die politische Herrschaft über die Landbevölkerung gründete sich vor allem ihre politische Macht in Deutschland. Nunmehr begann die Sozialdemokratie, in die Kleinstädte vorzudrin-

gen und in einigen Gebieten auch auf dem Lande Fuß zu fassen. Zu Hunderten und Tausenden zogen Arbeiter sonntags aus den Städten in die umliegenden Dörfer, verteilten Flugschriften, veranstalteten Versammlungen und warben Zeitungsabonnenten. Trotz des hartnäckigen Widerstandes der Reaktion auf dem Lande dehnte sich die Agitation an Umfang und Intensität aus. Die Herrschaft der Junker wurde am empfindlichsten Punkte angegriffen. Die Junker suchten ihrerseits die Bauern und Landarbeiter mit wirtschaftlichen Versprechungen und mit sozialpolitischer Demagogie an sich zu fesseln. Diesem Ziel diente auch der 1893 gegründete Bund der Landwirte, eine kampfkräftige Massenorganisation, die unter dem Kommando reaktionärer Junker bald 200 000 Mitglieder umfaßte.

Aus den Erfahrungen der Agitation, aus Erfolgen und Mißerfolgen erhob sich für die Partei die Frage, ob und wie die Bauern in den Kampf gegen den preußisch-deutschen Militärstaat einbezogen werden können; ein sozialdemokratisches Bauernprogramm wurde notwendig.

Die süddeutschen Opportunisten, allen voran Georg von Vollmar, hatten inzwischen ein eigenes Bauernprogramm ausgearbeitet, das sie im Namen der Sozialdemokratie 1893 in Bayern verkündeten. Sie behaupteten, in der Landwirtschaft sei der Kleinbetrieb dem Großbetrieb überlegen, der private bäuerliche Kleinbetrieb werde folglich die Grundlage künftiger sozialistischer Landwirtschaft bilden. Deshalb müsse er durch den bestehenden reaktionären Staat geschützt werden. Das sei am besten dadurch möglich, daß die Sozialdemokratie mit dem reaktionären Staat zusammenarbeite, statt ihn zu bekämpfen.

Damit griffen die Opportunisten Grundprinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus an, vor allem die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Lehre vom Staat, von der Revolution und vom Klassenkampf.

Die große Mehrzahl der Delegierten des Frankfurter Parteitages von 1894 war mit den Agrarproblemen wenig vertraut. Sie ließ sich von Georg von Vollmar überrumpeln und nahm eine Resolution an, die sich wesentlich auf der opportunistischen Linie bewegte.

Der Parteitag von 1894 zeigte deutlich das Anwachsen des Opportunismus in der Sozialdemokratie. Er spiegelte jedoch nicht das politische Niveau und den revolutionären Kampfgeist des übergroßen Teils der sozialistisch organisierten Arbeiter wider. Das bewies der unmit-

telbar folgende Proteststurm der Parteimitglieder. In Arbeiterversammlungen, in der sozialdemokratischen Presse und in einer Reihe von Anträgen zum Breslauer Parteitag 1895 wurde der Opportunismus Georg von Vollmars entschieden verurteilt.[171]

Eine wichtige Waffe im Kampf gegen den Opportunismus, besonders in der Agrarfrage, war die Arbeit Friedrich Engels' „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland". Friedrich Engels wies die Partei darauf hin, daß die Arbeiterklasse nur siegen könne, wenn sie sich mit den werktätigen Bauern verbinde. „Um aber die politische Macht zu erobern", schrieb Engels, „muß diese Partei (die sozialistische Partei) vorher von der Stadt aufs Land gehn, muß eine Macht werden auf dem Land."[172] Der kleinbäuerliche Betrieb gehe unvermeidlich dem Untergang entgegen, erklärte Engels weiter, Haus- und Feldbesitz könne der Bauer nur retten, wenn er ihn in genossenschaftlichen Großbetrieb verwandele. Die Aufgabe des sozialistischen Staates sei es, den Bauern dabei zu helfen. Damit entwickelte Engels wesentliche Grundgedanken der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft und des sozialistischen Bündnisses zwischen den Arbeitern und Bauern.

Friedrich Engels führte ferner aus, die Sozialdemokratie könne sich nicht gegen die ökonomische Entwicklung stemmen und versuchen, den Kleinbetrieb zu erhalten. Aber sie müsse in der kapitalistischen Gesellschaft alles nur irgend Zulässige tun, um das Los der Klein- und Mittelbauern erträglicher zu machen. So gab Engels wichtige Hinweise, wie ein Bündnis mit den Bauern in der kapitalistischen Gesellschaft geschlossen werden könne. Weiterhin machte Engels die Partei auf die Gewinnung des Landproletariats für den Kampf gegen die preußische Junkerherrschaft aufmerksam. Es komme darauf an, die „‚Kernregimenter' der preußischen Armee"[173] zu gewinnen, die sich in erster Linie aus Landproletariern und von den Junkern abhängigen Zwergbauern zusammensetzten.

Die vom Frankfurter Parteitag gewählte Agrarkommission legte dem Breslauer Parteitag 1895 den Entwurf eines Agrarprogramms vor, das in wichtigen Punkten opportunistisch war. Vor allem Karl Kautsky und Clara Zetkin wandten sich, gestützt auf Friedrich Engels'

171 Dokument Nr. 137.

172 Friedrich Engels: Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 22, S. 486.

173 Ebenda, S. 505.

Schrift über die Bauernfrage, entschieden gegen den Programmentwurf und den Vollmarschen Opportunismus. Die Perspektive der Bauern, erklärten sie, liege im sozialistischen genossenschaftlichen Großbetrieb. Auf dieses Ziel müsse sich die Partei orientieren. Mit eindeutiger Mehrheit lehnte der Parteitag das vorgeschlagene Agrarprogramm als Angriff auf die revolutionären Prinzipien der Sozialdemokratie ab.[174] Einer der massivsten Anschläge des Opportunismus auf die Grundlage der Partei war damit zunächst abgewehrt.

Während Karl Kautsky und Clara Zetkin die marxistischen Grundprinzipien über die Stellung der Bauern im Sozialismus richtig verteidigten und die Opportunisten zurückwiesen, gaben sie aber keine Antwort auf die neu herangereifte Frage, wie die verschiedenen Schichten der Bauern unter den Bedingungen des Übergangs zum Imperialismus als Bundesgenossen für den Kampf um Demokratie gewonnen werden konnten. So konnten die opportunistischen Theorien vom „friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus", von der „Demokratisierung des Staates" und vom Staatssozialismus nicht konsequent widerlegt und in der Partei ausgerottet werden. Begünstigt wurde das Wirken der Opportunisten außerdem durch Unklarheiten in der marxistischen Staats- und Revolutionstheorie, die die revolutionären Parteiführer bisher nicht überwunden hatten.

Friedrich Engels war sich der Gefahr des Opportunismus bewußt und tat alles, die arbeiterfeindlichen Absichten der Opportunisten aufzudecken. Er bemühte sich, den revolutionären Kräften beim Kampf gegen die Opportunisten zu helfen. In Briefen wies er darauf hin, daß die Partei nicht davor zurückschrecken dürfe, sich von unbelehrbaren Opportunisten zu trennen.

Einige Monate vor seinem Tode veröffentlichte Friedrich Engels seine letzte Arbeit, die Einleitung zu Karl Marx' Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich von 1848 bis 1850". Diese Einleitung, in der Friedrich Engels die Kampfbedingungen und Kampfformen der Arbeiterklasse in den neunziger Jahren untersuchte und daraus Aufgaben für die Arbeiterklasse ableitete, atmete den revolutionären Geist und Inhalt des Marxismus. Friedrich Engels forderte die Partei auf, alle legalen Mittel, wenn notwendig aber auch andere, einzusetzen, um die Mehrheit des Volkes für die Ziele der Sozialdemokratie zu gewinnen und die herrschenden Klassen zu isolieren. Er schrieb dies zu einer Zeit, als die herrschenden Klassen den Versuch machten,

[174] Dokument Nr. 139.

mit der sogenannten Umsturzvorlage und mit anderen Maßnahmen die sozialistische Bewegung zu einem Aufstand zu provozieren, also zu einer Zeit, in der es darauf ankam, das revolutionäre Klassenziel unbeirrbar zu behaupten, ohne sich auf blutige Straßenkämpfe einzulassen.

Die Arbeit Friedrich Engels' wurde bei ihrer Veröffentlichung im „Vorwärts" so verstümmelt, daß sie ihren revolutionären Inhalt einbüßte. Voller Empörung schrieb damals Friedrich Engels an Karl Kautsky, die Einleitung sei im „Vorwärts" derartig zurechtgestutzt, „daß ich als friedfertiger Anbeter der Gesetzlichkeit quand même [trotz allem] dastehe"[175]. Die Einleitung erschien ferner, wenn auch auf Verlangen von Mitgliedern des Parteivorstandes, wie Friedrich Engels bemerkte, aus „umsturzvorlagenfurchtsamlichen Bedenken" in einer gemilderten Fassung, in der 1895 publizierten Schrift Marx' „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848/50" und in der „Neuen Zeit". Diese Einleitung Friedrich Engels' interpretierten von nun an die Opportunisten aller Schattierungen und auch spätere rechtssozialdemokratische wie auch bürgerliche Historiker und Publizisten in einem opportunistischem Sinne, um zu beweisen, daß Friedrich Engels an seinem Lebensende seine revolutionären Grundauffassungen aufgegeben hatte und eine kleinbürgerliche Reformpolitik vertrat.

Im Jahre 1895 erlitt die internationale und deutsche Arbeiterklasse einen schweren Verlust. Am 5. August 1895 verstarb in London Friedrich Engels. Mit Friedrich Engels verlor die internationale Arbeiterklasse nach Karl Marx ihren unumstrittenen geistigen Führer und Berater und einen ihrer größten Kämpfer und Denker, der sein ganzes Leben der Sache des Proletariats geweiht hatte. Wenige Jahre vor seinem Tode hatte er selbst an die französischen Sozialisten geschrieben: „Seien Sie versichert, was mir an Leben und Kraft bleibt, wird im Kampf für die proletarische Sache verausgabt werden."[176]

Das Lebenswerk Friedrich Engels' ist nicht vom Lebenswerk Karl Marx' zu trennen. Beiden hat W. I. Lenin mit den folgenden Worten ein unvergängliches Denkmal gesetzt. „Das große weltgeschichtliche Verdienst von Marx und Engels besteht darin, daß sie durch ihre wissenschaftliche Analyse den Beweis erbracht haben für die Unvermeid-

175 Engels an Karl Kautsky, 1. April 1895. In: Marx/Engels: Ausgewählte Briefe, S. 586.

176 Friedrich Engels: An den Nationalrat der französischen Arbeiterpartei. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 22, S. 87.

lichkeit des Zusammenbruchs des Kapitalismus sowie seines Übergangs zum Kommunismus, in dem es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mehr geben wird.

Das große weltgeschichtliche Verdienst von Marx und Engels besteht darin, daß sie den Proletariern aller Länder ihre Rolle, ihre Aufgabe, ihre Berufung aufgezeigt haben: sich als erste zum revolutionären Kampf gegen das Kapital zu erheben und in diesem Kampf *alle* Werktätigen und Ausgebeuteten um sich zu vereinigen."[177]

Auf Engels' Wunsch gaben ihm nur seine engsten Freunde, Kampfgefährten und Schüler, unter ihnen Eduard Anseele, Eleanor Marx-Aveling, Edward Aveling, August Bebel, Paul Lafargue, Wilhelm Liebknecht, Harry Quelch, W. I. Sassulitsch und Paul Singer das letzte Geleit. Aber diese wenigen, so sagte Wilhelm Liebknecht an der Bahre Friedrich Engels', „vertreten Millionen, vertreten eine Welt, ... die der Welt des Kapitalismus den Untergang bereiten wird"[178].

Nicht zuletzt durch Friedrich Engels' umfangreiche wissenschaftlich-theoretische Leistung und seine gewaltige praktisch-politische Wirksamkeit war am Ende seines Lebens aus der kleinen Kämpferschar des Bundes der Kommunisten „eine Großmacht" entstanden, „die zu fürchten ist, von der mehr abhängt als von den anderen Großmächten"[179].

Mit Friedrich Engels verlor das deutsche Volk einen seiner größten Söhne. Auch in den Jahrzehnten seines Exils war er mit seinem Volk stets tief verbunden gewesen. So sehr er sein Volk liebte, so unerbittlich haßte er dessen Feinde. Friedrich Engels war über jeden Sieg der Arbeiter in seinem Vaterland begeistert; das bekundete er noch wenige Jahre vor seinem Tode, als er schrieb, daß ihm seine internationale Stellung nicht verbiete, sich daran zu erinnern, daß er ein Deutscher sei, „und stolz zu sein auf die Position, die unsre deutschen Arbeiter vor allen andern sich erkämpft"[180].

August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Paul Singer legten namens der deutschen Arbeiterklasse einen Kranz mit der Aufschrift „Ihrem unvergeßlichen Freund und Berater, Sozialdemokratische Partei

177 W. I. Lenin: Rede bei der Enthüllung eines Denkmals für Marx und Engels, 7. November 1918. In: Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 160.

178 Vorwärts (Berlin), 15. August 1895.

179 Friedrich Engels: [Rede auf einer sozialdemokratischen Versammlung in Wien am 14. September 1893]. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 22, S. 410.

180 Friedrich Engels: Der Sozialismus in Deutschland. In: Ebenda, S. 247.

Deutschlands" an der Bahre Friedrich Engels' nieder. Welche Verehrung und Liebe die deutschen Arbeiter mit Friedrich Engels verband, zeigten die Gedächtnisfeiern in Altenburg, Berlin, Bremen, Fürth, Leipzig, Magdeburg, München, Nürnberg, Stuttgart, Zeitz und vielen anderen Orten. Die Sozialdemokraten von Barmen, Braunschweig, Bremen, Dortmund, Dresden, Elberfeld, Essen, Frankfurt (Main), Hamburg, Leipzig, Magdeburg, Nordhausen und Solingen sandten Kränze und Kondolenzschreiben. Die gesamte Arbeiterpresse widmete Friedrich Engels tiefempfundene Nachrufe. „Das Proletariat weiß seine Toten zu ehren", schrieb der „Vorwärts". „Und es vergißt seine Toten nicht. Es setzt ihnen keine Denkmäler – *es vollstreckt ihren Willen.*"[181]

Das Lebenswerk von Karl Marx und Friedrich Engels wurde von W. I. Lenin fortgesetzt. Er verteidigte die Lehren von Marx und Engels gegen alle Verfälschungen und entwickelte sie den neuen Bedingungen des Imperialismus entsprechend schöpferisch und allseitig weiter.

4. Die Klassenkämpfe und die Entwicklung der Arbeiterbewegung am Vorabend des Imperialismus. Die Rolle der deutschen Sozialdemokratie in der internationalen Arbeiterbewegung

Die Jahre 1896 bis 1898 waren die Jahre des direkten Übergangs zum Imperialismus, gekennzeichnet durch den außerordentlich stark zunehmenden Konzentrationsprozeß von Produktion und Kapital. So erhöhte sich die Zahl der neugegründeten Aktiengesellschaften von 92 im Jahre 1894 auf 182 im Jahre 1896 und auf 239 im Jahre 1898. Gleichzeitig nahm das Gründungskapital der Aktiengesellschaften bedeutend zu. Bis 1900 stieg der deutsche Kapitalexport auf etwa 15 Milliarden Mark. Um 1900 waren deutsche Monopole in etwa 40 internationalen Kartellen führend.

Im Jahre 1896 spitzten sich die deutsch-englischen Beziehungen außerordentlich zu. Deutschland meldete seine Ansprüche auf die Vorherrschaft in Südafrika an. Fast gleichzeitig begann eine umfangreiche Propagandawelle, die eine großangelegte Flottenrüstung vor-

[181] Vorwärts (Berlin), 8. August 1895.

bereitete. 1898 wurde der Deutsche Flottenverein gegründet, hinter dem Bankkapitalisten und Rüstungsindustrielle standen. Er entwikkelte sich zur größten Massenorganisation des deutschen Finanzkapitals in der Vorkriegszeit.

Die Kolonialpolitik wurde verstärkt fortgesetzt. Zu spät gekommen bei der Verteilung der Welt unter die Großmächte, forderten die Monopole durch den Mund des Staatssekretärs des Äußeren, Vize-Reichskanzler Bernhard von Bülow, den „Platz an der Sonne". 1897 landeten deutsche Marineeinheiten bei Kiautschou und zwangen die chinesische Regierung, das Hafengebiet von Kiautschou auf 99 Jahre an Deutschland zu „verpachten". Der Übergang zur aggressiven Weltmachtpolitik vollzog sich.

Innenpolitisch offenbarte sich der direkte Übergang zum Imperialismus durch konzentrierte Angriffe der herrschenden Klassen auf die demokratischen Rechte des Volkes und eine gesteigerte Militarisierungspolitik. Die Unternehmer setzten die Bildung von Arbeitgeberverbänden fort, die dazu dienen sollten, die Gewerkschaften zu bekämpfen und die militaristische „Herr-im-Hause-Politik" durchzusetzen. Im Jahre 1896 wurden 11, 1897 dann 13, 1898 schon 19 und 1899 sogar 45 solcher Verbände neu gebildet. 1896 wurde ein Vertrauensmann des Zentralverbandes deutscher Industrieller zum preußischen Handelsminister ernannt, der ressortmäßig die Politik gegenüber der Arbeiterbewegung auszuarbeiten hatte.

Mit dem unmittelbaren Übergang zum Imperialismus verschärfte sich der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ungemein. Ausbeutung und politische Unterdrückungsversuche auf der einen Seite, verstärkter ökonomischer und politischer Kampf der Arbeiterklasse auf der anderen Seite waren die bestimmende Grundlage für die Gesamtpolitik in Deutschland. Die ökonomische Ausbeutung, die monopolistische Entwicklung, die Militarisierungspolitik und das Streben nach Weltherrschaft führten zu einer Polarisierung der Klassenkräfte.

Die Streikbewegung wuchs 1896 sprunghaft an. Allein in diesem Jahr streikten rund 130 000 Arbeiter in 483 Kämpfen, die mehr als 40 Gewerbezweige erfaßten. Dabei traten bisher weitgehend politisch inaktive Arbeiter, so die Konfektionsarbeiter, hervor. Mit ihrer Massenbeteiligung am Konfektionsarbeiterstreik traten die Arbeiterinnen erstmals in große ökonomische Kämpfe ein.

Ihren Höhepunkt fand die Streikwelle im elfwöchigen Kampf der Hafenarbeiter Hamburgs vom 21. November 1896 bis 6. Februar

1897. Ein Streik der Hamburger Schauerleute weitete sich bald zu einem Kampf von 18 000 Hafenarbeitern aus, von denen höchstens ein Fünftel gewerkschaftlich organisiert waren.

Die Hamburger Hafenarbeiter standen der Großbourgeoisie unmittelbar gegenüber, die – zusammengeschlossen im Verein Hamburger Reeder und in dem berüchtigten Arbeitgeberverband Hamburg-Altona – engste Verbindung zum militaristischen Staat hielt. Hamburg, das „Tor zur Welt", war das Sprungbrett der deutschen Großbourgeoisie. Gegen die Haupttreiber der antinationalen Weltmachtpolitik, der Flottenrüstung und der Kolonialpolitik erhoben sich die Hamburger Hafenarbeiter.

Der Hafenarbeiterstreik fand in ganz Deutschland starken Widerhall. Die Hafenarbeiter Bremens legten bis zum 2. Dezember 1896 ebenfalls die Arbeit nieder. 1 613 600 Mark – eine für damalige Bedingungen unerhört hohe Summe – brachte das deutsche und internationale Proletariat in einer großartigen Solidaritätsaktion zur Unterstützung der Hamburger Arbeiter auf. Der Streik wurde mit großer Erbitterung und mit eiserner Disziplin geführt. Weder die Verhängung des Kleinen Belagerungszustandes noch die unumgängliche Kürzung der Streikgelder konnten die Arbeiter in die Knie zwingen. Nach zweimaliger Ablehnung entschieden sich die Arbeiter erst am 6. Februar 1897 für den Abbruch des Kampfes.

Die Arbeiter mußten zwar nachgeben, doch wurden sie nicht besiegt. Trotz aller Terrormaßnahmen, trotz der zum Bürgerkrieg drängenden Militärs[182], trotz Provokationen, Maßregelungen und schwarzer Listen gelang es der Reaktion nicht, der Arbeiterbewegung einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Im Gegenteil, fester und geschlossener fügte sich das Hamburger Proletariat zusammen. Fünf Wochen nach dem Streik waren die Hafenarbeiter bereits wieder kampfbereit. Der harte Kampf festigte das Vertrauen auf den endgültigen Sieg des Proletariats. Mit vollem Recht betonte Franz Mehring, „daß der Hamburger Streik allein ungleich wichtiger war als sämtliche Debatten, die seit Jahr und Tag im Reichstage geführt worden sind"[183].

Ab 1895 setzte ein verstärkter Aufschwung der freien Gewerkschaftsbewegung ein. Von 1895 bis 1898 verdoppelte sich die Zahl der in den Zentralverbänden organisierten Arbeiter und erreichte 1898

182 Dokument Nr. 141.

183 Franz Mehring: Nach dem Hamburger Ausstande. In: Franz Mehring: Gesammelte Schriften, Bd. 14, Berlin 1964, S. 163.

fast die Halbmillionengrenze. Demgegenüber zählten die bürgerlich-liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine etwa 83 000 Mitglieder. Auch die sich seit der Gründung des Christlichen Bergarbeiterverbandes 1894 herausbildenden christlichen Gewerkschaftsorganisationen erreichten im Jahre 1898 nur 34 000 Mitglieder.

Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter ließ sich nicht durch christlich oder liberal verbrämte bourgeoise Lockungen verleiten. Das spricht für den hohen Grad des Klassenbewußtseins und für die Anziehungskraft, die die sozialistische Arbeiterbewegung durch ihre konsequente Klassenpolitik auf die Arbeiter ausübte. Immer neue Schichten des Proletariats wurden in die Arbeiterbewegung einbezogen. Die Agitationsarbeit wurde systematisch erweitert. Die deutsche sozialistische Bewegung entwickelte neue organisatorische Einrichtungen. So verteidigten die Arbeitersekretariate mit juristischen Mitteln die elementaren Rechte der Arbeiter. Die sozialistische Bewegung nutzte die von der Bourgeoisie geschaffenen Institutionen, zum Beispiel die Gewerbegerichte, um ihre Positionen und ihren Einfluß unter den Arbeitern zu verstärken. Vielen Arbeitern wurden in den gewerkschaftlichen Kämpfen Solidarität, Disziplin und Kampfbereitschaft anerzogen. Während die immer stärker reformistisch orientierten Spitzenfunktionäre die Gewerkschaftsorganisationen mehr und mehr auf die ökonomische Tagespolitik zu beschränken trachteten und damit die Formierung der Arbeiterklasse für die bevorstehenden Kämpfe gegen Imperialismus und Krieg hemmten, legten die Kampfaktionen der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter Zeugnis ab von ihrem Klassenbewußtsein, ihrem revolutionären Willen und ihrem kämpferischen Elan.

Die herrschenden Klassen reagierten auf die machtvollen Aktionen der Arbeiterklasse mit der Verschärfung ihres reaktionären Kurses. Staatsstreichpläne der Regierung nahmen nunmehr immer festere Formen an. Wilhelm II. forderte öffentlich, „uns von dieser Pest zu befreien, die unser Volk durchseucht". Die Sozialdemokratie müsse „ausgerottet werden auf den letzten Stumpf".[184] Diese Erklärung zeigte, welch große Gefahr der Arbeiterbewegung drohte, war aber auch ein Ausdruck der sich zuspitzenden innerpolitischen Krise.

Nach dem Scheitern der Umsturzvorlage von 1895 hatten sich die reaktionärsten Kräfte der herrschenden Klassen mehr und mehr auf die einzelnen deutschen Bundesstaaten orientiert und versucht, den

[184] Wilhelm Schröder: Das persönliche Regiment, München 1907, S. 61.

Schwerpunkt des Kampfes gegen die Arbeiterbewegung dorthin zu verlegen. In Sachsen wurden im Jahre 1895 der Sächsische Berg- und Hüttenarbeiterverband aufgelöst, der Vertrauensmännerkörper der Metallarbeiter zerschlagen und 1896 das undemokratische Mehrklassenwahlrecht eingeführt. Erneut tauchte der alte Bismarcksche, vom Kaiser wiederum aufgegriffene Plan auf, Preußen solle aus dem Reichsverband austreten und das Deutsche Reich auf noch reaktionärerer Grundlage neu organisieren. Wenn die Pläne, den deutschen Nationalverband zu zerreißen, damals scheiterten, so war das vor allem auf den heroischen Kampf der Arbeiterklasse zurückzuführen, die solchen Versuchen ganz entschieden entgegentrat und als einzige Klasse um einen demokratischen Nationalstaat rang.

Mitte Mai 1897 brachte das Preußische Staatsministerium im preußischen Landtag eine Novelle zum Vereinsgesetz ein, die praktisch die Aufhebung der ohnehin begrenzten Versammlungs- und Koalitionsfreiheit vorsah.[185] „Das heißt" – schrieb der „Vorwärts" – *„es soll eine schrankenlose Polizeiwillkür etabliert werden."*[186] Die Partei organisierte und leitete den Widerstand gegen dieses Attentat auf die bürgerlich-demokratischen Grundrechte des Volkes.[187] Das Berliner Proletariat protestierte in 14 riesigen Versammlungen gegen die Pläne der Reaktion. Die Arbeiter forderten die volle Versammlungsfreiheit für das gesamte Reich. Auch die Gewerkschaften lösten Massenaktionen aus. Einem Aufruf aller Berliner Gewerkschaftsleitungen folgend, führte das Berliner Proletariat am 9. Juni 1897 36 Gewerkschaftskundgebungen durch, die die volle Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, auch für jugendliche Arbeiter, forderten. Die unter Führung Clara Zetkins stehende sozialistische Frauenbewegung beteiligte sich ebenfalls an diesen Aktionen. Ähnlich war es in allen Städten des Reiches.

Darüber hinaus war die Partei bestrebt, auch bürgerliche Schichten in die Protestbewegung einzubeziehen. In einem Aufruf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hieß es: „Parteigenossen! Diesen Plänen der vor nichts zurückschreckenden herrschsüchtigen Clique entgegenzutreten, ist unsere vornehmste Pflicht ... Wo solche Kundgebungen gegen die Angriffe auf die Freiheit und das Recht des Volkes von bürgerlicher Seite ausgehen, unterstützt sie (die Partei) die-

185 Dokument Nr. 142.

186 Vorwärts (Berlin), 14. Mai 1897.

187 Dokument Nr. 143.

selben. Gegenüber dem Vorgehen der junkerlichen Reaktion haben alle gemeinsam zusammenzustehen . . ."[188]

Unter dem Eindruck der Massenaktionen lehnten nun auch viele Ortsvereine der Nationalliberalen Partei die Vereinsgesetznovelle ab. Die Proteste und die Stimmung des Volkes bestärkten die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien, das Gesetz abzulehnen. Mit der knappen Mehrheit von 209 gegen 205 Stimmen verwarf das preußische Abgeordnetenhaus am 24. Juli 1897 das „kleine Sozialistengesetz". Die Arbeiterklasse hatte einen weiteren Anschlag der Reaktion auf die Grundrechte des Volkes erfolgreich zurückgewiesen. Das war nicht nur ein Erfolg des Augenblicks. Schon am 19. Mai 1897 hatte Franz Mehring geschrieben: „Gelingt der reaktionäre Schlag, so ist klar, daß er nur ein erster Schlag sein wird. Ist erst mit dem Vereinsrecht aufgeräumt worden, so kommt die Preßfreiheit an die Reihe und dann das allgemeine Wahlrecht."[189] Das war verhindert worden.

Die Arbeiterklasse hatte unter der Leitung der Sozialdemokratie den Kampf gegen die Pläne der reaktionären Junker und Großbourgeoisie offensiv geführt. Es ging nicht nur um die Verteidigung des Vereins-, des Versammlungs- und des Koalitionsrechts, sondern um eine Erweiterung aller demokratischen Grundrechte. Das betraf insbesondere auch die demokratischen Rechte für die Jugendlichen und die für Frauen, aber auch das Koalitionsrecht für das Gesinde und für die Landarbeiterschaft.

Die herrschenden Klassen beantworteten die Erfolge der deutschen Arbeiterklasse mit dem Zusammenschluß ihrer Kräfte. Am 17. Juni 1897 entwickelte Wilhelm II. in Bielefeld das Programm der reaktionären Junker, Großkapitalisten und Militaristen und kündigte den verstärkten Kampf gegen die Arbeiterbewegung an. Einen Monat später präzisierte der Vizepräsident des preußischen Kabinettes, Johannes von Miquel, dieses Programm und rief zur Bildung eines „Kartells der staatserhaltenden und produktiven Stände" auf. Diese „Sammlungspolitik" war der Versuch, eine Front aller Fraktionen der herrschenden Klassen gegen die Arbeiterbewegung zu bilden. Dabei traten neue Politiker, unter ihnen Bernhard von Bülow, in die Regierung ein und leiteten – im Gegensatz zu der Konzeptionslosigkeit in den Jahren von 1894 bis 1897/1898 – eine Stabilität des politischen

188 Vorwärts (Berlin), 20. Mai 1897.

189 Die Neue Zeit (Stuttgart), 15. Jg. 1896/1897, Zweiter Band, S. 257.

Kurses auf der Grundlage des reaktionären Klassenbündnisses zwischen Junkertum und Monopolbourgeoisie in die Wege.

Im Juni 1898 fanden die Reichstagswahlen statt. Sie brachten der Sozialdemokratie einen beachtlichen Erfolg. Etwa 2,1 Millionen Wähler – das waren 27,1 Prozent der abgegebenen Stimmen – verurteilten die reaktionären Pläne und Staatsstreichversuche der herrschenden Klasse und bekannten sich damit zur Politik der Sozialdemokratie. Dieses Wahlergebnis kennzeichnete deutlich das Wachstum der sozialistischen Bewegung in die Breite. Doch war diese Entwicklung von negativen Erscheinungen innerhalb der Arbeiterbewegung begleitet.

Mit dem Übergang zum Imperialismus nahm auch die opportunistische Tendenz in der Arbeiterbewegung weiter zu. Der Opportunismus trat jetzt nicht mehr offen gegen den wissenschaftlichen Sozialismus auf, sondern versuchte, unter dem Deckmantel des Marxismus die wissenschaftliche Theorie der Arbeiterklasse zu revidieren. Bereits ein Jahr nach dem Tode Friedrich Engels' veröffentlichte Eduard Bernstein von Oktober 1896 bis April 1897 in der „Neuen Zeit" eine fünfteilige Artikelserie „Probleme des Sozialismus. Eigenes und Übersetztes", mit der er die Verbreitung seiner Auffassungen einleitete.[190] Unter Berufung auf die Notwendigkeit, den Marxismus mit den neuen historischen Erscheinungen in Übereinstimmung zu bringen und ihn weiterzuentwickeln, verlangte Bernstein, die Sozialdemokratie solle ihre feindliche Haltung gegenüber der bestehenden Gesellschaftsordnung aufgeben und eine positive Reformpolitik betreiben. Bernstein forderte, die Sozialdemokratie solle nun auf die proletarische Revolution verzichten, denn die kapitalistische Gesellschaft wachse „langsam und allmählich" in den Sozialismus hinein.

In ihrer Antwort auf diese Artikelserie erklärte Rosa Luxemburg in der „Leipziger Volkszeitung", daß in der Theorie Eduard Bernsteins zum ersten Male ein Gegensatz zwischen Revolution und Reformen konstruiert werde. Diese Theorie des Gegensatzes laufe, wie Rosa Luxemburg weiter feststellte, „auf nichts anderes als auf den Rat hinaus, die soziale Umwälzung, das Endziel der Sozialdemokratie, aufzugeben und die Sozialreform umgekehrt aus einem *Mittel* des Klassenkampfes zu seinem *Zwecke* zu machen"[191]. Gleichzeitig wies Rosa Luxemburg darauf hin, daß die Artikelserie Eduard Bernsteins eine theoretische Revision des Marxismus bedeute und im Kern eine

190 Dokument Nr. 140 u. 144.

191 Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution?, Leipzig 1899, S. 1.

antimarxistische Theorie enthalte, die sich charakterisiert als *„eine Theorie der sozialistischen Versumpfung, vulgär-ökonomisch begründet durch eine Theorie der kapitalistischen Versumpfung"*[192].

Aber nicht nur Eduard Bernstein trat in diesen Jahren mit revisionistischen Auffassungen in der deutschen Sozialdemokratie auf. Anfang 1898 versuchte Konrad Schmidt in einem Artikel des „Vorwärts", die revisionistische Theorie weiter auszubauen. Übereinstimmend mit Bernstein bezeichnete er Gewerkschaften, soziale Reformen und die „politische Demokratisierung" des Staates als die entscheidenden Mittel der „allmählichen Einführung des Sozialismus". Etwa zur gleichen Zeit gaben Max Schippel und Wolfgang Heine die marxistischen Grundsätze des konsequenten antimilitaristischen Kampfes preis. Auf dem Parteitag in Hamburg von 1897 fiel Max Schippel dem antimilitaristischen Ringen der Sozialdemokratie mit dem Argument in den Rücken: Da Kriege nicht zu verhindern seien, könne man „doch nicht unseren Soldaten schlechte Flinten, schlechte Kanonen geben"[193]. Wenige Wochen später äußerte Wolfgang Heine in einer öffentlichen Versammlung in Berlin die Meinung, die Sozialdemokratie könne die Militärforderung der Regierung bewilligen, wenn sie dafür als Gegenleistung „Volksfreiheiten" eintausche.

So bildete sich in den Jahren von 1896 bis 1898 eine neue Richtung in der deutschen Arbeiterbewegung heraus: der Revisionismus. Er griff die neuen Entwicklungstendenzen in Ökonomie und Politik zu Ausgang des 19. Jahrhunderts auf und zog daraus opportunistische Schlußfolgerungen für die Politik und Taktik der Partei. Anstelle des revolutionären Kampfes der Partei gegen die imperialistische Entwicklung auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens forderten die Opportunisten eine kleinbürgerlich-reformistische Schacherpolitik mit dem imperialistischen Staat. Damit unternahmen die Revisionisten ihren ersten großangelegten Versuch, die Grundinteressen des Proletariats vermeintlichen Augenblicksinteressen zu opfern und Imperialismus und Arbeiterbewegung miteinander zu versöhnen.

Aus der im Jahre 1895 gegründeten Zeitschrift „Der sozialistische Akademiker" gingen 1897 die „Sozialistischen Monatshefte" hervor. Damit hatten sich die revisionistischen Kräfte eine eigene Zeitschrift

192 Ebenda, S. 33.

193 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Hamburg vom 3. bis 9. Oktober 1897, Berlin 1897, S. 137.

geschaffen. Hier behandelten führende Revisionisten und Linksliberale ständig alle wichtigen Fragen der Arbeiterbewegung in opportunistischem Sinne. Die „Sozialistischen Monatshefte" wurden bald zum publizistischen Zentrum des internationalen Revisionismus.

Der erste revisionistische Vorstoß begegnete zunächst dem entschiedenen Widerstand der revolutionären Parteiführer und Mitglieder. Rosa Luxemburg, eben erst zur deutschen Sozialdemokratie gestoßen, übte in ihren Artikeln in der „Leipziger Volkszeitung" 1898 scharfe Kritik am Revisionismus und deckte sein klassenfeindliches Wesen auf.[194] Ihre auf einem hohen theoretischen Niveau geschriebenen Artikel entsprachen dem Fühlen, Denken und Wollen der Mehrheit der Partei.

Der Parteitag in Stuttgart von 1898 beschäftigte sich erstmalig mit der revisionistischen Richtung. Die Mehrheit der Delegierten bekannte sich in Stuttgart eindeutig zu den revolutionären Grundsätzen der Sozialdemokratie. Allerdings verurteilte der Parteitag die revisionistische Richtung noch nicht offiziell. August Bebel, Karl Kautsky, Wilhelm Liebknecht, Bruno Schönlank, vor allem aber Rosa Luxemburg, Parvus (Alexander Helphand) und Clara Zetkin, lehnten entschieden die revisionistischen Vorstöße auf die Politik der Partei ab und verteidigten die im Erfurter Programm fixierten sozialistischen Prinzipien der Partei. Wilhelm Liebknecht erklärte unter dem stürmischen Beifall der Delegierten: *„In dem Boden des proletarischen Klassenkampfes liegt die Kraft unserer Partei;* in dem Augenblick, wo wir ihn verlassen, ist es wie mit der elektrischen Kraft: ist der Strom unterbrochen, so schwindet die Kraft – wir stehen kraftlos da. Wir hören auf, die Sozialdemokratie zu sein, wenn wir aufhören, eine *proletarische* Partei, die Partei des *proletarischen Klassenkampfes* zu sein."[195]

Andererseits aber zeigte der Ablauf der Verhandlungen auf dem Stuttgarter Parteitag auch eine deutliche Verstärkung opportunistischer Einflüsse. Georg Gradnauer, Wolfgang Heine, Wilhelm Peus, Max Quarck, Max Schippel, Georg von Vollmar und andere Opportunisten ließen keinen Zweifel daran, daß sie fest entschlossen waren, ihre kleinbürgerlich-reformistischen Ansichten weiter in der Partei zu ver-

194 Dokument Nr. 145.

195 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Stuttgart vom 3. bis 8. Oktober 1898, Berlin 1898, S. 134/135.

breiten. Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und auch Parvus hatten völlig recht, wenn sie darauf hinwiesen, daß sich in der Partei eine bedenkliche Kompromißbereitschaft gegenüber dem Revisionismus breitzumachen beginne. So hatte Karl Kautsky die Artikel Eduard Bernsteins ohne Kommentar in der „Neuen Zeit" veröffentlicht und eine gebührende Antwort fast zwei Jahre hinausgezögert. Und Wilhelm Liebknecht erklärte von der Tribüne des Parteitages: „Der ‚Vorwärts' hat den verschiedenen Strömungen Rechnung zu tragen . . ."[196] August Bebel griff noch nicht im einzelnen in die erste Revisionismus-Debatte ein. Nachdem er eine Erklärung Eduard Bernsteins zu dessen Artikelserie in der „Neuen Zeit" verlesen hatte, begnügte er sich damit, zu erklären, er stehe nicht auf dem gleichen Standpunkt.

August Bebel verband mit Eduard Bernstein, dem ehemaligen Redakteur des „Sozialdemokrat", aus der Zeit des Sozialistengesetzes eine enge Freundschaft. Sie hatten gemeinsam in den schweren Jahren der Illegalität manch harten Strauß mit der Reaktion ausgefochten. Für August Bebel war es eine große Enttäuschung, als er nun seinen Freund und Kampfgefährten an der Spitze der Revisionisten sah. Glaubte Bebel auch zunächst an eine vorübergehende Verirrung, so mußte er doch sehr bald feststellen, daß Eduard Bernstein fest entschlossen war, an seinen Ansichten festzuhalten. In zwei Briefen aus dem Jahre 1898 forderte August Bebel seinen ehemaligen Kampfgefährten auf, nochmals gründlich über sein Verhältnis zur Partei nachzudenken.[197] Eduard Bernstein blieb bei seinen Auffassungen. Jetzt kannte August Bebel keinen Pardon mehr. Er war nicht gewillt, mit einem Menschen weiter persönliche Freundschaft zu pflegen, der die Grundsätze der Partei mit Füßen trat. An seinen Freund Victor Adler schrieb er zur gleichen Zeit, wenn Bernstein nicht von seiner Meinung abrücke, „dann hält kein Gott und kein Teufel die Scheidung auf. Mit der Infragestellung der Grundsätze ist auch die Taktik in Frage gestellt, ist unsere Stellung als Sozialdemokraten in Frage gestellt, handelt es sich um Sein oder Nichtsein als Partei."[198]

196 Ebenda, S. 133.

197 Dokument Nr. 146.

198 August Bebel an Victor Adler, 4. November 1898. In: Victor Adler: Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky sowie Briefe von und an Ignaz Auer, Eduard Bernstein, Adolf Braun, Heinrich Dietz, Friedrich Ebert, Wilhelm Liebknecht, Hermann Müller und Paul Singer. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954, S. 268.

Der Stuttgarter Parteitag brachte keine Entscheidung. Franz Mehring schrieb in der „Neuen Zeit": „Nach der theoretischen Seite hin hat der Stuttgarter Tag gezeigt, daß die Partei nicht auf der Höhe steht, auf der sie stehen muß, wenn ihr Schiff nicht über kurz oder lang auf sehr praktische Felsen rennen soll."[199] Die umfassende Auseinandersetzung mit dem Revisionismus wurde auf den nächsten Parteitag verlegt. August Bebel begründete den Aufschub dieser Debatte mit dem Argument, die Auseinandersetzungen über die Grundanschauungen der Partei müßten in der Presse und auf Versammlungen gründlich vorbereitet werden.

Nach dem Stuttgarter Parteitag fanden in vielen Orten Deutschlands, so in Berlin, Dresden, Jena, Kiel, Leipzig, Nürnberg und Stuttgart, von Sozialdemokraten einberufene öffentliche Versammlungen statt, in denen sich der überwiegende Teil der Parteimitglieder zur revolutionären Taktik der Partei bekannte. Diese Versammlungswelle und die in der sozialistischen Presse geführte Diskussion um die Grundfragen der sozialistischen Politik bereitete die Parteimitgliedschaft auf den nächsten Parteitag vor, der den ersten Höhepunkt des Kampfes gegen den Revisionismus bringen sollte.

Zur gleichen Zeit, als sich in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung die Auseinandersetzungen zwischen Marxismus und Opportunismus zuspitzten, wuchs in der russischen Arbeiterbewegung eine neue Kraft heran, die der Auseinandersetzung neue Impulse geben und ihr Richtung und Ziel weisen sollte. Bereits 1883 hatte sich die marxistische Gruppe „Befreiung der Arbeit" herausgebildet. An ihrer Spitze stand G. W. Plechanow, der in hervorragender Weise als Theoretiker und Propagandist für die Verbreitung und Durchsetzung des Marxismus wirkte. Seit der ersten Hälfte der neunziger Jahre bereitete W. I. Lenin die Gründung einer gesamtrussischen marxistischen Arbeiterpartei vor.

Wladimir Iljitsch Uljanow (Lenin), am 22. April 1870 in Simbirsk geboren, war in einer hochgebildeten Familie aufgewachsen. Sein Vater, I. N. Uljanow, war ein bedeutender demokratisch eingestellter russischer Pädagoge. Schon frühzeitig hatte sich der junge Lenin mit den besten literarischen Werken der russischen und ausländischen Literatur vertraut gemacht. Besonders liebte er die Arbeiten N. A. Nekrassows und J. S. Turgenjews. Hoch schätzte er auch die Werke N. A.

[199] Franz Mehring: Der Stuttgarter Parteitag. In: Franz Mehring: Gesammelte Schriften, Bd. 14, S. 255.

Dobroljubows und N. G. Tschernyschewkis. Durch die Erzählungen des Vaters und durch eigene Beobachtungen über die schwere Lage der Arbeiter und Bauern war in W. I. Lenin schon früh die Liebe und Achtung zum werktätigen Volk und der Haß gegen seine Unterdrükker geweckt worden.

Die Hinrichtung seines Bruders im Jahre 1887, der an dem Attentat gegen den verhaßten Zaren teilgenommen hatte, übte eine bleibende Wirkung auf das revolutionäre Denken W. I. Lenins aus. Während seines Studiums an der Juristischen Fakultät der Universität Kasan hatte er sich dem illegalen revolutionären Studentenzirkel angeschlossen. Kurz nach dem Eintritt in die Universität war W. I. Lenin wegen aktiver Beteiligung an diesem Zirkel verhaftet und für ein Jahr verbannt worden. Nach Kasan zurückgekehrt, hatte er in einem marxistischen Zirkel gründlich die Werke des wissenschaftlichen Kommunismus studiert und sich gleichzeitig auf sein Staatsexamen vorbereitet, das er 1891 in Petersburg ablegte. Danach hatte er sich voll und ganz der revolutionären Arbeit unter den russischen Sozialdemokraten zugewandt. Sein Wissen und seine Kenntnisse, seine theoretischen und organisatorischen Fähigkeiten, seine nie erlahmende Energie und große Begeisterung für die Sache des Proletariats hatten W. I. Lenin bald zum Führer der Petersburger Sozialdemokraten gemacht. Er vereinigte in seiner Person revolutionäre Theorie und praktisches Wirken. Meisterhaft verstand es W. I. Lenin, den Marxismus auf die Verhältnisse in Rußland anzuwenden. Für ihn war der Marxismus kein Dogma, sondern stets konkrete Anleitung zum Handeln.

1894 legte W. I. Lenin seine erste große wissenschaftliche Arbeit vor: „Was sind die ‚Volksfreunde' und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?". Hier setzte er sich mit den Auffassungen der liberalen Volkstümler prinzipiell auseinander. Schon in dieser Arbeit bewies er seine Fähigkeit, den Marxismus nicht nur gegen seine Feinde zu verteidigen, sondern ihn auch schöpferisch weiterzuentwikkeln. Er formulierte als erster Marxist die These von der Hegemonie des Proletariats und erkannte das revolutionäre Bündnis der Arbeiterschaft mit der Bauernschaft als Voraussetzung für den Sieg der russischen Arbeiterklasse über den Zarismus. Damit beantwortete Lenin zugleich die neu herangereiften Fragen der Strategie und Taktik für die Entwicklung der russischen und der internationalen Arbeiterbewegung.

In der gleichen Arbeit begründete W. I. Lenin die Notwendigkeit,

aus den voneinander isolierten sozialdemokratischen Gruppen und Zirkeln in Rußland eine einheitliche sozialistische Arbeiterpartei zu schaffen. Nur wenn die Arbeiterklasse über eine sozialistische Partei verfüge, die dem Kampf des Proletariats Richtung und Ziel weise, schrieb W. I. Lenin, „wird sich der russische *Arbeiter* erheben, sich an die Spitze aller demokratischen Elemente stellen, den Absolutismus stürzen und das *russische Proletariat* (Schulter an Schulter mit dem Proletariat *aller Länder*) *auf dem direkten Wege des offenen politischen Kampfes* der *siegreichen kommunistischen Revolution* entgegenführen"[200].

Kurze Zeit später kritisierte W. I. Lenin in seiner Schrift „Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung und seine Kritik in dem Buch des Herrn Struve" (1895) die antimarxistische Grundhaltung der sogenannten „legalen Marxisten" in Rußland. Die „legalen Marxisten", bürgerliche Intellektuelle, traten bereits Mitte der neunziger Jahre gegen den Marxismus auf, wobei sie ihre liberal-reformistischen Ansichten als marxistische Grundsätze ausgaben. W. I. Lenin wies nach, daß die „legalen Marxisten" den Marxismus seines revolutionären Inhalts beraubten und daß sie in Wirklichkeit Ideologen der liberalen Bourgeoisie waren. W. I. Lenin gab mit dieser Schrift der internationalen Arbeiterbewegung ein Beispiel, wie Entstellungen des Marxismus zurückzuweisen sind.

Die Arbeiten W. I. Lenins dienten nicht nur der Klärung theoretischer Streitfragen. Von Anfang an erkannte Lenin die Notwendigkeit, den wissenschaftlichen Kommunismus mit der Arbeiterbewegung zu verbinden. Einen konkreten Schritt in dieser Richtung stellte die Gründung des Petersburger „Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse" im Jahre 1895 dar. Der Kampfbund begann im Unterschied zu anderen sozialdemokratischen Gruppen und marxistischen Zirkeln die Arbeiter für den Kampf gegen den zaristischen Absolutismus und gegen die kapitalistische Ausbeutung zu organisieren. Er bildete, wie W. I. Lenin schrieb, den ersten bedeutsamen Keim einer revolutionären Partei in Rußland.

In den folgenden Jahren konzentrierte W. I. Lenin sein theoretisches und praktisches Wirken auf die Zusammenfassung der verschiedenen lokalen sozialdemokratischen Gruppen zu einer revolutionären Arbeiterpartei. Im Jahre 1897 arbeitete W. I. Lenin in der Verbannung die

200 W. I. Lenin: Was sind die „Volksfreunde" und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten? In: Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 304.

Schrift „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten" aus. Sie enthielt die programmatischen Grundlagen für die Gründung der Partei. Im März 1898 gründeten die Vertreter einer Reihe von lokalen sozialdemokratischen Organisationen auf dem illegalen Parteitag von Minsk die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands. Wenn es auch noch eines langen und harten Kampfes W. I. Lenins und seiner Anhänger bedurfte, ehe die Sozialdemokratie in Rußland die notwendige organisatorische und politische Festigkeit gewann, so kündete doch der Minsker Parteitag vom Aufbruch einer für die weitere Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung entscheidenden Kraft.

Ende des 19. Jahrhunderts hatten sich auch in anderen Ländern neue sozialistische Parteien gebildet, die ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse verstärkten und neue Schichten in den Kampf einbezogen. In Frankreich gab es eine starke, aber nicht einheitliche sozialistische Bewegung. Neben der opportunistischen Richtung, den Possibilisten, bestand eine starke von Paul Lafargue und Jules Guesde geleitete marxistische Partei, die in vielen theoretischen und taktischen Fragen innerhalb der französischen sozialistischen Bewegung maßgebend war. In England, wo schon große Gewerkschaften existierten, entstanden Ende der achtziger und in den neunziger Jahren sozialistische Organisationen, die sich – zum Teil gemeinsam mit den Gewerkschaften – 1900 zur Labour-Party vereinten. In Österreich wurde um die Jahreswende 1888/1889 auf dem Parteitag in Hainfeld die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs gegründet, deren Programm auf marxistischer Grundlage beruhte. Ihr Führer war Victor Adler. In den neunziger Jahren verstärkte die Sozialdemokratische Partei Österreichs ihren Einfluß auf die österreichische Arbeiterklasse und kämpfte erfolgreich um eine bürgerlich-demokratische Wahlrechtsreform. Im Jahre 1900 entstand die Sozialistische Partei Amerikas. Damit begann ein neuer Entwicklungsabschnitt in der amerikanischen Arbeiterbewegung.

Neben den schon bestehenden Parteien in Belgien, Dänemark, Holland, Norwegen, Schweden, Spanien und der Schweiz entstanden 1892 die Italienische Sozialistische Partei unter der Leitung von Filippo Turati und 1894 die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen unter Führung von Rosa Luxemburg und Julian Marchlewski. Weiterhin wurden in Ungarn 1890, in Bulgarien 1891 und Rumänien 1893 sozialistische Parteien gegründet.

Am Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich die internationale Arbei-

terbewegung, angeregt und beeinflußt von der II. Internationale, machtvoll entfaltet. Parteien, Massengewerkschaften, Genossenschaften und Arbeiterbildungsorganisationen verschiedener Art bestimmten das Bild der Arbeiterbewegung in den europäischen Ländern und in den USA. Die sozialistischen Parteien in Europa und Nordamerika zählten insgesamt etwa 300 000 Mitglieder. Sie betrieben eine breite sozialistische Propaganda und nutzten das Wahlrecht, die Kräfte des Proletariats zu sammeln und zu organisieren. Um die Jahrhundertwende stimmten fast viereinhalb Millionen Wähler für die Kandidaten der sozialistischen Parteien. In zehn Ländern gab es insgesamt bereits 207 sozialistische Abgeordnete. In den Gewerkschaften Europas und Nordamerikas waren rund 4 Millionen Arbeiter organisiert. Sie kämpften für die Verbesserung ihrer Lebenslage und für ihre demokratischen Rechte.

Die internationale Arbeiterbewegung war jedoch politisch vielgestaltig. Neben den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften, die im ganzen dominierten, existierten vor allem in Frankreich, Italien, Österreich und Spanien noch starke anarchistische und anarchosyndikalistische Gruppen. Im klassischen Land der Gewerkschaften, in England, herrschten die reformistisch orientierten Trade-Unions vor, und in einer Reihe europäischer Länder gab es starke reformistische Organisationen.

Bereits in den neunziger Jahren begannen sich in allen Ländern opportunistische Tendenzen auszubreiten. Die ihrem Klasseninhalt nach gegensätzlichen Richtungen des Marxismus und des Opportunismus prallten auf den Kongressen der II. Internationale aufeinander. Dennoch war es für die internationale Arbeiterbewegung am Ende des 19. Jahrhunderts charakteristisch, daß der Marxismus weiter vordrang. Der Marxismus war die vorherrschende Ideologie in der Arbeiterbewegung geworden. Das bestätigten auch die Kongresse der II. Internationale in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts.

Die deutsche Sozialdemokratie nahm im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts in der II. Internationale eine führende Stellung ein. Ihr heroischer Kampf gegen das Sozialistengesetz, ihre reichen Erfahrungen im Kampf gegen den Militarismus, die erfolgreiche Auseinandersetzung mit der Bismarckschen Sozialpolitik, das Ringen der Partei um bürgerlich-demokratische Rechte und gegen die kapitalistische Ausbeutung und ihre Erfahrungen bei der Ausnutzung der bürgerlichen Legalität in den neunziger Jahren verschafften der deutschen

Sozialdemokratie bei den Sozialisten aller Länder hohes Ansehen. Das Wort ihrer Führer hatte großes Gewicht in der internationalen Arbeiterbewegung. Die wichtigsten Resolutionen der II. Internationale – vor allem jene über den antimilitaristischen Kampf – wurden unter entscheidender Mitwirkung der deutschen Sozialdemokratie ausgearbeitet. Die Organisation der deutschen Partei galt den jüngeren Arbeiterparteien in den verschiedenen Ländern als Vorbild. Auch ihre Strategie und Taktik des proletarischen Kampfes wurde als vorbildlich anerkannt. So schrieb Julius Motteler im Jahre 1895 eigens für die italienischen Sozialisten einen Bericht, in dem er die Lehren aus dem Kampf gegen das Sozialistengesetz zusammenfaßte. Die enge Zusammenarbeit der deutschen Parteiführer mit Friedrich Engels, die Aneignung der Lehren des Marxismus und ihre Erprobung unter den schwierigen Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland bewirkten, daß führende Sozialdemokraten Deutschlands in theoretischer Hinsicht innerhalb der Internationale eine wichtige Stellung einnahmen. In der „Neuen Zeit" wurden unter Mitarbeit von Victor Adler, Paul Lafargue, G. W. Plechanow und anderen Marxisten aus vielen Ländern entscheidende Fragen der internationalen Arbeiterbewegung diskutiert und behandelt.

Die führende Stellung der deutschen Sozialdemokratie im internationalen Rahmen begannen deutsche Opportunisten bereits in den neunziger Jahren auszunutzen, um ihre arbeiterfeindlichen Ideen in der internationalen Arbeiterbewegung zu verbreiten.

Da die deutsche Sozialdemokratie in den neunziger Jahren an der Spitze der internationalen Arbeiterbewegung stand, war sie um so mehr verpflichtet, allen Erfordernissen des proletarischen Befreiungskampfes gerecht zu werden. Sie hatte sich zu einer revolutionären Massenpartei entwickelt, die sich mit ihrer Politik und mit ihrem praktischen Kampf als einzige nationale Kraft im Ringen gegen die militaristische Reaktion der Junker und der Großbourgeoisie erwies. Jedoch konnte sie nicht alle Anforderungen erfüllen, die die komplizierte Klassensituation im Deutschland der neunziger Jahre an sie stellte. Obwohl die Partei gerade in diesen Jahren in der Praxis des täglichen Klassenkampfes immer wieder auf die zentrale Forderung nach der demokratischen Republik als nächstes Etappenziel des proletarischen Befreiungskampfes und auf die Bündnisfrage stieß, kam sie über die Ansatzpunkte zur richtigen Lösung dieser Probleme nicht hinaus. Das behinderte die volle Schlagkraft der Partei und bot dem

Opportunismus Möglichkeiten, diese vom Leben gestellten Fragen auf seine arbeiterfeindliche Weise zu beantworten. Hier wirkte sich eine Unterschätzung theoretischer Grundfragen in verhängnisvoller Weise aus.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts stand die sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands am Scheidewege. Die revolutionäre Sozialdemokratie besaß einen Stamm kampferprobter Funktionäre und eine breite Massenbasis. Sie hatte in großen Teilen des Proletariats das Klassenbewußtsein entwickelt, hatte Hunderttausende mobilisiert, den Marxismus in der Arbeiterbewegung verbreitet und im harten Kampf gegen die herrschenden Klassen wichtige Ausgangspositionen für die kommenden entscheidenden Auseinandersetzungen erobert. Innerhalb der revolutionären Sozialdemokratie aber gewannen klassenfeindliche opportunistische Bestrebungen immer stärker an Boden. Sie gefährdeten die Partei auf das ernsteste. Prophetisch warnend hatte August Bebel die Konsequenzen bereits 1882 dargelegt, als er betonte, die Sozialdemokratie sei eine „Klassenbewegung, die große, weltumgestaltende Ziele hat und haben muß und deshalb keinen Kompromiß mit der herrschenden Gesellschaft eingehen kann, und, wenn sie es täte, einfach zugrunde ginge respektive in neuer Gestalt und von der bisherigen Führerschaft befreit sich regenerierte“[201]. Das weitere Schicksal der Sozialdemokratie hing nun davon ab, inwieweit es den revolutionären Kräften gelang, im unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus die konsequente proletarische Klassenpolitik durchzusetzen und zu sichern, die neuen, durch den Imperialismus geschaffenen Kampfbedingungen zu erkennen und die sich daraus ergebenden entscheidenden Aufgaben zu lösen.

201 August Bebel an Ignaz Auer, 4. Januar 1882. In: August Bebel: Aus meinem Leben, Berlin 1961, S. 797.

Dokumente

1

Aus dem Werk Wilhelm Weitlings
„Garantien der Harmonie und Freiheit",
erschienen 1842

Zweiter Abschnitt
Sechzehntes Kapitel
Vorteile der Gemeinschaft

Keine Armen! und folglich auch keine Bettler, keinen Kummer, Sorge, Gram, Verzweiflung, keine bittere Tränen des Elends, keine Geringschätzung und Verachtung, keine Unwissenheit, Dummheit, Roheit, keine ekelhaften Lumpen und Hadern, keine bleiche, ausgemergelte Gesichter und betrübte, traurige Mienen mehr.

Keine Verbrechen! und folglich auch keine Strafen, keine Richter, Polizei, Gefängnisse, Kerkermeister; keine Gendarmen, Büttel, Gerichtsdiener, Advokaten; keine Klagen, Kläger und Verklagte; keine Gesetzbücher, Akten, Mordbeile, Galgen, Spießruten; keine Angst und Furcht; keine gekünstelten Tugenden und Laster; keine Mörder, Räuber, Diebe, Verleumder und Betrüger mehr!

Keine Herren! und folglich auch keine Bediente, Knechte, Mägde, Lehrjungen, Gesellen; keine Hohe und keine Niedere, keine Befehle und Unterwürfigkeiten, keinen Haß, Neid, Stolz und Übermut, keine Mißgunst, Verfolgung und Bedrückung mehr.

Keine Müßiggänger! und folglich auch keine Taugenichtse, keine sich krank und dumm arbeitenden Sklaven; keine Verachtung und Verhöhnung der Arbeit, keine Last derselben und keine Besorgnis um dieselbe mehr.

Keine Verschwender! und folglich auch keinen Mangel, keine Hungerleidenden und Darbenden, keine Üppigkeit und keinen Hochmut; keine schrankenlosen, die geistigen und physischen Kräfte der Gesellschaft störenden Leidenschaften mehr.

Keine Mächtigen! und folglich auch keine Sklaverei und keine Unterjochung, keine Willkür und keine Herrschaft der Begierden, keine Gewalttätigen, keine Henker und Henkersknechte; keine Beschränkung der allgemeinen Freiheiten und keine Aussaugung der Völker; keine Steuern und Abgaben, keine Fronden und Militärdienste; keine Auspfändungen, Plünderungen und Brandschatzungen; keine stehenden Heere, Festungen und Zwinger; keine Tyrannen und Bluthunde mehr.

Keine Beschränkung des Fortschrittes! und folglich auch keine falsche Gelehrsamkeit, keine geheiligten Irrtümer und keine glücklichen Betrüger; keine Preßgesetze, Journalkautionen und Stempel; keine unnütze, zeit-

raubenden Studien; keine Unterjochung der Begierden und Freiheiten des Wissens, des Wortes und der Rede mehr.

Kein Zeitverlust mehr durch die Vereinzelung der Arbeiten, und darum eine allgemeine Verminderung der Arbeitszeit.

Keine unnützen Arbeiten mehr! und darum mit leichter Mühe für jeden, was ihm notwendig, nützlich und angenehm ist.

Keine Verluste mehr durch die Vereinzelung in der Produktion und Konsumation der Lebensbedürfnisse, und daher Ersparnis und Überfluß für alle ...

Achtzehntes Kapitel
Mögliche Übergangsperioden

Die Einführung jeder wichtigen Reform kann nur durch eine Revolution bewerkstelligt werden: denn jede Ersetzung des Alten durch das Neue ist eine Revolution. Ob nun die Verwirklichung neuer Ideen durch das Volk betrieben wird oder durch einen Fürsten, ob sie allein durch die physische Gewalt erkämpft wird oder durch die geistige oder durch alle beide, immer ist dies eine Revolution.

Revolutionen wird es immer haben, aber sie werden nicht immer blutig sein.

Auch unser Prinzip wird sich durch eine Revolution verwirklichen. Diese wird aber in ihren Folgen um so fürchterlicher sein, je länger der jetzige Zustand der Unordnung noch dauert: weil dieser das schreiende Mißverhältnis zwischen den Bedürfnissen und der Bevölkerung immer mehr vermehrt und dadurch eine milde, friedliche, progressive Übergangsperiode immer unmöglicher macht ...

Den Krieg gegen die Personen oder die blutige Revolution lassen wir die Politiker machen; den Krieg gegen das Eigentum oder die geistige Revolution müssen wir machen.

In den Zeiten der Ruhe laßt uns lehren und in den Zeiten des Sturmes handeln.

Sobald er daherbraust, ist keine kostbare Zeit mit nutzlosen Deklamationen zu verlieren wie damals auf Hambach: sondern rasch wie der Blitz muß gehandelt werden, rasch wie dieser muß Schlag auf Schlag geführt werden, solange das Volk unter dem Eindrucke des ersten Enthusiasmus lebt.

Und nicht herumgesucht darf da werden nach einem Führer; und nicht lange gemäkelt darf da werden bei der Wahl eines Führers. Wer der Erste aufsteht, wer der Erste vorangeht, wer am tapfersten aushält und dabei seine Lebenslage gleichstellt mit der aller übrigen, ist Führer.

Und keine Waffenstillstande, keine Unterhandlungen mit den Feinden dürfen eingegangen, keinem Versprechen derselben getraut werden. So-

bald sie den Kampf hervorrufen, müssen sie nicht anders betrachtet werden als unvernünftige Tiere, die unfähig sind, eine vernünftige Sprache zu verstehen.

Dies sind die Verhaltungsregeln für die Zeiten einer allgemeinen Bewegung, für die Zeiten, in welchen man uns wieder zu revolutionären Werkzeugen gebrauchen will, um mit unserer Hilfe die Personen zu wechseln, die uns regieren.

Jede Bewegung aber, die von Anfang an gleich das Streben der Verwirklichung unseres Prinzips kundgibt, mit einem Worte, jede soziale Revolution wird anders anfangen als alle bisherigen Revolutionen. Man wird sich darin nicht vor die Kanonen wälzen, wo der Feind am stärksten ist, auch nicht durch den Mord einzelner Tyrannen zum Ziele zu gelangen suchen. Dieses sind unsichere und oft sogar schädliche Mittel, mit welchen man den Feinden in die Hände arbeitet. Hat einmal das arme Volk das Joch satt und will es damit enden, so soll es nicht den Personen den Krieg machen, sondern dem Eigentum. Das ist die schwächste Seite unserer Feinde.

Wilhelm Weitling: Garantien der Harmonie und Freiheit,
Berlin 1955, S. 219/220, 227, 248, 258/259.

2

Aus der Arbeit Wilhelm Wolffs
„Das Elend und der Aufruhr in Schlesien", geschrieben Ende Juni 1844

Die Macht über die Weber konzentrierte sich in den Händen der reichen Fabrik- und Handelsherren. Von ihnen mehr und mehr abhängig, sah sich der Weber gezwungen, für einen Lohn zu arbeiten, welcher ihn mit den Seinigen am Hungertuche nagen ließ. Aber die Reichen gewannen, wie immer, und wurden immer reicher, während der Arme stets ärmer ward, stets tiefer in Armut und Sklaverei versank. Die Klagen der Weber bezogen sich übrigens weit weniger auf Arbeitslosigkeit als auf den jämmerlichen Verdienst, den die angestrengteste Arbeit eintrug. Aber nicht genug, daß fortwährende Herabsetzung des Lohnes die armen fleißigen Menschen in täglich größeres Elend stürzte, es wurden auch von vielen Fabrikanten unzählige Mittel angewandt, es ihnen unmöglich zu machen, sich aus den Händen derer zu befreien, die an ihrem Schweiß sich bereicherten. Der Weber mußte, weil er selbst von Mitteln entblößt war, das Garn vom Fabrikanten entnehmen und ihm die fertige Leinwand verkaufen. Da der Weber stets für das Garn sich im Vorschuß befand, so war er dem Fabrikanten schon dadurch in die Hände gegeben. Andere, die gerade noch

das Garn zu einem Gewebe anzuschaffen imstande waren, erlangten doch keinen besseren Preis. Denn schrieb der Fabrikant letzterem „unvertilgbar" auf das Stück oder machte sonst ein Zeichen, daß es bereits angeboten worden, so war der Weber, selbst wenn er nicht von der Not zum augenblicklichen Verkauf gedrängt worden wäre, gleichwohl nachzugeben genötigt. Oftmals bin ich im Winter solchen Armen begegnet, die in dem schrecklichsten Wetter, hungrig und frierend, viele Meilen weit ein fertig gewordenes Stück zum Fabrikanten trugen. Zu Hause warteten Frau und Kinder auf die Rückkunft des Vaters; sie hatten seit $1^1/_2$ Tagen bloß eine Kartoffelsuppe genossen. Der Weber erschrak bei dem auf seine Ware gemachten Gebot; da war kein Erbarmen; die Kommis und Gehilfen begegneten ihm wohl noch obendrein mit empörender Härte. Er nahm, was man ihm reichte, und kehrte, Verzweiflung in der Brust, zu den Seinigen zurück ...

Wenden wir uns jetzt nach dem Eulengebirge, an dessen Fuße sich der erste, blutige Akt, mindestens ein Vorspiel in dem unaufhaltbaren Proletarierdrama, im Kampfe des niedergetretenen, von der Macht des Geldes und der schlauen Berechnung zur Maschine erniedrigten Menschen um Wiedergewinnung seiner Würde, im Kriege der Besitzlosen gegen die Tyrannei und Selbstsucht des Privateigentums, zu Anfang dieses Monats entwickelt hat ...

Dagegen kann ich folgend kurzen Bericht, wie ich ihn Augenzeugen, und zwar glaubhaften Männern, nacherzähle, verbürgen. Ein Gedicht ..., nach der Volksmelodie: „Es liegt ein Schloß in Österreich" abgefaßt und von den Webern gesungen, ward gleichsam die Marseillaise der Notleidenden. Sie sangen es zumal vor Zwanzigers Hause wiederholt ab. Einer ward ergriffen, ins Haus genommen, durchgeprügelt und der Ortspolizei überliefert. Endlich um 2 Uhr nachmittags, den 4. Juni 1844, trat der Strom über seine Ufer. Eine Schar Weber erschien in Nieder-Peterswaldau und zog auf ihrem Marsche alle Weber aus den Wohnungen rechts und links an sich. Alsdann begaben sie sich nach dem wenig entfernten Kapellenberge und ordneten sich paarweise und rückten so auf das neue Zwanzigersche Wohngebäude los. Sie forderten höheren Lohn und – ein Geschenk! Mit Spott und Drohen schlug man's ihnen ab. Nun dauerte es nicht lange, so stürmte die Masse ins Haus, erbrach alle Kammern, Gewölbe, Böden und Keller und zertrümmerte alles von den prächtigen Spiegelfenstern, Trumeaus, Lüsters, Öfen, Porzellan, Möbel bis auf die Treppengeländer herab, zerriß die Bücher, Wechsel und Papiere, drang in das zweite Wohngebäude, in die Remisen, ins Trockenhaus, zur Mange, ins Packhaus und stürzte die Waren und Vorräte zu den Fenstern hinaus, wo sie zerrissen, zerstückt und mit Füßen getreten, oder ,in Nachahmung des Leipziger Meßgeschäftes, an die Umstehenden verteilt wurden ...

Infolge dreier Gewehrsalven blieben sofort 11 Menschen tot ... Nach den ersten Salven herrschte einige Sekunden eine Totenstille. Aber der Anblick des Blutes um und neben ihnen, das Stöhnen und Röcheln der im Verscheiden Begriffenen, der Jammer der Blessierten trieb die mutigsten unter den Webern zum Widerstande. Sie antworteten mit Steinen, die sie von den Steinhaufen der Straße aufrafften. Als nun zwar noch mehrere Schüsse getan und dadurch abermals einige Weber verwundet wurden, gleichwohl aber die Weber, auf der einen Seite entfliehend, von der anderen her zurückkehrten und unter den fürchterlichsten Flüchen und Verwünschungen mit Steinen zu werfen fortfuhren, mit Knütteln, Äxten usw. vordrangen, bewerkstelligte der Major v. Rosenberger seinen Rückzug. Hätte er länger gezögert, so war es vielleicht für immer zu spät. Abends 10 Uhr langte der Major v. Schlichting mit vier Kompanien in Peterswaldau an. Auch 4 Geschütze trafen von Schweidnitz ein ...

Die Kunde vom Aufstande der Weber verbreitete sich mit Blitzesschnelle in der Provinz. Zwar den hiesigen Zeitungen wurde sogar eine ganz kurze Notiz vom Zensor gestrichen und später nach langen Konferenzen einiger Mitglieder der Regierung ein kleiner offizieller Artikel eingerückt. Desto geschäftiger war die Fama. Die übertriebensten Gerüchte fanden gläubige Aufnahme. Was über Organisation, Zahl und Bewaffnung gefabelt ward, ist erstaunlich. Um so begieriger griff jeder nach den Zeitungen. Sie aber sprachen über alles, nur über das nicht, was alle Gemüter in Bewegung setzte. Und doch war die Teilnahme für die Weber in den arbeitenden Volksmassen allgemein, unter den höheren Klassen nicht unbedeutend, hier jedoch von seiten der Reichen und Kapitalisten weit überwogen durch Opposition, Haß und – Furcht. Nach Versicherungen glaubhafter Leute war das ganze Gebirge bereit, „wenn nur erst die Weber kämen", sich ihnen anzuschließen. Ich selbst hörte gerade an den Tagen vom 7. Juni ab auf einer kleinen Reise überall die entschiedenste Sprache auf Dörfern und in der Stadt, daß die Weber recht hätten und daß es nur alle so machen sollten, dann würde es schon ganz anders werden. Gegen die reichen Fabrikanten, gegen den Adel und die Gutsbesitzer, gegen die Reichen und Vornehmen überhaupt, hörte ich die drohendsten Äußerungen. Bald hieß es: 10 000 Weber ziehen nach Freiburg zum Kramsta, bald: sie hätten ihren Weg nach Wüstegiersdorf und weiterhin genommen.

Deutsches Bürgerbuch für 1845,
Darmstadt 1845, S. 181/182, 187–189, 192, 194/195.
Wilhelm Wolff: Der Aufruhr der Weber
in Schlesien (Juni 1844) und andere Schriften,
Berlin o. J., S. 19, 23, 25, 27/28, 29/30.

3

Aus der Adresse des deutschen Arbeiterbildungsvereins in London an die Redaktion des „Telegraph für Deutschland" vom 21. September 1844 zum Aufstand der schlesischen Weber

Als uns nämlich durch die deutschen Zeitungen die Nachricht von dem Arbeiteraufstande in Schlesien zukam und wir zu gleicher Zeit das furchtbare Elend kennenlernten, welches denselben hervorgerufen, konnten wir nicht anders, als den tiefsten und innigsten Anteil an dem Schicksale unserer unglücklichen Mitbrüder nehmen. – Wir konnten und mußten mit ihnen und für sie fühlen, denn auch wir stehen in ähnlichen Verhältnissen wie sie; auch unsere und unserer Familien Existenz hängt von der Laune eines Meisters ab; auch wir leben morgen von dem, was wir heute verdient haben; auch wir haben Hunger gelitten, ja wir leiden ihn oft noch!

Ja! wir fühlten und fühlen tief, wir erkennen aber auch, daß bloßes Gefühl ohne Tat unfruchtbar und unnütz ist; denn das Gefühl ist nur schätzenswert, wenn es uns zum Handeln treibt. – Deswegen haben wir, eine Anzahl deutscher Arbeiter, eine Sammlung für die schlesischen Weber veranstaltet, deren Betrag von sechs Pfund Sterling wir Ihnen hierbei mit der inständigen Bitte übersenden, denselben, wo möglich an die Familien derjenigen gelangen zu lassen, welche entweder während der Unruhen geblieben sind oder jetzt, infolge derselben im Gefängnisse schmachten. – Unser Scherflein ist klein, aber wir haben getan, was in unseren Kräften stand. Muß doch heutzutage der Arbeiter, wenn er seinen unglücklichen Mitbrüdern helfen will, es an seinen notwendigsten Bedürfnissen ersparen!

Der Grund aber, warum wir unseren Beitrag bloß für die Familien der Gebliebenen und im Gefängnis Schmachtenden bestimmen, ist: weil wir dieselben als die Märtyrer der heutigen schlechten Organisation der Gesellschaft betrachten.

Freilich können wir Unruhen wie die schlesischen und böhmischen nur beklagen, weil wir wohl einsehen, daß solch teilweise Aufstände nicht geeignet sind, unserem Stande diejenigen Rechte zu verschaffen, welche ihm gehören und welche er zu erlangen strebt; aber ferne sei es auch von uns, unsere unglücklichen Brüder anzuklagen, selbst wenn sie uns Schaden bringen sollten. – Nein! Wir klagen die Gesellschaft an, die uns als Parias behandelt; die uns alle Lasten auferlegt; die uns keine Rechte gewährt; die uns dem Elend und dem Hunger preisgibt . . .

Wir wollen uns endlich einmal aus dem Schlamm erheben, in welchem unser Stand schon seit so langer Zeit versunken ist: – nicht durch Gewalt, sondern durch Bildung unserer selbst, durch gute Erziehung unserer Kinder. Hierzu aber haben wir vor allem eine gesicherte Existenz nötig. Nur

wenn der fleißige Arbeiter immer Arbeit und eine seiner Arbeit angemessene Vergütung findet, nur, wenn unsere heut uns zu Boden drückenden materiellen Sorgen erleichtert werden, können wir uns zur geistigen Freiheit erheben und uns einer völligen Emanzipation würdig machen ...

Im Namen und Auftrag des deutschen
wissenschaftlichen Arbeitervereins zu London:
Karl Schapper Josef Moll. Adolph Lundmann
Anton Müller A. Ledmann

London, den 21. September 1844

Telegraph für Deutschland (Hamburg),
1844, Nr. 165, S. 659/660.
Dokumente zur Geschichte des Bundes der Kommunisten,
Berlin 1957, S. 64–66.

4

Aus dem Brief Julian Harneys an Friedrich Engels vom 30. März 1846

Aber bevor ich mich ernsthaft der Tätigkeit zuwende, die Du von mir erwartest, muß ich in einem Punkt Gewißheit haben – nämlich, daß Dein Plan von den altbewährten, unbestechlichen Männern und Märtyrern der deutschen Bewegung gebilligt ist. Ich muß Dir mitteilen, daß ich vor einigen Wochen Mitglied der deutschen Gesellschaft geworden bin (einige Engländer haben sich unlängst der Gesellschaft, die ihre Mitgliederzahl jede Woche vergrößert, angeschlossen). Wenn nun Dein Plan der Gesellschaft oder zumindest ein oder zwei ihrer vertrauenswürdigsten Mitglieder nicht bekannt gemacht würde, so würde ich zögern, mich Dir anzuschließen. Denn wenn Deine Vorhaben bekannt würden, käme ich in eine schiefe Lage und würde vielleicht als ein Verschwörer gegen die Interessen des Volkes betrachtet. Ich setzte ein sehr großes Vertrauen auf S[cha]p[pe]r, und wenn er nicht zu Rate gezogen wird, dann weiß ich nicht, wie ich mich Dir anschließen soll ... Was Weitling anlangt, so mag er wohl Freunde in der Londoner Gesellschaft haben, aber ganz gewiß nicht die Mehrheit. S[chapper] ist der Mann, der führt, und das ist recht so. Er verabscheut „Führertum", aber die Natur bildet manche Menschen als Führer, und ihm hat sie die notwendigen Eigenschaften verliehen ...

Schreibe bald wieder. Ich selbst will in ein oder zwei Wochen wieder schreiben ...

Mit Brudergruß Dein Julian (von nun an J.)

Aus dem Englischen. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv.

5

Aus dem Brief Karl Marx' an Pierre Joseph Proudhon vom 5. Mai 1846

Zusammen mit meinen beiden Freunden, Friedrich Engels und Philippe Gigot (beide in Brüssel), habe ich mit den deutschen Kommunisten und Sozialisten eine fortlaufende Korrespondenz organisiert, die sich sowohl mit der Erörterung wissenschaftlicher Fragen als auch mit der kritischen Übersicht über die populären Schriften und mit der sozialistischen Propaganda, die man mit diesem Mittel in Deutschland betreiben kann, beschäftigen wird. Das Hauptziel unserer Korrespondenz wird jedoch darin bestehen, die Verbindung der deutschen Sozialisten mit den französischen und englischen Sozialisten herzustellen, die Ausländer über die sozialistischen Bewegungen, die sich in Deutschland entfalten werden, auf dem laufenden zu halten sowie die Deutschen in Deutschland über den Fortschritt des Sozialismus in Frankreich und England zu informieren. Auf diese Weise werden die Meinungsverschiedenheiten zutage treten können, und man wird zu einem Gedankenaustausch und zu einer unparteiischen Kritik gelangen. Dies ist jener Schritt, den die soziale Bewegung in ihrer *literarischen* Ausdrucksform machen muß, um sich der *nationalen* Beschränktheit zu entledigen. Und im Augenblick der Aktion ist es sicherlich für jedermann von großem Nutzen, über den Stand der Dinge im Ausland genausogut unterrichtet zu sein wie über den im eigenen Lande ...

Sie sehen also, daß es sich nur darum handelt, eine regelmäßige Korrespondenz zu schaffen und ihr die Mittel zu sichern, die soziale Bewegung in den verschiedenen Ländern zu verfolgen, um zu reichhaltigen und vielseitigen Ergebnisse zu gelangen, wie sie die Arbeit eines einzelnen niemals zuwege bringen könnte ...

Karl Marx/Friedrich Engels: Werke,
Bd. 27, Berlin 1963, S. 442/443.

6

Aus dem gegen Hermann Kriege gerichteten Zirkular des kommunistischen Korrespondenz-Komitees vom 11. Mai 1846

In einer Zusammenkunft nachbenannter Kommunisten: *Engels, Gigot, Heilberg, Marx, Seiler, Weitling, v. Westphalen und Wolff* wurden in betreff des New-Yorker deutschen Blattes,

„Der Volks-Tribun, redigiert von Hermann Kriege"

folgende, in der Beilage motivierten Beschlüsse einmütig gefaßt – mit einziger Ausnahme Weitlings, „der dagegen stimmte".

Beschlüsse:

1. Die von dem Redakteur Hermann Kriege im „Volks-Tribun" vertretene Tendenz ist nicht kommunistisch.

2. Die kindisch-pomphafte Weise, in der Kriege diese Tendenz vertritt, ist im höchsten Grade kompromittierend für die kommunistische Partei in Europa sowohl als in Amerika, insofern er für den literarischen Repräsentanten des deutschen Kommunismus in New York gilt.

3. Die phantastische Gemütsschwärmerei, die Kriege unter dem Namen „Kommunismus" in New York predigt, muß im höchsten Grade demoralisierend auf die Arbeiter wirken, falls sie von ihnen adoptiert wird.

4. Gegenwärtige Beschlüsse nebst deren Begründung werden den Kommunisten in Deutschland, Frankreich und England mitgeteilt.

5. Ein Exemplar wird der Redaktion des „Volks-Tribunen" mit der Aufforderung zugeschickt, diese Beschlüsse nebst deren Begründung in den nächsten Nummern des „Volks-Tribunen" abdrucken zu lassen.

Brüssel, den 11. Mai 1846

Engels Phil. Gigot Louis Heilberg
K. Marx Seiler
v. Westphalen Wolff

Karl Marx/Friedrich Engels: Werke,
Bd. 4, Berlin 1964, S. 3.

7

Aus dem Brief der Londoner Führer des Bundes der Gerechten an Karl Marx vom 6. Juni 1846

Lieber Freund

Deinen Brief sowie Eure Erklärung gegen Kriege habe ich richtig erhalten. – Ich konnte es nicht über mich nehmen, allein mit Euch in Korrespondenz zu treten, daher berief ich einige der tüchtigsten hiesigen Kommunisten zusammen, las ihnen Deinen Brief vor und forderte sie auf, ihre Meinung hierüber abzugeben. In dieser Versammlung wurde beschlossen, hier ein Komitee zu bilden, mit Euch in Verbindung zu treten und Euch nach Kräften in Eurem Vorhaben zu unterstützen. Eine allgemeine Organisation der Propaganda, ein Austausch der Ideen unter den K[ommunisten] aller Länder sind so notwendig, daß jeder wirkliche K[ommunist] gern mit dazu helfen wird. Euer Brief war für uns wichtig und erfreulich, denn Ihr könnt Euch leicht denken, daß die Nachrichten, welche wir von W[ilhelm] W[eitling] erhielten, uns im höchsten Grade entrüsten mußten ...

Wir wollen Euch jetzt gleich eine kurze Schilderung unserer Gesellschaft und unseres Wirkungskreises geben und werden in künftigen Briefen auf die einzelnen Details eingehen. – Wir sind jetzt etwa 250 Mitglieder in unserem Verein und kommen wöchentlich dreimal zusammen. – Dienstags ist Vortrag der Tagespolitik und Diskussion, abwechselnd einen Dienstag über die Religion der Zukunft von Feuerbach, welche wir Paragraph für Paragraph durchnehmen, den andern Dienstag über von den Mitgliedern eingereichte Fragen. Die letzte Frage, welche wir diskutierten, betraf die Erziehung der Jugend in einem kommunistischen Staate. Wir beabsichtigen hiermit allen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, irgendeinen Punkt unseres Prinzips, welcher ihnen noch unklar scheint, zur Diskussion zu bringen und sich so Aufklärung zu verschaffen. – Der Samstagabend ist für Gesang, Musik, Deklamation und Vorlesung guter Zeitungsartikel bestimmt; sonntags finden Vorträge über alte und neue Geschichte, Geographie, Astronomie etc. statt; ferner abwechselnd Diskussionen über den jetzigen Zustand der Arbeiter und ihr Verhältnis zur Bourgeoisie. – In der alten Geschichte war der letzte Vortrag über die Gesetzgebung des Lykurg, in der neuen [Geschichte] über die Reformation und ihre Folgen. – Die letzte Frage, welche diskutiert wurde, handelte über das Verhältnis zwischen Arbeitern und Meistern in der heutigen Gesellschaft und ihre gegenseitigen Rechte und Pflichten . . .

Alle 14 Tage kommen wir einmal mit den Engländern zusammen (fraternal Democrats), und wir können sagen, daß diese Zusammenkünfte schon für beide Teile von nicht geringem Nutzen gewesen sind. Harney ist ein prächtiger Kerl, er wird von uns allen geliebt und geachtet, er wird und muß der Grundstein einer neuen Bewegung in England werden. – Unsere Gesellschaft besteht aus etwa 130 Deutschen; 40 Skandinaviern; 20 Ungarn; Polen, Russen, Italienern, Schweizern, Belgiern, Franzosen, Engländern etc.

Mittwochabends ist Gesangunterricht; donnerstags Sprach- und Zeichenunterricht; freitags Tanzklasse. – Unsere Bibliothek besteht aus etwa 500 Bänden; ferner haben wir Erd- und Himmelsgloben, Landkarten, deutsche, französische, englische und skandinavische Zeitungen. Wir stehen in Verbindung mit Frankreich, der Schweiz, Skandinavien, Ungarn, Deutschland, Amerika etc., in welchen Ländern sich Leute befinden, die früher Mitglieder unseres Vereins waren und die uns von Zeit zu Zeit über die Fortschritte in ihren Gegenden benachrichtigen . . .

Lebt wohl und schreibt bald

Carl Schapper, Rosenthal, J. Doepel, Göbel, H. Bauer,
Steen, A. Lehmann, G. Kelterborn, J. Moll

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv.

8

Aus dem Brief des kommunistischen Korrespondenz-Komitees in Brüssel an Gustav Adolph Köttgen vom 15. Juni 1846

An G. A. Köttgen zur weiteren Mitteilung.

Auf Euren uns vor ein paar Tagen übersandten Zuruf beeilen wir uns folgendes zu erwidern:

Mit Eurer Ansicht, daß die deutschen Kommunisten aus ihrer bisherigen Vereinzelung heraus und in fortdauernden gegenseitigen Verkehr treten müssen, sind wir ganz einverstanden; ebenso auch, daß Lese- und Diskussionsvereine not tun. Denn die Kommunisten müssen zuerst unter sich klarwerden, was ohne regelmäßige Zusammenkünfte behufs der Diskussion von kommunistischen Fragen nicht genügend erreicht werden kann. Sodann stimmen wir Euch auch in dem Punkte vollkommen bei, daß wohlfeile, verständliche Schriften und Broschüren kommunistischen Inhalts verbreitet werden müssen. Beides, das erste wie das zweite, ist bald und energisch anzufassen . . .

Einen kommunistischen Kongreß halten wir jetzt noch nicht an der Zeit. Erst wenn sich in ganz Deutschland kommunistische Vereine gebildet und Mittel zur Aktion zusammengebracht haben, können die Deputierten der einzelnen Vereine mit Aussicht auf Erfolg zu einem Kongreß zusammentreten. Dies wird also wohl vorm nächsten Jahre nicht geschehen können.

Bis dahin ist briefliche Verständigung und regelmäßige Korrespondenz das alleinige Mittel des Zusammenwirkens.

Von hier aus findet schon von Zeit zu Zeit Korrespondenz mit den englischen und französischen Kommunisten sowie mit den deutschen Kommunisten im Auslande statt. Wir werden Euch, sooft uns Berichte über die kommunistische Bewegung in England und Frankreich zugehen, Mitteilung davon machen und was sonst zu unserer Kunde gelangt, unserer jedesmaligen Korrespondenz an Euch beifügen.

Wir ersuchen Euch, uns eine *sichere* Adresse anzugeben (und auf dem Siegel nicht mehr den ganzen Namen auszudrücken wie G. A. Köttgen, so daß man gleich den Absender wie den Adressaten erkennt).

An uns aber schreibt unter folgender *vollständig sichern* Adresse: *Monsieur Ph[ilippe] Gigot, 8, rue de Bodembroek, Bruxelles.*

K. Marx F. Engels Ph. Gigot F. Wolff

. . . Wenn Ihr keine Arbeiterpetition mit mindestens 500 Unterschriften zustande bringen könnt, so petitioniert lieber, wie die Bourgeois in Trier tun wollen, für progressive Vermögenssteuer, und wenn die dortigen Bourgeois sich da auch nicht anschließen, eh bien, so schließt Euch ihnen einstweilen in öffentlichen Demonstrationen an, verfahrt jesuitisch, hängt die

deutschtümliche Ehrlichkeit, Treuherzigkeit und Biederkeit an den Nagel und unterzeichnet und betreibt die Bourgeoispetitionen für Preßfreiheit, Konstitution usw. Wenn das durchgesetzt ist, bricht eine neue Ära für die k[ommunistische] Propaganda an. Die Mittel für uns werden vermehrt, der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat wird verschärft. Man muß in einer Partei alles unterstützen, was voranhilft, und sich da keine langweiligen moralischen Skrupel machen. Im übrigen müßt Ihr für die Korrespondenz ein regelmäßiges Komitee wählen, das die an uns zu schreibenden Briefe entwirft und diskutiert und regelmäßig zusammenkommt. Sonst wird die Sache unordentlich. Zum Entwerfen der Briefe müßt Ihr den wählen, den Ihr für den Tüchtigsten haltet. Persönliche Rücksichten müssen ganz wegfallen, die verderben alles. Die Namen der Komiteemitglieder sind uns natürlich mitzuteilen.

Karl Marx/Friedrich Engels: Werke,
Bd. 4, Berlin 1964, S. 20–22.

9

Aus dem Brief des kommunistischen Korrespondenz-Komitees in London an das kommunistische Korrespondenz-Komitee in Brüssel vom 17. Juli 1846

An das kommunistische Korrespondenz-Komitee in Brüssel

Liebe Freunde

Unsere Gesellschaft besteht gegenwärtig immer noch aus etwa 250 Mitgliedern, und es vergeht kein Sitzungsabend, an dem nicht welche aufgenommen und vorgeschlagen werden ...

Unsere Mitglieder, welche abgereist sind, sind meistens nach Frankreich, Deutschland, Skandinavien und Ungarn. Durch sie werden wir instand gesetzt werden, in Hamburg, Altona, Magdeburg, Leipzig, Berlin, Königsberg, Gothenburg, Kopenhagen, Havre etc. Korrespondenz-Komitees zu bilden. An allen diesen Orten befinden sich nämlich schon von unseren Bekannten; wir haben nun die abgehenden Mitglieder an die dortigen Freunde adressiert und sie aufgefordert, sogleich Komitees zu bilden und mit uns in eifrige Korrespondenz zu treten. – Wir haben sie noch nicht von dem Bestehen des Komitees in Brüssel in Kenntnis gesetzt, indem wir erst ihre Antworten abwarten wollen, ehe wir ihnen unseren weiteren Plan vorlegen ...

Die Einrichtung Eures Korrespondenz-Komitees sowie die Ausführung des ganzen Plans gefallen uns sehr gut. Was uns aber am meisten erfreut hat, ist die Zusammenberufung eines kommunistischen Kongresses, welche

Ihr beabsichtigt. Wir halten dieses für das einzige Mittel, Kraft und Einigkeit in unsere Propaganda zu bringen. – Wenn von allen kommunistischen Abteilungen Leute geschickt werden, wenn Gelehrte und Arbeiter aus allen Ländern in diesem Kongreß zusammentreffen, dann werden gewiß viele Schranken fallen, welche uns jetzt noch im Wege stehen. – ... Sollen wir warten mit unserer Organisation bis der Sturm losbricht! Dann wird es zu spät sein, im Sturm kann nichts mehr organisiert werden; wir werden dann kämpfen und die Republikaner, die Reformisten etc. werden ernten, was wir gesät haben. – ... Schreibt an alle Orte, daß sie Delegierte wählen, schreibt ihnen ebenfalls welche Gegenstände hauptsächlich auf dem Kongreß diskutiert werden sollen, gebt einen Entwurf einer Organisation an, damit die Delegierten von ihren Wählern schon die Vollmacht erhalten können, denselben anzunehmen. Ihr habt einmal den Anfang gemacht, fahrt nun auch mit Kraft und Mut fort, damit wir vorwärtskommen. – Wenn es möglich wäre, sollte man den Kongreß hier in London halten, hier ist man am sichersten; hier können wir alles niederschreiben, was ausgemacht wird, ohne fürchten zu müssen, von der Polizei ergriffen zu werden ...

Eure Fortschritte im Rheinland sind erfreulich. Diese Berichte sind ausgezeichnet, das gibt neuen Mut, neuen Eifer, und so muß es kommen, wir müssen noch wetteifern miteinander, jede Lokalität muß suchen, die andere im Propagandamachen zu übertreffen. – Nach Elberfeld können wir [im] Augenblick niemanden schicken, seht, daß Ihr einen tüchtigen Mann aus Trier dorthin bringt. – Mit der Schweiz haben wir keine Verbindung mehr; die Anhänger Weitlings, denn in der Schweiz hat er noch welche, scheinen dort gegen uns gewirkt zu haben – sie haben die Korrespondenz mit uns abgebrochen. Die Fourieristen arbeiten dort auch und suchen uns zu verdrängen; wir müssen suchen, und zwar sobald als möglich, dort wieder festen Fuß zu fassen. Nach Paris an Ewerbeck haben wir schon deswegen geschrieben.

Schreibt uns bald Antwort.

Lebt wohl.

Im Namen des kommunistischen
Korrespondenz-Komitees in London
unterzeichnen

Carl Schapper
Joseph Moll
Henry Bauer

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv.

10

Aus dem Brief Friedrich Engels'
an das kommunistische Korrespondenz-Komitee in Brüssel
vom 23. Oktober 1846

Komiteebrief No. 3

Ich erklärte also, ehe ich mich auf weitere Diskussionen einließe, müsse abgestimmt werden, ob wir hier qua Kommunisten zusammenkämen oder nicht. Im ersten Falle müsse Sorge getragen werden, daß Angriffe auf den Kommunismus, wie die von Eis[ermann], nicht mehr vorkämen, im andern Fall, wenn sie bloß beliebige Individuen seien, die hier über dies und jenes Beliebige diskutierten, könnten sie mir gestohlen werden und würde ich nicht wiederkommen. Dies erregte großes Entsetzen bei den Grünianern, sie seien hier „für das Wohl der Menschheit" zusammen, um sich aufzuklären, Männer des Fortschritts und nicht einseitig, Systemfänger pp., und solche Biedermänner könne man doch unmöglich „beliebige Menschen" nennen. Übrigens *müßten sie erst wissen*, was Kommunismus eigentlich sei (diese Hunde, die sich seit Jahren Kommunisten genannt haben und bloß durch die Furcht vor Grün und Eiserm[ann] abspenstig wurden, nachdem diese sich unter dem Vorwande des Kommunismus bei ihnen eingeschlichen hatten!). Ich ließ mich natürlich nicht durch ihre liebevolle Bitte fangen, ihnen, den Unwissenden, in 2 bis 3 Worten zu sagen, was Kommunismus sei. Ich gab ihnen eine höchst simple Definition, die gerade so weit [ging] wie die vorliegenden streitigen Punkte, die die Friedlichkeit, die Zartheit und Rücksicht gegen die Bourgeois resp. das Straubingertum und endlich die Proudhonsche Aktiengesellschaft nebst beibehaltenem individuellem *Besitz* und was sich daran knüpft durch Behauptung der Gütergemeinschaft *ausschloß*, und im übrigen nichts enthielt, was Anlaß zu Abschweifungen und zur Umgehung der vorgeschlagenen Abstimmung geben könnte. Ich definierte also die Absichten der Kommunisten dahin: 1. die Interessen der Proletarier im Gegensatz zu denen der Bourgeois durchzusetzen; 2. dies durch Aufhebung des Privateigentums und Ersetzung desselben durch die Gütergemeinschaft zu tun; 3. kein andres Mittel zur Durchführung dieser Absichten anzuerkennen als die gewaltsame, demokratische Revolution. – Hierüber zwei Abende diskutiert. Am zweiten ging der beste der 3 Grünianer, die Stimmung der Majorität merkend, vollständig zu mir über. Die andern beiden widersprachen sich fortwährend einer dem andern, ohne es zu merken. Mehrere Kerls, die noch nie gesprochen, taten auf einmal das Maul auf und erklärten sich ganz entschieden für mich. Bisher hatte dies nur Junge getan. Einige dieser homines novi [neuen Leute] sprachen, obwohl zitternd vor Todesangst steckenzubleiben, ganz nett und scheinen überhaupt ganz gesunden Verstand zu haben. Kurz, als

es zur Abstimmung kam, wurde die Versammlung für eine kommunistische im Sinne der obigen Definition erklärt von 13 Stimmen gegen die beiden der zwei treu gebliebnen Grünianer, – von denen einer auch nachträglich erklärt hat, daß er die größte Begierde habe, sich zu bekehren.

Karl Marx/Friedrich Engels: Werke,
Bd. 27, Berlin 1963, S. 60/61.

11
Aus der Adresse der Leitung des Bundes der Gerechten an die Bundesmitglieder vom November 1846

Brüder!

Beauftragt, die oberste Leitung unserer Angelegenheiten zu übernehmen, halten wir es für unsere Pflicht, Euch folgendes Schreiben zukommen zu lassen, und wir ersuchen Euch, demselben eine ernste Aufmerksamkeit und gehörige Achtung zu schenken.

1. Wenn wir den heutigen Zustand Europas und insbesondere Deutschlands ins Auge fassen, so können wir nicht in Abrede stellen, daß überall die sozialen und kommunistischen Ideen die erfreulichsten Fortschritte machen und daß keine Partei irgend Anklang finden kann, wenn sie nicht mehr oder minder auf eine Umgestaltung der heutigen Gesellschaft dringt. – Die großartige Bewegung unserer Zeit stets mehr anzufeuern, sie soviel als in unseren Kräften steht zu leiten, soll und muß unsre Aufgabe sein; denn nur dadurch können wir in den Stand gesetzt werden, eine kräftige Partei zu bilden und unsre Feinde mit Erfolg zu bekämpfen. – Leider ist das bis jetzt nicht der Fall gewesen – einig in dem Streben, die heutige Ordnung oder besser Unordnung der Dinge zu bekämpfen, sind wir uneinig in der Art und Weise, wie wir dieselben bekämpfen sollen. – Anfangs glaubte man durch Aufstellung kommunistischer und sozialer Systeme wirken zu müssen, aber bald sah man ein, daß man einen falschen Weg eingeschlagen, und glücklicher Weise ist man jetzt so ziemlich von dieser Systemkrämerei zurückgekommen; dessenungeachtet ist noch keine Einigkeit da, unser Verhältnis zur religiösen Partei sowie zu der radikalen Bourgeoisie ist noch nicht klar erkannt, ein einfaches kommunistisches Glaubensbekenntnis, das allen zur Richtschnur dienen könnte, noch nicht

aufgestellt, und so ist es denn gekommen, daß in den verschiedenen Lokalitäten, anstatt kräftig zusammenzuwirken, wir oft einander entgegenwirken – diesem Übelstande soll und muß abgeholfen werden; da dies aber unmöglich durch Briefe geschehen kann, so berufen wir auf den ersten Mai 1847 einen Kongreß. Jeder [Kreis] hat einen Abgeordneten zu senden, ferner diejenigen Lokalitäten, wo nur eine Gemeinde besteht, sollen sich mit einer andern Lokalität, wo auch nur eine Gemeinde besteht, vereinen und mit ihr zusammen einen Abgeordneten wählen oder, wenn dies nicht geschehen kann, wo möglich, einen Abgeordneten aus ihrer Mitte schicken. Wir machen Euch aufmerksam, nur solche Abgeordnete zu wählen, welche die Richtung ihrer Lokalität genau kennen und imstande sind, dieselbe durch die Rede zu vertreten; während der Dauer des Kongresses wird für Kost und Wohnung dieser Abgeordneten gesorgt werden. – Dieser Kongreß kann der Vorläufer zu einem allgemeinen kommunistischen Kongreß für das Jahr 1848 sein, zu welchem dann die Anhänger der neuen Lehre aus allen Weltgegenden, und zwar öffentlich eingeladen werden. – Wir hoffen, daß wir imstande sein werden, der ganzen Sache eine gute Richtung zu geben.

Demokratisches Taschenbuch für 1848,
Leipzig 1847, S. 282/283.
Dokumente zur Geschichte des Bundes der Kommunisten,
Berlin 1957, S. 78/79.

12

Brief des kommunistischen Korrespondenz-Komitees in London an das kommunistische Korrespondenz-Komitee in Brüssel vom 20. Januar 1847

An das kommunistische Korrespondenz-Komitee in Brüssel

Die unterzeichneten Mitglieder des kommunistischen Korrespondenz-Komitees in London geben hiermit dem Bürger Joseph Moll die Vollmacht und den Auftrag, in ihrem Namen mit dem kommunistischen Korrespondenz-Komitee in Brüssel in Unterhandlung zu treten und demselben einen mündlichen Bericht über den hiesigen Zustand der Dinge abzustatten. Zu gleicher Zeit ersuchen wir das Komitee in Brüssel, dem Bürger Moll, welcher Mitglied des hiesigen Komitees ist, über alle Gegenstände

von Wichtigkeit genauen Aufschluß zu geben und ihn mit allem, was für das Komitee in London bestimmt ist, zu beauftragen.

London, den 20. Januar 1847

Carl Schapper
Henry Bauer
Carl Pfänder
Friedr[ich] Doepel
Albert Lehmann
Charles Molly [?]
Joh[ann] Goebel

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv.
Franz Mehring: Einleitung zu Karl Marx:
Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln.
In: Franz Mehring: Gesammelte Schriften,
Bd. 4, Aufsätze zur Geschichte der Arbeiterbewegung,
Berlin 1963, S. 259.

13
Aus der Adresse der Leitung des Bundes der Gerechten an die Bundesmitglieder vom Februar 1847

Wohlan denn Brüder, sammelt Euch unter die Fahne der Menschheit, und sollte dieses Frühjahr schon der Kampf beginnen, so stellt Euch in die vordersten Reihen der Streiter der Gerechtigkeit und zeigt, daß wir ebensogut die Muskete als das Wort zu handhaben wissen. Verbreitet zu gleicher Zeit überall die Grundsätze des Kommunismus, wo Ihr auch hinkommen mögt, das Volk wird diese herrliche Lehre, welche ihm die endliche Erlösung von seinen Leiden verspricht, mit Freuden aufnehmen ... Sollten hingegen unsre Feinde dieses Jahr noch nicht den Kampf beginnen, so müssen wir alle unsre Kräfte aufbieten, um unsre Partei gehörig zu organisieren. Nur allein das Proletariat Europas ist es, durch welches die Menschheit ihre Befreiung erlangen kann, es ist daher unsre heilige Pflicht, unsre Streitkräfte so schnell als möglich zu organisieren und die Proletarier dem Einfluß der seichten Liberalen zu entziehen, die vielleicht zu einer politischen Revolution mitwirken würden, um unter dem Titel Präsident die Stelle des Fürsten einnehmen zu können, die uns aber nur von der Tyrannei des Fürsten befreien wollen, um uns unter den Despotismus des Geldsackes zu bringen.

In unsrem ersten Schreiben beriefen wir schon einen kommunistischen Kongreß auf den Anfang des Monats Mai zusammen, doch finden wir uns genötigt, denselben bis zum ersten Juni dieses Jahres zu verschieben, da unerwartet Umstände eingetreten sind, welche besondere Vorsichtsmaßregeln nötig machen.

Wir fordern Euch nun auf, unverzüglich Eure Abgeordnete für den Kongreß zu wählen und für die nötigen Mittel zu sorgen, daß sie die Reise bestreiten können. Die Abgeordneten müssen alle am 30. Mai eintreffen, damit am 1. Juni die erste Sitzung stattfinden kann ...

Zur Diskussion legen wir Euch nachfolgende drei Fragen vor und ersuchen Euch, uns das Resultat Eurer Diskussion über diese und die drei in unserm ersten Schreiben enthaltenen Fragen so bald als möglich wissen zu lassen, damit wir imstande sind, Euch in unserm nächsten Schreiben eine kurze Übersicht der verschiedenen Meinungen geben zu können.

1. Was ist Kommunismus, und was wollen die Kommunisten?
2. Was ist Sozialismus, und was wollen die Sozialisten?
3. Auf welche Weise kann die Gemeinschaft am schnellsten und leichtesten eingeführt werden? ...

Was die Einführung der Gemeinschaft betrifft, so ist gleich die Hauptfrage, kann sie ohne weiteres eingeführt werden; oder müssen wir eine Übergangsperiode annehmen, um während dieser Zeit zuerst das Volk zu erziehen, und wenn, wie lange soll dieselbe dauern; zweitens kann und muß sie im großen eingeführt werden, oder muß man zuerst kleine Versuche machen; soll man bei der Einführung Gewalt brauchen, oder muß die Umgestaltung auf friedlichem Wege geschehen? Hiermit glauben wir, Euch eine hinlängliche Einleitung zur Diskussion gegeben zu haben, und wir schließen noch mit der Aufforderung, die wir schon im vorigen Schreiben machten, überall, wo sich der Fourierismus zeigt, dessen Zweck es ist, die Sklaverei der Arbeit unter einer überzuckerten Form aufrechtzuerhalten, kräftig für unser heiliges Prinzip in die Schranken zu treten. Ferner fordern wir Euch auf, die seichte Liebesduselei, welche leider an manchen Orten unter den Kommunisten eingerissen zu sein scheint, zu bekämpfen. Die Zeiten werden eisern, wir bedürfen kräftiger Männer und keiner mondsüchtigen Schwärmer, die, anstatt über das Elend der Menschheit zu fluchen und zum Schwert zu greifen, es nur bis zu weibischen Tränen bringen. Zuletzt noch ein Wort: Hütet Euch vor Emeuten, Konspirationen, Waffenankäufen und dergleichen Unsinn mehr; unsre Feinde werden alles aufbieten, um Straßenaufläufe etc. hervorzurufen, um dadurch in den Stand gesetzt zu werden einzuschreiten und, wie sie sagen, die Ordnung wiederherzustellen und ihre teuflischen Pläne auszuführen. Eine ernste, ruhige Haltung zwingt die Tyrannen, ihre Masken abzunehmen, und dann Sieg oder Tod!

Lebt wohl, Brüder! Antwortet bald.

Demokratisches Taschenbuch für 1848,
Leipzig 1847, S. 291/292, 296–299.
Dokumente zur Geschichte des Bundes der Kommunisten,
Berlin 1957, S. 86, 89–91.

14

Aus Berichten der Zeitschrift „Der Publicist" über die Verfolgung von Teilnehmern an den sogenannten Hungerunruhen in Berlin, erschienen Ende April bis Juni 1847

Es sind schon gegen dreihundert Personen verhaftet, und die nachträglichen Verhaftungen dauern noch immer fort. Die Gefängnisse der Hausvoigtei und Stadtvoigtei reichen nicht mehr aus, die Verhafteten alle aufzunehmen. Es hat deshalb das Militärarrestlokal in der Lindenstraße zu Hilfe genommen werden müssen, wo sich zur Zeit etwa 120 Gefangene befinden ... Die Voruntersuchung wird mit großem Eifer betrieben; täglich, von früh bis spät, finden Verhöre statt.

Kriminalsenat, Abteilung für schwere Verbrechen. Sitzung vom 7. Mai.

Eine ärmlich gekleidete Frau von nur schwächlichem Körperbau nimmt den Platz der Angeklagten ein. Ihre Persönlichkeit steht im Widerspruch mit dem Verbrechen, dessen sie vom Staatsanwalt angeklagt ist. Aus der verlesenen Anklage hören wir, daß es die verehelichte Schlosser Schulz, geb. Steinweg, 29 Jahre alt, Mutter von 4 unmündigen Kindern, ist, deren Ehemann sich schon seit längerer Zeit in der Charité befindet ...

Die Angeklagte gesteht nur zu, im allgemeinen vor ihrer Tür zu den Nachbarn davon gesprochen zu haben, daß Schaff das kleinste Brot backe; darauf hätte sie sich unter den Trubel begeben, das auf der Erde liegende Ladenschild aufgehoben und nach Hause getragen, in der Absicht, es nachher dem Schaff wieder zuzustellen ...

Der Gerichtshof verurteilte sie zu sechsmonatiger Zuchthausstrafe ...

Das sehr zahlreich versammelte Publikum blickt mit Neugierde auf die Tür, durch die der Angeklagte in den Sitzungssaal eintreten muß. Die Tür öffnet sich, und herein tritt ein Mann, mit einem alten, zerrissenen Schlafrock bekleidet, von untersetzter, aber kräftiger Natur. Es ist der Angeklagte, Arbeitsmann Johann Karl Gottlieb Höft, 32 Jahre alt, wegen Holzdiebstahls mit 8 Tagen und wegen Straßenunfugs bereits mit 6 Tagen Gefängnis bestraft.

Die gegen ihn erhobene Anklage lautet ungefähr so:

Am 22. April, nachmittags gegen 4 Uhr, entstand auf dem Alexander-Platz ein erheblicher Tumult, der in der Nähe des Königsstädtischen Theaters am ärgsten war. Von der 5. Kompanie des Kaiser-Alexander-Regiments befand sich ein Militärkommando unter dem Befehle des Leutnants v. Etzell auf dem Platze, um die Ruhe herzustellen. Ein verhafteter Tumultuant war dieser Militärabteilung übergeben worden, um ihn weiter zu befördern. Die Volksmenge suchte denselben zu befreien, was indes nicht gelang. Hierbei zeichnete sich besonders der Angeklagte aus; er

drängte sich vor, hob die Faust hoch, um den Leutnant v. Etzell ins Genick zu schlagen, woran er indes durch den Unteroffizier Grein verhindert wurde. Die blinde Wut des Höft richtete sich nunmehr gegen diesen; er faßte denselben vor die Brust, schüttelte ihn an dem Bandelier und riß ihm die Achselklappe ab. Nur 4 Mann Soldaten waren imstande, ihn zu bändigen und zur Haft zu bringen ...

Nach sehr kurzer Beratung sprach der Gerichtshof das Urteil dahin: daß der Angeklagte des tätlichen Widerstandes gegen eine Militärperson bei Gelegenheit eines Tumults schuldig und dieserhalb mit Kokardenverlust, einer Züchtigung von 30 Hieben und zehnjähriger Zuchthausstrafe zu bestrafen ...

Kammergericht. Kriminalsenat, Abteilung für besonders schwere Verbrechen, Sitzung vom 28. Mai.

... Die Verhandlung ist die wichtigste von allen denen, welche die Tumulte hervorgerufen haben. Sie betrifft nämlich den Exzeß gegen den Laden des Bäckermeisters Blumberg in der Charlottenstr. am 21. April, welcher das Signal zu allen spätern Exzessen an den beiden folgenden Tagen gewesen zu sein scheint ... Eine große Anzahl von Polizeibeamten, auch der Polizeipräsident v. Puttkammer, waren unablässig bemüht, die Menge auf gütlichem Wege zum Fortgehen zu bewegen. Alles Zureden fruchtete aber nichts, die Menge wuchs immer mehr an, und die Polizeibeamten mußten sich lediglich darauf beschränken, müßige Zuschauer des Auflaufs zu sein. Einzelne Verhaftungen, die sie vornahmen, wurden durch die andrängende Masse vereitelt, und es begann nun ein wahrer Steinhagel gegen die Beamten. Dieser war bis zum Abend so bedeutend geworden, daß einige der schwerer Verletzten den Schauplatz verlassen mußten. Obgleich noch Polizeibeamte und Gendarmen als Sukkurs nach dem Orte des Auflaufs gekommen waren und die Menge wiederholt und an vielen Punkten zum Fortgehen aufgefordert wurde, so wankte der Volkshaufen dennoch nicht... Gegen Abend vergrößerte sich der Auflauf und zog sich bis zum Gendarmen-Markt und die angrenzende Mohrenstraße hin. Gegen 8 Uhr kam das Militär anmarschiert, aus zwei Bataillonen Infanterie und zwei Eskadronen Kavallerie – Dragoner und Ulanen – bestehend ... Die Befehlshaber der Militärkolonnen forderten unter Trommelschlag zum Auseinandergehen auf, und als dennoch die Menschenmasse sich nicht zerstreute, machte das Militär teilweise von seinen Waffen Gebrauch. Die Infanterie rückte mit gefälltem Bajonett gegen den Haufen an, und die Kavallerie hieb mit flachen Klingen ein ...

Die Anklage wegen Tumults hat der Staatsanwalt gegen fünf bei diesem Vorfall verhaftete Personen erhoben. Es sind dies die vor den Schranken stehenden Angeklagten, und zwar:

1. die unverehelichte Friederike Karoline Böttcher, 23 Jahre alt;
2. der Schneidergesell Karl Friedrich Gottlieb Winter, 28 Jahre alt;
3. der Riemerlehrling Louis Gustav Albert Lenz, 17 Jahre alt;
4. der Schuhmacherlehrling Christian Friedrich August Lorenz, 16 Jahre alt;
5. der Arbeitsmann Emil Wilhelm Blumenthal, 47 Jahre alt ...

Das Urteil des Gerichshofes lautet dahin, daß ...

1. die Angeklagte Böttcher mit einjähriger,
2. die Angeklagten Lenz und Winter mit dreijähriger und
3. der Angeklagte Lorenz mit Verlust der Nationalkokarde und achtjähriger Zuchthausstrafe zu bestrafen.

Der Publicist. Eine Zeitschrift zur Besprechung gerichtlicher und polizeilicher Gegenstände, gesellschaftlicher und bürgerlicher Verhältnisse, Nr. 16, 18, 21.

15

Aus einem Aufsatz Wilhelm Wolffs über die Bedeutung der sogenannten Hungerunruhen vom Frühjahr 1847, erschienen im September 1847

Welche Furcht jagen wir nicht jetzt schon sowohl dem Königtum „von Gottes Gnaden" wie der Bourgeoisie ein, jetzt, wo wir fast noch ohne Zusammenhang dastehen, als einzelne, die sich oft sogar untereinander bekämpfen und zerfleischen, als Leute, die nicht wissen, welche Kraft in der Einigkeit liegt! Haben nicht einige hundert Proletarier in Berlin, die ohne Plan, ohne Übereinstimmung, ohne gemeinsamen Zweck an dem Brottumulte teilnahmen, die ganze Hauptstadt erzittern gemacht, sämtliche höchste und allerhöchste Behörden einen halben Tag lang um alle Besinnung gebracht? Haben nicht zwei hohe Ministerialbeamte selbst eingestanden, daß Berlin trotz aller Truppen in die Gewalt der Proletarier gefallen wäre, wenn diese nur einigermaßen ihre Kraft zu benutzen und gemeinsam zu handeln verstanden hätten? Ja, Berlin war sogar fünf Stunden lang in den Händen des Volkes, nur daß es dies selber nicht wußte. Ähnlich ist es an vielen anderen Orten Preußens wie im übrigen Deutschland hergegangen. Vermögen schon einzelne, unbedeutende Proletarierhaufen, die ohne Plan und Verabredung handeln, das Bestehende in solche Gefahr zu bringen, so liegt es auf der Hand, daß, wenn wir erst organisiert, vereinigt, alle als ein Mann auftreten, uns keine Macht den Sieg entreißen kann. Vereinzelt sind und bleiben wir schwache Sklaven, der Not und dem Elend, dem Hochmut und der Gnade der Vornehmen und Reichen preisgegeben; organisiert und vereinigt zerbrechen wir wie dürre Weidenruten

die Fesseln, die das Privateigentum oder eine „christlich-germanische" Regierung uns angeschmiedet haben.

[Wilhelm Wolff]:
Der preußische Landtag und das Proletariat in Preußen,
wie überhaupt in Deutschland.
In: Kommunistische Zeitschrift (London),
1847, Nr. 1 (Probeblatt).
Dokumente zur Geschichte des Bundes der Kommunisten,
Berlin 1957, S. 104/105.

16

Aus dem Brief der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten an die Kreisbehörde Brüssel vom 18. Oktober 1847

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Die Zentralbehörde an den Kreis Brüssel!

Brüder

Eure Antwort auf das Rundschreiben haben wir erhalten; die Fortschritte in Belgien sind erfreulich ...

Es ist unumgänglich notwendig, daß der Kreis Brüssel einen Abgeordneten zum nächsten Kongreß schickt, indem es sich auf demselben entscheiden muß, ob der ganze Bund in die Brüche fallen oder ob das faule Fleisch, welches sich an manchen Stellen zeigt, herausgeschnitten werden soll – unserer Meinung nach das einzige Mittel, das uns bleibt, wenn wir etwas bezwecken wollen. – Es herrscht gegenwärtig eine solche Verwirrung im Bund, es sind so viele einfältige Personen in demselben, die sich um jeden Preis geltend machen wollen, daß man des Teufels werden möchte.

Da Wolff wahrscheinlich im Anfang Januars für immer nach London kommen wird, um die Redaktion unseres Organs zu übernehmen, so wäre es uns sehr lieb, wenn Marx zum Kongreß kommen könnte. – Wir werden tun, was in unseren Kräften steht, um Euch die Unkosten zu erleichtern ...

Wir haben Euch absichtlich eine weitere Übersicht über unsere Angelegenheiten gegeben, damit Ihr seht, daß ein Abgeordneter von Euch notwendigerweise auf dem Kongreß erscheinen muß. – London und Brüssel bilden im gegenwärtigen Augenblicke die Pfeiler des ganzen Bundes – wenn die wanken oder fallen sollten, so bricht das ganze Gebäude zusammen ...

Gruß und Handschlag

Im Namen und Auftrag der Zentralbehörde
J. Moll Carl Schapper Henry Bauer

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv.

17

Aus dem Protokoll der Versammlung des Londoner kommunistischen Arbeiterbildungsvereins vom 30. November 1847

Marx: Aus Belgien habe ich mitzuteilen, daß sich dort eine Arbeitergesellschaft konstituiert hat, die gegenwärtig 105 Mitglieder zählt. Die deutschen Arbeiter in Brüssel, welche früher ganz vereinzelt dastanden, bilden jetzt schon eine Macht, und während man sie früher zu nichts aufforderte, hat man dieses Jahr schon einen Abgeordneten des Vereins zur Denkfeier der polnischen Revolution, welche in Brüssel von der Stadt aus gefeiert wird, verlangt, um im Namen der Gesellschaft zu sprechen. Sollte die Regierung darauf hinwirken, die Gesellschaft zu unterdrücken, weil sie jedenfalls Einfluß auf die belgischen Arbeiter selbst ausüben muß, so hat die Gesellschaft beschlossen, ihre Bibliothek, welche aus 300 Bänden besteht, und sonstige Gegenstände der Londoner Gesellschaft zu überlassen.

Max Nettlau: Marxanalekten.
In: Archiv für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung,
Leipzig, 1919, S. 397.
Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA),
I. Abt., Bd. 6, Moskau/Leningrad 1933, S. 639.

18

Aus dem Brief David Hansemanns an den preußischen Ministerpräsidenten Ernst Freiherr von Bodelschwingh vom 1. März 1848

Alles kommt darauf an, schnell, richtig und mit Energie die Mittel zu ergreifen, durch welche Rettung möglich ist. Dazu ist notwendig, die in der Nation befindlichen Kräfte zu erfassen und benutzen, dies ist nur dann möglich, wenn man diejenigen lebenskräftigen Ideen ergreift und zur Anwendung bringt, welche – durch die Zeit gereift – mehr oder weniger bewußt die Gemüter beherrschen.

Diese Ideen sind in Deutschland: eine einige deutsche Nation mit deutschem Parlament in der Form eines Bundesstaates, der jedem einzelnen Staat eine gewisse Freiheit der Entwicklung gewährt; bürgerliche, politische und religiöse Freiheit, gesichert durch lebenskräftige Institutionen; eine größere Einwirkung und Berücksichtigung der handarbeitenden Volksklassen bei der allgemeinen und insbesondere der Finanzgesetzgebung der Staaten.

Und hier richtet sich in dem großen, entscheidenden Momente, wo ein glücklicher Erfolg nur dann zu hoffen ist, wenn die Nation eine mächtige

und von der Idee der Freiheit nicht zaghafte Führung erlangt, meine Hoffnung, mein Flehen zu unserm erhabenen Könige. Durch ihn, durch die Hohenzollernsche Dynastie, kann Deutschland vor den Gefahren von außen, vor den Gefahren der Anarchie bewahrt werden, kann Deutschland – ein Schirm der Zivilisation und des Weltfriedens – mächtig, groß und geachtet werden.

Was soll aber geschehen? Hier in der Kürze meine Antwort.

Wie im Jahre 1813 ein Aufruf an das Volk Wunder wirkte, so möge der König auch jetzt zu seinem Volke reden, jetzt, wo noch die politische Ruhe im Lande herrscht . . .

Ew. Exzellenz Tatkraft und Patriotismus ist durch das Schicksal eine große Aufgabe geworden. Erster Rat unsers erhabenen Königs, können Sie Großes wirken wie nie ein Staatsmann in Deutschland. Ich flehe Sie an, die inhaltsschwere Wichtigkeit des Moments zu erfassen und Sr. Majestät zu raten, sich an die Spitze deutscher Freiheit und Unabhängigkeit zu stellen. Größeren Ruhm wird dann kein deutscher Fürst in der Geschichte haben als der König, keine Dynastie höher in der deutschen Geschichte stehen als die der Hohenzollern.

David Hansemann: Das Preußische und Deutsche Verfassungswerk,
Berlin 1850, S. 80 ff.
Einheit und Freiheit. Die deutsche Geschichte von 1815 bis 1849
in zeitgenössischen Dokumenten,
Berlin 1950, S. 229/230.

19

„Forderung des Volkes", Petition der Kölner Arbeiterdemonstration vom 3. März 1848

1. Gesetzgebung und Verwaltung durch das Volk. Allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wählbarkeit in Gemeinde und Staat.

2. Unbedingte Freiheit der Rede und der Presse.

3. Aufhebung des stehenden Heeres und Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung mit vom Volke gewählten Führern.

4. Freies Vereinigungsrecht.

5. Schutz der Arbeit und Sicherstellung der menschlichen Lebensbedürfnisse für alle.

6. Vollständige Erziehung aller Kinder auf öffentliche Kosten.

Flugblatt. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv.
Gerhard Becker: Karl Marx und Friedrich Engels in Köln 1848–1849,
Berlin 1963, S. 17.

20

Aus dem Flugblatt Berliner Arbeiter vom 13. März 1848

In der schon seit Jahren für uns so schwerbedrängten und drückenden Zeit wagen die Arbeiter jeden Standes, eine Bitte an Ew. Majestät zu richten.

Diese Bitte ist um schleunige Abhilfe der jetzigen großen Not und Arbeitslosigkeit aller Arbeiter und Sicherstellung ihrer Zukunft.

Der Staat blüht und gedeiht nur da, wo das Volk durch Arbeit seine Lebensbedürfnisse befriedigen und als fühlender Mensch seine Ansprüche geltend machen kann.

Wir werden nämlich von Kapitalisten und Wucherern unterdrückt; die jetzt bestehenden Gesetze sind nicht imstande, uns vor ihnen zu schützen.

Wir wagen daher, Ew. Majestät untertänigst vorzustellen, ein Ministerium bestellen zu wollen, ein Ministerium der Arbeiter, das aber nur von Arbeitgebenden und Arbeitern zusammengesetzt werden darf und deren Mitglieder nur aus beider Mitte selbst gewählt werden dürfen.

Ein solches Ministerium ist nur imstande, den wahren Grund der drükkenden Lage des Volkes kennenzulernen, das Los der Arbeiter zu verbessern, den Staat vor drohender Gefahr zu schützen, Eigentum und Leben aller bevorstehenden Verwüstungen nicht preiszugeben.

Karl Obermann: Die deutschen Arbeiter in der Revolution von 1848, Berlin 1953, S. 122.

21

Aufruf des Mainzer Arbeiterbildungsvereins an alle Arbeiter Deutschlands zur Gründung von Arbeitervereinen und zur Vorbereitung eines Arbeiterkongresses vom 5. April 1848

An alle Arbeiter Deutschlands!

Brüder und Arbeiter!

Wollen wir nicht abermals die Meistbetrogenen sein, nicht ferner auf eine lange Reihe von Jahren hinaus durch eine kleine Zahl ausgebeutet, verachtet und niedergetreten werden, so dürfen wir keinen Augenblick verlieren, keine Minute in Untätigkeit verstreichen lassen.

Vereinzelt, wie bisher, sind wir schwach, obgleich wir Millionen zählen. Vereinigt und organisiert werden wir dagegen eine unwiderstehliche Macht bilden. Drum, Brüder, überall in Städten und Dörfern Arbeitervereine gebildet, in denen unsere Verhältnisse erörtert, Maßregeln zur Abänderung unserer jetzigen Lage vorgeschlagen, Vertreter aus der Arbeiterklasse ins deutsche Parlament namhaft gemacht, erwählt und alle übrigen Schritte

getan werden, die zur Wahrung unserer Interessen nötig sind. Sämtliche Arbeitervereine Deutschlands müssen ferner so schnell als möglich miteinander in Verbindung treten und darin bleiben.

Wir schlagen Euch vor, Mainz vorläufig zum Mittelpunkte für sämtliche Arbeitervereine zu wählen und mit dem unterzeichneten Vorstande in Korrespondenz zu treten, damit wir uns über einen gemeinsamen Plan verständigen und sobald als möglich auf einer Zusammenkunft von Abgeordneten aller Vereine den Sitz des Zentralkomitees etc. definitiv bestimmen können.

Wir erwarten die Briefe unfrankiert, wie wir unsererseits an die Vereine unfrankiert schreiben werden.

Mainz, am 5. Februar 1848

Der Bildungsverein für Arbeiter in Mainz
Im Namen des Vorstandes:
Der Sprecher Wallau — Der Schreiber Cluß

Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 5, Berlin 1959, S. 483.

22

Aus dem Schreiben der Mainzer Gemeinde des Bundes der Kommunisten an die Zentralbehörde in Köln vom 23. April 1848

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch

Die Gemeinde Mainz an die Zentralbehörde

Der hiesige Arbeiterverein zählt eben ca. 400 Mitglieder, ist aber noch immer stark im Wachsen begriffen. Im Vorstand sind wir durch drei Bundesglieder vertreten und wird die Majorität immer mit uns stimmen, so daß der Verein als ganz in unserm Sinne geleitet betrachtet werden muß. Die Korrespondenz haben wir in unsern Händen, da der Beistand des Bundes mit dem Schreiber des Arbeitervereins eine Person ist. Wir haben unter die Unterrichtsgegenstände Schreiben, Rechnen, Zeichnen, Stilistik und Übungen in der freien Rede aufgenommen, um die große Masse anzuziehen und dieselbe durch Bildung für politische und soziale Fragen zugänglich und empfänglich zu machen. Dies ist uns bis jetzt gut gelungen, da alle mit großer Liebe an uns hängen. – Mittwochs ist Versammlungstag mit Vorträgen und Diskussionen über eingelaufene Fragen. Ich schreibe Euch dies, damit sich einer von Euch, der gerade die Reise macht, vielleicht nach diesem Tage richten kann.

Was unsere Vermittlung in betreff unserer Eigenschaft als provisorisches Zentralkomitee der deutschen Arbeitervereine betrifft, so können wir Euch anzeigen, daß wir bis jetzt verhältnismäßig noch sehr wenige Anmeldungen erhalten haben. Wir haben Nachrichten von Konstituierung von Arbeitervereinen aus Todtnau bei Freiburg im Breisgau, Pforzheim, Heidelberg, Mannheim, Darmstadt, Offenbach, Hanau, Frankfurt a. M., Odernheim (Rheinbayern), Bruchsal (Baden). Aus Bonn hat uns vor einiger Zeit ein Handwerker um Rat geschrieben, den wir dann auch erteilten, bis jetzt aber noch keine weitere Nachricht. In Koblenz ist, wie Dronke sagte, auch ein Arbeiterverein gebildet, wir haben von ihm auch keine weitere Nachricht. Aus den eingelaufenen Berichten ergibt sich, daß es höchst nötig wäre, sobald mehr Anzeigen da sind und es sich also lohnt, einen Emissär nach Süddeutschland zu schicken. So gut als dies nur irgend durch Schreiben geschehen kann, ist unsererseits dafür gesorgt worden, daß die Vereine die gehörige Richtung bekommen; aber persönliches Auftreten und Bekanntschaften mit den helleren Köpfen würde sehr viel nützen. Außer W[ilhelm Wolff] ist noch ein weiterer Emissär von uns (Mönkel) nach Norddeutschland; derselbe reist mit dem alten Jahn, läßt sich aber von diesem nicht anstecken, ist zu schnell abgereist und konnte deshalb nicht vorher in den B[und] aufgenommen werden; wenn er zurückkommt, tritt er jedenfalls bei; seine Reise nützt uns aber fürs erste dennoch viel, wenn er nur zur Gründung von Vereinen gehörig beiträgt.

Schickt uns doch baldmöglichst Nachricht, wie wir uns verhalten sollen mit der Zusammenberufung der Arbeitervereins-Abgeordneten. Es hat Chancen für sich, wenn wir hierzu unverzüglich schreiten würden, um den Herren im Parlament die Köpfe etwas warm zu machen; aber wenn zu wenige Vereine dabei beteiligt sind, so schadet die Demonstration am Ende mehr, als sie nützt. Von dieser Seite betrachtet, wäre es also wohl besser, abzuwarten, bis sich nur einzelne Vereine aus Wüttemberg, Bayern, Sachsen, Hannover, Preußen etc. angemeldet haben, die wenigstens in ihrem Bezirke hernach wieder wirken könnten; solange noch ganze Vaterländer fehlen, ist aber die Lücke doch zu groß. Wenn Ihr also noch für Aufschub der Versammlung seid, so werdet Ihr fernerhin wieder benachrichtigt werden, woher wir Nachrichten erhielten, um uns Eure Meinung über die Wahl des Ortes zur Versammlung mitzuteilen. Wir versprachen den schon gebildeten Vereinen, die Versammlung baldmöglichst zusammenzuberufen, und sind sogar deshalb schon Anfragen an uns gelangt. – Offenbach, Hanau und Frankfurt wollen ohne weiteres, wo möglich, 10000 Arbeiter zusammentrommeln und aus eigener Machtvollkommenheit einen Abgeordneten nach Frankfurt schicken. Diese Vereine haben gegen den Ausschluß der Arbeiter eine Verwahrung bei dem Fünfzigerausschuß niedergelegt; ein Exemplar hiervon folgt bei; der Ausschuß fand sich aber

veranlaßt, hierin nichts zu tun, d. h. es den einzelnen Regierungen zu überlassen.

Brudergruß und Handschlag

Mainz, den 23. April 1848

Im Namen der Gemeinde

Der Vorstand Schmitze

Der Beistand Lange

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv.

23

Bekanntmachung des Magistrats von Berlin über Arbeiterunruhen in Treptow und Rummelsburg, veröffentlicht am 27. Mai 1848

Bekanntmachung

Wir halten uns für verpflichtet, zur Kenntnis unserer Mitbürger zu bringen, daß die mit schweren Opfern der Stadt in Treptow und Rummelsburg für Rechnung der Kommune beschäftigten Arbeiter diese ihnen erzeigte Wohltat mit dem größten Undanke gelohnt haben. Der Unordnung und der Trägheit in großer Zahl ergeben, haben sie die notwendigen Anordnungen zur Umwandlung der von ihnen nicht zu erreichenden, angemessenen Tagearbeit in Akkordarbeit nicht nur von der Hand gewiesen, sondern gegen Mitglieder des Magistrats wie gegen die Aufseher und Bewohner von Rummelsburg Erpressungen versucht und Mißhandlungen sich erlaubt, Aufläufe veranlaßt, so daß es jede gesetzliche Ordnung vernichten hieße, solchen Personen, mit so großen Opfern der Bürgerschaft, die von ihnen nicht anerkannte Hilfe ferner nutzlos zu leisten. Wir haben daher unter der Mitwirkung freiwillig sich darbietender Bürgerwehr-Kompanien die sofortige Entlassung dieser Personen von der Arbeit noch heute veranlaßt und rechnen bei diesen Anordnungen auf die kräftigste Unterstützung unserer Mitbürger, deren stark in Anspruch genommenen Beisteuern wir nicht auf solche Weise verschwenden lassen dürfen.

Berlin, den 27. Mai 1848

Der Magistrat

Einheit und Freiheit. Die deutsche Geschichte von 1815 bis 1849 in zeitgenössischen Dokumenten,
Berlin 1950, S. 406.

24

Aus Briefen König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen an den Ministerpräsidenten Ludolf Camphausen und an das Staatsministerium

An Ludolf Camphausen vom 1. Juni 1848

Lassen Sie mich, bester Camphausen, durch Graf Kanitz benachrichtigen, was gegen das unerhörte Vergreifen des gebildeten und ungebildeten Pöbels an meinem Heergerät, das gestern stattgefunden, geschieht? Ich verlange, so wahr ich König von Gottes Gnaden bin, daß das Absenden der Gewehre, die die Armee (d. h. 36 Füsilierbataillone und 8 Jägerbataillone) notwendigsterweise gebraucht, von deren Ablieferung und Gebrauch vielleicht der Gewinnst der nächsten Schlachten abhängt, vor sich gehe und daß das geraubte Geschütz zurückgegeben werde. Gestärkt durch die Erklärungen des Landtages kann man getrost vorwärts gehen und ein ernstes Wort mit diesem Pöbel reden. Berlin ist eine Eiterbeule, die, wenn der Staat in Freiheit aufstreben soll, wie es mein ernster Wille ist, aufgeschnitten werden muß über kurz oder lang.

An das Staatsministerium vom 9. Juni 1848

Die revolutionäre Partei hat heut auf dem Landtage die „Anerkennung der Revolution" von der Versammlung gefordert. –

Ich mache das Staatsministerium auf das Allerdringendste auf dieses Begehren, auf seine Absichten, auf seine Folgen aufmerksam.

1. Fällt der Antrag durch Vereinigung des Zentrums und der rechten Seite, so wagt die Linke und ihr Schwanz in Berlin das Alleräußerste. Das Staatsministerium vermag dagegen nichts. Aber dasselbe muß darauf und auf seine Maßregeln, sein Betragen, seinen ordentlichen Rückzug aus Berlin vollkommen vorbereitet sein. Die Ruhe ist trügerisch und fängt an, sogar besorgte Menschen zu täuschen. Ich bin kein besorgter Mann, aber ich sehe – und sehe die Gefahr nahe und fürchte sie nicht.

2. Geht der Antrag per majora durch, so befehle ich „die sofortige Auflösung (oder Verlegung) der Versammlung" – ich bin für die Auflösung.

Für den Rest lassen Sie mich sorgen. Verlassen Sie mich aber nicht.

Friedrich Wilhelm

An Ludolf Camphausen vom 17. Juni 1848

Jetzt ist für uns das Eine, was not tut, die Zähmung Berlins. Es ist der letzte Augenblick. Versäumen Sie ihn nicht. Der Faczion müssen die Häupter abgeschlagen werden. Die Okkupation der Hauptposten der Stadt durch die Truppen und ihre Verdopplung muß eintreten. Das ganze Land

wird Ihnen zujauchzen, teuerster Camphausen. Gönnen Sie sich die Glorie, die ich Ihnen wünsche! Vale.

Friedrich Wilhelm

König Friedrich Wilhelms IV. Briefwechsel mit Ludolf Camphausen, Berlin 1906, S. 138, 155/156, 176/177.

25

Aus dem Protokoll der Sitzung des Komitees des Kölner Arbeitervereins vom 28. August 1848

B. Blum 2 teilte mit: In Niederkassel habe sich auch ein Verein konstituiert, sodann schritt man zur sozialen Frage.

B. Lewihs meint, man könnte aus den jetzigen Verhältnissen ohne große Schwierigkeiten gelangen, wenn man besonders die Erziehung berücksichtige, dann würde der Unterschied der Stände wegfallen usw.

B. Schapper erwidert: Die Ansichten des vorigen Redners seien die der fourieristisch, philanthropischen Duldsamkeit, wobei die Bourgeoisie sich ganz gut stehe. Die Bourgeoisie stehe dem Proletariat feindlich gegenüber, es sei daher auch an uns, die Bourgeoisie mit denselben Waffen zu bekämpfen und die langmütige, christliche Duldsamkeit, „beide Backen hinzuhalten", endlich einmal zu beseitigen.

B. Moll bemerkte: Als die Frage aufgeworfen wurde, hätte man hauptsächlich Bezug auf die Verhältnisse Frankreichs genommen. Die Minister in Berlin hätten immer auf die National-Werkstätten Frankreichs hingewiesen, das Volk zur Geduld und Liebe ermahnt, aber keine Mittel angewendet, den Zweck zu erreichen.

B. Müller meint, wenn der Staat die Eisenbahnen, Kanäle usw. in seine Hände nehme, so könne auch schon vieles zur Verbesserung und zur Organisation beigetragen werden.

B. Westermann meint, wenn alle einmal arbeiteten, dann wäre keine Konkurrenz mehr, aber jetzt drücke einer den andern.

B. Sch. Wenn eine Klasse von der andern unterdrückt wird, so geschieht dieses nur bis zu einem gewissen Punkte. Wenn die Form des Eigentums nachteilig auf die große Mehrzahl wirkt, so muß das Eigentum eine andere Form annehmen. Das Feudaleigentum muß in bürgerliches umgewandelt und gleichzeitig die Einrichtung getroffen werden, daß die Hypotheken in die Hände des Staates kommen, und besonders dem Wucher gesteuert werden, das Proletariat in den Städten müsse National-Werkstätten errichtet bekommen, aber nicht wie in Paris, sondern für jedes Handwerk müssen eigene Werkstätten eingerichtet werden, wie

dieses mit den Schneiderwerkstätten in Paris der Fall gewesen. Der Staat müsse ferner alle stillstehenden Fabriken und Kommunikationsmittel in Beschlag nehmen, dann könne etwas erreicht werden.

Zeitung des Arbeitervereins (Köln),
3. September 1848.

26

Aus den Beschlüssen der Arbeiterverbrüderung, angenommen auf dem Gründungskongreß in Berlin vom 23. August bis 3. September 1848

Statut für die Organisation der Arbeiter

I. Die Lokalkomitees für Arbeiter

§. 1. Es bilden die verschiedenen Gewerke und Arbeitergemeinschaften im weitesten Sinne des Worts Vereinigungen und wählen, je nach dem Verhältnis ihrer Zahl, Vertreter zu einem Lokalkomitee für Arbeiter. Für Gewerke, welche vereinzelt dastehen, dürfte der Kreis Vereinigungen bieten.

§. 2. Diejenigen Arbeiter, welche noch keine Gemeinschaften bilden, haben sich ebenfalls zu vereinigen und Vertreter zu wählen, z. B. die Eisenbahnarbeiter etc.

§. 3. Das Lokalkomitee hat die Verpflichtung, a) regelmäßige Versammlungen der Arbeiter zu veranlassen; b) die Bedürfnisse und Übelstände der Arbeiter in ihren Orten oder Kreisen genau zu erforschen und auf Abhilfe derselben hinzuwirken; c) aus sich einen Ausschuß zu wählen, der die Geschäfte leitet, bestehend aus 1 Vorsitzenden, 1 Beisitzer, 2 Schreibern, 1 Kassierer und 2 Kassenaufsehern ...

II. Die Bezirkskomitees

§. 5. haben vorläufig ihren Sitz in folgenden Städten: Danzig, Königsberg, Stettin, Köln, Bielefeld, Frankfurt, Hamburg, Stuttgart, Mannheim, München, Linz, Wien, Brünn, Prag, Nürnberg, Bamberg, Jena, Coburg, Marburg, Hannover, Osnabrück, Braunschweig, Magdeburg, Berlin, Breslau, Dresden, Kiel, ohne daß hierdurch einzelnen Lokalkomitees das Recht genommen wird, aus sich ein Bezirkskomitee noch außer den genannten Städten neu zu gründen.

§. 6. Das Bezirkskomitee ist verpflichtet: a) zur Vermittlung der Interessen der einzelnen Lokalkomitees untereinander und mit dem Zentralkomitee; b) zur Veranlassung und Durchführung aller Maßregeln, welche die allgemeinen Arbeiterinteressen erheischen.

§. 7. In den Bezirkskomitees ist die Sache der Arbeiterinnen durch eine Abteilung vertreten.

§. 8. Das Bezirkskomitee ist der Bezirksversammlung verantwortlich.

III. Das Zentralkomitee für ganz Deutschland

§. 9. Das Zentralkomitee für ganz Deutschland hat vorläufig seinen Sitz in Leipzig.

§. 10. Das Zentralkomitee besteht vorläufig aus vom Berliner Kongreß erwählten Mitgliedern, welchen es überlassen bleibt, die Ergänzung nach Rücksprache mit dem betreffenden Lokal- und Bezirkskomitee zu vervollständigen.

§. 11. Das Zentralkomitee ist verpflichtet a) zur Wahrung und Vermittlung der Interessen der Arbeiter und verschiedenen Komitees untereinander und mit dem Staate; b) zur Veranlassung und Durchführung aller Maßregeln, welche die allgemeinen Arbeiterinteressen erheischen.

§. 12. Das Zentralkomitee ist der Generalversammlung verantwortlich.

§. 13. Der Ort derselben wird von der Generalversammlung selbst jedesmal für das nächste Jahr bestimmt.

IV. Von den Bezirks- und Generalversammlungen

a) Die Bezirksversammlungen

§. 14. Die Bezirksversammlungen finden jährlich wenigstens einmal in dem vom Bezirkskomitee bestimmten Orte statt. In wichtigen Fällen müssen diese Versammlungen von dem Bezirkskomitee außerordentlich zusammenberufen werden ...

b) Die Generalversammlung aller deutscher Arbeiter

§. 17. Die Generalversammlung findet in jedem Jahre wenigstens einmal statt. Das Zentralkomitee ist verbunden, in wichtigen Fällen außerordentliche Generalversammlungen zu berufen.

§. 18. Die Generalversammlung ist verpflichtet: a) zur Prüfung des von dem Zentralkomitee an sie zu leistenden Berichts seiner Tätigkeit; b) sie kann die Absetzung des bestehenden Zentralkomitees oder einzelner Mitglieder desselben dekretieren und eine neue Wahl ausführen.

§. 19. Jedes Lokalkomitee sendet Abgeordnete zu derselben, deren Maximumzahl von dem Zentralkomitee nach gleichem Verhältnis ausgeschrieben wird ...

Selbsthilfe der Arbeiter

§. 1. Sämtliche Arbeiter eines Ortes vereinigen sich zu einer Assoziation, ohne dadurch die bestehenden Gewerksverhältnisse aufzuheben (s. Organisation der Arbeiter Art. I., §. 1 und 2).

§. 2. Das laut §. 1 des Organisationsstatuts gewählte Lokalkomitee für Arbeiter ist der Vorstand dieser Assoziation.

§. 3. Das Lokalkomitee übernimmt das Arbeits- und Arbeiternachweis-

büro. Zu dem Ende melden sich bei demselben alle Arbeitgeber und Arbeiter des Ortes, wo es dann Arbeit dem Arbeitsuchenden und Arbeiter dem Arbeitgeber zuweist ...

§. 5. Für den Fall, daß das Komitee dem einzelnen in seinem Gewerke keine Beschäftigung geben kann und sich die Masse häufen sollte, wendet sich das Komitee um Arbeit an den Vorstand der Gemeinde; ist auch dieser unvermögend, Arbeit zu geben, so sucht das Komitee durch Vermittlung des betreffenden Bezirks- und des Zentralkomitees die Hilfe des Staates nach ...

§. 8. Der Lohnsatz ist für dieselbe Art der Arbeit im ganzen Orte gleich und wird durch Übereinkunft der Arbeitgeber mit den Arbeitern unter dem Vorsitz des Lokalkomitees so festgestellt, daß der geringste Lohnsatz (Minimum) den Bedürfnissen des Lebens entsprechend ist ...

§. 11. Kein Arbeitgeber darf seine Arbeiter selbst auslohnen, sondern hat die Summe des in einer Lohnzeit von seinen Arbeitern verdienten Lohnes an das Lokalkomitee gegen Quittung zu zahlen ...

§. 15. Unter der direkten Verwaltung des Lokalkomitees bilden die der Assoziation angehörenden Arbeiter eine Assoziationskasse der Art, daß durch Bestimmung des Komitees von dem Lohne des Arbeiters 7, 8½ und 10 pCt. des Lohnsatzes abgezogen werden (1 Sgr. von 15, 2 Sgr. von 22½ und 3 Sgr. von 30 Sgr. Tagelohn oder 3½ von 57,2 von 79, 10½ von 105 Krz.) ...

§. 18. Die so errichtete Assoziationskasse dient als Kreditbank, der Art, daß die geliehenen Gelder durch die Zinsenzahlung amortisiert werden können.

§. 19. Jeder kann Darlehn aus derselben empfangen gegen genügende Sicherheit und Zinsen, jedoch muß Arbeitern die Priorität eingeräumt werden.

§. 20. Sollten Arbeiter, die der Assoziation angehören, eines augenblicklichen Darlehns bedürfen, so muß dieses denselben auf 4 Wochen ohne Zinsen geliehen werden, so daß sie das entliehene Darlehn in Raten zurückzahlen können.

§. 21. Fertige Arbeiten, Rohstoffe, Arbeitskraft und liegende Gründe dienen z. B. als genügende Sicherheit ...

§. 28. Von allen diesen Bestimmungen sind die weiblichen Arbeiter nicht ausgeschlossen und genießen unter gleicher Verpflichtung gleiche Rechte.

Beschlüsse des Arbeiterkongresses zu Berlin
vom 23. August bis 3. September 1848,
Berlin 1848.
Max Quarck: Die erste deutsche Arbeiterbewegung.
Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49,
Leipzig 1924, S. 351–355.

27

Aus der Artikelreihe Stephan Borns „Die soziale Frage" in der Zeitung „Die Verbrüderung" vom 3. Oktober bis 12. Dezember 1848

Erster Artikel

Unser Standpunkt

Die soziale Frage! Es gibt wohl keine andere, in der neueren Zeit aufgetauchte, welche die Köpfe so vieler Menschen in Anspruch genommen, und die so verschiedenartige Beantwortungen und Beantwortungsversuche hervorgerufen ...

Aber je mehr wir bei der Behandlung der sozialen Frage den geschichtlichen Boden behaupten, je klarer wir in ihr den Ausdruck eines gewaltigen Klassenkampfes in der Gesellschaft zur Erkenntnis bringen wollen, um so mehr Pflicht ist es für uns, vor allem die Vorurteile hinwegzuräumen, nach welchen unser Standpunkt ein gefährlicher, ja ein unmoralischer genannt werden könnte. Haben wir es nicht oft genug hören müssen: wir, die Leiter der Arbeiterbewegung, wir nur stellten die Klassengegensätze in der Gesellschaft auf, um das Volk zu Haß und Neid aufzuregen ...

Sie schrieben die Brüderlichkeit auf ihre Fahnen, und im Juni metzelten sich diese französischen Brüder gegenseitig hin, die geleugneten Klassengegensätze führten zu einer viertägigen, mörderischen Insurrektion, zur Deportation Tausender von Proletariern, zum Belagerungszustand von Paris, zur ewigen Befürchtung eines neuen, noch schrecklicheren Aufstandes der arbeitenden Klasse. – Und nun erwidere uns noch einer, die Klassengegensätze werden nur von uns aufgestellt, in der Tat aber existierten sie nicht! Öffnet die Augen, seht euch um, auf jeder Straße werdet ihr diese Gegensätze bemerken, hinter glänzenden Karossen die zitternde verlangende Hand des Bettlers, neben den Schloten dumpfiger Fabriken die Baracken der Arbeiter und die Villen ihrer Besitzer. Genug, die Tatsache des Elends wird uns niemand aus der Gesellschaft streichen wollen, die Tatsache der Abhängigkeit des kleinern von dem größern Kapitalisten, der Knechtschaft des Arbeiters unter den Kapitalisten; und diese Tatsachen sprechen wir nur aus, aber wir haben sie nicht verursacht, wir schaffen nicht die Klassengegensätze, wir sehen sie, wir erkennen ihre ungeheure Bedeutung, ihr revolutionäres, reformierendes und fortentwickelndes Element in der Weltgeschichte. Aus dieser haben wir gelernt, daß nur durch die Reibung und den Kampf der Klassen in der Gesellschaft der Fortschritt und die Zivilisation Leben erhalten hat, wir haben gelernt, daß wir diesen Klassenkampf zum Besten des Fortschritts und der Zivilisation unterstützen müssen, daß wir gewappnet auf die eine oder die andere Seite treten müssen, um für diese oder jene Partei zu kämpfen;

wir aber brauchen nicht erst zu wählen, wir gehören zu einer Partei, zur Partei der Arbeiter, die in Deutschland wie in Frankreich schon ihre besonderen Interessen hat, die hier wie dort der eigentliche Hebel der jetzigen Bewegung ist.

Etwas anderes aber ist es, ob in Deutschland schon die revolutionäre Bewegung des Proletariats in dem Maße an der Zeit ist, wie in England, in Frankreich, ob unsere geschichtliche Entwicklung schon derartig zur Reife gelangt ist, daß die Herrschaft der Arbeiter die zunächst folgende sein, oder ob nicht vorher noch eine andere Klasse sich zur Geltung bringen werde, die erst die geschichtlichen Bedingungen für eine Arbeiterherrschaft erzeugen müsse – und dies wollen wir in unserem zweiten Artikel erklären.

Zweiter Artikel

Unsere Stellung zu den politischen Parteien

... Wahrlich, es gehört eine exemplarische Blindheit oder Geistesbeschränktheit dazu, nicht einzusehen, daß das Geschick der arbeitenden Klasse eng und fest mit dem der demokratischen Partei verknüpft ist und daß mit der Verwirklichung der Demokratie im eigentlichen Sinne des Wortes, der Volksherrschaft, ihre Lage erst in Wahrheit verbessert und würdig gestaltet werden kann ...

Der Absolutismus und die Adelsaristokratie stützt sich auf ein historisches Recht, auf das Recht des ausschließlichen Besitzes gewisser materieller Vorteile und einer höheren gesellschaftlichen Stellung; die arbeitende Klasse will die Vernichtung aller Vorrechte, sie mögen sich auf den Besitz oder die Geburt beziehen, sie steht dem Absolutismus und der Adelsaristokratie deshalb feindlich gegenüber.

Die Bourgeoisie oder die Klasse der Kapitalisten mußte so lange der Verbündete der arbeitenden Klasse sein, als es eine herrschende Macht im Staate gab, die ihre bevorrechtete Stellung aus der Geburt herleitete. Mit der Revolution des März wurde diese Macht, die früher schon ruiniert war, auch in Deutschland faktisch gestürzt: die Klasse der Kapitalisten ist es, die jetzt die herrschende, deren Interessen die herrschenden Staatsinteressen geworden. Die Aristokratie des Besitzes ist an die Stelle der Adelsaristokratie getreten, sie gibt den Ton an in der Gesetzgebung, der größere Besitz allein ist es noch, der in unserm Staate Vorrechte bietet, der die Gesellschaft jetzt in zwei Klassen teilt, in Besitzende und Nichtbesitzende, oder richtiger in Kapitalisten und Arbeiter; – die arbeitende Klasse aber will die Aufhebung aller Vorrechte, aller Klassengegensätze, sie steht folglich der Bourgeoisie feindlich gegenüber.

Betrachten wir nun unsere deutschen Verhältnisse näher. In unserem Vaterlande treten die Klassengegensätze von Kapitalisten und Arbeitern

keineswegs so scharf hervor, wie dies in Frankreich und hauptsächlich in England der Fall ist. Die revolutionäre Bewegung des Proletariats kann also hier noch keineswegs so selbständig auftreten, wie in den genannten Ländern; wir haben in Deutschland zwischen Kapitalisten und Arbeitern noch beträchtliche Mittelklassen, die je nach dem Grade ihrer politischen Bildung und dem Wechsel des Glücks in ihren Unternehmungen zu der einen oder der anderen Partei hinüberschwanken. Das ist die Klasse der kleinen Bürger oder der Handwerksmeister, die Kapitalist und Arbeiter oft in einer Person sind.

Dritter Artikel
Das Recht auf Arbeit

... Das Recht auf Arbeit ist eine leere Phrase, die jetzige Gesellschaft kann diese Forderung nicht bewilligen, und darum wird sie nicht lange mehr bestehen; in einer anderen Gesellschaft aber kann es noch weniger ein Recht auf Arbeit geben, weil in ihr die Arbeit kein Recht, sondern nur eine Pflicht sein kann. – Das Recht auf Arbeit setzt den Gegensatz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, von Nichtarbeitenden und Arbeitenden voraus und unsere ganze Arbeiterbewegung will die Aufhebung dieses Gegensatzes. Hinter diesem vermeintlichen Recht versteckt sich also notwendig noch eine Reihe anderer Forderungen, welche die ganze alte Gesellschaft über den Haufen werfen würden, wenn man sie verwirklichte, Forderungen, durch deren Annahme erst die Garantie der Arbeit möglich gemacht werden sollte ...

Wozu also jetzt das „Recht auf Arbeit?" Vergessen wir nie, daß wir uns selber helfen müssen und daß mit dem Siege der Verbrüderung, der Assoziation der Arbeiter, der Sturz der Kapitalherrschaft herbeigeführt ist und zugleich der Grundsatz zu Grabe getragen ist: „Jeder für sich!" was so viel heißt wie „Jeder gegen Alle!" ein Grundsatz, dessen Folge der jetzige Kriegszustand der Gesellschaft, aus dem, zweifeln wir nicht, die Arbeiter und ihr Prinzip, „Jeder für Alle!" siegreich hervorgehen werden.

Fünfter Artikel
Wie ist zu helfen?

... Wir wollen die Tendenz der neuen Zeit zur Assoziation, zur Verbrüderung der verwandten Kräfte zur Verwirklichung bringen. Wir wollen die Assoziation der Arbeiter, aber wir wollen sie nicht nur als frommen Wunsch, sondern in der Tat. An uns ist es also, die Mittel anzugeben, auf welche Weise wir sie in's Werk setzen, und hier kommen wir auf die Beschlüsse des Berliner Arbeiterkongresses zurück, in ihnen ist der Weg zur Bildung der Assoziationen klar und deutlich vorgezeichnet.

Die erste Ursache ihrer Ohnmacht und ihrer drückenden Zustände ist

die Vereinzelung der Arbeiter, einzeln sind sie den Kapitalisten gegenüber Ziffern, die er auf seinem Rechenbrett nach Belieben auslöscht oder anschreibt, verbunden sind sie die Herren der Welt. Treten die Arbeiter erst gemeinsam, als Klasse, mit ihren Forderungen hervor, alle nach einem und demselben Plane, so erzittert die Erde unter ihrem Schritt, so ist die letzte Stunde des Despotismus gekommen. Deshalb arbeiten wir in diesem Augenblicke auch daran, die Arbeiter zu verbinden und unsere Aufgabe wird von Erfolg gekrönt, ja schon wird die Assoziation nach dem gegebenen Plane in's Leben geführt . . .

Wir wollen in diesem Augenblicke keineswegs schon innerhalb der Assoziation mit gemeinschaftlichen Mitteln arbeiten lassen, unsere Absicht ist es, hiermit noch zu warten, und zu diesem Zwecke so lange die nötigen Geldmittel aufzubringen, bis sie zu einer solchen Höhe gelangt sind, daß die Arbeiter dann in bestimmter Voraussicht der Erfolge ihre Tätigkeit mit gemeinschaftlicher Benutzung ihres aufgehäuften Kapitals beginnen können. Damit nun ein Jeder womöglich der Assoziation beitrete, ist der Plan damit gefaßt, daß jedes zur Organisation der Arbeiter gehörende Mitglied aufgefordert werde, in bestimmten Terminen einen Teil seines Einkommens zu einer Assoziationskasse zu geben . . .

Die Assoziationskassen sind, wie unsere Zeitschrift bereits gemeldet, schon in mehreren Städten eingerichtet, wir dürfen hoffen, daß sie bald allgemein eingeführt werden, denn durch sie wird es dem ärmeren Arbeiter ebenfalls möglich gemacht, dereinst der Konkurrenz des Kapitals gegenüber zu treten . . .

Sechster Artikel

Der Wert der Assoziation

. . . Man sagt: wenn nun wirklich alle Arbeit in Assoziationen angefertigt wird, sind wir dann nicht wieder in den alten Verhältnissen? . . .

Der höhere oder niedrigere Preis der Waren hat für die arbeitende Klasse nur so lange eine Bedeutung, als sie ihre Bedürfnisse aus den Händen der Kapitalisten bezieht und sie zu einem höheren Preise wieder zurückkaufen muß, als sie selber dafür empfangen. Tauschen die Arbeiter oder die Assoziationen unter sich direkt ihre Bedürfnisse aus, so werden sie nicht mehr auf Spekulation arbeiten, es wird nicht mehr die Konkurrenz, es werden allein die auf dieselben verwandten Produktionskosten den Preis ihrer Waren bestimmen. Die Hauptursache des Schwankens der Preise und das wesentlichste Mittel der Konkurrenz ist bei den Assoziationen nicht vorhanden, nämlich die Lohnarbeit. Die Kapitalisten haben das Interesse und die Mittel, den Arbeitslohn herabzudrücken und konkurrieren hierdurch untereinander. Auch die Lohnarbeiter selbst müssen sich gegenseitig Konkurrenz machen, um Arbeit zu erhalten und nicht zu ver-

hungern. Die freien Arbeiter der Assoziation aber haben kein Interesse, sich gegenseitig zu verderben, im Gegenteil muß es ihnen obliegen, ihre Geschäfte in blühendem Zustande zu erhalten.

Die Verbrüderung (Leipzig), 3. Oktober bis 12. Dezember 1848.
Max Quarck: Die erste deutsche Arbeiterbewegung.
Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49,
Leipzig 1924, S. 370, 372, 373, 374/375, 377, 378, 380–384.

28

Aus dem Bericht des Bezirksvereins zu Pirna an den leitenden Ausschuß der Arbeitervereine Sachsens vom 14. Oktober 1848

Kurzer geschichtlicher Abriß über das Entstehen und bisherige Wirken des Arbeitervereins zu Pirna.

Nicht aus bloßer Vereinssucht, nicht um die Zahl der in der Neuzeit in Massen erstandenen Vereine noch zu vermehren, vielmehr aus einem stark gefühlten allgemeinen Bedürfnisse zu einer Vereinigung, einem engern Aneinanderschließen der Arbeiter behufs der eignen Forschung nach den Haupt- und Grundursachen ihres dermaligen gedrückten Verhältnisses, Beantwortung der diesfalls aufgestellten Arbeiterfragen, Darlegung ihrer bezüglichen Wünsche hierbei, endlich der Selbsthilfe und zwar der erlaubten Selbsthilfe ... ist die Bildung obbezeichneten Vereines, der bei seinem Entstehen den Namen eines „Handwerkergehilfen-Vereins" annahm, später aber diese Benennung mit der jetzigen „Arbeiter-Verein" ... verwechselte, hervorgegangen. Seine Geburt fällt in den Juni 1848 ...

Daß bei den jetzigen Zeitverhältnissen auch Einmischungen in politische Angelegenheiten stattgefunden, ist wohl ganz natürlich, und es hat in dieser Beziehung der Verein nur einer jedem einzelnen seiner Mitglieder als Staatsangehörigen obliegenden Pflicht genügt. Als eine solche Beteiligung ist namentlich hervorzuheben die Teilnahme an der Volksversammlung in Dresden am 4. September 1848 und die Mitunterzeichnung einer ... Petition an die Nationalversammlung zu Frankfurt um Herstellung einer Regierungsverfassung nach Form einer sogenannten „republikanischen Spitze", ingleichen der Entwurf einer Mißbilligungsschrift wegen Genehmigung des Waffenstillstandes mit Dänemark seitens der genannten Versammlung an dieselbe. Von in gewerblicher Beziehung getanen Schritten ist die Mitunterzeichnung einer Adresse, ebenfalls an die Nationalversammlung zu Frankfurt, um Einberufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses nach Frankfurt, behufs der Feststellung einer Gewerbeordnung für ganz Deutschland, bemerkenswert.

Zu größerer Vereinigung der Arbeiter und engeren Anschlusse der-

selben aneinander behufs der erleichterten Austauschung gegenseitiger Ansichten haben Fahrten nach auswärts stattgefunden, außer der bereits erwähnten nach Dresden, nach Königstein und Lichtenhain bei Schandau. Für letztgenannten Ort ist auf nächstkommenden 15. Oktober eine abermalige Zusammenkunft der Vereine des Pirnaer Bezirks angesagt, und zwar in Form einer Hauptversammlung, wie deren eine auch die vorerwähnte Versammlung in Lichtenhain war und eine dergleichen in Pirna am 10. September stattfand. In letzterer wurde Pirna zum Bezirksvereinsort erhoben und in dessen Folge von den Vereinen zu Stadt Wehlen, Königstein, Schandau, Sebnitz und Neustadt bei Stolpen der Anschluß als Zweigvereine erklärt.

Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden,
Ministerium des Innern, Nr. 11026 a,
Lage 65, Bl. 5–9 b.

29

Aus dem Brief König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen an Generalleutnant Friedrich Wilhelm Graf von Brandenburg vom 27. Oktober 1848

Mein lieber, teurer Graf!

Die Verhältnisse stellen sich jetzt so, daß ich von neuem den Ruf an Sie ergehen lasse, hierherzukommen und das Präsidium meines Staatsministeriums sofort zu übernehmen ...

Die Sachen liegen, durch die beständigen Schanderoberungen der roten Bluthunde unter dem Landvolk und Kriegsvolk insofern verzweifelt, als mit den großen, klaren, königlichen und energischen Maßregeln nicht mehr zu warten ist. Ich halte es für unmöglich, eine so gestaltete kgl. Botschaft an „das Komödienhaus" und ein gleichzeitiges Manifest an das Volk noch länger zu umgehen. Wir reden über das alles, ehe Sie mit den Herren sprechen ...

Vor allem muß das Volk durch Wort und Tat nach 7 Monaten erfahren, daß es noch einen, von seinen Pflichten erfüllten und begeisterten König hat. Der Effekt ist entscheidend: ein unblutiger oder blutiger Sieg in Berlin. Dann vereintes Auftreten mit Österreich, Bayern, Sachsen und Hannover, Deutschland und Frankfurt gegenüber durch die Forderung des Königskollegiums in der Zentralgewalt und des Staatenhauses als Oberhaus der Paulskirche.

Revolutionsbriefe 1848.
Ungedrucktes aus dem Nachlaß König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen,
Leipzig 1930, S. 218/219.

30

Aus der Proklamation des Königs Friedrich Wilhelm IV. von Preußen vom 11. November 1848

Der in meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin seit geraumer Zeit herrschende gesetzlose Zustand, der das ganze Land in den Abgrund der Anarchie zu stürzen drohte, hat mich genötigt, auf den Rat meiner verantwortlichen Minister, die zur Vereinbarung der Staatsverfassung berufene Versammlung nach Brandenburg zu verlegen und dieselbe, damit diese Maßregel ausgeführt werden könne, bis zum 27. dieses Monats zu vertagen. Aus demselben Grunde habe ich die Truppenmacht in dieser meiner Haupt- und Residenzstadt ansehnlich verstärken, auch die dortige Bürgerwehr mit Rücksicht auf ihr ungesetzliches Verhalten in Gemäßheit des §. 3. des über die Errichtung der Bürgerwehr unter dem 17. Oktober d. J. ergangenen Gesetzes bis zu deren Reorganisation auflösen müssen. Ich bin mir wohl bewußt, daß diese Maßregeln mannigfacher Mißdeutung ausgesetzt und von einer Umsturzpartei dazu mißbraucht werden können, auch bei sonst gutgesinnten Staatsbürgern Besorgnisse über den Vollbestand der meinem Volke gewährten Freiheiten hervorzurufen. Ich bin mir aber eben so klar bewußt, daß Preußens und Deutschlands Zukunft diesen Schritt von mir und meiner Regierung zu fordern berechtigt war. Ich wende mich deshalb in dieser entscheidenden Zeit an das ganze Land, an Euch, meine treuen Preußen alle, mit der Zuversicht, daß Ihr den ungesetzlichen Widerstand, den ein Teil Eurer Vertreter, uneingedenk ihrer wahren Pflichten gegen Volk und Krone, der Verlegung der Nationalversammlung entgegenstellt, ernst und entschieden mißbilligen werdet. Ich mahne Euch, nicht Raum zu geben den Einflüsterungen, die Euch glauben machen, ich wolle Euch die in den Märztagen verheißenen Freiheiten verkümmern, ich wolle wieder ablenken von dem betretenen konstitutionellen Wege!

Einheit und Freiheit. Die deutsche Geschichte von 1815 bis 1849
in zeitgenössischen Dokumenten,
Berlin 1950, S. 650.

31

Rundschreiben des Zentralkomitees der Arbeiterverbrüderung an alle Bezirks- und Lokalkomitees vom 22. November 1848

Brüder! An alle Bezirks- und Lokalkomitees der Arbeiterverbrüderung erlassen wir hiermit die dringende Aufforderung, alle ihre Kräfte und Mittel zur Bewaffnung der Arbeiter aufzubieten. Die schon gebildeten

Assoziationskassen sind hiermit angewiesen, zur Anschaffung von Waffen mit Vorschüssen gegen billige Zinsen zu unterstützen. Die bewaffneten Arbeiter haben miteinander in Verbindung zu treten und den verräterischen Feind aller Orten zu bekämpfen. An unsere Brüder in Preußen ergeht außerdem die Aufforderung, den Beschlüssen der Nationalversammlung nicht allein zu folgen, sondern ihr möglichst durch entschiedene Bewegung vorzuarbeiten. Es ist in Deutschland jetzt die Zeit, wo jede Stadt, jedes Dorf zur Feste werden muß gegen die Tyrannei. Laßt uns zeigen, daß wir der Freiheit würdig sind.

Max Quarck: Die erste deutsche Arbeiterbewegung.
Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49,
Leipzig 1924, S. 203.

32

Aus dem Protokoll der Sitzung des Komitees des Kölner Arbeitervereins vom 23. November 1848

Bg. Danz glaubt, es sei Zeit zum Handeln, es dürfe nicht mehr gezögert werden, die Arbeiter müßten jetzt ihre Rechte erkämpfen. Er wirft den Kölner vor, zu nachlässig zu sein.

Bg. Röser erwiderte hierauf, als Arbeiterpartei allein und für unsere besonderen Interessen sei es jetzt nicht an der Zeit zu handeln. Jetzt müßten sich alle Parteien gegen den Absolutismus vereinigen. Hier in Köln sei vom ganzen Volke ein 25er Ausschuß gewählt und alle Parteien in demselben vertreten, was auch gut sei, um Zutrauen zu erwecken. Diesem Ausschusse liege es ob, die nötigen Schritte zu tun und zu bestimmen, ob und wann gehandelt werden müsse und was geschehen solle. Obschon derselbe zwar von der besitzenden Klasse hier fast gar nicht unterstützt würde, so glaube er doch, daß man mit seinem bisherigen Wirken zufrieden sein könne . . .

Hierauf nimmt der Vorsitzende Bg. Schapper das Wort und sagt im wesentlichen:

Es ist gegenwärtig hier nicht am Platze, viele Worte zu machen. Deswegen handeln wir, für jetzt namentlich auf dem Lande, damit auch dort die Ideen sich verbreiten, die wir schon angenommen.

Halten wir aber fest, daß es in Deutschland gegenwärtig drei Parteien gibt, die sich gegenüberstehen. Es ist die Partei von Gottes Gnaden mit dem Adel und der Feudalherrschaft, die Bourgeoisie und das Proletariat. Die beiden letzteren lassen sich nur insoweit vereinigen, als es den gemeinsamen Kampf gegen die erstere, den Adel und den Absolutismus

gibt. Ist diese gestürzt, dann trennen sie sich, weil ihre besonderen Interessen sich schnurstracks entgegenlaufen.

Für den Augenblick spreizt sich der Absolutismus noch mit einem hohlen Glanze, mit dem Schimmer einer früheren, aber für immer verschwundenen Zeit. Sollte er es wagen, weiter zu gehen, in seiner herrsch- und rachesüchtigen Verblendung die Kammer zu Berlin auflösen, die Deputierten verhaften oder wohl gar standrechtlich behandeln zu wollen, dann wird das ganze Land sich erheben, alle Parteien werden sich vereinigen, und er wird für immer verloren sein.

Bourgeoisie und Proletariat, beide haben ein Interesse gegen die Despotenherrschaft anzukämpfen, die erstere, um selbst in ihrem Interesse zu herrschen, und das letztere, um sich den Weg zur Herrschaft, worin es jedoch keine Parteiinteressen mehr gibt, sondern alle Menschen, wie sie nur existieren, gleichberechtigt sein sollen, anzubahnen.

Sowie aber die Bourgeoisie in ihrem Rechte ist, gegen die Feudalregierung, den Adel, anzukämpfen und ihn dem Bürgertum zu unterwerfen, ebenso sind wir es, gegen die Bourgeoisie anzukämpfen und sie der allgemeinen Menschheit zu unterwerfen, denn an die Stelle des Geburts- den Geldadel setzen, hieße nur eine falsche Herrschaft wechseln, aber nicht aufheben.

Und dies, außer der feudalen, der absoluten Herrschaft, auch die der Bourgeoisie, des Geldes, zu stürzen, ist die große Aufgabe unserer Zeit, die so bald und so leicht noch nicht gelöst sein wird.

Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit (Köln),
30. November 1848.

33

Aus dem Brief des Königs Friedrich Wilhelm IV. von Preußen an Josias von Bunsen vom 13. Dezember 1848

Die Krone, die ein Hohenzoller nehmen dürfte, wenn die Umstände es möglich machen könnten, ist keine, die eine . . . in die revolutionäre Saat geschossene Versammlung macht, . . . sondern eine, die den Stempel Gottes trägt, die den, dem sie aufgesetzt wird nach der heiligen Ölung „von Gottes Gnaden" macht . . . Die aber, die Sie – leider meinen, verunehrt, überschwenglich, mit ihrem Ludergeruch der Revolution von 1848, der albernsten, dümmsten, schlechtesten –, wenn auch, gottlob, nicht bösesten dieses Jahrhunderts. Einen solchen imaginären Reif, aus Dreck und Letten gebacken, soll ein legitimer König von Gottes Gnaden und nun gar der König von Preußen sich geben lassen . . .?

Ich sage es Ihnen rund heraus: Soll die tausendjährige Krone deutscher Nation ... wieder einmal vergeben werden, so bin ich es und meinesgleichen, die sie vergeben werden. Und wehe dem, der sich anmaßt, was ihm nicht zukommt!

Leopold von Ranke:
Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen,
Leipzig 1873, S. 233, 234.

34

Programmvorschlag des Industriellen Zentralvereins des Wuppertals aus Elberfeld an das Zentralkomitee der Arbeiterverbrüderung vom 10. Januar 1849

1tens Die Verbrüderung aller industriellen Arbeiter Deutschlands ohne Ausnahme; durch das Zentralkomitee in Leipzig.

2tens Die spezielle Verbindung aller deutschen Fabrikindustriearbeiter durch eine besondere Abteilung, im genannten Zentralkomitee, um die unehrliche Konkurrenz, welche das Kapital auf Kosten der Arbeiter macht, zu vernichten und an dessen Stelle eine ehrliche, der Menschen Wohl und Würde entsprechende zu schaffen.

Motive

Weil der Fabrikindustriearbeiter ganz andere Mittel und Wege einzuschlagen hat, um seine so drückende Lage zu bessern als alle übrigen Handwerker, da er weniger Eigentümer seiner Arbeit ist.

3tens Sicherung der Erwerbssphäre jedes Standes, Verhinderung der ungerechten Übergriffe eines Standes in den anderen.

4tens Die Arbeit muß wieder Eigentum des Arbeiters werden, damit der Arbeiter seinen Schöpfer und nicht mehr den Arbeitübernehmer als seinen Brotherrn anzubeten hat.

Motive

Der Mensch muß ein Eigentum haben, wodurch er seine Existenz sichern kann, wenn er nicht Sklave des andern werden soll, wir sprechen daher billigerweise weder Kapital noch sonstige Güter, sondern die Arbeit als unser Eigentum an, was sie dem Wort nach schon ist wie dem Millionär seine Millionen.

5tens Zwischen Konsumenten und Produzenten soll kein dritter reich werden, wodurch aller Wucher beseitigt wird.

6tens Die Verwertung der Arbeit durch das richtige Gleichgewicht der Produktion im Vergleich der Konsumation.

7tens Schutz der Arbeit durch den Staat im Innern wie nach außen. Die mechanischen Werke sollen nicht im Interesse des einzelnen Kapitalisten,

sondern im Interesse der Gesamtheit verwendet werden, damit der Mensch zu seiner Bestimmung gelange und nicht wie jetzt zu mechanischem Werkzeug herabgewürdigt werde.

9tens Der Mensch ist Zweck, die Arbeit Mittel.

10tens Wir erkennen all und jede Wissenschaft als Gemeingut; die Mittel zur Erreichung derselben sollen jedem Glied des konstitutionellen Körpers auf Kosten desselben gegeben werden.

Motive

An einem guten konstitutionellen Körper müssen alle Glieder in möglichster Harmonie stehen.

11tens Auch macht es sich der Verein zur speziellen Aufgabe, in enger und inniger Verbindung sowohl mit gleichgesinnten Vereinen einzelner Provinzen in engere Verbindung zu treten, um so eine stete brüderliche Vereinbarung aller Arbeiter zu erstreben.

12tens Auch soll durch den Verein ein Arbeitsnachweisungs-Büro errichtet werden, um die deutsche Hand wo möglich durch unser eigenes Wirken zu beschäftigen.

13tens Wir werden nie aufhören auf gesetzlichem Wege zu streben und zu verlangen, bis wir unser ganzes Recht und unser gestecktes Ziel erreicht haben.

14tens Endlich die Vereinigung aller industriellen Völker zur Erreichung unseres großen Zweckes.

Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden,
Ministerium des Innern,
Nr. 11026a, Lage 24, Bl. 7b–8b.

35

Aus den Beschlüssen des Kongresses der südwestdeutschen Arbeitervereine in Heidelberg vom 28. und 29. Januar 1849

Der Kongreß faßte folgende Beschlüsse:

1. Die Einigung über ein soziales Glaubensbekenntnis wird dem nächsten allgemeinen Arbeiterkongreß vorbehalten.

2. Damit jedoch auch schon jetzt die Zersplitterung der Arbeiter vermieden werde, wurde vom Kongreß mit Einwilligung der betreffenden Komitees selbst beschlossen:

a) Die beiden bisher in Frankfurt und Leipzig bestandenen Zentralkomitees treten zu einem einzigen „Zentralkomitee für die deutschen Arbeiter" zusammen; dasselbe hat in Leipzig seinen Sitz, betreibt von dort aus die Organisation der Arbeiter und vertritt die Interessen derselben nach allen Seiten hin gemeinschaftlich.

b) Die in Leipzig vom Zentralkomitee herausgegebene Zeitschrift „Die Verbrüderung" wird zum Organ der auf dem Heidelberger Kongreß vertretenen Vereine bestimmt, jeder Verein übernimmt die Verpflichtung, diese Zeitschrift so viel als möglich zu unterstützen . . .

c) Die Vereinigung der Zentralkomitees wird außer durch die Beschlüsse des Heidelberger Kongresses, in „der Verbrüderung", sowie in anderen geeigneten Zeitschriften zur Veröffentlichung gebracht.

3. Die Gründung eines allgemeinen deutschen Arbeiterbundes wird beschlossen; weil jedoch die deutschen Arbeiter selbst zu einer provisorischen Organisation des Bundes nicht genugsam vertreten waren, und weil der Kongreß von den vereinigten Zentralkomitees überzeugt war, daß sie die Organisation des Bundes bis zum nächsten allgemeinen Kongreß aus allen Kräften betreiben würden, so hielt man es nicht für zweckdienlich, ein spezielles Organisationsstatut aufzustellen.

4. Für die Organisation der auf dem Kongreß vertretenen Bezirke werden folgende Bestimmungen angenommen:

§ 1. In jedem Orte treten die Arbeiter zu einem Arbeiterverein zusammen, in welchem die Arbeiter in regelmäßigen Versammlungen durch Vorträge und Diskussionen sowohl die allgemeine Bildung sich zu verschaffen suchen als auch besonders in politischer und sozialer Beziehung sich über ihre Stellung, ihre Forderungen und ihre Zukunft klarwerden.

An solchen Orten, wo die Arbeiter selbst es für zweckmäßig halten, treten die einzelnen Gewerke zu selbständigen Gliedern des Vereins zusammen, um ihre materiellen Interessen zu beraten und durch den allgemeinen Verein geltend zu machen.

§ 2. Über die Bedingungen der Mitgliedschaft, die Einrichtung des Vorstandes, die Verwaltung der Vereinsmittel usw. hat sich jeder Verein selbst Statuten zu geben.

Die Verbrüderung (Leipzig), 9. Februar 1849.
Max Quarck: Die Arbeiterverbrüderung 1848/49.
Erinnerungen an die Klassenkämpfe der ersten deutschen Revolution,
Frankfurt a.M., 1900, S. 72–74.

36

Aufruf des Magdeburger Zigarrenmachergewerks an alle Fabrikarbeiter, Handwerksgesellen, Tagelöhner und Dienstboten, Protest gegen den Wahlgesetzentwurf der Deutschen Nationalversammlung zu erheben, von Februar 1849

Aufruf

an alle Fabrikarbeiter, Handwerkergehilfen, Tagelöhner und Dienstboten

Der Gesetzentwurf über die Wahlen zur deutschen Volkskammer ist veröffentlicht und wird in den nächsten Tagen in der Frankfurter Nationalversammlung beraten werden.

Dieser Entwurf erklärt jeden 25jährigen selbständigen unbescholtenen Deutschen für berechtigt, zu wählen und gewählt zu werden.

Nur der eigentliche Lebensnerv des deutschen Volkes, die große Klasse der Arbeiter, ob sie ihre Arbeitskraft in den Fabriken eines Industriellen, in den Werkstätten eines Gewerbemeisters, auf dem Hofe oder den Feldern eines Grundbesitzers oder in einer einzelnen Haushaltung zum Nutzen der Genannten verwenden – sie alle sind unmündig, sind politisch rechtlos, gleich den Bankrotteurs, den Blödsinnigen und Verbrechern.

Ein solches Machwerk wagt man einer Deutschen Nationalversammlung vorzulegen, einer Versammlung, die wir berufen glaubten, die Rechte des deutschen Volkes, also auch die unsrigen, festzustellen; die wir gewählt haben, um für die Verbesserung unserer schwer gedrückten Lage etwas Bedeutendes zu leisten – einer Versammlung, die in ihren Grundrechten erklärt hat: alle Standesvorrechte sind aufgehoben!!

Ihr seid alle mit uns aufs tiefste entrüstet über diese dem ganzen Arbeiterstande angetane Schmach, uns zugefügt von einer Versammlung, die der Revolution ihre Existenz verdankt; um so tiefer entrüstet, da selbst das konterrevolutionäre Ministerium Brandenburg-Manteuffel den Märzverheißungen nicht so schnöde ins Gesicht zu schlagen wagte und doch wenigstens an dem allgemeinen Wahlrecht nicht rüttelte.

Die Deutsche Nationalversammlung hat uns zwar schon in vielen unserer gerechten Erwartungen bitter getäuscht, doch hoffen wir zuversichtlich, daß sie einen so schmachvollen Gesetzentwurf, wie er aus der Kommission hervorgegangen ist, nicht zum Gesetz erheben wird, wenn wir, die ungeheure Mehrzahl der deutschen Nation, durch unzählige Proteste aus allen Teilen Deutschlands ihr zeigen, wie tief uns die bloße Vorlegung eines solchen Gesetzes empört hat.

Auf, deutsche Arbeiter, sendet Adressen über Adressen an diejenigen Vertreter, von denen Ihr wißt, daß sie stets die Rechte des deutschen Volkes geschützt haben, um gegen dies schmachvolle Gesetz mit allen Kräften zu protestieren!

Der deutsche Arbeiter kann und will die Hoffnung nicht aufgeben, auf dem Wege der Reform seine Forderungen durchgesetzt zu sehen; er ist sich bewußt, fähig zu sein, an den Arbeiten für die Wohlfahrt aller Klassen des Volkes mitzuwirken. Nie und nimmer läßt er sich die teuerste Errungenschaft der Märzrevolution, das allgemeine Wahlrecht, rauben. Will die Gesellschaft ihm das wichtigste aller staatsbürgerlichen Rechte entziehen, will sie ihn zur politischen Willenlosigkeit verdammen, so macht sie ihn aus ihrem wärmsten Freunde zu ihrem ergrimmtesten Feinde.

Im Namen des Zigarrenmachergewerks.

Der Vorstand der Zigarrenmacher:
Meier K. Reiche F. Lieber Schaaf Esche

Neue Rheinische Zeitung (Köln),
19. Februar 1849.

37

Aus der Verfassung des Deutschen Reiches, beschlossen am 28. März 1849 von der Frankfurter Nationalversammlung

§ 1.

Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiet des bisherigen deutschen Bundes ...

§ 5.

Die einzelnen deutschen Staaten behalten ihre Selbständigkeit, soweit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ist; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, soweit diese nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind.

§ 6.

Die Reichsgewalt ausschließlich übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen Staaten aus.

Die Reichsgewalt stellt die Reichsgesandten und die Konsuln an. Sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Handels- und Schiffahrtsverträge sowie die Auslieferungsverträge ab. Sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an.

§ 10.

Der Reichsgewalt ausschließlich steht das Recht des Krieges und Friedens zu.

§ 33.

Das deutsche Reich soll ein Zoll- und Handelsgebiet bilden, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze mit Wegfall aller Binnengrenzzölle ...

§ 38.

Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung über den Handel und die Schiffahrt und überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Reichsgesetze.

§ 39.

Der Reichsgewalt steht es zu, über das Gewerbewesen Reichsgesetze zu erlassen und die Ausführung derselben zu überwachen.

§ 58.

Der Reichsgewalt steht es zu, über das Heimatrecht Reichsgesetze zu erlassen und die Ausführung derselben zu überwachen.

§ 68.

Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen.

§ 69.

Diese Würde ist erblich im Hause des Fürsten, dem sie übertragen worden. Sie vererbt im Mannesstamme nach dem Rechte der Erstgeburt.

§ 70.

Das Reichsoberhaupt führt den Titel: Kaiser der Deutschen.

§ 73.

Die Person des Kaisers ist unverletzlich.

Der Kaiser übt die ihm übertragene Gewalt durch verantwortliche, von ihm ernannte Minister aus.

§ 76.

Der Kaiser erklärt Krieg und schließt Frieden.

§ 77.

Der Kaiser schließt die Bündnisse und Verträge mit den auswärtigen Mächten ab, und zwar unter Mitwirkung des Reichstags, insoweit diese in der Verfassung vorbehalten ist.

§ 79.

Der Kaiser beruft und schließt den Reichstag; er hat das Recht, das Volkshaus aufzulösen.

§ 83.

Der Kaiser hat die Verfügung über die bewaffnete Macht.

§ 84.

Überhaupt hat der Kaiser die Regierungsgewalt in allen Angelegenheiten des Reiches nach Maßgabe der Reichsverfassung. Ihm als Träger dieser Gewalt stehen diejenigen Rechte und Befugnisse zu, welche in der Reichsverfassung der Reichsgewalt beigelegt und dem Reichstage nicht zugewiesen sind.

§ 85.

Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Staatenhause und dem Volkshause.

§ 86.

Das Staatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der deutschen Staaten.

§ 88.

Die Mitglieder des Staatenhauses werden zur Hälfte durch die Regierung und zur Hälfte durch die Volksvertretung der betreffenden Staaten ernannt . . .

§ 93.

Das Volkshaus besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes.

§ 115.

Weder Überbringer von Bittschriften noch überhaupt Deputationen sollen in den Häusern zugelassen werden.

§ 125.

Die dem Reiche zustehende Gerichtsbarkeit wird durch ein Reichsgericht ausgeübt.

§ 131.

Das deutsche Volk besteht aus den Angehörigen der Staaten, welche das deutsche Reich bilden.

§ 137.

Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände. Der Adel als Stand ist aufgehoben.

Alle Standesvorrechte sind abgeschafft.

Die Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.

Alle Titel, insoweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind auf- aufgehoben und dürfen nie wieder eingeführt werden.

Kein Staatsangehöriger darf von einem auswärtigen Staate einen Orden annehmen.

Die öffentlichen Ämter sind für alle Befähigten gleich zugänglich.

Die Wehrpflicht ist für alle gleich; Stellvertretung bei derselben findet nicht statt.

§ 138.

Die Freiheit der Person ist unverletzlich . . .

§ 140.

Die Wohnung ist unverletzlich . . .

§ 142.

Das Briefgeheimnis ist gewährleistet . . .

§ 143.

Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern . . .

§ 144.

Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit . . .

§ 152.

Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

§ 161.

Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubnis dazu bedarf es nicht.

Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden.

§ 162.

Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregel beschränkt werden.

§ 164.

Das Eigentum ist unverletzlich.

Eine Enteignung kann nur aus Rücksichten des gemeinen Besten, nur auf Grund eines Gesetzes und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden . . .

§ 166.

Jeder Untertänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf.

§ 190.

Bei jedem Regierungswechsel tritt der Reichstag, falls er nicht schon versammelt ist, ohne Berufung zusammen, in der Art, wie er das letzte Mal zusammengesetzt war. Der Kaiser, welcher die Regierung antritt, leistet vor den zu einer Sitzung vereinigten beiden Häusern des Reichstages einen Eid auf die Reichsverfassung . . .

§ 197.

Im Falle des Kriegs oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Haussuchung und Versammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweise außer Kraft gesetzt werden . . .

Quellen und Aktenstücke zur deutschen Verfassungsgeschichte,
Berlin 1850, S. 124–152.

38

Beschlüsse der Generalversammlung des Kölner Arbeitervereins vom 16. April 1849

Die Versammlung beschließt einstimmig:

1. Aus dem Verbande der demokratischen Vereine Deutschlands auszutreten und sich dagegen dem Verband der deutschen Arbeitervereine, deren Zentralausschuß sich in Leipzig befindet, anzuschließen.

2. Ihr Komitee zu beauftragen, zum Zwecke der engern Verbindung der rein sozialen Partei, vor Stattfinden des allgemeinen Arbeiterkongresses in Leipzig, in Köln einen Provinzialkongreß der sämtlichen Arbeitervereine Rheinlands und Westfalens zu berufen.

3. Den demnächst in Leipzig stattfindenden Kongreß der Arbeitervereine Deutschlands zu beschicken.

Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit
(Köln), 22. April 1849.
Karl Marx/Friedrich Engels: Werke,
Bd. 6, Berlin 1961, S. 584.

39

Einberufung eines rheinisch-westfälischen Arbeiterkongresses vom 24. April 1849

Aus dem Kreisausschuß der demokratischen Vereine der Rheinprovinz sind kürzlich eine Anzahl Mitglieder ausgeschieden, und der hiesige Arbeiterverein hat gleichzeitig seinen Austritt aus dem Verbande der rheinisch-demokratischen Vereine erklärt. Dieser Schritt ist durch die Überzeugung veranlaßt worden, daß bei den verschiedenartigen Elementen in gedachten Vereinen für die Interessen der arbeitenden Klasse oder der großen Masse des Volks wenig Ersprießliches von daher zu erwarten steht.

Desto dringender erscheint ein festes Aneinanderschließen der gleichartigen Elemente, ein kräftiges Zusammenwirken aller Arbeitervereine.

Zu diesem Zwecke hat der hiesige Arbeiterverein als erste Maßregel die Niedersetzung eines provisorischen Ausschusses für sämtliche Arbeitervereine der Rheinprovinz und Westfalens für notwendig erachtet und zu Mitgliedern desselben die Unterzeichneten mit dem Auftrage ernannt, die zur Erreichung obigen Zwecks erforderlichen Schritte zu veranlassen.

Der provisorische Ausschuß ladet nun sämtliche Arbeiter- und alle andern Vereine, die, ohne bisher diesen Namen zu führen, doch *den Grundsätzen der sozialen Demokratie mit Entschiedenheit anhängen,* zur Beschickung eines Provinzialkongresses auf den ersten Sonntag im nächsten Monat (*6. Mai*) hiermit ein.

Gegenstände der Tagesordnung werden sein:

1. Organisation der rheinisch-westfälischen Arbeitervereine;

2. Wahl von Deputierten für den im Monat Juni zu Leipzig stattfindenden allgemeinen Kongreß sämtlicher deutschen Arbeitervereine;

3. Erörterung und Feststellung der den Deputierten für den Kongreß in Leipzig mitzugebenden Anträge.

Die zum hiesigen Vorkongreß erwählten Deputierten werden ersucht, sich mit ihren Vollmachten versehen spätestens am 6. Mai, vormittags 10 Uhr, hier bei *Simons* im Kranz am Altenmarkt zu melden.

Köln, den 24. April 1849

K. Marx (abwesend) W. Wolff K. Schapper F. Anneke
C. J. Esser Otto

NB. Briefliche Mitteilungen werden erbeten unter der Adresse Karl Schapper, Präsident des Arbeitervereins, Unter Hutmacher Nr. 17.

Neue Rheinische Zeitung (Köln),
26. April 1849.
Karl Marx/Friedrich Engels: Werke,
Bd. 6, S. 587–588.

40

Aus dem Brief König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen an Josias von Bunsen vom 7. Mai 1849

Wäre es der Paulskirchlichen Majorität wirklich um die Sache zu tun gewesen, so gebot der gesunde Menschenverstand so gut als ein Quentchen Rechtsgefühl und ein Lötchen Glauben an die Ehrlichkeit meiner offiziellen Äußerungen diesen Patrioten, zuvor die Zustimmung der rechtmäßigen Obrigkeiten ... einzuholen. Ich frage warum nicht? ... Weil diese Patrioten (!) die Revolution, die Souveränität deutscher Nation unwiderruflich dadurch befestigen wollten, daß sie dem Narren, dem Preußenkönig ein Hundehalsband umschnallten, das ihn unauflöslich an die Volkssouveränität fesselte, der Revolution von 48 leibeigen macht! Das, teuerster Freund, ist des Pudels Kern; ... Daher rührt mein Bescheid an die, gradezu inqualifiable Deputation der Paulskirche. Des Bescheides Sinn ist: „Ich kann Euch weder ja noch nein antworten. Man nimmt nur an und schlägt nur aus eine Sache, die geboten werden kann – und Ihr da, habt gar nichts zu bieten: das mach' ich mit meinesgleichen ab; jedoch zum Abschied die Wahrheit: Gegen Demokraten helfen nur Soldaten; Adieu!"

Leopold von Ranke: Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen,
Leipzig 1873, S. 271/272.

41

Aus dem Artikel des Mitglieds des Zentralkomitees der Arbeiterverbrüderung Franz Schweniger „Sollen die Arbeiter Partei ergreifen in dem Kampfe um die Durchführung der Reichsverfassung?" vom 22. Mai 1849

Wenn wir nicht hier und da von Leuten, welchen die Arbeiter zu viel Vertrauen schenken, die Meinung aussprechen hörten, der gegenwärtige Kampf um Durchführung der Reichsverfassung interessiere die Arbeiter nicht, es könne ihnen gleichgültig sein, ob Deutschland eine oktroyierte Fürstenverfassung oder die Verfassung der Nationalversammlung erhalte, die Arbeiter hätten andere „Zwecke" und „Interessen" usw., wir würden uns nicht die Mühe geben, zu beweisen, daß die Arbeiter Partei ergreifen müssen, und zwar Partei für die Reichsverfassung. Wir würden es dem gesunden Sinne der Arbeiter selbst überlassen, sich ihre Stellung unter den kämpfenden Parteien der Gegenwart zu suchen, und wir zweifeln nicht daran, daß wir sie an dem rechten Platze finden würden. Es kann den Arbeitern nicht genug gesagt werden, daß sie sich vor den politischen Schuften in acht nehmen mögen, die ihnen immer Enthaltsamkeit von politischen Bestrebungen vorpredigen, daß sie sich nicht in die fixe Idee hineinverrennen, als könnten sie abgetrennt von der gewaltigen allgemeinen Bewegung und Umwälzung der Gegenwart Sonderzwecke in stiller Besprechung und Beratung verfolgen. Diejenigen, welche ihnen dieses faule Evangelium der Parteilosigkeit predigen, seid entweder gutmütige Dummköpfe, denen die Arbeiterklasse ihre Erlösung niemals zu verdanken haben wird, oder von den Regierungen bezahlte Schufte, die für Geld jetzt die besondere Mission übernehmen, in den Provinzen umherzureisen und die Arbeiter in diesem Sinne zu bearbeiten suchen . . .

Die konterrevolutionären Ministerien wollen mit der Gewalt der Waffen das bißchen deutsche Freiheit vollends totschlagen und damit auch die Arbeiter ab und zur Ruhe verweisen. Der alte Polizeistaat: Ordre Parieren, nicht Gemuckst! soll wieder aus dem Grabe geholt werden, denn darin läßt es sich bequemer regieren, weil der dumme „Pöbel" kein Wort drein zu reden hat. Weil die Kompagnie Manteuffel und Geistesverwandte aber die kräftigen Fäuste der Arbeiter fürchten, so werfen sie ihm einen Brocken Versprechungen hin, um sie zu beruhigen, wie man einem an der Kette liegenden Hunde ein Stück Brot hinwirft, damit er nicht knurrt. Es fällt ihnen natürlich nicht ein, ihre Versprechungen zu halten, sobald die Grabesruhe des Polizeistaates wieder da ist, sobald das ganze Land in Belagerungszustand versetzt ist. Die Arbeiter sind solche Tölpel nicht, daß sie das Gaukelspiel nicht durchschauen könnten und die Freiheit für einen Löffel Suppe dahingäben.

In der Reichsverfassung, dem Werke der von der ganzen Nation erwählten Nationalversammlung, schützt das Volk nur seine eigene Souveränität, das Recht, seine politischen Zustände selbst zu ordnen, wie es will, nicht wie 34 Fürstenfamilien es wollen. Läßt sich das Volk diese letzte „Errungenschaft" seiner vorjährigen Revolution rauben, so versinkt es in die alte Sklaverei und Barbarei zurück und tritt sich selbst mit Füßen. Wenn auch den entschiedenen Demokraten die Reichsverfassung noch nicht demokratisch genug ist, weil sie den Interessen der Aristokratie, der Fürsten usw. eine ungebührliche Geltung gibt, den Interessen von feudalen Ständen und Klassen gegenüber den Interessen der ungeheuren Majorität des Volkes, ferner weil sie das Zweikammersystem enthält (der Erbkaiser ist selbstredend jetzt weggefallen), so ist sie der fürstlichen Reaktion, der Aristokratie schon zu demokratisch, weil sie im Volkshause mit dem liberalen Wahlgesetz das Volk wirklich wenigstens zur Vertretung gelangen läßt. Die Junker, Krippenreiter, wollen aber allein regieren, und sie befürchten, daß ihnen die demokratische Majorität des Volkshauses allmählich alle süßen Privilegien verschneiden, ja den ganzen Fürstenglauben wegfegen und die Republik einführen könnte!

Die Verbrüderung (Leipzig), 22. Mai 1849.

42

Aus dem Brief des Arbeitervereins zu Nürnberg an das Zentralkomitee der Arbeiterverbrüderung vom 22. Juni 1849

Nürnberg, den 22. Juni 1849

Zentralkomitee der deutschen Arbeiter!

Brüder!

Bereits schon vor mehreren Wochen wollten wir Euch über das Wirken unseres Vereins Bericht erstatten, sahen uns jedoch durch die plötzlich eingetretenen traurigen Ereignisse in Sachsen veranlaßt, die Korrespondenz vorläufig aufzuschieben . . .

Unser Verein, der vor dem Kongreß kaum 60 Mitglieder zählte, ist bereits auf nahe an 300 angewachsen und erhält bei jeder Versammlung weiteren Zuwachs. – Vor einigen Wochen haben wir in hiesigen Blättern einen Aufruf an alle Arbeiter Frankens ergehen lassen, Arbeiter- u. Bauernvereine zu gründen, und Exemplare nach allen Städten und Märkten unseres Bezirks Mittelfranken gesendet, haben auch an mehreren Orten durch persönliches Erscheinen einiger unserer Mitglieder (was uns ziemliche Kosten verursachte), bereits die Gründung von Zweigvereinen bewirkt, nämlich zu Fürth, Schwabach, Weißenburg, Farrnbach; so wie

ferner in Dinkelsbühl, Rothenburg o. d. T., Markt Bürgel die Einleitung zur Gründung getroffen. – Die Zahl der Mitglieder in Mittelfranken beträgt zur Zeit zirka 600 . . .

Die Entwicklung nimmt bei uns einen schönen, aber ziemlich langsamen Fortgang. Wir sind gegenwärtig im Begriff, ein Lesezimmer zu errichten und haben schon ziemliche Unterstützungen an Büchern, Zeitschriften pp. 100 erhalten.

Ein Teil unserer Mitglieder wollte sich zu einem bewaffneten Korps organisieren; es wurde dies jedoch von seiten der Behörden verboten. Die Bewaffnung geht nun mittels Sensen vor sich. – Ein großer Teil der hiesigen Arbeiter wäre entschieden, den Kampf aufzunehmen, allein die Mehrzahl der hiesigen Bürger besteht aus Bourgeois und Spießbürgern und Philistern, die den Mantel nach dem Wind hängen und die Arbeiter ebenso verraten würden wie jene zu Dresden. Die Bourgeois sind und bleiben sich überall gleich, und solange die Zahl unserer deutschen Philister noch so groß ist, bleibt, wenn nicht außerordentliche Ereignisse eintreten, vorderhand unsern Freiheitsmännern wenig Hoffnung zum Sieg, denn unter solchen Umständen ist es unmöglich zu siegen, und die endliche Erlösung Deutschlands vom Fürstenjoche scheint sich auf geraume Zeit wieder hinauszuschieben. Wir wollen jedoch nicht verzagen, sondern mutig ausharren und lieber das Leben opfern als die Freiheit.

Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden,
Ministerium des Innern, Nr. 11026a,
Lage 60, Bl. 12/13.

43

Bekanntgabe der Erschießung von Teilnehmern an der Reichsverfassungskampagne im Juli und August 1849

Zur Warnung! Johann Ludwig Maximilian Dortu aus Potsdam, ehemal. kgl. preußischer Auskultator und Unteroffizier im 24. Landwehr-Regiment, hatte sich aus Anlaß der im Mai d. J. stattgefundenen Staatsumwälzung in dieses Land begeben und war nach dem Einrücken der kgl. preußischen Armee den Truppen seines eigenen rechtsmäßigen Land- und Kriegsherrn, seinen eigenen Waffenbrüdern und Landsleuten mit den Waffen in der Hand feindselig gegenübergetreten. Derselbe wurde daher am 11. Juli wegen Kriegsverrats hierselbst vor ein Kriegsgericht gestellt. Das von diesem wider ihn erlassene Erkenntnis ist am gestrigen Tage von mir dahin bestätigt worden, daß der Angeschuldigte wegen Kriegsverrats, unter Degradation zum Gemeinen, Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und dem Verluste der Nationalkokarde, mit dem Tode durch Er-

schießen zu bestrafen. Dies rechtskräftige Urteil ist heute morgen um 4 Uhr an dem Angeschuldigten in der Nähe des Kirchhofes von Wiehre vollzogen worden, was hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Hauptquartier Freiburg, 31. Juli 1849

Der kommandierende General
des ersten Armeekorps
der kgl. preuß. Operationsarmee
am Rhein:
v. Hirschfeldt

Karl Höfer, gebürtig aus Bremen, Amts Gerlachsheim, Volksschullehrer in Altneudorf, beteiligte sich freiwillig als Hauptmann des ersten Aufgebots Altneudorfs, Heddesbachs, Brombachs und der umliegenden Orte bei dem letzten Aufstande. Insbesondere führte er dieses Aufgebot in Verbindung mit Freischaren am Abend des 21. Juni auf dem Heiligenberg (bei Heidelberg) gegen kgl. preußische Truppen, suchte dasselbe, als es bei der näher rückenden Gefahr sich zurückziehen wollte, durch eine Rede zum Vorrücken anzufeuern, zwang es durch Freischaren, welche er mit dem Befehle, die Weichenden niederzuschießen, in seinen Rücken stellte, zum Kampfe und lieferte den erwähnten Truppen ein Gefecht, in welchem zwei Mann seines Aufgebots verwundet wurden und ein Mann desselben getötet. Karl Höfer wurde daher nach öffentlich und mündlich gepflogener Verhandlung durch Urteil des Standgerichts vom Gestrigen des Widerstandes gegen die bewaffnete Macht sowie der Aufforderung hierzu für schuldig erklärt und deshalb zum Tode mittels Erschießens verurteilt. Dies Urteil wurde am nämlichen Tage, abends $7^3/_4$ Uhr, vollzogen.

Mannheim, den 17. August 1849

Im Namen der Untersuchungskommission
des Standgerichts: v. Hillern

Wilhelm Blos: Die deutsche Revolution,
Geschichte der deutschen Bewegung von 1848 und 1849,
Stuttgart 1893, S. 665/666.

44

Aus der Verfassungsurkunde des Preußischen Staates vom 31. Januar 1850

Art. 1. Alle Landesteile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preußische Staatsgebiet.

Art. 4. Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Standesvorrechte finden nicht statt ...

Art. 5. Die persönliche Freiheit ist gewährleistet ...

Art. 9. Das Eigentum ist unverletzlich ...

Art. 20. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

Art. 27. Jeder Preuße hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern.

Die Zensur darf nicht eingeführt werden; jede andere Beschränkung der Pressefreiheit nur im Wege der Gesetzgebung.

Art. 30. Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen ...

Politische Vereine können Beschränkungen und vorübergehenden Verboten im Wege der Gesetzgebung unterworfen werden.

Art. 36. Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze nur in den vom Gesetze bestimmten Fällen und Formen und auf Requisition der Zivilbehörde verwendet werden. In letzterer Beziehung hat das Gesetz die Ausnahmen zu bestimmen.

Art. 43. Die Person des Königs ist unverletzlich.

Art. 44. Die Minister des Königs sind verantwortlich ...

Art. 45. Dem Könige allein steht die vollziehende Gewalt zu. Er ernennt und entläßt die Minister. Er befiehlt die Verkündigung der Gesetze und erläßt die zu deren Ausführung nötigen Verordnungen.

Art. 46. Der König führt den Oberbefehl über das Heer.

Art. 62. Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt.

Die Übereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich ...

Art. 71. Auf jede Vollzahl von zweihundertundfünfzig Seelen der Bevölkerung ist ein Wahlmann zu wählen. Die Urwähler werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staatssteuern in drei Abteilungen geteilt, und zwar in der Art, daß auf jede Abteilung ein Dritteil der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler fällt.

Die Gesamtsumme wird berechnet:

a) gemeindeweise, falls die Gemeinde einen Urwahlbezirk für sich bildet;

b) bezirksweise, falls der Urwahlbezirk aus mehreren Gemeinden zusammengesetzt ist.

Die erste Abteilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die höchsten Steuerbeträge bis zum Belaufe eines Dritteils der Gesamtsteuer fallen.

Die zweite Abteilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die nächst niedrigeren Steuerbeträge bis zur Grenze des zweiten Dritteils fallen.

Die dritte Abteilung besteht aus den am niedrigsten besteuerten Urwählern, auf welche das dritte Dritteil fällt.

Jede Abteilung wählt besonders, und zwar ein Dritteil der zu wählenden Wahlmänner ...

Art. 108. Die Mitglieder der beiden Kammern und alle Staatsbeamten leisten dem Könige den Eid der Treue und des Gehorsams und beschwören die gewissenhafte Beobachtung der Verfassung.

Eine Vereidigung des Heeres auf die Verfassung findet nicht statt.

Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten,
Nr. 3, Berlin 1850, S. 17–21, 23, 25, 27, 34.

45

Aus dem Protokoll der Sitzung der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten vom 15. September 1850

Gegenwärtig: Marx, Engels, Schramm, Pfänder, Bauer, Eccarius, Schapper, Willich, Lehmann.

Fränkel ist entschuldigt ...

Marx: ... Ich stelle folgenden, in drei Artikel zerfallenden Antrag:

1. Die Zentralbehörde ist von London nach Köln verlegt und geht auf die dortige Kreisbehörde über, sobald die heutige Sitzung der Zentralbehörde geschlossen ist. Dieser Beschluß wird den Bundesmitgliedern in Paris, Belgien und der Schweiz mitgeteilt. Nach Deutschland wird die neue Zentralbehörde ihn selbst anzeigen.

Motive: Ich war gegen Schappers Antrag für eine allgemeine deutsche Kreisbehörde in Köln, um die Einheit der Zentralgewalt nicht zu stören. Dies fällt in unserm Antrag weg. Dazu kommt eine Reihe neuer Gründe. Die Minorität der Zentralbehörde ist in offener Rebellion gegen die Majorität sowohl bei dem Tadelsvotum letzter Sitzung wie bei der jetzt vom Kreis berufenen Generalversammlung, wie im Verein und bei den Flüchtlingen. Daher ist die Zentralbehörde hier unmöglich. Die Einheit der Z. B. kann nicht mehr beibehalten werden, sie müßte sich spalten und zwei Bünde würden gemacht. Da aber das Interesse der Partei vorgeht, so schlage ich diesen Ausweg vor.

2. Die bisherigen Statuten des Bundes sind aufgehoben. Es wird der neuen Zentralbehörde aufgegeben, neue Statuten zu machen ...

3. Es werden in London zwei Kreise gebildet, die in absolut keiner Beziehung zueinander stehen und nur das Band haben, daß sie im Bund sind und mit derselben Zentralbehörde korrespondieren.

Motive: Grade wegen der Einheit des Bundes ist es nötig, daß hier

zwei Kreise gegründet werden. Außer den persönlichen Gegensätzen sind auch prinzipielle Gegensätze sogar in der Gesellschaft hervorgetreten. Grade in der letzten Debatte über die Frage „die Stellung des deutschen Proletariats in der nächsten Revolution" sind von Mitgliedern der Minorität der Z. B. Ansichten ausgesprochen, die direkt dem vorletzten Rundschreiben, sogar dem „Manifest" widersprechen. An die Stelle der universellen Anschauung des „Manifestes" ist die deutsche nationale getreten und dem Nationalgefühl der deutschen Handwerker geschmeichelt. Statt der materialistischen Anschauung des „Manifestes" ist die idealistische hervorgehoben worden. Statt der wirklichen Verhältnisse der Wille als Hauptsache in der Revolution hervorgehoben worden. Während wir den Arbeitern sagen: Ihr habt 15, 20, 50 Jahre Bürgerkrieg durchzumachen, um die Verhältnisse zu ändern, um euch selbst zur Herrschaft zu befähigen, ist statt dessen gesagt worden: Wir müssen gleich zur Herrschaft kommen, oder wir können uns schlafen legen. Wie von den Demokraten das Wort „Volk", ist jetzt das Wort „Proletariat" als bloße Phrase gebraucht worden. Um diese Phrase durchzuführen, müßte man alle Kleinbürger als Proletarier erklären, also de facto die Kleinbürger und nicht die Proletarier vertreten. An die Stelle der wirklichen revolutionären Entwicklung müßte man die Phrase der Revolution setzen. Diese Debatte hat endlich bewiesen, welche prinzipiellen Differenzen den Hintergrund der persönlichen Streitigkeiten bildeten, und jetzt ist es Zeit einzuschreiten. Grade diese Gegensätze sind als Kampfparole der zwei Fraktionen genommen worden, und von verschiedenen Bundesmitgliedern sind die Verteidiger des „Manifestes" als Reaktionäre bezeichnet worden, und man hat sie hierdurch unpopulär zu machen gesucht, was ihnen aber völlig gleichgültig ist, da sie keine Popularität suchen. Die Majorität hätte hiernach das Recht, den Kreis London aufzulösen und die Mitglieder der Minorität als mit den Prinzipien des Bundes im Widerspruch auszustoßen. Ich stelle diesen Antrag nicht, weil es nutzlosen Krakeel herbeiführen würde und weil diese Leute ihrer Überzeugung nach doch Kommunisten sind, obwohl die jetzt von ihnen ausgesprochenen Ansichten antikommunistisch sind und höchstens sozialdemokratische genannt werden können ...

Schapper: ... Was die prinzipiellen Spaltungen anbetrifft, so hat Eccarius die Frage vorgeschlagen, die Anlaß zu dieser Debatte gab. Ich habe die hier angefochtene Ansicht ausgesprochen, weil ich überhaupt in dieser Sache enthusiastisch bin. Es handelt sich darum, ob wir im Anfang selbst köpfen oder geköpft werden. In Frankreich werden die Arbeiter drankommen und damit wir in Deutschland. Wäre das nicht der Fall, so würde ich mich allerdings schlafen legen, und dann könnte ich eine andere materielle Stellung haben. Kommen wir dran, so können wir solche Maß-

regeln ergreifen, welche dem Proletariat die Herrschaft sichern. Ich bin fanatisch für diese Ansicht. Die Zentralbehörde aber hat das Gegenteil gewollt. Wollt ihr aber nichts mehr mit uns zu tun haben, gut – so trennen wir uns jetzt. Ich werde in der nächsten Revolution gewiß guillotiniert, aber ich werde nach Deutschland gehen. Wollt ihr aber 2 Kreise bilden, gut – dann hört aber der Bund auf, und dann treffen wir uns in Deutschland wieder, und vielleicht können wir dann wieder zusammengehen. Ich bin ein persönlicher Freund von Marx, aber wollt ihr die Trennung, gut, so gehen wir allein und ihr geht allein. Dann sollen aber 2 Bünde gegründet werden ...

Marx: ... Was den Enthusiasmus angeht, gehört wenig Enthusiasmus dazu, zu einer Partei zu gehören, von der man glaubt, sie käme an die Regierung. Ich habe stets der momentanen Meinung des Proletariats getrotzt. Wir devouieren uns einer Partei, die zu ihrem Besten grade noch nicht zur Herrschaft kommen kann. Das Proletariat, käme es zur Herrschaft, würde nicht direkt proletarische, sondern kleinbürgerliche Maßregeln ergreifen. Unsere Partei kann erst zur Regierung kommen, wenn die Verhältnisse es erlauben, ihre Ansicht durchzuführen ... Übrigens, warum spricht sich keiner der übrigen Mitglieder der Minorität, namentlich der Bürger Willich, aus, die damals alle einstimmig das Rundschreiben gebilligt haben. Den Bund können wir nicht trennen und wollen wir nicht trennen, sondern bloß den Kreis London in 2 Kreise trennen.

Eccarius: Ich habe die Frage gestellt und habe die Absicht allerdings gehabt, die Sache zur Sprache zu bringen. Was die Schappersche Auffassung angeht, so habe ich in der Gesellschaft entwickelt, warum ich sie für eine Illusion halte und warum ich nicht glaube, daß unsere Partei sogleich bei der nächsten Revol[ution] zur Herrschaft kommen kann. Unsere Partei ist dann in den Klubs wichtiger als in der Regierung.

Der Bürger Lehmann entfernt sich, ohne ein Wort zu sagen. Desgleichen der Bürger Willich.

Art. 1 angenommen von allen. Schapper stimmt nicht.

Art. 2 angenommen von allen. Schapper desgleichen.

Art. 3 angenommen desgl. Schapper desgl.

Schapper erklärt seinen Protest gegen uns alle. Wir sind jetzt vollkommen getrennt. Ich habe meine Bekannte und Freunde in Köln, die mir mehr folgen als euch.

Marx: Wir haben unsere Sache statutengemäß abgemacht, und die Beschlüsse der Z. B. haben Gültigkeit.

Nach Verlesung des Protokolls erklären Marx und Schapper, daß sie nicht nach Köln in dieser Angelegenheit geschrieben haben.

Schapper wird gefragt, ob er etwas gegen das Protokoll einzuwenden

habe. Er erklärt, daß er nichts einzuwenden habe, da er jeden Einwand für unnötig hält.

Eccarius trägt an, daß das Protokoll von allen unterzeichnet werde. Angenommen. Schapper erklärt, daß er es nicht unterschreiben werde.

So geschehen London, den 15. September 1850

Vorgelesen, genehmigt u. unterschrieben

gez. *K. Marx*, Präsident der Zentralbehörde — gez. *K. Schramm*
gez. *F. Engels*, Sekretär — gez. *J. G. Eccarius*
gez. *Henry Bauer* — gez. *K. Pfänder*

Karl Marx/Friedrich Engels: Werke,
Bd. 8, Berlin 1960, S. 597–601.

46

Brief der Kölner Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten an die Mehrheit der bisherigen Londoner Zentralbehörde vom 5. Oktober 1850

Die Kölner Zentralbehörde an die Majorität der ehemaligen Londoner Zentralbehörde, zu Händen des Bürgers Eccarius

Brüder!

Der Kreis Köln hat, nachdem er das Protokoll der ehemaligen Zentralbehörde vom 15. September erhalten, nicht eher einen Beschluß fassen wollen, als bis er den Bericht des Bürgers Eccarius erhalten hatte. Fast gleichzeitig mit diesem Bericht, welcher am 27. Sept. dem Kreise Köln zuging, kam ein Abgesandter von London an, welcher ein Schreiben des Kreises London und der Minorität der ehemaligen Zentralbehörde überbrachte. Gestützt auf diese drei Aktenstücke hat darauf der Kreis Köln in seiner Sitzung v. 29. Sept. beschlossen:

1. Die Beschlüsse der Londoner Zentralbehörde, wie sie das Protokoll vom 15. Sept. enthält, sind angenommen.

2. Der Kölner Kreisbehörde wird aufgegeben, sich sofort als Zentralbehörde zu konstituieren und alle im Interesse des Bundes erforderlichen Maßregeln zu ergreifen.

Infolgedessen wurden in der Kreissitzung v. 30. Sept. die Unterzeichneten zu Mitgliedern der neuen Zentralbehörde gewählt.

Brüder! Indem wir Euch von unserer Konstituierung hiermit Anzeige machen, benachrichtigen wir Euch, daß wir in unsrer ersten Sitzung folgende Beschlüsse gefaßt haben:

1. Die Beschlüsse des Kreises London, welche lauten:

a) Die bisherigen Mitglieder der Zentralbehörde sind ihrer Funktion enthoben.

b) Die Bürger Marx, Engels, Schramm, Wolff, Seiler, Liebknecht, Pieper, Pfänder, Eccarius sind aus dem Bunde ausgeschlossen.

c) Bis zur Ordnung der Bundesangelegenheiten auf dem am 20. Oktober d. J. stattfindenden Kongreß werden mit der obersten Leitung des Bundes beauftragt: Schärttner aus Hanau, Dietz aus Wiesbaden, Gebert, Willich, Schapper, Fränkel und Lehmann – sind annuliert.

2. Der Kreis London ist aufgelöst.

3. Der Bürger Eccarius ist beauftragt, in London einen zweiten Kreis zu bilden, welcher mit dem andern, mit dessen Bildung der Bürger Schapper beauftragt ist, in keiner Verbindung steht und nur mit der Kölner Zentralbehörde korrespondiert.

4. Der von der ehemaligen Londoner Zentralbehörde beschlossene, auf den 20. Oktober d. J. nach London berufne Bundeskongreß ist widerrufen und auf unbestimmte Zeit vertagt.

5. Für die neu zu bildenden Kreise bleiben einstweilen die Statuten in Kraft, welche bisher in dem Kreise London gegolten haben. Der Entwurf eines neuen Statuts, mit welchem wir uns sofort beschäftigen werden, wird allen Kreisen des Bundes zur vorläufigen Begutachtung mitgeteilt.

6. Der Bürger Eccarius ist aufgefordert, über die Bildung des neuen Kreises sobald als möglich zu berichten.

Köln, den 5. Oktober 1850

P. G. Roeser, Präsident der Zentralbehörde
H. Bürgers, Sekretär
C. W. Otto, Kassierer

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv.

47

Zeitungsbericht über das Urteil im Kölner Kommunistenprozeß, verkündet am 12. November 1852

Nachdem die Angeklagten vorgeführt und ihnen das Verdikt der Geschworenen verlesen worden, verordnet der Präsident auf Grund desselben und der vom Hofe selbst getroffenen Entscheidung die sofortige Freilassung der Angeklagten Dr. Daniels, Dr. Jacobi, Dr. Klein und Erhard, sofern derselben keine sonstigen Gründe entgegenständen.

Der Oberprokurator beantragt in Gemäßheit eines Requisitoriums des Staatsanwaltes zu Minden, wonach Dr. Jacobi noch wegen Majestätsbeleidigung vor das dortige Stadtgericht geladen ist, denselben aus seiner Haft noch nicht zu entlassen, und werden daher nur Dr. Daniels, Dr. Klein und Erhard in Freiheit gesetzt.

Das Strafmaß

Sodann beantragt der Oberprokurator für die übrigen Angeklagten, und zwar für Roeser, Bürgers, Nothjung und Dr. Becker, eine Einschließung von acht Jahren;

für Reiff und Otto von sechs Jahren;

für Leßner von drei Jahren

sowie für die ersteren sechs die Untersagung der im § 63 des Strafgesetzbuches bezeichneten Rechte auf die Dauer von zehn Jahren, endlich, allen Verurteilten solidarisch die Kosten zur Last zu legen.

Die Verteidiger beantragen, daß über das Minimum der Strafe nicht hinausgegangen werde sowie daß Dr. Becker und Leßner nicht solidarisch in die Kosten verurteilt würden, weil dieselben nur der Komplizität, nicht aber desselben Verbrechens schuldig befunden seien; endlich trägt Advokatanwalt v. Hontheim für seinen Klienten Leßner auf Freisprechung an, weil, nachdem die zweite Subsidiarfrage allgemein verneint worden, ein Urheber des darin bezeichneten Verbrechens nicht vorhanden, ein Komplize desselben also auch nicht denkbar sei.

Das Urteil

Der Assisenhof verurteilt hierauf die Angeklagten

Roeser, Bürgers, Nothjung zu sechs Jahren,

Reiff, Otto und Dr. Becker zu fünf Jahren,

Leßner zu drei Jahren Einschließung;

untersagt den ersteren sechs die Ausübung der im § 63 bezeichneten Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren und legt sämtlichen Verurteilten die Kosten solidarisch zur Last.

Die Sitzung wurde um 10¼ Uhr abends geschlossen.

Der Kommunistenprozeß zu Köln 1852
im Spiegel der zeitgenössischen Presse,
Berlin [1955], S. 297/298.

48

Aus dem Brief Carl Wilhelm Kleins an Ferdinand Freiligrath vom 31. Juli 1853

Die Gemeinden von Solingen, Elberfeld und Düsseldorf sind verschiedene Male in Köln gewesen, um zur Reorganisation aufzumuntern; mit nichtssagenden Entschuldigungen ist man aber ausgewichen, und obengenannte Gemeinden haben mich ersucht, ich möchte die Vermittlung einer direkten Verbindung mit der ehemaligen Zentralbehörde in London für sie übernehmen, welches Auftrags ich mich hiermit entledige. Ge-

nannte Gemeinden sind erbötig, auf Verlangen einen Delegaten nach London zu senden. Einliegend befindet sich ein Stück von einer Karte zu folgendem Zwecke: Der Delegat, welcher etwa nach London kommt, muß als Legitimation eine Karte vorzeigen, worin das einliegende Stück paßt, und sollte per Gelegenheit jemand von London nach Elberfeld kommen, so hat er sich mit dem einliegenden Stück zu legitimieren. Man ist gesonnen, die Verbindung vor und nach aus der nächsten Umgebung in die Ferne auszudehnen. Unsere Partei in London wird selbst einsehen, wie wichtig es ist, nach der nächsten Revolution die Arbeiter der Industrie-Bezirke von Rheinland-Westfalen wenigstens im Interesse des Bundes organisiert zu haben und demnach geeignete Maßregeln zu treffen, indem dieselbe die Sache wieder selbst in die Hand nimmt. Ich ersuche unsere Freunde, sobald wie möglich einige Zeilen nach Elberfeld unter untenstehender Adresse zu senden und mich davon zu benachrichtigen, da ich es für nötig halte, mit denselben ebenfalls in Verbindung zu bleiben.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv.

49

Vereinsgesetz der Deutschen Bundesversammlung vom 13. Juli 1854

§ 1 In allen deutschen Bundesstaaten dürfen nur solche Vereine geduldet werden, die sich darüber genügend auszuweisen vermögen, daß ihre Zwecke mit der Bundes- und Landesgesetzgebung im Einklange stehen und die öffentliche Ordnung und Sicherheit nicht gefährden.

§ 2 Die einzelnen Bundesregierungen werden demnach die nötigen Anordnungen treffen, um von der Einrichtung und den Zwecken eines jeden Vereines, sowohl im Beginne als im Laufe seiner Existenz und Wirksamkeit, Kenntnis nehmen zu können.

§ 3 In Beziehung auf politische Vereine insbesondere muß, sofern derartige Vereine nicht nach Maßgabe der Landesgesetzgebung überhaupt untersagt sind oder doch einer für jeden Fall besonders zu erteilenden obrigkeitlichen Genehmigung bedürfen, die betreffende Staatsregierung sich in der Lage befinden, nach Maßgabe der Umstände, besondere vorübergehende Beschränkungen und Verbote erlassen zu können.

§ 4 Allgemein sind für politische Vereine noch folgende Beschränkungen zur Geltung zu bringen:

1. Minderjährige, Lehrlinge und Schüler dürfen sich an solchen Vereinen nicht beteiligen.

2. Jede Verbindung mit anderen Vereinen ist unstatthaft.

§ 5 In allen Bundesstaaten muß der Landesregierung nicht nur das Recht zustehen, die Versammlungen solcher Vereine, welche, ohne im Besitze einer besonderen staatlichen Anerkennung beziehungsweise Genehmigung zu sein, sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, obrigkeitlich überwachen zu lassen, sondern es muß den betreffenden obrigkeitlichen Abgeordneten auch überall die Befugnis eingeräumt werden, jede Versammlung eines solchen Vereins aufzulösen, sofern entweder die ihren Zusammentritt bedingenden Förmlichkeiten nicht beobachtet worden sind oder aber der Inhalt der Verhandlungen eine in der Notwendigkeit der Aufrechthaltung der Gesetze sowie der öffentlichen Sicherheit und Ordnung begründete Veranlassung darbietet.

§ 6 Die bewaffnete Macht darf sich nicht anders als auf Befehl versammeln und weder in noch außer dem Dienste beratschlagen; Versammlungen und Vereine jedes Teils der stehenden Heere und der Landwehr zur Beratung oder Beschlußfassung über militärische Befehle und Anordnungen sind auch dann, wenn dieselben nicht zusammenberufen sind, untersagt.

§ 7 Zuwiderhandlungen gegen die aus Anlaß vorstehender Bestimmungen in den einzelnen Bundesstaaten getroffenen Anordnungen sind mit entsprechenden Strafen zu belegen.

§ 8 Im Interesse der gemeinsamen Sicherheit verpflichten sich sämtliche Bundesregierungen ferner, die in ihren Gebieten etwa noch bestehenden Arbeitervereine und Verbrüderungen, welche politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgen, binnen zwei Monaten aufzuheben, und die Neubildung solcher Verbindungen bei Strafe zu verbieten.

Protokolle der Deutschen Bundesversammlung vom Jahre 1854, Frankfurt a. M., o. J., S. 636/637.

50

Aus dem Brief Karl Marx' an Friedrich Engels vom 5. März 1856

Levy. Von den Düsseldorfer Arbeitern hergesandt in *doppeltem* Auftrag. 1. *Denunziation Lassalles.* Und ich glaube, nach sehr scharfer Examination, daß sie recht haben.

L[assalle], seit die Gräfin ihre 300000 Taler erhalten, ganz umgewandelt; die Arbeiter absichtlich zurückstoßend, Sybarit, mit den Blauen kokettierend. Sie werfen ihm ferner vor, daß er beständig die Partei für seinen *Privatdreck* ausgebeutet und die Arbeiter selbst zu *Privatverbrechen* benutzen wollte im Interesse des Prozesses ...

2. Der 2te Zweck von Levys Sendung war, mir Aufschlüsse über die Arbeiterverhältnisse in der Rheinprovinz zu geben. Die Düsseldorfer Arbeiter stehn mit den Kölnern, wobei sich „keine Herrn" mehr befinden, in Verbindung. Die Hauptpropaganda besteht aber jetzt in den *Fabrikarbeitern in Solingen, Iserlohn und Umgegend, Elberfeld* und dem Herz[oglich]-Westfälischen. In den Eisendistrikten wollen die Kerls mit Gewalt losschlagen und sind nur mit Aussicht auf französische Revolution und damit, daß „die Londoner die Zeit noch nicht gekommen glauben", zurückzuhalten. Sollte sich die Sache noch lang hinziehen, so glaubt L[evy], daß eine Emeute schwerlich zu verhindern sein wird. Unter allen Umständen aber würde eine Pariser Insurrektion das Signal geben. Die Leute scheinen des festen Glaubens, daß *wir und unsere Freunde gleich im ersten Moment zu ihnen eilen werden.* Sie fühlen natürlich das Bedürfnis politischer und militärischer Chefs. Das ist nun keineswegs den Leuten zu verdenken. Ich fürchte aber, daß bei ihren höchst naturalistischen Plänen sie viermal kaputt gemacht sind, eh' wir möglicherweise auch nur England verlassen haben. Jedenfalls schuldet man ihnen, von militärischem Gesichtspunkt aus genau darzustellen, was tubar und untubar ist. Ich habe, of course [natürlich], erklärt, daß wir, *falls die Verhältnisse es erlaubten,* uns bei den rheinischen Arbeitern einstellen würden; daß jede Emeute auf ihre Faust, ohne Initiative in Paris oder Wien oder Berlin, Blödsinn; daß, falls Paris das Signal gebe, es gut sei, unter allen Umständen alles zu riskieren, da dann selbst eine momentane Niederlage nur momentan üble Folgen haben könne; daß ich mit meinen Freunden ernstlich zu Rate gehn würde über die Frage, was in der Rheinprovinz direkt von der Arbeiterbevölkerung aus zu machen, und daß sie in einiger Zeit wieder nach London senden sollten, aber *nichts* tun, ohne vorherige Verständigung.

Die Rotgerber von Elberfeld (oder Barmen?), die 1848 und 49 ganz reaktionär, sind jetzt besonders revolutionslustig. Levy hat mir versichert, daß Du persönlich bei den Arbeitern im Wuppertale als „ihr" Mann betrachtet wirst.

Karl Marx/Friedrich Engels: Werke,
Bd. 29, Berlin 1963, S. 26 und 28/29.

51
Die Eisenacher Erklärung zur Vorbereitung des Deutschen Nationalvereins vom 14. August 1859

Die augenblicklichen gefährlichen Zustände Europas und Deutschlands und das Bedürfnis, politische Parteiforderungen der großen gemeinsamen

Aufgabe der deutschen Einigung unterzuordnen, haben eine Reihe von Männern, welche teils der demokratischen, teils der konstitutionellen Partei angehören, aus verschiedenen deutschen Ländern zusammengeführt, um sich über die Herbeiführung einer einheitlichen deutschen Verfassung und die zur Erreichung eines solchen Zieles erforderliche gemeinschaftliche Tätigkeit zu verständigen. Dieselben haben im Anschluß an die Eisenacher Erklärung vom 17. und die Hannoversche Erklärung vom 19. Juli 1859 über folgende Punkte sich vereinigt:

1. Wir erblicken in der gegenwärtigen politischen Weltlage große Gefahren für die Unabhängigkeit unseres deutschen Vaterlandes, welche durch den zwischen Österreich und Frankreich abgeschlossenen Frieden eher vermehrt als vermindert worden sind.

2. Diese Gefahren haben ihren letzten Grund in der fehlerhaften Gesamtverfassung Deutschlands, und sie können nur durch eine schleunige Änderung dieser Verfassung beseitigt werden.

3. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß der deutsche Bundestag durch eine feste, starke und bleibende Zentralregierung Deutschlands ersetzt und daß eine deutsche Nationalversammlung einberufen werde.

4. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen können die wirksamsten Schritte zur Erreichung dieses Zieles nur von Preußen ausgehen; es ist daher dahin zu wirken, daß Preußen die Initiative dazu übernehme.

5. Sollte Deutschland in der nächsten Zeit von außen wieder unmittelbar bedroht werden, so ist bis zur definitiven Konstituierung der deutschen Zentralregierung die Leitung der deutschen Militärkräfte und die diplomatische Vertretung Deutschlands nach außen auf Preußen zu übertragen.

6. Es ist Pflicht jedes deutschen Mannes, die preußische Regierung, insoweit ihre Bestrebungen davon ausgehen, daß die Aufgaben des preußischen Staates mit den Bedürfnissen und Aufgaben Deutschlands im wesentlichen zusammenfallen, und soweit sie ihre Tätigkeit auf die Einführung einer starken und freien Gesamtverfassung Deutschlands richtet, nach Kräften zu unterstützen.

7. Von allen deutschen Vaterlandsfreunden, mögen sie der demokratischen oder der konstitutionellen Partei angehören, erwarten wir, daß sie die nationale Unabhängigkeit und Einigkeit höher stellen als die Forderungen der Partei und für die Erreichung einer kräftigen Verfassung Deutschlands in Eintracht und Ausdauer zusammenwirken.

Der Nationalverein, seine Entstehung und bisherige Wirksamkeit,
Coburg 1861, S. 93–95.

52

Aus der Rede Otto von Bismarcks auf der 94. Sitzung der Budgetkommission des Preußischen Abgeordnetenhauses vom 30. September 1862

Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht; Bayern, Württemberg, Baden mögen dem Liberalismus indulgieren, darum wird ihnen doch keiner Preußens Rolle anweisen; Preußen muß seine Kraft zusammenfassen und zusammenhalten auf den günstigsten Augenblick, der schon einige Male verpaßt ist; Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen sind zu einem gesunden Staatsleben nicht günstig; nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen –, sondern durch Eisen und Blut.

Bismarck: Die gesammelten Werke,
Reden. Zehnter Band: 1847–1869,
Berlin 1928, S. 140.

53

Aufruf des Leipziger Zentralkomitees zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeitertages vom November 1862

An die deutschen Arbeiter!

Auf Grund der in den Arbeiterversammlungen zu Leipzig (30. Oktober) und Berlin (2. November) und auf dem Arbeitertag in Nürnberg (1. November) gefaßten Beschlüsse sowie auf Grund einer Verfügung der hohen K[öniglich] S[ächsischen] Staatsregierung vom 28. Oktober an das frühere Zentralkomitee in Berlin, in welchem das hohe Ministerium seine Genehmigung zur Abhaltung eines Arbeitertages im November d. J. in Leipzig erteilt, erlaubt sich das unterzeichnete Komitee gegenwärtigen Aufruf an die deutschen Arbeiter zu richten, um dieselben zur Beschikkung eines allgemeinen deutschen Arbeitertages im Laufe des nächsten Jahres nach hier aufzufordern, vorausgesetzt, daß die hohe Königlich Sächsische Staatsregierung die für den November gegebene Erlaubnis auch auf diese spätere Zeit ausdehnen sollte.

Hierzu erscheint es uns notwendig, daß zunächst an allen Orten und hauptsächlich in größeren Städten Lokalkomitees gebildet werden, welche in ihrer nächsten Umgebung dahinwirken, durch öffentliche Vorträge und Versammlungen das allgemeine Interesse für die Ereignisse im Vaterlande und für die den Arbeiterstand besonders berührenden Fragen zu wecken. Wir empfehlen aber zu diesem Zwecke engen Anschluß an das

in Berlin angenommene Programm, welches namentlich Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Assoziation und Altersversorgungs- und Invalidenkassen zu besonderer Berücksichtigung vorschlägt.

Um nun die ganze Angelegenheit einem würdigen Abschluß entgegenzuführen, ist es dringend geboten, daß allerorten unverzüglich Kassen gebildet werden, um die umfangreichen Vorarbeiten für den Arbeitertag genügend und nach englischem Muster ohne persönliches Opfer für den damit Beauftragten bewältigen zu können.

Es ist ferner geboten, daß die einzelnen Komitees sich mit dem hiesigen Zentralkomitee in Verbindung setzen und über ihre Tätigkeit berichten, namentlich aber auch das Ergebnis ihrer Vorarbeiten bis Mitte Februar hierher melden, um alsdann baldmöglichst den Arbeitertag anberaumen zu können.

Wir richten diesen Aufruf an Euch, Arbeitsgenossen, in der vollen Überzeugung, daß Ihr Euren Pflichten, die Ihr gegen Euch und gegen die Gesamtheit zu erfüllen habt, vollständig gerecht werdet und dadurch beweist, daß Ihr fähig und deshalb berechtigt seid, mit männlicher Kraft und Besonnenheit Euer Geschick selbst zu leiten.

Leipzig, November 1862

Das Zentralkomitee
zur Berufung eines
allgemeinen deutschen Arbeitertages
J. Vahlteich als Vorsitzender

Nordstern (Hamburg),
20. Dezember 1862.

54

Aus dem Brief Otto Dammers an Ferdinand Lassalle vom 11. Februar 1863

Gestern brachte ich nun den Antrag ein, Sie um Ihre Ansichten zu fragen, und nach kurzer Debatte wurde derselbe einstimmig angenommen. Ein Freund Schulzes warf Ihnen vor, Sie seien Republikaner und Menschenhasser (sic!). Dem wurde von mehreren Seiten entgegnet, daß es für uns ganz besonders wichtig sei, daß Sie die Republik wollten; die Herrschaft des vierten Standes könne doch unter anderer Staatsform nicht gedacht werden, außerdem wäre es doch ganz in unserem Sinne, wenn Sie die Revolution predigten, da auf anderem Wege doch nichts zu erreichen sei. Selbst Roßmäßler schloß sich dem an, auch er verlange Revolution und Republik, und sein Streben ginge nur darauf hinaus, die Arbeiter für die Revolution reif zu machen. – Sie haben hier den entschiedensten Sieg gewonnen, ebenso in Hamburg. Es wäre gewiß recht wünschenswert,

wenn Sie in der erbetenen Broschüre möglichst eingehend über unsere jetzigen Verhältnisse sprächen und namentlich die praktische Seite hervorhöben. Schulze-Delitzsch fällt dann vollständig. Wir übernehmen den Vertrieb der Schrift, und mag sie verboten werden oder nicht, so soll sie doch die weiteste Verbreitung finden.

Ferdinand Lassalle: Nachgelassene Briefe und Schriften, Bd. 5, Lassalles Briefwechsel aus den Jahren seiner Arbeiteragitation 1862–1864, Stuttgart–Berlin 1925, S. 82.

55

Aus dem „Offenen Antwortschreiben" Ferdinand Lassalles an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses in Leipzig vom 1. März 1863

Der Arbeiterstand muß sich als selbständige politische Partei konstituieren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu dem prinzipiellen Losungswort und Banner dieser Partei machen. Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands – dies ist es allein, was in politischer Hinsicht seine legitimen Interessen befriedigen kann. Eine friedliche und gesetzliche Agitation hierfür mit allen gesetzlichen Mitteln zu eröffnen, das ist und muß in politischer Hinsicht das Programm der Arbeiterpartei sein. –

Es erhellt von selbst, wie diese Arbeiterpartei sich zur deutschen Fortschrittspartei zu verhalten hat.

Sich überall als eine selbständige und durchaus von ihr getrennte Partei zu fühlen und zu konstituieren, gleichwohl die Fortschrittspartei in solchen Punkten und Fragen zu unterstützen, in welchen das Interesse ein gemeinschaftliches ist, ihr entschieden den Rücken zu kehren und gegen sie aufzutreten, sooft sie sich von demselben entfernt, die Fortschrittspartei eben dadurch zu zwingen, entweder sich vorwärts zu entwickeln und das Fortschrittsniveau zu übersteigen oder aber immer tiefer in den Sumpf von Bedeutungs- und Machtlosigkeit zu versinken, in welchem sie bereits knietief angelangt ist – das muß die einfache Taktik der deutschen Arbeiterpartei gegenüber der Fortschrittspartei sein.

Soviel über das, was Sie in politischer Hinsicht zu tun haben.

Nun zu der Sie mit Recht in noch höherem Grade interessierenden sozialen Frage, die Sie aufwerfen. – . . .

Die Aufhebung des Unternehmergewinns in der friedlichsten, legalsten und einfachsten Weise, indem sich der Arbeiterstand durch freiwillige Assoziationen als sein eigener Unternehmer organisiert, die hiermit und hiermit allein gegebene Aufhebung jenes Gesetzes, welches unter der

heutigen Produktion von dem Produktionsvertrag das eben zur Lebensfristung Erforderliche auf die Arbeiter als Lohn und den gesamten Überschuß auf den Unternehmer verteilt, das ist die einzige wahrhafte, die einzige seinen gerechten Ansprüchen entsprechende, die einzige nicht illusionäre Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes ...

Ebendeshalb ist es Sache und Aufgabe des Staates, Ihnen dies zu ermöglichen, die große Sache der freien individuellen Assoziation des Arbeiterstandes fördernd und entwickelnd in seine Hand zu nehmen und es zu seiner heiligsten Pflicht zu machen, Ihnen die Mittel und Möglichkeit zu dieser Ihrer Selbstorganisation und Selbstassoziation zu bieten ...

Wie aber den Staat zu dieser Intervention vermögen? Und hier wird nun sofort sonnenhell die Antwort vor Ihrer aller Augen stehen: dies wird nur durch das allgemeine und direkte Wahlrecht möglich sein. Wenn die gesetzgebenden Körper Deutschlands aus dem allgemeinen und direkten Wahlrecht hervorgehen – dann und nur dann werden Sie den Staat bestimmen können, sich dieser seiner Pflicht zu unterziehen.

Dann wird diese Forderung in den gesetzgebenden Körpern erhoben werden, dann mögen die Grenzen und Formen und Mittel dieser Intervention durch Vernunft und Wissenschaft diskutiert werden, dann werden – verlassen Sie sich darauf! – die Männer, die Ihre Lage verstehen und Ihrer Sache hingegeben sind, mit dem blanken Stahl der Wissenschaft bewaffnet zu Ihrer Seite stehen und Ihre Interessen zu schützen wissen! Und dann werden Sie, die unbemittelten Klassen der Gesellschaft, es jedenfalls nur sich selbst und Ihren schlechten Wahlen zuzuschreiben haben, wenn und solange die Vertreter Ihrer Sache in der Minorität bleiben.

Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist also, wie sich jetzt ergeben hat, nicht nur Ihr politisches, es ist auch Ihr soziales Grundprinzip, die Grundbedingung aller sozialen Hilfe. Es ist das einzige Mittel, um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern.

Ferdinand Lassalle: Offenes Antwortschreiben an das Central-Comité zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeitercongresses zu Leipzig, Zürich 1863, S. 7/8, 23, 36/37.
Ferdinand Lassalle: Gesammelte Reden und Schriften. Vollständige Ausgabe in zwölf Bänden, Dritter Bd., Berlin 1919, S. 47, 69/70, 88/89.

56

Aus dem Vortrag Hermann Schulze-Delitzschs im Berliner Arbeiterverein vom 22. März 1863

So bleibt denn nichts übrig, als bei Lösung der Aufgabe mit den Individuen, mit Wirkung und Ausbildung alles dessen in den einzelnen zu

beginnen, wovon das Gelingen der wirtschaftlichen Strebungen, der Erfolg im Bereiche des Erwerbs abhängt. Das einzig richtige Ziel dabei ist und bleibt, die Menschen zur Selbsthilfe zu erziehen. Die Pflege der geistigen, sittlichen und körperlichen Anlagen, Beibringung nützlicher Kenntnisse und Fertigkeiten, Gewöhnung an Sparsamkeit, Fleiß und tüchtige Lebenshaltung, darauf kommt es vor allen Dingen an. Sollen sich unsere Umstände, unsere Lage bessern, so müssen wir zuerst mit uns selbst beginnen. Es gibt nicht leicht etwas Mangelhaftes in unseren Zuständen, was sich nicht irgendwie auf Mängel in uns selbst zurückführen ließe, und es wird nicht eher besser in der Welt, als bis die Menschen besser geworden sind an Einsicht und Willenskraft, an ernstem Streben und Sitte ...

Die intellektuelle und sittliche Hebung eines Menschen bewirkt daher in der Regel auch die wirtschaftliche. Je eifriger jemand für seine Bildung sorgt, je mehr Kenntnisse er sich verschafft, je unablässiger er an der Ausbildung seiner sittlichen Eigenschaften arbeitet, desto besser sorgt er für sein Fortkommen, seinen Unterhalt. Je höher also der Anteil ist, den sich ein Mensch von dem großen geistigen Gesamtkapital der Menschheit an Kenntnissen, Erfahrungen und Sittigung erringt, von welchem wir beim Schlusse des zweiten Vortrags sprachen, auf einen desto größeren Anteil am sachlichen, am materiellen Kapital hat er für seine Person Aussicht. Geistiger Besitz verhilft zu materiellem Besitz, zu Vermögen, wenn er nur irgend ordentlich verwertet wird.

Die Bildungsstrebungen also sind es, mit denen wir vor allen Dingen anfangen müssen. Hier ist der Punkt, wo noch vieles gar sehr Mangelhafte in den Arbeiterzuständen auszugleichen ist.

Hermann Schulze-Delitzsch: Die praktischen Mittel und Wege zur Hebung der arbeitenden Classen.
Fortsetzung: Fünfter Vortrag,
Leipzig 1863, S. 10/11 u. 13.

57
Aus einem Brief Ferdinand Lassalles an Otto von Bismarck von Ende Januar oder Anfang Februar 1864

Die heutige Unterredung, die ich wirklich, weil ich Sie zu beschäftigt sah, nicht fortsetzen wollte, nötigt mich, auf die Gefahr hin, phantastisch zu erscheinen, nochmals zu einer aus der Tiefe meiner Seele ertönenden Warnung, auf die Sie den Wert legen werden, die sie Ihnen zu verdienen scheinen wird. Sie müssen das allgemeine und direkte Wahlrecht vor dem Krieg geben, denn Sie können es weder während desselben noch nach demselben geben ...

Sie werden nach dem Kriege das Wahlrecht nicht mehr geben können, denn schon während des Krieges werden, wenn er zu einem Krieg von einiger Dauer und einigen Umrissen wird – und es ist niemand gegeben, dies zu verhüten – Emeuten und Insurrektionen ausbrechen. Angenommen und zugegeben selbst, Sie besiegen diese mit militärischer Gewalt – so ist, sowie von neuem Bürgerblut geflossen ist, die ganze Entwicklung der Dinge geändert und die von Ihnen gewollte zur Unmöglichkeit geworden. Von beiden Seiten. Von seiten des Königs, der dann entweder in Ihrer Person die Ursache des geflossenen Blutes sähe und Sie fallen ließe, oder aber, wenn dies nicht eintritt, nicht mehr zu bewegen wäre, sich dem allgemeinen Wahlrecht anzuvertrauen. Von seiten des Volkes in noch höherem Grade. Denn ist erst von neuem Bürgerblut geflossen, so ist durch das Volksgefühl jede Verbindung mit Ihrer Regierung und mit dem Königtum überhaupt zur Unmöglichkeit geworden und die Geschichte wird ihren vielleicht nicht gar raschen, aber verhängnisvollen Verlauf nehmen.

Gustav Mayer: Bismarck und Lassalle,
ihr Briefwechsel und ihre Gespräche,
o. O., (1928), S. 87/88.

58

Aus dem Brief Wilhelm Liebknechts an Karl Marx vom 3. Juni 1864

Mit Lassalle stehe ich so: Er bot mir die Redaktion einer neu zu gründenden Arbeiterzeitung an. Ich erklärte mich bereit unter der Bedingung, daß Du und überhaupt die alten Parteileute mitwirkten. Er antwortete, daß er nichts sehnlicher wünsche – und die Sache zerschlug sich. Auf dem „Stiftungsfest" des allg. Arbeitervereins (vor 14 Tagen) hielt ich auf sein Bitten die Festrede. Ich gab einen Abriß der modernen Arbeiterbewegung, den Lassalleschen Verein bloß im Vorbeigehen erwähnend. Hernach brachte ich einen Toast auf Dich aus (unter großem Beifall), Dich als Gründer oder doch wissenschaftlichen Träger unsrer Partei hinstellend. Das ward mir von einem anwesenden Nachbeter Lassalles sehr übel vermerkt, der jedoch von anderen zum Schweigen gebracht wurde. Bei jener Gelegenheit hielt ich auch eine Gedächtnisrede auf den lieben guten Lupus, dessen Tod ich während der Sitzung erfahren hatte ...

Doch um auf mein Verhältnis zu Lassalle zurückzukommen, so halte ich, wie Du siehst, my distance [meine Distanz], ohne mit ihm gebrochen zu haben, was ich unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch für unzweckmäßig halte. Übrigens so große Dummheiten ihn auch seine Eitelkeit begehen läßt, er nützt doch auch, indem er etwas Bewegung in den

Sumpf bringt, und namentlich sein Bastiat-Schulze hat unleugbar viel Gutes gewirkt. Wenn das Bismarcksche Regiment zu Ende ist und wir uns mucksen können, wird der Bruch wohl unvermeidlich sein, denn ich glaube nicht, daß er auf die Karte der Revolution setzen wird.

Wie bereits gesagt, alle tüchtigen Leute im hiesigen (wenig zahlreichen) Lassallischen Vereine sind für uns; Vahlteich in Leipzig, der ehemalige Sekretär des Vereins und früher Lassalles Faktotum, ist ebenfalls gut und wird für uns wirken.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv.

59

Erklärung von Karl Marx und Friedrich Engels über die Einstellung ihrer Mitarbeit am „Social-Demokrat" vom 23. Februar 1865

An die Redaktion des „Social-Demokrat"

Die Unterzeichneten versprachen ihre Mitarbeit am „Social-Demokrat" und gestatteten ihre Nennung als Mitarbeiter unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß das Blatt im Geist des ihnen mitgeteilten kurzen Programms redigiert werde. Sie verkannten keinen Augenblick die schwierige Stellung des „Social-Demokrat" und machten daher keine für den Meridian von Berlin unpassenden Ansprüche. Sie forderten aber wiederholt, daß dem Ministerium und der feudal-absolutistischen Partei gegenüber eine wenigstens ebenso kühne Sprache geführt werde wie gegenüber den Fortschrittlern. Die von dem „Social-Demokrat" befolgte Taktik schließt ihre weitere Beteiligung an demselben aus. Die Ansicht der Unterzeichneten vom königlich preußischen Regierungssozialismus und von der richtigen Stellung der Arbeiterpartei zu solchem Blendwerk findet sich bereits ausführlich entwickelt in Nr. 73 der „Deutschen-Brüsseler-Ztg." vom 12. September 1847, in Antwort auf Nr. 206 des damals in Köln erscheinenden „Rheinischen Beobachters", worin die Allianz des „Proletariats" mit der „Regierung" gegen die „liberale Bourgeoisie" vorgeschlagen war. Jedes Wort unserer damaligen Erklärung unterschreiben wir noch heute.

London und Manchester, 23. Februar 1865

Friedrich Engels Karl Marx

Der Social-Demokrat (Berlin),
3. März 1865.
Karl Marx/Friedrich Engels: Werke,
Bd. 16, Berlin 1964, S. 79.

60

Aus dem Brief Johann Philipp Beckers an Victor Schily vom 3. und 6. Juli 1865

Du wirst aus den wenigen Blättern ersehen, daß wir so ziemlich durchgeschlagen haben und B. Becker wie dem „Social-Demokrat" der Boden unter den Füßen weggezogen wird. Die Resolution der Gemeinden Solingen und Solingen-Höhscheid, die ich verfaßte, wogegen dummerweise die Gräfin Hatzfeldt mit ihren Lassallevergötterungstendenzen intrigiert, wird in Leipzig zu einem entscheidenden Schlage führen. In den sog. „Oppositionsgemeinden" herrscht ein entschiedener republikanischer Geist, und bereite ich sie auf dem Wege der Korrespondenz allmählich zum Anschluß an die Internationale Arbeiterassoziation vor . . .

Ich bin von Solingen, Hamburg usw. beauftragt, das bewußte Manifest für die Delegiertenversammlung am 15. Juli in Leipzig abzufassen, was ich heute noch tun werde. Nach Briefen, die ich von intelligenteren Arbeitern erhielt, ist man auf gutem Wege, sich von überspanntem Lassalle-Kultus zu emanzipieren, worauf ich angemessen hinarbeitete.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872),
Dokumente und Materialien,
Berlin 1964, S. 59/60.

61

Aus dem Brief Wilhelm Liebknechts an Karl Marx vom 8. Februar 1866

Es tut mir leid, daß Du wieder krank geworden bist. Armer Kerl, ich würde gern einige Zeit bei Dir sein.

Mein Schreiben aus Berlin hast Du erhalten. Ich nehme an, daß jetzt eine gute Adresse gefunden wurde. Das Manifest wird gedruckt werden und, wenn Du uns ein korrigiertes Exemplar senden könntest, auch die Adresse und die Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation.

Hier stehen die Dinge so gut, wie wir es nur wünschen können. Ich habe bereits 12 Mitglieder sicher, unter ihnen das ganze Komitee des quondam Schulze-Vereins und alle die anderen Leute von einigem Einfluß. In einigen Tagen werden wir eine vertrauliche Zusammenkunft haben, und dann wird die Sache offiziell gestartet werden. Die Ergebnisse werde ich Dir unverzüglich mitteilen, das Geld für die sechs Karten schicken und mehr erbitten.

Morgen spreche ich im Buchdruckerverein über die Internationale Arbeiterassoziation und nächste Woche im Arbeiterverein, insgesamt vor mehr als tausend Arbeitern. Alles ist vorbereitet, und ich werde zweifelsohne gute Resultate erzielen.

Becker, dem ich erst heute schrieb, hat mir eine Menge „Vorboten" geschickt, die ich alle verkauft habe, und ich werde noch mehr verkaufen. Ich bat ihn um die Adresse der „Lassalleaner", mit denen er korrespondiert. Sollte er mir die Adresse vorenthalten, so würde das nichts ausmachen, da ich die Möglichkeit habe, an die wenigen guten unter diesen Leuten heranzukommen. Tatsächlich sind mir viele „Angebote" gemacht worden, aber bei meinem Widerwillen gegen die „ruhmreiche Bewegung" habe ich sie ziemlich unhöflich zurückgewiesen. Ich glaube jedoch, daß jetzt der Augenblick gekommen ist, alle guten Elemente zu sammeln und sie in der Internationalen Arbeiterassoziation zu vereinen.

Falls Du eine Photographie von Dir übrig hast, schicke sie mir. Ich möchte mehrere Abzüge machen lassen, da mich so viele Leute wegen eines Bildes von Dir bedrängen.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872),
Dokumente und Materialien,
Berlin 1964, S. 107/108.

62

Resolution einer Volksversammlung in Leipzig zum Konflikt zwischen Preußen und Österreich, eingebracht von August Bebel im Namen des Arbeiterbildungsvereins, vom 8. Mai 1866

1. Die gegenwärtige drohende Lage Deutschlands ist durch die Haltung der preußischen Regierung in der schleswig-holsteinischen Frage provoziert, zugleich aber auch die natürliche Folge der Bestrebungen des Nationalvereins und der Gothaer für die preußische Spitze.

2. Eine direkte oder indirekte Unterstützung dieser undeutschen Politik betrachten wir als eine Schädigung der deutschen Interessen.

3. Die nationalen und freiheitlichen Interessen des deutschen Volkes können nur gewahrt werden durch ein aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgegangenes konstituierendes Parlament, unterstützt durch allgemeine Volkswehr.

4. Wir erwarten, daß das deutsche Volk nur solche Männer zu seinen Vertretern wählt, die jede erbliche Zentralgewalt verwerfen.

5. Wir erwarten, daß im Falle eines Bruderkrieges, der nur dazu dienen kann, Deutschland zu schwächen und deutsches Land in fremde Hände zu spielen, das deutsche Volk sich wie ein Mann erhebe, um mit den Waffen in der Hand sein Eigentum und seine Ehre zu verteidigen.

Deutsches Wochenblatt (Mannheim),
13. Mai 1866.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872).
Dokumente und Materialien,
Berlin 1964, S. 119.

63

Bericht über die Rede Wilhelm Liebknechts auf einer Volksversammlung in Chemnitz am 2. Juni 1866

Am Samstag wurde in Chemnitz, der wichtigsten Fabrikstadt des Landes, eine von mindestens 2000 Personen besuchte Volksversammlung abgehalten, auf der Herr Liebknecht über die Wirksamkeit des hiesigen Arbeiterbildungsvereins Bericht erstattete und die von demselben vorgeschlagenen Reformen der Gewerbeordnung befürwortete, als da sind: Abschaffung der Kinderarbeit in Fabriken, zehnstündige Arbeitszeit, Vereinbarung der Fabrikordnungen zwischen Meistern und Arbeitern, Abschaffung der Arbeitsbücher usw. Später gab Herr Liebknecht eine umfassende politische Übersicht. Nachdem er die landesverräterische Allianz Bismarcks mit Frankreich und Italien gebrandmarkt, gegen den Kongreß und das Bismarcksche Parlament protestiert hatte, verglich er Deutschland, wo eines Mannes Wille den Willen des ganzen Volkes überwiegt, mit den Vereinigten Staaten, wo gegenwärtig der oberste Staatsbeamte, trotz seiner volksfeindlichen Gelüste, sich ohne Kampf, ohne Störung der Ruhe dem Willen des Volks unterwerfen muß. „Auch das deutsche Volk", so schloß der Redner, „kann seinen Willen zur Geltung bringen, den Kongreß und den Krieg vereiteln und sich ein Parlament schaffen, das nicht ein Spielball dynastischer Interessen ist, sondern ein wahres Volksparlament, stark genug, den Willen des Volks zu vollstrecken. Nur eins ist nötig: Das Volk muß sich organisieren – vor allem in den Händen der Arbeiter ruhen die Geschicke Deutschlands, ruht die Zukunft der Demokratie. In jeder Stadt müssen die Arbeiter sich organisieren. Und Ihnen rufe ich zu: Versäumen Sie keinen Moment, treten Sie sofort zu einer Sektion des Volksvereins zusammen, und damit Sie auch die soziale Frage nicht vernachlässigen und sehen, wie Ihre Brüder und Leidensgenossen in den weiterentwickelten Ländern kämpfen, folgen Sie aufmerksam den Bestrebungen der Inter-

nationalen Arbeiterassoziation. Klären Sie sich auf. Organisieren Sie sich. Tun Sie Ihre Pflicht. Es gilt die Befreiung der Arbeiterklasse! Es gilt die Rettung des Vaterlandes!"

Deutsches Wochenblatt (Mannheim),
10. Juni 1866.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872),
Dokumente und Materialien,
Berlin 1964, S. 122/123.

64

Resolution des Kongresses der Internationalen Arbeiterassoziation in Genf über die Gewerkschaften, angenommen am 6. September 1866

Gewerksgenossenschaften.
Ihre Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

a) Ihre Vergangenheit

Kapital ist konzentrierte gesellschaftliche Macht, während der Arbeiter nur über seine individuelle Arbeitskraft verfügt. Der Kontrakt zwischen Kapital und Arbeit kann deshalb niemals auf gerechten Bedingungen beruhen, gerecht nicht einmal im Sinne einer Gesellschaft, die das Eigentum an den materiellen Mitteln des Lebens und der Arbeit der lebendigen Produktivkraft gegenüberstellt. Die einzige gesellschaftliche Macht der Arbeiter ist ihre Zahl. Die Macht der Zahl wird jedoch durch Uneinigkeit gebrochen. Die Uneinigkeit der Arbeiter wird erzeugt und erhalten durch ihre unvermeidliche Konkurrenz untereinander. Gewerksgenossenschaften entstanden ursprünglich durch die spontanen Versuche der Arbeiter, diese Konkurrenz zu beseitigen oder wenigstens einzuschränken, um Kontraktbedingungen zu erzwingen, die sie wenigstens über die Stellung bloßer Sklaven erheben würden. Das unmittelbare Ziel der Gewerksgenossenschaften beschränkte sich daher auf die Erfordernisse des Tages, auf Mittel zur Abwehr der ständigen Übergriffe des Kapitals, mit einem Wort, auf Fragen des Lohns und der Arbeitszeit. Diese Tätigkeit der Gewerksgenossenschaften ist nicht nur rechtmäßig, sie ist notwendig. Man kann ihrer nicht entraten, solange die heutige Produktionsweise besteht. Im Gegenteil, sie muß verallgemeinert werden durch die Gründung und Zusammenfassung von Gewerksgenossenschaften in allen Ländern. Auf der anderen Seite sind die Gewerksgenossenschaften, ohne daß sie sich dessen bewußt wurden, zu Organisationszentren der Arbeiterklasse geworden, wie es die mittelalterlichen Munizipalitäten und Gemeinden für das Bürgertum waren. Wenn die Gewerksgenossenschaften notwendig sind für

den Guerillakrieg zwischen Kapital und Arbeit, so sind sie noch weit wichtiger als organisierte Kraft zur Beseitigung des Systems der Lohnarbeit selbst.

b) Ihre Gegenwart

Die Gewerksgenossenschaften haben sich bisher zu ausschließlich mit dem lokalen und unmittelbaren Kampf gegen das Kapital beschäftigt und haben noch nicht völlig begriffen, welche Kraft sie im Kampf gegen das System der Lohnsklaverei selbst darstellen. Sie haben sich deshalb zu fern von allgemeinen und politischen Bewegungen gehalten. In letzter Zeit scheinen sie jedoch zum Bewußtsein ihrer großen historischen Mission zu erwachen, wie man schließen kann zum Beispiel aus ihrer Beteiligung an der jüngsten politischen Bewegung in England, aus der höheren Auffassung ihrer Funktion in den Vereinigten Staaten und aus folgendem Beschluß der großen Konferenz der Delegierten der Trade-Unions, die kürzlich in Sheffield stattfand: „Diese Konferenz würdigt voll und ganz die Anstrengungen der Internationalen Assoziation, die Arbeiter aller Länder in einem gemeinsamen Bruderbund zu vereinen, und empfiehlt den verschiedenen, hier vertretenen Gesellschaften eindringlich, in diese Assoziation einzutreten, in der Überzeugung, daß sie notwendig ist für den Fortschritt und das Gedeihen der ganzen Arbeiterschaft."

c) Ihre Zukunft

Abgesehen von ihren ursprünglichen Zwecken müssen sie jetzt lernen, bewußt als organisierende Zentren der Arbeiterklasse zu handeln, im großen Interesse ihrer vollständigen Emanzipation. Sie müssen jede soziale und politische Bewegung unterstützen, die diese Richtung einschlägt. Wenn sie sich selbst als Vorkämpfer und Vertreter der ganzen Arbeiterklasse betrachten und danach handeln, muß es ihnen gelingen, die Außenstehenden in ihre Reihen zu ziehen. Sie müssen sich sorgfältig um die Interessen der am schlechtesten bezahlten Gewerbe kümmern, z. B. der Landarbeiter, die durch besonders ungünstige Umstände ohnmächtig sind. Sie müssen die ganze Welt zur Überzeugung bringen, daß ihre Bestrebungen, weit entfernt, begrenzte und selbstsüchtige zu sein, auf die Emanzipation der unterdrückten Millionen gerichtet sind.

The International Working Men's Association.
Resolutions of the Congress of Geneva, 1866,
and the Congress of Brussels, 1868,
London, o. J., S. 8/9.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872),
Dokumente und Materialien,
Berlin 1964, S. 142–144.

65

Aus dem Brief August Bebels an Johann Philipp Becker vom 9. Oktober 1867

Zum Geraer Arbeitertag kam Ihr Brief leider zu spät. Derselbe traf Sonntag ein, nachdem ich Samstag schon nach Gera abgereist war, und meine Frau ließ ihn, unbekannt mit dem Inhalt, liegen bis zu meiner Rückkunft. Freund Liebknecht war nicht in Gera, dagegen Krebs, Berlin. Über die Verhandlungen des Arbeitertags werden Sie aus den Zeitungen Genaueres erfahren, als ich Ihnen brieflich mitteilen kann. Wir hatten große Vorsicht bei den Verhandlungen nötig, da die Ereignisse des vorigen Jahres auch innerhalb der Arbeitervereine eine Spaltung hervorgerufen haben, die mehrfach in den Verhandlungen zutage trat. Dennoch war der Verlauf derselben im allgemeinen ein befriedigender.

In der Organisationsfrage habe ich meine Anträge trotz aller Opposition glücklich durchgesetzt und errang auch bei der Präsidentenwahl über Dr. Hirsch (früher Magdeburg, jetzt Berlin) mit 19 gegen 13 Stimmen den Sieg. Dadurch ist Leipzig zugleich Vorort geworden und die Bewegung vorläufig in unseren Händen.

Ihre Wünsche bezüglich der Gründung einer Sektion der Internationalen werde ich zu verwirklichen suchen, werde jedoch in dieser Sache nicht eher etwas tun können, bis der Reichstag geschlossen ist und ich wieder definitiv hier am Platze bin ...

Im ganzen läßt die Bewegung manches zu wünschen übrig. Die schlimmen Zeiten (Verdienstlosigkeit, Teuerung) halten viele von den Vereinen fern. Letztere haben infolgedessen sehr mit materiellen Sorgen zu kämpfen. Die Diätenlosigkeit der Reichstagsabgeordneten legt den Vereinen innerhalb der Wahlkreise, die Vertreter wählen, ebenfalls nicht unerhebliche Opfer auf; da ist es denn kein Wunder, wenn nach allen Seiten die Resultate ungenügend sind. Ich fürchte oder hoffe, wie Sie wollen, das alte Staatsgebäude Europas wird über kurz oder lang mit einem gewaltigen Ruck zusammenbrechen. Lange kann es in der bisherigen Weise nicht so fortgehen, das fühlt man selbst in Kreisen, die einer gewaltsamen Umwälzung grundsätzlich feind sind. Wir wollen aufpassen, daß aus dem Chaos, was dann folgt, etwas Tüchtiges sich herausbildet.

August Bebel: Aus meinem Leben,
Berlin 1964, S. 173/174.

66

Aus der Rede Wilhelm Liebknechts
im Reichstag des Norddeutschen Bundes
am 17. Oktober 1867

Meine Herren, ich spreche hier gegen die Vorlage als prinzipieller Gegner der stehenden Heere überhaupt . . .

Der einzig vernünftige Zweck der Organisation einer bewaffneten Macht ist Schutz der nationalen Interessen, Verteidigung der Freiheit nach innen, Verteidigung der Unabhängigkeit nach außen. Ich sage, das stehende Heer erfüllt diesen Zweck nicht, wie die Geschichte der Neuzeit in Tausenden von Beispielen beweist; ein Beispiel welches das Gegenteil bewiese, liegt nicht vor. (Große Heiterkeit rechts)

Anstatt die nationalen . . .

(Unterbrechung rechts)

Ich weiß, das sind Worte, die man hier nicht gern hört.

(Bravo! rechts)

Präsident: Ich bitte, sich nicht unterbrechen zu lassen.

(Große Heiterkeit rechts)

Abgeordneter Liebknecht: Ich werde dies tun.

Anstatt die nationalen Interessen zu beschützen, schädigt das stehende Heer dieselben in jeder Weise: es entzieht dem Ackerbau und der Industrie die tüchtigsten Kräfte, es belastet das Volk mit einer stets wachsenden Steuerlast und gleichzeitig beschwört es nach der natürlichen Logik der Tatsachen eine beständige Kriegsgefahr herauf, welche Unsicherheit erzeugt, Handel und Gewerbe lähmt und damit die Quelle versiegen macht, aus welcher das Volk diese stets steigende Steuerlast bestreiten soll.

Zweck der bewaffneten Macht ist, die Freiheit nach innen zu schützen. Kann mir ein Beispiel hier angegeben werden, daß dies in neuerer Zeit auf dem Kontinente, überhaupt in Europa, geschehen sei? Im Gegenteil, meine Herren, überall, wo das Volk sich für die Freiheit und das Recht erhoben hat, war es das stehende Heer, welches die Volksbewegung niederwarf. (Bewegung, Unruhe rechts)

Ich brauche nicht weit zurückzugreifen. Hier wird viel gesprochen von deutscher Freiheit und Einheit. Vor jetzt 18 Jahren bestand eine Verfassung, welche die deutsche Freiheit und Einheit in gesetzliche Formen brachte, eine Verfassung, beschlossen von den Vertretern des deutschen Volkes, angenommen von allen Regierungen, mit Ausnahme derjenigen beiden, welche über die größten stehenden Heere verfügen, der österreichischen und der preußischen. Österreich war damals im Innern beschäftigt; aber Preußen, meine Herren, hat auf den Schlachtfeldern

Badens die deutsche Einheit und Freiheit niedergeworfen, (Oho, oho! rechts)
niedergeworfen durch sein stehendes Heer . . .

Die Freiheit im Innern ist nie durch stehende Heere verteidigt worden; wohl aber ist sie häufig durch dieselben unterdrückt worden.

Ferner – ich komme nun auf das Wichtigste, und hier werden Sie mich vielleicht nicht unterbrechen – ferner ist Zweck der bewaffneten Macht, die Unabhängigkeit und Ehre des Landes nach außen hin zu schützen. Meine Herren, das stehende Heer hat auch diese Aufgabe nicht erfüllt. (Gelächter)

Ich erinnere Sie an Jena . . .

Meine Herren! Sie täten besser, wenn Sie etwas ruhiger wären. Es ist nicht schön, daß Sie einen Mann, bloß weil er Ihnen mißfällige Prinzipien vertritt, niederzuschreien suchen. Mir schadet es nicht; ich spreche von dieser Stelle, wo allein im Lande Preußen noch Redefreiheit besteht, nicht zu Ihnen: Ich sage es Ihnen offen, ich spreche zum Volke da draußen. (Bravo links. Heiterkeit rechts)

Meine Herren! Es ist durch die Tatsache bewiesen, daß das stehende Heer die Ehre und die Unabhängigkeit des Vaterlandes nach außen hin nicht zu wahren vermocht hat. (Unruhe)

Sie werden mir entgegenhalten: Aber immerhin ist ein stehendes Heer besser als eine Volkswehr. In zwei großen welthistorischen Epochen haben Volksheere und stehende Heere sich im Kampf gemessen. Als Ende des vorigen Jahrhunderts das französische Volk die Ketten der Tyrannei gebrochen, die Fahne der Freiheit entfaltet hatte, da erhob sich das alte Europa, um dem Volke die Fesseln wieder anzulegen; das stehende Heer des großen Friedrich, die stehenden Heere des russischen Kaisers und des Kaisers von Österreich marschierten heran gegen die Volkswehr Frankreichs, gegen die Freiheitskämpfer, welche unter die Fahne der Republik geeilt waren; und die französische Volkswehr, die Arbeiter und Bürger, welche kaum ihre Werkstätten und Kontore verlassen, die Bauern, welche noch vor wenig Wochen den Pflug gelenkt hatten, sie warfen die Macht der Angreifer über den Haufen. Wie Glas zerschellten die stehenden Heere an der granitnen Mauer der Volkswehr. Das französische Volk siegte, und die Revolution machte ihren Lauf durch die Welt, bis sie von Napoleon gebändigt wurde, der die französischen Adler bis nach Rußland trug. Und als die französische Volkswehr durch den größten Kriegsgenius der Neuzeit, dem Sie keinen an die Seite zu setzen haben, in ein stehendes Heer verwandelt worden war, verließ das Kriegsglück die französischen Adler – das stehende Heer wurde geschlagen von der Volkswehr Deutschlands. (Links: Sehr richtig)

Wer war es, der 1813, 1814, 1815 die stehenden Heere des größten

Kriegsmeisters vielleicht aller Zeiten über den Haufen warf? Das war das deutsche Volk, wesentlich Ihre Landwehr, welche Sie jetzt durch die Reorganisation vollends zerstört haben. Die alte Landwehr war gut gegen den äußern Feind, aber Ihr reorganisiertes Heer war gut gegen das preußische Volk, gegen das deutsche Volk; die Reorganisation war notwendig, um die Politik durchzuführen, welche Deutschland zerrissen, geknechtet, dem Auslande preisgegeben hat. (Unruhe rechts)

Das sind Worte, die das Volk verstehen wird, denn jeder deutsche Patriot wird von tiefem Schmerz ergriffen, wenn er der Ereignisse des vorigen Jahres gedenkt. Sie, meine Herren, sind die Siegenden, ich gehöre zu denjenigen, welche damals besiegt wurden. Aber bedenken Sie, daß Ihr Reich aufgebaut ist durch Gewalt und auf Gewalt ruht.

Es gibt aber bloß einen Kitt, welcher Staaten für ewig festigt. Das ist Gerechtigkeit und Freiheit ...

Eine sehr hochgestellte Persönlichkeit hat das Wort ausgesprochen: „Die Weltgeschichte kann nicht stillestehen." Meine Herren, sie steht nicht still, sie wird hinwegschreiten über Ihr Gewaltwerk, über diesen Norddbund, welcher nichts anderes bedeutet als die Teilung, Knechtung und Schwächung Deutschlands; sie wird hinwegschreiten über diesen Norddeutschen Reichstag, der nichts ist als das Feigenblatt des Absolutismus.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen
des Reichstages des Norddeutschen Bundes,
I. Legislatur-Periode. – Session 1867; Erster Bd.,
Berlin 1867, S. 450–452.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872).
Dokumente und Materialien,
Berlin 1964, S. 183–187.

67
Stellungnahme Johann Baptist von Schweitzers im Reichstag des Norddeutschen Bundes am 18. Oktober 1867

Meine Herren! Ich hatte mich ursprünglich für die General-Diskussion gemeldet, weil ich einigen Ausführungen des Herrn Liebknecht entgegentreten wollte, indem ich es höchlichst bedauern würde, wenn der Glaube entstände, als ob diejenigen, die ich vertrete, und insbesondere die Tausende von Arbeitern, die mich als ihren Führer anerkennen (Oh! oh!), auf dem Standpunkt des Herrn Liebknecht ständen. Leider ist es mir unmöglich gemacht, meine Gegenausführungen vorzubringen, und es ist mir kein anderes Mittel verblieben, als in einer öffentlichen Versammlung zu Berlin, die am nächsten Sonntag stattfinden wird (große Heiterkeit), diese

tiefgehende Meinungsverschiedenheit zum Austrag zu bringen. Diesem Hohen Hause gegenüber kann ich nichts anderes tun, als in Anknüpfung an den vorliegenden Paragraphen meine Grundanschauung in wenigen Sätzen zusammenzufassen.

Meine Herren, in diesem ersten Paragraphen ist die allgemeine Wehrpflicht ausgesprochen. Nach dem Standpunkte des Herrn Liebknecht müßte auch sie verworfen werden, denn für diesen Standpunkt ist es gleichgültig, ob ein Prinzip gut oder schlecht ist, nach diesem Standpunkt soll überhaupt kein Gesetz gemacht werden, weil der ganze Norddeutsche Bund überhaupt nicht existieren soll. Wir unsererseits, meine Herren, wollen den Norddeutschen Bund freiheitlich gestalten – und ich glaube, wir stehen hierin mit der Fortschrittspartei auf einem Boden –, wir wollen ihn freiheitlich gestalten, aber, meine Herren, wir wollen nicht in Gemeinsamkeit mit Herrn Liebknecht und seinen Freunden, den depossedierten Fürsten und dem neidischen Auslande dahin trachten, Preußen und den Norddeutschen Bund zu ruinieren und zu zerstören! Wir haben erkannt, daß der preußische Machtkern unser deutsches Vaterland, das so lange mißachtet war, dem Auslande gegenüber endlich zur Geltung und zur Ehre gebracht hat und dies auch künftig tun wird, und es liegt uns ferne, mit jenen selbst diejenigen Eigenschaften an Preußen leugnen und bemäkeln zu wollen, welche im vorigen Jahre eine feindliche Welt bewundernd anerkennen mußte. Wir, mit einem Wort, obwohl unzufrieden mit den inneren Zuständen und dahin strebend, dieselben gründlich zu ändern, stehen innerhalb des neu sich bildenden Vaterlandes, jene aber stehen außerhalb desselben, wollen außerhalb desselben stehen. Das ist es, was uns von ihnen trennt, und das mußte hier bestimmt konstatiert werden.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen
des Reichstages des Norddeutschen Bundes.
I. Legislatur-Periode. – Session 1867. Erster Bd.,
Berlin 1867, S. 470/471.

68
Programm des Verbandes Deutscher Arbeitervereine, angenommen auf dem Vereinstag in Nürnberg am 6. September 1868

Der zu Nürnberg versammelte Fünfte Deutsche Arbeitervereinstag erklärt in nachstehenden Punkten seine Übereinstimmung mit dem Programm der Internationalen Arbeiterassoziation:

1. Die Emanzipation (Befreiung) der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erkämpft werden. Der Kampf für die

Emanzipation der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

2. Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (dem ausschließlichen Besitzer) der Arbeitswerkzeuge bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und der politischen Abhängigkeit.

3. Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

Ferner in Erwägung:

daß alle auf die ökonomische Emanzipation gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität (Vereinigung) zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jeden Landes und dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind; daß die Emanzipation der Arbeit weder ein lokales noch ein nationales, sondern ein soziales Problem (Aufgabe) ist, welches alle Länder umfaßt, in denen es moderne Gesellschaft gibt, und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittensten Länder abhängt; beschließt der Fünfte Deutsche Arbeitervereinstag seinen Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziation.

Bericht über den Fünften Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine
am 5., 6. und 7. September 1868 zu Nürnberg,
Zweite Auflage, Leipzig, o. J., S. 18/19.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872).
Dokumente und Materialien,
Berlin 1964, S. 249/250.

69

Beschluß des Vereinstages des Verbandes Deutscher Arbeitervereine in Nürnberg über die Wehrfrage, angenommen am 7. September 1868

Der Arbeitertag erklärt:

Das System der stehenden Heere, wie es sich in fast allen Ländern Europas entwickelt hat, ist eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Geschäftsstockungen. Indem es den Völkern insgesamt ungeheure Lasten auferlegt, die Steuern mit den Staatsschulden von Tag zu Tag erhöht, einen großen Teil der Bevölkerung in den besten und kräftigsten Lebensjahren ihrem Berufe und der Produktion entzieht, ist es zugleich eine

wesentliche Ursache der herrschenden sozialen Not und Massenverarmung.

Indem es ferner den Fürsten die Macht gibt, gegen den Willen und das Interesse der Völker Krieg zu führen, überhaupt den Willen der Völker zu mißachten, ist das stehende Heer die Quelle beständiger Kriegsgefahr und das Mittel dynastischer Eroberungskriege nach außen und der Unterdrückung von Recht und Freiheit nach innen. In Erwägung dessen betrachtet es der deutsche Arbeitervereinstag als eine Pflicht der Arbeiter aller Länder, nachdrücklich und unausgesetzt mit allen Mitteln auf Beseitigung der stehenden Heere und auf Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung hinzuwirken.

Kröber und Ladendorf stellten und begründeten hierauf nachstehende Amendements:

1. Amendement Kröbers: Der Arbeitertag empfiehlt allen seinen Mitgliedern, bei Wahlen von Landtags- und Reichstagsabgeordneten usw. nur solchen Männern ihre Stimme zu geben, welche sich verpflichten, zum Zwecke der Erhaltung stehender Heere den Regierungen nimmermehr einen Groschen zu bewilligen.

2. Amendement Ladendorfs: Der Arbeitertag empfiehlt:

a) den Vorstand zu beauftragen, alle Mittel zu beraten und in Anwendung zu bringen, die dazu dienen können, die in stehenden Heeren gemißbrauchten Arbeiter, namentlich die ländlichen, über ihre eigentlichen und höchsten Interessen aufzuklären.

b) Die Volkswehrfrage mit der Erziehungsfrage zu verbinden und beide Fragen vereinigt auf die Tagesordnung des nächsten Vereinstages zu setzen.

Bericht über den Fünften Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine
am 5., 6. und 7. September 1868 zu Nürnberg,
Zweite Auflage, Leipzig o. J., S. 35–36.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872),
Dokumente und Materialien,
Berlin 1964, S. 255/256.

70

Resolution des Kongresses der Internationalen Arbeiterassoziation in Brüssel über die Bedeutung von Karl Marx' Werk „Das Kapital", angenommen am 11. September 1868

Wir, die deutschen Delegierten beim Internationalen Arbeiterkongreß in Brüssel, empfehlen den Arbeitern aller Länder das Werk von Karl Marx „Das Kapital", das im letzten Jahre veröffentlicht wurde, und legen ihnen

dringend nahe, sich darum zu bemühen, die Übersetzung dieses bedeutenden Werks in jene Sprachen zu veranlassen, in die es noch nicht übersetzt worden ist. Marx hat das unschätzbare Verdienst, der erste politische Ökonom zu sein, der das Kapital wissenschaftlich analysiert und es in seine einzelnen Bestandteile aufgelöst hat.

The International Working Men's Association.
Resolutions of the Congress of Geneva, 1866,
and the Congress of Brussels, 1868,
London o. J., S. 15.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872).
Dokumente und Materialien,
Berlin 1964, S. 262.

71

Beschluß des Kongresses der Internationalen Arbeiterassoziation in Brüssel über das Eigentum an Grund und Boden, Bergwerken, Eisenbahnen usw., angenommen am 13. September 1868

Eigentum an Grund und Boden,
Bergwerken, Eisenbahnen usw.

1. In bezug auf Bergwerke, Kohlengruben, Eisenbahnen usw.:

In Erwägung,

daß diese gewaltigen Produktivkräfte der Erde einverleibt sind und einen großen Teil des Bodens, der für alle vorhandenen Gabe der Natur, einnehmen,

daß sie nur durch Maschinerie und kollektive Arbeitskraft bearbeitet werden können,

daß die Maschinerie und die kollektive Arbeitskraft, die heute nur zum Nutzen der Kapitalisten besteht, in Zukunft dem ganzen Volke zugute kommen sollte,

beschließt der Kongreß:

a) daß die Steinbrüche, Kohlengruben und anderen Bergwerke ebenso wie die Eisenbahnen in einem geordneten Zustand der Gesellschaft der Gemeinschaft gehören sollten, die vom Staate, der selbst den Rechtsgesetzen unterworfen ist, repräsentiert wird;

b) daß die Steinbrüche, Kohlengruben und anderen Bergwerke und die Eisenbahnen vom Staate nicht Kapitalistenvereinigungen überlassen werden, wie das jetzt der Fall ist, sondern Arbeitergesellschaften, die durch Vertrag gebunden sind, der Gesellschaft die rationelle und wissenschaftliche Betriebsweise der Eisenbahnen usw. zu einem Preis zu garantieren, der soweit wie möglich dem Arbeitsaufwand angenähert ist. Derselbe

Vertrag sollte dem Staate das Recht vorbehalten, die Rechnungen der Gesellschaften zu prüfen, um die Möglichkeit einer Neubildung von Monopolen zu verhindern. Ein zweiter Vertrag sollte die gegenseitigen Rechte jedes Mitglieds der Gesellschaften gegenüber seinen Mitarbeitern garantieren.

2. In bezug auf landwirtschaftliches Eigentum:

In Erwägung, daß die Bedürfnisse der Produktion und die Anwendung der bekannten agronomischen Gesetze Anbau im großen Maßstab erfordern und die Einführung von Maschinerie sowie die Organisation der landwirtschaftlichen Arbeitskraft notwendig machen und daß die moderne ökonomische Entwicklung im allgemeinen zur Agrikultur im großen Maßstab neigt,

in Erwägung, daß infolgedessen landwirtschaftliche Arbeit und Eigentum an urbarem Boden den Bergwerken gleichgestellt werden sollte,

in Erwägung, daß die produktiven Bodenschätze den Rohstoff für alle Produkte darstellen, die primäre Quelle aller Produktionsmittel und aller Bedürfnisse sind, in deren Erzeugung keine Arbeit eingeht,

ist der Kongreß der Ansicht, daß die ökonomische Entwicklung der modernen Gesellschaft die soziale Notwendigkeit schaffen wird, das Ackerland in Gemeineigentum der Gesellschaft zu verwandeln und den Boden im Namen des Staates landwirtschaftlichen Gesellschaften unter den gleichen Bedingungen zu überlassen, wie sie in bezug auf Bergwerke und Eisenbahnen genannt wurden.

3. In bezug auf Kanäle, Landstraßen und Telegraphie:

In Erwägung, daß die Landstraßen und anderen Verkehrsmittel eine einheitliche gesellschaftliche Leitung erfordern, ist der Kongreß der Ansicht, daß sie Gemeineigentum der Gesellschaft bleiben sollten.

4. In bezug auf Waldungen:

In Erwägung, daß die Überlassung von Waldungen an Privatpersonen zur Vernichtung der Wälder führt, die für die Erhaltung der Wasserquellen und selbstverständlich für die gute Bodenbeschaffenheit sowie für die Gesundheit und das Leben der Bevölkerung notwendig sind, ist der Kongreß der Ansicht, daß die Waldungen Eigentum der Gesellschaft bleiben sollten.

The International Working Men's Association.
Resolutions of the Congress of Geneva, 1866,
and the Congress of Brussels, 1868,
London, o. J., S. 12/13.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872),
Dokumente und Materialien,
Berlin 1964, S. 263–265.

72

Schreiben der Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation in Solingen an Karl Marx vom 6. April 1869

Lieber Marx! Solingen, den 6. April 1869

Da es schon mehrmals in unserer Sektion zur Sprache kam, Dich um die Zusendung Deines Porträts zu ersuchen, weil wir auch unsern alten Becker, Leßner, Lassalle etc. in unserem Lokale hängen haben, so wurde ich beauftragt, Dir zu schreiben, daß Du uns die Zusendung Deines Porträts doch nicht enthalten wolltest und uns selbiges je eher je lieber zuschicken! Wir wissen, daß Dir der Personenkultus verächtlich ist; wenn wir Dich um Dein Porträt ersuchen, so geschieht es nur, um ein Andenken zu haben.

Die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Barmen-Elberfeld hat, wie Dir bekannt sein wird, den Personenkultus des Dr. v. Schweitzer ziemlich zertrümmert und hat die Mauer des allein heilbringenden Dusels, welche eine herrschsüchtige Diktatorschaft um denselben gezogen, zertrümmert, indem sie den Anschluß, soweit ihn das Gesetz erlaubte, an die Internationale Arbeiterassoziation ausgesprochen etc.

Bebel und Liebknecht traten daselbst energischst auf für die internationalen Prinzipien, und sie, wie viele Delegierten der Generalversammlung, gingen in ihren Anklagen Schweitzer derb zu Leibe, welcher sich nicht selbst verteidigen wollte, wie er zuvor erklärte. An dem selbstbewußten Auftreten der Delegierten vieler, wenn auch nicht aller, sah man, daß sich in diesem Vereine auch noch viele lebensfähige Elemente befinden; unsere Sektion sowie die ganze Internationale Arbeiterassoziation wird sich stärken, denn was bleibt den vereinzelten und gesplitterten Arbeiterparteien anders als der Anschluß an die Internationale Arbeiterassoziation übrig.

Wenn man die Berichte über den Wahlkampf in Frankreich liest, sollte man annehmen, die Stunde des Kampfes hätte bereits geschlagen, wo wir das dreifache Joch für immer vernichten werden. O, daß wir uns hierin nicht täuschten!

Im Auftrage der Solinger Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation
mit Brudergruß und Handschlag
F. W. Moll

Adr.: Carl Klein
Goldstraße
Solingen

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872),
Dokumente und Materialien, Berlin 1964, S. 325/326.

73

Aus dem Aufruf des Organisationskomitees zur Teilnahme am Gründungskongreß der Internationalen Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerksgenossenschaft, 10. April 1869

Aufruf

an alle Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, als: Weber, Tuch-, Buckskin- und Zeugmacher, Wirker und Posamentierer, Spinnerei-, Appretur- und Färberei-Arbeiter sowie Fachverwandte jeglicher Stellung und beiderlei Geschlechts

Gewerksgenossen!

Im Auftrage von mehr als 800 Köpfen der benannten Berufsarten am hiesigen Orte wenden wir uns an Euch in einer für uns alle hochwichtigen Sache.

Die moderne kapitalistische Produktion macht sich von Jahr zu Jahr in einer für uns immer fühlbareren Weise geltend. Die stets zunehmende Konkurrenz, die immer großartiger sich entwickelnde Großproduktion, verbunden mit Krisen, welche durch den das Mark der Völker aussaugenden Militarismus noch verschärft werden, haben unsere soziale Stellung immer schlimmer gemacht und sie auf einen Punkt herabgedrückt, wo Abhilfe auf das dringendste not tut.

Rings um uns sehen wir die Berufsgenossen der verschiedensten Industriezweige, die unter gleichen Ursachen wie wir leiden, sich zusammenscharen, um den Kampf gegen ein System aufzunehmen, das in seinen Konsequenzen die vollständige Unterdrückung und Aussaugung des arbeitenden Volkes herbeiführen muß. Vereinigung! Organisation! ist der Ruf und die Losung der Unterdrückten aller Völker. Auch wir wollen einstimmen in diesen Ruf und handeln, wie es Leuten geziemt, die gestählt sind im täglichen Kampfe um das nackte Dasein. Organisieren wir uns, bilden wir eine Internationale Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts!

Denn auch unsere Frauen und unsere Töchter sind hereingerissen und als eine zwiefach kostbare Beute schmachvoll preisgegeben in diesem Krieg aller gegen alle.

Das unterzeichnete Komitee, von der hier am 10. Febr. ds. J. durch zirka 300 Genossen gegründeten Internationalen Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerksgenossenschaft betraut mit den Vorarbeiten für Einberufung eines allgemeinen Kongresses der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, hat sich freudig dieser Aufgabe unterzogen und einen Statutenentwurf ausgearbeitet, den wir unsern Gewerksgenossen von nah und fern zur Beratung und Beschlußfassung unterbreiten wollen.

Zu diesem Behufe laden wir alle Manufaktur-, Fabrik- und Hand-

arbeiter ein, auf Grund dieses Statutenentwurfs sich uns anzuschließen und Abgeordnete zu schicken zu dem Kongreß der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, der die Pfingstfeiertage in Leipzig stattfinden soll.

Den Statutenentwurf nebst anderen nötigen Mitteilungen werden wir gedruckt in entsprechender Zahl allen uns bekannten Personen, Vereinen und Verbindungen, von denen wir eine Förderung unseres Vorhabens erhoffen dürfen, zusenden. Auch fordern wir die befreundete Presse auf, unsere Sache zu unterstützen. Uns unbekannte Freunde, welche keine Sendung bekommen, bitten wir, sich direkt und franko an den Mitunterzeichneten Jul. Motteler in Crimmitschau zu wenden ...

Gewerksgenossen! Wir hoffen zuversichtlich, daß Ihr unserem Rufe zahlreich Folge leistet. Tretet zusammen, schließt Euch an uns an und sendet Leute Eures Vertrauens, die ernst und gewissenhaft beraten, was uns allen frommt und uns von Druck und Not befreien hilft!

Das Organisationskomitee
der Internationalen Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Genossenschaft

Crimmitschau, den 10. April 1869

J. A. Wiesel, G. Stemmler, Walker; Frau Wilhelmine Weber, Frau Peuschel, Handarbeiterinnen; Franz Feustel, Hermann Huhl, Handarbeiter; H. E. Müller, J. Motteler, Ludwig Mehlhorn, H. Sachse, Ed. Wilhelm, Tuchmacher; C. F. Gutmann, Ernst Stehfest, Weber; F. Gerhold, Daniel Körbe, Karl Vogel, Feuerleute; J. Ranfft, Spinner; J. G. Sommer, Krempelmeister; M. Thilo, Strumpfwirker.

Demokratisches Wochenblatt (Leipzig),
17. April 1869.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872),
Dokumente und Materialien,
Berlin 1964, S. 328–330.

74

Einladung eines Komitees von Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins an Wilhelm Liebknecht zur Teilnahme an einer Volksversammlung im Harz vom 1. Juni 1869

Wolfenbüttel, den 1. Juni 1869

Herrn Liebknecht, Redakteur des „Dem[okratischen] Wochenblatts", Leipzig.

Die Mit[glieder] des Allg[emeinen] Deutsch[en] Arb[eiter]vereins in hiesiger Gegend beabsichtigen, im Monat Juli auf dem Harze ein großes Arbeiterfest mit Volksversammlung zu veranstalten, zu welchen freundlichst Sie einzuladen das unterzeichnete Komitee sich hierdurch erlaubt. Sollte wider Erwarten Ihnen die Annahme unserer Einladung unmöglich sein, so bitten wir, dieselbe an Herrn Bebel übertragen zu wollen.

Die Tagesordnung der Versammlung wird etwa folgendermaßen lauten:

1. Die Republik als demokratische Forderung der Arbeiterpartei.
2. Der Sozialismus als wirtschaftliche Forderung der Arbeiterpartei.
3. Die Internationale Arbeiterassoziation.

Das Komitee, von der Überzeugung ausgehend, daß bei der Arbeiterpartei „ein jeder nach seiner Fasson selig werden möge", hat sich verpflichtet gehalten, lediglich die Endziele der gesamten Arbeiterpartei auf die Tagesordnung zu setzen, eine Erörterung dieser oder jener Organisation aber auszuschließen, und erwartet dasselbe, daß durch die klar ausgesprochene Erklärung einer solchen Riesen-Versammlung (10 bis 15 000 sind uns bei einigermaßen günstiger Witterung gewiß), „daß die Endziele aller Fraktionen der Arbeiterpartei die gleichen sind", ein bedeutender Eindruck auf die Bourgeoisie resp. deren Vertreter gemacht werde.

Das Komitee gibt sich der Hoffnung hin, daß Sie, unserer Einladung folgend, diese von uns prokurierte Versammlung mit Ihrer Gegenwart beehren werden; Ihre gefällige Antwort wollen Sie an den Vorsitzenden des Komitees, H. W. Bracke jun. Braunschweig, zu richten die Güte haben.

Ort, Zeit und ausführliches Programm werden Ihnen mitzuteilen nicht verfehlen.

Mit sozialdemokratischem Gruß
das Arbeiter-Festkomitee
i. A. S. Schömers
Schriftführer

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv.

75

Einberufung eines allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongresses nach Eisenach, 17. Juli 1869

An die deutschen Sozialdemokraten

Parteigenossen!

In der jüngsten Zeit haben sich im Schoße unserer Partei Ereignisse vollzogen, die jeden ehrlichen Sozialdemokraten mit Freude erfüllen müssen. Der Bann, welcher bisher auf der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung lastete, ist gebrochen; die Selbstsucht einzelner, welche sich wie ein spaltender Keil in das Mark, in das Herz unserer Partei geschoben, ist entlarvt und niedergeschmettert; und es gilt nun, rasch zu handeln, damit die Früchte des Sieges uns nicht wieder entrissen werden und damit aus der heilsamen Revolution, welche sich soeben vollzogen hat, die Prinzipienreinheit und die einheitliche Organisation hervorgehn mögen, ohne die unsere Partei den ihr gebührenden Einfluß nicht ausüben, die ihr innewohnende Kraft nicht entfalten kann.

Lange, leider zu lange, war es dem Egoismus und der Bosheit einzelner möglich, die Partei in sich zu verfeinden. Doch eine neue Zeit ist angebrochen; mit ehernem Finger zeigt sie uns auf die Notwendigkeit hin, die Partei der gesamten sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands in sich zu einigen und dieselbe in die richtige, einzig zum Siege führende Bahn der auf internationaler Grundlage beruhenden, großen Arbeiterbewegung hinüberzuleiten.

Wer, der ein aufrichtig denkender Sozialdemokrat ist, sollte sich dieser Notwendigkeit verschließen können? Wer sollte die unberechenbaren Vorteile für unsere Partei nicht ahnen, die sich aus einer derartigen Einigung auf Grund einer gemeinsamen Organisation, eines gemeinsamen Programms, eines gemeinsamen Auftretens in der politisch-sozialen Welt ergeben? – Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die große überwältigende Mehrheit unserer Parteigenossen der besseren Erkenntnis huldigt, daß sie gern und freudig die Hand zu dem stolzen Werke bietet, das endlich unsere Partei zur großartigen und wirksamen Machtentfaltung befähigt!

Von dieser Überzeugung durchdrungen, haben wir uns auf einer in Braunschweig am 6. Juli ds. Js. stattgehabten Konferenz über die hierzu zunächst erforderlichen Schritte völlig verständigt und berufen hiermit in Gemäßheit des dort gefaßten Beschlusses einen allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongreß auf Sonnabend, den 7. August, Sonntag, den 8. August, und Montag, den 9. August, nach Eisenach.

Auf die Tagesordnung des Kongresses sind, unbeschadet weiterer Anträge, folgende Punkte gesetzt:

1. Die Organisation der Partei.
2. Das Parteiprogramm.
3. Das Verhältnis zur Internationalen Arbeiterassoziation.
4. Das Parteiorgan (Blatt).
5. Die Vereinigung der Gewerkschaften (Gewerks-Genossenschaften).

Die auf diese fünf Punkte der Tagesordnung sich beziehenden spezielleren Anträge, z. B. Vorlage betreffs der Parteiorganisation usw., werden ihrem Wortlaute nach spätestens Ende ds. Mts. gedruckt versandt werden.

Die Delegierten (Abgeordneten) zum Arbeiterkongreß haben sich durch ein Mandat (Vollmacht), worin der Ort, für den sie abgeordnet sind, sowie die Zahl ihrer Wähler, die sie vertreten, angegeben sein muß, zu legitimieren. Es kann solche Legitimation erfolgen entweder durch Mandate, welche im Namen von Vereinen oder deren Mitgliedschaften oder welche auch im Auftrage von zum Zwecke der Beschickung des Kongresses stattgehabten Volksversammlungen ausgestellt sind, oder endlich auch Mandate, welche mit den Unterschriften der an einem Orte anwesenden Parteigenossen versehen sind. Mehrere Orte, denen es zu schwer wird, je einen Delegierten zu senden, mögen zusammentreten, um mindestens gemeinsam einen Delegierten abzuordnen.

Es ist dringend notwendig, daß der Kongreß schon am Sonnabend, dem 7. August, abends 8 Uhr, eröffnet wird, damit die Wahl des Büros und die Feststellung der Geschäftsordnung erfolgen kann, weshalb denn auch die Delegierten noch an diesem Tage (7. August) in Eisenach eintreffen wollen.

Wir geben uns der frohen Hoffnung hin, daß von allen Orten des großen Gesamtdeutschlands, wo die Arbeit im Kampfe mit der Kapitalmacht, wo der Volkswille gegen die staatliche Reaktion tagtäglich im Ringen nach Freiheit begriffen ist, Vertreter zum Kongreß abgeordnet werden – wir hoffen es zum Wohle und Wachstum der Partei, welche die politischen und sozialen Rechte des gedrückten Volkes mit Flammenschrift auf ihre Fahne schrieb.

Auf, Parteigenossen, zu wirken für den allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß, zu wirken durch ihn für die Größe und Einheit der Partei!

Mitglieder des ehemaligen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins:

J. Bremer in Magdeburg; Hoffmann in Neustadt-Magdeburg; W. Klees in Buckau bei Magdeburg; Th. Yorck, Lehmann in Harburg; August Geib in Hamburg, Rödingsmarkt 12, M. Ockelmann, Rudolph Praast, E. Hokkemeyer, Joh. Levien, Ed. Prey, H. Schultz, H. Engel in Hamburg; v. Daacke, Wäge, Eckstein in Altona; Aug. Dreyer, Hingstmann, W. Lehnhoff in Celle; E. Heyder in Bremen; W. Bracke jr., H. Ehlers, C. Lü-

decke, A. Schrader in Braunschweig; Dr. E. Kirchner in Hildesheim; C. F. Varnecke in Peine; C. Müller, S. Spier, A. Viewieg in Wolfenbüttel; Kayser, Oesterreich, Salm in Erfurt; Th. Riemann in Eisenach; J. Nippoldt, Sauerteig in Gotha; Rudolph Blanchard in Altenburg; L. Albani, C. W. Schumann in Limbach; Fr. Polling in Dessau; G. Kauffenmeyer in Gera; C. Knieling, Dr. A. O. – Walster in Dresden; F. Breuer in Breslau; Fr. Ellner in Frankfurt a. M.; L. Jelle in Augsburg; Rüdy in Freiburg i. Br.; E. Müller in Biebrich; L. v. Bonhorst, Carl Stück in Wiesbaden; B. Henning in Koblenz; C. Berg, Schob in Köln; Ernst Wilke namens der Parteigenossen zu Ronsdorf; Leyendecker in Mainz; J. M. Hirsch in Winkel i. Rheingau; R. Feyer jr. in Osnabrück; C. Sartor in Schwelm; A. C. Leiverkus in Barmen; C. Naters in Halberstadt; Aug. Günscht, A. Welke in Frankenhausen; Louis Schumann, A. Ellinger in Berlin.

Mitglieder des Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins: Carl Freundschuh in Chemnitz, Präsident des Vereins; A. Brühl, Gustav Wunsch in Harthau bei Chemnitz.

Die deutsche Abteilung der Internationalen Arbeiterassoziation in Genf:
Joh. Ph. Becker, Präsident; Remy, Sekretär.

Das Zentralkomitee der deutschen Arbeitervereine der Schweiz in Genf: Quick, Präsident; Hoferer, Arnold; Amand Goegg, Redakteur des „Fellеisen".

Deutsch-republikanischer Verein und deutscher Arbeiterverein in Zürich:
Dr. Ladendorf, H. Greulich, F. Beust, Seelos.

Für die Arbeiter Österreichs:
H. Oberwinder, H. Hartung in Wien; W. Beschan, A. Macher, A. Straßer in Graz.

Der Verband der Deutschen Arbeitervereine:
Für den Vorort Leipzig: Bebel, Vorsitzender; Baer, Schriftführer; Hadlich, Kassierer; Ullrich, Schmalz, Martin, Thebus, Beisitzer; Liebknecht, Redakteur des Vereinsorgans „Demokratisches Wochenblatt"; Seifert, Taute, E. Werner in Leipzig; J. Vahlteich, Kobitzsch, W. Müller in Dresden; J. Motteler, E. Stehfest, Stolle, E. Müller in Crimmitschau; Eberlein, Wohlfahrt, Hermann in Meerane; Albert, Uhlig in Glauchau; Scherf, Schubert in Werdau; Krauße in Mülsen St. Jakob; Demmler in Geyer; Wilhelm, Schmiedel, Bohne in Hohenstein-Ernstthal; Kölz, Mathes in Lichtenstein-Callnberg; A. Fischer, H. Grunert in Mittweida; Frick, En-

gelmann in Hainichen; Hesse, R. Teuscher in Großenhain; Löscher in Reichenbach i. V.; Hupfer in Lunzenau; Jungnickel, Hering, Uhlemann in Lugau; H. Päßler, Fr. Wolf in Thurm; Wilh. Krannich, H. Müller in Burgstädt; Engelhardt in Ronneburg; Brätter in Gera; Dr. Sy in Jena; A. Müller, Kraft in Weimar; Heimann, Rüger, Franz Göpfert in Coburg; Löwenstein in Fürth; Rüll, J. Faaz, Carl Hirsch, J. Siebert, K. Böhm in Nürnberg; R. Notz in Stuttgart; Schoeck, Banzhaf, Waelde in Eßlingen; F. Simon, Holzbauer in Aalen; Fr. Wilhelmy in Geißlingen; Karl Bürger, G. Bronnenmayer, Kuttner in Göppingen; Hetsacker, Koth in Reutlingen; W. Atz in Hall; Teufel in Tuttlingen; Eckert in Giengen i. B.; Stier in Rottweil; Dorn in Apolda; Zierfaß, P. Stumpf in Mainz; C. Klein, F. W. Moll, C. Kepping, C. v. Gießen, Ed. Müller, G. Mayer, P. Wirtz, F. Höstery in Solingen; Rob. Hülsiep, Otto Röll, H. Hillmann, R. Schmelzer, G. Walter in Barmen-Elberfeld; Kuhlmann in Bielefeld; Szymanowski, Beuthner, K. Sieland in Luckenwalde; Fr. Milke, Th. Metzner, Wilh. Eichhoff, H. Havenith, A. Reimann, L. Aron, G. Kärger, W. Wellner, H. Vogel, Ad. Kuntze, H. Peter in Berlin.

Demokratisches Wochenblatt (Leipzig),
17. Juli 1869.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872),
Dokumente und Materialien,
Berlin 1964, S. 385–389.

76

Beschluß über die Gewerkschaftspolitik, angenommen auf dem Gründungskongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach am 9. August 1869

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei betrachtet es als eine Pflicht eines jeden Parteigenossen, auf eine Einigung der Gewerkschaften mit allen Mitteln hinzuwirken, hält aber als Bedingung fest, daß die Gewerkschaften sich von dem Arbeiterschafts-Präsidium des Herrn v. Schweitzer lossagen. Zugleich empfiehlt der Kongreß die weitere Bildung von Gewerksgenossenschaften auf internationaler Grundlage.

Protokoll über die Verhandlungen
des Allgemeinen Deutschen sozial-demokratischen Arbeiterkongresses
zu Eisenach am 7., 8. und 9. August 1869,
Leipzig 1869, S. 70/71.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872),
Dokumente und Materialien,
Berlin 1964, S. 404.

77

Brief Bruno Gutsmanns an Karl Marx vom 7. Dezember 1869

Breslau, den 7. Dezember 1869

Hochgeschätzter Herr!

Selbst Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation, wendet sich Unterzeichneter an Sie, als den Sekretär derselben, mit der Bitte um Hilfe.

In dem Waldenburger Kohlendistrikt haben zirka 8000 Mann die Arbeit niedergelegt. Dr. Max Hirsch, der „Polizeidiener der Bourgeoisie", welcher die Gewerkvereine doch nur deshalb organisiert, um den Klassenbestrebungen der Arbeiter entgegenzutreten, hat daselbst bedeutenden Anhang.

Wir haben die Sache der streikenden Arbeiter zu der unsrigen gemacht; und Sie werden begreifen, daß, wenn die Internationale hier, und zwar siegreich, auftritt, wir ungeheuer gewonnen haben.

Schon hat die (zu Eisenach gegründete) Sozialdemokratische Arbeiterpartei die Sache in die Hand genommen. Es begaben sich sonntags einzelne von uns in die dortige Gegend, um zum Festhalten aufzufordern und die Hilfe der Internationalen in Aussicht zu stellen.

Werter Herr! Wir verehren in Ihnen den Gründer der Internationalen Arbeiterassoziation, den Verfasser von „Das Kapital" – werfen Sie jetzt einmal das Gewicht Ihrer Stimme in die Waagschale zugunsten von 8000 Arbeitern. Veranlassen Sie den Generalrat sofort Aufrufe und Sammlungen zu veranstalten. Lassen Sie selbige an die Redaktion des „Volksstaat" (Liebknecht, Braustr. 11, Leipzig) schnell abschicken.

Der Strike [Streik] ist von größter Wichtigkeit; wenn jedoch nicht auch andere Länder herangezogen werden, könnte er leicht scheitern.

Ich habe mich begeistern lassen von der Idee, die in der Internationalen Arbeiterassoziation liegt; lassen Sie dieselbe jetzt helfend und schützend auftreten, und gleich mir werden Tausende sich für sie begeistern, und der Ruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch" wird immer mehr um sich greifen – zur Verzweiflung der aussaugenden Vampire.

Mit größter Hochachtung

B. Gutsmann, Tischler
Breslau, Werderstr. 22

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872),
Dokumente und Materialien,
Berlin 1964, S. 435/436.

78

Beschluß des Kongresses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Stuttgart zur Grund-und-Boden-Frage, angenommen am 6. Juni 1870

In Erwägung, daß die Erfordernisse der Produktion, wie die Anwendung der Gesetze der Agronomie – wissenschaftlichen Bewirtschaftung des Bodens –, den Großbetrieb beim Ackerbau erheischen und, ähnlich wie in der modernen Industrie, die Einführung von Maschinen und die Organisation der ländlichen Arbeitskraft notwendig machen, und daß im allgemeinen die moderne ökonomische Entwicklung den Großbetrieb im Ackerbau erstrebt; – in Erwägung, daß demgemäß bei dem Ackerbau wie bei der Großindustrie die allmähliche Verdrängung der kleinen und mittleren Eigentümer durch die Großbesitzer vor sich geht, das Elend und das Abhängigkeitsverhältnis der weitaus größten Mehrzahl der Ackerbaubevölkerung zugunsten einer kleinen Minorität stetig zunimmt und dies den Gesetzen der Humanität und Gerechtigkeit zuwiderläuft; – in Erwägung, daß die produktiven Eigenschaften des Bodens, die keine Arbeit erheischen, das Material aller Produkte und aller brauchbaren Dinge bilden: spricht der Kongreß die Ansicht aus, daß die ökonomische Entwicklung der modernen Gesellschaft es zu einer gesellschaftlichen Notwendigkeit machen wird, das Ackerland in gemeinschaftliches Eigentum zu verwandeln und den Boden von Staats wegen an Ackerbaugenossenschaften zu verpachten, welche verpflichtet sind, das Land in wissenschaftlicher Weise auszubeuten und den Ertrag der Arbeit nach kontraktlich geregelter Übereinkunft unter die Genossenschafter zu verteilen. Um die vernünftige und wissenschaftliche Ausbeutung des Grund und Bodens zu ermöglichen, hat der Staat die Pflicht, durch Errichtung entsprechender Bildungsanstalten die nötigen Kenntnisse unter der ackerbautreibenden Bevölkerung zu verbreiten. Als Übergangsstadium von der Privatbewirtschaftung des Ackerlandes zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung fordert der Kongreß, mit den Staatsdomänen, Schatullengütern, Fideikommissen, Kirchengütern, Gemeindeländereien, Bergwerken, Eisenbahnen zu beginnen, und erklärt sich deshalb gegen jede Verwandlung des oben angeführten Staats- und Gemeindebesitzes in Privatbesitz.

Protokoll über den ersten Congreß
der social-demokratischen Arbeiterpartei
zu Stuttgart am 4., 5., 6. und 7. Juni 1870,
Leipzig 1870, S. 16a.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872),
Dokumente und Materialien,
Berlin 1964, S. 481/482.

79

Resolution einer Arbeiterversammlung in Augsburg gegen den Krieg, angenommen am 18. Juli 1870

Die heutige allgemeine Arbeiterversammlung erklärt:

Der gegenwärtige Krieg, weil nicht durch Interessen des Volkes, des deutschen sowie des französischen, bedingt, ist verdammenswert vom Standpunkte des fühlenden Menschen, des Sozialisten, des Republikaners.

Da aber eine rein verneinende Haltung der vorliegenden Frage gegenüber in gegenwärtiger Zeit nicht denkbar, so erklärt die heutige Arbeiterversammlung weiter wie folgt:

Deutsche, angegriffen durch den Mörder aller Volksfreiheiten, durch den Dezembermann Louis-Napoleon, haben die Pflicht, mit allen ihren Kräften für die Verteidigung des heimatlichen Bodens einzustehen.

Der Kampf gegen die ebenfalls freiheitsmörderischen Gelüste Bismarcks und des Preußenkönigs ist dadurch nicht aufgegeben; in erster Linie für den Deutschen steht aber, sich den fremden Tyrannen vom Halse zu halten.

Möge die Sonne der Freiheit aus der Niederlage des Henkers der Freiheit Frankreichs hervorleuchten!

Der Volksstaat (Leipzig),
27. Juli 1870.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872),
Dokumente und Materialien,
Berlin 1964, S. 512.

80

Aus dem Aufsatz Heinrich von Treitschkes „Was fordern wir von Frankreich?" vom August 1870

Überall, wo Deutsche wohnen, bis zu den fernen Kolonien jenseits des Meeres, flattern die Fahnen vor den Fenstern, Glockengeläut und Kanonendonner verkünden Sieg auf Sieg. Wir wissen alle: Noch drei schwere Schläge, in Metz, in Straßburg, in Paris, und der Krieg ist glorreich beendet. Wer sich der bitteren Scham noch erinnert, die wir seit dem Tage von Olmütz durch so viele Jahre im Herzen trugen, dem ist heut oft, als ob er träume. Die Nation kann ihres Sieges nicht aus voller Seele sich freuen. Zu gräßlich sind die Opfer, die er heischte, zu lächerlich ungleich der Einsatz in dem blutigen Spiele: Da sinkt die Blüte deutscher Jugend im Kampfe wider Turcos und Lanzknechte! Aus dem Kummer um die gefallenen Helden erhebt sich den Deutschen der feste Entschluß, den

Kampf hinauszuführen bis zum letzten Ende. König Wilhelm, der so oft in diesen Wochen seinem Volke das Wort von den Lippen nahm, hat bereits feierlich verheißen, der Friede solle solcher Opfer würdig sein ...

So bleibt unserer Presse nur die Pflicht, die stillen unbestimmten Hoffnungen, die jede Brust bewegen, zu klarem Bewußtsein zu erwecken, auf daß beim Friedensschlusse ein fester durchgebildeter Nationalstolz schirmend hinter unseren Staatsmännern stehe. Als Deutschland zum letzten Male in Paris den Frieden diktierte, da haben wir schmerzlich gebüßt, daß den deutschen Diplomaten ein solcher Rückhalt fehlte.

Der Gedanke aber, welcher, zuerst leise anklopfend wie ein verschämter Wunsch, in vier raschen Wochen zum mächtigen Feldgeschrei der Nation wurde, lautet kurzab: heraus mit dem alten Raube, heraus mit Elsaß und Lothringen!

Preußische Jahrbücher,
hrsg. von H. v. Treitschke u. W. Wehrenpfennig,
sechsundzwanzigster Bd.,
Berlin 1870, S. 367/368.

81

Manifest des Ausschusses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vom 5. September 1870

An alle deutschen Arbeiter!

Eine neue unerwartete Wendung der Dinge ist eingetreten. Napoleon ist in deutscher Gefangenschaft, in Paris ist die Republik erklärt und eine republikanische Regierung eingesetzt worden. Nach zwanzigjährigem schmachvollem Bestehen des zweiten Kaiserreichs hat sich das französische Volk in der Stunde der größten Bedrängnis ermannt und seine Geschicke in seine Hände genommen. Es hat sich losgesagt von dem Manne, von dem es sich 20 Jahre hatte knechten lassen und der endlich diese Bedrängnis auf Frankreich herabbeschworen. Ein „Hurra" der französischen Republik!

Mit dieser Wendung der Dinge ist, so hoffen wir, das Ende des Krieges gewiß. Solange die napoleonischen Söldnerscharen Deutschland bedrohten, war es unsere Pflicht, als Deutsche den „Verteidigungskrieg, den Krieg um die Unabhängigkeit Deutschlands" zu führen. Ein solcher Verteidigungskrieg schließt nicht aus, daß man den Feind angreife; er schließt, wie jeder Krieg, ein, daß letzterer zum Frieden gezwungen wird. Daher mußten wir selbst dann noch den deutschen Heeren den Sieg wünschen, als die unmittelbare Bedrohung der deutschen Grenzen beseitigt und unser braves Heer mitten in Frankreich hineingedrungen war; freudig

bewegten uns die in unerhörter Tapferkeit, in großartigster Todesverachtung von unseren deutschen Brüdern errungenen glorreichen Siege. Und gewiß können wir stolz darauf sein, einem solchen Heldenvolke anzugehören. Aber mehr als je ist es jetzt, in dem Bewußtsein des ruhmvollsten Sieges, unsere Pflicht, uns nicht zu berauschen in dem wilden Siegestaumel, „der so leicht der Menschen Geister berückt", sondern kühl und besonnen uns zu fragen nach dem, was wir jetzt zu tun haben. Doppelt ist dies unsere Pflicht der neuen Wendung der Dinge gegenüber.

Die neue Volksregierung muß und wird den Frieden mit Deutschland zu erreichen suchen, sie muß und wird die Kriegserklärung des Napoleoniden zurückziehen.

War es das französische Volk, das uns den Krieg erklärte? Nein! Der Napoleonide war es; von ihm hat das deutsche Schwert nunmehr Frankreich befreit und Frankreich hat mit ihm endgültig gebrochen. Lassen wir uns nicht beirren durch den Umstand, daß das siegreiche Vorschreiten der deutschen Heere dem Kriege mehr und mehr die Herzen der Franzosen gewann. Eine große Nation kann den Feind auf ihrem Boden unmöglich lange erdulden. So berechtigt die Begeisterung war, die das deutsche Volk in dem Gedanken einte, daß die Unantastbarkeit des deutschen Bodens und die Unabhängigkeit des deutschen Vaterlandes zu wahren seien, so erklärlich ist es, daß Frankreich, zeitweilig den Mann vergessend, der sein Unglück verschuldet, nur daran dachte, das Land von dem Feinde zu befreien. Dieser Gedanke wird auch heute, wo Frankreich wieder Herr seiner Geschicke geworden, die französischen Herzen beherrschen. Aber die heutige Volksregierung wird sich dessen bewußt sein, daß das französische und das deutsche Volk zwei Brudervölker sind, die beide dieselben Interessen, die beide die heilige Pflicht haben, im Geiste der Neuzeit zusammenzugehen und in den Künsten des Friedens zu wetteifern. Die heutige Volksregierung wird Frankreich von dem „Feinde" zu befreien suchen durch den Frieden.

Aber dieser Frieden muß für diese Regierung möglich sein, d. h. es muß ihr ein ehrenvoller Frieden gestattet werden. Wahrlich, Frankreich ist dafür, daß es die Schmach des zweiten Kaiserreiches so lange geduldet, genugsam gestraft, und eine Pflicht des deutschen Volkes ist es, ja in seinem eigenen Interesse liegt es, einen ehrenvollen Frieden der französischen Republik zu gewähren. Es ist die Pflicht des deutschen Volkes, denn auch das deutsche Volk wird sich dessen bewußt sein, daß es nicht seine Aufgabe sein kann, einem großen Brudervolke den Fuß auf den Nacken zu setzen, noch in gegenseitigen Kämpfen sich aufzureiben, sondern daß es dieselbe Pflicht hat, wie Frankreich gegen Deutschland, die Pflicht, gemeinsam mit Frankreich im Geiste der Neuzeit zu wirken. Im Interesse Deutschlands liegt ein ehrenvoller Frieden mit Frankreich, denn ein

schimpflicher Frieden würde nichts sein als ein Waffenstillstand, geschlossen bis dahin, wo Frankreich sich wieder stark genug fühlt, den Schimpf von sich abzuwälzen. Vor allem aber ist es die Pflicht der deutschen Arbeiter, denen die Einheit der Interessen zwischen dem deutschen und dem französischen Volke zur heiligen Überzeugung geworden ist, die in den französischen Arbeitern nur ihre Brüder sehen, mit denen gleiches Los und gleiches Streben sie einen, solchen Frieden für die französische Republik zu verlangen. An den deutschen Arbeitern ist es, auszusprechen, daß sie, im Interesse Frankreichs und Deutschlands, nicht gesonnen sind, eine Beschimpfung des französischen Volkes zu dulden, nachdem dasselbe sich endgültig von dem infamen Friedensbrecher losgesagt.

Die deutschen Arbeiter haben daher sofort in Masse ihre Stimme zu erheben für einen ehrenvollen Frieden mit dem französischen Volke.

Kommt der Frieden jetzt nicht zustande, so wird entweder die französische Republik im Blute der Republikaner, im Blute des französischen Volkes erstickt werden – und vor Scham müßte in solchem Falle Deutschland vergehen –, oder aber das freie Frankreich wird wieder, wie zur Zeit der großen Revolution, „die Fremden" glorreich besiegen. Darum nochmals: „Einen ehrenvollen Frieden für Frankreich!"

Aber man sagt uns, es sei zum mindesten nötig, daß Frankreich Elsaß und Lothringen genommen wird.

„Die Militärkamarilla, Professorenschaft, Bürgerschaft und Wirtshauspolitik" – so schreibt uns einer unserer ältesten und verdientesten Genossen in London [Karl Marx] – „gibt vor, dies sei das Mittel, Deutschland auf ewig vor Krieg mit Frankreich zu schützen. Es ist umgekehrt das probateste Mittel, diesen Krieg in eine europäische Institution zu verwandeln. Es ist in der Tat das sicherste Mittel, den Militärdespotismus in dem verjüngten Deutschland zu verewigen als eine Notwendigkeit zur Behauptung eines westlichen Polens, des Elsaß und Lothringens. Es ist das unfehlbarste Mittel, den kommenden Frieden in einen bloßen Waffenstillstand zu verwandeln, bis Frankreich soweit erholt ist, um das verlorene Terrain herauszuverlangen. Es ist das unfehlbarste Mittel, Deutschland und Frankreich durch wechselseitige Selbstzerfleischung zu ruinieren.

Die Sch . . . und N . . ., welche diese Garantien für den ewigen Frieden entdeckt haben, sollten doch aus der preußischen Geschichte wissen, aus Napoleons Pferdekur im Tilsiter Frieden, wie solche Gewaltmaßregeln zur Stillmachung eines lebensfähigen Volkes gerade das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes bewirken. Und was ist Frankreich, selbst nach Verlust von Elsaß und Lothringen, verglichen mit Preußen nach dem Tilsiter Frieden!

Wenn der französische Chauvinismus, solange die altstaatlichen Verhältnisse dauerten, eine gewisse materielle Rechtfertigung hatte in der

Tatsache, daß seit 1815 die Hauptstadt Paris und damit Frankreich nach wenigen verlorenen Schlachten preisgegeben war – welche neue Nahrung wird er nicht erst saugen, sobald die Grenze östlich an den Vogesen und nördlich an Metz liegt?

Daß die Lothringer und Elsasser die Segnungen deutscher Regierung wünschen, wagt selbst der ... Teutone nicht zu behaupten. Es ist das Prinzip des Pangermanismus und ‚sicherer' Grenzen, das proklamiert wird und das von östlicher Seite zu schönen Resultaten für Deutschland und Europa führen würde!

Wer nicht ganz vom Geschrei des Augenblicks übertäubt ist oder ein Interesse hat, das deutsche Volk zu übertäuben, muß einsehen, daß der Krieg von 1870 ganz so notwendig einen Krieg zwischen Deutschland und Rußland im Schoße trägt, wie der Krieg von 1866 den Krieg von 1870.

Ich sage notwendig, unvermeidlich, außer im unwahrscheinlichen Falle eines vorherigen Ausbruchs einer Revolution in Rußland.

Tritt dieser unwahrscheinliche Fall nicht ein, so muß der Krieg zwischen Deutschland und Rußland schon jetzt als un fait accompli (eine vollendete Tatsache) behandelt werden.

Es hängt ganz vom jetzigen Verhalten der deutschen Sieger ab, ob dieser Krieg nützlich oder schädlich.

Nehmen sie Elsaß und Lothringen, so wird Frankreich mit Rußland Deutschland bekriegen. Es ist überflüssig, die unheilvollen Folgen zu deuten.

Schließen sie einen ehrenvollen Frieden mit Frankreich, so wird jener Krieg Europa von der moskowitischen Diktatur emanzipieren, Preußen in Deutschland aufgehen machen, dem westlichen Kontinent friedliche Entwicklung erlauben, endlich der russischen sozialen Revolution, deren Elemente nur eines solchen Stoßes von außen zur Entwicklung bedürfen, zum Durchbruch helfen, also auch dem russischen Volke zugute kommen.

Aber ich fürchte, die Sch ... und N ... werden ihr tolles Spiel ungehindert treiben, wenn die deutsche Arbeiterklasse nicht en masse ihre Stimme erhebt."

Diese Vertreter der Annexion werden ihr Spiel nicht ungehindert treiben, und namens der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei erheben wir hiermit gegen die Annexion von Elsaß und Lothringen Protest. Und wir wissen uns eins mit den deutschen Arbeitern. Die deutschen Arbeiter werden im Interesse Frankreichs wie Deutschlands, im Interesse des Friedens und der Freiheit, im Interesse der westlichen Zivilisation gegen die kosakische Barbarei, die Annexion von Elsaß und Lothringen nicht dulden.

Und Deutschland?

„Der jetzige Krieg", so schreibt unser Genosse, „eröffnet dadurch eine neue weltgeschichtliche Epoche, daß Deutschland bewiesen hat, daß es selbst mit Ausschluß von Deutsch-Österreich fähig ist, unabhängig vom Auslande, seine eigenen Wege zu gehen. Daß es zunächst seine Einheit in der preußischen Kaserne findet, ist eine Strafe, die es reichlich verdient hat. Aber ein Resultat ist selbst so unmittelbar gewonnen. Die kleinlichen Lumpereien, wie z. B. der Konflikt zwischen nationalliberalen Norddeutschen und volksparteilichen Süddeutschen, werden nicht länger nutzlos im Wege stehen. Die Verhältnisse werden sich auf großem Maßstab entwickeln und vereinfachen. Wenn die deutsche Arbeiterklasse dann nicht die ihr zukommende historische Rolle spielt, ist es ihre Schuld. Dieser Krieg hat den Schwerpunkt der kontinentalen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegt. Damit haftet größere Verantwortlichkeit auf der deutschen Arbeiterklasse."

Kameraden! Deutsche Arbeiter! Die Hand auf die Brust! Und dann wollen wir uns geloben, daß die deutsche Arbeiterklasse ihre historische Rolle spielen wird, auch wenn uns die Freude über das verjüngte Deutschland, das nach unserem Willen indes nicht auf lange die Einheit allein in der preußischen Kaserne finden soll, ausbrechen läßt in den Ruf:

„Es lebe Deutschland!"

Die Hand auf die Brust! Und dann wollen wir uns geloben, treu mit unseren arbeitenden Brüdern in allen zivilisierten Ländern in allen Kämpfen um die gemeinsame Sache zusammenzustehen!

„Es lebe der internationale Kampf des Proletariats!"

Und wenn wir jetzt sehen, wie wieder ein großes Volk seine Geschicke in seine Hände genommen, wenn wir heute die Republik nicht allein mehr sehen in der Schweiz und jenseits der Meere, sondern auch faktisch Republik in Spanien, Republik in Frankreich, so lasset uns ausbrechen in den Ruf, der, wenn es auch heute noch nicht sein kann, auch für Deutschland einst die Morgenröte der Freiheit verkünden wird, in den Jubelruf:

„Es lebe die Republik!"

Der Ausschuß

Braunschweig-Wolfenbüttel, 5. Sept. 1870

Es ist durchaus notwendig, daß die Partei sogleich an allen Orten in Gemäßheit unseres Manifestes möglichst großartige Kundgebungen des Volkes gegen die Annexion von Elsaß und Lothringen und für einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik veranstaltet. Die Arbeiter werden ohne Unterschied der Parteistellung daran Anteil nehmen. Unmöglich ist es, daß der Ausschuß diese Kundgebungen, die in Versammlungen oder, wo es gestattet ist, durch Aufzüge usw. ins Werk gesetzt werden können, irgendwie durch Geld oder Redner unterstützt. Jeder Ort muß selbständig vorgehen, und es sind auch, das wissen wir,

an keinem Orte Parteigenossen, die nicht den Mut hätten, auf ihre eigne Kraft beschränkt, für die gute Sache einzutreten. Und schnell muß gehandelt werden! Aber auch besonnen. Wir machen die Parteimitglieder jeden Ortes dafür verantwortlich, daß nichts vorkommt, was ein Einschreiten der Behörden rechtfertigen könnte. In der großartigsten Ruhe und Würde, aber in Masse muß die deutsche Arbeiterschaft ihren Willen kundtun. Sei es uns gestattet, zu sagen: „in streng gesetzlicher Weise". Eine Mißachtung der Gesetze würde nur für uns und die von uns vertretene Sache von Nachteil sein. Aber handelt schnell und energisch!

Braunschweig-Wolfenbüttel, 5. September 1870

Der Ausschuß

Flugblatt. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872),
Dokumente und Materialien,
Berlin 1964, S. 533–539.

82

Resolution einer Volksversammlung in Königsberg gegen die Annexion Elsaß-Lothringens, angenommen auf Antrag Johann Jacobys am 14. September 1870

Die hier versammelten Mitglieder der Volkspartei sprechen ihre Überzeugung dahin aus, daß weder die Kriegserklärung Napoleons noch die Waffentaten der deutschen Heere dem Sieger das Recht geben, über das politische Geschick der Bewohner von Elsaß und Lothringen zu verfügen.

Auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, im Interesse der Freiheit und des Friedens protestieren sie gegen jede gewaltsame Annexion französischen Ländergebietes.

Die Zukunft (Berlin),
17. September 1870.

83

Antrag August Bebels und Wilhelm Liebknechts im Reichstag des Norddeutschen Bundes auf Ablehnung der 100-Millionen-Kriegsanleihe und für den Abschluß eines Friedens ohne Annexion vom 26. November 1870

Der Reichstag wolle beschließen:

Den Gesetzentwurf, betreffend den ferneren Geldbedarf für die Kriegführung, abzulehnen und folgendem Antrag seine Zustimmung zu geben:

In Erwägung, daß der am 19. Juli von Louis Bonaparte, damals Kaiser der Franzosen, erklärte Krieg durch die Gefangennahme Louis Bonapartes und die Niederwerfung des französischen Kaiserreichs tatsächlich sein Ende erreicht hat;

in Erwägung, daß nach den eignen Erklärungen des Königs von Preußen in der Thronrede am 19. Juli und der Proklamation an das französische Volk vom 11. August der Krieg deutscherseits nur ein Verteidigungskrieg und kein Krieg gegen das französische Volk sei;

in Erwägung, daß der Krieg, welcher trotzdem seit dem 4. September geführt wird, im schroffsten Widerspruch mit dem königlichen Wort, nicht ein Krieg gegen die kaiserliche Regierung und die kaiserliche Armee, welche nicht mehr existieren, sondern ein Krieg gegen das französische Volk ist, nicht ein Verteidigungskrieg, sondern ein Eroberungskrieg, nicht ein Krieg für die Unabhängigkeit Deutschlands, sondern ein Krieg für die Unterdrückung der edlen französischen Nation, die nach den Worten der Thronrede vom 19. Juli a. c. „berufen ist, mit dem deutschen Volke die Segnungen christlicher Gesittung und steigenden Wohlstandes gleichmäßig zu genießen und zu begehren und zu einem heilsameren Wettkampfe, als zu dem blutigen der Waffen" –

beschließt der Reichstag, die verlangte Geldbewilligung für die Kriegführung abzulehnen und fordert den Bundeskanzler auf, unter Verzichtleistung auf jede Annexion französischen Gebietes mit der französischen Republik schleunigst Frieden zu schließen.

Der Volksstaat (Leipzig),
30. November 1870.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872),
Dokumente und Materialien,
Berlin 1964, S. 554/555.

84
Aus dem Brief Friedrich Engels' an Natalie Liebknecht vom 19. Dezember 1870

Soeben empfangen wir hier die Nachricht, daß Liebknecht, Bebel und Hepner gestern verhaftet worden sind. Es ist das die preußische Revanche für die moralischen Niederlagen, die L[iebknecht] und B[ebel] dem preußischen Kaisertum schon vor seiner Geburt beigebracht haben. Wir alle hier haben uns sehr gefreut über das tapfere Auftreten beider im Reichstag unter Umständen, wo es wahrhaftig keine Kleinigkeit war, mit unsern Ansichten frei und trotzig hervorzutreten. Wir vermuten, es handelt sich vor allem um eine kleinliche Rache und um Vernichtung des Blatts, sowie

Unmöglichmachung der Wiederwahl, und mit der Hochverratsanklage wird es purer Schein sein. Aber die Herren Preußen können sich sehr irren, denn bei der wirklich ganz ausgezeichneten Haltung der deutschen Arbeiter, die selbst den Lump Schweitzer zwang, unter L[iebknecht] und B[ebel]s Führung sich zu stellen, wird dieser Gewaltstreich wahrscheinlich seine Wirkung gänzlich verfehlen und eher das Gegenteil davon hervorrufen. Die deutschen Arbeiter haben während dieses Krieges eine Einsicht und Energie bewiesen, die sie mit einem einzigen Ruck an die Spitze der europäischen Arbeiterbewegung stellt, und Sie werden begreifen, mit welchem Stolz wir dies erleben.

Wir haben aber auch die Pflicht, nach Kräften dafür zu sorgen, daß unsre verhafteten Freunde und ihre Familien in Deutschland nicht Not leiden, und grade jetzt, wo ihnen das bevorstehende Weihnachtsfest ohnehin so verbittert wird. Wir sind daher so frei, inliegend eine Fünfpfundnote der Bank von England

„B,
04841, London, 12. Okt. 1870"
10

beizulegen, in deren Ertrag Sie sich gütigst mit Frau Bebel teilen wollen.

Ferner legen wir bei sieben Taler, welche vom hiesigen Deutschen Arbeiterbildungsverein aufgebracht und für die Familien der verhafteten Braunschweiger bestimmt sind.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872).
Dokumente und Materialien,
Berlin 1964, S. 556/557.

85

Brief Karl Marx' an Ludwig Kugelmann vom 17. April 1871

Lieber Kugelmann,

Dein Brief richtig angekommen. Ich habe in diesem Augenblick die Hände voll zu tun. Daher nur wenige Worte. Wie Du kleinbürgerliche Demonstrationen à la 13. Juni 1849 etc. mit dem jetzigen Kampf in Paris vergleichen kannst, ist mir völlig unbegreifbar.

Die Weltgeschichte wäre allerdings sehr bequem zu machen, wenn der Kampf nur unter der Bedingung unfehlbar günstiger Chancen aufgenommen würde. Sie wäre andrerseits sehr mystischer Natur, wenn „Zufälligkeiten" keine Rolle spielten. Diese Zufälligkeiten fallen natürlich selbst in den allgemeinen Gang der Entwicklung und werden durch andre Zu-

fälligkeiten wieder kompensiert. Aber Beschleunigung und Verzögrung sind sehr von solchen „Zufälligkeiten" abhängig – unter denen auch der „Zufall" des Charakters der Leute, die zuerst an der Spitze der Bewegung stehn, figuriert.

Der entscheidend ungünstige „Zufall" ist diesmal keineswegs in den allgemeinen Bedingungen der französischen Gesellschaft zu suchen, sondern in der Anwesenheit der Preußen in Frankreich und ihrer Stellung dicht vor Paris. Das wußten die Pariser sehr gut. Das wußten aber auch die bürgerlichen Kanaillen von Versailles. Eben darum stellten sie die Pariser in die Alternative, den Kampf aufzunehmen oder ohne Kampf zu erliegen. Die Demoralisation der Arbeiterklasse in dem letztern Fall wäre ein viel größeres Unglück gewesen als der Untergang einer beliebigen Anzahl von „Führern". Der Kampf der Arbeiterklasse mit der Kapitalistenklasse und ihrem Staat ist durch den Pariser Kampf in eine neue Phase getreten. Wie die Sache auch unmittelbar verlaufe, ein neuer Ausgangspunkt von welthistorischer Wichtigkeit ist gewonnen.

Adio
K. M.

Nach der Handschrift.
Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Briefe,
Berlin 1953, S. 308/309.

86

Aus Solidaritätserklärungen deutscher Arbeiter für die Pariser Kommune von April bis Juni 1871

In einer großen Versammlung von Sozialdemokraten in Hannover wurde eine Zustimmungsadresse an die Arbeiter Frankreichs erlassen, in welcher es heißt: „Wir sehen in euch Vorkämpfer für die gesamten Menschenrechte. Proletariat! Französische Arbeiter, euch ist's wiederum gegeben, als Avantgarde für die Befreiung der Völker voranzugehen. Auf euch sind in diesem Augenblick die Augen des gesamten Proletariats gerichtet. Seine Sympathien sind euer, es rechnet auf euch! Arbeiter Frankreichs! Ihr seid des Kaiserreichs ledig, uns ist es überkommen; nun denn, wir erblicken darin keine Garantien für den Frieden, keine Garantien für die Fortentwicklung freiheitlicher Ideen. Eine Nacht der Reaktion, finsterer denn je, droht uns zu umfangen, der gegenüber unsere einzige Losung ist: Freier Volksstaat, soziale Emanzipation des Proletariats!"

Köln. Am ersten Pfingstfeiertage fand eine zahlreich besuchte Parteiversammlung statt. Sämtliche Redner, worunter auch ein Mitglied des All-

gemeinen Deutschen Arbeitervereins, gaben unverhohlen ihren Sympathien für die Kommune kräftigen Ausdruck . . .

Barmen. In der Volksversammlung, über welche bereits in Nr. 46 d. Bl. berichtet ward, ist folgende Resolution einstimmig angenommen worden:

Die Pariser Arbeiter sind die Vorkämpfer des europäischen Proletariats. Die Herrn Thiers und Konsorten repräsentieren dagegen das letzte Aufflackern des Barbarismus und der Ungerechtigkeit.

Der Volksstaat (Leipzig).
10. Mai und 10. Juni 1871.
Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872).
Dokumente und Materialien,
Berlin 1964, S. 566, 588, 596.

87

Aus der Rede August Bebels im Deutschen Reichstag vom 25. Mai 1871

Meine Herren, mögen die Bestrebungen der Kommune in Ihren Augen auch noch so verwerfliche oder – wie gestern hier im Hause privatim geäußert wurde – verrückte sein, seien Sie fest überzeugt, das ganze europäische Proletariat und alles, was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt, sieht auf Paris. (Große Heiterkeit) Meine Herren, und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtenruf des Pariser Proletariats „Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggange!" der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird. (Heiterkeit)

Der Herr Abgeordnete Treitschke hat ferner am Sonnabend ausgesprochen, es gelte vor allen Dingen, das Gefühl für die monarchische Institution in Elsaß-Lothringen wieder wachzurufen. Der Herr Abgeordnete Treitschke ist allerdings Geschichtsprofessor; aber ich bezweifle doch, daß er das innere geistige Leben der Völker genau kennt; (Heiterkeit) denn sonst, meine Herren, könnte er unmöglich glauben, daß [bei] eine[r] Bevölkerung mit solch revolutionären und republikanischen Traditionen, wie sie die Elsässer Bevölkerung seit 80–90 Jahren in Verbindung mit Frankreich durchgemacht hat, es möglich sei, das monarchische Gefühl in Elsaß-Lothringen wiederherzustellen. Täuschen Sie sich nicht, meine Herren, wenn einmal die Annexion unabänderlich ist – und wir wenige können sie ja beim besten Willen nicht rückgängig machen gegen die Macht, die uns gegen-

übersteht –, dann ist der einzige Vorteil, den ich in der Annexion von Elsaß-Lothringen erblicke, der, daß gerade diese revolutionären und republikanischen Tendenzen, die meiner Überzeugung nach in einem großen Teile der Bevölkerung von Elsaß-Lothringen leben, jetzt nach Deutschland mit hinübergenommen werden und daß Elsaß-Lothringen so den Keil bildet, der es uns mit möglich machen wird, nach einiger Zeit das gesamte monarchische Deutschland aus den Fugen zu treiben. Ich von meinem Standpunkte aus protestiere entschieden gegen die Annexion, weil ich sie für ein Verbrechen gegen das Völkerrecht halte, weil ich sie für einen Schandfleck in der deutschen Geschichte halte. Ich hoffe, daß die elsässische Bevölkerung, ihrer freiheitlichen Mission sich bewußt, den freiheitlichen Kampf mit uns in Deutschland aufnehmen werde, damit endlich die Zeit komme, wo die europäischen Bevölkerungen ihr volles Selbstbestimmungsrecht erlangen können, was sie aber nur bekommen können, wenn die Völker Europas in der republikanischen Staatsform das Ziel ihrer Bestrebungen erblicken.

Stenographische Berichte
über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages,
I. Legislaturperiode, I. Session 1871, Zweiter Bd.,
Berlin 1871, S. 921.
August Bebel: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.
Aus Reden und Schriften,
Berlin 1961, S. 20/21.

88

Aus der Verfassung des Deutschen Reiches vom 4. Mai 1871

Seine Majestät der König von Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes, Seine Majestät der König von Bayern, Seine Majestät der König von Württemberg, Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden und Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen und bei Rhein für die südlich vom Main gelegenen Teile des Großherzogtums Hessen schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes. Dieser Bund wird den Namen Deutsches Reich führen und wird nachstehende

Verfassung

haben ...

Artikel 1.

Das Bundesgebiet besteht aus den Staaten Preußen mit Lauenburg, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin,

Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meinigen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Reuß älterer Linie, Reuß jüngerer Linie, Schaumburg-Lippe, Lippe, Lübeck, Bremen und Hamburg.

Artikel 3.

Für ganz Deutschland besteht ein gemeinsames Indigenat mit der Wirkung, daß der Angehörige (Untertan, Staatsbürger) eines jeden Bundesstaates in jedem anderen Bundesstaate als Inländer zu behandeln und demgemäß zum festen Wohnsitz, zum Gewerbebetriebe, zu öffentlichen Ämtern, zur Erwerbung von Grundstücken, zur Erlangung des Staatsbürgerrechtes und zum Genusse aller sonstigen bürgerlichen Rechte unter denselben Voraussetzungen wie der Einheimische zuzulassen, auch in betreff der Rechtsverfolgung und des Rechtsschutzes demselben gleich zu behandeln ist . . .

Artikel 11.

Das Präsidium des Bundes steht dem Könige von Preußen zu, welcher den Namen Deutscher Kaiser führt. Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen.

Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrates erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt . . .

Artikel 12.

Dem Kaiser steht es zu, den Bundesrat und den Reichstag zu berufen, zu eröffnen, zu vertagen und zu schließen.

Artikel 15.

Der Vorsitz im Bundesrate und die Leitung der Geschäfte steht dem Reichskanzler zu, welcher vom Kaiser zu ernennen ist.

Der Reichskanzler kann sich durch jedes andere Mitglied des Bundesrates vermöge schriftlicher Substitution vertreten lassen.

Artikel 17.

Dem Kaiser steht die Ausfertigung und Verkündigung der Reichsgesetze und die Überwachung der Ausführung derselben zu. Die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers werden im Namen des Reichs erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.

Artikel 18.

Der Kaiser ernennt die Reichsbeamten, läßt dieselben für das Reich vereidigen und verfügt erforderlichen Falles deren Entlassung . . .

Artikel 20.

Der Reichstag geht aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor . . .

Artikel 22.

Die Verhandlungen des Reichstages sind öffentlich.

Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstages bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.

Artikel 23.

Der Reichstag hat das Recht, innerhalb der Kompetenz des Reichs Gesetze vorzuschlagen und an ihn gerichtete Petitionen dem Bundesrate resp. Reichskanzler zu überweisen.

Artikel 24.

Die Legislaturperiode des Reichstages dauert drei Jahre. Zur Auflösung des Reichstages während derselben ist ein Beschluß des Bundesrates unter Zustimmung des Kaisers erforderlich.

Artikel 30.

Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgendeiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes getanen Äußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Artikel 32.

Die Mitglieder des Reichstages dürfen als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen.

Artikel 33.

Deutschland bildet ein Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze . . .

Artikel 57.

Jeder Deutsche ist wehrpflichtig und kann sich in Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen.

Artikel 61.

Nach Publikation dieser Verfassung ist in dem ganzen Reiche die gesamte Preußische Militärgesetzgebung ungesäumt einzuführen, sowohl die

Gesetze selbst, als die zu ihrer Ausführung, Erläuterung oder Ergänzung erlassenen Reglements, Instruktionen und Reskripte ...

Artikel 63.

Die gesamte Landmacht des Reichs wird ein einheitliches Heer bilden, welches in Krieg und Frieden unter dem Befehle des Kaisers steht ...

Der Kaiser bestimmt den Präsenzstand, die Gliederung und Einteilung der Kontingente des Reichsheeres sowie die Organisation der Landwehr und hat das Recht, innerhalb des Bundesgebietes die Garnisonen zu bestimmen sowie die kriegsbereite Aufstellung eines jeden Teils des Reichsheeres anzuordnen.

Behufs Erhaltung der unentbehrlichen Einheit in der Administration, Verpflegung, Bewaffnung und Ausrüstung aller Truppenteile des Deutschen Heeres sind die bezüglichen künftig ergehenden Anordnungen für die Preußische Armee den Kommandeuren der übrigen Kontingente ... zur Nachachtung in geeigneter Weise mitzuteilen.

Artikel 69.

Alle Einnahmen und Ausgaben des Reichs müssen für jedes Jahr veranschlagt und auf den Reichshaushalts-Etat gebracht werden. Letzterer wird vor Beginn des Etatsjahres nach folgenden Grundsätzen durch ein Gesetz festgestellt.

Artikel 72.

Über die Verwendung aller Einnahmen des Reichs ist durch den Reichskanzler dem Bundesrate und dem Reichstage zur Entlastung jährlich Rechnung zu legen.

Artikel 78.

Veränderungen der Verfassung erfolgen im Wege der Gesetzgebung. Sie gelten als abgelehnt, wenn sie im Bundesrate 14 Stimmen gegen sich haben ...

Bundes-Gesetzblatt des Deutschen Bundes, Nr. 16.
In: Reichs-Gesetzblatt 1871, Berlin o. J., S. 64–85.

89

Aufruf August Bebels und Wilhelm Liebknechts an die Parteigenossen vom 27. März 1872

Parteigenossen!

Bürgerliche Geschworne haben uns verurteilt, wo Juristen und Richter von Fach keine Schuld zu finden vermochten. Wir werden die uns zuer-

kannte „Strafe" zu tragen wissen. An Euch, Parteigenossen, ist es nun, auf das Urteil zu antworten, indem Ihr Eure Anstrengungen für die Ausbreitung unserer Partei verdoppelt. Vor allen Dingen sucht dem Parteiorgan immer weitere Kreise zu öffnen! Der Quartalwechsel steht vor der Tür. Tut Euer Möglichstes, um dem „Volksstaat" neue Abonnenten zuzuführen!

Wirke jeder, so viel er kann, und die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo Urteile, wie das jetzt gegen uns gefällte, unmöglich sind!

Hoch die Sozialdemokratie! Nieder mit der Klassenherrschaft!

Leipzig, 27. März

A. Bebel, W. Liebknecht

Zu unserer Verurteilung

Durch die Behauptung des Präsidenten von Mücke, daß wir nach der Veröffentlichung des Wahrspruchs bloß über die Höhe des Strafmaßes reden dürften, wurden wir gestern verhindert, folgende Erklärung abzugeben:

„Der Wahrspruch der Herren Geschworenen ist nicht wahr. Was wir gewollt und getan, haben wir ohne Hehl bekannt; ein hochverräterisches Unternehmen im Sinn des Strafgesetzbuchs haben wir nicht vorbereitet. Wenn wir schuldig sind, ist jede Partei schuldig, die nicht gerade am Ruder ist. Indem man uns verurteilt, ächtet man die freie Meinungsäußerung.

Durch Ihren Wahrspruch, meine Herren Geschworenen, haben Sie im Namen der besitzenden Klasse die Gewalttat von Lötzen sanktioniert und der Reaktion einen Freibrief in blanco ausgestellt. Uns persönlich ist das Resultat gleichgültig. Dieser Prozeß hat so unendlich viel für die Verbreitung unserer Prinzipien gewirkt, daß wir gern die paar Jahre Gefängnis hinnehmen, die – falls Rechtskraft eintritt – über uns verhängt werden können. Die Sozialdemokratie steht über dem Bereich eines Schwurgerichts. Unsere Partei wird leben, wachsen und siegen. Wohl aber haben Sie, meine Herren Geschworenen, durch Ihr Verdikt das Todesurteil gefällt über das Institut der heutigen Schwurgerichte, die, ausschließlich aus der besitzenden Klasse gebildet, nichts sind als Mittel der Klassenherrschaft und Klassenunterdrückung."

Leipzig, den 27. März 1872

Wilhelm Liebknecht. August Bebel

Der Volksstaat (Leipzig),
30. März 1872.
Der Leipziger Hochverratsprozeß vom Jahre 1872.
Neu hrsg. von Karl-Heinz Leidigkeit,
Berlin 1960, S. 313.

Hannover. Der sozialpolitische Arbeiterverein hierselbst erklärt: In Anbetracht der heutigen Verhältnisse ist es nicht bloß eine Notwendigkeit, sondern die Pflicht jedes denkenden Arbeiters, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften und Mitteln für die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen einzustehen. Der Verein erwartet im Interesse der Arbeiter eine baldige Lösung der Einigungsfrage.

I. A.: A. Petzsch, Vorsitzender

Altona. Sonnabend, 12. Dezember, war gewissermaßen der Tag, an dem den Arbeitern beider Fraktionen die Schuppen von den Augen fielen, an dem sie einsahen, daß Einigkeit stark mache, zumal die Verfolgungen sich dermaßen häufen, daß es ein Verbrechen ist, jetzt noch kleinliche Nörgeleien in Szene zu setzen. Genug, der Altonaer Arbeiter bewies, daß, wenn es gilt am Platze zu sein, er seine Aufgabe begriffen hat, und so hatten sich auch am Sonnabend hier im Englischen Garten über 6000 Personen versammelt, um den Vortrag der beiden Reichstagsabgeordneten Liebknecht und Reimer anzuhören. Beide wurden mit Akklamation empfangen.

Liebknecht, der zuerst sprach, entwickelte in einstündiger Rede die Ziele der Arbeiterbewegung. Mit großer Begeisterung sah man die Zuhörer jedes der Worte in sich aufnehmen. Nach Liebknecht sprach Reimer, gleichsam an Liebknechts Rede anschließend und sie weiterentwickelnd, bis gegen 10 Uhr, da wir hier noch die sogenannte dänische oder Schleswig-Holsteinsche Sabbatordnung haben, die uns zwingt, sonnabends präzise 10 Uhr abends die Versammlung zu schließen, trotzdem im preußischen Staate solches nicht der Fall ist. Kaum jedoch verkündete der Vorsitzende den Schluß, als einem Orkan gleich aus Tausenden von Kehlen die Arbeiter-Marseillaise erscholl, verkörpernd die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

H. Radenhausen, Schriftführer

Apolda. Die heute hier zahlreich versammelten Parteimitglieder nahmen einstimmig nachstehende Resolution an:

„Mit Freuden begrüßen wir die angestrebte Vereinigung der beiden sozialistischen Fraktionen Deutschlands und ersuchen unseren Parteiausschuß, mit allen Kräften dafür zu wirken. Ein Hoch der vereinigten deutschen Arbeiterpartei.

Die Sozialdemokraten Apoldas."

Meerane, 15. Dezember. In gestriger zahlreich besuchter Versammlung der hiesigen Mitgliedschaft wurde einstimmig beschlossen, die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen gutzuheißen. Gerade in der Zeit, wo die Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter am hiesigen Orte aufgelöst ist, begrüßen wir die Vereinigung mit doppelter Freude. Die Freude ist sozusagen eine allgemeine, da auch die hiesigen Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, welche schon lange mit uns brüderlich zusammenwirkten, einen ihrer sehnlichsten Wünsche in Erfüllung gehen sehen.

Offenbach, 20. Dezember. Am 19. Dezember fand dahier eine gemeinschaftliche Versammlung der hiesigen Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt mit der Tagesordnung „Besprechung über die Vereinigung" und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung der Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei findet nach den Ausführungen sämtlicher Redner, daß die Art und Weise, wie beide Fraktionen sich bisher bekämpften, der Entwicklung der Arbeiterbewegung Deutschlands sowohl wie der gesamten Welt nur schädlich sei, und erklärt ihr vollstes Einverständnis mit den Beschlüssen der Berliner Sozialistenversammlung."

Hundt, Schriftf.

Mühlheim a. M., 13. Dez. (Versammlung.) Heute fand hierselbst eine geschlossene Mitgliederversammlung statt, in welcher der Unterzeichnete über den Aufruf im Parteiorgan „An die Lassalleaner Deutschlands" vom Vereinspräsidenten in betreff der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen referierte. Hierauf wurde vom Bevollmächtigten Kaufmann folgende Resolution verlesen, welche dann einstimmig angenommen wurde: „Die heute stattgehabte Mitgliederversammlung zu Mühlheim am Main begrüßt freudig die Vereinigung beider Fraktionen des Sozialismus und verspricht, gemeinsam, mit aller Energie und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Verschmelzung eintreten und wirken zu wollen."

Mit sozialdemokratischem Gruß
K. Ehmann, Schriftf.

Der Volksstaat (Leipzig),
18., 20., 23. und 30. Dezember 1874.
Neuer Social-Demokrat (Berlin),
30. Dezember 1874.

91

Aus dem Brief Wilhelm Brackes an Friedrich Engels vom 25. März 1875

Br[aun]schw[eig], 25. März [18]75

Geehrter Herr Engels!

Das für den „Vereinigungskongreß" vorgelegte offizielle Programm, unterschrieben von Liebknecht und Geib, zwingt mich zu diesen Zeilen.

Die Annahme dieses Programmes ist für mich unmöglich, und auch Bebel ist derselben Meinung für sich.

Daß das Programm an vielen Stellen unklar, wenig präzise und ungenügend ist, hat für mich nicht den entscheidenden Einfluß, denn bis auf den einen Punkt der Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe dürfte das, was gesagt werden soll, ziemlich feststehen, und wird es sich in dieser Hinsicht für den Kongreß nur um Vorschläge handeln, die das, was man sagen will, vollkommener ausdrücken.

Dagegen ist der Punkt, welcher die Einführung der Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe verlangt, in dieser Fassung nichts anderes als der Lassallesche Vorschlag in höchster Vollendung, d.h. in der höchsten Potenz des Blödsinns, der noch dazu auftritt in der unverschämtesten Weise: mit dem Anspruch auf absolute Geltung.

Nicht allein, daß die Partei dadurch systematisch mit diesem Blödsinn infiziert wird; nicht allein, daß dadurch die Agitation für die Partei halb zu einer verrückten gemacht wird; nein, nach dieser Fassung erscheint alles andere sogar als unwichtig, die Vertretung des Lassalleschen Vorschlags erscheint als der allein wahre Standpunkt des Sozialisten, die Zustimmung dazu ist eine Bedingung der Parteimitgliedschaft geworden, jeder Widerspruch dagegen aus der Partei verbannt, und der Widersprechende endlich wird als Feind und Gegner betrachtet werden.

Die Lassalleaner haben offenbar diesen Punkt als conditio sine qua non der Vereinigung aufgestellt, und unsere Vertreter, darunter Liebknecht und Geib, der Vereinigung zuliebe denselben bewilligt. Sie haben, um die Vereinigung „zustande zu bringen", ihre Überzeugung hintangesetzt, ihre Zustimmung zu etwas gegeben, von dessen Verkehrtheit und Verderblichkeit sie überzeugt sind. Möglich, daß sie geglaubt haben, bei diesem Punkte, „wo das Prinzip nicht in Frage ist", eine Konzession machen zu dürfen, aber ich meine, daß dieser Punkt sehr wohl eine prinzipielle Bedeutung hat, und zwar eine sehr hohe; die Partei wird damit zur Sekte, welche die gesellschaftliche Entwicklung wie einen Hampelmann am Faden zu zupfen gedenkt.

Macht man einmal den Lassalleanern Konzessionen, so weiß ich nicht, wie das enden soll. Es gibt das vielleicht dieselbe schiefe Ebene, die

rettungslos die Fortschrittler und Liberalen bergab geführt hat. Man opfert einen entscheidenden Punkt, um „etwas zustande zu bringen" ...

Alles dieses würde mich veranlassen, dem Programmentwurfe offene Fehde anzukündigen; aber einesteils mag ich, resp. kann ich bei meiner geschwächten Gesundheit die Strapazen nicht über mich nehmen, die eine notwendige Folge davon sein würden; andernteils mag ich meinen Freunden und engeren Parteigenossen nicht gern entgegentreten; endlich bedenke ich mich, ob ich es verantworten kann, die Vereinigung in Frage zu stellen.

Da aber Bebel entschlossen scheint, den Kampf aufzunehmen, würde ich mindestens mich gedrängt fühlen, ihn nach Kräften zu unterstützen. Vorher aber möchte ich doch gern wissen, wie Sie und Marx über die Angelegenheit denken. Ihre Erfahrung ist eine reifere, Ihre Einsicht eine bessere als die meine ...

Geib bezeichnet den offiziellen Entwurf als einen Kompromiß; er hat recht, es hat jeder etwas darin, und die Folge ist, daß das Programm nicht abgerundet ist, Widersprüche enthält und ein Sammelsurium zu nennen ist von entgegenstehenden Ansichten. Meine Meinung ist die, daß, wenn 2 Leute zusammengehen wollen, die in gewissen Punkten verschiedener Ansicht sind, daß sie dann dasjenige auf das gemeinsame Programm zu setzen haben, was sie vereint, was sie gemeinsam besitzen; während es anmaßend auf der einen und unmännlich auf der andern Seite ist, wenn der eine das anzuerkennen versucht, genötigt wird und anerkennt, was seiner Überzeugung widerstreitet.

Für meine Überzeugung kenne ich keinen Kompromiß, und nimmermehr würde ich das heutige Programm anzuerkennen vermögen, obschon es vielleicht auch ganz gut ist, wenn sich unsre deutschen Arbeiter einmal die Köpfe einrennen und durch Schaden klug werden ...

Ihr

Grüßen Sie auch Marx recht herzlich von mir.

W. Bracke jr.

D. O.

Nach der Handschrift.
Karl Marx/Friedrich Engels: Briefwechsel mit Wilhelm Bracke (1869–1880), Berlin 1963, S. 41–44.

92

Aus der Rede des Reichskanzlers Fürst Otto von Bismarck im Deutschen Reichstag vom 17. September 1878

Ich komme zu der Frage noch zurück, wann und warum ich meine Bemühungen um soziale Verhältnisse aufgegeben habe und wann überhaupt meine Stellung zu der sozialen Frage eine andere geworden ist – sozial-

demokratische mochte sie sich damals nennen. Es stammt dies von dem Augenblick her, wo in versammeltem Reichstag – mein Gedächtnis verläßt mich da wie bei Fritzsche –, ich weiß nicht, war es der Abgeordnete Bebel oder Liebknecht, aber einer von diesen beiden, in pathetischem Appell die französische Kommune als Vorbild politischer Einrichtungen hinstellte und sich selbst offen vor dem Volke zu dem Evangelium dieser Mörder und Mordbrenner bekannte. Von diesem Augenblick an habe ich die Wucht der Überzeugung von der Gefahr, die uns bedroht, empfunden: ich war inzwischen abwesend gewesen durch Krankheit und Krieg, ich habe mich dabei nicht um diese Dinge bekümmert – aber jener Anruf der Kommune war ein Lichtstrahl, der in die Sache fiel, und von diesem Augenblick an habe ich in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt, gegen den der Staat, die Gesellschaft sich im Stande der Notwehr befindet. Die Versuche, die ich dagegen gemacht habe bei den verschiedenen Akten der Gesetzgebung, die wir hatten, sind ja bekannt und in der Erinnerung des Reichstags; Sie wissen ja, ich bin damit nicht durchgekommen, ich habe sogar viel Vorwürfe darüber hören müssen, aber es hat von dem Augenblick an Versuchen, dem Sozialismus entgegenzutreten, nicht gefehlt.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags, IV. Legislaturperiode, I. Session 1878, Erster Bd., Berlin 1878, S. 70.

93

Aus dem „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" vom 21. Oktober 1878

§ 1

Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen, gefährdenden Weise zutage treten.

Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

§ 6

Zuständig für das Verbot und die Anordnung der Kontrolle ist die Landespolizeibehörde. Das Verbot ausländischer Vereine steht dem Reichskanzler zu . . .

Das Verbot ist für das ganze Bundesgebiet wirksam und umfaßt alle Verzweigungen des Vereins sowie jeden vorgeblich neuen Verein, welcher sachlich als der alte sich darstellt.

§ 9

Versammlungen, in denen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zutage treten, sind aufzulösen.

Versammlungen, von denen durch Tatsachen die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie zur Förderung der im ersten Absatze bezeichneten Bestrebungen bestimmt sind, sind zu verbieten.

Den Versammlungen werden öffentliche Festlichkeiten und Aufzüge gleichgestellt.

§ 11

Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zutage treten, sind zu verbieten.

Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen erstrecken, sobald auf Grund dieses Gesetzes das Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt.

§ 16

Das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung von sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge sind polizeilich zu verbieten. Das Verbot ist öffentlich bekanntzumachen.

Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 17

Wer an einem verbotenen Vereine (§ 6) als Mitglied sich beteiligt oder eine Tätigkeit im Interesse eines solchen Vereins ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Eine gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher an einer verbotenen Versammlung (§ 9) sich beteiligt oder welcher nach polizeilicher Auflösung einer Versammlung (§ 9) sich nicht sofort entfernt.

Gegen diejenigen, welche sich an dem Vereine oder an der Versammlung als Vorsteher, Leiter, Ordner, Agenten, Redner oder Kassierer beteiligen oder welche zu der Versammlung auffordern, ist auf Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre zu erkennen.

§ 19

Wer eine verbotene Druckschrift (§§ 11, 12) oder wer eine von der vorläufigen Beschlagnahme betroffene Druckschrift (§ 15) verbreitet, fortsetzt oder wieder abdruckt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 28

Für Bezirke oder Ortschaften, welche durch die im § 1, Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht sind, können von den Zentralbehörden der Bundesstaaten die folgenden Anordnungen, soweit sie nicht bereits landesgesetzlich zulässig sind, mit Genehmigung des Bundesrats für die Dauer von längstens einem Jahre getroffen werden:

1. daß Versammlungen nur mit vorgängiger Genehmigung der Polizeibehörde stattfinden dürfen; auf Versammlungen zum Zweck einer ausgeschriebenen Wahl zum Reichstag oder zur Landesvertretung erstreckt sich diese Beschränkung nicht;

2. daß die Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten nicht stattfinden darf;

3. daß Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, der Aufenthalt in den Bezirken oder Ortschaften versagt werden kann;

4. daß der Besitz, das Tragen, die Einführung und der Verkauf von Waffen verboten, beschränkt oder an bestimmte Voraussetzungen geknüpft wird ...

Reichs-Gesetzblatt, Nr. 34.
In: Reichs-Gesetzblatt 1878,
Berlin o. J., S. 351–358.
Dieter Fricke: Die deutsche Arbeiterbewegung 1869–1890.
Ihre Organisation und Tätigkeit,
Leipzig 1964, S. 128–134.

94

Aus der Erklärung des Verlags und der Redaktion des „Sozialdemokrat" vom 28. September 1879

Ein Organ, welches mit spezieller Rücksicht auf Deutschland und Österreich rückhalts- und rücksichtslos für die Prinzipien der Sozialdemokratie und deren Verbreitung im Volk eintritt, ist aber eine Notwendigkeit. Gewiß hat die deutsche Sozialdemokratie während des letztvergangenen Jahres gezeigt, daß sie bei ihrer bedeutenden Entwicklung und nament-

lich auch ihrer trefflichen Disziplin sich im Notfall auch ohne Presse tapfer und mit Erfolg zu halten weiß. Während sich aber die Sammlung und Organisierung der Genossen für einen bestimmten Zweck sowie die Zusammenhaltung und Leitung der Partei im allgemeinen allerdings durch eine geschickte Agitation von Mann zu Mann erreichen, ja diese dermalen innerhalb Deutschlands allein anwendbare Agitation sich sogar bis zu einem gewissen Grade noch weiter wirksam ausdehnen läßt – ist es weit schwieriger, ohne Presse die neben jenen unmittelbarsten Zielen nie zurücktreten dürfende prinzipielle Fort- und Ausbildung sowie die ununterbrochene Verbindung aller Genossen zu ermöglichen, wodurch allein in der Partei volle Einigkeit und Klarheit geschaffen und erhalten werden kann und die stetige Steigerung der Aktionsfähigkeit der Partei gewährleistet wird.

Aus diesen Gründen, und da an eine Änderung der Dinge zum Bessern vorläufig weder in Deutschland noch in Österreich zu denken ist, hat sich – angeregt durch zahlreiche und immer dringender ertönende Wünsche, namentlich aus Deutschland – auf schweizerischem Boden eine Gruppe von Sozialdemokraten aus allen Ländern deutscher Zunge gebildet, welche sich zur Aufgabe setzen, ein internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge erscheinen zu lassen, welches ein nach jeder Richtung kampfbereiter Vertreter der internationalen Sozialdemokratie sein und insbesondere auch der deutschen und österreichischen Partei die so wünschenswerte Preßvertretung geben und die notwendige Verbindung aller deutschredenden Genossen herstellen soll . . .

Der „Sozialdemokrat" steht mit einem Wort sowohl in prinzipieller als taktischer Beziehung voll und ganz auf dem Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie, wie sie war und wie sie ist! – – –

Dies kurzskizzierte Programm und die Anerkennung und Mitarbeiterschaft der berufensten Vorkämpfer der Sozialdemokratie aller Länder, vor allem der deutschen, gibt unsern Lesern die Garantie, daß unser Werk nicht ein gewöhnliches Privatunternehmen, sondern sozusagen ein offizielles Zentralorgan der Partei ist!

Darum erwarten wir aber auch, daß Ihr, Parteigenossen in Deutschland, Österreich und allerwärts, soweit die deutsche Zunge klingt, den „Sozialdemokrat" mit allen Kräften sowohl durch direktes Abonnement als insbesondere auch durch eifrige Weiterverbreitung in den Euch zugänglichen Kreisen unterstützen und fördern werdet. Denn erst dann, wenn der „Sozialdemokrat" in vielen Tausenden von Abdrucken über alle deutschsprechenden Länder verbreitet und in die weitesten Volkskreise gedrungen ist und sich namentlich in den Händen aller deutschen Sozialdemokraten befindet, erst dann wird er seine Aufgabe voll und ganz erfüllen und eine mächtige Waffe sein können in dem gewaltigen

und immer größere Ausdehnung annehmenden Kampfe zwischen der alten Welt der Ungleichheit, Knechtung und Ausbeutung und der neuen Welt der Freiheit und Gleichheit, der Sozialdemokratie!

Die weiteste Verbreitung des „Sozialdemokrat" ist deshalb von größter Wichtigkeit für die Partei und daher die Pflicht jedes Parteigenossen. Möge sie jeder von Euch gewissenhaft erfüllen – unserer großen Sache zu Nutz, unsern Feinden aber zu Trutz!

Verlag und Redaktion des „Sozialdemokrat"

Der Sozialdemokrat (Zürich),
Probenummer, 28. September 1879.
Heinrich Gemkow: Friedrich Engels' Hilfe beim Sieg
der deutschen Sozialdemokratie über das Sozialistengesetz,
Berlin 1957, S. 212, 215/216.

95

Beschlüsse des Kongresses der deutschen Sozialdemokratie zu Wyden vom 20. bis 23. August 1880

Der Kongreß erklärt, daß er die seit Erlaß des Sozialistengesetzes von den Abgeordneten und der Partei überhaupt eingehaltene Taktik für prinzipiell richtig hält und spricht den in schwieriger Lage handelnden Vorkämpfern der Partei sein Vertrauen aus.

Nachdem der Kongreß über die Intrigen und das gewissenlose Gebaren Hasselmanns aufgeklärt ist, billigt er die von den Abgeordneten proklamierte Ausschließung Hasselmanns voll und ganz und warnt alle auswärtigen Genossen, den Vorspiegelungen dieser als notorischer Verleumder entlarvten Persönlichkeit Glauben zu schenken.

In Erwägung, daß Johann Most seit längerer Zeit sich in Widerspruch mit den von ihm selbst noch unter dem Sozialistengesetz vertretenen Grundsätzen der Partei gesetzt und nur noch den Einflüssen seiner häufig wechselnden Laune folgt;

in fernerer Erwägung, daß Most sich zum Kolporteur jeder gegen die deutsche Sozialdemokratie erhobenen Verleumdung, komme sie von welcher Seite sie wolle, gemacht hat und notorischen Polizeiagenten trotz erteilter Warnung Vorschub leistete, nur weil sie auf die sogenannten Parteiführer schimpften;

in schließlicher Erwägung, daß Most Handlungen begangen hat, die allen Gesetzen der Ehrenhaftigkeit widersprechen,

erklärt der Kongreß, daß er jede Solidarität mit Johann Most zurück-

weist und ihn als aus der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ausgeschieden betrachtet.

Wie die deutsche Sozialdemokratie allen Bewegungen, die auf Befreiung der Völker vom sozialen und politischen Druck ausgehen, ihre volle Sympathie entgegenträgt, so tut sie dies selbstverständlich auch den für die Befreiung des russischen Volkes wirkenden sogenannten Nihilisten gegenüber, obwohl sie deren durch die besonderen Verhältnisse Rußlands bedingte Taktik für Deutschland nicht geeignet hält.

Zur Herstellung einer regelmäßigen Verbindung der Sozialisten und Sozialistenvereine des Auslandes unter sich und mit der Partei in Deutschland sowie zur Pflege des Verkehrs zwischen letzterer und den Bruderparteien des Auslandes wird eine Verkehrsstelle außerhalb Deutschlands geschaffen, welche den Verkehr zwischen den einzelnen Vereinen zu vermitteln, alle Beschwerden, Anträge etc. entgegenzunehmen und in geeigneter Weise zu erledigen hat.

In der Regel alle Jahre, spätestens aber alle drei Jahre, soll ein Parteikongreß stattfinden. Die Form der Einberufung steht den autorisierten Personen zu.

Die anwesenden Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei deutscher Zunge empfehlen ihren deutschen Parteigenossen, sich mit allen Kräften an den stattfindenden Wahlen für Reichstag, Landtag und Kommune zu beteiligen, und zwar aus agitatorischen und propagandistischen Rücksichten.

Insbesondere empfehlen sie den Parteigenossen in Deutschland die allgemeinste und energischste Tätigkeit für die im Jahre 1881 stattfindenden allgemeinen Reichstagswahlen und zu diesem Zwecke die Vornahme folgender Schritte:

1) Aufnahme der Agitation in den einzelnen Wahlkreisen und feste Organisierung in jeder geeigneten Weise.

2) Vornahme regelmäßiger Geldsammlungen.

3) In allen Wahlkreisen ohne Rücksicht auf die Zahl der Gesinnungsgenossen bei der Wahl selbständig vorzugehen und eigene Kandidaten aufzustellen. Für den Fall von Stichwahlen empfehlen die Anwesenden den deutschen Parteigenossen im allgemeinen Wahlenthaltung.

Protokoll des Kongresses der Deutschen Sozialdemokratie.
Abgehalten auf Schloß Wyden in der Schweiz
vom 20. bis 23. August 1880,
Zürich 1880, S. 28, 30, 37, 42/43, 46/47, 49/50.
Heinrich Gemkow: Friedrich Engels' Hilfe beim Sieg
der deutschen Sozialdemokratie über das Sozialistengesetz,
Berlin 1957, S. 217–219.

96

Aus dem Aufruf der Parteivertretung an die deutschen Sozialdemokraten vom 18. September 1880

Parteigenossen!

Der erste Kongreß, den die Partei, durch ein der Vernunft und dem Recht hohnsprechendes Polizeigesetz in Bann getan, im Auslande abgehalten, hat seine Aufgabe, Klarheit in der Partei und über die Partei zu schaffen, vollkommen erfüllt. Unser aller Pflicht ist es nun, das begonnene Werk mut- und kraftvoll weiterzuführen und der Welt zu zeigen, daß die deutsche Sozialdemokratie ihrem Ziele: Vernichtung der Klassenherrschaft und Errichtung des auf Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit beruhenden sozialistischen Volksstaats, unbeirrt durch Verfolgungen und Gewaltmaßregeln, unabänderlich zustrebt.

Die Partei, welche bereits so viele Schläge überwunden hat, wird auch alle ferneren kraftvoll überwinden, die ihre heute noch im Besitze der Macht und der Gewalt befindlichen Feinde ihr zufügen werden. Verbinden wir den Mut mit der Vorsicht, und wir werden das Dichten und Trachten unserer Feinde zu Schanden machen ...

Die Sozialdemokratie, die alleinige und wahre Vertreterin des Proletariats, marschiert an der Spitze aller Elemente, welche dem herrschenden sozialen und politischen System den Untergang bereiten und ein neues, der Gerechtigkeit und unserer Kultur entsprechendes Staats- und Gesellschaftssystem aufbauen wollen.

Pflicht der Partei ist es deshalb, alle Mittel in Anwendung zu bringen, um sich zu verstärken, aus halben Feinden sich Freunde, aus Gegnern, die es nicht aus Klasseninteresse, sondern aus Unkenntnis sind, sich Anhänger zu verschaffen.

Diese Aufgabe ist unter den Umständen, unter denen die Partei gegenwärtig in Deutschland lebt und kämpft, eine sehr verantwortliche und schwierige. Von Feinden umgeben, die uns vernichten wollen, denen eine reaktionäre Gesetzgebung Mittel in Hülle und Fülle an die Hand gibt, uns „im Namen des Gesetzes" zu unterdrücken, kann, wir wiederholen es, nur Mut gepaart mit Klugheit uns Erfolge sichern.

Unter diesen Bedingungen ist jedes Mittel recht, das Erfolge sichert, und Sache der Parteigenossen jedes einzelnen Ortes ist es, die geeigneten Mittel und Wege zu ergreifen und einzuschlagen, die ihnen zur Erreichung des Erfolges am sichersten scheinen.

Wir können nicht nach einer Schablone arbeiten, nicht in jedem einzelnen Falle die sogenannten „Führer" befragen, aber ebensowenig soll und darf ein einzelner auf eigne Faust handeln. Gemeinsame Beratung ist notwendig, einerlei unter welcher Form, und in wichtigen Fragen gemein-

sames Handeln mit dem Ganzen. Das muß für all unser Tun und Lassen unsere Richtschnur sein.

Also organisiert Euch, einerlei wie. Die größeren, besser situierten und mehr mit geistigen Kräften versehenen Orte müssen die kleinen ihrer Umgebung unterstützen und, wenn dies die Genossen in größerer Anzahl nicht können, so müssen die Vertreter derselben aus den verschiedenen Orten häufig in mündlichen Verkehr miteinander treten.

Also Organisationen allüberall bis in den entlegensten Ort, wo wir Anhänger haben, und unter jeder denkbaren Form; das ist das erste Gebot.

Das zweite ist: unermüdliche Agitation für die Verbreitung unseres Zentral-Organs, des „Sozialdemokrat", durch Gewinnung neuer Leser und Abonnenten, Unterstützung desselben durch Artikel und Korrespondenzen von seiten der federgewandteren Parteigenossen und endlich umsichtige und ausgiebige Verbreitung der von der Partei ausgehenden Flugblätter und sonstigen literarischen Erzeugnisse, namentlich auch der vorausnahmegesetzlichen Broschürenliteratur. Das Parteiorgan muß schon deshalb überall gelesen werden, damit jeder weiß, was in der Partei vorgeht.

Das dritte Gebot ist: das beständige Sammeln von Geldern für Agitations- und Unterstützungszwecke an jedem Ort und in jeder Form. Man warte nicht, bis dazu von irgendeiner autorisierten Seite aufgefordert wird und warte ebensowenig mit der Absendung der Sammlungen. Zum Kriegführen gehört Geld, Geld und wieder Geld, und da die Partei beständig Krieg führt, so braucht sie auch beständig Geld ...

Da der Kongreß die allgemeinste Beteiligung an den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen aus agitatorischen und propagandistischen Rücksichten einstimmig empfohlen hat, so ist die Inangriffnahme der Organisation in allen Wahlkreisen, wo Parteigenossen sich befinden, schon jetzt eine Notwendigkeit. Man suche überall die alten Verbindungen auf, knüpfe neue an, betreibe die Organisation und das Geldsammeln und verständige sich über die Kandidaten. Zeit ist keine mehr zu verlieren.

Dies ist, was wir Euch heute zu sagen haben.

Legt Hand ans Werk!

Hoch die Sozialdemokratie!

Deutschland, den 18. September 1880

Die Parteivertretung

Der Sozialdemokrat (Zürich),
26. September 1880.
Dieter Fricke: Die deutsche Arbeiterbewegung 1869–1890.
Ihre Organisation und Tätigkeit,
Leipzig 1964, S. 150–152.

97

Aus der kaiserlichen Botschaft an den Deutschen Reichstag vom 17. November 1881

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc., tun kund und fügen hiermit zu wissen:

Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In Unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstags ohne Unterschied der Parteistellungen.

In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstag stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Beratung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zuteil werden können.

Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht. Der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werden, wie Wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde. Immerhin aber wird auch auf diesem Wege das Ziel nicht ohne die Aufwendung erheblicher Mittel zu erreichen sein.

Auch die weitere Durchführung der in den letzten Jahren begonnenen Steuerreform weist auf die Eröffnung ergiebiger Einnahmequellen durch indirekte Reichssteuern hin, um die Regierungen in den Stand zu setzen, dafür drückende direkte Landessteuern abzuschaffen und die Gemeinden von Armen- und Schullasten, von Zuschlägen zu Grund- und Personalsteuern und von anderen drückenden direkten Abgaben zu entlasten. Der sicherste Weg hierzu liegt nach den in benachbarten Ländern gemachten Erfahrungen in der Einführung des Tabakmonopols, über welche Wir die Entscheidung der gesetzgebenden Körper des Reichs herbeizuführen beabsichtigen. Hierdurch und demnächst durch Wiederholung früherer Anträge auf stärkere Besteuerung der Getränke sollen nicht finanzielle Überschüsse erstrebt werden, sondern die Umwandlung der bestehenden direkten Staats- und Gemeindelasten in weniger drückende indirekte Reichssteuern ...

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 17. November 1881

(L. S.)
Wilhelm
von Bismarck

Stenographische Berichte
über die Verhandlungen des Reichstages,
V. Legislaturperiode, I. Session 1881/82,
Berlin 1882, S. 1–3.

98

Aus den Solidaritätserklärungen deutscher Sozialdemokraten für den „Sozialdemokrat" und eine revolutionäre Taktik der Partei von Februar bis Mai 1882

Barmen, 22. Januar

Die Diskussion über die Haltung des „Sozialdemokrat" und die Stellung einzelner unserer Reichstagsvertreter zu demselben, insbesondere aber der in Nr. 4 abgedruckte Brief des Herrn Wilhelm Blos, veranlaßt die Vertrauensmänner der hiesigen Genossen zu folgender Erklärung:

1. Wenn Herr Blos behauptet, seine Wähler hätten ihn nach Berlin gesandt, um sich an der Gesetzgebung zu beteiligen und im Sinne des sozialdemokratischen Programms auf dieselbe einzuwirken, so können wir diese Auffassung als eine korrekte nicht ansehen. Wir glauben, daß es dem Standpunkte der Partei widerstreitet, wenn man das „Parlamenteln" als Hauptgrund oder gar als die einzige Ursache der Wahltätigkeit bezeichnen will. Wir unsererseits haben gewählt:

a) aus agitatorischen und propagandistischen Rücksichten:

b) um durch unsere Stimmen lauten Protest zu erheben gegen die heutige Klassenherrschaft:

c) um unsere Vertreter eventuell in die Lage zu versetzen, diesem Protest auf der Tribüne entschiedenen Ausdruck zu verleihen.

Dabei gingen wir zugleich von der Anschauung aus, daß unsere Vertreter sich zwar an der eigentlich gesetzgeberischen Tätigkeit beteiligen, diese Beteiligung jedoch nicht als ihre Hauptaufgabe ansehen sollten ...

Die Vertrauensmänner der Genossen zu Barmen

Leipzig, 15. Februar 1882

Die Genossen von Leipzig und Umgegend sehen sich veranlaßt, zu der durch Genossen Breuel angeregten Frage, die Schreibweise des „Sozialdemokrat" betreffend, Stellung zu nehmen, und zwar erklären wir hiermit, daß wir mit der bisherigen Schreibweise des Organs völlig einverstanden sind, weisen das Ansinnen Breuels ganz entschieden zurück, erwarten, daß die Redaktion fortfahre, die Dinge mit dem Namen zu nennen, den sie in Wirklichkeit verdienen, und geben dabei zu bedenken, daß der „Sozialdemokrat" zunächst geschrieben wird für die große Masse der Arbeiter.

Daß wir mit dieser Meinung nicht allein stehen, setzen wir voraus und erwarten, daß die Genossen in Deutschland gleichfalls Stellung nehmen, um zu ersehen, ob der „Sozialdemokrat" den Anforderungen der Genossen entspricht oder nicht.

Die Sozialdemokraten von Leipzig und Umgebung

Die württembergischen Sozialdemokraten erklären sich mit der prinzipiellen Haltung des „Sozialdemokrat" einverstanden ...

Schwäbisch-Hall. Infolge der Verschiedenheit der Meinungen über die seitherige Haltung unseres Parteiorgans, welche ihren Ausdruck durch Reichstagsreden und infolge derselben durch Auseinandersetzungen im „Sozialdemokrat" gefunden haben, haben sich die hiesigen Genossen veranlaßt gesehen, Stellung dazu zu nehmen und nach vorausgegangener Besprechung einstimmig beschlossen, der Redaktion ihre volle Anerkennung für die seitherige Haltung des „Sozialdemokrat" auszusprechen, indem sie mit der Redaktion der Meinung sind, daß die Schandtaten und Verbrechen der Regierung und ihrer Polizeigewaltigen nicht mit Glacéhandschuhen behandelt, sondern mit dem richtigen Namen gekennzeichnet und gebrandmarkt werden müssen.

Verehrliche Redaktion!

In der Anklagesache des Ernst Breuel gegen die Redaktion des „Sozialdemokrat" erlauben wir uns zu erklären:

Wir stellen uns ... vollständig zur Seite des „Sozialdemokrat", ohne auch nur im geringsten die wissenschaftlichen und geschichtlichen Momente des Sozialismus zu verletzen. Wir rechtfertigen vollständig seine nur logischen Schlüsse, welche er aus den haarsträubenden Maßnahmen unserer Gegner zieht, denn sie haben es verstanden, den Hieben, welche die Sozialdemokratie mit dem blanken Stahl der Wissenschaft so wuchtig auszuteilen wußte, mit denen der brutalen Gewalt zu antworten. Sie drücken uns dadurch andere Waffen in die Hand, und diese müssen wir führen lernen, um, ausgerüstet mit geistigen sowohl als physischen Waffen, die Befreiung der Arbeit ihrer endgültigen Lösung entgegenzuführen ...

Die Stimmen der Genossen in Marburg (Hessen)

Gotha, den 22. Februar 1882

Mit der Haltung unseres Organs sind wir ganz und voll einverstanden, die Angstmichel und an Größenwahn leidenden Menschen mögen zum Teufel gehen, wenn's ihnen nicht paßt, wir verlieren nichts an denselben. –

Chemnitz, den 23. Februar 1882

Mit der Schreibweise und Haltung desselben (d. h. des „Sozialdemokrat") sind wir Freunde und Gesinnungsgenossen vollständig zufrieden und wünschen, daß es ferner so bleiben wird.

...

Die hiesigen Genossen sehen es als ihre Pflicht an, ihre Anschauungsweise bekanntzugeben, welche dieselben zu der Haltung des Parteiorgans einnehmen! Wir sind mit der Haltung resp. Ausdrucksweise des Parteiorgans voll und ganz einverstanden, denn wenn man, wie wir im preußisch-deutschen Reich, mit soviel Niederträchtigkeit, Frechheit und Gemeinheit zu kämpfen hat, sähe es doch wunderlich aus, wenn wir unsere elende gegnerische Sippschaft mit Sammetpfötchen angreifen wollten. Nein! Auf alle Schlechtigkeit derselben gehört eine Ausdrucksweise, als fielen wuchtige Keulenschläge; ja wir wünschen, daß unsere Vertreter im Reichstag eine schärfere Sprache führten, denn da ist der einzige Ort, wo die Schandtaten unserer machthabenden Halunken an den Pranger gestellt werden können.

Die Dresdner Parteigenossen

Im Auftrage der pfälzischen Abonnenten des „Sozialdemokrat" soll ich der Redaktion die vollste Anerkennung für Haltung und Schreibweise ausdrücken.

Mögen alle Halben und Feiglinge sich zurückziehen, damit mehr Klärung in die Sache kommt! Gruß!

Nach stattgehabter Rücksprache mit den Genossen unseres Kreises (Offenbach-Dieburg) erkläre ich im Auftrage derselben, daß wir die Schreibweise des „Sozialdemokrat" nicht nur billigen, sondern für ganz dringend erforderlich halten. Die akademische Diskussion ist heute für uns nicht Hauptzweck, wennschon wir dieselbe aus dem Parteiorgan nicht verbannt sehen möchten. Es gilt in der Sprache des Volkes zu schreiben und offen auszusprechen, was Tausende und aber Tausende in Deutschland beim Lesen der Schändlichkeiten, wie sie sich vor unsern Augen abspielen, denken, aber nicht sagen dürfen.

Vom Main C. Th.

Der bekannte „Zwischenfall" ist durch die Erklärung unserer Reichstagsabgeordneten im „Sozialdemokrat" für uns erledigt. Wir sind mit der Redaktion des „Sozialdemokrat" voll und ganz einverstanden. Die Sprache des Parteiorgans kann angesichts der zahllosen Regierungsschuftereien und Polizeischweinereien nicht scharf genug sein. Wir können uns aus diesem Grunde mit der „Objektivität" – oder vielmehr „Philisterhaftigkeit" – des Herrn Breuel nicht befreunden, müssen es vielmehr für eine Schmach erklären, daß sich solche unterstöckerische Ideen in der Partei breitmachen. Auf einen groben Klotz gehört bekanntlich ein grober Keil. Darum zum Teufel mit der sog. „Objektivität"! Die soziale Frage wird nun einmal nicht gelöst mit Rosenöl und Moschus. Wir wünschen – im vollen Einverständnis mit den Genossen in Dresden –, daß unsere Vertreter im Reichstag eine schärfere Sprache führen als in der letzten Zeit, denn der Reichstag ist allein noch der Ort, wo Bismarck und die übrigen Regierungsstrolche überhaupt an den Schandpfahl geschlagen werden können. Darum immer tapfer vorwärts! Fort mit aller Angstmeierei! Hoch lebe die Sozialdemokratie!

Mit sozialdemokratischem Gruß!
Die Parteigenossen Hannovers

Zwickau, 5. Mai. Die Genossen des 18. sächsischen Reichstagswahlkreises erklären sich mit der Haltung des Parteiorgans durchaus einver-

standen und wünschen, daß der angetretene Standpunkt auch ferner beibehalten werde.

Die Bezirkskonferenz

Der Sozialdemokrat (Zürich),
2. und 23. Februar, 2. März, 6. April, 11. Mai 1882.
Horst Bartel: Zur Politik und zum Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen die Bismarcksche Sozialreformpolitik und gegen den Rechtsopportunismus in den Jahren 1881, 1884.
In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (Berlin),
1958, Heft 5, S. 1095–1099.

99

Beschlüsse des Kongresses der deutschen Sozialdemokratie in Kopenhagen vom 29. März bis 2. April 1883

Der Kongreß erwartet, daß bei den nächsten Reichstagswahlen die Aufstellung der Kandidaten nicht auf Vorschlag einzelner zu Rate gezogener Genossen stattfindet, sondern daß die Aufstellung einheitlich organisiert werde und durch Territorial-Wahlkonferenzen im Einvernehmen mit den betreffenden Wahlkreisen erfolge. Weiter soll das bei den letzten Wahlen verschiedentlich befolgte System der Aufstellung eines Kandidaten in einem Dutzend und mehr Wahlkreisen verlassen werden und sollen, namentlich für Zählkandidaturen, auch solche Genossen aufgestellt werden, welche zwar einen politisch weniger bekannten Namen haben, aber in ihren Kreisen Vertrauen genießen und eine hinreichend unabhängige Stellung einnehmen.

Es sind nur solche Kandidaten aufzustellen, die unser Programm voll und ganz anerkennen und sich der Parteidisziplin unterordnen, indem sie sich verpflichten, an allen durch Gesamtbeschluß der Parteivertretung herbeigeführten Aktionen sich zu beteiligen.

Der Kongreß spricht sich entschieden gegen jederlei Nachgiebigkeit gegenüber den uns verfolgenden herrschenden Klassen sowie gegen jede auf die Nachsicht der Behörden spekulierende Rücksichtnahme aus und fordert ein rücksichtsloses Vorgehen der Partei;

der Kongreß erklärt sich mit der Gesamthaltung des Parteiorgans einverstanden.

Der Kongreß erklärt, daß er in bezug auf die sogenannte Sozialreform im deutschen Reiche weder an die ehrlichen Absichten noch an die Fähig-

keit der herrschenden Klassen nach deren bisherigem Verhalten glaubt, sondern der Überzeugung ist, daß die sogenannte Sozialreform nur als taktisches Mittel benützt wird, um die Arbeiter vom wahren Wege abzulenken.

Der Kongreß hält es aber für die Pflicht der Partei resp. deren Vertreter in den Parlamenten, bei allen auf die ökonomische Lage des Volkes gerichteten Vorschlägen, gleichviel welchen Motiven sie entspringen, die Interessen der Arbeiterklasse energisch wahrzunehmen, selbstverständlich ohne dabei auch nur einen Augenblick auf die Gesamtheit der sozialistischen Forderungen zu verzichten.

Protokoll über den Kongreß der deutschen Sozialdemokratie in Kopenhagen. Abgehalten vom 29. März bis 2. April 1883. Hottingen-Zürich 1883, S. 20, 22, 27, 28, 29, 30. Heinrich Gemkow: Friedrich Engels' Hilfe beim Sieg der deutschen Sozialdemokratie über das Sozialistengesetz. Berlin 1957, S. 223, 224.

100

Aus dem Leitartikel des „Sozialdemokrat" vom 5. Februar 1885 „Über ‚prinzipielle Fragen'"

Die Tatsache, daß in der Frage der Dampfersubvention die Meinungen unter den Abgeordneten und wohl auch unter den Genossen auseinandergehen, hat verschiedentlich zu Erörterungen darüber geführt, ob wir es hier mit einer prinzipiellen Frage zu tun haben oder nicht, da für den ersteren Fall der Kopenhagener Kongreß den Abgeordneten eine einheitliche Abstimmung zur Pflicht macht.

Es ist nun heute nicht unsere Absicht, über diese spezielle Frage ein Urteil abzugeben, sondern wir wollen lediglich einige allgemeine Betrachtungen darüber anstellen, wann und in welchem Sinne wir überhaupt von Prinzipienfragen zu sprechen haben ...

... Von einigen Genossen ist die Ansicht ausgesprochen worden, es könne nur da von prinzipiellen Fragen mit bindender Kraft die Rede sein, wo es sich um Sätze unseres Programms handle.

Wir halten diese Auffassungen für durchaus verfehlt. Über unser Programm wird in den gesetzgebenden Körpern nicht verhandelt, es wäre daher, wenn sie allgemein Geltung erhielte, was allerdings nicht zu befürchten ist, von einer sachlichen Garantie für ein einheitliches Vorgehen unserer Vertreter kaum die Rede. Das Mandat erhielte einen persönlichen Charakter.

In den bürgerlichen Parteien ist das ja vielfach der Fall. Ganz abge-

sehen von den berufsmäßigen Ordnungsmischmasch-Kandidaten finden wir in allen gesetzgebenden Körpern eine Reihe von „Volksvertretern", die weder als Vertreter von Partei- noch selbst von Gruppeninteressen, sondern lediglich auf Grund ihres persönlichen Einflusses in diesem oder jenem Wahlkreise gewählt worden sind. Dahin gehören die Lokalgötter aller Art, Landräte, Professoren, Großindustrielle, Großgrundbesitzer etc.

Für Parteien, welche den Klassenkampf leugnen, mögen solche Vertreter ganz annehmbar sein, für die Sozialdemokratie sind sie es nicht. Sie muß unter allen Umständen darauf halten, daß ihre Abgeordneten als Vertrauensmänner der Partei gewählt werden und als solche der Disziplin der Partei unterstehen. Das persönliche Moment, das sich allerdings nie ganz ausmerzen lassen wird, muß hinter dem sachlichen zurückstehen.

Wenn nun aber das Programm als Richtschnur für das öffentliche Wirken unserer Partei nicht ausreicht, was dann?

„Wie will man ein für alle Fälle gültiges Merkzeichen finden für das, was eine prinzipielle Frage ist oder nicht?" So schrieb uns jüngst ein Genosse aus dem Reich.

Wir glauben, ein solches Merkzeichen angeben zu können.

Es ist der Klassencharakter und die durch ihre historische Entwicklung bedingte politische Stellung unserer Partei.

Über den Klassencharakter unserer Partei sind wohl kaum Meinungsverschiedenheiten vorhanden. Wir sind die Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse, ihrer Interessen gegenüber den ausbeutenden Klassen. Unsere Partei fußt auf der Erkenntnis des Gegensatzes dieser Interessen, auf der Erkenntnis, daß in demselben Verhältnis, in dem in der bürgerlichen Gesellschaft der Reichtum produziert wird, auch das Elend produziert wird, daß das Anwachsen des sogenannten Nationalreichtums, das heißt des Reichtums der Ausbeuterklasse, zur notwendigen Ergänzung das Anwachsen der Massenarmut hat.

Aber dieser Klassenkampf kann nur richtig beurteilt werden, wenn er als ein Ergebnis der historischen Entwicklung aufgefaßt wird; und aus dieser historischen Entwicklung ergibt sich unsere Stellung all den Fragen gegenüber, in welchen der Klassencharakter der bürgerlichen Gesellschaft nicht offen zutage tritt. Historisch betrachtet ist die Arbeiterklasse die Erbin, die Nachfolgerin der Bourgeoisie und muß daher naturgemäß Gegnerin aller der Reste der feudalen Gesellschaft sein, welche sich in die heutige Gesellschaft gerettet haben . . .

Unser Programm spricht von der „einen reaktionären Masse". Aber wir sehen diese eine Masse sehr uneinig, heftige Kämpfe miteinander ausführend. Wie sollen wir uns bei diesen Kämpfen verhalten? Aus dem Programm wie aus dem Standpunkt des Klassenkampfes, absolut genom-

men, ergibt sich höchstens ein Zuschauen mit verschränkten Armen. Sobald wir aber den historischen Charakter unserer Bewegung in Betracht ziehen, ergibt sich auch, wann und wo wir in diesen Kämpfen einzugreifen haben.

Unser Programm sagt nichts über die Frage der Auswanderung. Der Klassenkampf aber sagt uns, daß die Auswanderung nur scheinbar die Lage der Zurückgebliebenen verbessert, in Wirklichkeit vielmehr ausschließlich zur Verlängerung ihrer Knechtschaft beiträgt, also sobald sie systematisch betrieben wird, bekämpft werden muß.

Wir könnten der Beispiele noch viele anführen, aber wir glauben, die angeführten genügen . . .

In der Auffassung des Sozialismus als theoretischem Ausdruck des Klassenkampfes der modernen Proletarier gegen die Ausbeuterklasse, in der Auffassung dieses Kampfes und seiner Ziele als Ergebnis der historischen Entwicklung und in der praktischen Anwendung dieser Erkenntnis beruht der revolutionäre Charakter der Sozialdemokratie, liegt nach unserer Ansicht die sicherste Richtschnur zur Beurteilung aller Fragen, vor welche die Partei sich gestellt sieht.

Der Sozialdemokrat (Zürich),
5. Februar 1885.
Horst Bartel: Marx und Engels im Kampf
um ein revolutionäres deutsches Parteiorgan 1879–1890.
Zu einigen Problemen der Hilfe von Karl Marx und Friedrich Engels
für den Kampf des „Sozialdemokrat" gegen das Sozialistengesetz,
Berlin 1961, S. 245–249.

101
Aus Korrespondentenberichten im „Sozialdemokrat" aus den Jahren 1885 und 1886

München, 15. Mai . . .

Daß die ländlichen Wahlbezirke von München II mit sozialistischer Saat bestreut werden, dafür ist gesorgt. Die Ernte wird keine schlechte werden; die Unzufriedenheit des Landvolkes über den Druck der Steuern, namentlich der Blutsteuer, und über den Rückgang des bäuerlichen Kleinbetriebes wächst von Tag zu Tag. Man muß den ländlichen Arbeitern klarmachen, und unsere oberbayrischen Bauern sind nichts weniger als unintelligent, wie es mit ihrer ökonomischen Lage bestellt ist; die Religionsfrage muß, und dazu berechtigt vollkommen unser Parteiprogramm, ganz aus dem Spiel gelassen werden. Jeder mag glauben oder mag nicht glauben, was oder wie er will; das ist seine Sache. Wir können der vor

einiger Zeit im Parteiorgan ausgesprochenen Ansicht, daß auf die Bauern nicht gerechnet werden dürfe, nicht ganz zustimmen. Die richtigen Mittel nach der besonderen Beschaffenheit des Landes und Bezirks müssen in Anwendung gebracht werden, und der Bauer marschiert in unseren Reihen. (Zweifelsohne. Wir haben auch keineswegs die Wichtigkeit der Bauernagitation herabsetzen wollen, vielmehr wiederholt die Genossen aufgefordert, ihre Erfahrungen in dieser Beziehung im Organ mitzuteilen. Daß der Bauer schon heute vielfach für unsere Sache zu gewinnen ist, geben wir unbedenklich zu. Aber die Kerntruppe derselben kann immer nur das Industrieproletariat stellen. Anm. d. Red.) Ruhe, Geduld und genaue Kenntnis der Verhältnisse, das sind die drei notwendigen Bedingungen für die Bauernemanzipation ...

Berlin, 31. August. Wie in früheren Jahren, so hatten wir auch dieses Jahr eine Feier zum Andenken unseres Vorkämpfers Ferd. Lassalle veranstaltet, und zwar diesmal im großartigen Maßstabe. Die Genossen waren denn auch zu Tausenden, teils in Vereinen, teils in kleineren Gruppen, nach dem zwei Meilen von Berlin entfernten Köpenick marschiert oder waren eine kleine Strecke per Bahn gefahren, um nur den Rest des Weges zu Fuß zurückzulegen. Bereits als der Morgen noch graute, sah man die Straßen und Plätze Berlins schon mit Polizei besetzt. Die Blitzableiter der Pickelhauben erglänzten im Schein der Morgensonne, als die Genossen sich zur Bahn begaben. Auch an dem kleinen, sonst friedlichen Orte, wo wir ausstiegen, erblickten wir die bekannten Madaischen Gestalten, und es dauerte nicht lange, so kamen auch die Berittenen an, erst wenige, dann mehr und immer mehr, so daß wir in Köpenick mit starker Bedeckung einziehen konnten. Auch die Torwagen, die hinausfuhren, wurden von „Berittenen" begleitet, trotzdem nur Frauen und Kinder darinnen saßen. Der Köpenicker Arbeiterverein war anderen Vereinen entgegengezogen und hatte für rotgefärbte Federn und andere Abzeichen gesorgt, so daß unser Zug durch Köpenick, morgens halb 10 Uhr, sich zu einer recht imposanten Demonstration gestaltete, was die Puttkamerschen Meineidsmichel zu Pferde, welche uns eskortierten, in gelinde Verzweiflung versetzte. Das Terrain, auf welchem unsere Feier stattfand, der „Schützen-Garten" und die „Schützenheide", war für dieselbe nicht grade sehr günstig. Jedoch hatten wir es für unsere Pflicht gehalten, einem Genossen (dem Schützenwirt), welcher seit langer Zeit von allen Seiten gemaßregelt wird und nahezu zugrunde gerichtet ist, etwas aufzuhelfen.

So wogte denn von morgens an das regste Leben im „Schützenhause"... in Gruppen, die nach Hunderten zählten, scharten wir uns zusammen und sangen die „Marseillaise" oder das „Petroleumlied" zum größten Verdruß der anwesenden Spitzel. Mittags zogen einige Genossen aus, um die an-

kommenen Frauen, unsern Reichstagsabgeordneten Singer und andere von der Bahn abzuholen. In der Zwischenzeit hatten die übrigen Genossen die große rote Fahne an einer Eiche befestigt, unter welcher die Feier stattfinden sollte. Kaum gewahrten die Schildknappen die Fahne, wurden sie wild und versuchten ein Attentat auf dieselbe. Sie gaben jedoch ihren Plan wieder auf, als sie sahen, welch ein Wall von Menschen sich ihnen entgegenstemmte. Die „mutigen" Spitzel, welche sonst auf Kosten der Arbeiter überall herumlungern, hatten sich währenddem heimlich im Schießgraben verkrochen. Am Nachmittag wurde ein zweiter solcher Angriff gemacht in Form einer Kavallerieattacke. Auf einen kleinen Hügel, welcher zur Hälfte mit niedrigen Fichten bewachsen und zur Hälfte ganz kahl ist, hatten wir uns Bier hinaufgefahren, und die Frauen und Kinder hatten sich unter den Fichten gelagert. Am äußersten Baum hing wieder die bewußte rote Fahne. Plötzlich, auf ein geheimes Zeichen, sprengten die Berittenen wie die Wahnsinnigen zwischen Männer, Frauen und Kinder hinein, was natürlich die größte Erregung hervorrief. Sie ritten im Galopp durch das Lager von Frauen und Kindern, schonten nichts, um nur die Trophäe zu erobern; jedoch auch diesmal gelang es ihnen nicht. Die Fahne wehte kurze Zeit darauf schon wieder an einer andern Stelle. Viele Genossen waren sehr erregt über diesen Vorfall. Die Puttkamerschen Spießgesellen zogen sich zurück, und wenn sie so weiter arbeiten, dann werden wir bald auch die so schwer zu erobernden Berliner Landkreise unser nennen können.

Das Fest, das nicht nur von Arbeitern, sondern auch von Männern aller Berufsstände besucht war, war ein glänzendes, und der Verlauf desselben ein durchaus würdiger. Die Madaischen werden sehr magere Berichte liefern, trotz aller Provokationen und Machinationen der Puttkamerschen Ordnungsretter. Unter dem Gesang der „Marseillaise" zogen wir, sämtliche Teilnehmer, nach Berlin zurück, wo am Bahnhof die Männer der Ordnung Entfernung der roten Abzeichen verlangten. Dieselben fühlten sogar am Abend noch das Bedürfnis, den Staat zu retten, jedoch des großen Gedränges wegen mußten sie auf die edle Absicht verzichten, und so zogen denn die Genossen spät abends durch die Straßen Berlins fröhlich und heiter ihren Wohnungen zu.

Diejenigen aber, welche das infame Gesetz geschaffen, konnten einmal wieder sehen, wie die Arbeiter, die es treffen sollte, auf dasselbe pfeifen.

Rothand

Hamburg-Altona, anfangs Februar . . .

Der im Reichstag von unserer Fraktion eingebrachte Arbeiterschutzgesetzentwurf fand hier volle Würdigung dadurch, daß wir für die Verwirklichung desselben in großer Zahl petitionierten und auch die Bevöl-

kerung in der Umgegend veranlaßten, dasselbe zu tun. Ebenso verbreiteten wir in der Umgegend in Masse eine von Hasenclever geschriebene Broschüre, betitelt: „Was will die Sozialdemokratie?" und in über 100 000 Exemplaren hierselbst die Rede Bebels, gehalten im Reichstag zu dem Antrag betreffend die Verlängerung der Legislaturperioden des Reichstages. Beides wird bestimmt seine Wirkung nicht verfehlen.

Daß wir 2000 Franken für die französischen Brüder zur Wahl hergaben, womit wir bekundeten, daß wir uns des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt sind, wollen wir nur beiläufig bemerken . . .

Im neuen Jahr zeigt die Hamburger Polizei auch ein anderes Gesicht als im alten Jahr. Fast täglich hält sie Haussuchungen ab und nimmt Sistierungen vor, wobei sie mit einer Niedertracht und Rohheit zu Werke geht, wie es anderswo gewiß nicht schlimmer vorkommen dürfte. So ist es hier vorgekommen, daß man junge Burschen, die noch von nichts wissen, durch Prügel zum Geständnis zu bringen suchte. Aber es kommt noch besser. Die Genossen Dieckmann, Korbmacher, aus Altona, Koch und Pyar, beide Tischler, und Grüneberg, Tapezierer, aus Hamburg, wurden von hier ausgewiesen. Der erstere ward abgefaßt, als er etwa 60 Exemplare des „Sozialdemokrat" über die Ottenser Zollgrenze schmuggelte, die letzteren bei Verbreitung der schon genannten Hasencleverschen Broschüre im Holsteinischen. Bei ihrem Fortgang wurden die drei ersten von den hiesigen Genossen, die sich zu Tausenden eingefunden hatten, zum Bahnhof begleitet, wobei, wie hiesige gegnerische Blätter bezeugten, alles in musterhafter Ordnung verlief. Trotzdem war solches „Demonstrieren" der Polizei zuwider, weshalb sie Grüneberg schon am letzten Tage seines hiesigen Aufenthalts in Gewahrsam nahm und unter polizeilicher Eskorte nach Hannover expedierte. Die Genossen, die hiervon nichts wußten, fanden sich wiederum in großer Zahl auf dem bestimmten Platz vor dem Holstentor, von wo aus die andern ausgewiesenen Genossen ihren Abschiedsmarsch angetreten hatten, ein, um auch Grüneberg das Geleit zu geben, wurden aber alsbald gewahr, was geschehen war. Nun fand ein Hin- und Herwogen der erschienenen Genossen statt, auf deren Gesichtern die Erbitterung deutlichen Ausdruck fand, während die bewaffnete Polizeimacht mit heruntergelassenen Helmketten, wie es schien, auf einen Straßenkampf wartete. Doch alles blieb ruhig. Die Genossen entfernten sich, die Vergeltung für diese Schmach bis auf eine bessere Zeit aufsparend. Auch die Polizei zog mit ihrem Kummer, nicht in Tätigkeit gekommen zu sein, ab . . .

Der Sozialdemokrat (Zürich),
21. Mai u. 10. September 1885, 26. Februar 1886.

102

Aus dem Streikerlaß des preußischen Innenministers Robert von Puttkamer vom 11. April 1886

Es ist Grund zur Annahme vorhanden, daß in der nächsten Zeit auf dem Gebiete der inländischen Industrie- und Gewerbetätigkeit mehr oder weniger umfassende Arbeitseinstellungen auftreten werden. Der gesetzlich bestehenden Koalitionsfreiheit gegenüber ist zwar jedes unmittelbare oder mittelbare Einschreiten der Polizeibehörden in solchen Fällen ausgeschlossen und die letzteren müssen sich jeglicher Maßregel sorgfältig enthalten, welche als eine Parteinahme der obrigkeitlichen Gewalt für die Arbeitgeber gegen die Arbeitnehmer oder umgekehrt erscheinen könnte. Ist aber hiermit nach der einen Seite die Grenzlinie fest gezeichnet, über welche hinaus die Polizei ihre Tätigkeit bei Arbeitseinstellungen nicht erstrecken darf, so gebietet auf der anderen Seite die Pflicht zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, streng darüber zu wachen, daß der Lohnkampf ausschließlich auf friedlichem Wege und mit gesetzlichen Waffen zum Austrage gelangt ... In der Mitte zwischen derartigen nach den Strafgesetzen zu ahndenden Delikten und der erlaubten Ausübung des Koalitionsrechtes liegen aber nach den seither gemachten Erfahrungen Ausschreitungen, welche, ohne gerade mit Notwendigkeit unter den Begriff von Straftaten zu fallen, doch den Charakter der widerrechtlichen Gewaltsamkeit in dem Grade an sich tragen, daß die Polizei vollen Anlaß und Beruf hat, sich ihnen auf Anrufen der durch sie Beschädigten tatkräftig entgegenzustellen ...

Ungleich verhängnisvoller wie die rein wirtschaftlichen Wirkungen der Arbeitseinstellungen können aber unter Umständen ihre politischen Folgen sein, wenn die sozialdemokratische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung ausgehende Agitation sich ihrer bemächtigt ...

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Arbeitseinstellungen, welche unter den zuletzt bezeichneten Gesichtspunkt fallen, von denen also anzunehmen ist, daß sie durch die sozialdemokratische Agitation angestiftet sind, oder auch in ihrem weiteren Fortgange der Leitung derselben verfallen, die somit ihren wirtschaftlichen Charakter abstreifen und einen revolutionären annehmen, der sorgfältigsten Überwachung von seiten der Organe der Staatsgewalt bedürfen. In dem Augenblicke, wo durch Tatsachen jene den Umsturzbestrebungen dienende Tendenz bei einer Arbeitseinstellung zutage tritt, wird auch die Notwendigkeit gegeben sein, gegen die mit ihr zusammenhängenden öffentlichen Kundgebungen auf dem Gebiete der Presse sowie des Vereins- und Versammlungswesens die Vorschriften des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der

Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 mit derselben Strenge in Anwendung zu bringen, wie gegen jene Bestrebungen überhaupt.

Insbesondere wird nach Befinden der Umstände in denjenigen Bezirken, innerhalb deren die im § 28 des obenangeführten Gesetzes vorgesehenen außerordentlichen Maßregeln in Wirksamkeit gesetzt sind, von letzteren auch gegen Führer von Streikbewegungen Gebrauch zu machen sein, sobald die Behörde die begründete Überzeugung gewinnt, daß von diesen Personen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist.

Unberührt durch die gegenwärtige Verfügung bleibt natürlich das Recht und die Pflicht des Verwaltungschefs des betreffenden Bezirkes, im Falle eines durch Arbeitseinstellungen veranlaßten Aufruhrs sofort bei dem obersten Militärbefehlshaber die Erklärung des Belagerungszustandes in Gemäßheit des Gesetzes vom 4. Juni 1851 (Ges.-S. 451) zu beantragen.

Ignaz Auer: Nach zehn Jahren.
Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes,
Nürnberg 1929, S. 146–148.

103
Flugblatt Paul Singers an die Berliner Arbeiter nach seiner Ausweisung aus Berlin im Juli 1886

Parteigenossen!

Nachdem ich Berlin verlassen habe, drängt es mich, Euch noch ein Wort des Abschieds zu sagen.

Die Polizei hat mich auf Befehl des Ministers des Innern ausgewiesen.

Ich bin ausgewiesen, weil ich die Tätigkeit des Spitzeltums aufgedeckt habe, und ich mußte dem Ausnahmegesetz zum Opfer fallen, weil man Leute, die ehrliche, durchdringende Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes fordern und welche die Scheinreform der Regierung unerbittlich bekämpfen, die Haltlosigkeit derselben nachweisen, in Berlin nicht duldet.

Man zwingt mich, die Stätte meiner Wirksamkeit zu verlassen. Es ist nicht gelungen, mir das Vertrauen der Genossen zu rauben, es ist trotz der gehässigsten Verleumdungen nicht möglich gewesen, meine Wähler zu beeinflussen.

Parteigenossen! So wie Ihr stets darauf rechnen könnt, mich für die Befreiung der Menschheit von politischem und wirtschaftlichem Joch kämpfen zu sehen, so rechne auch ich fest darauf, daß Ihr unserer Fahne treu und ergeben bleibt und daß Ihr mannhaft zusammensteht, wenn es gilt, unsere heilige Sache zu fördern.

Laßt Euch – dies rufe ich Euch warnend zu – durch keine Provokationen, welche nicht ausbleiben werden, verleiten, den Gegnern gefällig zu sein, behaltet die Köpfe klar! Stets das erhabene Ziel im Auge, laßt die Frucht reifen, auch für uns kommt die Zeit der Ernte!

Bis dahin unaufhörlichen Kampf gegen die Feinde auf allen Gebieten; wir müssen und werden siegen unter dem Rufe:

Hoch die Sozialdemokratie!
Paul Singer

Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung,
hrsg. von Eduard Bernstein, Zweiter Teil,
Berlin 1907, S. 175.
Heinrich Gemkow: Paul Singer. Ein bedeutender Führer
der deutschen Arbeiterbewegung,
Berlin 1957, S. 71/72.

104

Tagebuchaufzeichnung des Vortragenden Rates im Auswärtigen Amt Friedrich von Holstein vom 2. November 1886

Eine kümmerliche Politik ist ... die der beiden Bismarcks: sie wollen nicht sehen, daß Rußland sich gegen uns heranwälzt oder vielmehr in erster Linie gegen Österreich. Können wir Österreich entzweischlagen lassen? Nein. Nun, dann müssen wir uns mit Rußland raufen und müssen also sehen, wo wir Alliierte, groß und klein, zusammenbringen. Statt dessen probierte der Kanzler fortgesetzt, Rußland zu streicheln ...

Die Geheimen Papiere Friedrich von Holsteins,
Bd. II, Tagebuchblätter,
Göttingen/Berlin/Frankfurt/M. 1957, S. 347/348.

105

Aus dem Artikel des „Sozialdemokrat" „Die Kriegszettelungen der Diplomatie und die Sozialdemokratie" vom 10. Dezember 1886

Arbeiter Deutschlands und Frankreichs, die ihr unter dem Joch des Kapitalismus schmachtet, erhebt gemeinsam eure Stimmen und protestiert gegen die Verhetzung der beiden Völker, protestiert gegen deutsche und französische Derouledes, erklärt, daß das Volk kein Interesse hat, Eroberungen zu machen, erklärt, daß kein Volk und keine Provinz durch Waffengewalt einem Staatswesen einverleibt werden darf. Elsaß-Lothringen soll nicht zwischen Deutschland und Frankreich zum Zankapfel werden. Die Arbeiter müssen die Regierenden durch das Gewicht ihrer Stimmen, durch

ihre Masse zwingen, den Frieden zwischen den beiden Nationen aufrechtzuerhalten. Jeder Krieg zwischen den beiden Nationen wird die Verwirklichung der sozialen Gesellschaft verzögern, er wird die Macht des Kapitalismus stärken und die Kraft der Massen, welche ja die Kosten des Krieges zu tragen haben, schwächen. Auch gegen einen Krieg mit Rußland muß in gleicher Weise und aus gleicher Ursache angekämpft werden.

Der Sozialdemokrat (Zürich),
10. Dezember 1886.

106

Aus dem Aufruf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Reichstagswahl vom 14. Januar 1887

An das deutsche Volk!

... im Interesse des arbeitenden Volkes mußten wir der Regierung, welche eine Verstärkung des Militärs forderte, jeden Mann und jeden Groschen verweigern. Mit dem Militarismus, welcher ein notwendiger Auswuchs des herrschenden Staats- und Gesellschaftssystems ist, gibt es für die Sozialdemokratie ebensowenig eine Aussöhnung wie mit diesem System selbst. Der Militarismus ist unverträglich mit der Freiheit und dem Wohlstand der Völker und legt es in die Hand der Machthaber, ohne Zustimmung der Volksvertretungen verheerende Kriege herbeizuführen. Wir verlangen die allgemeine Volksbewaffnung, die Erziehung der gesamten Nation zur Wehrhaftigkeit, die Schaffung eines Volksheeres, welches die ganze Wehrkraft der Nation umfaßt. Ein solches Heer ist zur Verteidigung des Landes doppelt und dreifach so stark als das gegenwärtige, zum Angriff auf andere Nationen nicht zu verwenden und folglich eine Bürgschaft des Friedens. Mit der Beseitigung des Militarismus ist der Weltfriede gesichert.

Wenn wir von dem Militarismus und dessen Vertretern absehen, ist eine ernstliche Kriegsgefahr überhaupt nicht vorhanden; die Völker wollen und brauchen den Frieden ...

Der Reichskanzler hat für die kommende Wahlschlacht das Losungswort gegeben:

„Kaiserliches oder Parlamentsheer!"

Diese Parole drückt den vorhandenen Gegensatz nicht richtig aus; die Frage, welche zur Entscheidung steht, lautet:

„Gilt in Deutschland der Wille des Reichskanzlers mehr als der Wille der Volksvertretung?"

Wir Sozialdemokraten sind keine Anhänger des parlamentarischen

Regierungssystems, welches gegenwärtig nur den Anschauungen und Interessen der Bourgeoisie entsprechen kann, aber da wir die Volksherrschaft erstreben, müssen wir für die Volksvertretung die äußersten Machtbefugnisse fordern ...

Unsere Tätigkeit als Abgeordnete war von unserem Programm diktiert und wird, falls das Votum unserer Wähler das Mandat erneuert, auch in Zukunft von unserem Programm diktiert sein. Für uns ist Kompromiß gleichbedeutend mit Prinzipienverrat. Nicht, daß wir den Erfordernissen praktischen Schaffens unzugänglich wären – wir haben bei jeder Gelegenheit, seit es Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstage gibt, den tatsächlichen Beweis geliefert, daß wir bei einer Gesetzgebung zugunsten des Volkes zu ernster Mitwirkung bereit sind. Wir erinnern an unseren Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes, an unseren Antrag zum Schutze des Koalitionsrechtes, an unsere Anträge zu dem Kranken- und Unfallversicherungsgesetz und Hilfskassengesetz ... Jedem Angriff auf die Rechte des Volkes, jedem Versuch, die Lasten des Volkes zu vermehren und die Lebensmittel des Volkes zum Vorteil des Großgrundbesitzes und Großkapitals zu verteuern, sind wir mit voller Kraft entgegengetreten und haben keine Gelegenheit versäumt, für die Interessen der Arbeiter und die Forderungen der Humanität und Gerechtigkeit einzustehen ...

Alle anderen Parteien stehen auf dem Boden des Klassenstaates und der Klassenherrschaft und sind deshalb gegenüber dem politischen und sozialen System, welches der Ausfluß und der Ausdruck dieser Klassenherrschaft ist, zu konsequentem Handeln unfähig ...

Der Sozialdemokrat (Zürich),
29. Januar 1887.
August Bebel: Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag.
Tätigkeitsberichte und Wahlaufrufe aus den Jahren 1871–1893,
Berlin 1909, S. 249–253.

107
Wahlabkommen der Nationalliberalen Partei, der Deutsch-Konservativen Partei und der Deutschen Reichspartei vom 15. Januar 1887

1. Es sollen nur solche Kandidaten aufgestellt werden, welche bereit sind, für das Septennat zu stimmen. 2. Es wird deshalb in der Regel in denjenigen Wahlkreisen, in welchen bisher ein Abgeordneter einer dieser drei Parteien im Besitz des Mandats sich befunden hat, dieser wiedergewählt oder, soweit er nicht annehmen kann oder will, der Ersatzmann von derjenigen Partei des Wahlkreises bestimmt, welcher der bisherige Abgeord-

nete angehört hat. 3. In bisher durch den Gegner des Septennats vertretenen Wahlkreisen soll zur Vermeidung von Stichwahlen die Vereinbarung über einen gemeinsamen Kandidaten stattfinden. Insofern eine solche innerhalb des Wahlkreises nicht zu ermöglichen ist und die Anrufung der Zentralvorstände ohne Erfolg bleibt, gilt als Regel, daß diejenige der drei Parteien den Kandidaten bestimmt, welche am stärksten im Wahlkreise vertreten ist, wobei insbesondere die Zahlen der letzten Reichstagswahl von 1884 den geeigneten Anhalt geben werden. In denjenigen Fällen, in denen dennoch die Aufstellung mehrerer Kandidaten aus den drei Parteien unvermeidlich wird, ist in der Stichwahl dem Anhänger des Septennats von allen drei Parteien unbedingte Unterstützung zu leisten. 4. Die Parteivorstände werden dahin wirken, daß in Aufrufen und Ansprachen sowie in der befreundeten Presse alles vermieden wird, was das geschlossene Zusammengehen der drei Parteien in der Wahlbewegung gefährden könnte.

Deutscher Geschichtskalender für 1887,
I. Bd., Erstes Halbjahr,
Leipzig 1887, S. 71/72.

108

Aus dem Artikel des „Sozialdemokrat" „Zum 21. Februar" vom 29. Januar 1887

Die Niederlage Bismarcks heißt Stärkung der Friedenspartei in Frankreich, heißt Protest hüben und drüben gegen den Krieg und die unausgesetzten Kriegsrüstungen. Grade weil diesmal von oben die Frage der auswärtigen Politik in den Wahlkampf hineingeworfen ist, grade deshalb kommt es darauf an, daß das arbeitende Volk diese Gelegenheit benutzt, seine Stimme gegen die ganze bisherige Leitung derselben zu erheben ... Protest gegen die Reaktion in der inneren Politik, Protest gegen die Reaktion in der äußeren Politik, das ist die Devise des Wahlkampfs.

Der Sozialdemokrat (Zürich),
29. Januar 1887.

109

Aus der Rede August Bebels auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie von St. Gallen vom 2. bis 6. Oktober 1887

Noch niemals habe unter den Parteigenossen ein Zweifel bestanden darüber, daß die Macht der sozialdemokratischen Partei wesentlich mit auf

ihrer parlamentarischen Tätigkeit und der Teilnahme an den Wahlen beruhe. Nicht die Teilnahme an den Wahlen sei es also, was der Partei zum Schaden gereiche, sondern nur die Überschätzung des Parlamentarismus könne gefährlich werden. Wer freilich glaube, daß auf dem heutigen parlamentarisch-konstitutionellen Wege die letzten Ziele des Sozialismus erreicht werden könnten, kenne entweder dieselben nicht oder aber er sei ein Betrüger.

Es sei nicht richtig, anzunehmen, daß unsere parlamentarische Tätigkeit vollständig ohne Erfolg gewesen sei. Die heutige Stärke der Partei und der Einfluß, den sie sich im öffentlichen Leben bis hinauf zu den Entschließungen der regierenden Gewalten erobert habe, sei die Folge auch der parlamentarischen Tätigkeit und das Sozialistengesetz nur der Ausfluß der Furcht vor unserer Macht und damit ein glänzendes Anerkenntnis unserer Wirksamkeit.

Andererseits wolle er doch nachdrücklich darauf aufmerksam machen, daß Fürst Bismarck selbst im Reichstag auf Redners Provokation zugegeben habe, daß ohne die Sozialdemokratie die Reichsregierung an sozialreformerische Maßregeln kaum gedacht haben würde. Wie gering man auch diese schätzen möge, ein großer moralischer Erfolg seien sie doch. Die Beachtung, welche die soziale Bewegung gegenwärtig überall finde, sei das Werk unserer Tätigkeit, und zwar sehr wesentlich auch unserer parlamentarischen Tätigkeit . . .

Zwar unterliege es keinem Zweifel, daß, je stärker die sozialdemokratische Vertretung in den Parlamenten werde, die gegnerischen Parteien sich mehr und mehr aneinanderschlössen und immer reaktionärer würden, aber das sei nicht zu ändern. Das schütze die sozialistische Partei vor der Gefahr, jemals in den kleinen Fragen des heutigen Parlamentarismus eine entscheidende Rolle spielen zu wollen. Es werde die Parteivertreter nie in die Verlegenheit setzen, sog. „Staatsmänner" zu spielen und sich in kompromittierende Kompromisse, wie sie bei einem solchen Verhältnisse fast unausbleiblich seien, einzulassen. Aus diesem Grunde habe er durchaus nicht bedauert, daß die Partei bei den letzten Reichstagswahlen eine gewisse entscheidende Stellung zwischen den verschiedenen Parteien, die sie vorher hatte, verloren habe.

Bericht über die Verhandlungen
des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie.
Abgehalten zu Schönenwegen bei St. Gallen vom 2. bis 6. Oktober 1887,
St. Gallen 1887, S. 18/19.

110

Aus dem Protokoll des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie von St. Gallen vom 2. bis 6. Oktober 1887

Zur Diskussion steht nunmehr die Frage, ob die Revision des Parteiprogramms notwendig sei? Hierzu war von dem Genossen Schlüter folgender Antrag gestellt:

„Der Parteitag ernenne eine Kommission von drei Personen, die den Auftrag erhalten, das Parteiprogramm einer Durcharbeitung zu unterziehen und den hieraus hervorgehenden Entwurf in allen seinen Teilen in der sozialistischen Presse zur Besprechung zu bringen. Zur Abstimmung soll der sich hieraus ergebende Entwurf auf dem nächsten Parteitag gelangen." ...

Die Wünsche der Genossen kommen in folgenden Amendements zum Ausdruck: Das eine beantragte, in Erwägung zu ziehen: „ob die vorgeschrittenen industriellen Verhältnisse Deutschlands es nicht angezeigt erscheinen lassen, den Grundsatz der Produktivgenossenschaften aus dem Programm zu streichen und an dessen Stelle die Forderung der Expropriation des Grund und Bodens sowie der Produktionsmittel zu setzen?" ...

Der Antrag des Genossen Schlüter fand hierauf einstimmige Annahme.

In die Kommission zur Durcharbeitung des Parteiprogramms wurden die Genossen Auer, Bebel und Liebknecht einstimmig gewählt ...

Bericht über die Verhandlungen
des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie.
Abgehalten zu Schönenwegen bei St. Gallen vom 2. bis 6. Oktober 1887,
St. Gallen 1887, S. 70/71.

111

Aus einer Ausarbeitung Otto Fürst von Bismarcks für eine Unterredung mit Zar Alexander III. vom 10. November 1887

Der Kampf geht heute nicht so sehr zwischen Russen, Deutschen, Italienern, Franzosen wie zwischen der Revolution und der Monarchie. Die Revolution hat Frankreich erobert, England berührt; sie ist stark in Italien und Spanien. Nur noch die drei Kaiserreiche vermögen ihr Widerstand zu leisten ...

Der Krieg, sei er nun siegreich oder nicht, wird die Revolution in mehr als einem Lande entfesseln ...

In der Zeit, in der wir leben, mehr noch als zu irgendeiner anderen geschichtlichen Epoche fordert es das Interesse der großen Monarchien, den

Krieg zu vermeiden, weil heute die Nationen stets geneigt sind, ihre Regierungen für etwa erlittene militärische Rückschläge verantwortlich zu machen. So haben die Niederlagen von 1870 den Sturz der napoleonischen Herrschaft herbeigeführt, während Österreich sich von einem monarchischen Staate, der es war, infolge der Ereignisse von 1866 in einen parlamentarischen Staat verwandelt hat. Die italienische oder spanische Monarchie würden einen unglücklichen Krieg nicht überleben, und sogar in Deutschland – wenn wir gegen jede Erwartung geschlagen werden sollten – würden die Aussichten der demokratischen oder sozialistischen Partei durch unsere Niederlage beträchtlich gewinnen ...

Im ganzen würde der etwaige nächste Krieg viel weniger den Charakter eines Krieges von Regierung gegen Regierung als den eines Krieges der roten Fahne gegen die Elemente der Ordnung und der Erhaltung haben.

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914.
Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, 5. Bd.,
Berlin 1926, Nr. 1127 Anlage.
Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges 1871–1914,
hrsg. v. Bernhard Schwertfeger,
Berlin 1928, S. 252–255.

112

Aus einem Schreiben Otto Fürst von Bismarcks an den Chef des Militärkabinetts General Emil von Albedyll vom 19. Dezember 1887

Die gegenwärtige politische Situation ist eine außerordentlich schwierige und empfindliche, und ich würde die Verantwortlichkeit für ihre weitere Entwicklung nicht übernehmen können, wenn militärische Verhandlungen stattfänden, mit deren Inhalt und Tragweite ich mich vom politischen Standpunkte nicht einverstanden erklären könnte ...

Auch abgesehen hiervon liegt es nicht in unserem politischen Interesse, das österreichische Kabinett zum Beginn oder zur Beschleunigung des Krieges mit Rußland zu ermutigen. Unsre Politik hat die Aufgabe, den Krieg, wenn möglich, ganz zu verhüten, und geht das nicht, ihn doch zu verschieben. An einer andern würde ich nicht mitwirken können.

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914,
6. Bd., Berlin 1927, Nr. 1182, S. 58/59.

113

Aus Tagebuchaufzeichnungen des Generals Alfred Graf von Waldersee vom 1. Januar 1888 und vom 15. April 1889

1. Januar 1888: ... Die große Frage ist die: Sollen wir den Krieg, der unvermeidlich scheint, beginnen, solange die Chancen für uns noch besser sind, wie dies z. B. jetzt der Fall ist, oder sollen wir warten, bis es unseren Gegnern paßt, in der Hoffnung, daß irgend etwas passieren kann, was uns den Krieg erspart? Ich bin überzeugt, daß das erstere richtig ist, bin aber nunmehr gewiß, daß wir das letztere gewählt haben. Der Kaiser will durchaus keinen Krieg mit Rußland, hat auch nicht viel Vertrauen auf Österreich. Bei seinem Alter ist es auch wohl natürlich, daß er in Frieden seine Jahre beschließen möchte. Der Kanzler hat noch viel weniger Lust zum Kriege, zum Teil aus anderen Motiven; darüber versäumen wir die günstige Zeit ...

15. April 1889: Wir müssen das große Geschick des Kanzlers und sein Ansehen in der Welt benutzen, um noch einige Zeit den Frieden zu erhalten, sobald aber unsere Rüstung fertig ist, den Kampf, dessen Beginn die Gegner zu bestimmen hoffen, selbst herbeiführen. Bis dahin mit dem Kanzler, wenn es ernst wird, aber ohne ihn; wenn es sein muß, auch gegen ihn.

Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee, Stuttgart/Berlin 1925, Erster Bd., S. 349 u. Zweiter Band, S. 48.

114

Aus der Rede Paul Singers im Deutschen Reichstag vom 27. Januar 1888

Meine Herren, das Sozialistengesetz sollte die Autorität der Behörden stützen; es sollte die sogenannten gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie verhindern! Nun, wenn von irgendeinem Gesetz das Gegenteil eingetreten ist von dem, was es bewirken sollte, dann ist dies bei dem Sozialistengesetz der Fall. Es gibt kein Gesetz in der ganzen Welt, welches die Autorität aller Kreise ärger untergräbt als gerade das Sozialistengesetz, und ich kann mich dabei auf Zeugen berufen, die weit ab von meiner Partei stehen, ja, auf Zeugen, die sich der Beschlußfassung bei diesem Gesetz mit schuldig gemacht haben ... Autorität, Achtung vor der Autorität kann überhaupt nur da sein, wo man Achtung vor dem Recht und vor der Gerechtigkeit hat. Die Handhabung des Sozialistengesetzes aber zeigt ... auf das allerdeutlichste, daß dieses Gesetz gemißbraucht worden ist zur Erzeugung von Verbrechen und daß die Schuld

für diese Tatsache denjenigen Männern aufzuerlegen ist, die von Amtswegen behördlicherseits berufen sind, darüber zu wachen, daß Ordnung und Ordnungsliebe, Recht und Gerechtigkeit im Lande herrschen . . .

Heute kann ich mir gestatten, dem Reichstag und dem Herrn Minister von Puttkamer den Nachweis dafür zu liefern, daß die obersten Leiter der politischen Polizei, die sehr hohen Beamten des Berliner Polizeipräsidiums, nämlich der Herr Polizeidirektor Krüger und der Herr Polizeirat von Hacke, diejenigen sind, durch deren Tätigkeit, wie ich Ihnen nachweisen werde, anarchistische Verbrechen gefördert worden. Die Herren Polizeidirektor Krüger und Polizeirat von Hacke, die mit den Agenten in persönlichem und brieflichem Verkehr sind, haben es sich zu ihrer Aufgabe gemacht, nicht nur die Bestrebungen der Sozialdemokratie überwachen zu lassen, sondern sie haben es sich auch zu ihrer Aufgabe gemacht, diese ihre Agenten aufzufordern, anarchistische Verbrechen herbeizuführen, um unter dem Drucke dieser Verbrechen dann dasjenige zu erreichen, was die Regierung mit ihrer Vorlage zwar beabsichtigt, aber nicht erreichen kann, wenn sie an der Hand der Tatsachen wirklich richtige Darstellungen gibt.

Meine Herren, der Agent und Schreiner Karl Schröder in Zürich steht seit Jahren in Diensten der Berliner Polizei; er ist engagiert von dem Polizeidirektor Krüger, welchem er empfohlen worden ist – es ist das vielleicht für die Herren recht interessant, zu hören – durch den ebenfalls von der Polizei besoldeten Anarchisten Kaufmann, den Anarchisten Kaufmann, der der spiritus rector von dem Anarchisten Stellmacher, der in Wien den Raubmord verübt hat, war. Das Gehalt des Schröder betrug zunächst 200 Mark per Monat; seit anderthalb Jahren erhält der Biedermann für seine Tätigkeit, die er im Dienste der Berliner Polizei ausübt, 250 Mark per Monat. Meine Herren, wenn Sie sich einmal recht schnell einen Überschlag machen wollen, welche Summen da herauskommen, die seit Jahren für solche Beamte verwendet werden, dann werden Sie wahrscheinlich mit mir der Meinung sein, daß man eigentlich für dieses Geld im Lande besser Verwendung hätte, als es Leuten in die Hände zu geben, die nur dazu dienen, Unglück über andere herbeizuführen.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags,
VII. Legislaturperiode, II. Session 1887/88, Erster Bd.,
Berlin 1888, S. 528, 532.

115
Aus der Rede Otto Fürst von Bismarcks im Reichstag vom 6. Februar 1888

Wir liegen mitten in Europa. Wir haben mindestens drei Angriffsfronten. Frankreich hat nur seine östliche Grenze, Rußland nur seine westliche Grenze, auf der es angegriffen werden kann. Wir sind außerdem der Gefahr der Koalition nach der ganzen Entwicklung der Weltgeschichte, nach unserer geographischen Lage und nach dem vielleicht minderen Zusammenhang, den die deutsche Nation bisher in sich gehabt hat im Vergleich mit anderen, mehr ausgesetzt als irgendein anderes Volk ... Mit unseren Bundesgenossen in der Friedensliebe einigen uns nicht nur Stimmungen und Freundschaften, sondern die zwingendsten Interessen des europäischen Gleichgewichts und unserer eigenen Zukunft.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags,
VII. Legislaturperiode, II. Session 1887/88,
Zweiter Bd., S. 727 u. 730.

116
Aus dem Brief Friedrich Engels' an Friedrich Albert Sorge vom 11. Mai 1889

Die Schreibereien und Laufereien wegen des verdammten Kongresses lassen mir keine Zeit zu etwas anderem. Es ist eine Scheererei vom Teufel, nichts als Mißverständnisse, Krakeel und Verdrießlichkeit von allen Seiten, und dabei kommt bei der ganzen Sache schließlich nichts heraus.

Briefe und Auszüge von Briefen von Joh. Phil. Becker,
Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere,
Stuttgart 1906, S. 311.

117
Aus dem Artikel des „Sozialdemokrat" „Des Kaisers Bescheid" vom 25. Mai 1889

Der Riesen-Streik der westfälischen Bergarbeiter ist eins jener – wenn der Ausdruck gestattet ist – gesellschaftlichen Natur-Ereignisse, welche die Unwiderstehlichkeit der elementaren Kräfte beweisen, die im Schoße der modernen Gesellschaft schlummern, und die die Nichtwissenden mit blöder Angst, die Wissenden mit Bewunderung erfüllen ...

Hier ist nichts Gemachtes, hier sind keine Figuren, die von politischen

„Drahtziehern" oder „Aufwieglern" am Schnürchen gelenkt werden, keine Opfer von „Umstürzlern" und Wühlern – hier zeigt sich in riesiger Größe – als granitne, nicht wegzuleugnende Tatsache, rein und zweifelsohne, der moderne Klassenkampf, der nicht das künstliche Erzeugnis politischer Laune oder Anschauung ist, sondern das echte, natürliche Kind der modernen bürgerlichen Gesellschaft, der kapitalistischen Produktion. Der Hohenzoller'sche Musterstaat geriet plötzlich ins Wanken. Im ersten brutalen Impuls griff er nach der Flinte, die schießt, nach dem Säbel, der haut. – „Das Auge immer fest auf den Feind gerichtet!" schnarrte die Blechstimme eines schneidigen Leutnants und fünf, sechs Salven knatterten in die schwarzen Massen der Bergleute, des Volks.

Der erste Feind, an dem die reorganisierte kartellbrüderlich vergrößerte deutsche Reichsarmee ihre neuen Gewehre probiert hat – es sind Deutsche und Arbeiter – Männer, Frauen, Kinder aus dem Volke, denn auch an Frauen und Kindern haben die neuen Gewehre ihre „Wunder" verrichtet.

Die Wundertäter und Veranstalter der Wunder haben jedoch keine Freude gehabt an ihren Wundern . . .

Und auf eins besann sich noch der Hohenzollernsche Musterstaat. Er hatte dem Volk viel tausendmal vorgelogen: das Hohenzollern-Königtum ist ein Volkskönigtum – der Hohenzollernkönig ist der König der Bettler – le roi des gueux – der König der Armen, der Arbeiter – für die Lüge sollten Gläubige geworben werden. Flugs – ein Komödie in Szene gesetzt – der neueste der Hohenzollernkönige tritt auf die Bühne und läßt feierlich durch einen Hofbeamten erklären – denn Er durfte das nicht Allerhöchstselber tun, das wäre gegen die Etikette gewesen – er sei bereit, eine Deputation der Bergarbeiter zu empfangen . . .

Die Abgeordneten der Bergleute hatten bei dem „König der Armen" einen anderen Empfang erwartet. Indes Bergleute sind an unangenehme Überraschungen gewöhnt – sie verzogen keine Miene und trugen kurz und schlicht ihre Sache vor: die Darlegung ihres erlittenen Unrechts, die Forderung ihrer Rechte.

Und nun kommt die Antwort des „Königs der Armen" – des Königs? Nein, er ist Kaiser, der König ist ihm zu wenig, obgleich er hier nur in seiner Eigenschaft als König spricht . . .

Seit das Vorstehende geschrieben wurde, ist „des Kaisers Bescheid" in amtlicher Lesart erschienen. Obwohl die Kraftstellen fein säuberlich entfernt sind, mit denen der neue alte Fritz den Arbeitern imponieren zu müssen und imponieren zu können glaubte, bleibt auch der amtliche Text immer noch für dessen Auffassung von seinen und des Volkes Rechten charakteristisch genug, um von uns tiefer gehängt zu werden . . .

Drastischer kann die Lüge von dem „Königtum, das über den Parteien

schwebt", nicht widerlegt werden als es hier geschehen, deutlicher den Arbeitern nicht klargemacht werden, daß sie nach des Königs Ansicht eigentlich Bürger zweiter Klasse sind, die nicht das Recht haben, sich der Partei anzuschließen, zu der ihre Überzeugung sie treibt. Aber so wertvoll diese Feststellungen aus so „autoritativem Munde" für uns Sozialdemokraten sind, noch viel wertvoller ist für uns das dritte, nicht ausgesprochene, aber wider den Willen des Sprechers in seinen Worten zum klaren Ausdruck gekommene Geständnis: die Furcht vor der Sozialdemokratie ist das treibende Motiv seiner Handlungen. Genau wie Bismarck haßt Wilhelm II. die Sozialdemokratie, weil er sie fürchtet. Seiner grenzenlosen Furcht ist die säbelrasselnde Drohung zuzuschreiben, wie sie es zugleich war, die ihn alles aufbieten ließ, wenigstens einen scheinbaren Erfolg für die Bergarbeiter zustande zu bringen, auf daß dieselben nicht der Sozialdemokratie in die Arme getrieben würden . . .

Einstweilen ist der Ausgang des Streiks ein moralischer Sieg der Arbeiter. Und sie verdanken ihn, neben ihrer bewunderungswürdigen Einigkeit und Disziplin, der Furcht der Herrschenden vor der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie ist der getreue Eckardt der Arbeiterklasse. Sie steht den Arbeitern bei in jeder Bedrängnis; immer hilfsbereit, ohne jeden selbstsüchtigen Hintergedanken, bildet sie selbst für diejenigen unter ihnen einen Rückhalt, die sich bisher nicht um sie gekümmert. Sie kennt keine andern Interessen als die der Arbeiter.

Der Sozialdemokrat (London),
25. Mai 1889.

118

Aus dem Brief von Friedrich Engels an Friedrich Albert Sorge vom 8. Juni 1889

Die Stimmung über den Kongreß, in dem Dein Brief geschrieben, hat mich auch von Mitte März bis fast Mitte Mai beherrscht. Wunderbarerweise ist jetzt alles gerettet, wie Dir das gesandte zweite Berufungszirkular mit den Unterschriften von fast ganz Europa gezeigt hat . . .

Die Hauptsache dabei ist – und war für mich der Grund, mich so ins Zeug zu legen –, daß es wieder der alte Riß durch die Internationale ist, der hier zutage tritt, der alte Kampf vom Haag. Die Gegner sind dieselben, nur daß die anarchistische Flagge mit der possibilistischen vertauscht ist: Verkauf des Prinzips an die Bourgeoisie gegen Konzessionen im Detail und namentlich gegen gut bezahlte Posten für die Führer (Stadtrat, Arbeitsbörse usw.) . . .

Und bei allen diesen Irrungen hatte ich wenig Hoffnung, daß es gut gehe, daß die immanente Vernunft, die sich in dieser Geschichte allmählich zum Bewußtsein ihrer selbst entwickelt, schon jetzt siegen werde. Um so mehr freut mich der Beweis, daß doch heute solche Dinge wie 1873 und 1874 nicht mehr möglich sind. Die Intriganten sind schon jetzt geschlagen, und die Bedeutung des Kongresses – ob er den anderen an sich zieht oder nicht – besteht darin, daß die Einhelligkeit der sozialistischen Parteien Europas vor aller Welt dargelegt wird, und die paar Klüngler, wenn sie sich nicht fügen, draußen im Kalten bleiben.

Briefe und Auszüge von Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere, Stuttgart 1906, S. 312, 314, 315.

119
Beschluß über die Abschaffung der stehenden Heere und die allgemeine Volksbewaffnung, angenommen auf dem Internationalen Arbeiterkongreß in Paris vom 14. bis 20. Juli 1889

Der internationale Arbeiter-Kongreß von Paris:

In Erwägung:

Daß das stehende Heer oder eine starke Armee im Dienste der herrschenden oder besitzenden Klasse jeder demokratischen oder republikanischen Regierungsform feindlich gegenübersteht, daß es der Ausdruck militärischer, monarchischer oder oligarchischer und kapitalistischer Herrschaft und ein Werkzeug reaktionärer Staatsstreiche und sozialer Unterdrückung ist;

Daß die stehenden Heere das Ergebnis und die Ursache der Angriffskriege sind, eine beständige Gefahr zur Entstehung internationaler Konflikte bilden; und daß darum die stehenden Heere und die Angriffspolitik, deren Organe sie sind, der Verteidigungspolitik und der friedlichen Demokratie Platz machen müssen, einer Organisation des ganzen Volkes, welches nicht mehr für die Plünderung und Eroberung, sondern für den Schutz seiner Unabhängigkeit und seiner Freiheiten in den Waffen geübt und bewaffnet sein wird;

Daß das stehende Heer, wie die Geschichte beweist, die unaufhörliche Ursache von Kriegen ist, und nicht fähig, ein Land gegen die Übermacht einer Koalition zu verteidigen, sondern seine Niederlage herbeiführt und das waffenlose Land der Gnade der Sieger preisgibt, während die gut gerüstete, organisierte und bewaffnete Nation sich einem feindlichen Einfall gegenüber unwiderstehlich zeigen wird;

Daß das stehende Heer die Desorganisation alles bürgerlichen Lebens ist, indem es jeder Nation die Blüte der Jugend in der Periode der Lehr- und Studienzeit, der größten Arbeitskraft und Tätigkeit entzieht, um sie einzukasernieren und zu demoralisieren;

Daß durch das stehende Heer die Arbeit, die Wissenschaft und die Kunst unfruchtbar gemacht und in ihrem Aufschwung gehindert werden, daß der Bürger, das Individuum und die Familie in ihrer Entwicklung bedroht sind;

Daß dagegen in einer wahrhaft nationalen Armee, wo die Nation bewaffnet ist – „das Volk in Waffen" – der Bürger im nationalen Leben seine natürlichen Anlagen und Fähigkeiten entwickeln kann und seine militärische Funktion wie ein notwendiges Attribut seines Bürgerrechtes ausübt;

Daß das stehende Heer durch die unaufhörlich wachsenden Lasten der Kriegsschuld, durch die immer höher steigenden Steuern und Anleihen, welche es erfordert, eine Ursache des Elends und des Ruins ist,

weist der Kongreß mit Entrüstung die von den verzweifelt um ihre Existenz kämpfenden Regierungen unterhaltenen Kriegspläne zurück;

betrachtet er den Frieden als die erste und unerläßliche Bedingung jeder Arbeiter-Emanzipation:

Und fordert mit der Abschaffung der stehenden Heere die allgemeine Volksbewaffnung nach folgenden Grundsätzen:

Die National-Armee, die bewaffnete Nation, besteht aus allen kriegstüchtigen Bürgern; sie werden in Bezirken organisiert, in der Weise, daß jede Stadt, jeder Kreis, jeder Bezirk sein Bataillon oder mehrere – je nach der Bevölkerungszahl – hat, gebildet von Bürgern, welche sich kennen, und welche, wenn es sein muß, in 24 Stunden versammelt, bewaffnet und marschbereit sind. Jeder hat sein Gewehr und seine Ausrüstung im Hause, wie in der Schweiz, um die öffentlichen Freiheiten und die nationale Sicherheit zu verteidigen.

Der Kongreß erklärt weiter, daß der Krieg, das traurige Produkt der gegenwärtigen ökonomischen Verhältnisse, erst verschwinden wird, wenn die kapitalistische Produktionsweise der Emanzipation der Arbeit und dem internationalen Triumph des Sozialismus Platz gemacht hat.

Protokoll des Internationalen Arbeiter-Congresses zu Paris.
Abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889,
Nürnberg 1890, S. 119/120.

120

Beschluß über die internationale Kundgebung zum 1. Mai 1890, angenommen auf dem Internationalen Arbeiterkongreß in Paris vom 14. bis 20. Juli 1889

Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation (Kundgebung) zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Kongresses von Paris zur Ausführung zu bringen.

In Anbetracht der Tatsache, daß eine solche Kundgebung bereits von dem Amerikanischen Arbeiterbund (Federation of Labor) auf seinem im Dezember 1888 zu St. Louis abgehaltenen Kongreß für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen.

Die Arbeiter der verschiedenen Nationen haben die Kundgebung in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben wird, in's Werk zu setzen.

Protokoll des Internationalen Arbeiter-Congresses zu Paris.
Abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889,
Nürnberg 1890, S. 123.
Heinz Kühnrich/Karl Richter: Zum 75. Jahrestag der II. Internationale.
In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
6. Jahrgang 1964, Heft 5, S. 897.

121

Aus dem Artikel des „Sozialdemokrat" „Vor dem Siegeswagen der Sozialdemokratie" vom 15. Februar 1890

Die Botschaften Wilhelms II. an den Deutschen Reichskanzler und die preußischen Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten, die wir weiter unten abdrucken, sind das Ereignis des Tages ...

Es geht nicht über das hinaus, was nicht teils in anderen Ländern bereits verwirklicht, teils von sehr bürgerlich denkenden Sozialpolitikern längst befürwortet worden ist.

Aber nicht darauf kommt es in diesem Augenblick an. Der Inhalt der Botschaften erhält erst durch die Umstände ihres Entstehens seine Bedeutung.

Die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages, die internationale

Fabrikgesetzgebung, das freie Koalitionsrecht der Arbeiter – das sind Forderungen, die auf dem Aktionsprogramm der deutschen Sozialdemokratie, der Sozialdemokraten aller Länder, stehen. Jedesmal, wenn die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie diese Forderungen im Parlament erhoben haben, ist ihnen vom Regierungstisch in heftigster Weise erwidert worden, das seien umstürzlerische Begehren, die mit dem Stande der heutigen Gesellschaftsordnung unvereinbar seien. Non volumus et non possumus! Wir wollen nicht und wir können nicht! . . .

Der Wahlkampf beginnt. Mit Massen, wie sie in dieser Stärke nie zuvor in ihrem Gefolge gesehen, rückt die Sozialdemokratie auf den Plan. Und die Massen zeigen eine Begeisterung, eine Kampfeslust, der keine Partei Gleiches an die Seite stellen kann. Erstaunen und Entsetzen malt sich auf den Gesichtern der Herrschenden. So ziehen keine Leute in die Schlacht, die Furcht empfinden. Das sind Streiter, die das Bewußtsein des Sieges in der Brust tragen. Wie mit diesem Riesenheer fertig werden? Und da, in diesem Moment, am Vorabend der entscheidenden Schlacht, tritt Wilhelm II. auf und erklärt: „Ich wünsche, daß meine Regierung Schritte tut, um diese und diese und diese Forderung der Sozialdemokratie der Verwirklichung entgegenzuführen." Daß diese Erklärung bestimmt ist, auf den Gang der Wahlen einen Einfluß auszuüben, steht außer allem Zweifel. Wie immer sie sonst gemeint ist, ihre Veröffentlichung in diesem Moment qualifiziert sie als ein Wahlmanöver, darauf berechnet, der Sozialdemokratie, wie ein offiziöser Tölpel im ersten Rausch verraten hat, „den Wind aus den Segeln zu nehmen".

Nun, die Sozialdemokratie ist weit entfernt, darüber verstimmt zu sein. Allerorts haben die deutschen Arbeiterblätter die kaiserlichen Erlasse als einen Sieg der Sozialdemokratie gefeiert, und sie haben ein volles Recht dazu . . .

Die Arbeiterklasse ist in Deutschland eine Macht geworden. Auf diese Tatsache drücken die Erlasse des deutschen Kaisers ihr bestätigendes Siegel, ein Akt, dessen geschichtliche Bedeutung zu verkleinern wir absolut keinen Grund haben . . .

Die beiden Erlasse sind eine Anfeuerung zum mutigen Ausharren und rastlosen Weiterkämpfen, wie wir sie uns gar nicht besser wünschen können . . .

Wenn Wilhelm II. seine Erlasse aufrichtig gemeint hat – und wir sind überzeugt, daß es ihm bittrer Ernst damit ist –, so wird er an den sozialdemokratischen Arbeitern seine Freude erleben. Er soll sich nicht umsonst vor ihren Siegeswagen gespannt haben.

Im übrigen aber bleibt natürlich alles beim alten. Getreu ihrer bisherigen Taktik, die sich so trefflich bewährt, wird die Sozialdemokratie ihren Kampf fortsetzen, unablässig, unermüdlich bis zum Ziele. Weder

Verfolgungen noch Versprechungen werden sie aus ihrer Bahn ablenken. Den Ersteren setzt sie den kühnen Trotz entgegen, den das Bewußtsein einer gerechten Sache verleiht, den Letzteren begegnet sie mit den stolzen Worten des alten Hildebrandliedes:

Mit gêrû scal man geba infâhan, ort widar orte.
„Mit dem Speere soll man Gaben empfangen, Spitze gegen Spitze."

Der Sozialdemokrat (London),
15. Februar 1890.

122

Bekanntmachung der Hamburger Bourgeoisie, beschlossen auf der Gründungsversammlung des Arbeitgeber-Verbandes von Hamburg-Altona am 21. April 1890

Die Unterzeichneten haben sich zu dem Beschluß vereinigt, Arbeiter, welche aus Anlaß sozialdemokratischer Demonstration am 1. Mai dieses Jahres von der Arbeit fortbleiben oder dieselbe vorzeitig einstellen, als kontraktbrüchig zu entlassen und am 2. Mai abzulohnen. Wer wegen glaubwürdig nachzuweisenden Wohnungswechsels für den 1. Mai Urlaub wünscht, hat solchen spätestens bis zum 28. April nachzusuchen.
Hamburg, den 25. April 1890

Hamburger Correspondent (Hamburg), 27. April 1890,
Morgenausgabe.

123

Aus dem Artikel des „Sozialdemokrat" „Die Maifeier des Proletariats" vom 10. Mai 1890

Der 1. Mai des Jahres 1890 war die Probe auf das Exempel des 19. Juli 1889. Damals faßte der Kongreß den Beschluß einer internationalen Massenkundgebung des Proletariats: die Verbindung aller Kräfte zu einer einzigen einheitlichen Tat. Nicht einer Tat blutigen Kampfs, sondern einer Tat des Willens – der Wille des arbeitenden Volks aller Länder gerichtet auf einen Punkt. Welche riesige Tat, die Kraft des Willens von Millionen und Millionen zielbewußter Menschen in einem Brennpunkt vereinigt!

Aber wird es gelingen? Wohl mancher mag von Zweifeln beschlichen worden sein. Beschlüsse fassen ist leicht, einen solchen Beschluß ausführen, das erheischt eine größere Macht, als irgendeine Regierung der Welt, ja als alle Regierungen der Welt zusammengenommen sie besitzen ...

Ein wesentlicher Prozentsatz der Arbeiter (über zehn Prozent) feierte den ganzen Tag in: Hamburg, Altona, München, Berlin, Braunschweig, Leipzig und Umgegend, Dresden, Darmstadt, Königsberg i. Pr., Frankfurt a. M. und in Nordhausen.

Vereinzelte Gruppen oder Berufszweige feierten in Danzig, Chemnitz, Frankfurt a. O., Freiberg in Sachsen, Zwickau, Köln, Rostock. Den halben Tag feierten in größerer Anzahl die Arbeiter in Breslau, Bremen, Fürth. Versammlungen oder, wo solche nicht ermöglicht wurden, Zusammenkünfte am Abend fanden in so großer Anzahl statt, daß wir auf die Aufzählung der Orte schon deshalb verzichten, weil erst teilweise Berichte vorliegen, unsere Liste also doch unvollständig wäre. Man kann annehmen, daß es kaum eine Stadt, kaum einen Industrieort in Deutschland gibt, wo der 1. Mai nicht in der einen oder andern Weise geehrt wurde, vielfach, wie in Nürnberg, in außerordentlich gelungenen Volksversammlungen, anderwärts in Konzerten etc. Auch wo gefeiert wurde, wurden vielfach Versammlungen abgehalten, doch fehlt uns der Raum, dieselben einzeln aufzuführen.

Der Sozialdemokrat (London),
10. Mai 1890.

124

Runderlaß des preußischen Ministers des Innern vom 18. Juli 1890 über die Bekämpfung der Arbeiterbewegung nach dem Fall des Sozialistengesetzes

Berlin, den 18. Juli 1890

Im Hinblick darauf, daß das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 am 1. Oktober d. J. außer Geltung treten wird, mache ich Euer Hochwohlgeboren ergebenst darauf aufmerksam, daß es notwendig ist, diesen Bestrebungen demnächst mit Rücksicht auf die veränderte Rechtslage besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, den sozialdemokratischen Ausschreitungen mit Entschiedenheit entgegenzutreten und zu diesem Zwecke von den zu Gebote stehenden Mitteln, unter sorgfältiger Einhaltung der gesetzlichen Schranken, innerhalb derselben aber bis an die Grenze des Zulässigen, Gebrauch zu machen. Insbesondere wird dies auf dem Gebiete des Versammlungs- und Vereinswesens sowie der Presse erforderlich werden.

Die Versammlungen der Sozialdemokratie, deren Abhaltung künftig nicht mehr, wie bisher, auf Grund des § 9 Abs. 2 a. a. O. verboten werden kann, werden unausgesetzt zu überwachen, die in denselben begangenen Straftaten jedesmal zur strafgerichtlichen Verfolgung zu bringen

und diese Versammlungen aufzulösen sein, sobald ein hierfür nach den bestehenden Vorschriften ausreichender Anlaß gegeben ist. Zu diesem Behufe wird es der unausgesetzten Aufmerksamkeit der Überwachungsorgane bedürfen, um in den gehaltenen Reden diejenigen Stellen herauszufinden, welche den Tatbestand einer im Strafgesetzbuch mit Strafe bedrohten Äußerung wahrscheinlicherweise begründen, und sich der wortgetreuen schriftlichen Aufnahme solcher Redeteile zum Anhalte für die sofort zu beantragende gerichtliche Verfolgung zu unterziehen.

Was die Befugnis zur Auflösung einer Versammlung anlangt, so ist dieselbe nicht auf die in § 5 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 erwähnten Fälle beschränkt, wonach – abgesehen von der Zulässigkeit der Auflösung von Versammlungen, bezüglich deren die Bescheinigung über die erfolgte Anzeige nicht vorgelegt werden kann oder in denen Bewaffnete erscheinen, die der Aufforderung ungeachtet nicht entfernt werden – die Auflösung angeordnet werden kann, wenn in der Versammlung Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten. Die Auflösung erscheint vielmehr nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts auf Grund des § 10 Titel 17 Teil II Allgem. Land-Rechts auch über diese Fälle hinaus zulässig, wenn sie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung, wie in Fällen von ausbrechendem Tumult pp. unbedingt notwendig ist.

Versammlungen unter freiem Himmel, auf welche der Grundsatz des Art. 29 Abs. 1 der Preußischen Verfassung nach Art. 29 Abs. 2 keine Anwendung findet, bedürfen nach den §§ 9 und 10 des Vereinsgesetzes im allgemeinen der vorgängigen schriftlichen Genehmigung der Ortspolizeibehörde, welche nur bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu versagen ist. Die Polizeibehörden sind hiernach ermächtigt, derartigen Veranstaltungen der Sozialdemokratie bzw. Straßenaufzügen und demonstrativen Leichenbegängnissen nach wie vor vorbeugend und hindernd entgegen zu treten, und werden darauf hinzuweisen sein, daß sie von dieser Ermächtigung bei dem Zutreffen der bezeichneten Voraussetzung stets Gebrauch zu machen haben.

Gegen die Gefahren, welche in der Vereinsorganisation größerer Massen liegen, bietet der § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 Schutz durch die Bestimmungen, daß Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, nicht mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung treten dürfen, und daß bei Überschreitung dieser Beschränkung die Ortspolizeibehörde zur Schließung des Vereins vorbehaltlich der gerichtlichen Bestätigung befugt ist.

Die Behörden werden auf eine strenge Handhabung dieser Vorschriften sowie darauf hinzuweisen sein, daß sie der Tätigkeit der unter sozial-

demokratischer Leitung stehenden Vereine ihre volle und unausgesetzte Aufmerksamkeit zuzuwenden haben, um strafbaren Ausschreitungen mit allen Mitteln, welche die Gesetze an die Hand geben, rechtzeitig entgegentreten zu können.

Auf dem Gebiete der Presse wird sich aller Voraussicht nach die Anzahl der periodischen Blätter sozialdemokratischer Richtung beträchtlich vermehren und werden außerdem Flugblätter in Massen ins Land geworfen werden. Hier kann die Polizei im wesentlichen nur als Helferin der Justiz tätig sein, und wird sich ihre Tätigkeit im wesentlichen auf eine sorgfältige Prüfung der Druckschriften nach strafrechtlichen Gesichtspunkten und auf eine Beschlagnahme derselben nach Maßgabe der §§ 23 ff. des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 zu erstrecken haben. Sobald die Voraussetzungen der Beschlagnahme einer Druckschrift vorliegen, ist dieselbe möglichst schnell und vor erfolgter Verbreitung der Druckschrift zu bewirken und jedem Versuche einer weiteren Verbreitung energisch entgegenzutreten.

Die auf Grund des § 28 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 ausgewiesenen Personen, welche größtenteils als gewerbsmäßige Agitatoren bekannt sind, werden, sobald sie in ihren früheren Wohnort zurückkehren, fortdauernd einer strengen Überwachung zu unterziehen sein, damit ihren etwaigen Exzessen sofort wirksam begegnet werden kann.

Falls für das im § 28 Nr. 4 a. a. O. bezeichnete Verbot des Besitzes, des Tragens und des Verkaufs von Waffen nach Lage der örtlichen Verhältnisse ein Ersatz erforderlich werden sollte, so wird darauf Bedacht zu nehmen sein, denselben im Wege des Erlasses von Polizei-Verordnungen zu beschaffen.

Ferner werden die Polizeibehörden darauf hinzuweisen sein, daß sie, sofern die Befürchtung einer umfangreicheren Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit begründet erscheine, sich rechtzeitig mit den Militärbehörden in Verbindung zu setzen haben.

Indem ich Euer Hochwohlgeboren ersuche, nach Maßgabe der vorstehenden Ausführungen sämtliche Polizeibehörden gefälligst mit entsprechender Instruktion zu versehen, bemerke ich ergebenst, daß weitere Mitteilung über die aus Anlaß des Außerkrafttretens des Sozialistengesetzes in Aussicht genommene Verstärkung der Gendarmerie sowie der Schutzmannschaft in den Städten mit Königlicher Polizei-Verwaltung vorbehalten bleibt. Die bessere Bewaffnung der Gendarmerie ist bereits in der Ausführung begriffen.

Der Minister des Innern
gez. Herrfurth

Landesarchiv Meiningen,
Inneres „neu",
Nr. 4901, Bl. 11, 12, 13, 14.

125

Aus der Enzyklika Papst Leo XIII. „Rerum novarum" vom 15. Mai 1891

Der Geist der Neuerung geht seit langem durch die Völker. Nachdem er auf dem politischen Gebiete seine verderblichen Wirkungen entfaltet hatte, mußte er folgerichtig auch das volkswirtschaftliche Gebiet ergreifen. Viele Umstände begünstigten diese Entwicklung: die Industrie hat durch die Vervollkommnung der technischen Hilfsmittel und eine neue Produktionsweise mächtigen Aufschwung genommen; das gegenseitige Verhältnis der besitzenden Klasse und der Arbeiter hat sich wesentlich umgestaltet; das Kapital ist in den Händen einer geringen Zahl angehäuft, während die große Menge verarmt; es wächst in den Arbeitern das Selbstbewußtsein, ihre Organisation erstarkt; dazu gesellt sich der Niedergang der Sitten. Dieses alles hat den sozialen Konflikt wachgerufen, vor welchem wir stehen ...

Aus alledem ergibt sich klar die Verwerflichkeit der sozialistischen Grundlehre, wonach der Staat den Privatbesitz einzuziehen und zu öffentlichem Gute zu machen hätte. Eine solche Theorie gereicht denen, welchen geholfen werden soll, lediglich zu schwerem Schaden, sie widerstreitet den natürlichen Rechten eines jeden Menschen, sie verzerrt den Beruf des Staates und macht eine ruhige, friedliche Entwicklung des Gesellschaftslebens unmöglich. Bei allen Versuchen, den niederen Klassen aufzuhelfen, ist also durchaus als Grundsatz festzuhalten, daß das Privateigentum unangetastet zu lassen sei ...

Vor allem ist also von der einmal gegebenen unveränderlichen Ordnung der Dinge auszugehen, wonach in der bürgerlichen Gesellschaft eine Gleichmachung von hoch und niedrig, von arm und reich schlechthin nicht möglich ist. Es mögen die Sozialisten solche Träume zu verwirklichen suchen, aber man kämpft umsonst gegen die Naturordnung an. Es werden immerdar in der Menschheit die größten und tiefgreifendsten Ungleichheiten bestehen ...

Die Kirche, als Vertreterin und Wahrerin der Religion, hat zunächst in den religiösen Wahrheiten und Gesetzen ein mächtiges Mittel, die Reichen und die Armen zu versöhnen und einander nahezubringen; ihre Lehren und Gebote führen beide Klassen zu ihren Pflichten gegeneinander und namentlich zur Befolgung der Vorschriften der Gerechtigkeit.

Von diesen Pflichten berühren folgende die arbeitenden Stände: vollständig und treu die Arbeitsleistung zu verrichten, zu welcher sie sich frei und mit gerechtem Vertrage verbunden haben; den Arbeitgebern weder an der Habe noch an der Person Schaden zuzufügen; in der Wahrung ihrer Interessen sich der Gewalttätigkeit zu enthalten und in keinem Falle Auflehnung zu stiften; nicht Verbindung zu unterhalten mit Übelgesinn-

ten, die ihnen trügerische Hoffnungen vorspiegeln und nur bittere Enttäuschung und Ruin zurücklassen ...

Vor allem aber ist es Pflicht der Arbeitsherren, den Grundsatz: jedem das Seine, stets vor Augen zu behalten. Dieser Grundsatz sollte auch unparteiisch auf die Höhe des Lohnes Anwendung finden, ohne daß die verschiedenen für die Billigkeit des Lohnmaßes mitzuberücksichtigenden Momente übersehen werden. Im allgemeinen ist in bezug auf den Lohn wohl zu beachten, daß es wider göttliches und menschliches Gesetz geht, Notleidende zu drücken und auszubeuten um des eigenen Vorteils willen. Dem Arbeiter den ihm gebührenden Verdienst vorenthalten, ist eine Sünde, die zum Himmel schreit.

Die soziale Gerechtigkeit.
Die Sozialenzykliken „Rerum novarum" und „Quadragesimo anno"
der Päpste Leo XIII. und Pius XI. und die „Rundfunkansprache"
Papst Pius' XII. am Pfingstfest 1941,
Frankfurt/Main o. J., S. 13, 20, 22, 23, 24.

126

Aus der Rede Georg von Vollmars in der öffentlichen Parteiversammlung im Eldorado zu München vom 1. Juni 1891

Ich erinnere Sie an die Worte, welche ich in der Riesenversammlung des 1. Oktober vorigen Jahres sprach: „Wir haben angesichts der gemachten Versprechungen eine ehrliche Probe anzustellen, ob tatsächlich der Wille zu gewissen Verbesserungen vorhanden, und den Versuch zu machen, ob auf dem Boden des wiedergewonnenen gemeinen Rechtes eine ausreichende Verteidigung der Interessen und Bestrebungen des arbeitenden Volkes möglich ist. Gelingen diese Probe und dieser Versuch, so kann es niemand mehr freuen als uns Sozialdemokraten. Denn wir kämpfen nicht um des Kampfes, sondern um des Preises des Kampfes willen. Wo wir gutem Willen begegnen, wirklich arbeiterfreundliche Bestrebungen sehen, werden wir die Ersten sein, welche diese anerkennen, unterstützen, entwickeln. Keiner von uns träumt davon, daß die Verhältnisse mit einem einzigen Schlage verändert werden können; das Fortschreiten geht allmählich, schrittweise, organisch vor sich. Erweisen sich aber diese Erwartungen als trügerisch, sucht man uns zu täuschen oder sollte man gar nach kurzem wieder zur alten Gewaltpolitik zurückkehren, so verlieren wir nichts. Denn unsere kampferprobte Rüstung ist noch bereit; wir haben während der letzten zwölf Jahre gelernt, auch der schwersten Gefahr die Spitze zu bieten. Und der Welt wird dann auf das Unwiderleglichste bewiesen, wo der gute und wo der böse Wille ist. Die Lage ist für uns

aussichtsreich, vielversprechend, aber zugleich verantwortungsvoll. Genügte einst Leidenschaft und unbeugsamer Trotz, so handelt es sich jetzt vor allem um Besonnenheit, kluges Abwägen und zähe Ausdauer."

Dem guten Willen die offene Hand, dem schlechten die Faust! Wo wir den ersteren finden, müssen wir ihn stärken, Vorurteile zerstreuen und aufklären, schlechte Einflüsse kräftigst bekämpfen. Der in der heutigen Gesellschaft vorhandene Interessengegensatz ist der Hauptfeind; aber Unkenntnis und Vorurteil machen nicht wenige gute Menschen zu Gegnern unserer Bestrebungen, und hier kann nicht nur überzeugendes Lehren, sondern noch mehr kluges Handeln uns viel nützen. Über alledem aber ist unsere Partei als Vertreterin aller Unterdrückten und Bedrängten, aller emporstrebenden Kräfte, zu einem immer gewaltigeren politischen Machtfaktor zu entwickeln – den Gutwilligen zum Sporn, den Eigensüchtigen zum Widerstande. Denn nur Der kann Forderungen erheben, welcher Kraft und Macht hat; dem hilflosen Bettler gibt man nichts ...

Dies führt mich gleich zu einem anderen Punkte. Sie kennen den vielbesprochenen Dreibund zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien. Derselbe wird meiner Meinung nach in einem Teile unserer Presse abfällig besprochen, wohl hauptsächlich in der Annahme, daß alles von den Regierungen Kommende notwendig schlecht und zu bekämpfen sein müsse. Es braucht nicht erst versichert zu werden, daß wir zur Diplomatie und ihren Werken wenig Zutrauen haben. Nichtsdestoweniger müssen wir für den Dreibund eintreten, weil seine Tendenz unzweifelhaft auf Erhaltung des Friedens gerichtet und er deshalb etwas verhältnismäßig Gutes ist. Die Chauvinisten in Frankreich und die Irredentisten in Italien suchen freilich die Sache so darzustellen, als ob der Friede nicht durch sie, sondern durch den Dreibund bedroht werde. Nun ist gewiß die heutige drohende Lage durch die Ereignisse von 1870/71, durch die verschärfte Spannung zwischen den beiden Nachbarvölkern, den Deutschen und den Franzosen, mit bedingt worden. Niemand bedauert das mehr wie wir. Aber wie die Dinge heute einmal liegen, ist es eine Tatsache, daß nicht Deutschland und seine Verbündeten den Frieden bedrohen, sondern daß ihre Bestrebungen auf die Abwehr der von anderer Seite ausgehenden Friedensbedrohungen gerichtet sind ...

Ich wiederhole: In dem Maße, in welchem wir einen unmittelbaren Einfluß auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten gewinnen, haben wir – unter voller Aufrechterhaltung unserer grundsätzlichen Bestrebungen – unsere Kraft auf die jeweils nächsten und dringendsten Dinge zu konzentrieren und zeitweise positive Aktionsprogramme aufzustellen. Als die am nächsten und mit allem Nachdruck anzustrebenden Forderungen sehe ich an:

1. Die Weiterführung des Arbeiterschutzes ...

2. Die Erringung eines wirklichen Vereinigungsrechtes. Wir haben wohl eine ganze Reihe, ja viel zu viel Gesetzesbestimmungen über das Recht der Versammlung und Vereinsbildung. Aber dasselbe ist nach jeder Richtung hin beschränkt, lückenhaft, unzureichend. Die Unterscheidung zwischen bloß gewerblichen und politischen Vereinigungen ist ganz unhaltbar ...

3. Auf dem Gebiete des Lohnkampfes, des Ausstandes muß die Enthaltung jeder staatlichen Einmengung zugunsten des einen Teiles gefordert werden ...

4. Eine Gesetzgebung über die industriellen „Ringe". Die Ringe, Kartelle, Syndikate zur Beherrschung ganzer Produktionszweige haben in Deutschland seit den letzten Jahren außerordentlich überhand genommen ...

5. Die Beseitigung der Lebensmittelzölle. Über diesen Punkt haben wir so oft verhandelt und werden wir demnächst eingehendst verhandeln, so daß ich heute nicht weiter darauf einzugehen brauche. Ich will nur sagen, daß unser Kampf gegen dies System der künstlichen Lebensmittelverteuerung niemals erlahmen darf ...

Georg v. Vollmar:
Über die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie,
München 1891, S. 7, 9, 11–14.

127

Aus den Reden August Bebels, Wilhelm Liebknechts und Paul Singers auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891

Referent Bebel:

Das letzte Ziel der Partei, die Beseitigung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft mit der kapitalistischen Produktionsweise, ist von Anfang an ihr Ziel gewesen, die Gründung der sozialistischen Gesellschaft und der sozialistischen Produktionsordnung hat das Programm der Partei gebildet von dem Augenblick an, wo die Partei sich über sich klar wurde.

Nun befindet sich ja die Sozialdemokratie gegenüber allen früheren Parteien, soweit sie zur Herrschaft zu gelangen suchten, in wesentlich anderer Position. Indem wir danach streben, die kapitalistische Produktionsweise zu beseitigen und die sozialistische an ihre Stelle zu setzen, sind wir genötigt, einen ganz anderen Weg als alle früheren Klassen, die zur Herrschaft kamen, einzuschlagen. Bisher zeigt uns alle menschliche Entwicklung, daß eine Klasse erst in dem Augenblick zur politischen Herrschaft im Staate gelangte, wo sie die Herrschaft über die neue Produktions-

weise, den materiellen Machtbesitz erlangt hatte; bei uns handelt es sich um etwas ganz Entgegengesetztes.

Wir sind nicht in der Lage, die Herrschaft der Arbeiterklasse zu errichten auf der Gewinnung der ökonomischen Macht, wir müssen zum umgekehrten Mittel greifen. In erster Linie haben wir die politische Macht zu erobern und diese zu benutzen, um auch die ökonomische Macht durch die Expropriation der bürgerlichen Gesellschaft zu erreichen. Ist die politische Macht in unseren Händen, so findet sich das weitere von selbst. Wie kommen wir nun zu dieser Macht?

Wenn eine Partei wie die unsere der herrschenden Gesellschaft den Krieg erklärt, und ihr letztes Ziel der Untergang dieser Gesellschaft ist, so ist es selbstverständlich, daß die herrschende Gesellschaft alles aufbietet, das zu verhindern. Andererseits ist eine Partei wie die unsere, die solches erstrebt, in die Notwendigkeit versetzt, alle Mittel und Hebel in Bewegung zu setzen, welche ihr geeignet erscheinen, für diese Ideen Propaganda zu machen; sie muß alles aufbieten, um die Massen, welche aus Interesse den sozialistischen Ideen zugewendet sein sollten, auch für diese Ideen zu gewinnen. Aber wir wissen, daß der Kampf um die politische Macht nicht von heute auf morgen entschieden wird – wenn auch ganz unzweifelhaft die Marschgeschwindigkeit, mit der wir zum Ziele gelangen, in den künftigen Jahren ungleich rascher sich vollziehen wird als bisher –, und so haben wir nach den wirksamsten und erfolgreichsten Mitteln zu suchen . . .

Vollmar sieht eine wesentliche Besserung in den gegenwärtigen politischen Verhältnissen, er glaubt, daß ein „neuer Kurs" eingeschlagen worden sei. Die Großindustriellen und Agrarier müßten sich einrichten, so meint er, von ihren maßlosen Forderungen abzulassen; die Regierung habe sich auf den Boden der Arbeiterschutzgesetzgebung gestellt, wir sollten den Weg der Verhandlungen betreten und suchen, auf Grundlage der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung wirtschaftliche und politische Verbesserungen zu erreichen. „Dem guten Willen die offene Hand!" Unkenntnisse und Vorurteile machten nicht wenige gute Menschen zu Gegnern unserer Bestrebungen, wir müßten Selbstkritik und Selbstbeschränkung üben, uns in der praktischen, politischen Bewegung nicht allzuviel mit der Vergangenheit befassen usw. Der eigentliche Inhalt dieser Reden läßt sich, wie ich in der „Neuen Zeit" bereits ausgesprochen habe, in den Satz zusammenfassen: Nur immer langsam voran! – Vollmar betont allerdings die Notwendigkeit der Entwicklung, aber er mahnt in bedenklicher Weise, mit dem Bestehenden zu rechnen und nur langsam vorzugehen. Die zweite Rede enthält nur den Kommentar zur ersten Rede, veranlaßt durch die Angriffe, welche gegen die erste Rede gerichtet wurden. Es gelte, heißt es hier weiter, die Kräfte auf die jeweils nächsten und drin-

gendsten Dinge zu konzentrieren, das Allernächste mit allem Nachdruck betonen. Des eigentlichen Ziels unserer Bewegung wird in beiden Reden nur nebenher gedacht. Vollmar hat seine Forderungen also formuliert: 1. Weiterführung des Arbeiterschutzes; 2. Erringung eines wirklichen Vereinigungsrechts; 3. Enthaltung jeder staatlichen Einmengung zugunsten des einen Teils; 4. Gesetzgebung über die industriellen „Ringe"; 5. Beseitigung der Lebensmittelzölle. Vollmars Reden gehen also darauf hinaus: „Wir haben selbstverständlich die Ziele des Programms auch fernerweit im Auge zu behalten, aber wir haben uns viel weniger mit dem Zukünftigen und dem was zukünftig werden soll zu beschäftigen, als mit dem, was er für das Notwendigste und Nächste hält." Da muß ich nun erklären, wenn die Partei die Taktik Vollmars befolgte und ihre ganze Agitation zunächst auf die Erkämpfung dieser 5 Punkte konzentrierte mit vorläufiger Beiseitesetzung unserer eigentlichen Ziele, dieses ein Kampf wäre, der nach meiner Überzeugung mit Notwendigkeit zur Versumpfung der Partei führen müßte. Das bedeutete ein vollständiges Abziehen von unserem eigentlichen Ziel. Wir handelten also gerade umgekehrt, wie wir handeln müßten und bisher gehandelt haben. Wir kämpften bisher um alles, was wir vom heutigen Staate erreichen können, aber was wir immer erringen – das ist stets betont worden – ist nur eine kleine Konzession und ändert an dem wahren Zustande der Dinge absolut nichts. Wir haben das Ganze im Auge zu behalten und jede neue Konzession hat für uns nur die Bedeutung und den Zweck, daß wir den Kampfboden, auf dem wir stehen, uns besser herrichten, um uns verteidigungsfähiger zu machen ... Wir vertreten die Interessen der Arbeiterklasse im Gegensatz zu den Interessen aller anderen Klassen, und dabei können wir uns unter keinen Umständen auf ein Paktieren einlassen, wie es Vollmar in seiner ersten und noch mehr in seiner zweiten Münchener Rede befürwortet ...

Singer:

Genosse Vollmar hat bei aller Anerkennung der Notwendigkeit, auch stets die letzten Ziele der Sozialdemokratie zu vertreten, den Hauptwert gelegt auf das sogenannte Aktionsprogramm, welches er in den bekannten fünf Forderungen aufgestellt hat. Ich habe bei diesen Ausführungen den Eindruck gehabt, als ob Vollmar unsere letzten Ziele und den energischen Kampf für dieselben so als eine Art Familienreliquie in den Silberschrank gestellt hat, der nur bei besonders feierlichen Gelegenheiten geöffnet wird. Nun meine ich aber, daß die Propagierung unseres eigentlichen Ziels, der Kampf für die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft, ebenso andauernd, kräftig und nachhaltig geführt werden muß wie der Kampf für irgendeine unserer aktuellen Forderungen. Wir können unmöglich eine solche Trennung unserer Forderungen vornehmen, und ich bin

überzeugt, daß Vollmar, der den revolutionären Charakter unserer Partei ebenso anerkennt wie wir alle, sehr bald sehen würde, daß, wenn seine Taktik Anwendung fände, die Partei auch selbst bezüglich der nächsten Forderungen nicht mehr mit derjenigen Tatkraft und Energie agitieren könnte, welche erzeugt wird, wenn wir immerdar das ganze, volle Ziel, die Befreiung der Arbeiterklasse aus der Lohnsklaverei des Kapitalismus, im Auge haben ...

Wir können nicht mit Vollmar anerkennen, daß die Verhältnisse sich zugunsten der Arbeiter verändert haben und daß der gute Wille seitens der herrschenden Gewalten vorhanden ist, das System der Ausbeutung und Unterdrückung einzuschränken. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob wir unter fortdauernder und nachhaltiger Propagierung der Endziele unserer Partei, für die sogenannten nächsten Forderungen eintreten, oder ob wir uns, wie es die Ansicht Vollmars zu sein scheint, auf die Agitation für aktuelle Forderungen beschränken. Vollmar hat darauf hingewiesen, daß es ihm gleichgültig sei, ob die Gegner ihn loben oder tadeln. Aber als Parteimann und Agitator wird er mir zugeben müssen, daß es doch sehr bedenklich ist, wenn seine Reden und seine Warnungen vor der lebhaften Propagierung unserer Endziele den begeisterten Beifall der gesamten gegnerischen Presse finden. Die gegnerische Presse hat mit richtigem Instinkt herausgefunden, daß die Vollmarsche Taktik den herrschenden Klassen nicht allzu gefährlich werden würde; ein bißchen Sozialreform, ohne die Grundlagen der heutigen Gesellschaft anzutasten, das läßt man sich schon gefallen und lobt die Besonnenheit und die Mäßigung Vollmars. Diese Taktik entspricht aber nicht den sozialdemokratischen Prinzipien. Die Sozialdemokratie darf niemals den Boden des Klassenkampfes verlassen, nie ihren revolutionären Charakter verlieren. Die Gemüter müssen revolutioniert werden, und die glühende Begeisterung für unsere letzten Ziele, für die Beseitigung der Klassenherrschaft, in Kopf und Herz der Massen zu erwecken, ist die Hauptaufgabe unserer Agitation. Eine derartige Agitation wird jedoch gelähmt durch die von Vollmar bevorzugte Kampfesweise. Nicht dadurch, daß man den Massen die Erringung kleiner wirtschaftlicher Konzessionen als Ziel der Sozialdemokratie hinstellt, wird die Aufgabe der Sozialdemokratie erfüllt, sondern nur dadurch, daß man den Kampf gegen die bestehende Gesellschaft organisiert, daß man mit der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsorganisation die Todfeindin des Proletariats, die bürgerliche Gesellschaft, beseitigt, und mit dem Klassenstaat zugleich die Klassengegensätze aus der Welt schafft ...

Liebknecht:

Der Fehler Vollmars war, daß er annahm, die Taktik der Gegner hat sich uns gegenüber geändert, und deshalb müßten wir den guten Absichten

der Regierung Rechnung tragen und gut Kind werden. Das ist ein schwerer Irrtum, der allerdings, wenn die Partei ihn teilte, dahin führen müßte, daß wir in den Opportunismus hineingerieten und die Partei zu einer regierungssozialistischen würde. Wenn man derartig mit solchen Grundsätzen und gestützt auf einzelne abgerissene Äußerungen anderer, die sonst ganz anders denken, operieren will, so ist das Regierungspolitik; und nähme die Partei diese Politik an, dann wären die Angriffe ehrlicher und unehrlicher Heißsporne, daß unsere Bewegung verflacht, versumpft sowie opportun sei, durchaus berechtigt . . .

Der revolutionäre Charakter der Partei muß sorgsam bewahrt werden. Das Anpassen an die Verhältnisse darf nicht ausarten in feige, prinzipienlose Rechnungsträgerei, des Prinzips und Endziels muß sich die Partei bei all ihren Handlungen bewußt sein und ihren revolutionären Charakter niemals vergessen, ihn stets zum Ausdruck bringen. Das ist es, was Vollmar vergessen hat, daß ein Kompromiß zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht möglich ist und daß alle übrigen Parteien auf dem Boden des Kapitalismus stehen. Wenn wir auch die Phrase von der einen reaktionären Masse aufgeben, so müssen wir doch wissen, daß alle anderen Parteien fest zusammenstehen und daß sie eine Mauer bilden, die nicht mit Güte, mit schönen Redensarten aus dem Weg geräumt werden kann. Sie muß erstürmt werden durch das zum Klassenbewußtsein erwachte Volk. Die Partei muß Macht erlangen, muß eine solche Anhängerschaft gewinnen, daß sie schließlich einen so mächtigen Druck ausüben kann, daß keine Regierung zu widerstehen vermag. Sagt man nun: wenn ihr die Majorität habt, dann kommen die Soldaten, so antworte ich: lassen Sie uns erst einmal soweit kommen, dann machen wir die Probe . . .

Wir haben unsere altbewährte Taktik – der Weg ist uns durch unser Programm klar vorgezeichnet. Weichen wir nicht von ihm ab. Vermeiden wir einerseits den Sumpf opportunistischer Regierungspolitik; hüten wir uns andererseits vor anarchistischen Tollheiten!

Bebel:

Aber, mag man über das Tempo verschiedener Meinung sein, eins ist unzweifelhaft: als sozialdemokratische Partei haben wir mit allem Nachdruck den Klassenkampf zu führen und die Zustände unter das Seziermesser einer scharfen Kritik zu nehmen. Bei allen noch so unbedeutenden Fragen müssen wir nachdrücklich betonen, daß irgendwelche positiven Vorteile aus unserer Agitation keinen anderen Zweck haben können, als die Partei kampffähiger zu machen, um das große, ganze Ziel rascher und ausgiebiger zu erreichen. Also: die Natur unseres Kampfes als Klassenkampf muß überall und mit aller Schärfe hervorgehoben und dabei immer wieder betont werden: das, was die Gegner uns geben, geben sie nicht

freiwillig, sondern es wird ihnen abgetrotzt. Wir dürfen uns weder über den Charakter unserer Gegner noch über den der Bewegung täuschen.

Protokoll über die Verhandlungen
des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891.
Berlin 1891, S. 158, 159, 173, 174, 198, 199, 200, 203, 209, 210, 265, 273.

128
Resolution zur Taktik der Partei, angenommen auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891

In Erwägung, daß die Eroberung der politischen Macht das erste und Hauptziel ist, nach der jede klassenbewußte Proletarierbewegung streben muß, daß aber die Eroberung der politischen Macht nicht das Werk eines Augenblickes, nicht die Frucht einer momentan gelungenen Überrumpelung des Gegners sein kann, sondern nur durch zähe und ausdauernde Arbeit und geschickte Benutzung aller Mittel und Wege, die sich der Propaganda für unsere Ideen und Ziele in der gesamten Arbeiterklasse darbieten, errungen werden kann, erklärt der Parteitag:

Es liegt kein Grund vor, die bisherige Taktik der Partei zu ändern.

Der Parteitag betrachtet es vielmehr noch immer als Pflicht der Parteigenossen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften und Mitteln die Agitation für die Reichstags-, Landtags- und Gemeinderatswahlen zu betreiben, wo immer nur eine Aussicht auf Erfolg, ohne Verletzung des Prinzips, sich bietet.

Ohne sich bei der Beschränktheit und dem Klassenegoismus der bürgerlichen Parteien über den Wert der parlamentarischen Erfolge in bezug auf unsere Grundforderungen der geringsten Illusionen hinzugeben, betrachtet der Parteitag die Agitation für die Reichstags-, Landtags- und Gemeinderatswahlen als besonders wirksam für die sozialistische Propaganda, weil sie die beste Gelegenheit bietet, mit den proletarischen Klassen in Berührung zu kommen und dieselben über ihre Klassenlage aufzuklären, und weil die Benutzung der parlamentarischen Tribüne das wirksamste Mittel ist, die Unzulänglichkeit der öffentlichen Gewalten zur Hebung der sozialen Übel darzulegen und die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, den neuen Kulturbedürfnissen, deren Befriedigung die Arbeiterklasse fordert, gerecht zu werden, vor aller Welt zu offenbaren.

Der Parteitag verlangt von den Vertretern der Partei, daß sie fest und entschieden im Sinne des Parteiprogramms wirken und, ohne auf die Er-

langung von Konzessionen seitens der herrschenden Klassen zu verzichten, immer das ganze und letzte Ziel der Partei im Auge haben.

Der Parteitag verlangt ferner von jedem einzelnen Genossen, daß er den Beschlüssen der Gesamtheit und den Anordnungen der Parteiorgane, solange diese innerhalb der ihnen zugewiesenen Befugnisse handeln, volle Beachtung schenkt und in der Erkenntnis, daß eine Kampfpartei, wie die sozialdemokratische, nur in strengster Disziplin und Unterwerfung unter den Willen der Gesamtpartei ihr Ziel erreichen kann, diese Disziplin und diese Unterwerfung übt.

Der Parteitag erklärt ausdrücklich, daß die Kritik an den Handlungen oder Unterlassungen der Parteiorgane und der parlamentarischen Vertreter der Partei ein einem jedem Parteigenossen zustehendes selbstverständliches Recht ist, er verlangt aber, daß diese Kritik in Formen geübt werde, die eine sachliche Auseinandersetzung dem angegriffenen Teil ermöglichen. Er fordert insbesondere, daß kein Parteigenosse persönliche Anschuldigungen oder Anklagen öffentlich erhebt, bevor er sich nicht von der Richtigkeit der erhobenen Anschuldigungen oder Anklagen überzeugt und alle ihm nach der Organisation zustehenden Mittel erschöpft hat, um Abhilfe zu schaffen.

Endlich ist der Parteitag der Anschauung, daß der in den Statuten der internationalen Arbeiterassoziation von 1864 ausgesprochene Grundsatz: „Daß Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage für das Betragen aller ihrer Mitglieder untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anzuerkennen sei", auch heute noch die Richtschnur für die Handlungen der Parteigenossen sein muß.

Protokoll über die Verhandlungen
des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891,
Berlin 1891, S. 156–158.
Heinrich Gemkow: Friedrich Engels' Hilfe beim Sieg
der deutschen Sozialdemokratie über das Sozialistengesetz,
Berlin 1957, S. 230/231.

129

Aus der Resolution des ersten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands in Halberstadt vom 18. März 1892

Der Kongreß erklärt sich für die Annäherung der Zentralisationen verwandter Berufe durch Kartellverträge, überläßt jedoch die Entscheidung über die Frage, ob die spätere Vereinigung der Branchenorganisationen zu

Unionen oder Industrieverbänden stattzufinden hat, der weiteren Entwicklung der Organisationen infolge der Kartellverträge.

Der Kongreß erklärt, daß in all denjenigen Berufsgruppen, wo die Verhältnisse den Industrieverband zulassen, dieser vorzuziehen ist, daß jedoch in all denjenigen Berufsgruppen, wo infolge der großen Verschiedenheit der Verhältnisse die Vereinigung in einen Industrieverband nicht durchführbar ist, durch Bildung von Unionen diese Möglichkeit herbeigeführt werden soll.

Der Kongreß empfiehlt, die Kartellverträge dahin abzuschließen, daß die verwandten Berufe

1. bei Streiks und Aussperrungen sich gegenseitig finanziell unterstützen,
2. ihre auf der Reise befindlichen Mitglieder gegenseitig unterstützen,
3. die Agitation möglichst gleichmäßig und auf gemeinschaftliche Kosten betreiben,
4. statistische Erhebungen gemeinsam veranstalten,
5. Herbergen und Arbeitsnachweise zentralisieren,
6. ein gemeinsames Organ schaffen,
7. den Übertritt von einer Organisation in die andere bei Ortswechsel ohne Beitrittsgeld und weitere Formalitäten herbeiführen.

Der Kongreß erklärt, daß die Zentralisation, als Grundlage der Gewerkschaftsorganisation, am besten befähigt ist, die der letzteren zufallende Aufgabe zu lösen und empfiehlt allen Gewerken, welche bisher lokal organisiert oder durch ein Vertrauensmännersystem verbunden waren, sich den bestehenden Zentralverbänden anzuschließen resp. solche zu bilden ...

Die Verbindung der einzelnen Zentralisation zum gemeinsamen Handeln in Fällen, bei welchen alle gleichmäßig interessiert sind, wird durch eine auf jedem stattfindenden Gewerkschaftskongreß zu erwählende Generalkommission herbeigeführt.

Die Aufgaben der Generalkommission.

Die Generalkommission hat

1. die Agitation in denjenigen Gegenden, Industrien und Berufen, deren Arbeiter noch nicht organisiert sind, zu betreiben,
2. die von den einzelnen Zentralvereinen aufgenommenen Statistiken zu einer einheitlichen für die gesamte Arbeiterschaft zu gestalten und eventuell zusammenzustellen,
3. statistische Aufzeichnungen für sämtliche Streiks zu führen und periodisch zu veröffentlichen,
4. ein Blatt herauszugeben und den Vorständen der Zentralvereine in genügender Zahl zur Versendung an deren Zahlstellen zuzusenden, welches die Verbindung sämtlicher Gewerkschaften mit zu unterhalten, die

nötigen Bekanntmachungen zu veröffentlichen und, soweit geboten, deren rechtzeitige Bekanntmachung in der Tagespresse herbeizuführen hat,

5. internationale Beziehungen anzuknüpfen und zu unterhalten ...

Die Einberufung des nächsten Kongresses bleibt der Generalkommission unter Zustimmung der Mehrzahl der Zentralvorstände überlassen. Die Einberufung muß erfolgen, wenn zwei Dritteile der Zentralvereinsvorstände dieses beantragen.

Zentralorganisationen bis zu 1500 Mitgliedern entsenden zum Kongreß einen Delegierten, größere Organisationen auf jede weiteren 1500 Mitglieder ebenfalls 1 Delegierten ...

In Erwägung, daß tatkräftige Organisation das beste Mittel zur erfolgreichen Durchführung von Streiks wie zur Verhinderung aussichtsloser Streiks ist, die Leistungsfähigkeit aber in der Aufklärung der Mitglieder, der Disziplin und der Höhe der Fonds erblickt werden muß, welche Vorbedingungen jedoch durch die heute fast allgemein niedrigen Beiträge nicht erfüllt werden können, empfiehlt der Kongreß zum Zweck wirksamer Agitation und Ansammlung von Fonds die Beiträge diesem Zweck entsprechend festzusetzen.

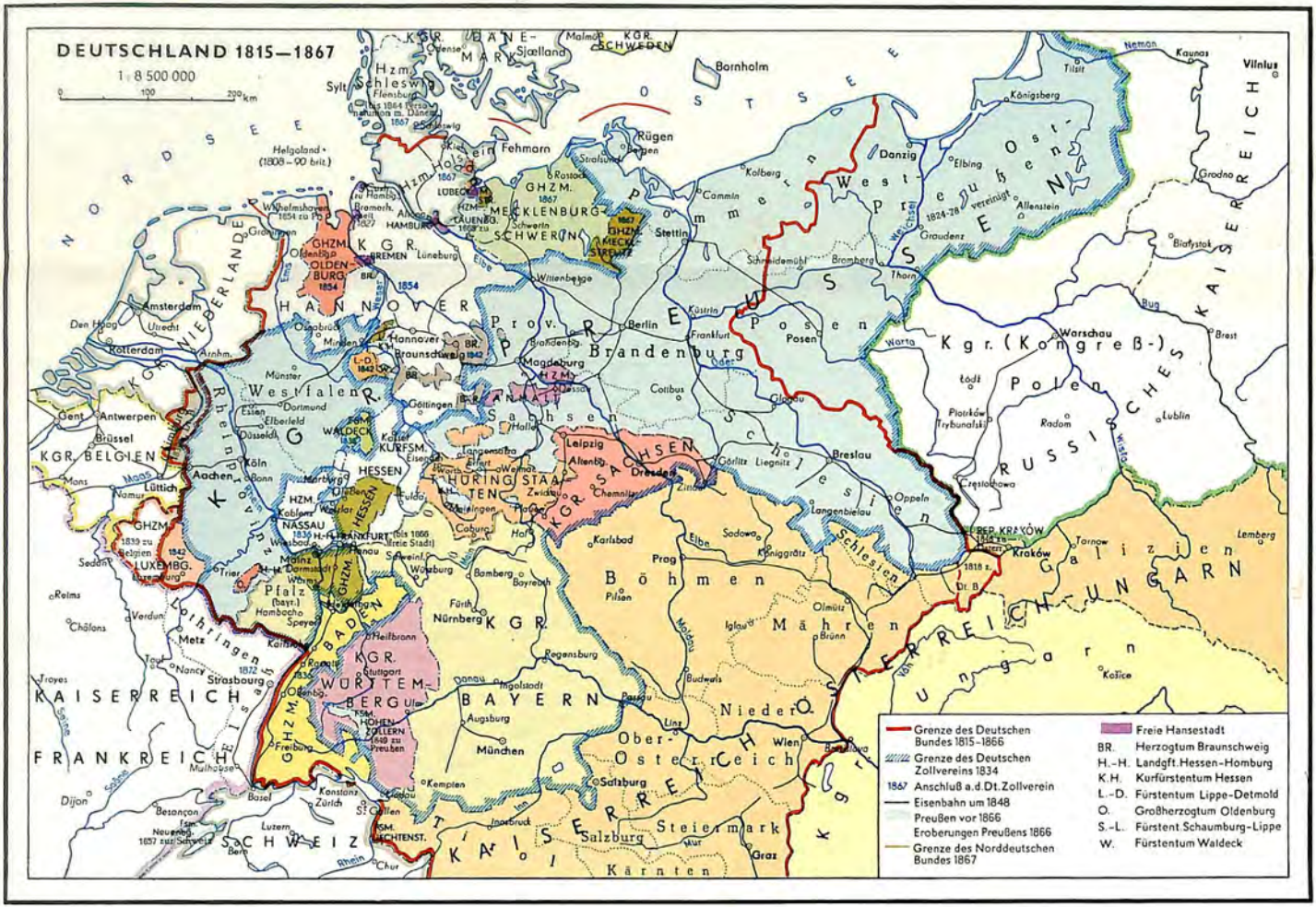
Protokoll der Verhandlungen
des ersten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands.
Abgehalten zu Halberstadt vom 14. bis 18. März 1892,
Hamburg 1892, S. 68–70.

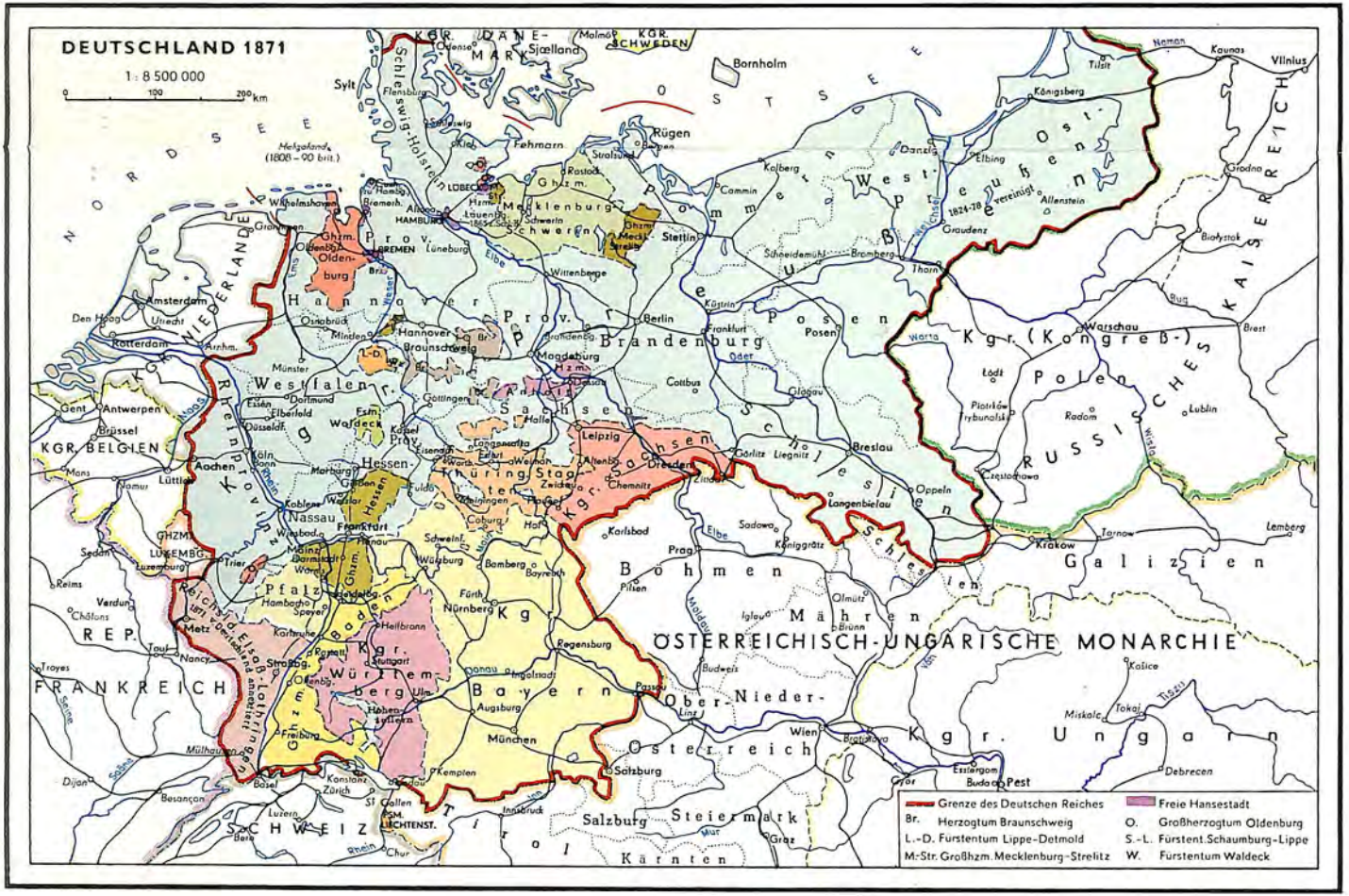
130

Resolution zur Militärvorlage im Deutschen Reichstag, angenommen auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Berlin vom 14. bis 21. November 1892

Durch die dem Reichstage in Aussicht gestellte Militärvorlage werden dem schon jetzt durch den Militarismus aufs äußerste bedrückten deutschen Volke noch neue persönliche und finanzielle Lasten zugemutet, die es nicht tragen kann, ohne auf die wichtigsten Kulturarbeiten zu verzichten und ohne daß die Quellen der produktiven Arbeit geschädigt werden.

Das herrschende Militärsystem, nicht imstande, die Sicherheit Deutschlands gegen feindliche Überfälle zu gewährleisten, bildet eine fortdauernde Bedrohung des Völkerfriedens und dient der kapitalistischen Klassenherrschaft, deren Zweck die wirtschaftliche Ausbeutung und die politische Niederhaltung der Arbeiterklasse ist, als vornehmlichstes Werkzeug.


DEUTSCHLAND 1815—1867
1 : 8 500 000
100
200 km
Grenze des Deutschen Bundes 1815–1866
Grenze des Deutschen Zollvereins 1834
1867 Anschluß a.d.Dt.Zollverein
Eisenbahn um 1848
Preußen vor 1866
Eroberungen Preußens 1866
Grenze des Norddeutschen Bundes 1867
Freie Hansestadt
BR. Herzogtum Braunschweig
H.-H. Landgft. Hessen-Homburg
K.H. Kurfürstentum Hessen
L.-D. Fürstentum Lippe-Detmold
O. Großherzogtum Oldenburg
S.-L. Fürstent. Schaumburg-Lippe
W. Fürstentum Waldeck
NORDSEE
OSTSEE
DÄNEMARK
KGR. SCHWEDEN
Bornholm
Helgoland (1808–90 brit.)
Hzm. Schleswig
Hzm. Holstein
Sylt
Flensburg
Kiel
Fehmarn
Rügen
Stralsund
Rostock
LÜBECK
HAMBURG
GHZM. MECKLENBURG-SCHWERIN
GHZM. MECKLENBURG-STRELITZ
Wilhelmshaven 1854 zu Preußen
Emden
GHZM. OLDENBURG 1854
KGR. HANNOVER
BREMEN
Lüneburg
Amsterdam
Den Haag
Utrecht
Rotterdam
Arnhem
Osnabrück
Minden
Hannover
Braunschweig 1842
BR.
L.-D. 1842
Münster
Dortmund
Essen
Elberfeld
Düsseldorf
Westfalen
Prov. Brandenburg
Berlin
Potsdam
Magdeburg
Cottbus
Frankfurt
Küstrin
Brandenburg
Posen
Gent
Antwerpen
Brüssel
KGR. BELGIEN
Aachen
Köln
Bonn
Mons
Namur
Lüttich
Maas
Rheinprovinz
KGR. SACHSEN
Sachsen
Leipzig
Dresden
Chemnitz
Zwickau
Altenburg
Görlitz
Liegnitz
Breslau
Schlesien
Oppeln
Langenbielau
Częstochowa
Kattowitz
Posen
Warschau
Kgr. (Kongreß-) Polen
Łodź
Piotrków Trybunalski
Radom
Lublin
Brest
Bug
Weichsel
Warta
Thorn
Bromberg
Graudenz
Marienwerder
Danzig
Elbing
Königsberg
Tilsit
Memel
Kaunas
Vilnius
Grodno
Białystok
Allenstein
Ostpreußen
Westpreußen
vereinigt 1824–78
RUSSISCHES KAISERREICH
Pommern
Stettin
Kolberg
Cammin
Schneidemühl
Hessen
Waldeck
Frankfurt
Nassau
Wiesbaden
Mainz
Darmstadt
Hanau
Fulda
Kassel
Eisenach
Gotha
Erfurt
Weimar
Thüringische Staaten
Coburg
Meiningen
Hof
Karlsbad
Elbe
Sadowa
Königgrätz
Prag
Böhmen
Pilsen
Olmütz
Iglau
Brünn
Mähren
Moldau
Schlesien
Teschen
Krakau
Tarnow
Lemberg
Galizien
Ungarn
Košice
Rhein-Hessen
Luxemburg
Trier
Metz
Nancy
Reims
Verdun
Châlons
Sedan
Lothringen
Pfalz (bayr.)
Speyer
Landau
Karlsruhe
Baden
Heidelberg
Mannheim
Würzburg
Schweinfurt
Bamberg
Bayreuth
Fürth
Nürnberg
KGR. WÜRTTEMBERG
Stuttgart
Heilbronn
Ulm
Augsburg
Ingolstadt
Regensburg
Passau
Budweis
Linz
Donau
BAYERN
Niederösterreich
Ober-Österreich
Wien
Preßburg
München
Kempten
Salzburg
Innsbruck
Steiermark
Graz
Kärnten
Tirol
Vorarlberg
KAISERREICH FRANKREICH
Troyes
Straßburg
Kolmar
Mülhausen
Freiburg
Basel
Konstanz
Zürich
St. Gallen
Luzern
Bern
Chur
Rhein
Saône
Rhône
Dijon
Besançon
Neuenburg 1857 zur Schweiz
SCHWEIZ
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN
Hohenzollern 1849 zu Preußen
Hzm. Hohenzollern


DEUTSCHLAND 1871
1 : 8 500 000
0 100 200 km
Grenze des Deutschen Reiches
Br. Herzogtum Braunschweig
L.-D. Fürstentum Lippe-Detmold
M.-Str. Großhzm. Mecklenburg-Strelitz
Freie Hansestadt
O. Großherzogtum Oldenburg
S.-L. Fürstent. Schaumburg-Lippe
W. Fürstentum Waldeck
OSTERREICHISCH-UNGARISCHE MONARCHIE
FRANKREICH
SCHWEIZ
NIEDERLANDE
KGR. BELGIEN
Bayern
Sachsen
Württemberg
Baden
Hessen
Pfalz
Böhmen
Mähren
Galizien
Ungarn
Österreich
Tirol
Salzburg
Steiermark
Kärnten
Preußen
Ostpreußen
Westpreußen
Posen
Brandenburg
Pommern
Hannover
Westfalen
Hessen-Nassau
Rheinprovinz
Schlesien
Kgr. Polen
Russisches Kaiserreich
Nordsee
Ostsee

Der Parteitag fordert daher, entsprechend dem Programm der sozialdemokratischen Partei, die Einführung eines auf Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit beruhenden und die allgemeine Volksbewaffnung verwirklichenden Wehrsystems und erklärt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten in vollem Einklang mit der in der Sozialdemokratie politisch organisierten Arbeiterklasse Deutschlands handeln, indem sie die Regierungsvorlage sowie jede anderweite Forderung für das gegenwärtige Militärsystem verwerfen.

Protokoll über die Verhandlungen
des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten zu Berlin vom 14. bis 21. November 1892,
Berlin 1892, S. 132.

131

Aus dem Brief von Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg an Friedrich Alfred Krupp vom 30. Dezember 1892

Hier ist also wieder einmal ein fast allgemeiner Streik ausgebrochen, nur infolge der sträflichen Schlappheit der Kgl. Bergwerksdirektion, welche sich seit Jahr und Tag von den Sozialdemokraten hänseln läßt. Hoffentlich greift der Kaiser endlich einmal persönlich in diese unglaubliche Wirtschaft ein, welche die ganze Gegend und schließlich den Staat selbst vergiften muß.

Fritz Hellwig: Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg, 1836–1901.
Heidelberg/Saarbrücken 1936, S. 494.

132

Aus dem Brief von Friedrich Alfred Krupp an Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg vom 1. Januar 1893

Es ist wahrhaft skandalös, wie . . . die Regierung nicht den Mut hat, energisch und verständig einzuschreiten. Weil sie alles gehen läßt und alles mit Sammetpfötchen anfaßt, so glauben schließlich noch vernünftige Menschen, daß das miserable Pack recht hat. Hier kann nur der Kaiser etwas tun, und Sie sind der Mann, der bei rechter Gelegenheit ihm reinen Wein einschenken muß. Meiner unmaßgeblichen Ansicht nach müßte aus dieser Veranlassung an der richtigen Stelle angesetzt werden.

Fritz Hellwig: Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg, 1836–1901,
Heidelberg/Saarbrücken 1936, S. 494.

133

Aus dem Brief von Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg an den Reichskanzler Leo Graf von Caprivi vom 6. Juli 1894

Alle staatserhaltenden Parteien mit Einschluß des Zentrums sind jetzt endlich zur Einsicht gekommen, daß es so nicht weitergehen könne und daß der Staat Maßregeln gegen die Sozialdemokratie treffen müsse ... Nur eine energische, durchgreifende und zielbewußte Aktion der Reichsregierung kann die Gefahr beschwören, aber auch gleichzeitig der Regierung das Prestige wiedergeben, welches dieselbe zu meinem Bedauern und sehr zu Unrecht in weiten Kreisen der besten Elemente der Nation verloren hat.

Fritz Hellwig: Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg, 1836–1901, Heidelberg/Saarbrücken 1936, S. 499/500.

134

Aus dem Brief des Reichskanzlers Leo Graf von Caprivi an Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg vom 8. Juli 1894

Daß wir aber nicht wieder ein Sozialistengesetz wie das vorige bringen könnten, scheint mir schon um deswillen wahrscheinlich, weil der Nutzen des vorigen nicht weit genug ging, weil es das Anwachsen der Sozialdemokratie nicht gehindert ... hat. Wird jetzt ein solches Spezialgesetz gemacht, so muß es schärfer sein ... Hat eine Regierung einmal in Form eines Gesetzesvorschlages erklärt, daß die jetzigen Gesetze nicht genügen, daß viel rigorosere nötig sind, so kann sie sich mit einer Ablehnung ihres Vorschlages nicht begnügen. Dann muß sie zur Auflösung und nötigenfalls zu den ernstesten Schritten bereit sein ... Würden wir nicht, wenn ein Anarchisten- oder Sozialdemokraten-Gesetz abgelehnt würde, wenn darauffolgende Neuwahlen keinen besseren Reichstag brächten, lediglich die Geschäfte der Sozialdemokratie treiben, die Unzufriedenheit vermehren, ihr Anhänger zutreiben?

Fritz Hellwig: Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg, 1836–1901, Heidelberg/Saarbrücken 1936, S. 501–502.

135

Aus dem Brief von Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg an den Reichskanzler Leo Graf von Caprivi vom 10. Juli 1894

Darin unterscheide ich mich allerdings sehr wesentlich von der Auffassung Eurer Exzellenz. Aufgelöst möchte ich den Reichstag allerdings auch nicht sehen, solange ein Staatsstreich nicht beabsichtigt wird. Ob ein solcher für den Fall, daß die Sozialdemokratie in der bisherigen Weise unbehelligt bleibt, vermieden werden kann, möchte ich sehr bezweifeln: Mir scheint eine Veranlassung weit näher zu liegen, wenn jetzt nichts geschieht, als wenn der Versuch ernstlich gemacht wird, durch die alten Kartellparteien, die Polen und das Zentrum ein neues Gesetz gegen die Sozialdemokratie im Herbst durchzubringen.

Fritz Hellwig: Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg, 1836–1901, Heidelberg/Saarbrücken 1936, S. 503.

136

Aus dem Diktat Kaiser Wilhelms II. vom 16. Juli 1894

Notiz für den Herrn Reichskanzler ... begrüße Ich es aber mit Freude, daß das erschreckte Bürgertum bis weit in die liberalen Schichten hinein nach energischen Maßregeln verlangt ... Reicht das bestehende Gesetz nicht aus, muß es ergänzt beziehungsweise umgeformt werden ... Bis dahin läßt sich aber sehr wohl, den anormalen Verhältnissen entsprechend, auf dem Wege von Polizeiverordnungen vieles erreichen ... Es muß eben etwas gemacht werden. Es ist daher Mein Wunsch, daß Eure Exzellenz unverzüglich einen Gesetzentwurf ausarbeiten lassen ... Dem Minister des Innern ist anheimzustellen, das Möglichste auf seinem Gebiet im Verein mit dem Minister der Justiz zu leisten. Eine rege Tätigkeit in dieser Beziehung wird das Vertrauen zur Regierung stärken und die Unsicherheit verschwinden machen.

Egmont Zechlin: Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. 1890–1894, Stuttgart/Berlin 1929, S. 187/188.

137

Aus der Rede August Bebels in der Versammlung der Parteiorganisation des 2. Berliner Reichstagswahlkreises vom 14. November 1894

Was mich anbetrifft, so spreche ich es offen aus, daß bisher noch kein Parteitag in mir einen so unbefriedigenden Eindruck hinterlassen hat wie

der letzte. Aber genau derselbe Eindruck ist bei einer ganzen Reihe alter, bewährter Parteigenossen hervorgerufen worden, und auch Genossen im Auslande, die mit Aufmerksamkeit den Verhandlungen gefolgt sind, teilen diese Empfindung.

Und nun zur Sache selbst.

Es läßt sich nicht leugnen, daß so lange die Partei besteht, zwei verschiedene Strömungen, ich will nicht sagen gegeneinander, aber doch nebeneinander herlaufen, von denen die eine als die radikale, die andere als die gemäßigte angesehen wurde. Häufig genug sind diese beiden Strömungen aufeinandergeplatzt, haben lebhafte Auseinandersetzungen zwischen beiden Richtungen stattgefunden, aber immer wieder haben sie sich ausgesöhnt. Aber es läßt sich nicht bestreiten, daß im Verlauf der letzten Jahre viele Elemente in die Partei gekommen sind, die man als „Gemäßigte" bezeichnen muß. Wir haben uns in den letzten Jahren sehr bedeutend quantitativ vermehrt, aber, ich sage es rund heraus, qualitativ nicht verbessert. (Sehr richtig!)

Es ist so weit gekommen, daß zum Teil Elemente an den Entscheidungen teilnehmen, die nicht einmal genau wissen, was unsere Partei will, was der Sozialismus bedeutet ...

Ich will nicht leugnen, daß ich die Empfindung habe, daß die Partei in der Verwässerung begriffen ist, daß sie ins opportunistische Fahrwasser gerät, daß der Klassenkampf verflacht, daß ein Paktieren dieser Strömung mit allerlei bürgerlichen Reformideen stattfindet. Wenn meine Empfindungen den Tatsachen entsprechen, dann muß diese Strömung mit aller Entschiedenheit bekämpft werden ...

Abgesehen von persönlichen Momenten, die aber keinen Ausschlag geben können, sehe ich in dem immer stärkeren Eindringen des Kleinbürgertums in unsere Partei den Grund dafür, daß in Süddeutschland die Gemäßigsten immer mehr und mehr an Einfluß gewinnen. Das Kleinbürgertum betrachtet den Sozialismus von einem ganz anderen Gesichtswinkel als das rein proletarische Element. Nun ist das Kleinbürgertum in Süddeutschland an sich sehr stark vertreten, weil die kapitalistische Entwicklung in Süddeutschland noch nicht mit derselben Intensität auftritt wie in Norddeutschland, dieses Kleinbürgertum influenziert ganz natürlich sehr stark unsere Partei und wird ein immer größerer Hemmschuh für die Entwicklung unserer Partei. Wie stark die Gefahr ist, das wissen Sie seit Erfurt, wo Ihnen durch die bekannten Münchener Reden Vollmars klargeworden war, in welchem Maße die Beeinflussung durch das kleinbürgerliche Element stattgefunden hat. Aber auch innerhalb Norddeutschlands bekommt dieser Geist zum Teil einen stärkeren Einfluß. Zunächst aus dem Grunde, weil gewisse Elemente der Partei als Opfer ihrer Überzeugung zur Selbständigmachung in kleinbürgerlichen Stellungen gezwun-

gen sind, und dann, weil ein großer Teil gerade unserer Vertrauensleute und Agitatoren aus Elementen besteht und bestehen muß, die sich in relativ unabhängiger Stellung befinden.

Eine solche soziale Position wirkt leicht zurück auf eine Verwischung der rein proletarischen Anschauungen.

Dazu kommt noch, daß eine große Zahl von Genossen, die sich in leitender Stellung in der Partei befinden, trotz ihres Opfermutes und Pflichtgefühles in Zeit und Mitteln so sehr beschränkt sind, um sich Klarheit über die brennenden Fragen zu verschaffen, um sich theoretisch fortzubilden. Bei dem gegenwärtigen Umfange der Partei aber ist es von höchster Wichtigkeit, daß die Aufgaben in der Partei nur solchen Leuten zufallen, die auch genau wissen, was die Sozialdemokratie will ...

Und da komme ich zu etwas anderem. Man strebt heute oft nicht nach Vertiefung unserer Anschauungen, nach ernster Aufklärung unter den Parteigenossen, sondern man will in erster Linie neue Anhänger gewinnen um jeden Preis. (Sehr richtig!) Um das zu erreichen, macht man Konzessionen nach allen Seiten hin, verwischt man den rein proletarischen Charakter der Partei, steckt häufig die Forderung des Klassenkampfes in die Rocktasche. (Sehr richtig!) So gelingt es zwar, große Scharen neuer Anhänger zu gewinnen, die aber dem Sozialismus recht fern stehen, die unsere Partei nicht fördern, sie vielmehr nur belasten. (Sehr richtig!) Ich sage es offen heraus, mir ist eine kleine Zahl zielbewußter und klassenbewußter Genossen ungleich viel lieber als eine große Schar von Anhängern, die nicht wissen, was sie wollen und was die Sozialdemokratie will.

Vorwärts (Berlin),
16. November 1894, Beilage.

138

Aus dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, des Militärstrafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse („Umsturzvorlage") vom 5. Dezember 1894

Artikel I.

In dem Strafgesetzbuch werden die §§ 111, 112, 126, 130, 131 durch nachstehende unter den gleichen Zahlen aufgeführte Bestimmungen ersetzt und die folgenden neuen §§ 111a, 129a eingestellt.

§ 129a.

Haben mehrere in der Absicht, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinzuwirken, die Ausführung eines Verbrechens

verabredet oder sich zur fortgesetzten Begehung mehrerer, wenn auch im einzelnen noch nicht bestimmter Verbrechen verbunden, so werden sie, auch ohne daß der Entschluß der Verübung des Verbrechens durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung enthalten, betätigt worden ist, mit Zuchthaus bestraft.

§ 130.

Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Religion, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigentum durch beschimpfende Äußerungen öffentlich angreift.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages.
IX. Legislaturperiode, III. Session 1894/95. Erster Anlageband,
Berlin 1895, Nr. 49, S. 224/225.

139
Resolution zur Agrarfrage, angenommen auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Breslau vom 6. bis 12. Oktober 1895

Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogramms ist zu verwerfen. Denn dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigentums in Aussicht; es erklärt das Interesse der Landeskultur in der heutigen Gesellschaftsordnung für ein Interesse des Proletariats, und doch ist das Interesse der Landeskultur ebenso wie das Interesse der Industrie unter der Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln ein Interesse der Besitzer der Produktionsmittel, der Ausbeuter des Proletariats. Ferner weist der Entwurf des Agrarprogramms dem Ausbeuterstaat neue Machtmittel zu und erschwert dadurch den Klassenkampf des Proletariats; und endlich stellt dieser Entwurf dem kapitalistischen Staat Aufgaben, die nur ein Staatswesen ersprießlich zur Durchführung bringen kann, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat.

Der Parteitag erkennt an, daß die Landwirtschaft ihre eigentümlichen von denen der Industrie verschiedenen Gesetze hat, die zu studieren und zu beachten sind, wenn die Sozialdemokratie auf dem flachen Land eine gedeihliche Wirksamkeit entfalten soll. Er beauftragt daher den Parteivorstand, er möge unter Berücksichtigung der bereits von der Agrar-

kommission gegebenen Anregungen eine Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, daß über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen veröffentlichen, als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands".

Der Parteivorstand erhält Vollmacht, die nötigen Geldaufwendungen zu machen, um den mit den erwähnten Arbeiten betrauten Genossen die Erfüllung ihrer Arbeit zu ermöglichen.

Protokoll über die Verhandlungen
des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten zu Breslau vom 6. bis 12. Oktober 1895,
Berlin 1895, S. 204.

140
Aus einem Artikel Eduard Bernsteins: „Probleme des Sozialismus. Eigenes und Übersetztes" vom Oktober 1896

Die moderne, in der Arbeiterklasse wurzelnde Demokratie erhält, wie wir gesehen, in wachsendem Maße direkten und indirekten Einfluß auf Staat und Gemeinde. Je stärker er ist, um so mehr werden die Grundsätze der Betriebsleitung im Sinne der Demokratie modifiziert. Das Interesse der privilegierten Minderheit wird dem Gemeininteresse immer mehr untergeordnet. Die Betriebe mehren sich, wo die wirtschaftspolitische Aufgabe in erster, das fiskalische Interesse erst in zweiter Linie in Betracht gezogen wird, und bei den alten, ursprünglich nur zu fiskalischen Zwecken monopolisierten Staats- etc. Betrieben tritt ebenfalls die wirtschaftspolitische Seite derselben immer mehr in den Vordergrund. Diese ganz unverkennbar sich durchsetzende Entwicklung mit Worten wie Staatskapitalismus, Gemeindekapitalismus bezeichnen wollen, heißt sich mit Gewalt das Verständnis ihrer historischen Bedeutung versperren. Denn sie ist entschieden antikapitalistisch, gegen die Aneignung von Produktionsmitteln und Produktionsüberschüssen durch Kapitalisten gerichtet, die gerade die charakteristische und wesentliche Seite des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist. Die Heranziehung des Wortes Kapitalismus könnte sich nur auf die heutige Form der Verteilung des Produktions- bzw. Betriebsertrags stützen; aber in der Form der Verteilung das entscheidende Kriterium erblicken, ist alles, nur nicht wissenschaftlicher Sozialismus, der gerade auf der Erkenntnis beruht, daß die Produktionsweise und die Produktionsbedingungen das Entscheidende sind. Hinter der Redensart Staatskapitalismus steckt insofern ein durchaus utopistischer

Gedankengang, der, statt von den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung, von irgendeinem fertig gedachten Zukunftsstaat mit eigener Verteilungsform ausgeht. Und, was ebenso schlimm, es wird von der Tatsache abstrahiert, daß es sehr verschiedene Staaten gibt, es wird der Staatsbetrieb da, wo der Staat ein der Gesellschaft übergeordnetes, ihr fast selbständig gegenübertretendes Organ ist, gleichgesetzt mit Staatsbetrieb da, wo der Staat der Gesellschaft untergeordnet und diese Gesellschaft selbst in hohem Grade demokratisiert ist. Je eher daher dies, wie gesagt, ganz begriffslose Wort aus dem Lexikon der Sozialdemokratie wieder verschwindet, um so besser.

Eduard Bernstein: Probleme des Sozialismus.
In: Die Neue Zeit,
15. Jg. 1896/97, Erster Bd., S. 166/167.

141

Aus der Denkschrift des Generals Alfred Graf von Waldersee an Kaiser Wilhelm II. vom 22. Januar 1897

Die Vorgänge, welche sich hier in den letzten Wochen abgespielt haben, werden vorbildlich sein für viele weitere Fälle:

Es legten 18 000 Arbeiter gleichzeitig die Arbeit nieder, keineswegs durch schlechte Löhne gedrängt, sondern begehrlich gemacht durch den angeblich guten Verdienst der Reederei; sie verpflichteten sich, solidarisch zusammenzuhalten und haben dies nunmehr durch acht Wochen und trotz vielfacher Entbehrungen und Aufzehrens von Ersparnissen durchgeführt und, den Instruktionen der Führer gehorsam folgend, sich musterhaft verhalten und Exzesse oder Auflehnungen gegen die Polizei vermieden.

Die Führer haben eine Art von Heerschau abgehalten und sind mit dem Resultat durchaus zufrieden. Sie haben gesehen, wie fast die gesamte Arbeiterschaft Hamburgs zusammenhielt, und wie erhebliche Volksmassen anderer Berufsarten auf Seite der Arbeiter standen ...

Bei der gewaltigen Ausdehnung der sozialdemokratischen Organisation scheint es mir, wenn nicht bald Gegenmittel gefunden werden, unvermeidlich, daß der Zeitpunkt naht, an welchem die Machtmittel des Staates sich mit denen der Arbeitermassen werden messen müssen.

Aber schon, bevor dieser Augenblick eintritt, kann die wirtschaftliche Entwicklung des Landes mit Vernichtung bedroht sein, da die gewerkschaftlichen Organisationen sich der Einsicht verschließen, daß ihr Ziel und daher auch ihre Macht an der Konkurrenzfähigkeit der Industrie ihre Grenze finden müssen.

Sollte der Kampf aber, wie es meine Ansicht ist, unvermeidlich sein, so kann der Staat von einem Hinausschieben desselben nicht gewinnen. Die Organisation der Umsturzpartei wird, je länger sie betrieben werden kann, um so kräftiger; mit ihrer weiteren Ausdehnung wird der Kampf immer schwieriger und in seinen Folgen für das Volk verderblicher. Die zweite Generation einer sozialdemokratischen Familie bringt die Umsturzideen bereits mit zur Fahne ...

Ich meine, daß es im Interesse des Staates liegt, nicht den sozialdemokratischen Führern die Bestimmung des Zeitpunktes für den Beginn der großen Abrechnung zu überlassen, sondern diesen nach Möglichkeit zu beschleunigen! Noch ist der Staat mit Sicherheit in der Lage, jeden Aufstand niederzuschlagen.

Meines Erachtens müßten zunächst Gesetze geschaffen werden, welche die weitere Organisation der Massen erschweren und durch welche sich die Führer in der nahezu schrankenlosen Agitation und in ihrer Macht bedroht sehen. Meines Amtes ist es nicht, Vorschläge zu machen, in welcher Weise dies zu bewirken sein dürfte, auch fehlen mir dazu mancherlei Fachkenntnisse.

Ich habe es nur für meine Pflicht Eurer Majestät gegenüber gehalten, offen meine Ansicht alleruntertänigst auszusprechen und auf die Gefahr, welche ich allmählich immer mehr anwachsen sehe, in Ehrfurcht aufmerksam zu machen.

Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee, Zweiter Bd., Stuttgart, Berlin 1925, S. 387–389.

142

Aus dem Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung und Abänderung von Bestimmungen über Versammlungen und Vereine in Preußen („Kleines Sozialistengesetz") vom 12. Mai 1897

Artikel I.

Versammlungen, welche den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder welche die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates, oder den öffentlichen Frieden gefährden, können von den Abgeordneten der Polizeibehörde (§ 4 der Verordnung vom 11. März 1850 Gesetzsamml. S. 277) aufgelöst werden.

Artikel II.

An Versammlungen, in denen politische Angelegenheiten erörtert oder beraten werden, dürfen Minderjährige nicht teilnehmen.

Artikel III.

Vereine, deren Zweck oder Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderläuft oder die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates, oder den öffentlichen Frieden gefährdet, können von der Landespolizeibehörde geschlossen werden.

Artikel IV.

Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern (§ 8 der Verordnung vom 11. März 1850), dürfen Minderjährige nicht als Mitglieder aufnehmen.

Den Versammlungen und Sitzungen solcher Vereine dürfen Minderjährige nicht beiwohnen. Auf diejenigen Veranstaltungen, welche unter Ausschluß politischer Kundgebungen lediglich geselligen Zwecken dienen, findet dieses Verbot keine Anwendung. An solchen Veranstaltungen dürfen auch weibliche Personen teilnehmen. Die Verbindung von Vereinen untereinander ist mit der Maßgabe zulässig, daß politische Vereine (Absatz 1) nicht ohne Erlaubnis des Ministers des Innern mit außerdeutschen Vereinen in Verbindung treten dürfen.

Sammlung sämtlicher Drucksachen des Hauses der Abgeordneten
aus der XVIII. Legislaturperiode, IV. Session, 1896/97,
Band V., Nr. 216 bis einschließl. Nr. 337,
Berlin 1897, Nr. 232, S. 3–4.

143

Aus dem Aufruf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu Protestversammlungen gegen das „Kleine Sozialistengesetz" vom 19. Mai 1897

Vor allem ist es das Junkertum, das über diesen Schritt der preußischen Regierung vor Entzücken außer sich ist und hierdurch aufs neue bekundet, daß es der fanatischste Feind des Volkes ist, der jedes politische Recht, jede politische Freiheit, seien sie noch so gering, aufs tiefste haßt und zu beseitigen trachtet. Ginge es nach den Wünschen dieses Junkertums, der Gehorsam der Kaserne und die Ruhe des Friedhofs würden in Deutschland herrschen.

Dieses Junkertum, das der Fluch und das Verderben Deutschlands ist und einen Einfluß besitzt, der weit über seine kleine Kopfzahl geht, sieht in dem seitens der preußischen Regierung geplanten Attentat auf die kümmerlichen Reste eines uralten Volksrechts seinen kommenden Sieg. Es wittert Nachtluft.

Mit der Gier beutehungriger Reaktionäre, die nicht schnell genug den

insbesondere gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiterorganisationen geplanten Streich führen können, begrüßt es die Regierungsvorlage als eine kleine Konzession an seine freiheitsmörderischen Gelüste.

Hinter dem Schlag gegen das Vereins- und Versammlungsrecht lauert der Schlag gegen das ihm noch verhaßtere allgemeine Wahlrecht, lauert weiter der Entschluß, alles auszutilgen, was Jahrzehnte lange opfervolle Tätigkeit der arbeitenden Klasse an kleinen Errungenschaften brachte, lauert mit einem Wort das Verlangen nach dem Stummschen Kladderadatsch: dem Staatsstreich.

Parteigenossen! Diesen Plänen einer vor nichts zurückschreckenden herrschsüchtigen Clique entgegenzutreten, ist unsere vornehmste Pflicht.

Bereits habt Ihr durch Abhaltung von Massenversammlungen, die Veröffentlichung von aufklärenden Artikeln in der Presse und durch Flugblätterverteilung vielfach Eurer Meinung gegen dieses volks- und arbeiterfeindliche Treiben Eurer grimmigsten Feinde Ausdruck gegeben. Wir fordern Euch aber hiermit auf, diesen Kampf immer allgemeiner und nachdrücklicher zu führen. Beruft in erster Linie Massenversammlungen ein – wo dies bisher noch nicht geschehen ist –, um einen Protest zu erheben gegen die weitere Beschränkung eines Grundrechts, ohne das ein Volk, das politische Betätigung als Lebensnotwendigkeit betrachten muß, nicht bestehen kann. Sendet auch diese Proteste durch das Bureau Eurer Versammlungen an das Präsidium des preußischen Abgeordnetenhauses ein.

Die Parteigenossen im außerpreußischen Deutschland müssen die Genossen in Preußen unterstützen. Preußen beginnt mit der Entrechtung, in den anderen Staaten folgt man.

Wo solche Kundgebungen gegen die Angriffe auf die Freiheit und das Recht des Volkes von bürgerlicher Seite ausgehen, unterstützt sie dieselben. Gegenüber dem Vorgehen der junkerlichen Reaktion haben alle gemeinsam zusammenzustehen, die durch das gekennzeichnete Attentat sich als Bürger eines Gemeinwesens getroffen fühlen, das den Anspruch erhebt, ein moderner Staat zu sein.

Es gilt jetzt in erster Linie, den Kampf gegen das Junkertum zu führen, das die verkörperte Reaktion, der geschworene Feind des Bürgers und Bauers und insbesondere des klassenbewußten Arbeiters ist.

Parteigenossen! Setzt alle Kräfte daran, um diesen Kampf zu einem siegreichen zu machen.

Nieder mit der Reaktion!

Hoch die Sozialdemokratie!

Berlin, den 19. Mai 1897

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags

Vorwärts (Berlin),
20. Mai 1897.

144

Aus einem Artikel Eduard Bernsteins „Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft" vom Januar 1898

Wenn man unter Verwirklichung des Sozialismus die Errichtung einer in allen Punkten streng kommunistisch geregelten Gesellschaft versteht, so trage ich allerdings kein Bedenken zu erklären, daß mir dieselbe noch in ziemlich weiter Ferne zu liegen scheint. Dagegen ist es meine feste Überzeugung, daß schon die gegenwärtige Generation noch die Verwirklichung von sehr viel Sozialismus erleben wird, wenn nicht in der patentierten Form, so doch in der Sache. Die stetige Erweiterung des Umkreises der gesellschaftlichen Pflichten, d. h. der Pflichten und der korrespondierenden Rechte der einzelnen gegen die Gesellschaft, und der Verpflichtungen der Gesellschaft gegen die einzelnen, die Ausdehnung des Aufsichtsrechts der in der Nation oder im Staat organisierten Gesellschaft über das Wirtschaftsleben, die Ausbildung der demokratischen Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz und die Erweiterung der Aufgaben dieser Verbände – alles das heißt für mich Entwicklung zum Sozialismus oder, wenn man will, stückweise vollzogene Verwirklichung des Sozialismus. Die Übernahme von Wirtschaftsbetrieben aus der privaten in die öffentliche Leitung wird diese Entwicklung natürlich begleiten, aber sie wird nur allmählich vor sich gehen können. Und zwar nötigen triftige Zweckmäßigkeitsgründe hier zur Mäßigung. Zur Ausbildung und Sicherung guter demokratischer Betriebsführung – ein Problem, von dessen Schwierigkeit u. a. die innere Geschichte des Betriebsamts des Londoner Grafschaftsrats ein Beispiel ablegt – gehört vor allem Zeit. So etwas läßt sich nicht extemporieren. Es ist aber auch, sobald die Gemeinschaft von ihrem Rechte der Kontrolle der wirtschaftlichen Verhältnisse gehörigen Gebrauch macht, die faktische Überführung von wirtschaftlichen Unternehmungen in öffentlichen Betrieb nicht von der fundamentalen Bedeutung, wie man gewöhnlich glaubt. In einem guten Fabrikgesetz kann mehr Sozialismus stecken als in der Verstaatlichung einer ganzen Gruppe von Fabriken.

Ich gestehe es offen, ich habe für das, was man gemeinhin unter „Endziel des Sozialismus" versteht, außerordentlich wenig Sinn und Interesse. Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles. Und unter Bewegung verstehe ich sowohl die allgemeine Bewegung der Gesellschaft, d. h. den sozialen Fortschritt, wie die politische und wirtschaftliche Agitation und Organisation zur Bewirkung dieses Fortschritts.

Eduard Bernstein: Der Kampf der Sozialdemokratie
und die Revolution der Gesellschaft.
In: Die Neue Zeit,
16. Jg. 1897/98, Erster Bd., S. 555/556.

145

Aus der Artikelserie Rosa Luxemburgs „Sozialreform oder Revolution?", erschienen vom 21. bis 28. September 1898

Wenn Theorien Reflexe der Erscheinungen der Außenwelt in dem menschlichen Hirn sind, so muß man angesichts der neuesten Theorie von Eduard Bernstein jedenfalls hinzufügen – manchmal auf den Kopf gestellte Reflexe. Eine Theorie von der Einführung des Sozialismus durch Sozialreformen – in der Ära Stumm-Posadowsky, von der Kontrolle der Gewerkschaften über den Produktionsprozeß – nach der Niederlage der englischen Maschinenbauer, von der sozialdemokratischen Parlamentsmehrheit – nach der sächsischen Verfassungrevision und den Attentaten auf das allgemeine Reichstagswahlrecht! Allein der Schwerpunkt der Bernsteinschen Ausführungen liegt unseres Erachtens nicht in seinen Ansichten über die praktischen Aufgaben der Sozialdemokratie, sondern in dem, was er über den Gang der objektiven Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft sagt, womit jene Ansichten freilich im engsten Zusammenhange stehen.

Nach Bernstein wird ein allgemeiner Zusammenbruch des Kapitalismus mit dessen Entwicklung immer unwahrscheinlicher, weil das kapitalistische System einerseits immer mehr Anpassungsfähigkeit zeigt, andererseits die Produktion sich immer mehr differenziert. Die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus äußert sich nach Bernstein erstens in dem Verschwinden der allgemeinen Krisen, dank der Entwicklung des Kreditsystems, der Unternehmerorganisationen und des Verkehrs sowie des Nachrichtendienstes, zweitens in der Zähigkeit des Mittelstandes infolge der beständigen Differenzierung der Produktionszweige sowie der Hebung großer Schichten des Proletariats in den Mittelstand, drittens endlich in der ökonomischen und politischen Hebung der Lage des Proletariats infolge des Gewerkschaftskampfes.

Für den praktischen Kampf der Sozialdemokratie ergibt sich daraus die allgemeine Weisung, daß sie ihre Tätigkeit nicht auf die Besitzergreifung der politischen Staatsmacht, sondern auf die Hebung der Lage der Arbeiterklasse und auf die Einführung des Sozialismus nicht durch eine soziale und politische Krise, sondern durch eine schrittweise Erweiterung der gesellschaftlichen Kontrolle und eine stufenweise Durchführung des Genossenschaftlichkeitsprinzips zu richten habe ...

Der sozialistische Charakter des gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kampfes liegt also bei der Bernsteinschen Auffassung in dem Glauben an dessen stufenweise sozialisierende Einwirkung auf die kapitalistische Wirtschaft. Eine solche Einwirkung ist aber tatsächlich – wie wir darzutun suchten – bloß imaginär. Die kapitalistischen Eigentums-

und Staatseinrichtungen entwickeln sich nach einer entgegengesetzten Richtung. Damit aber verliert der praktische Tageskampf der Sozialdemokratie in letzter Linie überhaupt jede Beziehung auf den Sozialismus. Die große sozialistische Bedeutung des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes besteht darin, daß sie die Erkenntnis, das Bewußtsein der Arbeiterklasse sozialisieren. Indem man sie als Mittel der unmittelbaren Sozialisierung der kapitalistischen Wirtschaft auffaßt, versagen sie nicht nur diese ihnen angedichtete Wirkung, sondern büßen zugleich auch die andere einzig mögliche soziale Bedeutung ein: sie hören auf, Erziehungsmittel der Arbeiterklasse zur proletarischen Revolution zu sein.

Es beruht deshalb auf einem gänzlichen Mißverständnis, wenn Eduard Bernstein und Konrad Schmidt sich beruhigen, das Endziel gehe der Arbeiterbewegung bei der Verlegung des Kampfes auf Sozialreform und Gewerkschaften doch nicht verloren, weil jeder Schritt auf dieser Bahn über sich hinaus führe und das sozialistische Ziel so der Bewegung selbst als Tendenz innewohne. Dies ist allerdings in vollem Maße bei der jetzigen Taktik der deutschen Sozialdemokratie der Fall, d. h. wenn die bewußte und feste Bestrebung zur Eroberung der politischen Macht dem gewerkschaftlichen und sozialreformerischen Kampfe als Leitstern vorausgeht. Löst man jedoch diese im voraus gegebene Bestrebung von der Bewegung ab und stellt man die Sozialreform zunächst als Selbstzweck auf, so führt sie nicht nur tatsächlich nicht zur Verwirklichung des sozialistischen Endziels, sondern eher umgekehrt . . .

Freilich besteht auch die landläufige sozialdemokratische Taktik nicht darin, daß man die Entwicklung der kapitalistischen Widersprüche bis zur äußersten Spitze und dann erst ihren Umschlag abwartet. Umgekehrt, man stützt sich bloß auf die einmal gegebene Richtung der Entwicklung, treibt aber dann im politischen Kampfe ihre Konsequenzen auf die Spitze, man antizipiert sie, man eskomtiert sozusagen die weitere objektive Entwicklung und steht jederzeit auf dem Boden zur vollen Reife entwickelter Widersprüche, worin das Wesen jeder revolutionären Taktik überhaupt besteht. So bekämpft die Sozialdemokratie z. B. die Zölle und den Militarismus auch dann, als sie noch eine revolutionäre Rolle in der kapitalistischen Entwicklung spielen. Bernstein stützt sich aber in seiner Taktik überhaupt nicht auf die Weiterentwicklung und Verschärfung, sondern auf die Abstumpfung der kapitalistischen Widersprüche. Er selbst hat es am treffendsten gekennzeichnet, indem er von einer „Anpassung" der kapitalistischen Wirtschaft spricht. Wann hätte eine solche Auffassung ihre Richtigkeit? Alle Widersprüche der heutigen Gesellschaft sind einfache Ergebnisse der kapitalistischen Produktionsweise. Setzen wir voraus, daß diese Produktionsweise sich weiter in der bis jetzt gegebenen Richtung entwickelt, so müssen sich mit ihr unzertrennlich auch alle ihre Konsequenzen

weiterentwickeln, die Widersprüche zuspitzen und verschärfen, statt sich abzustumpfen. Letzteres setzt also umgekehrt als Bedingung voraus, daß die kapitalistische Produktionsweise selbst in ihrer Entwicklung gehemmt wird. Mit einem Worte, die allgemeinste Voraussetzung der Bernsteinschen Theorie, das ist ein Stillstand in der kapitalistischen Entwicklung.

Damit richtet sich aber die Theorie von selbst, und zwar doppelt. Denn erstens legt sie ihren utopischen Charakter in bezug auf das sozialistische Endziel bloß – es ist von vornherein klar, daß eine versumpfte kapitalistische Entwicklung nicht zur sozialistischen Umwälzung führen kann – und hier haben wir die Bestätigung unserer Darstellung der praktischen Konsequenz der Theorie. Zweitens enthüllt sie ihren reaktionären Charakter in bezug auf die tatsächlich sich vollziehende rapide kapitalistische Entwicklung . . .

Mit einem Worte, die Bernsteinsche Anpassungstheorie ist nichts als eine theoretische Verallgemeinerung der Auffassungsweise des einzelnen Kapitalisten. Was ist aber diese Auffassungsweise im theoretischen Ausdruck anders als das wesentliche und charakteristische der bürgerlichen Vulgärökonomie? Alle ökonomischen Irrtümer dieser Schule beruhen eben auf dem Mißverständnis, daß sie Erscheinungen der Konkurrenz, gesehen durch die Augen des Einzelkapitals, für Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft im ganzen nehmen. Und wie Bernstein den Kredit, so faßt die Vulgärökonomie auch noch z. B. das Geld als ein geistreiches „Anpassungsmittel" zu den Bedürfnissen des Austausches auf, sie sucht auch in den kapitalistischen Erscheinungen selbst die Gegengifte gegen die kapitalistischen Übel, sie glaubt, in Übereinstimmung mit Bernstein, an die Möglichkeit, die kapitalistische Wirtschaft zu regulieren, sie läuft endlich auch immer wie die Bernsteinsche Theorie in letzter Linie auf eine Abstumpfung der kapitalistischen Widersprüche und Verkleisterung der kapitalistischen Wunden, d. h. mit anderen Worten auf ein reaktionäres statt dem revolutionären Verfahren und damit auf eine Utopie, hinaus.

Die Bernsteinsche Theorie im ganzen genommen läßt sich also folgendermaßen charakterisieren: Es ist dies eine Theorie der sozialistischen Versumpfung, vulgärökonomisch begründet durch eine Theorie der kapitalistischen Versumpfung.

Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution?
Mit einem Anhang: Miliz und Militarismus.
Sonderabdruck aus der Leipziger Volkszeitung,
Leipzig 1899, S. 7, 28–31, 33.

Aus dem Brief August Bebels an Eduard Bernstein vom 16. Oktober 1898

Lieber Ede.

Den Stuttgarter Parteitag hast Du selbstverständlich und, wie Dein Artikel im „Vorwärts" zeigt, genau verfolgt. Ich halte es für meine Pflicht, Dir wenigstens darüber zu berichten, welchen Eindruck Deine Erklärung auf diejenigen machte, die nicht geredet haben, aber zum Teil Deinen Anschauungen nahestanden. Diese letzteren waren von dem Inhalt Deiner Erklärung einfach niedergeschmettert. Ich selbst muß sagen, daß, obgleich ich Deine Erklärung vorher 2–3mal durchgelesen hatte, also ihren Inhalt kannte – der mir in seiner Gesamtheit ja auch aus Deinen Artikeln in der „N.Z." bekannt war –, trat der Eindruck erst voll an mich heran, als ich sie laut vorlas.

Du bist mal wieder in einer Mauserung begriffen – um dies bei uns Mode gewordene Wort zu gebrauchen –, die ich für die gefährlichste aller Mauserungen halte, die Du bisher durchgemacht hast. Und zwar deshalb, weil das Rettungsmittel, das allein helfen könnte, aus bekannten Gründen nicht anwendbar ist, nämlich Deine Versetzung in ein anderes Milieu.

Als alter Freund und Kampfgenosse will ich aufrichtig sein. Ich habe nach den Gründen geforscht, die Dich zu Deinen jetzigen Anschauungen gebracht haben, und da bin ich in erster Linie darauf gekommen, daß in den nahezu 30 Jahren, die wir uns kennen, Du stets eine gründliche Wandlung in Deinen Ansichten vollzogest, sobald veränderte Eindrücke und Einflüsse längere Zeit auf Dich einwirkten. An diesen Wandlungen hat Dich Dein Streben nach Wahrheit und Dein großer Scharfsinn nicht gehindert; die Wandlung ist vielmehr dadurch gefördert worden, daß Du das Milieu, in dem Du zeitweilig lebst, für das allgemein maßgebende erachtest, und dieses andern mit Deinem ganzen Scharfsinn zu beweisen suchst...

Da ich dazu Stuttgart nicht für den geeigneten Ort hielt – vor allen Dingen, weil die Zeit fehlte und ich der Meinung war, daß, ehe man sich über die Taktik auseinandersetze, man sich mit Dir über den prinzipiellen Gegensatz in unsern Grundanschauungen auseinandersetzen müsse, was auf einem Parteitag kaum möglich ist –, ließ ich mich dort weder auf eine Diskussion über Deine veränderten grundsätzlichen noch taktischen Anschauungen ein. Daß trotzdem die Debatte wurde, wie sie geworden ist, habe ich schließlich dennoch mit Genugtuung begrüßt. War sie auch nicht erschöpfend, so war sie doch sehr anregend und vielfach klärend, und daß dies ohne mein Zutun geschah, freut mich erst recht. Insbesondere hat Karl durch sein spontanes Eingreifen – erst Deine Erklärung, die ich ihm selbstverständlich sofort, nachdem sie in meine Hände gelangte, zur Kenntnisnahme gab, hat ihn zum Reden veranlaßt – sehr wirksam eingegriffen. Für Deine Ansichten und die der Dir Näherstehenden war diese

Debatte, darüber ist jede Täuschung ausgeschlossen, nicht förderlich ... Ich finde, daß Du Dich in starken Widersprüchen bewegst und viele falsche Schlüsse ziehst. Es macht den Eindruck, als sähest Du nur, was Du sehen willst, und wo Du nichts siehst, dichtest Du Dir etwas vor ... Das hat nun weder ich noch sonst jemand in der Partei jemals bestritten, daß die Taktik sich den Verhältnissen, unter denen wir leben und kämpfen, anpassen muß. Das ist vielmehr eine in der ganzen Partei anerkannte Selbstverständlichkeit. Ich glaube, darüber lassen die Erfurter Parteitagsdebatten über die Taktik gar keinen Zweifel, u[nd] später ist es oft genug wiederholt worden. Ich erinnere nur an Liebknechts Wort: wenn nötig, ändere er die Taktik in 24 Stunden 24mal. Worüber wir uns aber streiten, ist: ob im gegebenen Moment eine andere oder veränderte Taktik notwendig ist und eventuell, wie weit eine Änderung einzutreten hat. Dabei bleibt unter allen Umständen ein anderes bestehen. Die Taktik muß stets im Hinblick auf die Grundsätze und das Ziel der Partei gerichtet sein, und darin besteht zwischen Dir und mehr als 99 Prozent der Partei eine grundsätzlich verschiedene Auffassung. Wie sehr Du Dich von englischen Verhältnissen in Deinem ganzen Denken beeinflussen und in Deinem Urteil bestimmen läßt, zeigt wieder Dein Artikel in N. 2 der „N. Z.". Alles, was Du dort über englische Parteiverhältnisse sagst, als richtig zugegeben – obgleich ich es nicht für richtig halte – ist die Nutzanwendung für Deutschland und deutsche Parteiverhältnisse unmöglich ...

Aber ich hebe noch einmal hervor: Es sind nicht nur tiefgehende Differenzen in bezug auf die Taktik, die uns scheiden, sondern auch grundsätzliche Anschauungen. Karl hatte vollkommen recht, als er in Stuttgart ausführte, daß, wenn die in Deiner Erklärung aufs neue wieder entwickelten Ansichten über die bürgerliche Gesellschaft und ihre Entwicklung richtig wären, wir aufhören müßten, Sozialdemokraten zu sein. Von Deinen jetzigen Anschauungen über die bürgerliche Gesellschaft und ihre Entwicklung ausgehend, bist Du auch vollkommen im Recht zu sagen: Die Bewegung ist mir alles, das Ziel nichts.

Hier liegt der Abgrund, der sich zwischen uns geöffnet hat, und ich lege großen Wert darauf, dies mit aller Schärfe festzustellen ...

Ich schreibe Dir so rückhaltlos, weil ich Dich vor Täuschungen bewahren möchte und weil nur rückhaltlose Offenheit Dich vielleicht noch bestimmen kann, noch einmal sehr gründlich zu prüfen, ob Du nicht doch auf dem Holzwege bist.

Mit herz[lichem] Gruß von Haus zu Haus Dein A. Bebel

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.
Zentrales Parteiarchiv.
August Bebel. Eine Biographie,
Berlin 1963, S. 261–266.

Register

Personenverzeichnis

Adler, Victor (1852–1918) 475 479 481
Alexander III. (1845–1894) 477
Ampère, André Marie (1775–1836) 14
Anneke, Karl Friedrich Theodor (1818 bis 1872) 153
Anseele, Eduard (1856–1938) 465
Audorf, Jakob (1835–1898) 211 217/218 452
Auer, Ignaz (1846–1907) 340 395 407/408
Aveling, Edward (1851–1898) 465

Bakunin, M. A. (1814–1876) 284 330/331
Bauer, Bruno (1809–1882) 28
Bauer, Edgar (1820–1886) 28
Bauer, Heinrich 33 47 57 64 151 172
Bebel, August (1840–1913) 84 167 234 bis 239 242–247 261–279 281–283 285/286 291–293 296 298/299 301 314/315 327–329 333 335/336 338 340 345 350 354–357 359/360 365/366 368 372 374/375 379/380 383 391/392 395/396 399 401 404–407 416/417 423/424 427–430 437 441 447–449 451 459 465 474–476 482
Becker, Bernhard (1826–1882) 229 232
Becker, Hermann Heinrich (1820–1885) 179 181

Becker, Johann Philipp (1809–1886) 160/161 232/233 256 261 277
Belli, Joseph (1849–1927) 366
Bernstein, Eduard (1850–1932) 358 365 379 472/473 475
Bessemer, Sir Henry (1813–1898) 316
Bismarck, Otto Fürst von (1815–1898) 203 206 208 210 213 216 228 233 235 237–245 272/273 290–294 298 bis 299 301 305 308 314 321–323 328 332 334 345 352–354 367–370 373 389 391 397–399 401 403/404 407 409–411 415–417 422 446 450
Blanc, Jean-Joseph-Louis (1811–1882) 140
Blanqui, Louis-Auguste (1805–1881) 17
Blos, Wilhelm (1849–1927) 356
Blum, Robert (1807–1848) 144
Bonhorst, Leonhard von (geb. 1840) 276/277 281 296
Born, Stephan (1824–1898) 115 139 bis 141
Börne, Karl Ludwig (1786–1837) 208
Boulanger, Georges-Ernest-Jean-Marie (1837–1891) 397
Bracke, Wilhelm (1842–1880) 257 264 275/276 281 295/296 315 328/329 336 338 340 342 346 350 356 359/360 375 383
Brandenburg, Friedrich Wilhelm Graf von (1792–1850) 144
Bremer, Julius (geb. 1828) 275 277
Brentano, Lujo (Ludwig Joseph) (1844 bis 1931) 329
Büchner, Georg (1813–1837) 20
Büchner, Ludwig (1824–1899) 237
Bülow, Bernhard Fürst von (1849–1929) 467 471
Bürgers, Heinrich (1820–1878) 120 179 181

Camphausen, Ludolf (1803–1890) 98
Caprivi, Leo Graf von (1831–1899) 420 422/423
Cavaignac, Louis-Eugène (1802–1857) 132
Cluß, Adolph 115

Dąbrowski, Jarosław (1836–1871) 312
Dalton, John (1766–1844) 14
Dammer, Johann Gustav Eduard Otto (1839–1916) 211
Daniels, Roland (1819–1855) 54 179 181
Darwin, Charles Robert (1809–1882) 349
David, Eduard (1863–1930) 459
Davy, Sir Humphry (1778–1829) 14
Dehmel, Richard (1863–1920) 386
Dietzgen, Joseph (1828–1888) 257 329
Dmitrijewa, J. D. (geb. 1851) 312 313
Dobroljubow, N. A. (1836–1861) 476/477
Dronke, Ernst (1822–1891) 119 134 142/143
Dühring, Eugen Karl (1833–1921) 346 bis 348
Duncker, Franz Gustav (1822–1888) 267

Eccarius, Johann Georg (1818–1889) 57 151 172 183 195 223 264
Eichhoff, Karl Wilhelm (1833–1895) 262
Elm, Adolf von (1857–1916) 459
Engel, Georg (gest. 1887) 411
Engels, Friedrich (1820–1895) 6 10 12 bis 15 18 22 24 26 28 30 36–38 40 bis 42 45–58 60–84 90 98 100/101 103–106 108 110 114–131 133–136 139–143 145 149 151/152 156–159 161/162 164 166–168 172–176 178/179 182/183 190 192–195 199–201 204/205 207/208 211 214–216 219 bis 221 223/224 226–234 238 241 243 246 248–250 254 256–258 261/262 269/270 272/273 277–279 281 bis 283 286 294 296 299 301 309/310 312/313 324 329–331 333–337 339/340 342/343 347–351 359–361 363–365 367/368 374–381 390–392 400–402 407 412–414 416/417 423 426–428 430 432 435 440–442 447 bis 451 454/455 457–460 462–466 472 481
Esser, Christian Joseph 153

Faraday, Michael (1791–1867) 14
Feuerbach, Ludwig (1804–1872) 26 28 46
Fichte, Johann Gottlieb (1762–1814) 26 bis 28
Fischer, Adolph (gest. 1887) 411
Fontane, Theodor (1819–1898) 385
Fourier, François-Marie-Charles (1772 bis 1837) 13
Frankel, Leo (1844–1896) 313
Freiligrath, Ferdinand (1810–1876) 38 bis 40 97 120 130 158 179 382
Friedrich III. (1831–1888) 398
Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861) 25 96/97 144 147/148 156 165 184
Friedrich Wilhelm, Kronprinz siehe Friedrich III.
Fritzsche, Friedrich Wilhelm (1825 bis 1905) 208 211 217 234 267 277

Gall, Ludwig (1794–1863) 14
Gauß, Karl Friedrich (1777–1855) 14
Geib, Wilhelm Leopold August (1842 bis 1879) 218 277 296 327 340 344
Geiser, Bruno (1846–1898) 407
Gigot, Philippe (geb. 1820) 54
Gilchrist, Percy 316
Glasewaldt, Heinrich 96
Godau, August (gest. 1887) 407/408
Gottschalk, Andreas (1815–1849) 108 135
Gradnauer, Georg (1866–1946) 474
Grillenberger, Karl (1848–1897) 403 426
Guesde, Mathieu-Basile (gen. Jules) (1845–1922) 479

Hadlich, Christian 246 277
Hamann, J. 287
Hansemann, David Justus (1790–1864) 98
Harney, George Julian (1817–1897) 47 55 64
Hasenclever, Johann Peter (1810–1853) 387
Hasenclever, Wilhelm (1837–1889) 333
Hasselmann, Wilhelm (geb. 1844) 263 357 363
Hätzel, Carl Joseph August (geb. 1818) 115
Hatzfeldt, Sophie Gräfin von (1805 bis 1881) 209 232 275
Hauptmann, Gerhart (1862–1946) 386 453
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1770 bis 1831) 26–28 46 209
Heine, Heinrich (1797–1856) 38–40 208
Heine, Wolfgang (1861–1944) 473/474
Henckell, Karl (1814–1929) 386
Hepner, Adolf (1846–1923) 277 298 328 331
Herwegh, Georg (1817–1875) 38 217/218 324 452
Heß, Moses (1812–1875) 14
Heymann, Wilhelm 211
Hillmann, Hugo (1823–1898) 211 277
Hirsch, Carl (1841–1900) 277 298
Hirsch, Max (1832–1905) 247 267
Höchberg, Karl (1853–1885) 358 365 381
Hödel, Emil Heinrich Max (1857–1878) 354
Holz, Arno (1863–1929) 386

Jacobi, Abraham (1830–1919) 181
Jacoby, Johann (1805–1877) 241 297 333
Jansen, Johann Joseph (1825–1849) 162
Jones, Ernest Charles (1819–1869) 64

Kämpchen, Heinrich (1874–1912) 452
Kant, Immanuel (1724–1804) 26–28
Kautsky, Karl (1854–1938) 250 381 428 448 462–464 474/475
Kautsky, Minna (1836–1912) 384
Kayser, Max (1853–1888) 356
Kegel, Max (1850–1902) 383 452
Keller, Gottfried (1819–1890) 160 385
Klaar, Ernst (1861–1920) 383
Knaus, Ludwig (1829–1910) 388
Köhler, Johann Heinrich Robert (1807 bis 1872) 388

Köller, Ernst Matthias von (1841–1928) 444 447
Kollwitz, Käthe (1867–1945) 453/454
Krille, Otto (1878–1954) 452
Krupp, Alfred (1812–1887) 188 346
Kugelmann, Ludwig (1828–1902) 256

Lafargue, Paul (1842–1911) 374 413 465 479 481
Lamarck, Jean-Baptiste-Pierre-Antoine de Monet, chevalier de (1744–1829) 14
Lamprecht, Karl (1856–1915) 450
Lassalle, Ferdinand (1825–1864) 183 192 195 208–216 218 226 228/229 232 238 244 257 263/264 273 329 333/334 336/337 339 341/342 377/378 381 430 450
Lässig, Friedrich Robert 211
Legien, Carl (1861–1920) 437
Lenin (Uljanow), W. I. (1870–1924) 6 16 19 26 43 47 49 51 67/68 70 73 75 82 84 104 128 173 211 223 228 231 244 254 311 313 324/325 339 406 415 419/420 451 456–458 464 466 476–479
Leo XIII. (1810–1903) 421/422
Leßner, Friedrich (1825–1910) 179 181 183 223 374
Levy, Gustav 211
Liebermann, Max (1847–1935) 388
Liebig, Justus von (1803–1873) 350
Liebknecht, Karl (1871–1919) 84
Liebknecht, Natalie (1835–1909) 299
Liebknecht, Wilhelm (1826–1900) 84 167 183 195/196 216/217 228/229 231/232 234–238 242–247 256 261 bis 277 281–286 292/293 296 298/299 301 313 315 327/328 333 336/337 340 350 356 359 365 368 374/375 383 391 399 405 407 413 416/417 425–427 429/430 437 449 451 459 465 474/475
Lochner, Georg 183 195 223 374
Löwenstein, Gabriel (1825–1911) 277
Louis Bonaparte siehe Napoleon III.
Luxemburg, Rosa (1871–1919) 84 451 472 474/475 479

Manteuffel, Otto Theodor Freiherr von (1805–1882) 184 199
Marchlewski, Julian (1866–1925) 479
Martin, Emile 316
Martin, Pierre-Emile (1824–1915) 316
Marx, Jenny (1814–1881) 47 193 249 373
Marx, Karl (1818–1883) 6 10 13/14 28 32 35–38 40–43 45–58 60–84 100/101 103–106 108–110 114–127 129 bis 136 139–142 146 148/149 151 bis 154 158/159 161 166–168 172–176 178–183 187 190–196 199/200 204/205 207/208 211 214–216 219–221 223–229 231–235 238 241 243 246 248–260 262–265 269/270 272–274 277–279 281–283 286/287 293–297 299 301 309/310 312/313 317 320 329–331 334–340 342 347–350 359 bis 361 363–365 373–375 378–381 397 401 407 413 416/417 426 432 437 448–450 454–457 463–466
Marx (Aveling), Eleanor (1855–1898) 465
Marx (Longuet), Jenny (1844–1883) 374
Mazzini, Giuseppe (1805–1872) 223
Mehring, Franz (1846–1919) 34 167 276 297 386 394 416 439 448–453 468 471 476
Menzel, Adolph (1815–1905) 387
Metternich, Clemens Wenzel Lothar Fürst von (1773–1859) 95
Metzner, Theodor (1830–1902) 277
Meyer, Sigfrid (gest. 1872) 233
Mierosławski, Ludwik (1814–1878) 160
Miquel, Johannes von (1828–1901) 471
Moll, Joseph (1813–1849) 33 47 57 64 115 135/136 142/143 151/152 161
Most, Johann Joseph (1846–1906) 357 363
Motteler, Julius (1838–1908) 246 271 277 327 365–367 481
Mülberger, Arthur (1847–1907) 329

Napoleon I. (Bonaparte) (1769–1821) 22
Napoleon III. (Louis Bonaparte) (1808

bis 1873) 184 197–199 204 291 bis 295 297
Nekrassow, N. A. (1821–1878) 476
Nietzsche, Friedrich (1844–1900) 320
Nobiling, Karl Eduard (1848–1878) 354
Nothjung, Peter (1821–1866) 180 181

Oersted, Hans Christian (1777–1851) 14
Otto, Karl Wunibald (geb. 1810) 153 179 181
Otto-Walster, August (1834–1898) 277 384
Owen, Robert (1771–1858) 13 225

Parsons, Albert Richard (1848–1887) 411
Parvus (Helphand, Alexander) (1867 bis 1924) 474/475
Perl, August 211
Peus, Wilhelm Heinrich (1862–1937) 474
Pfänder, Karl (1818–1876) 57 172 183 195 223
Plechanow, G. W. (1856–1918) 476 481
Pottier, Eugène (1816–1887) 452
Prinz von Preußen siehe Wilhelm I.
Proudhon, Pierre-Joseph (1809–1865) 63 140/141 222 229 330
Puttkamer, Robert Victor von (1828 bis 1900) 394

Quarck, Max Ernst (1860–1930) 474
Quelch, Harry (1858–1913) 465

Raabe, Wilhelm (1831–1910) 320 385
Radetzky, Wenzel Joseph Graf von (1766–1858) 132
Ricardo, David (1772–1823) 13
Rosenow, Emil (1871–1904) 452
Röser, Peter Gerhard (1814–1865) 179 181

Saint-Simon, Claude-Henri de Rouvroy comte de (1760–1825) 13
Sassulitsch, W. I. (1851–1919) 465
Schapper, Karl (1812–1870) 33 47 57 64 115 135 136 142 143 146 153 172 178
Schiller, Friedrich von (1759–1805) 200
Schippel, Max (1859–1928) 459/460 473/474
Schlüter, Hermann (gest. 1919) 407
Schmidt, Auguste (1833–1902) 450
Schmidt, Conrad (1863–1932) 473
Schmoller, Gustav (1838–1917) 329
Schneider, Karl 146
Schönlank, Bruno (1859–1901) 451 474
Schöppler, Franz Jakob 211
Schorlemmer, Carl (1834–1892) 350 374
Schramm, Karl August 358
Schulze-Delitzsch, Franz Hermann (1808 bis 1903) 206 211 216 246 256
Schweichel, Robert (1821–1907) 217/218 264 384/385
Schweitzer, Johann Baptist von (1834 bis 1875) 228 229 232 238 245 257 263 264 267–269 272–277 287/288 314
Semper, Gottfried (1803–1879) 157
Siemens, Georg von (1839–1901) 419
Singer, Paul (1844–1911) 391 396 399 405 428/429 459 465
Smith, Adam (1723–1790) 13
Sorge, Friedrich Albert (1828–1906) 413
Spier, Samuel (1838–1903) 275 284 296
Spies, August (1855–1887) 411
Stirner, Max (1806–1856) 28
Stolle, Karl Wilhelm (1842–1918) 246 277
Storm, Theodor (1817–1888) 385
Strauß, David Friedrich (1808–1874) 28
Stumm-Halberg, Carl Ferdinand Freiherr von (1836–1901) 188 420
Stumpf, Paul (gest. 1913) 115

Tedesco, Victor (1827–1897) 64
Thiers, Louis-Adolphe (1797–1877) 306 308
Thomas, Sidney Gilchrist (1850–1885) 316

Tölcke, Carl Wilhelm (1817–1893) 263 277 333
Treitschke, Heinrich Gotthard von (1834 bis 1896) 320
Tschernyschewski, N. G. (1828–1889) 477
Turati, Filippo (1857–1932) 479
Turgenjew, J. S. (1818–1883) 476

Ulbricht, Walter (geb. 1893) 75
Uljanow, I. N. (1831–1886) 476

Vahlteich, Karl Julius (1839–1915) 208 211 216 246 277
Vaillant, Edouard (1840–1915) 413
Viereck, Louis (1851–1921) 407
Virchow, Rudolf (1821–1902) 404
Vogel von Falckenstein, Eduard (1797 bis 1885) 296
Vogt, Karl (1817–1895) 204
Vollmar, Georg Heinrich von (1850 bis 1922) 360/361 365 426 428–430 459 bis 462 474

Wagner, Adolph (1835–1917) 329
Wagner, Richard (1813–1883) 157
Waldersee, Alfred Graf von (1832 bis 1904) 398
Wallau, Karl (1823–1877) 115
Weerth, Georg (1822–1856) 38 40/41 120 382
Weiß, Guido (1822–1899) 297 333
Weitling, Wilhelm (1808–1871) 30–34 38 55/56
Westphalen, Jenny von siehe Marx, Jenny
Weydemeyer, Joseph (1818–1866) 54 174 180 183 195
Wilhelm I. (1797–1888) 59 160 199 202 300 354
Wilhelm II. (1859–1941) 410 415/416 444 446/447 469–471
Wilhelm, Kronprinz siehe Wilhelm I.
Willich, August (1810–1878) 161 172 178
Windischgrätz, Alfred Fürst von (1787 bis 1862) 132
Wöhler, Friedrich (1800–1882) 14
Wolff, Ferdinand (1812–1895) 119
Wolff, Wilhelm (1809–1864) 37 54 60 62 109 114 119 123 130 134 142/143 153 159 195
Wróblewski, Walery (1836–1908) 312

Yorck, Theodor (1830–1875) 211 275 277 327

Zetkin, Clara (1857–1933) 270 450 462/463 470 474/475
Zetkin, Ossip (gest. 1889) 450
Zinna, Ernst (1830–1848) 96
Zola, Emile (1840–1902) 386 443

Verzeichnis der geographischen Namen

Afrika
– Nordafrika 132
– Ostafrika 323
– Südafrika 466
– Südwestafrika 323
– Westafrika 323
Algerien 373
Altenburg 153 466
Altona 34 231 233 346 355 395 402 435
Amberg 434
Amerika 171 310
Augsburg 292 298 366 408
Australien 186
Baden 85 94/95 143 157 159–162 196 282
Balkan 397
Barmen 45 191 210 236 261 314 466
Basel 274 284–286 409
Bayern 85 94/95 153 156 282 287 345 461
Belgien 64 222 259 412 479
Bergisches Land 111
Berlin 22 34 36 45/46 55 59 62 95–98 108–113 115 119 128 138/139 141 143–145 147 149 153 180/181 187 191 194 202 207/208 216/217 228 231–234 236 261/262 267/268 272 282 314 326 343 346 355 371 389

391 394–396 402 404 408/409 424 434/435 438 440 443/444 446/447 449 453 460 466 470 473 476
Bielefeld 298 471
Bochum 411
Böhmen 91 93 120 123 239
Bonn 45 178
Boyen b. Lötzen (Niegocin bei Gizycko) 296/297
Brandenburg (Havel) 144 408
Brandenburg, Provinz 111 146 393
Braunschweig 257 261 275 281 291/292 328 346 409 466
Braunschweig, Herzogtum 282
Bremen 34 153 314 409 466 468
Breslau (Wrocław) 36 109 111 113 bis 115 208 292 346 462
Brüssel 50 54–56 58 62–64 100 258 260 284 286 445
Bulgarien 479
Burg (b. Magdeburg) 233

Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) 113 143 157 242 292 298 314 326/327 372 408
Chicago 411 414
Coburg 335
Crimmitschau 246 271

Dänemark 141 228 290 409 412 479
Darmstadt 443
Den Haag (s'Gravenhage) 312 330/331 348
Deutz 234
Donau 159
Dortmund 466
Dortmunder Bergbaurevier 343
Dresden 113 157 210 233 246 261 292 314 408 424 466 476
Duisburg 231 233
Durlach 161
Düsseldorf 113 115 146 191 210 408

Eilenburg 402
Eisenach 276–283 287 342
Elberfeld 24 50 111 151 157/158 191 210 273–275 408 466
Elsaß-Lothringen 294–297 305 316 323 328 332 397 401
England 10/11 13/14 16–18 21–24 28/29 32 38 40 47 49 58 64 82 92 126 129 131/132 171/172 187 198 212 222 225/226 259 267 284 316 323 352 373 411/412 421 479/480
– Mittelengland 16
– Nordengland 16
Erfurt 145 243 327 366 402 428 430 432 459
Essen (Ruhr) 188 314 411 466
Europa 9 11 15 41 43/44 67 82 89/90 93 100 103 123–126 130–133 184 198 227 283 291 293 310 314 324/325 345 399–402 413 441/442 445 480
– europäischer Kontinent 11 21 58 82 93 100 129 182
– Mitteleuropa 11 89
– Osteuropa 12 89
– Westeuropa 11 21 29 322

Frankenberg (Sachsen) 246
Frankenthal (Pfalz) 232
Frankfurt (Main) 108/109 111 113 115 126 134 141–143 148/149 159 191 210 216 238/239 395 402 460–462 466
Frankfurt (Oder) 146
Frankreich 10/11 13–18 21/22 24 26 28/29 32 38 47 50 64 82 92 99/100 124 126 129 132 148 160 162 174 184 187 197–199 204 222 226 259 284 290 294–297 300 305–308 311 315/316 323 373 397/398 400 402/403 412/413 421/422 445 479/480
Freiberg (Sachsen) 157 395
Fürth (Bayern) 21 261 466

Genf 232/233 259–262 269 277 281
Gera 34 247 266 372 438
Geyer 298
Gießen 196
Glatz, Grafschaft 146
Glauchau 314
Göppingen 153 261

Göteborg 55
Gotha 34 336 340–342 446 453
Göttingen 178 191
Guben (Wilhelm-Pieck-Stadt Guben) 146

Habsburg, Habsburger Monarchie, Habsburger Reich siehe Österreich-Ungarn
Hainfeld 479
Halberstadt 146 435/436
Halle (Saale) 145 366 372 402 424/425 432
Hambach (b. Neustadt a. d. Haardt) 20 232
Hamburg 34 55 62 111 113 153 178 187 191 207 210 215 229 231 233 236 248 263/264 267 282 296 314 332 346 356 372 409 434/435 466 bis 468 473
Hamm (Westfalen) 113 115
Hanau 94 108/109 113 115 143 395
Hannover 113 115 256 269 287 314 408
Hannover, Königreich 95 153 156 239
Harburg (Elbe) 210 215 275
Havanna 41
Heidelberg 152/153
Heppenheim (Bergstraße) 91
Hessen siehe auch Rheinhessen 85 94/95 282
Hessen, Kurfürstentum siehe Kurhessen
Höchst, Kreis 395
Holland 412 479
Holstein 153

Ingolstadt 36
Iserlohn 157/158
Italien 93 123/124 126 132 197–199 221 223 226 259 284 323 412 422 480
– Oberitalien 204

Jena 45 476

Kalifornien 186
Karlsbad (Karlovy Vary) 348
Kasan 477
Kassel 111 115 372
Kiautschou 467
Kiel 34 409 476
Koblenz 109 115
Köln 46 58 62 95 108 111 113 115 118 130 134–136 142/143 153–155 158/159 179–181 187 191 210 231 bis 233 261 281 314 332 366 372 437/438
Königgrätz (Hradec Králové) 239
Königsberg (Kaliningrad) 34 55 113 202 407
Kopenhagen 55 372 373 375/376 393 404
Kreuznach 47
Kuba 41
Kurhessen 94 239

Lancashire 187
Langenbielau (Bielawa) 35
Lausanne 262
Le Havre 55
Leipzig 34 55 58 62 109 113 140 152 bis 154 157 177/178 181 207 209/210 216 233–237 246/247 256 261 269/270 292 314 328 355 357 372 395 402 408/409 449/450 466 476
Litauen 479
Lombardei 132
London 31 33/34 36 41 55 57 62–64 100 132 151 172 179 181/182 192 195 196 207 220/221 223 248 310 312 348 357 365 373 407 445 464
– Highgate 374
Lörrach 261
Lübeck 402
Ludwigshafen (Rhein) 402
Lugau (Sachsen) 261 269
Lüneburg 153 288
Lyon 17

Magdeburg 30 34 36 55 62 232/233 261 275 346 408 419 424 466
Mähren 91
Maingau 237
Mainz 62 94 109 111–113 115/116 178 210 231 261 314

Manchester 193 195 221 350
Mannheim 94 238 247
Marburg 115
Mecklenburg 86 111 138 153 344 393
Meerane 314 366
Minden (Westfalen) 34
Minsk 479
Mitteldeutschland 86 112 236
Moskau 50 411
Mülheim (Ruhr) 111
München 34 94 111 298 408 426 466
Murg 160/161

Nassau, Kurfürstentum 94 239
Neumarkt, Kreis 146
Neumünster (Holstein) 409
Niederwürschnitz (Sachsen) 269
Norddeutschland 153 181 241 296
Nordhausen 466
Norwegen 412 479
Nürnberg 21 115 153 178 207 261 264–268 271 274 278 292 366 466 476

Oberschlesien 187 321 332 402
Obertaunuskreis 395
Oelsnitz (Erzgebirge) 269
Offenbach (Main) 109 113 143 395
Offenburg 102
Oldenburg 153
Ostelbien 137 318
Österreich 103 155/156
Österreich-Ungarn 18 44 87 89 91 95 101–103 124/125 132/133 147/148 172 183/184 199 203 228 234–236 239 259 276 290 323 397 412 422 479/480
Ostpreußen 111 145 296 344

Palermo 93
Paris 10 29–31 47 49 55–57 63/64 93/94 100/101 106 129 132–134 159 162 295 299 300 305–315 324 326 330 337 374 379 383/384 413 426 432 443 445
Petersburg (Leningrad) 477/478
Peterswaldau (Pieszyce) 35
Pfalz 22 157 159–162
Pirna 150
Plauen (Vogtland) 408
Polen 93 120 123–126 160 198 332 479
Pommern 111 344
Posen, Provinz 132 332 344
Potsdam 372
Prag 124 132
Preußen 18 20 24/25 36 44 46 86 87 89 91 92 95 97/98 101–103 108 121 125/126 130 133 141 147/148 156 161 164–166 172 180/181 184–186 188 199 201–203 208 212 213 228 235–239 241 245 282 290 292 294 317 322 345 470
– ostelbisches 86 112 138
– Rheinprovinz 22 95 118 134/135 142 153 161 187 282

Rastatt 161/162
Regensburg 109
Rehberge bei Berlin 111
Rendsburg 36
Rhein 159
Rheinhessen 22
Rheinisch-westfälisches Industriegebiet 157
Rheinland 22 45 50 92 118 134/135 143 146 153 158/159 191/192 195 207/208 215 282 402
– linksrheinisches Gebiet 22 85 199
Rhein-Main-Gebiet 236
Ruhr 187
Ruhrgebiet 187 326/327 409–411 419 435
Rumänien 479
Rußland 89/90 125–127 197 221 294 323 352 397 400 412 421/422 445 476–479

Saar 187/188
Saargebiet 435
Sachsen 20 22 36 95 112 138 143 156 159 162 180 187 189 204 215 236/237 271 282 296 345/346 402 439 470
Sachsen, Provinz 108 145/146

Sankt Gallen 376 381 404 406 407 412 425
Schlawe (Sławno) 449
Schlesien 22 23 34 36 37 39 109 130 146 236 282 288
Schleswig-Holstein 141 213 228 239 393
Schweden 412 479
Schweidnitz (Świdnica) 134
Schweiz 29 31 32 64 160 171 196 222 232 259 264 274 276 281 284 358 366 373 412 479
Schwerin 178
Sedan 295 443 444
Siegburg 261
Simbirsk (Uljanowsk) 476
Solingen 111 157 191 210 231 232 261 332 466
Sowjetunion 194 350
Spanien 221 259 284 412 479 480
Spremberg (Lausitz) 395
Stettin (Szczecin) 395
Stuttgart 34 94 232 234 286 287 332 366 381 466 474 476
Süddeutschland 91 94 159/160 203 204 234 241/242 272 285 321
Südwestdeutschland 94 116 152 236
Südsee 323
Suhl 402

Thüringen 94 146 153 282
Trier 45 146

Übersee 319 392
Ungarn 93 124 160 412 479
USA siehe Vereinigte Staaten von Amerika

Venetien 132
Vereinigte Staaten von Amerika 24 195 197 198 227 259 331 352 411 412 480
– Nordstaaten 198
– Südstaaten 198
Versailles 300 308
Vogesen 402

Waldenburger Bergbaugebiet 288
Weimar 298 372
Wesel 111
Westdeutschland 86 321
Westfalen 85 146 153 187
Westpreußen 332 344
Wiederau (Sachsen) 450
Wien 95 109 143 144 147 264 447
Wiesbaden 113 115 116
Wolfenbüttel 275
Worringen 142
Württemberg 94 95 153 282 285
Wyden (Schweiz) 362–364 367 373 375

Yorkshire 187

Zeitz 466
Zürich 358 360 366 372 381 445
Zwickau 399

Inhalt

Vorwort 1*

Vorbemerkung 5

KAPITEL I · Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Begründung des wissenschaftlichen Kommunismus und die Schaffung der ersten revolutionären Partei des Proletariats durch Karl Marx und Friedrich Engels. Die Revolution von 1848/1849 (Periode von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis 1849)

Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung 9

1. Die Entfaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und die Entstehung der Arbeiterklasse. Die drei Quellen des Marxismus 9

2. Die Anfänge der selbständigen deutschen Arbeiterbewegung. Der Bund der Gerechten. Der schlesische Weberaufstand 28

Die Begründung des wissenschaftlichen Kommunismus durch Karl Marx und Friedrich Engels. Die Schaffung der ersten revolutionären Partei der Arbeiterklasse. Das „Manifest der Kommunistischen Partei" (1844 bis 1848) 42

1. Die Begründung der revolutionären Weltanschauung der Arbeiterklasse durch Karl Marx und Friedrich Engels 42

2. Die Gründung des Bundes der Kommunisten 53

3. Das „Manifest der Kommunistischen Partei" 66

Die Revolution von 1848/1849 85

1. Der Charakter und die Aufgaben der Revolution von 1848/1849 in Deutschland. Die Klassenkräfte am Vorabend der Revolution 85

2. Der Beginn der Revolution 93

3. Die „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland" 100

4. Die Arbeiter im Kampf um die Weiterführung der Revolution von März bis Juni 1848. Die elementaren Organisationsbestrebungen der Arbeiterklasse und das Wirken der Kommunisten in den ersten Monaten der Revolution 107

5. Die „Neue Rheinische Zeitung" 117

6. Arbeiterklasse und Kommunisten in den revolutionären Abwehrkämpfen gegen die vorrückende Konterrevolution von Juli bis Dezember 1848 131

7. Die neue Lage nach dem Sieg der Konterrevolution in Österreich und Preußen. Der Versuch der Kommunisten zur Schaffung einer nationalen Arbeiterpartei 147

8. Arbeiter und Kommunisten in den Kämpfen der Reichsverfassungskampagne. Die Niederlage der Revolution 155

KAPITEL II · Die Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Kommunismus durch Karl Marx und Friedrich Engels. Der Kampf um eine revolutionäre Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse und für die revolutionär-demokratische Einigung Deutschlands. Die Bildung der I. Internationale. Die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Periode von 1849 bis 1871)

Entwicklung und Kampf der deutschen Arbeiterklasse in der Reaktionsperiode 171

1. Die Ausarbeitung der Lehren der Revolution von 1848/1849 durch Karl Marx und Friedrich Engels. Die Tätigkeit des Bundes der Kommunisten 171

2. Die schnelle Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und das Wachstum des Proletariats. Die Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren 183

Der neue Aufschwung der demokratischen und proletarischen Bewegung. Die Bildung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und des Verbandes Deutscher Arbeitervereine 197

1. Die beiden Wege zur nationalen Einigung Deutschlands. Die Notwendigkeit einer proletarischen Massenpartei 197

2. Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der Lassalleanismus. Die Bildung des Verbandes Deutscher Arbeitervereine 205

Die Herausbildung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter dem Einfluß von Karl Marx und Friedrich Engels und der I. Internationale 219

1. Gründung und Aufgaben der Internationalen Arbeiterassoziation. Ihre ersten Einflüsse in Deutschland 219

2. Die wachsende Bedeutung der Arbeiterklasse in der demokratischen Volksbewegung gegen die Verpreußung Deutschlands. Die Linksentwicklung des Verbandes Deutscher Arbeitervereine 235

3. Der erste Band des „Kapitals". Seine Bedeutung für den Klassenkampf des Proletariats und für die Schaffung einer revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse 248

4. Die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter Führung August Bebels und Wilhelm Liebknechts 258

Die internationalistische und patriotische Haltung der Vorhut der deutschen Arbeiterklasse während des Deutsch-Französischen Krieges 290

KAPITEL III · Die Lehren der Pariser Kommune. Die Verlagerung des Schwerpunktes der internationalen Arbeiterbewegung nach Deutschland. Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen den preußisch-deutschen Militarismus und die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zur revolutionären Massenpartei. Die Bildung der II. Internationale (Periode von 1871 bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts)

Die Bedeutung der Pariser Kommune. Die Stellung der deutschen Arbeiterbewegung zum preußisch-deutschen Militärstaat und der Kampf um die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung auf marxistischer Grundlage (1871 bis 1878) 305

1. Charakter, Bedeutung und Lehren der Pariser Kommune. Die Verlagerung des Schwerpunktes der internationalen Arbeiterbewegung nach Deutschland 305

2. Der Klassencharakter des deutschen Nationalstaates. Die neuen Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse 315

3. Die Entwicklung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur führenden Kraft der deutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen den preußisch-deutschen Militärstaat 326

4. Die Vereinigung der Eisenacher Partei mit den Lassalleanern zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und die Kritik von Karl Marx und Friedrich Engels am Entwurf des Gothaer Programms 334

5. Das Anwachsen der sozialistischen Bewegung nach der Vereinigung und die Auseinandersetzungen mit kleinbürgerlichen Auffassungen 343

Der heroische Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen das Sozialistengesetz und die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zu einer revolutionären marxistischen Massenpartei (1878 bis 1890) 352

1. Die ersten Auswirkungen des Sozialistengesetzes und der Kampf um die taktische Neuorientierung und organisatorische Festigung der sozialdemokratischen Partei 352

2. Der Kampf gegen Bismarcks „Politik mit Zuckerbrot und Peitsche" und das Ringen um die Durchsetzung des Marxismus in der sozialdemokratischen Partei 369

3. Der Aufschwung des antimilitaristischen Kampfes der Arbeiterklasse. Die Gründung der II. Internationale. Der Sieg über das Sozialistengesetz und der Sturz Bismarcks 394

Das stürmische Wachsen der Arbeiterbewegung in die Breite. Die Auseinandersetzungen zwischen Marxismus und Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Der antimilitaristische Kampf der deutschen Arbeiterklasse in den Jahren nach dem Sturz des Sozialistengesetzes (1890 bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts) 418

1. Die Parteitage von Halle 1890 und Erfurt 1891 418

2. Die Entwicklung der Gewerkschaften und anderer Massenorganisationen des Proletariats. Der antimilitaristische und demokratische Kampf der deutschen Arbeiterklasse 433

3. Die weitere Ausbreitung des Marxismus und der Kampf gegen den Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung 447

4. Die Klassenkämpfe und die Entwicklung der Arbeiterbewegung am Vorabend des Imperialismus. Die Rolle der deutschen Sozialdemokratie in der internationalen Arbeiterbewegung 466

DOKUMENTE

1 Aus dem Werk Wilhelm Weitlings „Garantien der Harmonie und Freiheit", erschienen 1842 485

2 Aus der Arbeit Wilhelm Wolffs „Das Elend und der Aufruhr in Schlesien", geschrieben Ende Juni 1844 487

3 Aus der Adresse des deutschen Arbeiterbildungsvereins in London an die Redaktion des „Telegraph für Deutschland" vom 21. September 1844 zum Aufstand der schlesischen Weber 490

4 Aus dem Brief Julian Harneys an Friedrich Engels vom 30. März 1846 491

5 Aus dem Brief Karl Marx' an Pierre Joseph Proudhon vom 5. Mai 1846 492

6 Aus dem gegen Hermann Kriege gerichteten Zirkular des kommunistischen Korrespondenz-Komitees vom 11. Mai 1846 492

7 Aus dem Brief der Londoner Führer des Bundes der Gerechten an Karl Marx vom 6. Juni 1846 493

8 Aus dem Brief des kommunistischen Korrespondenz-Komitees in Brüssel an Gustav Adolph Köttgen vom 15. Juni 1846 495

9 Aus dem Brief des kommunistischen Korrespondenz-Komitees in London an das kommunistische Korrespondenz-Komitee in Brüssel vom 17. Juli 1846 496

10 Aus dem Brief Friedrich Engels' an das kommunistische Korrespondenz-Komitee in Brüssel vom 23. Oktober 1846 498

11 Aus der Adresse der Leitung des Bundes der Gerechten an die Bundesmitglieder vom November 1846 499

12 Brief des kommunistischen Korrespondenz-Komitees in London an das kommunistische Korrespondenz-Komitee in Brüssel vom 20. Januar 1847 500

13 Aus der Adresse der Leitung des Bundes der Gerechten an die Bundesmitglieder vom Februar 1847 501

14 Aus Berichten der Zeitschrift „Der Publicist" über die Verfolgung von Teilnehmern an den sogenannten Hungerunruhen in Berlin, erschienen Ende April bis Juni 1847 503

15 Aus einem Aufsatz Wilhelm Wolffs über die Bedeutung der sogenannten Hungerunruhen vom Frühjahr 1847, erschienen im September 1847 505

16 Aus dem Brief der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten an die Kreisbehörde Brüssel vom 18. Oktober 1847 506

17 Aus dem Protokoll der Versammlung des Londoner kommunistischen Arbeiterbildungsvereins vom 30. November 1847 507

18 Aus dem Brief David Hansemanns an den preußischen Ministerpräsidenten Ernst Freiherr von Bodelschwingh vom 1. März 1848 507

19 „Forderung des Volkes", Petition der Kölner Arbeiterdemonstration vom 3. März 1848 508

20 Aus dem Flugblatt Berliner Arbeiter vom 13. März 1848 509

21 Aufruf des Mainzer Arbeiterbildungsvereins an alle Arbeiter Deutschlands zur Gründung von Arbeitervereinen und zur Vorbereitung eines Arbeiterkongresses vom 5. April 1848 509

22 Aus dem Schreiben der Mainzer Gemeinde des Bundes der Kommunisten an die Zentralbehörde in Köln vom 23. April 1848 510

23 Bekanntmachung des Magistrats von Berlin über Arbeiterunruhen in Treptow und Rummelsburg, veröffentlicht am 27. Mai 1848 512

24 Aus Briefen König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen an den Ministerpräsidenten Ludolf Camphausen und an das Staatsministerium 513

25 Aus dem Protokoll der Sitzung des Komitees des Kölner Arbeitervereins vom 28. August 1848 514

26 Aus den Beschlüssen der Arbeiterverbrüderung, angenommen auf dem Gründungskongreß in Berlin vom 23. August bis 3. September 1848 515

27 Aus der Artikelreihe Stephan Borns „Die soziale Frage" in der Zeitung „Die Verbrüderung" vom 3. Oktober bis 12. Dezember 1848 518

28 Aus dem Bericht des Bezirksvereins zu Pirna an den leitenden Ausschuß der Arbeitervereine Sachsens vom 14. Oktober 1848 522

29 Aus dem Brief König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen an Generalleutnant Friedrich Wilhelm Graf von Brandenburg vom 27. Oktober 1848 523

30 Aus der Proklamation des Königs Friedrich Wilhelm IV. von Preußen vom 11. November 1848 524

31 Rundschreiben des Zentralkomitees der Arbeiterverbrüderung an alle Bezirks- und Lokalkomitees vom 22. November 1848 524

32 Aus dem Protokoll der Sitzung des Komitees des Kölner Arbeitervereins vom 23. November 1848 525

33 Aus dem Brief des Königs Friedrich Wilhelm IV. von Preußen an Josias von Bunsen vom 13. Dezember 1848 526

34 Programmvorschlag des Industriellen Zentralvereins des Wuppertals aus Elberfeld an das Zentralkomitee der Arbeiterverbrüderung vom 10. Januar 1849 527

35 Aus den Beschlüssen des Kongresses der südwestdeutschen Arbeitervereine in Heidelberg vom 28. und 29. Januar 1849 528

36 Aufruf des Magdeburger Zigarrenmachergewerks an alle Fabrikarbeiter, Handwerksgesellen, Tagelöhner und Dienstboten, Protest gegen den Wahlgesetzentwurf der Deutschen Nationalversammlung zu erheben, vom Februar 1849 529

37 Aus der Verfassung des Deutschen Reiches, beschlossen am 28. März 1849 von der Frankfurter Nationalversammlung 531

38 Beschlüsse der Generalversammlung des Kölner Arbeitervereins vom 16. April 1849 535

39 Einberufung eines rheinisch-westfälischen Arbeiterkongresses vom 24. April 1849 535

40 Aus dem Brief König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen an Josias von Bunsen vom 7. Mai 1849 536

41 Aus dem Artikel des Mitglieds des Zentralkomitees der Arbeiterverbrüderung Franz Schwenniger „Sollen die Arbeiter Partei ergreifen in dem Kampfe um die Durchführung der Reichsverfassung?" vom 22. Mai 1849 537

42 Aus dem Brief des Arbeitervereins zu Nürnberg an das Zentralkomitee der Arbeiterverbrüderung vom 22. Juni 1849 538

43 Bekanntgabe der Erschießung von Teilnehmern an der Reichsverfassungskampagne im Juli und August 1849 539

44 Aus der Verfassungsurkunde des Preußischen Staates vom 31. Januar 1850 540

45 Aus dem Protokoll der Sitzung der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten vom 15. September 1850 542

46 Brief der Kölner Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten an die Mehrheit der bisherigen Londoner Zentralbehörde vom 5. Oktober 1850 545

47 Zeitungsbericht über das Urteil im Kölner Kommunistenprozeß, verkündet am 12. November 1852 546

48 Aus dem Brief Carl Wilhelm Kleins an Ferdinand Freiligrath vom 31. Juli 1853 547

49 Vereinsgesetz der Deutschen Bundesversammlung vom 13. Juli 1854 548

50 Aus dem Brief Karl Marx' an Friedrich Engels vom 5. März 1856 549

51 Die Eisenacher Erklärung zur Vorbereitung des Deutschen Nationalvereins vom 14. August 1859 550

52 Aus der Rede Otto von Bismarcks auf der 94. Sitzung der Budgetkommission des Preußischen Abgeordnetenhauses vom 30. September 1862 552

53 Aufruf des Leipziger Zentralkomitees zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeitertages vom November 1862 552

54 Aus dem Brief Otto Dammers an Ferdinand Lassalle vom 11. Februar 1863 553

55 Aus dem „Offenen Antwortschreiben" Ferdinand Lassalles an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses in Leipzig vom 1. März 1863 554

56 Aus dem Vortrag Hermann Schulze-Delitzsch im Berliner Arbeiterverein vom 22. März 1863 555

57 Aus einem Brief Ferdinand Lassalles an Otto von Bismarck von Ende Januar oder Anfang Februar 1864 556

58 Aus dem Brief Wilhelm Liebknechts an Karl Marx vom 3. Juni 1864 557

59 Erklärung von Karl Marx und Friedrich Engels über die Einstellung ihrer Mitarbeit am „Social-Demokrat" vom 23. Februar 1865 558

60 Aus dem Brief Johann Philipp Beckers an Victor Schily vom 3. und 6. Juli 1865 559

61 Aus dem Brief Wilhelm Liebknechts an Karl Marx vom 8. Februar 1866 559

62 Resolution einer Volksversammlung in Leipzig zum Konflikt zwischen Preußen und Österreich, eingebracht von August Bebel im Namen des Arbeiterbildungsvereins, vom 8. Mai 1866 560

63 Bericht über die Rede Wilhelm Liebknechts auf einer Volksversammlung in Chemnitz am 2. Juni 1866 561

64 Resolution des Kongresses der Internationalen Arbeiterassoziation in Genf über die Gewerkschaften, angenommen am 6. September 1866 562

65 Aus dem Brief August Bebels an Johann Philipp Becker vom 9. Oktober 1867 564

66 Aus der Rede Wilhelm Liebknechts im Reichstag des Norddeutschen Bundes am 17. Oktober 1867 565

67 Stellungnahme Johann Baptist von Schweitzers im Reichstag des Norddeutschen Bundes am 18. Oktober 1867 567

68 Programm des Verbandes Deutscher Arbeitervereine, angenommen auf dem Vereinstag in Nürnberg am 6. September 1868 568

69 Beschluß des Vereinstages des Verbandes Deutscher Arbeitervereine in Nürnberg über die Wehrfrage, angenommen am 7. September 1868 569

70 Resolution des Kongresses der Internationalen Arbeiterassoziation in Brüssel über die Bedeutung von Karl Marx' Werk „Das Kapital", angenommen am 11. September 1868 570

71 Beschluß des Kongresses der Internationalen Arbeiterassoziation in Brüssel über das Eigentum an Grund und Boden, Bergwerken, Eisenbahnen usw., angenommen am 13. September 1868 571

72 Schreiben der Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation in Solingen an Karl Marx vom 6. April 1869 573

73 Aus dem Aufruf des Organisationskomitees zur Teilnahme am Gründungskongreß der Internationalen Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerksgenossenschaft, 10. April 1869 574

74 Einladung eines Komitees von Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins an Wilhelm Liebknecht zur Teilnahme an einer Volksversammlung im Harz vom 1. Juni 1869 576

75 Einberufung eines allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongresses nach Eisenach, 17. Juli 1869 577

76 Beschluß über die Gewerkschaftspolitik, angenommen auf dem Gründungskongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach am 9. August 1869 580

77 Brief Bruno Gutsmanns an Karl Marx vom 7. Dezember 1869 581

78 Beschluß des Kongresses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Stuttgart zur Grund-und-Boden-Frage, angenommen am 6. Juni 1870 582

79 Resolution einer Arbeiterversammlung in Augsburg gegen den Krieg, angenommen am 18. Juli 1870 583

80 Aus dem Aufsatz Heinrich von Treitschkes „Was fordern wir von Frankreich?" vom August 1870 583

81 Manifest des Ausschusses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vom 5. September 1870 584

82 Resolution einer Volksversammlung in Königsberg gegen die Annexion Elsaß-Lothringens, angenommen auf Antrag Johann Jacobys am 14. September 1870 589

83 Antrag August Bebels und Wilhelm Liebknechts im Reichstag des Norddeutschen Bundes auf Ablehnung der 100-Millionen-Kriegsanleihe und für den Abschluß eines Friedens ohne Annexion vom 26. November 1870 589

84 Aus dem Brief Friedrich Engels' an Natalie Liebknecht vom 19. Dezember 1870 590

85 Brief Karl Marx' an Ludwig Kugelmann vom 17. April 1871 591

86 Aus Solidaritätserklärungen deutscher Arbeiter für die Pariser Kommune von April bis Juni 1871 592

87 Aus der Rede August Bebels im Deutschen Reichstag vom 25. Mai 1871 593

88 Aus der Verfassung des Deutschen Reiches vom 4. Mai 1871 594

89 Aufruf August Bebels und Wilhelm Liebknechts an die Parteigenossen vom 27. März 1872 597

90 Aus Zustimmungserklärungen von Eisenachern und Lassalleanern zur Einheit der deutschen Arbeiterbewegung, Ende 1874 599

91 Aus dem Brief Wilhelm Brackes an Friedrich Engels vom 25. März 1875 601

92 Aus der Rede des Reichskanzlers Fürst Otto von Bismarck im Deutschen Reichstag vom 17. September 1878 602

93 Aus dem „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" vom 21. Oktober 1878 603

94 Aus der Erklärung des Verlags und der Redaktion des „Sozialdemokrat" vom 28. September 1879 605

95 Beschlüsse des Kongresses der deutschen Sozialdemokratie zu Wyden vom 20. bis 23. August 1880 607

96 Aus dem Aufruf der Parteivertretung an die deutschen Sozialdemokraten vom 18. September 1880 609

97 Aus der kaiserlichen Botschaft an den Deutschen Reichstag vom 17. November 1881 611

98 Aus den Solidaritätserklärungen deutscher Sozialdemokraten für den „Sozialdemokrat" und eine revolutionäre Taktik der Partei von Februar bis Mai 1882 612

99 Beschlüsse des Kongresses der deutschen Sozialdemokratie in Kopenhagen vom 29. März bis 2. April 1883 616

100 Aus dem Leitartikel des „Sozialdemokrat" vom 5. Februar 1885 „Über ‚prinzipielle Fragen'" 617

101 Aus Korrespondentenberichten im „Sozialdemokrat" aus den Jahren 1885 und 1886 619

102 Aus dem Streikerlaß des preußischen Innenministers Robert von Puttkamer vom 11. April 1886 623

103 Flugblatt Paul Singers an die Berliner Arbeiter nach seiner Ausweisung aus Berlin im Juli 1886 624

104 Tagebuchaufzeichnung des Vortragenden Rates im Auswärtigen Amt Friedrich von Holstein vom 2. November 1886 625

105 Aus dem Artikel des „Sozialdemokrat" „Die Kriegszettelungen der Diplomatie und die Sozialdemokratie" vom 10. Dezember 1886 625

106 Aus dem Aufruf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Reichstagswahl vom 14. Januar 1887 626

107 Wahlabkommen der Nationalliberalen Partei, der Deutsch-Konservativen Partei und der Deutschen Reichspartei vom 15. Januar 1887 627

108 Aus dem Artikel des „Sozialdemokrat" „Zum 21. Februar" vom 29. Januar 1887 628

109 Aus der Rede August Bebels auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie von St. Gallen vom 2. bis 6. Oktober 1887 628

110 Aus dem Protokoll des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie von St. Gallen vom 2. bis 6. Oktober 1887 630

111 Aus einer Ausarbeitung Otto Fürst von Bismarcks für eine Unterredung mit Zar Alexander III. vom 10. November 1887 630

112 Aus einem Schreiben Otto Fürst von Bismarcks an den Chef des Militärkabinetts General Emil von Albedyll vom 19. Dezember 1887 631

113 Aus Tagebuchaufzeichnungen des Generals Alfred Graf von Waldersee vom 1. Januar 1888 und vom 15. April 1889 632

114 Aus der Rede Paul Singers im Deutschen Reichstag vom 27. Januar 1888 632

115 Aus der Rede Otto Fürst von Bismarcks im Reichstag vom 6. Februar 1888 634

116 Aus dem Brief Friedrich Engels' an Friedrich Albert Sorge vom 11. Mai 1889 634

117 Aus dem Artikel des „Sozialdemokrat" „Des Kaisers Bescheid" vom 25. Mai 1889 634

118 Aus dem Brief von Friedrich Engels an Friedrich Albert Sorge vom 8. Juni 1889 636

119 Beschluß über die Abschaffung der stehenden Heere und die allgemeine Volksbewaffnung, angenommen auf dem Internationalen Arbeiterkongreß in Paris vom 14. bis 20. Juli 1889 637

120 Beschluß über die internationale Kundgebung zum 1. Mai 1890, angenommen auf dem Internationalen Arbeiterkongreß in Paris vom 14. bis 20. Juli 1889 639

121 Aus dem Artikel des „Sozialdemokrat" „Vor dem Siegeswagen der Sozialdemokratie" vom 15. Februar 1890 639

122 Bekanntmachung der Hamburger Bourgeoisie, beschlossen auf der Grün-

dungsversammlung des Arbeitgeber-Verbandes von Hamburg-Altona am 21. April 1890 641

123 Aus dem Artikel des „Sozialdemokrat" „Die Maifeier des Proletariats" vom 10. Mai 1890 641

124 Runderlaß des preußischen Ministers des Innern vom 18. Juli 1890 über die Bekämpfung der Arbeiterbewegung nach dem Fall des Sozialistengesetzes 642

125 Aus der Enzyklika Papst Leos XIII. „Rerum novarum" vom 15. Mai 1891 645

126 Aus der Rede Georg von Vollmars in der öffentlichen Parteiversammlung im Eldorado zu München vom 1. Juni 1891 646

127 Aus den Reden August Bebels, Wilhelm Liebknechts und Paul Singers auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891 648

128 Resolution zur Taktik der Partei, angenommen auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891 653

129 Aus der Resolution des ersten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands in Halberstadt vom 18. März 1892 654

130 Resolution zur Militärvorlage im Deutschen Reichstag, angenommen auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Berlin vom 14. bis 21. November 1892 656

131 Aus dem Brief von Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg an Friedrich Alfred Krupp vom 30. Dezember 1892 657

132 Aus dem Brief von Friedrich Alfred Krupp an Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg vom 1. Januar 1893 657

133 Aus dem Brief von Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg an den Reichskanzler Leo Graf von Caprivi vom 6. Juli 1894 658

134 Aus dem Brief des Reichskanzlers Leo Graf von Caprivi an Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg vom 8. Juli 1894 658

135 Aus dem Brief von Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg an den Reichskanzler Leo Graf von Caprivi vom 10. Juli 1894 659

136 Aus dem Diktat Kaiser Wilhelms II. vom 16. Juli 1894 659

137 Aus der Rede August Bebels in der Versammlung der Parteiorganisation des 2. Berliner Reichstagswahlkreises vom 14. November 1894 659

138 Aus dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, des Militärstrafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse („Umsturzvorlage") vom 5. Dezember 1894 661

139 Resolution zur Agrarfrage, angenommen auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Breslau vom 6. bis 12. Oktober 1895 662

140 Aus einem Artikel Eduard Bernsteins „Probleme des Sozialismus. Eigenes und Übersetztes" vom Oktober 1896 663

141 Aus der Denkschrift des Generals Alfred Graf von Waldersee an Kaiser Wilhelm II. vom 22. Januar 1897 664

142 Aus dem Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung und Abänderung von Bestimmungen über Versammlungen und Vereine in Preußen („Kleines Sozialistengesetz") vom 12. Mai 1897 665

143 Aus dem Aufruf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu Protestversammlungen gegen das „Kleine Sozialistengesetz" vom 19. Mai 1897 666

144 Aus einem Artikel Eduard Bernsteins „Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft" vom Januar 1898 668

145 Aus der Artikelserie Rosa Luxemburgs „Sozialreform oder Revolution?", erschienen vom 21. bis 28. September 1898 669

146 Aus dem Brief August Bebels an Eduard Bernstein vom 16. Oktober 1898 672

Verantwortlich für die wissenschaftlich-organisatorische Arbeit: Fredi Sumpf
Zusammenstellung der Illustrationen: Rudi Stahl, Fredi Sumpf, Eckhard Trumpler

Mit 77 Bildseiten und zwei Karten (MdI Nr. 906/65) · Dietz Verlag GmbH, Berlin 1. Auflage 1966 · Lektor: Peter Bachmann · Printed in the German Democratic Republic · Alle Rechte vorbehalten · Lizenznummer 1 · Typographie: Horst Kinkel Einband und Schutzumschlag: Volkmar Brandt · Die Kartengrundlage wurde vom VEB Verlag Bibliographisches Institut, Leipzig, und vom VEB Hermann Haack, geographisch-kartographische Anstalt, Gotha, Vorlagen für die Illustrationen vor allem vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, vom Museum für Deutsche Geschichte und von Zentralbild zur Verfügung gestellt · Gesamtherstellung: Karl-Marx-Werk Pößneck V 15/30 · ES 5 C 4 · 11,00